3 0081 009 593 140

JOINT UNIVERSITY
LIBRARIES

NASHVILLE TENNESSEE

603594

Date Due

RETURNED
AUG 01 1980
JUL 29 1980

DEMCO NO. 38-298

JRW 11/8/88

Bismarck, Die gesammelten Werke

Bismarck, Otto Fuerst von

Die gesammelten Werke

3. Auflage

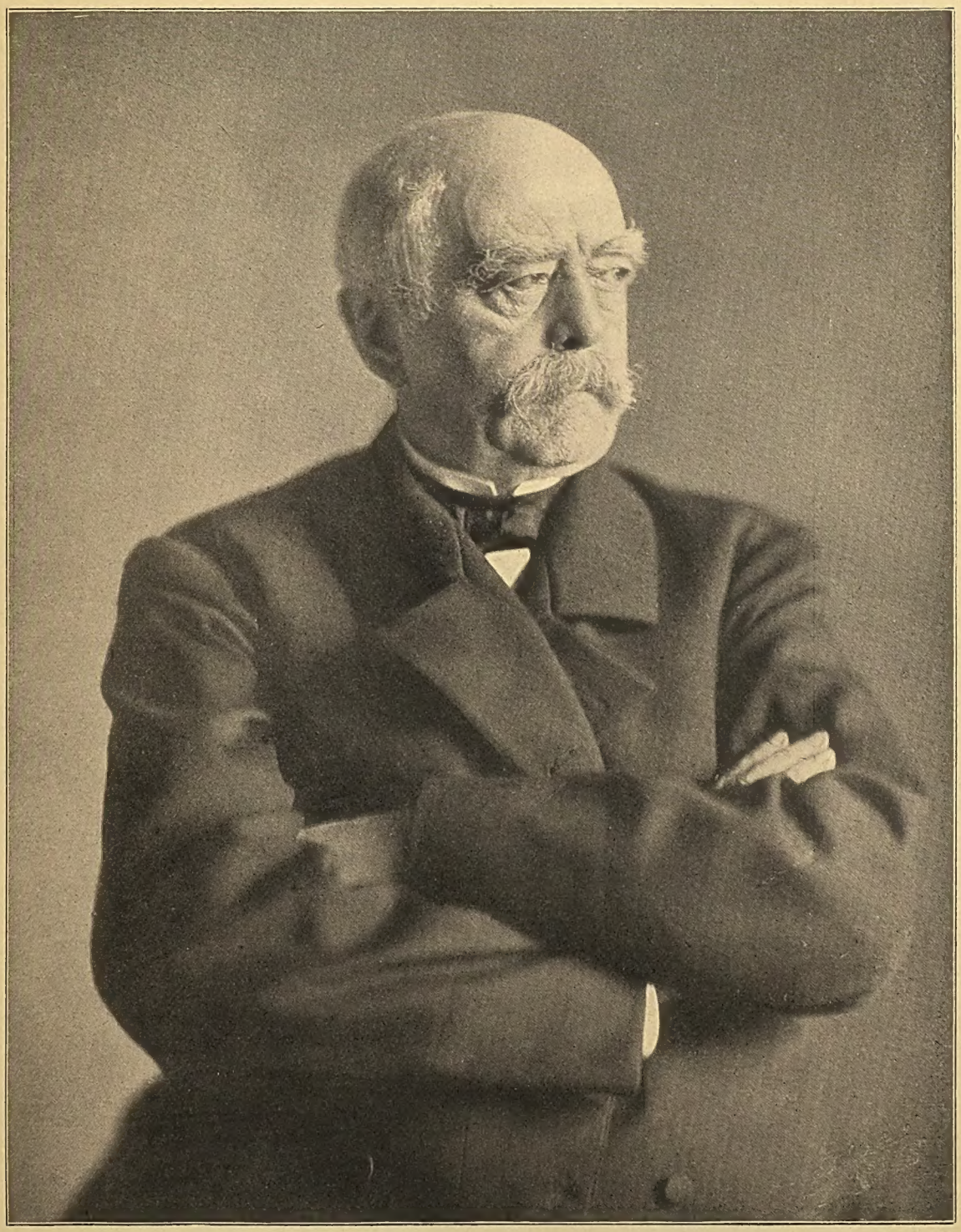
Otto Stollberg & Co., Verlag für Politik und Wirtschaft,
Berlin

Alle Rechte vorbehalten
Copyright 1924 by Otto Stollberg & Co.,
Verlag für Politik u. Wirtschaft, Berlin SW 48

Den Druck des Werkes besorgte die Buchdruckerei Otto Stollberg & Co., Berlin SW 48, Besselstraße 21

JOINT UNIVERSITY
LIBRARIES
NASHVILLE, TENN.
N.D.E.A. HISTORY

603594



Politische Schriften

Bearbeitet von
Dr. Herman von Petersdorff
Archivrat im Geheimen Staatsarchiv Berlin

1. Band: Bis 1854

Bismarck, Die gesammelten Werke, Band 1

Als ein Denkmal, das Deutschland in seiner tiefsten Erniedrigung dem Reichsgründer errichtet, ist das Werk gedacht und unternommen worden, dessen erster Band hier vorgelegt wird. / Im Sommer des Jahres 1921 begannen die Vorarbeiten. Die Zustimmung des Hauses Bismarck in Friedrichsruh zu dem Plan des Verlages gestattete, zu seiner Verwirklichung auch die noch ungedruckten Materialien des dortigen Archivs heranzuziehen. Unter Mitwirkung des unterzeichneten Ehrenausschusses wurde die Arbeit unter die Herausgeber verteilt und dafür gesorgt, daß weiteres bisher unbekanntes Material auch aus den anderen Archiven sowie aus Privatbesitz in großem Umfange zum ersten Male veröffentlicht wird.

Der leitende Gedanke war, in diesem Sammelwerk alles zusammenzufassen, was als Werk Bismarcks im literarischen Sinne aufzufassen ist. In jeder Abteilung wird dieser Gedanke in besonderer Weise verwirklicht. Ueber die dabei befolgten Grundsätze spricht sich jeder Herausgeber selbst aus und trägt persönlich die wissenschaftliche Verantwortung.

Die Grundlegung und der Beginn der Veröffentlichung finden in einer Zeit der Not statt, die auch die ernsteste Voraussicht immer wieder täuscht. Aber das Bewußtsein gemeinsamen Dienstes an einer vaterländischen Arbeit hat über alle Widrigkeiten hinweggeholfen.

Die „Gesammelten Werke Bismarcks" richten, indem sie in die Oeffentlichkeit treten, die Blicke aller Deutschen auf den Mann, dessen Persönlichkeit und Leistung Unvergängliches an Größe und Kraft für alle Zeit bedeuten.

Otto Fürst von Bismarck

Erich Brandenburg
Prof. der Geschichte an der Universität Leipzig

Paul Kehr
Generaldirektor der Preußischen Staatsarchive

Max Lenz
Prof. der Geschichte an der Universität Hamburg

Erich Marcks
Prof. der Geschichte an der Universität Berlin

Friedrich Meinecke
Prof. der Geschichte an der Universität Berlin

Hermann Oncken
Prof. der Geschichte an der Universität München

Inhalt des Ersten Bandes

Politische Schriften

	Seite
Nr. 1 Eingabe an König Friedrich Wilhelm IV., August 1848 . .	1
Nr. 2 Schreiben an Minister v. Manteuffel, 25. November 1850	2
Nr. 3 – 588 Berichte vom Bundestag, 18. Mai 1851 bis 31. Dezember 1854	3–523
Personenregister	524–532

Vorwort.

Die politischen Schriften Bismarcks aus der Zeit vor seiner Berufung an die Spitze des preußischen Ministeriums, die hier in zeitlicher Reihenfolge vorgelegt werden, setzen sich im wesentlichen zusammen aus seinen Gesandtschaftsberichten aus Frankfurt a. M., St. Petersburg und Paris. Sie werden ergänzt durch seine in diese Periode gehörigen Schreiben an den Prinzen von Preußen und seine Privatbriefe an die Minister des Auswärtigen in jener Zeit, sowie einige Briefe an seinen Untergebenen in Frankfurt, den Legationsrat Wentzel, desgleichen an die Gehilfen der auswärtigen Minister, Balan und Gruner. Dazu treten dann noch einige sonstige Schriftstücke an amtliche Personen. Die Briefe an den General Leopold v. Gerlach, die auch noch zu den politischen Schriften gerechnet werden könnten, sind in diese Abteilung nicht aufgenommen, weil sie, als rein freundschaftlich gehalten, infolge Vereinbarung unter den Herausgebern der gesammelten Werke Bismarcks, insbesondere zwischen dem Bearbeiter dieser Abteilung und Herrn Professor Dr. Wolfgang Windelband, ihren Platz in der Abteilung der Privatbriefe erhalten sollen. Das Material, das wir bringen, ist, wie kaum noch bemerkt zu werden braucht, großenteils schon bekannt. Das gilt vornehmlich von den Gesandtschaftsberichten. Die Welt weiß, daß eine umfangreiche Sammlung von Berichten Bismarcks aus Frankfurt a. M. durch den nun bereits seit einer Reihe von Jahren (am 8. August 1911) verstorbenen Heinrich v. Poschinger veröffentlicht worden ist. Durch seine denkwürdige, jetzt in der Hauptsache bereits vor mehr als vier Jahrzehnten erschienene vierbändige Publikation: „Preußen im Bundestag 1851 bis 1859, Dokumente der K. preußischen Bundestagsgesandtschaft“ (Leipzig, S. Hirzel 1882 und 1884, als Band 12, 14, 15 und 23 eingegliedert in die Publikationen aus den K. preußischen Staatsarchiven), hat er einen tiefen Blick in die politische Gedankenwelt Bismarcks erschlossen. Er begründete durch diese Veröffentlichung (im folgenden kurzweg „Poschinger“ zitiert) seinen Ruf als Verkünder des Bismarckschen Werkes. Obwohl sich gegen seine Editionsweise mancherlei Einwendungen erheben lassen, hat er sich durch Erschließung dieser und so mancher anderer wertvoller Quellen zur Geschichte des ersten deutschen Reichskanzlers ein großes Verdienst erworben. Seinerzeit erregte es gewaltiges Aufsehen, daß Bismarck diese Publikation seiner Gesandtschaftsberichte noch während seiner Amtszeit gestattete. Es ist heute nach vierzig Jahren interessant festzustellen, daß keiner der beteiligten Bundesstaaten aus seinen Archiven ein Gegenstück zu der Poschingerschen Publikation geliefert hat.

Poschinger hat dann noch wiederholt Ergänzungen zu jenem Werke geliefert, so in der „Deutschen Revue“ (26, 2 u. 33, 3), in seinen Schriften „Bausteine zur Bismarckpyramide“ (Berlin, Stilke 1904), „Aus großer Zeit“ (Berlin, Trewendt 1905), „Stunden bei Bismarck“ (Wien 1910, Carl Konegen [Ernst Stülpnagel]) und vornehmlich in der Publikation „Bismarck und der Bundestag, Neue Berichte Bismarcks aus Frankfurt a. M. 1851 bis 1859“ (Berlin, Trewendt 1906). (Im folgenden zitiert: „Poschinger, Neue Berichte“.)

Nach Poschinger hat dann ganz neuerdings der Gesandte a. D. Louis Raschdau, einst ein enger Mitarbeiter des Fürsten Bismarck, eine Sammlung von Berichten Bismarcks aus Petersburg und Paris, die auf einem seinerzeit von der preußischen Archivverwaltung

angefertigten, dem Fürsten Bismarck zugänglich gemachten Manuskript beruht, herausgegeben, und zwar unter dem Titel „Die politischen Berichte des Fürsten Bismarck aus Petersburg und Paris (1859—1862)“ (Berlin bei Reimar Hobbing 1920, 2 Bände). (Im folgenden „Raschdau“ zitiert.) Andere Stücke hier gebrachten Materials finden sich in dem 2.—6. Band des von dem im Vergleich zu Poschinger wissenschaftlich viel geschulteren Bismarckforscher Horst Kohl (gest. 4. Mai 1917) 1894—1896 im Verlage von O. Häring zu Berlin, 1897—1899 in der G. J. Göschenschen Verlagshandlung zu Leipzig veröffentlichten Bismarckjahrbuchs. Ferner gehören zu dem bereits Bekannten die Briefe Bismarcks an Schleinitz, die im Jahre 1905 im Cottaschen Verlage in der Publikation „Bismarcks Briefwechsel mit dem Minister Freiherrn v. Schleinitz“ erschienen. Reiches Material bot sodann der zweibändige Anhang zu den Gedanken und Erinnerungen des Fürsten Bismarck, den die Cottasche Verlagsbuchhandlung im Jahre 1901 veröffentlichte; vor allem sind darin Briefe Bismarcks an den Prinzen von Preußen, die für uns in Betracht kommen, enthalten. Erwähnt muß ferner werden, weil einige Aktenstücke enthaltend, das Buch von Max Bär, Die deutsche Flotte von 1848 bis 1852, Leipzig, Hirzel 1898.

Das bisher erschlossene Material erfährt nun aber in unserer Publikation eine wesentliche Erweiterung. Poschinger hat 1882 noch vieles mit Rücksicht auf noch lebende Personen und auf die Zeitverhältnisse nicht bringen dürfen. Er hat dabei bestimmte Direktiven von Bismarck bekommen. Vor allem waren diese darauf gerichtet, Österreich zu schonen. Eine dahingehende ausdrückliche Weisung wurde mir von Herrn Professor Windelband, der ihre Kenntnis seinen Arbeiten im Friedrichsruher Archiv verdankt, mitgeteilt. Aber auch die übrigen deutschen Staaten sind mit großer Rücksicht behandelt. Viele der Bedenken, die 1882 noch gegen eine Veröffentlichung bestanden, schienen Poschinger im Laufe der Zeit gefallen zu sein. Das bestimmte ihn zu der gleichsam tropfenartigen Veröffentlichung des von ihm gesammelten Stoffes. Schon die dadurch bedingte große Zerstreutheit des bisher bekannt gewordenen Materials machte eine endliche Zusammenfassung dringend erwünscht. Dadurch kommen diese Berichte, deren Unschätzbarkeit der Leiter der preußischen Archivverwaltung zu der Zeit, als Poschinger an die Frankfurter Berichte ging, Heinrich v. Sybel, gleich in einem Gutachten, zu dem er aufgefordert wurde, mit Lebhaftigkeit hervorhebt, natürlich in viel höherem Maße zur Geltung. Viel des Interessanten hat Poschinger aber noch nicht an das Licht des Tages gebracht. Heute bestehen keinerlei Rücksichten mehr, es in den Archiven zurückzuhalten. Daher ist bei unserer Publikation aus schonenden Erwägungen nichts unterdrückt worden. Das deutsche Volk besitzt ein Recht darauf, alles, was Bismarck geschrieben hat, ohne jede Zurechtstutzung kennen zu lernen. Der Genius des gewaltigen Mannes offenbart sich der Welt um so mächtiger und ursprünglicher, je rückhaltloser wir das vorhandene Material der Erzeugnisse seiner Feder erschließen. Auch die Veröffentlichung Raschdaus ist nicht vollständig. Zwar bestanden für diesen Herausgeber die Bedenken nicht mehr, die seinerzeit bei Poschingers erster Publikation obwalteten. Die bereits im Jahre 1888 von der preußischen Archivverwaltung veranlaßte Sammlung der Gesandtschaftsberichte aus Petersburg und Paris, die das Manuskript für Raschdau abgab, war aber recht lückenhaft und ist erst von mir behufs einer Sonderveröffentlichung vervollständigt worden, deren Erscheinen durch die Raschdausche Publikation verhindert wurde.

Die Zahl der vorhandenen politischen Schriftstücke Bismarcks hätte sich nun voraussichtlich noch erheblich vermehren lassen, wenn wir weitere Korrespondenzen aufzuspüren versucht hätten, so seine Briefe an Kurd v. Schlözer, an seinen Gehilfen Zitelmann, an andere Bundestagsgesandte, an sonstige Diplomaten usw. Hiervon mußte jedoch einstweilen Abstand genommen werden. Es besteht aber die Absicht, später Material von wesentlicher Bedeutung, das noch gefunden werden sollte, in einem Ergänzungsbande nachträglich erscheinen zu lassen. Der zur Verfügung stehende Raum gebot eine Beschränkung in der Sammlung des Materials. Es mußte auch darauf verzichtet werden, das, was Poschinger und Raschdau gebracht haben, vollständig wieder abzudrucken. Bei den Frankfurter Berichten wurden, auch von dem bei Vorbereitung dieses Werkes durch mich neu gesammelten Material, gewisse Stoffgebiete, die geringeres Interesse zu bieten schienen, einigermaßen

systematisch ausgeschieden und nur insofern berücksichtigt, als sie in eigenhändigen Schriftstücken von Bismarck behandelt wurden. Das gilt besonders für die Immediatberichte über die Bundestagssitzungen, soweit sie mehr rein tatsächliches Material enthalten. Diese Immediatberichte sind in der Regel, wenn auch naturgemäß auf Bismarcks speziellen Angaben beruhend, von dem Legationsrat Wentzel konzipiert und daher auch nicht als Schriften Bismarcks in strengem Sinne zu betrachten. Bismarck spricht gelegentlich von der indigesta moles der Immediatberichte und klagt, daß es ihm nicht immer gelänge, den Wentzelschen Ausarbeitungen die Kürze zu geben, welche erforderlich sei, um leicht verständlich zu sein, „vielleicht auch um gelesen zu werden". Ausgeschieden wurden ferner viele militärische Einzelheiten behandelnde Stücke, darunter manches von den langwierigen Verhandlungen wegen der Bundesfestungen, ferner Verfassungsfragen, Geschäftsordnungs- und Kassenangelegenheiten, Preßsachen, der Bentinckschе Streit, Eisenbahn- und Brückensachen u. a., obwohl manches Stück zweifellos hohes Interesse bot, so z. B. schon rein taktisch die Behandlung der Hamburger Verfassungsangelegenheit. Bismarck selbst schienen, als ihm Poschinger seine erste Sammlung im Manuskript vorlegte, wie er ihm am 18. Dezember 1879 durch seinen Sohn Graf Herbert Bismarck schreiben ließ, die Berichte „nicht genügendes allgemeines Interesse" zu bieten. Für einiges mag dies heute in der Tat zutreffen, und diese Erwägung erleichterte uns die Ausscheidung vieler Stücke.

Für die Berichte aus Petersburg und Paris, die im allgemeinen nicht soviel offenbare Nichtigkeiten enthalten, wie die Geschäfte am Deutschen Bundestage mit sich brachten, wurde in Berücksichtigung des zu Gebote stehenden engen Raumes nach dem Gesichtspunkte verfahren, vor allem die Fragen heranzuziehen, die in das Gebiet der deutschen Angelegenheiten fallen und deren Lösung Bismarck später selbst in die Hand nahm, ferner solche Berichte, die sich mit der Schilderung russischer Verhältnisse beschäftigen.

Um aber einen Überblick über das gesamte bisher erschlossene Material zu gewähren, sind die hier nicht zum Abdruck gebrachten, von Poschinger, Raschdau, Kohl usw. veröffentlichten Aktenstücke unter Angabe des Inhalts bei dem betreffenden Datum aufgeführt, unter Hinweis auf die Stelle, wo sie sich bereits abgedruckt finden.

Der Schwerpunkt des vorgelegten Materials ist, wie schon angedeutet wurde, auf die eigenhändigen Schriftstücke Bismarcks gelegt. Ihnen gleichzusetzen sind die Berichte, die diktiert wurden. Diese Entstehungsform läßt sich bei den Gesandtschaftsberichten großenteils nur mutmaßen, im Gegensatz zu der Ministerzeit Bismarcks, wo es sehr viel häufiger angegeben wird, wenn es sich um ein Diktat handelt. Manche auch der rein privaten Schreiben an den Minister Otto v. Manteuffel sind augenscheinlich diktiert. Die Fülle der Privatbriefe an Manteuffel ist, wie hierbei bemerkt werden mag, außerordentlich groß. Außer Bismarcks Frau kann nach unserer bisherigen Kenntnis kein Sterblicher sich so vieler an ihn gerichteter Privatbriefe Bismarcks rühmen als Otto v. Manteuffel. Auch der General Leopold v. Gerlach hat nicht annähernd soviel Briefe von seinem jungen Freunde empfangen, als der leitende Minister Preußens in den Jahren 1850—1858. Hervorgehoben verdient dabei wohl zu werden, daß der weitaus größere Teil dieser Briefe in den ersten Jahren der Frankfurter Zeit entstanden ist. Sie sind in jener Zeit im allgemeinen auch umfangreicher als in den späteren Jahren.

Außer der systematischen Ergänzung des von Poschinger und Raschdau veröffentlichten Materials aus den amtlichen Akten schien uns nur noch eine solche Ergänzung wünschenswert und geradezu eine Erweiterung des ursprünglich bemessenen Raumes zu rechtfertigen: die Heranziehung der im ehemaligen königlich preußischen Hausarchiv beruhenden Briefe Bismarcks an den Prinzen von Preußen. Die wertvolle Sammlung im Anhang zu den „Gedanken und Erinnerungen", die Horst Kohls Fleiß nach den Konzepten im Friedrichsruher Archiv vereinigt hat, ließ sich in der Tat aus den Beständen jenes Archivs beträchtlich vermehren. Unter anderem sei ausdrücklich auf die Denkschrift an den Prinzen von Preußen, die im September 1853 in Ostende erwuchs (Bd. I, Nr. 416) und auf die eigenhändige Ausfertigung des Schreibens an Schleinitz vom 31. Dezember 1858 (Bd. II, Nr. 451), von dem Kohl ein sehr viel kürzeres, vom 13. Dezember jenes Jahres datiertes Konzept gebracht hat, verwiesen, ferner auf das ausführliche Schreiben aus Villeneuve vom 21. September 1853 an König Friedrich Wilhelm IV. (Bd. I, Nr. 417). Weitere Schreiben

von diesem geistreichen Fürsten, der ein so außerordentliches Gefallen an Bismarcks Persönlichkeit fand, haben sich nicht im Hausarchiv ermitteln lassen. Dagegen fand sich dort die Ausfertigung der großen Denkschrift vom März 1858, die unter der Bezeichnung „Das kleine Buch des Herrn v. Bismarck" bekannt geworden ist, die ausführlichste jener zahlreichen Denkschriften, in denen Bismarck je länger je mehr seine Ansichten über die politische Lage auseinanderzusetzen das Bedürfnis empfand (Bd. II, Nr. 343). Die erwähnten Stücke des Hausarchivs bilden einen wichtigen Bestandteil des umfangreichen, hier zum ersten Male veröffentlichten Materials.

Die neuen Nummern unserer Sammlung sind durch ein Sternchen (*) als solche gekennzeichnet. Ebenso ist ein Sternchen (*) vielfach bei solchen Stellen eingefügt, die in den früheren Publikationen ausgeschaltet waren. In der Regel ist dies nur bei größeren Auslassungen geschehen. Alle Stellen zu markieren wurde vermieden, weil der Satzspiegel sonst ein zu unruhiges Gepräge erhalten hätte, was dem Charakter dieser nicht lediglich wissenschaftlichen Publikation nicht entsprechen würde.

Wie schon aus dem Gesagten erhellt, schöpft unsere Publikation vornehmlich aus den amtlichen Akten. Diese beruhen im preußischen Geheimen Staatsarchiv Berlin-Dahlem und zwar dort in der Abteilung Auswärtiges Amt und Rep. 75 (Bundestagsgesandtschaft), ferner in Rep. 92 Nachlaß des Ministers Otto v. Manteuffel, ferner im Gesandtschaftsarchiv (Rep. 81, St. Petersburg und Paris). Ein kleiner Teil der Akten beruht auch noch im Hauptarchiv des Auswärtigen Amtes des Deutschen Reiches, Berlin W 8, Wilhelmstraße 75. Es war nun durchaus nicht angängig, die Aktenstücke so wie sie Poschinger wiedergegeben hat, abzudrucken, auch nicht die vollständig von ihm gebrachten. Denn Poschingers Ausgabe ist von geringer Zuverlässigkeit. Er war eben Dilettant und der Herausgabe nicht voll gewachsen. Als er im Oktober 1879 an die Arbeit heranging, war er kgl. bayerischer Bezirksamtsassessor in Erlangen und brachte daher erklärlicherweise nicht die genügende fachliche Vorbildung für sein Unternehmen mit sich. Gelenkt wurde er auf die Berichte durch Studien über die Geschichte des Bankwesens. Dabei geriet er bald in den Bann jener Schriftstücke und entschloß sich, bei Bismarck um die Erlaubnis zur Herausgabe einzukommen. Trotzdem ihm die Archivverwaltung helfend zur Seite stand, hat er die Mängel, die seiner Vorbildung anhafteten, nicht zu überwinden vermocht. Seine späteren massenhaften Publikationen verraten diese Mängel vielmehr eher noch in gesteigertem Maße. Wie wenig er geeignet war, die Publikation sachgemäß zu erledigen, zeigt wohl die eine Tatsache, daß er noch bei Herausgabe des 4. Bandes seiner großen Publikation der Frankfurter Berichte im Jahre 1884, der lediglich aus dem kurz vor der Staatsumwälzung im November 1918 in den Besitz des Geheimen Staatsarchivs gelangten Nachlaß Otto v. Manteuffels erwachsen ist, zahlreiche Briefe Bismarcks als eigenhändig bezeichnet, die von einem der Attachés desselben geschrieben sind. Seine Publikation erweist auch zum Überdruß, daß er die Schriftstücke, die nicht von Schreiberhand geschrieben sind, nur schlecht hat lesen können. Die Anmerkungen, die er lieferte, zeugen von einer großen Unkenntnis der Begebenheiten und Personalien. Zahlreiche schnurrige Schnitzer sind ihm in dieser Hinsicht nachzuweisen. Nur gelegentlich deutet er an, wenn er Kürzungen und Auslassungen hat eintreten lassen. Dazu kommt seine arge Flüchtigkeit und die große Willkür, mit der er die Texte behandelte. Diese Willkür kommt nun freilich nicht auf seine alleinige Verantwortung. Denn hier ist niemand anders als Bismarck selbst stark beteiligt, dem Poschinger die einzelnen Stücke hat vorlegen müssen und der in der Tat die Zeit gefunden haben muß, sie trotz seiner unerhörten amtlichen Tätigkeit zu prüfen. Lothar Bucher war ihm dabei behilflich. Das einzelne läßt sich hier meist nicht feststellen. Nur hin und wieder können wir mit Bestimmtheit behaupten, daß der Reichskanzler eingegriffen hat. Großenteils sind das stilistische Eingriffe gewesen. Poschinger hat ausdrücklich bezeugt, daß der Fürst am Satzbau geändert und Superlative gestrichen hat. Der Satzbau läßt allerdings bei den Berichten öfter zu wünschen übrig, weil sie meist sehr schnell, zum Teil in fliegender Hast erwachsen sind. Man staunt immer aufs neue über das unerhörte Maß von Arbeit, das Bismarck zu allen Zeiten bewältigt hat. Vielfach ist auch die Milderung der Ausdrücke augenscheinlich auf Bismarck direkt zurückzuführen, und man wird natürlich nicht fehlgehen, wenn man annimmt, daß er oft aus politi-

schen Gründen Textänderungen veranlaßt hat. Eine offene Frage bleibt es, inwieweit er bei den zahlreichen tendenziösen Sperrungen, die sich bei Poschinger finden, die Hand im Spiele gehabt hat.

Es versteht sich, daß in der vorliegenden Ausgabe durchaus der Urtext wiederhergestellt wird. Vielfach konnte auf die Irrtümer und Textabweichungen Poschingers hingewiesen werden. Es sei jedoch ausdrücklich bemerkt, daß das bei weitem nicht immer, wohl in der großen Mehrzahl der Fälle nicht, geschehen ist. Eine genaue Verzeichnung der Fehler und Änderungen Poschingers hätte diese Publikation geradezu verunstaltet und auch den Rahmen des mir zugebilligten Platzes gesprengt.

Die Texte bei Raschdau sind im allgemeinen zuverlässig, weil sie auf jener im Geheimen Staatsarchiv von erprobter Hand angefertigten Abschrift beruhen. Während die Frankfurter Berichte durchweg in deutscher Sprache geschrieben sind, bediente sich Bismarck bei seinen Berichten aus Petersburg und Paris vielfach des Französischen. Doch wird der Gebrauch dieser Sprache bei ihm mit den Jahren immer seltener. Von den 402 von mir ermittelten politischen Berichten und Telegrammen der Petersburger und Pariser Zeit (sie werden in unserem Werke nicht alle aufgeführt) sind 92 französisch, und zwar 41 aus dem Jahre 1859, 28 vom Jahre 1860, 16 vom Jahre 1861 und 8 von 1862. Von den 92 französischen Nummern sind 71 Telegramme und 21 Berichte. Von den 21 französischen Berichten entfallen 10 auf Immediatberichte.

Nicht möglich war es, die Briefe Bismarcks an Schleinitz im Original einzusehen. Im Friedrichsruher Archiv, wohin sie nach Mitteilung des Herausgebers des Briefwechsels Bismarcks mit Schleinitz, des Generalleutnants Freiherrn A. v. Schleinitz, gelangt sind, wo sie seinerzeit auch Horst Kohl eingesehen hat, haben sie sich nicht wieder aufgefunden. Infolgedessen konnte bei ihnen die Bismarcksche Schreibweise, die sonst bei seinen eigenhändigen Schriftstücken in dieser Ausgabe, auch bei den Eigennamen, festgehalten worden ist, nicht berücksichtigt werden. Doch haben wir den Eindruck, daß die Wiedergabe der Texte in der Schleinitzschen Ausgabe im allgemeinen sorgfältig und getreu ist. Die Briefe an Bernstorff, den dritten Minister des Auswärtigen, mit dem der Gesandte v. Bismarck es zu tun hatte, hat Horst Kohl mit gewohnter Sorgfalt im 6. Bande seines Bismarckjahrbuches herausgegeben, wie ich bei einer mir vom Sohne Bernstorffs, dem Regierungspräsidenten a. D. Graf Percy Bernstorff in Potsdam, gütigst gewährten Einsicht der Originale festzustellen in der Lage war. Die Briefe an Gruner hat dessen Sohn seinerzeit in der „Deutschen Revue", Jahrg. 23 (Dezember 1898), veröffentlicht, von wo sie Poschinger in sein Bismarck-Portefeuille (Band V) übernommen hat. Ich habe sie mit den Originalen in dem jetzt im Geh. Staatsarchiv zu Berlin befindlichen Nachlasse des Unterstaatssekretärs v. Gruner vergleichen können. Auf die Inaugenscheinnahme sonstiger im Bismarckjahrbuch enthaltener Stücke, deren Ausfertigungen mir nicht vorlagen, so insbesondere der Briefe an Balan und Wentzel, glaubte ich verzichten zu dürfen, da unbedenklich anzunehmen ist, daß Kohl sie getreu wiedergegeben hat. Bei dieser Gelegenheit möchte ich bemerken, daß Horst Kohl niemals um die Erlaubnis zur Benutzung von Bismarckschen Akten beim Geheimen Staatsarchiv eingekommen ist. Da er häufig in seinen Veröffentlichungen bemerkt hat, daß ihm die Benutzung des Originals nicht möglich gewesen wäre, hat wohl mancher angenommen, daß ihm die Erlaubnis von der preußischen Archivverwaltung verweigert worden sei. Dies ist also, wie zur Steuer der Wahrheit zu bemerken vielleicht am Platze ist, keineswegs der Fall gewesen.

Die Form der Datierung ist vereinheitlicht, indem die Daten stets am Kopfe angebracht sind, während sie Bismarck vielfach an den Schluß setzt; auch ist bei ihnen nicht Bismarcks Schreibweise beibehalten. Die Kurialien innerhalb des Textes der Schriftstücke, die Poschinger meist weggelassen hat, erscheinen hier wieder, wenn auch großenteils unter Anwendung von Abkürzungen. Nur auf die Unterschriften und die stereotypen Schlußfloskeln in halbamtlichen Schreiben und auf die Eingangs- und Schlußformeln in Immediatberichten ist verzichtet worden. Die Anmerkungen sind möglichst knapp gehalten. So wurde es vermieden, in den Fußnoten die Personalien zu erläutern. Für diese ist das Register zu vergleichen. Auch auf Inhaltsangaben in den Überschriften der einzelnen Nummern wurde verzichtet, wenn der Wortlaut der Schriftstücke abgedruckt wird. Als

Ersatz dafür dienen die lebenden Kolumnentitel an der Spitze der Seiten, die in Stichworten den Inhalt andeuten. Es wird Kenntnis der allgemeinen Vorgänge bzw. Heranziehung der umfassenden Literatur vorausgesetzt.

Lebhaften Dank schulde ich dem Generaldirektor der preußischen Staatsarchive, Herrn Geheimen Oberregierungsrat Dr. Kehr, außer für die uneingeschränkte Freigabe der Benutzung des im Geheimen Staatsarchiv verwahrten Materials, insbesondere dafür, daß er mir die Muße gewährte, diese Publikation fertigzustellen. Sie versetzt in eine längst versunkene trübe Zeit, in der der junge Genius den Boden kennen lernt, auf dem er zu wirken berufen war, wo er mit unendlicher Überlegenheit und mit steigender Sicherheit den Dingen und den Personen gegenübertritt und sie bereits zum Teil von seiner vergleichsweise untergeordneten und fern vom Mittelpunkt gelegenen Stelle zu dirigieren beginnt, um schließlich von König Wilhelm I., nach einer gewissen Zeit des Überganges, in der der schlichte, gradlinige, aber auch so starkwillige Monarch sein Widerstreben gegen den ungewöhnlichen Mann allmählich überwand, zu der weltgeschichtlichen Aufgabe berufen zu werden, die sein Lebenswerk werden sollte. Keine schönere Ablenkung in der trüben Gegenwart konnte mir werden, als die Beschäftigung mit diesen Anfängen politischer Wirksamkeit unseres großen Staatsmannes.

Ferner habe ich zu danken dem Direktor des Hauptarchivs des Auswärtigen Amtes, Herrn Oberregierungsrat Dr. Hermann Meyer, für die Erlaubnis zur Benutzung des von ihm verwalteten Archivs und für häufige freundlichst beim Ermitteln von Akten geleistete Beihilfe, desgleichen der Verwaltung des ehemaligen Kgl. Hausarchivs zu Charlottenburg für erteilte Benutzungserlaubnis, meinem Amtsgenossen Herrn Staatsarchivar Dr. Heinrich O. Meisner für liebenswürdige Unterstützung beim Lesen der Korrektur und meinem Freunde, dem Kgl. Hausarchivar a. D. Geheimen Archivrat Dr. Herman Granier, für Beihilfe beim Kollationieren der von mir im Hausarchiv genommenen Abschriften.

Berlin, den 20. August 1923.

Herman v. Petersdorff.

1. Eingabe an König Friedrich Wilhelm IV.

[Eigenhändiges Konzept.][1]

[August 1848.]

. . E. M. Minister haben der Nationalversammlung in der Botschaft vom [20. Juli 1848] wegen Grundsteuer ꝛc. einen Besteuerungsentwurf[2] vorgelegt, der die Gleichheit vor dem Gesetz aufhebt, indem er an die Stelle einer gleichmäßigen Besteuerung Confiscation des Vermögens derjenigen Unterthanen setzt, welche dasselbe augenblicklich in steuerfreien Grundstücken angelegt haben; mit einer Willkühr, wie nur Eroberer und Gewaltherrscher sie bisher übten, trifft diese Confiscation den reichen und schuldenfreien leichter, den verschuldeten Besitzer härter, die ungleichsten Vermögen zahlen gleich viel, wenn sie in gleich großem Grundbesitz stecken, und vielen Familien wird durch die Grundsteuer das Letzte genommen, was sie an ihren Gütern besitzen.

Dasselbe Ministerium hat in seinem Programm[3] die Grundsätze des Herrn von Patow[4] adoptirt, nach welchen ohne irgend einen Grund des Rechts, des Bedürfnisses oder nur der Billigkeit zu Gunsten einer andern wohlhabenden Klasse verbriefte Privatforderungen, deren Geldwerth das Ministerium kaum kennt, ohne Entschädigung vernichtet werden; es hat einen Gesetzentwurf vorgelegt, nach welchem über 1 Million Staatseinkommen verschleudert werden, und jedem, welcher Grundrente und Erbpächte besitzt, 28 Prozent seines Vermögens genommen und für den Überrest Papiere von zweifelhaftem Werthe an Stelle der höchsten realen Sicherheit aufgedrängt werden. Diese Renten und Pächte bilden theils selbst, theils sichern sie in Gestalt von Hypotheken und Pfandbriefen das Vermögen zahlreicher Unterthanen, der meisten Corporationen und milden Stiftungen, den Sparpfennig der Witwen und Waisen, die alle dem Rechtsschutze E. M. von Gott vertraut sind. Die Nationalversammlung hat bisher die Besorgnisse, welche die in ihr nicht vertretenen Besitzenden vor ihren Beschlüssen hegten, durch nichts gerechtfertigt; mit Schmerz sehn wir dieselbe aber von den Ministern, die im Namen E. M. regiren, zu Eingriffen in das Eigenthum, zu neuer willkührlicher Vertheilung desselben aufgefordert und erblicken nur in dem Gerechtigkeitsgefühl dieser Versammlung einen letzten Damm gegen die rechtlosen Gewaltthaten, welche die Minister sich vorbereiten im Namen E. M. gegen eine jetzt wehrlose, aber dem Thron seit Jahrhunderten treue Klasse der Unterthanen zu üben. — Wir können nicht glauben, daß E. M. die Ungerechtigkeit der beabsichtigten Maßregeln vollständig dargelegt worden sei, Maßregeln, in deren Gefolge die Vernichtung des Eigenthums, des Credits, die Unsicherheit gerichtlicher Verträge und Erkenntnisse unausbleiblich sind. E. M. haben zwar die Minister für verantwortlich erklärt, aber deßhalb können wir uns von der Überzeugung nicht lossagen und sprechen sie

[1] Nach dem Abdruck Bismarckjahrbuch VI 16 ff.
[2] Abgedruckt: Stenographische Berichte der preußischen Nationalversammlung S. 547 ff.
[3] Abgedruckt: Stenographische Berichte der preußischen Nationalversammlung (26. Juni 1848) S. 282.
[4] Niedergelegt in Patows Promemoria vom 10. Juni 1848.

mit dem Freimuth aus, der vor dem Preußischen Throne stets Gehör fand, daß wir mit der großen Mehrzahl des Preußischen Volkes E. M. vor Gott und vor der Nachwelt verantwortlich halten werden, wenn wir den Namen des Königs, dessen Vater der Gerechte hieß, unter Gesetzen erblicken müssen, die ein Verlassen des Pfades bekunden würden, auf welchem die Könige Preußens den hundertjährigen Ruhm fleckenloser [und unbeugsamer][5]) Gerechtigkeit erwarben und die Mühle von Sans-Souci zu einem welthistorischen Denkmal machten. Es liegt in der Macht E. M. und also auch innerhalb Ihrer Verantwortung, die Minister zu ernennen und zu entlassen: noch ist die Krone frei genug, um nicht dulden zu müssen, daß ein Ministerium ihr die Liebe und Achtung ihrer Unterthanen raube und die Bedingungen vernichte, unter denen wir und unsre Väter den Schutz, die Gerechtigkeit und die Weisheit unsrer Könige mit treuer und aufopfernder Anhänglichkeit vergolten haben.

Indem wir allerunterthänigst bitten, daß E. M. dem Gesetze wegen Veranlagung einer Grundsteuer, unentgeltlicher Aufhebung geldwerther Privatrechte und dem zu erwartenden Angriff auf das Vermögen der zu Grundrenten Berechtigten Ihre Zustimmung versagen, verlangen wir nur Gerechtigkeit, nur Schutz unsres Eigenthums, nur Gleichheit vor dem Gesetz mit dem letzten Tagelöhner; lassen E. M. die Geschichte nicht sagen, daß, unter Ihrer Regirung zuerst, ein solcher Ruf vor dem Preußischen Throne ungehört verhallt sei! . . .

*2. Privatschreiben an Minister v. Manteuffel.

[Eigenhändig.]

Berlin, 25. November 1850.

E. E. Der Baron Budberg empfiehlt mir soeben, E. E. Aufmerksamkeit darauf zu lenken, daß in der Note[1]), welche Herr von Prokesch heut überreicht, zwar gefordert wird, daß der Execution Oestreichs in Hessen kein Hinderniß in den Weg gelegt werde, daß in dieser Forderung aber kein Widerspruch gegen das Verbleiben Preußischer Besatzung auf Punkten der Etappen-Straße, auch über die in der Etappen-Convention gestatteten Fristen hinaus, zu liegen scheine, daß sogar das Besetzthalten abgesonderter Punkte von Cassel, beispielsweise des Bahnhofs oder von Kasernen, die etwa nicht mitten in der Stadt liegen sollten, durch die Oestreichische Forderung nicht ausgeschlossen erscheine, falls Preußen durch solche stehenbleibende Detaschements der „Execution" nicht hinderlich zu werden verspreche und das Land nach Herstellung der Autorität und Rückkehr des Kurfürsten ganz räumen wolle.

Er hielt es außerdem nicht für unmöglich, daß der Churfürst, durch ein Schreiben Sr. Majestät und durch Vermittlung des Grafen Thun demnächst disponirt werden könne, selbst um das Einrücken auch Preußischer Truppen zu bitten, obschon er durch ein früheres Schreiben sehr gereizt sei.

Herr von Prokesch scheint es persönlich übel genommen zu haben, daß ihm bis heut früh kein Wunsch, seine entscheidenden Schritte aufzuschieb[illegible] ausgedrückt worden sei.

Mit der gehorsamsten Bitte um Vernichtung dieser Notiz E. E.

gehorsamster . .

---

[5]) Die eingeklammerten Worte sind gestrichen.

[1]) Vgl. Sybel, Begründung des Deutschen Reiches, II 51.

*3. Bericht an Minister v. Manteuffel.

[Ausfertigung.]

Frankfurt a. M.[1]), 18. Mai 1851[2]).

Der Kanzleidiener Otto hat mir gestern Abend um 10 Uhr, etwa eine Stunde nach Abreise des Herrn v. Rochow, die für letztern bestimmten Depeschen übergeben. Die darin enthaltenen fernern Instruktionen in bezug auf die wegen Einverleibung der Provinzen Preußen und Posen in den Deutschen Bund abzugebende Erklärung und auf die Numerierung der Protokolle werde ich Sr. E. dem Herrn General v. Rochow bei seiner Rückkehr vorlegen. Über die von E. E. erteilten nähern Anweisungen in betreff der Modalitäten, unter welchen die Übernahme der Geschäfte der Bundes-Zentralkommission und die Herstellung der Militärkommission stattgefunden hat, war es meine Absicht, mit dem Grafen Thun heut vertrauliche Rücksprache zu nehmen, um E. E. vorläufig anzeigen zu können, in welchen Punkten der Graf Thun einverstanden oder sonst mit Instruktion versehen sei, und um ihm gleichzeitig Kenntnis zu geben, daß Herr v. Rochow beauftragt sei, ihm den Dank Sr. Majestät des Königs auszusprechen. Da indessen der Graf Thun heut zu einer Landpartie verreist ist, so begnüge ich mich, um den Kurier nicht unnötig aufzuhalten, mit der Anzeige des richtigen Empfangs, indem ich noch g. bemerke, daß ich das Schreiben an Herrn v. Sydow durch eine dem Hofrat Kelchner als sicher bekannte Gelegenheit heute früh nach Baden-Baden befördert habe.

4. Privatschreiben an Minister v. Manteuffel.

[Eigenhändig.]

26. Mai 1851.

E. E. ertheilten mir bei meiner Abreise die geneigte Erlaubniß, Ihnen gelegentlich in Privatschreiben über meine hiesigen Wahrnehmungen Bericht zu erstatten. Sowohl die bisherige Geschäftsstille am Bundestage, als auch die Zurückhaltung, welche ich, den Weisungen E. E. entsprechend, einstweilen in amtlichen Beziehungen mir zur Regel gemacht habe, schränken mich dabei auf das Gebiet der Persönlichkeiten ein, die ich bisher kennen gelernt habe.

Der Graf Thun trägt in seinem Äußern etwas von burschikosem Wesen zur Schau, gemischt mit einem Anflug von Wiener roué. Die Sünden, die er in letzter Eigenschaft begehn mag, sucht er durch strenge Beobachtung der Vorschriften der katholischen Kirche in seinen oder doch in den Augen der Gräfin aufzuwiegen. Er spielt auf dem Club bis 4 Uhr Morgens Hazard (macao), tanzt von 10 bis 5 Uhr ohne Pause und mit sichtlicher Leidenschaft, genießt dabei reichlich kalten Champagner, und macht den hübschen Frauen

---

[1]) Wenn nicht ausdrücklich ein anderer Ort angegeben ist, so sind im folgenden die Aktenstücke bis zum 1. März 1859 in Frankfurt a. M. geschrieben.

[2]) Der erste nachweisbare amtliche Gesandtschaftsbericht Bismarcks, der am 8. Mai 1851 zum Rat bei der preußischen Gesandtschaft am Bundestage und Geheimen Legationsrat ernannt war. Bundestagsgesandter wurde an demselben Tage der Generalleutnant v. Rochow, der aber zugleich die schon von ihm bekleidete Stellung eines preußischen Gesandten in Petersburg behielt. Herr v. Rochow war am 17. Mai nach Warschau gereist, um in seiner Eigenschaft als preußischer Gesandter am Petersburger Hofe an der dort in jenen Tagen stattfindenden Zusammenkunft König Friedrich Wilhelms IV. mit Zar Nikolaus I. teilzunehmen. Bismarck schrieb am 14. Mai an seine Gattin über die bevorstehende achttägige Abwesenheit seines Missionschefs: „Ich bin dann zum erstenmal in meinem Leben selbständiger Vertreter Preußens."

der Kaufmannschaft mit einer Ostentation den Hof, die glauben läßt, daß es ihm ebenso sehr um den Eindruck auf die Zuschauer als um das eigne Vergnügen zu thun ist. Vielleicht findet das letztre mehr seine Rechnung bei den Landparthien, die der Graf, namentlich Sonntags, in die Umgegend nach Homburg, Königstein pp. unternimmt, und bei denen er mit Mad. Metzler u. Mad. Mumm in einem Wagen, die Gräfin mit den H. H. Metzler und Mumm in dem folgenden fährt. Unter dieser äußerlichen Richtung, der er sich nicht ohne eine gewisse Schaustellung hinzugeben scheint, birgt Graf Thun, ich will nicht sagen eine hohe politische Thatkraft und geistige Begabung, aber doch einen ungewöhnlichen Grad von Schlauheit und Berechnung, die mit großer Geistesgegenwart aus der Maske harmloser Bonhommie hervortritt, sobald die Politik ins Spiel kommt. Ich halte ihn für einen Gegner, der jedem gefährlich ist, der ihm ehrlich vertraut, anstatt ihm mit gleicher Münze zu zahlen. Wie ich höre, ist Graf Thun, in Beobachtung der löblichen Disciplin, welche der östreichischen Diplomatie eigen ist, gewissenhaft bemüht, das treuste Organ der Absichten des Fürsten Schwarzenberg zu sein, und beweist in dieser Beziehung eine nachahmungswerthe Genauigkeit und Pflichttreue. Wenn ich mir bei der Neuheit meiner Erfahrungen ein Urtheil erlauben darf, so ist aber von den östreichischen Staatsmännern aus der Schwarzenbergischen Schule niemals zu erwarten, daß sie das Recht aus dem alleinigen Grunde, weil es das Recht ist, zur Grundlage ihrer Politik nehmen oder behalten werden; ihre Auffassung scheint mehr die eines dreisten Spielers zu sein, der die Chancen wahrnimmt, in ihrer Ausbeutung zugleich Nahrung für persönliche Eitelkeit sucht, und zu letzterm Behuf die Drapirung der kecken und verachtenden Sorglosigkeit eines eleganten Cavaliers aus leichtfertiger Schule zu Hülfe nimmt. Man kann von ihnen mit jenem herabstürzenden Dachdecker sagen: „ça va bien, pourvu que cela dure".

Die Gräfin Thun ist eine junge hübsche vergnügungssüchtige Frau, sonst von gutem Ruf, geb. Gräfin Lamberg; sie sieht meiner Schwester einigermaßen ähnlich und ist streng katholisch. Beide Gatten haben eine starke Färbung von Czechenthum; sie spricht mit ihren Kindern und Mägden nur böhmisch.

Der zweite bei der östreichischen Gesandschaft ist der Baron Nell von Nellenburg, ein geschickter Publizist, wie man sagt; er ist gegen 50 Jahr, zu Zeiten Dichter, sentimental, weint leicht im Theater, ist äußerlich gutmüthig und zuthunlich und trinkt mehr, als er vertragen kann, oft schon des Morgens. Er soll schweres Unglück in seiner Familie gehabt haben.

Der eigentliche Faiseur der K. K. Gesandschaft scheint der Baron Brenner zu sein, ein großer hübscher Mann von etwa 40, der früher, und bis er hier angestellt wurde, in Italien den bedeutendsten Einfluß auf die dortige Gestaltung der östreichischen Politik geübt haben soll. Er macht den Eindruck eines geistig bedeutenden und sehr unterrichteten Mannes, gilt für entschieden ultramontan, was ihn nicht abhält, dem schönen Geschlecht auf eine auffällige Weise zu huldigen, und in diesfälligen Bemühungen auch in die mittleren Schichten der hiesigen Geselligkeit hinabzusteigen. Auch er scheint von dieser Neigung fait zu machen, indem er im Salon einzelne anziehende Damen zu stundenlanger isolirter Unterhaltung in Beschlag nimmt. Gegen Herrn, in specie auch gegen die Unsrigen, beobachtet er eine vornehme Zurückhaltung.

Der General von Schmerling ist ein eleganter General und scheint seine bevorzugte Stütze in dem Baron Rzikowsky, Major im Ingenieurcorps, zu finden, einem sehr klugen, gebildeten und liebenswürdigen Offizier, zu dem ich wünschte, daß wir ein Preußisches Gegenstück in der zweiten oder dritten Stelle der Militärcommission hätten.

Den bairischen Bevollmächtigten, General von Xylander, der sich, wie ich glaube, einfacher und wohlwollender stellt, als er ist, und den Würtemberger Herrn von Reinhard habe ich bisher nur flüchtig kennen gelernt. Letztrer hat eine Russin zur Frau, mit der er früher in Berlin war. Ebensowenig habe ich mir über die beiden Hessen, von Trott und von Münch ein Urtheil bilden können, die bisher meist abwesend sind.

Baron Marschall, der Baden vertritt, sieht nicht aus, als ob er ganz offen wäre; er gilt bei denen, die ihn kennen, für mehr östreichisch als preußisch in seiner Gesinnung; doch ist er gegen uns äußerlich sehr zuvorkommend und hat offenbar das Bestreben und die Instruction, seine Politik formell so einzurichten, daß sie nicht preußenfeindlich und undankbar erscheint. Er hat sich vertraulich gegen mich geäußert, daß seine Regirung ebenfalls unter allen Umständen dabei beharren werde, den Rumpf-Bundestag und seine Beschlüsse vor dem Eintritt Badens als nicht zu Recht bestehend zu betrachten. Zu ermitteln, ob und in wie weit er und andre Gesandte sich der desfalsigen Preußischen Verwahrung anschließen würden, habe ich nicht versucht, dies vielmehr, falls es in E. E. Absichten liegen sollte, Herrn von Rochow überlassen wollen. Auch Herr von Dungern, für Nassau, sprach sich in derselben Richtung wie Baron Marschall gegen mich aus, und von den Herrn von Eisendecher und von Fritsch dürfte, wie ich aus ihren ersten Annäherungen schließe, ein vollständiges Eingehn auf alle billigen Wünsche Preußens zu erwarten sein. Der Niederländische Geschäftsträger, Herr von Scherff, ist sehr freundschaftlich und zuvorkommend gegen alles, was Preußen angehört; über die politischen Fragen aber habe ich ihn sich noch nicht äußern hören.

Ueber unser hiesiges Subalternpersonal sind mir mehrfache Verdächtigungen, besonders von östreichischer Seite zugegangen; ich habe indessen bisher noch nicht einmal Vermuthungen über deren Grund oder Ungrund; besonders behauptet Graf Thun und auch Graf Goltz, daß irgend einer unsrer Beamten Verbindungen mit der constitutionellen und der Kölner Zeitung haben müsse, wie sich aus Einzelheiten in deren Inhalt mit Sicherheit abnehmen lasse. Goltz hat sich hier gesellschaftlich eine sehr gute Stellung geschaffen, namentlich ist er persönlich in dem östreichischen Cirkel gern gesehn. Ich habe mich von Neuem überzeugt, daß er ein sehr fähiger Geschäftsmann ist, und es thut mir leid, daß er seine Stellung zu E. E. durch seine persönliche Gereiztheit selbst verdorben hat. Ich glaube, daß er, wenn er auf bestimmte Bedingungen sein Wort gäbe, es halten würde, und daß hierin die Möglichkeit liegt, seine bedeutenden Fähigkeiten nutzbar zu verwenden. Seine jähe Leidenschaftlichkeit wird er insoweit zähmen, daß er es über sich vermöchte, seine Bitterkeiten in sich zu verschließen; aber soweit sein Auftreten amtlich ist, nehme ich von ihm an, daß er halten würde, was er verspricht. Er ist am Sonnabend von hier nach Carlsruh gereist, um Savigny zu sehn, und will morgen wieder hier sein, um sich sofort nach Berlin zu begeben. Er sagte mir, er wolle die Rückkehr des Prinzen von Preußen nach Coblentz nicht abwarten, weil er sonst sich dort beurlauben müsse und ein solcher Besuch ihm in Berlin nachtheilig werde ausgelegt werden.

Unsre Truppen hier commandirt der Obrist von Herwarth, ein stattlicher Garde-Offizier, der geleitet wird von dem Obristen von Kessel, Commandeur des 29. Infanterie-Regiments. Letztrer ist ein sehr fähiger Offizier, nach dem Urtheil aller Militärs, die ich über ihn gehört habe, vorzüglicher Regiments-Commandeur, etwas verstimmt, daß wir keinen Krieg gehabt haben, aber doch sehr ehrenwerth und zuverlässig in seiner Gesinnung; in allen Rivalitäten mit Östreich in den Garnison-Angelegenheiten ist er ein eifriger, aber wohlerzogner Vertreter seiner Truppe. Die 29er machen neben den Östreichern gerade

keinen eleganten Eindruck; die östreichischen Jäger hier sind eine Elitetruppe, die angenehm ins Auge fällt, jeder einzelne Mann; die Uniformen, auch die des hiesigen Infanterie-Regiments, sind luxuriös neu und proper, die Leute alte Soldaten, und die östreichischen sowohl als die bairischen Offiziere bekommen hier eine nicht unbedeutende Lokalzulage. Es wäre sehr erfreulich, wenn unsern Offizieren hier ein Gleiches gewährt werden könnte, da sie das Zurückstehn gegen die Fremden schmerzlich empfinden, und das Leben hier in der That über meine Erwartung kostspielig ist, theurer als in Berlin. Übel fällt es auch ins Auge, daß die Uniformen unsrer Leute abgenutzter sind, während die große Zahl von Rekruten und die kurze Dienstzeit an und für sich die Unsrigen in weniger soldatischer Haltung erscheinen lassen, und demzufolge vergleichende Urtheile von Hiesigen und Fremden oft etwas Verletzendes für die Preußen haben. Der gute Geist des 29. Regiments, welches in der Gegend vom Hunsrück rekrutirt, hat sonst allgemeines Lob.

Einige Weiterungen sind von dem General von Schmerling darüber gemacht worden, daß das Preuß. Commando Herrn von Rochow eine Schildwache gegeben hat; es ist dagegen erklärt worden, daß ihm eine solche schon nach seinem Range als Generallieutenant zustehe. Der Graf Thun hat vor seiner Wohnung, der man überhaupt einigermaßen den Anstrich des Palais eines regirenden Herrn zu geben bemüht ist, eine vollständige Wache, deren Vorhandensein dadurch motivirt wird, daß das Gebäude zugleich Bundes-Palais ist. Die Wache, die früher für den Bundes-Pallast von den Frankfurter Truppen geleistet wurde, wird aber jetzt ausschließlich von Oestreichern gegeben; es scheint, daß sich die Unsern dadurch einigermaßen verletzt fühlen, und nach Ansicht unsrer hiesigen Stabs-Offiziere würde es hier, wo man nach derartigen Äußerlichkeiten die Machtstellung, namentlich auch den Fremden aller Nationen gegenüber, gern beurtheilt, empfehlenswerth sein, dem Preußischen Bundestagsgesandten ebenfalls permanente Preußische Schildwachen zu geben. Der General Peucker und Ober-Präsident Böttticher haben auch noch jetzt jeder zwei Posten, Herrn von Rochow aber würde man in seiner Bescheidenheit eine douce violence anthun müssen, um ihm diese Ehrenbezeugung aufzunöthigen.

Gegen den Stadtcommandanten, Major Deetz, bin ich hier von verschiedenen Seiten gewarnt worden; einmal von Goltz, der behauptet, daß er einerseits mit einer Person in der nächsten Umgebung Sr. Majestät in Verbindung stehn müsse, andrerseits eine gleich intime Correspondenz mit Politikern aus der Umgebung Sr. K. H. des Prinzen von Preußen unterhalte, und ebensowohl mit der Kreuzzeitung als mit der Kölner in Verbindung stehe. Dann beklagten sich die Obersten von Kessel und von Herwarth über ihn, daß er unthätig im Dienst sei, sein Zimmer nicht verlasse und dadurch die Schuld mancher von den Preußischen Truppen leicht abwendbarer Übelstände trage. Auch von dieser Seite her wurde er mir als politisch intrigant bezeichnet, wogegen der General von Schack eine sehr viel bessere Meinung über ihn in Mainz gegen mich aussprach. Ich wage ein eignes Urtheil noch nicht hinzuzufügen, möchte aber doch E. E. g. anheimstellen, dem General von Gerlach eine Andeutung zu machen, damit er etwaige Berichte des Major Deetz mit gebührender Vorsicht aufnimmt.

Mit dem hiesigen Agenten der Presse, Dr. Runkel, habe ich etwas nähere Bekanntschaft gemacht; er ist sehr eitel, spricht viel von historisch-publicistischen Artikeln, mit denen er sich lediglich befasse und ist stets in Besorgniß, daß man ihm die Anfertigung gewöhnlicher Zeitungsreferate zumuthen wolle. Seine Schreibart scheint mir plump und übereifrig; seine Einwirkung auf die Ober-Postamts-Zeitung wird nicht weiter reichen als man es östreichischerseits gestatten will, und das Frankfurter Journal ist zwar sehr ver-

breitet und nimmt auf, was wir ihm mittheilen wollen; es ist aber ein so deutsch-katholisch revolutionäres Blatt, daß der Vortheil, gute Artikel durch dasselbe zu publiciren, fast aufgewogen wird durch den Nachtheil einem solchen Organ durch Mittheilungen Gehalt zu verleihen. Einstweilen kenne ich aber keinen bessern und brauchbarern Menschen als Runkel und stimme unmaßgeblich für seine fernere einstweilige Benutzung.

Der Dr. Kutscheit, früher bei mehren literarischen Unternehmungen in Berlin betheiligt, arbeitet jetzt hier an der O. Postamts-Zeitung; er drängte sich in den ersten Tagen sehr an mich, indem er seine Eigenschaft als Preuße geltend machte, und stellte mir schließlich die Zumuthung, ich möchte einen Artikel über die Absichten Preußens beim Bundestage schreiben und dessen Aufnahme persönlich von Herrn von Dörnberg, dem Disponenten der Zeitung, verlangen, dieser werde dann nicht wagen, sie zu verweigern. In Folge dieses plumpen Verlangens habe ich mich näher nach Kutscheit erkundigt und erfahren, was E. E. wohl schon wissen, daß er ganz der ultramontanen Richtung ergeben ist, und angeblich vom Baron Brenner inspirirt wird. Kutscheit sprach davon, daß die K. Regirung in Coblentz eine conservativ-katholische Zeitung gründen wolle, um der Volkshalle das Gegengewicht zu halten, und entwickelte seine Ansichten und Rathschläge über diesen, wie mir scheint, sehr nahe liegenden, aber practisch mit Erfolg kaum durchführbaren Plan; sollten Sich E. E. dafür interessiren, so werde ich in meinem nächsten Schreiben näher auf seine Angaben eingehn.

Der eben genannte Baron Dörnberg steht in Taxisschem Dienst und hier in nächster Beziehung zu dem Hause der Frau von Brints-Treuenfeld, der Schwester der Frau von Meyendorf, deren täglich offner Salon eine Art von östreichischem weiblichen Hauptquartier bildet. Schwiegersohn dieses Hauses ist Herr von Bethman, bairischer Kammerherr; der Bruder des letztern ist unser Consul, der, wie ich aus guter Quelle höre, vermöge persönlicher Eitelkeit zwar für Preußische Orden und Titel zu allen momentanen Gefälligkeiten geneigt ist, im Herzen (vermöge starker Betheiligung an den métalliques) aber entschiedner Anhänger Oestreichs ist, gleich dem dritten Bruder Alexander B., der sich in Böhmen aufhält.

Abgesehn von dem Salon der Frau von Brints, in welchem täglich, auch von den Damen, hoch und hitzig Landsknecht und bouillotte gespielt wird, hat die hiesige Geselligkeit nur am vorigen Freitag ein Lebenszeichen von sich gegeben, wo bei Lord Cowley[1]) ein Zauberfest zu Ehren der Königin Victoria stattfand. Die Herzogin-Witwe von Nassau (geb. Prinzessin von Würtemberg) war mit ihrer unverheiratheten Prinzessin dort; letztre tanzte mit allen vertretenen Mächten, nur mit keinem Preußen, was einige Verwunderung erregte.

Die hiesige Diplomatie ist eine entschieden springlustige; nicht nur Thun, sondern der mehr als 50 jährige Tallenay[2]) und der weiß- oder doch grauhaarige Vertreter Belgiens, Graf Briey, sowie Lord Cowley selbst tanzten ohne Unterbrechung, bis 5 Uhr morgens, und nahmen sämmtlich an einem zweistündigen Cottillon als ordentliche Mitglieder Theil. Die Räume waren mit den Farben aller deutschen Staaten sehr bunt dekorirt, und dem englischen Wappen-Transparent gegenüber hing das des Deutschen Bundes: der Doppeladler ohne Krone.

---

[1]) Lord Cowley wurde am 12. Mai 1851 als großbritannischer Gesandter am Bundestage beglaubigt, aber erst am 7. Juni als solcher anerkannt.

[2]) Marquis de Tallenay vertrat Frankreich seit August 1848 beim Deutschen Bunde und besaß ein neues Kreditiv vom 9. April 1851, das indes erst am 7. Juni anerkannt wurde.

Die Vertreter von England und Frankreich sind sehr entgegenkommend für uns, und man hofft hier, daß in Folge des Eintritts von Preußen nunmehr ihre baldige Accreditirung am Bundestage erfolgen werde.

Ich sehe bei Durchlesung, daß ich oben garnichts über die Herrn von Schele und von Oertzen gesagt habe. Beide sind entschieden Rechtsbodenmänner, letztrer fast zu sehr Jurist und etwas pedantisch; er verläßt Frankfurt heut, weil er die Nachricht von dem schweren Erkranken seiner Frau erhalten hat, und geht zu dieser nach Mecklenburg. Schele gefällt mir am besten von allen; ich bin sehr bekannt mit ihm geworden und glaube, daß seine Unterstützung uns in allem, was man von Hanover erwarten kann, nicht entstehn[3]) wird.

Frau von Brints hatte gestern einen Brief vom Fürsten Leiningen aus Baden, den sie mir stückweis mittheilte; er schreibt, daß der Prinz[4]) auf Hof und Land einen sehr günstigen, Vertrauen erweckenden Eindruck mache. J. K. H., die Prinzessin[5]) gelte für extravagant, anglice geschrieben mit zwei ! dahinter.

Der Dr. Zirndorfer, ein einfältiger aber thätiger Agent, hält mich einigermaßen au fait über die hiesigen Arbeiter-Vereine; ich werde morgen die Ehre haben, E. E. darüber Näheres zu berichten und einige Broschüren aus jenem Revier beizulegen, heut drängt der Postschluß. Genehmigen E. E. die aufrichtige Versicherung treuer Anhänglichkeit, mit der ich bin E. E. gehorsamster . .

5. Privatschreiben an Minister v. Manteuffel.

[Eigenhändig.]

27. Mai 1851.

E. E. beehre ich mich, lediglich als Curiosum und zu einmaliger Probe, einige Berichte über die hiesigen demokratischen Vereine g. zu übersenden, und füge ich eine Broschüre bei, die neuerdings in diesen Vereinen vielfach vertheilt wird. Sie ist nicht ohne Talent geschrieben, vorzugsweise gegen die Bourgeoisie gerichtet, aber, wie mir scheint, zu lang und zu wenig populär in ihrer Haltung, um bei dem Publikum, für welches sie berechnet ist, Eindruck zu machen. Halbheit kann man ihr nicht vorwerfen, im Gegentheil ist man mitunter versucht, die Schrift für ein reactionäres[1]) Product nach Art des neuerlichen Mazzinischen Manifestes zu halten. Im Ganzen scheint das demokratische Vereinswesen hier jetzt nicht von Erheblichkeit zu sein; die Leiter selbst klagen über den Geiz und die Theilnahmlosigkeit ihrer Partei; die Versammlungen sind nur spärlich besucht, und erst ein etwaiger Sieg in Frankreich würde im Stande sein, die Verzweigungen wieder zu beleben, welche sich jetzt der Wahrnehmung entziehen. Vereinzelte Versuche, unsre und östreichische Soldaten zur Desertion zu verleiten, finden fortwährend statt, bleiben aber, soviel bekannt, ohne Erfolg; auch schlechte Schriften sind mehrfach von den Soldaten als solche, die ihnen in Wirthshäusern zugesteckt worden, abgeliefert.

Unter den hiesigen Koryphäen habe ich auch Herrn von Blittersdorf kennen gelernt; seine rastlose geistige Lebendigkeit erinnert etwas an Bülow-Cummerow. Er hat einen

---

[3]) mangeln, mittelhochdeutsch entstân.

[4]) Der Prinz von Preußen, der spätere Kaiser Wilhelm I., hatte sich am 1. Mai 1851 nach London zur Eröffnung der ersten Welt-Industrieausstellung begeben.

[5]) Die Prinzessin von Preußen, die spätere Kaiserin Augusta, hatte ihren Gemahl nach London begleitet.

[1]) Wohl verschrieben für „revolutionäres".

lebhaften Haß gegen Herrn von Radowitz, der ihn unnöthiger Weise dadurch verletzt hat, daß er ihn weder angenommen, noch seinen Besuch erwidert hat. Seitdem hat er sich auch mit Östreich überworfen und sich, wie er mir wenigstens sagt, von aller Mitwirkung an der Ober-Postamts-Zeitung zurückgezogen, weil man auf seine Ansichten der preußisch-östreichischen Frage nicht habe eingehn wollen. Da er dadurch eine jährliche Einnahme von 1000 bis 1200 Thalern aufgegeben hat, die er für seine Artikel von der Zeitung [be]zog, so muß, bei seiner Liebe zum Gelde, der Bruch allerdings ernstlich sein. Er gilt hier für einflußreich durch Verbindungen mit Menschen und Zeitungen in allen Theilen Deutschlands; jedenfalls ist er ein gescheuter practischer Kopf. Seine politische Anschauung der Gegenwart sprach er dahin aus, daß ein ehrliches Zusammengehn Preußens und Östreichs, trotz aller Bemühung von beiden Seiten, nicht werde erreicht werden, solange Östreich nicht materiell und formell die, wenigstens in Deutschland jedenfalls vorhandene Gleichheit der Macht Preußens anerkenne, und solange beide sich nicht über eine gegenseitige Abgrenzung ihres Einflusses auf die übrigen deutschen Staaten einigten. Solange das nicht erfolge, werde Preußen mit oder ohne seinen Willen dahin gelangen, einer östreichischen Initiative gegenüber dieselbe negirende und hemmende Rolle zu spielen, welche vor 1848 Süddeutschland den Preußischen Bemühungen gegenüber durchgeführt habe. Blittersdorf geht in einigen Tagen nach Marienbad. Er scheint mit dem Dr. Kutscheit in engen literarischen Beziehungen zu stehn, und hat mir dieser zu verstehn gegeben, daß Blittersdorf sehr viel Werth darauf legen würde, wenn E. E. ihn aufforderten, von Marienbad nach Berlin zu kommen, um sich mit ihm politisch zu berathen. Ich kann nicht beurtheilen, inwieweit Blittersdorf wichtig und nützlich genug ist, um eine nähere Verbindung mit ihm für E. E. wünschenswerth zu machen. Eine interessante Persönlichkeit ist er immerhin, sehr viel Zutrauen Erweckendes hat er aber nicht, man könnte ihn nur benutzen ohne Gegenseitigkeit des Vertrauens. Daß er, wenn man ihn braucht, dem baaren Gelde zugänglich ist, dafür spricht sein Ruf und seine Aufgeregtheit bei Verlusten im Spiel.

Unter den Würdenträgern der Stadt passirt der jetzige erste Bürgermeister, von Günderode, für einen entschiedenen Freund Preußens; der zweite, Sieber, für das Gegentheil. Die Stadtverwaltung ist schwach und furchtsam; der Polizei-Senator Hessenberg lehnt etwaige Anzeigen in Bezug auf die Demokratie und Zumuthungen einzuschreiten, mit den Worten ab: „Lassen Sie mich in Ruhe, ich bin selbst Demokrat".

Gestern habe ich mit Herrn von Schele einen Besuch in Rumpenheim gemacht, wo ich die Herzogin von Cambridge mit ihrer Tochter, der Prinzessin Marie, traf, einer ursprünglich sehr hübschen und lebhaft unterhaltenden jungen Dame, die aber trotz ihrer 17 Jahre schon durch eine alle Schönheitslinien überschreitende Corpulenz entstellt wird. Außerdem waren drei hessische Landgrafen da, von denen der eine, der früher Brigadier in Königsberg i. Pr. gewesen ist, lebhafte Anhänglichkeit an Preußen aussprach.

Der Graf Széchény, Secretär der östreichischen Bundestagsgesandschaft, reiste am vergangnen Mittwoch Abends von hier, angeblich um seinen Vater zu besuchen, nach Prag; man war bemüht, diese Reise zu verheimlichen, und ich habe Grund zu vermuthen, daß er nach Warschau[2]) gegangen ist, um dem Grafen Thun womöglich sofort Kenntniß von den dortigen Ergebnissen zu verschaffen. Thun hält sich überhaupt sehr in Kenntniß aller diplomatischen Vorgänge, und die östreichische Regirung hat in Köln eine Veranstaltung getroffen, daß ihm von dort aus Mittheilungen über alle wichtigern Expeditionen zugehn, die

[2]) Zu der Zusammenkunft König Friedrich Wilhelms IV. mit dem Kaiser Nikolaus I.

von Wien über dort nach London und Paris geschickt werden. In der That ist es, den Abgesandten der kleinen Staaten gegenüber, eins der wirksamsten und wohlfeilsten Mittel, sie sich zu verbinden und Einfluß auf sie zu üben; sie sind äußerst dankbar für die geringste Nachricht, bei der sie der erste sein können, der sie Serenissimo nach Hause meldet; Thun weiß die Informationen, die er erhält, in dieser Beziehung sehr zu nutzen und giebt sich noch das Ansehn, als wisse er sehr viel mehr, wie wirklich der Fall ist. Ich freue mich schon auf die ehrfurchtsvolle Neugier, mit welcher Herr von Rochow nach seiner Rückkehr als Eingeweihter von Warschau betrachtet werden wird.

Die Herzogin von Cambridge sagte mir gestern viel von der Anerkennung, welche die Liebenswürdigkeit S. K. H. des Prinzen in England und namentlich bei der Königin gefunden habe, und sprach zugleich aus, wie sehr man in den höchsten Kreisen erfreut und beruhigt sei, daß dem Prinzen keine Art von Unannehmlichkeit von Seiten der gemischten Bevölkerung, die dort versammelt ist, widerfahren sei. Sie lobte die Vorsicht des Prinzen, der seinen Aufenthalt auf den Palast beschränke, sodaß er sich selbst „l'auguste prisonnier" zu tituliren pflege.[3])

Verzeihn mir E. E. die Länge, zu der ich mein gestriges und heutiges Schreiben ohne andern Inhalt als Salonklatscherei ausgesponnen habe, und fürchten Sie nicht, daß ich Ihre Langmuth jedesmal in dieser Ausdehnung in Anspruch nehmen werde, zumal mein Schreiblehrer mit der Deutlichkeit meiner Handschrift wenig Ehre einlegt. Ich will mich bemühn, wichtigere und interessantere Dinge zu berichten, sobald sich Veranlassung dazu bietet, und dann auch weniger breit sein.

Erwähnen muß ich aber für diesmal doch noch, daß Herr von Radowitz bei seiner zweimaligen Durchreise nach und von Baden hier nichts weiter von sich hat hören oder sehn lassen, als daß er eine Nacht im Gasthof schlief. Er wohnte in Baden in demselben Hause mit Sydow und dem Fürsten Gortschakoff, und dieses Haus gehört Herrn von Blittersdorf, der mir das Factum als „curios" erzählte.

Mit der Versicherung ehrerbietigster Ergebenheit E. E. g. . .

[Nachschrift.]

Erlauben mir E. E. noch zu berichten, daß der Dr. Frantz mir geschrieben und gemeldet hat, daß er E. E. als Anstellung nach seinem Wunsche vorzugsweise den Posten eines Legationssecretärs bei hiesiger Gesandschaft bezeichnet habe. Abgesehn von dem Mangel einer Vacanz hat es mich gewundert, daß er grade dieses Ziel seinem Ehrgeiz gesteckt hat. Der Hauptzweck seiner Anstellung, seine publicistische Fähigkeit für die K. Regirung nutzbar zu machen und nicht in fremde oder unrechte Hände fallen zu lassen, denen er durch Nahrungssorgen zugetrieben werden könnte, ließe sich indessen durch jede Art von Anstellung, quovis titulo, erreichen. Er berührt außerdem einen Plan, vor seiner definitiven Anstellung, falls solche überhaupt in der Absicht E. E. läge, eine Reise von einigen Monaten nach Südfrankreich und den revolutionärsten Schweizer-Cantonen zu machen, um über die Lage und Entwicklung der socialistischen Bestrebungen Kenntnisse zu sammeln und der Regirung Berichte zu erstatten.

---

[3]) Die Reise des Prinzen von Preußen nach England war bei dem preußischen Ministerium auf Widerstand gestoßen, weil Besorgnisse für das Leben des Prinzen gehegt wurden, der Prinz hatte sich aber nicht davon abbringen lassen, weil er sich schon lange vorher durch Annahme der Einladung dorthin gebunden hatte und eine nachherige Absage ihm unhöflich erschien. Vgl. Denkwürdigkeiten des Ministers Freiherrn v. Manteuffel. Herausgegeben von H. v. Poschinger, I 419 ff.

E. E. Ermessen stelle ich g. anheim, ob und in welcher Eigenschaft die Acquisition dieses jedenfalls sehr gescheuten, wenn auch noch etwas ungeschliffenen Kopfes Ihnen rathsam scheint.

6. Privatschreiben an Minister v. Manteuffel.

[Eigenhändig.]

7. Juni 1851.

E. E. beehre ich mich über das gestern hier abgehaltene große demokratische Fest g. zu berichten, daß dasselbe ohne Thaten, aber mit vielen Gesängen und Reden einen ruhigen Verlauf genommen hat. Die Ankündigungen und Einladungen waren in jeder Weise, am Sonnabend auch noch durch riesenhafte Anschlagezettel vervielfältigt worden, und die ganze Demonstration trug einigermaßen den Character dessen, was die Engländer show of physical strength bei ihren Chartisten-Aufzügen nennen. Ich behalte mir vor, E. E. morgen den ausführlichen Bericht unsres Agenten, den ich heut wegen Unvollständigkeit zurückgegeben habe, einzureichen. Der Major Deetz hatte vor dem Fest, nach Verhandlungen mit dem halbdemokratischen hiesigen Polizei-Senator Hessenberg, sein Verlangen durchgesetzt, daß innerhalb der Stadt weder geschossen werden noch Aufzüge stattfinden dürften. Zu mehrer Sicherheit hatte der Major Deetz sich den Leiter des Festes, Hadermann, persönlich rufen lassen, und das entschiedenste militärische Einschreiten angedroht, wenn man sich eine Übertretung jener Bestimmungen erlauben werde. Die bei dem Fest anwesende Menge schätzt ein Berichterstatter annähernd auf 25 000 Menschen, wozu das Hauptcontingent von dem zur Zeit des Festes ganz verödeten Frankfurt, der Rest von Hanau, Offenbach und den umliegenden Orten gestellt war. Eine witzig sein sollende Industrie-Ausstellung ist zur Verherrlichung der Feier im Walde angeordnet gewesen, bei welcher Preußen durch Sand, Baiern durch Bier, Rußland durch eine Knute, Baden durch Bajonette u. s. w. repräsentirt gewesen sind. Leider hat unser Agent diesen Fadaisen mehr Aufmerksamkeit geschenkt als den gehaltenen Reden; indessen wird über letztre der Major Deetz durch die von ihm privativ beauftragten Berichterstatter wohl in den Stand gesetzt sein, Näheres zu berichten. Auf den Character der ausgebrachten Toaste läßt sich aus dem einen schließen: „Möge der Bundestag verrecken und die Freiheit uns erwecken". Nach vielfachen Absingungen revolutionärer Lieder, worunter das Heckerlied[1]), das alte Hambacher[2]) (Fürsten zum Land hinaus, jetzt kommt ein Völkerschmauß ꝛc.), hat man sich schließlich mit Tanzen belustigt und dabei die Melodie der Marseillaise mit dem Tact der Polka zu combiniren versucht. Bezeichnend für den Gedankengang des Bourgeois ist der Umstand, daß die hiesige „besitzende Klasse" heut um deshalb ihre Entrüstung über das Fest ausspricht, weil dabei einem mit einer Dame einsam lustwandelnden Bürger, der aus Neugierde gekommen war, die Unannehmlichkeit begegnet ist, daß trunkne Strolche seine Begleiterin in einen Graben geworfen, und ihm die Uhr aus der Tasche gerissen und entwendet haben. Daß das gesammte Fest eine Demonstration des politisch zu ordnenden Straßenraubs en gros war, fällt den Herrn nicht auf, und der beifolgende Artikel des Frankfurter Journals zeigt E. E., wie human die blaue Demokratie das Treiben ihrer rothen Geistesverwandten auffaßt.

---

[1]) Nach dem aus dem Jahre 1848 bekannten Freischarenführer Friedrich Hecker († 1881) benanntes Freiheitslied. Poschinger druckt „Henkerlied".

[2]) D. h. auf dem Hambacher Fest am 27. Mai 1832 gesungene Lied.

Es ist auffallend, wie stark die Abneigung der hier in den Bädern anwesenden Holsteiner sich gegen den Herzog von Augustenburg[3]) manifestirt. Der Graf Reventlou verläßt die hiesige Gegend (Homburg) nach seiner eignen Angabe, um den Herzog nicht zu sehn. Einer meiner Universitätsfreunde, Herr von Brockdorf, den ich hier aufgefunden habe, der ein wohlgesinnter ehrlicher Mann und nach unserm persönlichen Verhältniß ohne Rückhalt gegen mich ist, bestätigte mir, daß in ganz Schleswig-Holstein, namentlich aber bei dem Adel, der Herzog mit Mißtrauen und Feindseligkeit, der Prinz von Noer aber mit entschiedner Verachtung angesehn werde, indem man beide für berechnete Egoisten, denen der Vortheil höher stehe als das Recht, den Prinzen aber für einen Mann halte, der bei diametralem Wechsel seiner Gesinnung, sobald ihm Dänemark Vortheile biete, auch nicht einmal das äußere Dekorum beobachten werde. Nach derselben Quelle hat die Nachricht, daß die Bundestruppen Holstein bald räumen würden, dort die größte Bestürzung erregt, indem man von den wiedereinzusetzenden Behörden ein[e] tyrannische Behandlung erwartet, wie sie in Schleswig stattgefunden hat. Der dringende Wunsch der Bevölkerung ist, die Bundestruppen als Rechtsschutz zu behalten. Ich bemerke dabei, daß mein Gewährsmann ein entschiedner Gegner der Revolution ist und für sich und Namens seiner Landsleute die Überzeugung aussprach, daß die Bevölkerung beider Herzogthümer jedenfalls unter dem Könige von Dänemark zu bleiben, aber nur nicht dem Dänenthum einverleibt oder preisgegeben zu werden wünsche. Ein spezifisch holsteinsches oder schleswig-holsteinsches Regentenhaus wolle niemand, am allerwenigsten aber den Herzog von Augustenburg. Der hiesige Gesandte Herr von Bülow ist übrigens ein rein dänischer Vertreter und persönlicher Gegner seiner holsteinschen Landsleute; die letztern haben, als er ihnen 1848 seine Dienste anbot, diese abgelehnt, worauf er sich den dänischen Interessen gewidmet hat. Mit der Versicherung meiner treusten Anhänglichkeit . .

7. Privatschreiben an Minister v. Manteuffel.

[Eigenhändig.]

11. Juni 1851.

E. E. beehre ich mich, nachdem mir soeben, kurz vor Schluß der Poststunde, ein längeres Schreiben durch Ungeschicklichkeit unabsendbar verdorben ist, für heut nur meinen g. Dank für das durch Rudloff erhaltene geneigte Schreiben zu sagen und einige Worte über eine Excursion nach Baden-Baden hinzuzufügen, die ich im Fest[1]) gemacht habe. Ich fand Savigny in besserer Stimmung als ich erwartet hatte; er scheint das Glück zu haben, zu vergessen, was nicht zu ändern ist, und sprach von Herrn von Radowitz mit mehr Anerkennung für sein Herz als für seinen Kopf. Die Prinzessin[2]) sieht ihn täglich, und nach seiner Angabe schreibt ihr S. K. H. der Prinz in sehr erfreulicher Weise anerkennend über die jetzige Politik der Regirung, und hat, was mich überrascht, ausdrücklich sein Vertrauen zu meiner Person und die Überzeugung, daß ich „die Preußischen Interessen" wahren würde, an den Tag gelegt, und Ihre K. H. hat ihrer Umgebung dieß ohne Commentar mitgetheilt.

Ich höre durch Herrn von Rochow, daß der Minister von Rüdt sich lebhaft für Savignys Abberufung aus Carlsruh interessirt. Letztrer sagte mir dagegen, daß gerade Herr

[3]) Der Herzog Christian August von Augustenburg hielt sich damals in Wiesbaden auf.
[1]) Am 8. und 9. Juni war Pfingsten gewesen.
[2]) Die Prinzessin von Preußen weilte zu jener Zeit in Baden.

von Rüdt, der allerdings bei jedem, den ich danach gefragt habe, für einen Gegner Preußens gilt, hauptsächlich und persönlich den frühern Eintritt Badens[3]) betrieben, und einer Instruction des Bundesgesandten zu Gunsten Preußens (erfolglos) entgegengewirkt habe. Nach dem Grundsatz, den Rath des Gegners nicht zu befolgen, würde sich also die Abberufung des Herrn von Savigny nicht empfehlen. Soweit ich persönlich dabei betheiligt sein kann, würde ich mich anheischig machen mit Savigny als Gesandten in Carlsruh fertig zu werden und mir von ihm mehr eine Stütze als Nachtheil für die Wirksamkeit der Bundestagsgesandschaft versprechen. Er ist gegen mich, der ich ihn seit langer Zeit näher kenne[4]) in einer Weise offen gewesen, daß ich ihn für einen niedriggesinnten Menschen halten müßte, wenn er falsches Spiel dabei im Sinne hätte. Er würde Carlsruh ungern verlassen, und da er seine volle Bereitwilligkeit gegen mich aussprach, mit der Politik des Cabinets zu gehn, und sie den Umständen nach für die einzig mögliche erklärte, so glaube ich, daß der Gewinn bei seinem Verbleiben größer ist als die Gefahr. Da er sich vernünftig finden läßt, so scheint es nützlicher, die Thätigkeit eines Mannes von seinen Talenten und Verbindungen, wenn auch mit Vorsicht, für die Regirung verwendbar zu machen, als ihn in Opposition zu erhalten. Jedenfalls würden wir bei seiner Ersetzung durch eine neue Persönlichkeit für den Augenblick Terrain an Östreich verlieren. Ich habe über dies Thema einen kleinen Artikel unter dem Datum Carlsruh für die N. Preuß. Zeitung schreiben lassen[5]) und werde mir erlauben in meinem nächsten Schreiben an E. E. darauf zurückzukommen.

Die ursprüngliche Fassung der gemeinsamen Erklärung Preußens und Östreichs in Bezug auf die durch den Bundestag gewählte Commission[6]) hatte bei einigen der andern Gesandten den Argwohn erregt, daß es sich um eine maskirte Execution dabei handle. Das Actenstück war mit einer über das ostensible Ziel hinausschießenden Wichtigkeit und Länge gefaßt worden, und der Ausdruck mehrer Stellen war entschieden zweideutig, insidiös und ein andrer, als nach den vorhergegangenen Abreden mit Oestreich hätte der Fall sein sollen. Der Entwurf war von dem Baron Nell von Nellenburg, und ich habe ihn erst nach der Sitzung, in welcher er amendirt worden war, kennen gelernt.

Ich habe mich darüber gefreut, daß E. E. mit der Art und Weise, wie die Dinge hier gehn, nicht einverstanden sind. Oestreich scheint zu warten, und den Bundestag vorläufig nicht stark accentuiren zu wollen, sonst könnte Graf Thun nicht so vielfach über die wichtigsten Fragen Mangel an Instruction vorgeben.

Bei allen vorzüglichen Eigenschaften meines jetzigen verehrten Chefs[7]) glaube ich doch nicht, daß es seiner Natur und seinen Neigungen entspricht, den schwierigen Fragen mit einer kräftigen Initiative auf den Leib zu gehn, namentlich nicht, wenn dabei obenein eine Art von passivem Widerstande Östreichs zu überwinden ist, es sei denn, daß ihm der bestimmte und in den einzelnen Fragen detaillirte Befehl dazu von E. E. zuginge; mich über Herrn von Rochow's Auffassung der Politik und Geschäfte näher auszulassen, tadelnd oder lobend, glaube ich mir nicht gestatten zu dürfen, falls E. E. es nicht ausdrücklich befehlen.

---

[3]) Baden trat bereits am 2. Mai 1851, d. h. vor Preußen, dessen Eintritt am 14. Mai erfolgte, in den reactivirten Bundestag ein.

[4]) Bismarck und Savigny hatten zusammen das Gymnasium besucht.

[5]) Gemeint ist offenbar der in Nr 136 der Kreuzzeitung vom 15. Juni 1851 erschienene Artikel mit der Spitzmarke „Karlsruhe 10. Juni" (Korrespondenzzeichen □*).

[6]) Zu verstehen ist hierunter der in der Bundestagssitzung vom 11. Juni 1851 gestellte Antrag, betr. die Uebertragung des Bundeskommissoriums in der kurhessischen und holsteinischen Angelegenheit an Oesterreich und Preußen.

[7]) v. Rochow.

Die Poststunde naht, und ich behalte mir vor meinen g. Bericht morgen fortzusetzen und dabei der Presse und des Herrn Runkel zu gedenken. In treuer Anhänglichkeit . .

[Nachschrift.]

In der Hoffnung, daß Ihre Frau Gemalin, der ich mich unterthänigst empfehle, es mir verzeiht, versehe ich diesen Brief äußerlich mit ihrer Addresse, damit er nicht etwa dienstlicher Weise erbrochen wird.

8. Privatschreiben an Minister v. Manteuffel.

[Eigenhändig.]

12. Juni 1851.

E. E. beehre ich mich Nachstehendes Supplement meines gestrigen Schreibens g. zu übersenden. [Ueber die Verwendbarkeit des Preßagenten Runkel.]

. . . . Hier komme ich mit Rudloff aus, er ist fleißig und flink, und bin ich E. E. für seine Hersendung sehr dankbar. Falls die disponibeln Fonds es zulassen, würde es mir sehr lieb sein, wenn bei Runkels Ausscheiden die bisher an ihn gezahlten Beträge für Zwecke der Polizei und der Presse bei der Bundestagsgesandschaft verwendbar blieben. Ich würde bei Benutzung dieser Mittel nicht von der Überzeugung ausgehn, daß sie nothwendig consumirt werden müßten, sondern nur da, wo sichrer Vortheil zu erwarten ist, mit Sparsamkeit und Vorsicht zur Verwendung schreiten; ich bescheide mich aber gern, da ich die Geringfügigkeit der Mittel im Verhältniß zu den vielfachen Anforderungen kenne.

Bei der in der gestrigen Sitzung vorgekommnen Frage wegen des Austritts unsrer Provinzen[1]) scheint Thun sich mit seiner, mir von Hause aus unerwarteten Willfährigkeit, die Wahl eines Ausschusses ohne formulirten Antrag von Preußen zu veranlassen, übereilt zu haben; nach Berathung mit Herrn von Nell zieht er heut früh in einem Billet an Rochow zurück, weil er sich überzeugt habe, daß die große Mehrzahl der Bevollmächtigten (die er seitdem garnicht gesprochen hat) zur Wahl einer Commission ohne bestimmten Antrag nicht schreiten wolle. Dem heut hierüber an E. E. abgehenden Bericht füge ich nur noch hinzu, daß Herr von Schele mir bei Gelegenheit einer Privatunterredung seine Bereitwilligkeit aussprach unsre Wünsche wegen Preußen und Posen, in dem Falle, daß sich ein ostensibler Anlaß, z. B. Zahlung von Matrikular-Beiträgen, darböte, um die rechtliche Lage der Sache zu erörtern, selbstthätiger zu unterstützen, daß ihm aber in diesem Augenblick in der Eigenschaft eines Vertreters von Hanover jeder schickliche Vorwand fehle, um Anträge in unserm alleinigen Interesse zu motiviren.

Die von Preußen und Oestreich neulich ergangne gemeinschaftliche Erklärung wegen Wahl des Ausschusses für die Central-Commission hatte, wie ich mir schon gestern anzudeuten erlaubte, mehrseitige Befürchtungen wegen etwa darin versteckter Nebenabsichten erweckt. Graf Thun hatte Herrn von Rochow, wie ich glaube, absichtlich nicht Zeit gelassen, dieses lange und undeutliche Actenstück näher zu prüfen, ehe es vorgebracht wurde. Bei

[1]) Preußen wünschte, daß seine Provinzen Preußen (Ost- und Westpreußen) sowie Posen, die 1848 dem Bundesgebiet einverleibt waren, wieder aus dem Bunde ausschieden, um eine rechtliche Grundlage der Selbständigkeit seiner Politik zu haben.

dem Minister von Winzingerode, Herrn von Fritsche und Eisendecher bin ich bemüht gewesen, und ich glaube mit Erfolg, den entstandenen Argwohn zu zerstreuen, der sich theils an die wichtigthuende und weitläuftige Motivirung, theils an den zweideutigen Ausdruck knüpfte, durch den man, wie es schien, die vorhergenommene Verabredung über Limitirung der Zeit auf 6 Wochen hatte illusorisch machen wollen.

Herr von Rochow ist heut nach Wiesbaden, um die Königin der Niederlande zu sehn. Ich freue mich sagen zu können, daß er seit einigen Tagen mittheilender in geschäftlichen Beziehungen gegen mich ist, was sonst, ohne daß er eine Absicht damit verbände, nicht in seiner Art und Weise liegt, indem er die vorkommenden Fragen gelegentlich schnell und mündlich mit Graf Thun abmacht, ein Verfahren, bei welchem sein „diplomatischer Säugling“, wie mich die Kölnische Zeitung nannte, um seine Nahrung kommt.

In Bezug auf die Entwicklung, welche unsre innre Politik durch die neuern Maßregeln der Regirung genommen hat, hört man hier von allen Schattirungen der Parteien, die man zu den conservativen rechnen darf, die größte Anerkennung, aber auch den Zweifel aussprechen, ob die Durchführung und die Überwindung des Widerstandes der Bürokratie gelingen werde. Ich zweifle hieran nicht im Mindesten, wenn die K. Regirung ernst und fest auf dem betretenen Wege vorschreitet, und entschlossen jedes Mittel ergreift, welches das gesammte Arsenal der Gesetze ihr bietet, um den vorhandenen Widerstand zu brechen; ebensowenig zweifle ich auch, daß die Regirung diese Energie entwickeln wird, denn der Rückzug scheint unmöglich, die Schiffe sind verbrannt, und die Consequenzen des Mißlingens, des Verlierens der Schlacht, können keinenfalls schlimmer, müssen jedenfalls weniger übel sein, als die der Umkehr und Aufgabe des Versuchs. Man hat bei letztrer alle Nachtheile der wirklichen Niederlage, ohne die m. E. sichre Chance des Sieges.

Ich habe neulich Wagener geschrieben, er möchte bei Besprechung der von der Regirung zu erwartenden und ihr zu empfehlenden Maßregeln seinen Ton etwas mäßigen und sich weniger dictatorisch ausdrücken. Es ist das bei ihm eine falsche Beurtheilung der Tragweite der Worte, in die man in Bezug auf die Kinder der eignen Feder so leicht verfällt, und ich bin überzeugt, daß, wenn E. E., falls Sie dieselbe Wahrnehmung gemacht haben, Sich Wagener oder den Dr. Beutner rufen lassen und über dergleichen wohlwollend rectificiren, die Besserung nicht ausbleiben wird. Der Einfluß und die Bedeutung der Kreuzzeitung wird hier, namentlich in den diplomatischen Kreisen, sehr hoch angeschlagen, ja man kann sagen, daß Artikel aus Preußen fast nur dann Eindruck machen und Aufmerksamkeit erregen, wenn sie in diesem Blatte stehn.

Zwischen dem hiesigen österreichischen Infanterie-Regiment und dem östr. Jägerbataillon finden seit einiger Zeit heftige Reibungen statt, sodaß Exzesse durch die Offiziere nur mit großer Wachsamkeit vermieden werden. Beide Truppen sind Böhmen, die Jäger aber als Elite bevorzugt, und meist gewandtere hübschere Leute beim Tanz. Der Hamburger Vorfall[2]) wird hier, auch bei östreichisch gesinnten Frankfurtern sehr übel aufgenommen und für unmotivirt gehalten.

Ein Gegenstand, der mir sehr am Herzen liegt, ist die traurige pekuniäre Lage unsres Subaltern-Offiziere hier;[3]) ich habe mir, nach genauer Ermittlung der nothdürftigsten Sätze, eine Zusammenstellung gemacht, wonach die unvermeidlichen Ausgaben das

[2]) In Hamburg hatten während des Pfingstfestes anläßlich der Besetzung der Vorstadt St. Pauli durch österreichische für Holstein bestimmte Truppen blutige Schlägereien zwischen österreichischem Militär und Zivilisten stattgefunden.

[3]) Vgl. oben S. 6.

Gehalt und alle sonstigen Emolumente unseres Seconde-Lieutenants monatlich um 5 bis 6 Thaler übersteigen; die Verschuldung vieler derselben ist unausbleiblich. Ich werde mir erlauben, eine Abschrift dieser Zusammenstellung mit Commentar E. E. mit dem g. Anheimstellen der Rücksprache mit dem Herrn Kriegsminister nächstens vorzulegen. Die Preise aller Bedürfnisse, einschließlich der Wohnungen, sind hier 30 bis 50 Prozent höher als in Berlin.

J. K. H. die Prinzessin von Preußen ließ mir in Baden durch den Grafen Boos ihr Bedauern ausdrücken, daß sie mich bei der Kürze meines Aufenthalts nicht sehn werde, und die Hoffnung, daß ich bald wiederkommen würde. Ich hatte das nicht erwartet.

Zum Schluß wollen mir E. E. die dringende Bitte gestatten, daß Sie Sich die Zeit nehmen, dem Rathe Barez's zu folgen, und Sich bei einer kleinen Badekur von den übermäßigen Anstrengungen der letzten Monate erholen. Ich kann aus der Erfahrung früherer Zeiten urtheilen, wie schnell sich Ihre Gesundheit durch den Aufenthalt in ländlicher Freiheit und Muße herstellt; wer weiß, welche Geschäfte die spätere Jahreszeit bringt, und die mit Ihrer temporären Entfernung von Berlin verknüpften Nachtheile würden bei einem etwaigen ernsten Unwohlsein in erhöhtem Maße und auf längere Zeit eintreten können. Ich schicke diesen Brief durch den Herrn von Dewitz-Milzow, der heut Abend nach Berlin reist. Ich bitte mich Ihrer Frau Gemalin ehrerbietigst zu empfehlen, und die Versicherung der treuen Ergebenheit zu genehmigen, mit der ich verbleibe . . .

9. Privatschreiben an Minister v. Manteuffel.

[Eigenhändig.]

29. Juni 1851.

E. E. sage ich meinen g. Dank für das gütige Schreiben,[1]) welches der Geheime Legationsrath Borck mir überbracht hat. In den ersten Tagen dieser Woche habe ich einen längern Brief an den Herrn General von Gerlach[2]) geschrieben, der mir seine Unzufriedenheit über mein bisheriges Stillschweigen durch Herrn von Rochow ausdrücken ließ. Ich habe mich die ganze Zeit her auf Finanzminister besonnen; ich habe an Herrn von Lamprecht, an den Minister von der Heidt, an den Präsidenten von Wedell in Merseburg und Andre gedacht, ohne bei irgend einem den Muth zu einem Vorschlage zu gewinnen. Ich kenne die höhern qualificirten Beamten der Mehrzahl nach gar nicht; wenn ich selbst in der Lage wäre, einen Collegen zu wählen, so würde ich auf seine finanzielle Qualification gar keine, sondern alle Rücksicht auf die Übereinstimmung und die Ehrlichkeit der politischen Gesinnung und den moralischen Muth des Candidaten nehmen, indem ich von der Ansicht ausginge, daß das Technische des Faches von den Beamten des Ministeriums zu versehn, bei dem Minister selbst aber die Qualification, ein Mitglied des Collegiums zu sein, welches Preußen regirt, des Staatsministeriums nämlich, höher anzuschlagen sei, als die Eigenschaften eines guten finanziellen Kopfes, der seinen Platz gewissermaßen als Chef des Generalstabes unter dem Finanzminister einnehmen könnte. Le mieux est l'ennemi du bien, und hat einer der in Rede stehenden Candidaten Vorzüge vor dem bisherigen Chef der Finanzen[3]), so würde m. u. E. sein Eintritt wünschenswerth sein, auch wenn er, objectiv betrachtet, Vieles zu wünschen übrig ließe.

[1]) Vom 21. Juni. Abgedruckt Anh. z. G. u. E. II S. 6 f.
[2]) Siehe Horst Kohl, Bismarcks Briefe an General Leopold v. Gerlach Nr. 1.
[3]) Finanzminister war damals Rudolf von Rabe.

Meine Erwartungen von den Resultaten der Bundestagsverhandlungen waren nicht hoch, als ich herkam, aber sie haben sich seitdem vermindert; wir müssen ohne Zweifel, wie E. E. in Ihrem geehrten Schreiben andeuten, die Probe durchmachen, und ich will in aufrichtigen Bemühungen dazu, soviel an mir liegen kann, nicht nachlassen; aber ich glaube mich nicht zu täuschen, wenn ich annehme, daß wir, abgesehn von dem außer der Berechnung liegenden Einfluß unvorhergesehener Ereignisse, über kurz oder lang dahin kommen werden, den Bundestag zwar als eine zweckmäßige Handhabe für gewisse allgemeine policeiliche und militärische Maßregeln zu betrachten, auf eine organische Entwicklung deutscher Politik in ihm aber zu verzichten, und eine Befriedigung unsrer Bedürfnisse in letztrer Beziehung mehr auf dem Wege der Separatverträge über Zölle, Gesetzgebung und Militärwesen zu suchen, innerhalb des uns durch die Natur angewiesenen geographischen Gebiets. Eine richtige Würdigung der gemeinsamen Interessen der deutschen Regirungen und der dadurch bedingten Nothwendigkeit des Anschlusses an und der Unterordnung unter einander ist hier sowenig vorhanden, daß der Bundestag eher ein Bild des bellum omnium contra omnes bei genauer Prüfung bietet, als das einer Verbindung zu anerkannt gemeinsamen Zwecken. Jeder der kleinen Höfe scheint vom Bundestage viel zu erwarten gegen geringe Leistung. In der Frage wegen des Austritts unsrer Provinzen wurde ein Eingehen auf unsre Wünsche, selbst bei unsern besten Freunden, erst dann bemerkbar, als ich Andeutungen machte, welche durchblicken ließen, daß Preußen, wenn es sogar in Fragen, bei denen es allein betheiligt sei, auf unnöthige Opposition gegen seine Wünsche stieße, in seinen Erwartungen vom Bundestage erkalten, und wider Willen zu der Nothwendigkeit gelangen müsse, sich in abwartender Passivität auf seinen eignen Schwerpunkt zurückzuziehn. Die Hinweisung auf derartige Eventualitäten, sowie auf Bundesbeschlüsse, deren stricte Durchführung den Kleinstaaten schwer oder unmöglich ist, beispielsweise das Militär-Contingent von zwei Prozent[4]) und Östreich gegenüber auf die Erwartungen, welche dessen Regirung unter Umständen von uns zu hegen berechtigt sein könnte, gewährt Mittel der Unterhandlung, durch welche wir m. E. den Mangel an Verständniß der gemeinsamen Interessen auf Seiten unsrer Verbündeten werden ersetzen müssen. Von letztern haben wir nichts umsonst, d. h. auf Grund ihrer richtigen Einsicht und ihres guten Willens, zu erwarten; die Gränze, bis zu welcher sie uns entgegenkommen, wird vielmehr lediglich durch die Vortheile oder Nachtheile bedingt, welche es in unsrer Macht liegt ihnen zu versprechen oder anzudrohn. Diese wie ich glaube unzweifelhafte Disposition der übrigen Staaten, einschließlich Östreichs, setzt uns in die Nothwendigkeit, jenseitigen Wünschen aller Art niemals aus Gefälligkeit, sondern nur gegen äquivalente Concessionen zu entsprechen, auch dann, wenn ersteres[5]) ohne Unbequemlichkeit für uns geschehn könnte. Verzeihn E. E. diese theoretische Expectoration, die sich mir bei dem Gedanken an das Benehmen der Andern in Bezug auf den Austritt unsrer Provinzen aufdrängt. Graf Thun hat die Instruction ostensibel erhalten, unsre Wünsche in der gedachten Angelegenheit thätig zu unterstützen, er hat mir auch gestern die eifrige Ausführung dieses Auftrags zugesagt; aber er verwies mich gleichzeitig darauf, daß die Majorität leider nicht von ihm abhänge, und wir selbst mit den einzelnen Gesandten unterhandeln möchten, um uns zu überzeugen, daß bei vielen ein gewisses Mißtrauen in Bezug auf die Tendenzen Preußens bei diesem Antrage noch immer obwalte, ja er hatte die ingénuité zu behaupten, daß die übrigen Ge-

[4]) D h der Bevölkerung.
[5]) Im Text verschrieben: letztres.

sandten befürchten würden, der Eintritt Gesamtöstreichs[6]) könne durch ihr Eingehn auf unsre Wünsche erschwert werden. Diese Befürchtung hegt Östreich unläugbar, und trotz seiner Willfährigkeit en apparence wird es deshalb unsre Wege zu ebnen nicht gerade bemüht sein. Die übrigen Staaten haben so notorisch kein Interesse dabei, ob Ostpreußen zum Bunde gehört oder nicht, daß ihre Bedenklichkeiten gar keine andre Auslegung als die einer Diversion im Sinne Östreichs zulassen. Herr von Rostitz schützt den besorglichen Eindruck auf die öffentliche Meinung vor, den der Austritt Preußens machen werde, und meint sich vor Einholung bezüglicher Instruction nicht erklären zu können. Schele dagegen ist bereit, ohne Weitres für unsern Antrag zu stimmen, wenn er lediglich mit Motiven der Convenienz für die innre Politik Preußens unterstützt und ohne Bezugnahme auf die formelle Ungültigkeit der früheren Beschlüsse formulirt würde, also in der Gestalt, die in dem gestrigen amtlichen Berichte von hier aus vorgeschlagen wurde. Die Übrigen sind bisher mir gegenüber nicht weiter als bis zu allgemeinen Versicherungen ihrer Willfährigkeit gegen Preußische Anträge, verbunden mit einer Hinweisung auf die formellen Schwierigkeiten, die der vorliegende darbiete, gekommen, und werde ich morgen meine desfalsigen Ermittlungen fortsetzen. Schele und Oertzen sind noch die offensten von den Herrn, aber leider beide Doctrinärs eines selbstgeschaffnen Rechtsbodens, dessen Grundfärbung einen, wie ich mir schmeichle, seit unserm Eintreffen etwas verwischten, schwarzgelben Schimmer zeigt. Beide scheinen dem Gesammteintritt[7]) günstig zu sein, für den bei allen Widersachern unausgesetzte Bekehrungsversuche gemacht werden. Die Gesandten von Baiern und Württemberg halten sich äußerst zurückgezogen, und man kann schwer entscheiden, ob die neuerlich von ihnen documentirte Kälte gegen Östreich Schein oder Wahrheit ist.

Der Syndikus Banks ist in einer sehr bittern, von dem Lübecker Gesandten[8]) getheilten Stimmung über die Hamburger Vorfälle und, wie er mir vertraulich mittheilte, bereits in Besitz der von Hamburg wegen der Bequartirung von St. Pauli bei dem Bundestag einzureichenden Beschwerde.[9]) Er fragte mich, ob es wohl angemessen sei, vorher noch einen Versuch zu machen, die Vermittelung Sr. M. des Königs bei dem Wiener Cabinet zu erbitten. Ich habe ihm erwidert, daß meiner persönlichen Ansicht nach in einem solchen Schritte nichts Unwillkommenes für S. Majestät liegen könne, daß mir aber bisher die Auffassung, welche die Angelegenheit in Berlin gefunden habe, unbekannt sei.

Herr von Otterstädt[10]) wird seine Urlaubsreise am Dienstag antreten, und mir morgen in Darmstadt die laufenden Sachen übergeben. Ich betrachte diese Geschäftsführung als einen Lehrcursus für formelle Routinirung, und bitte im Voraus um E. E. Nachsicht, wenn ich mich in dieser Beziehung stellenweis als Schüler documentiren werde.

Herr von Rochow war eben bei mir, und gab mir die heut von E. E. eingegangnen Erlasse zu einstweiliger Ansicht; er war zweifelhaft, ob danach noch eine Preußische Erklärung der über Vorlage der Dresdner Verhandlungen[11]) gemeinschaftlich abzugebenden

---

[6]) in den Deutschen Bund.

[7]) Oesterreichs in den Bund.

[8]) Brehmer.

[9]) Vgl. oben S. 15.

[10]) v. Otterstedt, Geschäftsträger am großherzoglich hessischen und nassauischen Hofe und bei der Freien Stadt Frankfurt. Bismarck übernahm für die Dauer der Beurlaubung Otterstedts dessen Vertretung.

[11]) Gemeint sind auf den Dresdener Conferenzen unerledigt gebliebene Verhandlungen.

hinzuzufügen sei oder nicht. Ich hoffe, mich bei dieser ersten flüchtigen Durchsicht der Piecen nicht geirrt zu haben, wenn ich mich entschieden für die Affirmation aussprach. Herr von R. ist jetzt im Begriff, nach Soden zu fahren, wo er Frau von Tettenborn, eine Russin, besucht.

Von dem ruhigen und festen Vorgehn der Regirung in Sachen der Provinzialstände[12]) versprech ich mir ein günstiges Revirement für unsre innern Zustände, wenn die Herrn Junker ihre Aufgabe richtig erkennen und mit Entschiedenheit auftreten, ohne die Regirung zu brüskiren, mit welcher eine Verständigung nothwendig vorausgehn müßte, damit man einander in die Hände arbeitet, ohne das Ministerium zu compromittiren. Ich würde sehr gern einem der Landtage, in Sachsen oder Pommern, selbst beiwohnen, und meine Wiederwahl, falls sie nöthig ist, leicht bewirken können, ich glaube nur kaum, daß ich so lange hier fortgehn kann und darf. Witzleben wird stets pater dubiorum bleiben, wie E. E. ihn sehr treffend nannten.[13])

Sehr bedauerlich sind mir die Plänkeleien zwischen der Kreuzzeitung und der Preußischen;[14]) das Publikum legt dergleichen Symptomen immer eine tiefere Bedeutung bei, als sie practisch haben für den, der hinter den Vorhang sieht.

Herr von Rochow sagt mir, daß er am 1. July seinen Bericht und seine Vorschläge wegen fernerer Gestaltung unsrer hiesigen Vertretung machen werde und daß er einige Wochen später von hier abzugehn glaube. Wenn es noch in Sr. Majestät und in E. E. Absicht liegt, mich zu seinem Nachfolger zu ernennen, und ich habe bisher nicht Veranlassung das Gegentheil anzunehmen, so würde demnächst die Wahl des übrigen Personals der Gesandschaft E. E. Erwägung anheimfallen, da Herr von Gruner seiner häuslichen Verhältnisse wegen nicht geneigt sein wird, hier zu bleiben. Es wird schwer sein, für mich, weil ich jung und neu im Dienst bin, einen passenden und bereitwilligen Gefährten zu finden. Die eigentlichen Dienstgeschäfte, abgesehn von Lesen und Schreiben für die Presse, würde ich mit Rudloff bewältigen können, wenn es nicht sehr viel schlimmer kommt, als bisher. Dagegen würde das Bedürfniß für den persönlichen und gesellschaftlichen Verkehr, für Erhaltung der Informationen und Beziehungen, die nur auf diesem Wege zu gewinnen sind, durch R. nicht vollständig gedeckt sein, indem dazu eine routinirte, des Französischen mächtige Persönlichkeit von vornehmer Familie erwünscht wäre, falls eine solche disponibel ist.

Die hiesige Demokratie fährt fort, in unauffälliger Weise durch Vereine, Vertheilung von Druckschriften, Gesellenverbindungen den Boden mit Erfolg, wenn auch langsam, für ihre Zwecke zu bearbeiten. Die thätigsten und fähigsten Agenten scheinen Hadermann und Theodor Schuster zu sein; auffällige Erscheinungen bietet dieses Treiben weiter nicht, als die der maßlosen Schwäche oder vielmehr gänzlichen Abwesenheit der hiesigen Polizei, deren Chef, der Senator Hessenberg, wohl einigermaßen aus Connivenz lau gegen die Demokratie ist. Ich würde einzelne Berichte des Agenten Zirndorfer beifügen, wenn ich glauben könnte, E. E. damit etwas vorzulegen, was erheblich von den allgemeinen Erscheinungen

---

[12]) Am 28. Mai 1851 hatte ein kgl. Erlaß die durch § 105 der preußischen Verfassungsurkunde und das diesen Paragraphen zur Ausführung bringende Gesetz vom 11. März 1850 über die Kreis-, Bezirks- und Provinzialordnung aufgehobenen ehemaligen Provinzialstände einberufen. Dagegen regte sich vielfach Widerspruch, durch den sich die Regierung aber nicht stören ließ.

[13]) Vgl. Brief Manteuffels an Bismarck 21. Juni 1851 a. a. O.

[14]) Die „Preußische Zeitung" stand dem Minister v. Manteuffel nahe.

differirte. Die gedruckten Anlagen[15]) werden ebenfalls kaum etwas Neues sein. Das Motto der Anlage A figurirt auch in den bei Nothjung gefundenen Actenstücken.

Der Graf Bernstorf aß gestern mit Frau bei Rochow; er ist ungeduldig zu erfahren, was aus ihm werden soll, worüber ich ihm allerdings keine Aufklärung zu geben vermochte. Er wünscht nach London zu gehn, noch lieber nach Paris, wobei der den Fürsten Hatzfeld für Wien bestimmt.

Nach Privatnachrichten, die der Geheime Rath Borck bestätigte, haben wir S. K. H. den Prinzen von Preußen am Mittwoch hier zu erwarten, wo er dann wohl am Donnerstag den Prinzen Wilhelm zu dessen Geburtstage begrüßen würde. Genehmigen E. E. die Versicherung meiner treuen Ergebenheit und die Bitte mich Ihrer Frau Gemalin g. zu empfehlen . . .

10. Privatschreiben an Minister v. Manteuffel.

[Eigenhändig.]

5. Juli 1851.

* E. E. beehre ich mich zur Vervollständigung der Anlagen des neulichen offiziellen Berichts über die hiesigen demokratischen Vereine noch einen Rapport über das Treiben derselben zu überreichen. Gestern hat hier eine Hausuchung bei zwei der Führer der Demokratie, Nahegang und Schuster stattgefunden, wie ich höre, auf Requisition des Criminalgerichts in Leipzig. Da aber die Erledigung dieser Requisition fast 8 Tage lang der Gegenstand von Verhandlungen zwischen den sächsischen Behörden, dem hiesigen Senat und dem Appellationsgericht, welches Anfangs die grundrechtliche Autorisation verweigerte, gewesen ist, und die Betheiligten genaue Kenntniß von dem Gange dieser Verhandlungen gehabt haben, so ist die Hausuchung, die ohnehin nur flüchtig und der Form wegen, durch niedre Polizeibeamten ausgeführt worden, natürlich ganz erfolglos geblieben. Von den hiesigen Behörden ist überhaupt, sei es der Grundrechte wegen, sei es aus Schwäche oder Sympathie für die Demokraten, ein irgend wirksames Einschreiten in dieser Richtung nicht zu erwarten. Ein hiesiger Agent hat mir Aussicht auf nähere Notizen über den wahrscheinlichen Fundort von Beweisstücken gemacht. Wenn derselbe zuverlässige Angaben liefert, so fragt es sich, ob man nicht dahin wirken kann, daß von Seiten des Bundestages, in Ausübung der dem Bunde obliegenden Sorge für die Sicherheit und in Betracht der exceptionellen Verhältnisse des Staates und der Stadt Frankfurt, unerwartete militärische Nachsuchungen veranlaßt werden. Die juristische Rechtfertigung eines solchen Schrittes wäre dann noch näher ins Auge zu fassen. Wenn irgend welche Aussicht vorhanden wäre, daß das revolutionäre Treiben hier zu Lande zu einer baldigen Eruption führen könnte, so würde ich nicht dafür stimmen, eine solche zu hindern oder durch Aufstellung von vermehrten Truppenmassen zu erschweren; wie aber die Sachen liegen, so handelt es sich lediglich um eine unter dem Gesetzes-Schutz der Märzerrungenschaften gefahrlos betriebne, langsame aber sichre Corruption der Massen zum Behuf künftiger Eventualitäten. Vorzugsweise ist die Thätigkeit der hiesigen Lokal-Presse, mit Einschluß des deutschen Frankfurter Journals, darauf gerichtet, den religiösen Sinn der verschiedenen christlichen Confessionen, als eins der stärksten, oder vielmehr das stärkste und allein nachhaltige Bollwerk gegen die Revolution, zu untergraben. In welcher Weise dieß geschieht, wollen E. E. geneigtest aus der anliegenden Nummer des in Darmstadt geschriebnen und hier ge-

[15]) Nicht mehr beiliegend.

druckten Blattes Lucifer[1]) entnehmen, ohne dabei auf das Rothstift Rücksicht zu nehmen, welches ein hiesiger Agent ohne Critik gehandhabt hat. Diesem Treiben die Waffe der Presse und der Vereine einigermaßen aus der Hand zu winden, ist eine Aufgabe des Bundes, bei deren Erfüllung sich auf eine vollständige Aufrichtigkeit des östreichischen Bündnisses mit Wahrscheinlichkeit rechnen läßt, obschon der gelegentliche Beistand demokratischer Blätter, solange dieselben existieren und Einfluß haben, jenseits nicht verschmäht wird. Der hiesige Dr. Ebner, ein Zeitungs-Correspondent, welcher seine Inspirationen durch den Privat-Secretär des Baron Brenner (bei der östreichischen Gesandschaft) empfängt, steht in gleich naher Beziehung zu der ostdeutschen Post, dem in London von der Propaganda redigirten Kosmos, der Cöllnischen, neuen Würzburger, Trierschen Zeitung und der Hamburger Börsenhalle. Für Geld schreibt er in diese Blätter alles, was Oestreich nützt, ohne der Demokratie zu schaden, zum Theil wird er auch in politischen Nachrichten bezahlt, sodaß jene Blätter oft den Vorsprung vor den conservativen haben, und die ersten Nachrichten, die über eine Sache ins Publikum gelangen, entstellte sind, sei es im östreichischen oder im demokratischen Sinne. Die Kasseler Zeitung, notorisch von Oestreich und von Hassenpflug abhängig, schließt einen Artikel, in welchem sie das Verfahren der Nassauischen Behörde zu Höchst[2]) einigermaßen in Schutz nimmt, mit der Bemerkung, daß jene Behörde jedenfalls nach den im Lande zu Recht bestehenden Gesetzen gehandelt habe. Jener Justiz-Beamte in Höchst ist dem Vernehmen nach derselbe, welcher einem der Mörder Lichnowskys zum Entkommen behülflich war; er ist Schwiegersohn des dortigen Justizministers, und Hergenhahn leitet die Staatsanwaltschaft. Der Herzog von Nassau sagte mir bei einer gelegentlichen Conversation „hauen und wieder hauen!“ sei die einzige richtige Politik; das Wort klang mir etwas ungehörig im Munde dieses Fürsten.

In der Ueberzeugung, daß die Unterstützung, die Oestreich unsern Wünschen in Bezug auf die Ost-Provinzen angedeihen lassen wird, trotz der Instruction, die der Graf Thun deshalb erhalten hat, eine aufrichtige nicht sein werde, bestärken mich mehre Symptome. Die Ober-Post-Amts-Zeitung, ein fast offiziell östreichisches Blatt, druckt eine, angeblich von Berlin, in der That aber wohl von hier veranlaßte Correspondenz der Indépendance belge ab, nach welcher Preußens nichtdeutsche Gebiete, da sie mit der Zustimmung aller deutschen Regirungen in den Bund aufgenommen worden seien, auch nur mit derselben Zustimmung wieder ausgeschlossen werden könnten; der Artikel wird noch dadurch accentuirt, daß er an die Spitze des Blattes gestellt ist. Die Bevollmächtigten von Darmstadt und Würtemberg haben mir gegenüber in Privatunterredungen unverhehlt die Opposition, die unsre Anträge in dieser Frage von ihnen zu erwarten haben, angedeutet, der erstere mit dem Wunsche, daß diese Frage einstweilen besser unerörtert bliebe, der andre, indem er unsern Austritt für eine „sehr schwierige“ Sache erklärte. Als Gründe ihrer Ansichten führten beide Herrn zuerst die Unpopularität einer Verkleinerung des Bundesgebiets an, schließ-

[1]) Beigegeben ist die Nr. 40 des „Lucifer“ vom 29. Juni 1851. Redaktion C. Schäffer in Darmstadt, Expedition J. B. Meidinger in Frankfurt a. M. Bismarck hat anscheinend besonders den Leitaufsatz „Ein Wort an die Nichtsozialisten“ bei seinen Bemerkungen im Auge.

[2]) Das Nassauische Justizamt Höchst hatte mehrere von ihm verhaftete preußische Soldaten des in Frankfurt stehenden 29. Infanterieregiments, die sich an einer Schlägerei zu Nied bei Höchst beteiligt hatten, anstatt sie an ihr zuständiges Kommando abzuliefern, in Haft behalten und zwei derselben mit Gefängnis bestraft. Preußen erblickte darin einen Uebergriff der Nassauischen Behörde und verlangte, daß die Nassauische Regierung dem Höchster Justizamt einen ernstlichen Verweis erteile. Der Bundestag schloß sich am 9. August 1851 der preußischen Rechtsauffassung an und sprach der Nassauischen Regierung dies aus.

lich aber ganz ehrlich die durch unsern Wieder-Austritt involvirte Erschwerung des Gesammteintritts von Oestreich; letztre schien Herrn von Reinhard besonders als eine Brücke zur Bildung eines großen gemeinsamen Zoll- und Handels-Gebietes wünschenswerth. Der zu erwartende Widerstand kann Preußen schließlich nicht hindern, auf dem uns zur Seite stehenden formellen Recht zu beharren und die Einverleibung unsrer Provinzen als nicht in genügender Weise erfolgt zu betrachten, da außer dem Mangel eines Plenar-Beschlusses ein weitrer Nichtigkeitsgrund in dem Umstande liegt, daß kein holstein-lauenburgischer Gesandter an jenen Beschlüssen Theil genommen hat; aber wir werden in der Verhandlung über diese eigentlich nur uns angehende und von niemand Opfer verlangende Frage die Stellung unsrer Bundesgenossen zu uns und die Tragweite der entente cordiale mit Oestreich kennen lernen. In dieser wie in der Flotten-Angelegenheit werden wir Erfolge weniger von der guten Gesinnung unsrer Freunde als von dem unbeir[r]ten Verharren bei unsern Entschlüssen zu erwarten haben, und für meine Person habe ich E. E. Absicht, mit fernern Zahlungen zur Flotte zurückzuhalten, stets für das einzige wirksame Mittel, unsern Wünschen Geltung zu verschaffen, gehalten; eine Fortsetzung der vorschußweisen Zahlungen kann nur das unbillige Verhältniß verlängern, daß diejenigen, welche nichts zur Flotte hergeben, die entscheidende Disposition darüber behalten. Eine neue Erscheinung am Horizont der hiesigen Lokalpresse sind Artikel in den kleinen demokratischen Blättern, die Oestreich auf Kosten Preußens erheben, von welchen ich mir ein échantillon aus dem Frankfurter Tagblatt, unter der Rubrik „Nachrichten aus dem Bundessitze" g. beizufügen erlaube. Ein neuer Beweis, wie sehr uns Oestreich an geheimen Fonds überlegen ist, indem es sich in den Stand gesetzt sieht, dieses Judenblatt zur Bekämpfung der Jesuitenfurcht zu benutzen, wie der kleinere Ausschnitt aus demselben bezeugt. Mit Bezug auf die im Eingang dieses Schreibens berührten Verhältnisse beehre ich mich noch aus dem Frankfurter Volksblatte die „Tages-Chronik" der Demokratie über die abgehaltenen Haussuchungen beizufügen, auf die Gefahr hin, E. E mit diesen Details zu ermüden, wofür ich im Voraus um Verzeihung bitte.

Schließlich erlaube ich mir nochmals g. auf die Geldnoth unsrer hiesigen Offiziere zurückzukommen,[3]) da eine Anzahl der Ärmeren sich unausbleiblich in Schulden verstrickt. Ich lege eine nach den gewissenhaftesten Ermittelungen zusammengestellte Berechnung der nothwendigen Ausgaben eines Seconde-Lieutenant bei, welche ich E. E. anheimstelle, dem Herrn General von Gerlach oder dem Herrn Kriegsminister zu überweisen, und welche meine Angaben bestätigen wird, daß die Lebensbedürfnisse hier um 30 bis 50 Prozent theurer sind als in Berlin. Die Oestreicher und Baiern zahlen ihre sehr bedeutenden Lokalzulagen mit dem Vorbehalt der Erstattung durch den Bund, unter der Zusicherung, daß Rückzahlungen Seitens der Offiziere keinenfalls werden gefordert werden. Es läßt sich daher erwarten, daß diese Staaten, ungeachtet des entgegenstehenden Beschlusses der Bundes-Centralcommission vom 8. Februar 1850, wonach vom 21. ejusdem an alle Bewilligungen von Bundeszahlungen aufzuhören hatten, späterhin die Liquidirung ihrer Auslagen versuchen werden.

Den Herzog von Augustenburg nebst Familie habe ich gestern in einer Gesellschaft bei Frau von Brints kennen gelernt. Daß er über das Dänische Verfahren in Bezug auf seine Person sehr gereizt ist, liegt in der Natur der Dinge, und er konnte diese Stimmung trotz der Zurückhaltung, die er mir gegenüber beobachtete, nicht verbergen. Mit der

[3]) Vgl. o. S. 6 und 15.

Bitte Ihrer Frau Gemalin meine unterthänige Empfehlung zu machen und der Versicherung meiner treuen Ergebenheit . . .

*11. Privatschreiben an Minister v. Manteuffel.

[Eigenhändig.]

8. Juli 1851.

E. E. beehre ich mich in der Anlage zwei fernere Berichte über die bei hiesigen Demokraten stattgehabten Hausuchungen und über das vorgestrige Waldfest g. zu übersenden, ingleichen ein Exemplar des Straß[en]anschlags in Bezug auf dieses Fest. In Vervollständigung meines gestrigen Berichts bemerke ich noch g., daß der hiesige Bürger und Kaufmann Thiele auf einsamem Wege in dem Walde, welcher Schauplatz des Festes war, nicht von Demokraten, sondern von zwei bairischen Soldaten in Uniform angefallen ist. Dieselben haben die Frau mißhandelt, dem Mann die Uhrkette entrissen und ihm, vermuthlich nachdem er niedergeworfen, mit dem Seitengewehr einen scharfen Hieb in den Fuß gegeben. Die Thäter sind nicht ermittelt; in der Stadt sagt man, es seien Deserteure gewesen.

Vorbehaltlich eines offiziellen Berichts führe ich g. an, daß die Darmstädter Regirung die nach Butzbach ausgeschriebne Volksversammlung untersagt hat. Sämmtliche politischen Vereine sind in dem Großherzogthum bereits am 2. Oktober v. J. verboten worden, und haben sich in Folge dessen die meisten Turnvereine ostensibel aufgelöst; die noch bestehenden werden überwacht.

In treuster Ergebenheit . . . .

*12. Bericht an Friedrich Wilhelm IV.

12. Juli 1851.[1])

E. K. M. zeige ich a. u. an, daß des Prinzen von Preußen Kgl. Hoheit vorgestern den 10. c. mit der Main-Weser-Eisenbahn bald nach 10 Uhr in Begleitung des K. Hofmarschalls Grafen v. Pückler und des Rittmeisters Grafen v. d. Goltz hier eingetroffen ist. Auf dem Bahnhofe hatten sich die Mitglieder der K. Bundestagsgesandtschaft und von den hier garnisonierenden K. Truppen die Stabsoffiziere und die ältesten Offiziere der Spezialwaffen eingefunden. S. K.H. war von der Reise angegriffen und klagte über einen leichten Anfall von Grippe, der sich durch Heiserkeit äußerlich zu erkennen gab. Der Prinz hatte die Gnade Sich mit den Anwesenden in den Räumen des Bahnhofsgebäudes zu unterhalten und Sich die Sr. K. H. noch nicht bekannten Zivilbeamten vorstellen zu lassen und fuhr demnächst mit dem Generalleutnant v. Rochow nach dem Russischen Hofe, wo für Höchstdenselben unmittelbar neben den seit längerer Zeit für Ihre Kais. Hoheit die Frau Herzogin von Leuchtenberg disponibel gehaltenen Räumen Zimmer in Bereitschaft gesetzt waren. Gestern Vormittag empfing S. K. H. die Bürgermeister der hiesigen Freien Stadt, den K. Konsul v. Bethmann und hatte dann eine längere Unterredung mit dem Obersten Grafen v. Waldersee. Demnächst hatte ich die Ehre zu S. K. H. befohlen zu werden und sprachen Höchstdieselben gegen mich Ihre Zufriedenheit über die Wiederherstellung des Bundestages

[1]) Bismarck erstattete obigen Bericht in seiner Eigenschaft als Vertreter des für mehrere Monate beurlaubten preußischen Geschäftsträgers in Darmstadt, Nassau und bei der Freien Stadt Frankfurt, Herrn v. Otterstedt (vgl. oben S. 18). Es ist der einzige Bericht dieser Art von ihm, der bisher ermittelt wurde. Versehentlich ist er nicht unterschrieben worden.

als eine von der Notwendigkeit gebotene Maßregel aus, bei welcher Gelegenheit S. K. H. in einzelne[2]) Fragen der Politik in demselben Sinne einging, wie solches dem Generalleutnant v. Rochow gegenüber nach dem von diesem an E. M. erstatteten Bericht geschehen ist. S. K. H. bemerkten noch, daß Sie des Großherzogs von Hessen Kgl. Hoheit vor wenig Tagen gesehen und Sich daher in Darmstadt nicht aufhalten würden, S. H. den Herzog von Nassau aber auf der Rückreise zu besuchen gedächten. Um 11 Uhr setzte Sich S. K. H. zu Pferde, um die Parade der K. Truppen abzunehmen, welche wegen des eingetretenen Regenwetters von 9 Uhr auf 11 Uhr verlegt worden war und in der Stadt auf dem Roßmarkt abgehalten wurde. Der K. K. Generalmajor v. Schmerling ritt Sr. K. H. am Eingang des Roßmarktes entgegen und schloß sich Höchstdemselben in Begleitung der Offiziere der hier garnisonierenden Kais. Dragoner an. Nach zweimaligem Vorbeimarsch des K. 29. Infanterie-, einer Eskadron des 9. Husarenregiments und einer halben Fuß-Batterie ließ Sich S. K. H. durch die resp. Kommandanten die Offiziere der hier anwesenden Kais. österreichischen, Kgl. bayerischen und der Frankfurter Linien-Truppen vorstellen, welche zu Fuß einen Kreis um S. K. H. gebildet hatten. Nach der Parade empfing S. K. H. den Fürsten v. Wittgenstein Dl., den Grafen v. Loë-Wissem und andere Privatpersonen, welche gekommen waren, dem Prinzen ihre Ehrfurcht zu bringen. Um 2 Uhr hatte der Gen. Lt. v. Rochow die Ehre Sr. K. H. die sämtlichen Bundestagsgesandten vorzustellen und um 5 Uhr fand in den Zimmern Sr. K. H. die Tafel statt, zu welcher außer denjenigen K. Militärs und Zivilbeamten, welche ich als anwesend bei dem Empfang auf dem Bahnhofe bezeichnet habe, S. Dl. der Fürst Radziwill, der in Homburg eine Kur gebraucht, sowie der K. Gen. Major und Kommandant in Mainz v. Schack und der Generalmajor v. Bonin eingeladen waren. Später begab Sich S. K. H. in Begleitung des Rittmeisters Grafen v. d. Goltz und des a. u. Unterzeichneten ins Theater, um in der Loge des K. Konsuls v. Bethmann der zweiten Hälfte der Oper „Stradella" beizuwohnen und um von dort aus den K. niederländischen Gesandten v. Scherff mit Höchstihrem Besuche zu beehren, bei welchem S. K. H. den Rest des Abends allein zubrachte. Heut früh hat S. K. H., nachdem die schon vorgestern bemerkbare Heiserkeit sich durch die Anstrengungen im Verlauf des gestrigen Tages erheblich gesteigert hatte, nur den Gen. Lt. v. Rochow empfangen, einige Einkäufe in der Stadt gemacht und um 10 Uhr Höchstihre Reise nach Baden auf der Main-Neckarbahn fortgesetzt. S. K. H. sprach die Hoffnung aus, daß Höchstdero Gesundheit durch den schon früher in dieser Beziehung erprobten Gebrauch des Wassers von Baden-Baden mit Milch gemischt sehr schnell hergestellt werden werde.[3])

13. Privatschreiben an Minister v. Manteuffel.

[Eigenhändig.]

[12. und 13. Juli 1851.]

E. E. erlaube ich mir durch einen hiesigen Offizier, der mir soeben mittheilt, daß er in einer Stunde nach Berlin reist, einige kurze Notizen über den Aufenthalt Sr. K. H. des Prinzen von Preußen g. mitzutheilen, indem ich mich im Uebrigen

[2]) Vorlage: einzelnen.

[3]) Der nächste für Darmstadt pp. erstattete Immediatbericht rührt vom Generalleutnant v. Rochow her. Er ist vom 23. Juli 1851 und wird mit der „fortwährenden Abwesenheit des mit den Geschäften der Residentur betrauten Geh. Leg.-Rat v. Bismarck" begründet.

auf den offiziellen Bericht, den der Lieutnant von Helden gleichfalls überbringt, beziehe. Der Prinz war gegen mich persönlich sehr gnädig, mehr als ich erwartet hatte, indessen vermied er mit mir über die neusten Maßregeln der innern Politik und über die Ernennung des Herrn von Kleist[1]) zu sprechen, woraus ich schließen darf, daß S. K. H. die Ansichten nicht theilt, die er in Bezug auf diese Punkte bei mir voraussetzen kann. Was die deutsche Politik anbelangt, so war der Prinz in Besorgniß, daß die von dem Bunde anzuordnenden Polizeimaßregeln für Preußen weder ein Bedürfniß noch überhaupt von Erfolg sein würden; für Oestreich allein seien sie nützlich, uns aber werde die Impopularität davon vorzugsweise aufgebürdet werden. Die Aufstellung eines Bundes-Armee-Corps fand S. K. H. unnöthig, verwechselte aber dabei die von jedem Bundesstaat in Bereitschaft zu haltenden $^2/_5$ mit dem kleinen hier in der Nachbarschaft aufzustellenden Corps, was mich einigermaßen befremdete. Auf die Militär-Conventionen legte er sehr großen Werth, und folgerte aus denselben, daß beispielsweise Hanover werde veranlaßt werden, in seiner Armee das Preußische Reglement einzuführen, wenn dieses vermöge der Conventionen bei den andern Bestandtheilen des zehnten Bundes-Armee-Corps Platz gegriffen habe. Im Allgemeinen war der Prinz ruhig und ungereizt in seiner Art sich auszusprechen, enthielt sich auch jedes Tadels der Regirung und der Mitglieder derselben. Jede Erwähnung und Bezugnahme des Feldzugs in Baden[2]) machte S. K. H. sichtliche Freude. Gegen den General von Schmerling war er artig und kalt; zur Tafel waren nur Preußen befohlen. Einzelne Aeußerungen aus der Umgebung S. K. H. machten mir den Eindruck, als ob ein von Herrn v. Rochow auf Befehl Sr. Majestät vor einiger Zeit eingereichtes Memoir in Bezug auf die Coblentzer Verhältnisse dem Prinzen von Preußen mitgetheilt worden sei. Indessen war derselbe gegen Herrn von Rochow durchaus gnädig und offen mittheilend. Den Abend brachte S. K. H. bei Herrn von Scherff zu, dessen mehr liebenswürdige als hübsche Tochter wegen ihrer entschieden preußischen Gesinnung von unsern Offizieren sehr verehrt wird und sich von früherer Zeit her des Wohlwollens des Prinzen erfreut. Sie ist eine gescheute Dame von gutem Ruf und etwa 30 Jahr alt.

In meinem letzten Schreiben erlaubte ich mir die Eventualitäten einer fernern Besetzung der Stelle des Herrn von Gruner zu berühren. Sollten E. E. geneigt und im Stande sein, eine bedeutendere publicistische Capacität dazu zu verwenden, so bemerke ich g., daß Pernice in Halle, der E. E. als einer der ersten Kenner deutschen Staatsrechts bekannt ist, wie ich aus guter Quelle weiß, nicht abgeneigt sein würde, unter keineswegs hochgespannten Bedingungen auf ein desfalsiges Anerbieten einzugehn. Sollte seine Persönlichkeit sich der Billigung E. E. erfreuen, so würde ich es als einen sehr großen Gewinn für unsre Streitmittel in der deutschen Politik betrachten, wenn er als bleibendes, die Tradition für die Zukunft bewahrendes Mitglied der Bundestagsgesandschaft einverleibt würde, sollte auch die Beschränktheit der Geldmittel für den Fall nöthig machen, auf jede andre, nicht subalterne, Hülfe zu verzichten. Im Übrigen bot die Anwesenheit der Frankfurt-Darmstädtschen Residentur am hiesigen Ort in früherer Zeit ein Mittel zur Ver-

---

[1]) Der bisherige Landrat des Kreises Belgard i. Pom. v Kleist-Retzow war am 3. Juli 1851 zum Oberpräsidenten der Rheinprovinz ernannt worden.

[2]) Im Juni 1849 hatte der Prinz an der Spitze zweier kleiner Korps den badischen Aufstand niedergeworfen.

stärkung der Bundestagsgesandschaft dar, welches jetzt fortfällt, ohne daß die Residenturgeschäfte in Darmstadt, m. u. E., den dortigen Beamten vollständig beschäftigen können, wenn nicht außerordentliche Fälle eintreten.

Mit der Versicherung treuster Anhänglichkeit und mit meinem herzlichsten Glückwunsch zu der Kur in Eilsen . . .

[Nachschrift.]

Nachdem das anliegende Schreiben durch ein Mißverständniß leider nicht mehr in die Hände des Offiziers gelangt ist, der es überbringen sollte, schicke ich es erst morgen über Cölln, und beehre mich noch einige Bemerkungen hinzuzufügen.

Der Dr. Frantz ist heut, von Wien kommend, hier angelangt, und habe ich eine längere Unterredung mit ihm gehabt. Er brachte einen Brief von Meyendorf an Herrn von Rochow, und hat sich, wie mir scheint, vom Fürsten Schwarzenberg mehr imponiren lassen, als ich erwartet hätte. Er vertheidigt für Oestreich dasselbe Prinzip der centralisirenden Bürokratie, welches er in seinen Broschüren über heimische Zustände so heftig angreift, und erwies sich in der Discussion, die ich darüber mit ihm hatte, als den Anhänger eines rein utilitarischen Prinzips, welches den Factor[3]) des „Rechtes" in seinen Combinationen außer Ansatz läßt; und doch haben grade die Erfahrungen des letzten Menschenalters so vielfach bewiesen, daß jede rechtlose Politik ihre Strafe unausbleiblich mit sich führt, indem sie ihre Urheber an dem erstrebten Ziel vorbei oder darüber hinaus fortreißt, ohne ihnen etwas andres zu hinterlassen, als das Bewußtsein, das Rechte nicht gewollt und das Gewollte nicht erreicht zu haben. Mit der Phrase: „Ich kann meinen sechs blödsinnigen Vettern unmöglich allen[4]) Gouverneurstellen geben" fertigt der Fürst Schwarzenberg die östreichische Aristokratie ab, die er allerdings nicht im Staatsdienst anstellen, wohl aber in der lokalen Organisation nutzbar machen sollte; anstatt das reiche Material für Communal- und Provinzialzwecke, welches Östreich in seinem Adel und in städtischen Corporationen besitzt, zu beleben und nutzbar zu machen, zerschlägt er es, um den subalternen Schreiber und den Gendarmen an die Stelle zu setzen. Wenn er sein System durchführt, so fürchte ich, daß er selbst noch den practischen Beweis erlebt, wie wenig er den Namen eines Conservativen verdient. Den eisernen Reif, der das Staatswesen zusammenhalten soll, nach Zersetzung alles rechtlichen und organischen Bandes, sieht der Fürst allein in der Armee und in deren corporativer Isolirung; ganz abgesehen von jedem andern Bedenken scheint mir dabei die Gefahr, aus der Volkssouveränität unter die eines prätorianischen Heeres zu gerathen, durch die Erfahrungen der letzten drei Jahre, die grade Östreich gemacht hat, nahe gelegt, zumal wenn man die Zusammensetzung dieses Heeres bedenkt, die Erbitterung der Nationalitäten, und den Umstand, daß mehr als die Hälfte der gebildeten Offiziere Ausländer sind, und daß wir in nächster Zukunft leicht Zeiten erleben können, die einem glücklichern Wallenstein Spielraum für seinen Ehrgeiz gewähren. Glaubte doch die östreichische Regirung im Jahre 1809 in dieser Beziehung den Mitgliedern des eignen Kaiserhauses nicht trauen zu dürfen. Verzeihen E. E. diese politischen Phantasien, die ich nicht wagen würde Ihnen vorzulegen, wenn ich nicht annehmen könnte, daß diese Zeilen erst in der Muße von Eilsen werden gelesen werden, da ich zu meiner Freude vernehme, daß E. E. am Dinstag dahin abgehn. Die Vertheidigung jener Politik von

[3]) Im Text steht verschrieben: Factoren.
[4]) Poschinger hat: alle.

Frantz zu hören, habe ich besonders auch um deshalb bedauert, weil ich in seinen Äußerungen ein Echo von Meyendorffschen Ansichten zu vernehmen glaube, bei dem ich sonst eine mehr deutsche als russische Rechtsauffassung voraussetze.

Über die Polemik der Kreuzzeitung gegen die Organe der Regirung[5]) habe ich Wagener durch gemeinschaftliche Freunde angehn lassen; er setzt in den Augen des Publikums die Bedeutung des Blattes herab, indem er demselben den Nimbus benimmt, als ob jede politische Evolution, die es macht, ein Ausdruck der Partei wäre, die es vertritt; denn von einer großen und intelligenten Partei wird niemand im Ernst glauben, daß sie ihre Stellung zur Regirung lediglich aus dem Grunde ändern werde, weil irgend eine einzelne Persönlichkeit, die den meisten gar nicht bekannt ist,[6]) eine Stellung einnimmt, der man sie nicht für gewachsen hält. Einen andern Grund zu einer unfreundlichen Haltung kann der Leser in der Provinz aus dem Blatte selbst nicht entnehmen. Dergleichen untergeordnete Personalfragen können grade jetzt weniger als jemals die Haltung der Partei, welche von der Kreuzzeitung vertreten wird, der Regirung gegenüber bestimmen. Den Ton mehrer Artikel habe ich mehr als den Inhalt gemißbilligt, und bin nur durch die vielen Geschäfte der letzten Tage gehindert worden, Wagener direct eine ernste Vorhaltung zu machen. Leider ist es unvermeidlich, daß grade die edeln und heut zu Tage so seltnen Eigenschaften furchtloser und unbeugsamer Characterfestigkeit ihre unbequeme Kehrseite haben, die man mit in den Kauf nehmen muß.

Die Adlerzeitung in Nr. 10 enthält wieder mehre falsche Nachrichten von hier unter dem Correspondenzzeichen –, die in einem offiziösen Organ von übler Wirkung sind. Ein Verbot, das Nassauische Gebiet zu betreten, ist von der hiesigen Militärbehörde niemals ergangen, und wenn in dem Organ der K. Regirung die Mißhelligkeiten wegen des Höchster Vorfalls[7]) als „ausgeglichen"[8]) bezeichnet werden, so ist das nicht ohne übeln Einfluß auf die desfalsigen Unterhandlungen. M. u. E. eignet sich diese Sache mehr zur Behandlung durch den Bundestag als durch die Preußischen Behörden, indem der Grund der Unrechtmäßigkeit des jenseitigen Verfahrens grade darin liegt, daß die betheiligten Soldaten zu den Bundestruppen gehörten, in Bezug auf welche Nassau sowie ganz Deutschland als Inland zu betrachten ist, und welche daher in Bezug auf eine in Nassau verübte Handlung sich nicht außerhalb der Jurisdiction ihres gesetzmäßigen Richters, des Militärgerichts, befinden. Eine Genugthuung, die mir dringend wünschenswerth erscheint, wird der Bund um so leichter erlangen können, als Herr von Winzingerode nach seiner eignen Erklärung jede Veranlassung gern ergreifen will, die ihn von dem demokratischen Justizbeamten in Höchst erlösen könnte.

Den 13. Indem ich das Vorstehende wieder durchlese, bin ich beschämt über die breite Gesprächigkeit, mit welcher ich E. E. belästige, hoffe aber, daß Sie mir verzeihen, indem Sie diese Ergießungen lediglich mit dem Maße einer Conversation am Theetisch Ihrer Frau Gemalin, der ich mich unterthänigst zu empfehlen bitte, messen.

Die neuen Gespräche des Herrn von Radowitz[9]) habe ich hier von Leuten verschiedner Parteien beurtheilen hören; alle diese Kritiken stimmen darin überein, daß sie Bedeutenderes von ihm erwartet haben. Das Werk macht den Eindruck, als ob es mit einer gewissen Flüchtigkeit geschrieben wäre. Es scheint, daß gerade dieser Autor das „nonum prematur

[5]) Vgl oben S. 19.
[6]) Es handelt sich um den von Manteuffel sehr begünstigten Publizisten Rhino Quehl.
[7]) Vgl. oben S. 21.
[8]) Bei Poschinger steht irrig: unausgeglichen.
[9]) Die „Neuen Gespräche aus der Gegenwart" waren soeben in Erfurt erschienen.

in annum" nicht ungestraft vergißt. Im Vergleich mit den ältern „Gesprächen"[18]) drängt sich dem Leser die Überzeugung auf, daß letztre mit der Kraft und Liebe eines Mannes geschrieben sind, der wirklich glaubt, was er sagt, während die neuern die undankbare Aufgabe haben, die Unwahrheit als wahr darzustellen und zu beweisen, daß alle Handlungen des Verfassers mit den Grundsätzen in Einklang gewesen seien, die er für die seinigen von der Welt gehalten zu sehn wünscht. Das Buch ist eingegeben von der Unfähigkeit, zu sagen „ich habe mich geirrt", verbunden mit dem Bestreben, seine Gegner zu verletzen und die Vielseitigkeit der Gegenstände, mit denen sich ein tiefer Denker beschäftigt, öffentlich zur Anerkennung zu bringen. In der Politik finde ich kaum etwas in dem Buch, von dem ich nicht würde nachweisen können, daß ich es schon in ziemlich oberflächlichen Zeitungsartikeln gelesen habe. Ich kann mir nicht denken, daß der König, wenn er dieses Buch mit Aufmerksamkeit liest, die Überzeugung einer Seelenverwandtschaft mit Herrn von Radowitz festhält.

Soeben kommt mir die letzte Nummer der Kreuzzeitung zu Gesicht, deren Inhalt mich in der Absicht bestärkt, noch heut an Wagener zu schreiben, und Gerlach's Einfluß auf ihn zu Hülfe zu nehmen. Ich bin es der Offenheit schuldig, die ich mir gegen E. E. zur Pflicht gemacht habe, zu erklären, daß ich objectiv die Ansicht Wageners theile, indem ich gleichfalls die Persönlichkeit, um die es sich handelt, nicht für ihren jetzigen Wirkungskreis geeignet halte; aber wenn ich mir nicht einmal in einer Privat-Correspondenz gestatte, E. E. in dieser Beziehung meinen unberufenen Rath aufzudrängen, so ist dies noch viel weniger angemessen für die Zeitung, und obenein in einem Ton, der E. E. die Ausführung der begehrten Veränderung, selbst im Fall Sie damit einverstanden wären, erschweren würde. . . . . [betr. Rudloff.]

Bis hierher hatte ich geschrieben, als soeben der Legationsrath Wenzel eintrat, und mir E. E. so sehr gütiges Schreiben[21]) [hier bricht der Brief ab].[22])

14. Privatschreiben an Minister v. Manteuffel.

[Eigenhändig.]

27. August 1851

E. E. zeige ich g. an, daß ich heut, wie ich schon durch den Telegraphen nach Berlin gemeldet habe, in die Bundesversammlung eingeführt worden bin. Es fanden in dieser Sitzung Verhandlungen nicht weiter statt, als daß der Beschluß gefaßt wurde, mich, ohne Präjudiz für die Zukunft, als gewählt für alle diejenigen noch bestehenden Commissionen zu betrachten, deren Mitglied Herr von Rochow war.[1]) Graf Thun hält auch in seinem Auftreten in der Bundesversammlung denselben Typus von Formlosigkeit aufrecht, der ihn im Allgemeinen characterisirt. Er präsidirte in einer kurzen Jacke von hellem Sommerzeug, die zugeknöpft den Mangel einer Weste verdeckte, mit einer geringen Andeutung von Halsbinde, übrigens in Nanking, und den Vortrag im Conversationston haltend. Im Verkehr ist er seit meiner Ernennung sehr offen und entgegenkommend für mich.

---

[18]) Diese waren 1846 erschienen.

[21]) Gemeint ist der Brief Manteuffels vom 11. Juli, abgedruckt Anh. z. G. u. E. II S. 7 ff.

[22]) Damit schließt die private Berichterstattung des Gesandtschaftsrats von Bismarck ab, da er am 15. Juli 1851 an Stelle Rochows zum Bundestagsgesandten ernannt wurde.

[1]) Vgl. Poschinger I Nr. 4.

Eine unrichtige Auffassung ist es von seiner Seite, daß er die rechtliche Stellung des Präsidiums überschätzt. Lord Cowley war von Sardinien beauftragt worden, bei dem Bunde anzufragen, ob die Person des Herrn von Pralorme in Paris für die Stellung eines sardinischen Gesandten dem Bunde genehm sei. Graf Thun hat es, worin ich ihm ganz beistimme, unangemessen gefunden, daß Sardinien diesen Schritt durch Lord Palmerston hat thun lassen, anstatt die Vermittlung Preußens oder Östreichs in Anspruch zu nehmen. Er hat aber auch sofort erklärt, daß er aus diesem Grunde eine amtliche Erwiderung auf die Anfrage Lord Cowley's verweigre. Ich glaube kaum, daß eine derartige Erklärung im Namen des Bundestags, ohne Rückfrage zu geben, in den Attributen des Präsidialgesandten liegt. Da indessen die Mittheilung, die Graf Thun hierüber nach Erledigung der Sitzungsgeschäfte machte, von ihm als eine vertrauliche bezeichnet wurde, ich sonst auch ohne Kenntniß dieses Vorganges war, so habe ich geglaubt, meine Bedenken für mich behalten zu können. Eine ähnliche Neigung, die Stellung der Präsidialgesandtschaft stärker als mir richtig scheint, zu accentuiren, trat in einer Privatunterredung über die etwaige Nothwendigkeit des Belagerungszustandes für Frankfurt hervor. Der Fürst Schwarzenberg hat dem Grafen Thun, unter Mittheilung des Inhaltes des von Herrn von Rochow an E. E. hierüber erstatteten Berichtes, die Absicht oder doch die Tendenz ausgesprochen, den Belagerungszustand durch den Bundestag eventuell beschließen zu lassen. Ich bin mit Graf Thun in der Überzeugung einig, daß die Mehrheit der Mitglieder zu einem solchen Beschluß gar nicht zu bringen sein wird; sie werden alle Instruction einholen wollen, und viele sich lieber krank melden, als die Verantwortung eines solchen Beschlusses, auch n a c h eingeholter Instruction, übernehmen. Außerdem würde ein guter Theil des Zweckes der Maßregel durch das mit der Behandlung in der Bundesversammlung unvermeidlich verbundene Bekanntwerden derselben vereitelt werden. Graf Thun schlug mir dagegen vor, daß er in seiner Eigenschaft als „Präsidium", nach vorgängiger Rücksprache mit mir, den Belagerungszustand anordnen und dann dem Bundestage mittheilen wolle, daß er es für nöthig gehalten habe und bereit sei, es zu verantworten. Ich stellte ihm dagegen vor, daß dieser Weg geeignet sei, bei den andern Staaten, die schon durch Eifersucht auf ihre Souveränetät geplagt würden, Bedenken zu erregen wegen eines Präcedenzfalles, in welchem das Präsidium eine derartige Machtvollkommenheit Namens des Bundes ausübe, und schlug vor, lieber das Obercommando in eignem Namen und in Vorsorge für die Sicherheit der Truppen und der Ordnung des militärischen Dienstes handeln zu lassen, vorbehaltlich der Rechtfertigung der Maßregel vor dem Vorgesetzten des Obercommandos, dem Bundestage. Letztrer würde dann die Triftigkeit der Gründe des Obercommandos nach Niedersetzung einer Commission zu diesem Behuf untersuchen, und nach eingeholten Instructionen darüber entscheiden, ob der Belagerungszustand beizubehalten oder wegen Unzulänglichkeit der Befürchtungen aufzuheben sei. Man müßte die Maßregel vor Tagesanbruch nehmen, gleichzeitig die Häuser, in denen man Personen und Gegenstände vermuthe, militärisch besetzen und durchsuchen, damit der Schlag vollkommen unerwartet käme. Graf Thun war auch mit dieser Auffassung schließlich einverstanden. Wenn es sich nun darum handelt, den Belagerungszustand auszusprechen oder nicht, so erkläre ich mich, salvo meliore, für die Affirmative, und zwar in der vorstehenden Modalität für die Einleitung. Ich halte es für unmöglich, der offen und geheim durch tausende von Teilnehmern in Westdeutschland betriebenen Verschwörung, vermöge deren sich die Demokratie unter den Augen der Regirungen organisirt und täglich numerisch verstärkt, um den günstigen Tag für

das Losschlagen gerüstet zu erwarten, auf die Dauer ruhig anzusehn,[2]) wenn man nicht zur Zeit der Entscheidung mit später Reue an das, was man in der Zeit der Ruhe hätte thun können, zurückdenken will. Für ebenso unmöglich muß es gelten, dieser Verschwörung wirksam entgegenzutreten, solange sie in Frankfurt einen Fuchsbau besitzt, der keinem Jäger zugänglich ist, solange sie hier, im Knotenpunkt des Weltverkehrs ein Asyl gegen jedes Einschreiten und jede Controlle findet. Ich lege nicht großen Werth auf die Symptome, daß die hiesige rothe Presse seit einigen Wochen frecher in ihrer Sprache wird (der Polizei-Director Schultz hat einige der kleinen Tagblätter für E. E. mitgenommen), daß nach einer Benachrichtigung von Deetz, die ich heut erhalte, seit mehren Tagen Bewaffnete, mit Hirschfänger und Büchse, mit den Maindampfschiffen hier eintreffen, und sich in der Stadt verlieren. Sollten die Revolutionärs irgend etwas hier unternehmen, um das öffentliche Interesse nicht einschlafen zu lassen, so würde dieß ein sehr günstiges Ereigniß sein, dem vorgebeugt zu sehn gar nicht in meinen Wünschen liegen würde. Aber auch ohne ein solches direkt veranlassendes Ereigniß glaube ich, daß Preußen und Östreich von Frankfurt polizeilich Besitz ergreifen müssen; die Pflicht der Nothwehr gegen die Revolution gebietet es. Von der hiesigen Regirung ist Abhülfe unter keinen Umständen zu erwarten, sie hat die Personalkräfte nicht, welche Anweisungen sie auch vom Bundestage empfangen möchte. Die conservativsten Leute hier sagen mir, daß, wenn sie den jetzigen Chef der Polizei, Senator Hessenberg, der sich aus Feigheit, um sein Nicht-Einschreiten zu entschuldigen, selbst einen Demokraten nennt, aus dem Amte verlören, so würde keiner da sein, der es wagte, sein Nachfolger zu werden.[3]) Die benachbarten Regirungen Nassau und Hessen bemänteln ihre eigne Zaghaftigkeit mit der Ausrede, daß ihre Maßregeln nutzlos seien, solange der jetzige Zustand in Frankfurt daure. Wenn hier der Schlag geführt würde, so ermuthigten sie sich, und Mainz müßte bald nachfolgen. Dort und in Worms, wo eine starke jüdische Bevölkerung ist, giebt das Treiben dem hiesigen wenig nach. Es ist wahrscheinlich, daß man hier, wenn die Vorbereitungen geheim genug blieben, und der Belagerungszustand plötzlich genug einträte, interessante Materialien in die Hand bekäme; aber selbst wenn die Betheiligten vorsichtig genug wären, diesen Fall vorausberechnet, und nichts Verdächtiges in ihren Häusern[4]) hätten, so würde ich die Maßregel gegen Frankfurt doch für eine politische Nothwendigkeit halten, um der erfolgreichen Bearbeitung der Bevölkerung am ganzen Rhein zu steuern, die durch die eingeschmuggelten Druckschriften und das Vereinswesen betrieben wird. Dieselbe erstreckt sich schon auf die Soldaten, von denen einzelne, am meisten Baiern, seltner Preußen, die Vereine besuchen, und sich in verdächtigen Verbindungen in Bornheim und andern Orten umhertreiben.

Der langen Rede Sinn ist, daß ich E. E. g. bitte, daß E. E. Sich mit der Östreichischen Regirung darüber vereinbaren möchten, daß eine baldige Verhängung des Belagerungszustandes, auch ohne daß noch zu erwartende auffälligere Ereignisse dazu provociren, herbeizuführen sei, und die Modalitäten entweder zwischen beiden Cabinetten verabredet und hierher angeordnet, oder daß Graf Thun und ich autorisirt werden, in Gemeinschaft mit dem Obercommando die Maßregel, sowie es nach Zeit und Gelegenheit angemessen erscheint, ins Leben zu führen. Zur richtigen Würdigung dieser meiner u. Auffassung wiederhole ich nochmals, daß ich an momentane Aufstände und sonstige Fährlichkeiten theils nicht glaube, theils sie für kein Unglück halte, daß ich aber die Besitzergreifung und mili-

[2]) So. Verschrieben für: zuzusehn.
[3]) So. Schiefe Konstruktion.
[4]) Bei Poschinger steht irrig: Händen.

tärische Handhabung der hiesigen Polizei für ein unentbehrliches Glied in der Kette der zur Bekämpfung der Revolution nöthigen Operationen halte. Zieht sich die Ausführung aber in die Länge, so verlautbart der Plan, und verliert dadurch viel an moralischem Eindruck und materiellem Nutzen. Sollte es wirklich soweit kommen, so wäre die Herſendung von einem oder zwei routinirten Executivbeamten unsrer Polizei einige Tage vorher sehr wünschenswerth. Der Polizei-Director Schultz wird E. E. ohne Zweifel besondern Bericht über die von ihm gemachten Erfahrungen abstatten. Er hat Herrn von Rochow mißfallen, wie ich glaube, durch eine zufällige, nicht übel gemeinte, aber conventionell ungeschickte Äußerung. Heut ist Herr Goldheim bei mir gewesen; ein intelligent aussehender Mann, den ich gebeten habe, einen Tag hier zu bleiben, um sich für zukünftige Fälle mit Personen und Gelegenheit etwas bekannt zu machen; er soll diesen Brief mit nach Berlin nehmen, von wo ich hoffe, daß er E. E. noch nach Ischl[4]) zu Händen gelangt. . . Für die Preußische Zeitung habe ich Rudloff zur Pflicht gemacht, mindestens zwei Correspondenz-Artikel wöchentlich zu liefern. Rudloff hat den Wunsch noch einen oder zwei Monat hier zu bleiben, falls es mit den Absichten E. E. übereinstimmt, indem er hofft unter meiner Leitung behufs seiner Ausbildung in nähere Beziehung zu den Geschäften zu treten, als bisher der Fall gewesen ist. Ich kann seinen Eifer und seine Treue nur loben, namentlich wenn man seiner Thätigkeit einen regelmäßigen und festen Rahmen giebt; auch seine äußerliche Erscheinung hat an Politur gewonnen, seit er hier ist. Der Vorstand der hiesigen Kanzlei, Hofrath Kelchner, ist schon ziemlich hoch bejahrt, und wenn er auch seinen Post[en] jetzt und hoffentlich noch länger gut versieht, so dürfte doch auf die Erziehung eines Nachfolgers für den Fall seiner Invalidität Bedacht zu nehmen sein. . . . [Erwägungen darüber] Herrn Wentzel kann ich nach wie vor nur loben, ich wünschte sehr ihn behalten zu können, und er hat mir auch gesagt, daß er gern bleiben wolle. Graf Walderſee ist in großer Mißstimmung darüber, daß er den Antrag auf eine Bundeszulage für die hiesige Garnison, für den er in der Militär-Commission votirt hat, rückgängig machen soll. Vielleicht wäre es möglich ihn dieser Unannehmlichkeit überheben zu können, da der Antrag der Militär-Commission nur einen gutachtlichen Character hat, und die Auffassung Preußens in der Bundesverſammlung und deren Militärausschuß durch mich noch anderweit geltend gemacht werden könnte.

. . . [Befürwortung der Ernennung eines Sohnes des Oberforstmeisters v. Steffens in Baden zum Attaché bei der Bundestagsgesandtschaft.]

Ich bin noch beschäftigt, eine Wohnung zu suchen, eine schwierige Aufgabe bei der geringen Auswahl wirklich passender. In Bezug auf die ehemalige des Reichsverweſers habe ich länger mit dem abwesenden Besitzer verhandelt, da man mir Aussicht gemacht hatte, sie für 5 bis 6000 Gulden mit Möbels zu bekommen; nachdem man hier heut, auf mein Bedürfnis spekulirend, die unverschämte Forderung von 11 000 fl. macht, habe ich natürlich darauf verzichtet und werde mich mit einer weniger glänzenden begnügen. E. E. hatten in Mainz[5]) die Güte mir zu eröffnen, daß mir Einrichtungsgelder gutgethan werden würden; darf ich mir vielleicht Ihre nähere Bestimmung deshalb erbitten, ob ich mich mit dem Geh. Leg. Rath Bork hierüber in Verbindung setzen und die Anweisung beantragen kann, da ich nunmehr die Einrichtung meiner neuen Häuslichkeit energisch in Angriff

[4]) Manteuffel begleitete den König in jenen Tagen auf einer Reise nach Ischl im Salzkammergut zu einer Zusammenkunft mit Kaiser Franz Joſef.

[5]) Bismarck war am 19. August mit Manteuffel in Mainz gelegentlich einer Parade, die daselbst vor dem Könige stattfand, zusammengetroffen.

nehmen muß. In etwa 3 Wochen erwarte ich meine Familie hier, und wollte mich dann zum 1. October in einer von den 3 Wohnungen etabliren, zwischen denen ich noch die Auswahl habe.

Einige inzwischen eingegangne Polizeiberichte füge ich g. bei. Herr von Rochow ist gestern früh abgereist, noch ziemlich leidend; wenn E. E. dies zu Händen gelangt, werden Sie ihn schon in Ischl gesehn haben. Im Herzogthum Magdeburg bin ich für den Provinzial-Landtag gewählt worden; nach jetziger Sachlage und da der Sächsische Landtag dem Vernehmen nach schon Anfangs September zusammentritt, dürfte aber keine Aussicht für mich sein, daran Theil zu nehmen.

Meine Wiederwahl zur zweiten Kammer habe ich nunmehr zu betreiben angefangen. Zu jener Zeit werden wir ja doch wohl soweit aus den Schwierigkeiten hier sein, daß ich bei wichtigen Vorfällen den Verhandlungen beiwohnen kann. Mit der Versicherung treuster Anhänglichkeit . .

[Nachschrift.]

Nachschriftlich füge ich noch g. hinzu, daß ich bei genauerer Erkundigung über Deetz' Meldung wegen bewaffneter Ankömmlinge ermittelt habe, daß Feuergewehre nur vereinzelt, dagegen viel Personen mit umgeschnallten Hirschfängern gesehn worden sind. Die beifolgenden „republikanischen Lieder", die stark verbreitet werden, erlaube ich mir E. E. geneigter Durchsicht besonders zu empfehlen.

15. Bericht an Minister v. Manteuffel.

[Konzept.]

1. September 1851.

Den h. Erlaß vom 27. v. M.[1]), die Aufstellung eines Bundeskorps zum Schutze der Bundesversammlung betreffend, habe ich gestern zu erhalten die Ehre gehabt. Schon Tags zuvor hatte Graf Thun diese Angelegenheit mir gegenüber zur Sprache gebracht und mir zugleich den in Abschrift hieneben g. g. beigefügten Dislokationsplan, von dem ich voraussetze, daß er von dem General von Schmerling ausgearbeitet ist, mitgeteilt. Dieser Plan stimmt mit unseren Vorschlägen nicht nur nicht überein, sondern geht sogar von einem ganz anderen Gesichtspunkte aus, als derjenige ist, welcher von E. E. in dem h. Erlaß vom 11. Juni c. und von dem Herrn Kriegsminister in dem Schreiben vom 10. desselben Monats meinem Herrn Amtsvorgänger zur Richtschnur vorgezeichnet worden war. Hiernach liegt es nämlich in der Absicht der Ah. Regierung S. M. des Königs, daß man das fragliche Korps nicht sofort concentriere, vielmehr nächst der jedesmaligen Frankfurter Garnison nur Truppenteile solcher nahe gelegener Standorte dazu bestimme, welche, mit Rücksicht auf bestehende Eisenbahnverbindungen, jederzeit binnen weniger Stunden eine Zusammenziehung in der Nähe von Frankfurt möglich machen. Auf diesen Vorschlag ist man indessen in Wien nicht eingegangen. Wie mir Graf Thun sagt, ist man dort gegen die Belassung der Truppen in ihren gegenwärtigen Standorten, weil diese von Frankfurt zu entfernt seien, und hält ihre sofortige Zusammenziehung in der Nähe der Stadt für unumgänglich notwendig, wenn das Korps überhaupt dem Zweck, zu dem es bestimmt ist, entsprechen soll. Nach dem anliegenden Plane sollen daher die von der Garnison in Coblenz

[1]) Manteuffel wies darin Bismarck an, einen Antrag wegen Aufstellung eines Bundeskorps zum Schutze der Bundesversammlung einzubringen.

bezeichneten 3 Bataillone Linien-Infanterie nebst einer reitenden Batterie und die von der Garnison in Bonn, resp. Deutz bezeichneten 4 Escadronen Kavallerie nicht in ihren Garnisonen bleiben, sondern in der Gegend von Kreuznach zusammengezogen und dort in Kantonnierungen gelegt werden.

Auf meine Bedenken, die ich hiegegen geltend machte, wies Graf Thun insbesondere darauf hin, daß von Bayern und den kleineren Staaten, welche weit bedeutendere Dislokationen vorzunehmen und verhältnismäßig viel größere Opfer zu bringen hätten, ein bereitwilliges Entgegenkommen nicht erwartet werden könne, wenn ihnen Preußen nicht mit gutem Beispiele vorangehe.

Unter diesen Umständen nehme ich um so mehr Anstand, mit Graf Thun schon jetzt den Antrag wegen Aufstellung des fraglichen Bundeskorps in die Bundesversammlung zu bringen, als ich in dem Erlaß vom 27. v. M. hinsichtlich der Dislokation der einzelnen Truppenteile ausdrücklich auf die dem General von Rochow unterm 11. Juni c. erteilte Instruktion verwiesen werde, und der Herr Kriegsminister sich schon früher auf das bestimmteste gegen die andauernde Verlegung der Truppen in Kantonnierungen ausgesprochen hat.

Indem ich deshalb zunächst einer weiteren Instruktion über den vorgeschlagenen Dislokationsplan entgegensehen darf, erlaube ich mir g. g. zu bemerken, daß bei der Entscheidung darüber unserer Seits wohl hauptsächlich darauf Rücksicht zu nehmen sein dürfte, welchen Wert Preußen überhaupt auf jenes Korps legt.

Mein Herr Amtsvorgänger hat sich bereits in dem Bericht vom 18. Juni c. auf die Bedenken aufmerksam zu machen erlaubt, welche der Aufstellung eines Korps zum Schutze der Bundesversammlung entgegenstehen dürften. Ich glaube mich diesen Bedenken nur anschließen zu können und fürchte gleichfalls, daß das Ansehen der Bundesversammlung durch eine zu ängstliche Sorge um die persönliche Sicherheit ihrer Mitglieder leicht leiden könnte, während durch so umfassende Maßregeln zugleich der Umsturzpartei eine Bedeutung beigelegt wird, die es nicht angemessen sein dürfte, öffentlich anzuerkennen. Nach dem Urteile erfahrener Militärs reicht aber auch die jetzige Besatzung von Frankfurt hin, um die Ruhe in der Stadt aufrecht zu erhalten, und diese längere Zeit gegen jeden Angriff, mag er von außen oder von innen kommen, zu verteidigen. Tritt ein solcher Fall ein, der sich überdies bei aufmerksamer Beobachtung der Verhältnisse wohl gewöhnlich wird vorhersehen lassen, so werden sich binnen kürzester Zeit aus Mainz, Darmstadt, Coblenz ꝛc. leicht Verstärkungen herbeiziehen lassen. Hält man aber die Aufstellung des in Rede stehenden Bundeskorps nicht für unumgänglich notwendig, so wird es leicht sein, diese Ansicht, ohne dem Plane selbst entgegenzutreten, zur Ausführung zu bringen, indem man bei dem Verbleiben der Truppen in ihren Garnisonen beharrt und sich hierbei auf die aus einem Kantonnement herzuleitenden Bedenken bezieht, ein Verfahren, bei dem wir nicht ohne Unterstützung der übrigen beteiligten Staaten bleiben dürften. Wird dann auch wirklich ein Bundeskorps zum Schutze der Bundesversammlung in der Art bestimmt, daß die dazu gehörigen Kontingente jederzeit zum sofortigen Ausrücken aus ihren Garnisonen bereit sein müßten, so sind doch die von dem Herrn Kriegsminister befürchteten Inkonvenienzen vermieden, und es würde eine solche Anordnung keine über die Ausführung des Bundesbeschlusses vom 8. Juli c. wegen Bereithaltung einer Militärmacht von zwei Fünfteln der einzelnen Kontingente hinausgehende Maßregel sein.

Legt indessen die K. Regierung ein größeres Gewicht auf die Zusammenziehung des in Rede stehenden Korps, so unterlasse ich nicht g. g. darauf aufmerksam zu machen,

daß dann auch gegen den anliegenden Dislokationsplan nichts einzuwenden sein möchte. Diese Dislokation ist für sämtliche beteiligte Staaten mit großen Schwierigkeiten verbunden, namentlich ist es drückend für Bayern, die verlangten Truppen in Aschaffenburg, und für Kurhessen, in der Umgegend von Bergen zu dislocieren. Von diesen Staaten ist daher ein sehr lebhafter Widerspruch zu erwarten, und dieser würde sich nur beseitigen lassen, wenn Preußen zuvor sich zu den verlangten Opfern bereit erklärt hat.

Ob die Sache eine so hohe Wichtigkeit hat, um solche Opfer zu bringen, kann ich nur höherem Ermessen anheimstellen, bitte aber E. E. g. g., mich baldgeneigtest mit Anweisung versehen zu wollen, um demnächst weiter vorgehen zu können.

*16. Bericht an Minister v. Manteuffel.

[Konzept.]

3. September 1851.

E. E. haben die Geneigtheit gehabt, mir mit dem h. Erlasse vom 27. v. M. die mit der Kais. österreichischen Regierung wegen des Kommandos des zum Schutze der Bundesversammlung aufzustellenden Bundeskorps gepflogenen Verhandlungen mitzuteilen. Über die Aufstellung des Korps selbst habe ich bereits unterm 1. d. M. berichtet und darf ich daher darauf Bezug nehmen. Nach jenen Verhandlungen soll bei Einbringung des Antrags wegen der fraglichen Korpsaufstellung der Bundesversammlung vorgeschlagen werden, bis auf weiteres die K. preußische Regierung um die Ernennung eines im entsprechenden Range stehenden Generals zum Kommandierenden jenes Korps zu ersuchen.

Während Graf Thun zwar unter Erklärung seines eigenen Einverständnisses es doch für bedenklich mir gegenüber hielt, ob die Bundesversammlung hierauf eingehen werde, sprach sich General v. Xylander bei Gelegenheit eines Besuchs, den er mir gestern abstattete, in dem er die beabsichtigte Aufstellung des fraglichen Korps in Anregung brachte, dahin aus, wie es billig und angemessen sei, daß demjenigen Staate, welcher die meisten Truppen zu stellen habe, auch das Oberkommando über das ganze Korps überlassen werde. Er versprach diese Ansicht in der Bundesversammlung zu verteidigen und unsere diesfälligen Wünsche nach Kräften zu unterstützen.

Im weiteren Verlauf unserer Unterhaltung meinte General v. Xylander, daß jenes Prinzip aber auch bei anderen Korps, welche auf Grund des Bundesbeschlusses vom 8. Juli c. wegen Bereithaltung einer Militärmacht von zwei Fünfteln der einzelnen Kontingente etwa zusammengesetzt werden möchten, durchzuführen und daß nur dann ein Alternat im Kommando zuzulassen sein werde, wenn zwei Kontingente, welche zu einem und demselben Korps gehörten, eine „ziemlich“ annähernde Stärke hätten. General v. Xylander kam hier auf das in der Militärkommission wegen Ausführung des gedachten Beschlusses vorgeschlagene Korps zu sprechen, welches aus den von Bayern, Württemberg und Baden bereitzustellenden zwei Fünfteln zusammengesetzt werden soll, und meinte, daß Bayern wohl berechtigt sein werde, den Oberbefehl über dasselbe zu beanspruchen, da Bayern dazu 14 240 Mann, Württemberg aber nicht viel mehr als ein Drittel hiervon, nämlich 5582 Mann zu stellen habe, von einer annähernden Stärke also nicht die Rede sein könne.

Ich halte diesen Anspruch Bayerns für vollkommen begründet und glaube denselben nur um so mehr befürworten zu können, als Bayern in neuerer Zeit in allen wichtigeren

Fragen den Wünschen der ah. Regierung S. M. des Königs entgegenkommt und nichts von der oppositionellen Richtung merken läßt, welche es längere Zeit gegen Preußen verfolgte.

E. E. beehre ich mich indessen g. g. um Instruktion darüber zu bitten, ob ich, falls die Sache in irgendeiner Art zur Sprache kommt, mich im Sinne der bayerischen Ansicht aussprechen darf.

17. Bericht an Minister v. Manteuffel.[1]

[Ausfertigung.]

5. September 1851.

E. E. haben durch den ehrerbietigen Bericht vom 10. August d. J. bereits die Anzeige erhalten, daß die Bundesversammlung in ihrer Sitzung vom 9. v. M. den Antrag des handelspolitischen Ausschusses mit Majorität angenommen hat, „dem Ausschuß zur Erledigung der ihm gestellten Aufgaben die Zuziehung von Sachverständigen zu überlassen". Da indessen nach dem h. Erlasse vom 28. Juli d. J. die K. Regierung nur wünschen kann, daß der Wiederaufnahme der Dresdener Verhandlungen keine Folge gegeben werde, und laut dem hochverehrl. Reskripte vom 8. August d. J. es dem Interesse der K. Regierung am meisten entsprechend erachtet wird, wenn der diesseitige Bundestagsgesandte als Mitglied des handelspolitischen Ausschusses sich auf eine wesentlich beobachtende Stellung beschränke, so ist bis jetzt hierorts vermieden, auf die Entwicklung dieser Fragen fördernd einzuwirken.

Nach der in Abschrift g. g. angeschlossenen Note des K. ö. Präsidialgesandten, als Vorsitzenden des handelspolitischen Ausschusses, an den K. sächsischen Gesandten ist indessen nunmehr im Ausschusse der Beschluß gefaßt worden, Sachverständige einzuberufen; die Gesandten sind aufgefordert, ihre resp. Regierungen zu ersuchen, daß sie Bevollmächtigte bis zum 1. Oktober hierhin entsenden, welche in Dresden verhandelt haben. Ich habe auf den Unterschied aufmerksam gemacht, welcher stattfinde zwischen Bevollmächtigten, die sich ex mandato ihrer Regierungen hier befänden, und zwischen solchen, welche der Ausschuß aus eigenem Antriebe zu seiner Information gemäß dem Beschlusse der Bundesversammlung vom 9. August d. J. zuziehe. Von der anderen und namentlich der österreichischen Seite wurde indessen festgehalten, daß die beschlossene Maßregel eben nur eine Modalität der Ausführung des Bundesbeschlusses vom 9. v. M. sei, indem es jeder Regierung überlassen bleibe, ob sie dem Ausschusse einen zur Erleichterung seiner Arbeiten gewünschten Bevollmächtigten hier stellen oder die Erfüllung dieses Wunsches des Ausschusses anderen Regierungen überlassen wolle.

---

[1]) In der Dresdener Ministerial-Konferenz war am 27. Dezember 1850 eine Kommission für Beratung der Einrichtungen zwecks gemeinsamer Förderung der materiellen Interessen der deutschen Bundesstaaten gebildet, die in der Folge die Ausarbeitung von Referaten über die Hauptfragen an Sachverständige übertrug. Das Hauptergebnis der Beratungen dieser Sachverständigen war der revidierte Entwurf einer Übereinkunft zwischen den deutschen Bundesstaaten zur Beförderung des Handelsverkehrs. In der Schlußsitzung der Dresdener Konferenz am 15. Mai wurde beschlossen, die Beratungen auf Grundlage des in den Dresdener Konferenzen gewonnenen Materials in der Bundesversammlung fortzusetzen. In der Bundestagssitzung vom 10. Juli 1851 wurde daraufhin ein aus 7 Mitgliedern bestehender „handelspolitischer Ausschuß" mit Prüfung der einschlägigen Arbeiten der Dresdener Konferenzen beauftragt, und zugleich anheimgestellt, erforderlichenfalls die Einberufung der bereits in Dresden zugezogenen Fachmänner bei der Bundesversammlung zu beantragen.

E. E. stelle ich hiernach ehrerbietigst anheim, ob Hochdieselben die Absendung eines Sachverständigen hierher angemessen erachten, damit die K. Regierung nicht in dem Lichte dargestellt werde, als sei dieselbe absichtlich bemüht, einer Erleichterung des Verkehrs in Deutschland zu widerstreben, oder ob ich im Anhalt an das h. Reskript vom 28. Juli d. J. zu erklären habe, daß die K. Regierung sich von einer Wiederaufnahme der Verhandlungen mit den Dresdener Sachverständigen einen praktischen Erfolg nicht versprechen könne. Vorläufig habe ich mich auf die Äußerung beschränkt, daß ich noch nicht mit Bestimmtheit anzugeben vermöge, ob die Ansicht der K. Regierung dahin gehe, daß bei einer neuen Zusammenkunft Sachverständiger Nutzen für die auch von ihr selbst gewünschte Verbesserung der jetzigen Lage der Zoll- und Handelsangelegenheiten zu erwarten stehe. Meines g. g. Dafürhaltens nach dürfte es angemessen sein, den Anschuldigungen nicht Raum zu geben, welche unzweifelhaft gegen Preußen würden erhoben werden, wenn dieser Staat der einzige wäre, welcher zu einem Versuche der Verständigung durch Hersendung von Fachmännern die Hand nicht bieten wollte. Es würde doch an Gelegenheit nicht fehlen, im weiteren Verlaufe der Verhandlungen die Ansichten der h. Reskripte vom 23. Juli und 8. August d. J. zur Durchführung zu bringen.

Für den Fall, daß E. E. meine ehrerbietigst vorgetragene Ansicht billigen, erlaube ich mir g. g. anzuzeigen, welche Wünsche der Gesandte der XII. Curie (Großherzoglich und Herzoglich sächsische Häuser) gegen mich ausgesprochen hat. Derselbe hat gemäß der ihm g. g. angeschlossenen Instruktion geäußert, daß er sich in den handelspolitischen Fragen den zu erwartenden Erklärungen der K. preuß. Regierung anschließen werde. Im Falle also preußischerseits zu den hiesigen materiellen Beratungen die Zuziehung von Sachverständigen wünschenswert erschiene, würden die Großherzoglich und Herzoglich sächsischen Regierungen sich einem solchen Antrage anschließen. Allein dessen Ausführung scheitert nach den von dem Großherzoglich sächsischen Staatsrat von Fritsch mir vertraulich gemachten Eröffnungen bei den betreffenden Regierungen, namentlich der Herzoglich Sachsen-Meiningenschen, an der Schwierigkeit, die desfallsigen Kosten für den Aufenthalt eines sachverständigen Mannes hier am Orte jetzt aufzubringen. Da nun aber alle sächsischen Staaten, welche zu der XII. Gesamtstimme der Bundesversammlung vereinigt sind, mit einigen preußischen Kreisen und Dörfern dem thüringischen Zollverein angehören, so ist bei mir vertraulich angefragt, ob nicht Preußen den General-Inspektor des thüringischen Zoll- und Handelsvereins, Geheimen Finanzrath Wendt in Erfurt, als sachverständigen Vertreter der Großherzoglich und Herzoglich sächsischen Gesamtstimme für den Fall nach Frankfurt delegieren könne, daß es zur Ausführung des oben erwähnten Beschlusses kommen sollte. Wenn die K. preuß. Regierung diesem Wunsche der sächsischen Staaten entspräche, so würde sie freilich allein die Kosten einer Vertretung tragen, welche zu überwiegend größerem Teile fremden Untertanen zugute kommt, da von der im thüringischen Vereine sich befindenden Bevölkerung nur $^1/_{10}$ preußische Untertanen sind, deren Interessen schon durch die Preußen allein zustehende Stimme in der Bundesversammlung gewahrt sind. Andererseits läßt sich aber nicht verkennen, daß es für Preußen ein wesentlicher Vorteil ist, wenn in der Sachverständigen-Konferenz sowohl für die preußische Einzelstimme als für die zwölfte sächsische Gesamtstimme ein preußischer Beamter tätig ist. Auch ich bin des unmaßgeblichen Erachtens, daß die Willfährigkeit gegen die kleineren sächsischen Herzogtümer in diesen rein materiellen Fragen ein Akt politischer Klugheit ist, dessen gute Folgen bei dem augenblicklichen Stande der Dinge nicht ausbleiben werden.

E. E. höherem Ermessen stelle ich demnach ehrerbietig anheim, über den seitens des Großherzoglich sächsischen Bundestagsgesandten ausgesprochenen Wunsch mit den betreffenden Königlichen inneren Ministerien hochgeneigtest in Kommunikation treten und das Resultat dieser Verhandlung mir baldigst mitteilen zu wollen.

18. Bericht an Minister v. Manteuffel.

[Ausfertigung.]

6. September 1851.

Der in der Sitzung der Bundesversammlung vom 21. Juni c. beschlossene Ausschuß beschäftigt sich schon seit längerer Zeit mit der Frage wegen Veröffentlichung der Sitzungsprotokolle des Bundestags. Ein Bericht, der bereits erstattet war, ist wieder zurückgenommen worden, ein neuer scheint aber noch nicht erstattet zu sein. Ich glaubte zwar diesen erwarten zu müssen, ehe ich E. E. über die Sache Bericht erstattete, indessen habe ich diese inzwischen im Auge behalten und über die Entwicklung der ganzen Angelegenheit seit der Eröffnung des Bundestages und über die bisherige Stellung Preußens zu der vorliegenden Frage diejenige Denkschrift ausarbeiten lassen, welche ich mich beehre, E. E. in Abschrift hieneben g. g. zu überreichen.

Bei Gelegenheit eines Besuches, den mir Graf Thun vor der heutigen Sitzung der Bundesversammlung abstattete, hat derselbe die Veröffentlichung der Bundestagsprotokolle mir gegenüber zur Sprache gebracht, und mir seine Ansichten darüber mitgeteilt. Diese gehen dahin, daß ein Ausschuß, aus dem „Präsidium“ und noch zwei anderen Mitgliedern bestehend, gebildet, und daß diesem Ausschusse überlassen werde, das ihm geeignet Erscheinende durch einen noch anzustellenden Redakteur bearbeiten und veröffentlichen zu lassen. Graf Thun bemerkte zugleich, daß er sich den Bundes-Kanzlei-Direktor Freiherrn von Brenner für jenen Ausschuß substituieren werde, daß es aber, bis ein passender Redakteur gewählt worden, am einfachsten sei, den Staatsrat von Linde mit der Redaktion des zu Veröffentlichenden zu beauftragen.

Die Bildung eines Ausschusses, dem der K. ö. Gesandte nicht vermöge einer Wahl, sondern nur als Vorsitzender der Bundesversammlung angehören soll, wäre eine Anomalie, gegen die ich mich entschieden aussprechen zu müssen glaube. Ebenso unangemessen wäre die beabsichtigte Substituierung des Kanzlei-Direktors, welcher dadurch in eine Kategorie mit den Bundesgesandten gestellt würde, obwohl er der Bundesversammlung untergeordnet ist. Der Vorschlag des Grafen Thun geht wohl nur darauf hinaus, ganz in österreichischem Sinne die Auswahl des zu Publizierenden und die Veröffentlichung selbst zu bewirken. Deshalb wird auch der Staatsrat von Linde, welcher schon früher die österreichischen Interessen mit warmem Eifer in der Presse verteidigt hat, und der ganz und gar von dem österreichischen Kabinett abhängig ist, einstweilen als Redakteur vorgeschlagen. Es läßt sich aber wohl voraussehen, daß sich ein Redakteur schwer finden und der Staatsrat von Linde daher dieses Amt in seinen Händen behalten wird.

Ich habe es gegen den Grafen Thun bisher vermieden, meine eigene Ansicht auszusprechen, da ich nicht weiß, inwieweit dieselbe von E. E. gebilligt werden wird. Hochdieselben erlaube ich mir deshalb zu bitten, mich bald in dieser Beziehung mit Instruktionen versehen zu wollen ....

19. Bericht an Minister v. Manteuffel.

[Konzept.]

6. September 1851.

In einer der letzten Sitzungen des politischen Ausschusses ist die Ausführung des Bundesbeschlusses vom 23. v. M., die zur Wahrung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung und gegen die Presse zu treffenden Maßregeln betreffend, zur Sprache gebracht, und ich bin mit dem Großherzoglich hessischen Gesandten Freiherrn von Münch zum Referenten ernannt worden, um Vorschläge über die zur Verhinderung des Mißbrauchs der Preßfreiheit zu erlassenden Bundesbestimmungen zu machen.

Ich glaube voraussetzen zu dürfen, daß es ebensowenig in der Absicht der Regierung S. M. des Königs liegt, der Bundesversammlung den Erlaß eines allgemeinen deutschen Bundes-Preßgesetzes, als ein grundsätzliches Eingreifen in jede, also auch die preußische Preßgesetzgebung zu überlassen. Es dürfte vielmehr hauptsächlich nur darauf ankommen, dahin zu wirken, daß die in den einzelnen Bundesstaaten hinsichtlich der Überwachung der Presse bestehenden Gesetzgebungen die nötige Sicherheit gegen Mißbrauch gewähren, und es wird daher Bedacht darauf zu nehmen sein, durch die Bundesversammlung für diejenigen Staaten, welche diese Sicherheit nicht darbieten, solche Garantien gegen die Übergriffe der Preßfreiheit festzusetzen. Um dieses Resultat zu erreichen, würde von unserer Seite dahin zu wirken sein, daß die Bundesversammlung — und dies möchte wohl das Wesentlichste sein — diejenigen Grundzüge feststellt, von denen unserer Meinung nach jene Garantie zu erwarten ist. Diese Grundsätze möglichst nach Maßgabe unserer Preßgesetzgebung festzustellen, würde ein Ziel sein, dessen Erreichung jedes Bedenken beseitigte, welches von uns gegen eine ganz allgemeine und unbeschränkte Anwendung derselben erhoben werden könnte, wenn es darauf ankommt, jene Grundsätze in die Preßgesetze der einzelnen Staaten aufzunehmen und danach die Partikular-Gesetzgebungen abzuändern. Als sich von selbst verstehend setze ich voraus, daß die Bundesversammlung der Überwachung der Presse auch nach Erlaß der fraglichen Bestimmungen ihre besondere Aufmerksamkeit widmet und daß sie da einschreitet, wo die Erzeugnisse der Presse eine dem Staate, der Kirche oder der bürgerlichen Gesellschaft gefährliche Tendenz verfolgen und in einzelnen Staaten nicht die vorhandenen Mittel angewandt werden, um derartigen Ausschreitungen der Presse entgegenzutreten.

Ohne Zweifel läßt sich der beste und schnellste Erfolg erwarten, wenn dem Ausschusse nach dem Bundesbeschlusse vom 23. v. M. solche Fachmänner zur Unterstützung beigeordnet werden, welche in neuester Zeit in den einzelnen Bundesstaaten bei der Gesetzgebung über die Presse vorzugsweise tätig gewesen sind. Es ist wohl anzunehmen, daß diese Männer eine reiche Erfahrung darüber haben, welche Garantien die geeignetsten sind, um den Mißbrauch der Presse möglichst zu verhüten.

Als den diesseits zu bezeichnenden Fachmann erlaube ich mir E. E. den Geh. Reg. R. Scherer mit der g. g. Bitte in Vorschlag zu bringen, denselben im Fall Hochdero Einverständnisses anweisen zu wollen, sich mit mir in Kommunikation zu setzen und sich insofern seine Hierherkunft etwa später gelegentlich und auf kurze Zeit erforderlich sein sollte, auf meine diesfällige Aufforderung hierher zu begeben, was, im Fall derselbe seinen Aufenthalt in Coblenz hat, bei der schnellen Kommunikation ohne Beeinträchtigung seiner sonstigen Geschäfte möglich sein würde ....

20. Schreiben an Minister v. Manteuffel.

[Eigenhändig.]

6. September 1851.

E. E. werden nunmehr, und wie ich hoffe und wünsche, in guter Gesundheit wiederum in Berlin eingetroffen sein, wenn Sie diesen Brief erhalten. Ich habe, seit ich die Ehre hatte, Sie hier zu sehn[1]), zwar die Geschäfte übernommen, aber es hat seit meiner Einführung eine weitre Sitzung des Bundestages noch nicht stattgefunden. Die Ausschußverhandlungen sind an sich weniger bedeutsam und werden eine Geduldprobe durch das Verfahren in denselben. Graf Thun präsidirt in den meisten, und da er die eingehenden Piecen nicht vorher liest, so lernt er sie erst dadurch kennen, daß er sie dem Ausschuß buchstäblich von Anfang bis zu Ende vorliest, eine Operation, welche mitunter bei einer einzelnen Piece, z. B. einem 30 bis 40 Bogen starken Bericht über das Rechnungswesen der Flotte, voller Ziffern und Beläge, mehre Stunden dauert, während welcher der Graf mit beneidenswerther Lunge liest, Herr von Schele einschläft, Herr von Rostitz, wie in der Schule, unter dem Tisch ein Buch liest, und General Rylander neben mir neue und phantastische Laffetten-Constructionen auf sein Löschblatt zeichnet. Dieses Vorlesen ist nur das Mittel, zu erfahren, wovon das Actenstück handelt, und wenn Graf Thun sich davon vor der Sitzung überzeugte, so würde er uns viel Zeit ersparen, und wir die Sache durch den Vortrag des Referenten später beurtheilen können, indem wichtige Sachen doch bei Allen circuliren und demnächst der Gegenstand zweimaliger Re- und Correlation werden, im Ausschuß und im Bundestag. In den Ausschüssen wird kein Protokoll geführt, die zu fassenden Beschlüsse auch nirgend eingetragen, sondern sind nur ihrer Wirkung nach aus den Acten ersichtlich, und aus dem, was der Referent darüber in sein Referat niederlegt. Es giebt daher weder eine Sicherheit, daß die Ansicht der Mehrheit des Ausschusses richtig wiedergegeben wird, noch eine Möglichkeit, sich durch eine authentische, von allen Mitgliedern anerkannte Niederschrift von dem Wortlaut der Ausschußbeschlüsse zu überzeugen. Ich habe dem Grafen Thun Vorstellungen über das Unmögliche dieses Geschäftsbetriebes gemacht; er that auf gut östreichisch, als ob er nicht begriffe, um was es sich handle und wie es anders sein könne, obschon diese Sache der Gegenstand der Beschwerde auch andrer Gesandten, namentlich des Herrn von Schele, wiederholt gewesen ist. Er wurde dann gereizt, sprach von Mißtrauen und brach die Unterredung ab. Bei der jetzigen Geschäftsordnung liegt die Declaration der nicht niedergeschriebnen, sowie der Besitz und die leichte Zugänglichkeit der in den schriftlichen Referaten in nur Einem Exemplar niedergeschriebenen Ausschußbeschlüsse allein in Händen der Präsidialgesandtschaft.

Ich muß überhaupt die Klage meines letzten Briefes[2]) wiederholen, daß Graf Thun bemüht ist, die Präsidialbefugnisse, gestützt auf Besitz und factisches Übergreifen, ungebührlich zu erweitern. Remonstrationen dagegen nimmt er mit polternder Heftigkeit auf. Er ist gescheuter und geschäftskundiger, als ich früher glaubte, aber in der That in seiner äußerlichen Erziehung und Politur verwahrloster, als man seinem Herkommen nach annehmen sollte. Gegen Herrn von Schele wurde er gestern im Ausschuß so heftig, daß dieser mich beauftragte, ihn zu fordern; ich zog indessen vor, den Vermittler zu machen und die Sache beizulegen, obschon eine anderweite Entwicklung ohne Zweifel pikanter gewesen wäre.

[1]) Manteuffel war am 19. August in Frankfurt.
[2]) Vgl. Nr. 14.

Mir hat er auf meinen ersten Besuch im Mai eine Karte geschickt, seitdem ist er niemals wieder bei mir gewesen und hat meine zahlreichen Besuche, auch die offiziellen, nie erwidert. Wenn ich in Geschäften zu ihm komme, so läßt er mich viertelstundenlang im Vorzimmer warten, um mir dann zu sagen: er habe einen sehr interessanten Besuch eines Englischen Zeitungs-Correspondenten gehabt. Selbst mit Herrn von Rochow machte er es nicht anders; Wentzel sagt mir, daß er mit Rochow zusammen 20 Minuten dort antichambrirt habe. Er steht nie von seinem Sitz auf, um Jemand zu empfangen, bietet auch keinen Stuhl an, während er selbst sitzen bleibt und stark raucht. Ich theile E. E. dies nur zu Ihrer Erheiterung mit; ich beobachte dieses seltne Exemplar bäuerlicher Diplomatie[3]) mit der Ruhe des Naturforschers und schmeichle mir, zu seiner gesellschaftlichen Ausbildung wenigstens in seiner Haltung mir gegenüber, schon einiges beigetragen zu haben, ohne daß unser gegenseitiges Verhältniß den freundschaftlichen und vertraulichen Character verloren hat. Unbequemer wird der geschäftliche Verkehr aber allerdings durch die Nothwendigkeit, jenem etwas rüstiken Benehmen gegenüber die Würde der amtlichen Stellung zu wahren.

Morgen ist eine Sitzung des Bundestages, in welcher[4]) die gemeinschaftlichen Erklärungen von uns und Östreich in der Flottensache, wegen des hier aufzustellenden Bundescorps und über Holstein-Hessen vorgebracht werden sollen. Obschon wir uns über diese Erklärungen noch nicht verständigt hatten, so ist mir doch vom Gr. Thun nicht eher als durch das amtliche Circular, also spät gestern Abend, die Absicht bekannt gegeben, daß er auf heut eine Sitzung zu diesen Zwecken anberaumt habe, obschon er mich täglich inzwischen gesehn hat. Nach genommener Rücksprache mit mir hat er die Sitzung auf morgen verschoben. Unsre noch obwaltende Differenz über die Dislocation des preußischen Contingents zu dem aufzustellenden Corps wird aber bis morgen auch nicht erledigt sein, wenn mir der Telegraph nicht bis dahin eine andre Instruction als die bisherige vom 11. Juni bringt.

Den Antrag wegen unsrer Ostprovinzen beabsichtige ich erst in der folgenden Sitzung einzubringen, da sich bei meiner Geschäftsübernahme durch persönliche Umfrage herausstellte, daß mit den Gesandten für Thüringen, Mecklenburg, die 16.[5]) und die 17. Curie[6]) noch gar nicht über die Sache gesprochen war, und sie deshalb einigermaßen verletzt, auch noch ohne Instruction waren. Mecklenburg und Herr von Holzhausen für die 16. Curie haben mir ohne Weitres ihre Beistimmung zugesichert. Die Herrn von Fritsche und Brehmer waren aber vom deutsch-nationalen Standpunkt aus persönlich dagegen, und haben um Instruction nach Hause geschrieben. Ich werde aber, wenn E. E. es nicht anders bestimmen, den Antrag jedenfalls in der ersten Sitzung der nächsten Woche einbringen, denn erst durch practische Verhandlung der Sache werden die etwaigen Winkelzüge zu Tage kommen, die sich an die Sächsische Erklärung, daß Einstimmigkeit erforderlich sei, knüpfen können. Für diejenigen, welche von der Ansicht ausgehn, daß die Einverleibung rechtlich vollendet gewesen ist, dürfte allerdings consequenter Weise der Beschluß des Wiederaustrittes nur durch Einstimmigkeit zu fassen möglich erscheinen.

Ich habe die Lage dieser Angelegenheit und den Mangel an Vollzähligkeit der zu erwartenden Zustimmungen bisher und vor meinem Amtsantritt nicht übersehn können, da

---

[3]) Poschinger hat abweichend vom Text: Exemplar von Diplomaten.
[4]) Im Text steht verschrieben: welchem.
[5]) Zur 16. Curie gehörten die beiden Reuß, Lippe, Waldeck, Hessen-Homburg, die durch den Freiherrn Adolf v. Holzhausen vertreten waren.
[6]) Die 17. Curie wurde von den vier freien Städten gebildet, für die der Senator Dr. Brehmer bevollmächtigt war.

Herr von Rochow, wie ich E. E. im Vertrauen zu klagen mir erlaube, über die laufenden Geschäfte, obschon ich mich täglich zu diesem Behuf bei ihm meldete, nicht in dem Grade mittheilend war, wie ich es gewünscht und für meine Vorbereitung erforderlich gehalten hätte. Ich habe von dem Eingange wichtiger Rescripte oft gar nicht Kenntniß erhalten, und bei Herrn von Rochow's Abreise hat er mir keine Mittheilungen über die Lage der schwebenden Angelegenheiten gemacht, nicht einmal eine Übergabe fand statt. Er gab mir sogar den Termin seiner Abreise noch am Abend vorher um 24 Stunden später an, als er sie beschlossen hatte, und schickte mir am andern Morgen plötzlich ein Abschiedsschreiben, worin er erklärte, daß er sich wegen des schönen Wetters entschlossen habe, einen Tag früher zu fahren. Ich konnte ihn nur noch einige Minuten auf dem Bahnhof sehen, und übernahm dann ex officio die Geschäfte, ohne die mindeste Mittheilung über deren Lage von Seiten meines Vorgängers. Ich verstehe nicht, was Herrn von Rochow zu diesem Verfahren bewogen hat, da er, wie ich jetzt bestimmt weiß, niemals beabsichtigt hat, 24 Stunden länger hier zu bleiben, worauf ich um so gewisser rechnen durfte, da er am Abend vor seiner Abreise in mehren Stunden, die ich bei ihm zubrachte, das Eingehn auf geschäftliche Unterredungen, wie sie mir nothwendig schienen, vermied, und ich sie, bei seinem angegriffenen Zustande mit seiner Zustimmung auf „morgen" verschob, wo er dann abgereist war, mir, aber nicht ihm, unerwarteter Weise.

Einen Beweis, wie weit die Zurückhaltung meines Vorgängers in manchen Beziehungen des Geschäftsverkehrs ging, wollen E. E. daraus entnehmen, daß ich von der Existenz des umfangreichen und wichtigen Rescriptes vom 3. Juli, die Angelegenheiten der Presse betreffend, erst dadurch Kenntniß erhielt, daß der Dr. Quehl sich nach dem Erfolg desselben erkundigte. E. E. wollen aus diesem Grunde entschuldigen, daß ich so spät erst meinen aufrichtigen Dank für die eingehende Behandlung der Sache und der von Ihnen mir zugeschriebenen gravamina sowie für die gleichzeitig in Aussicht gestellten Geldmittel ausspreche, die ich gern acceptire [und] um geneigte nähere Limitirung und Anweisung g. bitte.[7]) Mit der Erledigung dieses Punktes im Sinne dieses Rescriptes sowie mit dem sonstigen Inhalt desselben bin ich gänzlich einverstanden, und habe mich sehr über die practische und wahre Auffassung gefreut, die der Concipient desselben, wie ich annehme, Dr. Quehl, in seinem Fach an den Tag legt, wie ich denn überhaupt in diesem einen Mann kennen gelernt habe, der viel gescheuter ist, als man ihn mir bisher geschildert hatte.

Die diesseitigen Berichte, welche das Rescript vom 3. July theilweis widerlegt, rühren nicht von mir her und sind mir großentheils gar nicht bekannt geworden; ein Gleiches gilt von allen denen, welche das Treiben der Ultramontanen betreffen; deren intellectueller Urheber ist W. Menzel, soweit ich sie indeß durch Rudloff kenne, enthalten sie in ihrer Allgemeinheit viel Wahres, wie E. E. neuerlich die Veröffentlichung des Grafen von Fürstenberg, der nichts ohne Anweisung aus jenem Lager thut, in der provinzialständischen Sache bestätigt[8])[9]). Herr von Rochow hat mich, wie mir schien aus höflicher Abneigung, meine Arbeiten zu streichen oder zu ändern, so gut wie

[7]) Am Rande von B. hinzugefügt: eine dienstliche Erledigung des Rescriptes vom 3. July habe ich seitdem bis zu E. E. Heimkehr verschoben.

[8]) Text: bethätigt.

[9]) Graf F E v. Fürstenberg Stammheim stellte sich damals in der Frage der Wiederherstellung der Provinzialstände auf die Seite des Herrn v. Bethmann-Hollweg und veröffentlichte „Aktenstücke zu der Erklärung, die Provinziallandtage betreffend".

gar nicht als Concipienten herangezogen[10]), so daß er mich fast ganz außerhalb des eingehenden sowohl wie des abgehenden Geschäftsverkehrs hielt. Ich bin indessen, obgleich ich nicht unempfindlich für das Drückende und Verletzende einer solchen Stellung sein konnte, in äußerlich freundschaftlichem Verhältnisse mit ihm geblieben und geschieden, weshalb ich E. E. auch g. bitte, meine Herzensergießungen über dieses Thema gen. vollständig zu secretiren.

Zur Stelle eines Commandirenden für das hiesige Bundes-Corps soll von uns der Generallieutenant von Tietzen vorgeschlagen werden. Ich kenne diesen Herrn nicht persönlich, aber nach dem, was ich von Uhden und aus Zeitungen über sein Auftreten in Cassel weiß, halte ich die Wahl für keine glückliche. Er hat dort in amtlichen Proklamationen sich für die Partei der Opponenten erklärt und wird von Oestreich und dessen Anhängern mit einem Mißtrauen aufgenommen werden, welches die Schwierigkeiten einer solchen Stellung sehr vermehren wird. Zur Überwindung derselben wird ein sichrer Tact in politischen und geselligen Beziehungen erforderlich sein, und dieß ist eine Eigenschaft, die in dem Verfahren des Generals von Tietzen in Cassel, wie es Uhden schildert, nicht hervorgetreten ist. Vielleicht wären in dem General von Schreckenstein oder von Bonin geeignetere Persönlichkeiten vorhanden, aber mein Urtheil stützt sich in Bezug auf Tietzen und Bonin lediglich auf Äußerungen andrer Gewährsmänner, nicht auf eigne Anschauung.

Mit dem Legationsrath Wentzel bin ich nach wie vor sehr zufrieden. Auf E. E. gegen ihn in Mainz oder hier gemachte Äußerungen hat er nunmehr Bedacht auf sein definitives Etablissement hier genommen. Von dem etatsmäßigen Gehalt der hiesigen ersten Stelle mit 2200 Rthlr. wird er hier aber, da er verheirathet ist, schwerlich bestehn können. 3000 dürften mindestens erforderlich sein, namentlich wenn es mir, wie es den Anschein hat, nicht gelingen sollte, eine Wohnung zu bekommen, deren Größe mir Gelegenheit giebt, ihn unter erleichternden Bedingungen für ihn mit unterzubringen. Vielleicht giebt die von E. E. in Aussicht gestellte Besetzung der Residentur durch den ersten Beamten der Bundestags-Gesandtschaft (bei der Stadt Frankfurt allein) Gelegenheit, Wentzel ein volles Auskommen mit 3 bis 4000 Rthlr. zu gewähren.

Der kleine Zirndorfer, den E. E. in Mainz und Baden gesehn haben, ist seit einigen Tagen in großer Aufregung, weil zwei Briefe von ihm an Herrn von Rochow, die an und für sich ohne Inhalt sind, aber Bezug nehmen auf Berichte, die er Herrn von Rochow und mir eingereicht habe, in den hiesigen demokratischen Tageblättern mit seiner Namensunterschrift abgedruckt worden sind, unter der Überschrift: „Beiträge zu dem Denunciantenwesen in Frankfurt". Zwischen beiden ist ein Bericht über das Treiben der Propaganda in Frankreich und deren Beziehungen zu einigen hiesigen Demokraten abgedruckt, welcher gleichfalls Herrn von Rochow durch Zirndorfer eingereicht war, aber nicht von seiner Handschrift ist. Wie diese Stücke in den Besitz der Demokraten gelangt sind, habe ich nicht ermitteln können; das Wahrscheinlichste ist, daß ein Bedienter, den Herr von Rochow in den letzten Wochen annahm und bei der Abreise entließ, ein Nassauer von Geburt, sie gestohlen und ausgeliefert hat. Zirndorfer trägt seitdem einen Dolch von ungewöhnlichen Dimensionen, und wünschte, daß ich eine fulminante Note an den hiesigen Senat wegen crimineller Untersuchung der Sache erlassen sollte. Ich habe indessen geglaubt, daß diese Angelegenheit, von der man jetzt, nach einigen Tagen, schon nicht mehr

[10]) Immerhin findet sich eine ganze Anzahl von Konzepten von Bismarcks Hand bei den Akten aus der Zeit der Bundestagsgesandtschaft des Generals v. Rochow.

spricht, nur um so unangenehmer und bekannter wird, wenn man sie mit Wichtigkeit behandelt, und habe amtlich nichts in derselben gethan.

In dem politischen Ausschuß des Bundestages werden jetzt die Modalitäten des Beschlusses vom 23. August, in Betreff der Einwirkung des Bundestags auf die einzelnen Verfassungen, berathen. Es wird schwer sein, eine Form zu finden, welche die theoretische Sicherheit gewährte, daß sich der Bund nicht in unsre innern Angelegenheiten zu mischen versucht, ohne die Möglichkeit abzuschneiden bei andern Bundesstaaten, bis Hanover und Würtemberg aufwärts, haltbare Zustände wieder herzustellen. Die jetzige Hanöversche Verfassung, vermöge deren in der dortigen ersten Kammer die reifere Intelligenz durch eine bäuerliche Majorität, das conservative Element durch die Advokaten vertreten wird, geht u. a. soweit, daß sie den König ausdrücklich verpflichtet, einen Minister sofort zu entlassen, von welchem die Majorität der Kammer erklärt, daß er eine „Gesetzverletzung" begangen habe. . . . . .

In den handelspolitischen Fragen tauchen die von Oestreich in Dresden verfolgten Pläne jetzt wieder auf; der ehemalige Minister von Bruck befindet sich seit einigen Tagen hier, und es ist doppelt erfreulich, daß der Zollverein diesen Bestrebungen gegenüber durch E. E. glänzenden Succeß in dem Handel mit Hanover[11]) eine feste Grundlage und Richtung von Neuem gewonnen hat. Die Einberufung der Dresdner Fachmänner hierher wird von Graf Thun lebhaft betrieben, und habe ich heut einen Bericht[12]) über die Lage dieser Angelegenheit an E. E. eingesandt.

Zwischen Graf Waldersee und Major Deetz dauert die gereizte Stimmung fort. Letztrer wünscht die Verlegung des[13]) 29. Regiments von hier, während erstrer für das Gegentheil thätig ist. Richtig ist, daß in einem Theil des Offizier-Corps ein Sinn herrscht, der mir nicht gefällt und der sich dadurch characterisirt, daß sie ihre politische Nahrung aus der Cölnischen Zeitung bisher zogen; einer der Stabsoffiziere, Major Kühlau, passirt für einen eingefleischten Gothaer, und alle politisiren sie zu viel. Unter der Mannschaft kommen, wie wahrscheinlich in jedem Regiment, einzelne Exemplare von Demokraten vor, und ein altländisches Regiment wäre hier aus vielen Rücksichten besser angebracht. Ich vermuthe aber, daß Deetz, wenn er über dieses Thema nach Berlin berichtet, in seinem Eifer und seiner Gereiztheit den Geist des Offizier-Corps sowohl als der Leute in einem schwärzern Licht betrachtet, als wirklich der Fall ist.

Ich bin noch immer in Verlegenheit wegen meiner zu nehmenden Wohnung; die Vermiether fordern mir so übermäßige Preise ab, daß ich mich auf die bisher mir angebotenen nicht einlassen kann. 12000 Gulden für ein gutes und großes, 6000 für ein aufs Äußerste beschränktes, unmöblirtes Quartier. Wahrscheinlich werde ich, um nur angemessen unterzukommen, trotz des bevorstehenden Winters, eine elegante Rothschildsche Villa nehmen müssen, die an der Chaussee nach Bockenheim, etwa so weit vom Thore als die Linden lang sind, liegt, eine Entfernung, die hier für sehr weit gilt. Wegen Einrichtung meines Haushaltes habe ich schon Schritte gethan, und würde es für meine Entschließungen auf diesem Felde sehr wünschenswerth sein, wenn E. E. die Geneigtheit hätten, mich in betreff der Einrichtungsgelder, über die ich in Mainz die Ehre hatte mit E. E. Rücksprache zu nehmen, mit Anweisung zu versehn. Eine mäßige Summe habe ich aus

---

[11]) Am 7. September 1851 kam zwischen Preußen und Hannover ein Zollvertrag zustande, der den Beitritt Hannovers und der übrigen zum Steuerverein gehörigen deutschen Staaten zum Zollverein herbeiführte.
[12]) Vgl. Nr. 17 (datiert vom 5. September).
[13]) Text: der.

eignen Mitteln flüssig gemacht, dazu wollte ich den bis zum 1. October fälligen Gehaltstheil und die Einrichtungsgelder fügen; weiter als die in meiner Hand befindlichen und gelangenden baaren Mittel reichen, werde ich mich mit meiner Ausstattung keinenfalls versteigen, denn ich habe der Passiva leider zu viele geerbt, um nicht gegen jeden Zuwachs davon sorgfältig auf der Hut zu sein, und mein Freund und Nachbar Otterstädt giebt mir trotz der beträchtlichen Einnahmen seiner Frau ein Beispiel, welches zur Vorsicht auffordert.

Auf Veranlassung einer heut erhaltenen telegraphischen Depesche, der schon ein Brief von Klützow ankündigend vorherging, werde ich mich zur Eröffnung des Landtages auf Einen Tag nach Merseburg begeben, um Witzleben in Disciplinirung der Junker beizustehn. Ich glaube mit Ihrem Herrn Bruder, der mir darüber geschrieben hat, daß die ständischen Vertreter nichts Besseres thun können, wie sich den Kammern gegenüber als practische und besonnene Leute zu erweisen, die ihre Vorlagen mit Tüchtigkeit erledigen. Verwahrungen wirklicher oder vermeintlicher Rechte, Wünsche in Bezug auf verfassungsmäßige Annäherung an das ständische Prinzip brauchen nicht zu unterbleiben, dürfen aber nach Fassung und Gelegenheit nicht in der Art hervortreten, daß sie Spaltungen der verschiedenen Stände unter einander hervorrufen oder ans Licht bringen, die den moralischen Eindruck der Sache vorweg vernichten würden.

Vorgestern war der kurhessische Bundestagsgesandte Baron Trott bei mir, mit der vertraulichen Anfrage, ob der Bundestag wohl geneigt sein werde, die Garantie einer hessischen Anleihe von 3½ Million Thalern zu übernehmen; ich habe erwidert, daß ich das nicht glaubte, und von dem Versuch dazu abgerathen, vielmehr empfohlen, durch schleunige Vorlage eines Revisions-Entwurfs der Verfassung dem Bundestage möglich zu machen, daß er einem provisorischen Verfassungswerk, vorbehaltlich weitrer Revision, eine einstweilige Wirksamkeit verschaffe, durch welche die kurfürstliche Regirung in den Stand gesetzt würde, ihre Finanzen zu regeln. Herr von Trott sagte, daß die landesherrlichen Kassen noch vor Ablauf des jetzigen Monats vollständig erschöpft und außer Stande sein würden, allen ihren Verpflichtungen nachzukommen.

Ich fürchte mich einigermaßen vor etwaigen persönlichen Verabredungen der Majestäten in Ischl[14]) und davor, daß unser a. g. Herr in dem arglosen und vertrauenden Wohlwollen seines Herzens Concessionen ohne Aequivalent dem Kaiser macht.

Der g. beigefügte Bericht von Deetz, vom 8ten c. (?) datirt, ist schon einmal an Herrn von Rochow und durch diesen vielleicht an E. E. eingereicht worden.

Unter andern bedenklichen Erscheinungen befindet sich ein Prem. Lieutnant Keßler hier, der am 22. October 1850 mit Erlaubniß zum Tragen der Regimentsuniform vom 35. Infanterie Regt. verabschiedet worden ist, und sich mit wühlerischen Versuchen unter Mißbrauch seines dienstlichen Characters an unsre Truppen, besonders die Artillerie drängen soll. Die hiesige Polizeiverfassung bietet kein Mittel dar, sich seiner zu entledigen.

Ich muß, wenn ich die Länge dieses wenig interessanten Schreibens überblicke, mir E. E. gewohnte gütige Nachsicht vergegenwärtigen, um so viele, meist sehr unbedeutende Notizen Ihnen vorzulegen.

Mit der Bitte mich Ihrer Frau Gemahlin unterthänigst zu empfehlen und der Versicherung meiner treuen und dankbaren Anhänglichkeit . . .

---

[14]) Vgl. o. Nr. 14, Anm. 5.

21. Bericht an König Friedrich Wilhelm IV.[1]

[Ausfertigung.]

12. September 1851.

Die Mehrheit der Bundesversammlung habe (am 6. September) in der Flottenfrage Preußen-Österreich überstimmt, und beschlossen, zur Erörterung der Frage über die Größe der Nordseeflotte, die innere Einrichtung derselben und die zur ersten Einrichtung und dauernden Erhaltung erforderlichen Mittel den für die Flottenangelegenheit bereits niedergesetzten Ausschuß durch drei Sachverständige zu verstärken.

Hiernach ist über die Hauptfragen noch nichts entschieden. Es wird nun darauf ankommen, daß in die Kommission der Sachverständigen wenigstens Ein den diesseitigen Interessen ergebenes Mitglied gewählt werde, damit in geeigneter Weise wenn möglich in dem Gutachten derselben die Frage in Betracht gezogen werde: wie die zu bildende Nordsee-Marine mit der Marine Preußens dergestalt in Verbindung gesetzt werden könne, daß Preußen als der gemeinsame Kriegsherr dabei fungiere, und wie sich in diesem Falle der Kostenanschlag für die Nordsee-Marine modifizieren ließe. Ich werde mich bemühen in der, allein möglichen, indirekten Weise auf diese Richtung der Marinefrage gleichfalls hinzuwirken und hoffe, in der Zollvereinigung mit Hannover vielleicht eine erfreuliche Aussicht mehr erblicken zu dürfen, die Sache auf eine, E. K. M. Ah. Intentionen entsprechende Weise zu lösen.

Seitens der übrigen Ausschußmitglieder wird wahrscheinlich der Admiral Brommy und der österreichische Fregatten-Kapitän von Bourguignon zu Sachverständigen gewählt werden. Ich werde die Wahl des Obersten von Wangenheim zu betreiben suchen. Waren Anfangs Hannover und Lübeck auch gegen die Wahl des Letzteren, indem sie einwendeten, daß er nicht Seemann sei, so schienen sie doch durch die Kosten, welche die Heranziehung noch eines See-Offiziers veranlassen würde, meinem Verlangen demnächst günstiger gestimmt. Graf Thun sprach sich indessen in einer vertraulichen Unterredung, die ich mit ihm hatte, ganz entschieden gegen den Obersten von Wangenheim aus.

Verkennen läßt sich nicht, daß die Flotten-Angelegenheit durch den Bundesbeschluß vom 6. September c. in eine neue Unsicherheit getreten, und daß deren endliche Erledigung wiederum auf unbestimmte Zeit hinausgeschoben ist. Es wird daher die Ah. Regierung E. K. M. darauf Bedacht zu nehmen haben, allen derartigen Verzögerungen entgegenzutreten. Zu diesem Zwecke dürfte einerseits eine unverzügliche Erklärung Preußens, wie es entschlossen sei, die Sache in ihrer jetzigen Richtung weder zu unterstützen, noch zu belassen, ratsam, andererseits aber dahin zu wirken sein, daß Graf Thun seine persönlichen Bemühungen mit den von seiner Regierung ausgesprochenen Ansichten in Übereinstimmung bringe ...

*22. Bericht an Minister v. Manteuffel.

[Ausfertigung; das Konzept eigenhändig.]

12. September 1851.

Infolge des in der Sitzung vom 6. c. gefaßten Bundestagsbeschlusses ist der für die auf die Flotte bezüglichen Anträge gebildete Ausschuß heut zur Wahl derjenigen Sachverständigen geschritten, welche die in dem gedachten Beschluß in Bezug auf die deutsche Flotte

[1] Preußen steuerte damals auf eine Auflösung der 1848 geschaffenen deutschen Flotte hin, weil es von der Unhaltbarkeit des bestehenden Zustandes durchdrungen war. Demgemäß brachte der Amtsvor-

gestellten Fragen begutachten sollen. In einer vorläufigen Besprechung über diese Wahl einigte sich der Ausschuß dahin, daß es wünschenswert sei, durch die drei Sachverständigen die drei verschiedenen Richtungen vertreten zu sehen, nach welchen eine deutsche Flotte ihre Wirksamkeit entwickeln zu haben werde, die Nordsee, die Ostsee und das adriatische Meer, damit das zu erwartende Gutachten sich zugleich auch darüber aussprechen könne, ob und in welcher Weise eine Organisation sich herstellen lasse, vermöge deren eine einheitliche Oberaufsicht und Leitung des Bundes über die drei Flottenabteilungen geübt werden könne. Dem Ausschuß schwebte dabei eine Gestaltung vor, nach welcher die Ostseeflotte eine preußische, die adriatische eine österreichische, die Nordseeflotte aber eine gemeinsame der übrigen deutschen Staaten sein werde. Ich habe keine Veranlassung gehabt, mich über diese Auffassung näher auszusprechen, und nur auf die Tatsache aufmerksam gemacht, daß Preußen derjenige Staat sei, welcher an dem Handelsgebiete der Nordsee einen größern Anteil habe, als jeder andre Staat, und daß ich mich auch nicht dafür erklären könne, die Durchführung der dreiteiligen Scheidung in der oben angedeuteten Abgrenzung den Verhandlungen zu Grunde zu legen. In Bezug auf die Wahl selbst ging der Ausschuß von der Ansicht aus, daß jedenfalls einer der drei Sachverständigen von Österreich und einer von Preußen zu bezeichnen sein werde. Der Graf Thun schlug demgemäß den Oberstleutnant v. Bourguignon, ich den Obersten v. Wangenheim vor. Mit der Wahl des ersteren erklärte sich der Ausschuß einverstanden, gegen die von Wangenheim wurde aber von den Gesandten von Oesterreich, Hannover und Lübeck eingewandt, daß derselbe für einen Sachverständigen im Sinne des Bundesbeschlusses vom 6. c. nicht zu halten sei, vielmehr hierzu ein praktischer Seemann erforderlich sei, der die Beziehungen des deutschen Handels in allen Weltteilen kenne und von dem ein auf Erfahrung gegründetes Urteil über die Art und Ausdehnung der Schutzbedürftigkeit dieses Handels zu erwarten sei. In der hierauf folgenden Verhandlung über die an Sachverständige zu machenden Anforderungen und über den Grad, in welchem Herr v. Wangenheim denselben an und für sich oder im Vergleich mit andern entspreche, entspann sich zwischen mir einerseits und den drei obengedachten Gesandten andrerseits eine längere Diskussion, welcher der Vertreter der Hansestädte durch den Präjudizialantrag ein Ende machte, „der Ausschuß wolle nur solche Techniker zuziehen, welche praktische Marine-Offiziere seien". Für diesen Antrag stimmten Österreich, Hannover und Lübeck, gegen denselben außer mir der bayerische Gesandte, der den Antrag zwar seinem Inhalte nach für zweckmäßig hielt, der preußischen Regierung aber die freie Wahl lassen wollte. Nachdem auf diese Weise die Vorfrage durch Beschluß erledigt war, beauftragte der Ausschuß die Gesandten von Preußen und Österreich, ihre resp. Regierungen zu ersuchen, daß jede derselben einen Sachverständigen, welcher der geforderten Qualifikation entspreche, bezeichnen wolle, sodaß von der Wahl des Herrn von Bourguignon einstweilen Abstand genommen wurde. Als dritten Techniker wählte der Ausschuß den Vize-Admiral Brommy, der hiervon sofort benachrichtigt werden sollte.

Die Abneigung der Majorität des Ausschusses, den Obersten v. Wangenheim als Techniker zuzuziehen, dürfte m. E. weniger in dessen angeblichem Mangel an Sachkunde, auf einem Felde, wo derselbe seit mehreren Jahren für die K. Regierung tätig gewesen ist,

---

gänger Bismarcks einen Antrag ein, vor allem über die Hauptfrage zu beschließen, ob es nämlich in der Absicht des Bundes liege, die Flotte ferner beizubehalten und die dazu erforderlichen Kosten bleibend zu übernehmen. Das Nähere über die Flottensache ist zu ersehen bei Max Bär, Die deutsche Flotte von 1848—1852. Leipzig 1898.

zu suchen sein, als in der Besorgnis, daß der Oberst an den von ihm bisher und namentlich in seinem Separatvotum vertretenen Ansichten mit der ihm eigenen Entschiedenheit festhalten und eine den Wünschen der Mehrheit des Ausschusses oder der Bundesversammlung widersprechende Richtung verfolgen werde. Ich bedauere daher, daß die Entscheidung über das endliche Schicksal der Nordseeflotte zum großen Nachteil für den Wert des Materials derselben und für die Interessen der Bundeskasse und der Teilhaber an der Flotte sowohl durch den Bundesbeschluß vom 6. c. als wiederum durch das Resultat der heutigen Ausschußberatung auf unbestimmte Zeit hinausgeschoben wird, und glaube mit Sicherheit vorhersagen zu dürfen, daß auf dem jetzt von der Bundesversammlung eingeschlagenen Wege mit Ablauf dieses Jahres noch nach keiner Richtung hin eine Änderung der jetzigen provisorischen Verhältnisse der Flotte herbeigeführt sein wird, wobei sich der ungünstige Einfluß des Umstandes nicht verkennen läßt, daß Graf Thun persönlich die zuletzt von dem Kaiserl. Kabinet in der Flottenangelegenheit geltend gemachten Ansichten nicht teilt und nur ungern vertritt.

Aus dem Vorstehenden wollen E. E. gen. entnehmen, daß der K. Regierung nunmehr die Alternative gestellt ist,

entweder einen preußischen Marine-Offizier als Sachverständigen herzusenden

und wurde mir in dieser Beziehung der Kapitän Donner, wenn ich nicht irre, Führer des Merkur, von den Herrn von Schele und Brehmer als eine erwünschte Persönlichkeit bezeichnet

oder zu erklären, daß der Oberst v. Wangenheim durch seine bisherige Stellung mit den Fragen, auf die es ankomme, vollkommen vertraut sei, und durch seine Sachkunde den Anforderungen des Bundesbeschlusses vom 6. c. entspreche, die K. Regierung ihn deshalb für die geeignetste Persönlichkeit halte,

wonach dann m. E. abzuwarten sein würde, ob der Ausschuß unter diesen Umständen von dem heut aufgestellten Grundsatze abgehen und seine Wahl auf den Obrist v. Wangenheim lenken, oder auf die Mitwirkung eines preußischen Sachverständigen verzichten und an seiner Stelle einen andern wählen wolle. Die österreichische Wahl wird unzweifelhaft wieder auf Herrn v. Bourguignon fallen, und ist es nicht zu verkennen, daß ein preußischer Techniker, dem die bisherigen Verhandlungen fremd sind, sich den andern beiden, mit allen Vorakten vertrauten Herrn gegenüber im Nachteil befinden würde. Herr v. Wangenheim selbst wird sich über seinen Ausschluß, falls die K. Regierung auf denselben eingeht, persönlich sehr verletzt fühlen, und glaube ich kaum, daß der Ausschuß, wenn E. E. die gestellte Aufforderung angebrachter Maßen ablehnen, zur Wahl eines nicht preußischen Technikers in dritter Stelle schreiten werde. Sollte es dennoch geschehen, so dürfte m. u. E. dieser Vorgang nur einen Stützpunkt abgeben für entschiedenere Erklärungen der K. Regierung im Sinne einer Beschleunigung der definitiven Regulierung der Verhältnisse der Flotte.

23. Bericht vom 13. September 1851 an Minister v. Manteuffel, betr. Gerüchte von dem Eintritt des österreichischen Gesamtstaates in den Deutschen Bund. — Vgl. Poschinger, Neue Berichte S. 3 f.

24. Bericht an Minister v. Manteuffel.

[Ausfertigung.]

17. September 1851.

Auf Grund des Erlasses E. E. vom 11. September d. J., die Angelegenheiten S. Dl. des Herzogs von Augustenburg betreffend, habe ich mich gestern nach Wiesbaden begeben und S. Dl. daselbst angetroffen. Ich bin bemüht gewesen, den Herrn Herzog in schonendster, aber doch bestimmter Weise von den Ansichten S. M. und Allerhöchstdessen Regierung in Kenntnis zu setzen, und habe die Genugtuung gehabt, den Herzog, wenn auch mit vieler Zurückhaltung, so doch mit Ruhe und Fassung auf meine Anfrage eingehen zu sehen.

Eine Hindeutung von meiner Seite auf die Verzichtsurkunde Seines Herrn Vaters vom Jahre 1786 wurde von S. Dl. sofort aufgenommen, und veranlaßte Seiner Seits eine längere und lebhaftere Erklärung über dieses Aktenstück. Seine rechtliche Auffassung hierbei war die, daß dieselbe für seine Successionsansprüche weder in Dänemark noch den Herzogtümern präjudizierend wirken könne. Es sei vielmehr nur eine Erklärung, wie sie von allen dänischen Prinzessinnen bei ihrer Verheiratung seit Entstehung des Königsgesetzes ausgestellt worden, und beziehe sich der Verzicht nur auf das Allodialvermögen der dänischen Krone. S. Dl. stützte sich hierbei auf den Art. 22 des Königsgesetzes. Der Herr Herzog behielt sich vor, mir beweisende Urkunden und namentlich Originalkorrespondenzen des damaligen dänischen Ministeriums in Bezug auf die Vermählung seiner Frau Mutter und die betreffende Renunziationsakte vorzulegen. Abgesehen von der Rechtsfrage, gab S. Dl. indessen das Vorhandensein von politischen Momenten zu, welche die Durchführung der Ansprüche Ihres Hauses unmöglich machen und ein anderweitiges Arrangement ratsam erscheinen lassen könnten, indessen sei es unmöglich, in dieser Beziehung eine sofortige Erklärung abzugeben, zumal eine solche nur dann den gewünschten rechtlichen Erfolg haben werde, wenn die Söhne S. Dl., die Prinzen von Augustenburg, derselben beiträten. Die Ankunft der Prinzen erwarte der Herzog bis zum 21. cr. und behalte sich vor, mir alsdann hier in Frankfurt weitere Mitteilungen über seine Entschließung zu machen. S. Dl. kam zu wiederholten Malen darauf zurück, wie Sie sich durch die Verehrung und Dankbarkeit, welche Sie für S. M. den König, u. a. H., empfänden, getrieben fühlten, dem Rate und den Wünschen Sr. M. insoweit zu entsprechen, als es irgend mit den Anforderungen der Ehre und den Pflichten gegen die Bevölkerung der Herzogtümer und gegen das Herzogliche Haus selbst verträglich sein werde, und daß S. Dl., nachdem Sie bereits so vielfache Verpflichtungen zum Danke gegen S. M. hätten, auch der ferneren gnädigen Teilnahme und dem Schutze Sr. M. glaubten vertrauen zu dürfen.

25. Schreiben an Minister v. Manteuffel.

[Eigenhändig.]

17. September 1851.

E. E. beehre ich mich neben dem offiziellen Bericht vom heutigen Tage[1]) über die Art, wie ich bemüht gewesen bin, den mir unter dem 11. c. erteilten Auftrag zu erledigen, noch die nachstehenden Details über meine gestrige Unterredung mit dem Herzog von Augustenburg g. vorzulegen.

---

[1]) Vgl. Nr. 24.

Ich begab mich gestern Nachmittag nach Wiesbaden, begegnete Sr. Dl. in Begleitung der Frau Herzogin und der jungen Prinzessinnen im Kurgarten; nach Entfernung der Damen machte ich mit dem Herzoge einen mehrstündigen Spaziergang, welchen ich zu den mir befohlenen Eröffnungen benutzte. S. Dl. nahm meinen Vortrag mit Ruhe und Freundlichkeit auf, zündete eine Cigarre an und forderte mich auf, das Gleiche zu thun. Die Erwiderung des Herzogs richtete sich zuerst auf die Erklärung vom 28. Mai 1786, die Entsagung des Herzogs (Prinzen) Friedrich Christian enthaltend, auf deren Vorhandensein ich mit der Befürchtung hingedeutet hatte, daß Dänemark aus derselben einen Titel zu einem dauernden Retentionsrecht der Herzoglichen Besitzungen werde herzuleiten versuchen. Der Herr Herzog sprach sein Erstaunen über die „Perfidie" des dänischen Gouvernements aus, welches dieser Urkunde wissentlich eine andre Tragweite unterlege, als sie jemals gehabt habe. Wörtlich gleichlautende Verzichtleistungen seien seit dem Erlaß des Königs-Gesetzes[2]) von jeder sich verheirathenden dänischen Prinzessin ausgestellt worden, welche sich indessen nicht auf die Successionsrechte in der Regirung Dänemarks oder der Herzogthümer, sondern nur auf Privat-Erbschafts- und Sustentationsansprüche dem Königlichen Hausvermögen gegenüber bezogen hätten. Der Herzog sagte, daß er noch im Besitz der Original-Correspondenz sei, welche über die Vermählung seiner Frau Mutter mit dem damaligen dänischen Minister, wenn ich nicht irre Grafen Bernstorf, gepflogen[3]) sei; diese wolle er mir demnächst vorlegen, aus derselben werde die Richtigkeit seiner Auffassung, und daß es sich dabei nur um den „Artikel 22 der lex regia" handle, hervorgehn. Ich suchte das Gespräch von Erörterung der Rechtsfragen ab und auf das Gebiet der Betrachtung darüber zu lenken, was unter den jetzigen thatsächlich vorhandenen Umständen und Aussichten für S. Dl. zu thun rathsam sein möchte, indem ich geltend machte, daß, in Betracht der lebhaften Theilnahme, welche S. M. der König für die Rechte des Herzoglichen Hauses jederzeit gehegt und bethätigt habe, in der Natur des Rathes, den S. M. Sr. Dl. ertheilten, der sicherste Beweis läge, daß keine Aussicht zur Durchführung eines den Rechtsauffassungen des Herzogs mehr entsprechenden Systems vorhanden sei; vielmehr würden die Chancen des Herzoglichen Hauses in Bezug auf die für eine Verzichtleistung zu stipulirenden Entschädigungen sich entschieden ungünstiger gestalten, sobald die Mittheilung eines getroffenen Abkommens an die Europäischen Mächte offiziell erfolgt sei, indem alsdann Dänemark das Bedürfniß eines rechtlichen Abkommens mit Sr. Dl. in vermindertem Grade empfinden werde. Der Herzog entgegnete hierauf, er gebe zu, daß [die] Lage der verwickelten und einander widersprechenden Rechtsansprüche des K. dänischen und seines eignen Hauses in der That verschiedener Auffassung fähig sei und daß er nicht verkenne, wie die dermalige politische Lage von Europa, solange sie daure, ihm die Hoffnung auf eine Durchführung auch selbst seiner vollständig liquiden Rechte benehme und ihn nöthige, mehr die politische Durchführbarkeit, als den rechtlichen Werth seiner Ansprüche ins Auge zu fassen; wenn er lediglich seine persönlichen Interessen und Neigungen berücksichtigen wollte, so würde er schon früher die Hand zu einem Abkommen geboten haben; seine Pflichten gegen die Herzogthümer, gegen seine Kinder und Agnaten ließen ihn aber ermessen, daß er nicht in der Welt sei, um nach seiner eignen Annehmlichkeit zu leben. Ich würde fürchten, E. E. zu ermüden, wenn ich den Faden dieser fast dreistündigen Unterredung genau verfolgen wollte, und beschränke mich daher auf das, was mir schließlich die Summe der Äußerung Sr. Dl. im Verlauf derselben zu sein scheint. Ich halte dafür, daß

[2]) 14. November 1665.
[3]) Bei Poschinger steht irrig: geschlossen.

er im Ganzen geneigt ist, den von Sr. M. dem Könige ertheilten Rath zu befolgen, sich aber, ehe er eine Erklärung abgiebt, mit den Prinzen, seinen Söhnen, und unter den Agnaten, besonders mit Sr. K. H. dem Großherzoge von Oldenburg, in Beziehung zu setzen, auch, wenn es möglich ist, vorher etwas Näheres und Sicheres über die Natur und Ausdehnung der Entschädigung zu erfahren, auf die er sich nach Lage der Verhandlungen und der gegnerischen Auffassungen Hoffnung machen kann. Wenn S. M. der König befiehlt, daß ich die Unterhandlungen auf Grundlage der gestrigen Unterredung fortsetzen soll, so dürfte es zur Erleichterung und Beschleunigung derselben förderlich sein, wenn E. E. mir vertraulich andeuten könnten, von welcher Beschaffenheit und Höhe die dem Herrn Herzoge zu gewährende Entschädigung ungefähr sein dürfte, ob dieselbe in Geld, Domänen oder etwa, wie mir ein russischer Diplomat früher einmal gelegentlich andeutete, in dem Herzogthum Lauenburg möglicherweise bestehn könnte. Der Herzog sprach sein lebhaftes Bedauern aus, daß der Plan, ihm das Großherzogthum Oldenburg, unter Übertragung der dänischen Krone auf das Großherzogliche Haus, zu überlassen, gescheitert sei, zumal er ohnehin ein Recht auf Oldenburg nach Abgang des K. dänischen Mannsstammes habe. Er sagte mir schließlich, als einstweilige offizielle Erklärung seinerseits, daß er bis zum 21. c. die Prinzen, seine Söhne, gesehn haben werde und sich vorbehalte, mich alsdann hier in Frankfurt zu besuchen, um mir weitre Eröffnungen zu machen. Besonders schwierig schien es Sr. Dl., namentlich bei seiner Unbekanntschaft mit der Lage der Verhandlungen, die Initiative zu ergreifen und seinerseits mit Vorschlägen herauszutreten; er brauchte dabei den Vergleich mit einem Gutshandel; sobald in einem solchen der Verkäufer zuerst mit seinen Bedingungen hervorkomme, stehe auch fest, daß er überhaupt verkaufen wolle, und er gerathe dadurch dem Käufer gegenüber in eine unvortheilhaftere Lage, als wenn diese Frage noch unentschieden bliebe, mit andern Worten, der Herzog fürchtete, daß eine Präcisirung von Bedingungen seinerseits, lediglich und ohne Eingehn auf dieselben, so gedeutet werden könne, als zweifle er an seinem Recht und fange an „mürbe" zu werden. Ich erwiderte, daß sich diese Gefahr vielleicht dadurch vermeiden lasse, wenn S. M. der König, sobald Allerhöchstdemselben die Wünsche Sr. Dl. vertraulich bekannt gegeben würden, dieselben vielleicht im eignen Namen, als freiwilliger rerum gestor Sr. Dl., den übrigen Mächten und in specie Dänemark, vorschlügen; ich hätte zwar zu einem Versprechen der Art keinen Auftrag von Sr. Majestät, würde mir aber erlauben, diesen Weg wenigstens zur Sprache zu bringen. Der Herzog erklärte diesen Ausweg für allerdings zusagend und behielt sich vor, später darauf zurückzukommen. Soviel habe ich aus den Äußerungen des Herrn Herzogs gestern entnehmen können, daß er, neben der direct zu beanspruchenden Entschädigung, einen hohen Werth darauf legt, wie demnächst die Successionsordnung für die dänische Monarchie werde festgestellt werden; er wünscht, wie ich glauben darf, das Erbrecht seines Stammes nach etwaigem Abgange des Mannsstammes derjenigen Linie, die jetzt auf den Thron berufen werden würde, anerkannt zu sehn, und sprach sich entschieden für gänzliche Abschaffung der weiblichen Erbfolge auf den dänischen Thron aus, weil sonst die Erhaltung des letztern in dem Hause Holstein mit jeder Generation in Frage gestellt werden könne. Daß der Herzog mit seinen Söhnen zu Rathe geht, scheint nicht nur natürlich, sondern auch nothwendig, da beide nach Sr. Dl. Meinung majorenn und also durch eine väterliche Verzichtleistung nicht gebunden sein würden. *Die Frage wegen Ebenbürtigkeit beider Prinzen mit Rücksicht auf die Frau Herzogin habe ich nicht berühren zu dürfen geglaubt, auch habe ich nicht erwähnt, daß mir der Brief Sr. Dl. an S. M. den König vom 18. v. M. bekannt ist.*

Sobald ich im Besitz der fernern, von Sr. Dl. in Aussicht gestellten Mittheilungen bin, werde ich die Ehre haben, E. E. darüber zu berichten, und bemerke ich noch g., daß der Herzog während der ganzen Unterredung wiederholt in Ausdrücken des wärmsten Dankes von Sr. M. dem Könige, auch in Bezug auf diesen neuen Beweis der Ah. Theilnahme, sprach, und die Erörterung selbst in keiner Phase einen für mich unbehaglichen Character annahm, was im Grunde mehr war, als ich erwartet hatte.

In der Anlage beehre ich mich E. E. einige Berichte über die hiesigen Vereine nebst Drucksachen g. zu überreichen, indem ich mir vorbehalte, auf dieses Thema in meinem nächsten Briefe zurückzukommen, weil heut der Postschluß drängt.

Der Fürst Metternich*) ist gestern zu Wasser nach Manheim, wohin ihn die Großherzogin Stephanie eingeladen hat, abgereist, um über Heilbronn und die Donau abwärts nach Wien zu gehn.

Der Graf Thun hat mir in der vorigen Bundessitzung eine Verlegenheit bereitet, die mich zu erhöhter und mißtrauender Vorsicht in dergleichen Fassungsfragen auffordert. Er hatte in dem gemeinsamen Antrage wegen Aufstellung des Bundescorps die Wendung stehn lassen, daß alle Truppentheile so dislocirt sein sollten, daß sie in Einem Tage Frankfurt erreichen könnten, obschon ich ihm meine entgegenstehende Instructionen, soweit es nöthig war, um ihn au fait zu setzen, wörtlich mitgetheilt hatte. Ich habe E. E. schon vorzutragen die Ehre gehabt, wie er mich in der Sitzung über diese Meinungsverschiedenheit beschwichtigte und sie vor den Andern zu verschweigen bat. Der Antrag ist natürlich in der verlesenen Fassung zu Protokoll gegangen, so daß Preußen anscheinend mit der darin angedeuteten Dislocation einverstanden ist. Ich hatte darauf gerechnet, die Sache mit Thun dadurch ins Geleise zu bringen, daß wir in der nächsten Sitzung beide erklären würden, nach genommener Rückfrage bei unsern Regirungen und zur Erleichterung der Zustimmung der Betheiligten modifizirten wir den Antrag dahin, daß die Clausel wegen des „Eines Tages" ausfiele; nun macht aber Graf Thun mir deshalb Schwierigkeiten, behauptet meine damaligen mündlichen Äußerungen mißverstanden zu haben, was den Umständen nach gar nicht möglich war. Auf meine bestimmte Versicherung, daß ich, wenn der Antrag in der jetzigen Fassung wieder zur Abstimmung käme, erklären müsse, daß das Einverständniß Preußens mit dem fraglichen Passus auf einem Mißverständniß beruhe, hat er nun nochmals in Wien um neue Instruction angefragt, und will die Abstimmung bis zum Eingang derselben verschieben. Bayern und Kurhessen sind ebenfalls nicht geneigt, ihre Truppen, die zu dem Corps gehören sollen, in Cantonnirung zu legen, und werden dem Beschluß voraussichtlich nur unter einer unsern Wünschen analogen Modification zustimmen.

Mit Graf Waldersee ist mein Verhältniß sehr gut geworden; er hat Vertrauen zu mir gefaßt, und wir besprechen alle gemeinschaftliche Interessen ohne Unbequemlichkeit und mit voller Offenheit. Letztre ist ein großer Vorzug des Grafen, der auf dem hiesigen Felde der Intrigue und Doppelzüngigkeit nicht hoch genug anzuschlagen ist. . . . . .

Den Brief des Anonymus aus Nürtingen beehre ich mich g. zurückzureichen. Meine Erkundigungen, soweit ich sie ohne Indiscretion ausdehnen konnte, sind erfolglos gewesen und haben sich leider durch Versendung der Sache, d. h. des anonymen Schreibens, an

*) Der frühere österreichische Staatskanzler Fürst Clemens Metternich hatte sich damals eine Zeitlang auf dem Johannisberg (im Rheingau), seiner Besitzung, aufgehalten. Bismarck hatte ihm daselbst im August einen Besuch abgestattet, über den die Fürstin Melanie Metternich berichtet„ Er [Bismarck] hatte ein langes Gespräch mit Clemens und scheint die besten politischen Grundsätze zu haben. Mein Mann hat sich sogleich für ihn sehr interessiert. Mir schien er angenehm und überaus geistreich."

einen Freund in Baden in die Länge gezogen. Nürtingen ist eine Würtembergische Ober-Amtsstadt, eine kleine Tagereise südöstlich von Stuttgart. Ich zweifle nicht, daß der Empfehlende und der Empfohlene identisch sind, und in dieser Voraussetzung möchte ich nach der Fassung des Schreibens auf einige Selbstüberschätzung des Absenders rechnen. Indessen würde ich doch g. vorschlagen, wenn auch die gestellte Frist von 3 Wochen verstrichen ist, das Signal in der Allg. Zeitung noch geben zu lassen, damit der Unbekannte sich demaskirt, was E. E. nicht hindern würde, die Unterhandlungen demnächst scheitern zu lassen. Ein brauchbarer Agent ist viel werth.

Mit der gehorsamsten Bitte der gnädigen Frau meine unterthänigste Empfehlung zu machen in treuer Anhänglichkeit . . . . .

*26. Telegramm an Minister v. Manteuffel.

17. September 1851. Abends 12 Uhr.

Man[1]) war sichtlich geneigt einzugehen, wünschte aber eine ungefähre Andeutung über das, was erreichbar sei, ehe man die Initiative mit Vorschlägen ergriffen.

Man verlangte Bedenkzeit bis zum 21. c., um inzwischen mit den Söhnen zu kommunizieren und mir dann bestimmtere Antwort hierher zu bringen. Ein heute von mir abgefertigter Bericht[2]) muß morgen Abend in Berlin sein.

*27. Bericht an Minister v. Manteuffel.

[Konzept.]

18. September 1851.

E. E. haben die Gewogenheit gehabt, mittelst h. an meinen Herrn Amtsvorgänger gerichteten Reskripts vom 3. Juli Sich über die Bedeutung und Benutzungsart der Presse ausführlich zu äußern.

E. E. h. Ansichten über den Einfluß der öffentlichen Blätter und dessen Realisierung im Interesse der K. Regierung mich anschließend, bin ich seit dem Augenblicke, wo die Geschäfte der K. Bundestagsgesandtschaft mir selbständig übertragen wurden, bemüht gewesen, im Sinne und Anhalte dieser Instruktion hier zu wirken. Über die von mir getroffenen Einrichtungen und die daran sich noch knüpfenden Wünsche ermangele ich nunmehr nicht nachstehenden ehrerbietigsten Bericht zu erstatten.

Zunächst habe [ich] mit den Redaktionen der hiesigen Blätter, welche nicht durch ihre radikale Haltung ausgeschlossen sind, eine bereits seitens des Herrn v. Rochow angeknüpfte Verbindung durch einen Beamten der Gesandtschaft erhalten lassen, soweit sie mit Sicherheit gegen Indiskretion verträglich ist. Mittelst des unterhaltenen unausgesetzten Verkehrs und durch öftere Mitteilung interessanter noch unbekannter Data glaube ich auch bereits einen größeren Einfluß in der hiesigen achtungswerten Presse gewonnen zu

[1]) Der Herzog von Augustenburg.
[2]) Vgl. Nr. 24

haben. Die Oberpostamtszeitung hat sowohl die der Redaktion direkt zugestellten oder die aus anderen preußischen Blättern speziell als abdruckenswert bezeichneten Artikel unverändert aufgenommen, als auch jede gehässige Polemik gegen Preußen unterlassen. Dr. Malten, Chefredakteur der Zeitung, hat wiederholt die Versicherung gegeben, daß er besonders in der provinzialständischen Frage und wegen des Vertrages vom 7. September keine dem K. Gouvernement unangenehmen Artikel aufnehmen werde, wobei ich ehrerbietigst bemerke, daß Zusendungen dieser Kategorie über die Vereinigung des Steuervereins mit dem Zollverein von dem Herrn Detmold in Hannover erfolgt sind. Ich bin des unmaßgeblichen Erachtens, daß eine derartige Negation schon ein Gewinn ist, weil bei den E. E. bekannten Beziehungen der Oberpostamtszeitung zu Österreich eine tägliche preußische Interessen befürwortende Sprache nicht erwartet werden kann und auch schwerlich zu erreichen sein wird. Die jetzige Haltung des Blattes wird wenigstens nie schädlich werden, und in dieser Überzeugung bitte E. E. ich ehrerbietigst, solange die Redaktion Anstand und Würde gegen Preußen behauptet, sie auch durch gut unterrichtete und gut geschriebene Artikel von dort gen. unterstützen zu lassen.

Die Redaktion des Journal de Francfort, durch die Nähe seiner äußeren Beziehungen nicht so gebunden wie das erstgenannte Blatt, ist zu einem positiven Auftreten für Preußen geneigter und wird wegen der ausgesprochenen politischen Ansicht des Redakteurs nach und nach — freilich mit berechneter Vorsicht — zu kurzen räsonierenden Aufsätzen benutzt werden können. Der Leserkreis des Blattes in angesehenen Häusern Deutschlands und des Auslandes macht einen solchen Konnex selbst bei gewöhnlichen Fragen zu einem wünschenswerten, für außerordentliche Eventualitäten aber zu einem nützlichen, ja notwendigen. Ich werde daher darauf sehen, daß diesem Blatt eventuell durch Nachrichten ein Vorzug eingeräumt werde. Inwiefern vorstehende Bemerkungen E. E. Anlaß geben möchten, den für die Oberpostamtszeitung ausgesprochenen Wunsch nach besseren Korrespondenten aus Berlin auch auf das Journal de Francfort auszudehnen, stelle höherem Ermessen ich g. g. anheim.

Der politische Inhalt des Intelligenzblattes passiert täglich die Censur, wodurch freilich nicht hat ausbleiben können, daß die gegebenen Notizen als von der Gesandtschaft inspiriert öffentlich angesehen werden. Unter Berufung auf diesen Umstand möchte ich für geraten erachten, daß die Preußische Zeitung die etwa aus dem Intelligenzblatte aufzunehmenden Notizen nicht wörtlich mit Angabe der Quelle nachdrucke, sondern zu eigenen Korrespondenzen mit einem feststehenden Zeichen verarbeite — eine Aenderung, welche der Zeitung ja nur zugute kommt und weitere Kombinationen abschneidet.

Das Frankfurter Journal enthält keine direkten Mitteilungen mehr, wie bereits in dem ehrerbietigen Berichte vom 11. Juni c. erwähnt ist. Doch stehen mir Wege zu Gebote, Artikel durch dritte Hand in dieses vielgelesene Blatt hineinzubringen, welche[s] ich mir offen zu halten suchen werde, da die Zeitung, seit eine direkte preußische Verbindung aufgehört hat, eine Arena für offiziöse österreichische Publizistik geworden zu sein scheint.

Von den übrigen Lokalblättchen ist nichts zu hoffen, nur das traurige Urteil zu erwähnen, daß sie wegen ihrer maßlosen Sprache längst das Verbot verdient hätten.

Der Preußischen Zeitung sind neuerdings wiederholte Mitteilungen zugegangen, sodaß sie jetzt über die hiesigen Vorgänge vorzugsweise gut unterrichtet erscheint.

Diese Einwirkung auf die Presse und die unmittelbare Tätigkeit für dieselbe ist freilich bisher mit den hiesigen geringen Kräften bestritten worden. Allein darum ist auch der Einfluß noch nicht genügend gewesen, er muß an Intensivität und Ausdehnung namentlich in Süddeutschland zunehmen, wenn wir Terrain für unsere An- und Absichten gewinnen wollen. Mit der Allgemeinen Zeitung in Augsburg sind Verbindungen angeknüpft — ein genügender Raum für preußische Vertretung ist in diesem unabhängigen wie wankelmütigen Blatte von hier aus wohl erst nach einer wesentlichen Unterstützung zu erwarten, welche ich nicht außer Acht lassen werde, weil die Zeitung im südlichen Deutschland, Österreich und den fernen Ländern noch einen weit verbreiteten Leserkreis hat.

Für außerordentliche Gelegenheiten und bei Besprechung spezifisch preußischer Fragen würde es von Wichtigkeit sein, Mittel disponibel zu haben, welche eine Vermehrung der Arbeitskräfte hier am Orte und die Möglichkeit, von hier aus auf süddeutsche Blätter unmittelbar einzuwirken, gestatten. E. E. haben in dem h. Erlaß vom 3. Juli d. J. die Gnade gehabt, ein Aversionalquantum zu literarischen Zwecken zu überweisen. In dankbarer Anerkennung dieser Bewilligung bitte ich g. g. die Auszahlung der bestimmten Summen baldgeneigtest veranlassen zu wollen, weil ich neben der literarischen noch polizeiliche Zwecke durch dieses Geld zu erreichen beabsichtige. Ohne mich an die bestimmte Persönlichkeit irgendeines Literaten zu binden, welcher nur hindert, falls er nicht durch langjährige Bekanntschaft so bewährt ist, daß man ihn über Endziel und Grundcharakter der Politik genau unterrichten darf, wünsche ich gegen Entgelt einzelne hier vorliegende wichtige Fragen in verschiedenen Blättern bearbeiten zu lassen, somit ein loses Verhältnis zu verschiedenen Individuen zu unterhalten, welche nach verschiedenen Richtungen wirken können. Ein solcher Plan hat den Nutzen, daß man einen Menschen sofort abdankt, wenn die erforderlichen Dienste geleistet sind, fernere aber nicht nötig werden und daß man ihm nicht so tiefgehende Aufschlüsse gibt, um ihn nicht ohne Gefahr nach Belieben entlassen zu können. Die Fixierung eines Publizisten bei der Gesandtschaft wird dagegen für den Gesandten selbst leicht lästig, und stehen die Kosten eines festen Engagements selten im Verhältnis zu den Leistungen.

Ich wünsche ferner durch das von E. E. mir gütigst zugesicherte Aversionalquantum in den Stand gesetzt zu sein, die höhere Polizei zu vervollkommnen, deren Beobachtungen und Ermittlungen mittelbar auch den preußischen Zeitungen wieder zugute kommen können. Die mir jetzt für polizeiliche Zwecke zugewiesenen Mittel sind unzureichend für das Bedürfnis, so daß die bisherigen Resultate weder mir für die Notwendigkeit persönlicher Orientierung über die hiesigen Verhältnisse genügen konnten, noch sich auch nur irgendwie den Resultaten nähern, welche die österreichische Gesandtschaft mit ihren Fonds erzielt.

Inwieweit ich mit den K. Gesandtschaften zu Stuttgart, Karlsruhe und Darmstadt mich in Kommunikation setzen kann, um durch sie eine Einwirkung auf die betreffenden Bundesblätter in Übereinstimmung mit den hiesigen Vorgängen und Ansichten zu erzielen, darüber werde ich mich mit Herrn v. Otterstedt leicht einigen. Mit Herrn v. Savigny werde [ich] binnen kurzem hier eine Unterredung haben, während ich mir in bezug auf Stuttgart die Anknüpfung einer derartigen Verbindung bis zu einer anderweitigen Gestaltung der dortigen Verhältnisse werde vorbehalten müssen.

*28. Bericht an Minister v. Manteuffel.

[Ausfertigung.]

20. September 1851.[1])

In den Bericht, welchen der politische Ausschuß über die Arbeiten der 2. Kommission der Dresdener Konferenz zu erstatten hat, gehört auch die dort zur Sprache gebrachte Frage über Einführung einer ständischen Vertretung am Bunde. Die Mitglieder der gedachten Kommission hatten nach Inhalt des Berichtes vom 26. April d. J. ad IX nicht zu einer Uebereinstimmung in ihren Ansichten gelangen können und deshalb vorgeschlagen, die weitere Beratung der Frage der Bundesversammlung zu überlassen, womit man sich fast allgemein einverstanden erklärte.

Ich glaube mich des Einverständnisses E. E. versichert halten zu dürfen, wenn ich mich, sobald die Sache in dem Ausschusse zur Sprache kommt, entschieden gegen die in Dresden vorgeschlagene ständische Vertretung beim Bunde ausspreche. Abgesehen davon, daß man kaum Garantien für eine angemessene Zusammensetzung einer solchen Vertretung auffinden, und daß es schwer halten möchte, dieselbe in den ihr zugewiesenen Grenzen zu halten, so würde sie die jetzigen Grundlagen des Bundes alterieren und diesem einen ganz anderen, Preußens Stellung zur Bundesbehörde beeinträchtigenden Charakter geben. Soll ihre Tätigkeit eine legislatorische in ausgedehnterem Maße als die des Bundes sein, so würde die Selbständigkeit und Unabhängigkeit der einzelnen Staaten, denen die Gesetzgebung allein zusteht, verletzt werden. Soll die Tätigkeit indessen nur administrativer Art sein, so würde jene Vertretung die Wirksamkeit der Regierungen hemmen und deren Übereinstimmung erschweren. Gefährlich muß aber jede derartige Beschränkung gerade jetzt erscheinen, wo der Bund vor allem darauf Bedacht zu nehmen hat, die Regierungsgewalt in jeder Weise zu kräftigen.

Bei der gründlichen Erörterung, welche die vorliegende Frage gerade in neuerer Zeit gefunden hat, darf ich mich eines näheren Eingehens auf dieselbe um so mehr enthalten, als ich die Ansichten der ah. Regierung S. M. des Königs darüber als feststehend voraussetze.

Sollten indessen E. E. etwa für angemessen erachten, daß ich die fragliche Vertretung unter Hervorhebung eines bestimmten Gesichtspunktes oder unter gewissen Modalitäten ablehne, so bitte ich mich hierüber hochgen. bald mit Instruktion versehen zu wollen.

29. Bericht vom 21. September 1851 an König Friedrich Wilhelm IV., betr. Zurückweisung der Aufforderung Englands, sich in Angelegenheiten der neapolitanischen Regierung zu mischen. — Vgl. Poschinger, Neue Berichte S. 5 ff.

---

[1]) Dies ist das Aktenstück, dessen in dem Gutachten Heinrich v. Sybels, das dieser am 12. August 1881 dem Auswärtigen Amte über einen ihm im Manuskript vorgelegten Teil der Poschingerschen Publikation erstattete, in folgender Weise gedacht wird: „Zu der Depesche vom 20. September 1851 betr. die preußische Ablehnung einer Volksvertretung am Bundestag haben Se. Durchlaucht bereits selbst notiert: so ohne Zusammenhang nicht verständlich". Auf diese Einwendung Bismarcks hin unterblieb die Veröffentlichung des Aktenstückes.

30. Privatschreiben an Minister v. Manteuffel.

[Eigenhändig.]

23. September 1851.

E. E. überreiche ich gleichzeitig mit diesem Schreiben meinen g. fernerweiten Bericht über die Frage wegen unsrer Ostprovinzen, über welche ich durch die gestrige telegraphische Depesche zweifelhaft geworden war, ob mein Verfahren E. E. Wünschen ganz entsprochen hat. Ich würde es persönlich gern gesehen haben, wenn ich von Hause aus, nachdem wir des Einverständnisses von Oestreich uns versichert hatten, eine kategorische Erklärung hätte abgeben dürfen, anstatt mich um die Einwilligung der spröderen unter meinen Collegen zu dem Antrage zu bewerben, den wir in der Fassung den Wünschen aller möglichst zu adaptiren bemüht gewesen waren. Nun aber von Berlin aus und hier so viel Mühe aufgewendet worden war, die Stimmen zu gewinnen, glaubte [ich], die Möglichkeit, ohne Spaltung über die Sache hinwegzukommen, nicht gefährden zu sollen, und hielt nicht ohne Anstr[eng]ung meine Gereiztheit im Zaume gegenüber dem sonderbaren Benehmen der Herrn von Fritsche und Brehmer, die mir vor langer Zeit zugesagt hatten Instruction einzuholen und es nicht gethan haben. Nach dem Inhalt der gestrigen telegraphischen Depesche kann ich annehmen, daß es E. E. willkommner gewesen wäre, wenn ich diesem Widerstande gegenüber den gestellten Antrag sofort in eine einfache Notification unsrer Auffassung der Sache verwandelt hätte. Ich bedaure um so mehr in dieser Beziehung E. E. Wunsch nicht getroffen zu haben, als ein solches Verfahren mir in dem Augenblick persönlich eine willkommne Erleichterung meines Verdrusses gewesen wäre, den ich über diese Herrn Kleinigkeitskrämer empfand. Bei nachträglicher Erwägung erlaube ich mir aber doch die g. Bitte auszusprechen, das fernere Ergebniß der Abstimmung abwarten zu dürfen. Erfolgt die Annahme unsres Antrags dann, wie ich vermuthe, einstimmig, so ist die Sache ein für allemal abgethan, während im andern Fall, und wenn ich, ohne die Abstimmung abzuwarten, auf weitre Beschlußnahme verzichte, eine permanente Spaltung in der Auffassung dieser Frage zwischen uns und der Mehrheit der Versammlung verbleiben würde. Sollte sich die Abstimmung verzögern, oder gar verneinend ausfallen, so würde ich dann mit um so mehr Effect die Erklärung abgeben können, daß wir auch ohne die Einwilligung der widersprechenden und Einstimmigkeit verlangenden Herrn unsern Weg gehn. *Vor der nächsten Sitzung wird etwas Weitres ohnehin nicht von mir gethan werden können, und bis zum Eintritt einer solchen darf ich hoffen mit E. E. geneigter Weisung versehn zu sein. Noch bitte ich um E. E. Nachsicht, wenn mein Verfahren Ihre Billigung nicht gehabt hat, und wenn ich so vielfach in dieser Sache anfrage. Letztres ist ein Fehler, den ich erst bei längrer Vertrautheit mit den Geschäften werde ablegen können.

Meine Frau ist Gott sei Dank endlich auf der Reise hierher, und bitte ich um die geneigte Erlaubniß, daß sie sich bei ihrer Durchreise durch Berlin Ihrer Frau Gemalin vorstellen darf. In treuster Anhänglichkeit* . . . .

31. Schreiben an Minister v. Manteuffel.

[Eigenhändig.]

23. September 1851.

E. E. zeige ich in Veranlassung des h. Rescriptes vom 19. c.[1]) g. an, daß ich die Verhandlungen mit dem Herrn Herzog von Augustenburg einstweilen dadurch fortzusetzen ver-

[1]) Manteuffel bemerkte hierin, es möge einstweilen dahingestellt bleiben, ob die Ansprüche des Herzogs so unbestritten seien, wie er selbst sie darstelle; darüber sei er aber sobald als möglich aufzuklären, daß die

hindert worden bin, daß S. Dl. gestern Morgen nach Coblentz abgereist ist. Nach den von mir in Wiesbaden eingezogenen Erkundigungen beabsichtigte der Herzog morgen Abend dorthin zurückzukehren, und übermorgen nach Frankfurt zu reisen, wo ich also nach der getroffenen Verabredung die Ehre haben werde, S. Dl. zu sehn. Die jungen Prinzen sind inzwischen in Wiesbaden eingetroffen, haben aber den Herrn Herzog nach Coblentz nicht begleitet. Dem Vernehmen nach beabsichtigt S. Dl. den Aufenthalt in Wiesbaden nicht fortzusetzen, dagegen von übermorgen an einige Zeit in Frankfurt zu verbleiben. Der K. dänische Bundestagsgesandte, Herr von Bülow, äußerte heut im Gespräch über die Angelegenheiten seiner Heimath beiläufig, daß die dänische Regirung, wenn sie die mindeste Neigung zum Eingehn auf ein Abkommen bei dem Herzoge wahrnähme, gewiß geneigt sein würde, Sr. Dl. Zugeständnisse über das stricte Recht hinaus zu machen, daß nach Ansicht des Herrn von Bülow aber wenig Aussicht zu einer solchen Nachgiebigkeit des Herzogs vorhanden sei. Ich habe natürlich jede Andeutung über die mir aufgetragenen Verhandlungen vermieden, erwähne indessen seiner Äußerung mit der arrière-pensée, ob es vielleicht in einem weitern Stadium der Verhandlung thunlich sein kann, Herrn von Bülow, der ein gewandter Kopf und der einschlägigen Verhältnisse kundig ist, zu Rathe zu ziehn. Sobald S. Dl. am Donnerstag hier eintrifft, werde ich nicht verfehlen, E. E. fernere g. Meldung. nöthigenfalls durch den Telegraphen, zu machen. Im letztern Falle würde ich, zur möglichen Vermeidung des Chiffrirens, den Herrn Herzog nur mit dem Buchstaben H. bezeichnen. Genehmigen ꝛc.

*32. Privatschreiben an Minister v. Manteuffel.

[Eigenhändig.]

25. September 1851.

E. E. würde ich gern durch den Legationsrath Wentzel, der zur Besorgung häuslicher Angelegenheiten auf zwei Tage nach Berlin zu reisen wünscht, näheren Bericht über mehre der schwebenden Sachen erstattet haben, über welche ich angewiesen bin, mich mit dem Grafen Thun zu verständigen. In den letzten 4 Tagen habe ich aber heut den fünften verfehlten Versuch gemacht, mich mit diesem Herrn zu besprechen, indem er zwei Tage abwesend war und unwohl zurückgekehrt ist, sodaß er jetzt bettlägerig und unsichtbar ist. Der Herzog von Augustenburg trifft, anstatt heut Vormittag, wie meine Nachrichten lauteten, erst heut Abend hier in Frankfurt ein, und werde ich hoffentlich morgen in dem Stande sein, Näheres in Bezug auf ihn zu melden. In der Hamburger Verfassungsfrage[1]) hat mir Herr von Schele, der Vorsitzender des Reclamationsausschusses ist, in dem die Sache verhandelt wird, zugesichert, daß er die Erlassung eines vorläufigen Inhibitoriums an den Senat von Hamburg im Ausschusse sofort zur Sprache bringen und unterstützen wolle. Referent in der Sache selbst ist der Darmstädtische Gesandte Herr von Münch, der mir die Beschleunigung der Bearbeitung des sehr umfangreichen Materials ebenfalls zugesichert hat. In Betreff des Legationsraths Wentzel erlaube ich mir noch an E. E.

Unebenbürtigkeit seiner Söhne feststehe, und daß diese deshalb niemals ihrem Vater in den Souveränitätsrechten über ein deutsches Bundesland nachfolgen könnten.

[1]) In einem Erlasse vom 19. September 1851 hatte Manteuffel von der Ablehnung des von Oesterreich und Preußen erteilten Rats wegen Aenderung der von Rat und Bürgerschaft der Stadt Hamburg angenommenen sog. Neunerverfassung, gegen die sich mehrere Hamburger Bürger beim Bunde beschwert hatten, Mitteilung gemacht und sich darüber verbreitet, wie die Angelegenheit am zweckmäßigsten vom Bunde zu behandeln sei; am 22. erging eine speziellere Anweisung des Ministers in der Angelegenheit an den Bundestagsgesandten.

Güte die g. Bitte zu richten, daß Sie eine geneigte Beschleunigung seiner Anstellung in Erwägung nehmen wollen, indem das doppelte Domicil, welches er bis zu seiner definitiv erfolgten Ernennung glaubt beibehalten zu müssen, ein[e] fortdauernde Quelle von Verlegenheiten für ihn ist.

Mit der Hoffnung E. E. morgen einen Bericht von mehr Inhalt abstatten zu können, verbinde ich die Versicherung meiner treusten Anhänglichkeit . . . .

*33. Privatschreiben an Minister v. Manteuffel.

[Eigenhändig. Durchrissen und unvollständig.]

[25. oder 26. September 1851.]

E. E. geneigtes Rescript vom 23. c. in Betreff des aufzustellenden Bundes-Corps[1]) erhalte ich soeben durch den Schirrmeister, und beeile mich meinen g. Dank dafür auszusprechen, daß E. E. in dem Erlaß an den Grafen Arnim die Berichte des Grafen Thun über seine mit mir gehabten Unterredungen[2]) ihrer Bedeutung nach gewürdigt haben. Der Graf Thun irrt sich in mehr als einer Beziehung, namentlich aber in Bezug auf die Motive, die er mir für die Entschlüsse des Herrn Kriegsministers in den Mund legt; ich habe als meine Ansicht geäußert, daß mir die zu erreichenden Erfolge den Kosten nicht zu entsprechen scheinen, und daß dieses Bedenken dem Herrn Kriegsminister ebenfalls Anlaß zu genauer Prüfung geben müsse. Der Graf Thun irrt sich außerdem in den von ihm gemachten Zeitangaben, indem er mir von seiner Absicht, den gemeinsamen Antrag einzubringen, erst am Nachmittage vor der desfalsigen Sitzung Kenntniß gegeben, dann auf meinen Wunsch die Sitzung nicht um einige Tage, sondern nur um 24 Stunden aufgeschoben und mir den Inhalt des Antrags erst kurz vor der Sitzung mitgetheilt hat.

Heut hat Gr. Thun eine Instruction in der Flottenangelegenheit erhalten, wonach Oestreich auf den Bundesbeschluß einzugehn scheint, den Vorschlag zur Bildung einer contingentirten Bundesflotte machen will, welche aus einer östreichischen, einer preußischen und einer Nordseeflotte der übrigen Staaten zu bestehn haben würde. Der letztern sollte die jetzige Nordseeflottille, nach Rückzahlung der derselben von Oestreich gemachten Vorschüsse und nach Entschädigung Preußens pro rata des jetzigen Werthes der Flotte, käuflich überlassen werden. Meine heut im Marine-Ausschuß gemachte Anzeige, daß die K. Regirung den Obristen von Wangenheim als einen der 3 zu wählenden Techniker vorschlägt, wurde namentlich vom Gr. Thun mit großer Mißstimmung aufgenommen, aber [es wurde] doch zur Vermeidung von Weiterungen zur Wahl des Herrn von Wangenheim geschritten.

Am Montag wird wahrscheinlich Sitzung d

[Das Folgende ist abgerissen.]

34. Privatschreiben vom 26. Sept. 1851 an Minister v. Manteuffel, betr. Verhandlungen mit dem Herzog von Augustenburg. — Vgl. Poschinger IV Nr. 13, S. 20, Zeile 19 v. u., lies daselbst „wiederhole“ für „wiederholte“.

[1]) Mit diesem Reskript vom 23. September 1851 sandte Manteuffel eine Wiener Depesche an den österreichischen Gesandten Freiherrn v. Prokesch in Berlin nebst dem ihr anliegenden Bericht des rafen Thun vom 7. September und einen Erlaß an den preußischen Gesandten in Wien Heinrich Grafen Arnim-Heinrichsdorf vom 23. September über die Bundeskorpsangelegenheit zur Kenntnisnahme.

[2]) Vgl. Nr. 20.

*35. Bericht an Minister v. Manteuffel.

[Ausfertigung.][1])

27. September 1851.

E. E. verfehle ich nicht über den Verfolg der Angelegenheit Sr. Dl. des Herzogs von Augustenburg g. weitern Bericht zu erstatten. In einer mir gestern morgen hier in Frankfurt vom Herrn Herzog bewilligten Unterredung habe ich Gelegenheit gehabt, Sr. Dl. nach Anleitung der mir in dem h. Reskripte vom 19. cr. erteilten Weisung fernern Vortrag zu halten.

S. Dl. gaben hierbei die unumwundene Erklärung ab, daß Sie auf die Verhandlungen sich einzulassen gesonnen seien, und wiederholten, daß Sie den Rat Sr. M. des Königs in dieser Angelegenheit mit gleich großem Danke wie Vertrauen entgegennähmen. S. Dl. behielten sich vor, auf meine Eröffnungen eine bestimmte und eingehende Erklärung schriftlich abzugeben, welche spätestens morgen oder übermorgen mir übergeben werden solle, bis zu welcher Zeit es Sr. Dl. möglich sein würde, die Abschrift von Belegen, welche fremden Händen nicht anvertraut werden könnten, zu beschaffen.

Zwei Gesichtspunkte, auf welche sich diese Erklärung beziehen würde, hob der Herzog schon jetzt hervor, der eine dahingehend, daß, nachdem sich S. Dl. geneigt erklärt hätten, auf die Verhandlungen einzugehen, es Ihnen billig erscheine, wie nunmehr von der andern Seite ein Schritt geschähe, aus welchem der Herr Herzog entnehmen könne, daß es der K. dänischen Regierung mit einer Ihm zu gewährenden Abfindung wirklich ernst sei, indem S. Dl. unter Bezugnahme auf die ältere Geschichte der Streitigkeiten zwischen dem Königlichen und Herzoglichen Hause die Befürchtung aussprach, man könne dänischerseits sich darauf beschränken wollen, dem Herzoglichen Hause dasjenige als Entschädigung für aufzugebende Rechte zu gewähren, was gedachtem Hause ohnehin zuständig sei, nämlich die Herzoglichen Besitzungen und deren bisher asservierte Erträge. Wenn der Herr Herzog seinerseits außer der abgegebenen Erklärung, daß er auf die Unterhandlung eingehe, sofort und ohne irgendwelche Kenntnis der gegnerischen Auffassung die Verzichtleistung auf Seine Rechte gegen ein von Sr. Dl. selbst nach Beschaffenheit und Umfang zu bezeichnendes Äquivalent anbieten solle, so fürchte der Herr Herzog, daß dänischerseits die Verzichtleistung utiliter akzeptiert und eine Gegenleistung verzögert, der von Sr. Dl. zu tuende Schritt vielmehr lediglich dazu benutzt werden werde, um die Zweifel des Herrn Herzogs an Seinen eigenen Rechten und seiner Neigung, die letztern aufzugeben, zu konstatieren und auszubeuten.

Der 2. Gesichtspunkt war der, daß der Herr Herzog von dem Wunsch beseelt ist, während der Führung der Verhandlungen mit Dänemark von dem Druck der jetzigen, durch die Sequestration Seiner sämtlichen Besitzungen bedingten Lage befreit zu sein, indem der Herr Herzog von der Überzeugung ausgeht, daß es nur dann gelingen werde, von der dänischen Regierung solche Bedingungen für ihn zu erhalten, welche in Erwägung aller Umstände als billige zu betrachten sein würden, wenn der K. dänischen Regierung die jetzt bei derselben als leitend erscheinende Aussicht benommen werde, den Herrn Herzog durch das Abschneiden materieller Hilfsquellen zur Annahme von Bedingungen zu bewegen, welche als den gegenseitigen Rechtsverhältnissen entsprechend von keiner Seite würden betrachtet werden können. S. Dl. glaubte, daß sich dieser Zweck am angemessensten würde erreichen lassen, wenn von den aus dem Herzogtum Holstein der Krone Dänemark zuständigen Gel-

[1]) Das Konzept fälschlich vom 21. September datiert.

dern eine den Erträgen der ſequeſtrierten herzoglichen Beſitzungen entſprechende Summe zurückbehalten werde. Nachdem ich mir erlaubt hatte, S. Dl. darauf aufmerkſam zu machen, welche Bedenken der Ausführung dieſes Vorſchlages durch die beiden Holſtein okkupierenden Großmächte auf Grund der mit Dänemark geſchloſſenen Traktate entgegenſtehen möchten, erwiderte der Herr Herzog, daß er die Ausführung ſeines Wunſches nicht als ein in Widerſpruch mit der däniſchen Regierung geltend zu machendes Recht erwarte, ſondern nur von der Gnade Sr. Majeſtät eine diplomatiſche Vermittlung in dieſer Beziehung glaube hoffen zu dürfen, wobei S. Dl. an den Fall der erfolgreichen Interzeſſion Preußens für den Grafen Hompeſch in Belgien erinnerte.

Im Übrigen glaube ich wiederholt wahrgenommen zu haben, daß S. Dl. bei Aufſtellung der Bedingungen, unter welchen eine Verzichtleiſtung auf Höchſtihre Näherrechte zur Sukzeſſion in Dänemark und den Herzogtümern zu erwarten ſein kann, ein ganz beſonderes Gewicht legen werde auf die Feſtſtellung der Erbfolge in den gedachten Ländern nach etwaigem Abgange des Mannesſtammes des jetzt vertragsmäßig auf den Thron der däniſchen Geſamtmonarchie zu erhebenden Prinzen.

In bezug auf die Frage von der Ebenbürtigkeit der Herrn Söhne des Herzogs, welche ich laut dem mir erteilten Befehl zur Sprache brachte, ging des Herrn Herzogs Anſicht dahin, daß Ehen von Mitgliedern des hohen Adels mit Frauen des niedern Adels, welcher Kategorie die Frau Herzogin von Auguſtenburg Dl. jedenfalls beizuzählen ſei, nach deutſchem Privatfürſtenrecht kein Hindernis für die Sukzeſſionsberechtigung der in denſelben erzeugten Kinder bildeten. S. Dl. beriefen ſich dabei namentlich auf einen in der Mitte des vorigen Jahrhunderts zur Entſcheidung von Kaiſer und Reich gelangten Fall in der Herzogl. Sachſen-Meiningſchen Familie, bei welchem die Ehe des damals regierenden Herzogs, wenn ich nicht irre, mit der Tochter eines landgräfl. heſſiſchen Hauptmanns Veranlaſſung zur rechtsgültigen Aufſtellung des obigen Grundſatzes durch die deutſchen Reichsbehörden gegeben habe. Außerdem ſei namentlich, wie S. Dl. anführte, der Fall einer ſolchen Ehe bei der H. holſteiniſchen Familie häufig, ja öfter als 20 Mal vorgekommen, ohne daß deshalb den fürſtlichen Deszendenten ſolcher Ehen die volle Sukzeſſionsberechtigung mit Erfolg habe beſtritten werden können. So ſei namentlich die Mutter des Herzogs von Holſtein-Plön eine geborene Gräfin v. Reventlow geweſen und hätten ſich die Agnaten desſelben vergeblich bemüht, die Erbfolge dieſes Fürſten aus dieſem Grunde anzufechten, vielmehr ſei auch in dieſem Falle durch eine kaiſerliche Entſcheidung die vorſtehende Rechtsanſicht Sr. Dl. konfirmiert worden. Nicht minder ſei die Großmutter des Prinzen Chriſtian von Holſtein-Glücksburg eine Gräfin Schlieben,[2]) ſeine Ältermutter eine Gräfin Reventlow, beide dem niedern Adel angehörig, ohne daß dieſer Umſtand einen Einfluß auf die Anſicht über die Sukzeſſionsbefähigung des Prinzen und ſeiner Deszendenz auszuüben ſcheine.

Ich erlaube mir die vorſtehend entwickelten Anſichten Sr. Dl. über den fraglichen Rechtspunkt E. E. gen. Beurteilung zu unterbreiten, indem ich mich meinerſeits Sr. Dl. gegenüber auf die Mitteilung der in dem h. Reſcript vom 19. c. niedergelegten Auffaſſung Sr. Majeſtät des Königs, u. a. gn. H., beſchränken zu müſſen geglaubt habe.

Schließlich ſprachen S. Dl. noch die Hoffnung aus, daß S. M. die Gnade werde haben wollen, die Vermittlung der Verhandlungen zwiſchen dem Herzog und dem däniſchen Gou-

---

[2]) Vorlage: Schlieffen.

vernement ausdrücklich zu übernehmen. Ich darf voraussetzen, daß die zu erwartende schriftliche Erklärung S. Dl. das Nähere über diesen mündlich ausgesprochenen Wunsch enthalten werde.

Sobald mir im Laufe des heutigen Tages oder morgen die von dem Herrn Herzog in Aussicht gestellten Mitteilungen zugehen werden, werde ich nicht verfehlen, E. E. ferneren ehrerbietigen Bericht abzustatten.

36. Privatschreiben an Minister v. Manteuffel.

(Eigenhändig.)

29. September 1851.

E. E. gen. Schreiben vom 25. c.[1]) habe ich gestern Abend durch den Cölner Schirrmeister mit vielem Danke erhalten, und zwar als ich grade bei S. K. H. dem Prinzen von Preußen zur Tafel war. Auf Wunsch des Prinzen, und da er sich beklagte, daß er seit langer Zeit nichts über den Stand unsrer Politik erfahre, theilte ich S. K. H. den Inhalt des Empfangnen ungefähr mit. Der Prinz sprach seine lebhafte Befriedigung darüber aus, daß E. E. der supponirten Krisis von 1852 ohne Besorgniß und ohne Neigung zu gewaltsamen Staatsstreichen entgegensähen, und er sagte, er sei mir doppelt dankbar für die gemachte Mittheilung, weil dieselbe sein Vertrauen zur Regirung belebt und gestärkt habe. E. E. möchte ich g. anheim geben, ob es nicht zweckmäßig sein dürfte, bei Sr. K. H. das Interesse an den Maßregeln der Regirung und das richtige Verständniß derselben durch öftere Mittheilungen lebendig zu halten. Ich fand den Prinzen im Ganzen sehr ruhig und correct in seinen politischen Auffassungen. Das Verfahren Bethmann-Holwegs[2]) mißbilligte er entschieden; er habe sich in einer längern Unterredung Mühe gegeben, Bethmann von seinen Ansichten zurückzubringen, und begreife nicht, wie ein sonst so gescheuter und wohldenkender Mann eine so verkehrte Auffassung habe gewinnen können. Von Goltz sprach S. K. H. mit Bedauern, daß seine Fähigkeiten durch seine Leidenschaften neutralisirt und unnützlich gemacht würden. Die Frau Prinzessin von Preußen, die vorgestern Abend unerwartet mit dem Prinzen eintraf, aber nach einstündigem Aufenthalt auf dem Bahnhofe die Reise nach Weimar fortsetzte, sah sehr wohl und sehr gut aus, wie ich trotz der von J. K. H. mir diesmal zu Theil gewordenen sehr ungnädigen und geringschätzenden Begegnung zu bemerken nicht unterlassen konnte. Seine K. H. dagegen war in hohem Grade gnädig und offen zu mir.

In Bezug auf den Inhalt E. E. geneigten Schreibens selbst (welches ich Ihrem Befehl gemäß verbrannt habe) glaube ich mit E. E., daß die Besorgniß vor 1852 eine übertriebne ist; solange nicht ein überwiegender Theil der französischen Armee meuterisch und socialistisch ist, besteht das Schlimmste, was eintreten kann, in einem einfachen Kriege Frankreichs gegen eine europäische Coalition; aber auch daran glaube ich nicht; ich bin überzeugt, man wird parturiunt montes sagen, wenn die Zeit kommt. Aufstände in Frankreich oder Deutschland o h n e Theilnahme der französischen Armee können nur der Reaction dienen und würden mir mehr erwünscht als furchtbar scheinen. Das sage ich freilich in der Voraussetzung, daß S. Majestät fest bei dem System bleibt, jedes erlaubte

[1]) Wortlaut im Anh. z. G. u. E. II S. 14 ff. Es ist also nicht verbrannt, wie B. im folgenden angibt.

[2]) Gemeint ist Bethmann-Hollwegs damals eben erschienene Schrift gegen die Reaktivierung der preußischen Provinziallandtage.

Mittel im Kampfe gegen die Revolution aller Schattirungen furchtlos zu handhaben; wenn auf irgend einem Gebiete, so ist es auf dem der Politik, daß der Glaube handgreiflich Berge versetzt, daß Muth und Sieg nicht im Causalzusammenhange, sondern identisch sind; wenigstens für einen König von Preußen Gott sei Dank ist es noch so.

Die Bethmann-Goltzische Opposition und Zeitung[3]) wird, wenn sie wirklich ins Leben tritt, ganz anders verlaufen, als die Herrn beabsichtigen; die Möglichkeit einer „conservativ-oppositionellen“ Richtung beruht auf einer Täuschung; eine conservative Opposition kann nur mit und durch den König geführt werden, indem S. M. ins Interesse gegen Ihre eignen Minister gezogen werden, nicht durch öffentliche Blätter, sondern durch persönliche Einwirkung am Hofe; jede andre hat bei uns keinen Boden, oder sie muß radikal werden, und das werden diese Herrn mit ihrer „conservativen“ Opposition sehr bald „schaudernd selbst erleben“; sie werden in den Ton der Cölnischen Zeitung, in den Ton des flachen Liberalismus verfallen, oder an Langerweile, die sie Andern machen, sterben. Selbst das Junkerthum, welches durch seine Verzweigung im Grundbesitz, im Heer, in der Bürokratie sehr viel mächtiger ist, als diese rheinisch-conservativen Opponenten, kann einem entschlossenen Ministerium gegenüber nur dann mit Erfolg opponiren, wenn es die Person des Königs für sich hat; selbst dann, wenn die Junker durch wirkliche Rechtsverletzung und schweren materiellen Schaden zu Einigkeit und Energie aufgestachelt werden. Die Regirungsgewalt ist m. E. in Preußen, sobald nur Krone und Minister einig sind, stärker und fester als in irgend einem Lande der Welt; so lange Sr. M. der Entschluß zum Befehlen nicht abgeht, wird die Neigung zu gehorchen auch da sein, 1852 nicht weniger als heut. Auf die Gefahr hin, von E. E. für einen constitutionellen Renegaten gehalten zu werden, erlaube ich mir dabei zu bemerken, daß ich einen Gewaltschritt zur Beseitigung der Verfassung, einen formellen Bruch derselben, nicht einmal wünschenswerth, geschweige denn nothwendig halte, so wie die Umstände jetzt liegen. Die Verfassung hat durch die Art, wie sie sich in den letzten beiden Jahren ausgebildet und interpretirt hat, aufgehört, das Regiren an sich zu hemmen, und wird mehr und mehr das Gefäß, dem erst die Persönlichkeiten, welche regiren, den Inhalt verleihen. Ich setze dabei als unbestritten voraus, daß der angebliche „Geist“ des constitutionellen Systems keine Verbindlichkeiten für das Gouvernement mit sich bringt, letztres vielmehr nur solche Veränderungen des frühern Rechtszustandes anerkennt, welche, nach stricter Auslegung der Verfassungs-Paragraphen, expressis verbis und zweifellos in letztern ausgesprochen sind.

Auf das heut erhaltene geehrte Rescript[4]) in Preßangelegenheiten habe ich Rudloff beauftragt, einen amtlichen Bericht zu entwerfen; für heut gestatte ich mir nur folgende g. Bemerkung. Es ist unverkennbar, daß persönliche, aus ältern, mir nicht vollständig bekannten Beziehungen herrührende Animositäten die Beziehungen zwischen Rudloff und der Preußischen Zeitung erschweren. Ich habe ersterm heut den gemessenen Befehl ertheilt, der Neuen Preußischen Zeitung keine Nachrichten zu geben, welche die Pr. Zeitung nicht wenigstens Einen Tag früher gehabt hat. Auf der andern Seite scheint mir die Beschwerde des Dr. Rutenberg vom 17. c. nicht frei von Gereiztheit, die nicht nothwendig in der S a c h e ihr Motiv findet. Das hiesige Intelligenzblatt erhält von mir garkeine politischen Mittheilungen, weil Zirndorfer mir nicht discret genug ist; Rudloff giebt ihm, seiner Erklärung nach, nur das, was vorher an die „Reform“ geschrieben ist. Was etwa

[3]) Das Preußische Wochenblatt.
[4]) Erlaß vom 23. September 1851.

sonst darin steht, ist entweder offnes Gerücht, oder Product subalterner Indiscretion bei irgend einer Gesandschaft. Letztre Quelle ist diejenige, aus der die Kasseler Zeitung schöpft, und zwar dem Vernehmen nach bei der östreichischen Kanzlei, sodaß ich Nachrichten, zu deren Veröffentlichung ich mich sonst nicht befugt gehalten haben würde, mitunter deshalb an die Preußische Zeitung habe schreiben lassen, weil sie durch die Kasseler Zeitung schon unrechtmäßiger Weise publicirt waren. Eine offiziöse Zeitung, wie die Preußische, darf aber m. E. nicht zu gut unterrichtet sein, grade weil es für sie leicht ist, alles zu wissen. Das Verfahren der Kasseler Zeitung erregt bei den Gesandten schon hinlängliche Entrüstung, der nur das Ziel fehlt, weil Östreich jede Verbindung in Abrede stellt. Ein gleiches Verfahren dürfte für die Preußische Zeitung unthunlich sein, oder doch die Folge haben, daß die übrigen Regirungen jedes Band lästiger Discretion vollends abstreiften. Der Kreuzzeitung gehn mit meinem Willen nur solche Artikel zu, die sich wegen Unverbürgtheit oder wegen ihrer polemischen Natur für ein gouvernementales Blatt nicht eignen; wenn ihr Rudloff factische Notizen über Bundestägliches früher schickt als der Pr. Zeitung, so würde das meinen ausdrücklichen Anweisungen widersprechen; wegen der Kargheit und Verspätung der Nachrichten aber ist er unschuldig, da er stets früher und weiter den Schleier hat lüften wollen, als es mir recht schien. Will indessen die Reform selbst die Verantwortung für die Sichtung des Materials übernehmen, so habe ich zu diesem Behuf mit der heutigen Sendung von Nachrichten eine Probe gemacht, von der wir die practischen Folgen und die Möglichkeit der Durchführung den andern Bundesgesandten gegenüber als Maßstab für die Zukunft entnehmen können. Ich glaube einstweilen nicht, daß das gehn wird, Dr. Rutenberg wird vielmehr darauf gefaßt bleiben müssen, daß Nachrichten durch Indiscretionen früher ins Publikum gelangen, als es durch Abdruck in einem als ministeriell bekannten Organ statthaft ist.

Mit vielem Dank acceptire ich die monatlich 60 Rthlr. für Preßsubventionen und werde mir erlauben quartaliter über deren Verwendung zu berichten. . . . . Je länger ich mit Zirndorfer verkehre, desto mehr überzeuge ich mich . ., daß er zwar durch seinen Diensteifer und seine große Lokal- und Personalkenntniß sehr nützlich hier am Platz ist, ihm aber jede Befähigung zum persönlich activen höhern Polizeidienst abgeht. In wieweit der Major Deetz seine polizeilichen Erhebungen nutzbar macht, weiß ich nicht, halte seine Berichte auch nicht immer für zuverlässig, indem ich glaube, daß er mehr nach Bedürfniß für irgend einen grade verfolgten Zweck Schatten und Licht aufträgt, als daß er bemüht wäre, sachlich zu bleiben. Auch Rudloff ist kein Polizeimann, und doch wäre hier m. E. für einen solchen eine sehr fruchtbare Station. Ich werde mich deshalb, mit E. E. geneigtest ertheilter Erlaubniß, an das Ministerium des Innern wenden, entweder um Geld, oder noch lieber um einen Beamten, der im Auftrage des Herrn Ministers des Innern sich hier und in der Gegend länger aufhielte.

Den Prinzen von Preußen K. H. habe ich heut früh zum Bahnhof geleitet. Den Herzog von Augustenburg habe ich vor einigen Stunden verfehlt und werde ihn morgen unter Bezugnahme auf die Instruction vom 25.[5]) um Förderung der verheißenen Erklärung mahnen.

---

[5]) In einem Erlaß vom 25. September 1851 wurde B. von dem Wunsche des Königs, die Verzichtleistung des Augustenburgers herbeigeführt zu sehn, Kenntnis gegeben und hinzugefügt: „E. H. werden, indem Sie S. M. hierauf in geeigneter Weise hinweisen, den Herrn Herzog gewiß für die Erwägung zugänglich finden, daß derselbe bei Feststellung seiner Entschädigungsansprüche wohltun wird, sich über die Sachlage keinen Täuschungen hinzugeben."

Die Poststunde hat mich unter vielfachen Störungen durch Besuch wieder ereilt, so daß ich für heut schließen muß, unter Versicherung meiner treusten Anhänglichkeit und mit der Bitte mich Ihrer Frau Gemalin zu Füßen zu legen ....

[Nachschrift.]

Die Bundestagssitzung ist auf morgen verschoben; es wird die Bentinksche und die Angelegenheit der Hanöverschen Ritterschaften vorkommen, und in beiden voraussichtlich auf Einholung der Gegenerklärungen votirt werden.

37. Privatschreiben an Minister v. Manteuffel.

[Eigenhändig.]

1. Oktober 1851.

E. E. erlaube ich mir wegen der Kürze der Zeit, vorbehaltlich eines morgen zu erstattenden amtlichen Berichtes, nachstehendes über eine heutige Unterredung mit Sr. Dl. dem Herzoge von Augustenburg g. mitzutheilen. Ich erwähnte zuerst, daß die K. Regirung tractatenmäßig nicht in der Lage zu sein glaube, an Dänemark das Ansinnen zu stellen, daß ein Theil der Holsteinschen Gelder zur einstweiligen Schadloshaltung des Herrn Herzogs für die Einnahmen der Schleswigschen Güter verwendet werde. Demnächst setzte ich S. Dl. in Kenntniß, daß S. M. der König Allerhöchstsich mit der von Dänemark vorgeschlagenen Combination der Erbfolge in der Hoffnung einverstanden erklärt habe, daß dieses Arrangement von denjenigen Bürgschaften begleitet sein werde, welche diese im Interesse des allgemeinen Friedens getroffne Einrichtung vor den Wirkungen entgegenstehender Berechtigungen sicher stellt, auch dann, wenn letztre zweifelhaft sein sollten. Der Herr Herzog hatte nicht erwartet, daß die Angelegenheit so weit in ihrer Entwicklung vorgerückt sei, obschon ich bereits bei der ersten Unterredung in Wiesbaden die nahe Möglichkeit einer offiziellen Mittheilung definitiver Arrangements als Motiv zur Beschleunigung geltend gemacht hatte. S. Dl. sagten, es sei allerdings für den, der Macht habe, leicht, den Weg der Convenienz unabhängig von dem des Rechtes zu gehn, er habe geglaubt, daß vor offizieller Entscheidung mit den Agnaten, namentlich mit des Großherzogs von Oldenburg K. H. werde verhandelt werden, und wenn man so weit gekommen sei, ohne sich mit Sr. Dl. zu verständigen, so sehe er nicht ein, warum man nicht auch weiter gehn wolle, und halte es für unnöthig, überhaupt mit ihm zu unterhandeln; er sei vielmehr in den Fall gesetzt, trotz des Druckes der jetzigen Lage, abzuwarten, ob sich die Ereignisse in Zukunft günstiger für das Recht gestalten würden. Bei einer frühern Andeutung ähnlicher Art hatte der Herzog auf die Lage der dänischen Regirung gegenüber den Parteien in Dänemark selbst hingewiesen, die vermöge der stets wachsenden Unzufriedenheit der Conservativen schon jetzt schwierig, auf die Dauer aber unhaltbar sei. Später gab S. Dl. einer kältern Betrachtung der Sachlage Raum, und war für die Bemerkung zugänglich, daß außer der nächsten Succession auf den dänischen Thron, welche S. Dl. für Sich weder wünschenswerth noch möglich jederzeit gehalten und mir gegenüber erklärt habe, durch Übertragung der Krone auf den Prinzen Christian nichts präjudicirt sei, was als Bedingung der Verzichtverhandlung des Herrn Herzogs gedacht werden könne, und daß die Lage der Dinge keineswegs in der Art geändert sei, daß dadurch die Gewährung derjenigen Vortheile unmöglich werde, welche der

Herr Herzog bei Erklärung seiner Bereitwilligkeit, auf die Verzichtleistung einzugehn, im Auge gehabt haben könne. Das Resultat der längern und mehrfach in der Auffassung wechselnden Unterredung läßt sich in folgenden Wünschen des Herrn Herzogs zusammenfassen:

1) Daß S. M. der König geruhen möchten, die Vermittlung zwischen der dänischen Krone und Sr. Dl. ausdrücklich zu übernehmen.

2) Daß die K. dänische Regirung vor offizieller Einleitung der Unterhandlung dem Herrn Herzog eine dem Ertrage der sequestrirten Güter gleichkommende Rente gewähre ...

3) Daß die K. dänische Regirung Sr. Dl. nunmehr einen formulirten Vorschlag und Anerbieten der Entschädigung, deren Gewährung beabsichtigt werde, zugehn lasse, auf welches der Herr Herzog dann seine Gegenerklärung abgeben werde.

4) Daß die Regirung Sr. Majestät, u. a. H., mich nunmehr mit einer amtlichen Vollmacht zur Unterhandlung versehn möge, wogegen S. Dl. dann ebenfalls einen Bevollmächtigten ernennen werde, um den Verhandlungen zwischen uns offiziellen Character zu verleihen.

5) Daß, wenn S. M. der König die Positionen ad 1 und 4 nicht zu genehmigen geruhten, die Verhandlungen mit dem Bevollmächtigten Sr. Dl. vielmehr durch Herrn von Bülow oder einen andern Mandatar der K. dänischen Regirung zu führen sein würden, ich wenigstens zur Vermittlung im Namen Sr. Majestät, zwischen den Bevollmächtigten und zur Verhandlung mit Sr. Dl. persönlich, beauftragt und bevollmächtigt werden möchte, indem der Herr Herzog eine durch Preußen nicht vermittelte Unterhandlung mit Dänemark entweder ganz ablehne, oder doch nur mit dem größten Widerstreben und ohne Hoffnung auf Erfolg einleiten werde.

Vorstehende Wünsche Sr. Dl. habe ich versprochen E. E. g. vorzutragen, indem ich gleichzeitig bemerkte, daß eine Realisirung des ad 2 ausgesprochnen außerhalb des Einflusses der K. Regirung liegen und unwahrscheinlich sein würde, und daß ich es bei meinem persönlichen Interesse für eine den Herrn Herzog befriedigende Entwicklung lebhaft bedauern würde, wenn durch die Geltendmachung jener zweiten Bedingung eine neue Verzögerung und dadurch nothwendig eine für S. Dl. ungünstigere Stellung herbeigeführt würde. Besondern Werth wird der Herr Herzog stets auf Feststellung[1]) der Eventual-Succession nach Abgang des Mannesstammes des Prinzen von Glücksburg und auf Ausschluß der weiblichen Erbfolge zu Gunsten des Hauses Holstein legen.

Lord Cowley theilte mir vorgestern eine Note von Lord Palmerston an die englischen Gesandtschaften in Copenhagen und Berlin mit, nach welcher das englische Cabinet der dänischen Regirung auf das Entschiedenste empfiehlt, dem Herrn Herzog schleunig eine „billige" Abfindung zu bieten; unter einer solchen versteht Lord Palmerston nach einer mündlichen Äußerung eine Rente von 10 bis 12 000 Pfund Sterling. Lord Cowley hatte Kenntniß von meinen Verhandlungen mit dem Herrn Herzog.

Verzeihn E. E. die drängende Eile dieses Schreibens, zu der mich der Postschluß nöthigt, ich werde die Fortsetzung morgen einreichen. In ehrerbietigster Ergebenheit ...

---

[1]) Vorlage: Feststung.

38. Privatschreiben an Minister v. Manteuffel.

[Eigenhändig.]

[3. Oktober 1851.]

E. E. wollen geneigtest entschuldigen, daß ich mit meinem offiziellen Bericht[1]) in der dänischen Sache, in welcher ich übrigens meinem Privatschreiben[2]) Erhebliches nicht hinzuzufügen habe, in Rückstand geblieben bin, weil ich in den letzten zwei Tagen unter erschwerenden Umständen und mit dem Intermezzo langer Ausschußsitzungen den Umzug in meine neue Wohnung, Bockenheimer Allé 40, zu bewerkstelligen hatte. Ich wohne von der Stadt so weit, wie das Brandenburger Thor vom Zeughaus entfernt ist, für hiesigen Maßstab allerdings weit, aber ich hatte keine Wahl, und die Kanzlei wird auf dem halben Wege von der Stadt zu mir sein.

Unser Antrag in Bezug auf das Verhältniß der Ostprovinzen ist in der heutigen Sitzung einstimmig angenommen, unter Erklärung der freien Städte, daß die Verzögerung ihrer Zustimmung aus der Erwartung hervorgegangen sei, daß mit ihnen gleich den anderen Staaten direct werde verhandelt werden. *In der Hanöverschen Sache war Geh. R. Klentze heut vor der Sitzung bei mir und sprach mir von dem nahen Zusammenhang der Frage der Ritterschaften mit dem Vertrage vom 7. September. Ich empfahl ihm noch vor der Sitzung, Eisendecher, den jetzigen Stimmführer von Hanover, dahin zu disponiren, daß er sich mit dem Ausschußantrage einverstanden erkläre, wenn die Clausel eingeschaltet würde, daß durch dessen Annahme weder [der] Rechts- noch der Competenzfrage präjudicirt werden solle; das geschah, und wurde die Fassung zwischen Eisendecher, Grf. Thun und mir vor der Sitzung verabredet. Eisendecher stellte das Amendement im Namen Oldenburgs; am weitesten links waren Luxemburg und Brehmer in der Discussion. Nach Eisendechers Angabe wäre die Existenz des Ministeriums in Hanover von dem Votum des Bundes in dieser Sache abhängig; Thun sagte, dann müsse er eigentlich gegen das Amendement stimmen, denn er wünsche nicht das jetzige Hanöversche Ministerium zu halten. Mir ist hanöversches Recht wohlfeiler als preußisches, und im Fall der letzten Noth lasse ich die Ritterschaft um den Vertrag vom 7. September fallen; ich glaube aber noch nicht, daß die Sache so liegt wie Klentze mir heut sagte, wenn auch die Vollziehung des Vertrages durch ein widerwilliges Ministerium vermöge der Kammer sehr erschwert werden könnte.*

Meine Instruction in der Sache der Rastatter Matrikularumlage erhielt ich erst heut Mittag, also zu spät, ich habe aber gleich in der heutigen Sitzung eine gegen Östreich milder als die Instruction gefaßte Erklärung zu Protokoll gegeben; im Prinzip schließt sie sich an die Instruction an, in den speziellen Ausdrücken nicht, man kann die Zügel später straffer ziehn; ich mochte nicht eine Erklärung, die Zwiespalt beider Mächte durchblicken ließ, ohne vorgängige Verabredung abgeben, und hoffe darin auf E. E. Zustimmung.

Delbrück ist hier. Thun's Vorschlag, in Fortsetzung der Dresdner Verhandlungen Baiern bei den Sachverständigen präsidiren zu lassen, habe ich abgelehnt; Östreich will nicht präsidiren, sondern nur als Betheiligter fungiren; ich habe vorgeschlagen, die Herrn unter sich wählen zu lassen.

---

[1]) Von dem Abdruck ist abgesehen worden.

[2]) Vgl. Nr. 37.

Meine Frau erwarte ich am 6. und werde sie nur von Cassel einholen. Verzeihn E. E. die formlose Eile dieses Schreibens, der Bote drängt. In treuer Anhänglichkeit...

[Nachschrift.]

Der Antrag wegen der Central-Polizei erfolgt in der nächsten Sitzung, um erst die Stimmen zu werben. Die Commission nach Beschluß vom 23. Aug. (Oestreich, Preußen, Baiern, Sachsen, Darmstadt) ist nur auf 3 Monat gewählt. Kann ich trotz der Trauer[3]) am 15.[4]) mein dîner geben? Desgleichen das Offizier-Corps das seinige?

39. Bericht vom 4. Oktober 1851 an Minister v. Manteuffel, betr. die hannoversche Verfassungsfrage. — Vgl. Poschinger I Nr. 14.

40. Bericht vom 4. Oktober 1851 an Minister v. Manteuffel, betr. die Umlage zur Anschaffung von Kasernen- und Hospital-Einrichtungen der Bundesfestung Rastatt. — Vgl. Poschinger I Nr. 15.

41. Privatschreiben an Minister v. Manteuffel.

[Eigenhändig.]

5. Oktober 1851.

E. E. erlaube ich mir inmitten der durch die Einrichtung meines Hauses verursachten Verwirrung, die mir augenblicklich nur Ein, vollständig einem Möbelmagazin gleichendes Zimmer läßt, durch den Überbringer dieses, den Sohn des Herrn von Thadden-Trigla, diese Zeilen zu schreiben, hauptsächlich um E. E. geneigte Ansicht über die Möglichkeit für mich, eine Kammerwahl anzunehmen, zu erbitten. So wie der Lauf der Geschäfte bisher ist, habe ich allerdings wenige Aussicht, der Regirung in der Kammer nützlich zu sein; indessen läßt sich, nach einer Rücksprache, die ich mit Graf Thun genommen habe, im Laufe des Winters eine ruhigere Epoche, wenn nicht gar Ferien, absehn, so daß ich alsdann ab und zu auf längre oder kürzere Zeit in Berlin anwesend sein könnte. Die Wahl findet am 13. c. statt, und da die Zeit drängt, so habe ich einstweilen erklärt, ich sei bereit, die Wahl anzunehmen; finden E. E. es unmöglich, so ist es noch immer früh genug, zu widerrufen. Meine Wahlfreunde wünschen sehr, mich zu einer Vorversammlung am 12. dort zu sehn. Ich werde aber theils wegen der Bundesgeschäfte, theils wegen der Vorbereitungen zu den Festlichkeiten am 15. hier nicht fortgehn können. Auch hat es seine Bedenken bei den immerhin unsichern Wahlresultaten, wenn ich die Anstrengung soweit treibe, meinen Posten zu verlassen, über 100 Meilen zu reisen, und dann vielleicht doch nicht reüssire; ich habe mir deshalb vorgenommen, nicht hinzugehn, die meisten werden doch durch Parteiverbindung bestimmt, und nicht durch den persönlichen Eindruck.

In Bezug auf die hiesigen Feierlichkeiten zum 15. habe ich mir erlaubt, heut einen Bericht an E. E. mit der Bitte um eine Beihülfe für die Subaltern-Offiziere abgehn zu lassen. Nach dem frühern Herkommen, der letzten Jahre wenigstens, und nach dem Vorgange der

[3]) Um den Tod des älteren Prinzen Wilhelm.
[4]) Geburtstag Friedrich Wilhelms IV.

Östreicher ist es nicht zu vermeiden. daß diese Festlichkeiten einen Zuschnitt haben, der, obschon die Kosten pro rata der Gehälter der Chargen vertheilt werden, die engen Grenzen der Offizierkassen übersteigt. Die Repartition trägt auf einen Sec.-Lieutenant 25 bis 30 Thlr. aus, eine Summe, die hinreicht, ihn, wenn er nicht Zulage hat, lange an dieses Fest denken zu lassen, und ausschließen kann sich keiner. Die hiesige Garnison ist in dieser Beziehung in einer exceptionellen Lage, sie feiert das Fest im Auslande, an einem Punkte, wo jede Schaustellung des Preußenthums scharf critisirt wird, und mit der herkömmlichen Verpflichtung, die Östreichisch-Bairisch-Frankfurter Cameraden zu bewirthen. Das Kriegsministerium hat im vorigen Jahre 100 Thlr. bewilligt, eine Summe, deren geringer Belauf eher übel als gut auf die Stimmung der damit Bedachten wirkte. Ich möchte behaupten, daß das Offiziercorps hier gewissermaßen einen Act diplomatischer Repräsentation im Auslande zu vollziehn hat, welcher eine Verwendung aus dem Fonds des auswärtigen Ministeriums rechtfertigt und ich würde es außerdem für sehr erwünscht halten, wenn die Dankbarkeit der Offiziere, die einer wirklichen Geldnoth auf diese Weise entzogen würden, sich an den Namen E. E. knüpfte, zumal grade diese Feier eine Gelegenheit ist, auf welche die Augen eines großen Theils auch des Preuß. Offizier-Corps in andern Garnisonen gerichtet sind, indem die Furcht, vor Oestreich auf diesem Schlachtfeld der Rivalität zurückzustehn, die Theilnahme an dem, was hier vorgeht, im weitern militärischen Kreise lebendig hält. Ich glaube bei diesen Umständen, daß die 1000 Thlr., wenn E. E. geneigt sind, sie zu verwenden, hier in mehr als einer Beziehung sehr gut angelegt sein würden.

Was meine eignen Beziehungen zum 15. October anbelangt, so darf ich wohl annehmen, daß die für den Prinzen Wilhelm K. H. befohlne Trauer an diesem Tage cessirt, wenigstens wurde es in dem analogen Falle als Lord Cowley während der englischen Hoftrauer den Geburtstag seiner Königin feierte, so angesehn. Ich gedachte am Morgen des 15. mich mit den Mitgliedern der Gesandschaft in Uniform, soweit sie solche haben, in die Kirche zu begeben, um an unserm Militärgottesdienst Theil zu nehmen, der Parade beizuwohnen, dann zu Hause die voraussichtlichen Glückwünsche zu empfangen und ein Galla-Diner zu geben, zu welchem ich den Bundestag, die bei diesem und der Stadt accreditirten Diplomaten, beide regirende Burgemeister und die Mitglieder unsrer Gesandschaft incl. Krüger und Delbrück einlade. *Mit dem Würtembergischen Bundesgesandten kann ich dabei m. E. keine Ausnahme machen, und habe ich überhaupt den geselligen Verkehr mit ihm aufrechterhalten.*[1])

Mit Herrn von Bülow habe ich wegen der Augustenburger Sache gesprochen, er ist gern bereit, die Verhandlung zu führen, sobald er die Instruction seiner Regirung erhält, wünscht aber auch Preußische Vermittlung, und verspricht sich nach dem, wie er [den] Character des Herrn Herzogs beurtheilt, wenig Nachgiebigkeit und Neigung zum Abschluß auf dessen Seite.

Die handelspolitischen Fachmänner sind nun alle hier bis auf Wendt für die Thüringischen Staaten, und werden morgen ihre Arbeiten beginnen. Ich habe mich mit Delbrück dahin verabredet, daß er, bis auf E. E. fernere Befehle, im „Allgemeinen" sich zu Allem

[1]) Zwischen dem preußischen und dem württembergischen Hofe bestand damals ein Zerwürfnis infolge von Aeußerungen König Wilhelms I. von Württemberg in einer Thronrede, die die Befürchtung einer Mediatisierung durch Preußen enthielten. Friedrich Wilhelm IV. hatte sich dadurch verletzt gefühlt.

bereit erklärt, im „Besondern“ es aber zu keinem Abschluß kommen läßt, d. h. daß er sich auf dem Gebiete jener überaus wohlredenden und zu nichts verbindenden Erklärung bewegt, welche Preußen über die Dresdner Verhandlung abgegeben hat.

Das anliegende Gesuch von Rudloff befürworte ich gern seinem Wunsche gemäß, falls E. E. keine demselben entgegenstehende Bedenken haben. In der Zeit, daß Rudloff hier ist, habe ich mich vielfach überzeugen können, daß er E. E. persönlich dankbar und ergeben ist, und Sie die Bethätigung dessen in jeder Stellung von ihm erwarten können. Was sein ferneres Hierbleiben anbelangt, so wiegt der Umstand, daß er sich in die hiesigen Geschäfte schon eingelebt hat, für mich den Mangel einigermaßen auf, den er im Vergleich mit manchem Andern auf dem Felde der gesellschaftlichen Diplomatie darbietet, zu der er weniger geeignet erscheint. Seine rasche und stets bereite Arbeitskraft macht ihn namentlich bei dringenden Fällen sehr nützlich, und wenn er durch einen Andern hier ersetzt werden sollte, so interessire ich mich lebhaft dafür, daß es ihm nicht schlechter geht, als seine Treue und Brauchbarkeit verdienen, und würde ich es als einen Zuwachs persönlicher Verpflichtung gegen E. E. ansehn, wenn Sie ihm Ihre Geneigtheit bewahren. Die hiesigen Geschäfte sind ungleich in ihrer Quantität, an manchen Tagen ist wenig, an andern hat das ganze jetzige Personal der Gesandschaft vollauf zu thun, so daß mit weniger als 2 Beamten die Geschäfte nicht regelmäßig und mit der nöthigen Gründlichkeit zu bewältigen sein würden. Dabei könnte der erste Beamte aber recht gut die Residentur bei der Stadt mit versehn und den Übelstand aufhören lassen, daß die meist schleunigen Paß- und Handelssachen (Verificationen, Arreste pp.) vorzugsweise in den Händen der hiesigen Subalternen liegen, von denen ich eigentlich nur dem Eckert vollständig traue und ihn gern behalte, wenn er auch ein Mensch von einer hypochondrisch-krankhaften Empfindlichkeit ist. Solche Leute mit überreiztem point d'honneur haben aber sehr ihre guten Seiten.

Mit Graf Thun habe ich vor etwa 14 Tagen eine sehr offne und rückhaltlose persönliche Explikation gehabt, über die Art, wie er mir durch Mangel an Rücksicht und Höflichkeit die Beziehungen zu ihm erschwert und dem Räderwerk unsres Verkehrs das Oel der socialen Formen versagt. Er war für meine Offenheit auf das Vollständigste und über mein Erwarten empfänglich, versprach Abstellung meiner Gravamina, und seitdem geht Alles zwischen uns besser, und er ist, für mich wenigstens, sehr viel rücksichtsvoller. Als Probe von Handschrift und Manier erlaube ich mir ein eben von ihm eingehendes Billet ohne Bedeutung beizulegen . . . [Personalia] Ich werde mir erlauben Ihrem Herrn Bruder darüber zu schreiben. Mit der Bitte mich ihm und besonders Ihrer Frau Gemalin zu empfehlen, in treuster Anhänglichkeit . . .

[Nachschrift auf neuem Blatt.]

Ich habe vergessen, in meinem g. Schreiben von heut zu erwähnen, daß Graf Thun mir vorgestern sagte, nach der Rückkehr des Kaisers aus Italien werde unverzüglich der Tarif publicirt werden. Er theilte dasselbe auch im Handelsausschuß mit einiger Geflissentlichkeit den übrigen Herrn mit, weshalb ich eher eine Demonstration als eine sichre Nachricht in dieser Äußerung vermuthe. Daß sie irgend ein Paroli gegen den Vertrag vom 7. September im Schilde führen, glaube ich fast, weil sie in letzter Zeit in der Presse über den Vertrag schweigen. Von meinen Collegen vermeidet Jeder, namentlich aber nun[2]), dieß Thema mit mir zu berühren, und sucht auszuweichen, wenn ich es thue.

[2]) Poschinger setzt, wohl mit Recht, „Thun“. Es steht „nun“ da.

42. Privatschreiben an Minister v. Manteuffel.

[Eigenhändig.]

9. Oktober 1851.

E. E. beehre ich mich durch den Geh. Rath Delbrück, der heut Abend nach Berlin zu reisen beabsichtigt, diese Zeilen g. zu übersenden. Aus dem gestrigen Bericht dieses Herrn werden E. E. geneigtest ersehn haben, wie in der ersten Sitzung der Sachverständigen das Streben Östreichs ziemlich unverhüllt hervortrat, die Aufgabe der Commissarien zu erweitern, in ein ganz andres Gebiet zu drängen, als das ist, für welches sie hergesandt sind, und weniger den Character eines Rathgebers, als den bevollmächtigter Unterhändler bei ihnen hervortreten zu lassen. Das Bestreben Östreichs, die deutsche Handelsgesetzgebung aus dem Zollverein in den Bundestag zu verlegen, ist ebenso natürlich, als das entgegengesetzte Preußens, seine Stellung im Zollverein nicht mit Östreich zu theilen, namentlich da der einzige Zuwachs, welchen der Verein bei dieser Gelegenheit noch zu erwarten hätte, nach dem Vertrage vom 7. September eben nur in unserm Nebenbuhler um die Hegemonie im Vereine besteht. Ich glaube und hoffe, daß es Delbrück an Gewandheit nicht fehlen wird, den von der andern Seite stets wiederkehrenden Versuchen die Spitze abzubrechen, ohne seinen Ablehnungen eine Fassung zu geben, die zur Verdächtigung Preußens benutzt werden könnte. Aber ich kann mich der Überzeugung nicht verschließen, daß Östreich seine ganze Energie und Beharrlichkeit für die nächste Zeit auf die angedeutete Handelspolitik concentriren [wird], und wir schließlich der Nothwendigkeit trockner Weigerung nicht ausweichen können werden.

E. E. sage ich meinen g. Dank für das durch meine Frau erhaltene gütige Schreiben.[1]) Die Anlage[2]) ist unzweifelhaft in einem unpassend väterlichen Ton geschrieben, aber ich theile ganz E. E. Ansicht, daß im diplomatischen Verkehr scharfe Worte, die kein andres Ziel haben, als dem Gegner eine unangenehme Empfindung zu verursachen, nur nachtheilig für die Interessen desjenigen wirken, der sich ihrer bedient, auch wenn er nach den Regeln von Privatverhältnissen sich dazu berechtigt fühlen sollte. Wir befinden uns in der glücklichen Lage, keiner Kraftentwicklung, welche die Gränzen des formellen Rechtes durchbräche, zu bedürfen, und haben deshalb nicht nöthig, den etwaigen politischen Vortheilen zu entsagen, welche uns in der öffentlichen Meinung bei einem Vergleich unsrer Zustände mit den östreichischen zufallen. Ob an andre Staaten in ähnlichem Sinne geschrieben worden ist, habe ich in Bezug auf die größern Staaten bisher nicht herausbringen können; bei den kleinern, von Hessen abwärts, scheint es nicht der Fall gewesen zu sein.

Geh. Rath Klenze scheint hier etwas den Allarmisten in Bezug auf die hanöversche angebliche Ministerkrise zu machen. Er geht soweit, die Möglichkeit des Grafen Adolph Platen in Wien als Minister in Aussicht zu stellen. Platen ist ein leidenschaftlicher Gegner Preußens, aber, wie ich ihn auf Grund längrer persönlicher Bekanntschaft beurtheile, wird er sich hüten, die bequeme Stellung eines Frondeurs und Kritikers an dem ihm politisch befreundeten Wiener Hofe mit der dornenvollen eines Objectes der Kritik, d. h. eines unter eigner Verantwortung handelnd auf der Bühne stehenden Ministers zu vertauschen. So entschiedne Abneigung ich dagegen habe, im eignen Vaterlande das Recht der Politik zu opfern, so habe ich doch preußischen Egoismus genug,

[1]) Vom 4. Oktober 1851. Abgedruckt im Anh. z. d. Ged. u. E. II S. 17 ff.
[2]) Gemeint ist ein Erlaß des Fürsten Schwarzenberg. Vgl. dazu das Schreiben Manteuffels.

um in Bezug auf hanöversches Recht nicht in demselben Grade gewissenhaft zu sein, und würde, wenn E. E. meine Ansicht forderten, unmaßgeblich rathen, in Hanover nur ein solches Ministerium zu stützen, welches sich unsrer Politik im Sinne des Vertrages vom 7. September anzuschließen bereit wäre, möchte seine politische Farbe sein, welche sie wolle. Unser eignes Haus ist fest genug, so daß wir in Hanover eher ein liberales als ein östreichisches Ministerium dulden und halten können.

In der Kurhessischen Sache wollen E. E. Sich geneigtest erinnern, was ich bei einer frühern Gelegenheit über ein durch Herrn von Trott angebrachtes Gesuch wegen Übernahme einer Anleihe-Garantie geschrieben habe.[3]) Nach seinen damaligen Äußerungen ist anzunehmen, daß die Kurfürstlichen Kassen sich in diesem Augenblick schon außer Stande finden werden, ihren Verpflichtungen vollständig zu genügen. Der Minister Uhden wird E. E. vorgetragen haben, in welchem Stadium sich diese Angelegenheit befindet, und wie die Hessische Regirung demnächst durch provisorische Einführung eines vorzulegenden Verfassungs-Entwurfs zu bewilligenden Kammern und zu Geldmitteln zu gelangen denkt. Ich bringe diese Angelegenheit nur zur Sprache, um mich des Einverständnisses E. E. darüber zu versichern, daß es angemessen sein dürfte, diese Gelegenheit[4]) zu benutzen, um bei der Regirung in Kassel das Bewußtsein lebendig zu erhalten, daß sie des Preußischen Wohlwollens ebenso sehr bedarf, als des Östreichischen. Das Bedürfniß unsrer Mitwirkung zu einer Beschleunigung der Verfassungs-Einführung würde dazu einen Anhalt geben. Einer der gewichtigsten Gründe dafür, daß die meisten unsrer deutschen Verbündeten für östreichische Einflüsse empfänglicher sind als für Preußische, ist m. E. der, daß man Östreich als nachtragend und rachsüchtig fürchtet, uns aber für gutmüthiger hält. Allerdings treten auch andre Gründe hinzu, Mißtrauen gegen unionistische Mediatisirungspläne, und die Hoffnung der Höfe, durch Östreich absoluter gestellt zu werden als durch uns.

In dem auf Grund des Beschlusses vom 23. August gewählten Ausschusse ist mir das Referat über die Hamburger Sache übertragen; in dem Reclamationsausschusse ist es von Herrn von Münch auf Dr. Linde durch Vermittlung des Grafen Thun übergegangen. Nach erfolgter Verständigung mit Linde habe ich Hoffnung, diese Angelegenheit schon in der nächsten Sitzung zum Vortrag und hoffentlich zur Beschlußnahme eines Inhibitoriums zu bringen. Das übelste Element in diesem Ausschusse ist Baiern, welches durch eine unglückliche Courtoisie von Graf Thun und mir hineingekommen ist, indem wir beide, um Herrn von Xylander in andern Fragen zu gewinnen, ihm unsre Stimmen gaben, dabei aber glaubten, er werde doch nicht gewählt werden. Nun hatten aber Baiern, Darmstadt und Mecklenburg jedes 9 Stimmen, und durch einen voreiligen Verzicht des Herrn von Oertzen kam es dahin, daß dieser Stellvertreter, die beiden andern aber Mitglieder wurden. Xylander ist jeder directen und kräftigen Einwirkung des Bundes auf die Regirungen entgegen.

Den Antrag wegen der Centralpolizei hat Graf Thun auf meinen Wunsch bis zur nächsten Sitzung verschoben, um vorher die Stimmung mehrer Gesandten noch dafür zu gewinnen; auch hier ist starke Opposition von Baiern zu erwarten, aber ich glaube doch, daß der Antrag durchgeht. Wenn dieses Institut ins Leben getreten ist, so bietet es vielleicht eine Brücke, die Frankfurter Polizei in die Hand zu nehmen, und den Übelständen ein Ende zu machen, die aus der hiesigen Polizeilosigkeit hervorgehn. Denn solange hier

[3]) Vgl oben S. 44.
[4]) Poschinger liest irrig: Angelegenheit.

die Sorge für die Sicherheit und Aufsicht einem auf Ein Jahr gewählten Bürgermeister und einem feigen und unerfahrnen, ebenfalls nur auf Zeit (3 Jahr) ernannten Polizei-Senator und dessen[5]) Nepoten überlassen bleibt, ist auf Besserung nicht zu rechnen, zumal wenn die Competenz der Polizeibehörde einer so großen Stadt und eines so verkehrsreichen Centralpunktes unmittelbar vor dem Thor aufhört, und weitre Einwirkung nur durch ein sehr unvollkommnes und weitläuftiges Requisitionswesen zu üben ist. Dabei ist die hiesige Gensdarmerie ein Corps, dessen Mitglieder mehr der Kategorie kleinstädtischer Gemeindediener und Nachtwächter, als der von polizeilichen Executivbeamten, zum Theil aber sogar der entschiedenen Demokratie angehören.

Von den Gesandten sind mehre abwesend; der Syndicus Banks ist so leidend und contract, daß er in seinen Wagen getragen werden mußte, um nach Italien zu reisen. Herr von Schele hat gestern geschrieben, daß seine Rückkehr sich verzögern werde und er den Tag noch nicht angeben könne.

Ich habe ziemlich sichre Indicien, daß mit Graf Thun's Einverständniß die Herkunft des Admirals Brommy, und somit der Zusammentritt der drei Marine-Sachverständigen, unter dem Vorwande von unabweislichen Dienstgeschäften verzögert werden soll, bis Herr von Schele zurückkehrt; ich habe auf eine neue kategorische Berufung von Brommy mit Erfolg gedrungen; Thun nahm zwar auch den Ton der Entrüstung über Brommy's Ausbleiben an, aber am Tage vorher hatte er mir den Wunsch ausgedrückt, den neuen östreichischen Vorschlag über die Gestaltung der Marine noch so zeitig im Einverständniß mit Preußen vorzubringen, daß er den Berathungen der drei Sachverständigen noch zu Grunde gelegt werden könne, und daß es sehr zu beklagen sei, wenn Schele nicht vor dieser Zeit zurückkehrte. Ich sagte ihm, daß ich mich über diesen neuen Vorschlag noch nicht erklären könne, sondern Instruction abwarte; derselbe ist, wie E. E. ebenfalls anerkennen, in Bezug auf die zukünftigen Gestaltungen verfrüht, in Bezug auf die Abwickelung der gegenwärtigen Flottensache unbillig.

Herr von Dungern, der Nassauische Gesandte, ist seit längrer Zeit in Östreich, um dort mehre junge Verwandte als Cadetten in der Armee unterzubringen. Herr von Münch war vor kurzem in Belgien, wo er seine Söhne in einer Erziehungsanstalt placirt hat. Daß dieser Letztre Katholik ist, habe ich erst kürzlich erfahren, und dadurch eine neue Aufklärung über seine politische Richtung gewonnen; auf welchem staatsmännischen Standpunkte er steht, wollen E. E. daraus geneigtest entnehmen, daß er in einer Privatunterhaltung erklärte, er würde es auf das Tiefste beklagen, wenn man die noch immer auf dem Bundespalais stehende schwarzrothgoldne Fahne herabnehmen wollte, indem man d a d u r c h der Demokratie das Gebiet nationaler Sympathien abtreten würde, während man sie von dem nationalen Element, welches in diesen drei Farben seinen Ausdruck finde, abschneide, indem man dem Bund diese Farben erhalte. Alle Bundesacten[6]) werden noch immer schwarzrothgolden geheftet und der Geschütz- u. s. w. Anstrich in den Festungen des Bundes ist ebenso.

Als ich dem Grafen Thun gestern mittheilte, daß Preußen die Dresdner Umlage zahlen werde, umarmte er mich vor Freude. Er hatte eben eine telegraphische Depesche erhalten, durch welche er zur Zahlung der östreichischen Rate angewiesen wurde. Wenn wir in Dresden wirklich zugesagt haben, so müssen wir Ehrenhalber zahlen; die Erklärung

[5]) Text: des.
[6]) Poschinger hat irrig: Bundesnoten.

der Bereitwilligkeit zur Zahlung der zweiten Rate aber darf ich wohl noch einigermaßen ausbeuten, wie dies die Instruction auch vorschreibt, und dachte ich damit eine Verwahrung der Art, wie Legationsrath Wentzel sie E. E. überbrachte, in Verbindung zu bringen.

Von Dr. Quehl habe ich ein Privatschreiben erhalten, dessen Beantwortung ich bisher noch habe aussetzen müssen. Er bespricht darin, in einer Art, deren gute Absicht ich nicht verkenne, und anknüpfend an eine beiläufige mündliche Äußerung von mir, die Unzulänglichkeit der von mir bezogenen Einrichtungsgelder im Vergleich mit dem wirklichen Bedürfniß; so richtig diese Andeutung ist, so wünschte ich doch weniger wie irgend jemand an E. E. große Güte gegen mich Anforderungen zu knüpfen, die das gegebne Maß übersteigen, und wenn ich auch noch keine Erfahrung in den Exigenzen eines Hausstandes, wie mein jetziger ist, habe, so glaube ich doch den Anforderungen der Repräsentation, einschließlich der Einrichtung, mit den mir angewiesenen Mitteln genügen zu können, gewiß wenigstens dann, wenn E. E. geneigt sind, wie Wentzel mir zu glauben Grund gab, für die hiesige Stelle die volle frühere Ausstattung, einschließlich der Miethsentschädigung zu gewähren; dann denke ich ohne weitre Beihülfe allen vernünftigen Anforderungen in würdiger Weise zu genügen; erlauben die Verhältnisse das nicht, so werde ich mich nach der Decke strecken.

Meine Frau, die glücklich hier eingetroffen ist, trägt mir auf, Ihrer Frau Gemalin ihre gehorsamste Empfehlung zu machen und ihren herzlichen Dank für die sehr gütige Aufnahme auszusprechen, die Ihre Frau Gemalin ihr in Berlin hat zu Theil werden lassen; meine eigne unterthänige Empfehlung haben E. E. wohl die Güte auszurichten.

Seit ich Frau und Kinder hier habe, sehe ich Frankfurt mit viel mehr Behagen an, soweit mich die vielen Handwerker, die ich im Hause habe, dazu kommen lassen. Mit der treusten Anhänglichkeit . . .

43. Bericht an Minister v. Manteuffel.

[Ausfertigung.]

12. Oktober 1851.

E. E. ermangele ich nicht den Empfang des h. Reskripts vom 29. v. M.[1]) nebst der anliegenden Note von und an den Grafen Bille-Brahe[2]) vom 27./29. September, sowie den Eingang des h. Erlasses vom 6. d. M.[3]) mit der angeschlossenen Note des Grafen Bille-Brahe vom 26. v. M und dem Erwiderungsschreiben vom 30. September bezüglich der dänischen Sukzessionsangelegenheit g. g. anzuzeigen. Infolge dieser Instruktionen habe ich seitdem zwei Unterredungen mit Sr. Dl. dem Herzog von Augustenburg gehabt.

Zur Zeit der ersteren war ich noch nicht, wie seitdem geschehen ist, in spezielle Kommunikation mit Herrn von Bülow getreten. S. Dl. teilten mir damals zwar nicht be-

---

[1]) Darin sprach sich Manteuffel für Bismarcks Ansicht aus, Herrn von Bülow als Hauptunterhändler zu benutzen, und war damit einverstanden, daß es nicht zulässig erscheine, dem Herzog während der Verhandlungen einen Teil der aus dem Herzogtum Holstein der Krone Dänemark zuständigen Gelder zuzuwenden.

[2]) Der dänische Kammerherr Graf Bille-Brahe hielt sich seit einiger Zeit in außerordentlicher Mission in Berlin auf.

[3]) Manteuffel betonte hier, es könne in der Angelegenheit des Herzogs von Augustenburg „nur von einer preußischen Verwendung, nicht von einer förmlichen Mediation" die Rede sein, auch seien die Schleswigschen Güter des Herzogs nicht auf Grund der Renunziationen von 1786, sondern infolge der Vorgänge der letzten Jahre sequestriert worden.

stimmt artikulierte Forderungen mit, indessen konnte ich im Verlaufe der Unterredung mir doch die nachstehenden Wünsche als solche, die in der damaligen Auffassung des Herrn Herzogs lagen, verdeutlichen. An der Spitze derselben stand diejenige, daß S. M. der König, u. a. gn. H., die Mediation zwischen der Krone Dänemark und dem Herrn Herzog übernehmen wolle. Dieser Punkt ist seitdem durch E. E. geehrten Erlaß vom 6. c. ablehnend entschieden worden, welchen Umstand ich in der zweiten gestern Abend stattgehabten Unterredung zur Kenntnis Sr. Dl. gebracht habe. Ebenso bin ich gestern bemüht gewesen, S. Dl. darüber zu verständigen, daß die K. Regierung sich nicht in der Lage befinde, ihre Interzession dafür eintreten zu lassen, daß vor weiterer Fortführung der Verhandlungen eine dem Ertrage der Herzoglichen Besitzungen entsprechende Rente aus dänischen Staatsmitteln für S. Dl. ausgesetzt werde: ich habe vielmehr geglaubt meine persönliche Ansicht dahin aussprechen zu sollen, daß es mir nicht wahrscheinlich sei, daß sich von der dänischen Regierung ein provisorisches Arrangement der angedeuteten Art unter Aufschiebung eines definitiven Abkommens würde erreichen lassen.

Ein dritter, m. E. in der Billigkeit begründeter Wunsch des Herrn Herzogs war der, daß, nachdem Höchstderselbe seine Bereitwilligkeit, auf eine Verhandlung behufs der Abfindung des Herzoglichen Hauses einzugehen, im allgemeinen ausgesprochen habe, S. Dl. nunmehr erwarten dürfe, daß von dänischer Seite bestimmte Vorschläge in bezug auf die Aquivalente, welche man für die Verzichtleistung des Herrn Herzogs zu gewähren gedenke, gemacht werden würden. Diesem Verlangen ist inzwischen insoweit entsprochen worden, daß mir der K. dänische Gesandte Herr von Bülow am 10. c. mitgeteilt hat, er sei nunmehr von Seiner Ah. Regierung beauftragt, sich mit mir in bezug auf die Verhandlungen mit dem Herrn Herzog zu verständigen. Gleichzeitig eröffnete er mir, daß die dänische Regierung geneigt sei, dem Herrn Herzog unter der Bedingung, daß Höchstderselbe seinen Aufenthalt außerhalb der dänischen Monarchie nehme und seine innerhalb der letzteren belegenen Güter an die dänische Krone abtrete, eine jährliche Rente von 70—80 000 Rthlr. zu bewilligen und die Zahlung derselben durch Bürgschaft oder auf einem andern geeigneten Wege sicherzustellen. Herr von Bülow autorisierte mich zwar, dieses Anerbieten Sr. Dl. mitzuteilen, jedoch solle diese Mitteilung nur eine mündliche und vertrauliche sein, ohne direkte Angabe ihrer Quelle. Ich habe dementsprechend in meiner gestrigen Unterredung diesen Vorschlag zur Kenntnis des Herrn Herzogs gebracht. Höchstderselbe erwiderte mir darauf, daß in diesem Anerbieten nur eine Verwirklichung der früher von Sr. Dl. ausgesprochenen Befürchtung liege, daß die dänische Regierung ihn mit seinen eigenen Gütern oder[4]) deren Wert für seine Ansprüche an die Erbfolge werde abfinden wollen. Der Ertrag der Gravensteinschen Güter und derjenigen auf der Insel Alsen, welchen mir Herr von Bülow auf 40—50 000 Rthlr. nach Abzug der Lasten angegeben hatte, habe sich in den letzten Jahren auf mehr als 80 000 Rthlr. schweres Geld und nach Abzug der Lasten doch auf 80 000 Rthlr. Preußisch belaufen. Die niedrigeren[5]) von dänischer Seite gemachten Angaben gründeten sich auf ältere, zum Teil vor hundert Jahren erhobene Taxen, die bei den seit dieser Zeit eingetretenen Veränderungen der landwirtschaftlichen Verhältnisse dem gegenwärtigen Werte in keiner Weise entsprächen. Abgesehen von diesen Umständen könne S. Dl. eine derartige vertrauliche und mündliche Eröffnung als ein Anerbieten der dänischen Regierung, wie er es glaube erwarten zu können,

[4]) Poschinger hat irrig: und.
[5]) Poschinger hat irrig: niedrigen.

nicht betrachten. S. Dl. würde nicht ermangeln, auf Vorschläge der dänischen Regierung, insoweit solche den Umständen nicht*) zu entsprechen schienen, Gegenvorschläge zu formusieren, Sie müßten indessen erwarten, daß die ersteren Ihnen schriftlich vorgelegt würden, und bis dieses geschehe, könne der Herr Herzog derartige Mitteilungen nicht als Schritte, welche die Verhandlungen förderten, betrachten und einen Beweis, daß es der dänischen Regierung mit Gewährung einer Entschädigung Ernst sei, in ihnen nicht finden. Im ferneren Verlaufe des Gesprächs über diesen Gegenstand äußerte der Herr Herzog, daß es zwar natürlich scheine, wenn die dänische Regierung, solange S. Dl. nicht vertragsmäßig auf ihre, dem mit S. Dl. dem Prinzen von Glücksburg beabsichtigten Arrangement entgegenstehenden Erbansprüche verzichtet hätten, Bedenken trage, seine in Schleswig belegenen Güter in natura zu restituieren, daß indessen, nachdem der Herr Herzog vertragsmäßig und öffentlich die neue Erbordnung anerkannt und auf seine Ansprüche in bindender Weise werde verzichtet haben, jene Bedenken fortfallen müßten, und die dänische Regierung alsdann keinen Grund haben werde, mit der Anwesenheit des Herrn Herzogs in den dänischen Staaten Besorgnisse für die Ruhe derselben zu verknüpfen. So gewichtig auch die hier in Frage stehenden materiellen Interessen seien, so stelle S. Dl. doch diejenigen Ihrer fürstlichen Ehre höher, und müßten Höchstdieselben befürchten, daß solche unter den von der dänischen Regierung vorgeschlagenen Modalitäten in den Augen der Welt nicht überall in dem Grade, wie S. Dl. dieses wünschen müßten, gewahrt erscheinen würden.

Wenn ich mir erlauben darf, aus Form und Inhalt dieser Unterredung einen Schluß auf die Intentionen Sr. Dl., soweit solche nicht ausdrücklich ausgesprochen wurden, zu ziehen, so hat sich bei mir die Ansicht befestigt, daß der Herr Herzog in Würdigung der jetzigen politischen Lage der Dinge ernstlich entschlossen ist, die schwebenden Verhandlungen zu einem Resultate zu führen, und möchte ich vermuten, daß die als Aquivalent einer Verzichtleistung von seiten des Herrn Herzogs den dänischen Anerbietungen gegenüber zu stellenden Bedingungen im wesentlichen darauf hinausgehen würden, den Wiederbesitz der Herzoglichen Güter und neben einer in Renten oder Domänen zu konzipierenden Entschädigung, wenn möglich eine günstige Feststellung über die Eventual-Sukzession nach Abgang des Mannsstammes des Prinzen Christian von Glücksburg zu erlangen. Es liegt außerhalb des Bereichs meiner Beurteilung, ob und inwieweit sich eine den vorstehenden Grundzügen annähernde Übereinkunft mit der dänischen Regierung werde erreichen lassen. Die Bemerkung aber glaube ich nicht unterdrücken zu sollen, daß von dänischer Seite in bezug auf die Form der Unterhandlung manches wird geschehen können, um der Hoffnung auf eine günstige Lösung näherzutreten, auch abgesehen von dem materiellen Inhalte der zu erwartenden Zugeständnisse. Was ich durch Herrn von Bülow und sonst äußerlich über die formelle Auffassung des Verhältnisses der dänischen Regierung zum Herrn Herzoge auf seiten der ersteren gehört habe, läßt mich befürchten, daß die Führung der Verhandlungen auf seiten der K. dänischen Regierung nicht ganz frei von einer aus den Ereignissen der Vergangenheit herstammenden Gereiztheit in der Form und den Worten sein werde. Ich darf E. E. h. Einverständnis voraussetzen, wenn ich annehme, daß es in hohem Grade wünschenswert ist, von der Behandlung dieser in der Sache hinreichend schwierigen Frage jedes Hindernis fernzuhalten, welches durch verletzende Formen geschaffen werden könnte, die keinen anderen Zweck hätten als den, zum Ausdruck einer

*) „nicht“ fehlt bei Poschinger.

Stimmung zu dienen, deren Motive einer nicht mehr zu ändernden Vergangenheit angehören. Ich stelle daher E. E. g. anheim, Ihre geneigte Verwendung bei der K. dänischen Regierung dahin eintreten zu lassen, daß in den Verhandlungen mit dem Herrn Herzoge jede mit dem Interesse der Krone Dänemark verträgliche Rücksicht gewährt werde und bei Feststellung der Form des Verkehrs mit Sr. Dl. lediglich die gegenwärtige objektive Sachlage zur Norm genommen werde, ohne den Empfindungen, welche sich auf beiden Seiten an die nicht mehr zu ändernden Tatsachen der Vergangenheit knüpfen, in der Art Raum zu geben, daß die Form der Verhandlung eine Färbung annehme, welche es dem Herrn Herzog ohne Vorteil für die Sache erschweren würde, die gewünschten Entschließungen zu fassen. In meiner Unterredung mit Herrn von Bülow hat es mir namentlich scheinen wollen, als ob bei der K. dänischen Regierung eine Abneigung vorhanden sei, irgendwie offiziell anzuerkennen, daß man überhaupt mit dem Herrn Herzoge verhandele, und vermute ich, daß aus dieser Rücksicht Schwierigkeiten wegen schriftlicher Abgabe eines Anerbietens, wie dieses der Herr Herzog gestern verlangte, werden gemacht werden. Ich habe kaum nötig, darauf aufmerksam zu machen, daß die Befürchtungen des Herrn Herzogs, die Verhandlungen seien nicht ernstlich gemeint und Anerbietungen seinerseits würden Resultate nicht herbeiführen, im verstärkten Maße hervortreten werden, wenn die dänische Regierung in der Tat gesonnen sein sollte, sich amtlichen Verhandlungen, mögen dieselben nun direkt oder durch das Medium preußischer Verwendung geführt werden, auf die Dauer zu versagen.

Ich knüpfe hieran die Erwähnung eines ferneren, von Sr. Dl. früher bereits ausgesprochenen und gestern wiederholten Wunsches, daß es der K. dänischen Regierung gefallen möge, Herrn von Bülow eine beglaubigte und vorzuzeigende Vollmacht zur Unterhandlung mit dem Herrn Herzog oder mit dessen hierzu bestellten Vertreter zu erteilen. Die Verständigung beider Teile durch mich in Ausführung der nach dem hohen Reskripte vom 6. d. M. beabsichtigten hohen Verwendung der K. Regierung würde dann zur Erleichterung des Verkehrs und zur Vermeidung nicht sachlicher Streitigkeiten förderlich sein. Nur auf diesem Wege läßt sich m. E. ein gedeihliches Resultat erreichen oder mit der wünschenswerten Beschleunigung die Überzeugung erlangen, daß die Unterhandlungen für jetzt erfolglos bleiben würden.

Ich bin bemüht gewesen, im Anschluß an die Note des Grafen Bille vom 26. v. M. und an E. E. darauf ergangene Antwort vom 30. v. M. Sr. Dl. die jetzige Sachlage mit derjenigen Klarheit darzulegen, welche notwendig war, um S. Dl. in den Stand zu setzen, das Gebiet der Möglichkeiten, welche unter den jetzigen politischen Umständen für eine Verwirklichung der Wünsche Sr. Dl. übrig bleiben, vollständig zu übersehen. Ich habe dabei dem Herrn Herzog ziemlich vollständigen Aufschluß über die Stellung der K. Regierung sowie über die des K. russischen, des K. dänischen Hofes und des auswärtigen Amtes J. M. der Königin von England geben können, indem mir Lord Cowley vertrauliche Mitteilungen von mehreren Noten gemacht hatte, welche Viscount Palmerston nach Berlin und Kopenhagen gerichtet hat. Dagegen fand ich mich außerstande, die Fragen des Herrn Herzogs über die Stellung, welche das K. österreichische Kabinett und die französische Regierung zur dänischen Frage einnehmen, sowie darüber, ob Verhandlungen mit Sr. K. H. dem Herzoge von Oldenburg eingeleitet seien, zu beantworten.

Ich habe noch nicht Gelegenheit finden können, den Inhalt meiner gestern spät am Abend stattgehabten Unterredung und namentlich das Verlangen Sr. Dl. nach einer

schriftlichen Mitteilung der Anerbietungen der K. dänischen Regierung mit Herrn von Bülow zu besprechen, werde aber nicht verfehlen, sobald dieses geschehen ist, E. E. ferneren Bericht zu erstatten.

44. Privatschreiben an Minister v. Manteuffel.

[Eigenhändig.]

12. Oktober 1851.

E. E. beehre ich mich in der Anlage[1]) einen Bericht über die Verhandlung mit dem Herrn Herzog von Augustenburg g. zu überreichen. Ich erlaube mir im Anschluß an denselben auf zwei Punkte E. E. geneigte Aufmerksamkeit besonders zu lenken. Der erste ist die Nothwendigkeit, daß den Verhandlungen von dänischer Seite ein mehr offizieller Character gegeben werde, indem sonst der Herzog meiner Überzeugung nach zu weiterm Entgegenkommen nicht zu bringen sein wird. Das gegenseitige Mißtrauen beider Theile ist zu groß, um auf dem Wege *vertraulicher* Besprechung mehr als die erste Einleitung erreichen zu können. Der zweite Punkt ist, daß die dänische Regirung, wenn es möglich ist, dahin gebracht werde, eine Bitterkeit, über deren Berechtigung ich nicht zu urtheilen habe, aus diesen Unterhandlungen fort zu halten.[2])

Die Auffassung in Kopenhagen, wenn E. E. mir gestatten wollen, mich in diesem Privatschreiben rückhaltlos auszusprechen, scheint etwa die zu sein, daß man einem „Rebellen" nicht die „Ehre" anthun könne, mit ihm zu unterhandeln, und der Herzog ist in diesem Punkt vermöge seiner äußerlichen Lage natürlich leicht verletzt, leichter, als wenn er im Glück wäre. Mag die dänische Regirung über diesen Fürsten *denken*, wie sie will, wenn sie mit ihm verhandeln[3]) und von ihm etwas erreichen will, so muß das Geschäft sine ira et studio, mit derjenigen Höflichkeit geführt werden, auf die der Herzog nach seiner socialen Stellung Anspruch hat. Vielleicht finden E. E. es zweckdienlich, durch vertrauliche Einwirkungen die formelle Haltung der dänischen Regierung dem Herzog gegenüber zu mildern.

Der Überbringer dieser Zeilen ist Herr Sarg, der Besitzer des ersten Gesthofs hier, des russischen Hofes. Derselbe hat die Absicht, sein Hôtel, welches er wegen unglücklicher Familienverhältnisse verkaufen will, der K. Regirung anzubieten, und erfreut sich dabei der Fürsprache des Prinzen von Preußen K. H., der bei ihm zu wohnen pflegt. Ich habe ihm gesagt, daß es für die Gesandschaft allerdings erfreulich sein würde, ein Preußisches Hôtel hier zu haben, daß mir indessen von der Absicht der K. Regirung, ein solches zu acquiriren, für jetzt nichts bekannt wäre. Die Vorzüge, welche der Besitz eines eignen Hauses für die Vertretung Preußens hier am Ort gewähren würde, sind der Natur, daß ich nicht nöthig habe, sie besonders zu entwickeln, und wie die bisherigen jährlichen Kosten für die Unterbringung der Gesandschaft sich zu den Zinsen des zum Ankauf nöthigen Capitals stellen, kann ich nicht sagen, da mir der Preis, den Herr Sarg stellen würde, nicht bekannt ist. Sollten aber bei E. E. jetzt oder später die Gründe, auf einen solchen Kauf einzugehn, vorwiegen, so ist das Gebäude des Russischen Hofes vermöge seiner Lage auf der Zeil und des Palais-artigen Characters seiner innern und äußern Bauart aller-

[1]) S. den vorhergehenden Bericht
[2]) Bei P. steht irrig: lassen.
[3]) Bei P. steht irrig: verhandelt.

dings ganz besonders geeignet. Ich enthalte mich jedes Antrags in dieser Beziehung, da es E. E. Güte mißbrauchen hieße, wollte ich versuchen, Privatwünschen in einer derartigen Angelegenheit Eingang zu verschaffen. Ich erwähne der Sache nur deshalb in meinem Schreiben, weil Herr Sarg ein sehr wohlgesinnter Mann ist, der für unsere Höchsten Herrschaften und für alles, was Preußisch ist, stets ein mehr als gastwirthliches Interesse bethätigt hat.

E. E. sage ich meinen g. Dank für das gütige Privatschreiben vom 6. c.,[1]) welches mich über das Schicksal des Vertrages vom 7. September sehr beruhigt hat. Mit meiner Frau empfehle ich mich Ihrer Frau Gemalin zu geneigtem Andenken; meine Frau ist im höchsten Grade dankbar für die Güte, mit der sich Ihre Frau Gemahlin ihrer erinnert. Meine häusliche Einrichtung ist im Fortschritt, aber noch fern vom Abschluß. In treuster Anhänglichkeit . . . .

45. Bericht vom 18. Oktober 1851 an Minister v. Manteuffel, betr. die beabsichtigte Überführung des Kur-Erzkanzlerischen Archivs nach Wien. — Vgl. Poschinger, Neue Berichte S. 8.

46. Bericht an Minister v. Manteuffel.

[Ausfertigung.]

20. Oktober 1851.

E. E. beehre ich mich anliegend einen ausführlichen Bericht über das hiesige Polizei-Wesen und zwei Anzeigen über die hier bestehenden politischen Vereine, welche mir vertraulich communiziert sind, zu überreichen. Die Notizen über die politischen Vereine und deren Mitglieder sind mit dem Inhalte des ehrerbietigen Berichtes übereinstimmend, welchen mein Herr Amtsvorgänger unter dem 6. August d. J. erstattete. E. E. höherem Ermessen stelle ich ehrerbietigst anheim, auch von diesen Berichten dem Kaiserlichen Kabinette in Wien hochgen. Kenntnis geben zu wollen, da Graf Thun sich von der Notwendigkeit, energische Maßregeln zu ergreifen, noch immer nicht recht überzeugen will, eine erneuerte Weisung von Wien auf Grund der mitgeteilten Angaben aber dahin führen könnte, eine Übereinstimmung mit meiner E. E. mehrfach ausgesprochenen Ansicht zu bewirken, daß eine längere Nachsicht gegen das Frankfurter demokratische Treiben neben den weiteren verderblichen Folgen auch notwendig dem Bundestage schaden muß, weil er am eigenen Sitze nicht das gebührende Ansehen sich zu verschaffen weiß.

47. Telegramm an Minister v. Manteuffel.

[Konzept.]

20. Oktober 1851.

Ich hoffe, daß Graf Thun mit Rücksicht auf den Anfall auf den Schöffen v. Heyden[1]) in Verbindung mit anderen Vorfällen und den hiesigen Zuständen nunmehr mit der Erklärung des Belagerungszustandes einverstanden sein wird. E. E. bitte ich um schleunige Anweisung, ob ich in diesem Falle beistimmen darf?

[1]) Abgedruckt Anh. z. G. u. E. II S. 21 ff.

[1]) Auf den Schöffen von Heyden war am 19. Oktober im Frankfurter Walde ein Attentat verübt worden, wie es scheint, von einem Menschen, der mit einer von dem Schöffen verfügten Beschränkung des Jagdrechts nicht einverstanden war. Heyden wurde an der Hand und am Schenkel leicht verwundet.

48. Bericht an Minister v. Manteuffel.

[Ausfertigung.]

24. Oktober 1851.

E. E. beehre ich mich in Verfolg meines Berichtes vom 11. d. M. g. g. anzuzeigen, daß der wegen der von Preußen und Östreich beantragten Errichtung einer Zentral-Bundespolizeibehörde niedergesetzte Ausschuß bereits zusammengetreten und der kf. hessische Gesandte Freiherr v. Trott zum Referenten ernannt ist.

Es läßt sich schon jetzt voraussehen, daß der Antrag eine nicht unbedeutende Opposition in der Bundesversammlung hervorrufen, und daß sich wohl nur eine schwache Majorität für denselben finden wird. Vor allem ist die K. bayerische Regierung entschieden gegen den Antrag gestimmt; sie glaubt darin einerseits einen Eingriff in die Selbständigkeit der einzelnen Staaten zu erblicken, andrerseits fürchtet sie, die Maßregel werde in der öffentlichen Meinung als eine verfehlte erscheinen und wünscht sich durch die Sympathien der liberalen Partei zu kräftigen, indem sie dem beabsichtigten Institute entgegentritt. Der General v. Xylander, welcher sich überdies dadurch verletzt fühlt, daß er nicht in den fraglichen Ausschuß gewählt worden ist, ist mit Eifer gegen unsern Antrag tätig und sammelt um sich diejenigen, welche demselben entgegen sind. Hierzu gehören Herr v. Eisendecher und Dr. Brehmer aus Hinneigung zum Liberalismus, aber auch Herr v. Marschall und Freiherr von Münch aus Furcht vor der öffentlichen Meinung.

Bei der persönlichen Verstimmung des Generals v. Xylander ist wenig Hoffnung, von hier aus auf denselben zu wirken. Ob E. E. indessen vielleicht für gut finden möchten, bei der K. bayerischen Regierung unmittelbar Schritte tun zu lassen, um dieselbe unserem Antrage geneigter zu machen und ev. zu bestimmen, ihren Gesandten mit andern Verhaltungsmaßregeln zu versehen, beehre ich mich Hochdero Ermessen g. g. anheimzugeben, indem ich nur die Bitte hinzuzufügen mir erlaube, mich von dem etwa Veranlaßten hochgen. in Kenntnis setzen zu wollen.

49. Bericht vom 25. Oktober 1851 an Minister v. Manteuffel, betr. die handelspolitische Frage. — Vgl. Poschinger I Nr. 18.

50. Bericht an Minister v. Manteuffel.

[Ausfertigung.]

1. November 1851.

In der gestern stattgehabten Bundestagssitzung habe ich diejenige Erklärung vorgelesen, welche E. E. in g. g. angeschlossener Abschrift ehrerbietigst zu überreichen ich mich beehre.[1])

Dem Grafen Thun hatte ich diese Erklärung früher vertraulich mitgeteilt, und er hatte versucht, mich zu ihrer Unterdrückung und dem Entschluß zu bewegen, die Einzahlung pure zu leisten. Nach der Verlesung in der Sitzung erklärte er zunächst seine

[1]) In der Erklärung bekundete Bismarck, seine Regierung sei entschlossen, ihren Anteil an der infolge der Dresdener Verabredungen unter dem 1. Februar 1851 für den Bedarf der Bundes-Zentralverwaltung ausgeschriebenen Umlage von 910 000 fl. zu zahlen, ebenso den auf Preußen fallenden Betrag zu der am 8. Juli 1851 ausgeschriebenen ferneren Umlage von 532 000 fl., unter der Bedingung, daß diese Zahlung die letzte sei, welche Preußen für die Unterhaltung der Nordseeflottille zu machen habe. Dabei

Verlegenheit, da er nicht wisse, wie er sich diesem Votum gegenüber zu verhalten habe, welches Rechtsdeduktionen enthielte, deren Aufnahme in das Protokoll nicht geeignet schiene, weshalb er vorschlüge, diese Mitteilung mehr als eine vertrauliche zu betrachten. Demnächst nahm Herr von Schele das Wort und erörterte, diese preußische Erklärung zerfalle in drei Teile: 1) Beschleunigung der Angelegenheit; 2) die in Dresden zugesagte Einzahlung — mit diesen beiden Punkten sei er einverstanden. Allein bei dem dritten Punkte, Berichtigung der Umlage vom 8. Juli d. J., stelle Preußen Bedingungen, von denen es nicht berechtigt sei, seine Leistungen abhängig zu machen. Namentlich verlange Preußen eine dahingehende Entscheidung, daß die Flotte als Bundeseigentum nicht anzusehen, ehe es seiner Verpflichtung aus der Matrikularumlage vom 8. Juli d. J. genügen wolle. Ein solches Verlangen stehe geradezu im Widerspruch mit dem Bundesbeschlusse vom 6. September d. J., nach dessen Inhalt und namentlich nach dessen Motiven diese Frage ausdrücklich ausgesetzt bleiben solle. Er müsse sich daher gegen die Annahme einer jeden unter solchem Präjudiz geleisteten Zahlung verwahren.

Ich setzte der Auffassung beider Herrn entgegen, daß ich mich rücksichtlich der Verbindlichkeit Preußen[s] aus der Umlage vom 8. Juli d. J. lediglich auf die Erklärung beziehen müsse, welche mein Herr Amtsvorgänger am 30. Juli d. J. abgegeben habe. Ich bestritt wiederholt die Berechtigung der Majorität, für andere Zwecke als organische Bundeseinrichtungen den Bundesmitgliedern Verpflichtungen zu Zahlungen aufzulegen. Ich äußerte, auf eine Divergenz der Ansichten bezüglich der deutschen Flotte nicht eingehen zu wollen mit dem Zusatze, daß die preußische Erklärung hierzu auch keine Veranlassung darböte. Sie enthalte die Rechtsauffassung meiner Ah. Regierung, und sei es den anderen Regierungen ja unbenommen, auch ihre etwa entgegenstehende Rechtsansicht geltend zu machen.

Ich glaubte darauf bestehen zu müssen, daß die Erklärung in der Form der Anlage in das Protokoll aufgenommen werde, weil im Falle der Nachgiebigkeit ein Fallenlassen des vom Generalleutnant von Rochow am 30. Juli d. J. eingelegten Protestes gegen die Gültigkeit des Beschlusses vom 8. Juli gefolgert werden könne. Ich legte einen besonderen Wert darauf, der Auffassung und Stellung der K. Regierung zu dieser Frage einen offiziellen Ausdruck zu geben, als ich mich aus dem Schreiben des Fürsten Schwarzenberg, welches E. E. unter dem 20. v. M. mir gewogentlichst mitteilten, wie aus der Haltung meiner Kollegen in dieser Frage und namentlich der Gesandten derjenigen Staaten, welche zu der aus preußischen Mitteln vorzugsweise geschaffenen Flotte die erste Zahlung noch nicht geleistet haben, im ganzen Laufe der Verhandlungen habe überzeugen können, wie wenig Anerkennung und Berücksichtigung die Opfer finden, welche Preußen auf diesem Felde bereits gebracht und noch bringen könnte, und wie wenig eine Nachgiebigkeit von unserer Seite ein gleich entsprechendes Entgegenkommen in diesen oder in anderen Fragen erwarten läßt.

Diese Auffassung habe ich zwar nicht ausdrücklich in der Versammlung geltend gemacht, vielmehr bin ich mit Erfolg bemüht gewesen, Prinzipienstreitigkeiten zu vermeiden. Sie ist mir aber maßgebend geblieben, wenn ich bei meinem Verlangen, die Erklärung in

---

setze Preußen voraus, daß die Bundesversammlung beschließe, daß die Flotte ferner nicht als Eigentum des Bundes beizubehalten sei, mithin entweder von den Staaten, welche eine Nordseeflottille bilden wollten, gegen Erstattung des Taxwertes übernommen oder aufgelöst werde, und daß dieser Beschluß so zeitig erfolge, daß er jedenfalls noch vor Ablauf des Jahres 1851 und zwar dergestalt in Ausführung gebracht werde, daß es keiner ferneren Einzahlung zur Unterhaltung jener Flotte bedürfe.

der anliegenden Fassung in das Protokoll aufgenommen zu sehen, passiv verharrte, auch nachdem Graf Thun in Aussicht stellte, er werde eine Gegenerklärung ähnlich der vom 30. Juli seinerseits eingeben und zu diesem Ende sich auch das Protokoll offen halten.

E. E. beehre ich mich den Tenor der von mir abgegebenen Erklärung um deswillen schon heute zu überreichen, damit, falls E. E. mit der Fassung nicht einverstanden sein sollten, vor Unterschrift des Protokolls die Zeit bleibt, solche Änderungen, welche E. E. auf telegraphischem Wege oder in umgehender geneigter Bescheidung etwa anbefehlen wollten, nachträglich im Protokolle zu berücksichtigen. Ich erlaube mir indessen die Beibehaltung mindestens desjenigen Grades von Entschiedenheit, wie er sich in der jetzigen Fassung findet, um so dringender g. zu befürworten, als mir die Äußerungen des Herrn von Schele in Bezug auf die Nichtbeibehaltung der Flotte als Bundeseigentum, die Stellung des Grafen Thun zu dieser Auffassung des Herrn von Schele und namentlich die gesamte jetzige Lage der Flottensache in der Kommission der Sachverständigen die Überzeugung geben, daß es keineswegs in der Absicht, vielleicht nicht einmal in der Möglichkeit liegt, in dem kurzen bis zum Jahresschluß bleibenden Zeitraume die Angelegenheit bis zu dem Punkte zu entwickeln, daß fernere Opfer von Preußen für die Nordseeflotte nicht gefordert werden würden, nachdem die Einzahlung der letzten Rate erfolgt wäre. Ich befürchte vielmehr, daß ein ferneres Eingehen Preußens auf die gegenteiligen Wünsche ohne irgendeinen Vorteil für die K. Regierung nur dahin führen wird, das Wertverhältnis zu den Kosten derselben nachteiliger zu stellen, die Aussicht auf eine Entschädigung für die von uns gebrachten Opfer zu vermindern, und ein wesentlich auf preußische Kosten geschaffenes Institut noch länger unter dem vorwiegenden Einflusse derjenigen Staaten zu belassen, welche bisher noch gar keine Anstrengungen zur Herstellung desselben gemacht haben. Obschon ich die Geltendmachung der preußischen Interessen, wie sie in dem hohen Reskripte vom 20. v. M. vorgeschrieben war, auch in vertraulichen Besprechungen mit dem Grafen Thun und dem Herrn von Schele stets nur in schonender und versöhnlicher Weise bewirkt habe, so kann ich mich doch des Eindrucks nicht erwehren, daß die Zumutungen, welche der K. Regierung auf diesem Gebiete von ihren Verbündeten teils gemacht werden, teils in Aussicht stehen, die Grenzen billigen und bundesfreundlichen Ansinnens überschreiten.

Ohne E. E. höherem Ermessen vorgreifen zu wollen, erlaube ich mir daher die g. Bitte zu wiederholen, mich zu autorisieren, auf dem in der anliegenden Erklärung betretenen Wege mindestens zu verharren, so lange von unseren Verbündeten nicht auf diesem oder einem anderen Felde eine den uns angesonnenen Opfern äquivalente Nachgiebigkeit für diesseitige Wünsche in sichere Aussicht gestellt wird.

*51. Bericht an Minister v. Manteuffel.

[Ausfertigung.]

2. November 1851.

E. E. beehre ich mich mit Bezugnahme auf den h. Erlaß vom 14. September d. J. g. g. anzuzeigen, daß der Freiherr v. Marschall in der Bundestagssitzung vom 31. v. M. namens des Ausschusses, welcher zur Erstattung eines Gutachtens über die Veröffentlichung der Bundestagsverhandlungen in der Sitzung vom 21. Juni c. beschlossen[1]) worden ist, Bericht über diese Angelegenheit erstattet hat.

[1]) So.

Die hieneben g. g. beigefügten Anträge des Ausschusses, welche nachträglich nur wenige unwesentliche Abänderungen erlitten haben, nehmen die Bekanntmachung der Bundestagsverhandlungen als Regel an. Im übrigen gehen dieselben darauf hinaus, daß die zur Veröffentlichung geeigneten Verhandlungen ihrem wesentlichen Inhalte nach sofort publiziert werden, und daß die Bekanntmachung der Sitzungsprotokolle nach Ausscheidung der*) geheim zu haltenden längstens nach einem Jahre erfolge. Zu diesem Zweck soll ein aus fünf Mitgliedern bestehender Ausschuß niedergesetzt werden. Mit Rücksicht auf die mir von E. E. erteilte Instruktion erklärte ich mich entschieden gegen jede regelmäßige fortlaufende Veröffentlichung der Bundesverhandlungen, war indessen mit meiner diesfälligen Ansicht, soweit man sich überhaupt ausgesprochen hat, allein in der Minorität. Meinem Vorschlage, die Ausschußanträge zur Instruktionseinholung zu stellen, wurde von dem Dr. Smidt entgegengehalten, daß nach dem Bundesbeschlusse vom 7. April 1848 die Veröffentlichung der Bundestagsverhandlungen als Regel feststehe, daß es sich mithin nur um Ausführung bestehender Bundesbeschlüsse handle, in diesem Falle aber nach der Geschäftsordnung die Abstimmung der Diskussion zu folgen habe. Nur soviel konnte ich erreichen, daß die Abstimmung bis zur nächsten Sitzung verschoben wurde.

Zur Unterstützung der fraglichen Anträge wurde von meinen Kollegen besonders hervorgehoben, daß durch eine Veröffentlichung der Bundesverhandlungen nicht nur Verdächtigungen und unwahren Darstellungen vorgebeugt, sondern auch ein günstigeres Urteil über die Tätigkeit des Bundes und die Motive seiner Beschlüsse, als das bisherige hervorgerufen würde. Ich bin zwar sowohl in der Bundesversammlung als auch schon vorher bei Unterredungen mit einzelnen Gesandten bemüht gewesen, das Unhaltbare dieser Gründe und insbesondere darzulegen, wie die Veröffentlichung doch immer nur eine lückenhafte sein und dasjenige Publikum nicht befriedigen werde, welches hauptsächlich die Publikation der Bundestagsverhandlungen verlange, und wie gerade die notwendig entstehenden und erkennbaren Lücken den Verdächtigungen und Angriffen einen viel wirksameren Spielraum geben würden, als dies früher der Fall gewesen. Allein ich sehe voraus, daß ich mit dem Widerspruch gegen die fraglichen Anträge jedenfalls in der Minorität bleiben werde.

Dessenungeachtet glaube ich bei E. E. befürworten zu können, mich hochgen. ermächtigen zu wollen, bei der Abstimmung über die Ausschußanträge auch für den Fall gegen dieselben zu votieren, daß sich keiner der übrigen Gesandten mir anschließen sollte.

Es läßt sich wohl fast mit Bestimmtheit voraussehen, daß die Veröffentlichung der Bundestagsverhandlungen, wie sie beantragt wird, sich bald als nicht ausführbar herausstellen werde und daß vielleicht schon in wenigen Monaten die jetzigen Verfechter der qu. Ansichten hinreichend Erfahrungen gesammelt haben dürften, um ihre jetzigen Ansichten selbst für irrig zu erkennen. Sollte ich bis zur Abstimmung in der nächsten, bis jetzt noch nicht anberaumten Sitzung nicht anderweite Instruktion erhalten, so setze ich voraus, daß E. E. damit einverstanden sind, daß ich lediglich nach der mir unterm 14. September c. erteilten meine Stimme abgebe.

52. Bericht vom 5. November 1851 an Minister v. Manteuffel, betr. die handelspolitische Frage. — Vgl. Poschinger I Nr. 20.

*) Vorlage: des. Korrigiert nach dem Konzept.

53 Bericht vom 5. November 1851 an Minister v. Manteuffel, betr. die langsame Beförderung telegraphischer Depeschen. — Vgl. Poschinger, Neue Berichte S. 12.

54. Privatschreiben an Minister v. Manteuffel.

[Eigenhändig.]

5. November 1851.

*E. E. erlaube ich mir anliegend einige polizeiliche Rapporte g. zu überreichen, indem ich Folgendes über dieselben bemerke. Einen Bericht, der mit einer Notiz über Jenner von Jennenberg beginnt und den ich in der letzten Sendung die Ehre hatte E. E. zu überreichen, hatte ich theilweis dem Grafen Thun mitgetheilt, der von den meisten Notizen durch Graf Szechenyi Abschrift nehmen ließ und dieselben, als Resultat östreichischer Erhebungen, dem General von Schmerling übermachte, der wiederum dem Major Deetz Kenntniß davon gab. Dieser stellte in Randglossen eine scharfe Kritik des angeblich östreichischen Rapportes auf und theilte mir vor der Rückgabe an Schmerling Bericht und Kritik mit. Von letztrer habe ich den unter der rothen Nr. 1 g. beigefügten Auszug nehmen lassen. Zirndorfer, dem ich die Deetzischen Angriffe auf sein Product, unter dem Vorgeben, daß sie aus östreichischer Feder kämen, vorlas, hat darauf zum Schutz seiner Glaubwürdigkeit die sub Nr. II anliegende Apologie eingereicht. Damit in Berlin die mittlere Proportionale des Wahrscheinlichen aus beiden widersprechenden Auffassungen gezogen werden könne, gestatte ich mir die Controverse g. vorzulegen. Daß Zirndorfer übertreibt, ist bei seinem ängstlichen Character und seiner Beschäftigung als Agent natürlich; so fundirt, wie Deetz annimmt, sind aber die Auffassungen nicht.

Den unter Va bis e anliegenden Bericht über die letzte Sitzung des Gutenberg-Bundes überreiche ich der Probe halber im Concept des Unteragenten. Sobald ich über Ort und Zeit des abzuhaltenden Congresses Näheres erfahre, werde ich zu berichten nicht verfehlen.

Bei einer neulichen Schlägerei zwischen Preußischen Soldaten und Bockenheimer Civilisten stellte sich die Parteinahme einer Anzahl Kurhessischer beurlaubter Soldaten für die letztern heraus, unter bösartig demokratischen Äußerungen, überhaupt herrscht unter den kurhessischen Battaillonen, die aus dem Hanauischen und Fuldaischen recrutiren, ein ganz schlechter Geist, wie das der unterwühlte Zustand dieser Landestheile mit sich bringt. Der Amtsassessor Wist in Bockenheim, der von wohlgesinnten Bürgern um obrigkeitliche Dazwischenkunft angegangen wurde, ist ruhig rauchend im Fenster liegen geblieben, mit der Antwort „suchen Sie Sich nur Polizei," anstatt solche zu befehligen. Die Preußen sind in der Minderzahl gewesen und haben den Kürzern gezogen.

An den Herrn Unterstaatssecretär[1]) hatte ich das Gesuch um polizeilichen Beistand durch Geldmittel und durch wenigstens Einen practisch brauchbaren Polizisten gerichtet. In der erstern Beziehung habe ich noch keinen Bescheid, in der letztern hat mir der Polizeirath Schulz auf Veranlassung des Polizei-Präsidenten einen Lieutenant a. D. Schmidt empfohlen, vor 1848 Beamter in Königsberg, wegen Demokratie schon damals entlassen, dann Schleswig-Holsteiner, jetzt hiesiger Demokrat. Ich werde sehn, ob ich ihn brauchen kann.

Der Dr. Runkel, welcher früher hier war, hat mir geschrieben, daß E. E. geneigt wären, seine Wiederanstellung hier, unter den frühern Modalitäten, von meinen Wünschen abhängig zu machen. Ich habe mich über diese Frage schon in Beantwortung eines von

[1]) Le Coq.

Dr. Quehl an mich gerichteten Schreibens dahin geäußert, daß ich allerdings im Laufe meines hiesigen Aufenthaltes die Vorzüge eines gewerbsmäßigen Zeitungsschreibers schätzen gelernt habe, daß es mir aber theuer vorkommt, für eine einzige, nicht sehr bedeutende Feder monatlich 60 Rthlr. auszugeben, zumal wenn bei dem jetzt sehr niedrigen Temperaturgrad der öffentlichen Meinung die Bearbeitung der letztern durch die Presse weniger lohnend und weniger anhaltend erforderlich ist, als es bisher der Fall war. Ich habe nicht regelmäßig Zeit, um auf die Thätigkeit in der Presse so im Detail controllirend und treibend einzuwirken, wie erstres bei Zirndorfer, letztres bei Rudloff nothwendig ist, und die von hier ausgegangnen Leistungen auf diesem Gebiet sind in meinen eignen Augen ungenügend. Den Grund dieser Erscheinung suche ich darin, daß Rudloff, was ich früher nach seinen Antecedenzien nicht geglaubt habe, für die Preßangelegenheiten kein Talent, auch keine Vorliebe hat. Er nimmt mit Begierde jede Aufgabe aus dem engern dienstlichen Gebiet an, und erledigt sie schnell und nicht ohne Geschick; ihm fehlt aber die Initiative, und für die Stellung, die ich ihm zu den Preßangelegenheiten zu geben wünschte, wäre eine selbständige Triebkraft in der Art nothwendig, daß ich nur die Controlle seiner fortlaufenden Productionen zu üben, nicht aber selbst anzuregen oder gar im Detail auszuarbeiten und zu dictiren hätte. Es wäre mir auch aus diesem Grunde lieb, wenn E. E. ihn bei Besetzung einer der vacanten Stellen im Ministerium geneigtest berücksichtigen wollten: Sie würden an ihm einen Ihnen persönlich sehr ergebnen Beamten haben, in dieser Beziehung glaube ich für ihn gut sagen zu können, denn er hat in Wort und That gegen mich und andre stets die dankbarste Anhänglichkeit an E. E. zu erkennen gegeben, und seine Brauchbarkeit als schneller und stark anzustrengender Expedient wird E. E. aus eigner Erfahrung bekannt sein. Wenn eine derartige Verwendung Rudloffs den Absichten E. E. entspräche, so würde ich dann g. anheimstellen, statt seiner jemand herzuschicken, der das gesellschaftliche Feld der Diplomatie anzubauen geeignet wäre, außerdem aber einen Literaten, sei es Runkel oder ein geschickterer, der auf die mir von E. E. zur Disposition gestellte monatliche Subvention angewiesen, dann aber auch gleichzeitig als Expedient zu andern Arbeiten gelegentlich herangezogen würde. Möglicherweise, wenn es zur Kostenersparniß nothwendig sein sollte, könnte den Anforderungen in gesellschaftlicher Beziehung durch noch einen attaché genügt werden, wenn ich auch 2 attaché's an Arbeitskraft Einem Legationssecretär nicht gleichachte, da es in der ersten Dienstzeit eines jungen Herrn für den Missionschef leichter ist, die Arbeiten selbst zu machen, als sie durch den Attaché machen zu lassen. Der Graf Theodor Stolberg, von der garde-du-corps, hat mir den Wunsch ausgesprochen, hier attachirt zu werden, war aber der Einwilligung seines Vaters noch nicht versichert; ich habe ihm gerathen, sich mit seinem Gesuch an E. E. zu wenden; er ist eine gesellschaftlich sehr präsentable Persönlichkeit.*

Die hiesigen Wintervergnügungen haben sich in dieser Woche mit zwei kleinen Bällen bei A. Rothschild und bei Graf Thun eröffnet. Die Gräfin Rossi ist in allen Salons zu treffen; sie hat sich embellirt, seit sie Berlin verlassen hat, der kupfrige Teint ist ziemlich geschwunden. Sie spielte, namentlich in der Nachtwandlerin und der Tochter des Regiments, mit einer Hingebung an die Rolle und einem Aufwande leidenschaftlicher Mimik, welche beweisen, daß sie sich auf der Bühne und unter dem fanatischen Beifall, der ihr wurde, mehr zu Hause fühlt als in der gräflichen Wirklichkeit, und welche für mich das Peinliche des Contrastes zwischen ihrer socialen Stellung in Berlin und ihrem Anblick auf der hiesigen sehr schlechten Bühne, in den durch das Stück bedingten körperlichen Beziehungen zu miserabeln Mitspielern, beträchtlich er-

höhten. Graf Rossi ist derselbe wie in Berlin, und kommt das, was seine Frau jetzt verdient, in seine Hände, so geht es meiner Überzeugung nach denselben Weg, wie das frühere Vermögen; er spielt den grand seigneur und hohe Partien, raucht unbezahlbare Cigarren, und jede niederdrückende Empfindung über seine und seiner Frau Stellung scheint ihm fern zu liegen. Als er ankam, hat er unsern Freund Zirndorfer besucht und zu Tisch eingeladen; dieser würdige Recensent und Mouchard erzählt mir, daß er jederzeit Zutritt bei der Gräfin habe, den Grafen Thun antichambriren lasse, wenn er bei ihr sei, und über beliebige Billets disponire. Madame Sonntag, wie sie hier genannt wird, empfängt nach 3 Uhr die haute volée von Frankfurt und erregt die Unzufriedenheit der Kellner im Hôtel de Russie dadurch, daß sie erst um halbzwei mit kaltem Champagner zu Nacht speist.

Der gestrige kleine Ball bei Graf Thun vereinigte die Spitzen der hiesigen Gesellschaft, und ich hatte das Vergnügen mit den Frauen der meisten Fournisseurs meines Haushaltes in Einer Quadrille zu tanzen und über die Zuvorkommenheit dieser Damen meine bittern Gefühle über die hohen Rechnungen und schlechten Waaren ihrer Gatten zu vergessen. Mein vis-à-vis im Contretanz war die Frau des Herrn, der die Güte hat, mich mit Cigarren zu versehn, und der Mann meiner Nachbarin hatte meiner Frau vorgestern Gardinenzeug zugemessen. Dabei war dies eine kleine exclusive Gesellschaft, deren Mitglieder die petites entrées bei der Gräfin Thun haben. Die Toiletten würden in Berlin alles ecrasiren durch ihren Glanz, der durch reichen Diamantschmuck gehoben wird. Die Manieren der Damen sind äußerlich elegant, sie sprechen zum Theil gut und mit Ostentation französisch, waren in Paris, lassen ihre Männer zu Hause oder ignoriren sie, um sich ganz der Diplomatie anzuschließen; die Unterhaltungen sind nach unsern Gewohnheiten nicht frei von Leichtfertigkeit, der Anzug in einer Weise decolletirt, daß meine Frau stets in sittlicher Entrüstung, um mit Stiehl zu reden, heimkehrt. Bemerkenswerth ist die das übliche Maß hinter sich lassende, vollständig inhaltlose Flachheit der Conversation; gegenseitiges Überbieten in Prunk und Anregung der Sinnlichkeit sind die einzigen Bindemittel dieser Geselligkeit, die für mich keinen andern Gesichtspunkt bietet, als den der Erfüllung der Pflichten meiner Stellung.

Über den Stand der handelspolitischen Frage habe ich die Ehre E. E. einen Bericht[2]) gleichzeitig zu überreichen, und füge demselben nur hinzu, daß Graf Thun die weitre Entwicklung der Sache sehr eilig betreibt; heut haben wir Ausschußsitzung gehabt, lediglich zu dem Zweck den Antrag an die Bundesversammlung zu formuliren, und morgen sollte schon, ebenfalls nur zum Behuf der Entgegennahme dieses Antrags, Sitzung sein, die aber aus andern Gründen auf Freitag verschoben wurde. Für den Antrag, wie Geh. R. Delbrück ihn E. E. mittheilen wird, glaube ich stimmen zu können, wenn ich nicht bis Freitag um 1 Uhr telegraphisch anderweit instruirt werde.

Über den Herzog von Augustenburg werde ich morgen berichten; er beabsichtigt eine Abfindung in Renten, wie er sagt, wegen der Unsicherheit, abzulehnen; er muß vor Kurzem irgend eine Veranlassung zur Steigerung seiner Erwartungen erhalten haben.

Am Sonnabend habe ich meine Frau nach Coblentz gebracht und Kleist wohlauf und guten Muthes gefunden; er will in nächster Woche eine 14tägige Rundreise durch die Provinz machen. Obschon ich nur die Nacht dort blieb, befahl J. K. H. die Frau Prinzessin von Preußen doch, mich zu sehn, und empfing mich zwischen 8 und 9 Uhr Morgens, wie mir schien, um den Eindruck des sehr ungnädigen Empfanges von mir zu nehmen, der

[2]) Vgl. Nr. 52.

mir zu Theil wurde, als J. K. H. das letzte Mal mit dem Prinzen durch Frankfurt nach Weimar ging.[3]) Die Frau Prinzessin reist in diesen Tagen zu einer Nachkur auf 3 Wochen nach Baden und schien mir mehr, als bei der damaligen Anwesenheit hier, körperlich angegriffen zu sein.*

Herr von Radowitz führt eine lebhafte Correspondenz mit einem Professor Molitor hier; dieselbe geht von hier aus unter Couvert an einen Geheim-Secretär Sander in Berlin, und kamen die Antworten früher, wie ich höre, an den Hauptmann Bergmann, der nunmehr von hier versetzt ist.

Einige Besorgniß oder doch Unbehaglichkeit verursacht mir der Gedanke an die Kammerzeit und die dann eintretende Doppelexistenz für mich. Eine Vertretung hier am Ort durch einen förmlich ernannten interimistischen Substituten halte ich kaum thunlich; der Wechsel in Behandlung von Sachen und Personen würde seine Nachtheile haben, und dann kann man dem Bundestage gegenüber kaum vertreten, daß man factisch die Stellung eines Abgeordneten der zweiten Kammer für gewichtiger hält als die eines Preußischen Bundestagsgesandten. Eine gelegentliche und wiederholte Reise nach Berlin läßt sich eher rechtfertigen; meine Hoffnung für die Kammerzeit beruhte darauf, daß uns Ferien in Aussicht gestellt waren, darauf scheint aber nicht mehr zu rechnen.

General Schack besuchte mich gestern, und entnahm ich aus seinen Äußerungen, daß er den Auftrag hatte, Herrn von Rochow Nachricht zu verschaffen, ob ich für die Zeit der Kammersitzung Frankfurt aufgeben werde. Eine formelle Vertretung hier wäre mir, soweit meine persönliche Auffassung dabei in Betracht kommt, nicht willkommen, und eine solche durch Herrn von Rochow würde vielleicht in ihrer Wirkung auf die Geschäfte über die Tragweite einer bloßen Vertretung hinausgehn. Indessen unterwerfe ich mich natürlich ganz der Entscheidung E. E. und bin bereit da, wo Sie meine Thätigkeit am nützlichsten placirt halten, mit gleicher Dienstwilligkeit, in der Kammer oder hier.

Verzeihn E. E. dieses pot-pourri von heterogenen Gegenständen in meinem Schreiben; mir ist während desselben eingefallen, daß es practischer sein wird, wenn ich in Zukunft die verschiednen Materien auch in Privatbriefen auf verschiednen Bogen behandle, und werde ich in Zukunft es übersichtlicher einrichten, um E. E. in dieser arbeitvollen Zeit nicht die unnöthige Mühe zu machen, gleichgültige Dinge mit wichtigen vermischt zu lesen.

Mit der Bitte Ihrer Frau Gemalin meine und meiner Frau unterthänigste Empfehlung zu machen, in treuster Anhänglichkeit . . .

55. Privatschreiben an Minister v. Manteuffel.

[Eigenhändig.]

6. November 1851.

E. E. haben die Geneigtheit gehabt, mir die dem Grafen Rostitz wegen der Behandlung der Hanöverschen Verfassungsfrage gegebne Instruction mitzutheilen; ich habe hiervon Gelegenheit genommen, Herrn von Schele, mannigfachen ihm gemachten Insinuationen gegenüber, die Beruhigung zu geben, daß die Stellung Preußens zu dieser Sache lediglich durch die Rechtsgrundsätze, deren Gebiet dieselbe angehört, bedingt sein werde, wenn ich auch angewiesen sei, dahin zu wirken, daß in den Formen der Behandlung der Hanöverschen Regirung von Seiten des Bundestages jede mit der Sache verträgliche Freiheit und Rücksicht gewährt werde. Andrerseits gab mir Herr von Schele die Ver-

[3]) Vgl. o. S. 61.

sicherung, daß er, obschon früher kein Freund des Zollanschlusses, doch jetzt, nachdem der Vertrag abgeschlossen und von seinem Könige und Herrn vollzogen sei, denselben entschieden aufrecht zu erhalten und durchzuführen für seine Pflicht und für rathsam halten würde, wenn er selbst Minister wäre. In ähnlichem Sinne sprach sich der Graf von Bernstorf aus Gartow aus, der mich während seiner Anwesenheit hier mehrmals aufsuchte und von hier nach Wien ging, um auch dort für die Interessen der Ritterschaft thätig zu sein. Derselbe sprach sich außerdem dahin aus, daß er nicht an die Dauer des jetzigen Ministeriums in Hanover glaube, und daß bei einer Änderung in den Personen nur eine Combination o h n e Herrn von Münchhausen möglich sei, weil dieser nur auf der entschiedenen Linken Männer finden werde, die seine Collegen würden sein wollen. Er sprach sich mit vieler Bitterkeit über die Capacität und den Character dieses Ministers aus, und versicherte, daß diese Meinung bei der jetzt durch ihre Einigkeit mächtigen Partei seiner Standesgenossen die allgemeine sei.

Herr von Schele klagt darüber, daß man ihn von Hanover aus ohne alle Nachrichten lasse, namentlich wisse er nichts über das Befinden Sr. M. des Königs Ernst August.[1] Über die von dem Kronprinzen dermaleinst zu erwartende politische Richtung waren die Herren von Schele und von Bernstorf ganz im Unsichern, und schienen keine ihren Ansichten günstige Erwartungen zu hegen.

Der General-Director Klenze hat gestern bei mir gegessen; er war sehr übler Laune darüber, daß er hier, wie er sich ausdrückte, bei einer schlechten Comödie wider seine Überzeugung habe mitspielen müssen; seine Mi[e]nen erheiterten sich nur, als er mir sagte, daß S. Majestät ihm den Stern zum rothen Adler verliehen habe. Ministerialrath Hock scheint bestimmt zu sein, den Baron Nell, der sich einstweilen nach Wien begiebt, hier zu ersetzen. Er hat seine Frau kommen lassen, eine Wohnung auf 6 Monat gemiethet, und wird den Winter benutzen, um beim Bundestage und bei den westdeutschen Höfen für die Handelspolitik seiner Regirung thätig zu sein.

Mit Graf Thun habe ich eben eine längere Unterredung gehabt; es sind ihm Instructionen zugegangen über die Portofreiheit in Bundessachen, über die wegen der Flüchtlinge in England bei der dortigen Regirung zu thuenden Schritte und wegen eventueller Verhängung des Belagerungszustandes.

Wegen der Portofreiheit bitte ich g. um baldige Instruction, da der Termin abläuft; die östreichische, von dem Finanzminister herrührende, ist so lang und verworren, daß Graf Thun selbst sagte, er wisse sich keinen Vers daraus zu machen. Jedenfalls war darin enthalten, daß ohne Anhörung und Entschädigung der Taxi[s]schen Verwaltung nicht zu verfahren sei.

Der Postschluß drängt, in treuster Anhänglichkeit . . . .

*56. Bericht an Minister v. Manteuffel.

[Ausfertigung.]

6. November 1851.

Das h. Reskript vom 20. v. M.[1], die Verhandlungen mit dem Herzoge von Augustenburg Dl. betreffend, habe ich seinerzeit zu erhalten die Ehre gehabt und habe ich bei einer

55. [1]) Dieser war erkrankt.

56. [1]) In dem Reskript wurde u. a. gesagt, daß es Bismarcks Aufgabe vorzugsweise sein müßte, dem Herzog in dessen eigenem Interesse von jeder Steigerung seiner Wünsche abzuraten.

demnächst stattgehabten Unterredung mit dem Herrn Herzoge geglaubt, demselben den Inhalt dieses Reskriptes sowohl als auch die wesentlichen Gesichtspunkte, von denen der h. Erlaß vom 20. Oktober an Herrn v. Werther ausgeht, mit Übergehung dessen, was mir ungeeignet schien, insoweit mitteilen zu sollen als erforderlich war, um bei dem Herrn Herzoge jede noch vorhandene Täuschung über die Lage der Dinge zu beseitigen und einer Steigerung der Anforderungen Sr. Dl. vorzubeugen. Zu demselben Zwecke hielt ich es für wirksam, Sr. Dl. von dem wesentlichsten Inhalte des von Herrn Geheimen Rath Pernice erstatteten Gutachtens[2]) Kenntnis zu geben.

Der Herr Herzog behielt sich vor, mich in einigen Tagen zu besuchen und Sich dann näher zu erklären. Zugleich sprach er die Besorgnis aus, daß die von Sr. Dl. bei dem Bundestage anhängig gemachte Beschwerde keinen andern Erfolg haben werde, als eine Verweisung an die K. dänische Regierung, deren Instanz bisher offiziell von dem Herrn Herzoge noch nicht angegangen sei. S. Dl. äußerten deshalb die Absicht bei der Bundesversammlung auf eine Aussetzung der Entscheidung auf seine Beschwerde anzutragen, um nicht ein neues Element der Verwicklung in die jetzt eingeleiteten Verhandlungen zu bringen. Diese Absicht ist von Sr. Dl. vorgestern ausgeführt worden durch einen bei dem Präsidium der Bundesversammlung eingereichten Antrag auf Vertagung der Verhandlung über die von dem Herrn Herzoge eingereichte Beschwerde.

Gestern Vormittag erzeigte mir der Herr Herzog die Ehre mich zu besuchen und erklärte, daß Er bisher die Absicht der K. dänischen Regierung Ihn mit einer Rente abzufinden lediglich für einen „Probeschuß", wie S. Dl. Sich ausdrückten, gehalten habe. Da S. Dl. Sich aber aus meinen letzten Mitteilungen die Überzeugung geschöpft hätten, daß ein derartiger Vorschlag von der K. preußischen Regierung als ein ernstlicher aufgenommen und als Basis der Verhandlungen anerkannt werde, so müsse S. Dl. von Hause aus Seine Abneigung dagegen erklären, Sich für Höchst Ihre Erbrechte auf die Krone Dänemark und die Herzogtümer Schleswig-Holstein sowie für das Eigentum an den herzoglichen Gütern und Schlössern durch eine Geldrente entschädigen zu lassen, deren Zahlung oder Sistierung stets wesentlich von dem guten Willen der dänischen Regierung abhängig sein werde, abgesehen davon, daß es eine unbillige Zumutung sei, wenn der Herr Herzog die Substanz seines Grundbesitzes gegen eine den Erträgen desselben gleichkommende Rente hingeben solle. In Warschau[3]), führte S. Dl. an, sei auf Betrieb Sr. M., u. a. H., beschlossen worden, die dänische Erbfolgefrage durch ein A b k o m m e n zu erledigen. S. M. der König habe demnächst Sr. Dl. die Zusicherung erteilen lassen, daß Allerhöchst Sie für ein würdiges Abkommen, bei welchem es sich weniger um Aufgabe von Rechten als um Änderung des Objektes derselben handeln werde, Sorge tragen würden. S. Dl. könne daher nicht annehmen, daß der Vorschlag einer Abfindung durch Geldrente den gnädigen Absichten Sr. Majestät in Bezug auf das herzogliche Haus entspreche, und gab Sich der Herzog der Hoffnung hin, daß die K. preußische Regierung sich bei Fortführung der Verhandlungen dahin werde verwenden wollen, daß die K. dänische Regierung ihren Vorschlägen eine andre Basis zum Grunde lege. Ich bemerkte hingegen, daß natürlich eine Abfindung in Kapitalszahlung oder in liegenden Gründen einer solchen in Geldrente im Interesse des Herrn Herzogs vorzuziehen sei, daß wir aber über das Wünschenswerte nicht das Erreichbare aus den Augen verlieren dürften, worauf S. Dl. erwiderte,

[2]) Pernice hatte unter dem 30. September 1851 ein umfangreiches Gutachten erstattet, das in der Deckerschen Buchdruckerei im Druck erschien (4° 87 Seiten).

[3]) Bei der Zusammenkunft des Zaren Nikolaus mit König Friedrich Wilhelm IV. daselbst im Mai 1851.

daß Sie ſtets nur von der Vorausſetzung ausgingen, man wolle mit Ihnen verhandeln; ſollte Ihm gegenüber aber das Recht des Stärkeren geltend gemacht und Bedingungen ohne Rückſicht auf deren Billigkeit vorgeſchrieben werden, ſo müſſe Sich der Herr Herzog dann allerdings die Erwägung vorbehalten, ob es nach dem Inhalte dieſer Bedingungen im Intereſſe Seiner fürſtlichen Ehre, Seiner Familie und Seiner Perſon vorzuziehen ſein würde, Sich der Notwendigkeit zu unterwerfen oder aber abzuwarten, in wie weit die Zukunft die Möglichkeit bieten werde, für jetzt unausführbare, aber nicht aufgegebene Rechte geltend zu machen. Nach einer konverſierenden Erörterung über die möglichen Eventualitäten der Zukunft berührte ich beiläufig den Gedanken einer Entſchädigung des Herrn Herzogs durch einen außerhalb Dänemark zu erwerbenden Grundbeſitz, worauf Höchſtderſelbe erwiderte, daß Er in einem ſolchen Falle ſich Selbſt vorbehalten müſſe, das Land und den Beſitz zu wählen, deſſen Acquiſition ihm ratſam erſcheinen möchte, indem S. M. bei dieſer Gelegenheit zum erſten Male eine Andeutung fallen ließ, daß es Ihm nicht vorzugsweiſe darauf ankomme, gerade den bisherigen Familienbeſitz beizubehalten.

Aus der ſchließlichen Wendung der Unterredung, namentlich aus einer halb zuſtimmenden Antwort auf meine direkte Frage in dieſer Beziehung glaube ich ſchließen zu müſſen, daß der Herr Herzog das Prinzip einer Abfindung in Kapital den Verhandlungen zum Grunde zu legen wünſcht und zu dieſem Zweck die geſtrige Unterredung herbeiführte. Eine Sinnesänderung in Bezug auf die ausgeſprochene Geneigtheit des Herrn Herzogs, auf die Verhandlungen überhaupt einzugehen, entnehme ich hieraus nicht, vielmehr glaube ich, daß der Eindruck, den die auf Grund des h. Reſkripts vom 20. v. M. und deſſen Anlage dem Herrn Herzog gemachten Eröffnungen hervorgebracht haben, höchſtdenſelben beſtimmt hat, der Erreichung des Zweckes durch Kundgebung der eignen Wünſche näherzutreten, obſchon ſich der Herr Herzog gegen die Auffaſſung verwahrte, als ob von Seiner Seite die Abfindung durch Kapital ausdrücklich vorgeſchlagen werde, Er wolle nur das Syſtem der Abfindung durch Rente als eine unzuläſſige Baſis der Verhandlungen bezeichnen.

M. u. D. würde der richtigſte Weg ein Reſultat der Verhandlungen zu erreichen der ſein, daß die K. Regierung, ſobald E. E. das jetzige däniſche Miniſterium für hinreichend konſolidiert erachten, mit dem letzteren ſich über die dem Herrn Herzog zu machenden Anerbietungen vereinbarte und letztere demnächſt als eine definitiv anzunehmende oder abzulehnende Propoſition dem Herrn Herzoge von ſeiten der Krone Dänemark vorgelegt würden. Ich gehe dabei von der Vorausſetzung aus, daß die Teilnahme, welche S. M. der König, u. a. H., dem Herrn Herzoge von Auguſtenburg widmet, dahin maßgebend ſein würde, daß die K. Regierung ſo günſtige Bedingungen für den Herrn Herzog, als den Umſtänden nach erreichbar ſind, bei dem däniſchen Gouvernement zur Annahme zu bringen bemüht ſein würde. Herr v. Bülow teilt mit mir die Anſicht, daß auf dieſem Wege ſowohl die Schwierigkeiten der Form der Unterhandlung, welche bisher im Mittel liegen, umgangen als auch in kürzeſter Friſt entweder ein Reſultat oder die Überzeugung würde erlangt werden, daß ein ſolches nicht in Ausſicht ſtehe. E. E. höheres Ermeſſen wird die Hinderniſſe, welche einem ſolchem Verfahren entgegenſtehen können, ſicherer als ich zu erkennen und zu würdigen imſtande ſein.

Schließlich bemerke ich noch g. in bezug auf die im Erlaſſe an Herrn v. Werther vom 20. Oktober berührte Frage, ob und welche Abreden über die Thronfolgeordnung für den Fall des Ausſterbens*) des Prinzen Chriſtian von Glücksburg getroffen ſeien, daß die

*) Sol

Entsagungsurkunden, kraft deren der Prinz Christian auf den Thron gelangen soll, übereinstimmend nur auf den Prinzen und seine männliche Deszendenz lauten, so daß nach Abgang der letzteren die Rechte, welche Gegenstand dieser Verzichtleistung sind, wieder aufleben würden. Für den Fall, daß die Eventual-Succession des Augustenburger Hauses in den Verhandlungen mit Kopenhagen ferner zur Sprache kommen sollte, erlaube ich mir E. E. gen. Aufmerksamkeit auf diesen Punkt ehrerbietigst zu lenken.

57. Bericht an Minister v. Manteuffel.

[Ausfertigung.]

6. November 1851.

Ueberreichung einer Abschrift der Gegenerklärung des Grafen Thun gegen die Erklärung Bismarcks.

Graf Thun zerlegt hierin die preußische Erklärung hinsichtlich der Umlage von 532 000 fl. in zwei Teile, und bezeichnet namens des Präsidiums nur den ersten Teil, d. h. die Erklärung der Bereitwilligkeit, den von der Umlage auf Preußen fallenden Teil zu zahlen, als maßgebend für die Bundesversammlung, während er die Bedingungen, an welche die Zahlung geknüpft wird, mit Rücksicht auf seine früheren Erklärungen als unzulässig darstellt.

Graf Thun dürfte nicht berechtigt sein, unsere Erklärung, welche im engsten inneren Zusammenhange steht und als ein Ganzes abgegeben ist, auf diese Weise zu teilen und nur den einen Teil, und zwar für die ganze Bundesversammlung als maßgebend anzuerkennen.

Ich habe deshalb das Protokoll noch nicht unterschrieben, sondern werde zunächst mit Graf Thun darüber sprechen, und falls er sich nicht zur Abänderung seiner Gegenerklärung verstehen sollte, eine Verwahrung hiegegen in das Protokoll aufnehmen lassen.

[Eigenhändige Nachschrift.]

Ich habe soeben das Protokoll vollzogen, nachdem ich laut Verabredung mit Graf Thun am Schlusse seiner Auslassung die Preußische Erklärung zugefügt habe: „daß ich nicht autorisirt sei, denjenigen Teil meiner Erklärung, welcher sich in der Erwiderung des Präsidii nicht wiedergegeben finde, fallen zu lassen."

58. Vertraulicher Bericht[1] an Minister v. Manteuffel.

[Ausfertigung.]

7. November 1851.

*E. E. beehre ich mich im Verfolge meines gestrigen gehorsamsten Privatschreibens[2] noch von nachstehenden Mitteilungen des Kgl. hannoverschen Generaldirektors der indirekten Steuern Klenze ehrerbietigst vertrauliche Kenntnis zu geben, welche mir auf indirektem Wege zugänglich geworden sind.

Ministerialrat Hock hat gestern dem Vorsitzenden der Sachverständigen Professor Dr. Hermann Vorwürfe darüber gemacht, daß er die Verhandlungen nicht mehr in die Länge gezogen und die Kommissarien zu einer unausgesetzten Tätigkeit angehalten habe.

[1] Nicht Privatschreiben, wie es bei Poschinger heißt.
[2] Nr. 55.

Es sei der Wunsch der K. österr. Regierung inmittelst Zeit zu gewinnen und wenn für die österreichischen Zoll- und Handelspläne im Süden, namentlich in Bayern und Württemberg ein günstiges Terrain gewonnen sei, mit bestimmten Vorschlägen gegen den preußischen Zollverein und dessen Fortbestand als einer allgemeinen deutschen Zoll- und Handelseinigung hinderlich hervorzutreten* . . . .

Dem K. hannoverschen Bundestagsgesandten Herrn von Schele gegenüber habe er ausdrücklich erklärt, daß, wenn das österreichische Kabinett nicht in den geheimen Intriguen und offenkundigen Agitationen gegen den Zollverein nachlasse, er dahin wirken müsse, daß von seiten Preußens in andern Angelegenheiten mit mehr Zurückhaltung als bisher verfahren werde.

Ich selbst würde die Herbeiführung eines kühleren Verhältnisses, als seither zur wesentlichen Förderung der Geschäfte bestanden habe, mir zur Aufgabe stellen. Preußen nehme den ungeschmälerten Fortbestand des Zollvereins und den Vertrag vom 7. September als eine sehr ernste Sache. Ich speziell hielte es für unverantwortlich, in die Erledigung der materiellen Fragen Zwietracht zu bringen, deren Tragweite sich gar nicht ermessen lasse. Ich habe mich gefreut zu vernehmen, daß Herr v. Schele diesen letzten Gedanken akzeptiert und als eine von ihm selbst gehegte Befürchtung gegen den Geheimen Regierungsrat Delbrück geltend gemacht hat. Auch glaube ich annehmen zu dürfen, daß Herr v. Schele aus meinen Äußerungen Gelegenheit genommen hat, auf die Haltung des Grafen Thun in dieser Sache mildernd einzuwirken. Hier werde ich nicht nachlassen, das Treiben des Herrn Hock, so weit nur möglich, [zu] beaufsichtigen und durch die Presse den wahren Tatbestand unter verschiedenen Formen und an verschiedenen Orten ohne alle Schonung aufdecken lassen, von der Überzeugung geleitet, daß eine längere Rücksichtnahme nur von unserem Ziele weiter abführt.

Wenn ich in der gestrigen Bundestagssitzung dem Antrage, das Elaborat der Sachverständigen den Regierungen zur Erklärung vorzulegen, ohne weitere Erörterung beistimmte, so habe ich geglaubt, mich der Hoffnung hingeben zu dürfen, daß E. E. hohe Einsicht mit meiner Meinung insoweit zusammenfallen wird, daß bei Abgabe der Erklärung der K. Regierung auf diesen Beschluß zunächst der Zeitpunkt eingetreten sein wird, „wo die K. Regierung es mit den sonstigen politischen Beziehungen verträglich finden dürfte, den gegen den Zollverein gerichteten Operationen der Kaiserlich österreichischen Regierung in offener Verteidigung des Fortbestandes des Zollvereins entgegenzutreten“. . . . . .

*59. Privatschreiben an Minister v. Manteuffel.

[Eigenhändig.]

7. November 1851.

E. E. beehre ich mich g. anzuzeigen, daß nach einer mir heut von dem Herrn Herzog von Augustenburg zugegangnen Benachrichtigung S. Dl. beabsichtig[t] morgen früh auf 8 bis 14 Tage nach Hamburg zu verreisen. Die Herzogliche Familie und der Hausstand bleiben hier, wie es den Anschein hat, auch auf die Dauer des Winters, da nach einer Privatwohnung für die Frau Herzogin gesucht wird. Ich habe dem Herrn Herzog soeben noch meine Aufwartung gemacht, und theilte mir S. Dl. als Zweck der Reise die Regulirung Ihrer Geldangelegenheiten mit, unter Hindeutung auf deren gesteigerte Schwierigkeit. In Bezug auf die Erklärungen des Herrn Herzogs über seine Abgeneigtheit, sich auf eine Entschädigung durch Geldrenten einzulassen, habe ich gestern Abend mit Herrn von Bülow mich besprochen; nach dessen Ansicht wäre es nicht unmöglich, daß die K.

dänische Regirung auch auf eine Abfindung durch Capitalzahlung einginge, wenn dieses zur Erleichterung des Abschlusses beitragen könnte.

Ich schreibe diese wenigen Zeilen während der Sitzung der Bundesversammlung, die sich seit einer Stunde in einer wenig geregelten Discussion oder vielmehr Conversation mit der Frage der Veröffentlichung der Verhandlungen beschäftigt. Ich habe mein votum nach Anleitung der h. Instruction vom 14. September[1]) abgegeben und wenigstens erreicht, wie es scheint, daß man den zu wählenden Ausschuß ausdrücklich beauftragen wird, seine über die Zweckmäßigkeit der neuen Einrichtung zu machenden Erfahrungen der Bundesversammlung demnächst vorzutragen. Ich bin überzeugt, daß factisch die Sache bald im Sande verlaufen wird, da der Gedanke zu unpractisch ist. Der Ausschuß, welcher eben gewählt wird, besteht aus Östreich, Sachsen, Würtemberg, Baden und der 12. Stimme. Ich wurde, als einziger Dissentirender, nicht gewählt. Holstein, Luxemburg und die sächsischen Häuser stimmten nur insoweit bei, als die Maßregel eine provisorische sei.

In der Oberpostamtszeitung erscheinen neuerdings häufiger feindselige Artikel gegen die Kgl. Regirung, im Sinne der Bethmann-Golzischen Coterie; dieselben rühren, wie mein Gewährsmann behauptet, von Bethmann Hollweg selbst her; wie ich glaube, sind sie von dessen Sohn geschrieben; von einem Autor dieses Namens aber stammen sie, wie ich durch die Redaction erfahre. Ich lege der Thatsache insoweit Gewicht bei, als östreichische Duldung erforderlich ist, um dergleichen Angriffen fortlaufend eine Stelle in diesem Blatte zu verschaffen.

. . . . .

In treuster Anhänglichkeit . . .

60. Bericht vom 8. November 1851 an König Friedrich Wilhelm IV., betr. die Veröffentlichung der Bundestags-Verhandlungen und betr. die handelspolitische Frage. — Vgl. Poschinger I Nr. 23 und 24. Dort sind zwei Berichte aus einem gemacht.

*61. Schreiben an Minister v. Manteuffel.

[Eigenhändig.]

8. November 1851.

E. E. zeige ich g. an, daß das Ah. Handschreiben vom 2. c.,[1]) zwei Privatschreiben von E. E.,[2]) deren Anlagen ich g. remittire, und die h. Rescripte vom 3. c.[3]) mir gestern Abend über Cöln zugegangen sind.

---

59. [1]) Manteuffel hielt danach eine regelmäßige Veröffentlichung nicht für ratsam und wünschte Beschränkung auf gelegentliche Veröffentlichung, zu welchem Zwecke die Einsetzung eines Ausschusses zu erfolgen hätte.

61. [1]) König Friedrich Wilhelm IV. wies in dem Handschreiben Bismarck unter Bezugnahme auf einen Schriftwechsel mit dem Prinzen Friedrich von Noer, der dem Gesandten durch den Regierungsrat Niebuhr zugestellt werden sollte, an, dem Herzog Christian August dringlich vorzustellen, daß die augenblickliche Lage für eine billige Abfindung des Augustenburger Hauses unerwartet günstig sei, und ihn möglichst zu überzeugen, daß, wenn er jetzt rückhaltlos seine Anerkennung des wegen der Erbfolge des Prinzen Christian von Glücksburg getroffenen Arrangements ausspräche und die Abfindung in die Hände des Königs von Preußen lege, eine Möglichkeit bestände, für ihn günstige Zugeständnisse in Petersburg zu erlangen. Es käme aber auf einen raschen Entschluß des Herzogs an.

[2]) Abgedruckt im Anhang zu den Gedanken und Erinnerungen II Nr. 13 und 14.

[3]) Uebersendung eines Berichts des Gesandten in Kopenhagen betr. die Augustenburgische Sache und des königlichen Handschreibens.

Ich habe mich gestern noch zu dem Herrn Herzog von Augustenburg, der heut abgereist ist, begeben, da indessen die in dem Ah. Handschreiben bezogne Correspondenz Sr. M. mit dem Prinzen Friedrich von Augustenburg mir noch nicht zugegangen ist, so habe ich mich dem Herrn Herzoge gegenüber nur nach Maßgabe des Inhaltes des Ah. Handschreibens selbst aussprechen können. Der Herr Herzog gab seinen tiefgefühlten Dank für die erneuten Beweise der Theilnahme Sr. M. zu erkennen und bemerkte demnächst, daß, da S. M. der König eine Erklärung Sr. Dl. erwarten dürfe, welche auf Bekanntschaft des Herrn Herzogs mit den in der Correspondenz mit dem Prinzen Friedrich von Augustenburg niedergelegten Intentionen Sr. M. beruhe, der Eingang dieser Ah. Erklärungen erst abzuwarten sein werde, indem bisher S. Dl. durch Ihren Herrn Bruder nur insoweit Kenntniß von der stattgehabten Correspondenz habe, daß S. M. der König des Prinzen Friedrich Durchlaucht aufgefordert habe, die Wünsche des Herzoglichen Hauses unumwunden zur Kenntniß Sr. M. zu bringen. Im Übrigen hoffe der Herr Herzog, daß es ihm bei Gelegenheit seiner vorhabenden Reise nach Hamburg vergönnt sein werde, persönlich nach Berlin zu kommen. Ich bedaure, daß die heut früh der schon vor mehren Tagen geäußerten Absicht des Herrn Herzogs gemäß erfolgte Abreise Sr. Dl. mich verhindert, die mir gewordnen Ah. Befehle nach Eingang der fraglichen Correspondenz vollständig zu erledigen, und werde nicht verfehlen Sr. M. über diese Umstände directe unterthänigste Anzeige zu machen. Voraussichtlich wird der Herr Herzog auf seiner Reise auch S. K. H. den Großherzog von Oldenburg besuchen, um mit Höchstdemselben Verabredungen zu treffen, insoweit die Beschaffenheit der agnatischen Rechte des Herrn Herzogs demselben verbietet, auf alleinige Hand eine Verpflichtung auszusprechen. Genehmigen . . .

[Undatiert einliegend.]

Ich habe mich dem Herrn Herzoge gegenüber nach Anleitung der in E. E. Privatschreiben[4]) enthaltenen Declaration ausgesprochen. Das K. Handschreiben, insoweit es zu einer schnellen Erklärung drängte, machte sichtlichen Eindruck. Der Herzog war bewegter als sonst, klagte bitter über seine Verlassenheit von allen, über Geldverlegenheit, über harte Behandlung, indem man unter Versichrung der Theilnahme zugebe, daß er ausgehungert werde. Man sei ungerecht gegen ihn, die conservativen Höfe hielten ihn für einen Beförderer und Anstifter des dänischen Krieges aus Ehrgeiz, er hätte ja aber sehr „dumm“ sein müssen, wenn er nicht vorausgesehn hätte, daß der Ausbruch des Conflictes zwischen Dänemarck und Holstein seinen in beiden Ländern bezüglich der Successsion sehr gut stehenden Actien nur verderblich sein könne; er habe alles gethan, ihn zu verhindern. Er gab die ihm sonst eigne ruhige Zurückhaltung auf und überließ sich ganz der Bitterkeit seiner Empfindungen, gab mir mehrmals mit Wärme die Hand und versicherte, daß es ihm wohlthue sich gegen mich als Privatmann einmal rückhaltlos und im Vertrauen auszusprechen. Ich fragte, nachdem die Conversation über das K. Handschreiben schon längere Zeit beendigt war, ob er glaube, daß es seiner Sache förderlich sein könne, wenn er die Frage der Abfindung ganz in die Hände Sr. M. lege und im Vertrauen darauf einstweilen den Verzicht ausspreche. Er sagte „nein“; er glaube, daß S. M. in dem aufrichtigen Wunsche, ihm zu helfen, auf einen solchen Vorschlag seinerseits vielleicht eingehn, dabei aber die Möglichkeit des Erreichbaren überschätzen werde, sodaß er eine ähnliche Erfahrung wie mit dem bekannten Ah. Handschreiben aus dem April 48,[5])

[4]) Vgl. Anh. z. S. u. E. II Nr. 13.

[5]) Gemeint ist das Schreiben König Friedrich Wilhelms IV. vom 24. März 1848. Vgl. Gebauer, Christian August, Herzog von Schleswig-Holstein, S. 217.

welches sehr zu seinem Bedauern durch Heinrich Arnim damals in die Welt gekommen sei, machen werde. Ich hätte hiernach, ohne die von E. E. empfohlne Vorsicht anzuwenden, den Text des K. Handschreibens direct mittheilen können, der Herzog würde es abgelehnt haben und nur über die Modalität in Verlegenheit gewesen sein. An S. M. werde ich ganz wie in dem anliegenden Schreiben berichten, die vorstehenden Details hat mir der Herzog nur im engsten Vertrauen ausgesprochen, und ich würde eine Indiscretion gegen ihn begangen haben, wenn dieselben zur Kenntniß eines Andern außer E. E. kämen. Ich glaube der Herzog wird über Oldenburg gereist sein, auf den Großherzog scheint er viel zu halten; vielleicht geht er auch gleich über Berlin, deshalb telegraphire ich heut noch an E. E. . . .

62. Privatschreiben an Minister v. Manteuffel.

[Eigenhändig.]

10. November 1851.

E. E. erlaube ich mir in Bezug auf die hier und in Darmstadt beabsichtigten Personalveränderungen, deren die beiden heut eingegangnen h. Rescripte[1]) gedenken, den Umstand g. mitzutheilen, daß Herr von Otterstädt durch seine Versetzung nach Lissabon sehr schmerzlich berührt sein wird. Er hatte gerüchtweise, vermuthlich in Folge einer Correspondenz von Subalternbeamten, davon gehört, als er vor einigen Tagen bei mir war. Er hat in den letzten Jahren bald hintereinander zwei kostspielige Umzüge gehabt, wie er mir klagte, und sich eben in Darmstadt wohnlich eingerichtet, und seine Geldverhältnisse sind, wie ich höre, nicht so brillant, als man aus dem jährlichen Zuschuß seiner Frau von 6000 Thlr. abnehmen sollte, indem dieser Zuschuß, wie man mir sagt, nur für die Lebensdauer seines Schwiegervaters gezahlt wird, ohne daß nachher ein Capital an dessen Stelle zu treten hat. Ich freue mich sehr, daß Canitz herkommt, und halte seinen Eintritt an Otterstädt's Stelle im Interesse des Königlichen Dienstes für einen entschiedenen Gewinn; nur thut mir Otterstädt leid; er ist, innerhalb der Schranken seiner Befähigung, ein treuer und militärisch gehorsamer Diener der Regirung, und hat sich niemals auf die grade in der Diplomatie leider so allgemein grassirenden frondistischen Intriguen eingelassen. Ich führe das nicht an, um einer Änderung in den beabsichtigten Ernennungen das Wort zu reden, sondern nur um E. E. g. g. zu bitten, die Maßregel, wenn es möglich ist, mit einem Zeichen der Anerkennung für Otterstädt zu begleiten, da er sehr unglücklich über dieselbe sein wird. Ich habe seine Klagen schweigend angehört, so wie ich ihn beurtheile, thut aber eine Charactererhöhung oder ein Orden viel bei ihm; daß die Verhältnisse es gestatten, die erstre in der Ernennung zum Gesandten in Lissabon bestehn zu lassen, wie er selbst gewiß wünschen wird, da er früher schon einen derartigen Wunsch bezüglich seiner jetzigen Stellung äußerte, glaube ich allerdings kaum.

*Den Assessor Zitelmann[2]) habe ich früher in Stettin oberflächlich gekannt; soweit diese Bekanntschaft reichte, gehörte er nicht zu den Anhängern der Regirung und speziell E. E.; ich werde bei näherer Bekanntschaft zu ergründen suchen, inwieweit der[3]) Vertrauen rechtfertigt, daß er jetzt E. E. mit Aufrichtigkeit dienen werde.

---

[1]) Betr die Ernennung des bisherigen preuß. Geschäftsträgers in Lissabon, Freiherrn Karl v. Canitz und Dallwitz zum Ministerresidenten am großherzogl. hessischen und herzoglich nassauischen Hofe und bei der Freien Stadt Frankfurt, sowie die Versetzung des bisherigen Residenten v. Otterstedt nach Lissabon.

[2]) Der Regierungsassessor Zitelmann wurde an Stelle des Assessors Rudloff insbesondere für Preßsachen der Bundestagsgesandtschaft beigegeben.

[3]) So: vielleicht verschrieben für „er das".

Zur Characteristik der hiesigen Gesellschaft und zu E. E. Erheiterung erlaube ich mir noch nachstehendes Curiosum mitzutheilen. Graf Thun verwendet seine freie Zeit darauf, sich um die Gunst zweier schönen Schwestern, der Mad. Metzler und Mad. Dufay zu bewerben, beide muntre Frauen hiesiger Bankiers und beide sehr eifersüchtig auf einander wegen der präsidialen Huldigungen, denen man es zuschreibt, daß Mad. Metzler nach einer sechsjährigen kinderlosen Ehe nunmehr den Mutterfreuden entgegensieht. Bei Besprechung dieses Zustandes bringt das Gerücht einen angeblichen Vorfall aus dem vergangenen Sommer zu Tage, bei welchem Mad. Metzler von ihrer Schwester dergestalt überfallen worden ist, daß sie den Grafen in einem von innen nicht zu öffnenden Verschlage hat bergen müssen; die argwöhnische Schwester soll sie nicht aus den Augen gelassen und mit aus dem Hause genommen haben, sodaß das eingesperrte Präsidium nach halbstündiger Dauer der Haft sich hat hörbar machen müssen, um von den Leuten des Hauses erlöst zu werden. relata refero. Eine der ersten Schönheiten der jungen Welt hier, des Grafen Goltz muthmaßliche Braut, die Tochter der Frau von Brints (der Schwester der Baronin Meiendorf) steht in dem renommé, daß ihr Vater sie nur im dritten Stock des Nachts für sicher hält, nachdem er einmal von dem Nachtwächter deshalb geweckt worden ist, weil an das offne Fenster des Schlafzimmers seiner Tochter eine Leiter angelehnt gewesen, am Fuß derselben Mr. Pettre, Legationssekretär Lord Cowleys, malerisch im Mantel gehüllt und weiter hin ein Postwagen oder eine Nachtdroschke auf der Straße gestanden hat. Bemerkenswerth ist, daß alles, was in der weiblichen Welt eine levis notae macula hat, den Kern der Gesellschaft im Salon der Gräfin Thun bildet, die doch ihrerseits eine nicht nur vornehme, sondern auch anerkannt sehr ehrenwerthe Frau ist. Mit dem Grafen ist mein persönliches Verhältniß fortwährend vortrefflich.

Verzeihn E. E., daß ich Sie mit diesen futilen Abschweifungen behellige. Meine Frau und ich bitten Ihrer Frau Gemalin unterthänigst empfohlen zu werden. In treuster Ergebenheit . . .

g.[ehorsamstes] p[ost] sc[riptum]

mein Privatschreiben[4]) mit dem mir geneigtest übersandten Briefe des Herrn Grafen von Nostitz[5]) ist hoffentlich E. E. sicher zu Händen gelangt.

63. Bericht an Minister v. Manteuffel.

[Ausfertigung.]

11. November 1851.

. . . . Ohne E. E. hohem Ermessen vorzugreifen, gestatte ich mir ehrfurchtsvoll in der Anlage einige Punkte vorzulegen, über welche den bestimmten Entschluß der K. Regierung als weitere Direktive zu empfangen für meine Wirksamkeit in der Förderung der diesfälligen Interessen derselben nur von ersprießlichstem Nutzen sein kann. Meinem[1]) persönlichen unmaßgeblichen Dafürhalten dürfte die Bejahung der ad 3 gestellten Frage[2]) den Interessen der K. Regierung am meisten entsprechen, indem bei einem sich der Naturalteilung pro rata der Guthaben möglichst annähernden Verfahren der Werth der auf

[4]) Vom 8 November. Vgl. Nr. 61.
[5]) Abgedruckt: Anhang zu den Gedanken und Erinnerungen II S. 30—32.
[1]) Von hier ab ist das Konzept größtenteils eigenhändig.
[2]) Die gestellte Frage lautete: Will die Regierung auf der Abfindung ihres Anteils an der Flotte in der Nordsee in Material, also in Schiffen und Ausrüstung bestehen?

Preußen fallenden Materialquote den Belauf der Geldsumme übersteigen würde welche in den ad 1 und 2 aufgeführten Eventualitäten der K. Regierung zufiele . . . Wenn ich in kurzer Frist die Autorisation erhielte, eine energische Willenserklärung der K. Regierung, an ihrem Recht auf die durch preußische Mittel beschafften Materialien festhalten zu wollen, zur Kenntnis der Bundesversammlung zu bringen, so glaube ich, daß der Drang der mit 1. k. J. eintretenden Geldnot eine größre Beschleunigung des Teilungsverfahrens, als es . . in Aussicht gestellt ist, zu Wege bringen würde . . . Jedenfalls würde mein g. Antrag für jetzt gegen jede Offerte weiterer Geldverwendung auf Ankauf eines größern als des ratirlichen[3]) Anteils oder auf Zahlung an Beiträgen über die Umlage für das zweite diesjährige Semester hinaus, ohne vorangegangene Separation, gerichtet sein . . . .

64. Bericht vom 11. November 1851 an Minister v. Manteuffel, betr. die Kosten der Exekution des Deutschen Bundes in Kurhessen. — Poschinger I Nr. 26.

65. Bericht vom 12. November 1851 an Minister v. Manteuffel, betr. die Kosten der Exekution des Deutschen Bundes in Kurhessen. — Poschinger I Nr. 27.

66. Bericht vom 13. November 1851 an König Friedrich Wilhelm IV., betr. die Verhandlungen mit dem Herzog von Augustenburg. — Poschinger I Nr. 28.

67. Bericht an Minister v. Manteuffel.

[Ausfertigung.]

19. November 1851.

E. E. habe ich die Ehre mit der heutigen Post einen Bericht über den von Herrn von Schele für den Marine-Ausschuß entworfenen Vortrag zu übersenden und erlaube ich mir, demselben die nachstehenden Bemerkungen g. hinzuzufügen.

Wie ich mir schon früher anzudeuten erlaubte, scheint die persönliche Auffassung des Grafen Thun der Hannoverschen Anschauung dieser Frage näherzustehen als derjenigen, welche Veranlassung gab zu dem gemeinschaftlichen Antrage Österreichs und Preußens. M. E. hat sich Graf Thun die Aufgabe gestellt, der Entwicklung dieser Frage eine solche Wendung zu geben, daß die Nordseeflotte dem direkten, oder soweit dies unmöglich, doch dem von der Präsidialmacht zu übenden indirekten Einflusse Österreichs unterworfen bleibt, ohne daß der Kaiserstaat für die Vergangenheit oder die Zukunft pekuniäre Opfer bringt. Bei der von Österreich vorgeschlagenen Dreiteilung würde die zu gründende Nordseeflotte von einer Korporation ressortieren, welche ihren Zentralpunkt wesentlich nur in dem Bundestage, und also nach dem jetzigen Stand der Dinge unter vorwiegend österreichischem Einflusse, finden könnte. Der vollständige Anschluß der Ansichten des Grafen Thun an die des Herrn von Schele wird nur dadurch verhindert, daß Österreich den Beitrag, dessen Zahlung in der Konsequenz der Ansichten des Herrn von Schele liegen würde,

[3]) Bei Poschinger steht irrig: natürlichen.

nicht zu leisten entschlossen ist. Der Bericht des Herrn von Schele ist in seiner künstlichen Fassung von dem Bestreben geleitet, diese Differenz nicht zu berühren, und das den Ansichten des Verfassers und denen des Grafen Thun gemeinsame Terrain festzuhalten. So geschieht es, daß von den beiden entgegengesetzten, in der Bundesversammlung vorhandenen Ansichten über das Eigentumsverhältnis der Flotte eine jede, je nachdem sie für die preußischen Interessen nachteilig ist, geltend gemacht wird. Herr von Schele deduziert, daß die Flotte Bundeseigentum sei, ohne daraus eine Zahlungspflicht Österreichs für dieses Bundesinstitut herzuleiten, während Graf Thun der Flotte die Eigenschaft einer Bundeseinrichtung bestreitet, nichtsdestoweniger aber dem Bunde das Dispositionsrecht über dieselbe in einer dem preußischen Interesse nachteiligen Weise vindiziert.

Ich glaube E. E. hohen Einverständnisses versichert sein zu dürfen, wenn ich, unbeirrt durch die Färbung der Hingebung für nationale Zwecke, mit welcher die jenseitigen Pläne eingekleidet werden, jedes in der Stellung Preußens am Bundestage liegende Mittel zur Anwendung bringe, um einem Zustande ein Ende zu machen und Plänen zu begegnen, deren Unbilligkeit in Anforderungen an Preußen durch jede Nachgiebigkeit unsererseits gesteigert wird. In dem Festhalten Österreichs an seinem, durch die Ereignisse des letzten Jahres in widernatürlicher Weise geschaffenen Einflusse auf eine ohne Zutun Österreichs entstandene Flotte kann ich nur einen Eingriff in das natürliche Gebiet preußischen Einflusses sehen, der mir mit der Achtung vor dem gegenseitigen Besitzstande, welche allein eine dauernde Basis eines so engen Bündnisses, wie das jetzige mit Österreich, gewähren kann, unverträglich zu sein scheint. Ich kann nicht beurteilen, inwieweit die Haltung des Grafen Thun in dieser Frage, und die ähnliche des Herrn Hock und anderer österreichischer Organe auf dem handelspolitischen Gebiete, die Billigung des Fürsten Schwarzenberg hat. Insoweit letzteres der Fall sein sollte, erlaube ich mir E. E. höherem Ermessen die Frage zu geneigter Erwägung ehrerbietigst zu unterstellen, ob es nicht gerade im Interesse der Befestigung und der Dauer des guten Einvernehmens zwischen beiden Mächten angemessen sein möchte, wenn E. E. die Geneigtheit hätten, dem Fürsten Schwarzenberg bei sich darbietender Gelegenheit die Bedingungen einer gegenseitigen Rücksichtnahme und Förderung der Interessen zu vergegenwärtigen, unter welchen allein ein in demselben Grade wie bisher bundesfreundliches Entgegenkommen Preußens auf die Dauer durchführbar sein kann. Die Persönlichkeit des Grafen Thun, und die Notwendigkeit, am Bundestage den andern Gesandten gegenüber den Eindruck der vollsten Übereinstimmung Preußens und Österreichs festzuhalten und zu verstärken, lassen es mir nicht ratsam erscheinen, dem Grafen Thun gegenüber eine politische Verstimmung über die Haltung Österreichs an den Tag zu legen und die möglichen Konsequenzen einer solchen so entschieden zu beleuchten, als erforderlich sein dürfte, einen Eindruck hervorzubringen, abgesehen davon, daß die Stellung eines einzelnen Gesandten, und in specie die des Grafen Thun seinem Chef gegenüber, nicht von der Natur ist, um durch sie einen hinreichenden Einfluß auf die Haltung des vorgesetzten Kabinetts üben zu können. Ich vermeide daher meinerseits dem Grafen Thun gegenüber geflissentlich jede Erörterung über Fragen, deren Entscheidung von uns beiden nicht abhängt, und deren Besprechung, ohne Vorteil für die Sache selbst, auf unser bisher sehr gutes persönliches Einvernehmen rückwirken könnte.

Auffällig ist mir der Inhalt einer Unterredung gewesen, die ich vor einigen Tagen mit Herrn von Nostitz hatte. Derselbe deutete in einem beiläufigen Privatgespräch darauf hin, daß, wie ihm scheine, die preußische Regierung keine Neigung habe, die Institutionen des Bundes besonders zu akzentuieren und zu beleben und eine einheitliche Zentralisation

Deutschlands im Wege des bestehenden Bundes zu fördern. Ich erwiderte ihm in derselben vertraulichen Weise, daß nach der bestehenden Bundesverfassung die Stellung Preußens mir allerdings nicht in dem Grade gesichert und den natürlichen Machtverhältnissen meines Vaterlandes entsprechend erscheine, daß Preußen nicht Veranlassung hätte, jeden Schritt, der zu einer Stärkung der Bundesgewalt auf Kosten der territorialen Unabhängigkeit führen könne, sorgfältig zu prüfen; außerdem sei die Haltung der Majorität des Bundestages, von welcher ich in dieser Beziehung Sachsen leider nicht ausnehmen könne, der preußischen Politik gegenüber von der Art, daß Preußen darin keine Aufforderung erblicken könne, in die Hände dieser Majorität einen stärkeren wie den bisherigen Einfluß auf die Entschließungen seiner Regierung zu legen. Herr von Nostitz entgegnete seinerseits, daß Preußen allerdings gegenwärtig den ihm zustehenden rechtmäßigen Einfluß in Deutschland nicht habe, der Grund davon liege teilweise in dem noch nicht ganz geschwundenen Mißtrauen der Regierungen und besonders der Höfe, welches der preußischen Unionspolitik seinen Ursprung verdanke; andernteils sei aber auch die Stellung, die Preußen jetzt freiwillig einnehme, nicht geeignet, allen denjenigen Sympathien, welche sich mehr zu Preußen wie zu Österreich neigten, einen Anschlußpunkt zu bieten. Besonders scheine ihm das seit der Rekonstruktion des Bundestages übliche System, alle wichtigern Anträge von Hause aus gemeinschaftlich mit Österreich zu stellen, nicht das richtige, wenn Preußen die vor 1848 unbestreitbar vorhanden gewesene Stellung am Bundestage wieder einnehmen wolle. Mit der Bundesverfassung an und für sich sei ein vorwiegender Einfluß Preußens sehr wohl verträglich, wie das die Erfahrung früherer Jahre praktisch nachweise; ja es liege sogar in den gegebenen Verhältnissen Deutschlands die Notwendigkeit preußischer Hegemonie, da die Mehrheit der Bundesstaaten durch ihre geographische Lage und durch die historischen und nationalökonomischen Beziehungen auf den Anschluß an Preußen angewiesen sei. Ganz besonderes Gewicht aber legte Herr von Nostitz den konfessionellen Beziehungen bei, deren Berührung jetzt jeder vermeide, welche aber bald in den Vordergrund treten würden, wo Preußen dann von selbst seine natürliche Stellung an der Spitze der deutschen Protestanten zufallen werde. Ich lasse dahingestellt sein, welche Bedeutung diesen Äußerungen des sächsischen Bundestagsgesandten in einer vertraulichen und zufälligen Privatunterredung beizulegen sein mag, habe aber doch geglaubt, sie zu E. E. Kenntnis bringen zu sollen.

Über die Flottenfrage insbesondere habe ich vor einigen Tagen ein Gespräch mit Herrn von Eisendecher gehabt, bei welchem derselbe sowohl persönlich, als auch im Sinne seiner Regierung sich dahin äußerte, daß er an das Zustandekommen einer Nordseeflotte ohne Beteiligung Preußens nicht glaube, daß aber seine Regierung den Gedanken an die Herstellung einer Flotte auf der Grundlage des Zollvereins gewiß um so freudiger aufnehmen werde, als der Beitritt Oldenburgs zu dem Zollverein außer allem Zweifel stehe.

Schließlich erlaube ich mir noch einer an den Inhalt des vorstehenden Schreibens sich anschließenden Auffassung des Herrn von Blittersdorff zu gedenken. Derselbe war mir, vor seiner im Sommer unternommenen Reise nach Österreich, in auffallender Weise entgegengekommen, hat sich aber seit seiner Rückkehr ganz von mir ferngehalten. In der erstgenannten Zeit sprach er wiederholt seine Bereitwilligkeit aus, seinen Rat und seine Dienste Preußen zu widmen, wie ich dies damals E. E. mitzuteilen mir erlaubt habe.[1]) Als eine notwendige Aufgabe der preußischen Politik bezeichnete er damals den Wider-

[1]) Vgl. oben S. 8 ff.

stand gegen jede lebendigere Entwickelung der Bundesverfassung und jede Kräftigung der Bundesgewalt. Das Terrain des Bundestages wäre seiner Meinung nach, seit die Unionspolitik einmal zutage getreten sei, ein für Preußen entschieden ungünstiges, und es läge in unserem Interesse ebensowohl wie in unserer Macht, einstweilen jedes schärfere Anziehen der Zügel der Zentralgewalt Deutschlands zu hindern. Ich kann nicht leugnen, daß ich diese Ansicht insoweit teile, als ich nicht glaube, daß der Bundestag in seiner jetzigen Gestaltung das letzte Wort unserer Politik sein könne, vielmehr sehe ich in demselben nur eine Schale, innerhalb welcher sich das, was in der Unionspolitik an gesunden und praktischen Elementen lag, auszubilden hat, und welche von selbst abfällt, wenn der Kern reif ist. Solange aber die Unsicherheit der jetzigen politischen Lage gegenüber der Revolution ein enges Zusammengehen mit Österreich, und vorausgesetzt, daß die österreichische Politik nicht aggressiv gegen uns verfährt, eine Vertagung der zwischen beiden Staaten unvermeidlich vorhandenen Streitfragen gebietet, dürfte es allerdings durch die Notwendigkeit gegeben sein, solche Pläne, welche den Bestand des Bündnisses mit Österreich gefährden, nicht ostensibel zutage treten zu lassen. Indessen können wir m. u. E. an letzterem System nur dann festhalten, wenn Österreich eine ebenso rücksichtsvolle Haltung uns gegenüber in allen Punkten bewahrt. Geschieht dies nicht, so würde ich, insoweit es mir vergönnt wäre, meine Ansicht über diesen Punkt bei E. E. geltend zu machen, mich lediglich von der m. E. unbestreitbaren Tatsache leiten lassen, daß das Kaiserliche Kabinett des preußischen Bündnisses in der nächsten Zukunft in höherem Grade und mit mehr Wahrscheinlichkeit bedürfen wird, als wir des österreichischen.

68. Bericht an Minister v. Manteuffel.

[Ausfertigung.]

19. November 1851.

Bemerkungen zu dem Entwurfe eines Ausschußberichtes in der Flotten-Angelegenheit[1]).

. . . Den Gedanken einer allgemeinen Norddeutschen, eventuell Zollvereins-Flotte[2]) unter einer vom Bunde getrennten Verwaltung, bei der Preußen ein vollständiger Einfluß gesichert werden müßte, halte ich der weiteren Verfolgung durchaus wert, und vielleicht sogar diese Wendung der Sache die geeignetste zu einer praktischen Lösung der Flottenfrage. Ich behalte mir vor, E. E. hierüber noch einen ausführlichen Bericht vorzulegen, ohne zu verkennen, daß die Ausführbarkeit eines derartigen Planes lediglich von den finanziellen Dispositionen bedingt ist . . . .

Der Ausschußbericht deute darauf hin, daß bis Jahresschluß die Ordnung der ganzen Angelegenheit wohl nicht werde erfolgen können, und daher für einige Monate des Jahres 1852 wohl noch werde Vorsorge getroffen werden müssen, durch Geldgewährung in bisheriger Weise, oder durch freiwillige Vorschüsse.

Hierbei mögen die Preußen entgegenstehenden Mitglieder des Ausschusses, wohl weniger von der Hoffnung auf Willfährigkeit des größten Teiles der Regierungen zu neuen Geldbewilligungen belebt, als des Umstandes sich bewußt sein, daß, wenn nur die Vorschußzahlung Preußens auf die Umlage pro 2. Semester 1851 geleistet wird, alsdann schon in den bis ultimo 1851 bewilligten Geldern noch die Mittel ungefähr vorhanden sind, Sold und Verpflegung der Bemannung der Nordseeflotte noch etwa

[1]) Gemeint ist der im Eingang der vorhergehenden Nummer erwähnte Entwurf.
[2]) Vgl. das Gespräch mit Eisendecher S. 98.

auf die *ersten beiden* Monate des künftigen Jahres bedecken zu können. . . . . Es dürfte demnach um so mehr als ein Mittel zur Beschleunigung der definitiven Entscheidung über die Flottenfrage dienen, bei der Bedingung, unter welcher allein die K. Regierung ihren Anteil an der Vorschußumlage pro 2. Semester 1851 einzuzahlen sich bereit erklärt hat, nicht allein unwandelbar zu beharren, sondern auch noch unbedingte Verwahrung einzulegen gegen jede weitere Belastung Preußens mit Unterhaltungskosten vom 1. Januar 1852 an und weitere Verkürzung seines Guthabens an der Flotte in der Nordsee . . . .

*69. Bericht an Minister v. Manteuffel.

(Konzept.)

21. November 1851.

Infolge E. E. h. Anweisung vom 23. v. M.[1]) habe ich nicht unterlassen, die Gesinnungen und Ansichten meiner einflußreicheren Kollegen vertraulich darüber zu erforschen, inwiefern dieselben etwa Schritte der Bundesversammlung bei der dänischen Regierung zugunsten derjenigen sich noch in Holstein aufhaltenden schleswigschen Geistlichen und Zivilbeamten zu unterstützen geneigt sein möchten, welche ihre Heimat infolge der dortigen politischen Verhältnisse verlassen und von der ihnen verheißenen Amnestie keinen Gebrauch gemacht haben.

Sowohl Graf Thun als die Gesandten von Bayern und Königreich Sachsen haben sich indessen ganz entschieden gegen einen derartigen Schritt der Bundesversammlung erklärt und jede Verwendung des Bundes für jene Geistlichen und Beamten abgelehnt, indem sie die Bundesversammlung hierzu nicht für legitimiert halten und die Besorgnis hegen, es könnte darin von der dänischen Regierung eine Einmischung des Bundes in die schleswigschen Angelegenheiten gefunden werden und deshalb eine Zurückweisung in einer Art erfolgen, welche der Bundesversammlung nicht angenehm wäre. Graf Thun sprach sich in diesem Sinne mit einer Entschiedenheit aus, die annehmen läßt, daß er von seiner Regierung mit ausdrücklicher Instruktion deshalb versehen worden ist.

Unter diesen Umständen habe ich mit dem K. dänischen Gesandten Kammerherrn v. Bülow, der mir wiederholt Beweise seiner Offenheit und seines persönlichen Vertrauens gegeben, nähere Rücksprache über die Sache genommen und ihn unter Hinweis auf das traurige Schicksal jener Geistlichen, welche großenteils nur ihrer Pflicht nachzukommen geglaubt hätten, aber durch die Umstände fortgerissen wären, zugunsten derselben zu stimmen gesucht.

Nach der Äußerung des Herrn v. Bülow sind unter den Bittstellern nur etwa 80 Geistliche. Die übrigen sind großenteils Schullehrer derjenigen Kategorie, welche, wie überall, so auch in Schleswig sich unter Vernachlässigung ihres Berufes an den Bestrebungen der Umsturzpartei beteiligt und den verderblichsten Einfluß auf die Gemeinden, denen sie angehörten, ausgeübt haben. Was die Geistlichen betrifft, so haben diese freiwillig ihre Pfarren verlassen und sind auch infolge der verkündigten Amnestie, von der sie großenteils nicht ausgeschlossen waren, nicht wieder zurückgekehrt. Einige von ihnen haben in

[1]) Manteuffel hatte darin Bismarck angewiesen, vertraulich die Ansichten der einflußreicheren Bundestagsgesandten über ihre Stellung zu der Frage der Unterstützung der aus Schleswig nach Holstein entwichenen Geistlichen und Zivilbeamten zu erforschen. Der Minister selbst stand auf dem Standpunkt, daß der Bund wenigstens z. T. verpflichtet sei, die betreffenden Personen schadlos zu halten

Holstein, andre in andern Ländern eine neue Anstellung gefunden. Von den verlassenen Stellen sind noch 15 bis 20 unbesetzt, und Herr v. Bülow glaubt, daß diese von seiner Regierung mit den weniger gravierten Geistlichen würden besetzt werden, wenn sie sich einzeln und nicht korporationsweise an die dänische Regierung wenden und Amnestie nachsuchen würden, da man nicht verkenne, daß manche nur aus Unbesonnenheit ihre Stelle verlassen hätten. Unter den fraglichen Geistlichen befinden sich aber nach der Äußerung des Herrn v. Bülow auch mehrere schwer gravierte, welche nicht nur die Bewegung in den Herzogtümern befördert, sondern auch von den Kanzeln zum Ungehorsam gegen den Landesherrn aufgefordert und dem Eide gegen diesen eine Deutung gegeben haben, welcher jede Regierung mit aller Kraft entgegentreten müßte. Diese Geistlichen hätten ebenso wenig als die fraglichen Schullehrer eine Berücksichtigung der dänischen Regierung zu erwarten.

Einer Verwendung der Bundesversammlung für die weniger gravierten Geistlichen würde die dänische Regierung, wie Herr v. Bülow versichert, schwerlich Gehör geben; er glaubt, daß der Sache dadurch mehr geschadet als genützt würde, weil man in derartigen Schritten des Bundes leicht in Kopenhagen den Versuch erblicken könnte, Schleswig als in irgendeiner Beziehung zum Deutschen Bunde stehend zu behandeln, und die schleswigschen Angelegenheiten zu dessen Kognition zu ziehen. Herr v. Bülow verspricht sich den besten Erfolg davon, wenn die preußische Regierung sich im allgemeinen für diejenigen Geistlichen bei dem dänischen Ministerium befürwortend ausspricht, welche sich selbst an dasselbe wenden und ihre Wiederanstellung nachsuchen.

E. E. höherem Ermessen beehre ich mich die weitere Beschlußnahme hiernach g. g. anheimzugeben . . .

70. Bericht an Minister v. Manteuffel.

[Ausfertigung.]

22. November 1851.

Ich habe heute den nassauischen Minister Freiherrn von Wintzingerode besucht, um durch ihn einiges über die Wirksamkeit des Herrn Hock zu ermitteln; dieses ist mir insoweit wie folgt gelungen: Sowohl von Herrn Hock als von dem Fürsten Schwarzenberg direkt werden anhaltend Versuche gemacht, den Herzog für den Plan eines gesonderten süddeutschen Zollvereins zu gewinnen. Man hat Sr. Hoheit vorgespiegelt, daß die Höfe von München, Stuttgart, Karlsruhe, Darmstadt und Cassel für den Plan bereits gewonnen seien, Nassau würde demnach jedenfalls das Grenzland bilden; es frage sich nur, ob es durch die Zollgrenze von Preußen, oder von Frankfurt und Hessen getrennt sein wolle. Der Zollverein, wie ihn Preußen beabsichtige, sei nur ein Deckmantel für die erneuerten Unionsbestrebungen, deren letztes und leicht erreichbares Ziel notwendig die Mediatisierung der kleineren, an demselben partizipierenden Fürsten sei. S. H. der Herzog ist diesen Bemühungen zugänglich gewesen, und Herr von Wintzingerode klagt sehr über das Schwierige seiner Stellung, indem der Herzog ganz von seiner persönlichen Umgebung, namentlich von Herrn von Dungern, dessen Söhne und sonstige Verwandte in österreichischen Diensten sind, geleitet wird. Mit einigen Fabrikanten in Nassau hat sich Hock gleichfalls in Verbindung gesetzt und bei ihnen Besorgnisse vor dem neuen Freihandels-System Preußens erweckt. Die Bedenken der nassauischen Finanzmänner hat man österreichischerseits durch Zusicherung eines Präzipuums für die süddeutschen Staaten bei einem etwaigen Anschluß an das österreichische System zu heben gesucht; man hat sich erboten, letzteres

so zu bemessen, daß den Staaten ein Minimum von 90 Procent der jetzt aus dem Zollverein gewonnenen Revenüen gesichert werde, indem die Rettung der staatlichen Unabhängigkeit mit 10 Prozent nicht zu teuer erkauft sei. Zur Begründung des neuen Systems sei übrigens nicht von Hause aus ein Anschluß an Österreich erforderlich, vielmehr könne die Kaiserliche Regierung nur empfehlen, falls Preußen nicht dem Vertrage vom 7. September entsage, aus Bayern, Württemberg, Baden, beiden Hessen, Nassau und Frankfurt einen selbständigen Zollverein zu bilden; jedenfalls werde Preußen der Wahrscheinlichkeit eines solchen Ereignisses gegenüber es dann geratner[1]) finden, die fehlerhafte Handelspolitik, welche mit dem 7. September in Aussicht gestellt sei, und den hannoverschen Vertrag selbst fallen zu lassen. In erster Stelle und schleunig sei es jetzt erforderlich, daß die genannten Regierungen und das Königreich Sachsen eine gemeinsame Anfrage an das Berliner Kabinett richteten darüber, ob Hannover zu den Verhandlungen über Erneuerung des Zollvereins zugezogen werde. Im Falle der Bejahung sei dann das ebenso gemeinsame Verlangen zu stellen, auch Österreich an den Verhandlungen teilnehmen zu lassen, wenn die Verhandlungen doch einmal über die Grenze des alten Zollvereins hinausgingen. Herr von Wintzingerode hatte Ursache anzunehmen, daß bei den Höfen von Karlsruhe und Darmstadt genau mit derselben Taktik von Österreich verfahren werde, vermutlich unter Zusicherung der Bereitwilligkeit von Nassau, mit der es, was die Person Sr. H. des Herzogs anbelange, allerdings seine Richtigkeit habe. Herr von Wintzingerode war angenehm überrascht, als ich glaubte ihm versichern zu können, daß bis jetzt nicht einmal Bayern und Württemberg eine irgend wahrscheinliche Aussicht auf Realisation gegeben hätten. In betreff Württembergs darf ich annehmen, daß Herr von Sydow, welcher augenblicklich hier ist, E. E. die letzten Äußerungen Sr. M. des Königs gegen Herrn Menzel mitgeteilt haben wird.[2]) Der Postschluß hindert mich für heute, auf einen weiteren Kommentar des Vorstehenden einzugehen, und füge ich nur hinzu, daß ich in die Äußerungen des Herrn von Wintzingerode nach Kenntnis seiner Persönlichkeit das vollste Vertrauen setze. Derselbe sprach die Zuversicht aus, daß der ganze obige Plan scheitern werde, wenn Preußen nur fest dabei beharre und keinen Zweifel darüber aufkommen lasse, daß es schlimmsten Falls auch mit Hannover und Oldenburg allein den Vertrag vom 7. September aufrechthalten werde.

71. Bericht vom 25. November 1851 an Minister v. Manteuffel, betr. die allgemeine Regelung der Heimatgesetzgebung. — Vgl. Poschinger I Nr. 31.

*72. Privatschreiben an Minister v. Manteuffel.

[Eigenhändig.]

25. November 1851.

E. E. beehre ich mich in Vervollständigung meines gehorsamsten Schreibens von vorgestern[1]) und in Bezug auf das geehrte Reskript vom 20. c. die östreichischen Schritte dem

---

70. [1]) Bei Poschinger steht irrig: geeigneter.

[2]) Bezieht sich auf das oben S. 68 erwähnte Zerwürfnis zwischen König Friedrich Wilhelm IV. und dem König Wilhelm I. von Württemberg.

72. [1]) Gemeint ist das Schreiben vom 22. November, vgl. Nr. 70.

Zollverein gegenüber betreffend[2]) folgendes Resümé der Äußerungen des Herrn von Trott in einer gelegentlichen Unterhaltung mit mir zu geben.

Herr von Trott gab zu, daß durch Hock auf die westdeutschen Höfe in dem Sinne, wie Herr von Winzingerode mir dies mitgetheilt hat, zu wirken versucht werde, aber seines Erachtens ohne allen Erfolg. Er, Trott, sei zwar nicht eingeweiht in die Verhandlungen, die in Kassel durch den Grafen Hartig betrieben würden (das ist richtig, es gehn überhaupt wenig Verhandlungen durch Herrn von Trott), aber so viel scheine ihm nach seiner Kenntniß der heimischen Zustände gewiß, daß es unmöglich sei, Kassel durch Zollbarrieren von Preußen zu trennen, möge man Schwierigkeiten machen, wie man wolle, und selbst S. K. H. der Kurfürst habe nicht „Einfluß" genug, um das in Hessen durchzusetzen. Man werde ihn in Wien[3]) bearbeiten, aber er werde sich damit entschuldigen, daß er das nicht verstehe. Herr von Trott habe Sr. K. H. mit Andern dringend zugeredet, von Wien auch nach Berlin zu gehn, der Kurfürst darauf verdrießlich erwiedert: „Sie wollen mich wie einen Mantelsack in der Welt umherschicken", schließlich aber doch die Aussicht gelassen, daß er nach Berlin gehn werde. Die Details der östreichischen Anerbietungen wollte Herr v. Tr. nicht kennen, worin ich ihm, wie schon gesagt, Glauben beimesse. Ich ließ dabei einfließen, daß Preußen diese Frage sehr ernst nehme, und die Haltung der Hessischen Regirung in derselben nothwendig von Einfluß sein werde auf die Geneigtheit Preußens, den Hessischen Wünschen auf andern Gebieten zu willfahren. Die Geldverlegenheit in den kurfürstlichen Kassen hat den höchsten Grad erreicht.

Der badische Gesandte Herr v. Marschall hat mir über dieselbe Angelegenheit gesagt, daß Hock theils bei eigner Anwesenheit in Carlsruh mit dem Großherzog K. H. und den Ministern, theils durch den hier bei der Militär-Commission bevollmächtigten Obristen von Krieg, ehemaligen Flügeladjudanten, Verhandlungen gegen den Zollverein entamirt habe, denen im Ministerium Herr von Rüdt allerdings zugänglich sei; über die Details konnte oder wollte er sich nicht aussprechen. Nur gab er zu, daß man in Carlsruh über die Absichten der Höfe von Darmstadt und Kassel beunruhigende und unwahre Vorstellungen zu verbreiten suche. Er glaube aber nicht, daß ein Einziger der bisherigen Zollvereinsstaaten seinen Beitritt zu dem Vertrag mit Hanover versagen werde, wenn Preußen und Hanover fest blieben. In dem neuen Hanoverschen Cabinet ist Windhorst[4]) ein übles ultramontanes Element, wie ich höre. Thun ist sehr glücklich über den dortigen Ministerwechsel; er war durch Langenau schon vorgestern telegraphisch davon unterrichtet. Rudloff hat viel Verwandte und Freunde in Hanover, ich glaube, daß er E. E. nützliche renseignements über das jetzige Terrain daselbst liefern könnte, wenn er unter der Hand auf einige Wochen hingeschickt würde. Ein von ihm nachzusuchender Urlaub behufs des Besuchs seiner Familie würde einen unverdächtigen Vorwand dazu geben können.

Der Prinz August von Würtemberg, der zum Besuch in Biberich ist und von Stuttgart kommt, hat mir durch Herrn von Reinhard den Wunsch ausdrücken lassen, mich zu sprechen. Er wird am 30. von hier nach Berlin reisen, ich selbst gedenke am Sonn-

---

[2]) Manteuffel sprach darin den Wunsch aus, zu erfahren, welche Stellung der Kurfürst Friedrich Wilhelm I. von Hessen zur Zollsache einnähme und welche Anforderungen Oesterreich in dieser Beziehung diesem jetzt nach Wien reisenden Fürsten stelle.

[3]) Der Kurfürst wollte in Wien die Erhebung seiner Gemahlin, der Gräfin von Schaumburg, und ihrer Nachkommenschaft in den österreichischen Fürstenstand erwirken.

[4]) Am 22. November 1851 war in Hannover ein neues Ministerium gebildet worden, in welchem Ludwig Windthorst, der spätere Zentrumsführer im deutschen Reichstag und preußischen Abgeordnetenhause, das Ministerium der Justiz übernahm.

abend[5]) Abend, E. E. Befehl gemäß[6]), von hier abzureisen, sodaß ich am Sonntag spät mich persönlich werde vorstellen können.

Wir haben heut eine lange Sitzung gehabt, worüber morgen der Immediatbericht abgeht. Wichtiges kam außer dem Vortrag über die Flotte nicht vor. Die Post nöthigt mich zu schließen. In treuster Anhänglichkeit . . .

73. Privatschreiben an Minister v. Manteuffel.

[Eigenhändig.]

[Ende November 1851.]

E. E. geneigtes Reskript in Bezug auf die handelspolitischen Bemühungen Österreichs[1]) und das Privatschreiben vom 22.[2]) c. habe ich durch Graf Stolberg zu erhalten die Ehre gehabt. Bei Gelegenheit einer Besprechung mit Graf Thun über die Hamburger Sache habe ich heut früh, in der Form einer rein privativen Expectoration, ihm die, nach meinem Dafürhalten unausbleiblichen beklagenswerthen Folgen entwickelt, welche die aggressive Politik Österreichs gegen den Zollverein nach sich ziehn müsse. Er antwortete mir, mit dem Tone freundschaftlicher Offenheit, im résumé ungefähr Folgendes: Die unverhältnißmäßigen Opfer, welche Preußen in dem Vertrage vom 7. September gebracht habe, seien der beste Beweis, daß es sich bei demselben weniger um die commercielle als um die politische Bedeutung handle. Wenn ich annähme, daß er ein ebenso guter Österreicher sei als ich Preuße, so werde ich es natürlich finden, daß er es billige, wenn seine Regirung alles daransetze, um zu verhindern, daß Österreich in noch schrofferer Weise, als früher vom Zollverein, von einer neuen, das ganze übrige Deutschland umfassenden Corporation ausgeschlossen werde. In Wien sei man weit davon entfernt, den Zollverein zerstören zu wollen, nur müsse derselbe Basen annehmen, die einen Beitritt Österreichs, wenn nicht sofort ermöglichten, doch anbahnten. Den Zweck, die Zoll- und Handelsgesetzgebung auf den Bund zu übertragen, gestand er ein, und fand ihn ganz natürlich für Österreich; auch läugnete er keineswegs, Hock mit entsprechenden Aufträgen an die westdeutschen Höfe gesandt zu haben; er bedauerte, daß Preußen in dem Bunde nur ein Polizei- und Militär-Institut wolle. Ein überwiegender Einfluß Österreichs in Deutschland liege in der Natur der Dinge, solange Österreich ohne Selbstsucht sich Deutschland hingebe; breche es die letztre Bedingung, so werde Preußen an Österreichs Stelle treten, halte es jene Bedingung, so sei Preußens Aufgabe eine gleiche, mit Österreich gemeinsame Hingabe für die Interessen der Gesammtheit. Solange das gegenseitige Verhältniß nicht frei von partikularistischer Eifersucht sei, könne das jetzige gute Einvernehmen nicht ein Friede, sondern nur ein Waffenstillstand genannt werden. Er sprach wie Posa und entwickelte großdeutsche Schwärmerei; ich vervollständigte seinen Ideengang dahin, daß[3]) die Existenz Preußens, und noch weiter der Reformation, ein bedauerliches Factum sei, wir beide könnten es aber nicht ändern, und müßten nach Thatsachen, aber nicht nach Idealen rechnen, und ich bäte ihn zu überlegen, ob die Resultate, die Österreich auf den Hock'schen Wegen *wirklich* er-

---

[5]) 29. November.

[6]) Manteuffel hatte B. telegraphisch auf Montag, den 1. Dezember nach Berlin berufen.

[1]) Reskript vom 24. November, in dem auf die schädlichen Folgen des aggressiven Verhaltens Österreichs hingewiesen wurde.

[2]) Gemeint ist das Schreiben Manteuffels vom 23. November, abgedruckt Anh. z. d. G. u. E. II 36 ff.

[3]) Bei Poschinger folgt eingeschoben: danach.

reichen werde, die Annehmlichkeit des preußischen Bündnisses aufwiegen würden; denn ein Preußen, welches, wie er sich ausdrückte, „der Erbschaft Friedrichs des Großen entsagte", um sich seiner wahren providentiellen Bestimmung als Reichs-Erz-Kämmerer hingeben zu können, bestehe in Europa nicht, und ehe ich zu einer derartigen Politik zu Hause riethe, würde die[4]) Entscheidung durch den Degen vorhergehn müssen. Er verglich Preußen mit einem Manne, der Einmal das Loos von 100 000 Thlr. gewonnen hat und nun seinen Haushalt auf die jährliche Wiederkehr dieses Ereignisses einrichte. Ich erwiderte ihm, wenn diese Ansichten in Wien so klar wären wie bei ihm, so sähe ich allerdings voraus, daß Preußen nochmals in der bewußten Lotterie werde setzen müssen; ob es gewinnen werde, stehe bei Gott. Unsre Unterhaltung wurde im Ganzen in mehr scherzhaftem Tone geführt, und verlor nicht den Character objectiver freundschaftlicher Betrachtung; bei mir aber hat sie die Überzeugung befestigt, daß Östreich die Bedeutung unsres Bündnisses oder unsrer Abneigung empfinden muß, ehe es den Werth davon einsehn oder nach dieser Einsicht handeln wird. Thun ist stets in seinen Meinungen das Daguerrotyp seines Chefs[5]), und ich zweifle nicht, daß letztrer seine Politik in dem Sinne gegen Thun entwickelt hat, wie dieser heut gegen mich. Ich darf E. E. wohl g. bitten, von dem Vorstehenden keinen Gebrauch zu machen, der Graf Thun unangenehm sein oder zu seiner Kenntniß kommen könnte, da er sonst die, ich möchte sagen, jugendliche Offenheit bereuen würde, mit der er zu sprechen pflegt, wenn ich den Ton von Cavalier gegen Cavalier anschlage, und er grade bei gefühlvoller Laune ist, was ihn nicht hindert, bei andern Gelegenheiten wieder bauernschlau und insidiös zu sein. Mündlich werde ich mir einen detaillirteren Bericht erlauben.

Der Baron Nell ist, als er den Tod Ernst August's erfahren hat, sehr erfreut gewesen, und hat seinem Sohne gesagt: Nun haben wir gewonnen Spiel.

Für heut zwingt mich wieder die Poststunde zum Schluß; die Ausschußsitzungen nehmen täglich den besten Theil des Tages. In treuster Anhänglichkeit . . .

74. Privatschreiben an Legationsrat Wentzel.

[Eigenhändig.]

Berlin, 2. Dezember 1851[1]).

In Eile. Es ist von Oestreich eine Note mit einer Einladung zu den Handelsconferenzen in Wien hier eingegangen. Sie wird ablehnend unter Hinweisung auf die hier zu eröffnenden Verhandlungen beantwortet werden. Hanover hat seine Antwort bis zum Bekanntwerden der unsrigen verschoben. Wenn Sie Gelegenheit haben, so lassen Sie gegen einen oder den andern meiner Collegen das Vorstehende, als Ihrer Ansicht nach unzweifelhaft, transpiriren. Die Auspicien des Vertrags mit Hanover stehn gut, besser, als man in Frankfurt und Umgegend verbreitet. Ich bitte Sie meiner Frau zu sagen, daß Canitz am Donnerstag oder Freitag Abend in Frankfurt eintrifft und ich ihm unser Fremdenzimmer angeboten habe. Weitres schreibe ich durch Canitz. Viel Grüße an die andern Herrn. Der Ihrige . .

---

[4]) Poschinger hat irrig: eine.
[5]) Fürst Schwarzenberg.
[1]) Nach dem Abdruck im Bismarckjahrbuch V. S. 3. Bismarck war am 1. Dezember in Berlin eingetroffen.

75. Privatschreiben an Legationsrat Wentzel.

[Eigenhändig.]

Berlin, 3. Dezember 1851[1]).

Heut ist hier in der Ministerial-Conferenz beschlossen worden, Oestreich auf die Einladung zum 2. Januar eine Antwort zu geben, welche vollkommen anerkennt, wie wünschenswerth eine allgemeine Zolleinigung und wie erfreulich die desfallsigen Bestrebungen des Wiener Cabinets seien; eine andre Frage sei der zu wählende Zeitpunkt, in welchem dem vorschwebenden Ziel näher getreten werden könne; den jetzigen halte die K. Regirung nicht für geeignet, indem sie erst die Verhandlungen mit Hanover und den Zollvereinsstaaten zu einem Abschluß führen müsse; sie bedaure daher, einen Bevollmächtigten nach Wien nicht schicken zu können. Die Zusammenberufung der Vereinsdeputirten nach Berlin wird in sehr kurzer Frist, vielleicht gleichzeitig mit Wien erfolgen, und man wird hier verhandeln mit denen, die erscheinen, seien es viel oder wenige. Wegen Feststellung des Termins werden noch in dieser Woche Verhandlungen mit Hanover gepflogen. Klenze war heut mit mir beim König. In der Presse kann der Wiener Handelsvertrag immerhin angegriffen werden, namentlich aus dem Gesichtspunkte, daß Östreich vorschlägt, sich eine Mitwirkung im Zollverein und Veto in demselben auszubedingen, ohne selbst dazu zu gehören. Es will dagegen dem Zollverein auch Einfluß auf die östreichische Zollgesetzgebung einräumen. Schlauköpfe. Den Inhalt der umstehenden Seite lassen Sie in ungezwungener Weise und gelegentlich zur Kenntniß der Gesandten gelangen, mit denen Sie zusammentreffen, ohne eine offizielle Mittheilung daraus zu machen. Auch wird es passend sein, gegen Bayern, Hansestädte, Oldenburg pp. pp. die Andeutung fallen zu lassen, daß wir uns aus der Annahme der Centralpolizei-Vorschläge in ihrer jetzigen Gestalt nicht viel machen. Mit Eisendecher läßt sich auch davon reden, daß wir laut Anlage[2]) der Idee einer Zollvereinsflotte nicht abgeneigt sind. Die Pariser Nachrichten[3]) werden hier mit heitrer Ruhe aufgenommen. Rüstungen beabsichtigt man nicht. Was will er aber mit den verhafteten Parteichefs?[4]) wenn er sie nicht hängt, so sind sie im Gefängniß gefährlicher als draußen.

Viel Grüße an alle. Von meiner Frau habe ich noch keine Nachricht; ehe die nicht eingeht, besorge ich keine Commissionen. Ich kehre über Hanover zurück, und schwerlich vor Sonntag.[5]) Der Ihrige . . .

76. Telegramm an Legationsrat Wentzel.

[Konzept.]

Berlin, 4. Dezember 1851.

Der General v. Schreckenstein ist im Begriff abzureisen. Ich selbst kann erst in einigen Tagen. Die Pariser Nachrichten scheinen in Frankfurt[1]) mehr Aufregung zu verur-

75. [1]) Nach dem Abdruck im Bismarckjahrbuch V S. 3 f.
[2]) Nicht bekannt.
[3]) Staatsstreich des Präsidenten der Republik Louis Napoleon vom 2. Dezember.
[4]) Der Präsident hatte in der Nacht vom 1. auf den 2. Dezember viele Repräsentanten der Nationalversammlung verhaften lassen.
[5]) 7. Dezember.

76. [1]) „In Frankfurt" korrigiert aus „bei Ihnen". Einer telegraphischen Mitteilung Wentzels an Bismarck zufolge wurden in Frankfurt Unruhen befürchtet. Die Führer der Umsturzpartei hatten, so hieß es, eine Proskriptionsliste entworfen.

sachen als angemessen und wünschenswert ist. In bezug auf mein Haus bitte ich keine Sicherheitsmaßregeln anzuordnen.

*77. Bericht an Minister v. Manteuffel.

[Konzept.]

8. Dezember 1851.

E. E. habe ich mich beehrt unterm gestrigen Tage über den in der Bundestagssitzung vom 6. d. M. beschlossenen Erlaß einer Note an Lord Cowley wegen des verbrecherischen Treibens der politischen Flüchtlinge in England g. Bericht zu erstatten.

Nach der mir durch Graf Thun über jene Sitzung gemachten Mitteilung,[1]) „daß die Note beschlossen sei", glaubte ich annehmen zu müssen, derselbe habe die E. E. von mir bereits überreichte Note der Bundesversammlung vorgelegt und diese habe sich mit der Fassung derselben einverstanden erklärt. Dies ist indessen nicht geschehen. Mehrere Bundestagsgesandte, mit welchen ich gestern nach Abgang meines Berichtes die Sache besprach, haben mir vielmehr mitgeteilt, daß Freiherr v. Fritsch, um seine Stimme abgeben zu können, die Vorlegung der Note, deren Form und Fassung man vorher kennen müsse, verlangt, daß aber Graf Thun, obwohl dieser Wunsch auch von anderer Seite geteilt sei, erklärt habe, ihm stehe als Präsidium der Verkehr mit den Gesandten auswärtiger Staaten zu und deshalb sei die Fassung der Note allein seine Sache. Auf eine Erörterung der Frage, ob dem Präsidium ein solches Recht zustehe, wollten sich auch diejenigen Gesandten, die sich sonst am meisten in der Opposition gegen Graf Thun befinden, ohne Beisein des K. preuß. Gesandten nicht einlassen. Graf Thun und Baron Brenner scheinen es tatsächlich vermieden zu haben, jenen Zwischenfall zu meiner Kenntnis zu bringen. Sowohl Freiherr v. Fritsch als der K. niederländische Gesandte sagten mir, die Note wäre, wenn man sie der Bundesversammlung vorgelegt hätte, fast einstimmig beschlossen worden, man hätte aber um so mehr Anstand nehmen müssen, dieselbe, ohne sie zu kennen, zu genehmigen, als frühere Eröffnungen des Grafen Thun an Lord Cowley eine große Gereiztheit nicht hätten verkennen lassen, weshalb sie seitens der Bundesversammlung in der Fassung hätten sehr gemildert werden müssen.

Auf die Bemerkung, daß sich insbesondere Preußen das von Graf Thun ausgesprochene Prinzip nicht könne gefallen lassen, erklärte ich, daß der vorliegende Fall für Preußen ohne Präjudiz sei, da einerseits der Antrag wegen des Erlasses der fraglichen Note von der preußischen und österreichischen Regierung gemeinschaftlich ausgehe und die Note selbst von dem K. Bundestagsgesandten vor seiner Abreise von hier geprüft und genehmigt worden, andrerseits aber ein preußischer Gesandter bei der fraglichen Erklärung des Grafen Thun nicht gegenwärtig gewesen sei.

Graf Thun hat dadurch, daß er die Note nicht vorgelegt, sehr angestoßen und jedenfalls der Sache sehr geschadet. Da er auch nachträglich die von ihm erlassene Note der Bundesversammlung nicht mitteilt, so äußerte der K. niederländische Bundestagsgesandte, es würde nichts übrig bleiben, als sich durch Lord Cowley die Note mitteilen zu lassen, welche an ihn im Namen der Bundesversammlung von dem Präsidium erlassen sei. Ich erwähnte zwar, daß ich Abschrift der Note besäße, wollte aber unaufgefordert mich nicht

[1]) Bismarck war während der Sitzung am 6. noch in Berlin.

zur Erteilung einer Kopie erbieten, da man mir leicht hätte entgegnen können, man habe keine Garantie dafür, daß meine Abschrift mit dem Original übereinstimme.

In ähnlichen Fällen hat Graf Thun den Inhalt der zu erlassenden Noten in extenso der Bundesversammlung vorgelegt, und diese hat demnächst durch Bundesbeschluß das Präsidium ersucht, eine Note des angegebenen Inhalts zu erlassen, wie z. B. bei Gelegenheit des Protestes von Großbritannien und Frankreich gegen den Gesamteintritt von Preußen und Österreich in den Deutschen Bund sowie bei Mitteilung der Gladestoneschen Pamphlete durch Lord Cowley (Bundestagssitzung vom 17. Juli c. § 79 und vom 20. September c. § 147). Eine solche ausführliche Mitteilung des ganzen Inhalts würde die Bundesversammlung nach dem Bundesbeschluß vom 12. Juni 1817, 34. Sitzung § 227, die auswärtigen Verhältnisse des Deutschen Bundes betreffend, auch in dem vorliegenden Falle haben verlangen können.

*78. Bericht an Minister v. Manteuffel.

[Ausfertigung.]

16. Dezember 1851.

Infolge E. E. h. Erlasses vom 6. d. M., die Waldeckesche Verfassungssache betreffend,[1]) habe ich es mir angelegen sein lassen, nähere Erkundigung über die Persönlichkeit des Begleiters des Fürsten von Waldeck, Geh. Justizrats von Stockhausen, einzuziehen.

Soviel ich darüber in Erfahrung gebracht, habe ich das Urteil bestätigt gefunden, welches Herr v. Thile in seinem Bericht vom 30. v. M. über denselben abgiebt. Herr v. Stockhausen ist mir als ein ehrenwerter und loyaler Mann geschildert worden, der aber entschieden der gothaischen Partei angehört und in konstitutionellen Ideen befangen ist. Er übt einen großen Einfluß auf den Fürsten aus und soll die Ursache sein, daß dieser es auf jede Weise vermeidet, über die politischen Angelegenheiten des Landes mit seiner Mutter zu sprechen. Er ist übrigens, wie mir gesagt wird, uneigennützig und sucht weder Einfluß noch Ehren. Man achtet es an ihm, daß er es auf das bestimmteste abgelehnt hat, bei der Übernahme der Regierung seitens des jungen Fürsten in den Staatsdienst zurückzutreten. Gelänge es, ihn von der Person des Fürsten zu entfernen, so wird nicht befürchtet, daß er durch Intrige seinen Einfluß auf den Fürsten fortzusetzen suchen würde.

79. Bericht vom 18. Dezember 1851 an Minister v. Manteuffel, betr. Veröffentlichung der Bundestagsverhandlungen. — Vgl. Poschinger I Nr. 32.

80. Privatschreiben an Minister v. Manteuffel.

[Eigenhändig.]

18. Dezember 1851.

E. E. habe ich die Ehre, heut einen Bericht über das bisherige Resultat der Veröffentlichung der Bundestags-Verhandlungen zu überreichen.[1])

78. [1]) Darin schrieb der Minister, es würde ihm von Interesse sein, wenn er über die Persönlichkeit des Herrn v. Stockhausen, der den jungen Fürsten von Waldeck nach Berlin begleiten sollte, Auskunft erhalten könnte.

80. [1]) Vgl. Nr. 79

Ich hatte trotz mannichfacher Erfahrungen nicht geglaubt, daß Graf Thun der Unbesonnenheit des Herrn von Reinhart so freien Spielraum in der Redaction der Veröffentlichungen lassen werde, wie es die Proben beweisen. Der ganze Bericht über den handelspolitischen Entwurf enthält sehr wenig aus der Sitzung, von welcher er Rechenschaft geben soll, dagegen eine lange Verherrlichung der bundestäglichen Absichten in Bezug auf die Einführung eines allgemeinen deutschen See- und Handelsrechtes, eines einheitlichen Maaß-, Münz- und Gewichtssystems und die Befriedigung andrer wirklich vorhandnen Bedürfnisse, in keiner andern Absicht, als um bei der voraussichtlichen Ablehnung durch Preußen andeuten zu können, daß wir die Schuld des Nichtzustandekommens derartiger Pläne trügen. Ich habe den Herrn von Marschall und von Fritsche Vorhaltungen darüber gemacht, daß sie als Ausschußmitglieder dergleichen haben passiren lassen; aber Herr von Fritsche hat nicht die Schärfe des Verstandes, um das Verfängliche ohne Beihülfe eines Andern zu erkennen und eigne Einwendungen geltend zu machen, und Herr von Marschall ist, gleich seiner Regirung, zu sehr in der Furcht vor revolutionären Gefahren und vor dem Ausbleiben des bereitesten Beistandes bei Eintritt derselben befangen, um bei Divergenzen zwischen Östreich und Preußen entschieden gegen die Wünsche des Einen wie des Andern aufzutreten. Ich werde E. E. morgen Bericht erstatten über die Befürchtungen, welche er gegen Graf Thun und gegen mich in Bezug auf Einfälle aus der Schweiz und Frankreich an den Tag gelegt hat, und über das Begehren nach dem Beistande der beiden Großmächte, welches die badische Regirung daran knüpft. Graf Thun nahm meine vertraulich angebrachten Gravamina über die Redaction der Veröffentlichungen mit dem gewöhnlichen naiven Erstaunen darüber auf, daß wir in dem Inhalte derselben irgend etwas nicht vollkommen natürliches und unverfängliches finden könnten. Ich habe ihm in Aussicht gestellt, daß von unsrer Seite eine entschiedne Verwahrung gegen das Verfahren des Ausschusses sowohl im Bundestage als in öffentlichen Blättern erfolgen werde, und er schien an dieser Eventualität auch keinen Anstoß zu nehmen, that vielmehr, als ob er der Sache keine Wichtigkeit beilege. Mir scheint es dringend nothwendig, dergleichen kleinlichen Übervortheilungen[2]) kräftig entgegenzutreten, und würde ich, wenn E. E. es nicht anders auf telegraphischem Wege bestimmen, in der nächsten Sitzung eine offizielle Verwahrung dagegen einlegen, daß man dem Bundesbeschluß[3]) wegen der Veröffentlichung eine rückwirkende Kroft giebt, indem man die ältern Verhandlungen in ihren Kreis zieht und seine Gränzen überschreitet, indem man ganz andre Dinge als das Resumé der jedesmaligen Sitzung hinein bringt. Gleichzeitig würde ich es rügen, daß in den amtlichen Publicationen ohne Noth von Bundestags-Sitzungen und Beschlüssen aus der Zeit vor dem Wiedereintritt Preußens gesprochen wird.[4]) Die nächste Sitzung kann frühstens übermorgen sein, und würde ein telegraphischer Gegenbefehl mich auch dann noch rechtzeitig erreichen, wenn er unmittelbar nach Empfang dieses g. Schreibens abginge.[5])

Die Abstimmung in der Flottenfrage will Graf Thun um etwa 8 Tage verschieben, vermuthlich um über die neuen hanoverschen Vorschläge, wie sie an alle Regirungen ergangen sind, die Instruction von Wien und die Verständigung mit den anderen Regirungen abzuwarten.

---

[2]) Poschinger druckt: Überraschungen.
[3]) Poschinger hat irrig: Ausschuß.
[4]) Tags darauf berichtigt B. telegraphisch diese Mitteilung. Die Ausdrücke bezögen sich auf die Dresdener Sitzungen.
[5]) Poschinger hat irrig: einginge.

Mit Spannung sehn wir den Ergebnissen der Kammerverhandlungen in Hanover über den 7. September entgegen. Herr von Nostiz (Sachsen) wiederholte mir gestern in einer vertraulichen Besprechung, daß Sachsen erstaunlich „dumm" sein müßte, wenn sie es zu einer Sprengung des Zollvereins kommen ließen; das sei auch nie ihre ernstliche Absicht gewesen, nur sei ihnen der neue hanover-Preußische Tarif zu niedrig, und die Verletztheit wegen der heimlichen Schließung des Vertrages vom 7. September noch nicht geschwunden. Sollte die handelspolitische Abstimmung vor Empfang der noch rückständigen schriftlichen Instruction erfolgen, so würde ich, laut erhaltner mündlicher Weisung, „zur Zeit" pure ablehnend stimmen, wegen der jetzigen Lage der Zollvereins-Verhandlungen. In treuster Anhänglichkeit . . . .

*81. Bericht an Minister v. Manteuffel.

[Ausfertigung.]

20. Dezember 1851.

Indem ich mir den ausführlicheren Bericht über die nach fünfstündiger Dauer eben beendigte Sitzung vorbehalte, beehre ich mich E. E. eine Abschrift der von mir in bezug auf die Publikationen der Bundestagsverhandlungen eingereichten Erklärung[1]) g. zu übersenden. Dieses Aktenstück veranlaßte eine lebhafte und länger als zwei Stunden dauernde Debatte, die sich von seiten der Mitglieder des Redaktionsausschusses vorzugsweise in dem Argument konzentrierte, daß unter dem Ausdruck „einer jeden Sitzung" in dem Beschluß vom 7. November c. eben alle Sitzungen seit der gemeinsamen Beschickung des Bundestages in ihrer Gesamtheit zu verstehen seien. Graf Thun forderte demnächst die Bundesversammlung auf zu entscheiden, ob der Ausschuß seine Befugnisse überschritten habe, mit dem Zusatz, daß, wenn eine solche Abstimmung gar nicht oder nicht in seinem Sinne erfolge, weder er noch die übrigen Mitglieder des Ausschusses demselben ferner angehören könnten. Nach längerer Debatte über die Zulässigkeit einer solchen Abstimmung, in welcher, wie in der Hauptfrage, namentlich Herr von Scherff sich lebhaft im Sinne meiner Auffassung beteiligte, wurde seitens des Gesandten der Freien Städte an mich die persönliche Bitte gestellt, diese Besprechung als eine vertrauliche zu betrachten und auf die Aufnahme meiner Verwahrung in das Protokoll zu verzichten.

Nachdem sich diesem Wunsche des Bürgermeisters Brehmer in gleicher Weise die Gesandten von Oldenburg, Mecklenburg, Weimar, Luxemburg und Königreich Sachsen angeschlossen hatten und Graf Thun in demselben Sinne mir anheimstellte, die unausbleibliche und schwere Spaltung in der Versammlung, welche die Folge meines Verfahrens sein werde, nicht eintreten zu lassen, so erklärte ich meinerseits, daß ich meine Einwilligung zu dem Wunsche des Gesandten von Lübeck ohne fernere Instruktion meiner ah. Regierung nicht geben könne, aber bereit sei, dieselbe einzuholen, wenn mir das Protokoll offen gehalten würde.

Daß die Abstimmung nach der oben angeführten Erklärung des Grafen Thun eine Billigung des Verfahrens des Ausschusses ergeben haben würde, ist unzweifelhaft, obwohl sich die Mehrzahl der Gesandten der Überzeugung nicht verschließen konnte, daß meine Verwahrung im formellen Recht begründet sei und die Gegenargumente sich auf gezwungene Interpretationen basierten.

---

[1]) In dieser wurde Kritik an der Art der Veröffentlichung der Bundesverhandlungen seitens des dazu gewählten Ausschusses geübt

Ich stelle E. E. g. anheim, mich zu autorisieren, daß ich abwarte, ob die Versicherung mehrerer meiner Kollegen, daß durch den höchst peinlichen Eindruck dieser Diskussion der von mir beabsichtigte Zweck für die Zukunft jedenfalls erreicht sein werde, sich durch die Erfahrung bewahrheitet. Ich hoffe es, obschon es mir auffällig war, daß Graf Thun dem von einem der Gesandten genehmigten Vorschlage, die Veröffentlichungen vor ihrem Abdruck dem preußischen Gesandten und ev. andern Beteiligten zuzustellen, in fast leidenschaftlicher Weise mit der Bemerkung entgegentrat, daß die Frage, ob die Publikationen der Beurteilung des Bundestages vor ihrem Erscheinen unterworfen werden sollten, wie dies die preußische Abstimmung vom 7. November c. verlangte, längst verneinend entschieden sei und der Ausschuß allein zu ermessen habe, was gedruckt werden solle. Befehlen E. E. indessen, daß ich die vorliegende Verwahrung in das heutige Protokoll aufnehmen lasse, so bitte ich um gen. telegraphischen Bescheid, damit ich vor der Unterschrift des Protokolls demselben nachkommen kann.

In der kritischen Beleuchtung des angefochtenen Resumés durch die öffentlichen Blätter werde ich jedenfalls bis auf weiteres fortfahren lassen.

P. S. Die Ernennung des Kanzleidirektors v. Bothmer in Celle zum hannoverschen Bundestagsgesandten[2]) ist Herrn v. Nostitz als substituiertem Gesandten Hannovers bereits zugegangen.

82. Bericht vom 22. Dezember 1851 an König Friedrich Wilhelm IV., betr. die Veröffentlichung der Bundestags-Verhandlungen. — Vgl. Poschinger I Nr. 34.

83. Bericht an Minister v. Manteuffel.

[Ausfertigung.]

22. Dezember 1851.

Auf E. E. geehrtes Reskript vom 18. c.,[1]) das mutmaßliche Verfahren der kurhessischen Regierung in der Zollvereinsfrage betreffend, beehre ich mich vorläufig g. zu berichten, daß nach einer Unterhaltung, die ich gelegentlich mit Herrn von Trott gehabt habe, bei Sr. K. H. dem Kurfürsten allerdings die Disposition vorherrscht, sich in allen zwiespältigen Fragen der deutschen Politik für Österreich und gegen Preußen zu erklären, wie das auch anderweit E. E. bekannt sein dürfte. Ohne die vertrauliche Äußerung des Herrn von Trott, daß der Einfluß Sr. K. H. auf die Staatsgeschäfte nicht groß genug sei, um eine Losreißung Kurhessens vom Zollverbande durchzusetzen, für vollkommen durchgreifend anzusehen, glaube ich doch dessen gewiß zu sein, daß die Kalamität, welche für das Land in einer Sprengung des Zollvereins liegen würde, dem Widerstande, welchen ein solcher Plan in dem handeltreibenden Publikum und in dem Beamtenstande[2]) finden würde, große Kraft verleihen muß. Ich werde morgen und übermorgen einige Besprechungen haben, von denen ich hoffe, daß sie mir zu genauerer Berichterstattung in dieser Beziehung Stoff geben werden.

---

[2]) An Stelle des zum Präsidenten des hannoverschen Ministeriums berufenen Herrn v Schele.

[1]) Manteuffel bat darin um eine Mitteilung über die in Cassel augenblicklich in bezug auf die weitere Entwicklung der Zollvereinsverhältnisse vorwaltende Stimmung.

[2]) Vorlage hat irrig: Beamtenstaate.

Einstweilen scheint mir, daß der K. Regierung ein Coercitio dem hessischen Gouvernement gegenüber zu Gebote steht, welches sich auf das Bedürfnis der preußischen Unterstützung beim Bundestage behufs der Regelung der kurhessischen Verfassungs-Angelegenheit gründet. Die landesherrlichen Kassen sind vollständig geleert, und gerät die Regierung durch jede Verzögerung der Einführung der neuen Verfassung in größere Verlegenheit. Ich erlaube mir daher unmaßgeblich vorzuschlagen, jeder Beschleunigung dieser Angelegenheit, soweit es ohne Auffälligkeit möglich sein wird, entgegenzuwirken, solange Kurhessen auf dem Bundestage wie in der Handelspolitik seine jetzige rücksichtslos oppositionelle Richtung gegen Preußen beibehält. Zu diesem Behuf bitte ich g., mir geneigtest gestatten zu wollen, daß ich dem Grafen Thun noch nicht das volle Einverständnis der K. Regierung mit den an den Bundestag zu bringenden Vorschlägen bekanntgebe. Ich habe dies bisher nur soweit getan, daß ich einstweilen die abweichende preußische Ansicht festgehalten habe, welche dahin ging, daß die vorgeschlagene Verfassung nicht definitiv, sondern nur provisorisch und vorbehaltlich der gutachtlichen Äußerung der einzuberufenden Ständeversammlung mit der Billigung des Bundestages zu versehen sei, ohne von der am Schluß des verehrten Reskripts vom 9. c. erteilten Autorisation, auch diesen Differenzpunkt fallen zu lassen, bis jetzt Gebrauch zu machen. Ich darf mich der Hoffnung hingeben, unter den obwaltenden Umständen E. E. hohe Genehmigung zu erhalten zu diesem von mir eingeschlagenen Verfahren.

In bezug auf den Bericht des Herrn von Thile vom 11. c. bemerke ich für heute, daß die Cassseler Zeitung, namentlich in ihren raisonnierenden Artikeln hier mehr für ein Organ der österreichischen, wie der hessischen Regierung gilt, welches ich mit seiner leidenschaftlichen Opposition gegen jede Regung der preußischen Politik als einen zuverlässigen Barometer dessen, was in Hessen wirklich geschehen wird, nicht betrachten zu können glaube. Die Cassseler Zeitung versieht in noch höherem Maße als die Freimütige Sachsen-Zeitung in der österreichischen Politik gewissermaßen die Art von Vorpostendienst, die der geringern Gattung von Kroaten und Kosacken in den betreffenden Armeen zuzufallen pflegt.

84. Bericht an Minister v. Manteuffel.

[Ausfertigung.]

22. Dezember 1851.

Die Erwartungen, welche die badische Regierung an das von ihr gewünschte Einschreiten Preußens und Österreichs gegen die Schweiz aus Anlaß des dortigen Treibens der politischen Flüchtlinge knüpfe, gingen bis zu einer eventuellen Besetzung der diesseits des Rheins belegenen schweizerischen Gebietsteile durch Truppen des Deutschen Bundes.

Abgesehen davon, daß im Verlauf des nächsten Jahres der Zustand der Dinge in Frankreich sich mit Leichtigkeit so gestalten kann, daß den dortigen Machthabern jeder Vorwand zum Kriege, der den Charakter einer von Deutschland ausgehenden Provokation hätte, sehr willkommen sein würde, und daß danach die Konsequenzen eines solchen Schrittes des Deutschen Bundes möglicherweise mit dem zu erreichenden Nutzen ganz außer Verhältnis sein könnten, hat sich mir bei den Verhandlungen der Bundesversammlung die Überzeugung aufdrängen müssen, daß die badische Regierung, welchen Wert sie auch im Augenblicke der Gefahr auf die preußische Hülfe legen mag, doch wenig geneigt ist, dasjenige Äquivalent, welches Preußen für seinen Schutz erwarten dürfte, zu gewähren.

Namentlich ist es mir aufgefallen, daß Herr von Rüdt sich vor kurzem in Begleitung des österreichischen Geschäftsträgers in Karlsruhe, Herrn v. Philippsberg, hierher begeben, dem Vernehmen nach mit dem Grafen Thun mehrfach konferiert hat, während der Freiherr v. Marschall mir gegenüber die Anwesenheit des Freiherrn v. Rüdt in Abrede stellte, unter dem Vorgeben, daß nur ein gleichnamiger Vetter des Ministers hier gewesen sei. Schon früher, namentlich aber seit dieser Zeit, glaube ich bemerkt zu haben, daß die Instruktionen des Herrn von Marschall eine Änderung erlitten haben müssen, indem das Auftreten desselben in der Bundesversammlung allmählich eine mehr antipreußische Färbung annimmt. Dieser und ähnlichen Erscheinungen bei den Gesandten kleinerer Staaten mit Erfolg entgegenzuwirken, ist für mich, und hier am Orte überhaupt, nicht möglich, da sich unter meinen Kollegen, den Grafen Thun mit eingerechnet, nach Abgang des Herrn von Schele kein einziger befindet, der seiner hiesigen Aufgabe eine Ausdehnung über die strikteſten Grenzen einer buchstäblich ausgeführten Instruktion hinaus zu geben sich autorisiert fühlte. Verhandlungen, welche auf politische Haltung und die Abstimmung eines Gesandten von Einfluß sein sollen, können daher nur mit den vollmachtgebenden Kabinetten direkt geführt werden, um so mehr, als sich höchstens bei einem oder zwei der Herrn Gesandten auch nur derjenige Grad von Einfluß auf ihre heimatlichen Verhältnisse finden würde, der erforderlich wäre, um durch sie auf ihre Vollmachtgeber zurückzuwirken. Eine Änderung in den für uns ungünstigen Majoritätsverhältnissen bei der Bundesversammlung kann ich mir nur von der konsequenten Befolgung des Systems versprechen, daß Preußen nur denjenigen deutschen Regierungen Rücksichtnahmen irgendeiner Art gewährt, welche solche zu verdienen bemüht sind. . . . .

85. Bericht vom 22. Dezember 1851 an Minister v. Manteuffel, betr. die Kosten der Exekution des Deutschen Bundes in Kurhessen. — Vgl. Poschinger I Nr. 37.

86. Bericht an Minister v. Manteuffel.

[Ausfertigung.][1])

22. Dezember 1851.

In der vorgestrigen Bundestagssitzung sind, wie E. E. aus dem heutigen Immediatbericht über dieselbe geneigtest entnehmen wollen, wiederum die beiden Fragen, in welchen augenblicklich die österreichische und die preußische Politik vorzugsweise sich kreuzen, Gegenstand längerer und lebhafterer Diskussion gewesen, nämlich die handelspolitische Angelegenheit und die Komptabilität der Flotte. Die Haltung des Wiener Kabinetts, seitdem Österreich durch die momentane Regelung seiner innern Zustände wieder in die Lage gekommen ist, an der deutschen Politik teilzunehmen, beweist im allgemeinen, daß der Fürst Schwarzenberg nicht damit zufrieden ist, die Stellung, welche die Bundesverfassung bis 1848 dem Kaiserstaat verlieh, lediglich wieder einzunehmen, daß er vielmehr den Umschwung, durch welchen Österreich dem Untergang nahegebracht war, als Grundlage für die Verwirklichung weit aussehender Pläne zu benutzen gedenkt, analog den Erscheinungen zu Anfang des 30jährigen Krieges, welche den Kaiser, kurz nachdem er in seiner eigenen Hofburg nicht sicher gewesen war, zum Herrn Deutschlands machten.

[1]) Das Konzept ist sehr stark von Bismarck durchkorrigiert, der Bericht von Manteuffel erst am 14. August 1855 zu den Akten gegeben.

Es ist natürlich, daß für jetzt auf dem Gebiete der bundestäglichen Verhandlungen der Kampf um die materielle und formelle Kräftigung der Stellung Österreichs in Deutschland, wenn nicht ausgefochten, so doch eingeleitet wird, und zwar mit Erfolg, denn im Fall einer etwaigen Divergenz zwischen Österreich und Preußen ist die Majorität der Bundesversammlung bei der jetzigen Sachlage für Österreich gesichert. Der Grund dieser Erscheinung dürfte im allgemeinen allerdings in einer mißtrauischen Gereiztheit zu finden sein, welche bei der Mehrzahl der mittleren deutschen Höfe gegenüber der preußischen Politik aus der Zeit nach der Märzrevolution zurückgeblieben ist. Man leiht dort den Insinuationen Österreichs ein geneigtes Ohr, daß Preußen schon nach seiner geographischen Lage bestrebt sein müsse, die Fürsten, deren Länder den preußischen Staat in Deutschland begrenzen, in ein Abhängigkeitsverhältnis irgendeiner Art zu bringen und zu diesem Behuf die Sympathien der Völker für die Einheit Deutschlands gegen die Fürsten auszubeuten, während Österreich den partikularistischen Souverainen mit der Aussicht schmeichelt, dieselben den eigenen Untertanen gegenüber möglichst unabhängig und selbstherrschend hinzustellen, und gleichzeitig darauf hinweist, daß die geographische Lage der kleineren Staaten zu Österreich es für letzteres unmöglich macht, ein Abhängigkeitsverhältnis herbeiführen zu wollen, durch welches das Maß der in der früheren Reichsverfassung gegebenen wesentlich überschritten würde. Die Erinnerung an dieses historische Verhältnis ist den meisten Fürstenhäusern weniger unwillkommen, als der Gedanke an preußische Suprematie.

Hierneben ist der Einfluß nicht gering anzuschlagen, der von den persönlichen Umgebungen der meisten deutschen Fürsten auf die letzteren geübt wird. Gewöhnlich gehören die einflußreichsten Personen an den deutschen Höfen einem Stande an, der für sich selbst mehr von einer österreichischen als von einer preußischen Entwicklung der deutschen Zustände hofft. Dazu kommt, daß eine große Anzahl der einflußreichsten Personen dieser Kategorie Söhne oder andere Angehörige in österreichischen Diensten haben und das Fortkommen derselben mit der eigenen Teilnahme für österreichische Politik verknüpft sehen. Es findet diese Betrachtung nicht bloß auf Süddeutschland, sondern auch auf Hessen, Mecklenburg und namentlich auch Hannover Anwendung.

Außer den bezeichneten Momenten, in welchen eine Änderung herbeizuführen weniger in unserer Macht liegt, fällt meiner Wahrnehmung nach noch das folgende schwer in die Wagschale. Die deutschen Staaten fürchten Österreich in seinen Repressalien, während sie sich zu Preußen unter allen Umständen einer versöhnlichen und wohlwollenden Behandlung versehen. So läßt sich beispielsweise Hannover von der Besorgnis influenzieren, daß Österreich aus dem Verhalten der hannoverschen Regierung in der Handelsfrage Veranlassung nehmen könne, der letzteren seine Unterstützung in rein politischen Sachen am Bundestage zu versagen. Kurhessen dagegen, welches der preußischen wie der österreichischen Unterstützung am Bundestage mindestens gleichmäßig bedarf, besorgt nicht, die erstere zu verlieren, wenn es in allen streitigen Fragen entschieden und offen gegen Preußen Partei nimmt.

Unsere Bundesgenossen sind daran gewöhnt, daß Österreich für seine Unterstützung wie für seine Anfeindung genau den Maßstab der Gegenseitigkeit nimmt und sich weder durch allgemeine Prinzipien noch durch das Recht vorkommenden Falls abhalten lassen würde, eine Wiedervergeltung gegen diejenigen zu üben, deren Unterstützung ausblieb, wo sie erwartet wurde.

In der Verfassung des Bundes finden sich natürlich die Übelstände wieder, welche von der Entscheidung durch Majoritäten stets unzertrennlich bleiben, indem Stimmen in einer

Frage durch Konzessionen in anderen geworben werden. Beispiele liegen in der Vorsicht, mit welcher Österreich in der Hamburger Verfassungsfrage oder in dem Bentinckschen Streit mit Oldenburg[2]) in der jetzigen handelspolitischen Krisis auftritt. Ich erlaube mir hierauf g. hinzuweisen in Anknüpfung an zwei Berichte vom heutigen Datum, deren einer sich auf die kurhessische Angelegenheit, der andere auf den Wunsch Badens, Schritte gegen die Schweiz zu tun, bezieht.

Die vorgestrigen Verhandlungen haben einen neuen Beweis geliefert, wie Österreich die Majorität, in welcher es sich im Bundestage befindet, ohne Rücksicht auf die formellen Garantien der Minorität, auszubeuten entschlossen ist; ein Verfahren, welches den Stiftern des Bundes keinesfalls als das Richtige vorgeschwebt haben wird, wenn Preußen damals einwilligte, den 34 Staaten, deren Gesamtbevölkerung hinter der preußischen zurückbleibt, 15 Stimmen unter 17 zu bewilligen und sich selbst mit einer zu begnügen.

In bezug auf die am 8. Juli beschlossene Vorschußumlage für die Flotte wurde meinem Wunsche, mir die Stelle des Bundesrechts zu bezeichnen, auf welche die Versammlung ihre Kompetenz zu begründen dächte, vom Grafen Thun und mehreren anderen Gesandten erwidert, daß es dessen nicht bedürfe; der Bundestag sei kompetent für alle Fragen, bezüglich welcher er seine Kompetenz ausspreche, und es sei vielmehr die Aufgabe Preußens, wenn es einen Bundesbeschluß anfechten wolle, eine Gesetzesstelle zu diesem Behufe nachzuweisen. Graf Thun hielt im Vertrauen auf die Allgewalt der Majorität es für so wenig erforderlich, auf eine ernste Begründung des Bundesbeschlusses vom 8. Juli einzugehen, daß er sich darauf beschränkte, seine damalige Erwiderung auf die Verwahrung des Herrn von Rochow zu wiederholen, welche ohngefähr dahin lautet, daß die ausdrücklich für die Flotte ausgeschriebene Umlage nicht für die Flotte, sondern zur Regelung des Bundeshaushalts bestimmt sei, aber doch für die Flotte werde verwandt werden (cf. Protokoll der Sitzung vom 30. Juli § 99 S. 216). Herr von Reinhard machte hierzu geltend, daß diese Präsidial-Erklärung, nachdem niemand im Bundestage derselben widersprochen habe, einem Bundesbeschlusse gleich zu achten sei, und daß daher durch dieselbe auch der Bund über die Unstatthaftigkeit der preußischen Einwendungen entschieden habe. Ich brauche nicht zu erwähnen, daß ich allen diesen Argumentationen energisch entgegengetreten bin.

Nicht minder rücksichtslos war das Verhalten der Bundesversammlung gegen Preußen in bezug auf die Publikation der Verhandlungen. Bei Gelegenheit der Ausschußwahl zu diesem Behufe fragte mich Graf Thun, ob ich gewählt zu werden wünsche? Nachdem ich dies bejaht hatte, gab er hinter meinem Rücken einen Zettel an Herrn von Nostitz, der dann an Herrn von Reinhard und weiter zirkulierte und eine Liste der gewünschten Kandidaten, aber nicht meinen Namen enthielt. Ich habe auch nachher erfahren, daß er meine Wahl durch Verabredungen vor der Sitzung hintertrieben hat, obschon er mir noch vor kurzem sein lebhaftes Bedauern darüber aussprach, daß meine Wahl nicht durchzusetzen gewesen sei. Hieraus, sowie aus der heftigen Weigerung des Grafen Thun, eine vorhergängige Mitteilung der amtlichen Publikationen an den Bundestag oder an einzelne Gesandte zuzulassen, geht offenbar hervor, daß man es wirklich für durchführbar hält, gestützt auf die Majorität, aus den amtlichen Publikationen ein Parteiorgan zu machen.

---

[2]) Es handelt sich um ein Gesuch der Reichsgrafen Carl Anton Ferdinand und Heinrich Johann Wilhelm v. Bentinck wegen Herstellung einer rechtmäßigen Regierung in der Herrschaft Kniphausen, das zu überaus langwierigen Verhandlungen im Bundestage führte. Im Rahmen unserer Publikation kann diese Angelegenheit nur in beschränktem Maßstabe berücksichtigt werden.

Die Bekämpfung dieses Planes liegt Preußen allein ob, denn die wenigen Gesandten, welche aus Rechtsgefühl oder aus Vorliebe für Preußen das Verfahren der Majorität mißbilligen, wagen es nicht, dem Grafen Thun gegenüberzutreten.

Wie bereit die Majorität der Versammlung ist, ihr System ferner durchzuführen, das zeigte sie durch die Entschlossenheit, mit der sie auf das Verlangen des Grafen Thun, dem Redaktionsausschuß eine Indemnitätserklärung zu geben, einging. Am 7. November hatte niemand daran gedacht, dem damaligen Beschluß die gezwungene Auslegung zu geben, daß es dem Ausschuß freistehen solle, dem Resumé einer jeden Sitzung willkürliche Auszüge aus dem gesamten älteren Material zusammengestellt beizufügen und die Bruchstücke dergestalt aus dem Zusammenhang zu reißen, daß die Sachlage entstellt wurde. Selbst wenn es wahr wäre, daß der ganze Aufsatz des Herrn von Reinhard früheren Verhandlungen entnommen sei, so lag darin schon eine absichtliche Zweideutigkeit, daß man nur den Bericht des Bürgermeisters Brehmer aus der Sitzung vom 9. August zugrunde legte, von welchem ich bedaure, daß er damals ohne preußische Gegenerklärung geblieben ist, indem man aus diesem Bericht nur die Stellen hervorhob, welche außer Zusammenhang mit dem übrigen, zur Verherrlichung der Handelspolitik Österreichs und des Bundes zu dienen geeignet waren, ohne auch nur einmal anzuführen, in welcher Eigenschaft diese Sätze eine Stelle in den Bundesverhandlungen überhaupt gefunden hatten, vielmehr den Leser absichtlich darüber zweifelhaft ließ, ob der Vortrag des Herrn von Reinhard eine Erklärung der gesamten Bundesversammlung und zu welchem Behufe eine solche abgegeben sei.

Mein g. Antrag, den ich an die vorstehende Darlegung knüpfe, geht dahin, daß E. E. mich im allgemeinen autorisieren wollen, eine größere Zurückhaltung in dem politischen Zusammenwirken mit unseren Bundesgenossen zu beobachten, bis sich bei denselben die Überzeugung, daß sie unsere Geneigtheit durch ein Entgegenkommen ihrerseits zu erwerben haben, entwickelt haben wird.

Auf die augenblicklich schwebenden Angelegenheiten könnte diese Haltung meiner Ansicht nach den Einfluß üben, daß wir uns mit den Wünschen der kurhessischen Regierung und denen Österreichs in dieser Sache nicht ohne weiteres einverstanden erklären, vielmehr diese Sache anscheinend absichtslos in die Länge ziehen, daß wir ferner der badischen Regierung auf ihre Wünsche wegen der gegen die Schweiz zu tuenden Schritte dilatorisch antworten, daß wir außerdem der inländischen Presse bei Beleuchtung der bundestäglichen Politik mehr als bisher Materialien gewähren und die Zügel schießen lassen, daß sich die K. Regierung ferner dem jetzt in der Zweiten Kammer eingebrachten Antrage gegenüber, welcher die Kompetenz des Bundestags in bezug auf die preußische Verfassung ablehnt, mindestens passiv verhält, falls E. E. nicht soweit gehen wollen, durch vertraute und vollkommen zuverlässige Mitglieder der Rechten dahin zu wirken, daß dieser Antrag die Majorität erhält, was nicht ausschließen würde, daß die K. Regierung demnächst ihre Genugtuung darüber ausspräche, daß die Kammer dieser Angelegenheit ihre Teilnahme gewidmet habe, gleichzeitig aber auch den Entschluß, das Verfahren der Regierung in der auswärtigen Politik durch diese Manifestation nicht präjudizieren zu lassen.

Ich bescheide mich gern, wenn E. E. höherem Ermessen das Einschlagen einer solchen Richtung unstatthaft oder unzeitig erscheint. Ich habe indessen nicht verfehlen wollen, auf Grund meiner hiesigen Wahrnehmungen E. E. geneigter Entscheidung meine unvorgreifliche Ansicht zu unterbreiten.

87. Bericht an Minister v. Manteuffel.

[Ausfertigung.]

23. Dezember 1851.

E. E. beeile ich mich in Verfolg meines Berichtes vom 16. d. M. g. g. anzuzeigen, daß, wie ich soeben erfahre, der Geh. Rat v. Stockhausen den Prinzen von Waldeck, welcher während der Weihnachtsferien von Bonn nach Waldeck gegangen ist, nicht dorthin begleitet hat, sondern bei seiner Familie in Bonn geblieben ist. Sollte der Prinz nach Weihnachten nach Berlin kommen, so dürfte er daher nur von dem Major v. Dieringshofen begleitet werden, der mir als ein verständiger und einsichtsvoller Mann geschildert ist. Es ist dies derselbe Militär, der im Jahre 1848 und 1849 mit der Waldeckschen Regierung in Differenzen geriet, so daß Preußen um eine gutachtliche Äußerung gebeten wurde, welche ganz zugunsten des Majors v. Dieringshofen ausfiel.

Herr v. Stockhausen soll übrigens beabsichtigen, dem Prinzen nach erlangter Volljährigkeit desselben nicht nach Waldeck zu folgen, sondern sich in Bonn niederzulassen.

Schließlich bemerke ich noch, daß Herr v. Stockhausen aus dem Fürstentum Waldeck gebürtig ist.

88. Bericht vom 24. Dezember 1851 an Minister v. Manteuffel, betr. Befragung von Sachverständigen wegen der Wirkung einer etwaigen Trennung Kurhessens vom Zollverein. — Vgl. Poschinger I Nr. 39. Der Name des dort erwähnten Zollvereinsbevollmächtigten lautet richtig Rommel.

89. Bericht vom 27. Dezember 1851 an Minister v. Manteuffel, betr. die Flotten-Angelegenheit. — Vgl. Poschinger I Nr. 40.

*90. Telegramm an Minister v. Manteuffel.

27. Dezember 1851. Abends 8 Uhr.

Die Abstimmung über die Flotte resultatlos. Die Geldverlegenheit auf dem höchsten Punkt. Darf ich gegen Verpfändung des vierten Teils der Flotte an Preußen die Zahlung des Vorschusses vom 8. Juli anbieten? Das Pfand deckt voraussichtlich den günstigsten möglichen Betrag unseres reinen Guthabens einschließlich der Zahlung vom 8. Juli, ausschließlich unseres Anteils an dem Guthaben der Bundesfonds. Die definitive Liquidation würde vorbehalten bleiben. Ich bitte um schleunige Herkunft des Obersten v. Wangenheim, wenn E. E. auf Obiges eingehen.

91. Bericht an Minister v. Manteuffel.

[Diktat.]

28. Dezember 1851.

Aus meinem gestrigen, am Schluß der V. T. Sitzung erstatteten g. Bericht werden E. E. geneigtest entnommen haben, wie vollkommen resultatlos die Abstimmung über die Anträge gewesen ist, welche der Flottenausschuß auf Grund des von dem Wiener Kabinett eingebrachten Planes einer dreiteiligen kontingentierten Bundesflotte gewesen ist.

Außer Österreich, welches sich bereit erklärte, von den projektierten überseeischen Stationen außer dem Mittelmeer auch Brasilien zu übernehmen, stimmten nur Nassau und 2 der Staaten der 16. Curie dem Ausschußentwurf der Hauptsache nach bei. Sodann näherten sich dieser Abstimmung am meisten die E. E. bekannten modifizierten Ausschußanträge, wie sie Hannover, Oldenburg, Braunschweig und die Hansestädte auf der Konferenz zu Hannover verabredet hatten. Alle übrigen Staaten erklärten sich entweder ganz abgeneigt, auf die Sache einzugehen, wie Bayern, Württemberg und andere, oder verlangten eine nicht genauer präzisierte stärkere Belastung der eigentlichen Nordseestaaten entweder dadurch, daß die Beitragsverhältnisse zur Flotte nicht nach der Matrikel, sondern nach der „Billigkeit" verteilt würden, oder unter der Gestalt, daß die Seestaaten die Flotte allein halten und ihnen dafür ein durch Mehrgestellung der Binnenstaaten zu übertragender Nachlaß an dem Kontingent zum Bundesheere bewilligt werde. Ich hatte nicht erwarten können, daß die Abstimmungen so weit auseinander gingen, zumal in den letzten Tagen gerade einige von den Gesandten, deren Staaten gar nichts für die Flotte tun wollen, in meiner Gegenwart mit Lebhaftigkeit die Ansicht vertreten hatten, daß die Anschaffung einer Bundesflotte durch Deutschlands Ehre und Interesse gleichmäßig geboten sei. So unter anderen Herr von Reinhard. Wie die Sachen liegen, würde auch dann nichts zustande gekommen sein, wenn Preußen vollständig auf die von dem Ausschuß vorgeschlagenen Anträge Österreichs eingegangen wäre, da sich keine zur Unterhaltung einer Flotte ausreichende Anzahl unter den 34 der Nordsee zuzuweisenden Staaten zur Ausführung des Planes hat bereitfinden lassen.

Die Verlegenheit darüber, wie das Geld zu beschaffen sei, welches unter allen Umständen für die Flotte, sowohl zur Deckung bereits vorhandener Rückstände, als auch zur Unterhaltung derselben während der noch so kurzen Frist bis zu ihrer Auflösung erforderlich sein wird, hat den höchsten Grad erreicht und machte sich bei einer vertraulichen Unterhaltung nach der Sitzung in teils niedergeschlagenen, teils gereizten Äußerungen Luft.

In einer Privatunterhaltung, an welcher außer dem Grafen Thun und mir die beiden eifrigsten Verfechter der Flotte, die Herren von Eisendecher und Brehmer, beteiligt waren, erneuerte sich der Prinzipienstreit über die Kompetenz des Bundestages zu der Umlage vom 8. Juli, und legte man mir die Frage vor: was denn jetzt nach preußischer Ansicht zu tun sei? Ich erwiderte, daß die Beantwortung dieser Frage weniger schwer gewesen sein würde, wenn die eben erfolgte Abstimmung nicht 14 Tage über den Termin hinaus, an welchem die Instruktionsfrist abgelaufen war, aufgeschoben worden wäre. Dieser Aufschub ist von seiten des Grafen Thun in der Absicht veranlaßt worden, inzwischen über die hannoverschen Vorschläge sowohl die Instruktion seines Hofes einzuholen, als auch auf Grund derselben eine Vereinigung der Regierungen zu ermöglichen; es war dies inzwischen nur in bezug auf Nassau durch den Einfluß des F. M. Leutnant Grafen v. Leiningen-Westerburg, welcher viel und erfolgreich mit Sr. H. dem Herzog verkehrt, gelungen. Ich machte jene Herren demnächst darauf aufmerksam, daß die Reihe, Vorschläge zu machen, weniger an Preußen sei, welches längst und rechtzeitig auf Einschlagung anderer Wege gedrungen habe, als an denen, welche konsequent die jetzt gescheiterten Pläne verfolgt hätten, ohne sich zu vergegenwärtigen, was in dem von Anfang an überwiegend wahrscheinlichen Falle des Nichtzustandekommens ratsam und dann auch ausführbar sein werde. Ich sei meinesteils mit keiner anderen Instruktion als mit der durch meine Abstimmung kundgegebenen versehen. Falls indessen der Bundestag die K. Regierung ersuchen wolle, gegen Verpfändung von Schiffen, eine Summe zur Bestreitung der nächsten unvermeidlichen

Zahlungen vorzuschießen, so sei ich bereit, diesen Vorschlag zu befürworten, könne indessen über die Aufnahme desselben keine bestimmte Ansicht aussprechen, da diese Frage bisher bei uns nicht zur Sprache gekommen wäre und ich nur persönlich auf dieses Mittel verfiele, weil ein analoges Geschäft schon früher einmal mit der oldenburgischen Regierung gemacht worden sei. Diese von mir angeregte Idee wurde von dem Bürgermeister Brehmer, der unter dem Eindruck der vergangenen Sitzung sichtbar körperlich leidend war, mit Bitterkeit aufgenommen. Graf Thun bemerkte dazu, daß der Bund von der K. Regierung eine andere als eine Abschlagszahlung auf den rückständigen Matrikularbeitrag vom 8. Juli nicht werde annehmen können, dagegen war der K. bayerische Gesandte der Meinung, daß dieser Ausweg ein sehr zweckmäßiger sei, wenn ich nur die schleunige Autorisation bekäme, ein Geschäft der Art abzuschließen.

Demnächst hatte ich mit Graf Thun eine Unterredung unter vier Augen, welche damit begann, daß er erklärte: seine Gesundheit erlaube ihm nicht, die Geschäfte in der unerfreulichen Wendung, welche sie seit 14 Tagen genommen hätten, noch lange fortzuführen, er müsse vielmehr auf seine Abberufung antragen. Er habe bei dem Fürsten Schwarzenberg vor einiger Zeit einen dreiwöchentlichen Urlaub für sich unter Substitution Preußens beantragt, um seine Gesundheit herzustellen. Bei der jetzigen Haltung Preußens, die sich ganz besonders in den heftigen und bittern Artikeln offizieller und halboffizieller Blätter kundgebe, müsse er diesen Antrag zurücknehmen und zur Aufrechterhaltung des Friedens in der Bundesversammlung selbst anwesend bleiben. Die feindselige und mit der Bedeutung der Sache selbst nicht in Verhältnis stehende Behandlung des Streites über das Verfahren des Publikationsausschusses berühre ihn um so schmerzlicher, als er in den Zeitungsartikeln nicht selten meine Ausdrücke wiedererkenne, und in der ganzen Angelegenheit der Fehler, wenn überhaupt einer vorläge, ihm persönlich zur Last falle, indem er eine Veröffentlichung, die immerhin sorgfältiger hätte bearbeitet werden können, nicht gehindert habe. Eine Absicht habe darin nicht gelegen, denn niemand könne mehr, als er selbst, von der Notwendigkeit des Zusammenhaltens mit Preußen und von der Fruchtlosigkeit aller Bestrebungen, denen diese Grundlage fehle, überzeugt sein.

Er habe den besten Beweis gegeben, indem er mit vieler Mühe verhindert habe, daß die Erbitterung seiner Kollegen über das Auftreten Preußens sich in amtlicher und folgenreicher Gestalt Luft mache. Unsere Auflehnung gegen Majoritätsbeschlüsse müsse notwendigerweise den Bunde sprengen.

Ich bemerke beiläufig, daß Graf Thun vermöge der nervösen Reizbarkeit seiner Konstitution allerdings unter der Einwirkung unangenehmer Geschäfte Laune und Gesundheit verliert, indem er zu Schlaflosigkeit und nervösem Kopfschmerz inkliniert. Einen Teil der Schuld trägt dabei eine unregelmäßige und mangelhafte Zeiteinteilung und die Schwierigkeit, die er seinem Charakter nach darin findet, das Sachliche von dem Persönlichen zu trennen. Ich beklage seine Mißstimmung aufrichtig und würde es sehr ungern sehen, wenn eine Änderung in der Person des österreichischen Gesandten stattfände, da die Wahrscheinlichkeit wohl dafür ist, daß sein Nachfolger vorsichtiger und verschlossener sein, aber nicht dafür, daß er eine Änderung der Schwarzenbergschen Politik mitbringen würde.

Ich suchte den Grafen darüber zu beruhigen, daß das Verfahren, welches die preußische Regierung geglaubt habe einschlagen zu müssen, durchaus keine Beziehung auf seine Person habe, und daß die Differenz nicht zwischen uns persönlich, sondern zwischen den Kabinetten liege und auch dort keine willkürliche, sondern eine durch die historischen und politischen Verhältnisse gegebene sei, daß es uns indessen scheinen müsse, als ob dem

Wiener Kabinett die Notwendigkeit des Zusammenwirkens mit Preußen nicht in demselben Maße gegenwärtig sei, wie ihm selbst, und daß wir uns deshalb in der für uns unerwünschten Lage befänden, die übeln Folgen des Mangels an Einverständnis zu praktischer Anschauung zu bringen; wolle man in der Bundesversammlung durch eine strikte und rücksichtslose Durchführung des Majoritätssystems eine, Preußen wider seinen Willen zwingende Behörde ausbilden, so werde man diesem letzten Bande deutscher Einheit ein Gewicht anhängen, welches zu tragen es unvermögend sei. Die Bundesverfassung sei m. E. nicht darauf berechnet, Beschlüssen, bei welchen Österreich oder Preußen sich in der Minorität befänden, unter allen und jeden Umständen Nachdruck zu verleihen, man habe deshalb auch bis zum Jahre 1848 die formelle Berechtigung der Majorität cum grano salis zur Anwendung gebracht, und wenn auch oft genug Vorschläge Österreichs und Preußens gefallen seien, so glaube ich doch nicht, daß man damals irgendwelche durchgreifende Beschlüsse gefaßt habe, sobald denselben von seiten einer der beiden Großmächte energischer Widerstand geleistet worden sei, und man habe damals sich nicht der Illusion hingegeben, durch den Mechanismus der Majoritätenabstimmung den tausendjährigen Dualismus Deutschlands für beseitigt zu halten.

Mit einer weiteren Schilderung unserer Besprechung über die Berechtigung jedes Teiles in den handelspolitischen und anderen Differenzen wage ich E. E. nicht zu belästigen.

In der Flottenfrage selbst läßt sich m. E. das, was Preußen erstrebt, dahin zusammenfassen, daß wir dem Provisorium der jetzigen Nordseeflotte durch Teilung der brauchbaren und Verkauf der unbrauchbaren Schiffe ein Ende machen und unsern Anteil in natura herausnehmen wollen. Dieser Zweck läßt sich zu einer endgültigen Verwirklichung in den wenigen Tagen, die bis Ablauf dieses Jahres bleiben, nicht führen, es dürfte daher zur beschleunigten Einleitung der Sache förderlich sein, wenn sofort eine provisorische Teilung auf Grund ungefährer Wertsannahmen in Pausch und Bogen stattfände, indem für Preußen der vierte Teil der Flotte, als dem mutmaßlichen Guthaben in seinem Verhältnis zum Gesamtwert entsprechend, ausgesondert würde. Von dem Augenblick an, wo dies geschehen wäre, würde Preußens Verbindlichkeit, in irgendeiner Weise noch zur Unterhaltung des Überrestes der Flotte beizutragen, selbstredend und ohne Streit beseitigt sein, dagegen die Fürsorge für das von Preußen zu übernehmende Vierteil der Flotte den Charakter der Verwaltung einer eigenen Marine annehmen, so daß also bei Auswahl unserer Schiffe die Absicht, sie zu behalten, maßgebend wäre. Ich zweifle nicht, daß dann, nachdem etwa die Seestaaten, welche eigene Schiffe halten wollen, ihr Ausscheiden in analoger Weise bewirkt hätten, die B. Versammlung sich schnell damit einverstanden erklären würde, die noch verbleibenden Schiffe, da effektiv untaugliche in der Flotte vorhanden sein sollen, so gut man kann, zu veräußern. Der Erlös hieraus würde zur Deckung der Forderungen derer, welche Einzahlungen gemacht haben, Schiffe aber nicht halten wollen, so weit er reicht, zu verwenden sein. Der dann bleibende Ausfall würde die Unterhaltungskosten und die bisherige Abnutzung repräsentieren und einstweilen die Vorschüsse aus Bundesfonds, also die Gesamtheit des Bundes treffen. Ob letzteres im Rechte begründet sei und die übrigen Bundesglieder es sich definitiv gefallen lassen, müßte, nach erfolgtem Liquidationsverfahren, Gegenstand der Verständigung, eventuell des Austrägalverfahrens bleiben.

Ich beabsichtige, wenn E. E. es nicht anders befehlen, diesen Plan vertraulich mit meinen Kollegen zu besprechen, vor der Hand natürlich nur als einen Vorschlag, den ich E. E. machen wolle, falls er Unterstützung in der B. Versammlung fände. Geht letztere

etwa im Laufe dieser Woche auf das Anerbieten ein, so glaube ich annehmen zu dürfen, daß dadurch die Bedingungen, von welchen die K. Regierung die Zahlung des Vorschusses vom 8. Juli abhängig gemacht hat, annähernd erfüllt wären, und würde um die geneigte Autorisation bitten, mich unter diesen Modalitäten zu der Zahlung bereit zu erklären. Ich halte dies um so mehr für erwünscht, als anderen Falls die Punkte, über welche unlösliche prinzipielle Spaltungen stattfinden, um diesen einen vermehrt bleiben würden, da die Bundesversammlung den rechtswidrigen Weg, welchen sie am 8. Juli betrat, zu entschieden verfolgt hat, um umkehren zu können, und eine Zurücknahme der preußischen Auffassung mir ebenso unmöglich erscheint.

Jedenfalls bitte ich g., wenn meiner Auffassung E. E. hohe Billigung zuteil wird, mich der Hauptsache nach telegraphisch geneigtest bescheiden zu wollen, indem nur ein rasches und sicheres Vorgehen meinerseits den beabsichtigten Erfolg verspricht. Genehmigen E. E. meinen g. Vorschlag nicht, so weiß ich mir keinen andern Rat, als passiv abzuwarten, welchen Ausweg die anderen vorschlagen.

92. Privatschreiben an Minister v. Manteuffel.

[Eigenhändig.]

28. Dezember 1851.

E. E. beehre ich mich beifolgend einen Bericht[1]) zu übersenden, dessen Äußeres ich nachsichtig zu beurtheilen bitte, da ich ihn eben dictirt und vor der Poststunde nicht mehr Zeit habe, ihn abschreiben zu lassen.

Können E. E. mir von dem wesentlichen Inhalt, namentlich von den letzten sechs Seiten eine Copie anfertigen lassen, so würde ich sehr dankbar dafür sein. Zu erwähnen habe ich in demselben versäumt, daß in den Abstimmungen von Baiern und Sachsen Bezug genommen war auf die ungewisse Lage der Zoll- und Handelsverhältnisse, in der von Würtemberg sogar auf die Möglichkeit des Auseinandergehns der Intressen Nord- und Süddeutschlands. In der Nassauischen Ministerfrage[2]) berichtet Canitz, der bei mir ist, heut. Herr von Dungern, der für den vorzüglichsten Rathgeber des Herzogs bisher gilt, klagte mir vorgestern auf dem Fest in Wiesbaden,[3]) daß der Herzog ihm Manches zu verschweigen scheine, namentlich habe er fast täglich Conferenzen mit Graf Leiningen, über deren Inhalt niemand etwas erfahre. Auch Vollpracht hat zu Winzingerodes Sturz lebhaft mitgewirkt. Derselbe ist sehr eitel und dadurch traitable, wenn man ihm schmeichelt; er geht nach Wien, und glaubt die Wage zwischen Preußen und Östreich in der Hand zu halten; er will mich vorher noch besuchen.

Unsre Preßfehde wegen der Publikation hat tiefen und schmerzlichen Eindruck gemacht und die Herrn etwas zur Besinnung gebracht. Für den Augenblick möchte ich unmaßgeblich für Waffenstillstand unsrerseits stimmen, damit wir den Gegner nicht verhärten.

Wenn E. E. es erlauben, und hier der Zustand der Geschäfte danach ist, so möchte ich gern zur Wiedereröffung der Kammersitzungen oder bald nachher wieder nach Berlin kommen, werde aber E. E. desfalsige Weisung erwarten.

---

[1]) Nr. 91.

[2]) Der bisherige nassauische Staatsminister Freiherr v. Wintzingerode war gestürzt. Er wurde in der Folge durch den Prinzen August von Sayn-Wittgenstein-Berleburg ersetzt.

[3]) Gemeint ist wohl die Feier des Geburtstages der Herzogin von Nassau, der auf den 25. Dez. fiel.

In meinen heutigen und gestrigen Flottenvorschlägen bin ich von der Ansicht ausgegangen, daß wir jedenfalls selbst eine mäßige Marine halten werden; wir kommen so am Wohlfeilsten dazu, da das Geld einmal fort ist und die baare Rückerstattung für uns aus der Flotte spät und unvollständig erfolgen würde. Wäre es nicht angemessen, mit Hanover eine Verständigung über die vorgeschlagne Art der Auseinandersetzung über die Schiffe einzuleiten? Vielleicht schlägt Herr von Schele selbst eine gemeinsame norddeutsche Organisation vor; nach der gestrigen Abstimmung muß er jede andre Hoffung auf etwas Haltbares fallen lassen. Schlagen wir es vor, so möchte das weiße Pferd der Welfen Anfangs etwas stutzen und Sattel und Zaum wittern. Meine Frau und ich empfehlen uns Ihrer Frau Gemalin vielmals. Die Post nöthigt mich abzubrechen. In treuster Anhänglichkeit . . . .

93. Telegramm an Minister v. Manteuffel.

[Eigenhändiges Konzept.]

29. Dezember 1851. Nachmittags 1 Uhr 10.

In der heutigen Ausschußsitzung wegen der Flotte ist auf Anregung des Grafen Thun beschlossen, bei der Bundesversammlung zu beantragen, daß ein mit den von Preußen § 194, Sitzung vom 31. October, gestellten Bedingungen gleichlautender Beschluß gefaßt werde. Geschieht dies übermorgen, so ist kein fernerer Grund die Zahlung vom 8. July zu weigern, und bitte ich mich eventuell zu derselben geneigtest zu autorisiren.

94. Bericht vom 29. Dezember 1851 an König Friedrich Wilhelm IV., betr. die Differenz wegen Veröffentlichung der Bundestagsverhandlungen. — Vgl. Poschinger I Nr. 43.

95. Bericht an Minister v. Manteuffel.

[Eigenhändig.]

29. Dezember 1851.

E. E. beehre ich mich in der Kürze das Resultat der heutigen Ausschußsitzung in der Marine-Angelegenheit zu melden. Nach einer vorgängigen vertraulichen Besprechung zwischen Graf Thun und mir, bei welcher ich darauf beharrte, daß Preußen ohne Erfüllung der von ihm gestellten Bedingungen nicht zahlen werde, erklärte Graf Thun im Ausschuß, daß er keinen andern Ausweg aus der Verlegenheit sehe, als die durch Preußen gestellten Bedingungen factisch zu erfüllen. Herr v. Schrenk entgegnete, daß es ihm nicht zulässig scheine, einer Regirung, welche die Ausführung eines Bundesbeschlusses verweigre, in ihren an dieselbe geknüpften Forderungen nachzugeben, und verlas seinerseits ein Referat über die jetzige Sachlage, welches auf den Vorschlag hinauskam, die Bundesversammlung solle durch ausdrücklichen Beschluß die Flotte als Bundeseigenthum anerkennen, dann falle das Motiv der Preußischen Verwahrung, und die Berechtigung der Bundesversammlung, über die Umlage vom 8. July hinaus noch einen Vorschußbeitrag von etwa 200 000 fl. auszuschreiben, um aus demselben die Unterhaltung der Flotte bis zum 1. April zu bestreiten, sei dann ganz außer Zweifel gestellt, da es sich um die augenblickliche Conservirung anerkannten Bundeseigenthums handeln werde. Würtemberg und Darmstadt gaben ihre Zustimmung zu diesem Antrage kund; Östreich und Sachsen bekämpften ihn lebhaft und stellten

entgegengesetzte Separatvota in Aussicht. Ich sprach die Ansicht aus, daß sich aus der Anerkennung des Bundeseigenthums an der Flotte kein andrer Schluß werde ziehn lassen, als der, daß die rückständigen Matrikularzahlungen aus der ersten Umlage (von 1848) einzuziehn seien, außerdem könne ein solcher Beschluß dem Bunde das Eigenthum nicht verleihen, wenn er es nicht ohne ihn schon habe.

Graf Thun kam dann darauf zurück, daß er keinen practischen Ausweg sehe, als die Erfüllung der von Preußen für die Zahlung seines Beitrages am 31. Oct. c. gestellten Bedingungen. Herr v. Münch schlug vor, es bei Nr. 1 dieser Preußischen Forderungen (daß die Flotte als Bundeseigenthum nicht beizubehalten sei) zu belassen, wogegen ich einwandte, daß nur die Annahme von Nr. 2 (daß weitre Beiträge zur Flotte nicht erhoben werden sollten) eine baldige Ausführung des Verlangens ad 1 sicher stelle, indem sonst das factische Aufhören des jetzigen Zustandes doch auf das Unbestimmte hin verschoben bleibe. Unter Widerspruch des Herrn v. Schrenk und stillschweigender Billigung der übrigen Ausschußglieder erklärte dann Graf Thun, daß er in einer auf übermorgen anzuberaumenden Bundessitzung selbst das Referat Namens des Ausschusses in dem von ihm bezeichneten Sinn (Erfüllung unsrer Bedingungen) erstatten werde.

Wenn wir unsern Antheil an der Umlage von 8. July zahlen, so ist, auch ohne Rücksicht auf die übrigen dann einfließenden Rückstände, der Bedarf der Flotte nach Angabe der Kassenabtheilung, bis zum Ende des Januar gedeckt, und die Garantie gegen fernere Verschleppung des Provisoriums würde in dem Beschluß liegen, daß die Flotte nicht beizubehalten und fernere Einzahlungen nicht zu leisten seien. Werden die von uns gestellten Bedingungen auf diese Weise erfüllt, so haben wir m. E. keinen fernern Grund, unsre Zahlung zurückzuhalten, und würde ich dann eventuell, wenn E. E. mir nicht noch übermorgen telegraphisch Gegenbefehl ertheilen, die Zahlung in Aussicht stellen. Telegraphisch habe ich heut schon g. angefragt.[1]) Die Ausführung des Theilungsplanes der Flotte würde dann im Laufe des Januar zu erfolgen haben. Die Verlegenheit, in welcher man sich zur Zeit befindet, scheint die Träger entgegenstehender Ansichten zur Nachgiebigkeit zu disponiren.

96. Bericht vom 30. Dezember 1851 an Minister v. Manteuffel, betr. die Flottensache. — Vgl. Bär S. 249 ff.

97. Bericht vom 31. Dezember 1851 an Minister v. Manteuffel, betr. die Flottensache. — Vgl. Bär S. 253 ff.

98. Bericht vom 2. Januar 1852 an Minister v. Manteuffel, betr. die Flottensache. — Vgl. Bär S. 261.

99. Telegramm an Minister v. Manteuffel.

[Konzept.]

3. Januar 1852. Vormittags 10½.

Ich bin ungewiß, in welchem Maße E. E. meine Ankunft in Berlin für dringlich erachten; die Ungewißheit über die Maßnahmen des Bundes wegen der Flotte macht mich

[1]) Vgl. Nr. 93.

bedenklich jetzt abzureisen. Man hat gestern Hannover um Vorschuß angegangen und erwartet am Montag Bescheid. Soll ich dennoch heute Abend abreisen, so bitte ich um umgehenden Befehl.

100. Bericht an Minister v. Manteuffel.

[Ausfertigung.]

3. Januar 1852.

Herr von Eisendecher ist heut früh von hier nach Hannover abgereist, woselbst er morgen nachmittag eintreffen wird. Er hat ein Schreiben des Grafen Thun mitgenommen, in welchem dem hannoverschen Ministerium die Notwendigkeit entwickelt wird, durch eine bare Vorschußleistung für die Marine eine den hannöverschen Interessen entsprechende Abwickelung der Sache möglich zu erhalten. Ich habe meinerseits gestern abend dem Herrn von Eisendecher in der Absicht, daß er auf Herrn von Schele in diesem Sinne wirken möge, die Auffassung der K. Regierung und die Verträglichkeit derselben mit den Bestrebungen Hannovers auseinandergesetzt, indem ich ihm erklärte, daß unser Bestreben keineswegs dahin ginge, die Geldverlegenheit des Bundes zur Erlangung unbilliger Vorteile zu benutzen, sondern nur eine Garantie gegen fernere Verschleppung zu haben.

Wir verlangten nur einen mäßigen und auf die Dauer gar nicht rechtlich zu bestreitenden Teil der Schiffe, während Hannover für sich und namens der übrigen Teilnehmer an einer etwaigen Nordseeflotte nicht einmal die nach Abzug eines preußischen Anteils verbleibenden Schiffe sämtlich in Anspruch nehmen werde. *Es käme daher nur darauf an, sich mit Hannover darüber zu verständigen, welche einzelnen Schiffe für Preußen auszusondern seien, und liege es keineswegs in den Tendenzen der K. Regierung, bei einer derartigen Auseinandersetzung mit Hannover letzteres übervorteilen zu wollen, ich sei im Gegenteil von der Geneigtheit der K. Regierung überzeugt, bei etwaiger Konkurrenz mit Hannover in bezug auf einzelne Schiffe nur nach üblichen Rechtsnormen verfahren zu wollen, soweit eine Verständigung nicht zu erreichen sei. Herr v. Eisendecher sprach dagegen seine Überzeugung aus, daß nach der am 27. stattgehabten Abstimmung auf der Nordsee eine Marine ohne Zutritt Preußens überhaupt nicht zustandekommen werde, in den Wünschen der oldenburgischen Regierung habe es stets gelegen, daß die Nordseestaaten mit Preußen einen Verein zu einer norddeutschen Flotte bilden möchten. Seiner Meinung nach lasse sich ein derartiges Verhältnis unter gleichzeitiger Abhülfe der jetzigen Geldnot dadurch anbahnen, daß Preußen mit Hannover gemeinschaftlich den brauchbaren Teil der Flotte in Pfandbesitz nähme, er wolle diese seine persönliche Meinung in Hannover geltend zu machen suchen, und komme es nur darauf an, des preußischen Einverständnisses für den Fall, daß Herr v. Schele einen solchen Vorschlag annähme, gewiß zu sein. Ich glaubte Herrn v. Eisendecher versichern zu können, daß die preußische Regierung einem derartigen Abkommen gewiß weniger abgeneigt sein werde, als die hannöversche, und daß ich persönlich eine solche Wendung der Sache nur als eine erfreuliche betrachten könne. Ich würde in der Ausführung einer derartigen Verpfändung des brauchbaren Teils der Flotte an Preußen und Hannover gemeinschaftlich eine Bürgschaft für die Ausführung der beschlossenen Auflösung der Flotte erblicken und mich in dem Fall bemühen, die K. Regierung zur Zahlung der Vorschußrate vom 8. Juli zu disponieren. Sollte aber Hannover Bedenken haben, in angedeutete vorläufige Gemeinschaft des Pfandbesitzes mit Preußen zu treten, so möge Herr v. Eisendecher versuchen, die hannöversche Regierung zur Einwilligung in die Aus-

lieferung von Schiffen an Preußen gegen Zahlung unseres Vorschußanteils zu disponieren. Eine Verständigung zwischen Preußen und Hannover darüber, welche einzelnen Schiffe an ersteres zu überweisen wären, sei noch nicht versucht, und gehöre doch nicht zu den unmöglichen Dingen. Herr v. Eisendecher versprach in diesem Sinne in Hannover zu verhandeln und mir ungesäumt Nachricht hierüber auf telegraphischem Wege zu geben. Herr v. Eisendecher kann frühestens am Montage den 5. mit Herrn v. Schele in Verbindung treten, und vor Dienstag wird schwerlich eine Nachricht von dem, was Hannover zu dem oben gedachten Verlangen des Grafen Thun oder zu dem von mir spezifizierten Vorschlage des Herrn v. Eisendecher sagt, hier eintreffen können. Demgemäß wird nicht eher als den Mittwoch eine Bundestagssitzung stattfinden.*

Sollten die Bemühungen des Herrn von Eisendecher in beiden Richtungen fruchtlos bleiben, so spricht die größte Wahrscheinlichkeit dafür, daß der Bundestag, ungeachtet der Verwahrung Preußens, zu einer Anleihe, mit oder ohne Verpfändung von Schiffen, bei einem Bankhause schreiten werde, da die Gereiztheit gegen uns wegen fortgesetzter Verweigerung der Einzahlung augenblicklich noch so stark ist, daß ich nicht glaube, man werde sich den von uns gestellten Bedingungen ohne weiteres unterwerfen. Unter diesen Umständen schien es mir, so gern ich der Präsidentenwahl in der Kammer beigewohnt hätte, nicht tunlich, Frankfurt jetzt zu verlassen. Graf Thun erklärte sich im Fall meiner Abreise zur Annahme der Substitution nur mit der Modalität für bereit, daß er in allen Abstimmungen für die Flotte Preußen das Protokoll offen halten werde. In einem solchen Falle würde meiner Ansicht nach die Majorität jeden ihr konvenierenden Beschluß über die Beschaffung von Geld für die Flotte fassen und ausführen und sich, dem nachträglich zu Protokoll gegebenen Widerspruche Preußens gegenüber, auf die zwingende Gewalt der Umstände und der Geldnot berufen. Jedenfalls geht meine unvorgreifliche Ansicht dahin, daß ich das Resultat der bei Hannover getanen Schritte hier abzuwarten haben würde, um die dann stattfindende Sachlage nach Möglichkeit weiter zu benutzen. E. E. erlaube ich mir g. anheimzustellen, ob nicht von Berlin aus direkt und schleunig mit Hannover zu verhandeln sein möchte, falls E. E. überhaupt geneigt sind, auf die zwischen Herrn v. Eisendecher und mir besprochenen Pläne insoweit einzugehen, wie ich mir oben anzudeuten erlaubt habe.[1])

101. Telegramm an Legationsrat Wentzel.

[Eigenhändiges Konzept.]

Berlin, 9. Januar 1852.

Ich bitte Sie, den alten Herrn v. Rothschild von der Stellung Preußens zu dem Flottenanlehn[1]) persönlich in Kenntniß zu setzen; wir werden für die uns erwachsenden Nachtheile Regreß nehmen . . .

---

100. [1]) Manteuffel ersucht, die Reise nach Berlin nicht aufzuschieben. „Ihre Anwesenheit für etwa 8 Tage ist anderweit dringend zu wünschen, und wird auch die Verhandlungen mit Hannover fördern". Während letzterer werde es zu keinem Beschlusse in Frankfurt kommen. Eventuell sei gegen jede den preußischen Erklärungen und Anträgen widersprechende Beschlußfassung Verwahrung einzulegen. Wolle Graf Thun die Substitution nicht ohne die angedeutete Beschränkung annehmen, so sei der hannoversche Bundestagsgesandte zu substituieren. (Telegramm vom 5. Januar 1852.) — Bismarck reist am 6. Januar nach Berlin.

101. [1]) In der Bundestagssitzung vom 7. Januar 1852 war nach lebhafter Debatte eine Anleihe, erforderlichenfalls bei Rothschild, unter Verpfändung der bei ihm deponierten Bundesgelder bis zur Höhe des Betrags der Rückstände von den Umlagen vom 28. April und 8. Juli 1851 beschlossen worden. Graf Thun

102. Telegramm an Legationsrat Wentzel.

[Eigenhändiges Konzept.]

Berlin, 10. Januar 1852.

Preußen betrachtet die beabsichtigte Gelderhebung nicht als Bundesanleihe; die bei Rothschild deponirten Bundesgelder hat man nicht das Recht, ihrer tractatenmäßigen Bestimmung zu entziehn. Protestiren Sie bei Rothschild gegen Verwendung oder Verhaftung dieser Gelder; wir behalten uns gegen das Haus Rothschild den Regreß für alle uns oder dem Bunde aus der Zahlung erwachsende Nachtheile vor. Suspendiren Sie einstweilen jede noch nicht geleistete Zahlung an die Bundeskassen, auch die schon angewiesenen. Letztres, und daß unser Protest nöthigenfalls ein notarieller sein werde, lassen Sie Graf Thun vertraulich wissen. Präsidialverfügungen hat Rothschild keine Pflicht zu befolgen in Anleihesachen, er zahlt auf seine Verantwortung.

103. Privatschreiben an Legationsrat Wentzel.

[Eigenhändig.]

Berlin [11. Januar 1852].[1])

Ich bitte Sie, bei Graf Thun offiziell Namens meiner eine Verwahrung dagegen einzulegen, daß Bundesgelder, welche zu bestimmten Zwecken in die Bundes Cassen eingezahlt sind, diesen Zwecken entfremdet und für andre verwandt werden. Sagen Sie ihm außerdem mündlich, daß wir uns für unsern Antheil an diesen Geldern und unser sonstiges Guthaben an jede von u n s zu erwartende Zahlung halten werden. Will Thun die Sache auf die Spitze treiben, so haben wir nichts dawider, und wird heut nach Wien in dem Sinne geschrieben; wir geben nicht nach, es mag kommen, wie es will. Lynars Vorschlag an meine Frau von wegen Ball ꝛc. scheint mir, so lang ich abwesend bin, nicht angemessen.

104. Telegramm an Legationsrat Wentzel.

[Abschrift des Konzepts.]

Berlin, 12. Januar 1852.

Solange die Flotte als Bundeseigenthum nicht anerkannt ist, werden wir Verwendungen von Bundesgeldern auf, und von uns nicht gebilligte Dispositionen über die Flotte als rechtlich nicht erfolgt betrachten und behandeln.[1]) Für widerrechtlich uns zugefügten Schaden haften uns alle von uns für Bundeskassen zu erwartende Zahlungen. Sie wollen das dem Grafen Thun und gelegentlich andern Gesandten mitteilen. Ein Protest nach meinem gestrigen Schreiben ist erst bei weitern jenseitigen Beschlüssen der Bundesversamm-

---

hatte für Preußen dagegen protestiert. Holstein, Luxemburg und Sachsen-Weimar hatten sich dem Proteste angeschlossen; alle übrigen waren für den Beschluß. Der Flottenausschuß war zugleich beauftragt worden, schleunigst Vorschläge wegen definitiver Regelung der Sache (d. h. Auflösung der Flotte) zu machen.

103. [1]) Nach dem Druck: Bismarckjahrbuch V S. 5.

104. [1]) Am 11. Januar 1852 hatte Wentzel telegraphiert, Rothschild wolle, aller Vorstellungen ungeachtet, am nächsten Tage 60 000 fl. zahlen und den Protest zurückschicken. Er wolle lieber das Geld opfern, um es nicht mit Oesterreich zu verderben. Graf Thun sei in großer Aufregung. „Er hält den Protest für eine Beleidigung des gesamten Bundes und für eine Verhöhnung der Bundesbeschlüsse. Wegen seines Wunsches, unter solchen Umständen der Substitution Preußens enthoben zu sein, berichte ich ausführlich. Die Dinge stehen auf der Spitze".

lung zu formuliren. Will Graf Thun die Substitution nicht behalten, so fragen Sie Herrn von Bothmer vertraulich, ob er sie übernehmen werde. Von Nachgeben ist hier bei Niemand die Rede.

*105. Telegramm an Legationsrat Wentzel.

[Eigenhändiges Konzept.]

Berlin, 14. Januar 1852.

Der Inhalt der telegraphischen Depesche vom 12. c. ist nur zur Mittheilung an Graf Thun, nicht zu seiner Instruction im Namen Preußens bestimmt. Nur solche Erklärungen sind in der Bundesversammlung abzugeben, deren Fassung vorher von hier aus gebilligt ist. Man findet, daß Sie zu viel unterhandeln, nach Ihrem heut eingegangnen Schreiben; beschränken Sie den Verkehr auf die notwendigen Mitteilungen.

106. Schreiben an Legationsrat Wentzel.

[Eigenhändig.]

Berlin, 16. Januar 1852. II. Kammer.[1])

Beifolgend übersende ich Ihnen eine Note in Abschrift, die gestern nach Wien gegangen ist und die Ihnen die erfreuliche Ueberzeugung geben wird, daß man hier festzuhalten entschlossen ist. Ich weiß nicht, ob ich heut noch einen freien Moment finde, um an meine Frau zu schreiben; ich werde zum 19. nicht in Frankfurt sein können, um so mehr wünsche ich aber, daß meine Frau, wenn sie wohl ist, auf Thuns Ball geht. Man behandelt hier übrigens unsre Frankfurter Streitereien ziemlich en bagatelle, und es wird mir schwer, bei irgend jemand Eingang für Flotte- und Anleihe-Bedenken zu finden; die Leute sind mit allem einverstanden, was ich sage, hören mich aber zerstreut an und kommen auf andre Gegenstände. In Wien kommt voraussichtlich nichts zustande; jeder will natürlich abwarten, wie der Zollvereinshase läuft, ehe er sich über irgend etwas ausspricht. Höchst albern sind die unzähligen Anekdoten und Lügen, die über Thun und mich hier circulieren; ich habe heut durch die Kreuzzeitung etwas darüber schreiben lassen.[2]) Wann ich zurückkehre, weiß ich noch nicht. Die Instruction über das Flottenproject hat mir Schlieffen versprochen heut abzusenden. Hanover will nun erst die Eigenthumsfrage entschieden sehn; ich habe mich damit einverstanden erklärt; auch sind wir bereit, jeden Antrag von Hanover in der Richtung zu unterstützen und das Bundeseigenthum anzuerkennen und durchzufechten, und haben das nach H[anover] erklärt. Ehe der Bundestag aber nicht sein Flotteneigenthum offiziell anerkennt und danach die östreichischen pp. Rückstände eingefordert hat, zahlen wir nicht. Das Zurückhalten aller Zahlungen Preußens an den Bund ist ernsthaft gemeint, und bleibt es dabei, auch für Ulm und Rastatt.[3]) Sprechen Sie aber nicht weiter darüber, es wird sich schon factisch bemerkbar machen. Der Ihrige..

In der Publicationsfrage wird von uns auf volle Veröffentlichung der gesammten Verhandlungen angetragen werden.

---

[1]) Nach dem Abdruck im Bismarckjahrbuch V S. 5 f.

[2]) Kreuzzeitung vom 17. Januar 1852 (Nr. 14) unter Frankfurt a. M., 24. Januar, mit der Spitzmarke: „Der preußische und österreichische Bundestagsgesandte".

[3]) D. h. Zahlungen an die Matrikularkasse für die Bundesfestungen Ulm und Rastatt.

*107. Telegramm an Legationsrat Wentzel.

[Eigenhändiges Konzept.]

Berlin, 19. Januar 1852.

Wenn in der Sitzung über diese Fragen[1]) gestimmt wird, so erklären wir uns dafür, daß die Flotte nicht organische Einrichtung, wohl aber Bundeseigenthum sei, und verlangen als natürliche Folge letztrer Eigenschaft die Einzahlung der rückständigen Matrikularbeiträge von 1848. Für die zunächst nothwendigen Maßregeln bleiben wir bei unsern bisherigen Forderungen nach Maßgabe der letzten von mir selbst abgegebnen Abstimmung.

108. Schreiben an den österreichischen Präsidialgesandten Grafen Thun.

[Eigenhändig.]

Berlin, 19. Januar 1852.[1])

Verehrtester College, vor allem sage ich Ihnen meinen aufrichtigen Dank für das persönliche Vertrauen, welches in Ihrem mir soeben zugegangnen Schreiben[2]) Ausdruck gefunden hat und dem ich gern mit gleicher Offenheit entgegenkomme. Meine Aufgabe ist, Preußische Politik, ebenso wie es die Ihrige ist, Oestreichische zu treiben. Daß beide nicht überall dieselben Resultate erstreben, ist eine aus der Geschichte der Vergangenheit hervorgehende Nothwendigkeit, die weder wir beide noch unsre Cabinette vollständig beseitigen können. Wenn wir uns diese unzweifelhafte Tatsache stets gegenwärtig halten, so möchte ich glauben, daß wir uns auch bei bedeutenderen politischen Divergenzen unsrer Vollmachtgeber, als es die jetzigen sind, freihalten können von den schmerzlichen persönlichen Eindrücken, denen Sie in Ihrem Schreiben Worte verleihn. Wären Sie als Preuße geboren, so würden Sie auch die Interessen meines Landes mit derselben Lebendigkeit vertreten, mit welcher Sie jetzt dieselben zurückweisen, und wenn Sie Sich unbefangen in eine Preußische Auffassung und in meine Lage hineinzudenken versuchen, so können Sie es nicht unnatürlich finden, daß mein Rechtlichkeits- und Sittlichkeitsgefühl tief und schmerzlich verletzt ist über die Art, in welcher die Bundesversammlung, ohne den Nachweis ihrer Berechtigung aus dem Bundesrechte auch nur zu versuchen, Majoritätsbeschlüsse über die fast zur Hälfte aus Preußischem Gelde geschaffene Flotte faßt, welche grade nach der Auffassung Oestreichs den Bund eigentlich nichts angeht, seine Glieder wenigstens zu Leistungen nicht verpflichtet. Man kann die Flotte als Eigenthum des Bundes behandeln oder nicht, aber man kann nicht beide Auffassungen gleichzeitig festhalten und von jeder grade die Consequenzen ziehn, welche nachtheilig für Preußen sind. Ein derartiges Verfahren gegen ein schwächeres Bundesglied wäre nur ungerecht, gegen Preußen angewandt hat es außerdem die nothwendige Folge, den Bund zu lähmen, wenn nicht zu sprengen. Vor 1848 hat man es vermieden, selbst innerhalb der Gränzen des formellen Bundesrechts, Beschlüsse zu fassen, welchen gewichtige Stimmen entgegenstanden; wenn man aber jetzt, wie am 8. July geschehn ist, da, wo das Bundesrecht keine Waffe bietet, eine solche durch Beschlüsse, denen die Basis dieses Rechtes fehlt, schaffen will, so heißt es die Festigkeit des Bundes auf eine Probe stellen, für welche seine Stifter

---

107. [1]) Wentzel hatte am 17. Januar depeschiert, daß Hannover verlange, die Flotte für eine organische Bundeseinrichtung zu erklären. Hierüber und über Kirchenpauersche Anträge sollten sich die Gesandten erklären.

108. [1]) Nach dem Abdruck im Bismarckjahrbuch III 63 ff.

[2]) Das Schreiben Thuns — abgedruckt: Bismarckjahrbuch III 58 ff. — war veranlaßt durch die telegraphischen Depeschen Bismarcks an Wentzel vom 9., 10. und 12. Januar (vgl. Nr. 101, 102, 104).

ihn schwerlich berechnet haben, wenn grade Preußen zum ersten Object eines derartigen Verfahrens ausersehn wird. Nicht uns fällt es zur Last, wenn der Bund, wie Sie sagen, durch Verhandlung bei einem Juden in den Koth gezogen wird, sondern denen, die die Geschäftsverbindung des Bundes mit einem Juden dazu benutzt haben, auf eine verfassungswidrige Weise die im Gewahrsam des Juden befindlichen Bundesgelder ihrer tractaten- und beschlußmäßigen Bestimmung zu entziehn; es scheint mir natürlich, daß die Preußische Regirung, ehe sie fernere Zahlungen für Bundeszwecke leistet, das Bedürfniß empfindet, gegen die Wiederkehr eines derartigen Vorganges sicher gestellt zu sein. Ich kann mich in der That der Befürchtung nicht verschließen, daß die Bundesversammlung auf dem eingeschlagnen Wege der Krankheit entgegengeht, an welcher soviel deliberirende Körperschaften der Neuzeit gelitten haben, daß sie über die Debatten am grünen Tisch und über den Inhalt der Acten die thatsächliche Gestaltung der sie umgebenden Welt und über das ihnen Wünschenswerthe das Mögliche vergessen haben. Was ist der Zweck, über dessen Erreichung dieser ganze peinliche Conflict, der sich nach unsrer Verwahrung am 8. July mit Sicherheit vorausberechnen ließ, heraufbeschworen worden ist? Nichts als ein Zeitgewinn von einigen Wochen, um den mehrmals zur Evidenz fehlgeschlagenen Versuch erneuern zu können, ob sich 20 oder 30 Staaten von sehr divergirenden Ansichten und Interessen über die Herstellung einer im glücklichsten Falle unbedeutenden Nordseeflottille einigen werden, deren Zustandebringung auch dann noch unbenommen blieb, wenn man darauf einging, Preußen nach Inhalt der in meiner letzten Abstimmung gemachten Theilungsvorschläge das zu gewähren, was ihm von Rechtswegen zukommt, und was man ihm auf die Dauer ohne den Versuch einer rechtswidrigen Vergewaltigung nicht wird vorenthalten können. Ich hege selbst den Wunsch, sobald als möglich nach Frankfurt zurückzukehren, obschon mir von manchen Seiten nicht ohne Grund eingewandt wird, daß garnicht dringlich für mich sei, zu Verhandlungen zurückzukehren, bei denen ich die Preußens auf die Dauer nicht würdige Rolle eines Zuhörers spiele, der wiederholt ohne Erfolg feierliche Verwahrungen gegen Beschlüsse einlegt, bei denen die entgegenstehenden Rechte Preußens erst einmal einer eingehenden Prüfung gewürdigt werden und sich sonach für uns als rathsam herausstellt, einer Deutschen Politik, welche uns ignorirt, fair play zu lassen, bis man unsrer Mitwirkung zu bedürfen glaubt. Für den Augenblick hat mir S. Majestät befohlen, dem morgen stattfindenden Krönungsfest noch beizuwohnen, was mich zu meinem Bedauern verhindert, mich am Montag bei der Frau Gräfin einzufinden. Dann aber werde ich meine Entlassung hier ernstlich betreiben und gebe mich gern der Hoffnung hin, daß es unsrer persönlichen Verständigung gelingen wird, die beklagenswerthe augenblickliche Lage der Dinge auf die den Umständen nach möglichst günstigste Weise zu entwirren.

Schließlich wiederhole ich meine schon mündlich ausgesprochne Bitte, die Streitigkeiten der Cabinette auf das Verhältniß des Grafen Thun zu meiner Person von keinem Einfluß sein zu lassen. Ich bin nach Frankfurt geschickt, um Preußische Politik zu treiben, aber ebenso, wie ich entschlossen bin, die Interessen meines Vaterlandes nach bestem Wissen und Gewissen unter allen Umständen zu verfechten, ebenso fühle ich das Bedürfniß, mir das persönliche Wohlwollen zu erhalten, welches Sie bisher in allen Beziehungen zu mir an den Tag gelegt haben.

Mit der Bitte, der Frau Gräfin meine ehrerbietige Empfehlung zu machen, Ihr aufrichtig ergebener . . . .

109. Privatschreiben an Minister v. Manteuffel.

[Eigenhändig.]

24. Januar 1852.

E. E. beehre ich mich nach eben beendeter Sitzung einen kurzen Bericht über das Resultat derselben[1]) g. zu überreichen. Ich füge mit der Bitte um geneigte Rücksendung 2 Briefe bei, den einen von Schele, dessen Inhalt E. E. vielleicht interessirt, den andern von Thun, lediglich damit Sie aus seiner eignen Erklärung entnehmen, welche Schwierigkeit ich mit diesem Herrn habe, das persönliche Gebiet von dem politischen zu trennen. Ich fand ihn in gereizter Stimmung, namentlich sprach er sich über das Verhältniß und die Persönlichkeit des Reg. Rat Trüger so maßlos aus, daß ich ihn auf das Unmögliche einer derartigen Behandlung dienstlicher Meinungsverschiedenheiten ernstlich aufmerksam machen mußte. Bei den übrigen Gesandten trat eine Verstimmung über die jüngsten Zwischenfälle[2]) äußerlich wenigstens nicht hervor. Gestatten mir E. E. in der Eile meinen herzlichsten Dank für Ihre gütige Aufnahme Ihnen und Ihrer Frau Gemalin nochmals zu wiederholen, und die Empfehlungen meiner Frau hinzuzufügen. In treuster Ergebenheit . . .

*110. Bericht an Minister v. Manteuffel.

[Ausfertigung.]

28. Januar 1852.

Der Entwurf, welchen E. E. zu meiner Abstimmung über den Bericht des Flottenausschusses in der Bundestags-Sitzung vom 24. d. M. haben ausarbeiten lassen, geht davon aus, daß die Nordseeflotte als Eigentum des gesamten Bundes anzusehen, daß aber eine definitive Entscheidung hierüber nur insofern zu erreichen sei, als sämtliche Regierungen sich über eine gleiche Auffassung verständigen. Bei einem Widerspruch der Ansichten hält der Entwurf die Herbeiführung einer Ausgleichung auf dem durch die Austrägalordnung[1]) vorgeschriebenen Wege für notwendig.

Hienach habe ich zwar meine Abstimmung, welche ich E. E. vorgestern zu überreichen die Ehre gehabt habe, abgefaßt, ich erlaube mir indessen meine Bedenken gegen eine solche Auffassung offen darzulegen.

Die rechtliche Eigenschaft der Flotte als Bundeseigentum folgt aus ihrer Entstehung. Die nächste Ursache ihrer Gründung war der Schutz der deutschen Küsten und des deutschen Handels, und die provisorische Zentralgewalt hatte nur die Absicht, durch die Flotte eine für notwendig erachtete Verteidigungsanstalt zu begründen. Hiezu genügte nach Art. XXXVIII und mit Rücksicht auf Art. LI der Schluß-Akte[2]) ein durch absolute Majorität gefaßter Beschluß der engeren Versammlung. Als eine organische Einrichtung wird die Flotte von Preußen nicht hingestellt und sonst liegt keiner der Fälle vor, in denen nach

---

109. [1]) Der Hauptgegenstand der Sitzung betraf die Flottenfrage.

[2]) D. h. die Differenzen wegen des Schicksals der deutschen Flotte.

110. [1]) Betr. die Entscheidung von Streitigkeiten unter Mitgliedern des Bundes.

[2]) Schlußakte der über Ausbildung und Befestigung des Deutschen Bundes zu Wien gehaltenen Konferenzen vom 15. Mai 1820.

Art. VII der Bundesakte und Art. XIII der Schlußakte Stimmeneinheit verlangt wird. Gegenwärtig handelt es sich darum, jene rechtliche Eigenschaft der Flotte faktisch anzuerkennen; denn daß die Beschlüsse, welche die Flotte geschaffen, nicht rechtmäßig zustande gekommen, läßt sich nicht nachweisen. Um ein solches Anerkenntnis auszusprechen, werden nicht strengere Formen als für die Begründung der Sache selbst gefordert werden können. Es dürfte hier der Art. XI der Schlußakte analoge Anwendung finden, wonach überall die Majorität entscheidet, wo bereits feststehende allgemeine Grundsätze in Anwendung oder beschlossene Einrichtungen zur Ausführung zu bringen sind. Wird indessen in dem vorliegenden Falle von irgendeiner Seite, wie von Österreich zu erwarten ist, die vorstehende Argumentation nicht für anwendbar gehalten, vielmehr die Behauptung aufgestellt, daß die Entscheidung nur durch Stimmeneinhelligkeit erfolgen könne, so dürfte es allerdings schwierig sein, eine formell legale Lösung für den Streit zu finden, um so mehr, als bereits von Österreich und Bayern in der letzten Sitzung die Auffassung geltend gemacht wurde, daß die Bundesausträgalordnung um deshalb hier nicht Anwendung finden könne, weil diese einen Streit zwischen einzelnen Bundesgliedern voraussetze, hier aber ein Streit zwischen sämtlichen Bundesgliedern vorliege und kein Staat unbeteiligt sei.

Wenn diese rechtlichen Bedenken es schon ratsam erscheinen lassen dürften, keinen Widerspruch gegen die Kompetenz der Bundesversammlung zu erheben, so möchte auch nicht außer Betracht zu lassen sein, daß insbesondere auch die faktische Lage der Sache hierfür spricht.

Zunächst unterliegt es keinem Zweifel, daß sich die Majorität der Bundesversammlung für das Bundeseigentum aussprechen wird. Eine für uns günstigere und schnellere Entscheidung kann daher auf einem anderen Wege nicht erreicht werden. Ist aber erst das Bundeseigentum anerkannt und dadurch die Verpflichtung der mit ihren Beiträgen im Rückstande befindlichen Regierungen zur Nachzahlung aller Matrikularbeiträge festgestellt, so kommt Preußen dadurch mit seinem Guthaben an der Flotte in eine so günstige Lage, daß es sich nicht zu scheuen braucht, sich den ferneren Majoritätsbeschlüssen der zum Teil von demselben Interesse wie wir geleiteten Regierungen zu fügen.

Dazu kommt, daß jene Frage im wesentlichen fast die einzige sein würde, hinsichtlich deren wir uns mit Hannover im Widerspruch befinden. Der Staatsrat v. Bothmer hat die Ansichten seiner Regierung über die Rechtsverhältnisse des Bundes zur Flotte in dem anliegenden Votum, welches er unter sämtliche Gesandten hat verteilen lassen, dargelegt. Dieselben gehen insofern weiter als wir, als Hannover die Flotte sogar für eine organische Einrichtung halten zu müssen glaubt.

E. E. geneigter Erwägung beehre ich mich g. g. anheimzugeben, ob die entgegenstehenden Gründe so gewichtig sein möchten, um die Befugnis der Bundesversammlung, definitive Entscheidung über die Frage des Bundeseigentums zu treffen, auch für den Fall zu bestreiten, daß die Majorität sich hierfür ausspricht und zugleich die Verpflichtung sämtlicher Bundesregierungen zur sofortigen Zahlung der für die Errichtung und Erhaltung der Flotte ausgeschriebenen Umlagen, mit denen sie im Rückstande sind, anerkannt wird. In einen Widerspruch mit unserer Abstimmung würden wir entgegengesetzten Falls nicht geraten, da diese in den allgemeinen Ausdrücken gefaßt ist, daß eine definitive Entscheidung nur zu erreichen sei, wenn sämtliche Regierungen sich über eine gleiche Auffassung verständigten. . . . .

111. Bericht an Minister v. Manteuffel.

[Ausfertigung.]

29. Januar 1852.

E. E. werden bereits im Besitz des von mir in der Sitzung vom 24. c. abgegebenen Votums und darauf begründeten Antrages in der Flottensache sein. Die Abstimmung über letzteren sowie über die Frage, ob die Flotte Bundeseigentum sei, wird nach erfolgter Ablehnung meines Antrages auf sofortige Entscheidung erst am 10. Februar geschehen und dann ersichtlich werden, inwieweit die Mehrheit der Bundesversammlung bei den am 24. c., trotz der preußischen Verwahrung, zum Beschluß erhobenen Ausschußanträgen Nr. 2 bis 5[1]) verharrt. . . . . Vorauszusehen ist, daß dieselben Schwierigkeiten, durch welche die Versammlung zu dem am 7. c. gefaßten Beschlusse gedrängt wurde[2]), nach dem 10. Februar, bis wohin ungefähr der Betrag der Anleihe reichen dürfte, von neuem eintreten würden, da nicht abzusehen ist, daß die Aufforderung zu Vorschußzahlungen, welche in Nr. 3 der letzten Ausschußanträge an die Staaten gestellt worden ist, welche Schiffe übernehmen würden, von Erfolg sein werde. Zwar hat der K. bayerische Bundesgesandte mir heute vertraulich erklärt, daß seine Regierung bereit sei, sich bei der Nordseeflotte mit einem Anschaffungskapital von 800 000 und mit einem jährlichen Beitrage von 200 000 Gulden zu beteiligen, auch sofort Vorschußleistungen zur Erhaltung der Flotte bis zur definitiven Regulierung zu leisten, indessen wird die erstere Zahlung von der Bedingung abhängig gemacht, daß sich nach Lage der Zollverhandlungen die Nichtherstellung einer Zollgrenze zwischen Nord- und Süddeutschland als gesichert betrachten lasse; und die zugesagten Vorschüsse werden nur unter der Voraussetzung angeboten, daß alle Bundesstaaten, und namentlich auch Preußen, in deren prioritätische Rückerstattung willigen. Auf meine Versicherung, daß Preußen bei seinen wiederholt abgegebenen Verwahrungen verharren werde, erklärte Herr von Schrenck, daß er dann nicht wisse, wie am 10. Februar Geld zu beschaffen sein werde. Das ganze bayerische Anerbieten macht mir den Eindruck eines Versuchs, die Bereitwilligkeit Bayerns, für nationale Zwecke Opfer zu bringen, in ein günstiges Licht zu stellen, die wirkliche Leistung aber durch Stellung unwahrscheinlicher oder weitaussehender Bedingungen zu vermeiden und sich gleichzeitig in den Stand zu setzen, die Schuld des Mißlingens auf die Weigerung Preußens zu schieben.

Ich werde bei den ferneren Verhandlungen folgende 3 Gesichtspunkte festzuhalten suchen:

1) jede fernere Verschleppung und damit verbundene Verminderung des aktiven Flottenwertes, durch Abschneiden der Geldmittel, bis zum wirklichen Beginn der Auflösung der Flotte durch den Bund [zu verhindern].

---

[1]) Die Bundesversammlung hatte am 24. Januar mit Mehrheit der Stimmen beschlossen, diejenigen Regierungen, welche unter der Voraussetzung, daß zu einer Bundesflotte Oesterreich und Preußen je ein Kontingent stellen würden, zum Behufe der Stellung eines dritten Kontingents eine Vereinbarung über die gemeinschaftliche, vollständige oder teilweise Uebernahme der Nordseeflotte beabsichtigten, zu ersuchen, bis zum 10. Februar der Bundesversammlung eine Erklärung darüber zugehen zu lassen, ob und in welcher Weise diese Vereinbarung zustande gekommen, oder doch so weit angebahnt sei, daß ein Zustandekommen derselben mit Sicherheit zu erwarten stehe. Auch wenn der Verein bis zum 10. Februar noch nicht ganz zustandegekommen wäre, sollten sich diese Regierungen verpflichten, die vom 1. Januar 1852 zur Unterhaltung der Flotte erforderlichen Gelder vorläufig und unter Vorbehalt des Ersatzes aus dem ersten Ertrage des Verkaufes dem Bunde vorzuschießen. Bis 10. Februar sollten sie sich endlich zum Behufe der schleunigsten Ermöglichung der eventuell zu beschaffenden Veräußerung des Materials erklären, ob sie, und welche Schiffe sie im Falle einer Veräußerung bereit wären, in ihr Eigentum zu übernehmen.

[2]) Vgl. oben S. 125.

2) Matrikularmäßige Verteilung des sich bei definitiver Liquidation ergebenden Verlustes an der Flotte durch Mindererlös, Abnutzungs- und Unterhaltungskosten auf sämtliche Bundesstaaten.
3) Abfindung Preußens durch Schiffsmaterial in natura.

Letzteres erscheint mir, abgesehen von allen anderen Gründen, schon um deshalb fortdauernd wünschenswert, weil wir die Schiffe gegen ein bereits verausgabtes Kapital erwerben würden, dessen Wiedererstattung durch die Liquidation vielleicht jahrelang verzögert würde, und weil man es auf diesem Wege vermeidet, den Verlust, den Preußen an dem Flottenunternehmen macht, als Differenz zwischen der eingezahlten und zurückerhaltenen Summe in Ziffern zur öffentlichen Anschauung gebracht zu sehen.

In den folgenden sehr eingehenden Erörterungen werden die vermutlich eintretenden Eventualitäten der Abstimmung besprochen. Zum Schluß heißt es, es bliebe als der wahrscheinlichste Fall ins Auge zu fassen,

daß am 10. Februar eine allseitig anerkannte Entscheidung über die Eigentumsfrage nicht erreicht wird und daß die Vorschüsse, welche durch die am 24. c. angenommenen Ausschußanträge in Aussicht genommen worden sind, nicht eingehen. Dann wird das Geldbedürfnis ebenso dringend sein, wie am Anfang dieses Monats, und dürfte es m. E. das Geratenste sein, alsdann nochmals zu versuchen, ob die B. Versammlung geneigt ist, im Anschluß an den von mir am 24. c. gestellten Antrag auf sofortige Verweisung von Schiffen an Preußen gegen den Taxwert einzugehen. Ist dies der Fall, so würde ich unmaßgeblich vorschlagen, auch dann noch die Rate Preußens an der Umlage vom 8. Juli zu zahlen; dadurch würde das Ausscheiden Preußens aus einer Lage, deren Verwicklungen das Ende nicht absehen lassen, beschleunigt und die Möglichkeit gegeben werden, den durch die Anleihe vom 7. c. erregten Prinzipienstreit zu beseitigen. Geschieht letzteres nicht, so ist zu befürchten, daß die Folgen dieses Streites zu einer Bedeutung erwachsen, die mit der Erheblichkeit des Objektes in keinem Verhältnis steht. Denn einerseits scheint mir die Würde der K. preußischen Regierung es nicht zu gestatten, daß dieselbe sich verfassungswidrigen Beschlüssen unterwirft, und andererseits ist die Bundesversammlung so weit gegangen, daß ein Einlenken kaum tunlich bleibt. Außerdem spricht für die Zahlung, sobald wir durch den Besitz von Schiffen gesichert sind, der Umstand, daß durch dieselbe die Gleichheit aller Regierungen in der Beteiligung von Vorschüssen hergestellt und dadurch ein praktischer Weg angebahnt wird, den Gesamtausfall an der Flotte vorläufig auf alle Regierungen zu verteilen, indem die Erstattung sämtlicher Vorschüsse vertagt wird, eine Auffassung, für welche die Majorität dem Anschein nach gestimmt ist, und die nur von Österreich lebhaft bekämpft wird. Vor Vollendung dieses g. Berichts besuchte mich Herr von Bothmer und bestätigte mir auch seinerseits die Auffassung, daß das K. bayerische Anerbieten nach den Bedingungen, von welchen die Erfüllung abhängig gemacht würde, als ein illusorisches zu betrachten sei, und selbst wenn es zur Ausführung komme, sei der angebotene Betrag nicht ausreichend; denn wenn die übrigen Staaten in einem ähnlichen Verhältnis zu ihrer Matrikel zahlten, wie dies von Bayern angeboten werde, so würden die Nordseestaaten, um eine jährliche Exigenz von 800 000 Talern herzustellen, immer noch ungefähr das 7fache ihres Matrikularbeitrages aufzubringen haben. Obschon auf diese Weise auch Herr von Bothmer nicht bezweifeln konnte, daß das Zustandekommen einer Einigung zwischen den Staaten des Nordseekontingents höchst unwahrscheinlich sei, indem die übrigen Staaten zum Teil gar nichts, keinesfalls aber mehr als Bayern würden bewilligen wollen, so hielt er dennoch nicht ohne

Zähigkeit an der Durchführung des Planes der hannoverschen Regierung fest und beklagte, daß Preußen bei dem Verlangen der Naturalteilung der Flotte beharre, indem er glaubte, erst dann jede Hoffnung aufgeben zu müssen, wenn die Staaten des Nordseekontingents nicht mehr die freie Wahl aus sämtlichen vorhandenen Schiffen hätten. Er sprach von der Notwendigkeit eines Kongresses aller beteiligten Staaten. Dieser Meinung zu weitaussehenden, kostspieligen Versuchen gegenüber scheint es unvermeidlich, daß die K. Regierung, wenn am 10. Februar weder eine anderweitige definitive Entscheidung getroffen, noch den preußischen Anträgen gewillfahrtet wird, peremtorisch erklärt, nicht nur unter keinen Umständen irgendwelche fernere Ausgaben für die Flotte tragen, sondern auch, als Sicherheit für jeden ihr über die schon gemachten Bewilligungen hinaus erwachsenden Nachteil, ihre sämtlichen Beiträge zu Bundeskassen einbehalten zu wollen.

Ich trage g. darauf an, mich zu einer derartigen amtlichen Erklärung zu autorisieren, falls am 10. Februar weder das Bundeseigentum unbestritten anerkannt, noch zur sofortigen Auflösung geschritten, und auch ein diesseitiges Anerbieten von Zahlung der Vorschußumlage gegen Übergabe von Schiffen wiederholt abgelehnt wird.

112. Privatschreiben an Minister v. Manteuffel.

[Eigenhändig.]

2. Februar 1852.

E. E. würde ich sehr gern meinen Glückwunsch zu Ihrem Geburtsfeste persönlich dargebracht haben, wenn mich nicht die Besorgniß hier fesselte, daß während meiner Abwesenheit neue Incidenzpunkte die Flottenangelegenheit wieder mehr verwickeln könnten, nachdem sie schon zu einer außer Verhältniß des Werthes der ganzen Flotte bedeutenden Prinzipienfrage angewachsen ist. Ich erlaube mir daher nur schriftlich meinen aufrichtigen Wunsch auszudrücken, daß Gott wie bisher so auch ferner mit Ihnen sein wolle, namentlich aber Ihnen die friedlichen Segnungen der Häuslichkeit bewahre, deren Werth in dieser Zeit alle diejenigen besonders hoch anschlagen lernen, welche durch Berufs- und Zeitverhältnisse genöthigt sind, der übrigen Welt öfter die Spitze als die Hand zu bieten.

Meine Absicht ist, wenn E. E. es nicht anders bestimmen, den 10. Februar und die alsdann stattfindende Abstimmung über die Flotte hier zu erwarten, und unmittelbar nach derselben wieder nach Berlin zu reisen, um dann, soweit das Resultat es erforderlich scheinen läßt, meiner Abreise zugleich einen demonstrativen Character zu geben.

Privatbriefe, die ich aus Berlin erhalte, schildern die Situation in den höchsten Kreisen mit Bezug auf die Reformvorschläge für die erste Kammer sehr unerfreulich, indem S. M. in Mätzke,[1]) Bethmann und der Linken die Freunde der Allerhöchsten Pläne sehn und letztre in dem Hefftersehen Antrage[2]) wieder erkennen. Wäre das richtig, so schiene mir der natürlichste und wirksamste Gegenzug darin zu bestehn, daß man aus der Rechten ein Amendement unverzüglich hervorgehn ließe, welches sich der Auffassung des Königs, die wenigstens vor 14 Tagen mit dem Hefftersehen Antrage nicht übereinstimmte, noch näher oder gänzlich anschlösse. Der Plan, der dem Könige ganz freie Hand läßt, scheint mir practisch nützlicher, als die genaue und die Regirung bindende Kategorisirung des Hefftersehen,

[1]) Mitglied der 1. Kammer, wie Bethmann-Hollweg nicht zur Rechten gehörig.
[2]) Betr. die Bildung der 1. Kammer.

aber ganz abgesehn davon würde es schon ein Gewinn sein, wenn man bei Sr. M. dem Entstehn gefährlicher Täuschungen vorbeugt, die aus der anscheinend größern Bereitwilligkeit der Linken, den Königlichen Wünschen entgegen zu kommen, hervorgehn könnten.

Die Verhandlungen über den Beselerschen Antrag[3]) habe ich mit vielem Interesse gelesen, aber auch neue Beläge für meine Ansicht daraus geschöpft, daß ich entweder falsche Auffassungen durch Schweigen bestätigen, oder Dinge hätte sagen müssen, die meine hiesige Stellung erschwerten, wenn ich dagewesen wäre. Was Vincke[4]) von der Überlegenheit Östreichs in Ränken und Pfiffen sagt, mag richtig sein, aber dergleichen führt heut zu Tage nicht weit, höchstens zur Erbitterung des andern Theils, aber nicht zu reellen Vortheilen.

Ein langer, mehr fragender als mittheilender Besuch des Herrn von Eisendecher hat mich bis zum Herannahen der Poststunde abgehalten, dies Schreiben zu schließen. Der Oldenburgische Herr sprach seine lebhaften Besorgnisse aus, Preußen möchte sich factisch aus den Bundesverhandlungen zurückziehn. Ich habe nicht geglaubt, diesen Befürchtungen entgegentreten zu sollen, vielmehr durchblicken lassen, daß es für uns von wenig Werth sein könne, einen Gesandten in der Bundesversammlung zu haben, wenn letztre nicht mehr Gewicht als bisher auf die Stimme Preußens lege. *Der Dr. Quehl hatte mir Aussicht gemacht, daß Zietelmann bald auf eine seinem Fleiß und Diensteifer, aber auch seinen Fähigkeiten entsprechende Weise anderweit würde verwendet werden können, der Betheiligte selbst scheint aber bisher keine Aussicht auf eine derartige Veränderung zu haben; ich werde bei Gelegenheit mir mündlich weitern Vortrag über diesen Gegenstand erlauben. Für jetzt will ich nur obiter E. E. geneigte Aufmerksamkeit auf eine Gattung von Artikeln in der Düsseldorfer und in Berliner Zeitungen, die mit der Centralstelle in Verbindung stehn, lenken, in welchen ohne Noth aus der Kreuzzeitung polemische Motive zu Angriffen auf den gesammten Stand der „Junker“ und deren Parteirichtung genommen werden, die verletzen, ohne zu nützen. Die Zeit drängt. Mit der Bitte mich Ihrer Frau Gemalin zu empfehlen, in treuster Anhänglichkeit . . .

*113. Bericht an Minister v. Manteuffel.

[Eigenhändiges Konzept.]

3. Februar 1852.

Graf Thun hat mir heut wiederholt den Wunsch ausgesprochen, von der Entschließung der K. Regirung über die neusten Anträge in Bezug auf das hier aufzustellende Bundes-Corps in Kenntniß gesetzt zu werden, und mir den für den Militärausschuß von dem Referenten Herrn von Nostitz zu haltenden Vortrag nochmals zugeschickt, um meine abweichenden Vorschläge formuliren zu können. Nach der östreichischen Ansicht würde die Stellung des Commandirenden den sämmtlichen Bestandtheilen des Corps gegenüber vor der Hand und bis zur wirklichen Zusammenziehung mehr die eines inspicirenden Offiziers sein, dessen Aufgabe wäre, sich von dem Vorhandensein der Truppen in brauchbarer Verfassung zu überzeugen, und erst nach angeordneter Zusammenziehung würden die

[3]) Betr. die Verhältnisse Preußens zum Bundestage. Die Verhandlungen darüber am 29. und 30. Januar 1852 s. Sten. Berichte S. 201 ff.

[4]) Vgl. Rede des Abgeordneten Georg v. Vincke in der 2. Kammer am 29. Januar 1852. Sten. Berichte S. 209 ff.

eigentlichen Functionen des Commandirenden beginnen; die Garnison von Frankfurt würde demnach einstweilen in demselben Verhältniß wie die übrigen fremdherrlichen Truppen zu dem General von Schreckenstein stehn, auf dauernde Anwesenheit des Letztern hier am Ort aber vor erfolgter Zusammenziehung nicht gerechnet werden.

Es kommt nun darauf an, ob Preußen unter den jetzigen Umständen die Aufstellung des Corps noch in Aussicht behalten will oder nicht. Im erstern Fall würde ich m. E. nur dahin zu wirken haben, daß aus dem Bundesbeschluß alles entfernt werde, was so gedeutet werden könnte, als solle die Garnison von Frankfurt vor oder nach der Zusammenziehung in einem privilegirteren Verhältniß als die übrigen Bestandtheile des Corps dem Commandirenden gegenüberstehn (Garnison als Brigade mit aufzuzählen). General v. Schreckenstein dürfte sich dann nach erfolgtem Beschluß hierher begeben, die hiesige Garnison und die übrigen Truppentheile, jeden in seinem Standquartier inspiciren und demnächst, mit etwaiger Hinterlassung eines Adjudanten und Bureaus hier am Ort, nach Preußen zurückkehren, in Erwartung der Eventualitäten, welche etwa eine Zusammenziehung rathsam erscheinen ließen. Liegt es aber nicht in E. E. Absicht, bei jetziger Sachlage die Idee der Aufstellung des Corps ferner durchzuführen, so würde ich, ohne mich auf eine Amendirung des intendirten Ausschußantrages einzulassen, um geneigte Autorisation bitten, im Ausschuß und in der Versammlung die jetzige Auffassung der Sache als abweichend von der der K. Reg[irung] [zu] bezeichnen und auf neue Instructionseinholung antragen.

114. Bericht an Minister v. Manteuffel.

[Ausfertigung.]

4. Februar 1852.

Je näher der Termin zur Abstimmung in der Flottensache heranrückt, um so mehr befestigt sich bei mir die Überzeugung, daß auch der 10. Februar der Unsicherheit in dieser Angelegenheit kein Ende machen wird ....

Wird der Versuch gemacht, die Flotte noch ferner auf Kosten der Staaten, deren Geld in dem schon ungebührlich belasteten Wert des Materials steckt, provisorisch beizubehalten, so bleibt m. E. nichts anderes übrig, als daß wir, nunmehr auf Grund der voraussichtlich von der Mehrheit zu erlangenden Anerkennung des Bundeseigentums, ausdrücklich den Antrag stellen, Österreich, Bayern, Sachsen, Hessen und Luxemburg zur Zahlung der Matrikularbeiträge von 1848 direkt aufzufordern, wenn aber dies in der Versammlung Schwierigkeiten findet, unsererseits offiziell zu erklären, daß wir uns in der Notwendigkeit befänden, für den Schaden, der uns aus der widerrechtlichen Beibehaltung der Flotte, der dadurch herbeigeführten Belastung und Wertverminderung, so wie aus der nicht matrikularmäßigen Verteilung dieser Nachteile erwächst, uns durch Zurückhaltung unserer regelmäßigen Beiträge für Bundeszwecke bezahlt zu machen. Denn m. u. E. ist unsere Stellung in dem Bunde, der uns für die Leistungen Preußens an Geld und Schutz, im Fall wir seiner bedürfen, gewiß kein größeres Äquivalent gewährt, als die Interessen unserer Bundesgenossen ohnehin notwendig machen, — eine unhaltbare, solange die Bundesversammlung nicht ansteht, nicht nur Interessen, sondern wohlbegründete Rechte Preußens um eines so unbedeutenden Zweckes willen zu verkennen, wie es hier der Fall ist, wo die ganze bis zu prinzipiellem Bruch getriebene Schwierigkeit nur darum herbeigeführt wird, weil man eine neue Frist von wenig Wochen hindurch den kleineren

Staaten auf Kosten Preußens den Vorteil erhalten will, daß sie aus allen jetzt vorhandenen Schiffen wählen können, wenn sie sich zur Bildung einer Flotte entschließen, ein Fall, für dessen Eintreten bis jetzt noch gar keine Wahrscheinlichkeit vorhanden ist. . . .

*115. Bericht an Minister v. Manteuffel.

[Eigenhändig.]

6. Februar 1852.

In meinem g. Bericht vom 4. c. inbetreff der Flotte habe ich versäumt, für eine Eventualität um E. E. geneigte Anweisung zu bitten, welche ich mir nachträglich zur Sprache zu bringen erlaube. Ich habe darauf hingewiesen, wie unter allen Umständen nach dem 10. Februar wiederum ein schwer zu überwindender Geldmangel in der Marinekasse sein werde. Als einziges Mittel, durch welches Preußen die Hand zur Abhülfe bieten könne, erschien mir das erneuerte Anerbieten, nach Überweisung von Schiffen Geld vorzuschießen. Wenn nach der heut und gestern sondirten Stimmung meiner Collegen wahrscheinlich ist, daß die Mehrheit derselben in diesen Ausweg nicht willigen, einige, namentlich Hanover, sich sogar gegen partielle oder totale Veräußerung der Flotte, weil dieselbe organische Einrichtung sei, verwahren werden, so bietet sich vielleicht ein Auskunftsmittel dadurch, daß man sofort eine der natürlichsten Consequenzen des von uns und muthmaßlich von der Mehrheit behaupteten Bundeseigenthums zieht, indem wir den Antrag stellen, die Unterhaltung, soweit sie unvermeidlich ist, nunmehr nicht durch Vorschüsse, sondern durch definitive, nicht zurückzuerstattende Matrikularbeiträge zu bewirken.

Jede Aufnahme von Vorschüssen, welche aus der Flotte erstattet werden sollen, hat eine Prägravation der Zahler von 1848 zur Folge, solange nicht die Verpflichtung zur Tragung des Schadens an der Flotte für alle, pro rata der Matrikel, anerkannt ist. In diesem Umstande liegt das Verletzende für uns, indem wir zu denjenigen[1]) gehören, auf deren Kosten die Gesammtheit mit der Flotte experimentirt. An einem gleichmäßig zu vertheilenden fernern Verlust können wir um so eher mittragen, da in ihm ein Compelle auch für Östreich und dessen Genossen liegen würde, dem Provisorium ein Ende zu machen. Wahrscheinlich ist, daß die bisherigen Nicht-Theilnehmer an der ursprünglichen Umlage sich auch dieser mäßigen Mitbelastung widersetzen werden; um so evidenter würde unsre Berechtigung ins Licht treten, uns der Fortführung des bisherigen Systems durch jedes Mittel zu entziehn. Andrerseits liegt in dem angedeuteten Verfahren noch eine Möglichkeit, ohne Bruch und ohne Demüthigung unsrerseits aus der Sache herauszukommen, indem man die Abwickelung der gegenseitigen Ansprüche aus der Vergangenheit vorbehalten sein läßt. Lehnt man auch dieses Arrangement ab, so haben [wir] uns bei einem Bruch gewiß nichts vorzuwerfen. Mein g. Antrag, den ich im Drange des Postschlusses vielleicht nicht klar und gründlich genug motivirt habe, würde also dahin gehn

> mich geneigtest zu autorisiren, je nach den Umständen, und namentlich, wenn ich mich überzeuge, daß die B. Versammlung auf sofortige Überlassung von Schiffen an uns nicht eingehn wird, zu verlangen, daß die unabweislichen fernern Ausgaben für die Flotte durch Matrikularumlage ohne Anspruch auf Erstattung aufgebracht werden und die Bereitwilligkeit Preußens zum Beitrag in dieser Modalität zu erkennen zu geben.

[1]) Vorlage: den Einigen

Hanover würde sich diesem Antrage anschließen. Die ungesäumte Auflösung der Flotte würde hierbei dennoch vorausgesetzt bleiben, aber sie kann im günstigsten Falle nicht so schnell erfolgen, daß nicht noch Geld erforderlich wäre, um die Flotte so lange zu erhalten.

Ich stelle g. anheim, mich durch den Telegraphen bis zum 10. c. über diese ehrerbietige Anfrage bescheiden zu wollen, und bitte um geneigte Ertheilung einer Abschrift dieser Piece.

116. Bericht an Minister v. Manteuffel.

[Ausfertigung.]

7. Februar 1852.

Unterbreitung neuer Vorschläge für das Verhalten der preußischen Regierung in der Flottenfrage. Von deren Stellung verspräche er sich, auch unabhängig von ihrer Annahme, ein günstiges Resultat für die Position Preußens in der Bundesversammlung.

Die große Mehrheit der Bundesregierungen müßte sich in entschiedenen Widerspruch mit ihren bisher wiederholt und offen ausgesprochenen Ansichten setzen, wenn nicht bei Verhandlung der vorliegenden Anträge Österreich in eine ähnliche Isolierung in der Flottenfrage kommen soll, wie die unsrige bisher gewesen ist. Wir waren dadurch in eine schwierige Position geraten, daß wir in einer Sache, in welcher prinzipiell die Mehrheit der Regierungen mit uns, aber nicht mit Österreich einig ist, aus Rücksicht gegen die Kaiserliche Regierung, unsere Auffassung nicht in voller Konsequenz geltend machten, während Österreich seit dem September v. J. unsere bis dahin gemeinschaftliche Basis verließ und gegen uns die abweichenden Ansichten der übrigen Bundesgenossen ausbeutete, die eben nur deshalb abweichende waren, weil wir in dem mit Österreich verabredeten Wege blieben. Das zu erwartende Revirement wird um so vollständiger sein, je mehr wir die Stellung verlassen, in welche wir durch die doppelte nachteilige Wirkung der Berücksichtigung, die man teilweise der hannöverschen Ansicht angedeihen ließ, gedrängt waren, nämlich die Ausführung ungerechter Bundesbeschlüsse durch Abschneiden der Hülfsmittel unmöglich zu machen, und je mehr wir uns andererseits der konsequenten Durchführung der Theorie des Bundeseigentums anschließen. . . . .

Da ich ohnehin nach dem 10. c. die Absicht habe, von der von E. E. mir mündlich erteilten geneigten Erlaubnis Gebrauch zu machen, nach Berlin zu kommen, so würde es mir leicht sein, dieser meiner Abreise, falls in der bevorstehenden Sitzung auch die gemäßigten Ansprüche Preußens eine Berücksichtigung nicht fänden, den Charakter einer Demonstration zu verleihen. Letztere würde eine starke sein, wenn ich abreiste, ohne einen anderen Gesandten zu substituieren. Das Gerücht, welches dieses Verfahren als von mir beabsichtigt verbreitet, hat eine sichtliche Bestürzung unter meinen Kollegen erregt; ich habe demselben nicht ausdrücklich widersprochen, und Herr von Schrenck, der mich darnach fragte, war der Ansicht, daß in diesem Falle die Mehrzahl der Gesandten meinem Beispiele bald folgen werde.

Jedenfalls würde ich schon mit Rücksicht auf den Schluß der Depesche des Fürsten Schwarzenberg vom 23. v. M.[1]) um die Erlaubnis bitten, die E. E. mir schon vor

[1]) In einem Erlaß an den österreichischen Gesandten in Berlin vom 23. Januar 1852 bemerkte Fürst Schwarzenberg, er könne dem Grafen Thun nicht Unrecht geben, wenn er über das Peinliche der Aufgabe Klage führe, als substituierter Gesandter Preußens in bestimmten Fragen eine Richtung vertreten zu sollen, die sich in so entschiedenem Gegensatze zu der Rechtsauffassung Oesterreichs und der großen Mehrzahl der

4 Wochen eventuell erteilten, bei meiner Abreise nicht Österreich, sondern Hannover zu substituieren. Die Unbequemlichkeit in Behandlung der Geschäfte, welche bei Abwesenheit des Gesandten aus der Vertretung durch Österreich für uns hervorgeht, wird durchaus nicht aufgewogen durch den prekären Vorzug, bei Beurlaubung des Kaiserlichen Gesandten das Präsidium bis zu dessen Rückkehr zu führen, zumal die Geschäfte in solchen Perioden selten wichtig genug sein werden, um den preußischen Gesandten hier zu fesseln. Die Gegenseitigkeit der Vertretung dürfte nur in dem seltenen Falle für uns von überwiegendem Wert sein, wo eine ungetrübte Einigkeit der Kabinette von Wien und Berlin in bezug auf die deutsche Politik herrscht . . . .

[Eigenhändiger Zusatz:] Der Fürst Gortschakoff ist hier, wie es scheint, mit dem Auftrage, für den Frieden in der Bundesversammlung zu wirken, angekommen. Bis jetzt trägt seine Anschauung der Verhältnisse eine stark östreichisch-würtembergische Färbung, die er von Stuttgart[2]) mitgebracht hat, die Herr von Budberg, als ich in Berlin war, entschieden nicht teilte.

*117. Telegramm an Minister v. Manteuffel.

[Eigenhändiges Konzept.]

9. Februar 1852.

Die Sitzung wird frühestens am 12. stattfinden, weil Graf Thun krank ist. Die Instruction des Letztern bestreitet das Bundeseigenthum und die Zahlungspflicht Östreichs. Vertraulich macht er Aussicht auf Verständigung zwischen Wien und Berlin, dahin daß Östreich, im Interesse der Einigung, ein Aversionalquantum als Antheil an dem Verlust bei der Flotte übernehme. Der schwierigste Punkt bleibt die Deckung des augenblicklichen Geldbedürfnisses. Der sofortigen Übergabe von Schiffen an uns widerspricht Hanover, anscheinend auch die Majorität der Übrigen. Soll ich die Zahlung vom 8. July anbieten, wenn unser Antrag vom 24. v. M. angenommen wird? Ob als baar zu zahlender Theil des Kaufpreises, oder als Vorschuß, welcher das Guthaben, für welches wir Schiffe nehmen wollen, erhöht, dürfte der Wirkung nach gleich sein.

118. Privatschreiben an Minister v. Manteuffel.

[Eigenhändig.]

9. Februar 1852.

Ich habe heut eine längere Unterredung mit Graf Thun gehabt, auf Grund deren ich wegen der vorgerückten Tageszeit nur noch die eben abgesandte Depesche[1]) telegraphisch habe geben können. Er ist noch sehr leidend und will deshalb die Sitzung bis zum Donnerstag oder Freitag[2]) aussetzen; vielleicht wünscht er auch noch Zeit zur Bearbeitung einzelner

---

Bundesregierungen geltend mache. „Dem sicheren Takte des preußischen Kabinetts wird es nicht entgehen, daß, wenn wider alles Verhoffen eine bis zu förmlichen Protesten gegen Beschlüsse der Bundesversammlung gehende Meinungsverschiedenheit fernerhin hervortreten sollte, Preußen in Mitte seiner Bundesgenossen auf eine der Würde beider Höfe entsprechende Weise nur durch seinen eigenen Gesandten sich vertreten lassen, oder doch nicht den Kaiserlichen Gesandten substituieren könnte."

[2]) Gortschakow war außer beim Bundestage gleichzeitig am württembergischen Hofe beglaubigt.

118. [1]) Vgl. die vorhergehende Nummer.

[2]) 12. und 13. Februar.

Regirungen zu gewinnen. Die Östreichische Instruction beschränkt sich auf den Beweis, daß die Flotte keine organische Einrichtung sei, indem sie daraus folgert, daß sie auch nicht Bundeseigenthum sein könne. Beides falle zusammen. Die Präsumption, daß es ein während des dänischen Krieges vorübergehend geschaffenes Vertheidigungsmaterial sei, welches nach dem Frieden als Bundeseigenthum zurückbleibe, hielt er für unrichtig, weil eine Flotte nothwendig auf dauernde Beibehaltung berechnet sei. Er glaubte, daß gütliche Verhandlungen zwischen Berlin und Wien den Prinzipienstreit lösen könnten, indem man in Wien vermuthlich die Forderung, ganz frei auszugehn bei den Kosten der Flotte, werde fallen lassen; nur das Prinzip, daß die damalige Reichsgewalt organische Bundeseinrichtungen habe schaffen können, werde man nicht anerkennen; um des Friedens willen aber sei es vernünftig, pekuniäre Opfer zu bringen. Seiner Behauptung, daß Preußen Östreich aus Deutschland drängen und eine Unionsflotte habe schaffen wollen, setzte ich entgegen, daß dergleichen Bestrebungen uns allerdings durch die neuste Sachlage sehr erleichtert würden, indem wir anscheinend in der nächsten Sitzung nur zu erklären hätten, daß Preußen bereit sei, sich selbst mit einer namhaften Summe an der zu bildenden Nordseeflotte zu betheiligen. Der Beschluß vom 24. fordert die deutschen Staaten zu derartigen Erklärungen auf, und viele, vielleicht die meisten Gesandten fürchten die öffentliche Meinung und ihre Kammern hinreichend, um die Abweisung einer derartigen Chance für Erhaltung der Flotte für bedenklich anzusehn. Die Möglichkeit eines derartigen Erbietens von unsrer Seite erschreckte den Grafen Thun sichtlich, und in der That würde dasselbe nur eine andre, und nicht direct, sondern durch den Bund angestrebte Gestaltung einer Preußisch-Hanöverschen Flotten-Union enthalten. Soll ich, sei es auch nur als Diversion, eine derartige Andeutung in allgemeiner Haltung bei der Abstimmung, oder vertraulich gegen meine Collegen einfließen lassen, so würde eine telegraphische Bescheidung mich noch rechtzeitig treffen, da die Sitzung gewiß nicht vor Freitag, und dann vermuthlich erst vertraulich, die Abstimmung aber am Sonnabend stattfinden wird, wie ich aus den Andeutungen des Grafen Thun schließe.

In der Prinzipienfrage über definitive Tragung der Kosten der Flotte scheint mir ein Nachgeben Östreichs und eine Verständigung nicht mehr unmöglich; wegen der sofort nöthigen Gelder aber sind eigentlich alle Wege barrikadirt; die Anleihen und Umlagen durch unsre Proteste, die Verpfändung an uns durch Verwahrungen der Nordseestaaten und den wahrscheinlichen Widerspruch der Majorität. Thun und Fürst Gorczakoff sagten heut beide, es könne kein größeres Glück für Deutschland passiren, als wenn ein so unbedeutender Zankapfel, wie die Flotte, spurlos verschwände, und Graf Thun meinte, er würde gern pater peccavi sagen, wenn dadurch aus der Noth zu kommen wäre. In treuster Anhänglichkeit, aber in großer Eile E. E. . . . .

*119. Schreiben an Minister v. Manteuffel.

[Ausfertigung.]

11. Februar 1852.

E. E. beehre ich mich anliegend einen neuen Bericht[1]) in der Flottensache mit der Bitte um gen. telegraphische Bescheidung auf denselben g. zu überreichen. Ich erlaube mir zur Befürwortung der darin ausgesprochenen Ansicht besonders noch darauf g. hinzuweisen,

[1]) Siehe die folgende Nummer.

daß die vorgeschlagene Behandlung der Angelegenheit, auch wenn ein Resultat nicht erreicht würde, jedenfalls den Vorzug hätte, daß der Weg, den die K. Regierung damit einschlüge, zur besonderen Genugtuung Sr. M. des Königs gereichen würde, wie mir Allerhöchstderselbe noch bei meiner letzten Audienz in den lebhaftesten Ausdrücken zu erkennen gab. Obschon die Abstimmung vermutlich erst am Sonnabend[2]) stattfindet, so wird doch jedenfalls am Freitag eine Sitzung sein, um die Ansichten vertraulich auszutauschen und sich nach Möglichkeit zu verständigen. Es würde mir daher sehr erwünscht sein, wenn E. E. die Geneigtheit haben wollten, soviel es geht, mich schon am Freitag Vormittag telegraphisch zu bescheiden.

Ich bin leider durch eine Verletzung an der rechten Hand außer Stande, eigenhändig ausführlicher zu schreiben. Meine Abreise nach Berlin würde, wenn E. E. es nicht anders bestimmen, gleich nach Eintritt der Entscheidung über die Flotte stattfinden.

Mit ausgezeichnetster Hochachtung . . .

120. Bericht vom 11. Februar 1852 an Minister v. Manteuffel, betr. die Bildung einer kontingentierten Nordseeflotte. — Vgl. Poschinger I Nr. 53.

*121. Telegramm an Minister v. Manteuffel.

[Konzept.]

11. Februar 1852. Mittags 12 Uhr.

Den erhaltenen Weisungen[1]) gemäß werde ich unter den früher von E. E. gegebenen Modalitäten unsere Zahlung gegen Verpfändung von Schiffen anbieten. Die Durchführung dieses Planes wird an Wahrscheinlichkeit sehr gewinnen, wenn ich für die Verhandlungen während der durch unsere Zahlung ermöglichten ferneren Frist Aussicht auf Preußens Beitritt zu dem beabsichtigten Nordseeflottenverein mache. Die bedeutendsten Regierungen, namentlich auch Bayern, scheinen diesen Plan zu begünstigen. In seiner Durchführung liegt die Bildung einer deutschen Flotte unter Preußen ohne Österreich. . . . . Ich erlaube mir, das Einschlagen dieser Richtung dringend zu befürworten.

*122. Telegramm an Minister v. Manteuffel.

[Konzept.]

13. Februar 1852. Abends.

Der Verpfändungsantrag findet Anklang, nur der körperlichen Übergabe an einen preußischen Befehlshaber wird als ehrenrührig widersprochen. Die Verwandlung in Eigentum gegen Taxwert nach bestimmter Frist wird zugestanden. Für den Fall, daß vor Ablauf letzterer der Nordseeverein noch zustande kommt und somit unserer Bedingung, den definitiven Abschluß gesichert zu sehen, genügt wäre, verlangt man Herausgabe des Pfandes. Ich habe bisher für den Fall Auslösung des Pfandes durch Rückzahlung von 160 000 fl. an uns verlangt, würde es aber für genügend halten, irgendwelche größere

---

[2]) 14. Februar.

121. [1]) Telegramm Manteuffels vom 10. Februar 1852.

Barzahlung von dem Verein an den Bund als Garantie dafür zu stipulieren, daß der Verein ernstlich und dergestalt abgeschlossen sei, daß das Provisorium und das fernere Zahlen sicher ein Ende hat. Wegen der körperlichen Übergabe schlage ich vor: nachzugeben. Die Aussicht auf unseren Beitritt ist den meisten erwünscht, Österreich nicht. Bestimmte Anerbietungen in Zahlen werden aber dringend erwartet. Die Abstimmung ist auf Montag verschoben. Mein heutiger eiliger Bericht ist unklar, ich bitte den Eingang des nächsten zu erwarten, auf Vorstehendes aber um geneigten Bescheid, da die Verpfändungsmodalitäten morgen in einer Konferenz bei mir vertraulich verständigt[1]) werden sollen.

123. Bericht vom 14. Februar 1852 an Minister v. Manteuffel, betr. die Flottenfrage. — Vgl. Bär S. 309 ff.

124. Bericht an Minister v. Manteuffel.

[Ausfertigung.]

17. Februar 1852.

Stellung von Anträgen hinsichtlich der weiteren Behandlung der Flottenangelegenheit; Vorschlag, so schleunig als möglich an den deutschen Höfen Verhandlungen über die Einrichtung des Nordseeflottenvereins anzuknüpfen.

Ohne eine entschlossene Initiative von unserer Seite glaube ich nicht, daß die Verhandlungen hierüber dem bisherigen schwankenden Zustande entrissen werden können. Am schnellsten und sichersten wäre meiner Ansicht nach zum Ziel zu kommen, wenn wir unseren Verbündeten eine Konferenz von Bevollmächtigten vorschlügen. Es würde um so leichter sein, diese zum Behuf des Abschlusses zu instruieren, als jede Regierung schon durch die bisherigen Vorgänge veranlaßt ist, sich klarzumachen, wie weit sie gehen will. Als Ort einer solchen Zusammenkunft würde ich g. vorschlagen, weder Frankfurt noch Berlin zu wählen. Hier würden die österreichischen Intriguen einwirken, und die Wahl von Berlin würde aus naheliegenden Gründen Stoff zu Verdächtigungen bei Hannover und Bayern bieten. Ich würde es als einen großen Erfolg unserer deutschen Politik betrachten, wenn die Flottenfrage, mit welcher der Bund fast ein Jahr lang, und bis zu eigner Erschöpfung gerungen hat, unter preußischer Anleitung in kurzer Frist und in einer Weise geschlichtet werden könnte, welche der über den Wert des Gegenstandes hinaus lebendigen Teilnahme der öffentlichen Meinung entspräche.

*125. Telegramm an Minister v. Manteuffel.

20. Februar 1852. Aufgenommen morgens 10 Uhr 3 Min.

Morgen nach der Bundestagssitzung beabsichtige ich nach Berlin zu reisen. Aus mehrfachen Gründen, welche auch Herr v. Bothmer teilt und die ich mir vorbehalte, E. E. persönlich darzulegen, erscheint es ratsam, daß ich während meiner diesmaligen Abwesenheit Bayern substituiere. Erhalte ich bis morgen Mittag keine andere Anweisung, so werde ich Herrn v. Schrenck die Substitution übertragen.[1])

---

122. [1]) So.

125. [1]) Am 21. Februar begibt sich B. nach Berlin

*126. Auszug des Unterstaatssekretärs v. Le Coq aus einer Depesche des Bundestagsgesandten v. Bülow an den dänischen Minister der auswärtigen Angelegenheiten.

Berlin, 24. Februar 1852.

Vorläufig hat Herr v. Bismarck mir den Wunsch geäußert, daß, wenn er demnächst eine Note entgegenzunehmen imstande sei, in derselben

1. die von Sr. M. als Kaufpreis offerierte Summe in Bausch und Bogen ohne Zusammenhang der einzelnen Enklaven, aufgeführt werden möge, damit der Herzog nicht entgegne:

   Also für 200 000 Rthlr. oder noch weniger soll ich eine neue Erbfolge anerkennen und meine Erbrechte und Hoffnungen aufgeben.

2. daß die an die Nichtannahme der Offerte geknüpfte Eventualität: Zurückziehung des Kaufanerbietens, gerichtliche Konfiskation sämtlicher Güter, Verurteilung des Herzogs wegen Hochverrats klar und unumwunden in der ersten Note ausgedrückt werde, um dem Herzog sofort alle Illusionen zu benehmen. . . .

Randbemerkung Bismarcks: In Nr. 2 hat Herr von Bülow die Folgen scharf und im Detail entwickelt, die meine Auffassung zuließ, aber nicht forderte. Ich habe nur empfohlen, in der K. dänischen Erklärung durchblicken zu lassen, daß dieselbe den Character eines ultimatum habe, nach dessen Ablehnung die Versuche gütlicher Verständigung ein Ende hätten und jeder Theil dann die Chance tragen müsse, die Recht und Macht ihm zuwiesen.

127. Bericht vom 25. Januar 1852 an König Friedrich Wilhelm IV., betr. die Wiederwahl des Prinzen Louis Napoleon Bonaparte zum Präsidenten der französischen Republik auf zehn Jahre. — Vgl. Poschinger I Nr. 55.

128. Schreiben an Legationsrat Wentzel.

[Eigenhändig.]

[Berlin, 28. Februar 1852.][1])

Die Regirung will die baar zu zahlende Summe keineswegs von 160 000 fl. auf 100 000 Thlr. erhöhen, ist gereizt über diese „Launen und unnöthigen Schwierigkeiten" und will lieber das ganze Geschäft laufen lassen. Oestreich will man keine Schiffe auf Guthaben überlassen, weil solches nicht vorhanden sei. Ueber den ersten Satz sprechen Sie doch mit Schrenk und Bothmer. Thun lassen Sie wissen, daß ich bis jetzt keine Aussicht auf Ergreifung einer Initiative für Unterhandlungen mit Wien zur Verständigung über die Contribuabilität zur Flotte habe. Daß dergleichen Unterhandlungen in Gang kommen, wünsche ich sehr; man scheint aber hier zu fürchten, daß Oestreich mit einem geringen Anerbieten sich den Anstrich patriotischen Opfers geben werde. Auch in Sachen der Nordseeflotte will man von hier keine Initiative nehmen; ich hoffe Letztres noch zu ändern, denn das hieße die Sache aufgeben, wenn man still sitzt; dann hätten wir lieber garnicht

[1]) Nach dem Abdruck im Bismarckjahrbuch V, S. 6 f.

von Beitritt sprechen, sondern die Auflösung betreiben sollen. Sie fürchten sich hier, daß Oestreich uns wieder unionistischer Bestrebungen verdächtigen, überhaupt den Plan stören werde und wir uns durch das Mißlingen blamiren.

Der Finanzminister ist nicht so sehr gegen die Nordseeflotte, nur wünscht er, daß man alsdann die auf der Ostsee cessire. Wir werden morgen Ministerrath darüber haben. Ich hoffe Montag[2]) hier abzureisen. Der Ihrige . . .

129. Schreiben an Legationsrat Wentzel.

[Eigenhändig.]

Berlin, 29. Februar 1852.[1])

Soeben komme ich aus einer Conferenz mit Herrn v. Manteuffel nebst Finanz- und Kriegsminister. Wir sind bereit, mit der Hälfte unsrer Matrikel dem Nordseeverein beizutreten, vorausgesetzt, daß außer den Nordseestaaten mindestens Bayern, Würtemberg, Sachsen, Baden, beide Hessen sich betheiligen. Wenn einigermaßen guter Wille bei den Uebrigen ist, so muß die Sache zu Stande kommen, ist er nicht da, so läßt sich nichts machen, und wenn wir uns noch 1 Jahr lang an der Nase herumziehn. Um letztres zu verhüten, müssen wir bei dem Kaufgeschäft verbleiben; bieten die Unterhandlungen Aussicht auf Gelingen, ohne grade bis zum April pünktlich abgeschlossen zu sein, so brauchen sie deshalb nicht erfolglos zu bleiben, weil die beiden Schiffe unser Eigenthum werden, sondern wir können dann grade mit diesen dem Verein beitreten, anstatt es mit unserm Guthaben zu thun. Bieten die Verhandlungen aber keine Aussicht auf Erfolg und reißt das System der Verschleppung und gegenseitigen Hinhaltung wieder ein, so müssen wir uns die Möglichkeit wahren, uns mit den erkauften Schiffen am 1. April herauszuziehn. Ich hoffe am Mittwoch Abend spätestens in Frankfurt einzutreffen, würde also einer am Donnerstag stattfindenden Sitzung beiwohnen können. Von unsern Entschließungen in der Flottensache bitte ich Sie, Schrenk und Bothmer vertraulich Mittheilung zu machen; wir werden uns auch direct nach München und Hanover wenden. Leben Sie wohl. Der Ihrige . . .

130. Bericht an Minister v. Manteuffel.

[Eigenhändig.]

[März 1852.][1])

E. E. geehrtes Schreiben mit der Einlage von Herrn von Schele habe ich gestern über Köln erhalten.

Der ehemalige Oldenburgische Staatsrath Dr. Fischer, welcher E. E. als Verfasser mehrer politischer Schriften bekannt sein dürfte, lebt jetzt hier und beschäftigt sich unter Anderen mit Bearbeitung von Eingaben für die Rechte der Standesherrn. Theils hierdurch, theils durch andre ältere Beziehungen ist er in Verbindung mit mehren Mitgliedern der altconservativen Parthei in Oestreich getreten, namentlich mit dem Fürsten Windisch-

[2]) 1. März.

129. [1]) Nach dem Abdruck im Bismarckjahrbuch V 7 f.

130. [1]) Nach dem Abdruck in Anh. z. G. u. E. II 45 f. Dort auch die Anlage (Schreiben des Grafen Wurmbrandt an Staatsrat Fischer vom 27. Dezember 1851) abgedruckt. Nach dem im Bismarckjahrbuch V S. 162 abgedruckten Briefe Fischers an Bismarck vom 20. März 1852 dürfte der Bericht besser in den März (als in den Februar, wie Kohl es im Anh. z. d. G. u. E. tut) zu setzen sein.

grätz und dem Grafen Wurmbrandt, von welchen beiden er Briefe vorlegte. Er betrachtet den Fürsten Windischgrätz als das Haupt der genannten Parthei in Oestreich und als den Candidaten derselben für die Nachfolge des Fürsten Schwarzenberg. Unzweifelhaft dürfte es sein, daß der Fürst Windischgrätz sich eines großen Ansehns bei allen conservativen Gegnern des jetzigen Oestreichischen Premier-Ministers erfreut, und aus guten Quellen höre ich, daß die Verbindungen des Fürsten mit dem Kaiser durch Vermittelung der Erzherzogin Sophie lebhafter sind als früher. In einem der Schreiben, die mir der Staatsrath Fischer zeigte, hebt der Fürst Windischgrätz das Bedürfniß der Verständigung mit Preußen besonders hervor, und Herr Fischer ergänzte dazu mündlich, daß seinen Nachrichten zufolge die ungeschickte Rücksichtslosigkeit in Behandlung der deutschen Angelegenheiten dem Fürsten Schwarzenberg in ähnlicher Weise zum Vorwurf gemacht werde, wie man dem Fürsten Windischgrätz gegenüber das Mißlingen des Ungarischen Feldzugs benutzt, um ihn in den Augen Sr. Majestät des Kaisers als unfähig darzustellen. Über seine Operationen in Ungarn hat der Fürst vor Kurzem mit Nennung seines Namens eine Zusammenstellung aus offiziellen Aktenstücken veröffentlichen lassen, um dadurch die ihm gemachten Vorwürfe zu entkräften. Er soll, wie es vollkommen natürlich scheint, dem Urtheil auswärtiger Militärs, namentlich demjenigen Preußischer militärischer Zeitschriften mit besondrer Spannung entgegensehn. Ganz abgesehn von den augenblicklichen politischen Combinationen in Östreich, dürfte es nicht ohne Nutzen sein, den etwaigen Preußischen Sympathien einer unter allen Umständen hervorragenden Persönlichkeit in Östreich entgegenzukommen. Ich stelle deshalb E. E. g. anheim, entweder durch das Kriegsministerium oder den General v. Gerlach dahin mitwirken zu wollen, daß in den militärischen Zeitschriften, von welchen man auswärts einen nahen Zusammenhang mit unsern offiziellen Kreisen anzunehmen pflegt, die Selbstvertheidigung des Fürsten Windischgrätz womöglich eine günstige, jedenfalls eine schonende und wohlwollende Beurtheilung finde.

Die mir vorgelegten Briefe des Grafen Wurmbrandt machten mir den Eindruck, daß der Östreichische Adel dieser Parthei bisher weniger mit dem Erlangen politischer Bedeutung als mit der Gereiztheit über und mit der Abwehr gegen die ihm zugefügten materiellen Verluste beschäftigt ist.

131. Bericht vom 8. März 1852 an Minister v. Manteuffel, betr. die Verhandlungen mit dem Herzog von Augustenburg. — Vgl. Poschinger I Nr. 56.

132. Bericht vom 9. März 1852 an Minister v. Manteuffel, betr. die Verhandlungen mit dem Herzog von Augustenburg. — Vgl. Poschinger I Nr. 57.

*133. Telegramm an Minister v. Manteuffel.

10. März 1852. 1 Uhr 50 nachmittags.

E. E. gestrige telegraphische Depesche habe ich erhalten. Morgen findet eine Bundestagssitzung statt. Nach derselben werde ich von hier abreisen und Freitag[1]) Abend in Berlin

[1]) 12. März.

sein. Ich bitte mich noch mit Anweisung darüber zu versehen, ob ich mit Rücksicht auf die frühere Äußerung des Fürsten Schwarzenberg wieder Herrn von Schrenk oder wieder den Grafen Thun substituieren soll.

134. Bericht an Minister v. Manteuffel.

[Konzept.]

11. März 1852.

Wie E. E. bekannt, hat das hiesige Handlungshaus M. A. von Rothschild und Söhne dem Proteste, welcher von der K. Bundestagsgesandtschaft bei ihm unterm 10. Januar c. gegen Zahlung des in der Bundestagssitzung vom 7. Januar c. beschlossenen Flotten-Anlehens und gegen Verpfändung der bei dem fraglichen Hause deponierten Bundesgelder eingelegt worden ist, jede Beachtung versagt, und die Summe von 60 000 fl., wie der Chef des Hauses selbst sagte, auf seine Gefahr gezahlt, um es mit der Kaiserlich österreichischen Regierung nicht zu verderben.[1]) Der Protest hat zwar die Folge gehabt, daß man sich von der Gefährlichkeit des eingeschlagenen Weges überzeugt und von der vollen Durchführung des Bundesbeschlusses vom 7. v. M., der den Militärausschuß zur Aufnahme eines Darlehns von über 260 000 fl. autorisierte, Abstand genommen hat. Allein es wäre dem Hause Rothschild leicht gewesen, zur Verweigerung der qu. 60 000 fl. einen Grund ausfindig zu machen, oder das Geld unter anderer Form zu zahlen, ohne dadurch der Kaiserlich österreichischen Regierung zu nahe zu treten. Wie der Chef des Hauses bemüht ist, sich der letzteren auf jede Weise gefällig zu erweisen, mögen E. E. unter anderm auch daraus ersehen, daß er den Kaiserlich österreichischen Gesandten sofort von jeder Anweisung in Kenntnis setzt, die er für die K. Bundestagsgesandtschaft erhält. Es ist vorgekommen, daß Graf Thun mir zu einer Zeit mitteilte, das Haus Rothschild sei zu einer Zahlung angewiesen, als ich noch nicht einmal amtliche Nachricht davon hatte. Das Verfahren des Hauses Rothschild bei der fraglichen Protestangelegenheit hat mich bestimmt, Einladungen der hiesigen Herren von Rothschild keine Folge zu geben, und ihnen überhaupt die der K. preußischen Regierung bewiesene Unwillfährigkeit zu erkennen zu geben.

Für wünschenswert muß ich es aber auch erachten, daß der Geschäftsverkehr, in welchem die K. Bundestagsgesandtschaft bisher mit dem gedachten Hause gestanden hat, abgebrochen und einem anderen hiesigen Hause übertragen werde. E. E. werden mit mir darin einverstanden sein, daß die Fortsetzung dieses Verkehrs zu unrichtigen Deutungen Anlaß geben und so ausgelegt werden könnte, als habe sich die K. Regierung davon überzeugt, daß das Haus Rothschild nicht anders habe handeln können.

*Ich habe deshalb den Chef des Hauses Bethmann Söhne, den K. preuß. Konsul Moritz v. Bethmann unter der Hand befragt, ob er, falls E. E. die Zustimmung erteilten, die Geldgeschäfte mit der K. Bundestagsgesandtschaft in der Art besorgen würde, wie dies bisher von dem Hause v. Rothschild geschehen ist. Er hat sich hiezu bereit erklärt und mich um Angabe der Bedingungen sowie um Mitteilung darüber gebeten, in welcher Art die Berechnung mit der K. Seehandlung, mit welcher er sich demnächst in Verbindung setzen würde, zu erfolgen habe.

---

[1]) Vgl. wegen dieses Vorganges die Telegramme vom 9., 10. und 12. Januar 1852

Das Haus Bethmann ist als ein sehr solides bekannt und besorgt die Geschäfte für mehrere Regierungen. Für die K. preußische Regierung dürfte eine Veranlassung, mit diesem Hause in Verbindung zu treten, auch darin liegen, daß der Chef des Hauses B. preuß. Konsul ist und eine Ehre darin setzen würde, auch der Bankier der K. preußischen Regierung am Sitze des Bundestages zu sein.

E. E. hochgen. Erwägung beehre ich mich daher g. g. anheimzustellen, ob der Geldverkehr der K. Bundestagsgesandtschaft nicht bei den bezeichneten Verhältnissen dem Hause Bethmann zu übertragen sein möchte. In diesem Falle bitte ich g. mich von den Bedingungen in Kenntnis setzen zu wollen, welche die K. Seehandlung dem Hause Rothschild hinsichtlich ihrer Abrechnung bisher gestellt hat.*

135. Privatschreiben an Minister v. Manteuffel.

[Eigenhändig.]

Hannover, 27. März 1852.[1])

E. E. beehre ich mich nachstehendes Ergebniß zweier Unterredungen, die ich heut mit Herrn von Schele gehabt habe, g. zu referiren:

Die Auffassung des Letztern über die hiesige Ministerkrisis[2]) und deren Resultat fällt mit der des Herrn von der Decken nicht zusammen. Herr von Schele findet, daß die Unverträglichkeit der Herrn von Decken-Borries und Windhorst-Bacmeister mehr persönliche als sachliche Motive hat, und hält es nicht für unmöglich, daß er sich von den erstgenannten, oder auch von allen seinen Collegen trennt und ein ganz neues Cabinet bildet; jedenfalls schien er mir heut mehr geneigt, die beiden bürgerlichen Minister zu conserviren, als die andern. Er glaubt, auf dem Wege seinen eignen Standesgenossen besser dienen zu können, wenn er auch voraussieht, daß sie ihn als Renegaten betrachten würden. Seine Absicht ist, jedenfalls die Einheit im Cabinet durch Personenwechsel nach einer von beiden Seiten hin herzustellen, um endlich mit entschiednen, die Verfassung ändernden Propositionen vor die Kammern treten zu können, unter Bezugnahme auf das Bundesrecht. Dazu glaubt er die Herren Windhorst und Backmeister leicht disponiren zu können, und nur persönliche Gereiztheit habe die Einigung bisher gehindert. Die Stände würden voraussichtlich diese Zumuthungen ablehnen, wo man sie dann auflösen und verstärkte Mahnungen und Androhungen vom Bunde extrahiren müßte, um damit auf die nächsten Kammern zu wirken. Bei dem Verkehr mit den Ständen seien ihm Decken und Borries durch ihre Unbeliebtheit nachtheilig, Bacmeister durch gewandte Behandlung förderlich. In dem ritterschaftlichen Streit hat er die Hoffnung, durch Vergleich zum Ziele zu kommen, nicht aufgegeben. Von Stüve fürchtet er erst dann etwas, wenn er selbst (Schele) zurücktritt. Das Resultat ist also bisher: Unentschiedenheit darüber, w e r aus dem Cabinet tritt, Wahrscheinlichkeit, daß es Decken-Borries sein werden, Gewißheit, daß Schele bleibt, der allein das Vertrauen des Königs hat und auch für uns m. E. bis jetzt die allein wichtige Person bleibt. Ich habe ihn offen und wohlwollend gefunden wie früher. Von der Flotte

[1]) Vom 14. bis 26. März befand sich B. in Berlin. Am 25. März fand sein Duell mit Georg v. Vincke statt. Am 26. abends reiste er nach Hannover ab.

[2]) Der Minister der geistlichen und Unterrichtsangelegenheiten Bacmeister hatte am 15. März sein Entlassungsgesuch eingereicht, weil er mit dem Finanz- und Handelsminister v. d. Decken und dem Minister des Innern v. Borries nicht harmonierte.

wollte er gar nichts mehr wissen, und „wenn auch Neptun selbst mit in den Verein treten wollte"; namentlich war er böse über das Verhalten Baierns in dieser Sache.

In Betreff der Berliner Zollverhandlungen[3]) wünschte er, daß wir die Süddeutschen recht sehr suaviter in modo behandeln möchten, ihnen nicht von Hause aus conditiones sine quibus non vorlegen; ihre verletzte Eitelkeit werde sich durch unwesentliche Änderungen an dem Septembervertrage zufriedenstellen lassen, aber gefährlich werden, wenn man sie noch mehr reizt. In Bezug auf die Zulassung Östreichs zu den Zollconferenzen ist hier durch Koller und Montgelas mit mehr Heftigkeit auf Schele gewirkt worden, als diesem angenehm zu sein schien. Letztrer gab mir zu, daß eine directe Zolleinigung mit Östreich unmöglich, die Einräumung gegenseitigen Vetos in Zollgesetzen zwischen uns und Östreich nicht zu verlangen, ein Handelsvertrag mit letztrem, des guten Vernehmens wegen, aber zu wünschen sei. Er sah ein, daß es Schwierigkeiten bringen, und namentlich manche Staaten zu bedenklicher Steigerung ihrer Prätensionen ermuthigen würde, wenn wir soweit nachgäben, einen Vertreter Östreichs von Hause aus zu den Zollconferenzen zu ziehn, wünschte aber doch, daß man um des Friedens willen, n e b e n den Zollvereins-Verhandlungen und gleichzeitig mit Östreich solche über einen Handelsvertrag eröffne. Baiern und Sachsen sollen beantragen wollen, die Resultate der Wiener Verhandlungen[4]) in Berlin zu Grunde zu legen, auch das schätzbare Material von Dresden und Frankfurt gleich mit hineinzuziehn, mit Rücksicht auf Art. 19 der Bundesacte, und auf die Clausel im Septembervertrag wegen einer allgemeinen deutschen Zoll- und Handelseinigung. Baiern hat sich hier neuerdings durch Graf Montgelas sehr ungeberdig in Bezug auf den Septembervertrag und die zu machenden Schwierigkeiten ausgesprochen; Herr von Schele sagte aber, er wisse wohl, que les Deux-Bavières (der König und von der Pfordten) n'étaient pas toujours d'accord, und wenn die süddeutschen Staaten sich bindend verpflichtet hätten, in Berlin auf alle Fälle im Sinne der Wiener Abreden zu wirken, so sei das an ebenso evasive Bedingungen geknüpft, wie die Bairisch-Sächsischen Versprechungen für die Flotte, die zuletzt darauf hinauskommen, daß Hanover diese beiden Staaten für ihre maritimen Leistungen aus seinem praecipuum schadlos halten solle. In treuster Anhänglichkeit . . . .

136. Note an den Herzog von Augustenburg.

[Abschrift.]

31. März 1852.

Nachdem ich wiederholt die Ehre gehabt habe, E. Dl. infolge des mir erteilten Auftrages über die eventuelle Regelung Höchstdero künftiger Beziehungen zur Krone Dänemark Mitteilungen zu machen, und E. Dl. Sich im allgemeinen nicht abgeneigt erklärt haben, zu einer Verständigung im Wege der Unterhandlung die Hand zu bieten, sehe ich mich nunmehr zu der Benachrichtigung in den Stand gesetzt, daß es der Vermittlung meiner Ah. Regierung gelungen ist, die Berücksichtigung der von E. Dl. seither geäußerten Wünsche bei der Krone Dänemark in der Art zu erwirken, daß man dortseits nicht nur auf eine Kapitalisierung der E. Dl. zu gewährenden Rente, sondern auch auf eine neue

[3]) Die für den April in Aussicht genommenen Zollkonferenzen.

[4]) Am 4. Januar 1852 war in Wien eine Zollkonferenz eröffnet worden, an der sämtliche deutschen Staaten mit Ausnahme von Preußen und Thüringen teilnahmen. Sie tagte bis zum 20. April. Man einigte sich über zwei Vertragsentwürfe: A. eines Handelsvertrags zwischen dem Zollverein und Oesterreich, B. eines bereits die spätere Zolleinigung aussprechenden Vertrags.

Taxe der Herzoglichen Güter[1]) eingegangen ist, zu welcher die erforderlichen Data auf eine möglichst unparteiische Weise unter Zuziehung der von E. Dl. seinerzeit ernannten Kassenbeamten beschafft worden sind, und die denn auch einen weit höheren Ertrag der Güter als die frühere Taxe ergeben hat.

Zugleich ist E. Dl. Wunsche gemäß der K. dänische Bundestagsgesandte, Kammerherr von Bülow, als offizieller Vertreter und Bevollmächtigter Sr. M. des Königs von Dänemark beauftragt worden, die Anerbietungen der K. dänischen Regierung mitzuteilen und das darauf bezügliche Abkommen mit E. Dl. abzuschließen.

Gegenwärtig sind mir nunmehr jene Anerbietungen von dem Kammerherrn von Bülow in amtlicher Form und mit dem Ersuchen, dieselben zu E. Dl. Kenntnis zu bringen, zugegangen.

Von Sr. M. dem Könige, m. a. H., in Betätigung der lebhaften Teilnahme, welche Allerhöchstdieselben den Interessen E. Dl. widmen, ermächtigt und beauftragt, zur Herbeiführung der Verständigung zwischen Höchstdenselben und dem Bevollmächtigten der Krone Dänemark jede Erleichterung zu gewähren, welche nach der Stellung meiner Ah. Regierung zu der Frage zulässig erscheint, beehre ich mich demgemäß E. Dl. die in Rede stehenden Propositionen der K. dänischen Regierung, wie sie mir in einer Note des Kammerherrn von Bülow vom 12. d. M. mitgeteilt worden sind, ehrfurchtsvoll vorzulegen.

S. M. der König von Dänemark erbietet Sich, E. Dl. im Herzogtum Schleswig belegene Güter unter nachstehenden Modifikationen käuflich zu erwerben. S. M. bewilligen für diese Besitzungen, unter Übernahme der darauf haftenden Schulden mit 504 000 Tlr. Preußisch Courant, den Kaufpreis von 1 500 000 Spezies-Talern oder 2 250 000 Tlr. Preußisch Courant in der Voraussetzung, daß E. Dl. dagegen bereit sind, Höchstdero Güter auf dem Festlande von Schleswig wie auf der Insel Alsen mit allem Zubehör der dänischen Krone zu ihrem vollen Eigentum zu zedieren, daß E. Dl. und die Herzogliche Familie künftighin Höchstihren Aufenthalt außerhalb des Gebietes sämtlicher, dem Szepter des Königs von Dänemark untergebenen Reiche, Lande und Provinzen nehmen, auch für Höchstdieselben und Höchstdero Familie darauf verzichten, jemals irgendein Grundeigentum daselbst anzukaufen; ferner daß E. Dl. im eigenen und im Namen Höchstihrer gesamten Familie feierlichst versprechen, nichts vorzunehmen, wodurch die Ruhe in den K. Staaten irgend gestört und gefährdet werden könne, sowie gleichfalls im eigenen und Höchstdero Familie Namen sich verbinden, zu keiner Zeit und unter keinen Umständen den Ah. Entschließungen hinsichtlich der Ordnung der Erbfolge für alle, gegenwärtig unter dem Szepter Sr. M. des Königs von Dänemark vereinigten Lande oder der eventuellen Organisation der Monarchie entgegenzutreten.

Die Zahlung des Kaufpreises würde in der Art erfolgen, daß S. M. der König von Dänemark E. Dl. eine auf 1 500 000 Spezies-Taler lautende, von Sr. M. unterzeichnete und von sämtlichen Mitgliedern des K. Geheimen Staatsrats contrasignierte Pfandverschreibung zustellen lassen, und dabei zugleich in ein Arrangement willigen, wodurch die ganze Schuld mittelst halbjähriger fortlaufender Zahlung von Zinsen und Kapitalabträgen binnen einer angemessenen Frist gänzlich getilgt sein würde.

Indem ich die vorstehenden Anerbietungen der Krone Dänemark ehrfurchtsvoll zu E. Dl. Kenntnis bringe, bitte ich ebenmäßig, daß E. Dl. die Gnade haben wollen, mir Höchst-

[1]) Poschinger hat hier „bereitwilligst" eingeschaltet.

ihre Entschließung über deren Annahme oder Ablehnung zu erkennen zu geben, damit ich den Kammerherrn von Bülow, als Bevollmächtigten der Krone Dänemark, davon unterrichten kann. Letzterer ist ermächtigt, sobald und im Fall die Anerbietungen seines Hofes von E. Dl. angenommen sein würden, mit E. Dl. eventuell nähere Verabredungen über das Arrangement der sukzessiven Auszahlung, sowie über die mit der endlichen Übertragung der mehr gedachten Güter an die Krone in Verbindung stehenden Punkte zu treffen.

Durch eine fernere Note des Freiherrn von Bülow vom 24 d. M. bin ich benachrichtigt worden, daß S. M. der König von Dänemark das vorstehende, von der K. dänischen Regierung als ein Ultimatum bezeichnete Anerbieten bis zum 30. April c. aufrecht zu erhalten gesonnen sind, daß Seine Majestät Höchstsich aber an dasselbe von diesem Tage an nicht mehr für gebunden erachten würden, falls bis dahin die Annahme desselben von seiten E. Dl. nicht erfolgt wäre.

137. Privatschreiben an den Herzog von Augustenburg.

[Abschrift.][1])

31. März 1852.

Indem ich die Ehre habe, in der anliegenden Note[2]) den mir von meiner Ah. Regierung erteilten Befehlen gemäß die von der K. dänischen Regierung gemachten Anerbietungen vorzulegen, erlaube ich mir denselben Nachstehendes hinzuzufügen.

Die Ah. Entschließungen hinsichtlich der Erbfolge für alle, gegenwärtig unter dem Szepter Sr. M. des Königs von Dänemark vereinigten Lande, deren in den gestellten Bedingungen gedacht wird, haben nach den mir von dem Grafen Bille-Brahe in Berlin gegebenen mündlichen Erklärungen nur Bezug auf die nach Maßgabe der Warschauer Protokolle verabredete Übertragung der Erbfolge auf die männliche Descendenz Sr. Dl. des Prinzen Christian von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Glücksburg aus Hochdesselben Ehe mit seiner jetzt lebenden Prinzessin Gemahlin. Für den Fall des Erlöschens dieser Descendenz würden weder Annahme der von Sr. M. gestellten Bedingung durch E. Dl., noch die übrigen zugunsten Sr. Dl. des Prinzen Christian ausgestellten Verzichtleistungen den rechtlichen Bestand der bisherigen Ansprüche sämtlicher hohen Agnaten des dänischen Königshauses zu alterieren vermögen. Der Graf Bille hat zwar eine schriftliche Erklärung den ihm von Kopenhagen zugegangenen Aufträgen in dieser Beziehung nicht hinzugefügt, indessen darf ich nach den Erörterungen, die zwischen ihm und dem Freiherrn von Bülow einerseits und dem K. Unterstaatssekretär Herrn von Le Coq und mir andererseits stattgefunden haben, annehmen, daß es den Auffassungen der K. dänischen Regierung entsprechen werde, wenn E. Dl. im Fall der Annahme der gemachten Vorschläge Höchstihren Erklärungen über diesen Punkt eine Fassung geben, welche dem vorstehend angedeuteten Sinne noch deutlicher entspricht, als der Wortlaut der von K. dänischer Seite hierher gemachten Mitteilungen.

Nach einer vertraulichen Eröffnung der K. dänischen Regierung würden die gesammelten und noch aufkommenden Revenüenüberschüsse der herzoglichen Güter sofort nach

---

[1]) Das Original eigenhändig.

[2]) Vgl. die vorige Nummer.

Genehmigung des E. Dl. proponierten Abkommens bar ausgezahlt werden, auch würde S. M. der König von Dänemark geneigt sein, in Aufhebung des auf den herzoglichen Gütern ruhenden fideikommissarischen Bandes in betreff der Geldabfindung zu willigen, sowie darin, daß letztere von dem Heimfallsrechte, welchem ein Teil der herzoglichen Güter als Mannlehn unterworfen sein könnte, befreit bliebe.

Indem ich E. Dl. höchster Entschließung die Vorschläge ehrerbietigst unterbreite, mit deren Mitteilung ich beauftragt bin, halte ich mich zwar überzeugt, daß nur E. Dl. Selbst imstande sein werden,[3]) vollständig zu ermessen, ob es bei unbefangener Prüfung der jetzigen Lage der Dinge E. Dl. Interessen, sowie denen der herzoglichen Familie mehr entspricht, die Anerbietungen der Krone Dänemark anzunehmen, oder aber den Eventualitäten entgegenzugehen, welche das Verlangen der beteiligten Kabinette, die dänische Frage bald und definitiv geregelt zu sehen, in seinem Gefolge haben kann, falls bei den Ah. Regierungen die Überzeugung Platz greift, daß auf dem bisher versuchten Wege der Unterhandlung die gewünschten Resultate nicht zu erreichen seien.

Indessen kann ich nicht umhin, E. Dl. auch bei dieser Gelegenheit wiederum auf den Umstand ehrerbietigst aufmerksam zu machen, daß S. M. der König, m. a. H., das warme Interesse, welches Allerhöchstdieselben E. Dl. und Hochdero gesamten herzoglichen Hause jederzeit gewidmet und mit Wort und Tat bekräftigt haben, unter den jetzigen Umständen nach sorgfältig erwogener Überzeugung nicht anders glaubt betätigen zu können, als indem Allerhöchstdieselben das ganze Gewicht Ihres aufrichtigen und wohlmeinenden Rates dahin richten, daß E. Dl. auf die schließlichen Anerbietungen der K. dänischen Regierung eingehen und einem demzufolge abzuschließenden Abkommen für E. Dl. und Höchstihr Fürstliches Haus bindende Formen geben wollen.

In Rückblick auf die E. Dl. bekannten und von Hochdenselben in den bisherigen Verhandlungen so richtig gewürdigten Gesinnungen des Königs, m. a. H., in bezug auf E. Dl. und das gesamte herzogliche Haus darf ich nicht zweifeln, daß E. Dl. in dem vorstehenden Rate Sr. M. den stärksten Beweis dafür finden werden, daß eine günstigere als die hier gebotene Entwicklung der Beziehungen E. Dl. zur Krone Dänemark bei der jetzigen Lage der europäischen Verhältnisse nicht vorhanden ist, vielmehr nach menschlicher Voraussicht in dem Falle, daß die schwebenden Unterhandlungen ohne Resultat abgebrochen werden, nur für solche Eventualitäten Raum bleibt, deren Abwendung ein Ziel der lebhaften Wünsche Sr. M. des Königs ist.

138. Bericht an Minister v. Manteuffel.

[Ausfertigung.]

2. April 1852.

Indem ich E. E. die Abschriften der vorgestern an S. Dl. den Herzog von Augustenburg gerichteten Note und des Privatschreibens, mit dem ich dieselbe begleitet habe,[1]) g. vorlege, beehre ich mich nachstehende Bemerkungen hinzuzufügen.

Im Eingange des offiziellen Schreibens habe ich ausdrücklich auf die früheren vertraulichen Verhandlungen und die bei denselben ausgesprochene Bereitwilligkeit Sr. Dl., auf eine Abfindung einzugehen, Bezug genommen, indem ich in diesen Andeutungen eine Siche-

[3]) Vorlage: würden.
[1]) Vgl. Nr. 136 und 137.

rung gegen vorzeitige Veröffentlichung des Schreibens zu finden glaubte. Außerdem habe ich geſucht, das amtliche Schreiben lediglich in dem Charakter einer einfachen Mitteilung der däniſchen Anerbietungen zu halten, und des von Sr. M. dem König dem Herzog erteilten Rates nur in meinem privativen und eigenhändigen Begleitſchreiben gedacht, auch in letzteres die mündlichen Erläuterungen aufgenommen, welche der Graf Bille über die Tragweite der von dem Herrn Herzoge zu verlangenden Verzichtleiſtung in Berlin gegeben hat. Herr von Bülow, mit dem ich auch hier über dieſen Punkt geſprochen habe, ſcheint die Auffaſſung des Grafen Bille nicht vollſtändig zu teilen, obſchon er keinen ausdrücklichen Widerſpruch dagegen erhob, als ich ihm ſagte, daß ich dem Herrn Herzog in der Art, wie geſchehen, geſchrieben und mich dabei auf die mündlichen Erläuterungen des Grafen Bille bezogen habe. Bei einem Beſuche, den ich dem Herrn Herzog heut gemacht habe, vermied derſelbe, auf den Inhalt meines Schreibens und auf ſeine politiſchen Beziehungen überhaupt einzugehen, auch dann, als ich den Gegenſtand ausdrücklich zur Sprache brachte. S. Dl. erklärte vielmehr, ſich darüber ſchriftlich gegen mich äußern zu wollen. Im übrigen fand ich den Herrn Herzog heiterer und unbefangener geſtimmt, als zur Zeit meiner letzten Unterredung mit ihm, woraus ich aber weder nach der einen wie nach der anderen Seite hin einen Schluß auf die Dispoſitionen Sr. Dl. in bezug auf die gemachten Anerbietungen zu ziehn wage. In Privatgeſprächen gegen andere ſoll der Herr Herzog ſich dahin geäußert haben, daß alle Mitglieder ſeiner Familie auf ausdrückliches Befragen ſich bereit erklärt hätten, lieber die Entbehrungen einer beſchränkten Lage auf unbeſtimmte Zeit hin zu tragen, als die von Gott verliehenen Rechte ſich abkaufen zu laſſen. S. Dl. hat auf mehrere hieſige Häuſer gehandelt, in der Abſicht, ſie auf 6 Monat zu mieten, demnächſt aber eine Wohnung in Homburg für 2 Monat genommen und beabſichtigt, dahin zu gehen, ſobald die Witterung wärmer wird. In bezug auf ein kleines, aber ſchön gelegenes hieſiges Landhaus, für welches auf die 6 Sommermonate 3000 Gulden gefordert waren, erklärte S. Dl., daß es für Ihre jetzigen Verhältniſſe zu teuer ſei.

Herrn von Bülow habe ich Abſchrift meines amtlichen Schreibens an den Herrn Herzog zugehen laſſen, und werde ihm den Inhalt des Privatbriefes mündlich mitteilen.

139. Bericht vom 2. April 1852 an Miniſter v. Manteuffel, betr. die ſchlechte pekuniäre Stellung der Telegraphenbeamten in Frankfurt a. M. Antrag auf Verbeſſerung derſelben. — Vgl. Poſchinger, Neue Berichte S. 20 f.

140. Bericht vom 3. April 1852 an Miniſter v. Manteuffel, betr. den Kongreß der Eiſeninduſtriellen des Zollvereins. — Vgl. Poſchinger I Nr. 61.

*141. Privatſchreiben an Miniſter v. Manteuffel.

[Eigenhändig.]

4. April 1852.

Indem ich den einliegenden Bericht von Canitz, der mir eben zugeht, befördere, füge ich im Drange des Poſtſchluſſes nur hinzu, daß der Kurheſſiſche Miniſter v. Baum-

bach heut in Begleitung des Östreichischen Gesandten Graf Ingelheim hier durch zu der morgen stattfindenden Conferenz nach Darmstadt[1]) gegangen ist.

Herr von Glinka, der Russische Geschäftsträger, hat mir mitgetheilt, daß der Graf Schuwalloff, also auch wahrscheinlich J. M. die Kaiserin, zum 4. Mai in Berlin den Bericht über die in Schwalbach getroffenen Anstalten entgegennehmen wolle. Zum 13. Mai soll in Schwalbach alles eingerichtet sein, und will J. Majestät bis in die zweite Hälfte des July dort bleiben. Wahrscheinlich sind E. E. schon genauer informirt. Mit der Bitte mich Ihrer Frau Gemalin unterthänig zu empfehlen . . . .

[Nachschrift.]

Auch Sir Alexander Mallet, ehemaliger Gesandter in Stuttgart, jetzt hier, sagt mir, daß er dort die Überzeugung gewonnen habe, daß Würtemberg auf alle Bedingungen hin im Zollverein bleiben werde, wenn man Anfangs auch den Mund etwas voll nähme. Gefahr sei nur, wenn wir durch den Schein von Neigung zur Nachgiebigkeit unstatthafte Anforderungen ermuthigten; dadurch könnten die Verhandlungen langwierig werden.

142. Bericht vom 6. April 1852 an Minister v. Manteuffel, betr. die Einsetzung einer Abteilung für die Festungen und Verbesserungen in der Geschäftsordnung der Militär-Kommission. — Vgl. Poschinger I Nr. 62.

143. Privatschreiben an Minister v. Manteuffel.

[Eigenhändig.]

6. April 1852.

E. E. beehre ich mich die eben hier eingehenden beiden Depeschen des Herrn von Canitz g. zu überreichen. Auf Graf Thun hat die Nachricht vom Tode des Fürsten Schwarzenberg[1]) einen tiefen und niederschlagenden Eindruck gemacht; er war so bewegt, daß er die heutige Ausschußsitzung abbrach. Er sprach mit Bitterkeit und Besorgniß von der Partei der Alt-Conservativen, und von seinem Vetter, dem Grafen Wurmbrand. Daß das Regiment unmittelbar in die Hände dieser Herrn übergehn werde, ist indessen bei der geringen numerischen Stärke und dem Mangel an innerem Zusammenhang dieser Fraction kaum wahrscheinlich. Der englische Gesandte war, als ich ihm die Nachricht mittheilte, sehr betroffen und sagte dann: „au fond c'est un bonheur". Ich sage meinen g. Dank für die geneigte Benachrichtigung; ich war der Erste, der sie hier empfing, da mir die Depesche 4 Stunden nach dem Ableben des Fürsten zukam. Mit der Bitte mich Ihrer Frau Gemalin zu empfehlen in treuster Ergebenheit . . . .

144. Bericht vom 6. April 1852 an Minister v. Manteuffel, betr. die Konferenzen der Darmstädter Koalition. — Vgl. Poschinger I Nr. 63.

---

141. [1]) Konferenz zwischen Vertretern Bayerns, Sachsens, Württembergs, der beiden Hessen und Nassaus zwecks Stellungnahme zur Zollfrage, 3. bis 6. April 1852.

143. [1]) Fürst Felix von Schwarzenberg war am 5. April 1852 gestorben.

145. Privatschreiben an Minister v. Manteuffel.

[Eigenhändig.]

6./7. April 1852.

E. E. h. Erlaß in der Dänischen Angelegenheit vom 4. c.[1]) habe ich heut Nachmittag durch Expressen von Erfurt erhalten und aus demselben die ah. Willensmeinung in Betreff der Theilnahme des Deutschen Bundes an den bevorstehenden Transactionen ersehen. Indem ich um die Erlaubniß bitte, einen offiziellen Bericht in der Sache auszusetzen, bis ich das Terrain, soweit es bei der gebotenen Vorsicht möglich ist, zu erforschen versucht haben werde, unterlasse ich nicht, auf Grund meiner bisher gewonnenen Auffassungen der hiesigen Verhältnisse E. E. Folgendes ehrerbietigst vorzustellen.

Heut Vormittag besprach ich mit Herrn von Schrenk, dem K. Bairischen Bundestagsgesandten, vertraulich und sondirend die Art und Weise, wie die Holsteinsche Sache, wenn sie demnächst durch Vorlage Preußens und Östreichs an die Bundesversammlung gelange, zu behandeln sein werde. Derselbe sprach sich mit Entschiedenheit dahin aus, daß die Versammlung von dem Vortrag der Großmächte lediglich werde Kenntniß nehmen können, ohne sich mit einer Beschlußnahme in dieser Angelegenheit zu befassen. Meine beiläufige Frage, ob es ihn interessire, den Stand der Verhandlungen mit dem Herzoge von Augustenburg kennen zu lernen, erwiderte er mit der Bemerkung, daß diese Angelegenheit für Bayern nicht von Wichtigkeit und höchstens ein Gegenstand seiner persönlichen Neugierde sei. Die Motive zu diesen beiden Äußerungen des Herrn von Schrenk, und namentlich zu jener über das Verhalten der Bundesversammlung zur Holsteinischen Frage, finde ich meiner Erfahrung nach lediglich in dem Bestreben der Mittel- und Kleinstaaten, sich in der öffentlichen Meinung von der Theilnahme an allen mißliebigen Sachen nach Möglichkeit frei zu halten und ihren Kammern gegenüber das Odium aller unpopulären Elaborate der europäischen Diplomatie den beiden deutschen Großmächten zuschieben zu können. Außer den Vertretern der letztern ist unter meinen Collegen, mit gelegentlicher Ausnahme der Herrn von Bülow, Oertzen und etwa von Bothmer, nicht ein Einziger, der nicht mehr von dem qu'en dira-t-on in Presse und Kammern, als von staatsmännischen Gesichtspunkten geleitet würde, und bei den Meisten ist es nicht etwa persönliche Ansicht dieser Herrn, sondern der Ausdruck der Politik der von ihnen vertretenen Regirungen. Die Abweichungen hiervon, welche durch das zwingende Bedürfniß territorialer Reaction hervorgerufen worden sind, bewirken nur, daß man der „öffentlichen Meinung" auf denjenigen Gebieten, wo man seine Partikular-Interessen nicht durch sie gefährdet glaubt, um so eifriger gerecht zu werden sucht. Für die Richtigkeit dieser Ansicht, welche sich mir täglich bestätigt, kann ich E. E. u. a. anführen: das offizielle Festhalten an den schwarzrothgoldnen Farben, die noch heut auf dem Bundespalais flaggen, obschon sie jeder meiner Collegen beseitigt wünscht und man sie in den Festungen an allen Gegenständen, die nicht vor die Augen des Publikums gelangen, durch das frühere Grau ersetzt; das Verfahren mit der Flotte, deren Auflösung 14 Stimmen unter 17 seit Jahr und Tag wünschten, ohne daß sie den Muth hatten, es auszusprechen, und nachdem letztres durch Beschluß geschehn ist, hat jeder einzelne Bundesstaat sich ausdrücklich geweigert, einen der drei mit der Auflösung zu beauftragenden Commissarien zu stellen, so daß wir mit Privatleuten zu diesem Behuf unterhandeln müssen, um auch nur

[1]) Manteuffel ersucht darin um Mitteilung, ob nach der Stimmung im Bundestag Aussicht bestehe, daß der Deutsche Bund als Ganzes der Konvention, welche in London zur Regelung der Thronfolge in Dänemark von den europäischen Mächten demnächst abgeschlossen werden sollte, beitreten werde.

einen Commissarius zu finden; ferner die Hanöversche Verfassungsfrage, wo überhaupt, und die Hessische, wo bei der ersten Abstimmung nur 9 Stimmen sich offen zu der Überzeugung zu bekennen wagten, die im Grunde bei Hessen von allen, bei Hanover von fast allen Regirungen getheilt wurde. Demselben Geiste verdankt die halbe Maßregel wegen der Veröffentlichung der Verhandlungen ihr Dasein, bei welcher, trotz ihrer Beschränktheit, den Herrn unheimlich genug zu Muthe ist.

Verzeihn E. E., wenn das Bedürfniß, im Hinblick auf die Wünsche Sr. M. des Königs meine Ansicht mit Thatsachen zu belegen, mich weitläuftig werden läßt. Mit Rücksicht auf Vorstehendes glaube ich nicht zu irren, wenn ich voraussage, daß unsre Bundesgenossen ohne erhebliche Ausnahme wünschen werden, in Bezug auf die Dänische Sache ihre Hände in Unschuld zu waschen und lieber das Resultat der Verhandlungen der europäischen Großmächte als ein bedauerliches, aber nicht mehr zu änderndes fait accompli, unter angemessenen Verwahrungen „zur Kenntniß zu nehmen". Ich kann zwar nicht beurtheilen, wie weit das Verhalten Östreichs in dieser Frage durch die Wünsche Rußlands bedingt sein wird; sonst aber liegt es, meiner Ansicht nach, nicht in der Richtung der Wiener Politik, wie sie Graf Thun bisher hier vertreten hat, der Betheiligung des Bundes als politischer Einheit im internationalen Verkehr entgegen zu wirken, vielmehr dürfte meinem östreichischen Collegen es als ein, wenn nicht ganz erreichbares, doch zu erstrebendes Ziel vorschweben, die Action Preußens nach außen durch die des Bundes zu absorbiren und die Vertretung des letztern durch die Präsidialmacht mehr und mehr auszubilden. Der Gesammteintritt Östreichs in den Bund würde ein Fundament, die Zolleinigung wenigstens eine Baustelle für dieses System bilden, und ich habe mich in Privatgesprächen sowohl wie bei amtlichen Vorgängen wiederholt überzeugen können, daß dem Präsidium jede Gelegenheit willkommen war, den Bund als einheitliche Macht in diplomatischen Verhandlungen zu betheiligen. Wenn der Tod des Fürsten Schwarzenberg nicht eine Änderung des Systems, wie es allerdings wahrscheinlich ist, mit sich bringt, so glaube ich, daß Graf Thun derjenige unter meinen Collegen ist, der, wenn nicht allein, doch vorzugsweise geneigt sein wird, den Bund als geschlossene Macht in London vertreten zu lassen. Aber selbst dem vereinten Auftreten von Preußen und Östreich wird es, meiner Überzeugung nach, nicht gelingen, die Bundesversammlung dahin zu disponiren, daß sie den vorgeschlagenen Stipulationen ohne Vorbehalt beitritt und einen Bevollmächtigten zu deren Vollziehung wählt. Unzweifelhaft ist, daß ein derartiger Beschluß ohne Instructionseinholung nicht gefaßt werden würde, und für wahrscheinlich halte ich, daß die Mehrheit der instruirten Abstimmungen ausweichend, wenn nicht ablehnend sein würde, daß mehre derselben entschiedne Proteste enthalten, und daß die Ermittelung eines Bevollmächtigten zur Unterzeichnung der in der öffentlichen Meinung mißliebigen Stipulation auf dieselben Schwierigkeiten stoßen würde, wie in den jüngsten Tagen die Gestellung von Commissarien zur Auflösung der Flotte. Diese Ansicht findet ihre Bestätigung in dem Umstande, daß außer Herrn von Schrenk auch andre erfahrene und gut unterrichtete Mitglieder der Versammlung gegen mich die Überzeugung ausgesprochen haben, daß in der Holsteinschen Frage, bei ihrer demnächstigen Verhandlung, ein dem Verfahren Preußens und Östreichs ausdrücklich zustimmender Beschluß nicht zu erlangen sein werde, und daß man auf förmliche Verwahrungen der Gültigkeit des Bundesbeschlusses von 1846[2]), der Rechte des

[2]) Am 17. September 1846 hatte der Bund festgestellt, daß das Verbot der Annahme von Petitionen in der Erbfolgefrage als Beschränkung der verfassungsmäßigen Rechte der Itzehoer Versammlung anzusehen sei.

Deutschen Bundes, einzelner Bundesländer und der agnatischen Ansprüche deutscher Fürsten, letztres namentlich in Betreff Oldenburgs, gefaßt sein müsse. Um so weniger kann ich erwarten, daß man die Art. I und II des Stipulationsentwurfs ohne den Versuch materieller Änderung und überhaupt annehmen werde. Das Bewußtsein des Mangels an Einfluß und an Verantwortung in Bezug auf die großen Fragen europäischer Politik ermöglicht hier bei den kleinen Staaten eine wohlfeile Tapferkeit in Behandlung derselben, als deren erwünschter Abschluß ihnen eine von der Pentarchie der Großmächte angethane douce violence vorschwebt, welche man erduldet, ohne dem engern Vaterlande das Bewußtsein und den Ruhm zu verkümmern, in der Vertretung des Rechtes und der Ehre Deutschlands nur der vis major gewichen zu sein. Kurz, ich fürchte, daß S. M. der König von uns hier besser denken, als wir verdienen, und einen Maßstab an uns legen, mit welchem Kopf und Herz der bundestäglichen Politiker nicht commensurabel ist. Ich glaube nicht zu weit zu gehn, wenn ich die Möglichkeit ins Auge fasse, daß die eventuelle Sendung eines Bundesbevollmächtigten an dem Kostenpunkt oder an Protesten über die Frage der Competenz und der Einstimmigkeit scheitert.

Indem ich dieses gestern hier abgebrochne Schreiben fortsetze, bin ich im Stande, Näheres über die Ansichten einiger meiner Collegen von der Holsteinischen Sache mitzutheilen. Graf Thun befürchtet, daß sie nicht in einer für uns und Östreich erwünschten Art durch die Versammlung zu bringen sei, und ist deshalb persönlich der Ansicht, daß die kürzeste und allgemeinste Fassung unsrer Vorlagen die beste sein werde. Herr von Reinhard bespricht das Verfahren der beiden Großmächte nicht ohne Bitterkeit und erklärt die für Holstein und für Deutschland im Ganzen gewonnenen Resultate für durchaus unbefriedigend. Herr von Fritsche (Thüringen) hält es für unmöglich, daß der Bund zu Beeinträchtigungen der Rechte des Herzogs von Augustenburg stillschweige, und beklagt, daß Preußen sich zu Verhandlungen über diese Rechte herbeigelassen habe, anstatt die Frage schwebend zu erhalten. Diese Ansichten, wie sie sich bei Besprechung der dem Bunde von den Großmächten über ihre Wirksamkeit in Holstein zu machenden Vorlagen kundgeben, würden ohne Zweifel auch für die Beurtheilung des Inhaltes der in London zu vollziehenden Stipulation und für die Beschlußnahme über Wahl eines Bevollmächtigten zu diesem Behuf maßgebend bleiben und sich in Verwahrungen aussprechen, wenn sich eine Majorität für die Annahme der vorgeschlagenen 5 Artikel fände. Letztres glaube ich aber nicht, da mit höchster Wahrscheinlichkeit anzunehmen ist, daß Baden, Hessen-Darmstadt, Oldenburg, die Freien Städte sich auch gegen Preußen und Östreich jenen Ansichten der Herrn von Schrenk, von Reinhard, von Fritsch anschließen werden; selbst von Sachsen und Luxemburg vermuthe ich es, und für Hanover wird Herr von Schele, so lange er nicht zum definitiven Bruch mit den dortigen Kammern und ihren Nachfolgern entschlossen ist, es mindestens vermeiden, die Regirung sich offiziell im Sinne des vorliegenden Stipulationsentwurfes aussprechen zu lassen. Diesen Aussichten gegenüber dürfte, nach meiner unmaßgeblichen Überzeugung, eine Verhandlung dieser Sache im Bundestage mehr die Schwächen, als die einheitliche Macht des Bundes zur Anschauung bringen. Letztre scheint, nach der gegebnen Einrichtung, überhaupt mehr in der Defensionsfähigkeit gegen äußre und innre Gefahren [zu] liegen, als in der Kraft activer Betheiligung bei Bildung neuer staatsrechtlicher Schöpfungen.

Indem ich mir erlauben werde, die Resultate fernerer Erforschung der Dispositionen der einzelnen Gesandten E. E. g. vorzulegen, stelle ich ebenmäßig anheim, die Hindernisse, welche sich der Ausführung der Ah. Intentionen entgegenstellen und welche ich be-

klage, nach pflichtmäßiger Überzeugung für factisch unübersteigliche halten zu müssen, der Erwägung S. M., u. a. H., zu unterstellen.

Mit der Versicherung der ausgezeichnetsten Verehrung und treuster Ergebenheit ....

146. Privatschreiben an Minister v. Manteuffel.

[Eigenhändig.]

7. April 1852.

E. E. beehre ich mich in der Anlage ein ausführlicheres Schreiben über die Chancen eines Versuchs, den Bund an der Lösung der Dänischen Erbfolgefrage zu betheiligen, zu überreichen.[1]) Ich habe dasselbe so abgefaßt, daß es sich vielleicht zur Mittheilung an S. Majestät eignet, ohne den Anschein zu haben, daß es darauf berechnet ist. Ich halte in der That den Plan nicht nur für den Preußischen Interessen entschieden zuwider, auch wenn ich mich von jeder Kurmärkischen Engherzigkeit lossage, und theile in dieser Beziehung ganz die Auffassung E. E., sondern ich habe die aufrichtige und feste Überzeugung, daß er bei dem Versuch der Ausführung aus den angegebnen Gründen scheitern, oder nur nach viel Anstrengungen und Zeitverlust, unter Schaustellung der schmutzigen Wäsche Deutschlands vor Europa, zur Ausführung gelangen würde. Ich habe heut mit Herrn von Nostitz, dem sächsischen Gesandten, der den Barometerstand des Bundestages aus Erfahrung zu kennen pflegt, genau über die Holsteiner Bundesangelegenheit gesprochen. Er meinte, die territorialen Fragen würden sich, wenn auch mit Mühe, machen lassen, die Successionsfrage aber solle man ja nicht in die Bundesversammlung werfen, bevor eine Entscheidung der Europäischen Mächte erfolgt sei; nach solcher werde man, ähnlich wie in der Luxemburger Frage nach der July-Revolution, allmählich ins Reine kommen, vorher aber nichts als Verdruß und Verwirrung erreichen. Ohne meine Ansichten zu kennen, entwickelte er wesentlich denselben Ideengang, wie ihn mein anliegendes g. Schreiben enthält.

Die heutige Sitzung war ohne Belang, die Flottenauflösung wurde dem Militär-Ausschuß zugeschoben, und niemand, Thun an der Spitze, will die öffentliche Bekanntmachung, daß die Bestandtheile der Flotte verkauft werden sollen, unterzeichnen. Man will es dem zu ernennenden Commissar überlassen, und hat als solchen niemand als den Hamburger Beschwerdeführer Hübbe (in der Verfassungssache) ausfindig machen können, den der Hamburger Gesandte vorschlug, um ihn, wenn er es annimmt, in der öffentlichen Meinung zu discreditiren.

Gr. Thun ist sichtlich beruhigt seit Eingang der Depesche von Werner, daß in der Politik durch den Tod des Fürsten nichts geändert werde. In treuster Anhänglichkeit ...

147. Bericht an Minister v. Manteuffel.

[Konzept.]

7. April 1852.

E. E. h. Erlaß vom 3. d. M., das von seiten des Deutschen Bundes an den Präsidenten der französischen Republik erlassene Antwortschreiben auf die Notifikation von der Verlängerung seiner Präsidentschaft betreffend, habe ich gestern Abend durch den Schirrmeister über Köln zu erhalten die Ehre gehabt.

[1]) Vgl. die vorhergehende Nummer.

Das bei Entwerfung und Übergabe dieses Schreibens eingehaltene Verfahren giebt E. E. zu zwei Bemerkungen[1]) Veranlassung,

1. daß das Schreiben durch den Kais. österreichischen Gesandten zu Paris dem Prinzen Louis Napoleon übergeben, 2., daß die Fassung des Schreibens im Widerspruch mit dem die auswärtigen Verhältnisse des Deutschen Bundes betreffenden Bundesbeschluß vom 12. Juni 1817 dem Kais. österreichischen Präsidialgesandten überlassen worden ist.

Was den ersten Punkt betrifft, so ist in Ansehung des dem Präsidium zustehenden diplomatischen Verkehrs bisher unterschieden worden, ob ein zu übersendendes Schreiben an einen regierenden Fürsten persönlich gerichtet ist, oder ob eine Verhandlung mit einer fremden Regierung vorliegt. Schreiben an fremde Fürsten, wozu insbesondere die Erwiderungen des Bundes auf die von diesem wegen Abberufung von fremden Gesandten sowie über Familienereignisse gemachten Mitteilungen gehören, sind mit sehr seltenen Ausnahmen von dem Kais. österreichischen Gesandten an dem betreffenden Hofe übergeben worden. Die K. Regierung hat hiegegen früher nicht nur nichts eingewendet, sondern selbst zu einer Zeit, wo der preußische Gesandte im Präsidium substituiert war, die Übergabe von Schreiben der gedachten Art durch die betreffende Kais. österreichische Gesandtschaft bewirken lassen. Nur darüber war man zwischen Berlin und Wien nicht einig, ob der preußische substituierte Gesandte sich wegen der Übergabe des Schreibens an seine Substituenten oder an seine eigene Regierung zu wenden habe. Ich darf in dieser Hinsicht auf die Erlasse vom 15. April und 6. Mai 1839 und vom 15. April 1840, die Abberufung der K. großbritannischen Bundesgesandten Fox und Abercromby betreffend, g. Bezug nehmen. Nach diesem früher beobachteten Verfahren scheint sich das Kais. österreichische Kabinett auch bei dem Schreiben an den Prinzen Louis Napoleon gerichtet zu haben.

Bei Verhandlungen mit einer fremden Regierung werden dagegen die betreffenden Noten an den von dieser beim Bunde akkreditierten Gesandten gerichtet, wie dies auch z. B. bei der Note hinsichtlich des Treibens der politischen Flüchtlinge in England geschehen ist, worauf sich der Bericht vom 8. Dezember v. J. bezieht.

E. E. bemerken[2]) 2., daß die Fassung der dem Prinzen Louis Napoleon erteilten Antwort dem Präsidialgesandten überlassen worden ist, während dieselbe nach dem Bundesbeschlusse vom 12. Juni 1817 der Bundesversammlung zur Genehmigung hätte vorgeschlagen werden sollen.

Die Frage, inwiefern das Präsidium verpflichtet ist, die zu erlassenden Noten zur Kenntnis der Bundesversammlung zu bringen und deren Genehmigung zu Form und Fassung einzuholen, ist bereits bei der gedachten Note an Lord Cowley, die politischen Flüchtlinge in England anlangend, zur Sprache gekommen, die von E. E. darüber in dem hochgen. Erlasse vom 18. Dezember v. J. ausgesprochene Ansicht[3]) habe ich damals sowohl dem Grafen Thun als auch mehreren andern Gesandten mitgeteilt.

Als Graf Thun in der Bundestagssitzung vom 21. Februar c. das in Rede stehende Antwortschreiben an den Präsidenten der Französischen Republik, zu dessen Erlaß er in der 4. Sitzung vom 16. Februar c. autorisiert worden war, vertraulich der Bundesversammlung vorlegte, glaubte ich doch in jener Sitzung von der Geltendmachung des in dem

---

[1]) Korrigiert aus „Rügen".
[2]) Korrigiert aus „rügen".
[3]) Nicht ermittelt

letztgedachten Erlasse ausgesprochenen Prinzips, nachdem ich dem Grafen Thun bereits früher die Ansicht meiner ah. Regierung zu erkennen gegeben, Abstand nehmen zu müssen, weil dies einerseits Anlaß zu allerhand Mutmaßungen über eine zwischen Preußen und Österreich bestehende Spannung hätte geben und andrerseits dazu [hätte] beitragen können, die Verständigung, welche in der Flottensache mit Österreich gewünscht wurde, hinauszuschieben.

Ich beschränkte mich deshalb darauf, dem Grafen Thun nach der Sitzung mitzutheilen, wie man preußischerseits der Ansicht sei und daran festhalten müsse, daß das Präsidium zu allem, was es fremden Regierungen oder Gesandten zu eröffnen hat, der Ermächtigung der Bundesversammlung bedarf und daß mithin auch Form und Fassung, wo es bei solchen Eröffnungen wesentlich darauf ankommt, der Zustimmung der Versammlung nicht entzogen werden kann. Hievon habe ich damals in meinem unterm 25. Februar erstatteten Berichte über die Sitzung vom 21. desselben Monats Anzeige gemacht.

Inzwischen hat Graf Thun aus Gründen der Zweckmäßigkeit sich zu mir entschieden dagegen ausgesprochen, daß die Noten an fremde Regierungen und Gesandten im Schoße der Bundesversammlung beraten würden, weil sonst jede Note zu weitläufigen Erörterungen führen und es schwer sein würde, zu einer Einigung zu gelangen. Er machte dagegen den Vorschlag, man möge sich zwischen Berlin und Wien darüber einigen, daß dergleichen Noten zwischen dem K. preußischen und dem K. österreichischen Bundestagsgesandten festgestellt werden und daß dann die Vorlegung an die Bundesversammlung unterbleibe. Ich muß indessen Anstand nehmen, mich diesem Vorschlage anzuschließen, indem eine solche Verabredung nicht nur bei den übrigen Regierungen zur Erregung von Mißtrauen gegen Preußen ausgebeutet werden könnte, sondern auch das Recht der Bundesversammlung, die Vorlegung der Noten zu verlangen, unentschieden läßt. Dem diesseitigen Interesse entsprechender würde ich es finden, wenn ich an den Grafen Thun das Verlangen stellte, vorgängige offizielle Kenntnis von dem Inhalt der Noten zu erhalten, wodurch unser Recht gewahrt sein würde und man den übrigen Gesandten es unbenommen ließe, eine gleiche Mitwirkung für sich in Anspruch zu nehmen. Geht er darauf nicht ein, so würde ich es vorziehen, die Sache in der Bundesversammlung zur Sprache zu bringen und die Beratung aller Noten in Form und Fassung durch die letztere zu verlangen.

E. E. bitte ich g. mich mit hochgen. Instruktion hierüber versehen zu wollen.

148. Bericht vom 8. April 1852 an Minister v. Manteuffel, betr. Auflösung der Flotte. — Vgl. Bär S. 314 ff.

149. Privatschreiben an Minister v. Manteuffel.

[Diktat.]

11. April 1852.

E. E. beehre ich mich in der Anlage einen Bericht des Herrn von Canitz g. zu überreichen, aus welchem Sie geneigtest ersehen wollen, wie es gerade ein Preuße gewesen ist, der in Darmstadt Anträge von entschiedener Feindseligkeit gegen uns gestellt hat, und

leider muß ich die Überzeugung aussprechen, daß das Verhalten des Prinzen August von Wittgenstein ein charakteristisches Symptom nicht bloß seiner eigenen, sondern der Gesinnung einer sehr großen Anzahl von Mitgliedern der in Westdeutschland ansässigen standesherrlichen Familien gegenüber der preußischen Monarchie abgiebt. E. E. werden besser als ich imstande sein zu ermessen, daß diese Erscheinung keine zufällige und leicht vorübergehende ist, sondern das natürliche Resultat mannigfacher historischer, sowie auch verwandtschaftlicher und religiöser Beziehungen. Die tätigsten Werkzeuge der antipreußischen Agitation in der hiesigen Nachbarschaft sind Mitglieder der standesherrlichen Häuser Leiningen und Hohenlohe, deren Bestrebungen von Berlin aus durch Nachrichten und anderweitig von dem Grafen Görtz, dem Schwiegersohn des Prinzen August von Wittgenstein und dem persönlichen Freunde des Prinzen Emil von Hessen, unterstützt werden. Wenn diese Herren gegen Preußen allerdings keine andere Verpflichtung haben, als die der Dankbarkeit für das lebhafte Interesse, welches S. M. der König selbst den Rechten und der Stellung sämtlicher Standesherren widmet, so sollte man glauben, daß das Fürstliche Haus Wittgenstein nicht nur durch seine preußische Staatsangehörigkeit, sondern auch durch das besondere Maß, in welchem demselben die Gnade des Königshauses jeder Zeit zuteil geworden ist, Verbindlichkeiten gegen Preußen fühlte; aber nicht nur der jetzige nassauische Staatsminister, sondern auch der hier wohnende Prinz Adolph von Wittgenstein-Hohenstein zeichnen sich durch feindselige Parteinahme gegen Preußen aus, so gern auch wenigstens der letztere bei passenden Gelegenheiten die Eigenschaft eines Preußen geltend macht. Ich bin fern davon, allen diesen Herren aus ihrer politischen Richtung einen Vorwurf zu machen, ich finde es vielmehr erklärlich, daß die Traditionen ihrer Familien sie mehr an Kaiser und Reich und an manche phantastische Restaurationspläne im österreichischen Lager, als an den preußischen Staat knüpfen; wohl aber würde man den Lenkern des letzteren, von mehr als einer Seite her, glauben es vorwerfen zu dürfen, wenn ihre Entschließungen von der Annahme beherrscht würden, daß die politischen Sympathien der Häuser Ahremberg, Croy, Lannoy, Salm, Wittgenstein, Fürstenberg, Thurn und Taxis, Wallmoden unter allen Umständen zuverlässige Säulen des preußischen Thrones und Staates abgeben würden . . . .

Ich kann bei dieser Gelegenheit nicht umhin, E. E. geneigte Aufmerksamkeit wiederholt auf die zunehmende Feindseligkeit der Oberpostamtszeitung gegen Preußen zu lenken, und Ihrem höheren Ermessen anheimzugeben, ob es nicht an der Zeit sei, amtlich und entschieden gegen ein Organ einzuschreiten, dessen Haltung einen öffentlichen Skandal bietet, wenn man erwägt, daß der Eigentümer desselben, von dessen Befehlen es durchaus abhängig ist, der Fürst von Thurn und Taxis, ein naher Verwandter des Königlichen Hauses und preußischer Standesherr ist, ganz abgesehen davon, daß dieses Blatt in der öffentlichen Meinung den Charakter eines Organs des Bundestages hat. Dem letzteren Verhältnis ein Ende zu machen, werde ich mich bemühen, soviel in meinen Kräften steht. Der Graf Thun, von welchem indessen eine regelmäßige Geschäftstätigkeit bis zu erfolgter Konsolidierung der Verhältnisse in Wien wohl nicht zu erwarten ist, sprach gestern schon gegen mich die Absicht aus, ein ernstes Wort mit der Redaktion jenes Blattes zu sprechen. Meinerseits etwas der Art zu tun, schien mir der Würde der Regierung nicht angemessen, auch habe ich mich früher überzeugt, daß auf gütlichem Wege immer nur eine, nach Zeit und Maß sehr geringe, Modifikation in der Haltung der Oberpostamtszeitung zu erlangen ist. Bemerkenswert schien mir, daß sowohl Graf Thun, wie Herr von Rostitz bei Gesprächen über dieses Thema mich auf die

Notwendigkeit verwiesen, daß Preußen zu energischen Maßregeln gegen die Presse die Hand biete.

Graf Thun ist bisher der Ansicht, daß die Nachricht von der Ernennung des Grafen Buol sich nicht bestätigen werde. Er fand die Verschwägerung mit Herrn von Meyendorff bedenklich, auch schien er von den persönlichen Mitteln des Grafen Buol keine hohe Meinung zu haben und denselben überhaupt nicht zu lieben. Die hier lebende Frau von Brints, durch lebhafte Unterhaltungsgabe und hohes Spiel eine der Celebritäten der hiesigen Gesellschaft, ist eine andere Schwester des Grafen Buol, deren Mann eine Stelle bei der Taxisschen Post unter Herrn von Dörnberg, dem Schwager und General-Direktor des Fürsten Taxis, bekleidet. Herr v. Dörnberg gilt für den eigentlichen Herrn im Hause der Frau v. Brints. Eine Tochter der letzteren ist an einen der Gebrüder Bethmann verheiratet, um die andre bewarb sich Graf Robert Goltz im vorigen Sommer[1]), und scheinen dessen Beziehungen zur Familie noch immer lebhaft zu sein und einen Kanal für politische Salon-Nachrichten zwischen Berlin und Frankfurt darzubieten. Für den Fall, daß die Ernennung des Grafen Buol sich bestätigen sollte, äußerte Graf Thun die Hoffnung, dessen Nachfolger in London zu werden, und klagte dabei lebhaft über die Arbeitslast und die sonstigen Unannehmlichkeiten seiner hiesigen Stellung; unter letztere rechnet er auch seine Beziehungen zu Frau von Brints, die ihrerseits in einem näheren Verhältnis, als Frau von Meyendorff, zu ihrem Bruder stehen soll, und schon bestätigende Nachrichten über die Ernennung des letzteren haben will.

Durch den Grafen Thun hörte ich, daß der Minister von der Pfordten in Darmstadt lebhaft über Herrn von Bockelberg geklagt und erklärt habe, daß er außeramtlich gar nicht mehr mit demselben spreche.

Als Kuriosum will ich noch anführen, daß der Fürst Gortschakow, als er vor zwei Monaten hier anwesend war, glaubte, die vollständige Aussöhnung zwischen Preußen und Österreich durch seinen persönlichen Einfluß vermittelt zu haben, obschon er dieses Verdienst nicht sich selbst, sondern dem Umstande zuschrieb, daß er „le faible écho de la voix de l'Empereur" sei. Das Tatsächliche ist, daß bei der Ankunft des Fürsten die Verständigung mit Österreich in den hier schwebenden Streitfragen, soweit sie überhaupt Platz gegriffen hat, bereits erfolgt war. Im übrigen befremdete es mich, daß der Fürst die ganze Sache wesentlich durch eine österreichische Brille sah, an dritten Orten und bei dem Grafen Thun selbst entschieden für österreichische Auffassung Partei nahm, auch den über das Resultat seiner Mission erstatteten Bericht vor dem Abgange dem Grafen Thun vorgelegt und nach dessen Andeutungen vervollständigt hat. Graf Thun hat dieses Faktum wenigstens dem oldenburgischen Gesandten Herrn von Eisendecher mitgeteilt.

Der ehemalige nassauische Staatsminister von Wintzingerode beabsichtigt am Mittwoch oder Donnerstag in Berlin auf einer Reise zu seinem Bruder, der in Breslau angestellt ist, einzutreffen. Wenn E. E. anwesend sind, wird er Ihnen ohne Zweifel seine Aufwartung machen. Auch halte ich für wahrscheinlich, daß er sich bemühen wird, in Preußen angestellt zu werden. Ich weiß zwar nicht, wieweit hierzu Aussicht ist, erlaube mir aber wenigstens E. E. um einen freundlichen Empfang des Herrn von Wintzingerode g. zu bitten. Derselbe hat sich während seiner Amtsführung zu jeder Zeit als einen entschiedenen Anhänger Preußens bewiesen und ist wesentlich um dieser Ursache willen unter Mitwirkung des Feldmarschalleutnants Grafen Leiningen aus seiner Stellung ver-

[1]) Vgl. oben S. 95.

drängt worden. Außerdem wird er imstande sein, E. E. manche interessanten Details über das Auftreten der österreichischen Propaganda am herzoglichen Hofe mitteilen zu können. . . . [Eigenhändiger Zusatz]: Ich habe Vorstehendes dem Grafen Stolberg dictirt, sowohl weil er schnell schreibt als seiner Beschäftigung wegen, und füge nur noch meinerseits den Wunsch hinzu, daß E. E. und die Ihrigen das Osterfest als beati und procul negotiis begehen mögen. In treuster Ergebenheit . . .

[Nachschrift, eigenhändig.]

Herr von Brints, der eben bei mir war, hatte noch keine directe Nachrichten über die Ernennung seines Schwagers, betrachtet sie aber, auf Grund mehrer aus London und Brüssel erhaltnen Notizen, als gewiß. Er meint, Graf Buol werde schwerlich auf die Dauer mit Bach gehn können, dagegen werde er sich eng an Kübek anschließen, der zum Minister-Präsidenten bestimmt sei. Die fernere Unterhaltung ließ mich entnehmen, daß eine Abneigung zwischen den Grafen Thun und Buol gegenseitig ist. Im Grunde kann ich nicht sagen, daß mir Graf Thun's Abgang von hier erfreulich schiene, so lange man nicht weiß, wer sein Nachfolger sein wird.

150. Telegramm vom 14. April 1852, betr. die Seelenmesse für den Fürsten Schwarzenberg. — Vgl. Poschinger I Nr. 66.

*151. Vertraulicher Bericht an Minister v. Manteuffel.

[Ausfertigung (das Konzept eigenhändig).]

15. April 1852.

Infolge des hohen vertraulichen Erlasses vom 4. c., die dänischen Angelegenheiten betreffend, habe ich die Ansichten der einflußreicheren unter meinen Kollegen über die Frage zu erforschen gesucht, ob eine Beteiligung des Bundes an der in London abzuhaltenden Konferenz auf Grund der von Dänemark vorgeschlagenen Konvention zu erreichen sein werde. Ohne den letztern Zweck genau zu bezeichnen, war ich doch imstande, mich über die Auffassung, welche der Sache hier zuteil wird, zu vergewissern, weil die Erwartung, daß der Bericht von Preußen und Österreich über die Pazifikation Holsteins der Versammlung bald werde vorgelegt werden, eine Besprechung der einschlägigen Fragen natürlich erscheinen ließ, zumal auch die Tatsache, daß mit Sr. Dl. dem Herzog von Augustenburg Verhandlungen gepflogen werden, allseitig bekannt ist.

Das Resultat meiner Ermittlungen ist soweit ein ganz zweifelloses, daß „eine schnelle und sichre Durchführung der am Bundestage einzuleitenden Verhandlungen, unter Verleugnung jedes störenden Widerspruches“ nicht möglich sein, und es ebensowenig gelingen wird, jedes „Verlangen deutscher Kabinette, auf den Inhalt der abzuschließenden Konvention einzuwirken, abzuschneiden“.

Es wird schon sehr schwierig sein, die von Preußen und Österreich wegen Holstein zu machenden Vorlagen ohne Weiterungen in der Weise durch die Bundesversammlung zu bringen, daß sich keine Proteste oder sonstige ungelegene Erklärungen daran knüpfen. Der vereinte preuß.-östr. Einfluß wird schwerlich mehr erreichen, als daß die Bundesversammlung das Geschehene als fait accompli ohne Meinungsäußerung zur Kenntnis nimmt.

Es würde leicht sein, durch ein Vorangehen Preußens, auch wider den Willen Österreichs die Bundesversammlung zu Schritten in entgegengesetzter Richtung zu vermögen, aber selbst unter Voraussetzung einer aufrichtigen und energischen Mitwirkung des Grafen Thun habe ich keine Hoffnung, den Inhalt der Art. 1 und 2 des Konventionsentwurfs zur ausdrücklichen Anerkennung durch einen Mehrheitsbeschluß zu bringen. Fehlt aber gar die gemeinsame Aktion der beiden Großmächte zu diesem Zweck, so würde ein von uns einzubringender Antrag auf Beteiligung des Bundes an der Londoner Konferenz im Sinne des Konventionsentwurfs voraussichtlich eine vereinzelte Manifestation bleiben. In dieser Hinsicht glaube ich kaum, daß Unterhandlungen mit den Höfen selbst eine Änderung der Sachlage herbeiführen würden, weil die Abneigung der kleinern Regierungen, der öffentlichen Meinung entgegenzutreten, zu groß ist und sie die Verantwortung für die europäische Politik gern den Großmächten überlassen, wenn die Beteiligung an derselben auf Kosten der eignen Popularität erkauft werden soll.

Wenn das Resultat der Londoner Konferenzen eine unabänderliche Tatsache sein wird, so mag es, unter Aufwand von Zeit und Mühe, gelingen, eine immerhin bedingte Zustimmung der Bundesversammlung zu demselben herbeizuführen, für jetzt aber kann ich nach meiner Kenntnis der hiesigen Stimmung bei E. E. pflichtmäßig nur den g. Antrag stellen, von Schritten zur Erreichung einer Beteiligung des Bundes an den zu berufenden Konferenzen in London wegen voraussichtlicher Erfolglosigkeit Abstand nehmen zu wollen.

*152. Privatschreiben an Minister v. Manteuffel.

[Eigenhändig.]

[17. April 1852.]

E. E. beehre ich mich in Verfolg meiner telegraphischen Anfrage in Betreff der Seelenmesse für den Fürsten Schwarzenberg[1]) g. anzuzeigen, daß die Einladung zu derselben zwar vertraulich geschah und mit dem ausdrücklichen Zusatz, daß die ganze Feierlichkeit keinen offiziellen Character habe. In richtiger Voraussicht der wirklichen Gestalt der Sache hatte ich aber gleich sagen lassen, ich sei verreist, und nach Eingang der telegraphischen Bescheidung vom 15. früh[2]) bin ich sofort nach Coblentz abgegangen, wo ich ohnehin meine Aufwartung machen wollte, weil meine zweimalige Abreise in dem Augenblick, wo S. K. H. der Prinz von Preußen hier erwartet wurde, zu Besprechungen Anlaß gegeben hatte. Bei dem Gottesdienst hier im Dom ist denn auch in der That das Erscheinen der übrigen Bundesgesandten dem Äußern nach ein amtliches gewesen. Einem gesonderten Platze der K. Östreichischen Gesandschaft gegenüber haben sich die erschienen[en] Mitglieder des diplomatischen Corps (soviel ich weiß, meine sämmtlichen Collegen) in schwarzem Anzug mit allen Orden befunden, und das Schiff der Kirche ist von dem Östreichischen Militär in Parade besetzt gewesen. Ein prächtiger Katafalk war im Chor des Doms errichtet. Von Preußischen Offizieren ist nur der Major Deetz, auf dienstliche Mittheilung des General von Schmerling, anwesend gewesen. Obrist von Kessel hat es abgelehnt, zu erscheinen und die Aufforderung dazu seinen Offizieren mitzutheilen, wie mir scheint, mit vollem Recht, da das Ganze darauf berechnet schien, einem K. Östr. Minister

[1]) Vgl. Nr. 150.

[2]) Manteuffel hatte telegraphiert, es scheine ihm nicht angemessen, daß B. der Seelenmesse beiwohne. Wortlaut des Telegramms s. Anh. z. G. u. E. II Nr. 27.

eine besondre Stellung dem Bunde gegenüber zu vindiziren. Ich konnte m. E., bei den voraussichtlich getroffnen localen Einrichtungen und als Protestant, nur dienstlich der katholischen Feier beiwohnen; das würde ich unbedenklich gethan haben, wenn es einem Mitgliede des Kaiserhauses gegolten hätte, hier schien es mir zu viel, und keine Aussicht auf Reciprocität, da Graf Thun nicht einmal unserm Gottesdienste am Geburtstage Sr. Majestät beiwohnte. Eine Weigerung, ohne Behinderung vorzuschützen, schien mir dem Trauerfall gegenüber ungeschickt, nachdem die Einladung einmal erfolgt war.

S. K. H. der Prinz und Höchstdessen Gemalin nahmen meine Meldung sehr gnädig auf; ich habe vorgestern Abend bei den Herrschaften zugebracht, und namentlich J. K. H. die Frau Prinzessin früher niemals so heiter und ohne politische Spannung zu sehn die Ehre gehabt. Gestern Vormittag verließ ich Coblentz, kam heut früh hier an und habe demnächst eine erfolglose Excursion nach Darmstadt gemacht, in Veranlassung einer Anfrage des Herrn von Gerlach[1]) in Bezug auf den Prinzen Friedrich von Baden. Ich werde meine Ermittlungen über dessen etwaige Conversion fortsetzen, obschon die Anknüpfungspunkte hier schwer sind, da Herr v. Marschall, der badische Gesandte, selbst katholisch ist. Ich glaube aber, daß man Herrn von Savigny auch in der Sache trauen kann; wie ich ihn beurtheile, geht ihm der Katholicismus nicht so tief, daß seine Diensttreue, sein Gefühl als Preuße und als Mann von Ehre darunter litten. E. E. werden ohne Zweifel durch Herrn v. Gerlach über die vorliegende Anfrage unterrichtet sein, eventuell, falls S. Majestät meine vorstehende Auslassung als Indiscretion betrachten könnte, mich geneigtest salviren wollen. Die Post nöthigt mich zu schließen. In treuster Anhänglichkeit . . .

153. Privatschreiben an Minister v. Manteuffel.

[Eigenhändig.]

18. April 1852.

E. E. geehrtes Schreiben vom 15. c.[1]) habe ich gestern durch Expressen von Erfurt mit vielem Dank erhalten. Ich hatte um die Abschrift meines Briefes vom 6.[2]) gebeten, um etwaige Wiederholungen oder anscheinende Widersprüche in meinem offiziellen Berichte zu vermeiden; bei genaurer Überlegung erinnerte ich mich indessen der Fassung des Privatschreibens hinreichend, um die amtliche Erledigung des Erlasses vom 4. c. nicht länger zu verzögern, da deren Beschleunigung E. E. erwünscht sein mußte. Ich habe mich absichtlich auf Darlegung derjenigen Gründe gegen die Vertretung des Bundes in London beschränkt, welche aus den hiesigen Personal-Verhältnissen hervorgehen. Dieselben scheinen mir hinreichend unabweislich, und ich fürchtete ihren Eindruck zu schwächen, wenn ich, auf eine allgemeine politische Beurtheilung des intendirten Schrittes eingehend, bei Sr. Majestät vielleicht die Vermuthung erweckte, meine Überzeugung von der Unzweckmäßigkeit der Maßregel wirke bestimmend auf meine Ansicht über ihre Unausführbarkeit. E. E. wollen aus diesem Grunde die Magerkeit meines Berichts[3]) entschuldigen.

---

152. [1]) Vgl. Briefe des Generals Leopold v. Gerlach an Otto v. Bismarck. Herausg. von Horst Kohl S. 8 f. (Schreiben vom 15. April 1852.)

153. [1]) Abgedruckt: Anhang zu den G. u. E. II 54 ff.
[2]) Nr. 145.
[3]) Nr. 151.

Nach der Abreise des Prinzen,[4]) die am Mittwoch[5]) früh stattfindet, denke ich auf ein oder zwei Tage nach Carlsruh zu gehn, um zu versuchen, ob ich in unauffälliger Weise etwas über den angeblich intendirten Religionswechsel des Prinzen Friedrich von Baden erfahren kann.

Wenn E. E. in eiligen Fällen Depeschen durch Expressen von Erfurt befördern lassen, so erlaube ich mir, die telegraphische Anweisung an das Erfurter Postamt, jemand bei Ankunft des Zuges zu sofortiger Mitreise in Bereitschaft zu halten, g. anheimzustellen, indem sonst die Vorbereitungen zur Weiterbeförderung einige Zeit in Anspruch nehmen, sodaß die Depesche erst mit dem folgenden Zuge weitergeht und am zweiten Tage nach ihrer Absendung gegen Abend hier anlangt.

Ich freue mich, daß die Ansichten Sr. Majestät über die Zollfrage so entschieden sind, bin aber ganz der Ansicht E. E., daß erst im Falle zwingender Nothwendigkeit mit der Aufstellung kategorischer Alternativen vorzugehn sein möchte. Durch anerkennende Worte und gefällige Formen ist mit der kleinstaatlichen Eitelkeit gewiß viel zu machen; reizt man sie aber, so können sich die Unterhandlungen, und dadurch eine für den Verkehr störende Unsicherheit über die Zukunft, doch sehr verlängern. In diesem Sinne wäre es auch gewiß zweckmäßig, wenn unsre Zeitungen mehr Vertrauen zu den Mittel- und kleinen Regirungen aussprächen, anstatt sie durch Geringschätzung und hohen Ton zu verletzen. Vielleicht könnte Ihr Herr Bruder namentlich der Kreuzzeitung in seinem und meinem Namen einen Wunsch in dieser Beziehung aussprechen. Bayern und Sachsen klagen hier gegen mich, daß ihnen durch die Haltung unsrer Presse jede Annäherung erschwert werde. Der Prinz von Preußen sprach mir[6]) mit Interesse von der Augustenburger Sache, war aber thatsächlich so einseitig über dieselbe unterrichtet worden, daß ich Sr. K. H. übermorgen bei Ihrer Anwesenheit einen ausführlichen Vortrag über die Lage der Dinge halten werde. Grade als ich dies schrieb, kam der Herzog, lupus in fabula, mich zu besuchen. Von seinen Entschließungen und von dem dänischen Anerbieten überhaupt hat er kein Wort gesprochen. Heinrich Arnim hat, solange er hier war, viel mit dem Herrn Herzoge verkehrt; er soll von hier nach München gegangen und dort mit Franke, ehemaligem Statthalter in Schleswig, jetzt in Coburgischen Diensten, zusammengetroffen sein. Gagern und Jucho hat er ebenfalls viel gesehn, solange er hier war; auch verkehrte er viel in dem Hause der Frau von Günderode, bei welcher Herr von Radowitz sein Hauptquartier aufzuschlagen pflegt und Herr von Sydow, ihr Verwandter, wohnt, wenn er hier ist. Die Reise von Radowitz nach Baden[7]) hat den Leuten hier viel Kopfzerbrechen gemacht; bei seiner ersten Durchreise[8]) nahm er Frau von Reuter, die Schwiegermutter Schukoffsky's, von hier mit nach Baden. Ein thätiger Agent demokratisch-constitutioneller Wühlereien ist der ehemals schleswigsche Auditeur Lüders, gegenwärtig in Heidelberg wohnend.

Die Bekanntschaft des Grafen Nesselrode[9]) wird mir sehr interessant sein, und komme ich mit Vergnügen zu der Zeit nach Berlin. Ist in der Kammer Mangel an

---

[4]) Der Prinz von Preußen wurde am 20. in Frankfurt erwartet. Vgl. unten.
[5]) 21. April.
[6]) d. h. in Coblenz.
[7]) Poschinger hat irrig: London.
[8]) Vgl. oben S. 10.
[9]) Der König und Manteuffel wünschten, wie Manteuffel geschrieben hatte, daß Bismarck mit dem russischen Reichskanzler, Grafen Nesselrode, bei seiner demnächstigen Anwesenheit in Berlin zusammenträfe. Manteuffel wollte Bismarck von dem Tage der Ankunft Nesselrodes unterrichten.

Stimmen, so befehlen E. E. über mich; nur bei der Berathung über Neubildung der ersten Kammer würde ich es lieber sehn, wenn meine Geschäfte mich hier fesselten. Ich bitte meine Frau und mich Ihrer Frau Gemalin zu empfehlen. In treuster Ergebenheit . . . .

154. Bericht an Minister v. Manteuffel.

[Eigenhändig.]

19. April 1852.

In Verfolg meines Berichtes vom 15. c.,[1]) die dänische Angelegenheit und deren Verhandlung in London betreffend, zeige ich E. E. noch g. g. an, daß der hiesige K. großbritannische Gesandte Sir Alexander Mallet mich heut besucht hat und nach einigen Umwegen die Frage an mich stellte, ob die K. Regirung beabsichtige, diese Sache vor dem Zusammentritt einer Conferenz noch in der Bundesversammlung zur Sprache zu bringen. Ich konnte ihm bestimmte Auskunft darüber nicht geben, worauf er erwiderte, daß das englische Cabinet es sehr beklagen würde, wenn die Erledigung des dänischen Streites durch einen Versuch verzögert werden soll, which he believed that it was impossible to carry to any effect. Er begründete die letztre Ansicht nicht etwa aus den Schwierigkeiten, welche sich im Schoße der Bundesversammlung erheben würden, sondern aus der voraussichtlichen Opposition der fremden Großmächte, welche vor der Neuheit des fraglichen Verfahrens und der Unberechenbarkeit der damit verknüpft sein könnenden Weiterungen und Verschiebungen (delay) zurückschreckten.

155. Privatschreiben an Minister v. Manteuffel.

[Eigenhändig.]

23. April 1852.

E. E. werden vielleicht schon durch Herrn von Gerlach aus meinem Schreiben, welches ich heut an denselben gerichtet habe,[1]) erfahren haben, wie sehr ich besorgt bin, daß ein möglicher Wechsel in der Person des östreichischen Bundestagsgesandten Herrn von Prokesch hierher führen könnte, wo ohne Zweifel, vermöge der eigenthümlichen Stellung der Präsidialgesandschaft, noch schwerer mit ihm zu leben sein würde, als in Berlin. Von Graf Thun selbst und von Frau von Brints, der Schwester des Grafen Buol, weiß ich, daß das Verhältniß zwischen diesen beiden Herrn, auf Grund persönlicher Berührungen aus früherer Zeit, ein sehr schlechtes ist. Außerdem hat Gr. Thun an den Fürsten Schwarzenberg bittre und verletzende Urtheile über Herrn von Werner geschrieben, die bei dem plötzlichen Tode des Fürsten entweder in die Hände des Betheiligten selbst, oder doch in die des Grafen Buol gerathen sein werden, so daß zwischen dem die deutschen Geschäfte leitenden Herrn von Werner und Gr. Thun kein gegenseitiges Vertrauen mehr obwalten wird. Da nun grade die hiesige Stellung mehr als andre für ihren Inhaber die Nothwendigkeit mit sich bringt, sich das Vertrauen seines Chefs zu bewahren, so spricht Gr. Thun selbst von der Möglichkeit, daß ihm seine hiesige Stellung unhaltbar erscheinen könne. Nachdem seine Aussicht, nach London versetzt zu werden,

154. [1]) Vgl. Nr. 151.

155. [1]) Briefe Bismarcks an Leopold v. Gerlach Nr. 8.

geschwunden ist, sagte er mir, er würde aus dem Dienst scheiden, wenn nicht Familienverhältnisse, die durch die Mesalliance seines ältern Bruders bedingt sind, ihm den Aufenthalt zu Hause verleideten. Sollten E. E. gelegentlich von der Intention des Kais. Cabinets hören, hier eine Änderung eintreten zu lassen, so wende ich mich an Ihr Wohlwollen mit der Bitte, mich nach Kräften vor dem Herrn von Prokesch zu schützen; Gr. Rechberg wäre nach Allem, was ich höre, dem entschieden vorzuziehn, als ein zwar leidenschaftlicher, aber grader und ehrliebender Mann. Lieber als beide behalte ich Thun, trotz mancher Wunderlichkeiten.

Herr von Bothmer schilderte mir heut, wie in Hanover durch Gerüchte und Preußische Blätter die Ansicht genährt werde, als ob unsre Regirung, aus Besorgniß vor östreichischer Tendenz der Ritterschaft, letztre fallen lasse und ultraliberale Tendenzen begünstige, auch der Entwicklung der letzten Ministerkrisis die jetzige Richtung gegeben habe. Ich versicherte ihn, daß dergleichen ganz aus der Luft gegriffen sei, und die K. Regirung sich weiter nicht bei der Sache betheiligt habe, als durch Darlegung ihres Vertrauens auf die Person des Herrn von Schele. Das letztre Gefühl theilt auch Herr von Bothmer, er fürchtet aber, mit manchen seiner Parteigenossen, daß Schele weiter werde gedrängt werden, als er jetzt zu gehn gedenke, und so auf einen Punkt gelangen werde, wo der innre Widerspruch ihn zu plötzlichem Austritt bewegen müsse; dann folge wieder der Stüve'sche Radikalismus, aus dessen Händen die Zügel der gewaltsamen Reaction anheimfallen würden. Abgesehn davon, ob grade diese Reihenfolge eintritt, glaube ich doch, daß entweder durch Schele oder nach ihm die ritterschaftliche Partei entweder ans Ruder oder zu entscheidendem Einfluß nach einiger Zeit gelangen wird, und daß es nützlich für Preußen ist, wenn durch die Presse und sonstige Wege dahin gewirkt wird, daß diese Partei sich nicht daran gewöhnt, uns als Gegner und Östreich oder den Bundestag als einzigen Ankergrund für ihr Schiff zu betrachten. Auch Herrn von Schele selbst bereitet es Schwierigkeiten in der Verfolgung des von ihm eingeschlagnen Weges, wenn es den Anschein hat, als glaubten wir ihm zu helfen, indem wir die Ritterschaft angreifen. Ich weiß, daß letztres nicht der Fall ist, aber es wäre m. u. E. nicht ohne Nutzen, wenn durch die Presse und durch Äußerungen des Grafen Rostitz gegenüber den Mitgliedern jener Partei und andern geeigneten Personen der falschen Auffassung entgegengetreten würde, als ob Preußen die hanöversche Ritterschaft als östreichische Partei betrachte und ihr deshalb den Krieg mache.

Die geneigte telegraphische Mittheilung[2]) über die morgen in der zweiten Kammer stattfindende Verhandlung erhielt ich gestern Abend, so daß ich, wenn ich mit der nächsten Gelegenheit hätte abreisen wollen, um den Wünschen Sr. Majestät in dieser Sache zu entsprechen, doch erst morgen Abend eingetroffen sein würde. Aber selbst wenn ich da wäre, und die Zahl der für die Auffassung unsres allergn. Herrn Stimmenden um Einen oder Einige vermehrte, so würde dieser Vortheil den Nachtheil nicht aufwiegen, der für die Regirung und namentlich für die Krone im engern Sinne aus der Decomposition unsrer Partei hervorgehen würde. Wenn ich mich öffentlich durch ein Votum oder gar durch eine Rede gegen die Ritterschaft von dieser lossagte, so würde das grade in dem entschlossensten und einigsten[3]) Theil unsrer Partei einen unheilbaren Spalt lassen, und ich würde das verlorne Vertrauen meiner politischen Stützen in der Kammer und im Lande so leicht

[2]) Abgedruckt Anh. z. G. u. E. II Nr. 31.

[3]) Poschinger hat irrig: innersten.

nicht wieder gewinnen. Daß die Stellung, in welche unsre Ritterschaft in dieser Sache gerathen ist, eine schiefe und mehr durch Parteiumtriebe, als durch sachliche Gründe bedingte ist, habe ich Sr. Majestät wiederholt erklärt; will man aber als Mitglied einer Partei Einfluß behalten, oder es auch nur bleiben, so darf man sich auch von den Thorheiten seiner Partei nicht feindselig lossagen, wenn man sie nicht sich unterwerfen kann. Für eine Thorheit halte ich es, in Preußen eine conservative Adelsopposition im Widerspiel gegen die Krone zu machen. Dazu sitzt uns der Absolutismus zu sehr in succo et sanguine, und eine Entfremdung zwischen Krone und Ritterschaft kann nur dahin führen, einen gesunden, ehrlichen, altpreußischen Absolutismus für die Zukunft unmöglich zu machen und die Schreiber- und Gendarmen-Herrschaft nomine regis als einzigen Ausgangspunkt übrig zu lassen. Wenn ich aber im vorliegenden Fall mich, wie S. Majestät es auffaßt, gegen die verfehlte Richtung meiner Standesgenossen in die Bresche werfen wollte, so würde ich keinen andern Erfolg haben, als daß diese mit aufrichtigem Bedauern in mir für alle Zukunft einen durch Amt und Würde erkauften Überläufer in das Lager serviler Bürokratie erblickten, und der augenblicklich durch mich Sr. Majestät erwiesne Dienst würde, wie ich glaube, sehr viel geringer sein, als meine Einbuße an Fähigkeit, dem König ferner Dienste zu leisten. Diese Erste-Kammer-Sache geht, das bin ich überzeugt, schließlich doch in das Geleise, in welches S. M. sie haben will, mag es auf den jetzigen Wurf gelingen oder nicht.

Morgen früh habe ich mit Graf Thun eine Schnepfenjagd, auf der er mir wohl sein Herz wieder ausschütten wird. Für heut schließe ich, mit der Bitte mich der gnädigen Frau zu empfehlen und mit der Versicherung der unwandelbaren Anhänglichkeit, mit der ich bleibe . . .

156. Privatschreiben an Minister v. Manteuffel.

[Eigenhändig.]

23. April 1852.

E. E. werden durch meine heutige telegraphische Depesche bereits die erfreuliche Nachricht erhalten haben, daß S. Dl. der Herzog von Augustenburg die Propositionen der K. Dänischen Regirung angenommen hat. Ich beehre mich die Erklärung, mit welcher es geschehn ist, g. beizufügen. Über die Richtigkeit der Schätzung der Herzoglichen Güter und der von Sr. Dl. aufgestellten Gegentaxe bin ich natürlich außer Stande, eine Ansicht zu äußern. Dagegen glaube ich, daß eine Berücksichtigung der von dem Herrn Herzoge ferner geäußerten Wünsche nicht nur den Absichten des Königs, u. a. H., entspricht, sondern auch theils durch die Schonung, die man der Lage und dem Range dieses Fürsten schuldig ist, theils durch Recht und Billigkeit geboten wird. Das Verlangen, mit jemand andrem als mit Herrn von Bülow zu unterhandeln, wird durch die in dem Privatschreiben Sr. Dl. erörterten Verhältnisse vollkommen motivirt. Ich habe dieses Schreiben, welches ich in dem Augenblick erhielt, wo ich einen Brief an den Herrn General von Gerlach schloß, demselben zur Beschleunigung einer Entschließung in dieser Beziehung beigefügt mit der Bitte, es E. E. mitzutheilen. Ich selbst habe vielfach wahrnehmen können, wie die gegenseitige Stellung Sr. Dl. und des K. Dänischen Gesandten peinliche Situationen mit sich führte, deren verletzende Wirkung für den Herzog dadurch erhöht wurde, daß seine Aufnahme von Seiten der östreichischen Bestandtheile der hiesigen Gesellschaft mehr nach seiner

Stellung zur Dänischen Regirung als nach seinem Range bemessen wurde. Herr von Bülow hat die politischen Beziehungen seiner Regirung zu der Schleswig-Holsteinschen Sache, die bei ihm durch persönliche Erlebnisse einen besondern Stachel erhalten haben können, mit der ihm eignen scharfen und kalten Consequenz auf sein sociales Verhältniß zu dem Herrn Herzoge übertragen, und es würde für den letztern eine Demüthigung in seiner ohnehin beklagenswerthen Lage sein, wenn er genöthigt wäre, unter den jetzigen Verhältnissen Herrn von Bülow als Vertreter der Krone Dänemark sich gegenüber in der Verhandlung zu sehn. Ich bitte daher E. E. g. Ihren Einfluß auf die K. Dänische Regirung dahin geltend machen zu wollen, daß Sr. Dl. Gelegenheit gegeben werde, entweder hier oder in Berlin mit einem andern Vertreter derselben zu unterhandeln. Dem Herrn Herzoge die ihm zugehörigen Mobilien, deren der Schluß seiner Erklärung gedenkt, vorzuenthalten, kann, wie ich glaube, nicht in der Absicht der K. Dänischen Regirung liegen, jedenfalls sind sie nicht unter den Realitäten aufgeführt, welche das Dänische Anerbieten als Gegenstand des vorgeschlagenen Kaufgeschäftes bezeichnet.

Von Wichtigkeit wird es für S. Dl. sein, die gesammelten Revenüenüberschüsse der Herzoglichen Güter bald in Händen zu haben, da durch das Abschneiden dieser Hülfsquellen die Lage des Herrn Herzoges in der letzten Zeit ohne Zweifel eine bedrängte gewesen ist.

Von den durch E. E. h. Erlaß vom 17. c.[1]) mir zugefertigten Mittheilungen des Herrn von Werther vom 15. c. habe ich Sr. Dl. gegenüber keinen Gebrauch gemacht, da ich schon in den letzten Tagen vermuthete, daß der Herr Herzog sich für die Annahme entscheiden werde, und der drohende Character der Äußerungen des Grafen Moltke möglicher Weise zu entstellenden Versionen der Verhandlung Anlaß bieten konnte. Außerdem habe ich gefunden, daß S. Dl. über die Absichten und Entschließungen des Cabinets von Coppenhagen stets besser unterrichtet war, als die diplomatischen Vertreter des letztern selbst, und konnte daher voraussetzen, daß das vom Grafen Moltke gestellte Prognostikon, so weit es richtig, dem Herzoge bekannt, so weit es übertrieben, ohne Eindruck auf ihn sein werde.

Mit der Versicherung der ausgezeichnetsten Hochachtung . . .

157. Bericht vom 23. April 1852 an Minister v. Manteuffel, betr. die Aufstellung eines Truppenkorps zum Schutze der Bundesversammlung und der Stadt Frankfurt. — Vgl. Poschinger I Nr. 70.

*158. Schreiben an den Herzog von Augustenburg.

[Abschrift.]

23. April 1852.

E. Dl. gnädige Zuschriften vom gestrigen Tage habe ich zu erhalten die Ehre gehabt und Herrn v. Manteuffel einstweilen telegraphisch von dem Inhalt derselben in Kenntnis gesetzt. Gleichzeitig habe ich dem Generaladjutanten Sr. M. des Königs, Herrn von Gerlach, von E. Dl. Wünschen in bezug auf die Person des von der K. dänischen Regierung zu ernennenden Bevollmächtigten mit der dringenden Bitte Nachricht gegeben, daß meine ah.

[1]) Mit dem Erlaß brachte der Minister ein Schreiben des preuß. Gesandten in Kopenhagen zur Kenntnis, in dem über bedauernde Äußerungen des dänischen Ministers für Schleswig Graf Carl Moltke angesichts des Zauderns des Herzogs von Augustenburg, die ihm gemachten vorteilhaften Anerbietungen anzunehmen, berichtet wurde.

Regierung ihren Einfluß anwenden möge, um in dieser Beziehung ein[1]) dem Verlangen E. Dl. entsprechendes Arrangement baldigst herbeizuführen. Ich glaube Ihren Ansichten, gnädigster Herr, zu entsprechen, wenn ich mich, bis ich in dieser Beziehung von Berlin her mit Anweisung versehen bin, Herrn v. Bülow gegenüber auf die allgemeine Mitteilung beschränke, daß E. Dl. die K. dänischen Propositionen, wie sie in meinem Schreiben vom 31. März enthalten waren, annehmen.

Noch bemerke ich g. g., daß es in einer undeutlichen Fassung meines Schreibens beruht, wenn dasselbe der Annahme Raum gibt, als hätten E. Dl. gewünscht, grade den Kammerherrn v. Bülow von dänischer Seite ernannt zu sehn; ich habe nur sagen wollen, daß die ausdrückliche Bevollmächtigung eines Vertreters der K. dänischen Regierung zum Behuf der Unterhandlung mit E. Dl. Höchstderen Wünschen gemäß erfolgt sei.

Unverweilt werde ich der K. Regierung E. Dl. Erklärung einreichen, und für meine Person kann ich nicht zweifeln, daß die schließlichen Forderungen E. Dl. in bezug auf die asservierten Revenuen und das Mobiliar der herzoglichen Güter als dem Sinne des vorgeschlagenen Abkommens entsprechend, unverweilt werden anerkannt und realisiert werden.

Genehmigen ꝛc.

159. Telegramm an Minister v. Manteuffel.

24. April 1852. Abends 6 Uhr 15 Min.[1])

Citissime. Ich soll kommen. Finden E. E. nicht in der Augustenburger oder in der Sache des Prinzen Friedrich von Baden, von der mir General Gerlach schrieb, zwingende Gründe, daß ich hier bleibe?[2])

160. Privatschreiben an Legationsrat Wentzel.

[Eigenhändig.]

[Berlin, 2. Mai 1852.][1])

Der Graf Kniephausen hat mich gebeten, ihm jemand zu bezeichnen, der als Mandatar für die Ostfriesische Ritterschaft zur Einreichung von deren Beschwerde bestellt werden könne; Tabor will oder soll es nicht sein. Wenn ich nicht irre, ist noch ein Anwalt da, der sich mit dergleichen beschäftigt; schreiben Sie mir doch gleich Bescheid darüber; ist es nicht, so fällt Ihnen vielleicht eine andre Persönlichkeit ein, die dazu geeignet wäre; mit Herrn v. Bothmer ist es besser vor der Hand nicht davon zu sprechen; wenn er auch persönlich einverstanden ist, so könnte es ihn amtlich geniren. Ich habe hier einen rothen Vogel II für Fischer, Oldenb. Staatsrath; ist der noch in Frankfurt, oder wo? Ich hoffe, daß bei Ihnen alles wohl ist und bei mir auch. Viele Grüße an meine Frau und Empfehlungen an die Ihrige. Wir sind hier ganz Kammer; ich glaube kaum, daß die neue Vorlage über I. Kammer durchgeht; wir Rechte stimmen dafür. Der Kaiser von R. geht erst nach Wien, der König Donnerstag[2]) nach Breslau. Der Ihrige

158. [1]) Vorlage: in.
159. [1]) Nach dem Abdruck in dem Anhang zu d. G. u. E. II S. 61.
[2]) B. reiste am 26. April nach Berlin.
160. [1]) Nach dem Abdruck im Bismarckjahrbuch V 8 f.
[2]) 6. Mai.

161. Bericht an Minister v. Manteuffel.

[Konzept.]

Berlin, den 6. Mai 1852.

Nach Inhalt eines Promemorias des Fürsten Schwarzenberg vom 28. März 1852 scheine es von Österreich gewünscht zu werden, daß der untrennbare Teil des reichskammergerichtlichen Archivs zu Wetzlar nach Wien gebracht würde, um ihn mit den dort bereits befindlichen Hauptabteilungen des deutschen Reichsarchivs zu vereinigen.

Ich glaube annehmen zu dürfen, daß dies nicht in den Absichten der K. Regierung liegt, und werde deshalb einem derartigen Antrage, falls er gestellt werden sollte, nach Kräften entgegenzuarbeiten bemüht sein und geeigneten Orts die Bereitwilligkeit der K. Regierung zu erkennen geben, zur Aufbewahrung der Archivakten bauliche Vorkehrungen und Verbesserungen zu treffen, und auch dafür zu sorgen, daß dieselben für praktische und wissenschaftliche Zwecke benutzt werden können.[1])

162. Privatschreiben an Legationsrat Wentzel.

[Eigenhändig.]

Berlin, 7. Mai 1852.[1])

Vielen Dank für die eben erhaltene Notiz, daß in F. alles gut geht. Über die Einlage bitte ich Sie vertraulich mit dem Herzog[2]) zu sprechen. Die Artikel sind so mit dem Sachverhalt vertraut, daß sie kaum ohne ihn geschrieben werden können, und wenn dergleichen nicht aufhört, so fürchte ich, daß S. M. aufhören wird, sich in irgend einer Weise um die Sache des Herzogs zu bekümmern. Im Begriff zu reisen. 7. 5. 52 früh. Viel Grüße . . .

163. Schreiben an Minister v. Manteuffel.

[Ausfertigung.]

12. Mai 1852.[1])

E. E. beehre ich mich anliegend einen die Auflösung der Flotte betreffenden Bericht zu übersenden.[2]) Graf Thun war sehr erfreut über meine Ankunft,[3]) und habe ich ihn in geschäftlicher Beziehung in dem Maße eingehend und entgegenkommend gefunden, daß ich vermute, daß er vom Grafen Buol besondere Weisungen in dieser Richtung erhalten hat. Er schien die Hoffnung, nach London ernannt zu werden, noch nicht ganz aufzugeben; von Frau von Brints höre ich indessen, daß die Ernennung des Grafen Colloredo sicher sei.

Die Veröffentlichung der Darmstädter Konvention[4]) hat hier sehr verdrossen, wie mir scheint, namentlich deshalb, weil die Sache dadurch eine ernsthaftere Bedeutung erhalten hat, als die Beteiligten mutmaßlich selbst ihr ursprünglich haben geben wollen. Der Rückzug ist ihnen dadurch in etwas erschwert, diese Verlegenheit indessen eine gerechte Strafe ihres Verhaltens. Daß dieser Rückzug nichtsdestoweniger angetreten werden wird, davon bin ich fest überzeugt, sobald unsererseits nur jedes Zeichen vermieden wird, welches

---

161. [1]) Der betr. Teil des Archivs des Reichskammergerichts ist in Wetzlar verblieben.

162. [1]) Nach dem Abdruck Bismarckjahrbuch V, S. 9.
[2]) von Augustenburg.

163. [1]) Poschinger bezeichnet das Schreiben als eigenhändig. Es ist von der Hand des Grafen Stolberg.
[2]) Vgl. Nr. 164.
[3]) Am 10. Mai war B. aus Berlin zurückgekehrt.
[4]) Durch Indiskretion in der Vossischen Zeitung vom 24. April.

Neigung zur Nachgiebigkeit oder Mangel an Entschlossenheit verraten könnte. Diese Auffassung wird bestätigt durch einen Artikel des ultramontanen Mainzer Journals, dessen Auszug ich E. E. in der anliegenden Nummer des Frankfurter Journals g. überreiche.

Das Verhalten des Grafen Thun, als ich mit ihm diesen Gegenstand besprach, bestärkt mich in dieser Vermutung, daß die Unzufriedenheit über die Darmstädter Konvention, welche das Wiener Kabinett zur Schau trägt, eine angenommene ist. Die Anwesenheit des Grafen Thun und des Grafen Hartig bei den Konferenzen bot diesen Herren Gelegenheit, die etwaige Mißbilligung Österreichs zur Kenntnis der Beteiligten rechtzeitig zu bringen, und ich glaube weder, daß die Verhandlungen vor dem Grafen Thun damals geheim gehalten worden sind, noch daß die süddeutschen Staaten gegen den ausgesprochenen Willen Österreichs die Konvention geschlossen haben würden.

Zu einer Rheinbundspolitik in offenem Widerspruch mit Österreich und Preußen kann ich mir nicht denken, daß die süddeutschen Staaten schon jetzt den Mut haben, solange die Koalition der drei östlichen Großmächte als gesichert anzunehmen ist. Ich bin überzeugt, daß unsre Darmstädter Bundesgenossen[5]) zu dieser Politik erst dann greifen würden, wenn die Überlegenheit Frankreichs auf dem Kontinent feststehend, oder doch sehr wahrscheinlich wäre. Bis dahin werden sie höchstens ihre Haltung so bemessen, daß sie sich das Übergehn in das französische Lager für den geeigneten Moment offen halten, aber nicht voreilig durch eine der Rheinbundspolitik entsprechende Haltung einen Verdacht der östlichen Mächte auf sich ziehn, der ihnen unter jeder anderen Eventualität als der eines für Frankreich siegreichen Krieges verderblich werden müßte. Dazu kommt, daß es nach der Stimmung der übrigen Koalitionsgenossen gegen Bayern kaum glaublich erscheint, daß sie sich in einen Verband begeben werden, dessen Suprematie diesem Königreich ohne Zweifel zufallen würde. Vielmehr fürchten nicht wenig Leute in Württemberg, Baden und selbst in Darmstadt die Vergrößerungspläne Bayerns mehr als die Preußens.

Ich glaube, daß wir die Hoffnungen, die man an den Abschluß der Darmstädter Konvention geknüpft hat, vollständig realisieren würden, wenn wir uns durch letztere bewegen ließen, über die Zoll- und Handelsfrage nunmehr Unterhandlungen in Wien anzuknüpfen.

Die Anwesenheit des Kurfürsten von Hessen in Frankfurt scheint politische Motive nicht zu haben; man sagt mir, der Minister Hassenpflug habe es wünschenswert gefunden, daß während einiger Zeit, die er selbst in dem Hessischen Schaumburg zubringt, S. K. H. nicht in Kassel bleibe. Ich habe dem Kurfürsten heut meine Aufwartung gemacht und bin sehr gnädig von ihm empfangen worden, ohne daß meine Unterhaltung mit ihm in politischer Beziehung besonders interessant gewesen wäre. Der Herzog von Augustenburg geht in diesen Tagen nach Homburg.

*164. Bericht an Minister v. Manteuffel.

[Ausfertigung.][1])

12. Mai 1852.

Graf Thun ist heute früh abgereist und hat mir die österreichische Stimme übertragen. Er rechnete darauf, in 14 Tagen bis 3 Wochen wieder hier zu sein, und wünschte zugleich die Ansicht seiner Regierung über die Frage einzuholen, ob und wann der Bundestag Ferien

[5]) Poschinger setzt für „Darmstädter Bundesgenossen" „Herr von Dalwigk".
[1]) Das Konzept ist vom 11. Mai datiert.

zu machen habe. Daß letzteres überhaupt geschehe, darüber scheinen die Ansichten meiner Kollegen ungeteilt zu sein, in betreff des Zeitpunktes, an welchen die etwa 2 monatlichen Ferien zu beginnen hätten, schwanken die Wünsche zwischen dem 1. Juni und 1. August. Mir scheint, daß ein früher[2]) Eintritt der Ferien nicht ohne Nachteil für die Beschleunigung der Auflösung der Flotte und somit für die Finanzen des Bundes sein würde. Wenn E. E. es nicht anders befehlen, so würde ich dahin wirken, daß die Ferien jedenfalls erst dann beginnen, wenn die Auflösung der Flotte soweit vorbereitet ist, daß der Eintritt der Ferien keinen Anlaß zur Verzögerung geben kann. In dieser Kombination würde zugleich ein Antrieb für meine Kollegen liegen, zur Beschleunigung der Flottensache die Hand zu bieten. E. E. kennen aus meinem letzten Bericht[3]) die jetzige Lage der Flottensache. Graf Thun hatte die Absicht, eine Rückäußerung der oldenburgischen Regierung auf die an dieselbe erlassene Note abzuwarten, eher weiter vorgeschritten würde. Er ging dabei von der, wie mir scheint, irrtümlichen Auffassung aus, daß die oldenburgische Regierung eine Verpflichtung habe, zur Ausführung der vom Bunde beschlossenen Maßregeln einen andern oldenburgischen Beamten zu bestellen, wenn sie fortfahre, dem Staatsrat Fischer[4]) bei Ausführung seines Kommissoriums Hindernisse in den Weg zu legen. Ich halte die Zeit, während welcher man in diesem Sinne eine Entschließung der oldenburgischen Regierung zu erzielen sucht, für eine verlorene, da die gedachte Regierung auf keine Weise den Maßregeln des Bundes direkt entgegentritt, sondern nur von der ihr unzweifelhaft zustehenden Befugnis Gebrauch zu machen droht, ihrem Beamten, dem Staatsrat Fischer, das Gehalt zu entziehen oder zu verkürzen. Meine Absicht war, um ferneren Zeit- und Geldverlusten vorzubeugen, sofort die Ernennung eines andern Kommissarius zu betreiben und eventuell die Gestellung eines solchen von seiten Preußens anzubieten. Graf Thun erklärte, daß er persönlich gegen diesen Ausweg nichts zu erinnern habe, wünschte aber, daß ich ferneren Schritten in dieser Richtung Anstand geben möchte, bis er mich von der Ansicht der Kais. österr. Regierung benachrichtigt haben würde. Ich habe mich daher für jetzt darauf beschränkt, den übrigen einflußreicheren Gesandten meine obige Ansicht mitzuteilen, damit auch sie sich schleunigst mit Instruktion über das, was ferner zu tun sei, versehen können. Das etwas leidenschaftliche Vorgehen des Grafen Thun gegenüber von Oldenburg wird m. E. kein anderes Resultat haben, als einen mehr oder weniger gereizten Notenwechsel, währenddessen die Ausgaben für die Flotte fortbestehen. Ich bitte daher E. E. mich gen. zu autorisieren, die Ernennung eines andern Kommissarius zu betreiben und die Gestellung eines solchen von seiten der K. Regierung anzubieten, sobald ich des Einverständnisses von Österreich versichert bin. Nachdem die Bundesversammlung einmal den, wie ich glaube, verfehlten Schritt getan hat, von der oldenburgischen Regierung eine Erklärung in der Art, wie geschehen, zu fordern, wird es sich indessen nicht wohl vermeiden lassen, daß mit weiteren Schritten wenigstens so lange gewartet wird, als zum Eingehen einer Antwort von Oldenburg unumgänglich notwendig ist. Ich habe deshalb die Absicht, erst am Montag oder Dienstag[5]) eine Sitzung anzusetzen, dann aber auch ein weiteres Vorschreiten ungesäumt zu betreiben, selbst wenn eine Antwort von Oldenburg noch nicht eingetroffen wäre.

[2]) Konzept: früherer.
[3]) Es ist nicht klar, welcher Bericht gemeint ist.
[4]) Der von der Bundesversammlung mit der Auflösung der Flotte betraute frühere Präsident der oldenburgischen Provinzialregierung zu Birkenfeld, Geheime Staatsrat Dr. Hannibal Fischer, hatte am 2. Mai 1852 sein Amt in Bremerhaven angetreten. Da er dies gegen den Willen der oldenburgischen Regierung tat, von der er noch Wartegelder bezog, wurde er von dieser in den Ruhestand versetzt. Dadurch stand der Weiterführung des von ihm übernommenen Auftrages nichts mehr im Wege.
[5]) 17. oder 18. Mai.

*165. Bericht an Minister v. Manteuffel.

[Ausfertigung.]

12. Mai 1852.

Die Bundeskanzlei hat am 9. d. M. vormittags (Sonntag) an die hiesigen Bundestagsgesandtschaften den österreichisch-hessischen Entwurf eines Bundespreßgesetzes nebst Motiven gedruckt verteilen lassen und der diesseitigen Bundestagsgesandtschaft die g. anbeigefügten 2 Exemplare übersendet.

Da die Preßfachmänner ihre Urteile noch gar nicht vollendet haben und somit eine Überweisung der Vorlagen an den politischen Ausschuß noch nicht hat stattfinden können, so ist der Legationsrat Wentzel am 10. d. M. zu dem Grafen Thun gegangen, um von ihm Aufklärung über das Sachverhältnis zu erhalten, und hat ihn namentlich gefragt, welchen Charakter die Verteilung des in der Bundespräsidialdruckerei gedruckten österreichisch-hessischen Entwurfs habe, ob einen amtlichen oder einen nur privaten, und ob der Druck und die Verteilung insbesondere vom Präsidium angeordnet sei. Der Legationsrat Wentzel hat hierbei besonders hervorgehoben, daß die Tätigkeit der Preßkommission noch gar nicht beendigt sei, daß der österreichisch-hessische Entwurf nicht ohne den preußischen Gegenentwurf dem politischen Ausschusse überreicht werden könne, sowie daß der Überreichungsbericht noch nicht einmal von dem preußischen Fachmann unterschrieben sei.

Graf Thun erwiderte hierauf, er habe auf den Antrag des Sektionsrates v. Lackenbacher die Indrucklegung des österreichisch-hessischen Entwurfs nebst Motiven gestattet, damit zur Beschleunigung dieser Angelegenheit das Gutachten des preußischen Fachmannes nebst Entwurf sofort nach dessen Eingang gleichfalls abgedruckt und dann mit jenem Entwurfe zugleich verteilt werden könne; die Verteilung an die Bundestagsgesandtschaften sei jedoch gegen seinen Willen geschehen, sie könne nur in einer Ungeschicklichkeit des p. Lackenbacher oder der Bundeskanzlei, falls diese die Verteilung vorgenommen habe, ihren Grund haben; er habe den p. Lackenbacher zu sich beschieden und werde ihm sein Versehen ernstlich verweisen. Schließlich hat Graf Thun den Legationsrat Wentzel ersucht, E. E. sein Bedauern über den fraglichen Vorgang auszudrücken und wegen dieses Mißgriffes um Entschuldigung zu bitten; um denselben möglichst wieder gutzumachen, habe er angeordnet, daß das preußische Votum nebst Entwurf sofort nach seinem Eingange gedruckt und gleichmäßig verteilt werde. Er fügte noch hinzu, daß er über die Art und Weise der stattgefundenen Verteilung denjenigen Bundestagsgesandten, die er vor seiner Abreise noch spreche, Mitteilung machen werde.

Auf besonderes Befragen erklärte Graf Thun noch, daß dem politischen Ausschuß die Verteilung ganz unbekannt sei, und daß derselbe sich natürlich nicht eher mit der Beratung der Bundespreßangelegenheit befassen könne, als bis die preußische Schlußerklärung eingegangen sei.

Ich lasse dahingestellt, inwieweit hier ein wirkliches Versehen vorliegt, erlaube mir aber nur noch zu bemerken, daß, dem Vernehmen nach, der K. sächsische Gesandte einige Tage vorher sich sehr mißbilligend über das Verhalten der preußischen Regierung in der Preßsache ausgesprochen und geäußert hat, man brauche auf den preußischen Entwurf gar nicht zu warten, sondern man könne ohne denselben vorgehen. Er hat dabei die Ansicht geltend gemacht, daß der Entwurf der drei Fachmänner jedenfalls die Majorität erhalten und daher als Bundespreßgesetz proklamiert werden würde, da Einstimmigkeit nicht erforderlich sei.

E. E. habe ich nicht unterlassen wollen, hiervon g. Anzeige zu machen.

*166. Bericht an Minister v. Manteuffel.

[Ausfertigung.]

13. Mai 1852.

Wie E. E. bekannt, wird das hiesige deutsche Journal seit längerer Zeit diesseits mit Artikeln versorgt. Namentlich ist dies in der Zollvereinssache geschehen. Die Aufnahme derselben ist auch bisher nicht beanstandet worden. In den letzten Wochen hat dies jedoch wiederholt stattgefunden, erst vorgestern ist ein gegen die schwankende Politik Sachsens gerichteter Artikel zurückgewiesen. Hierbei ist dem diesseitigen Agenten von dem Redakteur mitgeteilt, daß er Anstand nehmen müsse, in der Zoll- und Handelssache polemische Artikel nicht allein gegen Österreich, sondern auch gegen die sieben Regierungen der Darmstädter Koalition von irgend entschiedener Haltung aufzunehmen, da ihm ev. das Verbot seiner Zeitung in den erwähnten Staaten in Aussicht gestellt sei.

Diese Androhung findet ihre Bestätigung in einer Äußerung, welche der Prinz Felix zu Hohenlohe vor kurzem gegen den Dr. Schirges getan hat. Er hat sich nämlich über die in dem Frankfurter Journal befindlichen, sowohl gegen die Bestrebungen der Darmstädter Regierungen als gegen den hiesigen Schutzverein gerichteten Artikel beklagt und hinzugefügt, daß er für das Verbot der Zeitung in Kurhessen sorgen werde, wenn diese Polemik nicht aufhöre.

Daß eine solche Verwarnung wirklich stattgefunden, dürfte endlich aus dem in der anliegenden Nummer des Frankfurter Journals enthaltenen Artikel „*Frankfurt 10. Mai" mit ziemlicher Bestimmtheit hervorgehen. In demselben verteidigt sich nämlich die Redaktion gegen einen Angriff des ultramontanen Mainzer Journals wegen Aufnahme von Artikeln für den Zollverein.

Bei der bedeutenden Verbreitung, welche das Frankfurter Journal in Süddeutschland hat, habe ich nicht unterlassen wollen, E. E. hiervon mit dem Bemerken g. Anzeige zu machen, daß den diesseits fernerhin einzusendenden Artikeln behufs ihrer Annahme eine möglichst schonende Form gegeben werden wird.

167. Bericht vom 17. Mai 1852 an Minister v. Manteuffel, betr. das Bundeskommissorium des Staatsrats a. D. Fischer für die Veräußerung der Nordseeflotte. — Vgl. Poschinger I Nr. 73.

168. Bericht an Minister v. Manteuffel.

[Ausfertigung.][1])

29. Mai 1852.

In meinem am 31. März d. J. an S. Dl. den Herrn Herzog von Augustenburg [gerichteten Schreiben] habe ich demselben unter anderem erklärt: daß „nach einer vertraulichen Eröffnung der K. dänischen Regierung die gesammelten[2]) und noch aufkommenden Revenüenüberschüsse der herzoglichen Güter Sr. Dl. sofort nach Genehmigung des proponierten Abkommens bar ausgezahlt werden würden. Ich stützte mich bei diesem Anerbieten vorzugsweise auf einen Passus des Erlasses E. E. vom 18. Februar d. J., sowie

[1]) Poschinger nennt den Bericht „eigenhändig". Er ist von der Hand des Grafen Stolberg.
[2]) P. hat irrig: gesammten.

auf wiederholte mündliche Äußerungen des Herrn von Bülow, auch hatte die Fassung meines Schreibens an den Herrn Herzog im ganzen sowie die allegierte Stelle insbesondere die Billigung des Herrn von Bülow, dem ich Einsicht in dies Schriftstück vorher gewährt hatte. Von seiten des Herrn Herzogs sowie von mir selbst ist jene Stelle niemals anders verstanden worden, als dahin, daß nach Genehmigung des proponierten Abkommens durch den Herrn Herzog die Ausschüttung der gesammelten Revenüen sofort erfolgen solle. Die Genehmigung von seiten Sr. Dl. ist unumwunden erfolgt, von der K. dänischen Regierung durch das Organ des Herrn von Bülow aber seitdem die Ansicht aufgestellt worden, daß jene Zahlung erst erfolgen werde, nachdem von einem von der K. dänischen Regierung herzusendenden Bevollmächtigten und dem Herrn Herzoge die definitive Vollziehung des Abkommens geschehen sein werde. Der Herr Herzog sieht in diesem Verfahren eine Abweichung von den ihm gemachten Zusagen, durch welche sein ohnehin starkes Mißtrauen neue Nahrung erhalten hat, und sprach S. Dl. gegen mich die Besorgnis aus, daß sich bei den stipulierten Zahlungen der Kaufgelder für die herzoglichen Güter ähnliche Weiterungen und Mißverständnisse herausstellen könnten, wenn er schon bei Erfüllung der ersten fälligen Bedingung seine Erwartungen getäuscht sehe, und daß somit die ganze Negotiation in allen ihren für ihn nachteiligen Folgen wirksam würde, in bezug auf die ihm zugesicherten Vorteile aber gar nicht oder unvollkommen ausgeführt werden würde. Ich habe schon bei meiner Anwesenheit in Berlin Gelegenheit gehabt, diesen Gegenstand mit dem Grafen Nesselrode beiläufig und vertraulich zu besprechen. Derselbe teilte meine Ansicht: daß von der K. dänischen Regierung erwartet werden müsse, daß sie nach der unbedingt erfolgten Annahmeerklärung des Herrn Herzogs diese Angelegenheit im Geldpunkte wenigstens ohne Rückhalt und ohne Schwierigkeiten behandeln werde, und zeigte sich geneigt, den K. russischen Gesandten in Kopenhagen zu Äußerungen in diesem Sinne anzuweisen. E. E. stelle ich g. anheim, ob Hochdieselben Schritte tun wollen, durch welche einer neuen Störung oder doch Verzögerung dieser Angelegenheit vorgebeugt werden könnte. Gleichzeitig beehre ich mich von zwei Schreiben des Herrn Herzogs das eine im Original, das andere in Abschrift g. beizufügen, von denen das erstere, neben einer nachträglichen Rechtfertigung des höheren Wertes der herzoglichen Güter, einige Gravamina über die Behandlung herzoglicher Beamten enthält, während sich in dem anderen die Erklärung Sr. Dl. befindet, daß er sich auf weitere Verhandlungen nicht einlassen könne, solange ihm die von der dänischen Regierung zugesicherte Zahlung der aufgesammelten Revenüen nicht geleistet werde.[3])

169. Privatschreiben an Minister v. Manteuffel.

[Eigenhändig.]

Wien, 10. und 11. Juni 1852.

E. E. zeige ich g. an, daß ich vorgestern Abend hier eingetroffen bin. Ich begab mich unmittelbar nach meiner Ankunft zum Grafen Arnim und überreichte ihm die an ihn gerichteten Depeschen. Er war schon im Bett und glaubte, daß ich als Reisender käme; die Nachricht, daß ich zu seiner Vertretung geschickt sei, überraschte ihn, und er fand das Arrangement ungewöhnlich, um so mehr, da nichts hier zu thun sei.

[3]) Am 3. Juni erhielt B. von König Friedrich Wilhelm IV. den Auftrag, den aus Gesundheitsrücksichten auf 6 Wochen beurlaubten Grafen Arnim in Wien zu vertreten. Darauf begab sich B. am 4. Juni nach Berlin. Zur Einführung Bismarcks am Wiener Hofe richtete der König am 5. Juni das berühmte, u. a. in den G. u. E. I 84 ff. abgedruckte Schreiben an Kaiser Franz Josef.

Ich hatte die Absicht, mich mit dem von mir überbrachten Schreiben J. M. der Königin an J. K. H. die Erzherzogin Sophie in Schönbrunn zu melden und dort zu erfahren, ob und wie es thunlich sei, daß ich Sr. M. dem Kaiser nach Ungarn folgte und dort vorgestellt würde, um, wenn nicht meine Creditive, doch das eigenhändige Schreiben Sr. M. des Königs zu überbringen. Diesen Weg gestattet indessen die hiesige Hofsitte nicht, wie mir Graf Arnim wiederholt und bestimmt erklärte und Graf Buol bei meiner Unterredung gestern Morgen bestätigte. Von beiden Seiten wurde mir gesagt, daß die Beschaffung einer Audienz bei der Frau Erzherzogin, bei der zeitigen Abwesenheit der obersten Hofchargen, 2 bis 3 Tage Zeit erfordern werde. Ich habe daher den mir als vorschriftsmäßig bezeichneten Weg einschlagen müssen, wonach das Schreiben J. M. der Königin durch den Grafen Arnim an das Hofmarschallamt übermittelt worden ist und ich die weitern Befehle der Frau Erzherzogin zu gewärtigen habe.

Graf Buol empfängt fremde Gesandten nur an drei Tagen in der Woche von 2 bis 4 Uhr. Da glücklicher Weise gestern ein solcher Tag war, so fuhr Graf Arnim mit mir zu ihm. Die Erzählungen von dem steifen und boutonnirten Wesen dieses Ministers habe ich nicht bestätigt gefunden; seine Haltung ist ruhig und besonnen, aber freundlich mit einem Anschein von Gradheit. Auf den ersten Anblick macht er mir den Eindruck mehr gescheut als geistreich zu sein; wenn ich überhaupt nach Einer Unterredung ein Urtheil über ihn fällen sollte, so würde ich ihn mehr für vorsichtig und zähe als für geneigt zu neuen und kühnen Entschlüssen und, wo es sich um solche handelt, für bedenklich und unentschlossen halten. Er schien etwas empfindlich darüber, daß er von meiner Sendung hierher keine vorgängige Kenntniß gehabt hatte. Nachdem er E. E. eigenhändiges Schreiben gelesen und ich ihm den ungefähren Inhalt unsrer jüngsten Erklärung in den[1]) Zollconferenzen mitgetheilt, auch das Schriftstück zur demnächstigen Einsicht abgegeben hatte, sprach er sich etwa in folgender Art aus: Das Aufhören der bisherigen volkswirtschaftlichen Isolirung Östreichs liege eben so sehr in Deutschlands wie im eigenen (östr.) Interesse; Östreich habe gethan, was in seinen Kräften stehe, um einen bessern Zustand herbeizuführen; der wichtigste seiner Bundesgenossen weigre sich, die dargebotene Hand anzunehmen, für Östreich bleibe danach nichts übrig, als nunmehr ruhig abzuwarten, daß man von unsrer Seite den Augenblick für gekommen erkläre, wo Preußen bereit sei, auf die Anträge Östreichs einzugehn; bis dahin werde die Haltung des hiesigen Cabinets eine passiv abwartende sein. Das aber könne man von Östreich nicht verlangen, daß es denjenigen deutschen Staaten, welche Östreichs Wünschen entgegengekommen seien und die Zollunion mit Östreich für vortheilhaft und für nothwendig hielten, nunmehr den Rath ertheilen solle, von dem Verlangen nach einer Unterhandlung über diese Frage Preußen gegenüber zurückzustehn. Die Verhandlungen zwischen uns und unsern Zollverbündeten berührten Östreich nicht, und wir müßten zusehn, wie wir uns mit ihnen einigten. Ich erwiderte, daß ich durch das Gehörte nur die Überzeugung befestigt fände, daß die Meinungsverschiedenheit zwischen Berlin und Wien, bei näherer Betrachtung[2]) der Ansicht hier und dort, gar nicht so erheblich sei, als man gewöhnlich annähme, denn eine Haltung des hiesigen Cabinets, wie die von dem Grafen angedeutete, sei unsern Wünschen und Interessen vollkommen entsprechend und nur

[1]) Die drei letzten Worte bei P. ausgefallen. In jener am 7. Juni in der seit dem 19. April zu Berlin tagenden Zollkonferenz abgegebenen Erklärung lehnte Preußen die Verhandlung über eine Zollunion mit Österreich unbedingt ab und stellte die Verhandlung über einen Handelsvertrag mit Österreich in Aussicht, sobald die Erneuerung des Zollvereins gesichert sei.

[2]) P. hat irrig: Besprechung.

zu wünschen, daß die Staaten der Darmstädter Coalition sich keinen Täuschungen über die Stellung Östreichs hingäben, da sie, wenn sie der Neutralität der Stellung Östreichs gewiß wären, ohne Zweifel nur ihre Interessen zu Rathe ziehn, die Reconstruction des Zollvereins beschleunigen und uns dadurch in die Möglichkeit setzen würden, dem Wiener Cabinet die Aufrichtigkeit unsres Strebens nach einer handelspolitischen Annäherung zu bethätigen. Preußen könne in dieser Frage lediglich seinen volkswirthschaftlichen und finanziellen Vortheil zu Rathe ziehn; dieser bedinge einen Zollverein mit dem Südwesten durchaus nicht, und der Erhaltung desselben Opfer zu bringen hätten wir keinen Beruf. Wir erwarteten eine ganz freie, aber nach Möglichkeit beschleunigte Entschließung unsrer bisherigen Verbündeten, um recht bald demnächst unsre Beziehungen zu Östreich und unsre eignen Einrichtungen reguliren zu können. Diese Themata wurden von beiden Seiten wiederholt und variirt. Der Gesammteindruck blieb mir, daß man eine so bestimmte Ablehnung der Vorschläge in der Zollconferenz hier nicht erwartet hatte. Gleich darauf hat Graf Buol eine Besprechung mit den übrigen Ministern gehabt, und Graf Platen, der mit ihm gegessen, sagte mir später, daß er ungewöhnlich verstimmt gewesen und über die schlechten Neuigkeiten geklagt habe, die ich mitgebracht.

Mein Wunsch war, nach dieser Einführung bei Graf Buol und Überreichung der Abschrift meiner Creditive, mit dem Nachtzuge nach Pesth zu gehen, um dem Kaiser das eigenhändige Schreiben Sr. M. des Königs zu überbringen.[3]) Graf Buol sagte, er werde darüber ungesäumt die Befehle Sr. M. des Kaisers einholen und könne mir nur rathen, dieselben hier abzuwarten, da ich erst am andern Tage (heut) in Pesth ankommen, wegen des Zusammenströmens der Ungarn zu der Kaiserlichen (Frohnleichnams-) Procession kein Unterkommen, auch an dem Tage schwerlich Gelegenheit finden werde, mich dem Kaiser zu nähern, zumal fraglich sei, ob S. Majestät ohne Anwesenheit des Ministers mich empfangen werde, da meine amtliche Eigenschaft doch schon unter [der] Hand — durch Gräfin Ugarte, wie ich höre — am Hofe gemeldet sei. Am Freitag (morgen) reise S. Majestät ganz früh nach den Cantonnements der Truppen auf mehre Tage ins Land, und die Reiseroute sei dem Ministerium ganz unbekannt. Aus allem ging hervor, daß Graf Buol nicht wünscht, daß ich ohne ihn und ohne Vorbereitung mit Sr. M. dem Kaiser in Berührung komme. Dies wird mir von befreundeter Seite mit dem Zusatz bestätigt, daß der neue Minister sich noch sehr wenig vertraut mit den Geschäften fühle und bei der täglich zunehmenden selbständigen Entschiedenheit des Kaisers ängstlich sei, sowohl in Fassung von Entschließungen ohne vorgängige Billigung Sr. Majestät, als auch in Überwachung des Verkehrs Andrer mit Höchstdemselben. Ich hatte gehofft, daß der Brief J. M. der Königin mich in den Stand setzen werde, durch Vermittlung der Frau Erzherzogin Sophie diese Schwierigkeiten zu heben, aber, wie gesagt, habe ich nicht zu J. K. Hoheit gelangen können. Meine ganze Sendung ist ein sehr entgegenkommender Schritt von unsrer Seite und wird von den hiesigen Blättern als solcher behandelt und ausgebeutet; ich habe deshalb geglaubt, jede Demarche vermeiden zu müssen, die als ein *verfehlter* Versuch, mich Sr. Majestät oder der Frau Erzherzogin zu nähern, gedeutet werden könnte, und diese Betrachtung hat mich abgehalten, von Hause aus den kürzesten Weg zu ergreifen, und ohne Rücksicht auf Buol, lediglich als Überbringer eines Briefes unsres Allergn. Herrn an S. M. den Kaiser nach Ungarn zu gehn und Letztern aufzusuchen. Die Aufforderung, dieses Schreiben durch das Ministerium befördern zu lassen, lehnte ich mit der Angabe ab,

[3]) Vgl. oben S. 177.

daß ich den Befehl hätte, das Ah. Schreiben selbst zu überbringen. Es ist demnach noch in meinen Händen, worüber ich E. E. g. bitte, mich bei unserem Allergn. Herrn nöthigenfalls auf Grund der vorstehenden, deshalb etwas weitläuftigen Darstellung rechtfertigen zu wollen. Der Besuch bei Graf Buol endete mit einer Einladung auf morgen Mittag, einem freundschaftlichen Händedruck und dem Ausdruck der Hoffnung auf volle Verständigung. Ich sah dann Frau von Meyendorf, die eben Reconvalescentin von einem Fieber ist, mich sehr ausfragte, sich zu meiner Verwunderung unfreundlich über Graf Arnim äußerte und nicht begreifen zu können erklärte, warum wir Rochow nicht hierher schickten, und was wir eigentlich gegen Prokesch hätten, der sich 1850 sehr versöhnlich gezeigt habe, trotz angeborner Heftigkeit. Sie wollte mir eine Audienz bei der Frau Erzherzogin vermitteln, besann sich aber nachher, daß sie ihrem Bruder nicht „ins Gehäge kommen" dürfe. Sie bezahlt für 1½ Etagen, etwa von der Größe wie E. E. Wohnung, 11 100 Fl. C. Miethe. Überhaupt sind die Valuta-Verhältnisse hier der Vorwand zu maßlosen Preissteigerungen aller Gegenstände geworden. Der Conventionsgulden in Papier hat fast direct die Stelle des Fl. W. W.[4]) eingenommen. Preußisches Geld wird man nicht so gut los, als ich glaubte, namentlich Gold nicht. Silber habe ich noch gar nicht gesehn, außer in meiner Börse; man nimmt aber die schmutzigen Sechskreuzer-Zettel überall willig. Die Erndte hier in Niederöstreich, sowie in den Theilen von Mähren und Böhmen, die ich sah, wird im Ganzen schlecht. Viele Felder sind wegen Mangel an Regen schon gelblich und vor der Reife verdorrt, ebenso der Rasen; man will mir kaum glauben, daß es bei uns fast zu naß ist.

Den 11ten. Vorgestern Abend war ich bei dem Fürsten Metternich; seine Geistesfrische, sowie Gesicht und Gehör haben seit vorigem Sommer[5]) sehr abgenommen, wenn er nicht am Morgen anders ist als am Abend. Was er außer Erzählungen aus der Vergangenheit spricht, hat nicht immer Zusammenhang und verständlichen Schluß. Graf Rechberg lernte ich dort kennen; ich hatte ihn anders gedacht; seine brillentragende Erscheinung hält etwa die Mitte zwischen Robert Goltz und dem Hofdrucker Decker, und er sieht mehr wie ein Kammergerichtsrat[6]) aus, als wie ein Diplomat und Graf Rechberg. Er war sehr entgegenkommend und mittheilend für mich und gefällt mir sonst gut; aber meine Meinung von seiner politischen Einsicht ist dadurch sehr gesunken, daß auch er glaubt, der Deutsche Bund würde durch eine offizielle Adoption der schwarzrothgoldnen Farbe Kräfte gewinnen und solche der Demokratie entziehn. Er geht nicht nach Constantinopel, weil man sich geweigert hat, ihm das dortige corrumpirte Subalternpersonal — Testa ꝛc. — zu opfern. Auf dem Diner bei Lord Westmoreland sah ich gestern den Grafen Buol. Er hatte offenbar noch keine genügende Antwort von Pesth, obschon der Telegraph in 3 Stunden communicirt, denn er war in sichtlicher Verlegenheit, was er mit mir sprechen sollte, und schwankte zwischen Ausweichen und Annähern, bis er im Augenblick der Trennung entschieden auf mich zuging und mich fragte, ob ich schon einmal in Wien gewesen sei. Gewiß ist es Verlegenheit und Unentschlossenheit, was ihn in den Ruf abstoßender und anglomaner Steifheit gebracht hat. Eigenthümlich finde ich, daß er mit keiner Sylbe davon spricht, ob und welche Schritte er gethan hat, um die Befehle des Kaisers über mich einzuholen, und daß er nach 2 Tagen meinen offiziellen Antritts-

---

[4]) Wiener Währung.

[5]) d. h. seit dem Besuch Bismarcks bei ihm im August 1851. Vgl. S. 51.

[6]) Vgl. das Bildnis Rechbergs in: Metternich-Denkwürdigkeiten, Verlag von Georg Müller in München, Bd. II (1921) S. 481.

besuch noch nicht erwidert hat. Fürst Schwarzenberg hat, wie ich höre, den Gesandten niemals Gegenbesuche gemacht; es wäre danach billig, daß man an andern Höfen in Bezug auf die östreichischen Gesandten ein gleiches Verfahren beobachtete.

Gestern Abend habe ich in den Fürstinnen von Schönburg und Bretzenheim zwei überraschend liebenswürdige Schwestern des verstorbnen Fürsten Schwarzenberg im Hause der erstern kennen gelernt. Ebenso den Feldmarschall Fürst Windischgrätz, der mich gleich bei seinem Eintritt auf den ganzen Abend in Beschlag nahm, sich mit Bitterkeit über die amtliche Revolutionirung des Landes durch die Gesetzgebung und über die Unmöglichkeit eines Systems aussprach, welches sich nur auf Soldaten und Beamte von meistens wenig Bildung und Moral stützen wolle. Mit der größten Anerkennung und Freundschaft sprach er über alles Preußische. Letztres soll auch die Stimmung der höhern Militärs in der Nähe des Kaisers sein, der Generale Graf Grünne, Degenfeld, Heß und Andrer. Als Träger der feindlichen Richtung gegen uns, besonders auf dem handelspolitischen Gebiet, bezeichnet man mir die vom verstorbnen Premier-Minister gehobene „Juden-Clique" (Bach, Hock und jüdische Zeitungsschreiber, obschon Bach kein Jude ist). Um so wünschenswerther wäre es mir, Bekanntschaften in der militärischen Welt, die den Kaiser umgiebt, anzuknüpfen. Die Unbekanntschaft des Grafen Buol mit dem Lande und den Geschäften, von der ich allgemein höre, trägt dazu bei, den Einfluß des Schwarzenbergischen Nachlasses an Juden aufrecht zu erhalten. — Ich schließe hier, weil sich gerade eine Gelegenheit durch den jungen Jane zur Beförderung bietet. In treuster Ergebenheit ...

170. Privatschreiben an Minister v Manteuffel.

[Eigenhändig.]

Wien, 12. Juni 1852.

Ein Aufschub in der Reise des Überbringers gestattet mir noch eine Nachschrift zu meinem Briefe von gestern.[1]) Graf Buol theilte mir, als ich gestern bei ihm zu Tisch war, eine vom gestrigen Tage um 2 Uhr Mittags aus Ofen datirte telegraphische Depesche des Grafen Grünne mit, etwa des Inhalts, daß S. M. der Kaiser, im Begriff Ofen zu verlassen, mich dort nicht mehr empfangen könne und Graf Buol den Brief Sr. M. des Königs annehmen und befördern solle. Da der Telegraph von Ofen-Pesth nur Eine Stunde Zeit braucht, ich aber den Grafen Buol schon am 9. Vormittags um die Erlaubniß gebeten hatte, das Ah. Schreiben an S. M. den Kaiser überbringen zu dürfen, so fand ich in dem jenseitigen Verfahren nicht denjenigen Grad von Empressement, ein Schreiben unsres Allergn. Herrn in Empfang zu nehmen, den wir unter den gegenwärtigen Umständen, nachdem wir den ersten Schritt zur Beseitigung der vorhandenen Spannung gethan haben, erwarten durften. Es gehn täglich 3 Züge nach Ungarn und in weniger als 10 Stunden ist man in Pesth; es war also reichliche Gelegenheit, die Sache einzurichten, oder doch Veranlassung zu einer entschuldigenden Bemerkung, wenn man es nicht that. Ich sagte mit Rücksicht auf diese Umstände dem Grafen, daß ich von Sr. Majestät den Befehl hätte, das Schreiben selbst zu überbringen, und, wenn das nicht anginge, die Befehle des Königs in dieser Beziehung erbitten werde; ich bat dabei zu entschuldigen, wenn meine Neuheit in dergleichen Geschäften mich vielleicht buchstäblicher an einem erhaltenen Befehle hängen lasse, als in den Absichten Sr. M. des

[1]) Vgl. die vorige Nummer.

Königs gelegen haben möge. Ich bin dabei lediglich von dem Wunsche geleitet worden, daß von uns nicht größere Hast an den Tag gelegt werde, als von jener Seite, zumal die Thatsache meiner Sendung und des Überbringens besondrer Schreiben hier ohnehin so gedeutet zu werden scheint, als ob nicht höhere politische Zwecke und bundesfreundliche Gesinnung, sondern eine drängende Besorgniß vor dem Resultat unsrer Zollverhandlungen uns die gesuchte Verständigung zum Bedürfniß mache. Wie sehr man die Dringlichkeit dieses Bedürfnisses für uns überschätzt, hat mir gestern eine lange Unterhaltung mit Herrn von Linden bewiesen, der zu glauben vorgiebt, daß *wir* revolutionäre Regungen zu fürchten hätten, wenn wir den Zollverein nicht erneuerten. Im Übrigen würde ich es für unverfänglich gehalten haben, dem Grafen Buol das Schreiben auszuhändigen, und war meine Absicht, damit nur solange zu warten, als zu der Annahme nöthig ist, daß ich nach Berlin geschrieben habe und durch das Nichteingehn einer telegraphischen Depesche verständigt worden sei. Ich glaube nicht, daß meine Mission hier ein positives Resultat in Bezug auf die Zollfrage bringen wird; der Eindruck, den ich davon auf unsre andern Verbündeten erwarte, ist der, daß wir in jeder Art bemüht gewesen sind, das, was wir thun mußten, in bundesfreundlicher Weise zu thun, der Mangel an eingehendem Verhalten aber auf Seite Östreichs gewesen sei. In der Richtung finde ich auch die Zeitungsente von einer meiner Abreise vorhergehenden Conferenz mit Prokesch nützlich.

S. M. der Kaiser soll in Pesth die Alt-Conservativen kalt empfangen haben; er hat deutsch und wenig mit ihnen gesprochen, mit dem Volk aber ungarisch. Seine Anrede und einige rechtzeitige Lançaden des Pferdes, welche den guten Reiter ins Licht stellten, haben unter einem Sturm von eljen ein begeistertes Durchbrechen der für die Zuschauer gezogenen Schranken zur Folge gehabt. Der Kaiser wird am 23. in Ofen erwartet, und vor dem werde ich ihn vermuthlich nicht sehn.

Graf Platen sagt mir, er sei angewiesen, nach allen Kräften dahin zu wirken, daß Östreich die Hand biete zur Erhaltung und baldigen Reconstruction des Zollvereins. Er meint schon bei Gelegenheit der hiesigen Zollconferenzen die Gewißheit erhalten zu haben, daß Östreich nicht darauf bestehn werde, einen bestimmten Termin zum Eintritt der gewünschten Zollunion genannt zu sehn. Die kleinen Staaten hätten dieses Zugeständniß zur Erleichterung des Preußischen Beitrittes durchgesetzt, und man werde zufrieden sein, wenn man einen Vertrag in der Richtung und mit dem eingestandenen Ziel einer „Union zu gelegner Zeit" erreicht. Das wird wohl richtig sein, mit der *Richtung* könnten wir uns befreunden, mit der offiziellen Bezeichnung der Union als Ziel vielleicht weniger.

Der Lloyd thut mir die unverdiente Ehre an, meine Sendung mit der von E. E. nach Olmütz zu vergleichen.

Graf Arnim ist heut früh abgegangen, schläft eine Nacht in Prag und eine in Dresden, wird also am Montag in Berlin sein. Von dem Seinigen hat er mir nichts angeboten, weder Wohnung noch sonst etwas; einen Wink von mir in Bezug auf Equipage, die hier außer fiacres fast garkeine miethweis zu haben ist, nahm er ablehnend auf, und empfahl mir auch diverse Gasthöfe zum Behuf der Wohnung in der Nähe der Kanzlei.

Frau von Meiendorf hat mich heut zu einem Diner tête-à-tête eingeladen, wo ich ohne Zweifel nähere Bekanntschaft mit ihren diplomatischen Talenten machen werde. Die Damen-Diplomatie scheint hier überhaupt mehr als bei uns im Schwange geblieben zu sein. Auch Frau von Linden (Würtemberg, geb. Hügel) hat mir Proben davon gegeben, und wünscht heut Abend die Verhandlungen fortzusetzen.

Ich sehe aus den Zeitungen, daß E. E. heut und morgen in Breslau sind, und da die Abreise des Mr. Jane auch heut nicht ganz sicher ist, so will ich dies lieber durch meinen Diener nach Oderberg schicken, damit es vielleicht morgen noch zu Ihnen gelangt.

Herr von Linden verläßt mich eben; die Herbeiführung einer Verständigung liegt auch ihm sehr am Herzen. In treuster Ergebenheit . . .

171. Bericht an König Friedrich Wilhelm IV.

[Ausfertigung.]

Wien, den 15. Juni 1852.

E. K. M. verfehle ich nicht a. u. anzuzeigen, daß, am 8. d. M. in Wien angekommen, ich am darauf folgenden Tage durch den Grafen Arnim dem K. österreichischen Minister der auswärtigen Angelegenheiten vorgestellt wurde und den Grafen Buol dabei ersuchte, die Befehle des Kaisers darüber unverzüglich einholen zu wollen, wann und wo derselbe gestatten würde, ihm einen mir von E. K. M. für ihn anvertrauten Brief, der mir erteilten ah. Weisung gemäß, übergeben zu können. Auf die von dem Grafen Buol dieserhalb gemachte Anfrage lief am 11. d. M. die telegraphische Erwiderung ein, daß der Kaiser, als im Begriff Ofen zu verlassen, mich nicht empfangen könne und daher seinen Minister des Äußern ermächtige, den für ihn bestimmten allerhöchst eigenhändigen Brief E. K. M. von mir zu übernehmen und ihm nachzusenden.

Infolgedessen habe ich gestern das Schreiben dem Grafen ausgehändigt, indem ich einen der bestimmten Empfangstage des Ministers zu einer Unterredung mit ihm benutzte. Bei Gelegenheit derselben habe ich mich überzeugen können, daß das K. Kabinett in bezug auf die Zollfrage das Bedürfnis der Verständigung noch nicht in dem Grade empfindet, wie ich voraussetzte, vielmehr von der Ansicht ausgeht, abzuwarten, ob die im Schoße des Zollvereins entstandenen Schwierigkeiten E. K. M. Regierung zur Nachgiebigkeit bestimmen werden. Ich erlaube mir in dieser Beziehung auf einen heute gleichzeitig an E. K. M. Ministerpräsidenten erstatteten Bericht[1]) ehrfurchtsvoll Bezug zu nehmen.

Obgleich nach den hiesigen Vorschriften einem Fremden nicht gestattet ist, den Gliedern der Kaiserlichen Familie früher seine Aufwartung zu machen, als bis er von S. M. dem Kaiser in besonderer Audienz empfangen worden, so habe ich doch, in Rücksicht auf die Ungewißheit, wann mir eine solche bewilligt werden wird, und auf die nahen Verwandtschaftsverhältnisse S. K. H. des Erzherzogs Franz Carl und J. K. H. der Frau Erzherzogin Sophie zu E. K. M., bei Höchstdenenselben eine Audienz nachgesucht und gestern Abend bewilligt erhalten. Die Frau Erzherzogin Sophie, die mich nach Ihrem erhabenen Gemahl empfing, sprach die gnädigsten Gesinnungen für meine Person aus und unterhielt sich lange Zeit mit mir, vorzugsweise über die traurigen Verhältnisse der letzteren vier Jahre, ohne jedoch in Beziehungen auf die Gegenwart meiner Mission einzugehen.

Wie ich höre, wird S. M. der Kaiser am 23.[2]) d. M. in Pest zurückerwartet und dort einige Tage verweilen. Vielleicht wird mir erst zu diesem Zeitpunkte die Ehre zuteil werden, ihm mein Kreditiv überreichen zu können.

---

[1]) Vgl. Nr. 172.

[2]) P. hat irrig 21.

172. Bericht an Minister v. Manteuffel.

[Diktat.]

Wien, den 15. Juni 1852.

Nach einigen gelegentlichen Konversationen habe ich gestern die erste längere Unterredung mit dem Grafen Buol gehabt. Sowohl der Inhalt derselben, als ein gewisser Mangel an Entgegenkommen in den Formen bezüglich der Aufnahme meiner Mission befestigen mich in der Ansicht, daß man hier bisher an der Politik festhält, sich mehr auf die Einwirkung der Mittelstaaten, als auf die bundesfreundliche Gesinnung Preußens zu stützen. Graf Buol hat offenbar die Hoffnung noch nicht aufgegeben, durch eine unnachgiebige Passivität in Behauptung der bisherigen Stellung Österreichs den Zweck zu erreichen, für welchen die Darmstädter Koalition bisher tätig ist, in der Voraussicht, daß die Schwierigkeiten, welche letztere der Rekonstruktion des Zollvereins in den Weg legt, uns zur Aufgabe unseres Widerspruchs gegen die Wünsche Österreichs nötigen werden. Dagegen scheinen mir die Gesandten von Sachsen (der bayerische ist abwesend), Württemberg und Hannover, namentlich der letztere, alles aufbieten zu wollen, um eine Verständigung der beiden Großmächte herbeizuführen, und steht zu erwarten, daß sie versuchen werden, in diesem Sinne auf das hiesige Kabinett einzuwirken, sobald sie mit den in bezug auf meine Sendung geforderten Instruktionen versehen sein werden.

Ich habe dem Grafen Buol zuerst den Wunsch ausgesprochen, die Differenzpunkte zwischen beiden Kabinetten zu beseitigen, die sich dem Fortgange der Verhandlungen am Bundestage entgegenstellen. Ich rechne dahin die Gesetzgebung über die Presse, die Verstärkung und Organisation des Bundesheeres, das Liquidationswesen, den diesseits dringend gewünschten Fortbau der neuen Bundesfestungen, das Polizeiwesen und andere untergeordnete Fragen, namentlich auch die etwa zu ergreifenden Maßregeln, um den Federkrieg zwischen der beiderseitigen Presse auf das Maß ruhiger Diskussion zurückzuführen und gegenseitigen Angriffen ein Ziel zu setzen, welche die öffentliche Stimmung auf beiden Seiten verbitterten, ohne jemand zu überzeugen. Auch auf diesen Gebieten fand ich den Grafen Buol wider Erwarten wenig eingehend. Er setzte mir die Ansicht entgegen, daß eine vorgängige Verständigung beider Kabinette über alle in Frankfurt zu verhandelnden Fragen in der Vollständigkeit, wie ich sie wünschte, nicht tunlich und den andern Bundesgenossen gegenüber nicht durchzuführen sei. Man könne sich mit uns wohl über allgemeine Prinzipien einigen, das Detail der Frage aber müsse der Diskussion in Frankfurt überlassen bleiben, und es sei zu beklagen, daß gerade in diesem Augenblick der Vertreter Preußens in Frankfurt nicht anwesend sei, um an den Verhandlungen, für welche Graf Thun mit Instruktionen versehen worden sei, teilzunehmen. Ich entgegnete hierauf, daß grade meine Anwesenheit hier dazu führen könne, die Verhandlungen in Frankfurt fruchtbar zu machen, wenn die Erwartungen, welche die K. Regierung in dieser Beziehung an meine Mission knüpfte, durch ein bereitwilliges Entgegenkommen des Kaiserlichen Kabinetts in demselben Sinne verwirklicht würden, daß aber die Verhandlungen am Bundestage notwendig resultatlos bleiben müßten, wenn das hiesige Kabinett es ablehne, auf eine vorgängige Verständigung, nicht nur über allgemeine Prinzipien, sondern auch über deren Ausführung im konkreten Falle einzugehen. Graf Buol wollte letzteres auch nicht allgemein von der Hand weisen, sondern nur die Rücksichtnahme auf die übrigen Verbündeten, welche sich für die Wünsche Österreichs eingehender zeigten als Preußen, gewahrt wissen. Er erklärte sich demnächst bereit, die oben genannten bundes-

rechtlichen Fragen der Reihe nach in ferneren Konferenzen mit mir zu besprechen, und wollte sich zu diesem Behuf zuerst über die Lage der Preßangelegenheit selbst informieren; auch sei er von dem lebhaften Wunsche beseelt, die Hand zu bieten, damit den gegenseitigen bittern Invectiven in der Presse nach Kräften gesteuert werde, wenn es auch unmöglich sei, die Diskussion der streitigen Fragen ganz zu unterdrücken, und es im allgemeinen Sache der Gesandtschaften bleibe, auf strafbare Ausschreitungen der Presse aufmerksam zu machen. Auf meine Andeutungen, daß die hiesige Presse, indem sie meine Sendung aus dem einseitigen Bedürfnisse Preußens nach Verständigung motiviere, meine Stellung erschwere, ist, wie mir Graf Platen mitgeteilt hat, gestern eine Weisung an die Redaktion des Lloyd erfolgt, deren Natur E. E. aus dem Artikel an der Spitze der Nr. 136 dieses Blattes, d. d. Wien 14. Juni, entnehmen wollen. Diese durch ihre Stelle im Journal ausgezeichnete Erklärung zeigt, was man hier unter der versöhnlichen Sprache versteht, die wir uns nach der gestrigen Besprechung angelegen sein lassen wollen, in der beiderseitigen Presse herbeizuführen. Dieselbe giebt zugleich im wesentlichen das wieder, was Graf Buol in bezug auf die handelspolitische Frage, welche schließlich das Thema unserer Besprechung bildete, gegen mich geäußert hat.

Meine Auseinandersetzung in bezug auf letztere war etwa folgende:

Preußen wünscht im allgemeinen diese Frage weniger aus dem politischen, als aus dem Gesichtspunkte materieller Interessen betrachtet und gelöst zu sehen. Daß der Zollverein keine entscheidende Basis politischen Einflusses bildet, hat die Geschichte der letzten Jahre dargetan, und die Regierung kann die Richtschnur ihrer Handlungen auf diesem Gebiete nur in dem Streben nach dem finanziellen und kommerziellen Gedeihen der Zollvereinsstaaten und ihrer Untertanen finden. Von diesem Gesichtspunkte ausgehend, ist sie nach sorgfältiger Prüfung der Vorschläge Österreichs zu der Überzeugung gelangt, welche sich in der am 7. c. in der Zollkonferenz abgegebenen Erklärung niedergelegt findet und ihre Bestätigung in dem erläuternden Schreiben E. E. erhalten hat, welches ich die Ehre hatte, dem Grafen Buol zu überbringen.

Für Preußen ist weder eine rechtliche Verpflichtung vorhanden, noch wird es durch eigne Bedürfnisse in irgendeiner Art gedrängt, auf das Verlangen Österreichs oder auf die Bedingung der Staaten der Darmstädter Koalition einzugehen. Insoweit wir daher entgegenkommende Zusicherungen geben, werden wir nur durch unsere bundesfreundliche Gesinnung und durch höhere politische Erwägung veranlaßt, unsern Bundesgenossen zur Erfüllung des guten Einvernehmens gefällig zu sein, und es dürfte um so mehr im Interesse Österreichs liegen, anzunehmen, was wir bieten, da wir kein Äquivalent für unser vollkommen freies Entgegenkommen verlangen. In diesem Sinne ist Preußen bereit, einen Handelsvertrag mit Österreich abzuschließen,[1]) welcher seinem Inhalte nach geeignet sein würde, einen Übergang zu weiterer Annäherung zu bilden, und den Beteiligten diejenigen Erfahrungen an die Hand zu geben, auf deren Grund sie die praktischen Folgen einer engeren Verbindung würden beurteilen können. Mit dem materiellen Wohle seiner Untertanen auf unbekannten und unberechenbaren Gebieten zu experimentieren, hält sich Preußen nicht für berechtigt. Es verlangt daher, die Frage der Zollunion als eine offene behandelt zu sehen, welche prinzipiell jetzt weder verneint noch bejaht werden kann. Der Unterschied zwischen den Forderungen Österreichs und den Anerbietungen Preußens in bezug auf den zu schließenden Handelsvertrag liegt also lediglich in den beiden Fragen:

[1]) Bis hierhin ist dieser Satz bei P. gesperrt.

1. ob der Abschluß desselben vor der Entscheidung über das Schicksal und den verbleibenden Umfang des Zollvereins erfolgen soll, und
2. ob in den Vertrag schon jetzt eine prinzipielle Entscheidung zugunsten der künftigen Zollunion aufgenommen werden soll.

Bei Entscheidung der Frage ad 1 kann es nur darauf ankommen, ob Österreich unsere Versicherung, daß wir unmittelbar nach der Entscheidung über Fortdauer und Umfang des Zollvereins, auf Grundlage des bekannten Entwurfs Littera A[2]) mit Ausnahme von Art. 4 al. 1, in Unterhandlung zu treten bereit sind, für eine aufrichtige hält. Wir glauben dieses Vertrauen fordern zu dürfen, zumal wir, wenn es unbegründet wäre, gar keine Veranlassung hätten, eine solche Versicherung abzugeben.

Was die Frage ad 2 anbelangt, so sollte Österreich m. E. um so weniger Bedenken tragen, sich bei der von uns gewünschten Vertagung der Entscheidung zu beruhigen, als dieselbe eine prinzipielle Verneinung der Zollunion nicht enthält, und die schließliche Wahl der einen oder anderen Alternative doch von keinem anderen Moment, als von der inzwischen zu gewinnenden Aufklärung über das eigene Interesse und über die Wirkung der Zollunion auf dasselbe gelenkt werden kann. Die Hauptsache und das allein praktische scheint doch nur zu sein, daß Österreich für jetzt einen Handelsvertrag mit uns schließt, welcher die Möglichkeit der Zollunion nicht nur offen hält, sondern erleichtert. Das Recht, Bedingungen zu stellen in einer Sache, welche für uns so gut wie res merae facultatis[3]) ist, scheint auf unserer Seite, nicht auf der andern zu sein, und wenn man unser Anerbieten, die an uns gestellte Forderung teilweis zu erfüllen und in bezug auf das übrige die Entscheidung offenzuhalten, unter sofortiger Forderung des Ganzen von der Hand weist, so können dadurch die Wünsche Österreichs unserer Ansicht nach nicht gefördert werden.

Ich habe diese, im Laufe der Besprechung von mir in der versöhnlichsten Form und unter entschiedenster Akzentuierung des Wunsches nach einer Verständigung entwickelten Ansichten hier im Zusammenhang dargestellt; der Inhalt der verschiedenen Erwiderungen des Grafen Buol war ungefähr folgender:

Österreich kann sich in Deutschland nicht als eine fremde Macht betrachten lassen, mit der ein Handelsvertrag wie mit dem Auslande geschlossen wird, und ein solcher würde für das Kaiserliche Kabinett gar keinen Wert haben, wenn er nicht die Zollunion und die Verschmelzung der materiellen Interessen des ganzen Deutschlands als Ziel gemeinsamer Politik offiziell und ausdrücklich anerkenne. Grade durch Schließung eines bloßen Handelstraktats würde Österreich sich selbst als Ausland in bezug auf Deutschland bezeichnen. Es sei zu beklagen, daß Preußen sich nicht einmal auf eine Besprechung der Vorschläge Österreichs eingelassen habe, eine Rücksicht, welche Österreich einem so fremden Staate wie Persien gegenüber unter ähnlichen Umständen nicht verweigert haben würde. Die Folge davon werde[4]) das Ausscheiden Preußens aus dem auch ohne Preußen fortbestehenden Zollverein sein, und Österreich sei froh, nicht die Schuld an dem Unglück zu tragen, welches dadurch über Deutschland gebracht würde. Die Überzeugung von den Vorteilen der Zollunion werde von einem großen Teil der deutschen Staaten lebhaft an den Tag gelegt; Österreich könnte diese seine Verbündeten nicht auffordern, von der Vertretung ihres mit Österreich gemeinsamen Interesses abzustehen, und werde niemals ohne Vorwissen und Einverständnis der-

[2]) Vgl. oben S. 148 Anm. 4.
[3]) Soviel wie: ganz nach unserem Belieben.
[4]) Text: wäre.

selben die Basen der bisherigen Verabredungen verlassen. Das Kaiserliche Kabinett träte nicht bloß mit Forderungen auf, sondern biete große Vorteile und sei zu erheblichen Opfern bereit. Preußens Politik führe zu einem Ausschluß Österreichs aus Deutschland und habe den Kaiserstaat bei Berufung der Zollkonferenzen nach Berlin nicht einmal auf gleichem Fuße mit Hannover, welches doch auch dem Zollverein bisher nicht angehöre, behandelt. Es sei nicht möglich, die schwebende Frage lediglich als eine materielle zu betrachten, sie habe ihre unzertrennbare, wenn nicht vorwiegend politische Seite. Österreich kämpfe dabei um seinen legitimen politischen Einfluß in Deutschland, und wenn Preußen allein an der Spitze eines ganz Deutschland umfassenden Zollvereins stehe, so werde eine Wiederaufnahme der Unionsbestrebungen der letzten Jahre von vielen gefürchtet werden.

Die Hauptargumente des Grafen konzentrierten sich in der Berufung auf die Pflichten, die Preußen für Deutschland habe, und in Rekriminationen über die Unfreundlichkeit, die Preußen gegen stammverwandte Staaten an den Tag lege. Ich habe dem entgegengehalten, daß Preußen in den letzten Jahren das Geschäft, Pflichten für Deutschland zu erfüllen, als ein undankbares kennen gelernt habe, daß es entschlossen sei, seinen finanziellen und volkswirtschaftlichen Haushalt bürgerlich und praktisch zu regeln und dabei sehr gern denjenigen seiner Bundesgenossen, welche durch die Gleichheit der Interessen dahin gewiesen würden, die Tür offen zu halten, keinenfalls aber, um ihren Zutritt durch Konzessionen zu werben, welche außerhalb der für nützlich erkannten Richtung lägen. Die Kgl. Regierung sei weit entfernt, denjenigen deutschen Staaten, welchen die handelspolitischen Vorschläge Österreichs vorteilhaft schienen, auch nur den Rat zu deren Nichtannahme zu erteilen, oder der Entschließung der Kaiserl. Regierung in bezug auf das Verhältnis Österreichs zu diesen Staaten irgendwie eine Richtung zu geben auch nur zu versuchen, welche der Auffassung des Kaiserlichen Kabinetts von seinen Bundespflichten nicht entspräche. Unser Wunsch sei, eine freundliche Verständigung mit allen Bundesgenossen, wenn auch vorzugsweise mit Österreich als dem mächtigsten, herbeizuführen, und wir glaubten nicht, daß ein Hindernis einer solchen in dem rechtmäßigen Verlangen Preußens, seinen Finanzhaushalt nach seinen eigenen Bedürfnissen zu regulieren, gefunden werden könne.

Im ganzen machte mir die Unterredung den Eindruck, daß man hier jetzt, was vielleicht nicht von Anfang an der Fall gewesen ist, die Sprengung des Zollvereins als ein an und für sich wünschenswertes Ereignis betrachtet, indem man vielleicht darauf rechnet, daß demnächst das Bedürfnis der Wiedervereinigung sich namentlich bei uns fühlbar machen werde, um einer Wiederaufnahme des Planes der Zollunion mit mehr Erfolg als jetzt Bahn zu brechen. Über die Festigkeit unseres Entschlusses, für jetzt lieber den Zollverein mit einem Teil unserer bisherigen Verbündeten aufzugeben, als schon jetzt uns zu einer Zollunion mit Österreich bereit zu erklären, glaube ich nicht, daß man sich noch Illusionen macht. Ich kann mir daher die Entschiedenheit, mit der man unser Abschlagsanerbieten eines Handelsvertrages zurückweist, nur in dem obigen Sinne erklären.

Sämtliche anwesende Vertreter deutscher Staaten warteten im Vorzimmer des Grafen Buol in anscheinender Spannung auf das Resultat unserer Unterredung und stellten mir beim Ausgange Fragen, die ich nicht beantworten konnte, aus denen mir aber klar wurde, daß ihre Regierungen die entschiedene Haltung, die Graf Buol angenommen hat, wahrscheinlich weder billigen noch teilen werden.

E. E. möchte ich unmaßgeblich anheimstellen, denjenigen diplomatischen Agenten in Berlin, deren Regierung es interessiert, wenigstens durchblicken zu lassen, daß wir den Versuch billiger Vereinbarung gemacht haben, bei dem gänzlichen Mangel eines Entgegen-

kommens von seiten Österreichs aber darauf verzichten müßten, ihn zu wiederholen. Abzuwarten möchte dann sein, ob die Rückwirkung, welche das dringende Verlangen der Mittelstaaten nach einer Verständigung auf das hiesige Kabinett üben würde, stark genug ist, um die Haltung des letzteren zu modifizieren.

Noch bemerke ich g., daß in den hiesigen Akten kein Konzept dieses Berichts bleibt, da die Kürze der Zeit bis zum Abgang des englischen Kuriers keine Abschrift zu nehmen gestattet.

173. Privatschreiben an Minister v. Manteuffel.

[Eigenhändig.]

Wien, 18. und 19. Juni 1852.

E. E. geehrtes Schreiben vom 14.[1]) habe ich vorgestern durch den Überbringer dieses richtig erhalten. Ich würde von Hause aus kein Bedenken getragen haben, den diesseitigen Wünschen in Bezug auf die Aushändigung des Schreibens Sr. M. des Königs zu genügen, wenn nicht ein gewisser Mangel an Entgegenkommen mich genöthigt hätte, auch meinerseits jeden Anschein von Empressement zu vermeiden, und ich zweifle nicht, daß ich in E. E. Sinne gehandelt habe, wenn ich, auch ohne Eingang fernerer Weisungen abzuwarten, das ah. Schreiben nach Verlauf einiger Tage ausgeliefert habe.

Die Nachricht von dem unbedingten Anschlusse Oldenburgs ist natürlich im Lager unsrer Gegner mit großem Mißbehagen aufgenommen worden. Graf Platen versicherte mit großer Aufrichtigkeit, daß ich ihm durch diese Mittheilung sein Diner verdorben hätte, setzte aber hinzu, daß auch ohnedies ein Rücktritt Hanovers unwahrscheinlich, wenn nicht unmöglich gewesen sei; jetzt fehle jeder Vorwand, die Möglichkeit desselben auch nur zu behaupten; um so eifriger müsse Hanover daran arbeiten, die übrigen deutschen Staaten bei dem Zollverein zu erhalten. Er glaubt, daß letztres, als dem Interesse Preußens doch auch entsprechend, unter folgenden Bedingungen leicht zu erreichen sei: Sobald ich die vertrauliche Versicherung gäbe, daß Preußen ein solches Anerbieten nicht ablehnen werde, würden die süddeutschen Staaten Östreich zu dem Vorschlage bewegen, daß der ganze Zollverein auf Grund des September-Vertrages sofort en bloc und vorbehaltlich der Revision reconstruirt werden solle, *wenn* Preußen verspreche, den Handelsvertrag lit. A[2]), mit Ausnahme von Artikel 4, unmittelbar nachher abzuschließen, und zur Verhandlung darüber Zollconferenzen mit Zuziehung eines östreichischen Vertreters zu berufen. Dabei würde man bereit sein, außer Artikel 4, der pure zu streichen, auch diejenigen Artikel (1, 23 ꝛc.), welche der Zollunion gedenken, dahin zu modifiziren, daß die Zollunion nicht als etwas Abgemachtes, mit einem benannten Zeitpunkt gewiß Eintretendes, sondern nur im Allgemeinen als das Ziel bezeichnet werde, zu dessen Erstrebung man den Handelsvertrag schließe. Auch werde es dabei thunlich sein, den Eintritt der lediglich principiell als „vorschwebendes" Ziel anzuerkennenden Zollunion von Bedingungen in Betreff der östreichischen Valuta- und Douane-Verhältnisse abhängig zu machen, vermöge deren Preußen die Freiheit bleibe, zu bestreiten oder einzuräumen, daß diese Bedingungen erfüllt und demgemäß der Zeitpunkt, wo man der Zollunion näher zu treten habe, gekommen sei. Es komme nur darauf an, daß Preußen das in seinen frühern Zollverträgen aufgestellte Prinzip einer allgemeinen Deutschen Zoll- und Handelseinigung auch ferner aufrecht erhalte, nicht

[1]) Abgedruckt in Anh. zu G. u. E. II 64 ff.
[2]) Vgl. oben S. 148 Anm. 4.

aber fallen lasse, sobald es sich nur noch um Östreich handle. Graf Platen ist überzeugt, daß die süddeutschen Staaten, wenn sie annehmen dürften, daß vorstehendes Arrangement bei uns auf günstige Aufnahme rechnen dürfe, gedrängt von der Furcht vor Lösung des Zollvereins, entweder Östreichs Einwilligung erlangen, oder die Verbindung mit letztrem zu unsern Gunsten lösen würden. Ich habe dem Grafen Platen auf die wiederholten und dringenden Auseinandersetzungen in obigem Sinne erwidert, daß es nicht in unsrer Absicht liege, eine principielle Anerkennung der Zollunion, wäre die Verbindlichkeit, sie ins Leben zu führen, auch noch so unbestimmt angedeutet, schon jetzt, und bevor ein Handelsvertrag uns mehrjährige Erfahrungen über die practischen Folgen einer Annäherung geliefert haben würde, auszusprechen; wir wollten die Frage solange ganz als res integra erhalten wissen. Meiner unmaßgebl. Ansicht nach müssen wir auch daran festhalten, und würden nur die Erklärungen, welche ich, nach meinem g. Bericht vom 15., dem Grafen Buol gegenüber abgegeben habe, fortwährend die äußersten rathsamen Grenzen unsres Entgegenkommens bilden, wenn E. E. mir nicht fernere Weisungen ertheilen.

Ich habe den Courier einen Tag länger aufgehalten, um noch von einer Unterredung mit dem Baron Kübek schreiben zu können, die sich erst heut machen ließ. Ich habe in ihm bei Weitem den für uns wohlwollendsten und versöhnlichsten Staatsmann gefunden, den ich bisher unter den Östreichern kennen gelernt habe. Ich habe ihm lediglich meine Unterredung mit Graf Buol historisch mitgetheilt; er schien einigermaßen überrascht, daß dieser Minister sich alles entgegenkommenden Eingehens enthalten habe. Er fragte mich, ob wir wohl bei einem Handelsvertrag erklären würden, daß wir principiell „nicht gegen" die Zollunion seien; ich sagte, daß mir eine solche Erklärung implicite darin zu liegen scheine, wenn bei Abschluß eines, dem materiellen Inhalt nach, annähernden Handelsvertrages gar nichts über diese Frage gesagt werde, für deren Entscheidung allein Erfahrungen über den Einfluß der Annäherung auf die materielle Wohlfahrt maßgebend bleiben würden. Es ist möglich, daß man mir noch Vorschläge in diesem Sinne macht, da man bisher, wie Herr von Fonton mir sagt, der Meinung ist, ich hätte „meinen Sack noch nicht ganz ausgeschüttet". Ich bin nur in Einem Punkte zweifelhaft; wie ich mich verhalten soll, wenn Buol mir proponirt, die Vertreter der Darmstädter Staaten an Conferenzen zwischen ihm und mir theilnehmen zu lassen. Nach meiner persönlichen Ansicht würde ich nichts dagegen haben, auch unter dieser Modalität die Erklärungen über unsre Absichten, die ich dem Grafen Buol neulich gegeben habe, zu wiederholen, um so mehr, als man hier bestrebt ist, meine Mission so darzustellen, als wollten *wir* hinter dem Rücken und auf Kosten der Andern uns mit Östreich verständigen, das *Kais. Cabinet* aber einen solchen Versuch bundestreu von sich weisen. Natürlich würde ich bei einer solchen Conferenz nur das wiederholen, was ich dem Grafen Buol schon gesagt habe. In unsern Concessionen weiter zu gehn, halte ich aus Rücksicht, weniger auf die Zollsache selbst, als auf die Stellung der Regirung im Innern, für bedenklich. Eine Stärkung des Vertrauens der öffentlichen Meinung in Preußen zu der Festigkeit der Regirung nach Außen ist ein Gewinn, den wir jedenfalls aus der jetzigen Situation ziehen können; dieser aber wird sehr geschmälert, wenn wir in wirklich oder scheinbar unwesentlichen Punkten die einmal genommene Position aufgeben und dadurch entstellenden Versionen über unsre Nachgiebigkeit einen Anhalt bieten. Ich würde es beklagen, wenn meine Sendung auch nur die Möglichkeit zu derartigen Verdächtigungen der Regirung böte; ich war bei Übernahme derselben darauf gefaßt, daß sie erfolglos bleibt, und sehe das auch jetzt noch ohne Kummer voraus, trotz der anscheinend günstigern Dispositionen des

Baron Kübek, unter dessen Einfluß der Finanzminister[3]) wesentlich zu stehn scheint. Es wird dann in den diesseitigen Blättern nicht an Insinuationen fehlen, als ob ich persönlich die Schuld trüge, daß keine Verständigung zu erreichen gewesen sei, wie der „Wanderer" schon gestern andeutete, daß es Preußen nicht an ältern und erfahrnen Diplomaten fehle, welchen die Aussöhnung mit Österreich leichter werden würde, als der „modernen, specifischen Sprödigkeit". Durch dritte Hand hat man nicht verfehlt, mich auf die Gefahr meines jungen diplomatischen Rufes, und auf der andern Seite auf den durch Abschluß einer wichtigen Verhandlung zu gewinnenden Ruhm, unter perspectivischer Hindeutung auf östreichische und andre Großkreuze, aufmerksam zu machen. Ich komme mir dabei natürlich vor, wie jener Römer, Fabricius, wenn ich nicht irre, unter den Einschüchterungen und Lockungen des Pyrrhus.

Am 19. Zur Mitnahme eines, wie mir Hofrath Weymann sagt, kostbaren Manuscriptes ist die Reise des Überbringers noch einen Tag verschoben worden.

In dem g. remittirten promemoria von Klindworth finde ich in dem, was Preußen versprechen soll, die Nr. 3 besonders bedenklich, weil es benutzt werden kann, unsre bona fides bei Andern und auch in Norddeutschland zu verdächtigen, Nr. 2 aber nicht rathsam aus der oben gedachten Rücksicht auf die Stimmung bei uns im Lande. Gegen Nr. 1 würden E. E. wohl ohnehin nichts erinnern. Vielleicht ist der ganze Plan nur ein Weg, um das am Schluß gewünschte Schreiben Sr. M. zu provociren und so in einer genugthuenden Art den Rest der Spannung beider Monarchen zu beseitigen, die für Würtemberg noch unbehaglicher ist, als für uns. Denn wenn bei der jetzigen Lage Deutschlands irgend ein Staat Veranlassung hat, sich zu uns zu halten, so ist es m. E. Würtemberg, und in dieser Ansicht finde ich allerdings ein Gegengewicht gegen das Mißtrauen, welches das Promemoria und dessen Schreiber einflößt. Auch ist dort die Geldnoth wegen Ablösung der Domanialgefälle größer als bei den andern, und Würtemberg daher vielleicht die schwächste Seite der Coalition. Vielleicht bietet E. E. Antwort dem Klindworth doch noch einen Anknüpfungspunkt zu weitern Unterhandlungen.

E. E. geehrtes Schreiben[4]) in Bezug auf die Rheinbund-Velleitäten habe ich vorgestern durch die Post erhalten. Geöffnet schien es nicht zu sein. Ich habe schon bei frühern Conversationen gefunden, daß man an die schon vorhandne Existenz solcher Verhandlungen hier nicht glaubt, weil man die Betheiligten nicht für unvorsichtig genug hält, sich auf dergleichen zu früh einzulassen. Bei Graf Buol bin ich gestern wieder gewesen, habe aber nur von Bundesangelegenheiten mit ihm gesprochen und dabei die Überzeugung gewonnen, daß seine Unbekanntschaft mit den Geschäften, besonders mit den deutschen und mit der ganzen Sachlage in diesen, wirklich unglaublich ist. Das Bedürfniß, dieß nicht merken zu lassen, macht ihn zurückhaltend und ausweichend, und seiner Art aufzufassen fehlt es an Schnelligkeit und Orientirungsvermögen, so daß eine baldige Abhülfe jenes Mangels nicht zu erwarten steht. Er klagte darüber, daß Graf Thun nicht hier oder ich nicht in Frankfurt sei, und rief dann Herrn von Biegeleben zu Hülfe, mit dem ich in diesen Tagen versuchen wollte, mich über die Behandlung der Preßsache zu verständigen. Ich habe durch den Telegraphen um eine Abschrift unsres Entwurfs gebeten, da in den Acten der Gesandschaft über diese und über die deutschen Sachen überhaupt nichts zu finden ist. Vielleicht hat Graf Arnim dergleichen in seinem Gewahrsam.

[3]) Finanz- und Handelsminister Ritter v. Baumgartner.

[4]) Vom 15. Juni 1852. Abgedruckt im Anh. z. G. u. E. II 68 f.

Von der Aufnahme des Liquidationswesens am Bunde[5]) will man hier gar nichts wissen, und Graf Buol behauptet, daß Östreich größere Forderungen als irgend Jemand an den Bund habe. Ich habe ihn gebeten, sie doch wenigstens anzumelden, damit den andern Staaten die unrichtige Voraussetzung des Gegentheils benommen werde. Die Einsetzung einer vorbereitenden Commission dazu in Frankfurt scheint dringend zu urgiren, denn das Präsidium verschleppt diese Sache eingestandnermaßen. Wegen des Obercommandos in Frankfurt werden E. E. den hiesigen Erlaß vom 17. wohl schon durch Herrn von Prokesch erhalten haben; ich hatte die Sache schon vor Eingang des Rescripts vom 14. monirt. Danach scheint Östreich in der nicht unbedeutenden, sondern sehr entschiedenen Differenz über die Stellung der Frankfurter Garnison zu dem von Preußen zu ernennenden Bundes-General nachzugeben, wodurch die Aussicht zu einer befriedigenden Lösung gegeben ist.

Ueber Zeit und Art meiner Vorstellung bei Sr. M. dem Kaiser und Uebergabe meiner Creditive ist mir noch nichts weiter mitgetheilt worden; am 23. c. ist S. Majestät wahrscheinlich wieder in Pesth. Herr von Werthern wünschte auf das Dringendste, und womöglich zum 21. c., zur Besorgung von Geschäften auf 1 oder 2 Tage nach Thüringen zu gehn. Da nach Inhalt von E. E. geehrtem Schreiben ein rechtzeitiger Urlaub hierzu nicht zu erwarten war, so habe ich auf E. E. geneigte Nachsicht gerechnet und es auf mich genommen, ihn unter Beding der Rückkehr bis zum 24. c. nach Hause reisen zu lassen.

In der Voraussetzung, daß ich bis dahin dem Kaiser vorgestellt sein werde, erlaube ich mir für mich selbst an E. E. Güte die dringende Bitte zu richten, mich nach Rückkehr des Herrn von Werthern wenigstens vorläufig auf Urlaub nach Frankfurt begeben zu dürfen, da die Zeit der Entbindung meiner Frau herankommt und die Nachrichten, die sie von ihrem Befinden giebt, mich nicht ohne ernste Besorgniß diesem Ereigniß entgegensehn lassen.

Den Kreis meiner Bekanntschaften zu erweitern wird mir augenblicklich sehr schwer. Die Geselligkeit ist beendet, fast alles auf dem Lande oder mit dem Kaiser, nur auf dem adligen Casino in der Herrengasse findet man des Abends die spielenden und rauchenden Reste der höhern Gesellschaft. Diese gehört im Allgemeinen der altconservativen Partei an, frondirt, spricht bitter über das Ministerium, aber selten mit Einsicht. Theils Furcht vor Rügen vom Hof, theils eine phäakische Genußsucht und die Besorgniß vor allem, was Mühe macht oder an Unruhe und an Vermögensgefahr erinnert, bewirken eine fast allgemeine Enthaltsamkeit von politischen Gesprächen, bis auf gelegentliche, dem Ministerium und besonders dem Dr. Bach applicirte Schimpfwörter der stärksten Färbung. Sonst bilden Vergnügungen und militärische Erlebnisse nebst der Person des Kaisers den alleinigen Gegenstand der Conversation. Unbehagen empfindet jeder und meint im Vertrauen, es könne so nicht bleiben; die meisten sind einig in Anklagen gegen Fürst Schwarzenberg, dessen Unkenntniß des Landes von Bach mißbraucht sei, und von dem man meint, er habe mit seiner eigen- und leichtsinnigen Kühnheit nur für die Zeit der Gefahr gepaßt; die Wenigen, welche, wenn auch oberflächlich, sich um Politik kümmern, klagen namentlich über die Unmöglichkeit der jetzt geltenden Gemeindeordnung, selbst höhere Beamte. Zu dem Resultat der neuen Anleihe in Bezug auf Besserung der Valuta-Verhältnisse herrscht wenig Vertrauen; man glaubt, das in den Verkehr gelangende Silber werde schnell den Weg des andern gehen, d. h. versteckt werden, und

[5]) Gemeint ist die Kriegskosten-Liquidation für militärische Aufwendungen.

das Silberagio nach dieser Erscheinung noch höher als jetzt steigen. Bach und den Justizminister Kraus habe ich auf einem Diner bei Buol kennen gelernt; Kraus gilt für rechtlich, geistig mittelmäßig, subaltern, und spricht sich politisch etwa so aus, wie bei uns der vormärzliche und wohlgesinnte Liberalismus eines bürgerlichen Gerichtsrathes in der Provinz, humanistisch aufgeklärt und ohne Widerstandsfähigkeit gegen das Prinzip der Revolution. Bach war für Schwarzenberg, was der Mohr für Fiesco; er spielt jetzt den Cavalier, benimmt sich mit der prahlerischen Nonchalance eines parvenu und läßt die Tischgesellschaft absichtlich darauf warten, daß er sich 5 Minuten lang mit lärmender Ostentation den Mund ausspült und gurgelt. Seinen Reden nach wird er nicht anstehn, schließlich die Heilung der hiesigen Finanzen in einem lucrativen Bankrott nach amerikanischem Zuschnitt zu suchen. Seine Haltung gegen Buol scheint das Bewußtsein zu verrathen, daß der ihn noch weniger entbehren kann, als Fürst Schwarzenberg es konnte; und das glaube ich auch. Der Haß der Aristocratie, auch der militärischen, gegen Bach ist groß und durchbricht überall die Vorsicht, mit der man sonst sich ausspricht. Nur des Kaisers Name und Amt schützt ihn vor ähnlicher Behandlung, wie sie Pillersdorf erlitten, dem der General Graf Hardegg in einem vornehmen Salon vor Zeugen gesagt hat: „Wie kann so ein Schurke wie Sie sich unterstehn mit mir in Einem Salon zu sein; nur aus Achtung vor den Damen speie ich Sie nicht an, aber gehn Sie hinaus.“ Letztres geschah. In den Gesellschaften der haute volée wird Bach nicht geduldet oder gar eingeladen. Ich weiß nicht, ob es nur Haß gegen ihn ist oder Wahrheit, wenn man ihn mir als den Träger und Schürer der Leidenschaftlichkeit gegen Preußen schildert. *Eine Dame sagte mir, S. M. der Kaiser selbst liebe uns nicht und habe noch in der Zeit nach Olmütz gelegentlich geäußert, „mit den Pickelhauben muß ich mich schon einmal raufen“. Dem sonst bis zur Verschlossenheit discreten Wesen des Kaisers sieht das aber nicht ähnlich.*

Sonst höre ich von dem jungen[6]) Herrn, daß er alles mit einem für seine Jahre seltenen Maßhalten treibt, bis auf seine Regentenpflichten und gelegentlich die Jagd. Er strengt seinen Körper übermäßig mit Tanzen, Reiten, Schlafentbehren [an]. Geschlechtliche Ausschweifungen sind ihm fremd, und seine Entwicklung soll in dieser Richtung hinter seinen Jahren zurück sein. Er steht um 4 Uhr auf, arbeitet rastlos, spricht mit jedem Beamten nur über sein Fach, schneidet in der Beziehung übergreifende Rathschläge, sowie alle Fragen schnell ab, läßt die eigne selbständige Entscheidung formell und materiell überall ostensibel in den Vordergrund treten, giebt sie kurz und entschieden, ohne Rücksicht, ob er verletzt. Die eigne angespannte Pflichterfüllung läßt ihn die gleiche Anstrengung als etwas sich von selbst Verstehendes bei Andern voraussetzen, und jeder Mangel darin setzt ihn in Erstaunen. Er tanzt stundenlang Cottillons mit jungen Damen, deren nächste Verwandte wegen politischer Vorgänge im Gefängniß sitzen, ohne daß eine Bitte an ihn auch nur anzudeuten gewagt wird. Dabei ist er niemals barsch in der Form. Gerühmt wird seine große Wahrheitsliebe. Sonst scheint er mehr gefürchtet als geliebt zu werden. Die vorstehenden Urtheile sind weiblichen Ursprungs, aber von guter Quelle, *von Herrn habe ich fast niemals etwas über ihn herausbringen können, als die gewissermaßen kühle Bemerkung: Sie werden eine sehr interessante Persönlichkeit in ihm kennen lernen. Selbst aus dem Munde der vielen Militärs habe ich kein weitres Wort der Anerkennung zu hören bekommen. Einen höhern Offizier, der eine befördernde Bestimmung erhalten,

[6]) Im Text steht verschrieben: jungern.

hat er neulich gefragt, ob er bald reise; auf die Antwort, daß er noch 5 Tage zum Ankauf von Pferden bedürfen werde, hat er darauf ohne Commentar eine andre, unwillkommne Bestimmung erhalten, mit dem Befehl, sofort abzugehn. Die Frau Erzherzogin Sophie soll jeden Versuch, sich Einfluß auf den jungen Monarchen zu bewahren, vermeiden und sich seiner Selbständigkeit freuen.

Folgendes, E. E. vielleicht bekanntes Factum wird mir aus guter Quelle erzählt: Zur Zeit der Herkunft Sr. M. des Kaisers Nikolaus[7]) hat der König von Baiern hier angefragt, ob er einen gleichzeitigen Besuch machen, und bei dem Russ. Hofe, ob er den Kaiser in Dresden oder Leipzig erwarten könne. Der Kaiser Franz Joseph hat den Besuch aufgeschoben zu sehen gewünscht, der Kaiser Nikolaus die Zusammenkunft wegen der Eile seiner Reise abgelehnt.

Verzeihn E. E., daß ich in meiner durch Mangel an Arbeit gesteigerten Geschwätzigkeit einen so unerlaubt langen Brief geschrieben habe.

Mit meiner ehrerbietigsten Empfehlung an Ihre Frau Gemahlin verbleibe ich mit unwandelbarer Anhänglichkeit* ...

174. Bericht vom 21. Juni 1852 an Minister v. Manteuffel, betr. die Einladung nach dem Kaiserlichen Hoflager in Ofen. — Vgl. Poschinger I Nr. 77.

175. Privatschreiben an Minister v. Manteuffel.

[Eigenhändig.]

Wien, 22. Juni 1852.

E. E. beehre ich mich durch den englischen Courier das anliegende Schreiben zu übersenden, welches ich vorgestern von Herrn von Schele durch den Grafen Platen als verschlossene Einlage erhalten habe.[1]) Mit der g. Bitte um Rücksendung desselben verbinde ich die um Secretirung desselben für jeden Andern, da Schele das bisherige persönliche Vertrauen zu mir gewiß verlieren würde, wenn er eine weitre Mittheilung des Schreibens vermuthen könnte. Nur der von mir angestrichne Passus auf der zweiten Seite des Bogens 3 eignet[2]) sich vielleicht als ein von mir E. E. ausdrücklich mitgetheilter Wunsch des Herrn von Schele behandelt zu werden, um so mehr, da die Erklärung[3]) des Grafen Buol gegen mich, auf einen Handelsvertrag ohne Versprechen der Zolleinigung gar nicht eingehn zu wollen, eine entschiedne Ablehnung des Hanoverschen Wunsches durch Östreich enthält. Ich habe Schele gestern schon durch Herrn von Rosenberg ausführlich geantwortet, sowohl in Bezug auf vorstehenden Punkt, als im Allgemeinen, indem ich nach Analogie meines am 15. c. an E. E. eingereichten g. Berichtes ihm die Starrheit und Unbilligkeit der Forderungen Östreichs und die ruhige, jeder Verständigung die Thür offenhaltende Auffassung Preußens geschildert habe. Ich habe ihn außerdem darauf hingewiesen, daß es ein allgemein deutsches Bedürfniß sei, in Preußen das Vertrauen zur Festigkeit der Regirung nach außen zu stärken, daß das Gegentheil nothwendig mit einem auch in Hanover sehr fühlbaren Rückschlag zu einer liberalerern Färbung der Preußischen Politik nach Innen

[7]) Zar Nikolaus hatte den Kaiser Franz Joseph im Mai 1852 in Wien besucht.
[1]) Wortlaut im Anhang zu G. u. E. I 9 ff.
[2]) Im Text steht: eignen.
[3]) Im Text steht verschrieben: Erklärungen.

und Außen endigen müsse; daß jeder Schein von Schwäche und Neigung zum Widerruf der eigenen neusten Erklärungen, namentlich aber jedes Gerücht, daß Hanover nicht fest zu uns halte, durch Steigerung der Kühnheit der Darmstädter Coalition grade zu dem Gegentheil dessen, was Schele erstrebt, führen, und den Zollverein gewiß sprengen werde, während nur gemeinschaftliche Festigkeit der Haltung ihn retten könne. Ich habe dabei angedeutet, daß uns von einzelnen Gliedern der Coalition schon jetzt Insinuationen zugingen, welche das Zerfallen des Darmstädter Sonderbundes prognostiziren ließen. Ich habe ihm ferner meine persönliche Ansicht nicht verhehlt, daß ich es für einen unstreitigen Vertragsbruch halten würde, wenn Hanover aus den willkührlich von unsern frühern Verbündeten gestellten Bedingungen in Bezug auf die Aufnahme außerdeutscher Länder in den Zollverein einen Vorwand zu einseitiger Lösung des September-Vertrages entnehmen wollte. Dabei habe ich einfließen lassen, daß selbst die Befürchtung, in die handelspolitische Isolirung von vor 1818 zurücktreten zu müssen, uns auf dem eingeschlagenen Wege nicht irre machen könne.

Für die Stellung der Partei, welcher Platen in Hanover angehört, ist es characteristisch, daß er, anstatt sich zu freuen, wie ich von ihm verlangte, bestürzt und gereizt wurde, als ich zu ihm sagte, daß wir von zweien der Darmstädter Regirungen schon Symptome ihrer Geneigtheit, die Coalition im Stich zu lassen, erhalten hätten. Er zerbrach sich den Kopf, welche die Treubrüchigen sein könnten. Er macht den Vermittler zwischen mir und Östreich-Sachsen. Ich glaube, er wird mir, im Verein mit Herrn von Könneritz, den Entwurf einer Version der Bezugnahme auf die Zollunion in einem zu schließenden Handelsvertrage vorlegen, der etwa dahin lautet, daß Preußen, *um die nöthigen Erfahrungen in Bezug auf eine zu schließende Zollunion zu sammeln, und den künftigen Abschluß derselben zu ermöglichen und anzubahnen, nachdem dieselbe jetzt* aus den und den Gründen *nicht möglich sei*, folgenden Handelsvertrag schließt. Wenn ich mich bereit erkläre, zu versprechen, daß wir in der Art nach en bloc-Annahme des Zollvereins- und September-Vertrags abschließen, so will man letztre herbeiführen. Halten E. E. dergleichen für unthunlich, so würde ich umgehend um ein telegraphisches „Nein" bitten. Versprechen werde ich natürlich nicht ohne Anfrage. Im dringenden Falle würde ich diese telegraphisch mit den Worten machen: „Soll Graf Lynar kommen" und darauf nur Ja oder Nein erwarten. Soll ich mich gar nicht auf Versuche, einen solchen Ausweg zu finden, einlassen, so würde ich schon auf diesen Brief um ein „Nein" nach Pesth bitten, wohin ich morgen reise, um am 25. dem Kaiser vorgestellt zu werden. Graf Buol und Minister Bach werden auch dort sein. . . . *Für Pflicht halte ich E. E. vor allen hiesigen Nachrichten, die von der Gräfin Ugarte stammen könnten, g. zu warnen. Sowohl Herr v. Werthern als andre einheimische, aber versöhnlich gestimmte Personen sagten mir, daß es wenig von hier nach Berlin gelangende Unwahrheiten gebe, die sich nicht auf diese Quelle zurückführen ließen. Diese hübsche und anziehende junge Dame wird hier wegen ihrer cancans geflohen; sie correspondirt viel, und die Briefe, die sie abschickt, sowie die, welche sie empfängt, sollen oft von übeln Folgen sein.*

Am 26. denke ich von Pesth zurückzukehren. In der Bundes-Preßangelegenheit bin ich mit Graf Buol auf Grundlage *unsrer* Auffassung ziemlich einig geworden, und sagte er mir, daß Graf Thun Instructionen in dieser Richtung theils schon erhalten, theils erhalten werde. In treuster Ergebenheit . . .

176. Privatschreiben an Minister v. Manteuffel.

[Eigenhändig.]

Ofen, 25. Juni 1852.

E. E. habe ich bereits in einem frühern Schreiben[1]) die Vermuthung ausgesprochen, daß man diesseits zu der Ansicht gekommen sei, ein wirklicher Eintritt der Sprengung des Zollvereins werde unter den jetzigen Umständen das richtigste Mittel sein, das Programm Östreichs zur Durchführung zu bringen. Aus dem beifolgenden Immediatbericht[2]) wollen E. E. gen. entnehmen, wie S. M. der Kaiser Veranlassung gab, daß Graf Buol die Zollfrage nochmals mit mir besprach. Er stellte in den Vordergrund die eingegangnen Verpflichtungen Östreichs gegen die süddeutschen Verbündeten, die Vertragstreue, welche Östreich ein einseitiges Verhandeln mit uns untersage, und das Verlangen nach gemeinschaftlicher Besprechung der Frage als einer allgemein deutschen. Wenn wir dazu nicht die Hand bieten wollten, so glaube er, wie er mir im Vertrauen sagen wolle, daß ein vorübergehender Bruch die Einigung am schnellsten fördern und die kleinen Staaten bewegen [werde], den engern Anschluß an Östreich und Preußen ernstlich zu suchen. Ich machte ihn auf das Trügerische eines solchen Calcüls aufmerksam und auf die Wahrscheinlichkeit, daß die Folgen des wirklich eintretenden Bruchs vermuthlich die entgegengesetzten seien und von da an die Divergenz der Preußischen und der Östreichischen Handelspolitik zunehmend bleiben werde, daß es vielmehr, wenn Östreich die Zolleinigung überhaupt zu erreichen gedenke, vor allem den Zollverein nicht auseinandergehn lassen dürfe, vielmehr freiwillig das ganze Gewicht seiner Vermittlung einsetzen müsse, um ihn zu erhalten. Er meinte mit einiger Entrüstung, es würde erniedrigend für Östreich sein, die bisherige Haltung zu desavouiren und seine „Vermittlung" für einen Verein aufzuwenden, durch welchen es als der einzige, und zwar wider seinen manifesten Willen von Deutschland ausgeschlossene deutsche Staat hingestellt werde. Das politische Moment stehe[3]) für Östreich obenan, nicht das materielle; Deutschlands Einigkeit sei früher ohne den jetzigen Zollverein ganz erträglich gewesen, und es sei gegen das Interesse Deutschlands, wenn Östreich allein in der Sonderstellung eines Nicht-Mitgliedes des Vereins erscheine. Im Übrigen wiederholte er mehrmals, daß Östreich wegen einer Meinungsverschiedenheit in der einen Frage niemals Empfindlichkeiten auf die Behandlung einer andern übertragen werde und daß es Zeit habe, mit der Förderung einer gemeinsamen Handelspolitik zu warten, wenn wir inzwischen auf dem sonstigen Gebiet in Frankfurt Hand in Hand gehn wollten. Graf Buol verlängerte die Unterredung, welche bei mir stattfand, auf mehr als zwei Stunden. Er fragte mich, was ich als Privatmann für den wahrscheinlichen Ausgang dieser Crisis hielte. Ich bezeichnete als solchen die Reconstruction des Zollvereins, vor oder nach einem formellen Bruch, unter Bedingungen, welche für Östreich und für Süddeutschland unwillkommner wären, als die jetzt vorliegenden; für uns scheine es vortheilhafter, obschon wir nicht danach strebten, wenn ein Bruch der Neubildung vorherginge und wir letztere nicht dem guten Willen, sondern den bösen Erfahrungen verdankten, welche unsre Verbündeten auf dem Wege antipreußischer Politik sammeln würden. Das résumé d'une conversation avec le Comte de Buol, welches Graf Nesselrode E. E. mitgetheilt hatte, wollte Graf Buol nur in Betreff des überwiegenden

[1]) Vgl. S. 186.
[2]) Siehe die folgende Nummer.
[3]) P. hat irrig: steht

Einfluſſes, den Öſtreich durch Preußen im Zollverein geübt ſehn will, anerkennen. Den Paſſus, daß Öſtreich nichts weiter verlange als die Prüfung de ses propositions consignées dans le projet de traité de commerce lit. A, ſowie die Stelle »quant au traité lit. B . . . . bis avantages réciproques« beſtritt er beides, als durch Graf Neſſelrode mißverſtändlich aufgefaßt. Er blieb vielmehr dabei, daß der Handelsvertrag von Öſtreich gar nicht verlangt und gewürdigt werde, ſondern nur die unumwundene und aufrichtige Erklärung Preußens, daß es die Zolleinigung mit Öſtreich gemeinſam erſtreben wolle, einen Werth für letztres haben könne.

Ich füge eine Abſchrift des Résumé g. bei, da ich nicht weiß, ob E. E. noch eine beſitzen. Graf Buol fragte mich ſchließlich, ob ich bereit ſein würde, mit ihm unter Zuziehung der Geſandten der Darmſtädter Coalition zu unterhandeln, da Öſtreich ohne dieſe ſeine Verbündeten keine Erklärung abgeben könne; eine unfreie Lage, in die es durch das Verhalten Preußens zu den Wiener Conferenzen wider Willen gedrängt worden ſei; er wolle ſeine Collegen, den Finanz- und Handelsminiſter, zwar noch befragen, ob ſie glaubten, irgend eine Modification des bisherigen Programms eintreten laſſen zu können, er habe aber keine Ausſicht darauf. Ich entgegnete, daß ich in „Unterhandlungen“ der Art nicht eintreten könnte, aber, wenn er es wünſche, nichts dawider habe, auch den Geſandten der „Verbündeten“ Öſtreichs in derſelben Art, wie ihm, die Gränzen des Preußiſchen Entgegenkommens zu bezeichnen, bis zu welchen wir unmittelbar nach dem erneuerten Anerkenntniß des Zollvereins zu gehn bereit wären. E. E. telegraphiſche Depeſche von geſtern 11 Uhr 45 Minuten habe ich geſtern Nachmittag erhalten, und werde ich meine Poſition in den fernern etwaigen Beſprechungen danach nehmen, indem ich mich auf die Ermittlung eines beide Theile befriedigenden Ausdrucks in Betreff der Inausſichtnahme der Zollunion nicht weiter einlaſſe, ſondern bei dem beharre, was in dieſer Beziehung unſre Erklärung vom 7. c. darbietet. Für gewiß halte ich, daß Öſtreich, ehe es weitre Schritte thut, die Antwort der betheiligten Staaten auf dieſe unſre Erklärung abwarten wird, ehe es in der augenblicklich genommenen Poſition etwas ändert. In welchem Sinne man jetzt auf die Höfe wirkt, und was für eine Erklärung man von ihnen abgegeben zu ſehn wünſcht, werde ich vielleicht in Wien in dieſen Tagen erfahren können.

S. M. der Kaiſer hat mir heut bei Tafel geſagt, daß das Miniſterium angewieſen ſei, dahin zu wirken, daß die „unanſtändigen“ Angriffe auf uns in den öffentlichen Blättern aufhörten, und S. M. wünſchte, daß auch wir alle geſetzlichen Mittel anwenden möchten, um die Preußiſche Preſſe vice versa in den Schranken angemeſſener Discuſſion zu erhalten. Ich verſprach zu befürworten, daß die zum Schutz der Bundesſtaaten in dieſer Beziehung beſtehenden Geſetze aufmerkſam gehandhabt werden möchten.

Die Perſönlichkeit des Kaiſers macht mir einen ſehr guten Eindruck; er faßt ſchnell auf, urtheilt ſicher und beſonnen und hat eine Zutrauen erweckende Einfachheit und Offenheit in ſeinem Weſen. Er reiſt morgen Mittag von hier nach Stuhlweißenburg, am 2. July wird er in Gran von dem Erzbiſchof-Primas bewirthet und kehrt dann hierher zurück, um am 12. eine neue vierwöchentliche Reiſe, die Militärgränze entlang, durch Siebenbürgen, die Marmaros, ſüdlich längs der Karpathen und über die Bergſtädte zu machen und gegen Mitte Auguſt wieder in Schönbrunn zu ſein. So ſagt mir Graf Grünne, der perſönlich ſehr viel Liebenswürdigkeit für mich hat, in politiſchen Geſprächen aber ſehr zurückhaltend iſt. Daß er in Staatsgeſchäften keinen Einfluß auf den Kaiſer übe, wie manche mir in Wien ſagten, halte ich für entſchieden falſch. Schon die Art, wie er mit den Miniſtern verkehrt, läßt faſt auf eine leitende Stellung ſchließen. Von der

ganzen Umgebung Sr. Majestät habe ich einen sehr freundlichen Empfang gehabt; auch Graf Buol ist viel weniger boutonnirt gegen mich, als bei den ersten Unterredungen. Nur der Minister Bach betrachtet mich mit schwer zu verhehlender Abneigung.

Ich denke übermorgen wieder in Wien zu sein und mit dem englischen Courier am Dienstag fernern g. Bericht zu erstatten. Mit unwandelbarer Anhänglichkeit . . .

177. Bericht an König Friedrich Wilhelm IV.

[Ausfertigung.]

Ofen, den 25. Juni 1852.

Durch ein Schreiben des Grafen Buol bin ich am 20. c. eingeladen worden, mich zum 24. c. bei dem Kaiserlichen Hoflager in Ofen einzufinden, um Sr. M. dem Kaiser mein Beglaubigungsschreiben zu überreichen.

Ich habe mich infolgedessen am 23. mit dem Dampfschiffe hierher begeben, wo ich, nachdem meine Herkunft von Wien aus telegraphisch gemeldet worden war, am Landungsplatze eine Kaiserliche Equipage und die Nachricht fand, daß S. M. die Gnade gehabt hatten, mir eine Wohnung im Schlosse anzuweisen. Gestern morgen wurde mir durch den Feldmarschalleutnant Grafen Grünne die Nachricht, daß S. M. der Kaiser mich um 12 Uhr empfangen würde. Nachdem ich vorher einen Besuch bei dem Grafen Buol gemacht, hatte ich die Ehre, zu der genannten Stunde Sr. M. das Ah. Beglaubigungsschreiben zu überreichen. S. M. der Kaiser empfing mich allein, während bei den letzten ähnlichen Gelegenheiten die Antrittsaudienz der Gesandten noch in Gegenwart des Ministers der auswärtigen Angelegenheiten stattgefunden hat. S. M. trugen die Uniform Ihres Kürassier-Regimentes mit dem Stern des Schwarzen Adlerordens. Allerhöchstsie sprachen zuerst nach Entgegennahme des Kreditivs den lebhaftesten Dank aus für den Inhalt des eigenhändigen Schreibens E. K. M., welches ich nach Wien zu bringen die Ehre gehabt hatte. S. M. fügte hinzu, daß es zu jeder Zeit Ihr eifrigstes Bestreben sein würde, auch Ihrerseits die nahen und freundschaftlichen Beziehungen, welche glücklicherweise zwischen beiden Ländern obwalteten, in demselben Sinne, wie E. M. Schreiben andeutet, zu erhalten und zu fördern. Es sei für S. M. ein Gegenstand der höchsten Befriedigung, jeden Keim einer Störung des innigen Bündnisses beider Monarchien beseitigt zu wissen, und wenn über einzelne Fragen auf dem Gebiete der materiellen Interessen beide Kabinette zurzeit von abweichenden Auffassungen ausgehen, so würde dieser Umstand nicht hindern, daß Preußen und Österreich auf dem gesamten übrigen Gebiete der Politik Hand in Hand gingen. In bezug auf die Zollfrage glaubten S. M. an dem Programm der Zolleinigung festhalten zu müssen, in der Überzeugung, daß nur eine Verschmelzung der materiellen Interessen Deutschland denjenigen Grad von Konsolidierung geben könne, dessen es als Bürgschaft der inneren Sicherheit sowohl, wie auch der europäischen Machtstellung bedürfe. Solange indessen diese Ansicht von E. M. Regierung nicht geteilt würde, erwarte S. M. der Kaiser wenigstens, daß die beiderseitigen Bemühungen, dem Bundestage eine mächtigere und eingreifendere Stellung in Deutschland zu geben, als bisher, in der einträchtigen Haltung beider Großmächte die Basis eines sicheren Erfolges finden werde[n]. Über die bundesrechtlichen Fragen werde Graf Buol näher mit mir verhandeln, auch gebe S. M. die Hoffnung nicht auf, daß bei näherer Besprechung mit demselben die Übereinstimmung in der Zollangelegenheit gefördert werden könne. Ich erwiderte Sr. M., daß ich von E. K. M. Befehl habe,

noch mündlich zu wiederholen, wie die Befestigung und weitere Ausbildung des engen Bündnisses beider Höfe Allerhöchstdenselben nicht nur ein persönliches Bedürfnis sei, sondern auch stets und in den jetzigen Zeiten mehr wie jemals als eine politische Notwendigkeit von E. M. erkannt würde, und wie E. M. bereit seien, alles zu tun, was mit Rücksicht auf die Lage Preußens möglich sei, um den Wünschen Sr. M. des Kaisers entgegenzukommen.

Demnächst habe ich mich bemüht, Sr. M., soweit es nach Zeit und Gelegenheit tunlich schien, die Ansichten zu entwickeln, von denen E. M. Regierung in Behandlung der schwebenden Zollfrage geleitet wird, und wie in der Bereitwilligkeit Preußens, unmittelbar nach dem erneuerten Anerkenntnis des Zollvereins einen Handelsvertrag mit Österreich zu schließen, welcher die zur definitiven Entschließung über die Möglichkeit einer Zolleinigung noch mangelnden Erfahrungen an die Hand geben werde, im Grunde alles enthalten sei, was zur Verwirklichung der Wünsche der Kaiserlichen Regierung für jetzt tatsächlich geschehen könne.

S. M. hörten meinen Vortrag mit Aufmerksamkeit an, richteten einige Fragen in bezug auf denselben an mich und lenkten dann nach einigen gnädigen Äußerungen in bezug auf meine Person das Gespräch auf andere Gegenstände, namentlich auf die Reise, welche S. M. soeben im östlichen Ungarn zurückgelegt haben. S. M. waren sehr befriedigt von den lebhaften Beweisen der Anhänglichkeit, welche die Bevölkerung überall an den Tag gelegt hatte, und schilderten den eigentümlichen Charakter der durchreisten Gegenden und der Scharen von berittenen Bauern, welche Sr. M. von Station zu Station Geleit gegeben haben.

Nachdem S. M. Sich nach dem Befinden und den bevorstehenden Reiseplänen meines Allergnädigsten Herrn erkundigt und Ihre Freude über die Hoffnung ausgesprochen hatten, Ihro Majestät die Königin in diesem Sommer wieder in Ischl zu sehen, wurde ich entlassen. Die Audienz hatte etwa eine halbe Stunde gedauert. Demnächst hatte ich die Ehre, von Sr. K. H. dem Erzherzoge Heinrich und von J. K. Hoheiten dem Erzherzoge Albrecht und der Frau Erzherzogin Hildegarde empfangen und zur Kaiserlichen Tafel gezogen zu werden, wobei S. M. der Kaiser Sich wiederholt und gnädig mit mir zu unterhalten geruhten. Sie sprachen namentlich über die Ah. Herrschaften von Rußland und über das sehr günstige Urteil, welches S. M. der Kaiser Nikolaus über E. M. Armee gefällt habe, woran Allerhöchstdieselben mit großer Lebhaftigkeit die Bemerkung knüpften, daß Ihnen das von Sr. M. von Rußland getadelte ungestüme Reiten der preußischen und ungarischen Kavallerie lieber sei, als die ruhigen Bewegungen der Kaiserlich russischen.

Am Abend hatte ich die Ehre, zu einer Landpartie des Hofes nach einem im nahen Gebirge gelegenen Punkte, genannt „zur schönen Schäferin", eingeladen zu werden. Der Ort trägt seinen Namen von der Sage, daß der König Mathias Corvinus dort seinerzeit eine wirklich schöne Schäferin mit seiner Aufmerksamkeit beehrt habe.

Die Bevölkerung der Umgegend hatte sich gestern zu Tausenden in dem dortigen Walde eingefunden, und S. M. der Kaiser, der sich zu Fuß unter dieselbe mischte und dem Csardas-Tanzen der Ungarn und dem Walzer besonders kostümierter Schwäbinnen aus der Nachbarschaft in nächster Nähe längere Zeit zusah, wurde von der Volksmenge mit lärmenden Eljen-Rufen dergestalt umdrängt, daß es Sr. K. H. dem Erzherzog-Gouverneur und dem Hofe nicht immer gelang, in der Allerhöchsten Nähe zu bleiben. Es kam sogar vor, daß S. M. von Leuten, die bemüht waren, den Kaiser zu sehen, und ihn suchten, unerkannt beiseite gedrängt wurde. Das Souper wurde an einer Tafel von etwa 20 Personen im Freien an einer Stelle, welche den Durchblick auf Ofen bot, eingenommen. Ich

hatte den Erzbischof-Primas von Gran zum Nachbar, einen Herrn von sehr hohem Alter, der in seiner Unterhaltung mit mir ein lebhaftes und stolzes Bewußtsein ungarischer Nationalität in den Vordergrund stellte. Das Primat hat von seinen ehemals 800 000 fl. betragenden Einkünften durch die Revolution, wie ich höre, den größeren Teil eingebüßt.

Die Rückkehr hierher fand unter Begleitung eines Fackelzuges statt. S. M. der Kaiser beabsichtigt morgen eine weitere Inspektionsreise in die Gegenden zwischen hier und der deutschen Grenze zu machen, und jedenfalls vor dem 11. c., an welchem Tage die Einweihung eines Denkmals für den General Hentzi stattfinden soll, wieder hier zu sein.

Meine Absicht ist, morgen zum Behufe einer Besprechung mit Graf Buol noch hier zu verweilen und übermorgen wieder nach Wien zu gehen.

178. Privatschreiben an Minister v. Manteuffel.

[Eigenhändig.]

[Wien, Anfangs Juli 1852.]

E. E. sage ich meinen g. Dank für die geneigten Schreiben vom 25. und 26. v. M.[1]) und beehre ich mich die Anlage des letztern, Würtemberg betreffend,[2]) hierbei zu remittiren. Die Nachricht, welche diese Piece enthält, habe ich mit großer Freude begrüßt, und hoffe viel davon; es ist ein Gewinn nach zwei Richtungen. Mit Graf Buol habe ich über die handelspolitische Frage seit meinem letzten Schreiben nicht wieder gesprochen. Dagegen werde ich von russischer und von hanoverscher Seite sehr gedrängt, mich über vermittelnde Wortfassungen, die in Bezug auf die Zollunion in einen Handelsvertrag aufzunehmen sein würden, zu erklären. Herr von Jonton las mir dabei ein Schreiben von Budberg vor, in welchem stand, S. M. der König von Hanover habe gegen denselben geäußert: Wenn die süddeutschen Staaten nicht beim Zollverein blieben, so betrachte sich Hanover nicht als an den Septembervertrag gebunden, und Preußen könne in diesem Falle auf nichts rechnen. So lautete es in dürren Worten. Herr von Schele habe sich ebenso, nur weniger klar, ausgesprochen, und mehr darauf hingewiesen, daß in einer solchen Eventualität die alsdann nöthig werdenden neuen Verhandlungen mit den Ständen zur Auflösung des Septembervertrages führen würden. Ich habe darauf geantwortet, daß wir einen solchen durch keine der verabredeten Bestimmungen begründeten Vertragsbruch von der Hanöverschen Regirung, und namentlich von einem Herrn von der Denkungsweise wie S. M. der König, oder von einem so ehrenwerthen Character wie Herr von Schele, zu erwarten keine Veranlassung hätten. Sollte es dennoch geschehn, so könne selbst die Befürchtung, ganz isolirt zu bleiben, uns nicht irre machen; dies Übel sei für uns geringer, als die Herstellung des Präcedenzfalles, daß wir uns durch die Drohung mit der Auflösung des Zollvereins von den Mittelstaaten zu einer Politik zwingen ließen, die wir freiwillig nicht eingeschlagen haben würden. Ich theilte dagegen Herrn von Jonton mit, wie Graf Buol sich über den Inhalt des Résumé d'une conversation avec le Comte de B[oul] ausgesprochen habe, und wie wir viel geneigter seien als Östreich, die in diesem Actenstück von Graf Nesselrode niedergelegten Wünsche des Kais. Cabinets als Grundlage einer

[1]) Abgedruckt Anhang zu G. u. E. II 71 ff. u. 75 ff.

[2]) Gemeint ist die Anlage zum Schreiben Manteuffels vom 25., nicht vom 26. Sie liegt nicht vor. Es handelt sich vermutlich um das Schreiben des Königs betr. die Bereitwilligkeit Württembergs, dem Septembervertrag beizutreten, das in einem Schreiben Manteuffels an Rochow vom 25. Juni 1852 erwähnt wird. Vgl. Poschinger, Preußens auswärtige Politik 1850 bis 1858. Band I, S. 416.

Verständigung zu acceptiren. Herr von Jonton äußerte sein Befremden über dieses désaveu des Inhalts des résumé, um so mehr, als letztres in Gegenwart des Grafen Buol niedergeschrieben worden sei und seine ausdrückliche Billigung erhalten habe. Noch eifriger als die russischen sind die Bemühungen des Grafen Platen, eine Einigung herbeizuführen. Er ist gegenwärtig bemüht, mir Auskunft darüber zu verschaffen, welches die äußersten Concessionen seien, zu denen man sich uns gegenüber verstehen werde. Er hat mit Hock und mit Graf Buol Besprechungen gehabt, die ihm den Eindruck machen, als ob man hier nicht mehr recht wisse, was man eigentlich wolle; er glaubt, daß man jetzt das Hauptaugenmerk auf zwei Punkte richte, nämlich den Zollverein nicht auf 12, sondern auf 6, höchstens 8 Jahr, unter gleicher Dauer für einen Handelsvertrag, erneuert zu sehn, und einen Termin etwa 2 Jahr vor Ablauf dieses Zeitraumes festgestellt zu wissen, an welchem die betheiligten Staaten mit Östreich zusammentreten würden, um über die Zollunion zu verhandeln. Die Worte, in denen diese Verhandlung zu bedingen wäre, wünscht man einer prinzipiellen Anerkennung der Zollunion als Ziel möglichst nahe zu bringen, während wir uns höchstens zu dem Versprechen verstehn könnten, uns zu jenem Termin, auf Grund der inzwischen zu sammelnden Erfahrungen, über Annahme oder Ablehnung der Zollunion zu erklären. Ich habe dem Grafen Platen gesagt, daß ich das, was er über die wahrscheinlichen Gränzen des Entgegenkommens der Andern ermitteln könne, sehr gern ad referendum nehmen und, soweit es meiner persönlichen Überzeugung entspräche, mich bei E. E. dafür interessiren würde. Es sei aber jetzt noch weniger Aussicht, als zur Zeit meines Herkommens, daß die K. Regirung sich zu irgend welchen Modificationen von Erheblichkeit verstehn werde, weil sie Grund habe, an eine lange Dauer der Darmstädter Coalition nicht mehr zu glauben. Diese Andeutung hat unter den anwesenden Vertretern der betheiligten Regirungen einige Aufregung und die entschiedensten Betheuerungen ihrer Festigkeit hervorgebracht. Es sei jetzt an einen Rücktritt irgend einer um so weniger zu denken, als Östreich sich zur vollen Garantie der Zollrevenüen bereit erklärt habe, mit dem Bemerken, daß es der Kais. Regirung auf 3 oder 4 Millionen für einen so großen Zweck nicht ankomme. Am wenigsten scheinen die übrigen Verbündeten Baden und Darmstadt zu trauen. Auf Sachsen und Baiern rechnet man am festesten, und auf Würtemberg wegen der obwaltenden Spannung mit uns.

Den[1]) versöhnlichsten und geschäftstüchtigsten Beamten des auswärtigen Ministeriums habe ich hier in Herrn von Biegeleben gefunden und mit ihm einige der bundesrechtlichen Fragen besprochen. In der Liquidations-Angelegenheit will Östreich ein Verfahren einhalten, welches einer gänzlichen Niederschlagung ziemlich gleichkommen würde. Man will von Specification der Forderungen absehn und nur den Staaten, welche notorisch prägravirt erscheinen, eine billige Abfindung gewähren. Östreich komme dabei schlecht genug fort, indem es mehr als irgend ein anderer deutscher Staat zu fordern habe. Ich habe geltend gemacht, daß es in diesem Falle wünschenswerth sei, durch Anmeldung von östreichischen Forderungen den übrigen Staaten wenigstens die unrichtige Voraussetzung zu benehmen, als habe der Kaiserstaat keine[2]) Forderungen für Bundesleistungen zu machen, eine Voraussetzung, welche durch Hinhaltung des Liquidationsverfahrens von Seiten der Präsidialmacht gefördert werde. Graf Buol hat mir versprochen, demnächst den ungefähren Betrag der Forderungen Östreichs namhaft zu machen.

---

[1]) P. schaltet hier ein: verhältnismäßig.

[2]) Von P. gesperrt.

Nachmittag. Bei einer heutigen Unterredung mit Graf Buol war derselbe persönlich ganz zuvorkommend, sogar herzlich. Er theilte mir das Concept seines an E. E. gerichteten Antwortschreibens vom 21. v. M.[3]) selbst mit und sagte, daß Prokesch ihm Aussicht auf einen fernern Briefwechsel mit E. E. gemacht habe. Ich entwickelte ihm, nach Anleitung von E. E. Schreiben vom 26.[4]) v. M., die wahrscheinlichen Consequenzen einer vorwiegend politischen Auffassung des Zollvereins. Er sagte, daß Östreich sich nicht helfen könne, es müsse eine politische Frage daraus machen, wenn es allein ausgeschlossen bleibe aus dem Verein, und es müsse eher den letztern zerfallen lassen, als zugeben, daß er sich ohne Östreich consolidire. Die fernere Besprechung dieses Themas lieferte von keiner Seite neue Ergebnisse. Graf Platen hatte mir gesagt, Graf Buol werde mir die Hanöverschen Vermittlungsvorschläge in der auf der dritten Seite dieses Briefes[5]) angedeuteten Gestalt mittheilen, nachdem er sie heut formulirt erhalten habe. Das geschah aber nicht, da ich die Initiative nicht ergriff. (An die angeblich gegen Herrn von Budberg geäußerte Absicht Hanovers, sich vom Septembervertrage loszusagen, wollte Graf Platen nicht glauben, und hielt es auch ehrlicher Weise nicht thunlich.)

Mit der heut hier eingegangnen Mittheilung über das gemeinschaftliche Verhalten in Bezug auf Frankreich[6]) war Graf Buol sehr zufrieden. Wegen der Notificationen der Londoner Convention über Dänemark[7]) erwartet er noch Bericht von Graf Coloredo, welcher erst nach Empfang eines solchen Instruction erhalten soll. Ich berichte darüber besonders und bemerke nur g., daß Graf Buol sich für übereinstimmende, aber nicht collective Notification von Seiten beider deutschen Großmächte an den Bund aussprach.

Außerdem theilte er mir mit, daß Graf Thun die bittersten Beschwerden über meine Abwesenheit von Frankfurt führe und eine förmliche Liste meiner Reisen seit meiner Anstellung eingereicht habe, mit dem Wunsch, dahin zu wirken, daß ein temporärer Substitut von Seite Preußens ernannt werde, der mich vorkommenden Falls zu vertreten hätte. Das zielt, wie es scheint, auf die Ernennung zweier Gesandten auch für Östreich. Jedenfalls meinte Graf Buol, so gern man mich auch hier sähe, würde er es dankbar erkennen, wenn ich die Mühe eines Ausflugs nach Frankfurt nicht scheuen wollte, um vor den Ferien noch die Beschlüsse über die Presse und die Dänische Sache ins Reine zu bringen. Ich erwiderte, daß ein solcher Ausflug wegen eines nahe bevorstehenden Familienereignisses von mir selbst sehr gewünscht würde, daß ich aber fürchte, mein Gesuch um einstweilige Beurlaubung von hier in Berlin abgelehnt zu sehn. Es sei mir persönlich sehr angenehm, das Verlangen von Graf Thun und die dienstliche Noth in Frankfurt bei E. E. als einen haltbaren Entschuldigungsgrund geltend machen zu können, wenn ich gelegentlich im Lauf der nächsten Woche nach Frankfurt reiste, ohne mich durch eine vorgängige Anfrage in Berlin der Gefahr einer

---

[3]) Abgedruckt Anh. z. G. u. E. II 76 ff.

[4]) P. hat irrig: 6 statt 26.

[5]) Vgl. oben S. 199, Z. 8 ff.

[6]) Es handelte sich um eine Verständigung zwischen Östreich, Rußland und Preußen wegen der auf etwaige französische Anfragen über die Ergebnisse der Besprechungen, welche die Monarchen der drei Mächte gelegentlich des Besuches des Zaren Nikolaus in Wien vom 8. bis 11. und in Berlin vom 17. bis 26. Mai miteinander gehabt hatten, zu erteilenden Antworten.

[7]) Am 8. Mai 1852 war auf der Londoner Konferenz das „Londoner Protokoll" unterzeichnet, durch das Christian Prinz von Schleswig-Holstein-Glücksburg (der spätere Christian IX. von Dänemark) zum Thronfolger im dänischen Gesamtstaate bestimmt wurde.

abschlägigen Antwort auszusetzen. Ich wolle nur noch eine weitre Nachricht von den Meinigen erwarten, denen es in der letzten Zeit nicht wohl ginge, ehe ich meinen Entschluß faßte. Ich glaube, daß ich nach dieser Wendung der Frage abreisen kann, ohne hier auch nur einen unbehaglichen Eindruck zu machen, im Gegentheil, es ist eine Gefälligkeit, daß ich dem Uhrwerk des Bundestages einen Anstoß geben helfe. Meine Ansicht wäre demnach, Dienstag den 6. c. Abends von hier über Prag und Dresden nach Frankfurt zu reisen, nachdem E. E. es geneigtest erlaubt haben, und der Stand der Zollfrage hier der Art ist, daß ich bei längrer augenblicklicher Anwesenheit zu Erklärungen über die hanoverschen Vermittlungsvorschläge gedrängt werden werde, die mindestens zu einer formellen Instructionseinholung oder zu directer Ablehnung führen würden, da ich mich in der bisherigen Unentschiedenheit nicht gut mehr halten kann, ohne böses Blut zu machen. Ich würde also in der Nacht vom 7. zum 8. in Halle und am 8. Abends in Frankfurt eintreffen. Ist es E. E. irgend wünschenswerth oder angenehm, daß ich für einen oder mehre Tage nach Berlin komme, ehe ich nach Frankfurt gehe, so bitte ich g. um eine telegraphische Depesche hierher am 5. oder am 6. Vormittags, des Inhalts, „daß mir der gewünschte Urlaub bewilligt werde"; denn dann geht es doch nicht, daß ich anscheinend ohne Urlaub reise. Ich würde meines Theils kein Gewicht darauf legen, 2 oder 3 Tage später nach Frankfurt zu kommen, und vielleicht ist es für den Eindruck meiner Mission bei Andern schicklicher, wenn ich nicht von hier nach Frankfurt gehe, ohne Berlin zu berühren und dort Bericht zu erstatten. E. E. höherem Ermessen stelle ich die Entscheidung g. anheim. Erhalte ich bis zum 6. Mittags hier, oder bis zum 7. Abends in Halle im Hôtel des Thüringer Bahnhofs die gedachte telegraphische Urlaubsbewilligung,[8]) so bin ich am 8. in Berlin; erhalte ich nichts, so reise ich mit E. E. gütiger Erlaubniß direct nach Frankfurt und sage hier, daß ich keinen Urlaub nachgesucht habe. In treuster Ergebenheit . . .

Über einige interessante Wahrnehmungen in Ungarn, wo ich bis über die Theiß vorgedrungen bin, werde ich mich beehren später zu berichten.

179. Privatschreiben an Minister v. Manteuffel.

[Eigenhändig.]

11. Juli 1852.

E. E. beehre ich mich g. anzuzeigen, daß ich vorgestern Abend hier wieder eingetroffen bin und die Meinigen in erwünschtem Wohlsein gefunden habe. Den Brief Sr. M. des Königs an S. M. den König der Belgier habe ich heut durch einen Offizier nach Wiesbaden geschickt und gleichzeitig schriftlich um die Erlaubniß gebeten, mich dem König Leopold vorstellen zu dürfen, um seine etwaigen Befehle in Folge des Königl. Handschreibens in Empfang zu nehmen. Ich konnte wegen der Augustenburger Angelegenheit, über die ich in separato schreibe, und wegen nöthiger Besprechungen mit Graf Thun bisher Frankfurt nicht verlassen. Das in Abschrift anliegende Schreiben des Grafen Platen[1]) ist mir gestern zugegangen. Ich dachte ihm zu antworten, daß m. E. die K. Regirung für

---

[8]) B. erhielt telegraphisch und brieflich den gewünschten „Urlaub" (Vgl. Anhang zu S. u. E. II 80.) Am 8. Juli traf er in Berlin ein.

[1]) Abgedruckt: Poschinger IV S. 97, Anm. 3.

jetzt keine Veranlassung habe, ihrerseits Vorschläge zu machen, daß ich aber über den Inhalt seines Schreibens E. E. Befehle einholen würde. Die „Vermittlungsvorschläge" des Grafen Platen habe ich in E. E. Händen gelassen. Die Beschränkung der Dauer des Zollvereins auf acht Jahr werde ich in meiner Antwort auch gleich als etwas unstatthaftes und unnöthiges bezeichnen.

Den Bericht wegen Sr. Dl. des Herzogs von Augustenburg werde ich bis morgen verschieben, wo ich ihn in Homburg zu sehn hoffe. Er ist von London entschieden weniger traitable zurückgekehrt als er vorher war. Vor allen Dingen besteht er darauf, daß die Preußische „Vermittlung" nicht nur fortdaure, sondern einen offiziellen Character annehme, was ich um so mehr glaube ablehnen zu sollen, als H. Garliep[2]) meine persönliche und privative Beihülfe zur Einleitung des Verkehrs zwar erbeten hat, aber offenbar im Verlauf des Geschäfts eine fernere Vermittlung nicht wünscht. In treuster Ergebenheit..

*180. Telegramm an Minister v. Manteuffel.

[Konzept.]

15. Juli 1852, abends 8 Uhr 10.

Wie ich aus sonst glaubhafter Quelle erfahre, soll in Kissingen von den Koalierten beschlossen sein, in der Gegenerklärung bei den früher ausgesprochenen Wünschen zwar stehen zu bleiben, aber den Zollvereinsvertrag zu erneuern und dem Septembervertrage beizutreten, falls Preußen mit Österreich einen Handelsvertrag auf breitester Grundlage abschließt und den Zeitpunkt angibt, wann es mit Österreich über die Zolleinigung in Verhandlung treten will.

181. Bericht vom 15. Juli 1852 an Minister v. Manteuffel, betr. die Zollvereinskrisis. — Vgl. Poschinger I 79.

182. Bericht an Minister v. Manteuffel.

[Ausfertigung.]

17. Juli 1852.

S. Dl. der Herzog von Augustenburg war mit mir zugleich hier eingetroffen und hat mich unmittelbar nach meiner Ankunft aufgesucht. Hochderselbe wünschte von mir eine amtliche Erklärung über die Fortdauer oder das Aufhören der „Verwendung", welche S. M. der König in den Verhandlungen mit der Krone Dänemark habe eintreten lassen, und glaubte ohne eine solche Vermittelung, auf welche er aus der ihm von Sr. M. in dieser Beziehung zu erkennen gegebenen Bereitwilligkeit einen Anspruch herleiten zu können glaubt, mit dem Konferenzrat Garlieb nicht in Unterhandlung treten zu können. Der Letztere wünschte zwar eine Einleitung des gegenseitigen Verkehrs durch mich, demnächst aber direkte Verhandlung mit dem Herrn Herzog. Ich habe beiden Herrn eröffnet,

[2]) Der dänische Konferenzrat Garlieb hielt sich in Frankfurt auf, um die Verhandlungen mit dem Herzog Christian August zu Ende zu führen.

daß die K. Regierung meine Beteiligung an den Unterhandlungen in amtlicher Eigenschaft mit der Annahme der K. dänischen Vorschläge durch den Herrn Herzog als beendigt ansehe, und daß ich mich nur als Privatmann bereiterklären könne, in Fällen, wo beide Teile mir ihre desfallsigen Wünsche zu erkennen gäben, zur Einleitung und Erleichterung der gegenseitigen Beziehungen mitzuwirken. Nach mannigfachen Schwierigkeiten und nachdem der Herr Herzog sich geweigert hatte, die K. dänischen Mitteilungen anders als in meiner Gegenwart zu lesen, ist es mir gelungen, S. Dl. zu bewegen, diese Papiere zur Durchsicht nach Homburg mitzunehmen. Von dort aus hat er gestern den Herrn Konferenzrat schriftlich um genauere Auskunft über den Ursprung und die Bestandteile der aus Revenüen und Veräußerung von Mobilien herrührenden Summe ersucht, so daß wenigstens ein direkter Verkehr eingeleitet ist. Beide Herren werden nun die Verhandlung fortsetzen und sich über die streitigen Punkte zu verständigen suchen, wünschen aber, daß in Fällen, wo eine Vereinigung nicht zu erreichen ist, meine Vermittlung eintreten möchte. Ich hoffe, daß der beiderseitige Verkehr an Beschleunigung demnächst gewinnen wird, da die von dem Herrn Herzog aufgeworfenen Bedenken nicht in der etwaigen Absicht, die Verhandlungen noch hinauszuschieben oder neue Bedingungen in die Unterhandlungen zu mischen, sondern vielmehr lediglich in der Besorgnis ihren Grund haben, er möchte bei der Ausführung des von der Krone Dänemark angebotenen Übereinkommens, zu dessen Annahme er sich bereit erklärt, übervorteilt werden.

In dieser Beziehung erlaube ich mir nur unter anderem auf einen sehr wesentlichen Differenzpunkt aufmerksam zu machen, nämlich die Fristen, innerhalb welcher die stipulierte Abfindungssumme dem Herrn Herzog zu zahlen ist. Die dänische Regierung hat hiezu einen Zeitraum von 13 Jahren gesetzt, worauf S. Dl. unter keinen Umständen eingehen wollen. Sollte der Konferenzrat Garlieb, wie ich indessen annehmen möchte, nicht etwa die Instruktion haben, kürzere Zahlungstermine zu stellen, so würde er deshalb jedenfalls noch Instruktionen von Kopenhagen einzuholen haben, und es würde dadurch eine augenblickliche Unterbrechung in den Verhandlungen entstehen. Sodann waltet eine Meinungsverschiedenheit in betreff der herzoglichen Beamten ob. Diese sind von der dänischen Regierung entlassen und werden seitdem von dem Herzog von Augustenburg aus dessen eigener Kasse bezahlt. S. Dl. halten aber die dänische Regierung für verpflichtet, mit den Gütern auch die auf denselben angestellten Beamten und die Verpflichtung zu deren Besoldung zu übernehmen.

Mit Rücksicht auf die vertrauliche Eröffnung, welche E. E. dem Herrn Herzoge durch den K. Gesandten in London haben machen lassen, glaube ich mich E. E. hochgeneigten Einverständnisses mit meinem Verhalten versichert halten zu dürfen, und werde, insofern ich nicht eine entgegengesetzte Anweisung erhalten sollte, auch ferner eine offizielle Mitwirkung ablehnen und mich auf den Versuch beschränken, durch vertrauliche Besprechung eine Vermittlung herbeizuführen.

Schließlich unterlasse ich nicht, noch g. zu bemerken, daß S. Dl. mit dem Glauben von London zurückgekehrt sind, Hochdero Abfindung sei ein wesentlicher Bestandteil des Londoner Übereinkommens wegen Regulierung der dänischen Erbfolge und die Großmächte hätten auch dafür die Garantie übernommen. Hierauf legt der Herr Herzog einen um so größeren Wert, als Hochderselbe, wie er mir sagte, in London auch die Versicherung erhalten haben will, es sei bei der Abfassung des fraglichen Protokolls Hochdero ehrenvolle Abfindung als sich von selbst verstehend vorausgesetzt worden.

183. Privatschreiben an Minister v. Manteuffel.

[Eigenhändig.]

17. Juli 1852.

E. E. überreiche ich heut einen Bericht über die Augustenburger Sache.[1]) In Bezug auf unsre Vorlage über Holstein[2]) ist die Bairische Instruction nunmehr eingegangen. Sie stimmt in der Hauptsache zu, spricht aber ein Bedauern aus und beantragt, [daß] in dem Passus, welcher die Erwartung enthält, daß Dänemark „mit eben der Milde und Gerechtigkeit, welche sich in der Erklärung vom 28. Januar[3]) ausspreche, auch in Zukunft verfahren werde ꝛc.“, die unterstrichnen Worte[4]) ausgelassen werden. Graf Thun befürchtet mit mir, daß dieses Amendement die Majorität erhalten könne, und wir sondirten deshalb Herrn von Bülow, ob er damit einverstanden sein werde, jene Worte von Hause aus in unsrer Vorlage fortzulassen. Er lehnte es entschieden ab und glaubte, daß Dänemark ein Recht auf die jetzige Fassung der Vorlage habe; an dieser wolle er auf die Gefahr hin festhalten, daß von der Mehrheit der kleinen Staaten die Bayrische Abänderung hineingebracht werde; letztres könne viel eher für Preußen und Östreich, als für Dänemark unangenehm sein. Im Ganzen ist bei den Gesandten die Stimmung gegen die Vorlage und die Gereiztheit gegen Dänemark sehr gestiegen. Die meisten sind zur Zustimmung instruirt, aber fast alle mit dieser Instruction persönlich unzufrieden. Soll ich mit Graf Thun, der auch seinerseits deshalb in Wien anfrägt und die Verhandlung aufgeschoben hat, mich über Änderung der Vorlage verständigen, so bitte ich um geneigte Instruction, am liebsten telegraphisch.[5]) Das Unangenehme für beide Großmächte, überstimmt zu werden, wird dadurch nicht gemildert, daß wir dem bayrischen Verlangen vorher nachgeben; aber materiell bin ich eigentlich mit dem bayrischen Antrage einverstanden, und glaube, daß der neusten Haltung der Dänischen Regirung gegenüber dieses „mit eben der Gerechtigkeit“ ꝛc. zu Declamationen gegen uns vielfach benutzt werden wird.

Wegen der Beschlüsse über die Presse bin ich noch in Ausgleichungsverhandlungen mit Graf Thun begriffen. Ich habe mir als Gränze der Nachgiebigkeit die materiellen Bestimmungen der Preußischen Preßgesetzgebung und den Grundsatz aufgestellt, daß wir keine directe Gesetzgebung des Bundes wollen.

S. M. der König von Würtemberg war gestern in Soden und reist heut zurück; Herr von Reinhard sagte mir gesprächsweise, daß S. M. keine Besuche hier empfange. In Wiesbaden gab mir die Überbringung des Schreibens Sr. M. des Königs Gelegenheit, dem König Leopold vorgestellt zu werden. S. M. unterhielt sich ziemlich lange mit mir, in dem Sinne, daß er Belgien als die Avantgarde Preußens bezeichnete und ermahnte, auf Alles, auch das Unerwartetste, von Frankreich aus gefaßt zu sein, da das Wahrscheinliche selten geschähe und der Prinz-Präsident nicht auf einer solchen Höhe politischer Urtheilskraft stehe, daß man von ihm erwarten dürfe, er werde stets das thun, was ihm selbst nützlich sei; seine Vergangenheit habe ihm nicht die Befähigung erworben, stets das Richtige in der Politik zu erkennen, und seine Umgebung ergänze diesen Mangel nicht, theils wegen ihrer

---

[1]) Vgl. die vorige Nummer.
[2]) Vgl. Poschinger I S. 117, Anm. 2.
[3]) Vgl. Poschinger I Nr. 84.
[4]) Hier gesperrt.
[5]) Bei P. irrig gesperrt. Das Wort ist erst im A. A. mit Bleistift unterstrichen.

Unfähigkeit, theils wegen seiner Verschlossenheit. Der Minister von der Pfordten ist hier und hat sich zu morgen bei mir angemeldet. In treuster Ergebenheit . . .

*184. Privatschreiben an Minister v. Manteuffel.

[Eigenhändig.]

19. Juli 1852.

Ich bin zwar noch ohne sichre Kenntniß von dem Inhalt der Artikel, welche die Beschlagnahme der Kreuzzeitung hervorgerufen haben[1]); aus den Andeutungen andrer Blätter sehe ich indessen, daß es sich dabei nicht sowohl um Angriffe auf die ministerielle Presse, sondern um die behauptete Nachgiebigkeit der Regirung in Zollsachen handelt. Obschon ich glaube, daß die Mittheilungen, die ich Wagener in dieser Beziehung gemacht habe, dabei nicht ins Gewicht fallen, da er ihnen keinen Glauben beigemessen zu haben scheint, so halte ich doch für meine Pflicht, da mir die Lage der Dinge in Berlin ganz dunkel und unverständlich ist, Ihnen genauere Rechenschaft über meine Äußerungen gegen Wag[e]ner zu geben. Ich suchte ihn einige Stunden vor meiner Abreise in seiner Wohnung auf, weil ich glaubte, daß seine Gereiztheit ihren Grund theilweis in dem Gefühl der Vernachlässigung durch ältre Bekannte habe, und in der Absicht, ihn zu einer Beseitigung der Zweifel zu veranlassen, die er schon damals in Betreff der Festigkeit der Regirung erregt hatte, auch um ihn zu einem Ruhenlassen der persönlichen Angriffe auf Quehl zu vermögen, was mir bei frühern Gelegenheiten gelungen war. Da ich ihn nicht zu Hause fand, so schrieb ich ihm auf, daß ich ihn dringend ersuchte, den Gerüchten von der Nachgiebigkeit der Regirung gegen die Coalition entschieden zu widersprechen, indem dieselben für uns nachtheilig und in ihrem ganzen Umfange erfunden wären. Im Augenblick meiner Abreise kam Wag[e]ner auf dem Bahnhofe zu mir. Ich sagte ihm hier nochmals, daß von Nachgeben in der Zollsache weder jetzt noch jemals die Rede gewesen, daß namentlich E. E. zu keiner Zeit geschwankt hätten, daß die Gerüchte über das Gegentheil ohne Zweifel absichtlich und fälschlich verbreitet worden seien und die Regirung fest an dem Programm vom 7. Juni[2]) halte. Die Gränze unsrer Concessionen liege daher in der Bereitwilligkeit zum Abschluß eines Handelstractats nach Anleitung des Entwurfs lit. A, unter Hinweglassung alles dessen, was auf die Zollunion Bezug habe, und einiger andrer Artikel, immer unter der Voraussetzung, daß *vor* dem Eingehn eines solchen Tractats die Erneuerung des Zollvereins perfect sei. Ich erinnre mich sogar gesagt zu haben, daß E. E. in dieser Frage entschiedner seien als ich, indem ich von [dem] Wunsche ausginge, unsern Bundesgenossen, namentlich Hanover und Rußland, die Überzeugung zu gewähren, daß wir der gemäßigtere und versöhnliche Theil seien, dem vom Gegner mit Unbilligkeit geantwortet werde, daß E. E. [sich] aber für eine von Hause aus „strammere" Haltung entschieden hätten. Mein langes vertrautes Verhältniß zu W., der mir in wichtigen Angelegenheiten persönlichen Dank schuldig zu sein glaubt, und der Wunsch, die Zeitung und ihren Einfluß in gute Wege zu lenken, ließen mich mit dieser Offenheit zu ihm reden, und ein Mißbrauch meines Vertrauens scheint mir mit Wageners Character, wie ich ihn bisher kenne, trotz seiner

[1]) Die Nummern 161 und 162 der Kreuzzeitung vom 13. und 14. Juli waren wegen der (von Wagener herrührenden) Artikel „Warum wir gewisse Persönlichkeiten . . ." und „Zur handelspolitischen Frage" konfisziert worden.

[2]) Vgl. oben Nr. 177, Anm. 1.

Verbitterung, unverträglich. Er nahm meine Mittheilungen mit offenbarer Freude entgegen, äußerte keinen Wunsch nach weitrer Aufklärung über irgend einen Theil derselben, versprach mir auf mein Verlangen, in den Angriffen gegen Quehl mindestens einen Stillstand eintreten zu lassen, und schied unter herzlichen Freundschaftsversicherungen. Hiernach kann ich nicht wohl annehmen, daß meine Mittheilungen Wagener Stoff zu seinen Angriffen geliefert haben, und hätte er ihn aus Mißverständniß darin zu finden geglaubt, so müßten die bessern Elemente seines Characters durch Leidenschaftlichkeit ganz zerfressen sein, wenn er, angesichts unsrer bisherigen Beziehungen, Aeußerungen von mir hinterrücks in einer mich verletzenden Weise hätte mißbrauchen können, ohne auch nur durch eine Frage das mangelnde Einverständniß von seiner Seite anzudeuten. Ich muß daher glauben, daß Wagener, den ich meinerseits in der angenehmen Illusion auf dem Bahnhofe verließ, ihn einigermaßen beruhigt zu haben [am Rande eingeschaltet: die einlenkenden und gemäßigten Leitartikel in Nr. 159. 160, gleich nach meiner Abreise, bestätigten das], inzwischen von andrer Seite Mittheilungen erhalten hat, die ihm die meinigen als unglaubwürdig erscheinen ließen, denn während ich mich hier gegen Wentzel rühmte, die Zeitung orientirt und ins rechte Geleis gebracht zu haben, kam die Nachricht von der Beschlagnahme. Nach allen Erwägungen darüber liegt mir die Vermuthung am Nächsten, daß Rudloff, der mit Klentze sehr vertraut ist, von diesem auf Grund der Platenschen Berichte auf falsche Fährte geleitet ist und Wagener demnächst irregeführt hat. Ich würde E. E. mit obigen Details meiner Mittheilungen an W. garnicht behelligt haben, wenn mir nicht Zeitungsartikel, namentlich in der Leipziger Allgemeinen, den Beweis lieferten, bis zu welchem Grade von Absurdität die Verdächtigungen getrieben werden können (s. Anlage)[3]), während es mir ein Bedürfniß des Herzens sowohl als des Ehrgefühls ist, jede Unklarheit abzuschneiden, welche benutzt werden könnte, um einen Schatten auf meine Offenheit Ihnen gegenüber zu werfen, und wenn auch E. E. gewiß überzeugt sind, daß ich zuviel auf Ehre vor Gott und Menschen halte, um mich auf solche verlognen Erbärmlichkeiten wie die Leipziger Zeitung sie mir unterlegt, einzulassen, so könnte doch der Umstand, daß ich kurz vor Erscheinen der confiscirten Artikel auf dem Bahnhofe eine „angelegentliche und geheime“ Unterredung mit Wagener gehabt habe, benutzt werden, um mich mit einer Sache in Verbindung erscheinen zu lassen, die ich entschieden mißbillige. Direct ist hier seit der ersten Confiscation nichts bekannt geworden, als das Blatt, in welchem die Redaction das vorläufige Aufhören des Erscheinens ankündigt. Der Ton dieser Piece wird bei den entschiedensten Freunden der Zeitung hier gemißbilligt, und allgemein beklagt man, daß die Redaction durch ungeschickte Heftigkeit die Existenz eines für jetzt nicht zu ersetzenden Organs compromittirt hat. Wie ich Wagener beurtheile, so wird der für ein der Regirungspresse angehöriges Blatt m. E. allerdings nicht zu rechtfertigende persönliche Angriff auf seine religiöse Ueberzeugung in der Zeit[4]) (Ober-Engel pp.)[5]) ihm den letzten Rest von Kaltblütigkeit geraubt haben. In mir steigert der ganze Vorfall die Bereitwilligkeit, zu strengern Maßregeln gegen die Presse die Hand meinen hiesigen Collegen zu bieten. Die conservativste Zeitung, sobald sie Einfluß erlangt (und ohne solchen nützt sie nicht), wird ein zweischneidiges Schwert in den Händen von Leuten, denen bei dem besten Willen und der größten Befähigung die Möglichkeit fehlt, sich in zusammenhängender Einsicht und auf der politischen Höhe der Fragen zu er-

[3]) fehlt.
[4]) Organ Quehls.
[5]) Wagener gehörte der Sekte der Irvingianer an.

halten, welche sie besprechen; personelle Antipathien verdrängen die ruhige politische Erwägung, und der Injurien-Streit Wagener/Quehl gewinnt die Farbe eines Kampfes gegen die Regirung von Seiten aller derer, welchen die Kreuzzeitung als Organ dient und gedient hat. Es spielt dann die Fabel des Bären, der die Fliege auf dem Gesicht seines Freundes mit dem Stein todt wirft. Ich weiß nicht, ob E. E. Berlin schon verlassen haben, kann aber nicht umhin, mein Herz mit dieser Expectoration zu erleichtern, auf die Gefahr hin, in Ihre ländliche Muße einzudringen.

Bei mir ist noch kein Ereigniß in der Häuslichkeit eingetreten, und täglich sehe ich ihm erwartungsvoll entgegen. Ihrer Frau Gemalin bitte ich meine Frau und mich angelegentlich zu empfehlen. In treuster Anhänglichkeit . . .

185. Bericht an Minister v. Manteuffel.

[Eigenhändig.]

21. Juli 1852.

E. E. beehre ich mich in Verfolg meines letzten Schreibens[1]) g. zu benachrichtigen, daß ich heut ein Schreiben von Wagener erhalten habe, nach welchem er allerdings in meine ihm gemachten beruhigenden Mittheilungen keinen Zweifel gesetzt, aber kurz darauf aus sichrer Quelle erfahren habe, daß ein Schwanken eingetreten sei, ob man nicht auf die Russische Vermittlung oder auf den sog. Sächsischen Vorschlag (beides ist mir unbekannt) eingehn solle. Er fügt nachrichtlich hinzu, daß man in Berlin sehr geflissentlich das Gerücht verbreite, als hätte ich in Wien meine Mission nicht richtig aufgefaßt, oder gar meine Instructionen überschritten. E. E. stelle ich g. anheim, ob es zweckmäßig ist, einem solchen Gerücht, falls es existirt, durch die ministerielle Presse entgegenzutreten, da man, wenn es Bestand gewänne, in Wien nicht recht wissen würde, was man davon denken soll. Ich habe meine Mission ungefähr dahin aufgefaßt, die Beziehungen beider Cabinette so freundlich als möglich zu gestalten, ohne in der Zollsache etwas nachzugeben, unnöthige Spannungen zu heben und die Bedeutung der Zollfrage und der Divergenz in derselben nicht mehr als nöthig wachsen und auf andre Fragen und auf die allgemeinen Beziehungen beider Mächte Einfluß gewinnen zu lassen. Ich glaube in dieser Beziehung mich mit E. E. Willensmeinung in Einklang befunden und durch Besprechung der Zollfrage mit Graf Buol zur Aufklärung der Haltung Östreichs gegen uns wie gegen Darmstadt beigetragen zu haben, ohne in der Sache etwas zu vergeben.

Dem heutigen Bericht des Herrn v. Canitz kann ich noch hinzufügen, daß man hier den zweitägigen Aufenthalt des Prinz-Präsidenten in Baden dahin auslegt, daß seine Tante, die Großh[erzogin] Stephanie, ihn mit ihrer Enkelin, der Prinzessin Carola von Wasa, habe bekannt machen wollen. Aus Nassau erhalte ich eben eine glaubwürdige Nachricht, daß Vollpracht „umkehrende" Instructionen erhalten habe und der Herzog zur bessern Einsicht gelangt sei oder doch so handeln werde, als ob dem so sei. Das gewerbtreibende Publikum in der Umgegend der drei angrenzenden Staaten spricht von der Möglichkeit der Auflösung des Zollvereins mit wahrer Verzweiflung.

Die beiden telegraphischen Depeschen von vorgestern habe ich gestern erhalten; die Linie ist wieder unterbrochen, bei Gießen. Ich habe in der dänischen Sache in Folge

[1]) Vgl. die vorige Nummer.

dessen mit dem bairischen Gesandten gesprochen, er wird nun seinen Antrag, die fraglichen Worte in unsrer Vorlage (mit *ebender* Gerechtigkeit ꝛc.) zu streichen, *zurückziehn*. Baden und Darmstadt sind noch immer nicht instruirt. In der Preßangelegenheit verhandle ich mit Graf Thun und Herr[n] von Schrenk, und würde ihnen, wenn ich nicht neue Weisungen erhalte, soweit nachgeben, als es die Preußische Gesetzgebung in materie zuläßt, in der Form aber bei unsrer bisherigen Ansicht bleiben. Von der Augustenburger Sache habe ich mehre Tage lang nichts gehört. Der Herzog verlangt ex titulo der rückständigen Revenüen und der verkauften Mobilien mehr Geld, als die Dänen bieten, und wünscht Rechnungslegung, welche Garlieb ablehnt. Ich glaube, daß letztrer über kurz oder lang zur Einholung fernerer Instructionen nach Koppenhagen zurückgehn will, was ich im Interesse des Herzogs beklagen würde, denn wer weiß, wann er wiederkommt. S. K. H. der Prinz von Preußen soll heut Abend hier eintreffen, falls nicht die von J. K. H. der Prinzessin entgegengeschickte telegraphische Depesche wegen Eintreffens Louis Napoleons in Baden, wo er bis morgen Abend bleibt, eine Änderung im Reiseplan Sr. K. H. verursacht.

Der Fürst Radziwill, der vorgestern von Homburg aus hier war, scheint auch politisch verdrießlich zu sein; besonders erzählte er mir Geschichten zum Nachtheil von Quehl. Mit der Bitte, mich Ihrer Frau Gemalin zu empfehlen in treuster Ergebenheit . . .

186. Privatschreiben an Minister v. Manteuffel.

[Eigenhändige Ausfertigung.]

22. Juli 1852.[1])

Einige Mittheilungen, welche mir S. K. H. der Prinz von Preußen gestern[2]) gemacht haben, geben mir die Überzeugung, daß ich mich bei den mündlichen Erläuterungen über den Verlauf meiner Mission in Wien E. E. gegenüber mißverständlich ausgedrückt habe. Ich erlaube mir daher schriftlich[3]) Nachstehendes zu wi[e]derholen, respective zu berichtigen.

Ich habe in Wien weder mit Grf. Platen noch mit sonst jemand *Unterhandlungen* in der Zollfrage gepflogen, sondern mich darauf beschränkt, die täglich wiederholten Erörterungen von vermittelnder Tendenz, welche mir in einer Weise, daß ich sie ohne Unhöflichkeit nicht ablehnen konnte, von den Herrn von Jonton, v. Platen, v. Könneritz und v. Linden entgegengebracht wurden, conversationsweise anzuhören, meine Zweifel zu äußern, ob sie der K. Regirung annehmbar sein würden, und sie, soweit es der Mühe werth schien, zur geneigten Kenntnißnahme E. E. zu bringen. Auf die erhaltne Mittheilung, daß Graf Platen nach Hanover geschrieben habe, ich hätte mich auf seine Vermittlung eingelassen, habe ich denselben, soweit es E. E. Weisung, dem Grafen Platen keine Vorhaltungen über die Sache zu machen, gestattete, über den Sachverhalt zu erforschen gesucht, und sein Wort erhalten, daß *er*[4]) dergleichen „notorische Unwahrheiten" gegen niemand ausgesprochen habe. Sollte er es doch gethan haben, so könnte ich nur vermuthen, daß er, in der irrigen Voraussetzung, es werde doch schließlich zu Unterhandlungen kommen, sich selbst das Verdienst, sie herbeigeführt zu haben, in Hanover, wo er nicht gut angeschrieben ist, rechtzeitig habe sicherstellen wollen, wie ich mir schon mündlich E. E. an-

[1]) Nach dem Konzept bereits im Bismarckjahrbuch IV, 16 ff. und danach im Anhang zu den G. u. E. I, 4 ff. abgedruckt.
[2]) Der Prinz kam am Abend des 21. Juli nach Frankfurt.
[3]) „schriftlich" fehlt im Konzept.
[4]) „er" im Konzept nicht unterstrichen.

zudeuten erlaubte. Nach den Aeußerungen S. K. H. des Prinzen von Preußen spielte in den Höchstdemselben durch Herrn Klentze gemachten Mittheilungen auch das Blatt mit Vorschlägen des Grafen Platen, auf welchem ich die Abweichungen der Preußischen Auffassung in margine bemerkt hatte, eine Rolle als Beweisstück, daß ich mich auch auf Unterhandlungen in Wien eingelassen hätte, und sollte diese Piece durch Graf Platen[5]) nach Hanover eingereicht, und von dort nach Berlin gelangt sein! E. E. wissen, daß ich diese Piece von Graf Platen ohne irgend welche Erklärung in Empfang genommen, von dem Augenblick an, bis ich sie E. E. übergab, niemand[6]) gezeigt habe, weil ich sie für irrelevant hielt, und daß ich sie lediglich zu meinem Privatgebrauch mit den gedachten Marginal-Notizen versehn habe, von welchen, so lange ich das Blatt in Händen hatte [eingeschaltet: und überhaupt durch mich] Niemand[6]) als ich selbst Kenntniß gehabt hat. Herr Klentze hat also Sr. K. H. dieses Papier, welches ich E. E. nachrichtlich vorlegte, in einer unrichtigen Bedeutung dargestellt. Ich würde mich darauf beschränken, S. K. H. den Prinzen über den wahren Sachverhalt aufzuklären, wenn nicht in mehren Zeitungen, besonders in der Deutschen Allgemeinen[7]), von sonst offenbar gut unterrichteten Correspondenten, die Behauptung aufgestellt würde, daß ich im Widerspruch mit meinen Instructionen in Wien Unterhandlungen eingeleitet hätte. Je strenger meine Begriffe von Subordination und Dienstpflicht sind, um so mehr fühle ich das Bedürfniß, ein entschiednes dementi derartiger Beschuldigungen in allgemein glaubwürdiger Weise ausgesprochen zu sehn, zumal im andern Falle meine Integrität und Glaubwürdigkeit fremden Cabinetten gegenüber mit einer levis nota behaftet bliebe. Ich habe in der Zollsache den Wiener Diplomaten gegenüber weder ein Wort schriftlich von mir gegeben, noch mündlich irgend jemand irgend eine Zusicherung ertheilt, noch die Sache überhaupt anders als im Wege der Conversation besprochen, und grade dem Grafen Platen habe ich erklärt, daß ich eher meinen Abschied nehmen, als die von ihm gewünschten Concessionen zu Hause befürworten oder das Werkzeug ihrer Ausführung, in dem unglaublichen Fall ihrer Annahme, sein würde, eine Aeußerung, die Gr. Platen, wie ich weiß, seinen Collegen mitgetheilt hat.

Meine g. Bitte auf Grund des Vorstehenden geht dahin

daß E. E. das literarische Cabinet geneigtest anweisen wollen, in solchen Blättern, welche als gouvernemental bekannt sind, den Insinuationen, als hätte ich in Wien abweichend von meiner Instruction gehandelt, zu widersprechen.[8])

In ehrerbietigster Ergebenheit . . . .

*187. Privatschreiben an Minister v. Manteuffel.

[Eigenhändig.]

22. Juli 1852.

E. E. beehre ich mich im Anschluß an das anliegende Schreiben[1]), zu welchem ich durch den Wunsch Sr. K. H., mein Benehmen im Vergleich mit den Zusagen, die ich dem Prinzen vor meinem Abgang nach Wien gegeben, aufgeklärt zu sehn, und durch das zwei-

[5]) „Graf Platen" im Konzept nicht unterstrichen.
[6]) „niemand" beidemal im Konzept unterstrichen, in der Ausfertigung nicht.
[7]) Damals in Leipzig erscheinendes Blatt. Der betr. Artikel in ihrer Nummer vom 20. Juli 1852.
[8]) Die gewünschte Desavouierung erfolgte in der Preußischen Zeitung und in der Adlerzeitung. Wortlaut abgedruckt im Anhang zu den G. u. E. I. 15. Anm
[1]) Offenbar das unter Nr. 192 folgende Schreiben gemeint.

deutige Licht, in welchem ich durch die anscheinend von guten Gewährsleuten herrührenden Zeitungsartikel erscheine, veranlaßt worden bin, noch die Vermuthung g. mitzutheilen, daß ich die Insinuationen, welche dem Prinzen über mich gemacht sind, für wissentliche Entstellungen von Klentze halte. Dieser sieht in mir fortwährend eine verkörperte Junker-Conspiration gegen die Hanöversche Verfassung, seit dem Tage, wo zuerst hier im Bundestage über die Eingabe der hanöverschen Ritterschaft abgestimmt wurde. Er kam damals eine Stunde vor der Sitzung zu mir und drohte mit Lösung des Septembervertrages, wenn wir nicht gegen die Ritterschaft stimmten. Die Drohung blieb in Folge meiner Instructionen fruchtlos, und das Votum gegen die damalige Regirung erfolgte mit 9 Stimmen, worunter die meinige, gegen 8. K[lenze] ist überhaupt, wie E. E. nicht fremd sein wird, aus Eitelkeit und aus Geschmack an der Sache selbst, lügenhaft und intrigant, und es ist leicht möglich, daß er Platen, obschon der nicht glaubwürdiger ist, mehr aufbürdet, als dieser geschrieben hat. Mir ist eine Ehrenrettung in der officiösen Presse ein Bedürfniß, weil ich sonst bei Freund und Feind Consideration und fidem verliere, und weil die Leute hier glauben, daß Form und Inhalt der Artikel gegen mich auf amtliche Quelle, d. h. auf die Centralstelle hindeuten.

Ich bitte um Verzeihung, daß ich E. E. mit dieser Bitte in einer nur für mich persönlich Bedeutung habenden Sache belästige; mit der Bitte, Ihrer Frau Gemalin meine unterthänige Empfehlung zu machen, in treuster Ergebenheit . . .

188. Privatschreiben an Minister v. Manteuffel.

[Eigenhändig.]

[22. Juli 1852.][1])

Durch einen Artikel der Spenerschen Zeitung, den man für offiziös hält, ist zuerst die Ansicht in hiesiger Gegend verbreitet worden, daß die K. Regirung in der Zollfrage nachgeben werde. Die ungeschickten Artikel der Kreuzzeitung haben diese Meinung bestärkt, und durch den unbegreiflichen Artikel der „Zeit“ vom 13. c., der „die Dynastie und das Vaterland an den Rand des Verderbens“ gebracht sieht, ist die Überzeugung, daß wir die Lösung des Zollvereins zu sehr fürchten, um fest zu bleiben, bei den Meisten hier zur Gewißheit geworden; die Darmstädter tragen den Kopf wieder ganz hoch und glauben an keine Versicherung des Gegentheils. Die Cölnische Zeitung vom 16. bringt jenen Artikel in perfider Entstellung aus der Zeit, und greift E. E. persönlich in maßloser Weise an. Es war vorauszusehn, daß sie in erster Krisis den Schafspelz wieder abwerfen würde. Dazu kommt der Conflict mit der Kreuzzeitung, um das Maß der Zufriedenheit bei unsern Gegnern voll zu machen. Graf Thun konnte seine Genugthuung nicht verbergen, als er mir heut von diesen Erscheinungen sprach.

Ich begreife nicht, wie Wag[e]ner zu der Verblendung gekommen ist, in der er sich in Bezug auf die Zollsache namentlich befindet; er sagt, er habe den „Wortlaut“, der unsre Nachgiebigkeit enthalte. Da muß ihm doch jemand eine absichtlich unwahre Mittheilung gemacht haben. Ich verließ ihn bei meiner Abreise von Berlin, wo er mich noch auf dem Bahnhofe aufsuchte, scheinbar beruhigt, und habe ihm persönlich die Versichrung gegeben, daß nichts geschehn sei, was nicht in die Erklärung vom 7. Juni passe, die nach wie vor das

[1]) Der Brief ist von Poschinger irrig vom 23. Juli datiert.

Programm bliebe. Daß er absichtlich und wider eigne Überzeugung seine Artikel wegen der „Nachgiebigkeit“ in die Welt geschickt habe und behaupte, im Besitz des „Wortlautes“ zu sein, traue ich ihm trotz aller Gereiztheit nicht zu; ebensowenig glaube ich, daß er Mißtrauen in meine ihm gemachten Erklärungen setzt. Er muß also von jemand, den er für besser unterrichtet hält als mich, falsche Mittheilungen erhalten haben.[2]) Ich möchte g. empfehlen, in der Preußischen Zeitung eine alle falschen Gerüchte über das Nachgeben Preußens niederschlagende Erklärung publiciren zu lassen, falls nicht eine entscheidende Eröffnung in der Zollconferenz, mit Friststellung, in Kurzem bevorsteht. Denn den Darmstädtern hier wächst der Kamm gewaltig. Verzeihn E. E. die Eile dieses Schreibens, die Sitzung hat mich verspätet. In treuster Anhänglichkeit . . .

189. Privatschreiben an Minister v. Manteuffel.

[Eigenhändig.]

23. Juli 1852.

E. E. geehrtes Schreiben vom 20. c.[1]) erhalte ich eben kurz vor meinem Postschluß. Den Ursprung der Spenerschen Artikel in Prokeschs Lager hatte ich gemuthmaßt. Die Insinuation von Klenze[2]) setzt seiner oder Platens, vielleicht beider, Lügenhaftigkeit die Krone auf. Ich erinnre [mich], daß Platen mich einmal gefragt hat, ob ich glaubte, daß E. E. im Amte bleiben würden; ich sagte: So lange Sie selbst es wünschten, gewiß, wenn nichts außer Berechnung Liegendes passirte. Sie wären aber der Sache mitunter herzlich müde. Weitre Frage: Wer dann der mögliche Nachfolger sei? Antwort: Vielleicht Rochow, vielleicht Bunsen; E. E. selbst würden, wie ich aus Andeutungen schlösse, wenn Sie abgingen und ich dann lebte, mich als Nachfolger wahrscheinlich empfehlen, S. M. vielleicht nicht darauf eingehn; mein Luftschloß sei, noch 3 bis 5 Jahr in Frankfurt, dann ebenso lange in Wien oder Paris, dann 10 Jahr lang mit Ruhm Minister, dann als Landjunker sterben, wenn ich mir meine Zukunft malen könnte. Dies halb scherzhafte Luftschloß mag mit gehörigen Zuthaten die Grundlage eines Platenschen Berichts oder einer Klenzeschen Übertreibung sein. Ich müßte, verzeihn E. E. meine Offenheit, ein Narr sein, wenn ich meine jetzige Stellung freiwillig mit der eines Ministers vertauschen wollte; ganz abgesehn davon, daß, wenn mich plötzlich ein leidenschaftlicher Drang nach der Dornenkrone befiele, E. E. vielleicht der Erste wären, mit dem ich ganz unbefangen von diesem Kitzel sprechen würde. Ich danke E. E. aufrichtig für ein angenehmes und ehrenvolles Feld der Tätigkeit, welches ich hier durch Ihren Willen habe, und hege keinen andern Wunsch, als zu bleiben, was und wo ich bin.

Der anliegende Artikel der Augsburger vom Main soll Klenzesche Inspiration durch Firmenich sein; auch sagte der hiesige Zoll-Commissär Rommel, daß K[lenze] durch Kühne in nächster Verbindung mit dem Preußischen Wochenblatt steht. Ich könnte durch eine Nachforschung in Hanover wahrscheinlich bald ermitteln, ob Klenze oder Platen auf meine Kosten lügt, wenn E. E. mir nur die Erlaubniß dazu geben wollen, der Klenzeschen Mittheilungen an Sie Erwähnung zu thun. Wenn ich nicht in dieser Beziehung

---

[2]) Vgl. den Brief vom 19. Juli, S. 205, wo die Angelegenheit mit ähnlichen Worten erzählt wird.

189. [1]) Abgedruckt Anhang zu den G. u. E. II, 82 f.

[2]) Manteuffel schrieb: „Herr Klenze insinuiert mir heute sehr fein . . ., Sie hätten sich in Wien als meinen Nachfolger geriert.“

Scandal fürchtete, so hätte ich die Sache schon erforscht. *Das Gefolge des Prinzen, besonders Carl Goltz, suchte mich durch die übertriebensten Erzählungen glauben zu machen, E. E. hätten dem Prinzen gesagt, daß ich in Wien den Haugwitz hätte spielen und auf eigne Hand ein fait accompli machen wollen. S. K. H. war kühl gegen mich, als Grund bekam ich schließlich die Lügen von Klentze heraus, wegen deren ich gestern an E. E. schrieb und die K[lentze] Sr. K. H. mündlich beigebracht hat. Die Post drängt. In unwandelbarer Treue* . . .

190. Bericht an Minister v. Manteuffel.

[Ausfertigung.]

23. Juli 1852.

E. E. habe ich schon in einem Privatschreiben[1]) davon Anzeige zu machen die Ehre gehabt, daß der K. bayerische Gesandte von seiner Regierung angewiesen worden ist, den Antrag II der von Preußen und Österreich über die holsteinische Angelegenheit der Bundesversammlung zu machenden Vorlage dahin abzuändern, daß es am Schlusse heißt, die Bundesversammlung halte sich überzeugt,

„S. M. (von Dänemark) werde über die Erhaltung und gedeihliche Ausbildung sowohl der gesetzlich bestehenden Einrichtungen seiner deutschen Bundeslande, als auch der Stellung, die ihnen im Verbande mit den übrigen Teilen der Monarchie gebührt, in gerechtem und versöhnlichem Geiste wachen".

E. E. habe ich ferner bereits gemeldet, daß der K. dänische Gesandte, den ich darnach gefragt, ob er vielleicht gegen das Verlangen Bayerns nichts einzuwenden habe, von der jetzigen Fassung nicht abgehen zu können erklärt.

Wenngleich E. E. mir bereits durch die telegraphische Depesche vom 19. d. M. eröffnet haben, daß es zweckmäßig erscheine, die preußisch-österreichische Erklärung unverändert zur Vorlage zu bringen, so erlaube ich mir doch nochmals auf die Sache zurückzukommen. Dem Grafen Thun, welcher gleichfalls an seine Regierung wegen der bayerischen Proposition berichtet hatte, ist nämlich heute auf telegraphischem Wege die Ermächtigung zugegangen, insofern Preußen damit einverstanden sei, die preußisch-österreichischen Anträge in der von Bayern gewünschten Weise, auch im Falle des Widerspruchs des K. dänischen Gesandten, abzuändern.

Graf Thun fürchtet, daß die Majorität sich dem bayerischen Vorschlage anschließen werde, und hat mich mit Rücksicht auf die ihm von Wien erteilte Instruktion ersucht, nochmals bei E. E. anzufragen, indem er die beiden Großmächte nicht der Gefahr ausgesetzt sehen möchte, daß ihre Anträge gegen einen von Bayern einzubringenden verworfen werden, der in der öffentlichen Meinung jedenfalls als populärer gelten und zu allerhand Verdächtigungen der Presse gegen das Verhalten Österreichs und Preußens in der holsteinischen Sache benutzt werden würde. Unter diesen Umständen beehre ich mich E. E. g. anheimzustellen, mich hochgeneigtest ermächtigen zu wollen, für den Fall, daß ich mich vor der Abstimmung davon überzeugen sollte, der bayerische Vorschlag werde die Majorität erhalten, nach Maßgabe des letzteren mit Graf Thun die preußisch-österreichische Vorlage abzuändern . . . .

[1]) Vgl. oben S. 204.

191. Bericht vom 23. Juli 1852 an Minister v. Manteuffel, betr. die Verbreitung einer Schrift des Nationalökonomen Rau. — Vgl. Poschinger I Nr. 116.

192. Schreiben an den Prinzen von Preußen.[1]

[Eigenhändiges Konzept.]

23. Juli 1852.

E. K. H. erlaube ich mir u. zu bitten, von der anliegenden Abschrift eines Briefes, den ich gestern an Herrn v. Manteuffel gerichtet habe,[2] gnädigst Kenntniß zu nehmen. Zugleich lege ich ein Schreiben des letzteren an mich, vom 30. v. M.[3] bei, nach dessen Empfang eine Unterhandlung mit Graf Platen nicht mehr eine unrichtige Auffassung meiner Mission, sondern eine absichtliche Pflichtwidrigkeit gewesen sein würde. E. K. H. werden die Existenz einiger früher gemachten Randbemerkungen auf demselben, welche mehr von der Wahrheitsliebe als von der Höflichkeit dictirt sind, gnädigst verzeihen wollen.

Als ein von Herzen kommendes und deshalb unverwerfliches Zeugniß füge ich noch einen Artikel eines specifisch östreichischen Organs, der Augsburger Zeitung, in der Gestalt, wie ihn ein demokratisches Blatt, die Mittelrheinische Zeitung, abdruckt, u. bei. In der That bin ich in Wien nicht einmal soweit gegangen, als mir meine Instructionen, die ich während meines dortigen Aufenthaltes aus gelegentlichen Erlassen des K. Ministeriums entnehmen konnte, gestatteten. In denselben heißt es, „ich solle Verhandlungen nicht suchen, sondern mit Constatirung meiner Willfährigkeit, es an mich kommen lassen"; ferner „in der Form so freundlich und eingehend als möglich sein, in der Sache aber allen festen Engagements und allen eigentlichen (dieses Wort ist ausdrücklich hineincorrigirt) Verhandlungen entschlüpfen"; an andrer Stelle: „alles zu vermeiden, was meine Abreise als einen Bruch könnte erscheinen lassen", und endlich: „was an Instruction fehlt, werden Sie Sich selbst ergänzen; sollte man Sie zu sehr zum Verhandeln drängen, so daß Sie ohne zu verletzen nicht ausweichen können, so erbitten Sie Sich Zeit zur Instructions-Einholung".

Ich war danach ganz berechtigt, auf Verhandlungen wenigstens der Form nach einzugehn, wenn ich wollte; aber ich bin niemals soweit gegangen, einzuräumen, daß ich über einen der vielen mir gemachten Vorschläge förmlich Instruction einholen würde, sondern bin nicht nur „eigentlichen", aber auch allen Verhandlungen „entschlüpft". Die von augenscheinlich sehr gut unterrichteten Correspondenten herrührenden Zeitungsartikel, nach welchen ich auf eigne Hand Punctationen abgeschlossen haben soll, sind meiner Ansicht nach absichtliche, von persönlichen oder politischen Gegnern herrührende Entstellungen. Meine „Randbemerkungen" zu den hanöverschen Vorschlägen, die ich, wie ich mit meinem Ehrenwort schriftlich bekräftige, außer Herrn v. Manteuffel keinem Menschen mitgetheilt habe, werden jetzt schon in der Augsburger Zeitung besprochen. Ich weiß nicht, wie das Factum ihrer Existenz zur Öffentlichkeit gelangt sein kann. Vielleicht hat sie Herr v. Manteuffel, in den ich bei seinem ehrenwerten Character und seinen persönlichen Beziehungen zu mir volles Vertrauen setze, dem Herrn Klentze mitgetheilt, um diesem darzuthun, daß Graf Platen andre Vorschläge machte als die K. hanöversche Regirung. Von Herrn Klentze weiß ich, daß er die Intrigue und die Unwahrheit aus Geschmack an der

[1] Nach dem Abdruck im Anhang zu den G. u. E. I, 1 ff.
[2] Nr. 186.
[3] Wortlaut vgl. Anhang zu den G. u. E. I, 6 ff.

Sache selbst liebt, und daß er mir persönlich übelwill, weil ich hier in Frankfurt seinen eifrigen Bemühungen, mich zu einer Abweichung von meiner Instruction in der hanöverschen Verfassungsfrage zu überreden, widerstanden habe.

Vielleicht geruhn E. K. H. von dem anliegenden Schreiben des Herrn v. Schele[1]) Einsicht zu nehmen. Ich erhielt dasselbe in Wien, während mir der K. russische Geschäftsträger gleichzeitig eine Note des Herrn v. Budberg vorlas, nach welcher dieser aus dem Munde Sr. M. des Königs von Hanover, sowie von Herrn v. Schele die Erklärung empfangen haben wollte, daß Hanover den Septembervertrag als unverbindlich ansehn und auflösen werde, sobald die süddeutschen Staaten aus dem Zollverein schieden. Ich habe Herrn v. Schele, mit dem ich nahe befreundet bin, hierüber sowie über den Inhalt seines Schreibens eines Bessern zu belehren gesucht und ihm namentlich vorgehalten, daß es kein sichreres Mittel gebe, den Zollverein zusammenzuhalten, als wenn Hanover jedem Zweifel darüber, ob es treu am Septembervertrage halten werde, ein für allemal ein Ende machte.

E. K. H. wollen gnädigst verzeihen, daß ich Höchstdieselben mit dieser Auseinandersetzung belästige; ich konnte dem Verlangen nicht widerstehn, soweit es an mir liegt, den Beweis zu liefern, daß ich mich weder von meiner Dienstpflicht, noch von derjenigen politischen Richtung entfernt habe, für deren Innehaltung ich wiederholt, und namentlich vor meiner Abreise nach Wien, die Ehre hatte, E. K. H. gnädige Anerkennung zu empfangen.

193. Schreiben an den Prinzen von Preußen.

[Eigenhändiges Konzept.]

25. Juli 1852.[1])

In der Anlage beehre ich mich, mit der u. Bitte um demnächstige Rücksendung, den Text der letzten Erklärung Preußens in der Zoll-Conferenz ehrfurchtsvoll vorzulegen, in der Voraussetzung, daß derselbe E. K. H. noch nicht auf andrem Wege zugegangen ist.

Indem ich meinen u. Dank für das gnädige Schreiben sage, welches mir Herr v. Canitz überbracht hat,[2]) bemerke ich zu demselben u., daß ich die Erklärung, Preußen wolle die Zollfrage als eine offene und unpräjudicirte betrachtet wissen, in Folge der erhaltenen Aufträge und in Einklang mit den Erklärungen der K. Regirung, einschließlich der vom 7. Juni, habe abgeben müssen. Letztre hält die Zollunion nur „zur Zeit" und „für jetzt" unmöglich. Ich habe vor meiner Abreise nach Wien gegen Herrn v. Manteuffel den Wunsch ausgesprochen, von Hause aus erklären zu dürfen, daß wir uns niemals auf die Zollunion einlassen würden, damit unsre Position klarer und günstiger werde. Er erwiderte mir, daß er selbst das auch gern gethan haben würde; es sei aber mit unsrer bisherigen, aus dem Gang der Ereignisse successive entwickelten Haltung nicht übereinstimmend. Er sei mit mir darüber einig, daß wir die Zolleinigung niemals bewilligen könnten, halte es aber politisch für richtiger, bei jetziger Sachlage diese Ablehnung in jener milden Form aus-

---

[1]) Vgl. oben S. 192.

[1]) Nach dem Abdruck in G. u. E. I, 13 ff.

[2]) Das Antwortschreiben des Prinzen auf das Schreiben Bismarcks vom 23. Juli (Nr. 192), datiert Karlsruhe 24. Juli. Darin hatte der Prinz u. a. die Möglichkeit angenommen, daß B. seine Instruktion doch insofern überschritten habe, als er die Frage der Zollunion offen gehalten habe, und B. ermahnt, in diesem Augenblick seine persönliche Angelegenheit nicht in den Vordergrund zu stellen. Wortlaut des Schreibens s. Anh. zu d. G. u. E. I, 12 f.

zusprechen. Ich habe die Ueberzeugung später gewonnen, daß, mit Rücksicht auf die Stellung unsrer Bundesgenossen, namentlich Hanovers, diese Auffassung des Herrn v. Manteuffel die richtige war.

Von Herrn v. Manteuffel habe ich vorgestern ein Schreiben erhalten, aus welchem ich ersehe, daß Herr Klentze bemüht ist, Zwietracht zwischen uns beiden zu säen, und die handgreiflichsten, von Herrn v. Manteuffel sofort als solche erkannten Unwahrheiten zu diesem Zweck nicht scheut.[3]) Indessen ist mein persönliches Verhältniß zu dem Herrn Ministerpräsidenten glücklicherweise der Art, daß volle Offenheit zwischen uns herrscht und keiner von uns glaubt, daß der Andre ihm wissentlich Unrecht thun werde. Wenn auch dieses freundschaftliche und jede Verständigung leicht machende Verhältniß nicht existirte, so habe ich zwar unter allen Umständen das Bedürfniß, E. K. H. zu überzeugen, daß meine Werke und meine Worte in Einklang stehn und ich Instructionen am allerwenigsten nach der hier fraglichen Richtung hin überschreite oder lax auslege; fern liegt es mir aber, da, wo es sich um Interessen der Krone und des Landes handelt, persönliche Angelegenheiten in den Vordergrund zu stellen oder in Geschäften mitreden zu lassen.

Die Erklärung, welche ich erbeten hatte, ist bereits in der neuesten Preußischen Zeitung erschienen.[4]) . . .

194. Bericht vom 1. August 1852 an Minister v. Manteuffel, betr. die holsteinsche Frage. — Vgl. Poschinger I Nr. 84.

195. Bericht vom 2. August 1852 an Minister v. Manteuffel, betr. die Zolleinigung mit Österreich. — Vgl. Poschinger I Nr. 85.

196. Bericht an Minister v. Manteuffel.

[Ausfertigung.]

3. August 1852.

Daß die holsteinsche Angelegenheit durch Annahme der preußisch-österreichischen Anträge in der Bundestagssitzung vom 29. v. M. ihre Erledigung gefunden hat, habe E. E. ich bereits in dem Berichte vom 1. d. M.[1]) anzuzeigen die Ehre gehabt. Vor der Verhandlung der Sache ist bei einigen Gesandten vertraulich die Frage zur Sprache gekommen, ob es nicht ratsam sein möchte, eine Bemerkung, „daß alle Rechtsansprüche von Privatpersonen dadurch nicht präjudiziert würden", in den Beschluß mit aufzunehmen. Veranlassung zu einer solchen Besprechung gab eine der Bundesversammlung zugegangene Reklamation in betreff der für ungültig erklärten schleswig-holsteinschen Anleihen. [Betr. Beschwerde des Handlungshauses Blaß-Schomburgk in Hamburg]. . . .

Ich glaube bei der unter den meisten Mitgliedern der Bundesversammlung sich kundgebenden Stimmung annehmen zu können, daß ein alle Rechtsansprüche von Privatpersonen

[3]) Außer dem Schreiben Bismarcks an Manteuffel vom 23. Juli (Nr. 189) vgl. hierzu seine Briefe an Leopold v. Gerlach vom 26. Juli und 2. August 1852 (Kohlsche Ausgabe S. 34 ff.) und Gerlachs Brief an Bismarck vom 29. Juli 1852 (Kohlsche Ausgabe S. 22 f.)

[4]) Vgl. oben S. 209.

[1]) Nr. 194.

wahrender Passus in den Beschluß Aufnahme gefunden hätte, wenn eine Beschwerde der Art rechtzeitig zur Sprache gekommen wäre und die Instruktion darauf hätte ausgedehnt werden können.

Wenn ich indessen E. E. auch versichern kann, daß über die holsteinsche Angelegenheit fast nur eine Stimme des Bedauerns unter den Mitgliedern der Bundesversammlung herrscht, daß selbst die Gesandten von Königreich Sachsen, Baden, Kurhessen und Mecklenburg laut über „schreiende Ungerechtigkeiten" Dänemarks sprechen und so weit gehen, zu behaupten, die Bundesversammlung habe sich durch ihre Nachgiebigkeit in der holsteinschen Angelegenheit in der öffentlichen Meinung den Todesstoß gegeben, so ist mir doch sehr unwahrscheinlich, daß diese Gesandten geneigt sein werden, ihrer Unzufriedenheit einen offenen oder protokollarischen Ausdruck zu geben, solange die Großmächte mit Dänemark über die Behandlung der Sache einig sind. Selbst wenn in dieser Sache Preußen der vertraulich geäußerten Sympathie für Holstein Rechnung tragen und Schritte darauf gründen wollte, für welche eine Mitwirkung dieser Staaten in Anspruch genommen würde, so ist es mir sehr zweifelhaft, ob die Mehrheit der Staaten einem Beharren Österreichs bei der bisherigen Behandlung der Sache offen entgegenzutreten bereit sein würden, da in den jetzigen handelspolitischen Differenzen die Mittelstaaten gerade Österreichs Preußen gegenüber zu bedürfen glauben. Von einigen Gesandten war zwar anfangs auch die Möglichkeit eines Protestes in Aussicht genommen worden, indessen hat man, wie ich höre, doch davon Abstand genommen, weil man voraussetzt, daß ein solcher Protest ohne weitere Folge zu den Akten würde gelegt werden, wobei es zweifelhaft bliebe, wessen Lage günstiger wäre, dessen, der ihn abgegeben, ohne etwas dadurch zu erreichen, oder dessen, gegen den er gerichtet war, der aber zu einer Beachtung desselben nicht angehalten werden kann. Die Überzeugung von der Erfolglosigkeit eines ausdrücklichen Antrags in dieser Richtung war selbst bei den mit Holstein sympathisierenden Gesandten so allgemein, daß Bayern seinen an und für sich gemäßigten und, wie mir schien, sachgemäßen Vorschlag, den zweiten Antrag der preußisch-österreichischen Vorlage in der in meinem Berichte vom 23. v. M.[2]) bezeichneten Art und Weise zu modifizieren, in der Voraussicht einer ungünstigen Abstimmung über denselben und infolge der österreichischerseits desfalls in München veranlaßten Schritte lieber zurückzog.

Was die Ungültigkeitserklärung der schleswig-holsteinschen Anleihe betrifft, so bin ich für meine Person davon überzeugt, daß die dänische Regierung nach den Grundsätzen des öffentlichen Rechts dazu um so weniger berechtigt war, als sie die Anleihe durch Berichtigung der Zinsen indirekt anerkannt und sogar zur Zahlung der Zinsen „für die verschiedenen gezwungenen Anleihen" eine Einkommensteuer erhoben hatte. Die Anregung der Sache im Schoße der Bundesversammlung hat mir Veranlassung gegeben, nachzuforschen, ob vielleicht in den mit Dänemark abgeschlossenen Verträgen, oder in den zwischen den Kommissarien des Bundes und dem dänischen Kommissarius gepflogenen Verhandlungen eine ausdrückliche Verpflichtung zur Anerkennung enthalten sei; doch habe ich in den mir zugänglichen Quellen hierüber bis jetzt noch nichts gefunden, und auch das rechtliche Gutachten des Professors Stein sagt davon nichts. Sollte indessen eine solche Verpflichtung von Dänemark doch direkt anerkannt sein, so würde ich E. E. dankbar sein, wenn Hochdieselben mich in dieser Beziehung belehren wollten, um davon zu gelegener Zeit Gebrauch machen zu können.

---

[2]) Vgl. oben S. 212.

Außer dem Grafen Thun und Herrn von Bülow kenne ich keinen meiner Kollegen, der die Ansicht über das Unrecht der dänischen Regierung nicht teilte. Allein jeder ist der Meinung, daß die Bundesversammlung, nachdem die Angelegenheit durch den Londoner Traktat in der Hauptsache erledigt ist, nicht die Macht habe, im Widerspruch mit den Großmächten die dänische Regierung zu einer Änderung ihres Verfahrens anzuhalten, oder die Verletzten gegen dieselbe in Schutz zu nehmen.

Außerdem muß, wenn auch mit Bedauern, zugestanden werden, daß es nicht möglich sein würde, die Reklamanten mit einem derjenigen Gründe, an welche die verfassungsmäßige Kompetenz der Bundesversammlung geknüpft ist, zu unterstützen. Man sieht voraus, daß die Verletzten die Hilfe der Bundesversammlung in Anspruch nehmen werden, daß man ihnen aber diese Hilfe, so gern man es auch möchte, nicht gewähren kann. Der einzige Fall, in welchem die Bundesversammlung die Sache in Betracht ziehen könnte, ist der einer Justizverweigerung, und da liegt es ihr nach Art. XXIX der Schlußakte nur ob:

> erwiesene, nach der Verfassung und den bestehenden Gesetzen jedes Landes zu beurteilende Beschwerden über verweigerte oder gehemmte Rechtspflege anzunehmen und darauf die gerichtliche Hilfe bei der Bundesregierung, die zu der Beschwerde Anlaß gegeben hat, zu bewirken.

Frühere Präzedenzfälle haben die Schwierigkeit gezeigt, den Fall einer Justizverweigerung darzutun, da die Beschwerde nur nach der Verfassung und den bestehenden Gesetzen des einzelnen Staates zu beurteilen ist. Und selbst wenn eine Justizverweigerung als vorhanden anerkannt würde, welches ist dann der Erfolg? Die Bundesversammlung bestimmt nicht etwa das Gericht, das nun entscheiden soll, sondern sie hat nur die gerichtliche Hilfe bei dem beteiligten Staate durch dessen Gerichte zu vermitteln. Die jetzigen Reklamanten sehen ihr Schicksal bei den holsteinschen Gerichten voraus, sie ziehen es vor, sich lieber gar nicht an diese zu wenden.

Dieselbe Frage ist vor einigen Monaten wiederum bei Petitionen schleswig-holsteinscher Offiziere in betreff der ihnen zugesicherten Pensionen erörtert worden. Es beziehen sich darauf die §§ 212—215 des Protokolls der Bundestagssitzung vom 7. November v. J. Danach ist der General von der Horst mit seiner Reklamation für Wahrung der Rechte der ehemaligen schleswig-holsteinschen Armee aus dem Pensionsgesetz vom 15. Februar 1850 abgewiesen worden, weil es ihm an einer Befugnis fehle, die Rechte der ganzen aufgelösten schleswig-holsteinschen Armee wahrzunehmen. Mit seiner eigenen Beschwerde ist der General abgewiesen, weil er nicht behauptet, geschweige nachgewiesen, daß er gerichtlichen Schutz nachgesucht, daß ihm die Regierung des Herzogtums Holstein solchen verweigert und daß er auf gesetzlichem Wege ausreichende Hilfe gegen die Justizverwaltung nicht habe erlangen können. Aus demselben Grunde erfolgte die Abweisung zweier anderer Offiziere.

Selbst die Vertreter derjenigen Regierungen, welche ihre Sympathie für die holsteinsche Sache stets am unverhohlensten an den Tag gelegt haben, wie Hannover, Oldenburg und die Thüringischen Staaten, machten gegen die Rechtsbeständigkeit dieser Auffassung keine Einwendung, wennschon sie die Konsequenzen derselben beklagten. Man bedauert, daß ein rechtlicher Anhaltspunkt für das Einschreiten der Bundesversammlung zugunsten der ehemaligen schleswig-holsteinschen Offiziere nicht vorliegt, wenn dieselben auch sich auf eine Justizverweigerung berufen sollten, da das Pensionsgesetz vom 15. Februar 1850 für aufgehoben erklärt worden ist und ein Anspruch, freilich nicht im Rechtswege, nur aus dem von S. M. dem Könige von Dänemark unterm 14. April 1851 genehmigten Unterstützungsplane hergeleitet werden könnte.

Im Hinblick auf diese Verhältnisse ist mir von mehreren meiner Kollegen der Wunsch zu erkennen gegeben worden, daß die Regierungen von Preußen und Österreich, deren Kommissarien mit Dänemark namens des Bundes verhandelt haben, gemeinschaftlich dem dänischen Kabinett Vorhaltungen über sein schonungsloses Verfahren machen und demselben vorstellen möchten, wie es nicht nur die Voraussetzung, unter der die beiderseitigen Truppen das Land geräumt, sondern selbst Versprechungen nicht erfüllt hätte, und wie in dem Verfahren Dänemarks der gerechte und versöhnliche Geist nicht gefunden werden könne, welcher nach den gegebenen Zusicherungen hätte erwartet werden dürfen.

Daß Österreich sich zu solchen gemeinschaftlichen Schritten verstehen sollte, glaube ich bei seiner Nachgiebigkeit gegen Dänemark nicht annehmen zu können, zumal wenn ich die Hinneigung des Grafen Thun zu der dänischen Politik, seine Zuvorkommenheit gegen den K. dänischen Bundestagsgesandten sowohl in amtlicher als in geselliger Beziehung und sein Verhalten gegenüber dem von Bayern beabsichtigten, oben gedachten Antrage, dessen Zurücknahme hauptsächlich durch seine Bemühungen veranlaßt worden ist, in Betracht ziehe.

Ob E. E. unter diesen Umständen, insofern Hochdieselben überhaupt für zweckmäßig und angemessen erachten sollten, Schritte bei der dänischen Regierung sowohl wegen der holsteinschen Anleihe, als wegen der Pensionssache zu tun, wozu vielleicht die Blaß-Schomburgksche Beschwerde einen geeigneten Anknüpfungspunkt darbieten dürfte, nicht für ratsam erachten möchten, von einer Aufforderung des österreichischen Kabinetts zu einem gemeinsamen Handeln abzusehen und sich unmittelbar nach Kopenhagen zu wenden, kann ich nur höherem Ermessen ehrerbietigst anheimgeben.

197. Bericht an Minister v. Manteuffel.

[Konzept.]

5. August 1852.

Es sei zweifelhaft, ob ein Antrag der anhalt-dessauischen Regierung auf Abschluß einer Militärkonvention mit Preußen bei der Bundesversammlung Aussicht auf Erfolg habe.

Nach den von mir gemachten Beobachtungen herrscht im allgemeinen ein großes Mißtrauen gegen die fraglichen Konventionen, und man erwartet mit Ungeduld den Augenblick, wo man dieselben in einer Weise anzugreifen imstande ist, daß man der Notwendigkeit ihrer Aufhebung sicher zu sein glaubt. Man will den Kampf hierüber jetzt noch nicht eröffnen, weil man voraussieht, daß Preußen die sich stets wiederholenden Gründe, weshalb die Konventionen mit der Bundeskriegsverfassung nicht im Einklang stehen sollen, zurückweisen wird, und weil man einsieht, daß es der Bundesversammlung an Mitteln fehlt, ihre Beschlüsse gegen die Ansichten der preußischen Regierung durchzusetzen. Wie es scheint, will man die Revision der Bundeskriegsverfassung benutzen, um womöglich bei dieser Gelegenheit eine Bestimmung in dieselbe aufzunehmen, welche das Fortbestehen der Konventionen nicht zuläßt, oder man will wenigstens suchen, denjenigen Artikeln, auf welche gegnerischerseits der Widerspruch gestützt wird, eine dementsprechende Deutung zu geben.

Die Abneigung gegen die preußischen Militärkonventionen wird hauptsächlich von österreichischer Seite genährt, und es spricht sich hier sogar zuweilen eine gewisse Bitterkeit aus. Als ein Beispiel will ich nur anführen, daß, als vor einigen Wochen in der Angelegenheit wegen der erfolgten Aufhebung der mecklenburgischen und der oldenburg-hanseatischen Brigadekonventionen Preußen schon mit Rücksicht auf die mit Mecklenburg-Schwerin

bestehende Konvention gegen eine sofortige Aufforderung der betreffenden Regierungen zur Wiederherstellung dieser Brigadekonventionen stimmte und der Sache bis zur bevorstehenden Revision der Bundeskriegsverfassung Anstand gegeben zu sehen wünschte (§§ 159 und 160 der 16. Bundestagssitzung), am nächsten Tage unmittelbar von der Kaiserlich Österreichischen Gesandtschaft aus Artikel in das Frankfurter Journal, die Frankfurter Post, Augsburger Allgemeine und andere Zeitungen geschickt wurden, welche die preußischen Militärkonventionen als im klarsten Widerspruche mit der Bundeskriegsverfassung stehend und die baldige Aufhebung derselben als gewiß hinstellten.

Sollten diese Konventionen in der Bundesversammlung zur Sprache kommen, so glaube ich schwerlich, daß mehr als 3 bis 4 Stimmen auf preußischer Seite sein werden, und ich habe es deshalb stets für das ratsamste erachtet, daß dieselben weder in der Militärkommission noch in der Bundesversammlung ohne eine besondere Veranlassung angeregt werden.

Wie wenig Anklang die Konventionen selbst bei Preußens Verbündeten und insbesondere bei der hannoverschen Regierung fänden, zeige am besten der deshalb mit dem K. hannoverschen Gesandten zu Berlin neuerdings geführte Schriftwechsel. Es sei fast mit Gewißheit vorauszusehen, daß aus einer Einbringung des dessauischen Antrages in der Bundesversammlung ein erwünschter Anlaß genommen werde, die Militärkonventionen im allgemeinen zum Gegenstand feindseliger Erörterung zu machen. Um einen Beschluß der Bundesversammlung zu vermeiden, der die Militärkonventionen überhaupt als mit der Bundeskriegsverfassung im Widerspruch stehend erkläre, erscheine es daher ratsam, von allen Anträgen und Anfragen bei der Bundesversammlung ganz abzusehen, und die Sache lediglich mit den beteiligten Staaten zu regulieren und zwar in einer Form, die mit den Bundesgesetzen völlig verträglich wäre. Es empfehle sich ferner, auch bei den übrigen Konventionen diejenigen Punkte zu beseitigen, welche mit der Bundeskriegsverfassung nicht ganz im Einklang seien. Preußen könne alsdann jeder Verhandlung der Sache in der Bundesversammlung mit Ruhe entgegensehen und allen Anträgen und Beschlüssen einen begründeten Widerspruch entgegensetzen. Einer Abänderung der Bundeskriegsverfassung würde dann die K. Regierung, insofern sie ihr nach ihrer Auffassung nicht günstig wäre, nicht beizutreten brauchen, und einen die Bundeskriegsverfassung abändernden, gegen ihre Ansicht gefaßten Majoritätsbeschluß würde sie nicht anzuerkennen brauchen, vielmehr in der günstigen Lage sein, ihr Recht aus dem jetzt bestehenden herleiten und daran solange festhalten zu können, bis etwas für sie Günstigeres an seine Stelle gesetzt werde . . . .

198. Bericht vom 6. August 1852 an König Friedrich Wilhelm IV., betr. die Preßgesetzgebung. — Vgl. Poschinger I Nr. 88.

199. Privatschreiben an Minister v. Manteuffel.

[Eigenhändig.]

7. August 1852.

E. E. sage ich meinen herzlichen Dank für Ihren Glückwunsch und die Annahme der Pathenstelle;[1]) meine Frau und das Kind befinden sich bis jetzt über Erwarten wohl. Die Taufe wird, wegen Abwesenheit des dazu ausersehenen Geistlichen, erst in der ersten Hälfte des nächsten Monats stattfinden.

Herr von Savigny war heut bei mir und hat mich ersucht, in Vervollständigung seiner telegraphischen Meldung über die guten Dispositionen der Badischen Regirung, E. E. noch vertraulich zu berichten, daß man in Carlsruh gern bereit sei, bei der am nächsten Dienstag beginnenden Zusammenkunft in Stuttgart[2]) im Sinne etwaiger, bis dahin noch mitzutheilender Wünsche Preußens zu wirken. Er glaubt nicht, daß dieß Anerbieten

[1]) In einem Briefe vom 4. August 1852 (abgedruckt Anhang zu den G. u. E. II 85 f.) nahm Manteuffel Patenstelle bei Bismarcks am 1. August 1852 geborenen Sohn Wilhelm an. Ein Angebot der Patenstelle durch Bismarck liegt nicht vor.

[2]) Zusammenkunft der Angehörigen der Darmstädter Koalition vom 10. bis 14. August.

von dem Wunsche eingegeben sei, unsere „etwaigen Wünsche“ bloß kennen zu lernen, und sagte mir, die badische Ansicht gehe dahin, daß von einer Zollunion gar nicht die Rede sein, daß Östreich von uns Garantien für den demnächstigen Abschluß eines Handelsvertrages nicht verlangen könne und das allein Wünschenswerthe und Erreichbare in einem von uns der Coalition gegenüber zu gebenden einfachen Versprechen bestehe, daß wir nach Abschluß des Zollvereins einen Handelsvertrag mit Östreich eingehn wollten. Hierin sieht man badischer Seits die goldne Brücke, welche der Coalition den Rückzug möglich mache, und der Prinz-Regent hofft von dem versöhnlichen Sinne E. E., den er in Berlin kennen gelernt habe, daß Sie diesen Rückzug möglich erhalten würden. Savigny theilte mir außerdem mit, daß, nach Allem, was ihm durch den Prinzen[3]) und dessen Umgebung kund geworden sei, man in der letzten Zeit eine künstlich combinirte Intrigue gespielt habe, um die conservative Partei in Preußen untereinander und namentlich um E. E. mit Ihren Anhängern zu entzweien. Seiner Meinung nach habe Prokesch seine Hände dabei im Spiel, Rochow sei der Sache nicht fremd, und Rudloff, nach Savigny's Ansicht, bewußtes Werkzeug davon gewesen. Sicher wisse er, daß ein und dieselben Leute mich nach oben hin als einen ehrgeizigen Parteigänger geschildert hätten, der mit junkerlicher Hülfe sich an E. E. Stelle setzen wolle, während sie den Männern der Kreuzzeitung insinuirt hätten, ich hätte „meine Mütze über den Kopf gezogen“, mit Quehl fraternisirt und ginge mit E. E. und gegen meine alten Parteigenossen „durch dick und dünn“, um auf dem Wege Westphalen zu entthronen und Minister des Innern zu werden! Auch bei dem Prinzen[3]) habe man mich im erstern Sinne verdächtigt, aber schließlich ohne Erfolg. Es geht den Leuten zu gut, darum klatschen und intriguiren sie. Bei dem Prinzen hat namentlich Klenze, der S. K. H. öfters in Berlin gesehn, nicht nur mich, sondern auch E. E. angeschwärzt, letztres aber ganz resultatlos. Klenze ist übrigens katholisch, wie ich bei der Gelegenheit erfahre. In Bezug auf Platen sagt mir Herr von Bothmer, daß man ihn mit 3000 Thlr. Verlust nach Paris schickt, weil er bisher weniger Hanover in Wien als Wien in Hanover vertreten habe. Savigny weigerte sich, mir die Übelthäter zu nennen, nach seinen Andeutungen muß ich fast auf Rochow und Rudloff schließen; auch Mittheilungen, die mir der Major Berg macht, deuten darauf hin, und Graf Thun sagt mir, daß ihm ein Preuße aus Berlin geschrieben habe, ich hätte eine verfehlte Intrigue gemacht, um Minister zu werden; ich halte Rochow für diesen Correspondenten. Als ich diesen meinen Freund, Landsmann und Gutsnachbarn zum letzten Mal sah, reisten wir auf demselben Zuge nach Dresden; er war, ohne meine Schuld, wie E. E. wissen, so ungehalten auf mich, daß er sich kaum zu der nothdürftigsten Höflichkeit überwinden konnte, und sagte mir, er sei froh, daß er meine Mission nicht habe, der Kaiser (von Rußland) habe sie ihm angeboten, er sie aber abgelehnt.

Vom General Gerlach habe ich heut einen Brief mit Belägen für die Thätigkeit der Neunerfreunde in Hamburg. Nebenher klagt er, E. E. mißtrauten ihm, und er kämpfe vergebens, um das zu ändern; er schließt seinen Brief mit der Ermahnung, auch meinerseits alles zu thun, um Ihr Mißtrauen gegen ihn zu zerstören und gegen mich nicht aufkommen zu lassen, und überhaupt alles zu thun, was zur Stärkung des Ministeriums nach oben und nach unten dienen könne, da E. E. der einzige mögliche Premier wären.[4]) Ich bin gewiß, daß er darin ganz aufrichtig ist, denn Unwahrheit liegt überhaupt nicht in seinem

[3]) d. h. von Preußen.

[4]) Vgl. Kohl, Briefe des Generals Leopold v. Gerlach an Otto v. Bismarck Nr. 16.

Character, und gegen mich namentlich ist er stets ohne Rückhalt offen gewesen. Doch würde ich g. bitten, ihn nicht merken zu lassen, daß ich diese Mittheilung aus seinem Briefe machte. Von Ihrem Herrn Bruder, schreibt er, hat er einen sehr entgegenkommenden Brief erhalten, der ihn bei dessen „Abneigung gegen Pietisten" besonders gefreut habe. Der Prinz hat mir heut ein Schreiben an S. M. nach Putbus zur Beförderung geschickt. Ich bitte Ihrer Frau Gemalin meine und meiner Frau angelegentlichste Empfehlung zu machen. In treuster Anhänglichkeit . . .

[Nachschrift.]

Dalwigk hat zu Herrn von Oertzen gesagt, Darmstadt werde keinenfalls nachgeben, sondern bis zum letzten Mann gegen Preußen aushalten; wenn aber alle Andern wichen, so könne Hessen-Darmstadt allein nichts machen. Auch in Bundesverhandlung[en] ist Darmstadt besonders bitter gegen uns.

*200. Telegramm an Minister v. Manteuffel.

8. August 1852. Nachmittags 5½ Uhr.

Der Prinz Wittgenstein (Nassau) hat Sir Al. Malet mitgeteilt, daß Österreich vor einigen Tagen durch Cirkularnote die Koalitionsstaaten ihrer in Folge der Wiener Zollkonferenzen eingegangenen Verpflichtungen entbunden und ihnen anheim gegeben hat, nach eigenem Interesse zu handeln.

201. Bericht an Minister v. Manteuffel.

[Ausfertigung.]

8. August 1852.

Aus einer sonst glaubwürdigen Quelle geht mir soeben die Nachricht zu, daß vor drei Tagen bei den Regierungen der Darmstädter Koalition eine Note des österreichischen Kabinetts eingegangen ist, wonach dasselbe die Staaten von den ihrerseits in Wien übernommenen Verpflichtungen entbindet und ihnen unter der Erklärung, daß es daraus keine Ansprüche weiter herleiten wolle, überläßt, lediglich so zu handeln, wie sie in ihrem Interesse für das Beste und Ratsamste hielten. Mein Gewährsmann, welcher die Note gelesen hat, der aber der deutschen Sprache nicht ganz mächtig ist, glaubt mit Bestimmtheit versichern zu können, daß dies der wesentliche Sinn derselben sei. Er hält es auch für möglich, daß diese Note nicht bloß an die Darmstädter Koalisierten, sondern überhaupt an alle diejenigen Regierungen ergangen ist, welche an den Wiener Zollkonferenzen teilgenommen haben.

Wenngleich diese Nachricht in Widerspruch mit der Sendung des Grafen Rechberg[1]) und dem günstigen Erfolg stehen dürfte, den die rastlose Tätigkeit desselben nach hier verbreiteten Gerüchten haben soll, so habe ich doch um so weniger unterlassen wollen, E. E. davon g. Anzeige zu machen, als Hochdenselben vielleicht anderweitig Nachrichten zugehen, welche die mir gemachte Mitteilung bestätigen oder doch wenigstens näher erläutern.

---

[1]) Graf Rechberg wurde im Juli 1852 nach München und nach Badenweiler, wo sich damals der König von Württemberg aufhielt, entsandt, um Bayern und Württemberg in ihrer in der Zollfrage für Österreich günstigen Stimmung zu erhalten.

[Eigenhändige Nachſchrift.]

Der Fürſt Witgenſtein in Wiesbaden hat umſtehende Mittheilung an Sir A. Mallet gemacht und hinzugefügt, er habe dem Grafen Thun ſofort geſchrieben: Vous nous auriez épargné beaucoup d'embarras, si vous aviez dit cela plutôt. Die Ausdrücke der Note bezeichnet Sir Alexander dahin: Öſtreich ſtelle den Staaten frei, de ne point se considérer comme liés par les engagements pris à Vienne vis-à-vis de l'Autriche. Der engliſche Geſandte ſagt mir außerdem, daß er durch Lord Derby angewieſen ſei, vorkommenden Falls in dem Zollſtreit jederzeit das Preußiſche Intereſſe mit Nachdruck zu unterſtützen. Der Prinz W[ittgenſtein] hat mit Rückſicht auf die Kürze[1]) der Zeit zwiſchen der Stuttgarter Conferenz und dem 16. gemeint, Preußen werde es auf Einen Tag nicht ankommen, und wolle Preußen deshalb, weil die Beiſtimmung etwas ſpäter komme, den Zollverein löſen[2]), ſo falle das ganze Odium auf Preußen.

*202. Bericht an das Miniſterium der Auswärtigen Angelegenheiten.

[Eigenhändig.]

10. Auguſt 1852.

Ich habe bisher über den Gegenſtand, welchen die geſtrige chiffrirte Depeſche[1]) betraf, etwas Weitres nicht ermitteln können, als was mein vorgeſtriger Bericht enthält. Sir A. Malet, der allen Glauben verdient, hat mir heut die Erzählung wiederholt, und hinzugefügt, daß der Fürſt Witgenſtein ihm die Mittheilung in ſehr präciſen und klaren Worten gemacht habe, nachdem er vorausgeſchickt, daß die Sache für Naſſau („pour nous") eine ſehr ernſthafte Wendung nehme. Ich kann mir keinen Grund denken, weßhalb der Prinz Witgenſtein dem engliſchen Geſandten, welchen er als eine neutrale und wohlwollende Perſönlichkeit betrachtet, jene Mittheilung gemacht haben ſollte, wenn ſie unwahr wäre; namentlich würde er dann das détail nicht hinzugefügt haben, daß er dem Grafen Thun geſchrieben hätte: „wenn Ihre Regirung uns das einige Wochen früher geſagt hätte, ſo würde ſie uns viel Verdruß erſpart haben". Ich berührte heut im Geſpräch mit Graf Thun das Vorhandenſein der öſtreichiſchen „Circularnote" als bekannte Thatſache und ſagte, man habe mir von Berlin darüber geſchrieben. Er ſtellte aber entſchieden in Abrede, daß ein Actenſtück derart exiſtire, und fand es unbegreiflich, wie ſeine Regirung zu einer ſolchen Demarche hätte kommen ſollen. S[ir] A. Malet zeigte mir heut einen Bericht von Sir Ralphe Milbanke in München, der sub volante zur Beförderung nach London an ihn gelangt war. Derſelbe enthielt mehre Nachrichten, die, wie Malet ſelbſt bemerklich machte, die Angabe des Prinzen Witgenſtein nicht unterſtützten: der öſtreichiſche Geſandte[2]) ſei zwar offenbar unbefriedigt von der Lage der Zollangelegenheit aus Wien zurückgekehrt, habe aber das Münchner Cabinet ermahnt, alle Kraft einzuſetzen, um den Übergriffen (encroachments) der Preußiſchen Politik entgegenzutreten, ſelbſt auf die Gefahr hin, daß Baiern ganz allein in dieſem Beſtreben übrig bleibe. Pfordten ſetze ſeine ganze Hoffnung darauf, daß man in Stuttgart noch einen einheitlichen Beſchluß der Coalitionsregirungen zu Stande bringen werde und daß in dem Falle die Nachgiebigkeit Preußens unzweifelhaft ſei; wenig-

201. [1]) Bei P. ſteht irrig: Lage.
[2]) Bei P. ſteht irrig: laſſen.
202. [1]) Betr. nähere Ermittlungen zu der „Freilaſſungsnote".
[2]) Valentin Graf Eſterházy.

stens spreche er sich gegen die Vertreter andrer Staaten in dem Sinne aus, wie Sir Ralph schreibt, daß es einen letzten, aber sicher erfolgreichen Anlauf gelte. Ich weiß nicht, und Sir Alexander wußte es auch nicht, wie er den Inhalt dieses Münchner Berichts mit dem der Indiscretionen des Pr[inzen] Witgenstein combiniren solle; er hält für wahrscheinlich, daß der Nassauische Minister, weil er seltner fremde Diplomaten sähe, mehr das Bedürfniß der Mittheilung habe, als der bairische, und daß letztrer geschickter schweige, es mit der östreichischen Circularnote aber seine Richtigkeit habe.

Sobald ich Näheres erfahre, schreibe ich sofort.

203. Bericht vom 14. August 1852 an Minister v. Manteuffel, betr. die Feststellung der Stärke und Zusammensetzung der Bundeskontingente. — Vgl. Poschinger I Nr. 90. Dort muß es S. 127, Z. 10 für „½%" heißen „1½%".

204. Privatschreiben an Minister v. Manteuffel.

[Eigenhändig.]

14. August 1852.

E. E. beehre ich mich, unter Wiederholung meiner Danksagung für die gütige Annahme einer Pathenstelle, g. zu benachrichtigen, daß die Taufe meiner Secundogenitur möglicherweise schon am nächsten Donnerstag den 19. stattfindet. S. K. H. der Prinz von Preußen will die Gnade haben, gleichfalls die Bürgschaft für die christliche Erziehung des Täuflings zu übernehmen, und Graf Pückler hat mir heut bei seiner Durchreise nach Pyrmont oder einem benachbarten Badeort die Aussicht eröffnet, daß S. K. H. der heiligen Handlung in Person beiwohnen würden, falls sie am 19. c. stattfände. Ich glaube zwar, daß dabei ein Mißverständniß über die Lage der Züge von hier nach Mainz—Coblenz obwaltete, und erwarte morgen noch die genaueren Befehle des Prinzen; sollte es nach diesen aber dabei bleiben, daß die Taufe schon am Donnerstag stattfindet, so würde ich E. E. g. bitten, Ihre Vertretung durch meinen Oheim von Kleist-Retzow, oder falls der dienstlich verhindert sein sollte, durch den Obrist von Kessell, Commandeur des 29. Regiments, zu genehmigen, da ich die Unbescheidenheit nicht soweit treiben kann, Sie zu einer Reise von 80 Meilen lediglich ad hoc einzuladen, so glücklich ich mich auch schätzen würde, Ihnen die Honneurs von Frankfurt machen und die schöne Aussicht aus meiner Logirstube zeigen zu dürfen, falls Sie ein paar geschäftsfreie Tage hier verleben und den kleinen Heiden aus der Taufe heben wollten.

Amtlich werden E. E. Kenntniß erhalten haben, daß unsre Ferien eingetreten sind. Den Umständen der Vertagung nach liegt hierin eine Übertragung der laufenden Geschäfte auf das Präsidium, d. h. für jetzt auf mich, und meine Ferienarbeiten werden dadurch geschärft, daß Wenzel auf 3 Wochen das Seebad in Ostende glaubt gebrauchen zu müssen und Canitz seine Vertretung durch mich auf einige Wochen ebenfalls erwartet. Ich habe nichts dawider und bin froh, wenn ich einige Zeit bei Frau und Kind bleiben kann. Was die außerbundestägliche Politik anbelangt, so wird die Haltung der hier benachbarten Cabinette, namentlich in der offiziösen Presse, um so unverschämter, je mehr ihnen das Resultat

des Phaethonfluges ihrer selbständigen Politik bedenklich zu werden beginnt. Mir drängen sich dabei zwei Betrachtungen auf, begründet auf die Überzeugung, daß mit diesen hoch- und kleinmütigen Herrn das Zähnezeigen stets weiter führt, als rücksichtsvolles Wohlwollen: 1) Ob es nicht an der Zeit ist, Darmstadt gegenüber eine Demonstration zu machen, indem man den Sitz der Residentur wieder nach Frankfurt zurückverlegt; drei Viertheil der laufenden Geschäfte, die Handel, Pässe, Verificationen ꝛc. betreffen, müssen ohnehin hier Namens der Residentur durch die Bundesgesandschaft betrieben werden; jedenfalls würde ich die Andeutung einer solchen Absicht für sehr zeitgemäß halten. 2) Wenn es überhaupt möglich ist, eine Ansicht über den Verlauf der Zollfrage zu äußern, so geht die meinige dahin, daß die Darmstädter Winkelzüge und Vermittlungsvorschläge machen werden, bis der Bruch von uns formell proclamirt wird, dann aber einzulenken versuchen werden; in dem Fall wird, wie ich glaube, von der Pfordten eo ipso zwar nicht abtreten, aber fallen, Beust[1]) vielleicht unentbehrlich befunden werden, aber an den Kleinen, an Dalwigk und Witgenstein, sollten wir ein Exempel statuiren, daß man uns nicht ungestraft auf der Nase spielt. Es ist ohnehin eine Belästigung, mit Ministern, deren ganzes Programm in der Prinzlich Emilschen Negation gegen Preußen besteht, in Einem Zollverein zu leben, und dem Herzoge von Nassau würde die vorbedungne Pensionirung Witgensteins ein angemessenes Neugeld bilden für das Bestreben, „weder eine östreichische noch eine Preußische, sondern eine nassauische Politik zu treiben“, wie er mir im vorigen Jahre sagte. Kurz, ich möchte unmaßgeblich anheimstellen, den Zollverein mit Darmstadt und Nassau nicht zu erneuern, wenn jene beiden Herrn nicht zurücktreten. Dann wird gewiß eine Preußische Reaction in der Haltung dieser Staaten erfolgen.

Hinkeldey hat auf Grund leichtsinniger Polizeiberichte, ich weiß nicht von wem, über den Geist des Preuß. Militärs hier am Ort durch S. Majestät und das Kriegsministerium hier Anfragen und Erinnerungen veranlaßt, die das Offiziercorps mit Recht verletzt haben, und leider hält man die Gesandschaft, das „Civil“, für die Urheberin davon. Die Polizei-Agenten, aus Mangel an Stoff, lügen und übertreiben unverantwortlich. Mit der Bitte, mich und meine Frau (der es wohl geht) Ihrer Frau Gemalin zu empfehlen, in treuer Anhänglichkeit . . .

[Nachschrift.]

Der junge Herr wird Wilhelm Otto Albrecht (nach dem Bären) getauft werden.

*205. Telegramm an Minister v. Manteuffel.

18. August 1852. Morgens 10¾ Uhr.

Die Nachricht, welche meine telegraphische Depesche vom 8. c. und mein Bericht vom 8. c. enthielten, ist mir auch von dem französischen Gesandten in denselben Ausdrücken, wie damals vom englischen, und als zuverlässig mitgeteilt worden. Herr von Tallenay gilt als gut unterrichtet.

---

[1]) Hinter dem Namen Beust mit Bleistift, anscheinend auch von Bismarcks Hand, wohl gelegentlich der Veröffentlichung des Schreibens durch Poschinger, eingefügt: und Hassenpflug.

206. Privatschreiben an Minister v. Manteuffel.

[Eigenhändig.]

17. und 18. August 1852.

E. E. werden schon durch Herrn von Savigny diejenigen Nachrichten erhalten haben, welche ich über den Verlauf der Stuttgarter Conferenz[1]) mittheilen könnte, nachdem ich gestern zur Information in dieser Angelegenheit einen Ausflug nach Baden gemacht habe. Es ist eine eigenthümliche Wendung, daß der König von Würtemberg augenblicklich unser zuverlässigster Verbündeter zu sein scheint. Sein Privatsecretär hatte sich in Baden gegen einen englischen Bekannten von mir dahin geäußert, daß der Gedanke, „in einem bairischen Orchester die zweite Violine zu spielen“, dem Könige ganz besonders widerwärtig sei und gegenwärtig im Vordergrund stehe. Die endliche Erklärung dieses Herrn über das, was seine Minister, oder doch Herr von Neurath, in Stuttgart verabredet haben, hatte Herr von Linden, der sich zu diesem Behuf nach Badenweiler begeben, noch nicht gebracht. Soviel scheint aber unzweifelhaft, daß, wenn auch die Zustimmung von Baden und Würtemberg zu einer für uns noch immer unannehmbaren gemeinsamen Erklärung der Coalition gewonnen werden sollte, diese Einstimmigkeit ein schnelles Ende nehmen werde, sobald der von Pfordten prophezeite Erfolg, die Nachgiebigkeit Preußens, nicht eintritt. Sogar Herr von Beust, der die Unterredung mit mir mehrfach[2]) suchte und auf das Zollthema brachte, war sehr weich und versöhnlich in seinen Äußerungen und bat dringend um irgend eine entgegenkommende Demarche von Preußen, welche den Coalitionsstaaten das Nachgeben mit Ehren ermöglichte. Die Rückzugslinie auf die östreichische Garantie scheint ganz aufgegeben zu sein, und man ist in betreff der Zwangsmittel uns gegenüber darauf reducirt, mit seiner Fügsamkeit etwas länger zu zögern; ausbleiben kann sie nicht. Um so mehr möchte ich mir erlauben, darauf zurückzukommen, daß wir die Situation mit Entschlossenheit ausbeuten, um bei den bisher feindseligen deutschen Regirungen einen Minister- und Systemwechsel zu erzwingen, indem wir nur unter derartigen Bedingungen uns mit ihnen einlassen. Die Reaction zu unsern Gunsten würde meiner Ueberzeugung nach gründlich und umfassend sein, wenn wir es durchsetzten, die Persönlichkeiten oder auch nur einige derselben, die die Träger des bisherigen Systems gewesen sind, zu stürzen, und ich zweifle keinen Augenblick, daß es in unsrer Macht liegt, wenn wir unerschütterlich bleiben.

Ich habe neulich die mir vom englischen Gesandten mitgetheilte Nachricht gegeben, daß Oestreich seine Verbündeten ihrer Verpflichtung entlassen habe. Da sie sich von keiner Seite her bestätigt, so muß ich annehmen, daß Sir Al. Mallet, der noch heut bei der Angabe beharrt, den Prinzen Witgenstein mißverstanden[3]), und dieser ihm nur gesagt hat, Oestreich habe gedroht oder erklärt, es halte sich an die von der Kais. Regirung übernommnen Verpflichtungen nicht mehr gebunden, nachdem die Coalitionsregirungen, oder doch einige derselben, den ihrigen nicht nachgekommen seien. Dieß soll, wie ich in Baden hörte, der Inhalt einer am 29. July von Wien ausgegangnen Circularnote sein.

Lord Augustus Loftus hat mir gesagt, er sei in Baden Zeuge gewesen, daß der Prinz Emil von Hessen „unwürdige und bedenkliche Intriguen“ zu Gunsten des[4]) Prinzen

---

[1]) Vgl. oben S. 219.
[2]) Poschinger setzt (Bausteine S. 12): häufig.
[3]) Am Rande schreibt B. hier: cf. folgende Seite.
[4]) Vorlage: der.

Präsidenten bei dessen Anwesenheit[5]) gespielt habe. Gewiß ist wohl, daß der auffallende Schritt der Sendung des Herrn von Dalwigk mit dem Hessischen Orden allein vom Prinzen Emil durchgesetzt worden ist. Da nun dieser Fürst gleichzeitig der Leiter und Anstifter derjenigen Politik ist, welche sein persönlicher Freund Prinz Witgenstein in Nassau und Herr von Dalwigk in Darmstadt uns gegenüber treiben, so scheint es, daß die heutige Rheinbundspolitik zwar den Antagonismus gegen Preußen bedingt, aber die Freundschaft mit Oestreich nicht ausschließt.

18. August. Gestern Abend ist es mir nach mehren vergeblichen Bemühungen gelungen, Herrn von Tallenay aufzufinden, der seit mehren Wochen von seiner Neigung zu einer nicht mehr jungen, niemals hübschen und dabei langweiligen Frankfurterin im Gebirge umhergezogen wurde. Er bestätigte mir die Mittheilung von Sir A. Mallet in Bezug auf die östreichische Circularnote vollständig und gleichlautend, ohne daß ich ihm vorher sagte, daß und in welcher Weise ich davon schon gehört hätte. Auf meine Bemerkung, daß mir die Existenz einer solchen Note kaum wahrscheinlich sei, indem sie, einmal zur Kenntniß aller Coalitionsregirungen gelangt, nicht geheim geblieben sein würde, erwiderte er, der Inhalt der Circularnote sei den Betheiligten so unangenehm, daß die Geheimhaltung dadurch erklärlich werde; Oestreich habe direct oder indirect erklärt, daß es für eine nähere Verbindung mit den Coalitionsstaaten ohne Preußen Opfer zu bringen nicht geneigt sei, nachdem der Beitritt Preußens zur Zollunion unwahrscheinlich geworden sei. Die Verlegenheit, in welche die Coalitionsstaaten auf diese Weise gesetzt seien, habe die erfolglosen Sendungen der Herrn von Beust und von Dungern (Nassau) und von Biegeleben (Darmstadt) nach Wien veranlaßt. Diese Herrn hätten sich vergeblich bemüht, andre Erklärungen als die gegebnen in Wien zu erhalten, da diese ihnen keine andre Wahl ließen, als sich unter den besten jetzt noch erreichbaren Bedingungen an Preußen zu ergeben. Ich fragte Herrn von Tallenay ausdrücklich, ob nicht der Inhalt einer andern östr. Circularnote, in welcher Oestreich mit Entziehung seiner Unterstützung nur drohe, zu Gerüchten von der Existenz einer weitergehenden Erklärung Anlaß gegeben habe; er entgegnete mir, daß seines Wissens in den letzten Wochen nur Eine derartige Note von Wien ausgegangen sei, daß diese aber den Coalitionsstaaten ausdrücklich freistelle, „de ne plus se considérer comme liés“, worunter natürlich nichts Andres zu verstehn sei, als daß Oestreich sich selbst nicht als liée betrachten wolle.

Danach muß also die Thatsache wenigstens richtig sein, daß dem englischen und dem französischen Gesandten die fragliche Nachricht gleichlautend mitgetheilt worden ist; der erstre hat sie, wie gesagt, von dem nassauischen Minister, und Herr von Tallenay steht sowohl mit dem Prinzen Witgenstein als mit dem Prinzen Emil von Hessen in zu lebhaften persönlichen Beziehungen, als daß er auf diesem Felde nicht gut unterrichtet sein sollte. Er sprach auch mit mir von der Verwarnung der Kreuzzeitung,[6]) und äußerte die m. E. begründete Befürchtung, daß die Schritte des Herrn von Varennes[7]) und deren Resultat die den beabsichtigten entgegengesetzten Folgen haben und die öffentliche Meinung in Preußen mehr gegen Frankreich reizen würden, als es die Artikel der Zeitung vermocht hätten. Er hielt es für wahrscheinlicher, daß Herr von Varennes diese Sache auf eignen Kopf,

---

[5]) Vgl. oben S. 208.

[6]) Die Kreuzzeitung war wegen scharfer Angriffe auf den Präsidenten der französischen Republik verwarnt worden Vgl. Neue Preußische (Kreuz-) Zeitung vom 7. August 1852 (Zuschauer).

[7]) Der seit dem 1. April 1852 in Berlin beglaubigte französische Gesandte Baron de Varennes versuchte den Napoleonstag (15. August) in Berlin demonstrativ zu begehen.

„pour montrer du zèle" gethan habe, als daß er ausdrücklich dazu angewiesen sei. Ich lasse dahingestellt sein, ob Herr von Tallenay dieß sagte, weil er es glaubte, oder weil er in mir einen Parteimann der Kreuzzeitung sieht.

Der Fürst Witgenstein ist am Sonntag Abend in Wiesbaden wieder eingetroffen, nachdem er in Wildbad seinen Herzog auf der Rückreise von Stuttgart besucht hat. Vollpracht soll bei seiner Abreise nach Berlin die sonderbare Aeußerung gethan haben, sie, die Commissarien, blieben bis zum Dezember in Berlin, dann ginge es nach Wien. Mein Gewährsmann schließt daraus, daß man an Provisorium und Zeitgewinn denke. Der Prinz Emil ist mit dem Fürsten Witgenstein in Wiesbaden.

Von Graf Platen in Wien hatte ich vor 14 Tagen ein neues Schreiben erhalten, worin er verschiedne politische Fragen und Vorschläge that. Ich antwortete ihm, daß ich, nach manchen verdrießlichen Erfahrungen, es mir zur Regel gemacht hätte, auswärtigen Diplomaten gegenüber, auch dann, wenn sie meine alten Freunde wären, über Politik nicht anders als amtlich zu schreiben, daß ich daher die vertrauliche Besprechung der von ihm angeregten Fragen ablehnen müsse. Nun schreibt er mir, daß er schon längst vermuthet habe, daß mir entstellende Mittheilungen über die Art, wie er seine Beziehungen zu mir dargestellt habe, zugegangen seien; mein Brief bestätige ihn darin. Zum Beweise, daß *er* höchstens die unschuldige Ursache sein könne, wenn die von mir gemachten verdrießlichen Erfahrung[en] durch ihn veranlaßt wären, schickt er mir „Auszüge aus seinen sämmtlichen meine Mission betreffenden Berichten".[8]) Es liege ihm an meiner guten Meinung zu viel, um nicht diesen Schritt zu thun, den er einem Andern gegenüber gewiß nicht gethan haben würde, und er erwarte von mir, daß ich nach gemachtem Gebrauch das Document vernichten werde. Ich erlaube mir E. E. g. zu bitten, die anliegende Abschrift nicht weiter zu benutzen, als um Sich wiederholt zu überzeugen, daß Klenze kein Zutrauen verdient und zum Behuf der Intrigue die Unwahrheit sagt, während Platen zwar auch übertreibt, aber nur im eignen Interesse, um seine Resultate und Geschicklichkeiten glänzen zu lassen und sein getrübtes Verhältniß mit Herrn von Schele zu retabliren. Außerdem muß ich zu Platens Entschuldigung anführen, daß ich mich, ihm gegenüber, als *persönlich* zur Verständigung geneigt gab, theils um durch ihn zu erfahren, wie weit die ihm sehr befreundeten Vertreter der Darmstädter wohl gehn möchten, theils um dahin zu wirken, daß er in seinen Berichten an Schele, der ein Arrangement verlangte und mir im Fall der Hartnäckig-

---

[8]) Am Rande von Bismarcks Hand: „cf. Anlage". Diese Anlage enthält eine von Bismarcks Hand herrührende Abschrift der ihm von Platen übersandten Auszüge aus dessen Berichten an seinen König, nebst Bemerkungen Bismarcks zu der Sache, und eine vom Grafen Stolberg stammende Abschrift der Auszüge Platens aus seinen Berichten an Schele, auf der Bismarck am Rande einige die Angaben Platens kritisierende Bemerkungen gemacht hat. Der von Bismarck geschriebene erste Teil der Anlage lautet:

Rapport au Roi [von Hannover], en date du 13 Juin
— bien que le comte Arnim dise, de ne faire qu'une absence de six semaines, je suis disposé à croire, qu'il ne reviendra pas ici, et qu'il est question de le remplacer. Si Mr. de Bismarck ambitionnait ce poste, je crois qu'on le lui accorderait, mais il paraît qu'il ne lui convient guère.

Rapport au Roi en date du 16 Juin
Mr. de Bismarck est très-peu satisfait de son séjour ici, et je crains qu'il n'accepte point ce poste, en cas qu'on le lui offre. Il serait cependant fort à désirer, qu'il occupât un des grands postes à l'étranger, vu qu'il a de grandes chances d'être nommé un jour ministre des affaires étrangères, d'autant plus que Mr. de Manteuffel est, dit-on, dégouté des affaires et désire vivement se rétirer. (Dies wird der Passus sein, welcher Herrn Klenze den Stoff zu den Insinuationen geliefert hat, die er E. E. hat machen wollen.)

Aus seinen Berichten an Herrn von Schele giebt er mir umstehende Bruchstücke mit der Bitte, sie nach gemachtem Gebrauch zu vernichten:

[Es folgt die erwähnte Stolbergsche Abschrift mit Bismarckschen Bemerkungen. (Wortlaut bei Poschinger, Bausteine S. 20—22)].

keit mit Abfall drohte, uns als den billiger denkenden Theil schildre und die Hindernisse der Verständigung mehr in der Hartnäckigkeit Östreichs und in der gereizten öffentlichen Meinung bei uns, nicht aber im Mangel an versöhnlicher Gesinnung des Cabinets finde. Ein Zweck, der m. E. vollständig erreicht worden ist. . . .

Heut finden militärischer Gottesdienst und dîner zur Feier des Kaiserl. Oestreichischen Geburtstages hier statt, aber kein diplomatisches dîner, da Graf Thun abwesend ist. Spaßhaft ist, daß grade heut in Bremerhafen „Deutschland“ (eine baufällige alte Corvette) meistbietend verkauft wird! Am 15ten ist auch endlich vom Bundes-Palais die Stange mit der verwitterten schwarzrothgoldnen Fahne abgenommen worden, nachdem Graf Thun am 14. abgereist war. Der Frankfurter badaud*) fand es ominös, daß gleichzeitig auf dem Hause des französischen Gesandten le drapeau tricolore aufgehißt wurde, während die „deutsche“ verschwand. . . .

Der Prinz von Preußen K. H. kommt heut Abend spät hier an, sieht morgen früh die Truppen und geht um 11 zu gleichem Zweck nach Mainz, um morgen Abend noch in Coblenz zu sein. Er hat also nicht Zeit hier einer Taufe beizuwohnen, und ich habe dieselbe unbestimmt verschoben. Die Frau Prinzessin bleibt noch bis Mitte nächster Woche in Baden. Graf Robert Goltz und Albert Pourtales haben sich kürzlich einige Zeit an letzterm Orte aufgehalten und sind viel bei den hohen Herrschaften gewesen . . . .

Der Agent des Grafen Hohenthal bietet mir wiederholt das Palais der Gräfin Bergen zu Kauf oder Miethe an; ich habe aber meine jetzige Wohnung noch bis zum Herbst 1853, sonst wäre jene bei Weitem vorzuziehn. Außerdem wird mir durch einen vertrauten Agenten des Hofes von Kassel die Villa Sr. H. des Kurfürsten hier am Main, auch ein vorzügliches Etablissement mit großen Gartenflächen, mit dem Bemerken angeboten, daß sich an das Geschäft wichtige politische Folgen knüpfen ließen, wenn die K. Regirung circa 10 000 Thlr. mehr oder weniger nicht ansehn und einen discreten und „gegen Damen artigen“ Mann mit dem Geschäft beauftragen wollte. Ich erwarte den Mann, der in der That am dortigen Hofe einen wichtigen Hintertreppen-Einfluß hat und der mir diese Mittheilung mündlich durch dritte Hand hat zukommen lassen, nächstens hier, und werde über ihn und seine Projecte dann weiterberichten. Ich höre, daß in der frühern Eisenbahnfrage in Hessen 10 000 Thlr., welche die Direction einer Compagnie in den angedeuteten Canal hat fließen lassen, einen entscheidenden Einfluß geübt haben. In treuster Anhänglichkeit . . . .

*207. Bericht an Minister v. Manteuffel.

[Ausfertigung.]

18. August 1852.

[Überreichung eines Berichts des politischen Ausschusses in der Bundespreßangelegenheit.]

. . . . Der politische Ausschuß ist über die demselben Ende Juni überreichten beiden Vorlagen der Fachmänner während meiner Abwesenheit in Beratung getreten. Die Resultate derselben stellte darauf der K. bayerische Bundestagsgesandte als Referent in einem Bericht zusammen, welcher mir nach meiner Rückkunft von Wien zur Unterschrift zuging. Da jedoch — wie eine nähere Prüfung ergab — der dort vorgeschlagene Entwurf eines Bundespreßbeschlusses sich im wesent-

*) Etwa: Eckensteher. Poschinger hat das Wort nicht lesen können.

lichen dem Entwurf der Fachmänner Österreichs, Sachsens und Hessen-Darmstadts anschloß und daher der diesseitigen Preßgesetzgebung in mehreren Punkten widersprach, so nahm ich Anstand, den erwähnten Bericht zu vollziehen, und erklärte, daß ich ev. genötigt sein würde, ein Separatvotum abzugeben. Um dies zu vermeiden, veranlaßte Graf Thun eine wiederholte Beratung des politischen Ausschusses. Bei derselben ging ich davon aus, einerseits alle Bestimmungen zu entfernen, welche dem erwähnten Bundespreßbeschluß den Charakter eines eigentlichen Bundespreßgesetzes verliehen, sowie andererseits die beizubehaltenden in der Weise zu modifizieren, daß sie der diesseitigen Preßgesetzgebung nicht widersprechen. Die Resultate dieser wiederholten Beratung enthält der E. E. g. überreichte Vortrag des politischen Ausschusses, welcher mit dem revidierten Entwurf des Bundespreßbeschlusses schließt.

Inwieweit meine Bestrebungen von Erfolg gewesen, wollen E. E. aus der anliegenden vergleichenden Zusammenstellung des ursprünglichen Entwurfs mit dem revidierten hochgen. entnehmen. . . . Indem ich mir daher erlaube . . . auf die überreichte Zusammenstellung Bezug zu nehmen, bemerke ich nur noch ehrerb., daß von mir zu den einzelnen Bestimmungen des ursprünglichen Entwurfs 24 Abänderungsvorschläge gemacht sind. Von diesen hat die Majorität des politischen Ausschusses 15 akzeptiert. . . . .

208. Privatschreiben an Minister v. Manteuffel.

[Eigenhändig.]

19. August 1852.

Herr von Tallenay theilt mir eben Folgendes mit:

Nachdem die Coalitionsstaaten dem Wiener Cabinet anhaltend lebhafte Vorwürfe und Gegenvorstellungen über die „Freilassungsnote", wie Herr von Scherff sie nennt, gemacht haben, so habe Östreich, zufrieden, die Coalitionsstaaten aus ihrer Lauheit geweckt und ihnen gezeigt zu haben, daß sie ohne Östreich dem bon plaisir de la Prusse verfallen seien, ihnen in Stuttgart jetzt wirklich das Anerbieten der Revenüen-Garantie erneuert und dieselbe ausdrücklich übernommen. In Folge dessen werde das Auftreten der Coalition in Berlin fest sein und bis zum Abberufen der Commissarien gehn. Es mag dies richtig sein, Tallenay ist ein gescheuter und sorgfältig forschender Diplomat; aber so gut ich auch persönlich mit ihm stehe, so ist er aus Pflicht und Neigung doch mehr östreichisch, was die Politik anbelangt, weil er das dortige Regiment im Innern mehr nach französischem Rezept findet, als das unsrige; er trug mir die Sache in allarmistischer Weise vor und fürchtete de graves conséquences pour la politique et même pour l'existence de la diète[1]) allemande in Folge des vielleicht bevorstehenden Bruches. Sollten aber seine Nachrichten auch ganz bona fide gegeben und die östreichische Garantie wirklich in Stuttgart erfolgt sein, so würde ich darin nur einen neuen Puff und Versuch sehn, uns durch Phantome zum Weichen zu bringen. Wollte Östreich die Garantie, und überhaupt ein derartiges Verhältniß zu der Coalition ohne Preußen, ernstlich, so wäre es längst damit herausgetreten, und hätte nicht vor 3 Wochen den Darmstädtern den Laufpaß geschrieben. Pfordtens leitende Maxime in Stuttgart ist gewesen: „Wenn wir einen einheitlichen Beschluß zu Stande bringen, so giebt Preußen nach"; unter Voraussetzung der Sicherheit

[1]) P. setzt vom Text abweichend: confédération.

dieser Annahme, und nur solange das Gegentheil nicht klar ist, scheint die Adhäsion von Baden und Würtemberg erfolgt zu sein. In Bezug auf Letztres ist übrigens noch immer keine sichre Nachricht über die Genehmigung des Königs aus Badenweiler hier. Ich halte einen solchen Garantiecontract der Coalition mit Östreich ganz unmöglich in praxi; sollte Östreich auch leichtsinnig versprechen, die andern können und werden es weder bis zur Ausführung kommen lassen, noch glauben, daß dieselbe befriedigend erfolgen würde, wenn sie sich auf dieses Söldlings-Verhältniß einließen. Ich sehe in der Fiction eines solchen Garantievertrages nur eine Demonstration zur Unterstützung des letzten Einschüchterungsversuchs, den die Coalition gegen uns macht, etwa in der Art, wie die russischen Truppen gegen Ende des siebenjährigen Krieges, nach dem Tode Peters und ihrer Abberufung vom Preußischen Bündniß, noch „figurirten", um die Östreicher einzuschüchtern. Wie es sich aber auch verhalten mag, die Frage hat sich für uns so gestellt, daß Nachgeben eine gefährliche Schwächung, Festhalten eine große Kräftigung für unsere Regirung im Innern ist, und ich halte diese Rücksicht für so wichtig und entscheidend, daß ich, wenn ich zu rathen hätte, zu strengstem[2]) Festhalten an der bisherigen Position selbst auf die Gefahr hin rathen würde, daß Preußen ganz isolirt bliebe und auch den Steuerverein wieder verlöre. Mit letztrem ist unsere Position immer gut, was auch der Süden thun mag, ohne Hanover werden wir wenigstens bereitwilliger und fähiger sein, die vorkommenden Opfer zu tragen, als die Andern, und letztre zwingen können, sich schließlich auf Bedingungen, die wir machen, wieder zu einigen. Ein Hinübertreiben der Süddeutschen in das französische Lager fürchte ich auch nicht, denn erstens werden sie sich durch kein Band abhalten lassen, vorkommendenfalls doch zu thun, was ihnen vortheilbringend scheint, und zweitens glaube ich, daß ihre Feindschaft im Kriege mit Frankreich, solange die drei Großmächte einig sind, unschädlich und nach dem Siege nutzbar, ihr Bündniß aber anspruchsvoll und unzuverlässig sein würde. Kurz, wenn auch die obige Nachricht sich bestätigen, und wenn es bis zur Abrufung der Commissarien kommen sollte, so halte ich doch, wie die Sachen einmal stehn, festes Ausharren und Abweisung jeder Capitulation für den allein sichern Ausweg aus der Crisis.

Verzeihn E. E. dies eilige Schreiben, die Post drängt. In treuster Ergebenheit . . .

[Nachschrift.]

Eine Depesche von Lord Aug. Loftus aus Baden nach London, die Sir A. Mallet mich lesen ließ, enthielt nichts von der Garantie Östreichs; über Stuttgart nur die Angabe, daß man von uns Auskunft über den Inhalt des Handelsvertrages fordern werde, und die Ansicht, daß Baden und Würtemberg von der Stuttgarter Verabredung zurücktreten würden, sobald Preußen sich weigre, darauf einzugehn.

*209. Bericht an Minister v. Manteuffel.

[Konzept.]

21. August 1852.

Den öffentlichen Blättern nach ist die von dem Dr. Constantin Franz soeben herausgegebene Broschüre: „Die Staatskrankheit" polizeilich mit Beschlag belegt und dem Staatsanwalt zur Erhebung der Anklage übergeben worden.

[2]) Poschinger hat irrig: strengerem.

Da es für mich von Interesse ist, sowohl die Richtung zu kennen, welche der mir persönlich bekannte Verfasser in der qu. Broschüre eingeschlagen hat, als auch mich darüber zu informieren, welcherlei Angriffe gegen die Staatsverfassung pp. seitens des K. Polizeipräsidiums resp. des Staatsanwalts für unerlaubt erachtet werden, so bitte E. E. ich g., hochgen. veranlassen zu wollen, daß mir ein Exemplar der qu. Broschüre zur persönlichen Kenntnisnahme zugefertigt wird.

210. Bericht vom 21. August 1852 an Minister v. Manteuffel, betr. die Verhandlungen mit dem Herzog von Augustenburg. — Vgl. Poschinger I Nr. 91.

211. Privatschreiben an Minister v. Manteuffel.

[Eigenhändig.]

25. August 1852.

E. E. habe ich schon öfters Gelegenheit genommen, auf das maßlose Treiben der kleinen demokratischen Lokalblätter hier am Ort g. aufmerksam zu machen. Besonders das „Volksblatt“, von der rothen Partei (Hadermann-Schuster) redigirt, insultirt den Bundestag hier in seiner eignen Residenz in einer Weise, die compromittirend ist für die Würde der dabei vertretenen Regirungen. In der vorletzten Nummer wird in Bezug auf die vom Bundespalais abgenommne schwarzrothgoldne Flagge gesagt, es sei recht gut, daß es geschehn sei, denn die Farben hätten da doch ausgesehn „wie ein Jungfernkranz auf einem Hurenhause“. Ich habe dem regirenden Burgemeister ernste Vorhaltungen darüber gemacht, aber er entschuldigt sich mit der Unzulänglichkeit der Gesetze, und die neuste Nummer des fraglichen Blattes fährt fort, wenn auch mit minder schmutzigen, doch mit ebenso unverschämten Schmähungen gegen den Bundestag. Diese Artikel erregen hier erhebliches Aufsehn, werden mit Hohn in den Gasthäusern vorgetragen und lassen es gerechtfertigt erscheinen, wenn man dabei den Bundestag mit einer abgenutzten Vogelscheuche vergleicht, die von den Spatzen, welche sie schrecken soll, ohne Scheu verunreinigt wird. Ich bin kein leidenschaftlicher Seïde der Bundesautorität, aber wenn die Mißachtung soweit geht, so wird Preußen, wie jeder andre Bundesstaat, mitgetroffen, namentlich da die Frechheit der Angriffe seit der Vertagung und dem Preußischen Präsidium offenbar zugenommen hat, und letztres jetzt der alleinige Träger der Geschäftsführung ist. Ich habe daher dem regirenden Burgemeister mit aller Höflichkeit mündlich erklärt, daß, wenn ich in 3 Tagen nicht eine Anzeige über die von der Stadt zur Verhindrung fernerer Beleidigungen der Bundesversammlung getroffenen Maßregeln erhielte, ich von Seiten des Bundes Maßregeln der Nothwehr gegen die Fortsetzung dieser Verunglimpfung einleiten müsse, da mir die Wahrung der Würde des Bundes für jetzt obliege. Das Haupt der Republik versprach in Folge dessen, auf gestern den Senat zu berufen und womöglich gegen das Blatt einzuschreiten. Geschieht nichts der Art, so ist meine Absicht, ohne Sävitien gegen Personen, die Druckerei des Volksblattes von einem gemischten Commando der Bundestruppen besetzen und schließen zu lassen und die Folgen zu gewärtigen.

Ich schreibe Vorstehendes nicht in der Absicht, durch eine ausdrückliche Billigung von Seiten E. E. der Verantwortung für mein Attentat überhoben zu werden, glaube vielmehr, daß die Natur der beabsichtigten Maßregel es mit sich bringt, daß ich dabei meine eigne

Haut zu Markte trage. Aber ich halte doch für meine Pflicht, Meldung von der Sache zu thun, damit Zeit zu einem telegraphischen Verbot bleibt, falls E. E. meinen coup d'état den Interessen der Regirung zuwiderlaufend halten, auch dann, wenn ich ihn ohne Instruktion auf eigne Verantwortung ausführe. Etwas, glaube ich, muß geschehn, denn die Regirungen selbst verlieren zu sehr in der Achtung der Bevölkerung, wenn dergleichen ruhig geduldet wird.

In treuster Ergebenheit . . . [Die Unterschrift des Briefes ist abgeschnitten.]

212. Vertraulicher Bericht an Minister v. Manteuffel.

[Konzept.]

31. August 1852.

Eingang vgl. Poschinger I Nr. 92 sowie den Bericht über die Haltung des Volksblattes und Bismarcks Vorgehen dagegen in der vorigen Nummer.

Der regierende Bürgermeister Neuburg sah selbst ein, daß Vorgänge der Art sich nicht wiederholen dürften, und versprach mir, „den Senat sofort zu berufen, und Alles zu thun, was in seinen Kräften stünde, um ein möglichst energisches Einschreiten herbeizuführen“. *Besondern Eindruck schien ihm und, wie ich höre, seinen Kollegen die von mir angeregte Betrachtung zu machen, daß die hiesige Presse der Stadt die Feindschaft mächtiger Regierungen zuziehe, welche nicht immer die Schuld einer Partei von der der Gesamtheit sondern würden und daß diese Feindschaft bei etwa vorkommenden Kriegsfällen einer so reichen Stadt wie Frankfurt gegenüber, wenn auch nicht preußischen, so doch manchen andern Befehlshabern willkommne Vorwände zur Ergänzung der Kriegskassen bieten würde und daß es daher sehr im Interesse der Stadt liege, diesem Unwesen ein Ziel zu setzen.* Der Erfolg war der, daß am zweiten Tage der jüngere Bürgermeister Neßler mir die Anzeige machte, daß das Volksblatt durch das abschriftlich anliegende Resolut vom 26. d. M. verboten und die gerichtliche Untersuchung wegen der jüngsten Artikel gegen den Redakteur Hadermann eingeleitet worden sei. Diese Maßregel, namentlich das Verbot des Blattes, muß mit Rücksicht auf das zweifelhafte Fundament, welches die hiesige Preßgesetzgebung dazu bietet, und auf die bisherige Haltung der Behörden als ein Akt ungewöhnlicher Energie betrachtet werden, wenn auch zu gewärtigen steht, daß das unterdrückte Blatt, dessen Druck von einer demokratischen Gesellenassoziation, dem Vernehmen nach unentgeltlich, bewirkt wurde, unter einem anderen Namen bald wieder erstehen wird, ohne daß man gegen diese Umgehung des erfolgten Verbots von Hause aus einschreiten dürfte.

An dem Tage, bevor das Verbot erfolgte, ist der Redakteur Hadermann von zwei Unbekannten, seiner Behauptung nach österreichischen Soldaten, in seiner Wohnung tätlich mißhandelt worden. Seine deshalb angebrachte Klage hat die Ermittelung der Täter bisher nicht zur Folge gehabt.

*213. Bericht an Minister v. Manteuffel.

[Ausfertigung.]

1. September 1852.

Das Preußische Wochenblatt vom 28. v. M. enthält auf Seite 463 einen Artikel über die Maßnahmen der Bundesversammlung in bezug auf die Verfassungsverhältnisse Luxem-

burgs, welcher die Sachlage der Wahrheit[1]) entsprechend und so detailliert mitteilt, daß dessen Verfasser nur aus einer mit den einschlägigen Vorgängen vollständig vertrauten Quelle geschöpft haben kann. Da dieser Artikel in einem preußischen Blatte erschienen ist, so haben mehrere Gesandten bei mir über derartige frühzeitige und detaillierte Publikationen von Bundesverhandlungen Reklamationen erhoben und dabei namentlich darauf hingewiesen, daß noch nicht einmal die gedruckten Protokolle der betreffenden Sitzung vom 12. v. M. ausgegeben wären und daß daher die qu. Verhandlung noch gar nicht zur Kenntnis weiterer Kreise hätte gelangen können. Diesen Reklamationen gegenüber habe ich zwar auch die entfernteste Verantwortlichkeit in betreff der erwähnten Publikation entschieden abgelehnt; E. E. habe ich jedoch nicht verfehlen wollen, hiervon mit dem g. g. Bemerken Anzeige zu erstatten, daß die erwähnte Angelegenheit erst in der Sitzung vom 12. v. M. vorgekommen ist und sich diesseits bis jetzt nur in dem unterm 13. v. M. an des Königs Majestät erstatteten Bericht vorgetragen findet.

Sollte es möglich sein, den Verfasser des erwähnten Artikels ermitteln zu lassen, so würde E. E. ich ehrerbietigst bitten, mich von dem etwanigen Resultate einer derartigen Recherche hochgeneigtest in Kenntnis setzen zu wollen.

214. Bericht vom 2. September 1852 an Minister v. Manteuffel, betr. die Zollvereinskrisis. — Vgl. Poschinger I Nr. 93.

*215. Bericht an Minister v. Manteuffel.

[Ausfertigung.]

3. September 1852.

E. E. beehre ich mich, umstehend einen Auszug aus einem Schreiben zu überreichen, welches der als Verfasser des Werkes über den Sundzoll bekannte Dr. Scherer — gegenwärtig Sekretär der Handelskammer zu Triest — an den Dr. Schirges, früheren Sekretär des hiesigen Vereins zum Schutz deutscher Arbeit, gerichtet hat.

E. E. wollen aus demselben ersehen, mit welchem fortgesetzten Eifer man österreichischerseits die Verwirklichung der Zolleinigung betreibt und welche bedeutenden Geldmittel (10 000 fl. jährlich) man bereit ist, allein für die Bearbeitung der öffentlichen Meinung in Süddeutschland aufzuwenden.

Um nun womöglich eine fernere und speziellere Einsicht in die desfallsigen Agitationen zu gewinnen, habe ich den p. Schirges veranlaßt, die Korrespondenz auf geeignete Weise fortzuführen. Indem ich mir in dieser Beziehung weitere Anzeige vorbehalte, glaube ich noch besonders hervorheben zu dürfen, daß sich diese Angelegenheit in keiner Weise für die Veröffentlichung durch die Presse eignen möchte, da die Folge davon nur in einem Abbruch der eingeleiteten Verbindung bestehen könnte. Hierdurch würde man aber ein sich darbietendes Mittel, um die jenseitigen Pläne zu erfahren, ohne irgendeinen Vorteil aus der Hand geben.

216. Bericht vom 6. September 1852 an Minister v. Manteuffel, betr. die Zollvereinskrisis. — Vgl. Poschinger I Nr. 94.

---

[1]) Am Rande von Bismarcks Hand: nur ist die Note an Luxemburg natürlich nicht von Graf Thun einseitig erlassen, wie der Artikel insinuirt. v. B.

217. Bericht vom 9. September 1852 an Minister v. Manteuffel, betr. die Verhandlungen mit dem Herzog von Augustenburg. — Vgl. Poschinger I Nr. 95.

218. Privatschreiben an Minister v. Manteuffel.

[Eigenhändig.]

14. September 1852.

E. E. erlaube ich mir zuvörderst anzuzeigen, daß die Taufe, bei der Sie die Güte haben wollen, Ihren geistigen Beistand zu leihen, am Montag den 20. c. stattfinden wird. Da ich mir, schon aus Rücksicht auf den Zollkrieg, keine Aussicht auf die Ehre und das Vergnügen machen darf, Sie in Person hier zu sehn, so wollte ich Sie bitten, meinen Oheim Kleist als Stellvertreter anzunehmen oder, wenn dem der Landtag nicht die Abwesenheit eines Tages erlauben sollte, den Oberst von Kessel, Commandeur unsrer hiesigen Truppen. Die sonstigen Pathen werden sein S. K. H. der Prinz von Preußen, Graf Stolberg (beide durch Procuration), Herr von Canitz, Frau von Scherff und Frau von Kessell.

Ich bin durch den Verkauf meines Hauses in eine sehr unbehagliche Lage gerathen. Die sonderbarsten Umstände mußten zusammentreffen, um mich zu delogiren. Ein Westphale, Namens Lehmkuhl, mußte nach Cuba gehn, dort, obschon selbst sehr häßlich, eine schöne und colossal reiche Spanierin heirathen, mit der hierherkommen, an meinem Hause ein sonderbares Gefallen finden und dem Eigenthümer einen übermäßigen Preis dafür bieten. Kauf bricht hier Miethe, ich muß schleunig räumen, und in der ganzen Stadt ist eigentlich kein geeignetes Quartier zu haben. Dazu kommt, daß die wenigen, die überhaupt zu miethen sind, gleichzeitig zu Verkauf stehn, und es sich da wiederholen kann, daß ich ein Jahr lang baue und einrichte und dann ausziehn muß. So z. B. das von der Gräfin Hohenthal, der ehemaligen Gräfin Bergen, entschieden das beste Haus in Frankfurt, aber als Ganzes zu groß und zu theuer für mich. Ich bin in einiger Verzweiflung über diese meine Obdachlosigkeit bei Eintritt des Winters. Dazu kommt, daß ich seit mehren Wochen an Grippe und Rose leide. Zu völliger Herstellung möchte ich gern noch in der nächsten Woche auf 14 Tage in ein englisches Seebad gehen, und habe deshalb eine Bitte um Urlaub eingereicht.

Von den Zollsachen habe ich hier nichts weiter vernommen, als was auch schon in Zeitungen steht, bis auf einige untergeordnete Details, z. B. daß Östreich zuerst nach unsrer letzten Erklärung[1]) Wien oder Prag als Ort einer neuen Zusammenkunft vorgeschlagen hat, und von sächsischer Seite der Gedanke angeregt worden ist, Preußen und Östreich um Beschickung der nächsten Conferenz der Coalitionsstaaten anzugehn; bei den Andern scheint diese Idee, die wohl nur darauf berechnet war, unsre voraussichtliche Weigerung auszubeuten, keinen Anklang gefunden zu haben. Der Fürst Witgenstein in Wiesbaden findet die situation (Nassaus) pénible et dangéreuse, wie mir Sir A. Malet sagt, und der Herzog soll sich wieder mit Winzingerode in Verbindung gesetzt haben, um dessen Ansicht zu hören. In Darmstadt ist das Hauptwerkzeug unsrer Gegner der Beichtvater der Großherzogin, wenn ich nicht irre, heißt er Lücht; er steht in intimem Verkehr mit dem Jesuiten-Pater Kindermann, der sich gewöhnlich in Mainz aufhält.

---

[1]) Vgl. Poschinger I Nr. 93.

Die Hauptstärke des östreichischen Verfahrens liegt in der erstaunlichen Unverschämtheit im Fordern und im Beanspruchen alles dessen, was man wünscht, als einer ganz natürlichen und billigen Sache. Diese Unverschämtheit[2]) dominirt die Darmstädter Cabinette. Ich glaube, wenn wir, bei unveränderter Höflichkeit in der Form, unsre Forderungen in der Sache etwas höher spannten, z. B. Concessionen in Bezug auf den jetzt so liederlichen und langsamen Eisenbahnbetrieb in den hiesigen Staaten, und bei einigen den Wechsel der Ministerien als Bedingung der Wiederaufnahme in unsern Zollverein hinstellten, so glaube ich, daß unsre Stellung in der Verhandlung dadurch gebessert würde.[3]) Von Canitz höre ich, daß Dalwigk sich jetzt nachgiebiger äußert; vielleicht ist es auch nur eine Finte, um die Verhandlungen von Neuem zu trainiren, was gewiß entschieden nachtheilig für uns wirken würde. Die Entscheidung kann nicht gut länger verzögert werden, sowohl aus den materiellen Gründen des Druckes, den die Ungewißheit auf Handel und Verkehr übt, als auch, weil unsre Position durch Zögern leidet, durch frische Initiative und angriffsweises Verfahren aber gewinnt. In treuster Ergebenheit ....

219. Schreiben vom 14. September 1852 an den Minister der geistlichen und Unterrichtsangelegenheiten von Raumer, betr. Österreichs Absichten wegen der Kaiserlich Leopoldinischen Akademie der Naturforscher. — Vgl. Poschinger, Neue Berichte S. 22.

220. Privatschreiben an Minister v. Manteuffel.

[Eigenhändig.]

21. September 1852.

Ein sichrer und mit den Personen vertrauter Gewährsmann sagt mir, daß die Unsicherheit in der Haltung der Hanoverschen Regirung vorzugsweise durch die persönliche und directe Einwirkung des Herrn von Koller auf S. M. den König von Hanover hervorgebracht werde. Koller soll sehr gewandt sein, der König Georg aber, wie ich mich selbst überzeugt habe, ist leicht ohne Zeugen zu sprechen, und bei seinem körperlichen Zustande ist es schwer, ihm ein beigebrachtes Mißtrauen oder Vorurtheil überzeugend zu benehmen. Ein großer Anhänger des September-Vertrages ist S. Majestät ohnehin nicht. Baron Koller soll auch Geldmittel nicht sparen, sowohl bei der untergeordneten Umgebung des Königs, als bei der Redaction der Hanoverschen Zeitung, deren Personal in Mißachtung bei den anständigen Leuten aller Parteien steht. Koller soll namentlich, bei der Neigung des Königs Georg, sich im Gespräch durch einen geschickten Partner hinreißen zu lassen, durch S. Majestät selbst stets sehr genau au fait der intimsten Ansichten des Cabinets sein. Meine Nachrichten sind von einem ältern und ruhigen Mitgliede der dortigen Junkerpartei, welches mir persönlich befreundet ist. Vielleicht könnte Graf Nostitz dieser Bearbeitung des Königs durch Herrn von Koller in irgend einer Weise entgegenwirken. Herr von Schele selbst klagte mir früher über die Schwierigkeit, den König vor der persönlichen Berührung mit Intriguen[1]) sicher zu stellen, da er nicht liebt, wenn bei Privataudienzen ein Dritter zugegen ist.

[2]) Unverschämtheit ist bei P. ersetzt durch désinvolture.
[3]) B. ist hier aus der Konstruktion gefallen. Das „ich glaube" zu Anfang des Satzes wäre zu streichen gewesen.
[1]) P. hat Intriganten.

Canitz wartet mit Schmerzen auf seinen Urlaub; er ist wirklich leidend und liegt augenblicklich mit Fieber hier in meinem Hause zu Bett. Wenn E. E. ihm Urlaub geben, so wäre es vielleicht, in Betracht der Darmstädter Bosheit, gut, ihn nur durch Wenzel formell vertreten zu lassen, oder auch gar nicht, denn Darmstadt ist doch für die Haltung der Coalition nicht maßgebend. Sonst bin ich auch gern dazu bereit. In treuster Ergebenheit ....

221. Bericht vom 21. September 1852 an Minister v. Manteuffel, betr. Schleifung der Festung Rendsburg. — Vgl. Poschinger I Nr. 96.

*222. Privatschreiben an Minister v. Manteuffel.

[Eigenhändig.]

22. September 1852.

E. E. chiffrirte Depesche[1]) habe ich gestern erhalten. Das Resultat meiner bisherigen Forschungen ist, daß in München noch keine feste Verabredung getroffen ist. Man war von Hause aus mit der Absicht zusammen[ge]kommen, in München so lange zu bleiben, bis man wisse, was wir auf die am 20. c. abzugebende Erklärung der Coalition thun würden. Diese Erklärung der Coalition soll aber nach Eingang der Berliner Nachrichten vom 17.[2]) in München ins Stocken gerathen sein, und noch keine Einigung darüber erfolgt. Fürst Witgenstein, der gestern in Wiesbaden zurückerwartet wurde, ist daher noch nicht gekommen, und man weiß dort selbst noch nichts. Der Herzog erfährt überhaupt von der Sache nichts; er lebt jetzt nur auf der Jagd, mit 2 Adjudanten und einem Bereiter. Die erstern sind [die] Herrn von Bose und von Zimiecki, letztrer früher in der Dresdner Garde, jetzt verlobt mit der Schwester des erstern. Dieser Schwester liegt S. Hoheit zu Füßen, wie früher der ältern, jetzt an unsern Consul Moritz Bethmann verheiratheten. Klindworth hat für Demarchen in unserm Sinne ein günstiges Ohr bei dem Hofmarschall Graf Üxküll in Wiesbaden gefunden, unter Bedingung, daß er dessen in Würtemberg dienenden Bruder, der irgend etwas vergangen hat, schützt. Klindworth ist sehr verschuldet, man hat ihm von Oestreich angeboten, seine Schulden zu zahlen und ein Jahrgehalt, er hat es für jetzt abgelehnt. Unterrichtet ist er gut, und hat mir eine Preußische mildernde Note mitgetheilt, die ich bisher nicht kannte. Soll man ihm nicht Geld bieten, um ihn thätiger zu machen? aber mindestens soviel wie Östreich bietet. Ich glaube sicher zu sein, daß bis heut bestimmte, unsre Erklärung vom 17. schon berücksichtigende Beschlüsse der Coalition noch nicht zu Stande gekommen sind, und die vorher projectirt gewesenen werden reponirt werden. Von Darmstadt erwarte ich noch Nachricht. Die Engländer und Franzosen hier wissen auch noch nichts. Ich werde die Ermittlungen fortsetzen und das Resultat, wenn es geeignet ist, telegraphiren. In treuster Ergebenheit .. sehr eilig.

Klindworth meint, Würtemberg werde sich bei den fernern Schritten der Coalition nur zuhörend verhalten.

---

[1]) Ersuchen um Ermittelung des Textes der auf einer vom 17. bis 19. September in München abgehaltenen süddeutschen Ministerkonferenz festgestellten Erklärung in der Zollsache.

[2]) Preußen teilte den koalierten Regierungen am 17. September mit, daß sein weiteres Benehmen ihnen gegenüber davon abhängen werde, ob und was dieselben ihm erklären würden.

223. Schreiben vom 22. September 1852 an den Minister der geistlichen und Unterrichtsangelegenheiten von Raumer, betr. die Übersiedlung der Kaiserlich Leopoldinischen Akademie der Naturforscher nach Wien. — Vgl. Poschinger, Neue Berichte S. 23 f.

224. Privatschreiben an Minister v. Manteuffel.

[Eigenhändig.]

23. Oktober 1852.[1])

E. E. sage ich meinen g. Dank für das gütige Schreiben vom 18. c.[2]), welches ich vorgestern Abend nebst dem mémoire über die Zollvereinssache durch einen Expressen von Schulenburg erhalten habe. Das Gerücht über Graf Thuns Bestimmung nach Berlin ist inzwischen auch von Darmstadt aus hierher gelangt und nennt man Rechberg als seinen Nachfolger. Das Zerreißen derjenigen Verbindungen, welche sich an Thun's Person knüpfen und durch seine längre Anwesenheit hier bedingt waren, ist für Östreich ein Nachtheil, und wenn Graf Rechberg ihn wirklich ersetzt, so zweifle ich nicht, daß er Stoff liefern wird, unsern allergnädigsten Herrn zu überzeugen, wie wenig eine Steigerung der Gewalt und Competenz des Bundes in seiner jetzigen Verfassung der Würde und den Interessen der Preußischen Krone entspricht. Solange der Bund seine jetzige Organisation behält, wird er m. E. nichts weiter sein können, als eine, so leidlich als die Umstände es erlauben, eingerichtete Assecuranz gegen Kriegs- und Revolutionsschäden, und auch in dieser Hinsicht fürchte ich, daß bei einem ausbrechenden französischen Kriege die erste Aufgabe Norddeutschlands und Östreichs sein würde, Baden und Würtemberg von den sie im ersten Moment überschwemmenden Franzosen zu befreien und Bayern den Muth oder Willen beizubringen, entschieden für Deutschland Partei zu nehmen. Einiges Befremden erregt hier die unläugbare Parteinahme der östreichischen Presse gegen Belgien in den Belgisch-französischen Streitigkeiten[3]), und namentlich Herr von Bothmer sprach mir gestern seine Entrüstung darüber aus, daß man in Östreichischen Kreisen das Aufgeben Belgiens im Falle ernster Conflicte als eine leichte und natürliche Sache zu betrachten scheine.

Mit Klindworth habe ich bisher durch das Medium seines Secretärs Appel und durch Zietelmann in Verbindung gestanden. Appel ist jetzt in Stuttgart und Zietelmann gestern bei Klindworth selbst in Eltville gewesen. Er hat E. E. Bestellung an ihn ausgerichtet und gefunden, daß er mit dem größten Interesse auf E. E. fraglichen Brief wartet, das Opus über deutsche Verfassungen aber in etwa 14 Tagen zu liefern gedenkt. Einen detaillirten Bericht über Zietelmanns mitgebrachte Eindrücke werde ich morgen oder übermorgen vorlegen. Klindworth behauptet, alle Verbindung mit dem Könige von Würtemberg wegen dessen Wankelmuth abgebrochen zu haben. Die Reise seines Secretärs nach Stuttgart widerspricht dem.

Das für Graf Nesselrode bestimmte mémoire habe ich mit vielem Interesse gelesen; meiner Auffassung nach würde ich die politischen Gefahren, die wir von der Zolleinigung zu fürchten haben, weniger stark accentuirt und die finanzielle und commerzielle Inconvenienz mehr in den Vordergrund gestellt haben. Ganz schlagend aber ist es, daß nicht unser Verhalten die Revolution fördert, sondern das unsrer Gegner, an deren Regirungen

[1]) B. hat irrtümlich „September" statt „Oktober" geschrieben, was Poschinger und auch Kohl nicht erkannt hat und jetzt erst während des Drucks bemerkt wird. Der Brief ist daher hinter Nr. 241 einzuordnen.
[2]) Abgedruckt im Anhang zu den G. u. E. II S. 103 ff.
[3]) Frankreich wollte seine Zölle an der Nordgrenze erhöhen, was zu Differenzen mit Belgien führte.

die letzten Jahre so eindrucklos vorübergegangen sind, daß sie offen vor ihren Unterthanen constatiren, wie deren materielles Wohl den Launen der Dynastien geopfert wird. In dieser Beziehung enthält das Buch von Frantz[3]) die unläugbarsten Wahrheiten; nur sind sie, wie mir scheint, ungeschickt eingekleidet und gruppirt und falsch motivirt. Denn nur das Christenthum, welches Frantz aus seinem Calcül streicht, kann die Fürsten in würdiger Weise zu dem machen, was Frantz vorschwebt, und sie von der Auffassung des Lebens lösen, welches sie, oder doch viele unter ihnen, in der von Gott verliehenen Stellung nur die Mittel zu angenehmem und willkührlichem Leben suchen läßt. Für einen Menschen, der nicht an Pflichten glaubt, die ihm im Wege göttlicher Offenbarung auferlegt sind, sehe ich nichts in der Welt, was ihn abhalten sollte, nach seiner Phantasie das Leben zu genießen, außer der Furcht vor Schaden an Person und Vermögen; und darüber wiegt man sich leicht in Täuschung ein, ob derartiger Schaden bevorsteht.

Eine directe Verständigung mit Östreich halte ich auch für unmöglich. Die Bedingungen würden jedenfalls schlechter für uns sein, als die, welche wir sicher erreichen werden, wenn wir es auf die vollständigste Isolirung ankommen lassen und sie eintretendenfalls muthig acceptiren. Und was wir auf diesem Wege erreichen, hat eine ganz andre Bedeutung, weil wir es der eignen Schwerkraft verdanken, nicht dem kostspieligen und gefährlichen guten Willen Östreichs. Daß dem Freihandel die Zukunft gehört, erkennen sogar die Männer der Coalition und des Wiener Cabinets an, sie wollen nur noch etwas warten.

Herr von Savigny schrieb mir auch vor kurzem seine Auffassung, daß Rußland Östreich auf Deutschland anweise, um mit den Slaven freie Hand zu behalten. Ich glaube, daß Rußland es recht gern sieht, wenn sein Nachbar in Deutschland Beschäftigung hat, aber nicht, wenn er bei dieser Gelegenheit seine Macht durch die Hülfsquellen ganz Deutschlands verstärkt, denn dann würde er nur ein um so kräftigerer Nebenbuhler auf dem Gebiet des Slaventhums und der Donau werden. Ganz unslavisch kann Östreich ohnehin niemals werden, da es Böhmen, Mähren, Illyrien, Croatien, Westungarn doch nicht missen kann und seine fernern Slaven nicht wird missen wollen, ohne kriegerischen Zwang, sich also auch nicht gern kann an der Donaumündung und der Südgränze von Rußland unterbinden lassen. Ich halte daher die Auffassung meines Freundes in Carlsruh für Phantasie. Ohnehin ist die Politik des Kaisers Nikolaus vielmehr conservative Tendenz- als Eroberungspolitik; er hat Länder genug, um froh zu sein, wenn er sie gegen den Zeitlauf geschützt weiß, und das russische Cabinet hat aus den Symptomen von 1848 gewiß mehr Weisheit geschöpft als die Darmstädter.

Meyendorfs Leidenschaftlichkeit halte ich mehr für persönlich; er ist zähe, eigensinnig, und die Schwägerschaft mit Graf Buol um so weniger ohne Einfluß, als das verbindende Glied, die Frau, ihren Bruder liebt, gescheut ist und politisirt.

S. Majestät haben mich auf den 29. c. zur Jagd nach Letzlingen befohlen, und wenn ich es hier, wie ich glaube, ohne Nachtheil für den Dienst einrichten kann, so bitte ich g., daß E. E. mir Erlaubniß geben wollen, am 28. Abends in Magdeburg resp. Letzlingen eintreffen zu dürfen. Nach Berlin würde ich von dort nur auf Ihren besondern Befehl kommen. Ich würde, wenn ich nicht die Weisung hierzubleiben erhalte, den 27. Abends hier abreisen und könnte den 31. wieder hier sein, als Erleger vieler Hirsche. Mit der Bitte, mich Ihrer Frau Gemalin zu Füßen zu legen, in treuster Anhänglichkeit . . .

---

[3]) Offenbar ist die Flugschrift von Frantz „Die Staatskrankheit" gemeint. Vgl. oben S. 230.

225. Privatschreiben an Minister v. Manteuffel.

[Eigenhändig.]

23. September 1852.

E. E. werden gestern durch Canitz die telegraphische Benachrichtigung von dem erhalten haben, was Sir R. Milbanke über die Münchner Verabredungen an Sir A. Mallet geschrieben hat.[1]) Ich kann nicht glauben, daß die Coalition sich darauf beschränken sollte, ihre letzten Anträge, auf Gleichzeitigkeit der Unterhandlung und kürzre als 12jährige Dauer, trocken zu wiederholen. Die Milbanksche Nachricht bezieht sich entweder irrthümlich auf das schon in Stuttgart Verabredete, dessen pure Festhaltung von der Pfordten allerdings gleich nach dem 30. August durch Circular empfohlen hat, oder sie ist unvollständig. Herr von Scherff hat ein Schreiben vom Minister von Baumbach, daß er heut in Cassel eintreffen werde, mit dem Zusatz, daß man sich in München sowohl über eine Antwort nach Berlin, als über eine neue und von dem Könige von Baiern bereits ratificirte Convention verständigt habe. Auf diese Mittheilung lege ich keinen Werth, weil Scherff als Preußenfreund bekannt ist und Baumbach ihm nur schreiben wird, was man wünscht, daß wir glauben. Hier in Frankfurt weiß, wie ich glaube, noch niemand Sichres über etwaige Münchener Verabredungen. Die einzigen Gesandten der Coalitionsstaaten, welche jetzt hier sind, die Herrn von Schrenk und von Reinhart, werden auch wahrscheinlich gar keine Mittheilungen von ihren Regirungen über die Zollsache erhalten, da sie zu Hause ohne Einfluß sind, namentlich der Letztre. Fürst Witgenstein war bis heut noch nicht zurück von München. Die Anlage[2]) habe ich von Kleist erhalten, durch den sie vielleicht schon zu E. E. Kenntniß gelangt sein wird. Viel Neues steht nicht darin. In treuster Ergebenheit . . .

226. Schreiben vom 28. September 1852 an den Minister der geistlichen und Unterrichtsangelegenheiten v. Raumer, betr. die Übersiedelung der Kaiserlich Leopoldinischen Akademie der Naturforscher nach Wien. — Vgl. Poschinger, Neue Berichte S. 25 f.

227. Privatschreiben an Minister v. Manteuffel.

[Eigenhändig.]

30. September 1852.

E. E. geehrtes Schreiben vom 26.[1]) habe ich soeben über Cöln erhalten. Zu demselben bemerke ich einstweilen g., daß ich gegen Kelchner keinen Verdacht wegen Mißbrauch seiner dienstlichen Stellung zu unbefugten Mittheilungen hege. Er hat mich im Gegentheil öfters auf bedenkliche Correspondenzen und andre Indicien, die auf die Spur leiten können, auf-

225. [1]) Das Schreiben teilte mit, man habe in München beschlossen die Gleichzeitigkeit des Abschlusses des Handelsvertrages mit Österreich mit der Erneuerung der Zollvereinsverträge und für letztere eine kürzere als die zwölfjährige Dauer in möglichst versöhnlicher Form zu verlangen.

[2]) Bericht des Professors der Rechte C. Sell an den Oberpräsidenten Kleist-Retzow über Darmstädter Zustände, Darmstadt, 13. Sept. 1852.

227. [1]) Abgedruckt: Anh. z. G. u. E. II 95 f. Manteuffel teilte in seinem Schreiben mit, daß die Ermittlungen nach dem Urheber des Artikels im Preußischen Wochenblatt (vgl. Nr. 213) erfolglos geblieben seien, äußerte aber einen gewissen Verdacht gegen die Gesandtschaftskanzlei, mit der der Geheimrat Mathis, das Haupt der Wochenblattspartei, und Graf Robert Goltz Beziehungen hätten.

merksam gemacht. Auch gegen die beiden Kanzleibeamten Eckert und Thiessen habe ich keinen Grund zum Mißtrauen. Matthies und Graf Golz haben natürlich vielfache Verbindungen hier. Letztrer soll namentlich lebhafte Beziehungen zu dem Carl Bethmannschen Hause unterhalten, dessen Frau die Schwester der Fräulein von Brints ist, um die er sich bewarb. Diese Leute haben gute Quellen. Frau von Brints, die Schwester des Grafen Buol, ist gescheut und lebhaft, ihr Gatte, der keins von beiden ist, disponirt über das Journal de Francfort, und Herr von Dörnberg, Chef der Taxischen Verwaltung, ist der Hausfreund. Indessen sind die Bethmannschen Eheleute selbst weder fähig noch geneigt zu politischen Intriguen. Möglich ist auch, daß einer der Bundestagsgesandten mit dem Wochenblatt correspondirt. *Herr von Fritsch gehört zwar jener politischen Richtung an, ist aber einfach von Verstand und Character. Herr von Scherf wird mir, ohne Beweis, als einer genannt, der politische Verbindungen mit Goltz unterhalte; ich glaube es nicht, denn er hat mir oft Beweise von persönlich guter Gesinnung gegeben. Die Tochter steht bei Sr. K. H. dem Prinzen von Preußen sehr gut angeschrieben. Am meisten möchte ich Herrn von Eisendecher in Verdacht haben, seinen gothaischen Dispositionen durch Verbindungen mit dem Wochenblatt Nahrung zu geben. Er ist verschlagen und rührig, und ich habe Proben von dem bedauerlichsten Mangel an Wahrheitsliebe und Gradheit bei ihm erlebt. Mich liebt er persönlich nicht, obschon ich es glauben müßte, seinem Benehmen nach, wenn ich nicht, ihm unbewußt, Beweise seiner Abneigung hätte.* Von dem Preußischen Personal hier am Ort sind, nach Abgang des sich hier als Privatmann noch aufhaltenden Hauptmann Bergmann (Artill[erie] - Milit[är]commiss[ion]), der Geheim-Rath Crüger und der Obristlieutnant von Twardowsky von der Art, daß ich ihnen in politischer Beziehung nicht traue. Der Erstere hat sich durch Anmaßung und Gereiztheit in eine falsche Stellung zu den Spitzen des hiesigen Preußenthums gesetzt; mit Walderse und Kessell steht er in gespanntem Verhältniß, mit Wenzel und Zietelmann verkehrt er nur noch dienstlich und schriftlich, und ich habe meine große Noth im persönlichen Verkehr mit ihm. Nach Berlin hin correspondirt er vorzugsweise mit dem Dr. (?) Höpke (der in der Paulskirche eine Rolle spielte) und mit Herrn von Kehler, welche beide jetzt im auswärtigen Ministerium als Expedienten arbeiten; dann mit dem Geh[eimen] R[ath] Horn im Finanzministerium. Crüger lebt hier nur mit Twardowsky in Einvernehmen, und beide gehören mit Haut und Haar der Farbe des Pr[eußischen] Wochenblattes an. Der erstre läßt seine ziemlich lebhafte Correspondenz, namentlich mit den Herrn Höpke und von Kehler, niemals, wie es die übrigen Beamten der Gesandschaft thun, durch Kelchners Hände gehn, sondern schickt und empfängt seine Briefe direct; er scheint deshalb mit der hiesigen Post besondre Abrede getroffen zu haben. Höpke ist mit Firmenich besonders befreundet, und auf Antrieb des letztern hat sich der G. R. Crüger hier, ohne mit mir jemals davon zu sprechen, an S. K. H. den Prinzen von Preußen mit dem Anerbieten gewandt, eine freundlichere Haltung der O[ber] P[ost] Amts Zeitung zu Preußen zu vermitteln. In dem speziellen Falle des fraglichen Artikels über Luxemburg glaube ich nun zwar nicht, daß die Indiscretion von Crüger herstammt, weil ich überzeugt bin, daß er den fraglichen Immediatbericht, aus welchem der Artikel, bis auf die hinzugefügte Nachricht über Graf Thun, wörtlich entnommen zu sein schien, rechtzeitig nicht zu sehn bekommen hat; aber im Allgemeinen sind seine Verbindungen mißtrauenerweckend, und sein gesellschaftlicher Ehrgeiz beeinträchtigt seine Brauchbarkeit im höchsten Grade. Das östreichische Mitglied der Cassenabtheilung, Baron Nell, ist eins der nützlichsten Werkzeuge des Grafen Thun, wäh-

rend mir Crüger durch seine Wunderlichkeiten Verdruß und Hemmnisse bereitet. Die Überschätzung seiner Stellung und seiner Person hat ihn, trotz meiner anfänglichen Bemühungen, mit ihm in freundlichem Vernehmen zu bleiben, doch dahin gebracht, daß er sich mir gegenüber auf denjenigen dienstlichen Verkehr beschränkt, den ich ausdrücklich verlange, und auch bei diesem bewegt er sich zur Wahrung der Unabhängigkeit seiner Stellung in Formen, die das Geschäft erschweren und zu Streitigkeiten mit Wenzel und Zietelmann Anlaß geben. Jede Ausstellung darüber nimmt er als persönliche Kränkung mit der Erklärung auf, daß er sehr gern seine hiesige Stellung, die ihn ohnehin in Carrière benachtheilige, aufgeben wolle, wenn man mit seinen Diensten nicht zufrieden sei. Ich bin mir bewußt, in Würdigung der Schwierigkeit, die es für einen ältern und sehr selbstbewußten Beamten hat, unter einem Neuling, wie ich bin, zu stehn, die bescheidensten und rücksichtsvollsten Formen in unsern Verkehr zu legen, aber es wird mir nichts andres übrig bleiben, als das Rauhe herauszukehren. Ich würde E. E. nicht so detaillirt über diese Personalien schreiben, wenn ich nicht die politische Gesinnung des G. R. Crüger neben seiner Eitelkeit für den Hauptfactor seines Verhaltens ansähe. Meine frühere Unzufriedenheit mit Zietelmann ist gänzlich geschwunden, seit ich eine richtigere Weise, ihn zu verwenden ermittelt habe. Er ist ungeeignet selbst Zeitungsartikel zu schreiben; dagegen habe ich ihn mit Erfolg benutzt, um fremde Arbeitskräfte heranzuziehn, und namentlich um persönliche Verbindungen mit Stände-Mitgliedern und andern einflußreichen Personen in Nassau, Hessen, Rheinbaiern, Franken und hier am Ort zu unterhalten und durch diese im Sinne des Zollvereins zu agitiren. Seinem redlichen Diensteifer habe ich schon früher Gerechtigkeit widerfahren lassen. Außer den Personen, die in dem mir von E. E. geneigtest übersandten Polizeibericht aufgeführt sind, ist auch der Geh. Leg. Rath Gruner Mitarbeiter des Wochenblattes. Bei dessen langjährigen Beziehungen zu vielen der noch jetzt fungirenden Ministerialbeamten kann er leicht durch Indiscretionen, die nicht weiter schlimm gemeint sind, in den Besitz amtlicher Nachrichten gelangen. Auch aus dem Vorzimmer Sr. Majestät, wo ich diplomatische Berichte mitunter in den Händen von Personen gesehn habe, die keineswegs zu den Freunden des Ministeriums gehören, dürfte Manches transpiriren.

Goltz halte ich, obschon er ohne Zweifel die meisten Artikel über Frankfurt schreibt, doch nicht für den Verfasser der Luxemburger Nachricht; er war damals hier am Rhein, und später in Ostende. Was die Andeutung des gründlichern von den beiden Polizeiberichten[2]) betrifft, inwieweit es rathsam sei, Matthies und Goltz für die Regirung zu gewinnen, so dürfte dieß bei dem erstern leicht sein; Goltz aber hat zu viel Ehrgefühl und zu viel Galle, um sich, nachdem er soweit gegangen ist, gewissermaßen abkaufen zu lassen. *Auch wird er fürchten, durch einen derartigen Friedensschluß das Vertrauen des Prinzen von Preußen zu verlieren. Vielleicht ließe es sich aber grade durch S. K. H. selbst arrangiren, wenn es da in geeigneter Weise angebracht würde.* Vor einem Jahre, höre ich, würde Goltz gern den Posten in Lissabon genommen haben, wenn er es nicht ex post gesagt hat, um einen Beweis seiner Genügsamkeit zu geben. Daß die sogenannte Parthei Bethmann-Holweg beseitigt wäre, wenn Goltz und Matthies Anstellungen erhielten und a n n ä h m e n, halte ich für entschieden; nur müßte es nicht in Berlin sein. Den Gewinn des ersten würde ich höher anschlagen als den Andern, weil jener mehr Energie und Achtbarkeit hat und namentlich auf S. K. H. den Prinzen irritirend wirkt.

[2]) Sie sind im Anhang zu den G. u. E. II 97 ff. abgedruckt.

Herr von Radowitz hat, bis zum August c. wenigstens, nicht in unmittelbarer Verbindung mit dem Wochenblatt gestanden; wenigsten[s] weiß ich, daß Goltz sich bitter über den großen „politischen Fehler" des Herrn von R[adowitz] beklagt hat, sich nicht an die Spitze der Bethmannschen Partei gestellt zu haben.

Mit Überraschung habe ich in der Zeitung gelesen, daß Graf Hatzfeld doch abgehn würde; er war vor einiger Zeit bei mir, sehr wohl anscheinend, und aufgeräumt über den Gedanken, daß man, wie er in Baden gehört hatte, seinen Nachlaß schon hätte theilen wollen; er verglich sich mit Canatschek in der Beziehung.

Die hiesigen Vertreter der Coalitionsstaaten bleiben dabei in ihrer Ansicht, daß es zur wirklichen Sprengung des Zollvereins nicht kommen werde; sie wüßten noch nicht, *wie*, aber auf irgend eine Weise *müsse* es sich bis Ende nächsten Jahres arrangiren, auch wenn Preußen die jetzige Münchner Erklärung zurückweise. So äußerten sich noch gestern die Gesandten von Baiern und Würtemberg zu mir; der letztre klagte, daß wir den Mittelstaaten nicht genug „den Hof machten" und unsre Bemühungen lieber an Östreich verschwendeten. Die Demonstration des sächsischen[3]) und jetzt des pommerschen Provinzial-Landtages[4]) hat übrigens Eindruck gemacht und den Herrn die Unmöglichkeit, daß unsre Regirung nachgeben könne, mehr als alle Zeitungen wahrscheinlich gemacht.

Aus meinem Wahlkreise ist mir die Aufforderung zugegangen, mich zu erklären, ob ich die Wahl annehmen und ob mir mein Amt gestatten würde, den Kammersitzungen dauernd beizuwohnen. Ich kann letztres in der That nicht mit gutem Gewissen bejahen; durch die Doppelexistenz, wie im vorigen Winter, verliere ich an beiden Orten den persönlichen Einfluß, den bei Kammer und Bundestag nur fortdauernde Anwesenheit erhalten kann. Ich habe indeß mich nicht erklären wollen, ehe ich E. E. Meinung kenne.[5]) In unwandelbarer Anhänglichkeit . . .

*228. Bericht an Minister v. Manteuffel.

[Konzept.]

1. Oktober 1852.

Das hiesige Intelligenzblatt, welches — wie E. E. bekannt sein dürfte — von dem Dr. Zirndorfer redigiert wird, bringt unter der Rubrik „Zur Tagesgeschichte Frankfurts" seit längerer Zeit kürzere, im *diesseitigen* Interesse gehaltene Artikel in der Zollvereinsfrage sowie über andere Tagesgegenstände. Diese Artikel enthalten allerdings teils direkt teils indirekt eine Polemik gegen die Intentionen der österreichischen Regierung. Um nun derartige Publikationen für die Zukunft zu beseitigen, hat der hiesige österreichische Ministerresident Freiherr v. Menßhengen sich vor kurzem in einer an den hiesigen Senat gerichteten vertraulichen Note über das Verfahren des p. Zirndorfer beschwert und dabei namentlich auf die in den anliegenden Nummern des Intelligenzblattes enthaltenen rot angestrichenen Artikel hingewiesen. Infolgedessen ist der p. Zirndorfer von dem jungen

---

[3]) Der sächsische Provinziallandtag hatte der Regierung in einer Adresse seinen Dank für die neuerdings der Darmstädter Koalition gegenüber befolgte Zollpolitik auszusprechen beschlossen.

[4]) Der pommersche Provinziallandtag hatte schleunige Einberufung einer Sachverständigenkommission für die schwebenden handelspolitischen und Zollfragen angeregt.

[5]) B. ließ sich nicht wieder in die Kammer wählen

Bürgermeister Dr. Neßler vertraulich aufgefordert worden, derartige Publikationen möglichst zu vermeiden. Da der Inhalt jener Artikel nicht die Grenzen einer zulässigen Polemik überschreiten und daher zu einem Strafverfahren gegen den p. Zirndorfer keinen Grund abgeben dürfte, so hat letzterer um so weniger zu einer Berücksichtigung jenes Vorhaltes diesseits veranlaßt werden können, als es notwendig erscheint, den Invektiven der österreichischen und Koalitionspresse gerade am hiesigen Orte entschieden entgegenzutreten.

Indem ich mich verpflichtet gehalten, E. E. hiervon g. Anzeige zu machen, kann ich nicht umhin, ehrerbietigst darauf hinzuweisen, wie der erwähnte Vorgang einen wiederholten Beweis für das fortgesetzte Bestreben Österreichs darbietet, aus der mittel- und süddeutschen Presse jede dem diesseitigen Interesse entsprechende Richtung zu beseitigen.

229. Bericht an Minister v. Manteuffel.

[Ausfertigung.]

1. Oktober 1852.

E. E. h. Erlaß vom 25. v. M., die Ausführung des Art. 4 des Vertrages vom 8. Mai betreffend, habe ich zu erhalten die Ehre gehabt und daraus ersehen, daß jetzt auch die dänische Regierung bereit ist, bei den Kontrahenten des Vertrages in London dahin zu wirken, daß derselbe nicht bloß zur Kenntnis des Deutschen Bundes gebracht, sondern daß auch an diesen die ausdrückliche Aufforderung erlassen werde, dem Vertrage beizutreten. Wenn übrigens auch das österreichische Kabinett jetzt seine Mitwirkung zugesagt hat, bei den übrigen Unterzeichnern des Vertrages auf die Beteiligung des Deutschen Bundes hinzuwirken, so glaube ich doch im Hinblick auf das bisherige Verhalten der Kais. Regierung bei Verhandlung der ganzen holsteinischen Angelegenheit am Bundestage dahingestellt lassen zu müssen, inwieweit der Erfolg die Aufrichtigkeit des Kais. Kabinetts darzutun geeignet sein wird. Nach früheren Äußerungen des Grafen Thun mußte ich annehmen, daß Österreich jede Mitwirkung des Bundes bei dem fraglichen Vertrage ausgeschlossen haben wollte, obschon dies mit der sonst von Österreich wiederholt und bei so verschiedenen Gelegenheiten ausgesprochenen Absicht, die politische Bedeutung des Bundes möglichst zu heben und seine Kompetenz zu erweitern, wenig in Einklang steht.

Je ungewisser es aber erscheint, ob die Londoner Konferenz sich überhaupt für eine Beteiligung des Bundes erklären, ev. ob sie dieselbe nicht von Bedingungen, welche bereits von Dänemark angedeutet sind und m. u. A. n. schwerlich zu erfüllen sein möchten, abhängig machen wird, desto mehr halte ich es für meine Pflicht, darauf aufmerksam zu machen, daß die Konferenz, wenn sie eine Verhandlung über den Londoner Traktat im Schoße der Bundesversammlung vermieden sehen will, diesen Zweck schwerlich durch eine Ausschließung des Bundes erreichen würde. Denn da der Traktat der Bundesversammlung, wenn auch nicht mit der Aufforderung zum Beitritt, doch jedenfalls zur Kenntnisnahme vorgelegt werden soll, so würden sich hieran Proteste und Verwahrungen, falls solche überhaupt beabsichtigt werden, knüpfen können, und hierzu würde die eine oder die andere herzogliche Regierung um so mehr geneigt sein, als Dänemark, wie überhaupt, so auch die deutschen Regierungen nur bis einschließlich der großherzoglichen zum Beitritt einladen will. Es läßt sich voraussehen, daß die herzoglichen Regierungen hierin eine Geringschätzung erblicken und sich durch die gemachte Unterscheidung verletzt fühlen dürften, zumal einige großherzogliche Regierungen im Flächeninhalt des Landes

und in der Einwohnerzahl hinter mehren herzoglichen zurückstehen und der bloße großherzogliche Titel von den herzoglichen Regierungen gewöhnlich nicht als das entscheidende Moment angesehen zu werden pflegt.

E. E. beehre ich mich deshalb g. anheimzustellen, ob Hochdieselben vielleicht den K. Gesandten zu London beauftragen wollen, auch diesen Gesichtspunkt etwaigen Bedenken gegenüber, falls solche in London gegen die Einladung des Bundes zum Beitritt geltend gemacht werden sollten, zur Sprache zu bringen.

Was die Besorgnis der K. österreichischen Regierung betrifft, daß auch seitens des Herzogs von Augustenburg Reklamationen bei der Bundesversammlung gegen die Anerkennung der dänischen Thronfolge erfolgen könnten, so wird jede derartige Befürchtung schwinden, wenn die dänische Regierung sich beeilt, die Verhandlungen mit dem Herrn Herzoge zum Abschluß zu bringen und die Bedingungen zu erfüllen, die sie[1]) im Fall des Eingehens Sr. Dl. auf die dänischen Forderungen zu übernehmen sich bereit erklärt hat. Durch einen solchen Abschluß würde der Herr Herzog zugleich die Verpflichtung übernehmen, den Anordnungen Sr. M. des Königs von Dänemark über die Thronfolge in Dänemark keine Schwierigkeiten in den Weg zu legen. Ist diese Auseinandersetzung bis zur Zeit der Vorlegung des Traktates an die Bundesversammlung nicht erfolgt, so läßt sich allerdings mit Gewißheit voraussehen, daß die Ansprüche des Herrn Herzogs auch von einzelnen Bundesregierungen werden zum Gegenstande der Erörterung resp. zum Motive von Protesten gemacht werden. Auch in dieser Rücksicht möchte also die dänische Regierung alle Veranlassung haben, den Abschluß des Übereinkommens mit Sr. Dl. zu beschleunigen.

230. Privatschreiben an Minister v. Manteuffel.

[Eigenhändig.]

6. Oktober 1852.

E. E. beehre ich mich g. anzuzeigen, daß, wie ich aus ganz sichrer Quelle weiß, die in mehren öffentlichen Blättern enthaltenen Andeutungen über einen bevorstehenden Wechsel in der Person des K. Hanoverschen Bundestagsgesandten nicht ohne Begründung sind. Man hat Herrn von Bothmer, muthmaßlich aus Rücksicht auf das gegen ihn ergangne Kammervotum, die Alternative gestellt, entweder ganz und definitiv zum diplomatischen Fache überzutreten, oder auf seinen Posten als Präsident in Celle zu gehn, dessen Offenhaltung er sich bei Übernahme seines hiesigen Postens ausbedungen hatte. Auf eine Gegenvorstellung des Herrn von Bothmer ist der Bescheid noch zu erwarten; wenn aber die Regirung bei ihrer Ansicht in Betreff der Incompatibilität beider Stellen beharrt, so ist er entschlossen, nach Celle zurückzugehn. Ich würde den Abgang des Herrn von Bothmer lebhaft beklagen; er ist ein ruhiger und durchweg ehrenhafter Mann und unsern Interessen persönlich geneigt. Sollte er aber abgehn, so könnte vielleicht durch Graf Alvensleben dahin gewirkt werden, daß wenigstens kein für uns feindseliges Element ihn ersetzt. Noch bemerke ich g., daß mir vorstehende Mittheilungen mit der Bitte, sie noch nicht zu divulgiren, gemacht worden sind.

Durch Sir A. Mallet erfahre ich, daß dem englischen Gesandten in München durch den Vertreter des Herrn von der Pfordten gesagt worden ist, die Weigerung (refus)

[1]) Vorlage: es.

Preußens breche die Unterhandlungen keineswegs ab, man hoffe vielmehr dessenungeachtet ein gedeihliches Resultat, d. h. die Erhaltung des Zollvereins. Nach der Ansicht Sir R. Milbanks werde die Coalition sich vorerst nach Wien wenden, oder habe es schon gethan, um dort „intimidirende" Schritte gegen uns zu verabreden, von denen man hofft, daß sie uns nachgiebig stimmen würden. Milbanks glaubt aber nicht, daß Östreich darauf eingehn werde.

Das Votum der zweiten Kammer in Darmstadt[1]) ist dem Ministerium unerwartet gekommen; man hatte gehofft, mit Hülfe der zahlreichen Beamten und durch Versprechungen und Einschüchterungen eine Majorität für motivirte Tagesordnung zu erhalten, sonst hätte man wahrscheinlich die Discussion wieder durch Vertagung abgeschnitten. Zietelmann ist ein sehr thätiger Kammerintrigant für uns gewesen.

Von der Reise Sr. M. des Königs von Hanover verspricht sich Herr von Dalwigk günstige Folgen für die Sache der Coalition. In der Presse lasse ich dieß Factum in dem Sinne behandeln, als wolle der König Georg einen letzten Versuch machen, den König von Würtemberg und die Coalition überhaupt zu einer nachgiebigern Haltung zu bewegen. In treuster Ergebenheit . . .

*P[ost] S[criptum].[2])

Sollten E. E. es aus irgend einer Veranlassung erforderlich finden, mich vor dem 15. c. nach Berlin zu citiren, so würde ich eine telegraphische Benachrichtigung davon mit g. Danke erkennen, damit ich mich mit den Vorbereitungen zu den Festlichkeiten am Geburtstage Sr. Majestät danach richte. Mein neues Quartier, was ich seit gestern in der Gallus-Gasse bezogen habe, dasselbe, wo Herr von Peucker wohnte, ist gänzlich verfallen im Äußern und bedarf bis zum 15. noch vielfacher provisorischer Decorationen und Blendwerke. Einstweilen bin ich in einer kleinen dazugehörigen Gartenwohnung bivouakartig einquartirt, während das eigentliche apartement von Handwerkern aller Art bevölkert ist.

Meinen neulichen Notizen über das Wochenblatt[3]) füge ich noch hinzu, daß unser hiesiger Consul, Moritz Bethmann, der Vetter von Bethmann-Holweg und mit Gr. Goltz früher in nahem gesellschaftlichen Verkehr stehend, sich neuerdings als ein besonders lebhafter Anhänger jener Partei gerirt. Vielleicht hat man ihm von daher einen Orden in Aussicht gestellt; denn au fond ist er schwarzgelb und wird seinen Vetter nur nasführen, um Oestreich zu dienen. Sein Schwager, Herr von Bose, ist Adjudant des Herzogs von Nassau, für dessen Maitresse früher die Frau von Bethmann galt und jetzt deren jüngre Schwester Frl. v. Bose gilt, die verlobt ist mit einem andern Adjudanten des Herzogs, von Zimiecky, früherm Offizier der sächsischen Reiter.[4])

Meine Frau und ich bitten Ihrer Frau Gemalin angelegentlich empfohlen zu werden . .

[Nachschrift.]

Der alte Graf Stolberg hat mir geschrieben und mich ersucht, bei E. E. zu befürworten, daß sein Sohn wenigstens noch ½ Jahr hier attachirt bliebe. Ich kann das mit

[1]) Die Zweite Kammer des Großherzogtums Hessen hatte sich dafür ausgesprochen, daß ein Handelsvertrag mit Österreich erst n a c h Neubildung des Zollvereins abgeschlossen würde.
[2]) Auf einem besonderen kleinen Bogen, undatiert, anscheinend zu dem Privatschreiben vom 6. Oktober 1852 gehörig.
[3]) Vgl. oben S. 239 ff.
[4]) Vgl. oben S. 236.

gutem Gewissen thun, da dieser junge Herr, wenn er auch kein Talleyrand werden wird, doch die Gesandschaft in geselliger Hinsicht sehr anständig repräsentiren hilft und der Liebling vieler Damen ist, die unter Umständen nützliche Verbindungen gewähren. Außerdem ist er zum Abschreiben, Dictiren secreter Sachen und zu kleinen Verhandlungen in der Nachbarschaft sehr brauchbar, und bildet sich hier, wenn nicht zum Diplomaten, doch dermaleinst zu einem guten und politisch wohldenkenden Flügeladjudanten oder dergl. aus. Auch sind Gefälligkeiten für den Vater m. E. zu den wohlangebrachten zu rechnen.

*231. Bericht an Minister v. Manteuffel.

[Konzept.]

6. Oktober 1852.

In Verfolg meines g. Berichts vom 1. d. M. verfehle ich nicht, E. E. ehrerbietigst weiter anzuzeigen, daß der Verleger des hiesigen Intelligenzblattes in die beiliegende Nummer vom 2. d. M. ohne Wissen und Genehmigung des Redakteurs Dr. Zirndorfer den rot angestrichenen: „Überblick der Ereignisse im Gebiet der politischen und materiellen Interessen" aufgenommen hatte. Nach der dort befindlichen Vorbemerkung soll ein solcher Überblick wöchentlich dreimal erscheinen. Eine sofort angestellte Recherche nach den Motiven dieses auffallenden und dem Zirndorferschen Kontrakte entgegenstehenden Schrittes ergab, daß der Verleger jenen Artikel von österreichischer Seite durch eine Mittelsperson erhalten hat und daß ihm für dessen Aufnahme die Insertionskosten eingehändigt, auch solche für die folgenden Artikel gleichmäßig zugesagt sind. Tritt auch in dem abgedruckten ersten Artikel österreichische Tendenz noch nicht hervor, so war dies doch bei dem zweiten, im Manuskript diesseits eingesehenen Artikel um so mehr der Fall. Der p. Z. hat daher gegen die fernere Aufnahme jener Artikel unter Berufung auf seinen Kontrakt protestiert und sich zugleich erboten, die erwähnten Überblicke selbst wöchentlich dreimal und zwar ohne Erhöhung seines Honorars zu liefern. Der Verleger ist dann auch nach einigem Widerstande auf diese Offerte eingegangen, so daß die österreichischerseits beabsichtigte Influenzierung des Intelligenzblattes nicht zur Ausführung kommen dürfte.

Da übrigens die Befähigung des p. Z. zur Abfassung derartiger Überblicke höchst zweifelhaft erscheint, so wird für deren anderweite Beschaffung diesseits Sorge getragen werden.

232. Bericht vom 11. Oktober 1852 an König Friedrich Wilhelm IV., betr. die Verhandlungen wegen der Rechte der vormals Reichsständischen Fürsten und Grafen. — Vgl. Poschinger I Nr. 99.

233. Bericht an Minister v. Manteuffel.

[Konzept.]

12. Oktober 1852.

Wie E. E. nicht unbekannt ist, bin ich schon seit einiger Zeit bemüht gewesen, die im Süden für die Erhaltung des Zollvereins überall vorhandenen Sympathien zu stärken und zur Äußerung anzuregen, um auf diese Weise eine Agitation für den erwähnten Zweck aus dem Schoße der Bevölkerung selbst ins Leben zu rufen.

Seit dem durch die h. Zirkulardepesche vom 27. v. M. erfolgten Abbruch der Zollvereinskonferenzen[1]) stellen m. g. E. die Einwirkungen der Koalitionsregierungen, sowie die Bemühungen Österreichs für eine Umgestaltung der deutschen Zustände mehr als früher die Notwendigkeit heraus, das preußische Interesse in Süddeutschland auf das entschiedenste zu vertreten und solche Agitationen zu paralysieren, welche den wohlbegründeten Einfluß Preußens auf Süddeutschland aufzuheben trachten. Von diesem Gesichtspunkt aus erlaube ich mir daher E. E. ein kurzes Resumee der von hier aus in dieser Richtung veranlaßten Schritte zu Maßnahmen mit dem g. Bemerken vorzulegen, daß ich deren Ausführung dem Regierungsassessor Zitelmann in Gemäßheit des h. Reskripts vom 12. November v. J. übertragen habe.

Zur Erreichung des erwähnten Zweckes boten sich wesentlich zwei Mittel dar, nämlich,

1. die Einwirkung auf die Presse;
2. die Verbindung mit einflußreichen und preußisch gesinnten Männern in Süddeutschland.

Hinsichtlich des ersten Punktes erlaube ich mir darauf hinzuweisen, daß

1. die Mehrzahl der süddeutschen Blätter — wie E. E. bekannt — teils Regierungsorgan, teils ultramontan ist, teils unter österreichischem Einfluß steht. Ein großes preußisches Organ — wie Österreich in der Augsburger Allgemeinen besitzt — befindet sich leider im Süden nicht. Indessen ist es mir doch gelungen, auf eine Anzahl süddeutscher Zeitungen eine mehr oder minder entschiedene Einwirkung zu erlangen. Es folgen nähere Mitteilungen hierüber. . . . .

Wenn hiernach auch — wie E. E. sich hochgen. überzeugen wollen — die in bezug auf die süddeutsche Presse erreichten Resultate nicht ganz ungünstig sein dürften, so reichen dieselben doch gerade für die gegenwärtige Situation nicht vollständig aus. Unter den obwaltenden Umständen wird daher für jetzt nichts anderes übrig bleiben, als durch Verbreitung von Flugblättern ergänzend auf die süddeutsche Bevölkerung im diesseitigen Sinne einzuwirken. Daß dies geschieht, habe ich bereits unter Verhoffen der h. Genehmigung E. E. veranlaßt.

2. Die Einwirkung auf die süddeutsche Presse reicht aber allein nicht aus; neben und mit derselben schien es mir erforderlich, auch anderweite Verbindungen mit einflußreichen und preußenfreundlichen Personen anzuknüpfen, die mich teils über die Stimmung der Bevölkerung ihres Kreises informieren, teils auf dieselben einwirken, um Petitionen, Anträge an die Kammer ꝛc. hervorzurufen. Es folgen Bemerkungen über einzelne besonders hervorragende Personen in den verschiedenen Koalitionsgebieten.

Alle diese angeknüpften Verbindungen dürften jedoch nur dadurch ihre volle Wirksamkeit erhalten, wenn es gelingt, sie in einen organischen Zusammenhang zu bringen und gleichsam ein Netz von Vertrauensmännern über Süddeutschland auszuspannen, welches in Frankfurt seinen leitenden Mittelpunkt hat. Zu einem solchen Mittelpunkt bietet sich eine bereits hierselbst bestehende Anstalt dar, bei der es sich behufs einer fruchtbaren Wirkung lediglich um eine zweckentsprechende Erweiterung handeln würde. Es ist dies die gewerblich-statistische Anstalt, welche mit einem großen Teile der gewerbtreiben-

[1]) Über den Abbruch der Zollvereinskonferenzen durch die preußische Zirkulardepesche vom 27. September 1852 vgl. W. Weber: Geschichte des Zollvereins, S. 322, und Rudolph v. Delbrück, Lebenserinnerungen I S. 321.

den Bevölkerung in Verbindung steht und imstande ist, in den verschiedenen Staaten die mit Gewerbvereinen, Kammermitgliedern sowie mit der süddeutschen Presse angebahnten Verbindungen durch eine energische Tätigkeit dem vorliegenden Zweck förderlich zu machen. Die erwähnte Anstalt wird von zahlreichen Gewerbtreibenden als Auskunftsbüro benutzt, an welches sich dieselben mit den verschiedensten praktischen Fragen wenden. Ein Ausfluß der Tätigkeit dieser Anstalt ist die Gründung einer deutsch-amerikanischen Handelsgesellschaft, welche bis jetzt 40 Mitglieder zählt und bereits einen Geschäftsführer mit einem Warentransport kürzlich nach Newyork abgesendet hat.

Um nun die gewerblich-statistische Anstalt in den Stand zu setzen, die bereits angeknüpften Fäden zu einem organischen und in sich zusammenhängenden Ganzen zu vereinigen und dadurch dem diesseitigen Interesse nachhaltig und konsequent dienen zu können, ohne daß diese Absicht dem Publikum gegenüber klargemacht wird, dürfte es nur erforderlich sein, dieselbe zur Gründung eines Gewerblichen und Handelsvereins für Süddeutschland, hauptsächlich zur Verfolgung und Lösung praktischer Aufgaben, zu veranlassen und ihr ein Organ zuzugesellen, in welchem sie ihren Einfluß bei den süddeutschen Gewerbtreibenden fortdauernd geltend machen kann.

Als leitende Grundsätze des Vereins dürften folgende Punkte aufzustellen sein.

§ 1.

Erhaltung und Erweiterung des deutschen Zollvereins.

§ 2.

Durchbildung der Tarifreform.

§ 3.

Freie Benutzung der gewerblich-statistischen Anstalt seitens der Mitglieder als Auskunftsbüro zur Förderung ihrer industriellen Zwecke. . . .

Das Blatt, welches diesem Verein als Organ beizugeben wäre, könnte anfänglich jeden Monat einmal als eine Sonntagsbeilage zum Frankfurter Journal erscheinen. Es machte über den Fortgang der von der Anstalt ausgegangenen Institute Mitteilungen und brächte eine handelspolitische Rundschau. . . .

Außer dem Blatte würden die Mitglieder des Vereins je nach Bedürfnis lithographische Korrespondenzen zugesandt erhalten, so daß in Verbindung mit einem soviel als möglich durch persönliche Besprechung unterhaltenen Verkehr hierdurch die Mittel gewonnen würden, wie auf einen weitern, so auch auf einen engern Kreis einzuwirken. Sollte sich nun das vorstehend entwickelte Projekt einer Organisation und fortdauernden Einwirkung auf die süddeutsche Bevölkerung der h. Genehmigung E. E. erfreuen, so würde E. E. ich um die Autorisation bitten, mit der desfallsigen Maßregel ungesäumt vorgehen zu dürfen. Was die dazu erforderlichen Mittel betrifft, so würde ich bestrebt sein, solche aus dem von E. E. mir zur Disposition gestellten Fonds soweit als irgend möglich zu entnehmen. . . Sollte sich jedoch ergeben, daß für die erste Zeit der erwähnte Fonds die nötig scheinende Mehrausgabe nicht vollständig zu leisten vermöchte, so würde E. E. ich um die Erlaubnis bitten, in dieser Beziehung demnächst meine gehorsamsten Anträge zu formieren...

234. Bericht vom 14. Oktober 1852 an Minister v. Manteuffel, betr. die Zollvereinsfrage. — Vgl. Poschinger I Nr. 101.

235. Bericht an Minister v. Manteuffel.

[Konzept.]

14. Oktober 1852.

Zu den preußischen Untertanen, welche sich zeitweise hier aufhalten, gehört auch der Baron v. Reden. Bei dem hinreichend bekannten frühern politischen Auftreten desselben[1]) habe ich Veranlassung genommen, ihn auf geeignete Weise beobachten zu lassen, um von seinen etwaigen Bestrebungen in fortlaufender Kenntnis zu bleiben. . . . Reden sei kürzlich von Wien nach Frankfurt zurückgekehrt. Während seines Aufenthalts in Wien hat er mit dem ihm von früher her bekannten Ministerialrat Dr. Hock, sowie andern den dortigen leitenden Kreisen angehörigen Persönlichkeiten in Verkehr gestanden. Nach seinen Äußerungen ist sowohl das Ministerium als auch der Kaiser selbst auf das entschiedenste gesonnen, das Projekt der Zolleinigung mit allen erforderlichen Mitteln zu verwirklichen. Wenn man vielleicht zeitweise in der Verfolgung dieses Planes nachzulassen scheine, so glaube man nur, durch eine solche Taktik den augenblicklichen Verhältnissen Rechnung tragen zu müssen; es sei jedoch ganz unzweifelhaft, daß die Deutsch-Österreichische Zolleinigung, sowohl aus persönlichen als auch sachlichen Gründen, einen Hauptzielpunkt für die Politik der Regierung bilde. Der Kaiser selbst interessiere sich persönlich um so lebhafter und entschiedener für diese Angelegenheit, als er mehr oder weniger klar den Gedanken einer Herstellung des Habsburgischen Kaisertums in sich herumtrage und in der materiellen Vereinigung Österreichs mit Deutschland den ersten Schritt zur Erreichung jenes Zieles erblickt.

Der p. von Reden hat sodann weiter die hierdurch für die Rekonstruktion des Zollvereins entstandenen Schwierigkeiten lebhaft beklagt und dabei bedauert, daß er durch seine gegenwärtige Stellung verhindert sei, zur Hebung derselben nach Kräften mitzuwirken.

Wie aus seinem vor einigen Jahren über die Wiener Industrie-Ausstellung erstatteten Bericht hervorgeht, so ist er damals sowie nach seinen Äußerungen auch heute noch entschieden gegen eine deutsch-österreichische Zolleinigung gesinnt. E. E. habe ich mich für verpflichtet gehalten, hiervon g. Anzeige zu machen, da es bei den vielfachen und weitverzweigten Verbindungen des p. v. Reden vielleicht möglich wäre, sich desselben in nächster Zeit zu bedienen. . . . Ev. würde ein solcher [Einfluß auf Reden] gerade im gegenwärtigen Augenblick, wo derselbe zwei Werke über die finanziellen und industriellen Zustände Preußens bearbeitet, möglicherweise zweckentsprechend sein. . . .

236. Telegramm vom 16. Oktober 1852 an Minister v. Manteuffel, betr. den Grafen Thun. — Vgl. Poschinger IV Nr. 49.

237. Schreiben an Minister v. Manteuffel.

[Eigenhändig.]

16. Oktober 1852.

E. E. beehre ich mich auf die mir gestern Abend zugegangne chiffrirte Depesche[1]) nachstehendes g. g. zu erwidern:

---

235. [1]) Der Statistiker v. Reden hatte, obwohl preußischer Regierungsrat, als Mitglied der Nationalversammlung wegen der Ablehnung der Kaiserwürde eine antipreußische Agitation entfaltet und war darauf auf Wartegeld gesetzt worden.

237. [1]) Manteuffel teilte mit, daß Prokesch von Berlin abberufen werden solle und angefragt habe, ob Thun in Berlin genehm sein werde. Er bitte daher um eine vertrauliche Äußerung über die Persönlichkeit Thuns und über dessen Gesinnung in bezug auf die Verhältnisse Österreichs zu Preußen.

Wie ich Graf Thun auf Grund meines bisherigen Verkehrs mit ihm beurtheile, so hat er keine selbständigen politischen Anschauungen, die ihn veranlassen könnten, nach irgend einer Richtung hin die Initiative zu nehmen und auf das Wiener Cabinet bestimmend einzuwirken. Für den Fürsten Schwarzenberg, den Schöpfer seiner Carriere und den Gesellschafter bei Vergnügungen mancherlei Art, hatte er eine große persönliche Verehrung, eignete sich dessen Worte und Gedanken an und sprach in vertraulichen Stunden zu mir Schwarzenbergische Urtheile über das Verhältniß Preußens zu Östreich als eigne Ansichten aus, die dahin gingen, daß Deutschland mächtig und glücklich sein werde, wenn Preußen zum Verständniß seiner historischen Aufgabe gelange; diese bestehe nicht darin, daß es mit Östreich um den diesem gebührenden ersten Platz hadere, sondern daß es den übrigen deutschen Staaten Schutz und Garantie gegen etwaige Übergriffe Östreichs biete; er wollte etwa sagen, Preußen solle in der Bundesversammlung mehr den Volkstribun als den zweiten Consul spielen wollen. Das ließe sich noch hören, aber seinen Commentaren nach hatte er doch einen sehr fügsamen und bescheidnen Tribun im Sinne. Das waren die Echo Schwarzenbergischer Briefe, die er wie Orakel verehrte. Sonst ist er peinlich in Ausführung seiner Instruction und bemüht sich selten und nur auf Veranlassung andrer, hiesiger Collegen, Einfluß auf den Inhalt seiner Instruction zu üben. Die einzige bedeutendere Sache, in der es geschah, war die Flottenangelegenheit, wo er es Herrn von Schele zu Gefallen that und durch den schlechten Verlauf der ganzen Sache nur von Neuem in seiner Gewohnheit befestigt wurde, die Sachen zu nehmen, wie sie von Wien kommen. Fehlt ihm Instruction, so verfährt er gewöhnlich nach dem Rath des Herrn von Nostitz, sächsischen Gesandten, auch wohl nach meinem, wenn ich der Sache nach unpartheiisch bin, aber nicht leicht selbständig. Seine Hauptstärke ist ein klarer Verstand, schnelle Auffassung, Geistesgegenwart und Gewandheit, und mit diesen Eigenschaften, zu denen entschiedner politischer Muth kommt, [eingeschaltet: das heißt, sobald er durch Instruction gedeckt ist], würde er ein sehr bedeutender Mann sein, wenn er eine starke, treibende politische Überzeugung hätte, die seiner Thätigkeit Richtung und Ziel consequent vorschriebe, und wenn er nicht sehr träge und vergnügungssüchtig wäre. Er hat, wenn er will, außerordentliche Arbeitskraft, die er stoßweise, und dann Tag und Nacht, zur Anwendung bringt. Solange ihm aber das Feuer nicht auf den Nägeln brennt, schweift er gern allein oder mit seiner Frau einsam in Wäldern und Feldern umher, geht auf die Jagd, des Abends in Gesellschaft von Damen zweiter Klasse, die mehr faciles und formosae als bonae laboriosae sind, und spielt dann auf dem Casino die Nacht hindurch, wofür er des Morgens oft so lange schläft, daß er zur Sitzung geweckt werden muß. Ein gründlich arbeitender Unterbeamte, von dem er gewiß ist, daß er die Acten gründlich liest, wird daher großen Einfluß auf ihn üben. Bei seinem Hange zur Bequemlichkeit scheut er sich vor unangenehmen scharfen Erörterungen; nehmen die Geschäfte eine derartige Wendung, so wird er leber- oder nervenkrank, aber nie so unpassend aufgeregt wie Prokesch; auch ist er viel offner und anständiger in und außer Dienst, wie jener, und hat überhaupt für einen östreichischen Diplomaten, wenn er auch nicht ganz frei von der übertölpelnden Bonhommie und slavischen Bauernklugheit seiner meisten Collegen ist, doch in seltnem Grade das Bedürfniß, für einen Mann von Ehre, auch im Kaiserlichen Dienst und Ausländern gegenüber, zu gelten. Daß er die Existenz von Preußen im tiefsten Innern für eine Unregelmäßigkeit hält, daran zweifle ich nicht; aber seine Abneigung gegen Geschäfte, besonders gegen gereizte Zustände und deren auf die Länge für ihn aufreibende Wirkung, berechtigt zu der Annahme, daß er nichts thun wird, um die Dinge schlimmer zu machen, als sie sind, und Öl ins Feuer zu gießen; sein rascher Verstand, seine Freiheit von

Pedanterie und empfindlicher Übelnehmerei erleichtern das Verhandeln mit ihm. Ungenirtheit und Faulheit verleiten ihn leicht zu Mangel an égards, und sein persönliches Verhältniß zu Buol ist, wie ich E. E. in frühern Schreiben vorzutragen die Ehre hatte, an und für sich kein inniges; diese beiden Umstände werden machen, daß er im Allgemeinen und in besondern Fällen das Bedürfniß einer Anlehnung an die Regierung, bei der er accreditirt ist, und einer nachsichtigen Beurtheilung hat. Die Frau ist liebenswürdig, wenn auch nicht grade geistreich, und macht ein angenehmes Haus, und gar keine Politik.

Im Vergleich mit Prokesch, Koller, Rechberg halte ich Thun bei Weitem für vorzuziehn; die beiden Erstern sind Intriganten, und E. E. kennen Sie[2]) ja; Rechberg ist ein anständigerer Character, aber sein Preußenhaß ist activ und energisch, während er bei Thun höchstens die Gestalt des schmerzlichen Bedauerns über einen Mißgriff der Geschichte annimmt, der nicht mehr zu ändern ist. Ich verliere Thun ungern hier und bin überzeugt, daß ich einen Unangenehmern wiederbekomme. Aber hier ist Neutralisation der ganzen Maschine zuletzt ein sichres Mittel für uns, und im Interesse der Sache kann ich nur zureden, Thun zu nehmen, wenn Buol ihn anbietet.

Noch bemerke ich, daß Thun mit unsern Grafen Brühl und Westphalen nahe verwandt ist. Seine Mutter war eine Brühl, und die Schwester seines Vaters, verheirathet an zwei Grafen Westphalen hintereinander, ist die Mutter unsres Gesandten dieses Namens. Thuns sind eifrig katholisch; er bedarf indeß vielfacher Absolution. Außerdem ist er eifriger Jäger, für Jagdeinladungen dankbar und im Walde gemüthlich und offen mittheilend. Von den Östreichern, die ich kenne, wüßte ich nur 3, die ich lieber in Berlin haben würde, aber die wird man uns nicht geben; das ist Langenau, Graf Mensdorf und Graf Clam-Gallas, Commandirender in Böhmen. Aufrichtige Sympathien für ein billiges Hand in Handgehn mit uns finden sich m. E. nur in den jetzt fast einflußlosen Kreisen der Alt-Conservativen, und bei denen vielleicht auch nur solange, als sie in dem jetzigen Zustande von Unterdrückung sich befinden. Unter den Männern, die jetzt im Amt und Ansehn sind, würde ich aber, nächst den oben Genannten, Thun vorziehn, soweit der Kreis meiner Personalkenntniß reicht[3]). Genehmigen ꝛc. . . .

238. Bericht vom 18. Oktober 1852 an Minister v. Manteuffel, betr. die Verhandlungen mit dem Herzog von Augustenburg. — Vgl. Poschinger I Nr. 103.

239. Bericht vom 19. Oktober 1852 an Minister v. Manteuffel, betr. die Zollvereinsfrage. — Vgl. Poschinger I Nr. 104.

240. Bericht vom 21. Oktober 1852 an Minister v. Manteuffel, betr. Bericht über das Bestreben der österreichischen Regierung, der Bundeskanzlei den Charakter eines ausschließlich österreichischen Instituts zu geben. — Vgl. Poschinger I Nr. 105.

241. Bericht vom 22. Oktober 1852 an Minister v. Manteuffel, betr. die Zollvereinsfrage in der Pfalz. — Vgl. Poschinger I Nr. 106.

Hier wäre Nr. 224 einzuschalten (vgl. S. 237 Anm. 1).

[2]) P. hat irrig: sie.
[3]) Thun wurde demnächst (11. Dezember 1852) als Gesandter in Berlin beglaubigt.

242. Bericht vom 23. Oktober 1852 an Minister v. Manteuffel, betr. die Auflösung der Flotte. — Vgl. Poschinger I Nr. 107.

243. Bericht vom 23. Oktober 1852 an Minister v. Manteuffel, betr. die Unterstützung bzw. Herstellung einer Verbindung mit dem Mannheimer Journal, der Mainzer Volkszeitung und dem Heidelberger Journal. Tendenz dieser Blätter. — Vgl. Poschinger, Neue Berichte S. 27 f.

244. Bericht vom 26. Oktober 1852 an Minister v. Manteuffel, betr. die Zollvereinskrisis. — Vgl. Poschinger I Nr. 108.

245. Bericht vom 3. November 1852 an König Friedrich Wilhelm IV., betr. die Haltung des Freiherrn von Holzhausen. — Vgl. Poschinger I Nr. 109.

246. Bericht vom 4. November 1852 an Minister v. Manteuffel, betr. den Zollverein. — Vgl. Poschinger I Nr. 110.

247. Privatschreiben an Minister v. Manteuffel.

[Eigenhändig.]

4. November 1852.

E. E. beeile ich mich über die Conversationen, welche ich mit Herrn von Schele in Blankenburg[1]) gehabt habe, g. zu berichten. Der Gesammteindruck ist für mich gewesen, daß das Hannoversche Ministerium, wenn auch sehr ungern, doch den Septembervertrag halten wird, auch in dem Falle, daß der Zollverein sich auflöst, daß indeß Herr von Schele die Hoffnung nicht aufgegeben hat, uns durch Zweifel, die er über die Haltung Hannovers erregt, zu lebhafteren Anstrengungen für die Erhaltung des Zollvereins zu bewegen, während der Kriegsminister von Brandis rund heraus erklärte, Hannover werde unter allen Umständen an dem Vertrage festhalten. Herr von Schele eröffnete sogleich bei der ersten Begegnung in sehr angelegentlicher Weise das Gespräch über die Zollverhältnisse. Er klagte darüber, daß Preußen seiner tractatenmäßigen Verpflichtung nicht nachgekommen sei, die „dienlichen Mittel zu ergreifen, um den Beitritt der übrigen Zollvereinsstaaten zum Septembervertrage herbeizuführen", daß im Gegentheil unser Verfahren in Hannover die Ansicht habe erwecken müssen, Preußen wünsche eine Absonderung Norddeutschlands, um letztres sichrer zu influenziren; auch hätten wir Hannover die ihm durch den Vertrag zugesicherte Theilnahme an den Verhandlungen verkürzt, indem wir einseitig ohne Einvernehmen mit Hannover die Conferenzen abgebrochen und die Coalitionsstaaten in eine Lage gesetzt hätten, wo ihnen die eigne Ehre die Wiederaufnahme der Unterhandlungen verbiete. Hannover sei daher in seinem Recht, wenn es sich nach dem „Geiste" des Vertrages von demselben entbunden erachte, sobald er, und zwar durch Schuld Preußens, die beabsichtigte Verschmelzung des Steuervereins mit dem Zollverein nicht zur Folge

[1]) B. weilte am 1. November 1852 als Gast des Herzogs von Braunschweig zur Jagd in Blankenburg.

habe. Er wolle indessen damit nicht sagen, daß Hanover von diesem Rechte vorkommenden Falls Gebrauch machen werde, anstatt mit Preußen allein zollverbündet zu bleiben; es sei vielmehr der Frage, was Hanover thun werde, falls die Coalitionsstaaten aus dem Zollverein ausschieden, noch gar nicht „nähergetreten" im Cabinet; man wünsche sie auch als eine offne betrachtet zu sehn, und namentlich in den nächsten Wochen zu keiner Erklärung gedrängt zu werden; denn grade jetzt biete sich uns eine günstige Gelegenheit, die ganze Sache zu arrangiren, ohne daß es der Entscheidung darüber bedürfe, welche Auslegung des Septembervertrages die richtige sei. Östreich sei nämlich jetzt bereit, einen Abschluß auf 12 Jahr mit einem Handelsvertrage zuzulassen, ohne auf bestimmtere Erklärungen, als die bisher von uns gegebnen, in Betreff der Zolleinigung zu bestehn. Es blieben also streitige Punkte zwischen uns nur: die Tariffrage, und in der müsse Östreich allerdings noch in vielen Punkten nachgeben, dann die Etikettenfrage, wegen der Priorität der Reconstruction des Zollvereins oder der Verhandlung mit Östreich. Letztre müsse man verhindern, practisch zu werden, indem man die Summe alles dessen, was die Regirungen unter einander abmachen wollten, in Einem Instrumente redigire. Es sei nun allerdings von Preußen nicht zu erwarten, daß es den ersten Schritt thue, um ein solches Arrangement herbeizuführen; auch Östreich werde nicht den Anfang machen wollen; um diese Schwierigkeit zu lösen, sei er, Schele, bereit, nach Wien zu gehn und dort, nicht im Namen der Hanoverschen Regirung, sondern als glaubwürdige Privatperson dem Grafen Buol einen Vertragsentwurf mit dem Bemerken mitzutheilen, daß der Inhalt desselben seiner persönlichen Ansicht nach dem Preußischen Cabinette genehm sei. Er habe im Sinne eines solchen Erbietens bereits an E. E. geschrieben und rathe dringend, die gute Gelegenheit, welche sich vermöge der jetzigen versöhnlichen Disposition des Wiener Cabinettes darbiete, nicht vorübergehn zu lassen. Besonders müsse man eine solche Negotiation vor den Darmstädter Regirungen geheim halten, sonst würden diese, und namentlich Baiern, die Sache zu hintertreiben wissen. Über von der Pfordten sprach er mit Bitterkeit. Herr von Schele wünschte schließlich, daß ich sogleich nach Berlin gehn möchte, um E. E. die Dringlichkeit und Leichtigkeit der vorgeschlagnen Arrangements wiederholt vorzustellen. Ich lehnte dieß ab, angeblich wegen meiner hiesigen Geschäfte, in der That aber um kein Empressement zu zeigen, da mir jener den Grad unsrer Besorgniß vor Isolirung und den Effect der angeregten Zweifel über die Ausführung des Septembervertrages ohnehin zu überschätzen schien.

Ich brauche nicht zu erwähnen, daß ich Schele's laxer Interpretation des Septembervertrages entgegentrat, und als ich unter detaillirter Beweisführung an sein juristisches Gewissen appellirte, schien er sich zu schämen; noch mehr Eindruck machte aber das Argument, daß man in Preußen, wie er zugab, den Rücktritt Hanovers, unter welchen Umständen er auch erfolge, für einen Vertrags- und Treubruch halten und sich demzufolge vorkommenden Falls auch wieder für berechtigt ansehn werde, einer Regirung, die nicht Treu und Glauben halte, auf nachbarliche Freundschaft keinen Werth lege und in diesen beiden Beziehungen noch eine Scharte von dem Dreikönigsbündniß[3]) her auszuwetzen habe, mit gleichem Maße zu messen. Schele gab zu, daß die nächste Zeit politische Constellationen bringen könne, in welchen es für Hanover höchst gefährlich sei, eine derartige „Rechnung" bei Preußen stehn zu haben, und wiederholte, daß er über das definitive Schicksal des Septembervertrages nichts präjudicirt haben wollte, und sein obiges Anerbieten, nach

[2]) P. hat: „er". Es steht aber „es" da

[3]) Das Bündnis, welches die Könige von Preußen, Hannover und Sachsen am 26. Mai 1849 schlossen.

Wien zu gehn, beweise wie er alles aufbiete, um die Spaltung und das Mißtrauen in Deutschland zu beseitigen; auch er fürchte Frankreich, die rheinbündlerischen Reminiscenzen der Coalition, und selbst Östreichs Haltung bezüglich Frankreichs sei bedenklich.

Vielleicht könnte man von dem Vermittlungsanerbieten unsres Freundes wenigstens den Vortheil ziehn, daß wir durch ihn, und ohne uns selbst die Finger zu verbrennen, herausbringen, welchen Sinn das neuerliche Entgegenkommen Östreichs hat. Sr. Majestät[1]) stellte ich die Sache in diesem Sinne vor, daß wir, wo wir eine Falle wittern, gut thun, Schele, der behauptet, es sei keine Falle, vorausgehen zu lassen. Sr. Majestät war es aber nicht klar, ob Schele nicht selbst mit dem Stellen der Falle einverstanden sei und uns um so sichrer hineinführen werde. Ich sollte aber doch glauben, das ließe sich vermeiden, wenn man seine Arrangements vorsichtig trifft, d. h. so, daß Schele für uns nur die Bedeutung eines Kundschafters hat, wenn er nach Wien geht. Die Coalition scheint übrigens im Geheimniß der neusten Wiener Auffassungen zu sein, da Herr von Rosenberg hier ganz dasselbe gehört hat, was Prokesch in Berlin geäußert haben soll, mit dem Zusatz, daß die Unterhandlungen zwischen Wien und Berlin im vollen Gange seien.

Herr von Schele erklärte die jetzige Nachgiebigkeit Östreichs damit, daß es sich herausgestellt habe, wie Baiern nichts andres als eine Zollgruppe unter eigner Hegemonie wolle, womit weder Östreich noch Rußland einverstanden seien. Damit in Zusammenhang steht, was mir der Prinz von Würtemberg auf der Herreise sagte, daß nämlich Baiern, Würtemberg gegenüber, die beim Eintritt in unsern Zollverein geschlossenen Verträge geltend macht, nach welchen bei etwaiger Auflösung dieses Vereins, der früher zwischen Baiern und Würtemberg bestandene wieder ins Leben zu treten hätte. Auf Baden erstrecken sich diese Verträge, so viel ich weiß, nicht, für Würtemberg aber existiren sie in bindender Form, wie mir der Prinz sagte.

In Bezug auf Graf Nostitz bemerkte Herr von Schele noch, daß man ihm Unrecht thue, wenn man glaube, daß er ohne Nutzen für uns dort sei; er besitze eine große Rührigkeit und manche gute alte Verbindung; für die nächsten 3 bis 4 Wochen aber sei es besser, daß er nicht komme, weil das Drängen in dieser Frist (der muthmaßlichen Dauer der Verhandlungen in Wien) nichts nützen könne. Aus Coblenz höre ich eben, daß die dortigen Offiziere, die Wahlmänner sind, für Auerswald gestimmt und geworben haben. In treuster Ergebenheit . . .

[Nachschrift.]

Die heutige Sitzung ist von Graf Thun abgesagt, ich hätte daher nicht so zu eilen brauchen.

248. Bericht an Minister v. Manteuffel.

[Ausfertigung.]

6. November 1852.

Bezugnahme auf den Immediatbericht vom 5. November[2]). Herr von Holzhausen vertrat früher sämtliche Staaten der 16. Kurie. Seit der Wiederherstellung des Bundestages hat Liechtenstein in der Person des Gr. hessischen Staatsrats von Linde und Schaumburg-Lippe in der Person des Kabinettsrats Strauß eigene Bundestagsgesandten

[1]) B. weilte am 29. Oktober als Gast des Königs zur Jagd in Letzlingen.
[2]) Vgl. oben Nr. 245.

ernannt. Der Staatsrat von Linde führt indessen nur pro forma den Titel eines Liechtensteinschen Bundestagsgesandten; er ist ausschließlich österreichischer Beamter, wird von Österreich besoldet und besorgt für den Grafen Thun einen großen Teil der Arbeiten der österreichischen Gesandtschaft. Der Kabinettsrat Strauß, ein demokratischer Schullehrer aus dem Jahre 1848 und im vorigen Jahre von Österreich geadelt, kommt nur nach Frankfurt, wenn Schaumburg-Lippe die Stimme führt. Nachdem Hohenzollern-Hechingen und -Sigmaringen als selbständige Staaten ausgeschieden sind, vertritt Herr von Holzhausen noch Waldeck, Reuß älterer und jüngerer Linie, Lippe und Hessen-Homburg und, während der Abwesenheit des p. Strauß, Schaumburg-Lippe.

Nach den Kundgebungen am Bundestage scheint es zwar nicht, daß die Mehrzahl dieser Regierungen sich mehr zu Preußen als zu Österreich hinneigen, jedenfalls dürfte dies aber namentlich hinsichtlich Waldecks und Reuß jüngerer Linie der Fall sein. Wenn nun auch in der Kurie selbst die Majorität der Regierungen entscheidet, so muß es doch auffallen, daß Herr von Holzhausen nur in äußerst seltenen Fällen für die eine oder die andere Regierung eine abweichende Erklärung zu Protokoll gibt, wie dies in anderen Kurien, besonders in der 15. (Oldenburg, Anhalt und Schwarzburg) häufig geschieht, und daß er selbst bei wichtigen Fragen Instruktionseinholung nicht weiter für nötig hält, wenn er weiß, wohin sich die österreichischen Absichten neigen. Es ist vorgekommen, daß er bei Anträgen Österreichs, z. B. neulich bei dem Anerbieten der Kais. Regierung zur Übernahme zweier Schiffe, der einzige gewesen ist, der sofort zustimmen wollte, während alle übrigen Gesandten Instruktionseinholung verlangten. Wie er sich bei Abgabe seines Votums nur danach richtet, was Graf Thun wünscht, bewies er unter anderem bei Abstimmung über die preußisch-österreichischen Anträge wegen Erledigung der Flottenangelegenheit, wo bekanntlich Graf Thun in einem anderen Sinne wirkte, als seine Regierung ihn instruiert hatte. Hierbei stand Graf Thun vor der Abstimmung von seinem Platze auf, flüsterte Herrn von Holzhausen etwas ins Ohr, und dieser stimmte gegen die Anträge.

Schwerlich dürften selbst diejenigen Regierungen, welche der österreichischen Politik folgen, Herrn von Holzhausen ermächtigt haben, die österreichische Richtung mit einer derartigen Ostentation, wie es von ihm geschieht, zur Schau zu stellen, in den wichtigsten Prinzipienfragen auf Instruktionseinholung zu verzichten und ausschließlich das österreichische Interesse als das für die Abstimmung maßgebende Moment zu betrachten. Es liegt die Vermutung nicht fern, daß Herr von Holzhausen den von ihm vertretenen Regierungen oder wenigstens einigen derselben über die Bundestagsverhandlungen möglichst wenig Nachricht gibt, und daß er darüber einseitig von seinem persönlichen Standpunkte aus berichtet. E. E. beehre ich mich deshalb g. g. anheim zu stellen, ob Hochdieselben nicht für angemessen erachten, die Sache durch die diesseitigen diplomatischen Agenten vertraulich bei denjenigen Regierungen, welche sich der K. Regierung anzuschließen gewohnt sind, zur Sprache bringen und sie auf die systematische Opposition des Herrn von Holzhausen gegen Preußen aufmerksam machen zu lassen, damit sie diesen anweisen, mehr als bisher über ihre Intentionen Instruktionen einzuholen. Auch auf einen Teil der übrigen Regierungen der 16. Kurie, welche aus besonderen Rücksichten sich jetzt zu Österreich neigen, die aber durch die Interessen und die geographische Lage ihres Landes an Preußen gewiesen sind, dürfte eine Einwirkung um so mehr von Erfolg sein, als dieselben wegen mehrfacher Beziehungen die Freundschaft Preußens zu suchen haben. Sind wir Waldecks, der einen Reußischen Linie und Lippes sicher und können noch Schaumburg-Lippe oder die andere

Reußische Linie für uns gewinnen, so ist uns in der 16. Kurie die Majorität gesichert. Wünschenswert würde es mir auch sein, das Abkommen, welches zwischen den einzelnen Regierungen der 16. Kurie mit Herrn von Holzhausen besteht, kennen zu lernen, und bitte ich E. E. deshalb, mir durch die K. Regierung in den Hohenzollernschen Landen, welche bis zu ihrer Einverleibung in Preußen gleichfalls von Herrn von Holzhausen vertreten wurden, die früheren Aktenstücke, sowie über die amtlichen Verhältnisse des fraglichen Gesandten zu beiden Regierungen zugehen lassen zu wollen.

Nicht unerwähnt glaube ich bei dieser Gelegenheit lassen zu dürfen, daß auch in der 13. Kurie (Braunschweig und Nassau) das Verhältnis sich für Preußen dadurch sehr ungünstig gestaltet, daß der frühere H. Nassauische Minister, Freiherr von Dungern, ein enragierter Österreicher, dessen Söhne auch in Kais. Militärdiensten stehen, beide Staaten vertritt. Obschon nach dem von ihnen getroffenen Übereinkommen die Stimmführung alle drei bis vier Monate wechselt, so ist es doch zu bedauern, daß der braunschweigischen Regierung die Verhandlungen beim Bundestage in österreichischer Auffassung berichtet werden, und daß der Gesandte für Braunschweig überall, wo es auf persönliche Ansicht ankommt, sich nur im österreichischen Sinne ausspricht. Im Interesse der preußischen Regierung möchte es deshalb liegen, wenn Braunschweig zu bestimmen wäre, einen eigenen Bundestagsgesandten für sich zu ernennen. Ob E. E. vielleicht die Sache vertraulich in Braunschweig anregen zu lassen für gut finden, kann ich Hochdero Ermessen nur ehrerbietig anheimgeben.

249. Bericht vom 8. November 1852 an Minister v. Manteuffel, betr. den Zollverein. — Vgl. Poschinger I Nr. 112.

250. Privatschreiben an Minister v. Manteuffel.

[Eigenhändig.]

15. November 1852.

Der Assessor Zitelmann hat heut die telegraphische Nachricht von dem tödtlichen Erkranken seines Vaters in Stettin erhalten, und ich benutze die Gelegenheit seiner Reise, um E. E. diese Zeilen zu übersenden. Dabei kann ich nicht umhin, den Überbringer E. E. Gewogenheit wiederholt zu empfehlen. Er ist ein ebenso tüchtiger und fleißiger Beamter, als er Anfangs, und ich glaube noch jetzt, ein schlechter Artikelschreiber war. Seinem thätigen Eifer allein verdanke ich die schmeichelhafte Anerkennung, die mir von Seiten E. E. in Bezug auf die diesseits entwickelte Regsamkeit in der Presse in einem neuerlichen Reskripte[1]) zu Theil wurde.

Graf Thun hatte mir zu Anfang der vorigen Woche mitgetheilt, er werde mir in der Sitzung vom vergangnen Donnerstag die Präsidialgeschäfte bis zum Eintreffen seines Nachfolgers übergeben, da sein schleuniger Übergang zu seiner neuen Bestimmung gewünscht werde, ohne daß bisher Gewißheit über die Wahl seines Nachfolgers vorhanden sei und er vor seiner Abreise einige dienstfreie Tage für sich haben müsse. Am Donnerstag theilte er mir indessen mit, daß eine eben erhaltne telegraphische Depesche ihn in Kenntniß setze, daß die nähere Weisung wegen seiner Abreise und Geschäftsübergabe in Kurzem eintreffen

[1]) Vom 6. November 1852

werde. In dieser Sachlage ist bis heut nichts geändert. Als künftigen Präsidialgesandten nennt man hier noch immer vorzugsweise Rechberg; doch soll dieser Privatnachrichten zufolge mit dem Bemerken abgelehnt haben, das sei ein Posten, wo man zu leicht den Hals breche. Vielleicht will er Wien in Hoffnung auf eine Ministerveränderung nicht verlassen; er hat schon nach dem Tode des Fürsten Schwarzenberg auf ein Portefeuille gehofft. Im Übrigen verlieren sich die Vermuthungen ins Vage. Herr von Dörnberg hier, und, wie ich höre, auch Fürst Witgenstein in Wiesbaden, glauben an Graf Leiningen, den General in Krakau, ehemals hier, für Österreich m. E. eine sehr richtige, für uns unwillkommne Wahl. Sonst werden Hübner, Prokesch, Blittersdorf, sogar Graf Buol, den Rechberg in Wien ersetzen sollte, genannt.

In der Zollfrage scheinen die Coalitionshöfe, nach den hier zu Tage tretenden Symptomen, sich vor der Hand mit der Überzeugung zu beruhigen, daß die Sache zwischen Berlin und Wien auf eine auch für sie befriedigende Weise werde arrangirt werden. Fürst Witgenstein verspricht sich besonders von der angeblich bevorstehenden Reise des Kaisers von Östreich nach Berlin eine günstige Wendung, die der, wie er selbst gegen Dritte zugiebt, unhaltbaren Stellung Nassaus ein Ende machen würde. Kommt der Kaiser wirklich zu uns, so glaube ich allerdings, daß nur E. E. kaltblütige Festigkeit im Stande sein werde, dem Eindruck dieses letzten und höflichsten Negotationsmittels bei unserem allergn. Herrn das Gegengewicht zu halten. Fürst Witgenstein glaubt, daß neue Zollconferenzen in Berlin unter Zuziehung Östreichs das Resultat des Kais. Besuchs sein würden, womit dann der ursprüngliche Zweck Östreichs, Theilnahme an den Zollvereinsverhandlungen, erreicht sein würde.

Das Rescript vom 11. c., das Verhalten dem neuen Kaiserthum gegenüber betreffend, habe ich heut empfangen, und werde in geeigneten Fällen mich demgemäß aussprechen. In Sachen des Herzogs von Augustenburg berichte ich heut[2]) und mit nächster Post über die geringen Aussichten, welche vorhanden sind, hier am Orte die Erledigung des Art. 4 des Londoner Tractats in der vorgeschriebenen Weise zu fördern.[3]) Auch über den Flottenverkauf und über das hiesige Obercommando habe ich Berichte in der Kanzlei. In letztrer Beziehung machte Graf Thun Weiterung mit Rücksicht auf seine so nahe bevorstehende Abreise, die es ihm nicht möglich mache, diese Angelegenheit jetzt gleich in der vorgeschriebnen Weise gemeinsam zu erledigen; ich habe den desfalsigen Bericht sistirt, weil er mir gestern sagen ließ, er wolle meinem [Wunsche] gemäß die Sache doch noch abmachen. Jene Zögerung schreibe ich persönlichen Rücksichten auf den General von Schmerling zu, die mit dessen Gehaltsbezügen in Verbindung stehn mögen; die jetzige Bereitwilligkeit, die Sache in Angriff zu nehmen, läßt mich schließen, daß Graf Thuns Abreise nicht so nah bevorsteht, als er selbst in voriger Woche annahm.

Die interessanteste unter den neuern Eingaben beim Bunde ist die des Herrn von Kettenburg, wegen Beeinträchtigung seiner Religionsfreiheit durch die Mecklenburgische Regirung. Graf Thun widmet derselben ein lebhaftes Interesse. Ich habe ihm auf Befragen meine persönliche Ansicht dahin ausgesprochen, daß der aggressive Geist, welcher jetzt einen Theil der katholischen Geistlichkeit beseele, und welcher bald auch den katholischen Regirungen[4]) bedenklich erscheinen werde, mich wünschen lasse, daß meine Regirung in

[2]) Vgl. Nr. 251.
[3]) Vgl. Nr. 252.
[4]) Vorlage: auch katholischen Regierung.

dieser Mecklenburgischen Sache zu Gunsten der Katholiken keinenfalls mehr thue, als das strengste Recht gebiete, und daß mir die Rheinbundsacte, auf deren Inhalt Herr von Kettenburg sich stützt, nach Auflösung des Rheinbundes einen Rechtstitel nicht mehr abgeben zu können scheine. In den öffentlichen Blättern wird diese Sache von der ultramontanen Seite her bereits lebhaft vertheidigt. So wie ich Herrn von Kettenburg kenne, fühlt er sich durch das Verfahren seiner Regirung vielmehr in der Eigenschaft eines durch Reichthum, frühe Unabhängigkeit und politischen Einfluß verwöhnten Mecklenburgischen Junkers als in der eines Katholiken verletzt.

Von dem Zuwachs der ultramontanen Partei in der Kammer[5]) fürchte ich nicht viel, sobald die Rechte einig bleibt; jene sind genöthigt. mit der liberalen Opposition gemeinschaftliche Sache zu machen, und wenn die öffentliche Meinung in unsern östlichen Provinzen erst dahin kommt, den Jesuitismus und den Liberalismus zu identificiren, so ist der letztre auch der wenigen Sympathien verlustig, die er noch besitzt. *Ich glaube, man sollte die Umstände benutzen, um jene beiden Begriffe durch angemessene Behandlung in der Presse möglichst nahe aneinander zu rücken.* Der eroberungslustige Geist im katholischen Lager wird uns doch auf die Dauer nicht die Möglichkeit lassen, dem offenen Kampfe mit ihm auszuweichen.

Die Kammerwahlen scheinen mir, soweit ich sie bei den vielen hominibus[6]) novis übersehn kann, sehr günstig ausgefallen zu sein. *Das Verhalten der beiden westlichen Provinzen in ihren Wahlen[7]) bildet m. E. einen gerechten Titel, die Berücksichtigung der Interessen dieser Landestheile bei Entscheidung der commerciellen Frage nicht in den Vordergrund zu stellen und dem Wohltätigkeitssinn des Handelsministeriums bei öffentlichen Anlagen in jenen Provinzen Schranken zu setzen.*

Persönlich ist es für mich bequemer, diesmal nicht zweien Herrn zu dienen, sondern mich ganz dem Bunde widmen zu können; sollten aber E. E. Gründe haben, meine Anwesenheit in der Kammer zu wünschen, so glaube ich, daß ich mich in Naugard, wo durch Doppelwahl des Herrn Ministers von Raumer eine Vacanz ist, würde wählen lassen können.

Rosenberg sieht, nachdem Canitz wieder eingetroffen ist, E. E. Befehlen entgegen. Ich habe in ihm in der kurzen Zeit einen rührigen und intelligenten Geschäftsmann schätzen gelernt; persona grata ist er allerdings nicht, namentlich weil man ihm die von Zietelmann auf meine Veranlassung geleiteten tripotagen mit der Darmstädter Kammer in die Schuhe schiebt, und wenn Graf Thun ihn in Berlin nicht loben sollte, so ist das nur ein Beweis seiner energischen Pflichterfüllung. Mit unwandelbarer treuer Anhänglichkeit . . .

251. Bericht vom 15. November 1852 an Minister v. Manteuffel, betr. die Verhandlungen mit dem Herzog von Augustenburg. — Vgl. Poschinger I Nr. 113.

252. Bericht vom 17.[1]) November 1852 an Minister v. Manteuffel, betr. den Beitritt des Bundes zum Londoner Vertrag vom 8. Mai 1852. — Vgl. Poschinger I Nr. 114.

---

[5]) Bei den am 3. November vollzogenen Wahlen zur 2. Kammer.
[6]) P. hat irrig: nominibus.
[7]) In der Rheinprovinz und in Westfalen waren vorwiegend Abgeordnete gewählt worden, die sich der katholischen Fraktion anschlossen.
[1]) P. hat irrig: 16.

*253. Bericht an Minister v. Manteuffel.

[Eigenhändig.]

17. November 1852.

Im Anschluß an meinen g. Bericht von heut, den Londoner Tractat betreffend,[1]) beehre ich mich E. E. noch zu melden, daß Herr von Bülow, welcher mich soeben verläßt, seine Instruction in Bezug auf die Ausführung des Artikels 4 nunmehr erhalten hat. Indem ich mir vorbehalte, auf dieselbe zurückzukommen, kann ich für heut nur den Hauptinhalt dahin angeben, daß der K. dänische Gesandte beauftragt ist, den Kgl. und Großherzogl. Regirungen Süddeutschlands einschließlich Kurhessens und Sachsen-Weimars, die Notification des Vertrags mit dem Ersuchen zu machen, ihre Adhäsion in Form einer Ministerial-Erklärung auszusprechen. Denselben Auftrag hat Herr von Dirkink-Holmfeld für die betreffenden norddeutschen Höfe erhalten, mit besondrer Berücksichtigung von Oldenburg, wohin er sich persönlich begeben wird. Nachdem von sämmtlichen Kgl. und Großherzogl. Höfen Deutschlands ihre Adhäsion zu erkennen gegeben sein wird, soll Herr von Bülow in Gemeinschaft mit Preußen und Oestreich die nöthigen Schritte bei der Bundesversammlung einleiten. Den deutschen Höfen vom Herzoglichen Range abwärts soll die Notification des Tractats ohne das Ersuchen um ihren Beitritt, gleichzeitig mit den Kgl. und Großherzogl. Höfen zugehn. Obschon diese Instruction des Kgl. dänischen Gesandten E. E. voraussichtlich schon anderweit bekannt geworden sein wird, habe ich doch nicht versäumen wollen, meinen Bericht von heut damit zu vervollständigen. Meine in letzterm ausgesprochne Ansicht, daß durch meine hiesigen Collegen die Intentionen ihrer Regirungen nicht zu constatiren seien, theilt Herr von Bülow vollständig. Noch bitte ich g. um geneigte Ertheilung einer Abschrift dieser Pièce, da ich sie des Postschlusses wegen in dieser Gestalt absende.

*254. Bericht an Minister v. Manteuffel.

[Ausfertigung.]

17. November 1852.

E. E. verfehle ich nicht, einige Gerüchte g. mitzuteilen, welche mir kurz vor Postschluß eben bekannt werden. Herr von Dalwigk ist heute und gestern hier gewesen und hat geflissentlich namentlich in den höhern Kreisen der städtischen Bevölkerung in sehr bestimmten Ausdrücken die Mitteilung gemacht, daß die Zollvereinsangelegenheit in wenigen Tagen ihre vollständige Erledigung durch ein Abkommen zwischen Preußen und Österreich finden werde, dergestalt, daß die Erhaltung des gesamten Zollvereins gesichert sei. Die offizielle Bestätigung hiervon werde in kürzester Frist hier eintreffen und allgemein bekannt werden. Die gleichlautende Behauptung ist durch den K. sächsischen Gesandten Herrn von Nostitz an mehren Orten ausgesprochen worden. Ich vermag nicht zu beurteilen, ob diese mit Geflissentlichkeit verbreiteten Mitteilungen einen andern Zweck haben als den, dem Eindruck, welchen die Verhandlungen der darmstädtischen Kammern und namentlich der Ersten Kammer, gemacht haben, entgegenzuwirken.

Das Gerücht, daß Herr von Handel, welchem jetzt der Vorsitz in den Wiener Konferenzen übertragen ist, zum Nachfolger des Grafen Thun bestimmt sei, wird von mehren

[1]) Vgl. die vorhergehende Nummer.

wohlunterrichteten Seiten wiederholt und geglaubt. Nach meiner persönlichen Bekanntschaft mit Herrn von Handel, die sich von seiner Anstellung in Berlin herdatiert, ist diese Aussicht für mich eine sehr überraschende. Herr von Handel müßte sich sehr geändert haben, wenn er in der Zwischenzeit Eigenschaften erworben hätte, die ihn zu irgendeinem hervorragenden Posten befähigen. Einer von denen, welche dieses Gerücht mitteilten, suchte dessen Inhalt dadurch wahrscheinlich zu machen, daß Herr von Handel ein früher zurückgewiesener, nach einigen neuen Zwischenfällen aber gern gesehener Bewerber um die Hand des Fräulein von Brints, Nichte des Grafen Buol sei. Die Wahl des Herrn von Handel zum Vorsitzenden der Wiener Konferenz soll den ausdrücklichen Zweck haben, seine Fähigkeit, einer politischen Körperschaft zu präsidieren, zu erproben und ins Licht zu stellen. Bei einem Teil meiner Kollegen, namentlich bei denen, welche dem Grafen Thun bei seinen Geschäften hilfreiche Hand geleistet haben, erregt die Aussicht auf den Vorsitz des Herrn von Handel eine entschiedene Mißstimmung.

Meinen obigen Wahrnehmungen in bezug auf die handelspolitische Frage kann ich noch hinzufügen, daß alle übrigen Symptome und Äußerungen von seiten der Organe der Koalition eine vollständige Ratlosigkeit und Beängstigung andeuten, welche den Sieg Preußens bei fernerem Festhalten als gesichert erscheinen lassen.

255. Bericht vom 18. November 1852 an Minister v. Manteuffel, betr. Abberufung Thuns. — Vgl. Poschinger IV Nr. 53.

256. Privatschreiben an Minister v. Manteuffel.

[Eigenhändig.]

24. November 1852.

E. E. gen. Schreiben vom 19. c.[1]) habe ich mit g. Danke erhalten; es ist dadurch etwas verspätet worden, daß die Post über Cöln nur jeden zweiten Tag geht.

Nach meinem unvorgreifl. Dafürhalten würden wir, ohne Präjudiz für unsre bisherige Stellung zur Zollsache, eine Verhandlung mit Östreich, bei der nur wir Theil nehmen, auch dann einleiten können, wenn noch keine Reconstruction des Zollvereins stattgefunden hätte; wir würden dabei vielleicht noch vornehmer dastehn, als bei der Verhandlung nach hergestelltem Verein und unter Mitwirkung der übrigen Vereinsstaaten. Die Bedenken liegen m. E. nur darin, mit Östreich und der Coalition in Einer Conferenz zu verhandeln, weil es alsdann, abgesehn von der Zwickmühle, die beide gegen uns bilden würden, den Präcedenzfall gäbe, daß Östreich mit Sitz und Stimme in den Zollvereinsverhandlungen Platz nimmt, und daß die Coalition uns genau dahin genöthigt hätte, wohin sie wollte. Noch unbedenklicher aber erscheint mir eine Verhandlung, sobald wir formell sagen können, unser Zollverein ist reconstruirt, und der Zeitpunkt, den wir stets im Auge behalten haben, ist eingetreten. Es müßte dann nur der Abschluß unsres neuen Vereins officiell manifestirt werden, vor dem mit Östreich. Vielleicht wäre es angemessener, wenn ein Abschluß mit Östreich diplomatisch, d. h. nicht durch Handelsfachmänner, gemacht würde; jedenfalls aber würde ich auf Berlin als Ort zu bestehn g. vorschlagen, da es sonst

[1]) Abgedruckt: Anh. z. G. u. E. II S. 107 ff.

kaum zu vermeiden sein dürfte, daß Östreich der Sache ein Ansehn gibt, als würde die Coalition in Gestalt der Wiener Conferenz oder sonst wie hineingezogen.

Ich kann mir nur noch gar nicht recht denken, daß das Wiener Cabinet es ernstlich damit meint, sich ohne Zuziehung der Coalition mit uns zu verständigen. Jedenfalls wird man nachher bemüht sein, die Sache so zu drehen, als hätte die Coalition uns genöthigt, ihre Bedingungen zu erfüllen, indem wir uns mit Östreich arrangirten, ehe wir den Zollverein mit Baiern ꝛc. erneuern. Um dem entgegenzutreten, und auch aus andern Gründen möchte ich g. anheimstellen, wenn es zum Abschluß mit Östreich kommt, denselben so abzufassen, daß keine Aufforderung an die Coalition zum Beitritt darin vorkommt, sondern daß die Coalition ex officio kommen muß und den Beitritt nachsuchen; und auch dann müßten wir nicht verbunden sein, den Beitritt ohne Weitres zuzulassen. Wir würden dann die Zulassung nur unter Bedingungen bewilligen, wohin ich namentlich rechne, daß wenigstens eins, oder einige der Coalitions-Ministerien[2]) beseitigt würden. Darin würde nicht nur das eigentliche Siegeszeichen aus diesem Streit und eine große Steigerung unsres Einflusses liegen, sondern es scheint in der That nicht unbedenklich, diese Ministerien in den Zollverein zu übernehmen, wie Ungeziefer in das Haus. Ein Vertrag mit Östreich müßte dann in ähnlichen Ausdrücken wie der Septembervertrag gefaßt sein „mit Preußen und den alsdann mit ihm zollverbündeten Staaten".

Geht es in dieser Weise nicht, bringt vielmehr Östreich von Hause aus die Coalition und die Sicherung des Beitritts und der Rechte derselben mit in den Vertrag, so würde ich, wenn ich zu rathen hätte, entschieden abreden. Wenn Östreich die Coalition nicht *preisgiebt*, so ist sein Erbieten, sich mit uns zu arrangiren, nur eine neue Form der bisherigen Prätensionen.

Die Haltung von Hanover beklage ich sehr.[3]) Ich hörte, daß der König Georg über die Nichtbetheiligung der Östreicher bei Wellington's Leichenfeier[4]) *sehr* böse sei. Sonst ist bei Hanover eine in Hinweisung auf die Wechselfälle europäischer Wirren ausgedrückte Drohung gewiß in dem jetzigen Stadium wirksamer als Deductionen, wenn es nur schonend und mit Bedauern der dira necessitas geschieht. In dieser Beziehung möchte ich wünschen, daß der Anti-Bonapartismus unsres allergnädigsten Herrn weniger landkundig wäre. Il ne faut pas dire „fontaine je ne boirai pas de ton eau", oder wenigstens muß man die Leute nicht mit Sicherheit darauf bauen lassen, daß man lieber verdursten wird, als aus dieser Quelle trinken. Ich will durchaus nicht französischen Sympathien das Wort reden, aber als Schreckschuß kann man alles brauchen.

Graf Thun ist heut abgereist nach Wien. Ich höre jetzt von ihm und auch anderweit, daß Werner die meiste Aussicht haben soll, sein Nachfolger zu werden.

Man fragt mich hier sehr viel nach dem Stande der Zollsache in den letzten Tagen und scheint sich zu wundern, daß nichts Neues verlautet. Ich begnüge mich mit der Äußerung, daß man in Wien nachgiebig gestimmt sei, aber wir nicht wüßten, wem man glauben dürfe, und über die Prioritätsfrage immer nicht hinweg kämen.

S. K. H. der Prinz von Preußen trifft heut Abend hier ein und bleibt morgen hier. Gestern habe ich meinen ersten Ball gegeben; ich glaube, das Vergnügen ist größer für die

---

[2]) Vgl. oben S. 224 und 225.

[3]) Vgl darüber Manteuffels Brief a. a. O. S. 108 f.

[4]) Am 18. November 1852 in der Paulskirche zu London.

Gäste als für den Wirth. Ich bitte meine Frau und mich Ihrer Frau Gemahlin ehrerbietig zu empfehlen. In treuster Anhänglichkeit . . .

257. Bericht vom 1. Dezember 1852 an Minister v. Manteuffel, betr. die Verhandlungen mit dem Herzog von Augustenburg. — Vgl. Poschinger I Nr. 115.

258. Bericht vom 2. Dezember 1852 an Minister v. Manteuffel, betr. die Verbreitung der Rede des hessischen Abgeordneten Deninger zugunsten der Erhaltung des Zollvereins. — Vgl. Poschinger I Nr. 116.

259. Bericht an Minister v. Manteuffel.

[Eigenhändig.]

3. Dezember 1852.

E. E. beeile ich mich anzuzeigen, daß mir soeben im Augenblick des Postschlusses von Herrn von Tallenay die offizielle Notification der Regirungsveränderung in Frankreich für den Bundestag zugeht. Da ich bisher keine Weisung habe, in welcher Art dieses Actenstück aufzunehmen sei, und wie S. M. der König die entsprechende amtliche Mittheilung in Berlin behandelt wissen will, so bitte ich g., mich für diese Angelegenheit mit Instruction zu versehn. Bis zum Eingang derselben werde ich die Notification weder zur offiziellen Kenntniß der Bundesversammlung bringen, noch auch Herrn von Tallenay die übliche Empfangsbescheinigung ertheilen, da ich die Ausdrucksweise der letztern nicht wohl bemessen kann, ohne die Allerhöchsten Intentionen vorher zu kennen. Der Note des Herrn von Tallenay ist eine beglaubigte Abschrift des Senatusconsults und des Decrets wegen Berufung der comices vom 7. c. beigefügt.[1]) . . .

P[ost] Sc[riptum]. Die Gesandten von Baiern und Hanover haben mir heut mitgetheilt, daß sie in Bezug auf die Haltung dem neuen Kaiserthum gegenüber angewiesen seien, sich ganz nach dem Benehmen Preußens und Östreichs zu richten.

260. Bericht vom 4. Dezember 1852 an Minister v. Manteuffel, betr. die Organisation der süddeutschen Presse. Herausgabe der „Blätter für Handel und Gewerbe". Demnächstiger Ersatz dieses Blattes durch Flugschriften und Broschüren. Übersiedlung der „Mittelrheinischen Zeitung" nach Frankfurt. Versendung einer Korrespondenz an süddeutsche Blätter und Vertrauenspersonen. — Vgl. Poschinger, Neue Berichte S. 33 ff.

261. Bericht vom 5. Dezember 1852 an Minister v. Manteuffel, betr. die bei dem Bankhause M. A. von Rothschild deponierten Bundesfonds. Bedürfnis einer Änderung des dafür normierten Zinsfußes. — Vgl. Poschinger, Neue Berichte S. 37.

---

[1]) Beigefügt ist die von Bismarck genommene Abschrift der französischen Note. Dazu bemerkt Bismarck: „Verzeihn E. E. die Flüchtigkeit dieser vorläufigen Abschrift, die ich in der Eile nur nehmen kann".

262. Vertraulicher Bericht an Minister v. Manteuffel.

[Ausfertigung.]

5.[1]) Dezember 1852.

E. E. telegraphische Weisung habe ich gestern[2]) zu erhalten die Ehre gehabt, und werde ich in der morgen stattfindenden Bundestagsitzung mitteilen, daß ich die Notifikation von Herrn von Tallenay erhalten, und in welcher Weise ich sie vorläufig beantwortet habe. Ich setze dabei voraus, daß die von E. E. in Aussicht gestellte Abschrift der dem Herrn von Varennes erteilten Antwort morgen früh mir mit der gewöhnlichen Post über Eisenach zugeht. Geschieht letzteres nicht, so werde ich der Bundesversammlung sagen, daß es meine Absicht sei, die Note in der Art zu beantworten, wie E. E. telegraphische Depesche vom 5. c. mir vorschreibt, daß ich aber vorher die Note zur Kenntnis der Bundesversammlung vertraulich habe bringen wollen, um zu hören, ob meine Kollegen abweichende Ansichten geltend machen wollten. . . .

Als Gerücht teilte mir Herr von Tallenay mit, daß möglicherweise der bisherige französische Gesandte in Wien, Delacour, bestimmt sei, Herrn von Varennes zu ersetzen, während man als Nachfolger des ersteren den Duc de Guiche nenne. Indessen, fügte er hinzu, könne man etwas Bestimmtes hierüber noch nicht annehmen, da die Zahl der Bewerber um Gesandtschaftsposten eben so groß sei, wie das Vertrauen der meisten auf die Ansprüche, welche vermeintliches Verdienst um die jetzige Regierung ihnen verleihe.

Noch kann ich hinzufügen, daß mir auch vom Gesandten von Baden und Hessen-Darmstadt neuerdings die Mitteilung geworden ist, daß die Vertreter ihrer Regierungen, hier und in Paris, angewiesen seien, sich ganz dem Verhalten Preußens und Österreichs anzuschließen. Herr von Marschall (Baden) fügte noch hinzu, daß es ihm wünschenswert sei, sobald als möglich von den Absichten der deutschen Großmächte Kenntnis zu erhalten, da von seiner Regierung, mit Rücksicht auf die nahe Nachbarschaft, eine schleunige Erklärung in Paris ohne Zweifel erwartet würde. . . .

263. Bericht vom 6. Dezember 1852 an Minister v. Manteuffel, betr. die Zollvereinskrisis in Nassau. — Vgl. Poschinger I Nr. 119.

*264. Bericht an Minister v. Manteuffel.

[Konzept.]

7. Dezember 1852.

E. E. habe ich mir bereits durch meine gestrige telegraphische Depesche von der Wahl des Schöffen von Heyden zum älteren und des Senators Kloß zum jüngeren regierenden Bürgermeister der Freien Stadt Frankfurt für das nächste Jahr Anzeige zu machen erlaubt.

---

[1]) So steht da. Das Datum ist aber irrig. Der Bericht bezieht sich nämlich auf eine tags zuvor erhaltene telegraphische Weisung vom 7. Dezember, dürfte also, da die darin erwähnte Bundestagssitzung am 9. stattfand, vom 8 sein. Er trägt einen Präsentationsvermerk vom 15. Dezember. Ein Konzept des Berichts liegt nicht vor. Er scheint lediglich diktiert und keine Abschrift zurückbehalten zu sein.

[2]) Manteuffel kündigt in einem Telegramm vom 7. Übersendung einer Abschrift der von ihm dem französischen Gesandten in Berlin auf die Notifikation von der Regierungsveränderung in Frankreich erteilten Empfangsbescheinigung an, die Bismarck in ähnlicher Weise beantworten soll. So war B. bereits durch Telegramm vom 5. angewiesen worden.

Wenn ich auch gewünscht hätte, daß für den älteren Bürgermeister das Los den Schöffen von Günderode getroffen hätte, da dieser wegen seiner preußenfreundlichen Gesinnung bekannt ist und die ihm diesseits zu erkennen gegebenen Wünsche, soweit es in seinen Kräften steht, jederzeit bereitwillig unterstützt, so kann ich doch auch die Wahl des Herrn von Heyden nur eine gute nennen. Derselbe ist von durchaus konservativer Gesinnung und hat diese, auch in schwierigen Zeiten, mutig vertreten. Bekanntlich wurde im November v. J. im hiesigen Stadtwalde gegen ihn ein Mordversuch verübt,[1]) der wahrscheinlich von Holzdieben, gegen die er gerade ein Strafgesetz ausarbeitete, ausging. Vor einigen Monaten ist er in der gesetzgebenden Versammlung der einzige gewesen, welcher sich gegen die Zulassung der Juden zu den Wahlen und zu den öffentlichen Aemtern erklärte, indem er ausführte, daß die Stadt Frankfurt ein christlicher Staat sei und daß sie dies bleiben müsse.

Es ist um so erfreulicher, daß die Wahl des älteren Bürgermeisters auf einen Mann von so konservativer Gesinnung gefallen ist, als die Wahl des jüngeren Bürgermeisters einen Mann getroffen hat, welcher der demokratischen Partei angehört. Der Senator Kloß war als Advokat schon bei dem Frankfurter Attentat[2]) beteiligt und im Jahre 1848 der erste Senator, welcher in das Montagskränzchen[3]) trat. (S. das beigeheftete Volksblatt Nr. 31.) Ihm folgte aus dem Senate noch sein Freund Hessenberg. Obschon der jüngere Bürgermeister nicht den Einfluß des älteren hat, so ist doch die Aufsicht über die Polizei in seinen Händen. Wenn man bedenkt, daß schon der Polizeichef, Senator Hessenberg, Demokrat und Feind jeder politischen Polizei ist und daß seine Ansichten in der höchsten Instanz sanktioniert werden, so läßt sich allerdings nicht erwarten, daß die hiesigen traurigen Verhältnisse der Polizei so bald eine andere Gestaltung gewinnen werden. Es wird deshalb einer um so größeren Wachsamkeit bedürfen und dahin zu trachten sein, einen Einfluß durch Einwirkung auf andere höhere Polizeibeamte zu gewinnen, wie dies insbesondere von österreichischer Seite geschieht. In dieser Hinsicht erscheint der Polizeiassessor Dr. Beer am geeignetsten, der als konservativ bekannt ist und früher große Hinneigung zu Preußen zeigte. Ich glaube, daß es nicht schwer sein möchte, ihn für das diesseitige Interesse zu gewinnen.

265. Privatschreiben an Minister v. Manteuffel.

[Eigenhändig.]

8. Dezember 1852.

P[ost] Sc[riptum].[1])

Mit der größten Aufmerksamkeit folge ich dem Barometerstande der Kammer, wie er sich aus den bisherigen Abstimmungen und der Präsidentenwahl ergiebt. Nach dem Wahlergebniß hatte ich geglaubt, daß die Rechte in ihrer Totalität stärker sein werde. Die Präsidentenwahl[2]) berechtigt zu der Annahme, daß ein Bündniß der liberalen Oppo-

264. [1]) Vgl. oben S. 78.

[2]) 3. April 1833 zur Sprengung des Bundestages.

[3]) Sammelpunkt führender Demokraten in Frankfurt. Vgl. über dasselbe: Schwemer, Geschichte der Stadt Frankfurt a. M. III 1, insbesondere S. 154 ff.

265. [1]) Augenscheinlich zu dem irrig auf den 5. datierten vertraulichen Bericht (Nr. 262) gehörig.

[2]) Am 6. Dezember 1852 wurden bei der Präsidentenwahl in der 2. Kammer im 1. Wahlgange für den Kandidaten der Rechten 153, für den Kandidaten der Linken 113 und für den Kandidaten der katholischen Fraktion 55 Stimmen abgegeben.

sition mit Bethmann-Holweg und den Katholiken schon jetzt eine regirungsfeindliche Majorität von etwa einem Dutzend Stimmen mehr, als die verschiedenen Fractionen der Rechten ausmachen, herstellen kann. Es wird daher augenscheinlich von dem guten Einvernehmen zwischen der Regirung und der ultramontanen Partei abhängen, ob mit dieser Kammer auf die Dauer auszukommen ist. Ich glaube es nicht, denn mit der ultramontan[en] Partei ist kein sichrer Bund zu flechten, da sie jede Concession, bis zur vollständigen Unterwerfung hin, nur als eine aufmunternde Abschlagszahlung annehmen wird. Ich halte eine Auflösung, wenn sie nur nicht zu früh und wegen zu kleiner Differenzen erfolgt, für kein Unglück, glaube vielmehr, daß sie dazu führen würde, in den östlichen Provinzen die Zahl der oppositionellen Abgeordneten in der Neuwahl zu vermindern; denn dort ist die Opposition keine bewußte, mit Ausnahme großer Städte, vielmehr gehn die Oppositionswahlen dort aus Irreleitung der Wähler über die Wünsche Sr. Majestät oder der Regirung hervor, oder aus der Lügenhaftigkeit der Candidaten. So z. B. muß im Camminer Kreise der Landrath seine Schuldigkeit nicht gethan haben, sonst hätte Herr von Flemming dort nicht wiedergewählt werden können; ich kenne den Kreis, und weiß, daß die große Mehrheit dort jederzeit thut, was der König will, sobald sie nur weiß, was er will. Bei alle dem hat eine Auflösung im Hinblick auf unsre auswärtige Politik ihre großen Bedenken. Die Meinung, daß die Politik Preußen[s], verstrickt in der Abhängigkeit von constitutionellen Majoritäten, die alte Schwunghaftigkeit und Energie vorkommendenfalls nicht mehr entwickeln könne, und daß die Verfassung eine Lockspeise zwar für die Unterthanen unsrer deutschen Nachbarn, aber eine Schwächung der äußern und innern Kraft der Regirung sei, ist ziemlich verbreitet. Sie erhält neue Nahrung, wenn eine Auflösung das Argument an die Hand giebt, daß wir, um zu regiren, der Majorität in den Kammern bedürfen, und wird widerlegt, wenn wir zeigen, daß die Regirung ihren Weg gehen kann, auch ohne die Majorität, so daß sie nur Vortheile aus der Stütze der Kammern nach außen zieht. Die Post nöthigt mich abzubrechen, verzeihn E. E. diese unberufne Expectoration. Ich bitte meine Frau und mich Ihrer Frau Gemalin zu Gnaden zu empfehlen. In treuster Anhänglichkeit . . .

266. Note an den französischen Gesandten beim Bundestage, Marquis von Tallenay.

[Abschrift.]

8. Dezember 1852.

Monsieur le Ministre. J'ai eu l'honneur de recevoir la lettre du 3 me du cour., par laquelle V. E. a bien voulu m'informer de la transformation qui vient de s'opérer dans la constitution politique de la France, et je ne tarderai à porter cette importante communication à la connaissance de la Diète Germanique.

En attendant je m'empresse de Vous exprimer, Monsieur le Ministre, tout le plaisir que j'éprouverai à entretenir avec Vous à titre officieux les rapports agréables auxquels j'attache tant de prix, et qui sont si conformes à la bonne intelligence qui existe entre la Confédération Germanique et la France.

Je saisis p. p.

267. Bericht an Minister v. Manteuffel.

[Ausfertigung.]

10. Dezember 1852.

Mit E. E. h. Erlasse vom 6. d. M., die französische Angelegenheit betreffend, habe ich das an sämtliche K. Gesandtschaften, sowie das vertrauliche, an die K. Missionen in Deutschland gerichtete Zirkular gestern früh zu erhalten die Ehre gehabt. Ich habe infolgedessen noch vor der gestrigen Bundestagssitzung, nach Maßgabe E. E. Schreibens an den Baron von Varennes vom 5. d. M., die anliegende Erwiderung[1]) dem Herrn von Tallenay zugehen lassen. Die Anrede, „Monsieur le Ministre" ließ sich, wenn ich nicht die offizielle Notenform mit „Le soussigné" wählen wollte, nicht vermeiden, da Herr von Tallenay früher den Titel „Monsieur le Marquis" zurückgewiesen hat, und die bloße Anrede „Monsieur" nicht passend schien. Ich erwähne dies nur, weil Herr von Brenner Bedenken gegen den Titel „Mr. le Ministre" äußerte.

Der Bundesversammlung habe ich die Note des Herrn von Tallenay vorgelegt und ihr zugleich die allgemeinen Gesichtspunkte der von E. E. den K. Missionen in Deutschland erteilten Instruktion vertraulich mitgeteilt. Allseitig sprach sich der Wunsch aus, von den Entschließungen der beiden Großmächte möglichst bald Nachricht zu erhalten, um die eigenen darnach einzurichten. Herr von Tallenay sprach nach der Sitzung gegen mich die Ueberzeugung aus, daß er noch ein ferneres Schreiben erhalten werde, auf Grund dessen er seine neuen Akkreditive als Kaiserlich französischer Gesandter beim Bunde zu übergeben imstande sei.

Eine solche fernerweite Mitteilung an Herrn von Tallenay dürfte allerdings notwendig sein, indem die Bundesversammlung sich in einer anderen Lage, als die einzelnen Regierungen, befindet. Denn während diese die Umwandlung der Regierungsform in Frankreich dadurch anerkennen, daß sie ihre Gesandten in Paris bei dem Kaiserreiche akkreditieren, ist der Deutsche Bund nicht in der Lage, auf diesem Wege seine Bereitwilligkeit zur Annahme eines Kaiserlichen Gesandten zu dokumentieren. Vorläufig habe ich Herrn von Tallenay auf seine Aeußerung erwidert, daß auf sein an das Präsidium gerichtetes Schreiben eine beschlußmäßige Aeußerung der Bundesversammlung nicht wohl erwartet werden könne, um so mehr, als dasselbe nicht in den Formen einer Note mitgeteilt sei, in welcher Beziehung er bemerkte, daß er zwar, den ihm gewordenen Weisungen gemäß, in der Anrede „Monsieur le Président" die Briefform gebraucht, daß aber die Form des gebrochenen Randes, deren er sich bedient, für die französische Diplomatie das charakteristische Kennzeichen einer Note sei. Indessen erklärte er sich zufriedengestellt, wenn ich ihm nur in irgendeiner Gestalt von seiten des Präsidiums demnächst schriftlich die Bereitwilligkeit der Bundesversammlung, einen Gesandten des Kaisers zu empfangen, zu erkennen geben wolle.

Auch meines unmaßgeblichen Dafürhaltens dürfte es am angemessensten sein, daß, sobald die Gesandten von Preußen und Oesterreich in Paris ein neues Akkreditiv übergeben haben, eine Aeußerung des Präsidiums in jenem Sinne an Herrn von Tallenay erfolgt, nachdem in vertraulicher Weise seitens des Präsidii in der Bundesversammlung die Erwartung ausgesprochen worden ist, daß dieselbe hiermit einverstanden sei.

---

[1]) Vgl. Nr. 266.

Indem ich E. E. um hochgen. Anweisung bitte, ob Hochdieselben gleichfalls diese Behandlungsweise der Sache billigen, würde es mir wünschenswert sein, von dem, was weiter in der Sache von Berlin und Wien aus geschieht, unterrichtet zu werden.

268. Schreiben an die K. Gesandten in Karlsruhe, Kassel und Darmstadt vom 10. Dezember 1852, betr. die Herstellung einer Verbindung zur Stellungnahme in der Zollvereinskrisis. — Vgl. Poschinger, Neue Berichte S. 38.

269. Bericht vom 11. Dezember 1852 an Minister v. Manteuffel, betr. Oesterreichs Stellung zur französischen Kaiserfrage. — Vgl. Poschinger I Nr. 121.

270. Bericht an den Prinzen von Preußen.

[Konzept.]

11. Dezember 1852.

E. K. H. erlaube ich mir zur Vervollständigung früherer Mitteilungen in der Anlage Abschrift einiger die Flotte betreffenden Berichte u. zu überreichen und zur Disposition zu stellen, indem ich zugleich einige von einem zuverlässigen Offizier der Marine herrührende Bemerkungen über die Beschaffenheit der Schiffe beifüge. Dieselben bestätigen von unverdächtiger Seite her das seit längerer Zeit kursierende Gerücht, daß ein Teil der Schiffe, worunter drei der jetzt verkauften, von der Trockenfäule ergriffen ist.

Neben dieser bedenklichen und in ihren Folgen für die damit behafteten Schiffe unberechenbaren Erscheinung ist es besonders die Ueberzeugung, daß ein höherer, dem Wert der Schiffe entsprechender Kaufpreis wegen Mangel an Konkurrenz nicht werde erzielt werden, welche der großen Mehrheit der Gesandten und auch mir die Annahme des vorliegenden Gebotes ratsam erscheinen ließ. Der abschriftlich anliegende Bericht des Bundeskommissars Dr. Fischer enthält eine nähere Spezifikation dieser und der anderweiten, den Zuschlag empfehlenden Gründe. Außer Oldenburg, welches lokale Vorteile von dem Bestehen des jetzigen Zustandes hat, waren Bayern und zwei unbedingt von Oesterreich abhängende Gesandten (Kurhessen und Herr v. Holzhausen) die einzigen dissentierenden Stimmen. Oesterreich selbst ließ mich ohne Instruktion.

Ich habe in Berlin dringend gebeten, für uns wenigstens noch den „Erzherzog Johann“ zu diesen wohlfeilen Preisen nehmen zu dürfen.

271. Telegramm an Minister v. Manteuffel.

12. Dezember 1852, 11 Uhr 35 Min. vorm.

Der Senat von Frankfurt hat bereits am 6. c. das Kaisertum offiziell anerkannt. Es schweben seitdem Verhandlungen mit Smidt in Bremen, um die Hansestädte zu gleichem Verfahren zu bewegen. Die Antwort von Nassau ist auch einer Anerkennung gleich zu achten.

272. Schreiben an Miniſter v. Manteuffel.

[Eigenhändig.]

12. Dezember 1852.

E. E. habe ich ſchon die Ehre gehabt, durch den Telegraphen heut zu melden, daß die freie Stadt Frankfurt die Notification des franzöſiſchen Kaiſerthums ſchon am 6. c. offiziell dahin beantwortet hat, daß man ſich beeilen werde, Herrn Rumpf neu zu accreditiren, und daß man ſich freuen werde (qu'on serait charmé), die Vollmachten des Kaiſers für Herrn von Tallenay entgegen zu nehmen. Nach dem heut eingehenden Journal des Débats ſcheint Rumpf ſchon accreditirt zu ſein. Das Naſſauiſche Cabinet hat geantwortet, S. H. der Herzog werde ſich freuen, „les mêmes relations qu'il avait entretenues avec le Président", fortzuſetzen, und hoffe, daß „la cour impériale" die Vollmachten bald erneuern werde. Naſſau hält, ſoviel ich weiß, ſeinerſeits keinen amtlichen Agenten in Paris.

Beide Vorgänge ſcheinen mir die Lockerheit des Bandes, mit welchem in Zeiten der Gefahr der Deutſche Bund dieſe kleinen Staaten umſchlingt, in beklagenswerther Weiſe zur Schau zu ſtellen, und wenn ſchon zu bedauern iſt, daß England den Beweis geliefert hat, daß Europa dem neuen Kaiſerthum gegenüber nicht in allen wichtigen Schritten gemeinſam handeln werde,[1]) ſo liegt in einem ähnlichen Verfahren von Seiten Naſſaus und Frankfurts eine Verkennung ihrer politiſchen Stellung und ihrer Bundespflichten, die m. g. D. von der K. Regirung und dem Bunde nicht wohl mit Stillſchweigen übergangen werden kann. Beide Staaten haben durch die ſtrenge Geheimhaltung ihres Schrittes bewieſen, daß ſie das Unpaſſende desſelben fühlten. Erſt geſtern Abend iſt es mir gelungen, von Herrn von Tallenay den Sachverhalt zu ermitteln, nachdem ich vorgeſtern gerüchtweiſe davon gehört hatte. Ich habe mich beeilt, die Nachricht durch den Telegraphen zu melden, weil ich gleichzeitig von Schritten hörte, die Frankfurt durch den Senator Smidt bei den drei Hanſeſtädten habe thun laſſen, um ſie zum Anſchluß an das Verhalten Frankfurts zu bewegen, und E. E. vielleicht noch Schritte in Hamburg und Bremen thun wollen, um dieß zu verhindern. Herr von Tallenay freute ſich, daß er der erſte ſei, der „Breſche gelegt" habe in der Phalanx des Deutſchen Bundes, und ſprach dabei aus, daß er erwartet habe, ich würde in der Antwort des Präſidiums auf ſeine Notification der baldigen Erneuerung der Vollmachten ebenfalls Erwähnung thun. Genehmigen ꝛc.

273. Bericht[1]) vom 17. Dezember 1852 an Miniſter v. Manteuffel, betr. die franzöſiſche Kaiſerfrage. — Vgl. Poſchinger I Nr. 124. Dort iſt S. 167 am Schluß des 1. Abſatzes einzuſchalten:

Indeſſen geben die Wünſche Frankfurts in der Angelegenheit des Rheinoctroi und derjenige, bei Liquidation der Bundesleiſtungen einen gewiſſen Betrag zu antizipieren, eine naheliegende Gelegenheit, die Stadt das Unpaſſende ihres Verfahrens empfinden zu laſſen. Zeile 5 derſelben Seite muß es heißen „geſchehe" ſtatt „geſchehen".

---

272. [1]) Großbritannien erkannte das franzöſiſche Kaiſertum ſofort an.

273. [1]) Kein Privatſchreiben, wie Poſchinger angibt.

274. Bericht vom 21. Dezember 1852 an Minister v. Manteuffel, betr. die Verlegung der zum holstein-lauenburgischen Bundeskontingent gehörenden Truppenabteilungen aus Holstein und die Abschaffung der deutschen Kommandos bei jenem Kontingente. Stimmung der Bundestagsgesandten in der holsteinischen Angelegenheit. Haltung der deutschen Kabinette und Österreichs. Berechtigung Dänemarks zu einer solchen Maßregel. — Vgl. Poschinger, Neue Berichte S. 29 ff.

*275. Bericht an Minister v. Manteuffel.

[Konzept.]

23. Dezember 1852.

E. E. beehre ich mich in Verfolg meines g. Berichts vom 7. d. M. ehrerbietigst anzuzeigen, daß der seitherige Polizeidirektor Senator Hessenberg in den letzten Tagen infolge von Differenzen mit dem Polizeiassessor Dr. Beer auf seinen Wunsch von der ferneren Verwaltung des Polizeidirektoriums entbunden worden ist. Anstatt seiner ist dieselbe für die nächsten 3 Jahre dem kürzlich zum Senator erwählten früheren Landamtmann Dr. von Oven als jüngstem Senator übertragen worden. Dieser gehört der gemäßigt liberalen Partei an, und ich werde versuchen, ob auf ihn eine Einwirkung zu gewinnen ist, um ihn für die im diesseitigen Interesse etwa erforderlichen Maßnahmen geneigter als seinen Vorgänger zu machen.

276. Bericht an König Friedrich Wilhelm IV.

[Ausfertigung.]

24. Dezember 1852.

.... Es sollte [in der Bundestagssitzung vom 23. Dezember 1852] noch die Abstimmung über den Antrag der Freien Stadt Frankfurt auf Zahlung von 147 613 fl. 33 kr. für einen Teil der von ihr infolge der Ereignisse des Jahres 1848 aufgewendeten Leistungen erfolgen, indem die Frist schon seit längerer Zeit abgelaufen ist, welche die Bundesversammlung in der Sitzung vom 3. Juli c. § 179 zur Instruktionseinholung darüber beschlossen hatte, ob diese Summe durch eine besondere Matrikularumlage aufzubringen sei. Der Gesandte von Frankfurt hatte mir indessen den Tag vor der Sitzung erklärt, daß der Senat die Abstimmung noch nicht vorgenommen zu sehen wünsche, wovon ich der Bundesversammlung mit dem Bemerken vertrauliche Mitteilung machte, daß dem Gesuche eines Antragstellers um Aussetzung der Abstimmung über seinen Antrag mit Rücksicht auf frühere ähnliche Fälle nichts entgegenstehen dürfte.

Der diesfällige Wunsch, die Abstimmung noch nicht vorzunehmen, ist wohl lediglich als eine Folge der übereilten Schritte der Stadt Frankfurt in der französischen Sache anzusehen. Ich habe es mir wiederholt angelegen sein lassen, den Gesandten von Frankfurt auf das auffallende und ungeeignete Verhalten der Stadt bei Anerkennung des französischen Kaiserreichs hinzuweisen, und ihm bemerklich gemacht, wie diese von den übrigen deutschen Regierungen abweichende Handlungsweise eine so exzeptionelle Berücksichtigung, als sie der in Rede stehende Antrag auf vorzugsweise Befriedigung enthalte, nicht verdiene und wie sich für die Bundesversammlung durch die fragliche Abstimmung eine Gelegenheit darbieten werde, ihr Urteil über das Verfahren des Senats an den Tag zu legen. ...

277. Vertraulicher Bericht an Minister v. Manteuffel.

[Ausfertigung.]

26. Dezember 1852.

. . . . Da Herr von Eisendecher es bisher zu vermeiden schien, sich über diese Angelegenheit resp. den Weg auszusprechen,[1]) den seine Regierung dabei zu gehen beabsichtigt, so hielt ich es für das am wenigsten Auffallende, wenn ich ihm vertraulich mitteilte, E. E. hätten mir die beiden Schreiben des Gr. Ministeriums an den Prinzen zu Ysenburg und Herrn von Dirkink-Holmfeld zu meiner Information zugefertigt, und hieran die ebenso vertrauliche Frage geknüpft, ob er bereits Instruktion in der Sache habe, damit ich, wenn in derselben während seiner Abwesenheit etwas vorkommen sollte, als Präsidium darauf bei Behandlung der Sache Bedacht nehmen könne.

Herr von Eisendecher nahm meine Anfrage sehr dankbar auf und erwiderte, daß er keinen Anstand nehmen wolle, mir ebenso vertraulich den Inhalt seiner Instruktion mitzuteilen. Diese gehe dahin, daß S. K. H. der Großherzog zwar für Sich und Seine Nachkommen zugunsten Sr. H. des Prinzen Christian von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Glücksburg und seiner männlichen Descendenten aus seiner jetzigen Ehe für den Fall, daß der Prinz den dänischen Thron besteige, und so lange verzichtet hätten, als dessen männliche Nachkommenschaft ihn inne habe, im übrigen aber dem Londoner Traktate, der im Art. 2 die Fortdauer des Prinzips der Integrität der dänischen Monarchie anerkenne, n i c h t beitreten würden. S. K. H. wünschen, daß ein Beschluß der Bundesversammlung über die Sache vermieden würde, da Hochdieselben dort nur als deutscher Fürst handeln und danach Ihre Handlungsweise abmessen könnten; die Gr. Regierung würde deshalb verlangen, daß ein Ausschuß niedergesetzt werde, welcher den Londoner Vertrag vom Standpunkte des deutschen Bundesrechts und des Interesses Deutschlands zu prüfen habe. Herr von Eisendecher fügte hinzu, daß S. K. H. Ihre Bereitwilligkeit, den Wünschen der Großmächte zu entsprechen, durch Ihre Entsagung zugunsten des Prinzen Christian an den Tag gelegt hätten, aber von der wegen Behandlung der Sache beim Bunde gefaßten Entschließung nicht abgehen und auch zu einem künftig zu fassenden Beschlusse Stimmeneinhelligkeit verlangen würden, da es sich um jura singulorum handele. E. E. werden inzwischen durch die bayerische Gesandtschaft in Berlin bereits erfahren haben, wie die bayerische Regierung eine Erklärung auf die Beitrittsaufforderung des Herrn von Bülow in dem Sinne abgelehnt hat, als gehöre die Entscheidung dieser Sache zur Kompetenz der Bundesversammlung.

Wie mir Herr von Canitz mitteilt, wird die Gr. hessische Regierung ihr Verhalten zu der vorliegenden Frage nach dem von Bayern einrichten.

278. Bericht vom 27. Dezember 1852 an Minister v. Manteuffel, betr. die Herstellung einer Verbindung zwischen den wissenschaftlichen Vereinen Süddeutschlands und Berlin. — Vgl. Poschinger I Nr. 126.

---

[1]) Manteuffel hatte in einem Erlasse vom 23. Dezember den Wunsch ausgesprochen, daß Bismarck in einer vertraulichen Besprechung mit Herrn v. Eisendecher zu erfahren suchte, wie man oldenburgischerseits die Frage des Beitritts des Bundes zu dem Londoner Vertrage vom 8. Mai 1852 beim Bunde behandelt zu sehen gedenke.

279. Schreiben an Minister v. Manteuffel.

[Ausfertigung.]

28. Dezember 1852.

E. E. h. Reskript vom 22. c., die Anerkennung des französischen Kaisertums betreffend, habe ich zu erhalten die Ehre gehabt und mich auf Grund des demselben beiliegenden Zirkulars[1]) mit meinen Kollegen in Verbindung gesetzt, um zu ermitteln, ob sie mit Instruktion für die angedeuteten Eventualitäten alle versehen sind.

Bei dieser Gelegenheit habe ich die Bemerkung gemacht, daß die meisten derselben in dem neuerdings auf Anregung des Wiener Kabinetts eingeschlagenen Verfahren, vermöge dessen die Großmächte eine Sonderstellung zur Sache einnehmen, mehr eine Zurücksetzung als eine Berücksichtigung ihres Bedürfnisses, ihre Beziehungen zu dem Kaiser der Franzosen bald geregelt zu sehen, erblicken. Namentlich gab Herr von Schrenck deutlich zu erkennen, wie empfindlich es der K. bayerischen Regierung sein werde, auf diese Weise indirekt ausgesprochen zu sehen, daß ihr ein Anteil an der Aufgabe der Erhaltung der Verträge nicht zustehe. Auch Herr von Reinhard machte geltend, daß die Zurücksetzung der kleineren deutschen Staaten, welche hierin liege, von dem König von Württemberg um so mehr werde empfunden werden, als Höchstderselbe noch eben erst durch das amtliche Dementi der im Moniteur gegebenen Entstellungen ein neues Pfand seiner Aufrichtigkeit gegen seine Verbündeten gegeben habe. Herr von Reinhard wollte, daß man den Bundesstaaten wenigstens indirekt die Gelegenheit gebe, sich an den von den Großmächten zu machenden Reserven zu beteiligen, indem man diese der Erklärung des Bundes gegen Herrn von Tallenay einverleibe.

In der heutigen Sitzung des Militärausschusses sprachen sich die anwesenden Vertreter der vier deutschen Königreiche mehr oder weniger lebhaft in dem angedeuteten Sinne aus. Ich bemühte mich, ihnen eine andere Auffassung der Sache zu geben, führte an, daß es ursprünglich die Ansicht der K. Regierung gewesen, eine gleichlautende Erklärung gemeinschaftlich mit allen Bundesstaaten abzugeben, daß indessen von dem K. österreichischen Kabinett gerade im Interesse der übrigen Bundesstaaten geltend gemacht worden sei, wie es denselben nicht erwünscht sein könne, ihre Beziehungen zu Frankreich so lange Zeit ungeregelt zu lassen, als erforderlich sein würde, wenn sie denselben Weg gingen, der von den Großmächten eingeschlagen ist. Ich unterstützte diese Version durch Verlesung der dazu geeigneten Stellen aus E. E. Zirkular vom 21. d. M. und der österreichischen Note vom 18. d. M.

Die Verstimmung meiner Kollegen konnte ich aber nicht ganz beseitigen; sie bedauerten lebhaft, daß die Sache nicht im Sinne der ersten Auffassung der K. Regierung durchgeführt sei, und fanden, daß in dem jetzt eingeschlagenen Verfahren die Theorie, daß die europäische Politik lediglich Sache der Großmächte sei, formell zu scharf hervortrete, und daß die Vorstellung von der Einheit des Bundes nicht gewahrt würde. Der Eindruck, den das bisherige geschlossene Zusammenhalten der deutschen Staaten Frankreich gegenüber gemacht habe, werde dadurch verwischt, daß die Gesandten der übrigen deutschen Staaten jedenfalls mehrere Wochen vor denen von Österreich und Preußen in Paris akkreditiert werden würden, und daß diese Ungleichheit möglicherweise länger andauern könne, falls die von den Großmächten zu machenden Reserven von der Art wären, daß die Akkreditierung der französischen Gesandten in Wien und Berlin dadurch verzögert würde. Der Wunsch, die

[1]) Inhaltsangabe vgl. Poschinger I S. 171 f. Anm.

von den Großmächten zu machenden Vorbehalte auch vom Bundestage ausgesprochen zu sehen, scheint bei den genannten Herren allgemein zu sein, doch gaben sie zu, daß sie für den Fall zu machender Reserven ohne Instruktion seien und solche erst erwarten könnten, nachdem der Inhalt der von den Großmächten abzugebenden Erklärung allen deutschen Regierungen bekannt sein würde.

Soeben erhalte ich E. E. telegraphische Weisung von heute[3]) und werde demnach in der am Donnerstag stattfindenden regelmäßigen Sitzung den Antrag stellen: Herrn von Tallenay zu antworten, daß die Bundesversammlung bereit sei, seine neuen Kreditive entgegenzunehmen.

Bayern wird — wie mir Herr von Schrenck, nachdem er heut früh durch den Telegraphen von dem bevorstehenden Abgang der Berliner und Wiener Erklärungen benachrichtigt worden, mitteilte — die Anerkennung nunmehr ohne Verzug aussprechen, also die Nachricht, daß solches durch die Bundesversammlung geschehen sei, nicht vorher abwarten. Es scheint, daß diese Beschleunigung dazu dienen soll, der Empfindlichkeit über das Sonderverfahren der Großmächte einen Ausdruck zu geben.

Den Wunsch meiner Kollegen, den Deutschen Bund sich bei den zu machenden Reserven beteiligen zu sehen, werden E. E. und das Wiener Kabinett bei der Kürze der Zeit und der Weitläuftigkeit der Instruktionseinholung voraussichtlich nicht weiter in Erwägung ziehen können; doch habe ich nicht verfehlen wollen, E. E. von dem Eindruck Bericht zu erstatten, den das eingeschlagene Verfahren auf die hiesigen Vertreter der übrigen deutschen Staaten macht. Genehmigen ꝛc. . . .

280. Bericht vom 28. Dezember 1852 an Minister v. Manteuffel, betr. einen in Mannheim aufgefundenen Aufruf des revolutionären Zentralkomitees in London. — Vgl. Poschinger I Nr. 128.

*281. Privatschreiben an Minister v. Manteuffel.

[Eigenhändig.]

28. Dezember 1852.

E. E. beehre ich mich beifolgend einige Berichte von Zirndorfer g. zu überreichen.

In Veranlassung der von Sr. Majestät befohlenen Erkundigungen über die hier lebende Fürstin Witgenstein geb. Gräfin Leiningen hatte ich auch durch Zirndorfer Nachrichten über deren jetzige Lebensweise gelegentlich erheben lassen. Die von ihm erhaltne, übrigens sehr unerfreuliche Auskunft ist mir bei der Gleichheit der Handschrift und des Formats unter die letzte Sendung von Polizeiberichten gerathen und E. E. mit denselben zugegangen. Es ist in der That dringend wünschenswerth, daß dem öffentlichen Skandal, welches die Fürstin hier giebt, auf andere Weise als durch polizeiliche Ausweisung ein Ende gemacht werde. Die offizielle Antwort auf das betreffende Reskript werde ich erstatten, sobald ich von Herrn von Canitz die erbetne Auskunft über die Höhe und Art des Ein-

[3]) Diese enthielt die Mitteilung, die Expedition, wodurch die Anerkennung des Kaisers der Franzosen ausgesprochen wurde, gehe abends nach Paris ab. Es scheine wünschenswert, auch seitens der Bundesversammlung die offizielle Rückäußerung auf das Schreiben Tallenays und demnächst die Entgegennahme seiner neuen Kreditive möglichst schnell zu veranlassen.

kommens und die Lage ihrer Scheidungs-Verhandlungen erhalten habe. Es ist schwer dergleichen data zu erlangen, da ihre Verwandten in Darmstadt sich beleidigt fühlen, wenn man nach ihr fragt.

Ich hoffe, daß E. E. mit den Ihrigen die Feiertage unter Gottes Segen in ebenso ungetrübter Freude begangen haben, wie ich hier, und es ist mir eine Beruhigung gewesen, aus den Zeitungen zu ersehn, daß Sie Sich eine ländliche Recreation während des Festes gegönnt haben. Ich bitte Sie mich Ihrer Frau Gemalin zu Gnaden zu empfehlen und mit ihr meinen herzlichen Glückwunsch zum neuen Jahr entgegen zu nehmen, der unter vielen, welche Sie erhalten werden, wenigstens den Anspruch macht, zu den aufrichtigsten zu gehören. In treuster Anhänglichkeit . . .

282. Bericht vom 30. Dezember 1852 an Minister v. Manteuffel, betr. die Stärke und Zusammensetzung des Bundesheeres. — Vgl. Poschinger I Nr. 129.

283. Bericht vom 31. Dezember 1852 an Minister v. Manteuffel, betr. die französische Kaiserfrage. — Vgl. Poschinger I Nr. 130.

*284. Bericht an Minister v. Manteuffel.

[Konzept.]

31. Dezember 1852.

E. E. habe ich mir erlaubt, bei verschiedenen Veranlassungen auf den Polizeiassessor Dr. Beer aufmerksam zu machen, welcher der einzige hiesige konservative Polizeibeamte ist und sich dabei stets entgegenkommend gegen diesseitige Wünsche bewiesen hat. Auch von dem früheren K. Residenten bei der Stadt Frankfurt sowie von meinem Amtsvorgänger ist dem p. Beer stets ein sehr günstiges Zeugnis gegeben und derselbe als ein tüchtiger, energischer und preußisch gesinnter Mann empfohlen worden. Ich erlaube mir in dieser Beziehung auf den Bericht des Legationssekretärs v. Rosenberg vom 5./2. 50 (Beilage Nr. 3) und des Herrn Generals v. Rochow vom 6. August 1851 g. Bezug zu nehmen. Infolgedessen bin ich mit dem p. Beer in Verbindung getreten, und sind mir durch dessen Vermittlung bereits mehrere wertvolle Mitteilungen über hiesige Zustände zugegangen; ich führe in dieser Hinsicht namentlich die von ihm für den Senat ausgearbeitete Denkschrift über die im Februar d. J. vorgenommenen Ausweisungen an, welche E. E. unterm 5. Juli d. J. von dem Legationsrat Wentzel eingereicht worden ist.

Auch ist der p. Beer als die eigentliche Quelle der polizeilichen Berichte zu betrachten, welche der Dr. Zirndorfer wöchentlich einreicht.

[Bitte den p. Beer für den Roten Adlerorden 4. Klasse in Vorschlag zu bringen.]

285. Bericht vom 31. Dezember 1852 an Minister v. Manteuffel, betr. die Verhandlungen mit dem Herzog von Augustenburg. — Vgl. Poschinger I Nr. 131.

286. Bericht vom 3. Januar 1853 an Minister v. Manteuffel, betr. die Verhandlungen mit dem Herzog von Augustenburg. — Vgl. Poschinger I Nr. 132.

287. Schreiben an den österreichischen Minister des Äußeren Grafen Buol.

[Abschrift.]

4. Januar 1853.

E. E. geneigte Instruktion vom 29. v. M. habe ich durch Baron Brenner vorgestern erhalten, und fühle ich mich in hohem Grade geehrt, wenn Hochdieselben mir gleichzeitig die Veranlassung zu direktem Verkehr mit dem Kais. Kabinette gegeben haben. Indem ich dieselbe mit Vergnügen benutze, beehre ich mich, E. E. über den bisherigen Verlauf der Verhandlungen wegen Anerkennung der französischen Kaiserwürde ganz ergebenst zu berichten. Bald nachdem ich der Bundesversammlung von der mir am 3. v. M. zugegangenen Notifikation der Regierungsveränderung in Frankreich Kenntnis gegeben hatte, wurde mir von mehreren, nach der Stellung ihrer Regierung einflußreichen Kollegen wiederholt der Wunsch ausgesprochen, Kenntnis von den Verhandlungen der Großmächte zu haben und dieselben beschleunigt zu sehen, indem es den Regierungen schwer falle, dem Drängen der französischen Agenten gegenüber ihre Beziehungen zu der neuen Staatsgewalt für längere Zeit in Ungewißheit zu lassen. Die Berücksichtigung, welche diese Wünsche durch die Zirkulardepeschen der ah. Höfe von Wien und Berlin vom 26. und 22. Dezember gefunden haben, war, nach der Art zu urteilen, wie sie von den Mitgliedern der Bundesversammlung aufgefaßt wurde, den Regierungen der kleineren Bundesstaaten willkommen; bei anderen und zwar denselben, welche die Regelung ihrer Beziehungen zu Frankreich beschleunigt zu sehen gewünscht hatten, erzeugte sie unverkennbar eine Mißstimmung, die sich nach der Richtung hin äußerte, daß das bisherige bundestreue Verhalten ihrer Regierungen in der französischen Frage die erwartete Würdigung durch ein Verfahren nicht finde, welches ihnen zu erkennen gebe, daß die Mitwirkung bei Entscheidung von Fragen der europäischen Politik außerhalb ihres Wirkungskreises liege. Ich habe mich bemüht, dieser Auffassung entgegenzutreten und die Erklärungen, welche die beiden Großmächte in jener Zirkulardepesche niedergelegt hatten, vorzugsweise aus dem Gesichtspunkt der Rücksichtnahme auf die Verhältnisse der kleineren Staaten zu Frankreich zu motivieren. Daß mir dies nicht vollständig gelungen war, zeigte sich indes im Verlauf der Sache.

Von seiten meiner ah. Regierung erhielt ich am 29. v. M. die Anweisung, das Verfahren beim Bundestage insoweit zu beschleunigen, daß ich in den Stand gesetzt würde, die Antwort an Herrn von Tallenay gleichzeitig mit den in Paris eingeleiteten analogen Schritten der dortigen Gesandten der deutschen Höfe auszuhändigen. Da ich benachrichtigt war, daß die desfallsigen Instruktionen für den K. österreichischen, sowie den diesseitigen Gesandten in Paris bereits abgegangen seien, so glaubte ich die regelmäßige, auf den 30. d. M. fallende Donnerstagssitzung nicht vorübergehen lassen zu sollen, ohne die Ermächtigung der Bundesversammlung zur Beantwortung der Note des Herrn von Tallenay zu extrahieren. Vor dem Beginn der Sitzung wurde mir durch den Baron Brenner eine telegraphische Depesche E. E. behändigt, welche mich aufforderte, die offizielle Rückäußerung an Herrn von Tallenay erst nach Empfang der von E. E. durch einen Kurier an mich abgesandten Depeschen abgehen zu lassen. Um hierzu demnächst rechtzeitig imstande zu sein, für den Inhalt des Aktenstücks selbst aber freie Hand zu behalten, beschränkte ich mich darauf, die Ermächtigung des Präsidii zu einer Antwort an Herrn von Tallenay zu beantragen, indem ich beabsichtigte, die

Antwort nach Eingang der von E. E. in Aussicht gestellten Depeschen zu entwerfen und der Beschlußnahme der Bundesversammlung in einer vertraulichen Sitzung zu unterbreiten, deren Resultat alsdann dem Protokoll der offiziellen Sitzung vom 30. einverleibt werden sollte. Demnächst ging mir am 2. d. M. E. E. Auftrag vom 29. zu, sowie eine telegraphische Depesche, durch welche Herr von Manteuffel mich im Einverständnis mit der Kais. Regierung anweist, die Note an den Herrn von Tallenay erst übergeben zu lassen, nachdem ich von Paris durch den Telegraphen die Nachricht von der erfolgten Mitteilung der den gleichen Gegenstand betreffenden Depeschen an den französischen Minister der auswärtigen Angelegenheiten erhalten haben würde.

In der Voraussicht, daß diese Benachrichtigung zu jeder Stunde eingehen könne, beraumte ich auf gestern eine Sitzung an. Vor derselben hatte ich mich durch vertrauliche Unterredung zu vergewissern gesucht, inwieweit die Mehrzahl meiner Kollegen einer Fassung der von der Bundesversammlung zu erlassenden Note ihre Zustimmung erteilen würden, welche sich dem Inhalt der an die Gesandten in Paris übersandten Depesche Nr. 1 möglichst anschlösse.

Es ergab sich hierbei, daß eine vollständige Übereinstimmung nicht zu erreichen sei, da die Gesandten von Dänemark und Holland angewiesen waren, sich ohne Instruktionseinholung auf nichts weiter, als auf die Autorisation zur Entgegennahme der Kreditive einzulassen. Auch von Bayern, Königreich Sachsen und Württemberg wurde die Instruktionseinholung gewünscht. Dieser Wunsch schien indes, namentlich bei Bayern, mehr in der oben angedeuteten Verstimmung, als im Mangel des Einverständnisses mit dem Inhalt jener Depeschen seinen Grund zu haben. Da es mir indessen gelang, die erwähnten Herren Gesandten dahin zu bewegen, daß sie sich bereit erklärten, keine dissentierende Abstimmung zu Protokoll zu geben, sowie meinen Antrag sofort an ihre Regierungen abzusenden, um womöglich vor Schluß des Protokolls Instruktion zu erhalten, sie auch schließlich ihre persönliche Ansicht dahin äußerten, daß ihre Regierungen wahrscheinlich zustimmen würden, so glaubte ich dem Sinne des von E. E. erhaltenen Auftrages mehr zu entsprechen, wenn ich an dem Requisit der Stimmeneinhelligkeit nicht buchstäblich festhielt, als wenn ich jeden Versuch aufgab, wenigstens einen Teil der an die Gesandten der Großmächte in Paris erlassenen Depesche Nr. 1 der von der Bundesversammlung zu beschließenden Note einzuverleiben. Ich suchte daher in dem durch Baron Brenner[1]) abgefaßten Entwurf wenigstens den Passus über Beobachtung der Verträge, welcher mir der wichtigste zu sein schien, festzuhalten und brachte ihn mit einer Mehrheit von 11 Stimmen gegen 5, welche sich Instruktionseinholung vorbehielten, zur Annahme in der Bundesversammlung.

Der kurhessische Gesandte war abwesend, und der ihm substituierte nassauische befand sich ohne Kenntnis der Ansichten der Kurfürstlichen Regierung. Von den übrigen fand ein eigentlicher Widerspruch gegen den Inhalt des Entwurfs nicht statt; nur erklärten Dänemark und Holland, die Sache ad referendum nehmen zu wollen, während Bayern, Königreich Sachsen und Württemberg sich das Protokoll offenzuhalten wünschten, indem sie in den nächsten drei Tagen die Zustimmung ihrer Regierungen beibringen zu können hofften. Ich glaube auch an deren Eingang um so weniger zweifeln zu dürfen, als, wie ich erfahren habe, der bayerische Gesandte in Paris veranlaßt ist, den Vorgang der Bundesversammlung abzuwarten, bevor er seine Kreditive überreicht.

[1]) Die als Vorlage dienende Abschrift hat offenbar irrig (wohl infolge unrichtiger Auflösung von B. B.) statt „Baron Brenner“ „Bundesbeschluß“.

Der Baron Brenner wird E. E. den genaueren Bericht über die Vorgänge in jener Sitzung überreichen, und beschränke ich mich daher auf den Ausdruck meiner Überzeugung, daß der Dissens der zuletzt genannten drei Gesandten weniger auf der Neigung beruht, die Politik ihrer Regierungen von derjenigen der Großmächte zu trennen, als auf einer Unzufriedenheit mit dem Gange der Verhandlungen, welcher sie zuerst veranlaßte, sich dem Verfahren der Großmächte, wonach diese allein sich bei den aufzustellenden Reserven zu beteiligen hätten, nicht ohne Widerstreben zu fügen, demnächst aber, sich einen Teil des Inhalts der von den Großmächten gegebenen Erklärungen anzueignen.

Der Mangel einer Einhelligkeit nach außen hin wird nicht hervortreten, indem ein ausdrücklicher Widerspruch von irgendeiner Seite aus dem Protokolle nicht ersichtlich ist. Ich habe das Protokoll nämlich in dem Sinne entwerfen lassen, daß bei der Abstimmung von einigen Gesandten der Wunsch, Instruktion einzuholen, geäußert worden, nachdem aber die Mehrheit dem nicht beigetreten, beschlossen worden sei, pp.

Ich erwarte nunmehr die telegraphische Benachrichtigung von der erfolgten Übergabe der Notifikation der Großmächte in Paris, um auch meinerseits dem Herrn von Tallenay die im Entwurf ganz ergebenst überreichte Antwort zu übergeben. Genehmigen ꝛc.

288. Bericht vom 4. Januar 1853 an König Friedrich Wilhelm IV., betr. die französische Kaiserfrage. — Vgl. Poschinger I Nr. 133. S. 181, letzte Zeile des 2. Absatzes muß es dort statt: „Vortrag“ heißen „Antrag“.

289. Privatschreiben an Minister v. Manteuffel.

[Eigenhändig.]

5. Januar 1853.

E. E. geehrtes vertrauliches Schreiben vom 30. v. M.,[1]) Rothschild betreffend, erhalte ich erst in diesem Augenblick bei Postschluß, über Cöln. Ich beeile mich deshalb, vorbehaltlich des zu erstattenden offiziellen Berichts, g. zu erwidern, daß ich keine Bedenken gegen die Verleihung des Titels eines Hofbanquiers geltend zu machen habe und bei den Betheiligten eine lebhafte Empfänglichkeit für die ihnen zugedachte Ehre glaube voraussetzen zu dürfen.

Eine eigentliche antipreußische Tendenz haben die Rothschilds nie verfolgt; nur haben sie sich bei Gelegenheit eines Conflictes, der vor etwa Jahresfrist zwischen uns und Östreich über die Flüssigmachung von Depositen für die Flotte[2]) stattfand, vor Östreich mehr gefürchtet als vor uns. Da indessen der Muth, der den justum ac tenacem propositi virum dergleichen ardorem civium „prava jubentium“, wie Graf Thun ihn damals entwickelte, zurückweisen läßt, von Rothschild nicht füglich verlangt werden kann, die Mitglieder der Familie auch über das damalige Verhalten des von ihnen als altersschwach bezeichneten Baron Amschel sich seither vielfach entschuldigt haben, so glaube ich, daß man diesen Fehler, in Betracht der Dienste, welche diese Geldmacht zu leisten im Stande ist, der Vergessenheit übergeben kann. In treuster Ergebenheit ...

[1]) Abgedruckt: Anh. zu G. u. E. II S. 111 f. Dort wird auf einen bisher nicht ermittelten Bericht Bismarcks Bezug genommen, wonach er sich auf Rückfrage dahin ausgesprochen hatte, daß die Herren v. Rothschild für etwaiges Wirken im preuß. Interesse bisher hinlänglich durch Geldvorteile entschädigt seien.

[2]) Vgl. oben S. 125 ff.

290. Bericht vom 6. Januar 1853 an Minister v. Manteuffel, betr. die französische Kaiserfrage. — Vgl. Poschinger I Nr. 134.

291. Privatschreiben an Minister v. Manteuffel.

[Eigenhändig.]

6. Januar 1853.

E. E. zeige ich g. an, daß Herr von Schrenk die Anweisung erhalten hat, bei seiner Abstimmung vom 3., nach welcher er dem Entwurf der Antwort an Herrn von Tallenay ohne Instructionseinholung nicht zustimmen wollte, zu beharren, indem für die bayrische Regirung „ein Anlaß zur Abänderung der von ihr ursprünglich (in Folge der Preußisch-Östreichischen Circularnoten) ertheilten Instruction nicht vorliege". Ich kann hierin einen Anlaß zur Zurückhaltung oder Modification der von der Bundesversammlung einmal beschlossenen Antwort, auch wenn Sachsen und Württemberg sich ebenso erklären sollten, m. E. nicht entnehmen, wohl aber ein Symptom, daß der Anschluß Baierns an die Großmächte Frankreich gegenüber stets ein bedingter bleibt und die Münchner Empfindlichkeit sehr schnell zur Klippe werden kann, an der die Eintracht scheitert. Merkwürdig ist auch, daß Herr von Tallenay eine Stunde nach der letzten Sitzung jede Einzelheit derselben gewußt hat. Den Schlüssel dazu giebt es mir. daß ich Herrn von Reinhard (Würtemberg) unmittelbar nach der Sitzung vom 30.,[1]) in welcher zuerst die französische Frage vorkam, mit Herrn von Tallenay aus dem Hause des letztern kommen sah, welches ich von meinem Garten aus beobachten kann. Auch Herr von Dalwigk kam an jenem Tage von Darmstadt her, ging nur zu Tallenay, und von dort wieder zur Eisenbahn. Herr von Reinhard ist überhaupt eins der übelsten Elemente in der Bundesversammlung; er ist ein beschränkter Kopf, Wortstreiter in allen Sitzungen, ohne meist zu wissen, wovon die Rede ist, und haßt Preußen, ohne Östreich zu lieben. In der letzten Sitzung erklärte er sich überzeugt, daß seine Regirung nichts gegen den vorgelegten Entwurf der Antwort einzuwenden haben werde, nach seiner persönlichen Auffassung könne er aber nicht dafür stimmen, obschon er es mir am Abend vorher halb und halb versprochen hatte. *Einigermaßen in Zweifel bin ich darüber, ob ich Herrn von Tallenay nach Überreichung seiner Creditive ein Galla-Diner geben soll. Meine Collegen sagen mir, es sei nur dann de rigueur, wenn der neu-accreditirte Gesandte zugleich eine neue, vorher hier noch nicht beglaubigt gewesene Persönlichkeit wäre, und es würde eine große Höflichkeit gegen Frankreich sein, wenn ich es in diesem Falle thäte. Bei diesen Diners erscheint das ganze diplomatische Corps in Uniform; das letzte gab Graf Thun an Sir A. Malet, nach einigem Widerstreben, und gewissermaßen in Folge vertraulichen Bundesbeschlusses. Ich würde es mit g. Danke erkennen, wenn E. E. mir einen Wink geben wollten, ob ich diese Höflichkeit gegen Frankreich Namens des Preußischen Präsidiums ausüben soll; ich neige persönlich mehr zur Bejahung der Frage, wenn auch unter Verwahrung gegen den Verdacht des Bonapartismus.*

Die Zeitungen versetzen mich wiederholt nach Petersburg; ich habe der Quelle eines aus Berlin datirten Artikels der Art in hiesigen Blättern nachgespürt und gefunden, daß er von Herrn Hehner, einem in östreichischem Solde stehenden Correspondenten vieler Blätter, der seit Jahren hier wohnt, herstammt. Ich hatte schon meinen Freund Rochow in Verdacht, daß er mir eine gründlichere Ausbildung im Schlittschuhlaufen habe zuwenden

[1]) Poschinger hat irrig: 10.

wollen. Wenn Hehner wirklich in östreichischem Auftrag meine Versetzung wünscht, so überrascht mich das, da ich von den competentesten Seiten Nachrichten habe, daß der junge Kaiser mir in Gnaden gewogen sei.

Meinem Schreiben vom 3.[2]) ist die Abschrift der Antwort an Tallenay durch ein Versehn dessen, der in meiner Gegenwart den Inhalt des Couverts faltete, nicht mitgekommen; Kelchner, Zietelmann und Wenzel, die alle 3 zugegen waren, schieben die Schuld jeder dem andern zu; es ist die Lehre von den vielen Köchen. Mit der Bitte meine Frau und mich ihrer Frau Gemalin zu Gnaden empfehlen zu wollen, in treuster Anhänglichkeit . . .

292. Privatschreiben an Minister v. Manteuffel.

[Eigenhändig.]

7. Januar 1853.

E. E. zeige ich g. an, daß ich die Antwort der Bundesversammlung an Herrn von Tallenay heut übergeben habe. Von Sachsen ist im Gegensatz zu Baiern, auf Anfrage des Herrn von Nostitz, umgehend die Zustimmung zu der Fassung dieser Antwort erfolgt. Von Würtemberg fehlt die Instruction noch. Die Note, welche mir Herr von Tallenay gestern zeigte, war augenscheinlich Circular von Drouyn de L'Huis. Er nennt die Unterlassung der Bezeichnung mon frère von Seiten Rußlands une irrégularité, welche er dem Kaiser räth, lediglich als „omission de protocole" zu betrachten und in Rücksicht auf den freundlichen Inhalt dieses und des frühern Schreibens Sr. M. des Kaisers von Rußland zu übersehn.

Die Ernennung von Prokesch[1]), welche heut der Postzeitung durch Telegraph zugekommen war, hat meine sämmtlichen Collegen wahrhaft erschreckt, und wollen sie es noch nicht glauben. Ich halte sie für einen großen politischen Fehler von Östreich, nach vielen Richtungen hin, und möchte fast annehmen, daß es nicht ernstlich damit gemeint ist. Sollte es dennoch sein, so will ich schon mit ihm fertig werden, ohne die Ruhe zu verlieren. In treuster Ergebenheit . . . in Eile.

293. Telegramm vom 7. Januar 1853 an Minister v. Manteuffel, betr. die französische Kaiserfrage. — Vergl. Poschinger, Neue Berichte S. 49.

294. Bericht an Minister v. Manteuffel.

[Konzept.][1])

10. Januar 1853.

Schon wiederholt habe ich die Ehre gehabt, E. E. über eine dem Bankierhause Rothschild etwa zuzuwendende Auszeichnung teils schriftlich, teils mündlich Vortrag zu halten.

---

[2]) Hier nicht abgedruckt.

292. [1]) Ueber Prokesch vgl.: Aus den Briefen des Grafen Prokesch v. Osten 1849—1855. Wien 1896. Desgl. Ludwig Schemann, Gobineau I S. 387—427.

294. [1]) Zum Teil gedruckt in Poschingers „Neuen Berichten" S. 17 unter dem 10. Januar 1852. Das Konzept trägt allerdings dies Datum. Daß aber ein Schreibfehler vorliegt, ergibt sich aus dem Zusammenhang. Vgl. ferner Anhang zu den G. u. E. II S. 111 ff. Unter dem 20. Januar 1853 erfolgte die Ablehnung des Antrages auf Verleihung des Roten Adlerordens 3. Klasse an Meyer Carl v. R und der Ernennung der Teilnehmer des Hauses Rothschild zu Hofbankiers. Diese letztere erfolgte indes dann aber schon unter dem 12. Februar 1853

Das genannte Haus hat, abgesehen von seiner Mitwirkung bei den außerhalb des Kreises meiner Beurteilung liegenden größeren Finanzoperationen, seit 30 Jahren in bezug auf den Geldverkehr mit der diesseitigen Gesandtschaft stets seine Bereitwilligkeit, der K. Regierung zu dienen, an den Tag gelegt. Nur zu Anfang des vorigen Jahres hat mir das Verhalten der p. v. Rothschild Veranlassung zu einer Beschwerde geboten[2]), indem dieselben bei vorhandenem Widerspruch der Ansichten von Preußen und Oesterreich über die Rechtmäßigkeit einer zu leistenden Zahlung sich dem Verlangen Oesterreichs fügten. Fast sämtliche Mitglieder des Hauses haben mir späterhin ihr Bedauern über diesen Vorfall wiederholt ausgesprochen und die Schuld daran lediglich auf die zunehmende Altersschwäche des Baron Amschel Rothschild geschoben, der sich durch die Drohungen des Grafen Thun habe einschüchtern lassen. Ich habe oft Gelegenheit gehabt, mich zu überzeugen, daß die Leiter dieser Geldmacht einen hohen Wert auf eine ihnen von Preußen zu verleihende Auszeichnung legen würden, indem sie nicht nur für Ehrenbezeugungen sehr empfänglich sind, sondern auch eine nicht zu verwerfende Stütze ihres Kredits in offiziellen Beweisen des Wohlwollens der Regierungen zu finden glauben, namentlich solcher, deren Finanzhaushalt geordnet ist.

Daß unter Umständen auch andere, als rein kaufmännische Rücksichten für das Verhalten des Herrn von Rothschild bei Finanzoperationen maßgebend sind, dafür glaube ich den Beweis in dem günstigen Erfolge zu finden, mit welchem Oesterreich sich die Geldkräfte dieses Hauses dienstbar gemacht hat, indem ich überzeugt bin, daß neben den finanziellen Vorteilen, welche die österreichischen Finanzoperationen dem Hause Rothschild bieten, auch der Einfluß, den die Kaiserliche Regierung auf die Behandlung der Judenfrage in Frankfurt zu üben imstande war, mitgewirkt hat. Wie es scheint, ist es den Bemühungen Rothschilds gelungen, dem Eifer ein Ziel zu setzen, mit welchem Oesterreich im Laufe des Sommers die Aufhebung der Emanzipation der Juden betrieb.

Der jetzige Hauptdisponent des Hauses hier am Platze, Meyer Carl v. Rothschild, hat mir wiederholt zu erkennen gegeben, wie sehr es in seinen Wünschen liege, den Roten Adlerorden 3. Klasse zu erhalten, welchen nicht nur zwei seiner Untergebenen, von denen einer namens Goldschmidt in Wien, der andere — wenn ich nicht irre — in Dessau [lebt], besitzen, sondern auch — und hierauf schien Herr v. Rothschild das meiste Gewicht zu legen — der älteste der Gebrüder v. Bethmann, preußischer Konsul hier am Orte. Ich würde die Verleihung des Roten Adlerordens 3. Klasse an Meyer Carl v. Rothschild für eine im Interesse des Staates wohl angewandte halten, trage aber bei E. E. g. g. darauf an, außer dieser Ordensverleihung noch die für alle Teilnehmer des Hauses Rothschild gleichmäßig ehrende Ernennung zu K. Hofbankiers bei Sr. M. dem Könige aus den oben angeführten Gründen gen. befürworten zu wollen.

295. Schreiben an Minister v. Manteuffel.

[Ausfertigung.]

13. Januar 1853.

Für Herrn von Tallenay sind bisher die Kreditive nicht eingetroffen, obschon er dieselben seit acht Tagen täglich erwartet und früher der Meinung war, man würde sie ihm überschicken, sobald ich ihm die Gewißheit der Anerkennung von seiten der Bundesver-

[2]) Vgl. Telegramme vom 9., 10. und 12. Januar und Bericht vom 11. März 1852.

sammlung geben könne. Letzteres ist bereits am 4. c. durch eine mündliche Benachrichtigung geschehen. Es scheint nicht, daß diese Verzögerung in einem Zweifel über die Beibehaltung der Person des Herrn von Tallenay in seinem bisherigen Posten ihren Grund findet, da die Kreditive für ihn in bezug auf Nassau und Frankfurt schon in seinen Händen sind. Herr von Tallenay selbst ist aber offenbar beunruhigt über das Ausbleiben seiner Beglaubigung, wobei ich g. bemerke, daß Besorgnisse für seine persönliche Stellung ihn leichter und mehr zu affizieren pflegen, als Befürchtungen politischer Natur.

Ich habe in der heutigen Bundestagssitzung eine vertrauliche Umfrage nach den Instruktionen über die Verstärkung des Bundesheeres gehalten, wobei sich herausstellte, daß nur diejenigen Staaten, deren Gesandten bei Gelegenheit der Note wegen Anerkennung des Kaisertums dissentierten, eine Vertagung der Entscheidung über diese Frage wünschten, nämlich: Bayern, Württemberg, Dänemark und Holland, und, mit Modifikationen, Sachsen. Von den übrigen Gesandten läßt sich nach ihren heutigen Aeußerungen annehmen, daß sie angewiesen sind, schon jetzt wenigstens der von der Majorität der Militärkommission vorgeschlagenen Erhöhung von etwa 50 000 Mann zuzustimmen.

Die Ernennung des Herrn von Prokesch fährt fort, die Gemüter meiner Kollegen lebhaft zu beschäftigen. Ich war in einiger Verlegenheit, welche Physiognomie ich gegenüber den, mich von allen Seiten bestürmenden Anfragen, ob diese Ernennung im Einverständnis mit Berlin geschehen sei und wie man dort davon denke, annehmen sollte. Das Beste schien mir indessen doch zu erklären, daß ich zwar offiziell nichts darüber wisse, aber nicht zweifle, daß diese Ernennung für das K. Kabinett unerwartet und unwillkommen[1]) sein müsse. Ich lege zwar der Herkunft des Herrn von Prokesch nach meiner persönlichen Auffassung kein sehr großes Gewicht bei, neige mich im Gegenteil zu der Annahme, daß sie mir zwar das Leben etwas schwer machen, unserer politischen Stellung aber Vorteil bringen werde. Indessen glaube ich doch es für politisch richtig halten zu dürfen, wenn von unsrer Seite ein starkes Verletztsein über diesen Schritt der Kaiserlichen Regierung zur Schau getragen und jeder Anschein vermieden wird, als könne von uns gesagt werden: volenti non fit injuria. Mir scheint in diesem Falle der Grundsatz anwendbar, nach welchem jemand, der auf den Fuß getreten wird, wohl tut, seine Verletzung zu übertreiben und laut zu klagen, damit man künftig behutsamer verfährt. Wir dürfen erwarten, daß uns in den Augen unserer Verbündeten die Ernennung von Prokesch als etwas angerechnet wird, was Österreich uns gegenüber wieder gut zu machen habe, und daß man bei etwaigen Streitigkeiten mit Österreich von Hause aus geneigt sein werde, die Schuld der unrichtigen Wahl des Präsidialgesandten beizumessen. Die Motive dieser Wahl, die mir bisher noch den Eindruck eines groben politischen Fehlers von seiten Österreichs macht, kann ich mir noch nicht vollständig erklären; doch denke ich mir, daß es einesteils dem Wiener Kabinett wirklich an Diplomaten fehlt, welche mit den deutschen Verhältnissen vertraut sind, und daß man anderenteils den Klagen des Herrn von Prokesch über nicht gehaltene Versprechungen und undankbare Behandlung nachgegeben hat, in der Ueberzeugung, daß unsere Empfindlichkeit von der Zeit werde geheilt werden, wenn die Ernennung einmal ein fait accompli sei. Will man aber wirklich die früheren Feldzugspläne des Fürsten Schwarzenberg gegen uns beim Bunde wieder aufnehmen, vielleicht gar die Zollfrage hier in Angriff nehmen, und hat

[1]) Die Worte „und unwillkommen" fehlen bei Poschinger.

deshalb diesen in den Streitigkeiten mit Preußen vorzugsweise kundigen und routinierten Vertreter gewählt, so glaube ich, daß man dennoch einen Fehlgriff in der Person getan hat, weil Herr von Prokesch nicht der geeignete Mann ist, Österreich die bisherigen Bundesgenossen zu bewahren und unter den letztern selbst den Frieden zu erhalten. Ich glaube, daß bei den unbestimmten und meist auf Herkommen beruhenden Formen des hiesigen Geschäftsverkehrs persönliche Konflikte des neuen Präsidialgesandten mit seinen Kollegen nicht ausbleiben werden. Ich werde mich bemühen, wenigstens nicht der erste zu sein, mit dem etwas der Art vorkommt.

Ich bin bisher ganz ohne Kenntnis von dem mutmaßlichen Zeitpunkt der Herkunft des Herrn von Prokesch. Sollte dieselbe stattfinden, bevor ich dem Herrn von Tallenay das übliche Galadiner namens des Präsidiums habe geben können, so wird letzteres mutmaßlich ausfallen, da die Funktion des Präsidialgesandten inzwischen auf Herrn von Prokesch übergegangen sein würde. Meine Absicht ist, in diesem Falle in der Eigenschaft als preußischer Gesandter dem neu akkreditierten Vertreter Frankreichs ein offizielles Diner zu geben, welches alsdann aber nicht in Uniform stattfinden würde. Einfacher bleibt das Verhältnis, wenn Herr von Prokesch erst nachher hier eintrifft. . . .

Von unsern Kammerzuständen weiß ich weiter nichts, als was ich aus den verschiedenen Zeitungen teils in, teils zwischen den Zeilen habe entnehmen können. Ich kann nicht sagen, daß mir dies Aussicht auf eine lange Dauer der jetzigen Kammern gibt, da ich nach wie vor der Ueberzeugung bin, daß eine Verständigung mit der katholischen Partei für die Regierung unmöglich sein wird . . . Genehmigen usw. . . .

296. Bericht vom 13. Januar 1853 an Minister v. Manteuffel, betr. Einführung des dänischen Kommandos beim holsteinschen Bundeskontingente. Frage der Berechtigung Dänemarks zu der Maßregel. Vorschläge zu deren weiterer Behandlung im deutschen Interesse. Unterstützung Dänemarks durch Österreich. — Vgl. Poschinger, Neue Berichte S. 50 ff.

297. Bericht vom 14. Januar 1853 an König Friedrich Wilhelm IV., betr. die französische Kaiserfrage. — Vgl. Poschinger I Nr. 136.

298. Privatschreiben an Minister v. Manteuffel.

[Eigenhändig.]

15. Januar 1853.

E. E. sage ich meinen g. Dank für die gen. Mittheilung des Berichtes des Herrn von Bockelberg vom 3. und erlaube mir zu demselben zu bemerken, daß, ungeachtet der befriedigenden Aussprache des Ministers von der Pfordten, in München doch eine Mißstimmung wegen des Ganges der Verhandlungen über die Anerkennung Napoleons herrschen muß, die sich aber mehr gegen Östreich als gegen uns richtet, indem man annimmt, daß wir von Hause aus eine Mitbetheiligung der deutschen Staaten an den Frankreich zu gebenden Erklärungen gewollt haben, davon aber durch den Einfluß Östreichs abgehalten worden sind. Herr von Schrenk hat mir das in vertraulichem Gespräch unumwunden mitgetheilt und sich mit Bitterkeit darüber geäußert, daß seine Regirung

natürlich empfindlich werden müsse, wenn man ihr zumuthe, „sich stets ohne Weitres den, ohne Erklärung über die Gründe, wechselnden Vorschriften der Großmächte zu unterwerfen". Auf meine Bemühungen, ihn zu beruhigen, erwiderte er, daß Östreich durch sein Verlangen, die übrigen Bundesstaaten von den Schritten der Großmächte auszuschließen, die ganze Sachlage „verdorben" habe.

Der niederländische Gesandte ist ebenfalls nachträglich angewiesen worden, dem Beschluß vom 3. c. zuzustimmen, so daß Baiern, Würtemberg und Dänemark als dissentirend übrig bleiben. Herr von Reinhard soll sich besonders bemüht haben, den bairischen Gesandten aufzustacheln, der sonst am Tage vor der Sitzung persönlich geneigt war, zuzustimmen. Ueberhaupt ist Herr von Schrenk, bis auf ein sehr reizbares bairisches Nationalgefühl, ein wohlgesinnter und ziemlich aufrichtiger College.

Die Creditive des Herrn von Tallenay werde ich am Montag früh entgegennehmen; die Abschrift habe ich in Händen; der Text enthält nichts Auffälliges, die Ziffer III [1]) kommt nicht darin vor. Tallenay wird darin gelobt wegen seines esprit de prudence et de conciliation et son dévouement à notre personne, welches letztre mir etwas zweifelhaft ist. Er wird ferner M. le Marquis de T. darin genannt, während er, wie ich höre, eigentlich M. Marquis heißt und den Namen de Tallenay von seinem Geburtsort, wie Hoffmann „von Fallersleben", angenommen hat. So sagt mir Herr von Scherf. Am Donnerstag werde ich die Creditive in der Sitzung vorlegen und an demselben Tage das offizielle Diner geben. Kommt Prokesch noch vorher, so muß er als „Fremder von Distinction" dabei figuriren, oder das Diner selbst geben. Übermorgen habe ich einen großen Ball bei mir. Die Beileidbezeugungen von Seiten meiner Collegen wegen der Ernennung von Prokesch dauern fort, besonders scheinen die Russen auch sehr unzufrieden damit zu sein. Übrigens ist bei der östreich. Gesandschaft noch keine Notiz über seine Ernennung oder die Zeit seiner Herkunft eingegangen, auch noch keine Anstalten im Taxischen Palais getroffen, wie mir Herr v. Brenner sagt. Nach Privatbriefen, die Frau von Brints aus Wien hat, soll Herr von Prokesch indessen Ende der nächsten Woche, am 22. oder 23., hier eintreffen. Die Postamtszeitung ist angewiesen, bis dahin noch mehre Artikel zu seinem Ruhme zu geben, und versetzt mir dabei den Seitenhieb, daß ich niemals mehr als Auscultator und Rittergutsbesitzer gewesen sei, worin ich, abgesehn von dem gänzlichen Ignoriren der schönen Zeit meines Referendariats, keine Schande zu erblicken vermag. Zietelmann war aber voll sittlicher Entrüstung über diese Hindeutung auf die ruhmlose Vergangenheit seines Missionschefs. Mit der Bitte mich und die Meinigen Ihrer Frau Gemalin ehrerbietigst zu empfehlen, bin ich in unwandelbarer Anhänglichkeit . . .

299. Schreiben vom 18. Januar 1853 an den Gesandten in Paris, Grafen Hatzfeldt, betr. Empfehlung der Prinzen Friedrich und Christian von Augustenburg. — Vgl. Poschinger, Neue Berichte S. 55.

300. Bericht vom 19. Januar 1853 an Minister v. Manteuffel, betr. die Entwerfung eines allgemeinen Bundesheeresverpflegungsreglements. Ursachen des bisherigen Nichtzustandekommens eines solchen. Interesse Preußens bei der Sache. — Vgl. Poschinger, Neue Berichte S. 56 ff.

[1]) D. h. beim Namen Napoleon.

301. Schreiben an Minister v. Manteuffel.

[Ausfertigung.]

21. Januar 1853.

E. E. beehre ich mich über den schließlichen Verlauf der Anerkennung des Kaisers Napoleon Nachstehendes g. zu melden:

Nachdem mir Herr von Tallenay eine copie figurée seines Kreditivs am 14. d. M. überreicht und ich auf seinen Wunsch ihm den Zeitpunkt genannt hatte, an welchem ich bereit sein würde, das Original entgegenzunehmen, fand sich derselbe am Montag den 17., begleitet von dem Personal der französischen Gesandtschaft, in Uniform bei mir ein, wo ich ihn mit dem Bundeskanzleidirektor und dem Legationsrat Wentzel erwartete, und übergab mir unter einigen, der Veranlassung entsprechenden und von mir in ähnlicher Weise erwiderten amtlichen Anreden das Schreiben seines Souveräns, durch welches er von neuem zum außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister beim Deutschen Bunde ernannt wird. Letzteres habe ich demnächst dem herkömmlichen Gebrauch gemäß in der gestrigen Sitzung nach Verlesung der Abschrift geöffnet und der Bundesversammlung vorgelegt. Dieselbe hat darauf den Beschluß gefaßt, Herrn von Tallenay als Gesandten des Kaisers der Franzosen anzuerkennen, und habe ich ihm unmittelbar nach der Sitzung seinen Besuch amtlich erwidert und die betreffende, inzwischen ausgefertigte Erklärung der Bundesversammlung eingehändigt.

Ich habe von dieser Gelegenheit Veranlassung genommen, die früher und namentlich im Jahre 1835 von unserer Seite geführten Verhandlungen über die dem Präsidialgesandten in französischer Sprache zu gebende Titulatur genauer durchzugehen. Es sind von meinen Vorgängern wiederholentlich Schritte geschehen, welche dahin zielten, daß die Bezeichnung „Président de la diète“ in den Mitteilungen auswärtiger Gesandten vermieden und statt deren in richtiger Übersetzung des deutschen Sprachgebrauchs die Bezeichnung: „le Ministre de — président la diète“ angewandt werde. Durch das K. Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten haben in dieser Beziehung wiederholte Verwendungen, namentlich bei dem von St. Petersburg, mit abwechselndem Erfolge stattgefunden, und ist der diesseitigen Gesandtschaft die Weisung erteilt, darauf zu achten, daß in amtlichen Schriftstücken des Bundes der Ausdruck: „Präsident der Bundesversammlung“ oder „Président de la diète“ nicht passiere, indem mit dem Ausdruck „Président“ der Begriff eines Vorgesetzten des Kollegiums verbunden werden könne, welche Eigenschaft nach dem Sinne der Bundesakte dem lediglich mit den Funktionen der Geschäftsleitung betrauten Präsidialgesandten nicht habe beigelegt werden sollen. Ich habe indes aus den Präsidialakten ersehen können, daß in den letzten Jahren und auch schon vor 1848 die fremden Gesandten sich ohne Ausnahme des Titels „le Président de la diète“ bedient haben, und konnte, wenn dies auch in den jetzigen Verhandlungen mit Herrn von Tallenay geschehen ist, um so weniger Einspruch dagegen erheben, als ein Bundesbeschluß vom 12. Juni 1817 (34. Sitzung § 227) existiert, in welchem es ausdrücklich heißt: „Die Bekanntmachungsschreiben werden unter der Unterschrift und Ausfertigung: Der Deutsche Bund und in dessen Namen der Kaiserlich Österreichische präsidierende Gesandte der Bundesversammlung, in der französischen Übersetzung aber: la Confédération germanique et en son nom le ministre d'Autriche Président de la diète erlassen.“

Das Protokoll der Sitzung vom 3. d. M. ist noch immer nicht vollzogen; ich habe dasselbe noch für einige Zeit reponiert, nachdem mir durch Herrn von Brenner eine Mit-

teilung des Grafen Buol zugegangen ist, nach welcher letzterer nochmals den Versuch gemacht hat, die Kabinette von München und Stuttgart dahin zu disponieren, daß sie jede Sondererklärung zu dem gedachten Protokolle fallen lassen. Herr von Schrenck, mit dem ich vertraulich über diesen Gegenstand gesprochen, sagt mir: Er halte es nicht für unmöglich, daß seine Regierung auf derartige Wünsche eingehe, nachdem sie ihren „Zweck" erreicht habe. Dieser Zweck sei lediglich gewesen, den Großmächten den Beweis zu liefern, daß Bayern, obschon es sich keineswegs in den Rang der Großmächte eindrängen wolle, doch glaube verlangen zu können, daß da, wo man seine Mitwirkung wünsche, dieselbe rechtzeitig und unter Darlegung der zur Beurteilung der Sache nötigen Verhältnisse nachgesucht werde. Bayern könne sich nicht gefallen lassen, daß man es mit den kleinsten deutschen Staaten auf gleicher Linie behandle und ihm zumute, daß es seine Gesandten lediglich dahin instruiere, zu stimmen, wie Preußen und Österreich stimmen würden.

Gestern fand bei mir ein offizielles Diner statt, welchem sämtliche Bundestagsgesandten, die höheren Beamten des Bundes und die bei letzterem akkreditierten Gesandten und Geschäftsträger in Uniform beiwohnten; von den hier bei der Stadt akkreditierten Diplomaten hatte ich aus Rücksicht auf meine Eigenschaft als substituierter Gesandter für Österreich den Freiherrn von Menßhengen eingeladen. Ein Toast findet bei Diners dieser Art herkömmlich nicht statt und unterblieb daher auch gestern.

Während des Diners kam die telegraphische Nachricht von den Gerüchten über die Vermählung des Kaisers mit der Gräfin Montijo hier an. Aus der Art, wie Herr von Tallenay dieselbe aufnahm und als willkommen schilderte, darf ich schließen, daß er ein solches Ereignis wenigstens nicht für unmöglich hält . .

*302. Nachschrift zu einem Schreiben an Minister v. Manteuffel.

[Eigenhändig.]

[21. Januar 1853?].

P. Sc. Die Rothschilds scheinen etwas empfindlich über die Andeutung, die ich ihnen gemacht habe, daß E. E. nicht abgeneigt gewesen seien, ihnen eine Auszeichnung zuzuwenden, daß aber der Finanzminister über das Verhalten des Hauses in jüngster Zeit bei Sr. Majestät geklagt habe. Sie behaupten nicht zu wissen, welchen Grund das haben könne.

Kaufmännische Nachrichten behaupten, daß man in Frankreich still und anhaltend Rüstungen vorbereite und daß in 4 Wochen nach erhaltenem Befehl 300 000 Mann den Rhein mit allen Kriegserfordernissen bei Straßburg überschreiten könnten. relata refero.

Die Abschrift der Correspondenzen über die Ernennung des Herrn von Prokesch habe ich gestern mit Dank erhalten. Graf Buol kann wenigstens nicht sagen, daß E. E. nicht vollkommen deutlich sich ausgesprochen hätten. Prokesch wird gewiß bemüht sein, so lange es ihm gelingt, sein unliebenswürdiges Naturell zu zügeln, den Beweis zu liefern, wie sehr man ihn verkannt hat. Den großen Vortheil hat sein Herkommen für uns, daß fast alle Regirungen seine Ernennung für einen Fehler und für eine Unfreundlichkeit gegen uns ansehn und bei vorkommendem Zwist geneigt sein werden, ihm die Schuld beizumessen.

Ich bitte mich Ihrer Frau Gemalin g. zu empfehlen und meiner treuſten Anhänglichkeit verſichert zu ſein . . .

Wenn es gegründet iſt, daß, wie die Zeitungen behaupten, für Juden eine beſondre Form des Rothen Adlerordens creirt werden ſoll, ſo werden alle einigermaßen emancipirte Juden, und ſolche ſind die Rothſchilds mit Ausnahme des ganz alten Amſchel, die Neigung verlieren, ſich mit dieſer Decoration, als Stempel des Judenthums, zu ſchmücken.

303. Schreiben vom 24. Januar 1853 an den Referenten der Zentralſtelle für Preßangelegenheiten, Dr. Quehl. Wunſch, ſeitens der Zentralpreßſtelle über Vorgänge in der inneren Politik näher unterrichtet zu werden. — Vgl. Poſchinger I Nr. 137.

304. Bericht vom 26. Januar 1853 an Miniſter v. Manteuffel, betr. den Antrag auf Vornahme einer Inſpektion der Bundeskontingente. — Vgl. Poſchinger, Neue Berichte S. 59.

*305. Privatſchreiben an Miniſter v. Manteuffel.

[Ausfertigung.]

27. Januar 1853.[1])

E. E. habe ich zwar nichts von Erheblichkeit für heut zu melden, zumal in der eben ſtattgehabten Bundestagsſitzung nur Gegenſtände von untergeordneter Wichtigkeit verhandelt worden ſind, indeſſen gibt mir das Aufſehen, welches unter meinen Kollegen durch die beiden heftigen Leitartikel der Kreuzzeitung[2]) über die franzöſiſche Heirat hervorgerufen wird, Veranlaſſung zu einigen g. Bemerkungen. Ich ſtehe zwar der augenblicklichen Lage unſerer franzöſiſchen Politik zu fern, um ein Urteil darüber zu haben, welche Auffaſſung die Heirat des franzöſiſchen Kaiſers bei uns zu finden hat, indes wird n. m. u. A. die Bedeutung der Sache für das Ausland von der Kreuzzeitung überſchätzt, und jedenfalls kann die verletzende Schreibart, in welcher ſie von der Kreuzzeitung beſprochen wird, für unſere Politik, welche Haltung ſie auch dem Ereignis gegenüber annehmen mag, von keinem Nutzen ſein und nur dazu führen, Frankreich und perſönlich deſſen Regenten zu ärgern, wodurch für niemand etwas gewonnen wird. Wennſchon es allgemein bekannt iſt, daß die Zeitung nicht das Organ der Regierung iſt, ſo nimmt man doch im Auslande auch in urteilsfähigen Kreiſen an, daß die Kreuzzeitung vom Hofe influenziert werde, und ſo unrichtig dieſe Anſicht auch ſein mag, ſo bleibt es doch wahr, daß die Neue Preußiſche Zeitung das faſt ausſchließliche Blatt eines zahl- und einflußreichen Teils der Bevölkerung iſt, und wer nicht näher in die Verhältniſſe eingeweiht iſt, nimmt nur zu leicht jedes Wort der Zeitung als den Ausdruck dieſer Partei hin, eine Illuſion, die den eingangs gedachten Artikeln in den Augen Fremder eine größere Bedeutung verleiht, als ihnen[3]) innewohnt. E. E. wiſſen, daß ich mit dem Redakteur ſeit lange und nahe befreundet bin, und es könnte deshalb als das einfachſte erſcheinen,

[1]) Das Schreiben iſt nicht eigenhändig, wie es bei Poſchinger IV S. 139 Anm. 2 heißt, ſondern von der Hand des Grafen Theodor Stolberg.
[2]) In den Nummern vom 25. und 26. Januar 1853. Auszug bei Poſchinger IV S. 139 Anm. 2.
[3]) Vorlage: ihm.

wenn ich mich an diesen direkt wendete, um den Fehler, den er m. E. gemacht hat, zu redressieren; indessen würde es bei Wagener von keinem Erfolg sein, wenn ich ihn ohne weiteres auffordern wollte, in einem andern Sinne zu schreiben; ihm aber zu beweisen, daß meine Auffassung richtiger sei als seine und seine Einwendungen zu widerlegen, dazu würde mündlicher Verkehr nötig sein. Unter diesen Umständen möchte ich E. E. g. anheimstellen, teils durch den General v. Gerlach in gütlichem Wege auf Wagener dahin wirken zu lassen, daß er bei Behandlung der auswärtigen Verhältnisse weniger Bitterkeit in seine Worte legt, teils aber durch die Zentralstelle anordnen zu wollen, daß in solchen Blättern, deren Verbindung mit der Regierung bekannt ist, wenn auch nicht Billigungen, doch mildere Beurteilungen der persönlichen Handlungen des Kaisers Napoleon Platz finden, ohne daß dieselben einen polemischen Charakter gegen die Kreuzzeitung annehmen, indem ein solcher zu einem unersprießlichen Journalstreit führen würde und ich, ganz abgesehen von meinem persönlichen Verhältnis zu Wagener und zu der Partei der Kreuzzeitung, lediglich aus Gründen der politischen Zweckmäßigkeit es lebhaft beklagen würde, wenn diese augenblicklich ruhenden Zeitungsstreitigkeiten neue Nahrung erhielten.

. . (Poststunde nötigt zum Abbruch) . .

306. Privatschreiben an Minister v. Manteuffel.

[Ausfertigung.]

28. Januar 1853.

E. E. wollen mir gen. gestatten, im Verfolg meines gestrigen flüchtigen Schreibens nochmals auf die Frage der französischen Heirat und deren Behandlung in unsern Zeitungen zurückzukommen. Ich bin gewiß soweit, wie irgend jemand, davon entfernt, Sympathien für ein französisches Bündnis zu hegen, aber es scheint mir im Interesse unsrer politischen Stellung zu liegen, daß bei uns alle Kundgebungen, welche einer Provokation ähnlich sehen, vermieden werden, und daß wir uns von unsern östlichen Bundesgenossen einigermaßen unabhängig erhalten. Letzteres hört auf, sobald wir die Freiheit der Stellung, welche unser erhabenes Regentenhaus in früheren Zeiten so erfolgreich zur Ausdehnung seiner Macht benutzt hat, dadurch alterieren, daß wir unsrer Gegnerschaft gegen Frankreich öffentlich einen Stempel der Unwiderruflichkeit aufdrücken. Die Politik unsrer Nachbarn, und namentlich Österreichs, hat zu wenig von der hochherzigen Auffassung unsres Allergn. Herrn, um nicht unsre Lage zu mißbrauchen, wenn wir einmal soweit gekommen sind, daß selbst die Drohung einer Anlehnung an Frankreich jeden Schein von Glaubwürdigkeit verloren hat und daß man sicher ist, daß der Hauptanfall Frankreichs in einem Kriege uns, nicht nur vermöge unsrer geographischen Lage, sondern auch vermöge der speziellen und provozierten Erbitterung der Machthaber Frankreichs, treffen werde. In diesem Falle sind wir diejenigen, welche Österreichs und Rußlands Bündnis suchen und erkaufen müssen, während es Sache jener ist, unsern Beistand zu erwerben und durch freundliches Benehmen zu erhalten, so lange wir die Schiffe nach der andern Seite hin wenigstens nicht verbrannt und diese Tatsache öffentlich konstatiert haben. Ich bin überzeugt, daß es ein großes Unglück für Preußen wäre, wenn seine Regierung ein Bündnis mit Frankreich einginge; aber die Möglichkeit, unter Umständen dieses Übel als das kleinere von zweien zu wählen, dürfen wir uns m. E. in den Augen unserer Bundesgenossen nicht abschneiden, wenn wir auch niemals Gebrauch davon machen. Ich habe heut an den General von Ger-

lach geschrieben[1]) und ihn gebeten, durch seinen Bruder dahin zu wirken, daß die Kreuzzeitung in Besprechung der auswärtigen Verhältnisse einen diplomatischeren Ton annimmt. Es ist dieser Weg der gütlichen Einwirkung der einzig ratsame, indem amtliche Schritte gegenüber der Zeitung die Regierung, wie ich glaube, in eine falsche oder doch leicht zu mißdeutende Stellung bringen würden, wenn sie im Interesse Frankreichs und, wie man glauben würde, auf Verlangen desselben gegen ein patriotisches Blatt vorginge. Eine polemische Behandlung der Sache durch Vermittlung der Zentralpreßstelle würde, wie ich fürchte, nur zu heftigern Erwiderungen führen, welche dann wiederum unbequeme Einschreitungen nötig machen und den Nutzen der Kreuzzeitung für die Regierung nach andern Richtungen hin schmälern würden. Verzeihen E. E., daß ich unberufen vorstehende Ansichten über einen außerhalb meines Geschäftskreises liegenden Gegenstand Ihrem höhern Ermessen unterbreite. . . .

307. Bericht vom 28. Januar 1853 an Minister v. Manteuffel, betr. den Zinsfuß für die bei dem Bankhause von Rothschild angelegten Bundesgelder. — Vgl. Poschinger I Nr. 138.

308. Privatschreiben vom 29. Januar 1853 an den Grafen Thun, betr. dessen Abberufung von Frankfurt a. M. — Vgl. Poschinger I Nr. 139.

309. Bericht vom 2. Februar 1853 an Minister v. Manteuffel, betr. die Verhandlungen mit dem Herzog von Augustenburg. — Vgl. Poschinger I Nr. 140.

310. Privatschreiben an Minister v. Manteuffel.

[Ausfertigung.]

2. Februar 1853.

Bei dem gestrigen Besuche des Herrn von Prokesch und der Tags darauf erfolgten Erwiderung desselben habe Herr von Prokesch sich ihm (Bismarck) gegenüber über die verschiedensten Gegenstände, wenn auch über keinen ganz deutlich ausgesprochen.

Der Hauptgedanke seiner Äußerungen war dabei stets der der Einigkeit Preußens und Österreichs, deren Notwendigkeit er noch mehr aus den französischen Verhältnissen als aus den deutschen motivierte. Er wiederholte mehrmals, und führte dafür die Autorität des Fürsten Metternich an, daß die Zukunft Europas zu keiner Zeit so drohend gewesen sei als jetzt, und deutete die Befürchtung an, daß man in Berlin die Lage der Dinge nicht für so ernst halte, als sie sei. Er glaubte, der Kaiser der Franzosen werde sich entweder nicht halten, und dann seien die Roten die einzige auf seinen Abgang vorbereitete und konsolidierte Partei, oder seine Stellung werde sich befestigen, und dann werde der Kaiser Napoleon, wie er ihn nach persönlicher Kenntnis beurteile, übermütig werden, und die neue Kaiserin würde dessen Übermut eher steigern, als zügeln. S. M. der Kaiser von Österreich sei auf alle Eventualitäten um so mehr gerüstet, als die Verwirrungen im Orient, von Frankreich wohlbedachter Weise herbeigeführt, die Möglich-

[1]) Vgl. Bismarcks Briefe an den General Leopold v. Gerlach (Kohlsche Ausgabe) S. 55 f. Der Brief ist dort vom 27. 1. datiert.

keit eines Konfliktes der europäischen Mächte unter sich in besorglicher Weise nahe rückten; wenn aber Deutschland für die gemeinsame Sicherheit gar nichts tue, vielmehr seine Armeen auf dem bisherigen geringen Fuß, und die halbvollendeten Festungen ohne Tore lasse, so komme der Kaiser, sein Herr, in die Lage, auch seinerseits für Deutschland weniger tun zu können, als er wünsche.

Die Zollfrage nannte Herr von Prokesch eine alberne und untergeordnete, welche gar nicht die Wichtigkeit hätte gewinnen müssen, die man ihr beigelegt hat.

Die Seltenheit der Pausen in dem Vortrage meines Kollegen erlaubte mir nicht, die von ihm angeregten Gegenstände auch meinerseits durch Erwiderungen auf seine Aussprüche zu beleuchten. Er beklagte ferner die Opposition Bayerns in der ersten diesjährigen Sitzung bei der französischen Anerkennungsfrage mit der Bemerkung, daß dergleichen Velleitäten der kleinern deutschen Staaten gar nicht vorkommen könnten, wenn Preußen und Österreich stets geschlossen Hand in Hand gingen. *Im allgemeinen ist Herr von Prokesch bemüht, durch verbindliche Zuvorkommenheit den üblen Vorurteilen, die gegen ihn bestehen könnten, bei allen und insbesondere bei mir entgegenzuwirken, und er hat die Bedenken vieler meiner Kollegen über die Frage, ob sie ihm den ersten Besuch machen oder den seinigen erwarten sollten, dadurch abgeschnitten, daß er ihnen zur Ausführung einer derartigen bassesse keine Zeit ließ, sondern sie gleich gestern morgen sämtlich besuchte. Ich hoffe, er wird dasselbe bei den stimmführenden Militärbevollmächtigten tun, wenigstens habe ich gegen Graf Waldersee auf dessen Anfrage meine Ansicht dahin ausgesprochen, daß er den Besuch des Herrn von Prokesch erwarten kann, da auch der österreichische Militärbevollmächtigte von mir bei Antritt meiner jetzigen Stellung die erste Visite erhalten habe.

Aus einem Briefe des Grafen Münster an Herrn von Canitz habe ich entnommen, daß Oesterreich in Petersburg die Ernennung des Herrn von Prokesch so dargestellt hat, als sei sie im vollsten Einklange mit den Wünschen Preußens erfolgt und als ob die Ernennung eines mit der preußischen Politik so vertrauten und von S. M. dem Könige mit entschiedenem Wohlwollen beehrten Diplomaten eine besondere Rücksichtnahme auf Preußen involviere.

Frau von Prokesch verläßt Frankfurt schon morgen wieder, um für die Einrichtung der hiesigen Wohnung Sorge zu tragen.

Genehmigen ꝛc.*

311. Privatschreiben an Minister v. Manteuffel.

[Ausfertigung.]

2. Februar 1853.[1])

. . . Graf Waldersee hat mir Mitteilung von dem h. Reskript gemacht, welches unter dem 28. v. M. in betreff einiger Diskussionen im Schoße der Militärkommission an ihn ergangen sei.[2]) Aus dem Bericht des K. Militärbevollmächtigten werden E. E. schon gen. entnommen haben, daß die Auffassung, nach welcher die nicht stimmführenden Divisionsabgeordneten zur Teilnahme selbst an mündlichen Diskussionen nicht berechtigt sind, in der Tat die richtige zu sein scheint und bisher und namentlich noch auf Anstehen des K. würt-

[1]) Nicht eigenhändig, wie Poschinger I Nr. 142 angibt, sondern von der Hand Stolbergs.
[2]) Vorlage: sind.

tembergischen Bevollmächtigten General von Faber ausdrücklich durchgeführt und aufrechterhalten worden ist. Daß letzteres auch ferner geschehe, liegt unzweifelhaft im Interesse der K. Regierung, indem die Mitwirkung der Vertreter des 8. und 9. und der dänischen Brigade des 10. Armeekorps bei den Verhandlungen der Militärkommission bisher erfahrungsmäßig stets gegen uns in die Wagschale fällt. Ich erlaube mir deshalb E. E. g. g. zu bitten, den Grafen Waldersee zu fester Durchführung der von ihm geltend gemachten und früher in unbestrittener[3]) Geltung bestandenen Auffassung gen. anzuweisen.

Der Gr. badische Oberst von Krieg war früher Flügeladjutant des Großherzogs und wird E. E. ohne Zweifel aus Berichten der K. Gesandtschaft in Karlsruhe als ein leidenschaftlicher Gegner Preußens bekannt sein. Seine Entfernung von der Person des Großherzogs behufs der Verwendung in seiner jetzigen Stellung wurde damals als eine Art von Exil für ihn und als ein revirement zugunsten Preußens in der badischen Hofsphäre betrachtet. Der Oberst von Krieg sowohl als der sächsische Oberstleutnant von Spiegel, welcher der am stärksten antipreußischen Koterie seines Vaterlandes angehört, sind beide Männer, welche sich, sobald ihre Instruktionen g e g e n preußische Ansichten lauten, nicht darauf beschränken, dieselben auszuführen, sondern gern aus eigenem Antriebe noch dazu tun, was für uns unbequem sein kann. Ich stelle deshalb E. E. g. anheim, ob Hochdieselben nicht von den Ihnen über die Vorgänge in der Militärkommission zugegangenen diplomatischen Mitteilungen Veranlaß nehmen wollen, auf vertraulichem Wege bei den Kabinetten von Dresden und Karlsruhe dahin zu wirken, daß die Herren v. Spiegel und v. Krieg darüber rektifiziert werden, daß ihre prinzipielle und mit wenig Mäßigung zutage tretende Abneigung gegen Preußen und dessen Politik den Interessen ihrer eigenen Regierungen auf die Dauer nicht förderlich sein kann. Der K. bayerische Militärbevollmächtigte v. Xylander gehört zwar auch zu den regelmäßigen Gegnern alles dessen, was von unserer Seite in der Militärkommission zutage tritt, indessen stammt seine Opposition mehr aus persönlicher Pedanterie und Rechthaberei als aus politischer Leidenschaft. Genehmigen ꝛc.

[Nachschrift.]

Der bisherige Bundeskanzleidirektor Baron v. Brenner sieht, wie ich von einer Dame, die ihm nahe steht, erfahre, seiner baldigen Abberufung von hier entgegen. Vielleicht bietet diese Gelegenheit, die Anstellung eines wirklichen Bundesbeamten statt des bisherigen österreichischen in Anregung zu bringen.

*312. Schreiben an den Prinzen von Preußen.

[Eigenhändig.]

2. Februar 1853.

. . . Erlauben mir E. K. H., meinen unterthänigsten Dank für das gnädige Handschreiben[1]) zu sagen, durch welches Höchstdieselben meine Freude über die beiden von Seiten Sr. M. des Königs mir zu Theil gewordenen Auszeichnungen[2]) erhöht haben, deren rasches Aufeinanderfolgen mich als ein Beweis der besonderen Gnade meines Königs und Herrn beglückt.

---

[3]) Vorlage: unbeschrittener.

[1]) Abgedruckt: Anh. z. G. u. E. I S. 17.

[2]) Zu Weihnachten 1852 war B. der Rote Adler-Orden 4. Klasse und zum Krönungsfeste 1853 der Rote Adler-Orden 3. Klasse mit der Schleife verliehen worden.

Mein neuer Oestreichischer College ist gestern Abend hier eingetroffen, mit seiner Frau, die aber nur die Wohnung besichtigen und morgen wieder abreisen will. Er hat mir heut seinen Besuch gemacht und mir die erste Klasse der Eisernen Krone überbracht. Wie sehr hier mit der Zeit die falsche Stellung, welche man das Präsidium des Bundestages von Anfang an, und namentlich schon 1816 und 17 hat einnehmen lassen, sich in den Gemüthern festgesetzt hat, zeigte sich dadurch, daß unter meinen Collegen und von dem Belgischen und Französischen Gesandten ernstlich die Frage aufgeworfen wurde, ob man dem Herrn von Prokesch nach seiner Ankunft den ersten Besuch machen werde, ohne den seinigen zu erwarten. Ich habe den Herrn, die mir die Frage zur Entscheidung vorlegten, geantwortet, daß ich niemand abhalten könne ein[e] bassesse zu begehn, daß ich aber, wenn dergleichen vorkäme, Act davon nehmen, und mein dereinstiger Nachfolger, mit Rücksicht auf die bundesrechtlich feststehende Gleichheit des Ranges der Bundesgesandten, ebenfalls den ersten Besuch von jedem erwarten werde, der ihn dem Oestreichischen Gesandten mache. Herr von Prokesch ist indessen diesem Servilismus zuvorgekommen und hat gleich heut Morgen seine Besuche gemacht. Während ich das Präsidium führte, baten manche Gesandte, besonders der von Nassau, der zugleich S. H. den Herzog von Braunschweig vertritt, mich jedesmal um „Urlaub", wenn sie auf Einen Tag verreisen wollten. Man sieht daraus, wie diese Herren ihr Verhältniß zu dem Oestreichischen Präsidium aufgefaßt haben, und besonders dem Herrn von Dungern konnte ich garnicht begreiflich machen, daß er von niemand als von seiner Regirung Urlaub zu nehmen habe. Daß Herr von Manteuffel, wie ich aus den Erlassen nach Wien, die er mir abschriftlich schickte, ersehe, sich über Prokesch deutlich ausgesprochen hat, ist um so zweckmäßiger, weil man sonst von Wien aus in nicht zu langer Zeit sich das Ansehn geben würde, uns mit dieser Ernennung einen beso..dern Gefallen gethan zu haben. Schon hat man, nach einem Briefe von Graf Münster an Herrn von Canitz, dem Kaiserlich Russischen Hofe gegenüber versucht, der Sache diesen Anstrich zu geben.

Die Gerüchte über meine Versetzung[3]) von hier sind theils mit meinem Wissen verbreitet worden, um mit der Ernennung von Graf Bernstorf oder Herrn von Sydow zu drohn, theils stammen sie, wie man mir schreibt, von Herrn von Rochow her, der lebhaft wünscht, seinen Aufenthalt in Petersburg mit dem von Wien oder Frankfurt zu vertauschen. Ich selbst würde mein jetziges Domizil sehr ungern aufgeben, nachdem ich kaum festen Fuß gefaßt habe; ich glaube auch, daß bei Sr. M. dem Könige und im Ministerium die Absicht, mich hier abzuberufen, nicht vorwaltet. In Betreff der Heirath des neuen Kaisers ist es mir aufgefallen, daß alle Franzosen, und die gescheutesten am meisten, sehr niedergeschlagen darüber sind, ohne daß sie es wagen, ihre Gefühle offen auszusprechen. Für uns liegt in den jüngsten Vorgängen wenigstens der Vortheil, daß das Verhältniß gegenüber der Napoleonischen Dynastie klarer bleibt, als das zu Louis Philippe, und daß keine halben Sympathien unsre Wachsamkeit gegen die Wirkungen gefährlicher politischer Systeme werden bestechen können. In Wien scheint man, wie mir Herr v. Prokesch mittheilt, sehr schwarz in die Zukunft zu sehn und einen baldigen Bruch zu fürchten; mein neuer College klagte, daß man in Berlin nicht hinreichend von dem Ernste der jetzigen Lage Europas überzeugt zu sein scheine, indem namentlich die orientalischen Wirren den Ausbruch der Kriegsflamme sehr schnell herbeiführen könnten, da Frankreich bei den jetzigen Vorgängen in der Türkei die Hand im Spiele habe. Es ist möglich, daß uns der Krieg

[3]) Vgl. oben S. 277.

näher steht, als man in Berlin annimmt; denn kaufmännische Nachrichten hier am Ort sprechen von anhaltenden und heimlichen Vorbereitungen, um so schnell als möglich die ganze französische Armee über die Gränze werfen zu können. Indessen bleiben so grobe und undiplomatische Artikel, wie einige der letzten in der Kreuzzeitung, immer beklagenswerth. Sie geben zu Reclamationen des Französischen Gesandten Anlaß, durch welche die Regirung in die üble Lage kommt, entweder vom Auslande abhängig zu erscheinen, wenn sie auf dessen Verlangen Maßregeln gegen die Preußische Presse ergreift, oder sich für den Inhalt derartiger Artikel gewissermaßen mitverantwortlich zu machen, wenn sie das Einschreiten ablehnt. Ich würde zwar letztres immer vorziehen, aber es wäre m. E. sehr zu wünschen, daß wir uns nicht in erster Linie und vorzeitig zu einer so unwiderruflich und bitter feindseligen Stellung zu Frankreich drängen lassen, daß auch jeder Schein von Freiheit in der Wahl unsrer fernern Politik verloren geht. Es wäre gewiß ein großes Unglück, wenn die politischen Vorgänge, vermöge deren die deutschen Staaten zu Anfang dieses Jahrhunderts einzeln unterlagen, sich jetzt wiederholen sollten; aber wenn ich berufen wäre, eine Meinung über die Politik Preußens nach dieser Seite hin zu äußern, so würde sie dahin gehn, daß wir einen Mißbrauch unsrer Lage durch unsre östlichen Bundesgenossen nur dann vermeiden werden, wenn wir uns Frankreich gegenüber nicht muthwillig in die vorderste Reihe drängen, sondern uns so halten, daß Rußland und Oestreich um unsern Beistand gegen Frankreich fortdauernd zu werben haben und sich bemühn, uns bei guter Laune zu erhalten. Kommt es zum Kriege, so würde ich keinen Augenblick zweifelhaft sein, daß wir daran theilnehmen müssen, ohne zu zögern; das können wir aber auch ohne durch persönliche Ausfälle auf die Machthaber in Frankreich der Gefahr unsrer geographischen Lage noch die eines speziellen Hasses jener gegen Preußen hinzuzufügen.

Verzeihn E. Königl. Hoheit, daß ich mich durch Höchstdero gnädige Zuschrift zu einer so langen und unberufnen Expectoration verleiten lasse, und gestatten mir Höchstdieselben nur noch eine unterthänigste Bitte hinzuzufügen.

Der Pfarrer der hiesigen deutsch-reformirten Gemeinde, Consistorialrath Schrader, versieht seit längerer Zeit den evangelischen Theil des hiesigen Militär-Gottesdienstes mit einer Uneigennützigkeit, gegen welche das Sportuliren seiner katholischen Amtsbrüder unter ähnlichen Verhältnissen sehr unvortheilhaft absticht. Die Vermögenslage desselben ist von der Art, daß eine Gratification in Geld bei ihm kaum angebracht erscheint. Ich habe mich daher schon an den Militär-Oberprediger Thielen in Coblenz mit der Bitte gewandt, im dienstlichen Wege für den Consistorialrat Schrader eine Auszeichnung, etwa den Rothen Adler-Orden dritter Klasse zu beantragen. In der Hoffnung, daß E. K. H. diesem Antrage Höchst-Ihren Beifall schenken, wage ich es, E. K. H. gnädige Intercession für die Durchführung desselben unterthänigst nachzusuchen.

In geselliger Beziehung ist unser kurzer Carneval sehr lebhaft gewesen, und es stehn uns bis zum Schluß desselben noch vier Bälle bevor, heut bei dem Königlichen Consul von Bethmann, übermorgen bei Frau von Blittersdorf, am Montag bei Herrn von Dörnberg und am mardi gras zum Schluß bei mir. Meine Frau hatte sich mit der Hoffnung geschmeichelt, falls E. K. H. nach Berlin gingen und etwa über Frankfurt zurückkehrten, Höchstdenselben eine soirée in unserm Hause anbieten zu dürfen; da die Voraussetzung nicht in Erfüllung ging, so würde sie sich sehr glücklich schätzen, wenn sie Aussicht hätte, bei einer künftigen Anwesenheit E. K. H. ihre Hoffnung erfüllt zu sehn.

Noch erlaube ich mir unterthänigst darauf aufmerksam zu machen, daß zwischen Cöln und hier einen Tag um den andern ein Preußischer Schirrmeister fährt, der alle Depeschen, die Sicherheit erfordern, in meiner Kanzlei abliefert oder empfängt. Er geht morgen früh von hier ab und trifft übermorgen wieder hier ein und so fort und wird dieß Schreiben und ein mir für E. K. H. von Carlsruh zugegangnes mitnehmen. Wenn daher E. K. H. Briefe nach hier, Darmstadt oder Carlsruh durch ihn befördern wollten, so würden dieselben an das Ober-Postamt zu Cöln, mit dem Vermerk „durch Königlichen Schirrmeister nach Frankfurt a. M." zu senden sein und dann durch Preußische Hände bis zu mir gelangen. Von hier nach Carlsruh habe ich sichre Eisenbahngelegenheit.

Indem ich für meine Frau und mich E. K. H. um die Fortdauer der uns beiden bisher bewiesenen Gnade bitte, verharre ich . . .

313. Bericht vom 4. Februar 1853 an König Friedrich Wilhelm IV., betr. die Einführung des Freiherrn von Prokesch in die Bundesversammlung. — Vgl. Poschinger I Nr. 143. Zeile 6 des 2. Absatzes lies dort „Reichseinheit" statt „Rechtseinheit", Zeile 7 „vor" statt „von".

314. Schreiben vom 6. Februar 1853 an den Bundespräsidialgesandten Freiherrn v. Prokesch, betr. den Charakter des Besuchs der preußischen Offiziere bei Prokesch. — Vgl. Bismarckjahrbuch III 69 ff.

315. Bericht an Minister v. Manteuffel.

[Ausfertigung.]

7. Februar 1853.

. . . Wenn ältere Kollegen sich gegen mich vertraulich dahin geäußert haben, daß ein Wechsel in der Person des Präsidialgesandten, mit Ausnahme der im Jahre 1848 eingetretenen, noch niemals ohne den mehr oder weniger erfolgreichen Versuch einer Hebung und Ausdehnung der formellen und materiellen Stellung des Präsidiums vorübergegangen sei, so scheint diesmal der militärische Charakter des neuen Gesandten zu einer solchen führen zu sollen.

Herr von Prokesch trägt abweichend von seinen Berliner Gewohnheiten hier jederzeit, und auch im eigenen Hause, Militäruniform, und bei den mannigfachen geschäftlichen und geselligen Berührungen, in welche er zu Angehörigen aller deutschen Armeen kommt, wird es nicht schwer, seine hohe militärische Charge zugunsten des Ansehns des Präsidialgesandten auszubeuten.

Als eines[1]) Hilfsmittels bedient er sich außerdem der Fiktion einer gänzlichen Unbekanntschaft mit dem Herkommen und den Regeln der Bundesorganisation und rechtfertigt einen versuchsweise unternommenen Uebergriff, sobald er Widerspruch findet, mit dieser seiner angeblichen Unkenntnis.

[1]) Vorlage: seines; offenbar Hörfehler beim Diktat.

Unter diesen Umständen und in Betracht, daß das Maß der Bedeutung, welches ursprünglich dem Präsidium hat beigelegt werden sollen, von demjenigen, in dessen Besitz dasselbe sich heut befindet, weit übertroffen wird, und daß die allmählich gemachten Eroberungen fast jederzeit ihren Erfolg der erklärlichen Abneigung des preußischen und anderer Gesandten verdanken, anscheinende Kleinigkeiten in Personalfragen zum Gegenstand einer Erörterung zu machen, habe ich geglaubt, die Scheu, die auch mir vor derartigen Streitigkeiten in hohem Grade beiwohnt, überwinden zu sollen, und mich in dem abschriftlich g. beigefügten Privatschreiben gegen Herrn von Prokesch freundschaftlich, aber bestimmt gegen die Bestrebungen ausgesprochen, den rein militärischen Charakter des Besuchs der K. Offiziere bei ihm zu verwischen. Die darauf erhaltene Antwort des Herrn von Prokesch füge ich in Abschrift ebenfalls g. bei, indem ich mir zu derselben die Bemerkung erlaube, daß die Angabe, Herr von Prokesch habe um die von dem Generalmajor von Schmerling getanen dienstlichen Schritte nicht gewußt, unwahr ist. Ich hoffe, daß die Erfahrung, daß derartige Versuche, auch wenn sie, wie immer, unter den freundschaftlichsten Formen stattfinden, diesseits auf Widerstand stoßen, von ihrer Wiederholung abhalten werden; ich bin denselben in der Ueberzeugung entgegengetreten, daß E. E. hohe Billigung meinem Verfahren nicht entstehen[2]) werde, und bitte, wenn dies nicht der Fall sein sollte, um E. E. geneigte Nachsicht mit Rücksicht auf die Schwierigkeit der Verteidigung gegenüber einem seit bald 40 Jahren mit Konsequenz verfolgten System, welches nicht mit Schroffheit, aber nach dem Grundsatz, daß der Tropfen den Stein höhlt, zu erobern unablässig bemüht ist.

E. E. dürfen versichert sein, daß ich in meinen Gegenbemühungen stets die den Formen schuldige Rücksicht beobachten und die in dem Erlaß vom 1. d. M. ausgedrückten Intentionen S. M. des Königs unter allen Umständen zur Richtschnur nehmen werde.

316. Bericht vom 8. Februar 1853 an Minister v. Manteuffel, betr. die Verhandlungen mit dem Herzog von Augustenburg. — Vgl. Poschinger I Nr. 145.

317. Bericht vom 10. Februar 1853 an Minister v. Manteuffel, betr. Wahl eines neuen Mitgliedes der Militärkommission. Bedenken gegen die Wahl eines dänischen Offiziers. — Vgl. Poschinger, Neue Berichte S. 60 ff.

318. Bericht vom 10. Februar 1853 an Minister v. Manteuffel, betr. die Stärke und Zusammensetzung des Bundesheeres. — Vgl. Poschinger I Nr. 146. Dort hat P. Zeile v. u. vor „Drohung" eingeschaltet „indirekte".

319. Bericht vom 10. Februar 1853 an Minister v. Manteuffel, betr. die Stärke und Zusammensetzung des Bundesheeres. — Vgl. Poschinger I Nr. 147. Der Bericht ist nicht eigenhändig, wie Poschinger angibt, sondern von der Hand Zitelmanns.

[2]) Vgl. S. 8, Anm. 3.

320. Schreiben an Minister v. Manteuffel.

[Ausfertigung.]

12. Februar 1853.

*E. E. beehre ich mich aus einer Unterredung, die ich gestern abend mit Herrn v. Prokesch hatte, einige Bruchstücke mitzuteilen.

Derselbe scheint die Erledigung der prinzipiellen Meinungsverschiedenheiten, die sich der Tätigkeit des Bundes und namentlich der Ordnung des Bundeshaushaltes entgegenstellen, aktiver betreiben zu wollen, als sein Vorgänger. Er hat richtig erkannt, daß vor allen Dingen die Schlichtung der Streitigkeiten über das Beitragsverhältnis zur Flotte vorausgehen muß, ehe an eine förderliche Behandlung des Bundesfinanzwesens gegangen werden kann; ich habe mir in älteren Berichten erlaubt, die Ansicht geltend zu machen, daß nur auf dem Wege gütlicher Verständigung die Schwierigkeiten der Flottenfrage zu überwinden seien, und schwebte mir als Grundlage einer solchen Verständigung der Plan vor, daß Oesterreich, welches allerdings der Flotte gegenüber in einer anderen Lage ist, als die übrigen Bundesstaaten, mit einem Pauschquantum an den Passivis der deutschen Marine sich zu beteiligen habe, während die übrigen Bundesstaaten nach Maßgabe der Matrikel den an dem gesamten Flottenunternehmen sich ergebenden Verlust pro rata zu tragen haben würden. Herr v. Prokesch ging bei unserm gestrigen Gespräch, ehe ich meinerseits eine Ansicht über die Frage ausgesprochen hatte, zu unsern Gunsten noch weiter als vorstehend, indem er die Meinung aussprach, daß das in dem Konkursverfahren der Flotte sich ergebende Defizit als ein Bundesschaden von allen deutschen Regierungen matrikularmäßig zu tragen sei, eine Auffassung, der sich m. u. E. Preußen unbedenklich anschließen kann, sobald sie getrennt gehalten wird von der Frage, zu welcher Herr von Prokesch unmittelbar darauf überging, nämlich der Anlage des verschanzten Lagers bei Rastatt und dem Ausbau von Ulm. Die Errichtung des verschanzten Lagers für etwa 40 000 Mann, welche indessen nicht vorzugsweise aus dem 8. Armeekorps, sondern etwa zu ¾ aus zuverlässigen österreichischen Truppen zu bestehen hätten, schien ihm eine unerläßliche Vervollständigung unseres Verteidigungssystems, ohne welche es besser sei, die Festung Rastatt ganz zu schleifen, indem dieselbe mit einer Besatzung von 6000 Mann nur dazu dienen werde, diese sowie bedeutendes Kriegsmaterial in kürzester Frist dem Feinde, für den sie dann eine Operationsbasis bilde, zu überliefern; denn gegen das überlegene und leicht herbeizuschaffende Belagerungsmaterial, welches in Straßburg angehäuft sei, könne Rastatt höchstens 8 Tage gehalten werden. Ich fand hierüber eine Meinung zu äußern um so weniger Veranlassung, als mir der geläufige Zusammenhang der Rede meines Kollegen kaum eine Gelegenheit dazu ließ. Wenn ich hierbei mir erlauben darf, meine persönliche Anschauung über diese Frage zu äußern, so ist es die, in der bisherigen ablehnenden Haltung der K. Regierung nur dann eine Aenderung eintreten zu lassen, wenn uns diese dem weiteren Ausbau von Ulm und Rastatt zu bringenden Opfer durch ein angemessenes Aequivalent aufgewogen werden. Ein solches würde ich in der Einräumung des alleinigen Besatzungsrechts von Mainz zu finden glauben, wogegen wir wiederum Oesterreich unsere Unterstützung zur Erwerbung einer ähnlichen Prärogative für die beiden neuen Bundesfestungen zu gewähren hätten. Ueber die Wahrscheinlichkeit des Gelingens eines solchen Planes wage ich allerdings keine Vermutung auszusprechen, da derselbe auf die heftigste Opposition von seiten Bayerns und Württembergs stoßen würde.*

Herr von Prokesch machte demnächst die orientalische Frage zum Gegenstande seines Vortrags; seiner Ansicht nach birgt der Streit in Montenegro durchaus keinen Keim der europäischen Verwickelung, viel eher könne eine solche aus dem Streit zwischen Rußland und Frankreich über die heiligen Orte hervorgehen; die Sendung des Grafen Leiningen nach Konstantinopel habe keinen andern Zweck, als die Herstellung des früheren freundnachbarlichen Grenzverhältnisses mit der Türkei; dieses sei gefährdet, solange die Pforte unmittelbar an der Grenze Oesterreichs eine starke Armee stehen habe unter Anführung ehemaliger ungarischer Rebellen, deren Internierung der Sultan versprochen habe, und welche fortwährend verräterische Verbindungen mit ihren Gesinnungsgenossen in Ungarn unterhielten, und deren Pläne in dem unternehmenden und treulosen Charakter des Renegaten Omer Pascha und in dessen notorischen Unabhängigkeitsbestrebungen eine der Pforte selbst unerwartete Unterstützung finden könnten. Außerdem könne Oesterreich es nicht dulden, daß der mohammedanische Fanatismus längs seiner Grenzen durch die Proklamierung des „heiligen Krieges" aufgeregt werde. Oesterreich finde durch die Gefahren, welche ohnehin von Frankreich drohten, die Notwendigkeit bedingt, an seiner südöstlichen Grenze jedenfalls Ruhe und Sicherheit zu haben, und in diesen Bestrebungen glaube es sich der moralischen Unterstützung Preußens versichert halten zu dürfen.

In bezug auf die Zoll- und Handelsfrage erwähnte Herr von Prokesch, daß Graf Thun sich an ihn mit der Bitte gewandt habe, ihn bei seinen Bemühungen, die Ratifikation des mit Herrn von Bruck getroffenen Abkommens[1]) zu erwirken, durch Verwendung bei dem Wiener Kabinett zu unterstützen. Er habe dies um so bereitwilliger getan, als er ganz die höhere politische Auffassung des Herrn von Bruck im Gegensatz zu dem engern Gesichtskreise des K. Finanzministeriums, und besonders des in diesem einflußreichen Herrn Hock, teile, und sich in dieser Beziehung auch mit dem Grafen Buol einverstanden wisse.

Im ganzen ist der neue Präsidialgesandte lebhaft bemüht, durch persönliches Entgegenkommen die Vorurteile, deren Gegenstand zu sein er sich bewußt ist, aus dem Wege zu räumen. Mein persönliches Vernehmen mit ihm läßt bisher, ungeachtet ich mich veranlaßt fühlte, ihm bei Gelegenheit der Vorstellung unseres Offizierkorps und der Militärkommission entgegenzutreten, nichts zu wünschen übrig; indes muß ich gestehen, daß meine Zweifel an seiner Wahrheitsliebe, von deren Unrechtmäßigkeit ich mich gern zu überzeugen wünsche, zu tief gewurzelt sind, als daß ich auf seine mündlichen Aeußerungen bisher ein erhebliches Gewicht zu legen vermöchte. Bei den meisten Mitgliedern der Bundesversammlung hat seine didaktische Weitschweifigkeit in Vorträgen und die dadurch herbeigeführte Verlängerung der Sitzungen keinen günstigen Eindruck gemacht; über die Abhandlung, zu deren Gegenstand er in der vorgestrigen Sitzung die Erhöhung der Bundeskontingente machte, haben mehrere Gesandte, wie Herr von Scherff mir sagt, ihre Mißbilligung geäußert, weil dieselbe den Eindruck mache, als ob Oesterreich den baldigen Ausbruch des Krieges mit Frankreich wünsche oder doch mit Sicherheit voraussehe.

Als Kuriosum erlaube ich mir noch anzuführen, daß Herr von Prokesch von einer gänzlichen Beseitigung der Verfassung in Preußen wie von einem der K. Regierung ohne Zweifel vorschwebenden Ziele sprach, und mein Widerspruch dagegen so wie meine Ansicht, daß ich selbst ein so extremes Resultat für kein politisch richtiges halte, ihn anscheinend überraschten. Genehmigen ꝛc.

[1]) Wenige Tage später, am 19. Februar, kam zwischen Österreich und Preußen ein Handelsvertrag auf 12 Jahre zum Abschluß.

321. Privatschreiben an Minister v. Manteuffel.

[Eigenhändig.]

12. Februar 1853.

E. E. wollen mir gen. gestatten, Ihnen nachträglich meinen herzlichen und ehrerbietigen Glückwunsch zu Ihrem Geburtstage darzubringen, und ihn besonders dahin zu richten, daß Gott Ihnen auch ferner durch häusliches Glück und durch Freude an dem Gedeihen Ihres einzigen Kindes ein friedliches Gegengewicht für ein Leben von Kampf und Unruhe erhalte, welches Ihnen außer dem Hause beschieden ist. Ich hatte in der Präoccupation durch Prokesch's Ankunft mich nicht an den 3. Februar rechtzeitig erinnert und schäme mich seither, daß unter den vielen Manifestationen freudiger Theilnahme die meinige fehlte, obschon ich so gern den Anspruch mache, E. E. persönlich noch mehr als dienstlich nahe zu stehn.

In der Anlage erlaube ich mir außer einigen Zirndorferschen Notizen ein halbamtliches Referat[1]) über einen „Vortrag" zu überreichen, den mir Prokesch gestern in ziemlich professoralem Styl gehalten hat, während er von 9 bis 12 Uhr im tête-à-tête bei mir Thee trank und 5 schwere Cigarren rauchte. Seine persönliche Erscheinung gefällt hier nur Wenigen; er spricht den Leuten zu viel und sagt ihnen zu übertriebne Schmeicheleien. Man merkt die Absicht und wird verstimmt. Auffällig ist das militärische Ansehn, welches er sich giebt; er wird nie anders als in zugeknöpfter Uniform gesehn und legt in der Sitzung nicht einmal den Säbel ab. Gegen mich ist er so liebenswürdig, wie einer sein kann, und wenn ich dem, was er sagt, irgend Glauben beimessen könnte, so wäre das herzlichste Einverständniß zwischen uns, persönlich und politisch. Es scheint, daß der Baron Brenner demnächst von hier versetzt werden wird; der Geschäftsbetrieb kann dabei nur gewinnen, denn er ist unglaublich träge. Bei diesem Wechsel in der Person des Kanzlei-Direktors dürfte der Moment eintreten, wo wir versuchen könnten, statt der bisherigen, den ganzen Geschäftsmechanismus für Östreich monopolisirenden Einrichtung, eine wirkliche Bundescanzlei zu schaffen, die nicht dem Präsidium, sondern dem Collegium untergeben wäre. Ich komme darauf zurück. Wie sehr man in dem hiesigen östreichischen Unterpersonal dergleichen Anregungen übel nimmt, zeigt der einliegende Artikel der Wiener Presse, den man hier dem zweiten Beamten der östr. Gesandschaft Ritter Braun zuschreibt, dessen publicistischer Amanuensis ein gewisser Hehner ist.[2]) Den besondern Verdruß dieser Herrn erregt es, daß die Feste, die ich im Lauf des Carneval gegeben habe, über meine eigne Erwartung gelangen und nach dem Zeugniß der competenten Richterin Frau von Brints Alles übertrafen, was seit 1848 hier in der Art stattgefunden hat. Die letztgenannte Dame scheint den Herrn von Prokesch gründlich zu verabscheuen und spricht diese Empfindung mit einer für ihre Eigenschaft als Schwester des Grafen Buol überraschenden Offenheit aus. Berechnung ist das bei ihr wohl kaum, da sie sich sonst auch in den bedenklichsten Fällen nicht überwinden kann, ihre Zunge im Zaum zu halten und zu unterdrücken, was sie empfindet.

Meinen g. Dank sage ich E. E. für die mir durch Quehl zugegangnen Nachrichten über die Gestaltung der Dinge hinter den Coulissen in Berlin, die mich sehr interessiren. In den Kammern ist es zu meiner Freude besser gegangen, als sich erwarten ließ, und besonders ist es ein großer Gewinn, den Erisapfel der Ersten Kammer-Frage so gut wie

[1]) Vgl. Nr. 320.
[2]) Der Artikel findet sich bei Poschinger IV S. 142 Anm. 1 abgedruckt.

beseitigt zu sehn, denn die Abstimmung in der Zweiten Kammer wird ohne Zweifel mit großer Majorität im Sinne Sr. Majestät ausfallen. Ich fand die Wichtigkeit dieser Frage mehr in dem Zwiespalt, den sie erregte, als in ihrer Entscheidung selbst. In meinem Hause geht alles wohl; ich wünsche und hoffe dasselbe bei E. E., und bitte meine Frau und mich Ihrer Frau Gemalin angelegentlich zu empfehlen. In treuster Anhänglichkeit . . .

322. Bericht vom 14. Februar 1853 an König Friedrich Wilhelm IV., betr. eine voreilige Publikation von Bundestagsverhandlungen durch Prokesch. Verstimmung des russischen Geschäftsträgers durch Prokeschs Antrittsrede. — Vgl. Poschinger, Neue Berichte S. 64 f.

323. Bericht vom 15. Februar 1853 an Minister v. Manteuffel, betr. die Garnisonverhältnisse in Frankfurt a. M. — Vgl. Poschinger I Nr. 149.

*324. Privatschreiben an Minister v. Manteuffel.

[Eigenhändig.]

17. Februar 1853.[1])

Sir Alexander Malet sagt mir eben im Augenblick des Postschlusses, daß nach den durch seine Hand gehenden Depeschen aus München der Minister v. d. Pfordten mit Ungeduld auf eine Eröffnung in der Zollsache aus Berlin wartet und durch deren Ausbleiben um so mehr befremdet ist, als seiner Angabe nach in Carlsruh bereits eine Mittheilung der Art eingegangen sei. Sir R. Milbank meint, daß der bairische Premier jetzt dringend wünsche, sich das Verdienst der Herstellung der zollvereinlichen Beziehungen zu Preußen zu erwerben, um dadurch seine Stellung im Ministerium zu befestigen und die Scharte auszuwetzen, die er durch das Nichteintreffen der [von] ihm vorhergesagten Erfolge der Coalitionserfolge erlitten habe.

325. Privatschreiben an Minister v. Manteuffel.

[Ausfertigung.]

19. Februar 1853.[1])

Ausdruck des Dankes für die zugegangene ausführliche Mitteilung über das Wiener Attentat.[2])

Dieselbe enthält die einzigen, bisher noch hier eingegangenen genaueren Nachrichten über dasselbe. Eine allgemeine und nicht ganz richtige Nachricht war um 6 Uhr für Herrn von Prokesch, der sich gerade in Wiesbaden befand, eingegangen. Dieselbe erwähnte der Person des Täters nicht, und war es bezeichnend, daß alle Österreicher, mit denen ich darüber sprach, meiner Äußerung, es werde wohl ein Italiener sein, die Vermutung entgegensetzten, daß es ein Ungar sei. Ich möchte hieraus schließen, daß die neuerlich wegen ungarischer Konspirationen erfolgten Verhaftungen und Untersuchungen An-

---

324. [1]) Nachschrift, augenscheinlich zu einem amtlichen Bericht.

325. [1]) Nicht eigenhändig, wie Poschinger angibt, sondern von der Hand Stolbergs.

[2]) Am 18. Februar wurde auf Kaiser Franz Josef in Wien von einem jungen Ungarn, namens Libenyi, ein Mordversuch verübt.

deutungen geliefert haben, welche der hieſigen öſterreichiſchen Geſandtſchaft ſchon bekannt waren. Ich brauche nicht zu erwähnen, daß das Verbrechen auch die allgemeine Entrüſtung erregt und einen tiefen Eindruck auf die hier anweſenden Öſterreicher macht, wenn ſchon, nachdem durch Gottes Schutz das Attentat erfolglos geblieben iſt, der Vorgang in Verbindung mit dem Mailänder[3]) für manche Zwecke der innern und äußern Politik Öſterreichs in förderlicher Weiſe ausgebeutet werden kann und wird. Ich habe E. E. telegraphiſche Depeſche noch geſtern Abend Herrn von Prokeſch bei ſeiner Rückkehr von Wiesbaden mitgeteilt und heut früh dem General von Herwarth geraten, in Begleitung des K. Offizierkorps Herrn von Prokeſch die Teilnahme desſelben an dem Unfall Sr. M. des Kaiſers und den Glückwunſch wegen Rettung Höchſtdesſelben aus dieſer Gefahr auszudrücken. Es iſt dies heut um 12 Uhr erfolgt und wurde von Herrn von Prokeſch, der erklärte, daß er dieſen Beweis der Teilnahme dem Kaiſer ſofort melden werde, ſehr hoch aufgenommen. Außer mir ſcheinen die meiſten Mitglieder des diplomatiſchen Korps im Laufe des Tages ähnliche Beſuche bei dem öſterreichiſchen Geſandten zu machen, wenigſtens traf ich mit Herrn von Tallenay und Sir A. Malet daſelbſt zuſammen.

Der in den Zeitungen viel beſprochene Abdruck der Rede des neuen Präſidialgeſandten[4]) ſcheint kein wohlüberlegter Schritt zu ſein. Als ich Herrn von Prokeſch vertraulich andeutete, daß er mit ſeinem Vortrage zwar machen könne, was ihm gut ſcheine, daß er aber wegen des Abdrucks meiner Antwort ſich mit mir hätte vorerſt verſtändigen ſollen, indem dieſe für journaliſtiſche Veröffentlichung nicht beſtimmt geweſen wäre, entſchuldigte er ſich mit Unkenntnis des Herkommens und ſchob den Legationsſekretär Braun vor. Herr von Ozeroff, der geſtern hier war, fand ebenſo wie Herr von Glinka in der Rede eine antiruſſiſche Tendenz, und meinte, „il a voulu taper nous autres, parceque nous l'avions empêchés d'aller à Constantinople". Auch er war ſehr unzufrieden mit dem Abdruck . . .

*326. Schreiben an den Prinzen von Preußen.

[Eigenhändig.]

23. Februar 1853.

. . . Graf Goltz hat mir E. K. H. gnädiges Handſchreiben[1]) überbracht, für welches ich meinen unterthänigſten Dank ſage.

Baron Prokeſch fährt fort, einzelne Uebergriffe wie im Blindekuh-Spiel zu verſuchen und ſich, ſobald ich widerſpreche, mit ſeiner Unkenntniß des Geſchäftsganges zu entſchuldigen, indem er den Fehler einem ſeiner Unterbeamten aufbürdet. Es iſt nicht zu vermeiden, daß die Rolle der Vertheidigung gegen dergleichen unter der Maske der Bonhommie gemachten Angriffe mitunter den Anſchein kleinlicher Empfindlichkeit bekommt, aber wenn ich dieſen ſcheuen will, ſo verliere ich im Laufe der Jahre doch ein erhebliches Terrain, deſſen Größe erſt ein Rückblick auf längere Zeiträume überſehn läßt. Ich erlaube mir E. K. H. zur Characteriſtik dieſes kleinen Krieges zwei über den Beſuch des Kgl. Offiziercorps bei Prokeſch gewechſelte Briefe mit der unterthänigſten Bitte um gelegent-

[3]) Am 6. Februar 1853 fand in Mailand ein von Mazzini angeſtifteter Aufſtand ſtatt, bei dem mehrere öſterreichiſche Soldaten ermordet wurden.

[4]) Vgl. Poſchinger I S. 191 f.

[1]) Vom 19. Februar 1853. Abgedruckt Anh. z. G. u. E. I S. 19.

liche Rücksendung hierbei vorzulegen. In dem laufenden Bureau-Geschäft kommen analoge Sachen fast täglich vor. Selbst das empörende Attentat auf S. M. den Kaiser und unsre Theilnahme für diesen Herrn entgeht der Ausbeutung in diesem Sinne nicht. — Über den mit Bruck geschlossenen Handelsvertrag[2]) fehlen mir noch andre Nachrichten als diejenige, daß er definitiv vollzogen ist. Die Haltung, welche S. M. der König von Hanover in der Zwischenzeit beobachtet hat, bleibt aber immerhin bezeichnend für den Werth, welchen unsre Verbündeten der foi des traités an und für sich beilegen, obschon der Minister von Schele und seine Collegen in ihrer correcten Haltung keinen Augenblick geschwankt haben. Noch jetzt scheint der König Georg die Erfüllung des Vertrages von der Haltung der Coalitionsregirungen abhängig zu machen.

Wenn E. K. H. es gnädigst erlauben, werde ich, sobald die jetzige disette an Neuigkeiten, welche Höchstdenselben nicht schon bekannt wären, nachläßt, mir fernern ehrfurchtsvollen Bericht erlauben. Meine Frau dankt in aller Unterthänigkeit für die Gnade, mit welcher E. K. H. Sich ihrer zu erinnern geruhn. In tiefster Ehrfurcht verharre ich . . .

*327. Bericht an Minister v. Manteuffel.

[Ausfertigung.]

23. Februar 1853.

E. E. haben in dem h. Erlasse vom 25. November v. J. mich auf meinen Bericht vom 21. Oktober v. J. autorisiert, dahin zu wirken, daß entweder der Baron Brenner unter Verzichtleistung auf sein Dienstverhältnis zur K. österreichischen Regierung ausdrücklich nur als Protokollführer der Bundesversammlung und als Bundeskanzleidirektor mit dem durch den Bundesbeschluß vom 30. Oktober 1816 festgesetzten Gehalte angestellt oder daß hierzu jedenfalls eine geeignete Persönlichkeit auf dem bundesverfassungsmäßigen Wege auserwählt werde. Ich habe infolgedessen mit den einflußreicheren meiner Kollegen mehrfach die Sache besprochen und dieselben gleichfalls von der Überzeugung der Notwendigkeit eines nur dem Bunde untergebenen Kanzleidirektors durchdrungen gefunden. Meine Vertretung im Präsidium hat mir die beste Gelegenheit gegeben, die Mißbräuche aus eigener Anschauung kennen zu lernen, welche sich nach und nach in der Bundeskanzleiverwaltung eingeschlichen haben und im allgemeinen darin ihren Grund haben, daß die Bundesbeamten sich großenteils mit Recht als rein österreichische Beamte betrachten. So lebhaft aber auch die meisten meiner Kollegen gelegentlich hierüber klagen, so ist doch bei den meisten die Abneigung, sich das Mißfallen des Präsidiums und des K. österreichischen Kabinetts zuzuziehen, stärker als das Verlangen nach einer geregelten Bundeskanzleiverwaltung. Diese Abneigung wird dadurch verstärkt, daß mehrere unter ihnen, so die Herren v. Rostitz, v. Dungern, v. Oertzen, v. Münch, v. Holzhausen, die drei ersten Söhne, die beiden anderen nahe Verwandten im österreichischen Dienste haben, auf deren Berücksichtigung das Verhalten der Bundestagsgesandten nicht ohne Einfluß bleibt. Ich erwarte deshalb auch von einem von mir ausgehenden Antrage in dieser Beziehung kein günstiges Resultat, wenn es nicht gelingt, teils durch direkte Einwirkung auf die Regierungen, deren Stimmen zu gewinnen, teils durch nachdrückliches Betreiben unserer Forderungen das Wiener Kabinett eingehender als bisher zu stimmen. Eine Veranlassung dazu bietet die

[2]) Vgl. oben S. 295 Anm. 1.

bevorstehende Versetzung des Baron Brenner. Nachdem ich nämlich schon unter der Hand davon Nachricht erhalten, verwies mich Herr v. Prokesch gestern auf den baldigen Abgang des Baron Brenner, als ich mich gegen einen beabsichtigten Übergriff in den Präsidialbefugnissen verwahrte, zu dem er, nach seiner Versicherung, lediglich durch den Baron Brenner induziert sein wollte.

Dem Freiherrn v. Prokesch gegenüber die Anstellung eines besonderen Kanzleidirektors zur Sprache zu bringen, habe ich bis jetzt Anstand genommen, weil ich einer ausweichenden und hinhaltenden Antwort im voraus versichert war, indem Herr v. Prokesch bei dergleichen Gelegenheiten den Gegenstand, auf den es ankommt, durch lange, in das Gebiet allgemeiner Phrasen abspringende Vorträge zu verdunkeln und mit der Versicherung zu beseitigen pflegt, daß er sich mit demselben beschäftigen werde, sobald er sich mehr mit der Lage der Dinge vertraut gemacht haben werde. Ich werde indessen von dieser Andeutung über das Ausscheiden des Baron Brenner Gelegenheit nehmen, meine schon gemachten Versuche zur Erlangung einer deutlichen Erklärung seiner Ansicht zu wiederholen und dabei mich der Hinweisung auf einen ausdrücklich von mir zu stellenden Antrag als Kompelle bedienen. Ich werde dabei Herrn v. Prokesch darzulegen suchen, wie die Ernennung eines wirklichen Bundesbeamten als Kanzleidirektor notwendig sei, wenn bei den Bundestagsgesandten selbst nicht auch ferner die Neigung, sich lebhaft an den Geschäften zu beteiligen, wesentliche Hindernisse in der einstweiligen Behandlung des Kanzleiwesens finden würde, die gar nicht zu vermeiden ist, wenn das Kanzleipersonal anerkanntermaßen im Dienst eines einzelnen Bundesstaates steht und nur diesem gegenüber zu Treue und Gehorsam verpflichtet ist. Unter den Gründen, die ich sonst geltend zu machen haben werde, halte ich den für den wirksamsten, daß ich derselben den Charakter eines von mir persönlich ausgehenden Antrages ganz benehme, vielmehr die strikteſten Weisungen zu ungesäumter Aufnahme der Sache zu haben behaupte.

Gleichzeitig bitte E. E. ich g. g., durch den Grafen Arnim auch unmittelbar in Wien mit Rücksicht auf die Versetzung des Baron Brenner die Sache zur Sprache bringen und eine Anerkennung unseres bundesverfassungsmäßigen Rechtes herbeiführen zu lassen, indem ich mir viel mehr Erfolg von einer richtigen Würdigung der freundschaftlichen Beziehungen beider Staaten durch das Wiener Kabinett als von der Geneigtheit seines sich in engeren Kreisen bewegenden hiesigen Vertreters verspreche.

328. Bericht an Minister v. Manteuffel.

[Ausfertigung.]

23. Februar 1853.

E. E. habe ich mir erlaubt, mit dem Berichte vom 30. November v. J. den Vortrag zu überreichen, welchen der K. hannoversche Gesandte namens der Reklamationskommission über die Beschwerde des Gr. mecklenburgischen Kammerherrn von der Kettenburg wegen angeblich beeinträchtigter Religionsfreiheit entworfen hatte. Dieser Vortrag hat indessen nicht die Zustimmung der Kommission erhalten. Der Gr. hessische Gesandte, Freiherr von Münch-Bellinghausen, den ich E. E. bereits als ein tätiges Mitglied der ultramontanen Partei bezeichnet habe, hat nämlich als Mitglied der Reklamationskommission ein Votum gegen den Vortrag abgegeben und darin sowohl die Kompetenz der

Bundesversammlung auf Grund des Art. XVI[1]) der Bundesakte, als das Recht zur Einmischung derselben im Falle der Verletzung dieses Artikels nachzuweisen gesucht. Er kommt dabei zu dem Resultate, daß die mecklenburgische Regierung zunächst zu einer Erklärung über die Beschwerde aufzufordern sei. Zwei andere Mitglieder des Ausschusses, die Gesandten von Oldenburg und Baden, haben sich der Ausführung über die Kompetenz der Bundesversammlung und dem Antrage, die mecklenburgische Regierung zur Erklärung aufzufordern, angeschlossen, während das fünfte Ausschußmitglied, der Großherzoglich mecklenburgische Gesandte, dem Votum des Staatsrats von Bothmer beigetreten ist. Letzterer hat es abgelehnt, einen Vortrag im Sinne der Majorität zu entwerfen, und man hat sich noch nicht darüber verständigt, wer nunmehr den Vortrag übernehmen solle.

Ich bedaure, daß es dem Einflusse des Freiherrn von Münch, der mit dem Staatsrat von Linde, bekanntlich dem eifrigsten Verteidiger des Herrn v. Kettenburg, sowohl in Flugschriften als in öffentlichen Blättern in geistiger Verwandtschaft und naher Verbindung steht und, wie man glaubt, auch bei dem Münchschen Votum tätig gewesen, gelungen ist, zwei Ausschußmitglieder auf seine Seite zu ziehen. Es ist ihm dies dadurch möglich geworden, daß der badensche Gesandte es zu vermeiden sucht, sich einer bestimmten Ansicht anzuschließen, sondern gern die Rolle des Vermittlers übernimmt, und daß Herr von Eisendecher mit den mecklenburgischen Zuständen nicht einverstanden und kein Freund von der dortigen Ritterschaft ist, die er auch irrigerweise als die intellektuelle Urheberin des Verfahrens der mecklenburgischen Regierung anzusehen scheint. Die Gegenvorstellungen haben weder bei Herrn von Eisendecher gefruchtet, noch hat Herr von Marschall sich überzeugen wollen, daß er seiner eigenen Regierung in der Sache der Altlutheraner durch seine Auffassung ähnliche Schwierigkeiten bereite. Er stimmte indessen nur für Kompetenz, aber Abweisung in der Kettenburgschen Sache. . . .

329. Schreiben vom 24. Februar 1853 an den Thurn- und Taxisschen General-Postdirektor Freiherrn von Dörnberg, betr. Mißstände des Taxisschen Postwesens. — Vgl. Poschinger I Nr. 151.

330. Bericht an König Friedrich Wilhelm IV.

[Ausfertigung.]

25. Februar 1853.

Der Gr. hessische Gesandte brachte [in der Bundestagssitzung vom 24. Februar] einen Antrag ein, der nicht nur um deshalb, weil er von einem der kleineren Staaten ausgeht, sondern auch wegen des plötzlichen und unerwarteten Hervortretens mit demselben überraschte, dahingehend, die Bundesversammlung wolle die englische Regierung dringendst ersuchen, die das Asylrecht mißbrauchenden Hochverräter aus England auszuweisen oder unschädlich zu machen.

Freiherr v. Prokesch äußerte zwar nach der Sitzung gegen mich, daß ihm der Antrag unzeitig erscheine, und daß er gewünscht hätte, derselbe wäre noch unterblieben. Allein wenn auch die Vermutung nahe liegt, daß die Gr. hessische Regierung durch den Antrag dem französischen Gouvernement einen Dienst zu erweisen glaubt, und daß der Marquis Tallenay, mit dem der Freiherr von Dalwigk in ununterbrochenem Verkehr steht, nicht

[1]) Vorlage irrig: VI.

ohne vorherige Kenntnis geblieben ist, so dürfte doch nicht zu bezweifeln sein, daß der Minister von Dalwigk, der noch am Tage der Sitzung, wie ich später gehört, hier in Frankfurt mit dem Freiherrn von Prokesch über die Sache verhandelt hat, von dem Antrage ganz oder wenigstens zurzeit abgestanden wäre, wenn letzterer dies gewünscht hätte.

In der Bundesversammlung war eine gewisse Verlegenheit darüber, was man mit dem Antrage anfangen solle, nicht zu verkennen. Als Freiherr von Prokesch an mich persönlich die Frage richtete, was mit der Sache zu tun sei, sprach ich die Überzeugung aus, daß es gewiß im Interesse aller Regierungen liege, das englische Gouvernement für eine andere als die bisherige Behandlung der Flüchtlingsfrage zu gewinnen, daß es mir aber vor genauer Konstatierung des Zusammenhanges der beklagenswerten Ereignisse von Mailand und Wien nicht zweckmäßig erscheine, offizielle Schritte in der Sache zu tun, und daß es überhaupt nicht möglich scheine, über den nach Form und Wortlaut sorgfältig zu erwägenden Antrag nach einmaligem Anhören desselben zu entscheiden. Ich schlug deshalb vor, ihn zur Kenntnis der einzelnen Regierungen zu bringen, worauf Instruktionseinholung innerhalb 4 Wochen beschlossen wurde.

Dieselbe wird den größeren Mächten Gelegenheit geben, inzwischen geeignet scheinende Schritte zu tun und im Einverständnis mit Österreich, je nach Erfordern, den Antrag zu berücksichtigen oder ihn durch Unterlassung der Abstimmung resultatlos zu machen.

331. Bericht vom 25. Februar 1853 an Minister v. Manteuffel, betr. die Verhandlungen mit dem Herzog von Augustenburg. — Vgl. Poschinger I Nr. 152.

332. Privatschreiben an Minister v. Manteuffel.

[Ausfertigung.]

25. Februar 1853.

E. E. erlaube ich mir mit Rücksicht auf meinen heutigen Bericht[1]) in der Augustenburger Sache noch g. mitzuteilen, daß der K. dänische Gesandte allerdings auf Grund verschiedener Zeitungsartikel aus seiner Heimat, welche ihm die Wiederanknüpfung gesellschaftlicher Beziehungen zu der Herzoglich augustenburgischen Familie zum Vorwurf machen, eine persönliche Abneigung gegen fernere Beteiligung an Geschäften mit dem Herrn Herzoge hat. Man glaubt hier, daß jene Artikel von dem dänischen Militärbevollmächtigten, Oberstleutnant von Bülow, direkt oder indirekt herrühren. Derselbe ist ein heftiger persönlicher Gegner des Herrn Herzogs, und seine Frau treibt den Ausdruck bis zu auffälliger Unhöflichkeit gegen die Damen der Herzoglichen Familie. Ich erwähne dieses Umstandes mit Rücksicht auf die Möglichkeit, daß die Stimmführung für das 10. Armeekorps in der Militärkommission, welche am 19. des nächsten Monats wieder an Hannover kommt, demnächst, wenn sie zur zweiten Division zurückkehrt, möglicherweise auf den Oberstleutnant von Bülow übergehen kann, dessen dänischer Patriotismus sich bis zur Feindseligkeit gegen alles Deutsche exaltiert, ohne daß ich entscheiden möchte, ob die Aufregung in dieser Richtung aus seinen eigenen Gefühlen, oder aus denen seiner jungen und hübschen Frau, einer gebornen Dänin, ihre Nahrung erhält. . . .

---

[1]) Vgl. die vorhergehende Nummer.

333. Privatschreiben an Minister v. Manteuffel.

[Ausfertigung.]

4. März 1853.[1])

Die auf den vorhergehenden Tag anberaumte Abstimmung über die Erhöhung der Bundeskontingente habe nicht stattgefunden, indem das Präsidium erklärte, sie wegen des noch fehlenden Eingangs der Instruktionen einiger Gesandten auf den 10. März verschieben zu wollen.

Ich hatte mich bei vorgängiger Besprechung hiermit um so mehr einverstanden erklärt, als dadurch Zeit zu fernerer diplomatischer Einwirkung auf die Regierungen gewonnen wird. Bisher sind die Aussichten, eine Majorität für die Ansichten der K. Regierung zu gewinnen, ungeachtet der Übereinstimmung der Kabinette von Berlin und Wien, mindestens sehr zweifelhaft. Die bisherigen Instruktionen der Gesandten von Bayern, Sachsen (dessen Auffassung sich vollständig geändert zu haben scheint), Württemberg und Hannover stimmen wesentlich mit dem Majoritätsantrage des Militärausschusses überein, wenn auch die zuletzt genannte einen gewissen Spielraum für weitere Vermehrungen im Fall des Bedürfnisses in Aussicht stellt. Mit Sicherheit scheinen wir nur auf die Vota Kurhessens und der 16. Stimme rechnen zu können. Mit Wahrscheinlichkeit auf die von Baden, Oldenburg und den Freien Städten. Treten hierzu noch etwa die sächsischen Herzöge und Mecklenburg, so wäre allerdings eine Mehrheit von 9 gegen 8 vorhanden. Die mecklenburgische Instruktion gehört zu den noch nicht eingetroffenen, indessen erwartet auch der Gesandte für Nassau-Braunschweig neuerdings die Ermächtigung, mit den beiden Großmächten stimmen zu können.

Das Gewicht der Gründe, welche die Mittel- und Kleinstaaten dafür anführen, daß sie teils gar nicht, teils nur mit großem Widerstreben auf eine Vermehrung ihrer Streitkräfte sich einlassen wollen, ist zum Teil nicht zu verkennen. Schon bei dem jetzigen Stande ermangeln ihre Kontingente des militärischen Geistes ebensowohl, wie der technischen Ausbildung, ein Übelstand, der von Sachverständigen vorzugsweise der verhältnismäßig zu geringen Anzahl von Offizieren und Unteroffizieren zugeschrieben wird, und könnte eine Vermehrung der Kopfzahl der Kombattanten nur dann als eine zuverlässige Verbesserung betrachtet werden, wenn mit ihr eine nach Verhältnis stärkere Erhöhung in dem Stande der Avanzierten Hand in Hand ginge. Es ist aber kaum zu erwarten, daß sich die Regierungen zu dieser doppelten Steigerung ihrer finanziellen Leistungen entschließen würden, und wird sonach dem Übelstande des Systems schlechter Ausbildung und übermäßiger Beurlaubung nicht abgeholfen, nach welchem in Zeiten des Bedürfnisses die Überzahl der Truppen aus zuchtlosen Bauerburschen und ähnlichen Elementen besteht, welche bei ihrer plötzlichen Einberufung den unmilitärischen und meuterischen Geist, welchen sie mitbringen, auf die verhältnismäßig kleinen Kadres übertragen, welche sich schon bei den Fahnen befanden. Die revolutionären Bewegungen in Nassau und Baden in den Jahren 1848 und 1849 fanden in derartigen Erscheinungen das zu ihren Gunsten entscheidende Moment. *Ein System wie das unsrer Landwehr würde in den kleinen Staaten des deutschen Südwestens ein unmögliches sein, weil die Eigenschaften der Folgsamkeit gegen höhere Anordnungen und der militärischen Denkungsweise, welche die Mehrheit des preußischen Volkes charakterisieren, hier gänzlich fehlen.* Ich habe zwar keine Gelegenheit vorübergehen lassen, wo ich im Sinne der mir gewordenen Weisungen wirken konnte, indessen würde ich nach meiner persönlichen, hier nicht maßgebenden Ansicht eine Verstärkung der Wehrkraft der kleinen

[1]) Nicht eigenhändig, wie Poschinger angibt, sondern von der Hand Stolbergs.

Staaten gegen äußere und innere Gefahren lieber in solchen innern Einrichtungen der Truppen gesucht haben, welche auf gründlichere Ausbildung, Vermehrung der Offiziere, längere Präsenzzeit und Pflege des militärischen Geistes hinwirken, als in einer Vermehrung der Kopfzahl der Kontingente, sobald nicht mit letzterer eine Erhöhung des Kriegsbudgets von solchem Belaufe verbunden wird, daß die oben erwähnten Vorteile auch für die erhöhte Anzahl erreicht werden können.

Die zu beschließende Erhöhung der Kontingente würde wie bei Preußen und Österreich, so auch dem Vernehmen nach für Bayern und Sachsen, eine Vermehrung der jetzt vorhandenen Streitkräfte nicht erforderlich machen. Der Widerspruch dieser beiden Staaten dürfte daher nur auf dem Wunsche beruhen, den Bestand ihrer Truppen künftig nach Belieben reduzieren zu können, oder auch bei einem eventuellen Kriege, welcher ihrer Sonderpolitik nicht entspräche, unter Aufstellung des geringern Ansatzes den Erfolg abwarten zu können. Andere Staaten, und an ihrer Spitze Hannover, machen als Motiv ihres Widerstrebens gegen die angesonnene Vermehrung vorzugsweise die Erwägung geltend, daß man sich für jetzt mit der näherliegenden Aufgabe beschäftigen müsse, die innerhalb der einzelnen Armeekorps bestehenden Ungleichheiten der Reglements, der Bewaffnung und des Kalibers zu beseitigen, welche bisher ein wesentliches Hindernis kombinierter Operationen oder gegenseitiger Aushilfe bei fehlender Munition bilden. Herr von Bothmer bezeichnete es bei Besprechung dieses Gegenstandes als einen Wunsch seiner Regierung, wenigstens zwischen dem 7., 8., 9. und 10. Armeekorps gleichartige Einrichtungen der gedachten Art herzustellen, indem er bei der preußischen und österreichischen Armee das Bedürfnis der Beibehaltung vollständiger Autonomie gerechtfertigt fand. Beiläufig bemerkte er hierbei, daß unsere Militärkonventionen mit Bestandteilen des 10. Armeekorps der hannoverschen Regierung fortwährend einen Anlaß zur Gereiztheit böten, und werde ich mir g. erlauben, mittels besondern Berichts E. E. gen. Weisungen über mein Verhalten in dieser Frage zu erbitten.

In der gestrigen Sitzung fand eine lebhafte Debatte darüber statt, ob die Inspizierung der Bundeskontingente durch Majorität beschlossen werden könne, oder die Einwilligung jeder einzelnen Regierung erforderlich sei. Dänemark behauptete letzteres, wollte aber schließlich noch nähere Instruktionen darüber einholen. Ich werde E. E. hiervon näheren Bericht erstatten, und bemerke nur einstweilen g., daß Herr von Prokesch zwar die Verbindlichkeit des gefaßten Beschlusses für alle, dem Prinzip nach, anerkannt wissen wollte, aber doch die Geneigtheit durchblicken ließ, von der Anwendung desselben auf Holstein-Lauenburg für diesmal zu abstrahieren, falls die dänische Regierung es wünsche.

Der Antrag Österreichs wegen weiterer Ausdehnung des Festungsbaus in Rastatt und Ulm wird von Herrn von Prokesch fortwährend lebhaft betrieben. Einstweilen war derselbe bemüht, den Druck und die Verteilung des preußischen Votums in der Militärkommission zu hintertreiben. Zu diesem Zweck gab er im Militärausschuß an, daß dieser Druck bei dem Umfang der Arbeit über 2000 fl. kosten werde. Auf mein Verlangen, diese Berechnung schriftlich zu sehen, ließ er in der Kanzlei einen Anschlag ausarbeiten, der die Summe von 1080 fl. als erforderlich berechnete. Demselben lagen verschiedene, auch für jeden Laien leicht erkennbare unrichtige Angaben und Ansätze zugrunde, und ich stellte dem, unter Zuziehung des Vorstandes der Bundesdruckerei, die richtigen Positionen gegenüber, welche 280 fl., unter gewissen Voraussetzungen sogar nur 230 fl. als erforderlich auswiesen. Nichtsdestoweniger wurde in der Militärkommission 8 Tage später von dem General von Schmerling von neuem, und angeblich als Resultat amtlicher Er-

mittlungen, gegen den Druck die Behauptung, daß er 2000 fl. kosten werde, als Argument aufgestellt und außerdem fälschlich angeführt, daß der Militärausschuß den Druck seinerseits bereits eingeleitet habe, er also für die Militärkommission unnötig sei. Auf meine desfallsigen Vorhaltungen sprach Herr von Prokesch seine volle Entrüstung über die Leichtfertigkeit aus, mit welcher ihm sowohl, als Herrn von Schmerling von ihren respektiven Untergebenen unzuverlässige Angaben gemacht würden. Übrigens wird auf mein bestimmtes Verlangen der Druck des diesseitigen Votums nunmehr erfolgen, nachdem er durch jene Manöver eine Verzögerung von etwa 14 Tagen erlitten hat, ein Resultat, dessen Wert für Österreich, im Hinblick auf die zu dessen Erreichung aufgewandten Mittel, ich nicht zu ermessen vermag. Nicht ohne Erfolg ist man von jener Seite bemüht, die Ansicht zu verbreiten, als ob Ulm und Rastatt in ihrem jetzigen Zustande so gut wie offne Plätze und die darauf verwandten Mittel, wenn man nicht weiter baue, ganz verloren wären. Vielleicht dürften E. E. es dem diesseitigen Interesse entsprechend finden, in der Presse die Stärke und Haltbarkeit beider Festungen anerkennend besprechen zu lassen.

334. Bericht vom 5. März 1853 an Minister v. Manteuffel, betr. den Anteil Bayerns an der Frankfurter Garnison. Interesse Preußens an der Beibehaltung des bisherigen Verhältnisses. Ersetzung des gegenwärtigen bayerischen Bataillons durch ein anderes. Mittel zur Beseitigung der Exzesse desselben. — Vgl. Poschinger, Neue Berichte S. 70 ff. Mit für Bayern schonenden Auslassungen.

335. Privatschreiben an Minister v. Manteuffel.

[Diktat.]

8./9. März 1853.[1])

E. E. habe ich bereits in meinem g. Bericht vom [4.] d. M.[2]) über die Hindernisse Vortrag gehalten, die man hier dem Druck des preußischen Separatvotums in bezug auf den Ausbau von Ulm und Rastatt in den Weg legt. Dieses System ist von österreichischer Seite in der Art fortgesetzt worden, daß der General von Schmerling in der Militärkommission noch zu wiederholten Malen unrichtige und mit dem Schein amtlicher Dokumente ausgestattete Angaben über die Druckkosten vorgebracht und seine Kollegen durch die unwahre Behauptung irregeführt hat, daß der Druck jener Aktenstücke schon von dem Militärausschuß beschlossen worden, also für die Militärkommission nicht erforderlich sei.

Obschon ich aus Gesprächen mit Herrn von Prokesch die Überzeugung entnehmen konnte, daß derselbe den General von Schmerling von allem, was zwischen uns besprochen war, in Kenntnis gesetzt hatte, so ist doch von Herrn von Schmerling noch heut wieder bei den Mitgliedern der Militärkommission eine um 400 % zu hoch gestellte Berechnung der Druckkosten, deren totale Unrichtigkeit dem Herrn von Prokesch längst bekannt war, in amtlichen Umlauf gesetzt worden, um dem von Graf Waldersee von neuem angeregten Antrage auf Druck seines Votums entgegenzuwirken. Wenn es mir nun auch gelungen

[1]) Nicht eigenhändig, wie Poschinger angibt, sondern von der Hand des Grafen Theodor Stolberg.
[2]) Vgl. Nr. 333.

ist, in der heutigen Sitzung des Militärausschusses den Druck jener Piecen durch einen definitiven und amtlich registrierten Beschluß gesichert zu sehen, so bleibt es doch zu beklagen, daß der General von Schmerling durch seine Duplizität und sein dem guten Einvernehmen Preußens und Österreichs in keiner Weise entsprechendes Verfahren das Recht gänzlich verwirkt hat, bei seinen preußischen Kollegen dasjenige Vertrauen zu finden, welches unerläßlich wäre, wenn Preußen und Österreich auf dem Gebiet der Bundesmilitär-Organisation Hand in Hand gehen sollen. Außerdem liefert die ganze Art der Behandlung dieser Frage den Beweis, daß Österreich das fehlerhafte System, Preußen durch Majorität in der Bundesversammlung überstimmen zu wollen, anstatt nach vorgängiger Verständigung mit uns für die als gemeinsam erkannten Interessen die Zustimmung der übrigen zu gewinnen, nicht aufgegeben hat. Denn in dem ganzen Verlauf der Verhandlungen über den Fortbau beider Festungen hat Österreich noch nicht einen einzigen Versuch gemacht, sich mit unsrer Auffassung abzufinden oder zu verständigen, sondern, nachdem die desfallsigen Anträge auf eine für uns ganz unerwartete Weise in der Militärkommission angebracht waren, hat man sich darauf beschränkt, ohne uns eine Majorität zustande bringen zu wollen und die von Preußen gemachten Einwendungen sowie unser ganzes Verhalten in der Sache, auf eine gehässige und verletzende Weise in den Diskussionen der Bundesorgane und in der Presse anzugreifen. Es kann nicht ausbleiben, daß diese Angriffe mitunter den Charakter persönlicher Anfeindung des diesseitigen Militärbevollmächtigten annehmen und die Motive unseres Widerstandes nicht selten in den persönlichen Auffassungen des Grafen Waldersee gesucht werden, und erlaube ich mir im voraus die Verteidigung des letzteren gegen die Versuche zu übernehmen, die Herr von Prokesch, wie ich glauben darf, machen wird, auch in Berlin der Ansicht Raum zu schaffen, als ob die Persönlichkeit des Grafen Waldersee irgendwelchen Anteil an dem in der Militärkommission offenbar vorwaltenden Unfrieden hätte. Man muß längere Zeit mit dem hiesigen diplomatischen Verkehr bekannt sein, um sich ein zutreffendes Urteil darüber bilden zu können, wie weit uns gegenüber von seiten unserer Bundesgenossen der Mangel an Offenheit und an Scheu vor solchen Mitteln, deren Anwendung sonst das Anstandsgefühl zu verbieten pflegt, getrieben wird. Der unangenehme Eindruck dieser Erscheinung wird neuerdings vermehrt durch die über alle meine Erwartung maßlose persönliche Heftigkeit, zu welcher Herr von Prokesch sich nicht selten hinreißen läßt, und bei der es schwer ist, den Augenblick zu erkennen, wo eine für das diplomatische Bedürfnis fingierte Entrüstung in wirklichen, natürlichen Jähzorn übergeht, der schließlich alle Schranken der Schicklichkeit durchbricht.

9. März. Ich habe die ersten derartigen Ausbrüche schweigend entgegengenommen, um unser im übrigen gutes äußeres Einvernehmen so wenig als möglich zu kompromittieren, und habe ich versucht, ob in dergleichen Fällen nach einer Frist von ein oder zwei Tagen die Sache eine ruhigere Auffassung bei Herrn von Prokesch fände. Nachdem dies nicht der Fall war, und es mir sogar schien, als ob mein Kollege sich von dieser Form der Verhandlung Erfolge verspräche, auch die Ausdrücke, deren er sich in bezug auf K. Beamte und deren im Auftrage der K. Regierung erfolgte Handlungsweise bediente, das Maß, welches anzuhören mir meine Stellung gestattet, erheblich und dauernd überschritten, so habe ich mich genötigt gesehen, Herrn von Prokesch in ernsten Worten auf dieses Maß aufmerksam zu machen. Es scheint dies bisher die Wirkung gehabt zu haben, seine für den Augenblick gezügelte Leidenschaftlichkeit in noch weniger motivierter Weise bei andern Gelegenheiten zum Ausbruch kommen zu lassen; wenigstens wurde Herr

von Prokesch in der gestrigen Sitzung des Militärausschusses bei der Diskussion über einen geringfügigen Gegenstand dermaßen heftig gegen mich, daß ich ihm erklären mußte: er habe nicht das Recht, in dieser Art zu mir zu sprechen, und ich werde auf keine Weise dulden, daß es geschehe. Der Gegenstand, um welchen es sich handelte, war die Frage, ob die Ermietung der für Unterbehörden des Bundes nötigen Lokalien von Entschließungen des Präsidiums, oder von denen der Bundesversammlung abhängig sei. Der einzige unter den anwesenden Gesandten, der für meine Auffassung Partei nahm, und zwar mit großer Entschiedenheit, war der K. Bayerische. Herr von Bothmer bemerkte mir nach der Sitzung, daß der Streit wesentlich durch die „Augendienerei" einiger Gesandten gegen das Präsidium, durch welche letzteres in ungerechtfertigten Prätensionen bestärkt werde, herbeigeführt worden sei. Er wollte damit die Herren von Reinhard und von Nostitz bezeichnen, von denen sich besonders der erstere ebensosehr durch sein serviles Benehmen gegen Österreich, wie durch ein feindseliges gegen Preußen hervortut und mit besonderer Geflissentlichkeit Streitpunkte zwischen beiden hervorzuheben und zu verbittern bemüht ist. Ich glaube meine persönlichen Gefühle hinreichend zu beherrschen, um ihnen jeden Einfluß auf das Sachliche der Geschäfte abzuschneiden; wenn ich aber bedenke, daß ein Teil meiner zunächstliegenden Aufgaben darin bestehen wird, sowohl dem Versuch neuer Übergriffe des Präsidiums entgegenzutreten, als auch, soweit es möglich ist, die Resultate der älteren auf das bundesrechtliche Maß zurückzuführen, so kann ich mich der Besorgnis nicht verschließen, daß die Persönlichkeit meines österreichischen Kollegen die Verhandlungen nicht bloß durch Mangel an Offenheit und Glaubwürdigkeit sehr erschweren, sondern auch durch leidenschaftliche Auffassung ihnen ohne Not den Charakter der Gereiztheit verleihen wird. Ich will damit nicht andeuten, daß ich vor Erfüllung dieser Aufgaben zurückschrecke, sondern nur von Hause aus E. E. darauf vorbereiten, daß Hochdieselben mir die Schuld an sich etwa weiter ausbildenden Mißhelligkeiten mit Herrn von Prokesch nicht beilegen und mich in dieser Beziehung auch gegen andere gen. vertreten wollen.

Der Graf Thun galt für einen Mann von wenig Formen, nichtsdestoweniger hat die Diskussion zwischen ihm und mir niemals auch nur annähernd eine so lebhafte und von dem diplomatischen Brauch so weit abweichende Färbung angenommen, wie dies mit seinem Nachfolger schon wiederholt der Fall gewesen ist, obschon ich mit dem Grafen Thun viel unbequemere Phasen durchgemacht habe, als die heutigen der Sache nach sein können.

Ich kann mir ein Urteil über das Gewicht derjenigen Gesichtspunkte, unter welche das Verhalten Preußens in der europäischen Politik fällt, nicht beimessen; wenn ich mir aber erlauben darf, den Maßstab eines solchen lediglich den Bundesverhältnissen zu entnehmen, so möchte ich die Ansicht wiederholen, die ich bei früheren Gelegenheiten E. E. gegenüber auszusprechen mich beehrt habe, daß nämlich in Deutschland Bayern ein natürlicherer Verbündeter für uns ist, als Österreich. Während mit letzterem selbst innerhalb der durch die Bundesverfassung feststehenden Formen und Grenzen, noch mehr aber in allen darüber hinausgehenden Bestrebungen eine rivalisierende Konkurrenz für Preußen gar nicht zu vermeiden ist, und man in der deutschen Politik beider Staaten gar nicht bis zu den letzten Zwecken zu gehen braucht, um sie inkommensurabel zu finden, teilt Bayern, wenigstens unter dem jetzt obwaltenden Regime des Bundes, mit uns das Bedürfnis, das Gewicht des Bundeskollegiums im Gegensatz zu den hegemonischen Bestrebungen des Präsidialhofes zu erhalten und zu verstärken. Da von Österreich eine freiwillige An-

erkennung der höheren politischen Bedeutung Preußens im Vergleich mit den übrigen Bundesstaaten, meiner Überzeugung nach, auf keinen Fall zu erwarten ist, so scheint mir für Preußen, solange nicht äußere Ereignisse das jetzige Bundessystem sprengen und uns zu voller, mindestens faktischer Parität mit Österreich verhelfen, die Übernahme der Rolle eines Vertreters der Geltung und der Interessen aller übrigen Bundesstaaten vorzugsweise indiziert zu sein, um in ähnlicher Art zu operieren, wie in Parlamenten ein nach dem Einfluß strebender Führer die Verteidigung der Freiheiten des Volkes zur erfolgreichsten Waffe gegen die faktischen Machthaber zu wählen pflegt und auf diesem Wege die letzteren schließlich nötigt, sich mit ihm abzufinden. Wenn Preußen glücklicherweise noch andre Mittel zur Disposition stehen, Österreich zur größeren Berücksichtigung seiner Wünsche als bisher allmählich zu nötigen, so glaube ich doch, daß das eben Erwähnte eine nicht unbeträchtliche Ausbeute zu liefern imstande ist. Nur scheint mir, daß zu erfolgreicher Benutzung desselben ein freundlicheres Verhältnis als bisher zwischen uns und Bayern, als dem an Bedeutung den übrigen erheblich und schon dem nächstfolgenden um mehr als das Doppelte überlegenen Bundesstaate vorhanden sein müßte. Schon vermöge seiner geographischen Lage ist Bayern angewiesen, ernste Gefahren für seine Selbständigkeit vorzugsweise von Österreich zu fürchten, etwaige Befriedigungen seines Ehrgeizes auf Kosten seiner Nachbarn aber nach einer außerhalb des nähern Rayons preußischer Bestrebungen liegenden Richtung hin zu suchen. Wenn ich nun auch keineswegs der Ansicht bin, daß es in unserm Interesse liege, einer bayerischen Arrondierungspolitik Vorschub zu leisten, so beweist doch die Geschichte, daß schon der erstere Grund — die Besorgnisse nämlich Bayerns vor Österreich — zureichend ist, um Bayern auf ein Bündnis mit Preußen hinzuweisen. Es hat der außerordentlichen Ereignisse der letzten Jahre bedurft, um an Stelle dieser natürlichen Verbindung eine argwöhnische Gereiztheit bei Bayern und an vielen Stellen auf preußischer Seite eine geringschätzige Bitterkeit treten zu lassen, deren in der Presse und anderweit zutage kommender Ausdruck nicht wenig zur Erweiterung der Kluft zwischen beiden Staaten mitgewirkt hat. Wenn die meisten norddeutschen Staaten schon durch einen Blick auf die Landkarte mit Mißtrauen gegen mögliche Pläne preußischer Politik erfüllt werden können und ihnen die möglichen Eventualitäten der letztern Jahre einen tiefern Eindruck hinterlassen haben, als die Großmut, mit welcher S. M. der König die Benutzung derselben unterließ, so kann Bayern vermöge seiner geographischen Lage und dem größern Selbstgefühl, welches dasselbe aus eigner Bedeutung und aus der Möglichkeit selbständiger Anlehnung an andere schöpft, von einem Argwohn dieser Art freier bleiben und sich einem Anschluß an preußische Politik unbefangner hingeben. Dabei scheint die Gewinnung Bayerns für diesen Anschluß erleichtert zu werden durch die hohe Empfänglichkeit der Regierung wie der einzelnen für jede Anerkennung und Berücksichtigung der politischen Bedeutung Bayerns. Das Selbstgefühl der Bayern ist in dieser Beziehung groß genug, um Schritte, welche beispielsweise bei Hannover oder Sachsen den Eindruck verdächtiger Absichtlichkeit machen würden, von Bayern sehr wohl aufgenommen zu sehen. Das Hauptmotiv der eigensinnigen Haltung, welche Bayern in der französischen Anerkennungsfrage einnahm, lag in der Unterlassung der Förmlichkeit einer rechtzeitigen Begrüßung*) der Regierung um ihre Einwilligung. *Mir scheint nicht, daß es für unsre politische Stellung von Nachteil sein könnte, wenn wir den bayerischen Großmachtgelüsten von Zeit zu Zeit diejenigen äußerlichen Satis-

*) Hier liegt wohl ein Hörfehler vor.

faktionen gewähren, nach welchen man in München so lüstern ist. Der Abstand zwischen Preußens und Bayerns Bedeutung in Europa bleibt doch zu groß, als daß Bayern auf ein gleiches Niveau mit uns gehoben erscheinen könnte, wenn wir dasselbe mit einiger Auszeichnung vor den übrigen minder wichtigen Bundesstaaten behandelten, von denen* höchstens Hannover vermöge seiner nahen Nachbarschaft und sonstigen geographischen Lage annähernd auf ein ähnliches Gewicht für uns Anspruch machen kann, welches aber durch die bewiesene Unzuverlässigkeit in Vertragsverhältnissen und durch die argwöhnischen Übertreibungen des Souveränitätsgefühls wiederum erheblich beeinträchtigt wird.

E. E. höherem Ermessen stelle ich g. anheim, welcher Wert vorstehenden Betrachtungen beizulegen sei und ob, falls dieselben sich des Beifalls E. E. erfreuen, den gegenseitigen diplomatischen Beziehungen Preußens und Bayerns ein lebhafterer und innigerer Charakter gegeben werden kann, als demselben bisher beiwohnt . . .

*336. Privatschreiben an Minister v. Manteuffel.

[Eigenhändig.]

9. März 1853.

E. E. beehre ich mich in der Anlage ein Privatschreiben[1]) zu überreichen, welches ich dem Grafen Stolberg, weil dessen Feder schneller ist als die meinige, dictirt habe. Es würde zu weit führen, wenn ich alle die Unzuträglichkeiten, die mit Herrn von Prokesch vorkommen, E. E. im Detail schildern wollte, obschon ich glaube, daß es zu Ihrer Erheiterung wesentlich beitragen würde. Ich bin überzeugt, wenn auf der Bühne einem hochgestellten Staatsmanne ein Character von dieser Lügenhaftigkeit und eiteln Unmanierlichkeit beigelegt würde, so fände jedermann, daß der Autor aus tendenziöser Bosheit gegen die Diplomatie jede Wahrscheinlichkeit überschreite. Es ist mir wie eine Genugthuung für die menschliche Natur, wenn dieser selbstgefällige Comödiant wenigstens durch die Leidenschaft des Zorns dazu gebracht wird, aus der Rolle zu fallen, und ohne Bestreben nach dem Beifall der Zuhörer eine Empfindung ausdrückt, die er ausnahmsweise wirklich hat. Ich bezahle ihn mit gleicher Münze, versichre ihn meiner Liebe, und suche durch Ruhe seinen boutaden gegenüber in Vorteil zu kommen. Aber erlauben E. E. mir, daß ich wenigstens Ihnen gegenüber mein Herz ausschütte, indem ich ausspreche, wie abgeschmackt und lächerlich ich diesen Mann finde, in seinen Bemühungen seine Person mit der amtlichen Stellung vortheilhaft zu drapiren und die schulmeisterliche Krähe mit den Pfauenfedern der Diplomatie auszustaffiren. Hier raisonnire ich natürlich nur inwendig auf solche Weise und lasse ihm die Illusion, daß ich ihn, selbst „in der ehrenwerthen Aufrichtigkeit des heftigen Gemüths“ (seine Worte) persönlich verehre.

Unser hiesiger Consul, M. von Bethmann, befindet sich in der heftigsten Aufregung über die Ernennung Rothschilds zum Hofbanquier[2]) und findet in derselben, obschon er für sich dieses Prädicat niemals ambitionirt habe, eine Zurücksetzung, die durch eine Auszeichnung für ihn selbst ausgeglichen werden müsse. Ich kann diese Nothwendigkeit nicht einsehn und finde in seiner Auffassung nur einen Vorwand, um seine Eitelkeit durch Erlangung des Johanniterordens zu befriedigen, den er als eine zweckmäßige Compensation bezeichnete. Ich kann ihn für einen geeigneten Träger dieses Ordens nicht halten; er

[1]) Vgl. die vorhergehende Nummer.
[2]) Vgl. oben Nr. 294 Anm. 1.

würde diese für Preußen wohlfeile, aber hoch im Curse stehende Münze herabdrücken. Er will morgen zu S. K. H. dem Prinzen von Preußen, dort sein Gewerbe anzubringen. Sollte er, wie er mir drohte, sein Consulat aus Schmerz über die Auszeichnung Rothschilds niederlegen wollen, so findet sich leicht ein andrer geeigneter und aufrichtiger für Preußen portirter Nachfolger.

Die Poststunde nöthigt mich zu schließen. In treuster Anhänglichkeit . . .

337. Bericht vom 10. März 1853 an Minister v. Manteuffel, betr. den Beschluß wegen Inspizierung der Bundeskontingente. Streit in der Bundesversammlung aus Anlaß der Weigerung Dänemarks. — Vgl. Poschinger, Neue Berichte S. 73 ff.

338. Bericht vom 11. März 1853 an König Friedrich Wilhelm IV., betr. eine Verstimmung des bayerischen Gesandten gegen Österreich und Erörterungen aus Anlaß von Exzessen bayerischer Soldaten. — Vgl. Poschinger I Nr. 156. Der darin enthaltene Bericht über die Offenbacher Angelegenheit folgt im Original hinter dem über die Abstimmung wegen der Stärke des Bundesheeres. Poschinger hat eine willkürliche Umstellung vorgenommen.

339. Privatschreiben an Minister v. Manteuffel.

[Ausfertigung.]

16. März 1853.

[Zollvereinssache. Vgl. Poschinger I Nr. 157.]

. . . Herr von Prokesch hat mich wiederholt sondiert in bezug auf unser Verhalten in der englischen Flüchtlingsfrage; ich habe in meinen Erklärungen, ohne zu behaupten, daß mir E. E. eigene Ansichten schon bekannt wären, vorzugsweise das mit dem letzten Reskript in dieser Angelegenheit mir mitgeteilte Referat des Herrn Bunsen als Grundlage meiner Äußerungen benutzt. Das Resultat einer Kollektivnote dürfte allerdings den Wünschen der Absender in keiner Weise genügen, vielleicht geradezu unerfreuliche Erfolge haben, beständen solche auch nur in Verbesserung der Beziehungen zwischen England und Frankreich. Die Gefahren, welche die Anwesenheit der Flüchtlinge in England für den Kontinent herbeiführen kann, treffen offenbar in erster Linie Österreich, uns vielleicht nicht einmal in zweiter und, solange wir eine entschlossene Regierung behalten, im Grunde gar nicht. Sollten wir daher aus bundesfreundlicher Gefälligkeit gegen Österreich uns bei Schritten beteiligen, durch welche unsere freundschaftlichen Beziehungen zu England gefährdet würden, so könnte dies, meiner Ansicht nach, nur im Austausch für einen von E. E. zu ermessenden Gegendienst Österreichs geschehn, welches seinerseits nicht die Gewohnheit hat, irgend etwas pour nos beaux yeux zu tun.

In betreff der Ulm-Rastatter Sache erlaube ich mir E. E. anliegend Abschrift eines noch unvollendeten Schreibens an den Herrn General von Gerlach g. zu übersenden.[1]) Herr von Prokesch, der die Förderung dieser Angelegenheit mit großem

[1]) Das Stück ist bei Kohl, Bismarcks Briefe an Leopold v Gerlach S. 64 ff. nach dem Original abgedruckt. Die an Manteuffel gesandte Abschrift zeigt einige Abweichungen. Sie ist nicht eigenhändig, wie Poschinger angibt, sondern von der Hand Stolbergs. Zu der Stelle in der Abschrift, welche von der Verzögerung des Drucks des preußischen Votums in der Militärkommission handelt, macht Bismarck für Man-

Eifer betreibt, sagte mir, daß Graf Thun dieselbe wiederholentlich mit Herrn von Gerlach besprochen habe, und es schien mir deshalb nützlich, letzteren in der Richtung zu informieren, daß er nicht etwa durch eingehende persönliche Äußerungen der Vermutung Raum gebe, als ob die Auffassung Sr. M. des Königs in dieser Frage nachgebender wäre als die des Ministeriums. Äußerungen des Herrn von Prokesch lassen mich ohnehin argwöhnen, daß man sich mit der Hoffnung schmeichelt, den etwaigen Widerstand der Regierung durch direkte Einwirkung auf die allerhöchste Person zu überwinden. In der gestrigen Ausschußsitzung ließ er unwillkürlich durchblicken, daß ihm die Zustimmung Preußens zu den Forderungen Österreichs wahrscheinlich sei. Ich bemerkte ihm nachher unter vier Augen, wie wenig geeignet die bisherige Behandlung der Sache gewesen sei, die K. Regierung für die Aufnahme derselben günstig zu stimmen. Meine Äußerung, daß es zweckmäßig sei, wichtige Angelegenheiten von seiten einer der Großmächte nicht ohne vorgängige Verständigung an den Bund zu bringen, wies er in der ersten und natürlichen Regung mit einiger Verwunderung zurück, und fand darin etwas ganz neues, worüber bisher ein „Vertrag zwischen Preußen und Österreich nicht geschlossen sei". Demnächst lenkte er ein, und wünschte nur, ausnahmsweise die vorliegende Frage, in der eine vorgängige Verständigung einmal nicht zu erreichen gewesen, von Preußen auch nicht versucht sei, nicht darunter leiden zu lassen; das Geschehene sei einmal nicht zu ändern. Demnächst schloß er die Unterredung mit einer lebhaften und feierlichen Beteuerung seiner persönlichen Gesinnungen für Preußen und seiner Erkenntnis der Notwendigkeit des Zusammenhaltens beider Mächte. Leider ertrinken die meisten Besprechungen der Art zwischen uns, so praktisch sich auch ihr Anfang gestalten mag, schließlich resultatlos in einer Flut ähnlicher Phrasen. . . .

340. Bericht an Minister v. Manteuffel.

[Konzept.]

16. März 1853.[1])

Das Haus der Gräfin Hohenthal sei außerordentlich geeignet. [Ausführliche Beschreibung desselben.]

. . . Nach meinem persönlichen Dafürhalten kann ich die Akquisition eines eigenen Hotels gerade in Frankfurt, als dem Zentralpunkte Deutschlands und einem Punkte, der von Hunderttausenden von Fremden jährlich passiert wird, für die K. Gesandtschaft und die K. Residentur als der Würde der K. Regierung entsprechend, und somit im Interesse der Gesandtschaft liegend, auf das entschiedenste befürworten. Er selbst sei jetzt ganz „seiner Stellung entsprechend etabliert" und werde durch eine Übersiedlung in ein neues Gebäude Kosten und große Umstände haben. Möglicherweise bietet sich übrigens die Aussicht zur Akquisition anderer wohlfeilerer Häuser; doch würde behufs deren Benutzung durch die K. Gesandtschaft ein Ausbau erforderlich sein, und hierzu würde ich aus Scheu vor fiskalischen Bauten nicht raten, am allerwenigsten an einem Orte, wo die Diplomaten zu prellen fast eine Ehrensache ist. Insbesondere ist mir noch das Haus S. K. H. des jetzigen Kur-

teuffel am Rande die Bemerkung: „Der Druck ist noch heut nicht erfolgt! trotz der Ausschußbeschlüsse, nach welchen er unverzüglich stattfinden sollte. Man hat fast acht Tage gewartet, ehe das Manuskript zur Druckerei gegeben wurde, und sucht seit weitern acht Tagen den Fortgang des Drucks zu verschleppen"

[1]) Manteuffel hatte unter dem 28. Februar angefragt, ob sich das in der Neuen Mainzer Straße belegene Haus der früheren Gräfin Bergen, nunmehrigen Gräfin Hohenthal, zum Gesandtschaftshotel eigne, da der König geneigt sei, nachdem der Baron Meyer Carl v. Rothschild die nötigen Mittel unter günstigen Bedingungen herzugeben sich erboten habe, ein solches für Preußen zu erwerben.

fürsten von Hessen als zu verkaufen bezeichnet worden, und ich würde dieses nach Lage und Beschaffenheit dem Gräflich Hohenthalschen sogar um so mehr vorziehen, als es durch seinen, dem Anschein nach fast 15 Morgen großen Garten, der Regierung die Möglichkeit bieten würde, auch andere Bauten, z. B. Kasernen aufzuführen, wenn die künftige Entwickelung der politischen Lage es wünschenswert und möglich machte.

341. Schreiben an Minister v. Manteuffel.

[Ausfertigung.]

17. März 1853.

[Ergebnis der Flottenversteigerung. Vgl. Poschinger IV S. 146.]

. . . . . Der interessanteste Vortrag der heutigen Sitzung war der über die Reklamation des Herrn von der Kettenburg. Die Mehrheit des Reklamationsausschusses beantragte die Einholung der Erklärung der mecklenburgischen Regierung. Die Minorität, aus Hannover und Mecklenburg bestehend, beantragte die Zurückweisung der Beschwerde als nicht für die Kognition der Bundesversammlung geeignet, durch einfachen Kanzleibescheid. Herr von Prokesch stimmte nach erfolgtem Vortrage sofort dem Majoritätsgutachten bei, wogegen ich für das der Minorität votierte und außerdem meine Ansicht aussprach, daß selbst der Beschluß, die mecklenburgische Regierung zur Erklärung aufzufordern, nur mit Einstimmigkeit gefaßt werden könne, indem bundesverfassungsmäßig in Religionssachen Majoritätsbeschlüsse nicht stattfinden. Indem ich mir hierüber die Berichterstattung vorbehalte, erwähne ich nur noch, daß auf Antrag von Sachsen und Bayern Instruktionseinholung in sechs Wochen beschlossen wurde. . . . Genehmigen ꝛc.

P[ost] Sc[riptum.]

[Eigenhändig.]

Herr von Prokesch hat die Weisung erhalten, mit Rücksicht auf die Streitigkeiten Östreichs mit der Schweiz,[1]) „die Eventualität eines raschen und nachdrücklichen Auftretens des Bundes soweit vorzubereiten, als dieß auf seinem Standpunkte vor Ertheilung bestimmter Instructionen geschehen könne". Man erwartet von Baiern und Baden Anträge gegen die Schweiz, an welche Prokesch anknüpfen soll.

342. Bericht vom 18. März 1853 an König Friedrich Wilhelm IV., betr. das Verhältnis des dänischen Militärbevollmächtigten und die Beschwerde des Herrn v. d. Kettenburg wegen beeinträchtigter Religionsfreiheit. — Vgl. Poschinger I Nr. 159 und 160.

---

[1]) Die Beteiligung einiger sich in der Schweiz aufhaltender politischer Flüchtlinge am Aufstand in Mailand vom 6. Februar 1853 (vgl. oben S. 298) erweckte bei der österreichischen Regierung den Verdacht, als sei die Sache von der Schweiz und insbesondere vom Kanton Tessin eingeleitet oder doch begünstigt worden. Die von Österreich infolgedessen an die Schweiz gestellten Forderungen wurden von der Eidgenossenschaft als mit der Souveränität eines Staates unverträglich zurückgewiesen. Hierauf rief Österreich seinen Geschäftsträger bei der Eidgenossenschaft ab, ordnete eine Grenzsperre gegen den Kanton Tessin an und wies alle im lombardisch-venetianischen Königreiche wohnenden Tessiner aus dem Kaiserstaate aus.

343. Schreiben vom 18. März 1853 an den Bundespräsidialgesandten Freiherrn v. Prokesch, betr. Separatvotum in der Festungsbausache und Beschleunigung des Druckes der Voten der Militärkommission. — Vgl. Bismarckjahrbuch III 72 ff.

344. Privatschreiben an Minister v. Manteuffel.

[Eigenhändig.]

24. März 1853.

E. E. sage ich meinen g. Dank für das gütige und ausführliche Privatschreiben vom 15. c.[1]), aus dem ich mit Bedauern entnommen habe, daß Ihre Frau Gemalin von einem Leiden heimgesucht worden ist, welches ich als zwar ungefährlich aber sehr schmerzhaft kenne.[2]) Ich bitte der gnädigen Frau mein Beileid und meine herzlichsten Wünsche, daß die Herstellung schon erfolgt sein möge, auszudrücken. Die beiden Schiffe in Bremerhaven sind inzwischen so gut als verkauft für 175 000 Thaler, und konnte ich, da ich nicht berechtigt war, ein Gebot zu machen, den Zuschlag nicht aufhalten, nachdem der Käufer sich an dieses, das Ergebniß der Auction um 10 000 Thaler übersteigende Gebot nicht länger binden wollte. Die Hansa soll ein gutes Schiff, aber ein schlechtes Kriegsschiff sein, weil sie zu viel Leib für ihre Geschützfähigkeit hat.

Sehr habe ich mich gefreut, daß E. E. meine Äußerungen über unsre Stellung zu Östreich[3]) beifällig aufgenommen haben. Wie nöthig es ist, unsern Nachbarn die Nothwendigkeit fühlen zu lassen, daß er sich mit uns verständigen muß, wenn er etwas durchsetzen will, beweist der Umstand, daß trotz der Zusicherungen, die mir Prokesch neulich gab, schon wieder ein wichtiger Antrag, über die Herstellung einer selbständigen Bundesfestungs-Abtheilung, von Östreich in die Militärcommission eingebracht worden ist, ohne uns ein Wort davon zu sagen. Graf Waldersee wird schon darüber berichtet haben, und ich behalte mir dasselbe unter Motivirung meines Votums gegen den Antrag vor.

Über die Zollsache habe ich gelegentlich mit Herrn von Schrenk gesprochen. Nach seinen Nachrichten aus München erwartet man dort in keiner Art Schwierigkeiten für den baldigen Abschluß und scheint also nachgiebig und ohne Prätention gestimmt zu sein. Er versicherte übrigens, daß man andernfalls den Zollverein mit Östreich ohne uns abgeschlossen haben würde, und antwortete auf meine Zweifel, daß das allerdings die Politik der Verzweiflung gewesen sein würde, ähnlich einem Ausspruch des Grafen Lerchenfeld in der Kammer 1849, daß für Baiern nur übrig bliebe, östreichische oder preußische Provinz zu werden, ersteres aber wegen der Gleichartigkeit des Stammes und der Religion vorzuziehn sei. Die Nachrichten, welche mir Quehl über die Gravamina des Staatsministeriums gegen Minister Westphalen und über den Zwiespalt des letztern mit Ihrem Herrn Bruder gegeben hat, haben mich sehr beunruhigt. Meiner Überzeugung nach kann die Regirung für jetzt weder der Mitwirkung des einen noch des andern entbehren, und ich würde mich sehr freuen, wenn es E. E. bewährtem versöhnenden Einflusse gelänge, die nach Darstellung Quehls allerdings gerechte Empfindlichkeit Ihres Herrn Bruders zu beschwichtigen, so daß die Spaltung wenigstens nicht offenkundig würde.

---

[1]) Abgedruckt im Anhang zu den G. u. E. II 123 ff.
[2]) Frau v. Manteuffel hatte den „Ziegenpeter".
[3]) In dem Schreiben an General Leopold v. Gerlach vom 16. März 1853. Vgl. oben S. 310 Anm.

Herr von Prokesch, der mich eben verläßt, fragt täglich, ob ich noch keine Instruction wegen etwaiger gegen die Schweiz zu fassender Bundesbeschlüsse hätte; seiner Rechnung nach müßten sie schon vor 8 Tagen hier eingetroffen sein. Wenn etwas der Art, wie Östreich gegen Tessin thut, vom Bunde auf der deutschen Gränze vorgenommen werden soll, so wird die Beschlußnahme darüber voraussichtlich einige Monate erfordern, und die Ausführung, besonders wegen des Kostenpunktes und der Verkehrsnachtheile, welche die Bevölkerung der deutschen Grenzstaaten an der Schweiz zu tragen haben wird, mit manchen Weiterungen verbunden sein. Besonders werden die mit Truppenaufstellungen zu beauftragenden Regirungen wohl zum Theil, mit Rücksicht auf den bisherigen Verlauf des Liquidationsgeschäftes, besondre Garantien für den Ersatz ihrer Auslagen verlangen. In unserm Interesse scheint es mir zu liegen, daß wir, wenn wir auf Maßregeln gegen die Schweiz eingehn, unsere Wünsche wegen Neuenburg[4]) anfangs nicht zu sehr hervortreten lassen, damit unsre Theilnahme mehr den Anschein bundesfreundlicher Gefälligkeit, als den des eignen Bedürfnisses hat.

Der Geburtstag Sr. K. H. des Prinzen von Preußen ist von dem hiesigen Offizier-Corps mit einem diner gefeiert worden, dem ich als Gast beiwohnte. In den letzten Jahren sind die Spitzen der hiesigen Militärbehörden an diesem Tage stets zur Gratulation nach Coblenz gegangen; diesmal hat der Prinz es wegen der stillen Woche verbeten und mir durch Graf Pückler schreiben lassen, daß er diejenigen hiesigen Civilbeamten, welche die Absicht gehabt haben würden, sich am 22. in Coblenz einzufinden, zum 30. c. empfangen wolle. Auch Graf Goltz, der Adjudant, welcher neulich hier war, glaubte, daß der Prinz meinen Besuch erwarte. Da ich persönlich der Erwartung sehr gern entspreche, so bitte ich um die geneigte Erlaubniß, zum 30. c. auf Einen Tag nach Coblenz gehn zu dürfen. Vielleicht kann ich da auch noch etwas dazu beitragen, die unrichtigen Vorstellungen zu bekämpfen, die man Sr. K. H. von der Bedeutung des Vertrages mit Östreich gemacht hat.

Auf das Schreiben an General von Gerlach wegen Ulm-Rastatt[5]) habe ich gestern eine Antwort[6]) erhalten, nach welcher seine persönliche Ansicht dahin geht, die neue Forderung von 6 Millionen (neu gefordert sind nur gegen 4, der Rest sind Ausstände innerhalb der alten Bewilligung) abzulehnen, aber sich bereit zu erklären, beide Festungen in Vertheidigungszustand zu setzen, was „mit den vorhandenen Geldern, vielleicht mit einem Plus von 3 bis 500 000 Gulden möglich" sei. Ich weiß nicht, ob er unter „vorhandenen Geldern" die Ausstände bei der Marine usw. mitbegreift, vermuthlich wohl, da er die Lage der Sache wohl nicht so im Detail kennt. Jedenfalls werde ich heut oder morgen einen genauen und umfangreichen Bericht über die Sache an E. E. absenden und resümire hier mein unvorgreifl. Votum dahin, zur Flüssigmachung der jetzt nicht liquiden Summen aus der alten Bewilligung die Hand zu bieten, wenn Östreich seinen passiven Widerstand in andern Fragen, z. B. der des hiesigen Obercommandos, aufgiebt und in der Militärcommission mehr mit uns Hand in Hand geht; auf neue Bewilligungen aber nur gegen neue Concessionen, vielleicht in den Garnisonverhältnissen von Mainz, einzugehn, und wenn an solchen der K. Regirung nichts liegt, garnicht. Wir können den Öst-

[4]) Am 24. Mai 1852 hatten die europäischen Großmächte zu London in einem von ihren Gesandten unterzeichneten Protokoll die Ansprüche des Königs von Preußen auf das Fürstentum Neuenburg, die durch die Ereignisse von 1848 beeinträchtigt waren, anerkannt. Doch war es tatsächlich bei den bestehenden Zuständen geblieben.

[5]) Gemeint ist das oben erwähnte Schreiben an Gerlach vom 16. März 1853.

[6]) Vgl. Briefe des Generals Leopold v. Gerlach an Bismarck, ed. Kohl, S. 45 ff.

reichern gewiß manchen Gefallen thun, wenn wir nur an dem Grundsatz festhalten, daß wir es niemals gratis thun. In Bundesangelegenheiten hat Östreich in den übermäßigen Präsidialbefugnissen eine für uns annehmbare Münzsorte, mit der es bisher sehr geizig umgeht; vielleicht ließen sich auch auf diesem Felde Äquivalente für eine etwaige Nachgiebigkeit von unsrer Seite in der Festungsfrage finden, die deshalb noch nicht weiter zu gehn brauchte, als unsre Interessen es mit sich bringen. Bei der jetzigen Stellung des Präsidiums ist es von Preußen gar nicht zu verlangen, daß wir irgend etwas für Ausbildung des Bundes und Erweiterung seiner Competenz thun, denn der Einfluß auf die Geschäfte ist zu ungleich unter den angeblich gleichberechtigten Bundesgenossen vertheilt. Eine Sitzung des Ausschusses für Revision der Geschäftsordnung habe ich noch immer nicht von Herrn von Prokesch erreichen können, trotz des vor vierzehn Tagen gefaßten Beschlusses, daß diese Arbeiten beschleunigt werden sollen, und obschon ich ihn erinnre, so oft ich ihn sehe. Das kann doch auf die Dauer nicht angehn, daß Östreich einseitig einen Beschluß dadurch im Sande verlaufen läßt, daß sein Gesandter als Vorsitzender den betreffenden Ausschuß nicht beruft. Mit dem der Geschäftsordnung geht es nun schon fast zwei Jahr so. Trotz alledem stehe ich jetzt mit Prokesch auf einem Fuße, dessen Aufwand an gegenseitiger Liebenswürdigkeit auf die Dauer kaum durchzuführen ist. Die Unterhandlungsform aufbrausender Heftigkeit hat er nicht wieder gewählt, seit ich einmal in dem Tone erwiderte. Er ist jetzt beängstigend sanft und spielt mit meinen Kindern. Mit vielen Empfehlungen für Ihre Frau Gemalin und dem Wunsche eines frohen Osterfestes ...

*345. Privatschreiben an Minister v. Manteuffel.

[Eigenhändig.]

26. März 1853.

E. E. erlaube ich mir, im Nachtrag zu meinem gestrigen Schreiben[1]) noch g. zu melden, daß wahrscheinlich der General von Schmerling, Vorsitzender der Militär-Commission, bei Gelegenheit seiner Urlaubsreise nach Wien, die er vor einigen Tagen angetreten, auch nach Berlin kommen und dann in der Festungsbau-Angelegenheit thätig sein wird. Wenn sich das bestätigt, so scheint es mir, bei dem äußerlich ansprechenden und unbefangnen Wesen dieses Offiziers, nicht überflüssig, nochmals zu erwähnen, daß Unaufrichtigkeit ein hervorragender Characterzug bei ihm ist und er unser Vertrauen durchaus nicht verdient. Zugleich muß ich über einen Artikel in Nr. 69 der mir soeben zugehenden „Zeit“ Klage führen. Derselbe (Frankfurt, 19. März) reproducirt ohne Commentar eine Angabe der Leipziger Zeitung, nach welcher der Ausbau von Ulm und Rastatt und die Anlage des verschanzten Lagers in einem unsrer Auffassung ganz entgegengesetzten Lichte erscheint. Was in der „Zeit“ steht, passirt, wenn auch oft mit Unrecht, ohne Widerrede für Ansicht der Regirung, und jener Artikel erweckt hier die Ansicht, daß meine Opposition gegen die östreichischen Vorschläge in dieser Sache mehr von mir persönlich als von der Regirung ausgeht. Die Bezeichnung: „Die Leipz. Ztg. meldet“, ändert darin nichts.

Ich werde, wenn ich nicht von E. E. ein veto erhalte, am 30. in Coblenz und am 31. wieder hier sein, und hoffe, daß Ihnen der kurze Landaufenthalt während der Ostern in gewohnter Weise leiblich und geistig wohlthun werde. Mit der Bitte, mich der gnädigen Frau zu empfehlen, in treuster Anhänglichkeit . . .

[1]) Gemeint ist das Privatschreiben vom 24. März Nr. 344.

346. Bericht vom 26. März 1853 an Minister v. Manteuffel, betr. die Revision der Geschäftsordnung des Bundes. — Vgl. Poschinger I Nr. 161.

347. Bericht vom 28. März 1853 an Minister v. Manteuffel, betr. den vom Großherzogtum Hessen gestellten Antrag wegen des Treibens der politischen Flüchtlinge in England. Zweideutige Haltung Prokeschs. — Vgl. Poschinger, Neue Berichte S. 77 ff.

348. Privatschreiben an Minister v. Manteuffel.

[Eigenhändig.]

1. April 1853.

E. E. zeige ich g. an, daß ich gestern von Coblenz zurückgekehrt bin. Ich fand daselbst eine sehr zahlreiche, vorwiegend militärische Gesellschaft, die von allen Regimentern der beiden westlichen Armecorps zur Beglückwünschung des Prinzen erschienen war. Auch einige der rheinischen Autonomen waren gekommen und wurden, soviel ich wahrnehmen konnte, mit Auszeichnung behandelt, was nicht hinderte, daß sie mit ihrer Aufnahme unzufrieden abreisten, dem Vernehmen nach, weil Graf Fürstenberg-Stammheim noch mehr geehrt wurde als die übrigen. Letztrer schien in einiger Absonderung zu leben und sprach sich mir gegenüber unaufgefordert so stark gegen das Treiben der Ultramontanen aus, wie ich es von einem gläubigen Katholiken noch nicht gehört habe. Der Graf Goltz hatte einen Brief von seinem Bruder Robert, in welchem dieser der jetzigen Haltung unsrer auswärtigen Politik seine volle Anerkennung zollt und namentlich eine Note nach Wien lobt, welche abmahnenden Rath in Bezug auf die Confiscationen in der Lombardei ertheile, und eine andre nach Petersburg, welche den Wunsch ausdrücke, über Rußlands Haltung im Orient und die Sendung von Menczikoff[1]) Aufklärungen zu erhalten. Wenn beide facta richtig sind, so muß Robert Goltz Verbindungen im Ministerium haben, die ihn von allen Vorgängen au fait halten. Vorgestern fand ein Ball im dortigen Schloß statt, der, wenigstens in dem nicht uniformirten Theile der Gesellschaft, eine eigenthümliche Mischung darbot, sowohl den politischen Meinungen wie der gesellschaftlichen Stellung nach. Ich fand dort Reichensperger, den Apotheker Mohr, der früher Mitglied der Linken der zweiten Kammer war, einen Weinhändler, bei dem ich meine Bestellungen machen konnte, und viele unbekannte, auf einem Hofballe durch ihre Tournüre das Auge verletzende Erscheinungen. Einer besondern Intimität mit J. K. H. der Prinzessin erfreut sich eine Frau Teichmann aus Cöln, geb. Schaffhausen, eine lebhafte, Brillen tragende Dame von ziemlich emancipirtem äußern Wesen. Eine dortige Dame sagte mir, daß sie sehr befreundet mit J. K. H. sei, bei längern Besuchen im Schlosse wohne, und beide sich gegenseitig „Du“ nennten. Ich wage nicht zu entscheiden, ob diese Art der Popularität die Rheinländer mehr als bisher Preußisch macht; wenn es ist, so will ich mich darüber freuen. Für meine Person wurde ich sehr gnädig aufgenommen, auch von der Frau Prinzessin, was bisher weniger der Fall zu sein pflegte. In Bezug auf den Handelsvertrag sagte mir der Prinz schließlich, daß er nichts weiter daran zu tadeln finde, als die erneute „Einladung“ der Coalitionsstaaten zu den Zollconferenzen.

[1]) Admiral Fürst Menschikow war in außerordentlicher Mission nach Konstantinopel abgesandt.

Es gelang mir S. K. H. auch über diesen Punkt beifälliger zu stimmen und darzuthun, daß wir nicht wegen Formalien mit Östreich und der Coalition und außerdem mit Hanover gleichzeitig gespannt bleiben und gegen alle Front machen könnten, es vielmehr besser sei, einem Theil unsrer Gegner goldne Brücken zu bauen und an ihnen Verbündete gegen andre zu gewinnen. E. E. letztres Schreiben hatte den Prinzen schon sehr beruhigt, und war er besonders mit der Zurückhaltung in der Flüchtlingsfrage zufrieden. Bei meiner Rückkehr fand ich Abschrift der Instruction an Graf Arnim in Sachen der Bundescanzlei hier vor. Ich bin etwas in Sorge, daß Graf Arnim diese Instruction, gleich andern, deren Geheimhaltung nicht sehr wichtig erscheint, dem Grafen Buol zeigt, und habe deshalb heut berichtet und telegraphirt; das würde hier ein Wespennest gegen mich rege machen. Die demokratischen Verhaftungen und Beschlagnahmen in Berlin kommen für unsre äußre Politik etwas mal à propos.[2]) Mit der Bitte mich Ihrer Frau Gemalin zu empfehlen in treuster Anhänglichkeit . . .

349. Schreiben vom 1. April 1853 an Minister v. Manteuffel, betr. Mißstände in der Bundeskanzleiorganisation. Mitteilung der über die einzelnen österreichischen Beamten vorgebrachten Beschwerden nach Wien. Inopportunität eines solchen Schrittes. Anderweite taktische Vorschläge für die Behandlung der Frage. — Vgl. Poschinger, Neue Berichte S. 80 ff.

*350. Schreiben an den Prinzen von Preußen.

[Eigenhändig.]

3. April 1853.

. . . In den Anlagen beehre ich mich E. K. H. ein Exemplar der gedruckten Verhandlungen der Militär-Commission über den weitern Ausbau von Rastatt und Ulm unterthänigst zu überweisen und füge gleichzeitig einige die Flüchtlingsfrage betreffende Actenstücke bei, um deren Rücksendung nach genommener Einsicht ich ehrfurchtsvoll bitte. Ueber den Antrag von Hessen-Darmstadt ist gestern votirt worden, und liegt eine Abschrift meiner Abstimmung hier bei, welcher sich nur noch die Sächsischen Herzogthümer (Herr von Fritsch) vollständig und Luxemburg annähernd anschlossen; alle Übrigen votirten für Verweisung der Sache an einen Ausschuß, die meisten in der Hoffnung, die Sache dort einschlafen zu sehn. Das ganze Verfahren hatte keinen andern Character, als den einer nutzlosen Demonstration gegen England, welche durch den Nicht-Anschluß von Preußen ihr Gewicht verlor; denn wie Östreich darüber denkt, war ohnehin bekannt.

Ehrfurchtsvoll verharre ich . . .[1])

351. Bericht an König Friedrich Wilhelm IV.

[Ausfertigung.]

4. April 1853.

Österreich habe vorgeschlagen, den Antrag des Großherzogtums Hessen, die englische Regierung zu ersuchen, die das Asylrecht mißbrauchenden flüchtigen Hochverräter aus England auszuweisen oder unschädlich zu machen, ev. die gegen die Bemühungen des Londoner revolutionären Komitees erforderlichen weiteren

[2]) Am 26. und 27. März hatten in Berlin zahlreiche Haussuchungen, Verhaftungen und Beschlagnahmungen stattgefunden, weil die Polizei revolutionären, auf Londoner Propaganda zurückzuführenden Umtrieben auf der Spur zu sein glaubte.

[1]) Antwort des Prinzen s. Anh. z. G. u. E. I S. 20 f.

Beschlüsse vorzubehalten, im Sinne des zweiten Teils des Antrages an einen Ausschuß zu überweisen. Er (Bismarck) sei auf seinen Vorschlag hin von der Regierung ermächtigt worden, den Antrag abzulehnen und dieses Votum durch die Unzeitigkeit desselben und den Mangel an erweislichen Anhaltspunkten zu motivieren.

Wenngleich ich voraussah, daß die große Majorität sich für die Verweisung an den Ausschuß aussprechen würde, so glaubte ich doch in der . . . Abstimmung bei der Ablehnung schon deshalb verharren zu müssen, um dem, dem Anschein nach ersten Präzedenzfall entgegenzutreten, daß Fragen der europäischen Politik von so großer Bedeutung, wie die vorliegende[1]), durch kleinere Regierungen ohne vorherige Verständigung mit den beiden deutschen Großmächten und namentlich mit dem, bei jenem Antrage vorzugsweise beteiligten Kaiserl. österreichischen Kabinett, dessen wiederholte Abmahnung, wie mir Freiherr von Prokesch versicherte, erfolglos geblieben wäre, vor die Bundesversammlung gebracht werden.[2])

352. Bericht vom 5. April 1853 an Minister v. Manteuffel, betr. die Verhandlungen wegen Reorganisation der Militärkommission. — Vgl. Poschinger I Nr. 163.

353. Bericht vom 6. April 1853 an Minister v. Manteuffel, betr. die Ulm-Rastatter Festungsbausache. — Vgl. Poschinger I Nr. 164.

354. Schreiben vom 11. April 1853 an den Vorstand des Statistischen Bureaus in Berlin, betr. die Herstellung einer wissenschaftlichen Verbindung desselben mit süddeutschen Instituten. — Vergleiche Poschinger I Nr. 165.

355. Bericht vom 11. April 1853 an Minister v. Manteuffel: Die Beibehaltung eines Hilfsarbeiters zur Bearbeitung der Preßangelegenheiten ist wünschenswert. Politische Bedeutung der Preßstation Frankfurt am Main. Umfang der Amtsgeschäfte bei der Bundestagsgesandtschaft. Personal der österreichischen Gesandtschaft. — Vgl. Poschinger, Neue Berichte S. 84 ff.

356. Privatschreiben an Minister v. Manteuffel.

[Ausfertigung.]

14. April 1853.[1])

E. E. beehre ich mich anliegend außer einigen Zirndorferschen Polizeiberichten eine Zusammenstellung von Notizen g. zu überreichen, welche mir der Major Deetz mitgeteilt hat. Nach den von ihm hinzugefügten mündlichen Erläuterungen befürchtet er, daß die Bearbeitung des Militärs und namentlich der Unteroffiziere von seiten der Demokratie

351. [1]) Vorlage: der vorliegenden.
[2]) Die Sperrungen in dem Text bei Poschinger I Nr. 162 sind nicht durch Unterstreichungen in der Vorlage bedingt.

356. [1]) Nicht eigenhändig, wie Poschinger, Neue Berichte S. 88 angibt, sondern von der Hand des Grafen Th. Stolberg. Nur der Schlußabsatz ist von B. geschrieben. P. gibt das Schreiben arg verstümmelt wieder.

bei dem Frankfurter Linienbataillon vollständigen, bei unsern, den bayerischen und österreichischen Jägern wenigstens teilweisen Erfolg gehabt haben, so daß nur die österreichische Division von Prinz Albert-Infanterie, bei welcher sehr wenig Leute deutsch verstehen, durchgehends zuverlässig sei. In bezug auf das Frankfurter Bataillon ist es wohl glaublich, daß er Recht hat, bei den übrigen Truppenteilen möchte ich annehmen, daß die dem Major Deetz eigene allarmistische Lebhaftigkeit der Auffassung ihn aus dem Vorhandensein einzelner anrüchiger Individuen auf einen schlimmeren Zustand als den wirklich vorhandenen schließen läßt. Bestätigung von anderer Seite her findet die mir von dem Kommandanten ebenfalls mündlich gemachte Angabe, daß der Einfluß der katholischen Seelsorge auf den dieser Konfession angehörigen Teil der Königl. Truppen ein oft bedenklicher sei, indem ein Teil dieser Geistlichkeit, wie die Erfahrung auch an andern Orten zeigt, von der Revolution überhaupt, Gewinn für die Kirche erwarte, ein anderer in Schmähungen gegen die Gründer und Bekenner der Kirche, welcher das Königl. Haus und die Mehrheit seiner Untertanen angehören, jedes Maß überschreitet. Im übrigen hat das 29. Regiment in dem Oberst von Kessel einen sehr tüchtigen und energischen Kommandeur, dessen Persönlichkeit für die Zuverlässigkeit des Regiments alle Bürgschaft giebt, die von dem Einzelnen zu erwarten ist. Wenn der Zeitpunkt indessen eintritt, daß das Regiment oder doch dessen Kommandeur ohnehin wechselt, so glaube ich allerdings, daß es vorzuziehen sein würde, dasselbe entweder durch ein polnisches oder durch ein vorwiegend aus Protestanten bestehendes zu ersetzen.

Was die demokratische Stimmung und die Wühlereien unter der Bevölkerung von Stadt und Umgegend betrifft, so mögen die Angaben des Majors Deetz immerhin begründet sein, aber wir können meiner Überzeugung nach diesen Gefahren, welche zum geringern Teil durch die schlechte Presse bedingt werden, erst dann mit Erfolg entgegentreten, wenn wir diesen Teil von Deutschland einer militärischen Diktatur ohne jede Rücksicht auf gerichtliche Formen und deren Schutz unterwerfen. Die auf allgemeiner Entsittlichung und Zuchtlosigkeit beruhende politische Gesinnung der hiesigen Bevölkerung ist einmal vorhanden und braucht nicht durch Umtriebe der Presse oder der Vereine erst geschaffen zu werden. Das Volk hier und in den Nachbarstaaten hat die Achtung und Scheu vor seinen Obrigkeiten längst verlernt; die meisten Organe der letzteren sympathisieren mit der politischen Revolution und würden weder Mut noch Kraft haben, der daraus hervorgehenden sozialen entgegenzutreten, wenn durch irgendwelche Ereignisse die Furcht vor der überlegenen Militärgewalt beseitigt würde, welche allein die durch die Vorgänge von 1848 lüstern gemachten kommunistischen Begehrlichkeiten niederhält. Zum Glück ist der Volksstamm dieser Gegenden der Mehrheit nach von Natur feig, wenigstens so lange er nicht in geregeltem Militärverbande steht, und ich bin überzeugt, daß dasselbe System, welches in Österreich der von dem Nationalhaß und der natürlichen Leidenschaftlichkeit getragenen Hartnäckigkeit der Lombardei und Ungarn gegenüber unbefriedigende Erfolge liefert, hierzulande selbst bei geringerer Energie in der Durchführung seinen Zweck nicht verfehlen würde. Ich will damit nicht sagen, daß ich auf sofortige Einleitung derartiger Maßregeln hinzuwirken wünschte; der Versuch dazu würde schon an dem Widerstande Österreichs scheitern, in dessen Politik es m. A. n. liegt, nicht bloß innerhalb der österreichischen Grenzen die öffentliche Sicherheit als bedroht erscheinen zu lassen und zu einer gänzlichen Beseitigung derjenigen Gefahren, welche für Preußen aus der Nachbarschaft der hiesigen Zustände erwachsen können, die Hand nicht zu bieten. In dieser Auffassung wurde ich namentlich durch die Art bestärkt, wie Graf Thun im

Jahre 1851 und später jede Andeutung von meiner Seite, unter der Form des Belagerungszustandes von der Polizeigewalt Besitz zu nehmen, zurückwies. Ich zweifle nicht, daß man damals durch ein unerwartetes Einschreiten in den Besitz wichtiger Materialien gelangt sein würde. Heutzutage ist die Demokratie durch viele Vorgänge gewarnt und hat sowohl Papiere als kompromittierte Personen in Sicherheit gebracht. Auch von den beabsichtigten Maßregeln gegen die Arbeitervereine verspreche ich mir wenig Erfolg, denn wenn es schon mit brauchbaren und willigen Polizeibeamten schwer ist, dem Übel geheimer Vereine zu steuern, so wird in hiesiger Gegend jede von dem Bunde zu beschließende Maßregel vermöge der Unfähigkeit, Furchtsamkeit und dem üblen Willen der ausführenden Behörden zu einer illusorischen werden. Ich halte daher ein offizielles Befassen des Bundes mit dieser Sache mehr durch das politische decorum für geboten, als daß ich mir Erfolg davon verspräche. Von den Personen, welche der Major Deetz in seinem Bericht unter Nr. 5 anführt, halte ich den Grafen Bielsky für ganz ungefährlich; er ist ursprünglich von gutem Hause, aber durch Verschwendung und Leichtsinn bis zum Branntweintrinker heruntergekommen, und beschäftigt sich weniger mit Politik, als mit mehr oder weniger schwindelhaften Versuchen, Geld aufzutreiben, welches er in Homburg verspielt. Delomba kenne ich nicht. Dumont stammt aus einer hiesigen Kaufmannsfamilie, die in Sachsenhausen ein Haus besitzt, durch Seidenhandel mit Italien in Verbindung steht; er führt die Lebensweise eines aventuriers unter dem Äußern eines ancien militair, trägt das Band der Ehrenlegion und lebt von unbekannten, jedenfalls unregelmäßig fließenden Mitteln. Ich weiß nicht, inwieweit zu den letzteren der Besitz einer sehr schönen Tochter beiträgt, welche sich früher zeitweise auf den Schlössern vornehmer aber in geschlechtlicher Beziehung nicht skrupulöser Herren in der Rheingegend aufhielt und gegenwärtig meist mit dem Grafen Hatzfeldt-Weißweiler, dem geschiedenen Manne der berüchtigten Gräfin gleichen Namens zu leben scheint. Gewiß ist, daß er mit der französischen Regierung in Verbindung steht, und möchte ich glauben, daß er eher für diese als Beobachter als im Interesse der Demokratie selbst sich mit politischen Umtrieben befassen wird, sobald es überhaupt der Fall ist.

Nach[2]) Anweisung der Instruction, welche ich mit E. E. Reskript vom 5. in Bezug auf die Arbeitervereine erhalten, habe ich mich bereits mit Herrn von Prokesch besprochen, die Sache aber so dargestellt, als ob wir sie mehr aus Gefälligkeit gegen unsre Bundesgenossen, als nach eignem Bedürfniß betreiben. Ich habe seit den polizeilichen Beschlagnahmen in Berlin bemerkt, daß Herr von P[rokesch] bemüht ist, diesen große Wichtigkeit beizulegen und etwaige Maßregeln gegen revolutionäre Gefahren als vorzugsweise in unserm Interesse liegend anzusehn. Bei Gelegenheit des anliegenden Berichts vom Major Deetz bemerke ich noch g., daß alle Nachrichten und Urtheile aus dieser Quelle mit Vorsicht aufzunehmen sein dürften, indem mannigfaltige Ursachen auf seine Anschauungsweise Einfluß üben. Ich lebe in gutem Vernehmen mit ihm, aber mit den meisten andern Preußen hier am Ort, namentlich mit den höhern Militärs ist das Gegentheil der Fall, und da D[eetz] an viele hochgestellte Personen über die verschiedenartigsten Gegenstände schreibt und berichtet, so will ich nicht unterlassen zu erwähnen, daß sein Urtheil durch Antipathien einerseits, und durch das Bedürfniß nach offizieller Anerkennung andrerseits mitunter getrübt werden mag. Namentlich Graf Walderſee liebt er nicht .... In treuster Ergebenheit ...

[2]) Von hier ab eigenhändig.

*357. Privatschreiben an Minister v. Manteuffel.

[Eigenhändig.]

14. April 1853.

E. E. beehre ich mich einen durch meine Schuld hier zwei Tage liegen gebliebenen Bericht des Herrn von Canitz über die in Darmstadt concessionirte Bank g. zu überreichen. Ich darf annehmen, daß die K. Regirung durch den Präsidenten Bloch bereits näher von der Sache unterrichtet ist, da derselbe hier und in Cöln Conferenzen mit Herrn von Haber gehabt hat. Er äußerte hier gegen jemand, daß er seine „Freunde" Gervinus und Dahlmann hier habe treffen wollen. Ob danach diese Bank irgend welche Verwandschaft mit Gothaer Politik hat, weiß ich nicht, halte auch die Herrn Professoren nicht für practisch und unternehmend genug, um die Ausbeutung einer solchen Geldmacht für politische Parteizwecke zu versuchen. Ich weiß nicht, ob Herr von Bethmann über dergleichen Erscheinungen auf commerciellem Gebiet, wie es wohl sein Beruf sein würde, an E. E. berichtet; in Betreff der Gründung dieser Bank hat er erst durch Herrn von Canitz vor etwa 8 Tagen den ausdrücklichen Anstoß erhalten, der K. Regirung eine Meldung zu machen, die ziemlich mager und oberflächlich gehalten ist. Ueberhaupt würden wir hier für unser Consulat Leute finden können, die sich desselben viel lebhafter und mit aufrichtiger Ergebung an Preußen annehmen würden. Ich glaube E. E. schon früher gemeldet zu haben, daß Herr v. Bethmann mir in Aussicht stellte, er werde sein Consulat niederlegen, wenn er nicht durch Verleihung des Johanniter-Ordens eine Reparation für die ihm durch Rothschilds Ernennung zum Hofbanquier gethane Zurücksetzung erhalte.[1]) Wenn er damit Ernst macht, so würde ich unmaßgeblich rathen, die Gelegenheit zu einer nützlichern Besetzung der Stelle unbedenklich wahrzunehmen. — Das Gerücht, nach welchem Graf Buol für Prokesch herkomme, dieser nach Constantinopel gehe und Bach das Auswärtige übernehmen sollte, wurde hier in den östreichischen Kreisen nicht für ganz grundlos gehalten, und Frau von Brints sprach von dem längstgehegten Wunsch ihres Bruders, seiner Minister-Stellung enthoben zu sein. Durch die Ernennung von Bruck zum Internuntius verliert aber diese Combination an Boden.

Zum 1. Mai wird Graf Stolberg voraussichtlich zu seinem Regiment zurückkehren, und da mir Lynar unvermerkt abhanden gekommen ist[2]), so habe ich dann keinen Attaché mehr. Sollten E. E. wieder einen für mich disponibel haben, so würde ich ihn dankbar acceptiren. Zur Repräsentation im Salon, Unterhaltung der socialen Verbindungen, Ermittlung von Damen- und Stadtgesprächen, sowie zum Dictiren vertrauter Briefe haben diese jungen Herrn sehr ihr Nützliches.

In der heutigen Sitzung ist der Preuß.-Östreichische Antrag gestellt worden, das Gutachten des politischen Ausschusses über Maßregeln gegen die Arbeiter-Vereine zu erheben. Sonst kam nichts Erhebliches vor.

Morgen Abend reist der Geh. Rath Crüger nach Berlin ab; über das von ihm bearbeitete Liquidationswesen berichte ich noch ausführlich im Laufe der Woche. Persönlich scheint er die Reise besonders gewünscht zu haben, um seine beeinträchtigte Anciennität im Dienst des Innern sicher zu stellen und womöglich seine jetzige Stelle mit der eines Ober-Regirungs- oder Ministerialraths zu vertauschen. Ich kann aber nur wiederholen, daß er meiner Überzeugung nach hier jetzt nicht zu missen ist und seine Ersetzung durch

[1]) Vgl. oben S. 278.
[2]) Vgl. auch den Brief B.s an seine Gattin vom 27. Juni 1852: „Lynar ist spurlos verschwunden".

einen andern nicht nur geschäftliche Nachtheile für uns, sondern auch dem Bunde gegenüber formelle Schwierigkeiten haben würde. Ich bin dabei nur auf das Interesse des Dienstes bedacht, denn er macht mir durch seine dünkelhafte Empfindlichkeit, sein Mißtrauen und Streben nach Emancipation von meinem Einfluß das Leben mitunter so sauer, daß ich ihn von Herzen hinwünsche, wo der Pfeffer wächst. Auch Wenzel und Zietelmann können nicht mit ihm fertig werden, was dienstlich oft unbequem wird. Der Erbprinz von Meiningen und Gemalin sind gestern im strengsten Incognito unter dem Namen „von Rauenstein" hier angekommen und heut nach Paris weiter gereist. — Meine Frau und ich empfehlen uns angelegentlichst Ihrer Frau Gemalin. In treuster Ergebenheit . . . .

Herr v. Trott sagt mir, der Kurfürst werde mit dem Hause am Main nicht theuer sein, da er es jedenfalls los zu sein wünsche. Das Statut der neuen Bank ist in der heutigen Darmstädter Zeitung abgedruckt.

*358. Bericht an Minister v. Manteuffel.

[Eigenhändig.]

18. April 1853.

E. E. zeige ich in Folge einer soeben erhaltenen Veranlassung g. an, daß hier von unsrer Seite eine Bedingung, unter welcher wir Beiträge für Rastatt pp. zahlen würden, niemals ausgesprochen worden ist, am allerwenigsten die, daß wir nur dann zahlen würden, wenn die verschanzten Lager nicht gebaut würden. Es wäre auch kein Sinn darin, denn die Lager würden eo ipso fortfallen, wenn wir uns auf keine neuen Bewilligungen einlassen; will Süddeutschland sie aber ohne unsre Beihülfe bauen, wozu gar keine Aussicht ist, so können wir nichts dawider haben und auch keine diesjährigen Zahlungen davon abhängig machen. Von letztern, nämlich diesjährigen Zahlungen, ist bisher noch garkeine Rede hier gewesen, viel weniger Discussion oder Aufstellung von Bedingungen. Soviel ich auswendig weiß, werden auch gar keine Zahlungen von uns direct gefordert für dies Jahr, sondern nur die Flüssigmachung der in der Marine festgelegten Gelder, eventuell auf dem Wege einer Vorschußumlage. Was Gen[eral] v. Schmerling in dieser Beziehung in Berlin gesagt haben soll, ist danach vollständig erfunden. Sehr in Eile.

359. Bericht an König Friedrich Wilhelm IV.

[Konzept.]

18. April 1853.

. . . Freiherr von Prokesch hatte der von ihm[1]) abgegebenen Gegenerklärung[2]) in dem Protokolle eine Fassung gegeben, welche einer Deutung fähig war, als wenn das Präsidium in vollem Rechte in der Sache gewesen sei. Auf meine vertrauliche Vorstellung

[1]) Poschinger hat: mir.

[2]) In der Bundestagssitzung vom 2. April 1853 hatte Bismarck namens seiner Regierung eine Erklärung abgegeben, worin er das Verfahren des Präsidiums, welches wegen einer beabsichtigten Übereinkunft zwischen Frankreich und dem Deutschen Bunde zur Verhinderung des Nachdruckes am 6. November 1852, ohne Autorisation der Bundesversammlung, eine Note an den französischen Gesandten gerichtet, und der Bundesversammlung erst am 24. Februar 1853 Kenntnis von der Sache gegeben hatte, als geschäftsordnungswidrig bezeichnet.

deshalb änderte er indessen dieselbe in der Art, wie sie jetzt gedruckt ist. Es wird darin keine weitre Rechtfertigung versucht, sondern als Motiv des Verfahrens nur die Ansicht bezeichnet, daß in der Sache doch nichts habe geschehen können.

Von mehreren meiner Kollegen ist mir dafür, daß ich den in Rede stehenden Übergriff des Präsidiums in der geschehenen Weise gerügt, gedankt und dabei ausgesprochen worden, daß man in einer solchen Konstatierung eines Falles, wo die Geschäftsordnung verletzt worden, das einzige Mittel erblicken müsse, um das Präsidium zu einer strengeren Beobachtung derselben zu bestimmen, daß aber kleinere Regierungen über dergleichen Verletzungen schweigen müßten, weil man die Erfahrung gemacht habe, daß Österreich ihnen eine solche Anregung unausbleiblich, wenn auch erst nach langer Zeit, in unangenehmer Weise zu vergelten pflege. . . .

360. Bericht vom 21. April 1853 an Minister v. Manteuffel, betr. die Gründung der Darmstädter Kreditbank. Differenzen der Bankhäuser von Haber und von Rothschild. Beteiligung der Pariser Caisse mobilière bei der Gründung. Die Leiter der neuen Bank. Opposition der Frankfurter Kaufmannschaft. Gegenprojekt einer Frankfurter Bank. Politische Bedeutung der Darmstädter Bankschöpfung für Preußen. Befürchtung einer den preußischen Zollvereinsinteressen widerstrebenden Tätigkeit des Institutes. — Vgl. Poschinger, Neue Berichte S. 92 ff.

361. Bericht vom 22. April 1853 an Minister v. Manteuffel, betr. die Bildung eines technischen Bureaus der Militärkommission — Vgl. Poschinger I Nr. 167.

*362. Bericht vom 26. April 183 an Minister v. Manteuffel: Überreichung der am 6. April 1853 angekündigten Denkschrift über die vorläufige Geschäftsordnung der Bundesversammlung vom 14. Nov. 1816.[1])

363. Bericht vom 27. April 1853 an Minister v. Manteuffel, betr. Beschwerde Graf Buols über Bismarcks Präsidialführung bei Gelegenheit der Annahme der Kaiserwürde durch Napoleon III. Vermutlicher Zweck der Beschwerde. — Vgl. Poschinger, Neue Berichte S. 98 ff.

364. Bericht vom 29. April 1853 an Minister v. Manteuffel, betr. unbefugte Beschlagnahme von Flottenmaterial durch das Gericht in Bremerhaven. — Vgl. Poschinger I Nr. 168.

365. Bericht vom 29. April 1853 an Minister v. Manteuffel, betr. die Beschwerde des aufgelösten lippeschen Landtags wegen Aufhebung der lippeschen Verfassung vom 16. Januar 1849 durch den Fürsten zu Lippe. — Vgl. Poschinger I Nr. 169.

[1]) Die Denkschrift mit der Zusammenstellung der Abänderungsvorschläge umfaßt im Konzept 82 Spalten. Sie trägt zahlreiche längere Bleistiftbemerkungen von Bismarcks Hand, die zum Teil nach Vornahme von Korrekturen durch den Konzipienten (Wentzel) wegradiert sind.

366. Bericht an Minister v. Manteuffel.

[Ausfertigung.]

30. April 1853.

Überreichung einer Denkschrift des Herrn v. Stietencron, des Ratgebers des Fürsten zu Lippe, über den lippeschen Verfassungsstreit.

Meine unmaßgebliche Ansicht glaube ich nur dahin wiederholen zu können, daß eine Wendung der Sache am wünschenswertesten wäre, welche eine vertrauliche Vermittelung seitens der K. Regierung gestattete, indem es mehr unserer Politik entsprechen dürfte, in den kleinen, uns benachbarten Staaten den preußischen Einfluß vor jedem anderen, von außen kommenden, geltend zu machen, als der Einmischung des Bundes in die inneren Angelegenheiten dieser Staaten Raum zu geben.

367. Bericht vom 3. Mai 1853 an Minister v. Manteuffel, betr. die Ulm-Rastatter Festungsbausache. — Vgl. Poschinger I Nr. 171.

368. Bericht an Minister v. Manteuffel.

[Ausfertigung.]

5. Mai 1853.

Der politische Ausschuß habe in betreff des Antrages wegen der gegen die Arbeitervereine zu ergreifenden Maßregeln[1]) vor einigen Tagen seine erste Sitzung gehalten.

In derselben legte Herr von Prokesch den vollständig ausgearbeiteten Entwurf eines aus sieben Paragraphen bestehenden Bundesbeschlusses vor, dessen § 1 mit den Worten beginnt:

„Alle Vereine sind aufgehoben“,

während § 2 dahin lautet:

„Für die Zukunft wird die Bildung von Vereinen nur unter nachstehenden Bedingungen gestattet.“

Die kategorische Form dieses Entwurfs zu einem Bundesbeschlusse, welche der Stellung der einzelnen Regierungen der Bundesversammlung gegenüber nicht die erforderliche Rücksicht trägt, verfehlte nicht, bei den Mitgliedern des politischen Ausschusses von vornherein Bedenken zu erregen. Dazu kam, daß die derartige Vorlegung eines vollständigen Entwurfes seitens des Vorsitzenden ohne vorgängige Beratung bisher nicht üblich gewesen, vielmehr dessen Ausarbeitung stets einem Referenten des Ausschusses nach vorgängiger Ermittelung der im Ausschuß vertretenen Ansichten anheimgefallen ist. Unter diesen Umständen erklärte ich, daß es zunächst darauf ankommen möchte, die in den verschiedenen Bundesstaaten über das Vereinswesen bestehenden gesetzlichen Bestimmungen übersichtlich zusammenzustellen. Diesem Vorschlag traten die übrigen Mitglieder bei, und

[1]) In Gemeinschaft mit Prokesch brachte Bismarck in der Bundestagssitzung vom 14. April 1853 die Frage in Anregung, auf welche Weise der verderbliche Einfluß, den die über einen großen Teil von Deutschland verbreiteten Arbeitervereine namentlich auf den Handwerkerstand ausübten, abzuschneiden sei. Um die Bundesversammlung zur Feststellung ihres Urteils hierüber in Stand zu setzen, stellten die beiden Gesandten den Antrag, die Bundesversammlung wolle den politischen Ausschuß zur Berichterstattung über die im Interesse der gemeinsamen Sicherheit gegen die Arbeitervereine zu ergreifenden Maßregeln auffordern.

infolgedessen übernahm Herr von Schrenck die Anfertigung einer solchen Zusammenstellung. Sobald diese vorliegt, wird die Beratung in der Sache selbst beginnen.

Ohne der in dieser Hinsicht von E. E. zu erwartenden näheren Instruktion vorzugreifen, erlaube ich mir folgendes zu bemerken.

Der eigentliche Zweck der K. Regierung ist darauf gerichtet, daß den Arbeitervereinen von revolutionärer und kommunistischer Tendenz, wie sie die mittels Erlasses vom 19. November 1851 zugefertigte Denkschrift näher charakterisiert, in allen Bundesstaaten ein Ende gemacht werde.

Bereits bei der vorläufigen Beratung im politischen Ausschuß trat die Ansicht hervor, daß ein einfaches allgemeines Verbot der Arbeiter- oder anderer unter einem bestimmten Namen zu errichtender Vereine eine wirkliche Garantie für die Erreichung des desfallsigen Zweckes kaum gewähre. Ich konnte nicht umhin, mich diesem Bedenken anzuschließen, indem ein solches Verbot nur einen Wechsel des Namens oder Streitigkeiten über die Kategorien, denen die Zwecke und die Mitglieder zuzuzählen seien, hervorrufen würde.

Hiernach scheint mir die Tendenz des zu fassenden Bundesbeschlusses nicht dahin gehen zu sollen, Vereine von bestimmter Benennung zu verbieten, sondern vielmehr solche allgemeine Bestimmungen über das Vereinswesen überhaupt aufzustellen, welche der Obrigkeit die Möglichkeit sichern, sich von jedem Akt der Vereinstätigkeit in Kenntnis zu erhalten, alle Lebenszeichen von Vereinen aber, welche sich dieser Kenntnis entziehen, sowie die Existenz aller nicht angemeldeten Vereine, ohne Rücksicht auf die Nützlichkeit oder Strafbarkeit ihres Zweckes, mit strengen gesetzlichen Strafen zu belegen. Ein solches System würde gehandhabt werden können, ohne die Existenz der Vereine, die lobenswerte, der Regierung willkommene Zwecke verfolgen, zu beeinträchtigen.

Für die Aufstellung derartiger allgemeiner Normen dürfte in dem diesseitigen Vereinsgesetz vom 11. März 1850 Anhalt und Maßstab zu finden sein.

Insoweit dessen Bestimmungen durch die inzwischen gemachten Erfahrungen sich als mangelhaft erwiesen haben, würde ich die Anweisung E. E. darüber erwarten, welche Vervollständigungen etwa erforderlich scheinen, und wie dieselben ohne Konflikt mit den preußischen Landesgesetzen ins Leben zu führen sein möchten.

369. Vertraulicher Bericht vom 7. Mai 1853 an Minister v. Manteuffel, betr. die Ulm-Rastatter Festungsbausache. — Vgl. Poschinger I Nr. 173.

370. Privatschreiben an Minister v. Manteuffel.

[Eigenhändig.]

7. Mai 1853.

E. E. beehre ich mich, hierbei einen Bericht über eine Unterredung mit Herrn von Prokesch zu überreichen, über welche ich mich der Verwunderung nicht erwehren konnte, so sehr ich auch sonst dem „nil admirari" huldige.

Ich habe darin nur den Sinn seiner Äußerungen ohne die Schminke wiedergegeben, welche ihnen der oratorische Schwung meines Freundes verlieh. Das Gespräch fand auf einem gemeinsamen Spatziergange statt, und ich mußte wiederholt darauf Bedacht nehmen, durch freundliches Einlenken die Vortragsform meines Gefährten auf das Niveau unver-

fänglicher Conversation zurückzuführen, wenn er einen Ton annahm, welcher die Aufmerksamkeit der Vorübergehenden erregte. Wenn ich auch die declamatorischen Übertreibungen in Abzug bringe, welche dem Herrn von P[rokesch] eigenthümlich sind, so bleibt doch die Summe dessen, was er sagte, immer noch von der Art, daß mir scheint, einer Einmischung des Vladika[1]) von Montenegro in die innern Angelegenheiten Östreichs könnte nicht weniger Beachtung beigelegt werden, als in den Augen meines Collegen die Ansichten Preußens über die Bundesfestungsfrage zu verdienen scheinen. *Ich konnte anfangs die Vermuthung nicht ganz unterdrücken, daß er zur Feier der Ankunft seiner Frau dem Bachus reichlich geopfert habe; aber seine Gewohnheiten sind nicht von der Art, und ich überzeugte mich, daß seine Meinungen vollkommen ernsthaft und durchdacht waren.* Um nicht selbst von der Aufregung angesteckt zu werden, gab ich dem Gespräch endlich eine andre Wendung, worauf er ebenso plötzlich den Kothurn ablegte und in einen Erguß herzlicher Vertraulichkeit überging.

Meines Erachtens können wir, dem Verfahren Östreichs gegenüber, in der Sache nicht nachgeben, ohne eine schwere Niederlage für unser Ansehn und unsern Einfluß am Bunde zu erleiden. Daß eine so wichtige Sache nicht nur ohne unsre Mitwirkung, sondern im Widerspruch mit unsern amtlich ausgesprochnen Ansichten, bei bestrittner Competenz, durch eine Majorität gegen uns durchgeführt würde, wäre ein in der Geschichte des Bundes unerhörter Präcedenzfall und einer Abdication unsres berechtigten Einflusses gleich zu achten.

Ich kann mir dieses scharfe Vorgehn von Östreich, dieses absichtliche und eilige Herbeiführen eines nachher sehr schwer zu lösenden Conflictes nicht anders erklären, als daß man hofft, sobald das fait accompli eines per majora gezogenen Bundesbeschlusses da sei, die Gelegenheit nicht ausbleiben werde, Preußen zu schließlichem Fallenlassen seines Widerspruchs zu bewegen, und vielleicht schon die Anwesenheit Sr. Majestät in Wien[2]) dies möglich machen werde. Man bedenkt dabei nicht, daß für uns alsdann die Nachgiebigkeit durch die von uns zu Protokoll zu gebende Verwahrung sehr erschwert sein wird, hofft vielleicht gerade, daß die Größe und Unbequemlichkeit des Conflictes in uns das Bedürfniß seiner Beilegung erzwingen und so unsre Geldbeiträge flüssig machen werde. Man geht einstweilen über unsern Widerspruch zur Tagesordnung, mit der Idee, das werde sich später finden, wenn man nur unbeirrt vorschreite.

Frau von Prokesch ist seit etwa 8 Tagen hier, aber noch nicht eingerichtet. Die Damen vom Bunde waren theilweis in Zweifel, ob sie ihr nicht die erste Visite zu machen hätten; sie hat die Erwägungen damit abgeschnitten, daß sie meine Frau beim ersten Besuch bat, die Tournée mit ihr zu machen. Frau von Reinhart ist die einzige, welche ihr dennoch zuvorgekommen ist.

. . . Ich hoffe, daß es den Ihrigen wohlgeht, und wünsche von Herzen Glück, daß die Corvée der Kammerarbeit ein Ende nimmt. Mit der Bitte mich Ihrer Frau Gemalin zu empfehlen in treuster Anhänglichkeit . . .

371. Bericht vom 10. Mai 1853 an Minister v. Manteuffel, betr. militärische Bedenken gegen das neue Straßenbausystem im Großherzogtum Luxemburg. Vorschläge hinsichtlich der Behandlung der Frage im Bunde. — Vgl. Poschinger, Neue Berichte S. 102 ff.

[1]) Vladika (slavisch = „regierender Herr"), in Montenegro bis 1852 Titel des (geistlichen) Fürsten.
[2]) Es war ein Besuch König Friedrich Wilhelms IV. in Wien beabsichtigt, der in der Zeit vom 19. bis 24. Mai erfolgte.

372. Privatschreiben an Minister v. Manteuffel.

[Eigenhändig.]

11. Mai 1853.

E. E. beehre ich mich hierbei einen Bericht[1]) über die jetzige Lage der Festungsbausache vorzulegen. Herr von Prokesch hat, nachdem er mir seine Instruction im Original vorgezeigt hatte, nach welcher er angewiesen war, „wenn von Berlin inzwischen keine andre Erklärung als die bisherigen käme[2]), dennoch[3]) mit der Abstimmung ohne Aufschub vorzugehn", doch noch einen, und wie er meint, den letzten Versuch zur Verständigung zu machen sich herbeigelassen. Vorher gab er mir vertraulich einen Aufschluß darüber, was er von dem weitern Verlauf der Sache denke. Dieser stimmte mit der in meinen frühern Berichten gemachten Voraussetzung. Danach würden, wenn die Preußische Verwahrung und die Gegenverwahrung des Präsidiums zu Protokoll gegeben wären, die Staaten, welche für Annahme der Anträge gestimmt hätten, sich dennoch[4]) zur Zahlung für verpflichtet halten und zahlen, und wenn dann Preußen und einige andre (Holstein, Lauenburg, Sächsische Herzogthümer) auch ihre Beiträge zurückhielten, so würde dieses Verhältniß wesentlich den Character eines Präcipuums haben, welches diejenigen Bundesstaaten, die jenen Bestrebungen ein vorzugsweises Interesse widmeten, trügen. In petto behielt er wohl die Voraussetzung, daß Preußen früher oder später bei irgend welcher Gelegenheit sich doch werde zur Zahlung bewegen lassen, bevor die Beiträge der andern verbaut seien, und daß somit der entstehende Riß im Bundesfinanzwesen sich mit der Zeit heilen würde.

Ich habe mich in dem Berichte für das Eingehn auf das vorgeschlagene einstweilige Mittel ausgesprochen, einerseits in der Überzeugung, daß auch wir wünschen müssen, daß die Arbeiten, welche zu einem wirklich haltbaren Abschluß der eigentlichen Festung Ulm nöthig sind, nicht unterbrochen werden, namentlich aber weil die Frage so liegt, daß eine Ablehnung Preußens Sr. M. dem Könige, oder aber unsern deutschen und außerdeutschen Bundesgenossen, leicht in dem Lichte einer hartnäckigen und sachlich unmotivirten Opposition gegen die Stärkung des süddeutschen Vertheidigungssystems dargestellt werden kann.

Wenn man die Frage ohne Zusammenhang mit dem gesammten Liquidationswesen nur so betrachtet, daß gewisse Festungsfonds Vorschüsse für Centralausgaben geleistet haben, daß kein Zweifel über die Pflicht aller Bundesglieder, diese Centralausgaben matrikularmäßig zu tragen, obwaltet, daß die Festungen dieser Gelder dringend bedürfen, wenn nicht der Bau offen bleiben und tiefe Zerwürfnisse im Bunde entstehn sollen, so fürchte ich, daß man mit solcher Darstellung auf hochstehende, mit Liquidations- und Geldsachen weniger vertraute Personen einen Eindruck macht, dessen Rückschlag zu weitern Nachgiebigkeiten gegen die übertriebnen Anforderungen Östreichs für die verschanzten Lager führen kann.

Eine wichtige Frage ist noch, ob nicht durch die eventuelle Flüssigmachung dieser 534 000 fl. die Hauptfrage, der Bau der verschanzten Lager nämlich, in der Art präjudicirt werden kann, daß mit diesen Mitteln Arbeiten unternommen werden, welche schon außerhalb des von Preußen beantragten Abschlusses der Werke liegen, und alsdann weitre Bauten nach sich ziehn, wenn sie nicht fortgeworfen sein sollen. Ich habe mich deshalb mit dem diesseitigen Mitgliede der Festungsabtheilung besprochen. In Rastatt werden nach

---

[1]) Von dem Abdruck desselben ist abgesehen.
[2]) Vorlage: kämen.
[3]) Poschinger hat irrig: darnach.
[4]) Poschinger hat irrig: demnach.

Verwendung der gemachten Ersparnisse keine Bauten mehr zu machen sein, welche nicht schon in das gegnerische System fielen. Bei Ulm dagegen bedarf man zur Vollendung derjenigen Werke, welche sowohl zu dem von uns gebilligten Abschluß innerhalb des jetzigen Umfanges, als auch zur Herstellung der von Östreich beabsichtigten Erweiterung nothwendig sind, noch mindestens des gesammten Betrages der aus dem Baufonds hergegebenen Vorschüsse. Danach würde die jetzt aufzubringende Summe nur in Ulm und nur zu solchen Bauten zu verwenden sein, die auch nach unserm System nöthig sind.

Die gestrige Discussion im [Militär-] Ausschuß über die Frage der Einstimmigkeit war sehr lebhaft. Meine Collegen gingen von dem Grundsatz aus, bei Streitigkeiten über das Erforderniß der Einhelligkeit müsse es eine Instanz geben, welche entscheide; sonst könne der kleinste Staat jeden Beschluß durch die Behauptung, daß Unanimität erforderlich sei, hemmen. Eine solche Instanz könne naturgemäß nur der Bund selbst sein, dem die Auslegung seiner Gesetze zustehe. Mein Gegenargument war das andre Extrem der Omnipotenz der neun kleinsten Stimmen von der 9. bis 17. Curie, sobald man die Garantien der Unabhängigkeit der übrigen acht Stimmen durch einen die Competenz etablirenden Majoritätsbeschluß illusorisch machen könne. Sobald man das zugiebt, könnte die Bundesversammlung, wenigstens der Theorie nach, in Deutschland so unumschränkt regieren, wie der Kaiser in Rußland. Ich begreife die Verblendung dieser Herrn nicht, die meinen, in dergleichen dem Geist der Bundesverfassung widersprechenden Übertreibungen ein Mittel gefunden zu haben, Preußen zu jeder ihnen angemessen scheinenden Leistung zu zwingen, während sie keinen Versuch wagen, Östreich zur Nachzahlung rückständiger Matrikularbeiträge, welche der Verlegenheit sofort im rechtmäßigen Wege ein Ende machen würden, auch nur aufzufordern, obschon die große Majorität von der rechtlichen Verpflichtung Östreichs, Baierns, Sachsens, Churhessens zur Zahlung ihrer Marinebeiträge vollständig durchdrungen ist. Herr von Reinhart ging soweit zu sagen, daß Preußen auf diesem Wege dahin gelange, die Bundesverträge zu brechen, eine Äußerung, deren Wiederholung ich höflich, aber ernsthaft verbat. Das Resultat blieb indessen, daß die Abstimmung über die Hauptfrage ausgesetzt wird. Ich hoffe, daß man in Wien keine Versuche machen wird, S. M. den König durch einseitige und unrichtige Darstellungen dieser Sache zu täuschen und zu behaupten, daß Preußen in Bereitwilligkeit, das Bundesgebiet zu sichern, gegen Andre zurückstände. Grade in Wien muß man sich doch erinnern, daß [man] im Dezember 1841 nur unter der ausdrücklichen Bedingung, daß die Baukosten 10 000 000 Thlr. nicht übersteigen dürften, dem östr. General von Roditzky die Feststellung des Bauplans überlassen hat, und jetzt will man grade aus diesem Bauplan die Pflicht zu weitern Beiträgen für uns herleiten.

Herr von Prokesch motivirte gestern seinen Antrag unter anderm dadurch, daß gerade die gesammte Summe der Centralkosten aus dem Rastatter Baufond entnommen sei, während er in seiner Hand ein mir bekanntes Actenstück hielt, auf dessen erster Seite sämmtliche Fonds benannt waren, denen die Summe entlehnt ist, die nur zu etwa $^2/_5$ nach Ulm-Rastatt gehört. Ich machte Zweifel geltend, er blieb aber bei seiner Angabe, indem er das Actenstück bei Seite legte. Außerdem hatte er durch Herrn von Rostitz in den von mir eilig zu unterschreibenden Ausschußvortrag einen Passus hineinbringen lassen, welcher dem Übereinkommen, daß die geringere Matrikel für uns angewandt werden solle, zuwiderlief. Auf solche kleinliche Manöver muß ich selbst in den unbedeutendsten Sachen gefaßt sein. Die Post nöthigt mich zum Schluß, und werde ich über die Theorie der Einstimmigkeitsfrage noch amtlich berichten. In treuster Ergebenheit ...

373. Bericht vom 13. Mai 1853 an König Friedrich Wilhelm IV., betr. die Ulm-Rastatter Festungsbausache. — Vgl. Poschinger I Nr. 176.

*374. Bericht an Minister v. Manteuffel.

[Ausfertigung.]

14. Mai 1853.

.... Auffallend ist es, daß bald nach der Rückkunft des Generals v. Schmerling von Berlin sich in den hiesigen Kreisen und namentlich durch Herrn v. Rostitz das Gerücht verbreitete, E. E. und die K. Regierung wären den Anträgen Österreichs in bezug auf den Ulm-Rastätter Bau bei weitem günstiger gestimmt, als es hier den Anschein habe; der Widerstand, welcher demselben seitens Preußens bei den Verhandlungen vom Bundestage bisher geleistet sei, habe vielmehr wohl hauptsächlich in meiner persönlichen Auffassung seinen Grund.

Wenn der Zweck dieser absichtlich verbreiteten Nachricht dahin gehen dürfte, bei den übrigen Regierungen den Glauben zu erwecken, daß Preußen bei ihrem festen Zusammenhalten seinen bisherigen Widerstand aufgeben würde, so dürfte es den diesseitigen Interessen u. m. u. U. entsprechen, die Bundesregierungen über die Stellung, welche die K. Regierung zu dieser Frage einnimmt, in einer Weise aufzuklären, welche ihnen keinen Zweifel über die diesseitige Auffassung läßt. ....

375. Privatschreiben an Minister v. Manteuffel.

[Eigenhändig.]

15. Mai 1853.[1])

Durch Herrn von Canitz erfahre ich soeben, welche Schritte Herr von Dalwigk in Bezug auf ihn gethan hat. Ich kenne den Verlauf der Unterredung, welche dazu Anlaß gegeben hat, natürlich nur aus der Darstellung von Canitz, und kann daher nur im Allgemeinen dem von diesem erstatteten Bericht hinzufügen, daß die hervorragendste Eigenschaft bei Canitz, den ich seit langen Jahren kenne, eine scrupulöse Wahrhaftigkeit ist, und er es auf keinen Fall über sich gewinnen würde, zu seiner Rechtfertigung irgendwie von der Wahrheit abzuweichen oder dieselbe auch nur zu färben. Ein gleiches kann man von Dalwigk nicht sagen. Was aber der Grund zu diesem plötzlichen intriganten Anfall auf Canitz ist, vermag ich bisher nicht zu errathen. Daß Frau von Otterstädt in irgend einer Weise dahinter steckt, halte ich nicht für unmöglich; der Mann ist m. E. zu ehrlich dazu. Wenn ich Canitz in seiner Amtsführung irgend Bemerkungen zu machen Veranlassung gehabt hätte, so wäre es vielleicht darüber, daß er zu conciliant in seinen Verkehrsformen mit Dalwigk und dem Prinzen Witgenstein ist, als über das Gegentheil; es liegt auch nicht in seiner Natur, heftig oder unhöflich zu werden, sich im Gespräch zu emportiren, er bleibt stets ruhig und in gewählter Form. Bei den höchsten Herrschaften in Darmstadt stand er persönlich stets in Gnaden, gehört zu den regelmäßigen Française-Tänzern J. K. H. der Großherzogin, und ich habe auf den Großherzogl. Jagden selbst sehn können, daß der re-

[1]) Dalwigk hatte sich in Berlin amtlich über das Benehmen des Herrn v. Canitz gegen ihn beschwert. Vgl. Näheres bei Poschinger I S. 243 Anm. 1.

girende Herr stets sehr freundlich gegen ihn war. Ich kann mit voller Überzeugung erklären, daß das Verhalten von Canitz in keiner Art die Veranlassung zu dem gesuchten Streit gewesen ist. Die Herrn von Schäffer und Camesaska, die vertrauten Rathgeber des Großherzogs, wissen bisher nichts von der Sache; Herr von Dalwigk hat also entweder ohne Autorisation gehandelt, oder die letztre dadurch erhalten, daß sein Herr, wenn er zu anhaltend von ihm gelangweilt wird, mit einem ausweichenden „ja ja" sich entfernt. Entweder will Herr von Dalwigk den Otterstädt wieder haben, oder er sucht durch diesen plötzlichen Coup die Meinung zu erwecken, als sei mit Canitz nicht zu leben gewesen und dieß die Ursache seiner preußenfeindlichen Haltung. Dalwigk steht oder sieht sich doch fortwährend am Rande des eignen Sturzes, und weiß ich nicht, wie er vielleicht aus diesem sonderbaren Angriff auf die Person unsres Vertreters irgend ein Hülfsmittel oder Ablenkung des Interesse zu schaffen gedenkt. Gewiß ist, daß, wenn er mit seinem Verlangen durchdränge, eine beträchtliche Einschüchterung der Preußischen Agenten an den kleinen Höfen die Folge davon sein würde, und daß eine Nachgiebigkeit von unsrer Seite ein Triumpf und eine Ermunterung unsrer coalitionistischen Gegner überhaupt sein würde. Erwähnen muß ich noch, daß viele Leute in Darmstadt noch heut Canitz unschuldiger Weise für den halten, der uns die erste Abschrift des Coalitionsvertrages[2]) verschafft habe; jedenfalls hat man im vorigen Sommer versucht, den Großherzog durch diese Erzählung gegen ihn einzunehmen. Wenn ich mir erlauben dürfte, meine Meinung in der Sache unumwunden zu sagen, so würde sie dahin gehn, die dreiste Zumuthung des Herrn von Dalwigk, einen Agenten Preußens nach seinem bon plaisir abzurufen, mit der bestimmten Erklärung zu beantworten, daß überhaupt zu einem gedeihlichen diplomatischen Verkehr zwischen Preußen und Darmstadt keine Aussicht sei, so lange Herr von Dalwigk an der Spitze des Ministeriums stehe. Ich bin sicher, daß wir damit durchdringen, und unsre Actien würden erheblich dadurch steigen. Ich kann nach Pflicht und Gewissen versichern, daß, wenn Herr von Dalwigk mit Canitz nicht auskommen kann, er nur mit einem solchen Vertreter Preußens fertig werden wird, der mehr in Hessischen als in unsern Diensten steht. Ich nehme mich der Sache, obschon die Post drängt, und E. E. mein flüchtiges Schreiben verzeihn wollen, deshalb mit besondrer Wärme an, weil ich Canitz jederzeit zu einem energischeren Auftreten und zu weniger zuvorkommender Haltung gegen Herrn von Dalwigk aufgemuntert habe, als ihm bei seiner freundlichen, ruhigen und höflichen Art natürlich ist. In treuster Anhänglichkeit . . .

376. Bericht vom 17. Mai 1853 an Minister v. Manteuffel, betr. die Ulm-Rastatter Festungsbausache. — Vgl. Poschinger I Nr. 178.

377. Bericht vom 18. Mai 1853 an Minister v. Manteuffel, betr. die Unterstützung der Herausgabe einer deutschen Bundesstatistik. — Vgl. Poschinger I Nr. 179.

378. Bericht vom 20. Mai 1853 an Minister v. Manteuffel, betr. einen Präsidialübergriff des Herrn von Prokesch in der Ulm-Rastatter Sache. — Vgl. Poschinger I Nr. 180.

---

[2]) Vgl. oben S. 171, Anm. 4.

379. Telegramm an Minister v. Manteuffel.

28. Mai 1853.

Der Großherzog kann wegen Truppeninspektionen keine Audienz erteilen.[1]) Vertraulich habe ich mit dem Kriegsminister des Großherzogs von Hessen gesprochen. Dalwigk scheint zu fühlen, daß er zu weit gegangen. Der Großherzog von Hessen ist böse auf ihn und hofft, daß wir sein Verlangen ohne Folge lassen, wodurch aber die Stellung des Freiherrn von Canitz unmöglich würde. Dagegen würden drohende Schritte den Großherzog von Hessen reizen und das Gefühl verletzter Würde ihm Beharrlichkeit im Bruch verleihen, worin andere Regierungen ihn bestärken würden.

Ist es unter diesen Umständen nicht wirksamer gegen Dalwigk, wenn wir seinen unbesonnenen Schritt benutzen, Freiherrn von Canitz ohne weiteres abrufen, wegen der Mutwilligkeit des Verlangens Graf Görtz fortschicken und so einen Bruch gewinnen, bei dem der Großherzog nicht von uns gereizt, sich im Unrecht fühlt und deshalb nachgiebig gestimmt ist? Sind E. E. auf diesen Feldzugsplan einzugehen überhaupt nicht geneigt, so bitte ich um telegraphischen Bescheid bis morgen Abend.

Näherer Bericht geht heute ab, muß morgen spät ankommen.

380. Bericht an Minister v. Manteuffel.

[Ausfertigung.]

28. Mai 1853.

Infolge des mir durch das h. Reskript vom 22. d. M. vorgestern Nachmittag zugegangenen Auftrages habe ich mich an demselben Tage nach Darmstadt begeben, daselbst aber in Erfahrung gebracht, daß der Großherzog den 27., 28. und 29. zu Truppenbesichtigungen in Worms und verschiedenen Orten der Provinz Oberhessen verwenden [will], so daß ich vor Montag den 30. eine Audienz nicht wohl nachsuchen kann. Indes bin ich bemüht gewesen, mich mit dem Gr. Kriegsminister von Schäffer, der selbst ein entschiedener Gegner des Herrn von Dalwigk ist, vertraulich über die Behandlung der Sache zu verständigen. Da derselbe in Begleitung Sr. K. H. verreist war, so gelang mir dies erst gestern abend spät, und habe ich das Ergebnis meiner Unterredung E. E. einstweilen telegraphisch heute früh gemeldet.

Herr von Schäffer teilte mir mit, daß der Großherzog lebhaft zu wünschen scheine, den ihm offenbar sehr unangenehmen Vorfall dadurch als abgemacht zu betrachten, daß dem Verlangen, Herrn von Canitz abberufen zu sehen, weder von uns noch von hessischer Seite eine weitere Folge gegeben werde; S. K. Hoheit haben sogar angedeutet, daß die Sache durch eine zwischen mir und dem Gr. Hessischen Bundestagsgesandten Herrn von Münch stattgefundene Besprechung beseitigt sei, obschon die letztere von meiner Seite lediglich in der vertraulichen Frage bestand, wie der Hergang der Sache eigentlich gewesen sei.

---

[1]) Am 22. Mai war Bismarck von Manteuffel beauftragt worden, bei dem Großherzog von Hessen eine Audienz nachzusuchen, um die Canitzsche Sache zur Sprache zu bringen.

Herr von Münch gab mir darauf eine vorläufige, nichts neues enthaltende mündliche Darstellung, und las mir zwei Tage darauf Bruchstücke eines Briefes des Herrn von Dalwigk vor, welche im wesentlichen besagten, daß die Abberufung wegen der heftigen Sprache des Herrn von Canitz verlangt worden und das Resultat eines reiflich. erwogenen Beschlusses des Großherzogs sei; gleichzeitig nahm Herr von Münch meine Intercession dafür in Anspruch, daß dem Begehren der Gr. Regierung ohne Schwierigkeiten und ohne Verstimmung von unserer Seite gewillfahrt werde.

Ich erwiderte hierauf weiter nichts, als daß ich die Befürchtung aussprach: man werde in Berlin die Sache nicht so leicht nehmen, als sie hier betrachtet zu werden scheine. Nach Herrn von Schäffers Darstellung fühlt auch Herr von Dalwigk, daß er zu weit gegangen sei, und werde er froh sein, wenn diese, die Verstimmung des Großherzogs gegen ihn wesentlich erhöhende Sache ungeschehen oder doch folgenlos gemacht werden könne.

S. K. H. der Großherzog hat gegen Herrn von Schäffer in vertraulichem Gespräch sogar seine große Zufriedenheit mit der Person des Herrn von Canitz und den Wunsch, ihn zu behalten, ausgesprochen, und Herr von Schäffer hielt für unzweifelhaft, daß der Großherzog selbst von den in den Angaben des Herrn von Dalwigk vorkommenden Entstellungen überzeugt sei.

Es scheint danach leicht zu sein, über die ganze Sache ohne weiteres hinwegzugehen, wenn es in dem Willen Sr. M. des Königs liegt. Unseren Interessen scheint aber n. m. u. D. eine derartige Lösung keineswegs zu entsprechen. Selbst der Herr von Schäffer hat dem Großherzoge schon seine Befürchtung ausgesprochen, daß Preußen die Sache schwerlich auf sich werde beruhen lassen, und in der Tat würde die Stellung des Herrn von Canitz in Darmstadt nach einem solchen Vorgange eine undankbare, gedrückte und für die K. Regierung wenig nützliche sein, denn unzweifelhaft würde durch Herrn von Dalwigk der Vorgang mit Erfolg in dem Lichte dargestellt werden, als habe man sich auf Vorstellung des preußischen Kabinetts willig finden lassen, Herrn von Canitz noch ferner und bis auf weiteres zu dulden, daß es aber nur in dem Willen des Herrn von Dalwigk gelegen habe, seine Sache durchzusetzen. Ein derartiges Verhältnis würde nicht nur auf die Stellung des Herrn von Canitz, sondern auf die der diesseitigen Agenten an benachbarten Höfen nachteilig zurückwirken. Nur durch eine in die Augen fallende Satisfaktion für die K. Regierung und für Herrn von Canitz persönlich könnte den Entstellungen des Herrn von Dalwigk die Wirkung abgeschnitten werden. Eine derartige Genugtuung könnte in einer Ordensverleihung an Herrn von Canitz und in einer Zurücknahme des zu seiner Abberufung geschehenen Schrittes durch den Grafen Görtz gefunden werden. Abgesehen indessen von der Schwierigkeit, die es schon haben wird, den Großherzog ohne Verletzung der argwöhnischen Reizbarkeit Sr. K. H. in betreff der Souveränität zu einer derartigen Zurücknahme des formell unter seinem Namen geschehenen Schrittes zu bestimmen, scheint die Gelegenheit, nach einem anderen Plane benutzt, doch günstig zur Beseitigung des Herrn von Dalwigk zu sein. Voraussichtlich wird Herr von Schäffer recht haben, wenn er mir sagt, daß S. K. H. nach Ausrichtung meines Auftrages vom 22. d. M. mir kurz erwidern werde, daß ihm die Sache unangenehm sei und wir nicht weiter davon reden wollten, und dann etwa die beiden streitenden Teile gemeinschaftlich zur Tafel laden, um ihre Aussöhnung zu bewirken. Die Andeutung aber, daß es für Herrn von Canitz oder für dessen künftigen Nachfolger kaum möglich sein werde, nach dem, was vorgegangen, gedeihliche Beziehungen zu Herrn von Dalwigk zu unterhalten, werde S. K. H. ausweichend oder gar nicht beantworten und den Gegenstand des Gesprächs wechseln, so daß

ich, wenn ich etwas anderes als ein Aufsichberuhen der Sache oder etwa eine Ordensverleihung erreichen wolle, unter allen Umständen genötigt sein würde, Sr. K. H. die Alternative des Nachgebens oder des Abbrechens der diplomatischen Beziehungen zu stellen, und eine Antwort hierauf präzis und wiederholt zu verlangen. Nach dem Charakter Sr. K. H. war es Herrn von Schäffer unzweifelhaft, daß S. K. H. sich im Gefühl verletzter Würde für den letzteren Fall entscheiden, Sich dann für den beleidigten Teil halten und, in dieser Auffassung bestärkt durch Einflüsse von Cassel, Dresden, Paris und Wien, lange Zeit fest bleiben werden.

Anders dagegen stellt sich die Sache, wenn S. K. H. in die Lage kommt, seine Regierung und namentlich den Herrn von Dalwigk, dessen Unbesonnenheit und Mangel an Wahrheitsliebe den Konflikt heraufbeschworen hat, für den schuldigen Teil zu halten. Aus den Angaben des Herrn von Schäffer muß ich schließen, daß dies erreicht werden würde, wenn wir pure auf die Forderung, Herrn von Canitz abzuberufen, eingehen, ohne der Gr. Regierung Gelegenheit zur Zurücknahme derselben zu geben. Bei der Überzeugung, zu der S. K. H. gekommen zu sein scheint, daß Herr von Dalwigk die Sache entstellt und übertrieben hat, wird in dem Gefühl Sr. K. H., daß Hessen die Schuld des Konflikts trage, dadurch nichts geändert werden, wenn E. E. gleichzeitig erklären, daß S. M. in einem wenig begründeten Verlangen um Abberufung des diesseitigen Agenten nur die Absicht erblicken könnten, die diplomatischen Beziehungen überhaupt abgebrochen zu sehen, und deshalb die Abberufung des Grafen Görtz unsererseits gleichfalls begehrt würde. Eine auf diese Weise durch einfaches Eingehen auf die namens Sr. K. H. ausgesprochene Forderung würde dem Konflikt eine ganz andere Natur verleihen, als er in dem Falle hätte, wo S. K. H. glauben würde, durch den diplomatischen Bruch ein Attentat Preußens auf die Unabhängigkeit Sr. K. H. in Wahl seiner Diener abwehren zu müssen; und glaube ich, daß es leichter sein würde, die Beseitigung des Herrn von Dalwigk zur Bedingung einer von Hessen angestrebten Wiederanknüpfung der diplomatischen Beziehungen zu machen, als sie jetzt durch Androhung des Abbruchs zu erreichen.

Mir hat sich diese Ansicht erst während der gestrigen Unterredung mit Herrn von Schäffer aufgedrängt, deren Eindruck auf mich allerdings in direktem Widerspruch stand mit der Behauptung des Herrn von Dalwigk in seinem oben erwähnten und zu meiner Aufklärung bestimmten Brief an Herrn von Münch, daß das Verlangen der Abberufung des Herrn von Canitz eine von Sr. K. H. nach reiflicher Erwägung beschlossene Maßregel sei, obschon dieser Brief erst vor weniger als einer Woche geschrieben wurde.

Ich habe nicht unterlassen wollen, diesen meinen neuen Gesichtspunkt zu E. E. Kenntnis zu bringen, um über denselben, falls es E. E. angemessen erscheint, die Befehle Sr. M. des Königs einzuholen; zumal ich wegen der Reisen Sr. K. H. doch nicht vor Montag an die Vollziehung des ah. Auftrages gehen kann. Demnach bitte ich g., mich, wenn es nicht früher geschehen sollte, nach Empfang dieses Berichts mit einer hochgen. telegraphischen Weisung versehen zu wollen, ob ich mit Ausführung meines jetzigen Auftrages vorgehen oder ob E. E. den in meinem gegenwärtigen Vortrag entwickelten Plan vorziehen.

381. Bericht vom 29. Mai 1853 an Minister v. Manteuffel, betr. die Abstimmung in der Kettenburgischen Beschwerdesache. — Vgl. Poschinger I Nr. 184.

382. Vertraulicher Bericht an Minister v. Manteuffel.

[Ausfertigung.]

30. Mai 1853.

Auffällig sei, daß mit Ausnahme Badens gerade diejenigen Regierungen, welche in dem Streite mit den Bischöfen des oberrheinischen Sprengels beteiligt seien, in der verwandten Kettenburgischen Frage sich auf seiten der katholischen Ansprüche stellten.

. . . *Überraschend waren ferner die Abstimmungen der 15. und 16. Kurie, welchen außer Liechtenstein ausschließlich protestantische Fürsten und Staaten angehören; schon die Einwilligung Oldenburgs kann Herr von Eisendecher m. E. nur durch eine unrichtige Darstellung der Sache gewonnen haben; ich halte ihn einer solchen für durchaus fähig, nachdem hier u. a. auf Umwegen, aber zuverlässig bekannt geworden ist, daß er im vorigen Jahre nach Dessau unwahre, ganz aus der Luft gegriffene Tatsachen über hiesige Verhandlungen berichtet hat, und nachdem er zu Anfang vorigen Jahres, als er sich zur Verhandlung wegen der Nordseeflotte nach Hannover begab[1]), mündlich Aufträge von mir in bezug auf die Verhandlungen an Herrn v. Schele zwar entgegengenommen und ihre Ausrichtung versprochen, dieselben aber teils gar nicht, teils in einer den damaligen österr. Interessen entsprechenden Entstellung ausgeführt hat. Ich kann nicht beurteilen, welche Interessen den Herrn v. Eisendecher an Österreich ketten; die seines Landesherrn können es kaum sein, und wenn ich mir ohne Kenntnis bestimmter Tatsachen ein Urteil über seinen Charakter gestatten wollte, so würde ich es nicht für unmöglich halten, daß er seiner Regierung weder über seine Handlungsweise, noch über deren Motive reinen Wein einschenkt. Um aber für die Kurie ein Votum, wie das vorgestrige, abgeben zu können, genügte die Instruktion Oldenburgs für sich allein nicht; es muß daher Dessau oder eines der beiden Schwarzburg demselben beigetreten sein, und würde ich es für sehr wünschenswert halten, etwa durch Hilfe des Herrn von Schätzel, das Sachverhältnis näher feststellen zu lassen.

In betreff des Freiherrn v. Holzhausen habe ich schon früher mir anzudeuten erlaubt, daß er wahrscheinlich die Vielteiligkeit der Kurie und den geringen diplomatischen Verkehr, welchen die einzelnen Glieder derselben mit Rücksicht auf die Kosten unterhalten, dazu benutzt, um seinen durch Anhänglichkeit an Österreich geregelten Einfluß als den stärksten innerhalb der Kurie hervortreten zu lassen. Sogar der schaumburg-lippische Kollege des Herrn v. Holzhausen ist dieser Ansicht und äußerte sich gelegentlich dahin, daß er sich, wenn er die Stimme führt, von Herrn von Holzhausen dessen Instruktionen stets im Original vorlegen lasse, weil dieser es nicht so genau damit nehme. Mit Rücksicht hierauf würde es nicht uninteressant sein, durch die uns näherstehenden Glieder der Kurie Gewißheit darüber zu erhalten, wie in diesem Falle die Instruktion des Herrn v. Holzhausen beschaffen, und ob er berechtigt gewesen ist, zu stimmen, wie er getan hat. Nachhaltig den Manövers des Herrn von Holzhausen entgegenzutreten, dürfte nur dann möglich sein, *wenn auch Preußen in der Art, wie es von Österreich durch die Herren von Linde und von Strauß geschehn, sich eine nähere Beteiligung an der Verhandlung der 15. und 16. Kurie dadurch sicherte, daß es die Ernennung eigener Bundesgesandten für Bernburg oder Schwarzburg in der 15., und für Lippe, Waldeck oder Reuß in der 16. Kurie herbeiführte. Ich vermag freilich nicht zu ermessen, ob diese Bundesstaaten selbst die Kosten einer solchen Einrichtung würden tragen wollen, und ob für Preußen der Wert dieser beiden

[1]) Vgl. S. 124 f.

Stimmen hoch genug angeschlagen wird, um eine Beteiligung an dem Aufwande zu rechtfertigen. Jedenfalls aber dürfte es sich empfehlen, sich eine größere Kontrolle als bisher über die Abstimmungen der 15. und 16. Kurie in den wichtigeren Fragen zu sichern, denselben die diesseitigen Instruktionen, soweit es angänglich erscheint, vorher mitzuteilen, und sich jedesmal Gewißheit darüber zu verschaffen, ob sie von den einzelnen Teilnehmern oder Kurien berücksichtigt sind oder nicht. . . .

383. Vertrauliche Denkschrift für Minister v. Manteuffel.

[Konzept.]

30. Mai 1853.[1])

P[ro] M[emoria].

Anknüpfend an meinen heutigen Bericht über das Verhalten einiger Gesandten in der Kettenburgischen Verhandlung, erlaube ich mir nachstehend einige vertrauliche Bemerkungen über die Persönlichkeit meiner Kollegen überhaupt für den Fall zu machen, daß es E. E. interessieren sollte, von denselben Kenntnis zu nehmen.

Herr von Prokesch dürfte hinreichend in Berlin bekannt sein, um weitere Andeutungen über seine Persönlichkeit unnötig zu machen; indes kann ich nicht umhin zu bemerken, daß die Ruhe und Leichtigkeit, mit welcher er falsche[2]) Tatsachen aufstellt, oder wahre bestreitet, meine in dieser Beziehung ziemlich hochgestellten Erwartungen doch übertrifft und ihre Ergänzung findet in einem überraschenden Grade von Kaltblütigkeit im Fallenlassen eines Gegenstandes oder Veränderung der Front, sobald das Falsum, von welchem er ausgeht, unausweichbar zur Anerkennung gebracht wird. Nötigenfalls deckt er einen derartigen Rückzug durch ein Aufbrausen sittlicher Entrüstung, oder durch einen oft sehr persönlichen Angriff, mit welchem er die Diskussion auf ein neues und heterogenes Gebiet überträgt. Seine hauptsächlichen Waffen in dem kleinen Kriege, welchen ich da, wo die Interessen divergieren, mit ihm führen muß, sind: 1. passiver Widerstand, d. h. die Verschleppung der Sachen, durch welche er mir die Rolle eines unruhigen und nach der Natur der Sachen oft kleinlichen Mahners zuschiebt, und 2. beim Angriff das fait accompli anscheinend unbedeutender Übergriffe der Präsidialmacht, die gewöhnlich so berechnet sind,

---

[1]) Poschinger bezeichnet die folgende Denkschrift als „eigenhändiges vertrauliches Privatschreiben" an Manteuffel. Das Manteuffel zugegangene Exemplar ist nicht ermittelt worden. Augenscheinlich hat Poschinger dieses aber gar nicht gesehen, sondern lediglich das auch hier zum Druck benutzte Konzept. Das beweisen verschiedene Lesefehler, die aus den Abkürzungen und undeutlicher Schrift im Konzept zu erklären sind, ferner das Übergehen mehrerer zum Teil mit Bleistift geschriebener, stark verwischter und schwer lesbarer Ergänzungen, für deren Auslassung gar kein Grund vorlag, und das Fehlen einer längeren Stelle, die in einem anderen, von Horst Kohl für den 2. Band des Anhangs zu den Gedanken und Erinnerungen S. 126 ff. benutzten Konzept zu finden ist. Das für die vorliegende Ausgabe zugrunde gelegte Konzept, das nach Ausweis des dem Aktenstück beigehefteten Benutzungsblatts Poschinger tatsächlich vorgelegen hat, ist aber von der Hand Zitelmanns Es würde mithin wieder einer der Fälle vorliegen, wo Poschinger die Hand dieses Bismarckschen Gehilfen für die Bismarcks angesehen hat. Das von uns zugrunde gelegte Konzept ist zweifellos das Urkonzept, von Zitelmann nach Diktat Bismarcks geschrieben. Das geht aus den zahlreichen Änderungen im Texte hervor (zwei von diesen, die bemerkenswert schienen, sind in unserem Abdruck bezeichnet), ferner aus der schon berührten Tatsache, daß am Schluß die Charakteristik der Vertreter der Freien Städte fehlt, die in dem von Kohl benutzten Konzept enthalten ist. Das Konzept, welches Kohl vorgelegen hat, enthält außerdem außer einer Anzahl meist leichter Abweichungen auch einige Berichtigungen des ersten Konzepts. Die Schreibweise bei Kohl ist die Bismarcksche; es ist also wohl von Bismarcks Hand. Die Ausfertigung, die an Manteuffel ging, wird von Schreiberhand angefertigt sein, von der bereits einiges in dem Zitelmannschen Konzept eingefügt ist.

[2]) Vor „falsche" ist im Konzept das Wort „wissentlich" durchstrichen.

daß die Zurückweisung von meiner Seite den Charakter eines Aufsuchens von Streitpunkten oder einer silbenstechenden Kritik annehmen muß. Es ist danach kaum möglich für mich, ihm gegenüber nicht den Schein der Unverträglichkeit auf mich zu ziehen, wenn ich nicht den Interessen Preußens in einem Maße vergeben will, welches aus jeder Nachgiebigkeit Anlaß zur Steigerung entnehmen würde. Noch in den letzten Tagen war ich genötigt, ihn wegen eigenmächtigen Aufnehmens einer Anleihe von 37 000 fl. für den Festungsbau zur Rede zu stellen, bei welcher Gelegenheit er sich auf „Hunderte" von Präzedenzfällen, von denen er mir jedoch keinen einzigen namhaft zu machen wußte, berief. Demnächst behauptete er, daß eine gewisse diskretionäre Gewalt für das Präsidium zur Geschäftsführung unerläßlich sei, daß zu Zeiten des Grafen Münch niemand gewagt haben würde, über dergleichen Kleinigkeiten eine Erinnerung zu machen, und daß es zur Erhaltung eines guten Einvernehmens zwischen uns und Österreich nicht beitragen könne, wenn jede Handlung des Präsidenten einer übelwollenden Rezension von seiten des preußischen Gesandten ausgesetzt sei. Meine Widerlegung dieser Auffassungen veranlaßte ihn zu der Äußerung, daß meine Führung des Präsidiums von niemand in allen Details geprüft worden sei, um sich zu überzeugen, ob sie nicht ebenfalls zu Ausstellungen Gelegenheit gebe, und daß er einer etwaigen Beschlußnahme der Bundesversammlung mit der Gewißheit entgegensähe, daß letztere das Verfahren des Präsidiums nicht desavouieren werde. Sollte dies dennoch der Fall sein, so werde er die „Kleinigkeit der erwachsenen Zinsen" aus eigener Tasche bezahlen. Ich erwiderte, daß mir der letztere Weg eine erfreuliche und die einzig angemessene Lösung der entstandenen Schwierigkeit zu sein scheine, und ich, wenn der Herr Präsidialgesandte es mir gestatten wolle, mich lieber an den Kosten zur Beseitigung der Sache persönlich beteiligen wolle, als dieselbe zur amtlichen Verhandlung bringen, da ich kaum erwarten könne, daß meine Regierung geneigt sein werde, an Zinszahlungen für eine unmittelbar nach einer Sitzung, allein vom Präsidium, ohne Wissen der übrigen Gesandten, aufgenommene Anleihe teilzunehmen. Die Geringfügigkeit des betreffenden Objekts gewähre uns aber dabei eine große Erleichterung zur Beseitigung eines Präzedenzfalles, dessen Wiederholung die betreffenden Regierungen, falls er ohne Monitum passierte, leicht in ausgedehnterem Maße gewärtigen könnten. Ich behielt mir schließlich eine amtliche Erklärung für den Zeitpunkt vor, wo die Sache offiziell zu meiner Kenntnis gelangen würde, was bisher nur durch Privatmitteilungen des Geheimen Regierungsrats Crüger geschehen sei. Ich habe mit Rücksicht auf den Besuch Sr. M. des Königs in Wien und auf die Möglichkeit, daß politische Folgen sich an denselben knüpfen, sowohl in diesem wie in andern ähnlichen und gleichzeitigen Fällen es vermieden, amtlich und mit derjenigen Entschiedenheit, zu welcher das Sachverhältnis mich berechtigen konnte, den Präsidialgesandten in seine Schranken zurückzuweisen, und bin gleichzeitig bemüht gewesen, die Diskussion in das Geleise freundschaftlicher Verständigung zurückzuführen, so oft Herr von Prokesch dasselbe verließ. Indessen kann ich nach Lage der Sache auf die Frage zurückkommen, sobald es mir aufgetragen wird.

Den bayerischen Gesandten Herrn von Schrenck rechne ich zu den besten Elementen der Versammlung, sowohl seiner Befähigung als seinem Charakter nach; er ist ein gründlicher und fleißiger Arbeiter, dabei praktisch in seinen Auffassungen und Urteilen, wenn auch seine mehr juristische Bildung und Denkungsweise ihn mitunter etwas rechthaberisch macht [und][a]) einem leichteren Fortgang der Geschäfte hemmend entgegentritt. Im amt-

[a]) Nach dem Kohlschen Abdruck ergänzt

lichen Verkehr ist er offen und gefällig, solange sein in der Tat hochgesteigertes und sehr reizbares Nationalgefühl geschont wird, eine Schwäche, welcher Rechnung zu tragen ich mir besonders angelegen sein lasse.

Unser sächsischer Kollege Herr von Nostitz flößt mir weniger Vertrauen ein. Er hat im Grunde eine, wie mir scheint, althergebrachte Hinneigung zu Preußen und seinem politischen System, welche unter anderm aus einem mehr rationalistischen als orthodoxen Protestantismus und der Furcht vor ultramontanen Bestrebungen ihre Nahrung zieht. Ich glaube aber, und es sollte mir lieb sein, wenn ich ihm unrecht täte, daß ihm im ganzen persönliche Interessen höher stehen, als politische, und die Geschmeidigkeit seines Charakters gestattet ihm, die letzteren unter einem jeden für die ersteren zuträglichen Lichte aufzufassen. Seine Vermögensverhältnisse sind — wie ich höre und wie durch sein gesellschaftliches Auftreten bestätigt wird — in keiner günstigen Lage und hängen, abgesehn von seinen unverkürzt für Verbesserung der eigenen Lage verwandten Gehaltsbezügen, noch dadurch mit seiner hiesigen Stellung zusammen, daß er hier ein eigenes, von ihm bewohntes Haus besitzt, für welches er vor 1848 einen erheblichen Kaufpreis gezahlt, und dessen seit 5 Jahren betriebene Vermietung sich als untunlich bewiesen hat. Sein politisches Verhalten ist daher durch den Wunsch bedingt, jedenfalls in seiner amtlichen Stellung zu verbleiben, und bei der jetzigen Richtung der sächsischen Regierung hat allerdings Österreich mehr Gelegenheit, ihn in seiner Stellung zu befestigen, wie Preußen. Dieser Umstand hindert Herrn von Nostitz zwar nicht, jede auffällige Verletzung Preußens zu vermeiden, soweit es seine Instruktionen irgend zulassen, aber er macht aus ihm mit seiner großen Arbeitskraft, Intelligenz und langen Erfahrung die wirksamste Stütze aller Bestrebungen Österreichs in der Bundesversammlung. Er hat ein besonderes Geschick in Abfassung von Referaten und Anträgen über bedenkliche Streitfragen, in welchen er dem Vortrage eine anscheinend vermittelnde Färbung zu geben weiß, ohne daß den Interessen Österreichs, sobald der anscheinend unbestimmten Fassung die richtige Auslegung zu Hilfe kommt, irgend etwas vergeben würde. Erst wenn seine Vorträge die Grundlage späterer Verhandlungen werden, stellt es sich gewöhnlich heraus, daß der eigentliche Zweck, zu dem sie verfaßt wurden, in scheinbar absichtslosen beiläufigen Worten niedergelegt ist. Wenn in Dresden ein Revirement im preußischen Sinne einträte, würde die wichtige persönliche Unterstützung, welche Herr von Nostitz vermöge seines Verstandes und seiner Erfahrungen und des durch beide erworbenen Ansehns zu leisten vermag, mit derselben Sicherheit für Preußen in die Wagschale fallen, wie jetzt für Österreich, falls nicht ein zu starkes Band in dem Umstande liegt, daß einer seiner Söhne in der österreichischen Ingenieur-Akademie erzogen wird und binnen kurzem als Offizier in die Kaiserliche Armee tritt.

Für Hannover ist Herr von Bothmer seit ein paar Tagen hierher zurückgekehrt; zu meinem Bedauern höre ich aber von ihm, daß sein längeres Verbleiben hier auf keine Weise gesichert ist. Er ist nicht nur ein gerader und Vertrauen erweckender Charakter, sondern auch der einzige unter meinen Kollegen, der Unabhängigkeit genug besitzt, um mir bei notwendig werdenden Reklamationen gegen das Präsidium einen mehr als passiven Beistand zu leisten.

Das gerade Gegenteil von ihm stellt sich in Herrn von Reinhard dar; wenn Herr von Bothmer in seinen Arbeiten gründlich, klar und objektiv ist, so tragen die des württembergischen Gesandten den Stempel der Oberflächlichkeit, Verworrenheit und Selbstgefälligkeit, drei Eigenschaften, welche überhaupt die hervorragenden Kriterien seiner

ganzen Erscheinung darstellen, und wenn man einen hohen Grad von Unaufrichtigkeit dazu rechnet, ihn als ein Mitglied der Bundesversammlung erscheinen lassen, dessen Ausscheiden aus der letzteren für uns als ein großer Gewinn zu betrachten sein dürfte. Ich weiß nicht, ob sein Abgang von Berlin mit Umständen verknüpft gewesen ist, welche nachhaltige Abneigung gegen Preußen in ihm zurückgelassen haben, oder ob verworrene politische Theorien, über welche er leichter und mit mehr Vorliebe als über praktische Geschäfte sich ausspricht, ihn an die Schädlichkeit des preußischen Einflusses in Deutschland glauben lassen, jedenfalls aber übersteigt seine Antipathie gegen uns das Maß, welches man bei seinem Landesherrn nach der politischen Lage Württembergs voraussetzen darf, und habe ich Grund anzunehmen, daß er seinen Einfluß auf seine Instruktionen und seine Tätigkeit, soweit sie von letzteren unabhängig ist, prinzipiell zum Nachteil Preußens geltend macht. In der Diskussion über die Kettenburgische*) Frage glaube ich sogar annehmen zu müssen, daß er auf eigene Verantwortung ein Verhalten beobachtet, von dem er nicht wünschen kann, daß es zur persönlichen Kenntnis Sr. M. des Königs kommt. In seinem Benehmen gegen mich persönlich liegt nichts, was auf eine derartige Gesinnung zu schließen berechtigen würde, und nur selten kommt in der Diskussion ein Moment, in welchem, gemäßigt durch eine gewisse Furchtsamkeit, die verhehlte Bitterkeit gegen Preußen durchbricht. Beiläufig bemerkt, ist er derjenige, der zu den Sitzungen stets als letzter und zu spät erscheint, und in denselben durch Mangel an Aufmerksamkeit und demnächstiges mißverständliches Eingreifen in die Diskussion zu vielen zeitraubenden Wiederholungen Anlaß gibt.

Der badische Gesandte Freiherr von Marschall ist nicht ohne Verstand und geschäftliche Brauchbarkeit, im übrigen aber eine subalterne Natur, die sorgfältig bemüht ist, die Verantwortung für ein selbständiges Urteil von sich abzuwenden und in der unzweifelhaftesten Sache einen mittleren Standpunkt zu finden, von welchem aus es möglich wäre, beiden Teilen Recht, oder doch keinem Unrecht zu geben; muß es aber sein, so neigt auch er, sei es aus verwandtschaftlichen Rücksichten seiner Familienglieder in österreichischen Diensten, sei es wegen stärkerer Scheu seiner Regierung vor Wien, als vor Berlin, mehr auf die Seite Österreichs als auf die unsere. Eine Unterstützung gegen das Präsidium, wie beispielsweise bei Behandlung der Geschäftsordnung, für welche er Referent ist, habe ich schwerlich von ihm zu erwarten. Die Neutralität oder, wenn man will, das Hinken auf beiden Seiten, welches ihm eigen ist, findet auch in der gemischten Ehe einen Ausdruck, in welcher er mit einer eifrigen Katholikin lebt.

Unser kurfürstl. Kollege Herr von Trott nimmt an den Geschäften so wenig Anteil als möglich, befaßt sich namentlich nicht mit Referaten und Mitwirkung in Ausschüssen und ist vielfach abwesend unter Substitution des Vertreters von Darmstadt. Er zieht den Aufenthalt auf dem Lande und die Jagd der Beteiligung an den Verhandlungen bei weitem vor und macht mehr den Eindruck eines jovialen und wohlbeleibten Gutsbesitzers als eines Gesandten. Er beschränkt sich darauf, kurz und genau aus seiner Instruktion abzustimmen, und wenn letztere von dem Minister Hassenpflug ohne Ausnahme nach den Weisungen Österreichs eingerichtet wird, so scheint es mir doch, daß eine persönliche Unterstützung durch Herrn von Trott Österreich oder den Staaten der Darmstädter Koalition ebensowenig zugut kommt als uns, eine Parteilosigkeit, welche dem hessischen Gesandten durch seine Abneigung gegen Geschäfte und, wie ich gern glaube, durch das Widerstreben

*) Poschinger liest aus der Abkürzung des Konzepts „Kett." „Nastatter".

seiner an sich ehrlichen Natur gegen das Intrigensystem ebenso sehr erleichtert wird, wie durch seine in früheren Zeiten unzweifelhafte Sympathie für die Interessen Preußens. Seine Familie ist sehr zahlreich und seine Vermögenslage nicht glänzend.

Ein feindseligeres Element finden wir in dem Gr. hessischen Gesandten Freiherrn von Münch-Bellinghausen. Wenn derselbe schon durch seine verwandtschaftlichen Verhältnisse mit dem früheren Präsidialgesandten gleichen Namens an die Interessen Österreichs geknüpft ist, so wird sein Antagonismus gegen Preußen noch erheblich geschärft durch starken und, wie ich glaube, aufrichtigen Eifer für die katholische Kirche. Im Privatverkehr ist er ein Mann von angenehmen Formen, und kann ich auch über sein amtliches Verhalten insofern nicht klagen, als ich einen Hang zur Intrigue oder Unaufrichtigkeit über das Maß der von der antipreußischen Politik seiner Regierung gebotenen Zurückhaltung hinaus nicht wahrgenommen habe. Im übrigen ist er ein natürlicher Gegner der preußischen Politik überall, wo diese mit Österreich und der katholischen Kirche nicht Hand in Hand geht, und kann ich den Eifer, mit welchem er seine Meinung mir gegenüber nicht selten in der Diskussion vertritt, nur für einen Beweis der Aufrichtigkeit seiner politischen und religiösen Überzeugungen halten. Eine Anomalie ist es jedenfalls, daß ein protestantischer und augenblicklich mit den katholischen Bischöfen in Konflikt stehender Souverain durch Herrn von Münch beim Bunde vertreten wird. Ebensowenig kann den rheinbündischen Tendenzen des Herrn von Dalwigk und des Prinzen Emil von Hessen die politische Auffassung des Herrn von Münch entsprechen, welche mehr der sogenannten großdeutschen, in Preußen durch die Reichensperger und andere vertretenen Richtung angehört. Herr von Münch war ein lebhafter Verteidiger der bis zum vorigen Herbst auf dem Bundespalais stehenden schwarzrotgoldenen Fahne und des nationalen Elements in der übrigens von ihm bekämpften Bewegung von 1848.

Herr von Bülow, der Vertreter Dänemarks, ist einer der gescheutesten Köpfe[5]) in der Versammlung, und ich bedauere, daß die Stellung des Staates, den er vertritt, ihm nicht gestattet, erheblicheren Anteil an den laufenden Geschäften zu nehmen. Die Haltung der österreichischen Politik entspricht natürlich den Wünschen des Kabinetts von Kopenhagen mehr als die unsrige; indessen beobachtet Herr von Bülow in allen nicht dänischen Fragen eine parteilose Zurückhaltung, wie denn auch die meisten der zwischen Preußen und Österreich obwaltenden Streitfragen von einer Natur sind und aus einer Zeit stammen, daß Dänemark die Beteiligung daran prinzipiell vermeidet und die Abstimmungen des Herrn von Bülow gewöhnlich nur neben einer stereotyp gewordenen Verwahrung der Rechte seines Allergnädigsten Herrn die Erklärung enthalten, daß er noch ohne Instruktion sei. Die Verhandlungen sowohl am Bunde als in der Augustenburger Angelegenheit haben mir Gelegenheit gegeben, Herrn von Bülow als einen gewandten und einsichtsvollen Geschäftsmann kennen zu lernen, dem sowohl im offiziellen wie im Privatverkehr ein angemessenes und gefälliges Benehmen eigen ist.

Zu unseren treuesten Bundesgenossen gehört Herr von Scherff, der sich für seine Person ganz den preußischen Interessen hingibt, auch einen Sohn in unserm Militärdienst hat; er ist ein erfahrener und selbst bis zur Ängstlichkeit vorsichtiger Geschäftsmann. Die letztere Eigenschaft, sowie die Natur des Einflusses, den S. M. der König der Niederlande auf die Luxemburger Instruktionen[6]) übt, verhindern ihn oft, mir[7]) in den Sitzungen diejenige

[5]) Ursprünglich stand im Konzept: vielleicht der gescheuteste Kopf.
[6]) Poschinger hat Bundesinstruktionen.
[7]) Im Konzept steht „mehr“. Offenbar ein Hörfehler Zitelmanns beim Diktat.

Unterstützung zu gewähren, welche ich andernfalls von ihm erfahren würde. Außerhalb der Sitzungen habe ich stets mit Vertrauen auf ihn zählen können, wenn ich seinen Rat in Anspruch genommen habe, oder wenn es sich darum handelte, mir mit seinem Einfluß auf einen andern, oder mit einzuziehenden Erkundigungen zu Hilfe zu kommen. Bei Sr. K. H. dem Prinzen von Preußen steht Herr von Scherff und dessen Familie mit Recht in besonderer Gnade.

An seinem Nachbar in der Sitzung, dem Freiherrn von Fritsch, habe ich nichts zu wünschen, als daß seine Kraft, die preußische Politik zu unterstützen, seinem Willen gleichkommen möchte. Er ist seiner Politik nach ein ehemaliger Gothaer, dabei aber ein aufrichtiger, achtungswerter Mann; die Instruktionen seiner Höfe sind mit einer Hingebung, die unsere lebhafte Dankbarkeit verdient, in allen wichtigen Fragen dahin gerichtet, sich dem preußischen Votum anzuschließen, und würde diese Unterstützung noch wertvoller werden, wenn Herrn von Fritsch in höherem Grade das Bewußtsein beiwohnte, seine Überzeugungen selbständig vertreten und ihnen Geltung verschaffen zu können.

Nassau-Braunschweig werden durch den Freiherrn von Dungern vertreten, einen inoffensiven Charakter, der weder durch persönliche Fähigkeiten noch durch politisches Ansehen irgendeinen Einfluß in der Bundesversammlung ausübt. Wenn der Gegensatz, welcher in den meisten Fragen zwischen der Haltung Braunschweigs und Nassaus besteht, sich in den meisten Fällen zugunsten der nassauischen, d. h. der österreichischen Ansicht löst, so sind hierauf zwar einerseits die verwandtschaftlichen Beziehungen des Herrn von Dungern und seiner Gemahlin zu Familien, die im österreichischen Interesse stehen, und die größere persönliche Scheu des Gesandten, der zwei Söhne im österreichischen Militärdienst hat, vor dem Ressentiment Österreichs als vor dem Preußens nicht ohne Einfluß; hauptsächlich aber liegt der Fehler in dem Umstande, daß Braunschweig durch einen Diener des Herzogs von Nassau vertreten wird, der sich hier in der unmittelbarsten Nähe seines von österreichischen Einflüssen beherrschten Hofes befindet, mit Braunschweig aber wohl nur so notdürftig Beziehungen unterhält, daß dieselben kaum als ein Äquivalent der 5000 fl., welche S. H. der Herzog Wilhelm zu dem Gehalt desselben zugibt, betrachtet werden können.

Der mecklenburgische Gesandte Herr von Oertzen rechtfertigt in allen Beziehungen den Ruf eines ehrenwerten Mannes, unter dem ich ihn schon vor seiner jetzigen Stellung gekannt habe. In der ersten Zeit nach dem Wiederzusammentritt des Bundestages war bei ihm wie bei einer großen Anzahl seiner Landsleute eine Hinneigung zu Österreich nicht zu verkennen; es scheint mir aber unzweifelhaft, daß seine zweijährige Beobachtung der Mittel, welche die österreichische Politik durch das Organ des Präsidiums hier zur Anwendung bringt, in der ehrliebenden Natur des Herrn von Oertzen, ungeachtet auch er einen Sohn im österreichischen Heere hat, eine Reaktion erzeugt hat, die mich auf ihn persönlich vollständig und auf seine Unterstützung insoweit zählen läßt, als es seine Instruktionen, über deren Natur ich im ganzen nicht klagen kann, nur immer gestatten. Jedenfalls kann ich bei ihm unter allen Umständen auf ein offenes und ehrliches Verfahren rechnen. Er bearbeitet als Referent vorzugsweise die Bentinckschen und andere Reklamationssachen mit vieler Gründlichkeit, wenn ich auch seine Ansichten nicht immer anerkennen kann. Seine Haltung bei den Diskussionen ist jederzeit ruhig und vermittelnd.

Der Vertreter der 15. Kurie ist Herr von Eisendecher, ein Mann, dessen freundliches Entgegenkommen und anscheinend gerades, ehrliches Wesen, verbunden mit Witz und Leb-

haftigkeit in der Unterhaltung, mich anfangs für ihn eingenommen hatte. Bei längerer Beobachtung hat sich mir indes die Überzeugung aufgedrängt, daß seine äußere Erscheinung ihm nur als Maske für einen ziemlich hohen Grad hinterhaltiger[8]) Verschlagenheit dient und daß man ihm — wie das Sprichwort sagt — nicht über den Weg trauen kann. Er war früher ein sehr avanzierter Gothaer, und wenn man seinen Worten glauben dürfte, so wäre diese Färbung naturgemäß übergegangen in eine lebhafte Sympathie für Ausbildung des Bundes als starker einheitlicher Zentralgewalt, indem er auf diesem Wege durch Hilfe Österreichs einen Ersatz zu finden meint für die fehlgeschlagenen Einheitsbestrebungen im preußischen Sinne. Ich will wünschen, daß dies das wahre Motiv ist für seine unverkennbare Parteinahme gegen Preußen, sogar in den Fällen, wo unsere Interessen mit denen Oldenburgs ganz unzweifelhaft identisch sind, auch ohne Rücksicht auf die allgemeine politische Sympathie, welche bei Oldenburg und seinem Regenten für Preußen vorausgesetzt werden darf. Wenn es aber auch unzweifelhaft wäre, daß mir unbekannte persönliche[9]) Interessen irgendeiner Art dabei nicht im Spiele sind, so scheint es mir doch, als ob Herr v. Eisendecher auch in diesem für die Beurteilung seines Charakters günstigeren Falle seiner eigenen Abneigung gegen Preußen oder gegen dessen jetzige Regierung einen stärkeren Einfluß auf seine Amtshandlungen gewährte, als dies mit den Pflichten gegen seinen Herrn verträglich ist. [Es folgt, von Schreiberhand eingeschaltet: In dieser Ansicht werde ich noch dadurch bestärkt, daß die oldenburgische Regierung infolge der von uns unmittelbar in Oldenburg veranlaßten Schritte Herrn v. Eisendecher, ohne dessen Bericht einzusenden und zu seiner anscheinend großen Überraschung, angewiesen hat, wegen der matrikularmäßigen Umlegung der Zentralverwaltungskosten von 534 898 fl. 33 Xer sich unserer Auffassung anzuschließen.] Dem Vernehmen nach ist die Kuriatverfassung von der Art, daß beide Anhalt und beide Schwarzburg, wenn sie unter sich einig sind, Oldenburg überstimmen; es fragt sich daher, ob es nicht in unserer Macht liegt, uns der Vota der 4 kleineren Staaten und somit der Stimme mehr als bisher zu versichern.

Mit mehr Einfachheit und weniger List legt der Vertreter der 16. Kurie Freiherr von Holzhausen seinen Einfluß für Österreich in die Wagschale, und sagt man von ihm, daß er sich seine Instruktionen in den meisten Fällen, auch wenn er vollkommen Zeit hat, sie einzuholen, selbst mache, und etwaigen Reklamationen seiner Kommittenten durch Stillschweigen oder durch eine geschickte Benutzung der großen Anzahl der Mitglieder der Kurie und des Mangels an Verbindung unter denselben zu begegnen weiß. Dazu kommt, daß die meisten der kleinen Fürsten für ihre föderale Diplomatie den Aufwand nicht machen mögen, der zu einer regelmäßig eingerichteten Kanzlei und Korrespondenz erforderlich sein würde, und daß sie mit den verwendbaren Mitteln, falls ihnen Herr von Holzhausen, der nach dem Tode des Freiherrn von Leonhardi als Mindestfordernder die Stelle erhielt, ihnen den Dienst aufkündigt, schwerlich einen so stattlichen Vertreter, wie dieses wohlhabende, mit mehreren Großkreuzen und dem Titel eines Wirklichen Geheimen Raths geschmückte Mitglied der ältesten Frankfurter Patrizierfamilie, für sich würden gewinnen können. Die nächsten Verwandten des Herrn von Holzhausen, der selbst unverheiratet und kinderlos ist, sind im Dienste Österreichs. Außerdem weist der ungewöhnlich stark ausgebildete Familienstolz dieses Herrn mit seinen ganzen Erinnerungen in das mit der Herr-

[8]) Dies Wort fehlt in dem Kohlschen Abdruck. Poschinger gibt die Charakteristik Eisendechers stark gekürzt und abgeschwächt wieder.

[9]) Die von Kohl benutzte Vorlage hat abweichend von der hier verwerteten statt „persönliche“ „politische“, was Kohl sperrt. Das nachher bei „im Spiele“ folgende Wort „nicht“ fehlt dagegen bei Kohl.

lichkeit des heiligen römischen Reichs eng verknüpfte reichsstädtische [Kohl liest: reichsständliche] Patriziat zurück, und die ganze Stellung Preußens scheint ihm eine revolutionäre Usurpation, welche den wesentlichsten Anteil an der Zerstörung der Privilegien derer von Holzhausen hat. Sein großes Vermögen läßt mich annehmen, daß die Bande, welche ihn an Österreich knüpfen, nur die ehrgeiziger Bestrebungen, wie etwa das Verlangen nach einem Kaiserlichen Orden oder nach der Erhebung der Familie in den österreichischen Grafenstand sind, nicht aber pekuniäre Interessen, wenn man nicht etwa den Besitz erheblicher Summen Metalliques als solches ansehen will.

Was die Gesandten der Freien Städte anbelangt, so treten ihre Personen bei dem öfteren Wechsel weniger konsequent hervor, besonders wenn man die Vielseitigkeit der Faktoren, welche zur Erteilung der Instruktionen mitwirken, in Anschlag bringt. Gegenwärtig anwesend hier sind die Herren Kirchenpaur für Hamburg und Harnier für Frankfurt. Beide[10]) gehören, wenn man die Bundesversammlung in zwei Hälften teilen will, der fähigeren an, auch beide der Gothaer Partei, der Vertreter Hamburgs der Rechten, der Frankfurter der Linken derselben. Ersterer scheint, soweit man es von ihm beanspruchen kann, und soweit die ihm ihre Entstehung verdankende Neunerverfassung nicht in Frage kommt, ein grader, nachdenkender und Zutrauen erweckender Mann zu sein, der 2. aber das Gegenteil.

Wenn mir E. E. schließlich verstatten, die Resultate meines g. Vortrages kurz zusammenzufassen, so dürften dieselben in folgendem bestehn:

Von allen Bundestagsgesandten sind den diesseitigen Interessen ihrer persönlichen Ansicht nach nur die Herren von Fritsch, von Scherff und von Oertzen ergeben. Ersterer folgt dabei zugleich den Instruktionen der von ihm vertretenen Regierung. Für Österreich dagegen sind persönlich sicher, ohne daß man von den Regierungen, welche sie vertreten, ein gleiches behaupten kann, die Herren von Eisendecher, von Holzhausen und von Dungern in betreff Braunschweigs.[11]) Außer diesen schließen sich Österreich, der Instruktion ihrer Regierung gemäß, fast immer an: Herr von Rostitz, Herr von Reinhard, Herr von Münch, Herr von Trott, der jedoch gemäßigter als sein Kollege für Darmhessen[12]) auftritt, und Herr von Dungern für Nassau.

Eine teils unabhängigere, teils vermittelnde Stellung nehmen ein die Herren von Schrenck, von Bothmer, von Bülow, von Marschall und die Vertreter der Freien Städte, doch sind auch bei der Haltung dieser österreichische Influenzierungen nicht selten bemerkbar.

384. Bericht vom 1. Juni 1853 an Minister v. Manteuffel, betr. die Canitzsche Angelegenheit. — Vgl. Poschinger I Nr. 187.

385. Bericht vom 6. Juni 1853 an König Friedrich Wilhelm IV., betr. die Abstimmung in der Ulm-Rastatter Festungsbausache. — Vgl. Poschinger I Nr. 188.

---

[10]) Die weiteren Urteile über die Vertreter der Freien Städte finden sich nur in der von Kohl benutzten Vorlage.

[11]) Korrigiert nach der von Kohl benutzten Vorlage. Die sonst hier zugrunde liegende Vorlage hat irrig: Nassaus.

[12]) So steht in der Vorlage.

386. Privatschreiben an Legationsrat Wentzel.

[Eigenhändig.]

Berlin, 6. Juni 1853.[1])

[Kettenburgsche Sache. Personalia.] Ich bin mehr durch sociale Pflichten und die Entfernung Potsdams als durch die Geschäfte selbst außer Athem gesetzt. Der Ihrige ...

387. Schreiben vom 21. Juni 1853 an den Direktor der Berliner Zentralpreßstelle Dr. Quehl, betr. das Verbot des „Frankfurter Intelligenzblattes" in Kurhessen. Schwierigkeit der Vertretung des preußischen Interesses in der Frankfurter Presse. — Vgl. Poschinger, Neue Berichte S. 107 f.

388. Bericht vom 29. Juni 1853 an Minister v. Manteuffel, betr. die Canitzsche Angelegenheit. — Vgl. Poschinger I Nr. 189.

389. Schreiben vom 4. Juli 1853 an den Freiherrn von Aufseß in Nürnberg, betr. die Anerkennung des Germanischen Museums. — Vgl. Poschinger I Nr. 190.

390. Privatschreiben an Minister v. Manteuffel.

[Eigenhändig.]

4. Juli 1853.

E. E. würde ich mir schon früher erlaubt haben, nach meiner Rückkehr[1]) zu schreiben, wenn nicht Herr von Prokesch eine zeitraubende Thätigkeit in Ausschußverhandlungen und vertraulichen Besprechungen entfaltet hätte. Seine unruhige Geschäftigkeit findet ihre Befriedigung in Vervielfältigung und Verlängerung der Sitzungen, und sein Wohlgefallen an dem Klang seiner eignen Stimme verleitet ihn, die längsten und allen durch den Druck bekannten Actenstücke mit declamatorischer Betonung nochmals zu verlesen. Die vier letzten Tage habe ich fast vollständig in den ehrenvollen, aber geschäftlich nicht förderlichen Beziehungen verbracht, welche durch die Reise J. K. H. der Prinzessin Carl und die dadurch hervorgerufne Bewegung andrer fürstlichen Herrschaften bedingt wurden. Prinz Carl ist 2 Tage in Rumpenheim gewesen und heut früh mit dem Schnellzuge nach Baden abgegangen. Die Frau Prinzessin kommt heut um 12 von Schlangenbad wieder hier durch, um Prinzeß Anna in Rumpenheim zu besuchen. Die Landgräflichen Herrschaften am letztern Ort nehmen aus der Standeserhöhung der Gräfin Schaumburg Veranlassung, für sich den Titel „Hoheit" zu wünschen, doch scheint der Kurfürst wenig geneigt darauf einzugehn. Die ganze in Rumpenheim versammelte Fürstenfamilie macht in ihren Beziehungen unter einander einen wohlthuenden Eindruck; unsre Prinzeß Anna wird von den alten Herrschaften auf Händen getragen. Ich habe dreimal dort dinirt und eine Landpartie mitgemacht, bei welchen Gelegenheiten ich manche Bitterkeiten über den Kurfürsten zu hören bekam; ich wurde mit großer Auszeichnung behandelt, namentlich auch von den

386. [1]) Der volle Wortlaut: Bismarckjahrbuch V S. 9.

390. [1]) Von Berlin, von wo Bismarck am 17. Juni zurückgekehrt war.

Nassauischen Herrschaften, welche sich längere Zeit dort aufhalten. Prinz Friedrich von Hessen machte mir den Eindruck, als ob dieses ländliche Familienleben nicht ganz nach seinem Geschmack wäre.

Durch Sir A. Malet, der eben von London zurückkehrt, höre ich manches über die dortigen Stimmungen und lege Gewicht darauf, weil er eigentlich kein Parteimann ist, obschon Lady Malet, eine Tochter Lord Brougham's, eine große Politikerin ist. Er sagt, daß die Stimmung in England durch alle Parteien, bis zu den „blutigsten Tories", und durch alle Schichten der Gesellschaft eine äußerst gereizte gegen Rußland sei, indem man sich vollständig und mit Vorbedacht dupirt fühle und mit Baron Brunnow nie wieder unterhandeln würde, wenn man nicht wirklich überzeugt wäre, daß er ebenfalls zu den Düpen gehöre. Die Frage, ob Krieg oder Frieden, werde man lediglich von der Meinung des Sultans abhängen lassen; finde der casum belli, so werde man sofort die russ. Ostseehäfen blokiren, sich auf Landungen nicht einlassen, sondern nur Rußlands Seehandel sperren; mit Frankreich sei man einig. Diese Meinungen kann ich um deswillen wenigstens als die wahren von Malet betrachten, weil er sie im Vertrauen gegen einen Engländer geäußert hat, von dem er nicht wissen konnte, daß er mit mir darüber reden würde. Von einer andern Seite höre ich, daß Lord Holland vor einigen Tagen erzählt habe, er wisse sicher, daß Herr von Brunnow insgeheim in Paris dem Kaiser Napoleon Anerbietungen eines Bündnisses gegen England gemacht habe, aber zurückgewiesen sei. Napoleon soll anderweit geäußert haben, seit 14 Tagen sei er überzeugt, daß England es aufrichtig mit ihm meine, bis dahin habe er geschwankt und gezweifelt. Derartige Redensarten werden durch die vornehmern Reisenden hierher gebracht, und hat ihre Mittheilung an E. E. nur dann Werth, wenn sie durch Nachrichten von andern Seiten ergänzt und bestätigt werden. Herr von Tallenay hat eine Depesche vom 25. Juni aus Paris, deren Ton in Bezug auf das russische Memorandum, welches darin mitgetheilt und besprochen wird, allerdings durch seine Schärfe sich von den bisherigen Actenstücken, die er mir gezeigt hat, unterscheidet.

Herrn von Rothschild habe ich seine Decoration für Nichtchristen[2]) überreicht; sie ist sehr geschmackvoll, und er war dankbar, wenn er auch offenbar lieber zu den Kreuzträgern gehört hätte. Er hat keine neuern Nachrichten über den Orient, als daß die gestern über Wien hier eingegangne telegr. Depesche, wonach die Russen schon in Jassy sein sollten, unrichtig war. Herr von Prokesch glaubt an ein baldiges Einrücken, aber nicht an Krieg, wenn nicht ein Volksaufstand der Christen gegen die Türken oder vice versa dazutritt. Merkwürdig war mir, bei der äußerlich den Russen günstigen Haltung Östreichs, eine Befürchtung des Herrn von P[rokesch], die Türken möchten sich mit den ungarisch-polnischen Flüchtlingen einlassen; dann, sagte er, „wird unsere (Östr.) Stellung sehr schwierig, denn wir können unmöglich an der Seite Kossut's fechten". Er scheint danach doch für möglich zu halten, daß ohne Kossut die Östreicher auf Seite der Türken „fechten" könnten. Man weiß bei ihm freilich niemals, ob er lügt, und ob aus Absicht oder aus bloßer Liebhaberei. Er sagte mir neulich, daß er es sehr unrecht fände, in der Politik eine absichtliche Täuschung und Düpirung übel zu nehmen, man müsse auch dann immer nur fragen, was die Interessen, nicht was das ressentiment vorschreibe.

Durch den heutigen Bericht aus der Centralstelle erhalte ich die Nachricht, daß beabsichtigt wird, Goltz an Bork's Stelle in das Ministerium zu nehmen. Ich zweifle nicht,

[2]) Vgl. oben S. 285.

daß ein so fähiger Kopf auch dort an seiner Stelle ist, aber für nützlicher möchte ich seine Verwendung im eigentlich politischen und diplomatischen Dienste halten; er ist einer von den wenigen, welche alle Requisite besitzen, um uns auswärts zu vertreten, und dann fühle ich mich nicht frei von Besorgniß darüber, ob er sich bei so unmittelbaren und ununterbrochenen Beziehungen stets E. E. Zufriedenheit bewahren wird. Wenn meine Befürwortung der Wiederanstellung Goltz's auf E. E. Entschließungen irgend welchen Einfluß gehabt hat, so möchte ich doch von der Verantwortung für die Miturheberschaft frei sein für den Fall, daß Sie ihn in dieser Stellung auf die Dauer nicht bequem fänden. Ich fürchte, daß die Schattenseiten, welche die unzertrennliche Beigabe eines Characters von so scharfer und zäher Entschiedenheit bilden, bei stetem persönlichen Verkehr mit E. E. wieder nachtheilige Rückwirkungen für Goltz haben könnten.

Nachdem ich durch die Ankunft J. K. H. der Prinzeß Carl unterbrochen worden, muß ich der Post wegen schließen. Erwähnen will ich nur noch, daß Graf Thun für etwa im Ministerium zu besetzende Stellen mir unter andern besonders den Grafen Westphalen recommandirte. So sehr ich auch diesem achtungswerthen und brauchbaren Diplomaten wieder eine Anstellung wünsche, so scheint doch für diese seine nahe Verwandschaft mit Thun und der Umstand, daß andre Glieder seiner Familie in östreichischem Militärdienst sind, bedenkliche Momente abzugeben. Mit der Bitte mich Ihrer Frau Gemalin angelegentlichst zu empfehlen in treuster Ergebenheit . . .

391. Bericht vom 6. Juli 1853 an König Friedrich Wilhelm IV., betr. einen Besuch in Rumpenheim. — Vgl. Poschinger, Neue Berichte S. 109.

392. Bericht an König Friedrich Wilhelm IV.

[Ausfertigung.]

6. Juli 1853.

Nachdem mir durch E. K. M. Ministerpräsidenten am 25. v. M. diejenigen ah. Befehle mitgeteilt worden waren, welche E. M. in betreff der diplomatischen Beziehungen mit dem Gr. hessischen Hofe erteilt hatten, ersuchte ich den Gr. hessischen Bundestagsgesandten, der gleichzeitig Oberzeremonienmeister ist, mir eine Audienz bei Sr. K. H. auszuwirken. Die Gewährung derselben verzögerte sich indes, zum Teil weil ich an einigen Tagen durch wichtigere Ausschußsitzungen, in denen eine Vertretung nicht stattfindet, verhindert war, des Vormittags Frankfurt zu verlassen, zum Teil weil die Gr. Regierung zu hoffen schien, daß in der Zwischenzeit die Angelegenheit noch eine andere Wendung nehmen könne. Erst vorgestern, am 4. abends, teilte mir Herr von Münch mit, daß S. K. H. mich am gestrigen Vormittag empfangen würden, und wurde ich gestern um 11 Uhr bei Höchstdemselben vorgelassen. Auf den mir einige Tage früher von Herrn von Münch mitgeteilten und durch die Abneigung des Großherzogs gegen eine längere mündliche Besprechung motivierten Wunsch Sr. K. H., das, was ich zu sagen haben würde, vorher niedergeschrieben zu sehen, hatte ich in einem Privatschreiben an Herrn von Münch die Sachlage und den Eindruck, welchen dieselbe bei E. K. M. Regierung habe machen müssen, dargelegt und mir vorbehalten, die deshalb getroffenen ah. Entschließungen Sr. K. H. mündlich mitzuteilen. Eine Abschrift dieses meines Schreibens habe ich E. K. M. Ministerpräsidenten vor einigen Tagen eingereicht. Der Großherzog begann die Audienz mit der Mitteilung, daß

Er das erwähnte Schreiben gelesen habe, und daß die darin ausgesprochene Auffassung des von hessischer Seite getanen Schrittes Ihm im höchsten Grade unerwartet sei, indem S. K. H. in keiner Weise die Beziehungen mit Preußen zu gefährden geglaubt, vielmehr nur beabsichtigt habe, dieselben durch Herbeiführung der Ernennung eines anderen Gesandten zu verbessern, nachdem Freiherr von Canitz durch sein anmaßendes Benehmen eine ersprießliche Vertretung in seiner Person unmöglich gemacht habe.

So gnädig auch S. K. H. im Verlauf der übrigen Unterredung gegen mich waren, so glaubte ich doch hierauf in aller Ehrerbietung erwidern zu müssen, daß der Eindruck der Tatsachen in Berlin ein durchaus anderer gewesen sei, indem man dort das Verfahren des Freiherrn von Canitz für ein durchaus angemessenes, das des Ministers von Dalwigk aber für ein anmaßendes und für einen Beweis seiner Unkenntnis oder seiner Nichtachtung der diplomatischen Gebräuche habe halten müssen. Ich war ferner bemüht, S. K. H. zu überzeugen, wie der ganze Konflikt auf zwei Versehen des Ministers von Dalwigk beruhe; einmal, daß derselbe über die Gewichtigkeit und Seltenheit eines amtlichen Verlangens der Abberufung eines von seinem Landesherrn beglaubigten Diplomaten sich im Irrtum befindet und demgemäß in die Lage des Mannes geraten sei, der in einer ihm fremden Sprache sich eines Wortes bedient, dessen verletzende Bedeutung ihm nicht vollständig bekannt ist, der aber jedenfalls dann die Pflicht hat, sich zu entschuldigen, wenn er über seinen Irrtum aufgeklärt wird. Das zweite Versehen des Ministers liege darin, daß er, gleichfalls in Abweichung von dem gewöhnlichen diplomatischen Gebrauch, einen wichtigen offiziellen Akt auf eine mißverstandene m ü n d l i c h e Äußerung gegründet habe. Wenn Herr von Dalwigk geglaubt, diese beiden Versehen würden keine so schweren Folgen haben, als sie wirklich jetzt nach sich ziehen, so würde dadurch in seiner Verpflichtung, dieselben durch Entschuldigung oder anderweite Genugtuung wieder gutzumachen, nichts geändert.

Im Verlauf der verschiedenen Absätze des Gesprächs erwiderten S. K. H. ungefähr folgendes:

Höchstdieselben hätten die Verantwortung alles dessen, was geschehen sei, durch ihre Sanktion übernommen, indem die Verfassung des Großherzogtums nicht die Bedeutung habe, daß die Minister selbständige Politik trieben. Wenn der Weg, welchen Sie eingeschlagen hätten, um die für nützlich erkannte Änderung in der Person des Vertreters Preußens herbeizuführen, nicht der richtige oder übliche gewesen sei, so hätten Sie von der freundschaftlichen Gesinnung des preußischen Ministeriums erwartet, daß man den Grafen Görtz hierüber vertraulich belehrt und ihm gesagt haben würde, er müsse die Sache „an einem anderen Ende anfassen"; denn S. K. H. selbst machten allerdings nicht darauf Anspruch, mit allen diplomatischen Formen bekannt zu sein. Höchstdieselben wären überzeugt, die ganze Sache müsse E. M. in einem gehässigen Lichte vorgestellt worden sein, sonst hätte sie so streng nicht genommen werden können, namentlich nachdem von großherzoglicher Seite die Zurücknahme des Verlangens der Abberufung erfolgt sei. Ich entgegnete hierauf, daß ich mich der Überzeugung nicht verschließen könne, gerade der Minister von Dalwigk habe seine Unterredung mit dem Freiherrn von Canitz Sr. K. H. in einem gehässigen und nicht ganz treuen Lichte hinterbracht und dadurch die ganze Komplikation herbeigeführt. Daß S. K. H. in dieser Sache nicht immer genau berichtet worden wären, ließe sich schon daraus abnehmen, daß die oben erwähnte Erklärung der Zurücknahme gar nicht erfolgt sei, indem der Graf Görtz sich vor der Abgabe durch mich Gewißheit habe verschaffen wollen, daß mit dieser Erklärung alles beigelegt, d. h. das baldige Wieder-

erscheinen eines preußischen Gesandten am großherzoglichen Hoflager gesichert sei. Da ich diese Gewißheit nicht habe geben können, so sei die Abgabe der Erklärung unterblieben. Was eine Belehrung des Grafen Görtz über das Einschlagen eines richtigeren Weges anbetreffe, so habe eine solche bei der Sicherheit und nachdrücklichen Kürze, mit welcher das Verlangen der Abberufung durch den Gr. Gesandten gestellt worden sei, nicht wohl angebracht erscheinen können. Nachdem durch diese und ähnliche Besprechungen der Sachlage die Erwägungsgründe, welche für E. K. M. Entschließungen haben bestimmend sein können, sowie die in meiner Instruktion vom 21. v. M. entwickelten und die in meinem Schreiben an den Freiherrn von Münch reproduzierten Motive gesprächsweise wiederholt von mir vorgebracht waren, entledigte ich mich des formellen Teils meines Auftrages dahin, daß ich erklärte: E. K. M. hätten zu befehlen geruht, daß der Freiherr von Canitz nicht nach Darmstadt zurückkehren und der Posten des K. Ministerresidenten zu Darmstadt fortan unbesetzt bleiben solle, und wie E. K. M. nunmehr Sr. K. Hoheit anheimstellen zu müssen glaubten, auch den Grafen Görtz aus seiner Stellung am Königlichen Hoflager abzuberufen. S. K. H. entgegneten, daß von Ihrer Seite unter solchen Umständen nichts weiter geschehen könne, und Sie die Heilung der Differenz der Zeit anheimstellen müßten. Höchstdieselben schienen dabei nicht die Absicht zu haben, den Grafen Görtz förmlich abzuberufen, und sagten, daß Sie demselben schon befohlen hätten, ohne weitere, die Sache verschlimmernde Formalitäten von Berlin abzureisen. S. K. H. wünschten die Sache mehr unter dem Gesichtspunkt einer faktischen als dem einer rechtlichen Lage aufgefaßt zu sehen, und als ich darauf aufmerksam machte, daß mir der soeben vollzogene Auftrag allerdings eine formelle Änderung der rechtlichen Sachlage nach sich zu ziehen scheine, erwiderten S. K. H., daß ja bis jetzt „außer uns beiden niemand um den Inhalt dieser Audienz wisse".

Höchstdieselben entließen mich unter gnädigen Äußerungen für meine Person und reichten mir beim Abschiede die Hand. Ich machte demnächst noch J. K. H. der Frau Prinzessin Carl, welche auf der Rosenhöhe vor der Stadt ein Gartenpalais bewohnt, meine Aufwartung. . . . .

393. Bericht an König Friedrich Wilhelm IV.

[Ausfertigung.]

8. Juli 1853.

In der Bundestagssitzung vom 7. Juli habe der Gesandte von Baden beabsichtigt, eine Mitteilung hinsichtlich der aus dem rheinpfälzischen Schuldenwesen herrührenden Ansprüche von Baden, Großherzogtum Hessen und Nassau an die Krone Bayern zu machen, nachdem die sechsmonatige Frist abgelaufen war, welche der bayerischen Regierung zu ihrer Äußerung von dem Ausschusse bewilligt worden war.

Es erhob sich hierüber eine etwas gereizte Diskussion zwischen den Gesandten von Bayern und Baden, sowie dem von Württemberg als Vorsitzenden des betreffenden Ausschusses, welche schließlich ihre Erledigung dadurch fand, daß der Gr. badische Gesandte die Billigkeit einer einstweiligen Vertagung der Sache zugab, indem ihm nachgewiesen wurde, daß die fragliche Frist von 6 Monaten noch nicht seit einer Woche abgelaufen sei, und daß der Ausschuß mindestens soviel Zeit behalten müsse, um seinen diesfälligen Bericht zu erstatten.

Freiherr von Prokesch stellte bei dieser Gelegenheit die Theorie auf, daß alles, was ein Gesandter zu Protokoll bringen wolle, dem Präsidium tags zuvor mitgeteilt werden

müsse, und daß er aus diesem Grunde die ganze Verhandlung nur als eine vertrauliche Besprechung ansehen und dem Gesandten von Baden nicht das Recht einräumen könne, sie zu Protokoll zu bringen.

Ich war genötigt, diesen Anspruch des Präsidiums als einen weder mit der Geschäftsordnung noch mit den Rechten der Regierungen verträglichen zu bestreiten, indem die Befugnis des Präsidii sich darauf beschränkt, die vorherige Mitteilung von Anträgen zu verlangen, und letzteres[,] wenn eine solche Mitteilung nicht erfolgt, für die gegenwärtige Sitzung die geschäftliche Behandlung zu versagen.

Die Gereiztheit, in welche Freiherr von Prokesch sich durch meinen Einwand versetzt fühlte, entledigte sich in einem halblauten, doch vernehmbaren Ausbruch gegen den Freiherrn von Brenner, dessen Natur in Verbindung mit anderen ähnlichen Vorkommnissen mich annehmen läßt, daß dieser Beamte seine Stellung unter dem Freiherrn von Prokesch auf die Dauer nicht beizubehalten, sondern mit jeder anderen zu vertauschen wünscht.

Meine Kollegen sagten mir nach der Sitzung ihren lebhaften Dank für meine Zurückweisung eines so gefährlichen Übergriffs von seiten des Präsidiums, nachdem sie es, wie gewöhnlich, sorgfältig vermieden hatten, sich an den Verdiensten zu beteiligen, welche sie bei mir anerkannten. . . .

394. Privatschreiben an Minister v. Manteuffel.

[Ausfertigung.]

9. Juli 1853.[1])

Der Gr. hessische Kriegsminister Freiherr von Schäffer-Bernstein hat sich während der mit Hessen-Darmstadt schwebenden Differenzen, sowohl zur Zeit der Koalition als später, stets dem preußischen Interesse zugetan erwiesen. Wenn ich auch unentschieden lasse, ob für diese Haltung die Sympathie für Preußen oder der Haß gegen Herrn von Dalwigk vorzugsweise maßgebend ist, so scheint mir doch das letztere Gefühl hinreichend stark, um die Aufrichtigkeit des Herrn von Schäffer gegen seinen Kollegen im Auswärtigen zu verbürgen. Er wünschte gleich nach meiner letzten Audienz bei dem Großherzoge eine Unterredung mit mir, von welcher er aber für dringend notwendig erklärte, daß sie geheim bleibe; sie fand deshalb in einem Walde zwischen hier und Mainz statt, wohin ich mich unter dem Vorwande der Jagd begeben hatte. Ich führe diesen Umstand nur als Beweis an, wieviel dem Herrn von Schäffer an der Geheimhaltung dieser Unterredung liegt.

Er sagte mir im allgemeinen, daß, solange Herr von Dalwigk Minister sei, ein näheres und vertrauensvolleres Verhältnis mit Preußen zu den Unmöglichkeiten gehöre; noch gefährlicher aber sei es für Hessen, daß Herr von Dalwigk als Minister des Innern die Beamtenschaft verderbe und die Stimmung der Bevölkerung dem Großherzog mehr und mehr entfremde; ersteres durch seinen „bubenhaften Leichtsinn, Verlogenheit und Korruption", letzteres durch sein Schwanken zwischen ultramontaner und Rheinbundspolitik, verbunden mit zeitweisem schwächlichen Haschen nach Popularität. Die Hoffnung, Hessen von diesem nur durch die Intrigen Österreichs, Frankreichs und Bayerns gehaltenen Minister befreit zu sehen, sei durch den Konflikt mit Preußen neugeweckt, beruhe aber lediglich auf der Festigkeit, mit welcher Preußen den Abbruch der diplomatischen Beziehungen in strengster Form aufrecht erhalten werde.

[1]) Poschinger gibt irrig an, daß dies Schreiben an General v. Gerlach gerichtet sei.

Demnächst teilte mir Herr von Schäffer mit, daß er stets bemüht gewesen sei, Beziehungen zwischen der hessischen und der preußischen Armee hervorzurufen und zu pflegen, daß der Großherzog im Grunde diesen Bestrebungen geneigt sei, durch andere Einflüsse aber stets dahin disponiert werde, einem System der Entfremdung seines Militärs Preußen gegenüber in die Hände zu arbeiten und dagegen gemeinschaftliche Korpsdiners und andere Verbrüderungsfeste mit den österreichischen Garnisonen von Mainz, Rastatt und Frankfurt zu befördern. Mit Mühe habe der Kriegsminister des Großherzogs erlangt, in Preußen die Erlaubnis zur Teilnahme an den am 11. d. M. beginnenden Artillerieübungen bei Magdeburg für zwei hessische Artillerieoffiziere zu erbitten. Durch Herrn von Dalwigk sei indessen der Abgang des desfallsigen Schreibens verzögert worden, bis dasselbe nach der erfolgten Abreise des Grafen Görtz als unbestellbar zurückgekommen sei. Ihm, dem Herrn von Schäffer, liege indessen zuviel an der Ausführung seines Vorhabens, und er wolle sich deshalb um die Autorisation bemühen, direkt mit dem K. Kriegsminister in Verbindung zu treten. Infolgedessen habe ich gestern Abend das anliegende Schreiben von ihm erhalten; in einem begleitenden Privatschreiben sagt er, daß er sich für den Erfolg einigermaßen in Darmstadt verbürgt habe, und meines g. g. Dafürhaltens sollten wir dem Großherzog den Beweis liefern, daß Herr von Schäffer mehr bei uns auszurichten vermag, als Herr von Dalwigk. Mit dem Herrn Kriegsminister habe ich vorgestern die Sache besprochen und mich seines Einverständnisses versichert.

Ich bitte hiernach E. E., mich telegraphisch zu der Mitteilung an Herrn von Schäffer autorisieren zu wollen, daß die beiden Offiziere willkommen sein würden.

395. Bericht vom 9. Juli 1853 an Minister v. Manteuffel, betr. den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Preußen und dem Großherzogtum Hessen. — Vgl. Poschinger I Nr. 194. Dort ist S. 278, vorletzte Zeile des 2. Absatzes, hinter Unwahrheit einzuschalten: und perfiden Lüge.

396. Bericht vom 13. Juli 1853 an Minister v. Manteuffel, betr. das Verbot des Rauchens in der Nähe der preußischen Schildwachen in Frankfurt. Antrag auf Zurücknahme der Bestimmung. — Vgl. Poschinger, Neue Berichte I, S. 110 ff.

397. Bericht vom 14. Juli 1853 an Minister v. Manteuffel, betr. den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Preußen und dem Großherzogtum Hessen. — Vgl. Poschinger I Nr. 195.

398. Vertraulicher Bericht an Minister v. Manteuffel.

[Ausfertigung.][1])

14. Juli 1853.

Auf eine Einladung Sr. H. des Herzogs von Nassau begab ich mich gestern zu einem Diner nach Biebrich und hatte vorher eine längere Unterredung mit dem Fürsten Wittgenstein in Wiesbaden. Derselbe sprach mit Besorgnis von den Gefahren der Zustände im Herzogtum und in den angrenzenden Landschaften. Besondere Veranlassung

[1]) Bei Poschinger I 196 vollständig abgedruckt.

gaben ihm dazu Volksversammlungen von Demokraten, die am Sonntag vor 8 Tagen im Taunus in Gestalt von verabredeten Landpartien stattgefunden hatten; die versammelte Menge hat sich sehr gut diszipliniert gezeigt, indem sie eine durchaus tadelfreie Haltung namentlich den anwesenden Polizeibeamten gegenüber beobachtete, jede politische Kundgebung vermied und sich mit einer Schaustellung ihrer Zahl und Organisation begnügte. Nach der Meinung des Fürsten waren etwa 4000 Mann versammelt gewesen, also ungefähr soviel, wie das nassauische Bundeskontingent beträgt. Dieselben waren, obschon unbewaffnet, doch militärisch, abgeteilt in Zügen und Sektionen, unter dem Kommando von Führern aufgetreten; äußerlich weiß ich, daß an diesen Versammlungen Leute von Frankfurt, Sachsenhausen, Offenbach und der Umgegend teilgenommen haben, indem ich dieselben zum Teil auf Omnibuswagen habe zurückkehren sehen. Die Fuhrwerke waren mit weißen und roten Fahnen, den Frankfurter und hessischen Farben, geschmückt. Die Physiognomien der Insassen waren allerdings großenteils solche, wie man sie bei Freunden des Bestehenden nicht zu finden pflegt. Der Herzog von Nassau, mit dem ich mich am Tage dieser Versammlung in Rumpenheim befand, erhielt dort über diese eine Staffette von dem Bezirksbeamten, nach deren Empfang Er nicht unterließ, über die folgsame Haltung der Teilnehmer, welche keinen anderen Zweck, als den sich zu amüsieren, gehabt, Sich beifällig auszusprechen. Der Minister Sr. Hoheit schien indes diese Auffassung nicht zu teilen und sprach mir längere Zeit von seinen Plänen, andere Zustände herbeizuführen. Er maß die Schuld der jetzigen zum großen Teil dem Untergang des Bauernstandes und der übermäßigen Parzellierung des Bodens bei, beklagte nebenher die gänzliche Entartung des früheren deutschen Volkscharakters und war der Ansicht, daß sich unter diesen Umständen nur mit diktatorischer Gewalt auf die Dauer regieren lasse. *Ich kann ihm hierin in bezug auf die Bevölkerung des Südwestens von Deutschland nicht ganz Unrecht geben; die Schuld, daß es soweit gekommen, ist aber der Bevölkerung nicht allein beizumessen.*[2])

... [Gespräch über die mit Preußen gepflogenen Eisenbahnverhandlungen.] Was der Fürst Wittgenstein mir hierüber sagte, wiederholte mir nachher der Herzog in einer Weise, die sein besonderes Interesse an der Sache verriet. Er schickte voraus, daß die nassauische Regierung das lebhafteste Bedürfnis empfinde, durch zuvorkommende Nachgiebigkeit in dem Verkehr mit Preußen die Verstimmung zu beseitigen, welche bei uns infolge des Verhaltens in der Zollfrage habe entstehen müssen. Der Herzog sei daher bereit, Preußen jede Konzession zu machen, die es billigerweise verlangen könne. ...

Nach dem Diner hatte ich eine längere Besprechung mit dem Hofmarschall des Herzogs, Grafen Uxküll, der früher Offizier in preußischen Diensten gewesen ist und noch Sympathie für uns bewahrt. Derselbe bestätigte mir, daß der Herzog den Wunsch hege, sich näher an Preußen anzuschließen, daß derselbe überhaupt zu keiner Zeit von einer ähnlichen Feindseligkeit gegen Preußen beseelt gewesen sei, wie andere süddeutsche Höfe, daß er auch im vertrautesten Gespräch sich niemals in gehässiger Weise über Preußen geäußert habe, daß seine Haltung in der Zollsache nur durch die von Darmstadt aus stets wachgehaltene und zeitweise sehr hoch gesteigerte Furcht bedingt worden sei, Preußen wolle ihn „verschlucken“. Diese Furcht sei noch jetzt nicht ganz beseitigt, und er zweifle nicht, daß der Herzog sich Preußen rückhaltlos hingeben und dabei seine eigene Ruhe und Zufriedenheit wieder gewinnen würde, wenn es gelänge, bei ihm das Vertrauen zu erwecken, daß Preußen nicht auf seine Mediatisierung ausgehe.

[2]) Vgl. S. 319.

Auch in dieser Beziehung scheint es mir, daß zu weit getriebene Anforderungen von uns in der Eisenbahnfrage auf unsere politischen Interessen nachteilig zurückwirken müssen, indem sie dem Mißtrauen des Herzogs und anderer Fürsten in betreff unserer Auffassung ihrer Souveränität neue Nahrung geben.

Das Bestreben, sich uns wieder anzunähern, findet auch in der Behandlung, die ich persönlich von der herzoglichen Familie neuerdings erfahre, seinen Ausdruck, und halte ich es bei dem Herzog für ein aufrichtiges, wenn ich auch bei dem Fürsten Wittgenstein mit Rücksicht auf die intime Freundschaft, in welcher er zu dem Prinzen Emil von Hessen steht, ein gleiches nicht zu behaupten wage.

Herr von Dalwigk und Graf Görtz haben ihr Möglichstes getan, um in Wiesbaden das Verfahren Preußens in dem neuerlichen Zwist mit Darmstadt als ein diktatorisches und anmaßendes darzustellen, und stelle ich E. E. gen. Erwägung anheim: ob es nicht angemessen sein möchte, den K. Gesandtschaften an den deutschen Höfen eine Darstellung des Verhaltens des Herrn von Dalwigk zugehen zu lassen, damit sie sich auf Grund derselben aussprechen können. Ich glaube annehmen zu dürfen, daß etwas ähnliches von Darmstadt aus bereits geschehen sein wird.

399. Vertraulicher Bericht an Minister v. Manteuffel.

[Ausfertigung.][1]

15. Juli 1853.

[Beratung des Ausschusses für die Geschäftsordnung über den Etat der Bundeskanzlei und Kassenverwaltung.] Ich beantragte, die Entlassung der außerhalb des Etats befindlichen Beamten sofort in der Bundesversammlung zu beschließen, und diejenigen von ihnen, deren Dienste für noch schwebende extraordinäre Geschäfte augenblicklich unentbehrlich waren, einstweilen gegen vorübergehende Entschädigung zu beschäftigen. Herr von Prokesch wandte hiergegen ein, daß mit Rücksicht auf die provisorische Geschäftsordnung vom 14. November 1816[2]) und den Bundesbeschluß vom 6. Mai 1841 kein Beamter ohne vorgängigen Vorschlag von seiten des Präsidiums angestellt oder entlassen werden könne, und daß deshalb die Ausführbarkeit meines Vorschlages dadurch bedingt sein werde, ob, und wen das Präsidium zur Entlassung vorschlagen wolle. Ich bemühte mich vergeblich, Herrn von Prokesch darzutun, daß diese Auffassung unmöglich der Absicht entsprechen könne, in welcher die Bundesversammlung den gegenwärtigen Ausschuß gewählt habe, daß es m. E. jeder Bundesregierung freistehe, Anträge jeder Art, also auch solche auf Entlassung von Bundesbeamten, ohne vorgängigen Vorschlag des Präsidenten zu stellen, und daß auf die von der Reichsgewalt, nicht aber vom Bunde angestellten überflüssigen Beamten unmöglich die für die regelmäßigen Bundesbeamten im Jahre 1841 getroffenen Bestimmungen Anwendung finden könnten, daß ich allerdings für zweckmäßig halte, die Vorschläge des Präsidiums, weil dasselbe mit der Brauchbarkeit der einzelnen Beamten vorzugsweise bekannt sei, über die Auswahl der beizubehaltenden und der zu entlassenden Beamten zu erfordern, daß ich aber glaube, die Bundesversammlung könne auch ohne vorgängigen Vorschlag über die Anzahl und die Kategorien der Beamten, welche sie verwenden wolle, beschließen.

[1]) Bei Poschinger I Nr. 197 vollständig abgedruckt.
[2]) Poschinger hat irrig: 16. November 1841.

Herr von Prokesch steigerte seinen Widerspruch gegen meine Auffassung bis zu einer für alle Anwesenden peinlichen Heftigkeit, welche ihren höchsten Grad erreichte, als ich im Hinblick auf die mir durch den h. Erlaß vom 25. November v. J. erteilte Instruktion daran erinnerte, daß der Etat außer den Personalausgaben auch die „sonstigen Bedürfnisse" der Bundeskanzlei und Kassenverwaltung zu umfassen habe, und daß es zu diesem Behuf erforderlich sei, die Beschaffung der Unterkunftsräume für den Bund in den Etat zu ziehen, und sich über das Verhältnis klar zu machen, in welchem der Bund zu dem Fürsten Taxis und dessen Palais stehe. Der Herr Präsidialgesandte unterbrach mich hier durch die mit überraschender Leidenschaftlichkeit vorgebrachte Erklärung, daß die Bundesversammlung zum Fürsten Taxis in gar keinem Verhältnis stehe, sondern derselben durch die Liberalität der Kaiserlichen Regierung ein Unterkommen in der Wohnung des Kaiserlichen Gesandten gewährt sei. Es ist dies der Wortlaut in Nr. 1 der Note der Bundesversammlung an den Senat von Frankfurt vom 22. Oktober 1816. Ich erwiderte darauf, daß eben das Bewußtsein, die Liberalität der Kaiserlichen Regierung schon so lange mißbraucht zu haben, mich zur Anregung der Frage veranlasse: ob es nicht der Würde des Bundes entspreche, sich über den Titel, unter welchem er seine Lokalien benutze, klar zu machen, und ein Domizil zu haben, auf welches seine Berechtigung weniger precario geduldet und je nach der Liberalität einer einzelnen Bundesregierung jeden Tag widerruflich erscheine. Das Bewußtsein, daß die der Sache von ihm gegebene Wendung nicht geschickt gewählt, und die Ruhe, mit der ich dieselbe beleuchtete, vermochten meinen Kollegen dennoch nicht, seine aufgeregte Gereiztheit zu unterdrücken und auch seinerseits der Diskussion eine seiner Stellung entsprechende gemäßigtere Färbung zu verleihen. Von seiten der übrigen drei Mitglieder des Ausschusses wurde der Vorschlag gemacht, die Entscheidung der angeregten Streitfragen in dem gegenwärtigen Vortrage soviel als möglich zu umgehen, und erklärte ich mich mit diesem Bestreben mit dem Bemerken einverstanden, daß ich gerne bereit sei, die Erörterung dieser Frage für diesmal nicht fortzusetzen, mir aber jedenfalls vorbehalten müsse, dieselbe im weiteren Verlauf der Revision der Geschäftsordnung bald wieder anzuregen und zur Entscheidung zu bringen. Ich tat dies um so mehr, als die Diskussion von seiten des Herrn von Prokesch jede Beimischung von sachlichem Charakter verlor und daher zu einem Resultat nicht führen konnte. Meine übrigen Kollegen erkannten dies nach der Sitzung mit dem Bemerken an, daß man Herrn von Prokesch Zeit lassen müsse, sich über die Sachlage und seine Stellung zu derselben klarer zu werden, als er es bei dem ersten Auftauchen unerwarteter Fragen zu sein pflege. Von Herrn von Nostitz ging demnächst in bezug auf die Entlassung der Beamten ein Vermittlungsvorschlag aus, welcher ungefähr dahin lautete: daß die Reduktion des Beamtenpersonals durch die Bundesversammlung beschlossen werde, das Präsidium aber zu ersuchen sei, Vorschläge darüber zu machen, welche Beamte definitiv zu behalten, welche andere zu entlassen, zu pensionieren oder provisorisch zu beschäftigen seien. Zur letzten Kategorie würde jedenfalls die Kassenabteilung bis zur Abwickelung der Liquidationsangelegenheiten gehören. Ich erklärte, vorbehaltlich näherer Prüfung nach schriftlicher Fassung und vorbehaltlich der weiteren Verhandlung über den Etat der sachlichen Ausgaben und die Beamten der Militärkommission, gegen diesen Vorschlag nichts einwenden zu wollen, indem ich das an das Präsidium gestellte Ersuchen, Vorschläge zu machen, als ein ex concluso collegii, nicht aber als ein ex lege hervorgehendes betrachtete. Herr von Prokesch äußerte darauf, noch immer aufgeregt, er sähe darin nur eine dem Rechte des Präsidiums dargebrachte Huldigung, und „da keine Zeitbestimmung darin enthalten sei, so wolle er beitreten". Wenn

durch letztere Äußerung meine Ansicht bestätigt wird, daß das Präsidium sich der Ausführung der zu fassenden Beschlüsse stillschweigend zu entziehen gedenkt, so glaube ich einer solchen Absicht durch nachdrückliche und wiederholte Monita zu Protokoll mit Erfolg entgegentreten zu können. Dagegen stelle ich g. g. anheim, mich bei meiner demnächstigen Abstimmung zu einer Fassung hochgen. zu autorisieren, durch welche einer Auslegung der Rechte des Präsidiums in der von Herrn von Prokesch beanspruchten Ausdehnung vorgebeugt wird. Denn würde sie anerkannt, so ginge daraus hervor, daß die Bundesversammlung mit allen Stimmen gegen eine nicht einmal die Entlassung eines überflüssigen oder strafbaren Beamten herbeiführen könne, solange Österreich, geleitet von dem Wunsche, die Dienste eines vom Bunde bezahlten Beamten nicht zu verlieren, den Vorschlag dazu verweigert.

400. Bericht an Minister v. Manteuffel.

[Ausfertigung.]

15. Juli 1853.

Nach Inhalt der Instruktion vom 25. Juni[1]) würde er (Bismarck) in seiner Eigenschaft als Mitglied des politischen Ausschusses sich in der Lage befinden, dem von der Majorität desselben genehmigten Vortrage ein Separatvotum beizufügen.

Bevor ich jedoch dasselbe abgebe, habe ich geglaubt, die Bedenken, welche einem derartigen Schritt neuerlich entgegengestellt sind, zur hochgen. Erwägung der K. Regierung stellen zu sollen. Bei den Beratungen im politischen Ausschuß nämlich ist von mehreren Seiten — namentlich von Hannover — ausdrücklich und wiederholt hervorgehoben, daß die Emanation eines vollständigen und die Landesgesetzgebung möglichst beseitigenden Bundesvereinsgesetzes notwendig sei, um diese Angelegenheit zu dem beabsichtigten Ziele zu führen, da sonst der zu erwartende Widerspruch der Stände nicht zu beseitigen sein würde. Wenn daher Preußen — fügte man hinzu — nur für die Aufstellung allgemeiner Grundlagen für die Landesgesetzgebung stimme, so schneide es den einzigen Weg ab, auf welchem ihrer Ansicht nach die kleineren Regierungen die inneren Zustände in ihren Ländern zu konsolidieren und die Überreste der revolutionären Bewegung zu tilgen vermöchten.

Diese Auffassung des preußischen Votums wird von Österreich unterstützt und findet bei einem Teil der kleineren Regierungen zu unserem Nachteil Anklang, wie ich mich unter anderem bei einer Unterredung mit dem Herzog von Nassau und dem Fürsten Wittgenstein kürzlich selbst überzeugt habe.

Es dürfte hiernach allerdings von Wichtigkeit für Preußen sein, das Mißtrauen zu beseitigen, welches bei den kleineren Regierungen noch immer in der Art lebendig ist, daß sie glauben, Preußen widerstrebe in partikularistischem Interesse der Befestigung der inneren Zustände ihrer Staaten. Wie nachteilig ein derartiges Vorurteil aber auch für Preußen sein mag, so halte ich es gleichwohl nicht für möglich, daß unsere eigene Gesetzgebung von Bundesbeschlüssen durchbrochen und dadurch der Eindruck gemacht wird,

[1]) Vgl. oben S. 324 f. Herr von Schrenck, der Referent des politischen Ausschusses, hatte beantragt: a) einen Bundesbeschluß zur Verhütung des Mißbrauchs des Vereins- und Versammlungsrechtes, der jedoch mit den darüber in Preußen bestehenden gesetzlichen Bestimmungen nicht übereinstimmte, vielmehr weiter als diese ging; b) einen Bundesbeschluß zur Verhütung des Mißbrauchs der Wanderfreiheit der Handwerksgesellen, der im wesentlichen nur eine Erneuerung der Bundesbeschlüsse vom 15. Januar 1835 und 3. Dezember 1840 enthielt. Der erste Entwurf entsprach den Wünschen der preußischen Regierung nicht, weil er, statt allgemeine Grundlagen für die Bundesgesetzgebung zu liefern, die Form eines in den Bundesstaaten zu publizierenden Gesetzes trug, durch welches eine eigene Landesgesetzgebung über diesen Gegenstand so gut wie ausgeschlossen worden wäre. Der zweite Beschluß erschien der preußischen Regierung zu reaktionär. Deswegen erhielt Bismarck die Weisung, ihn abzulehnen. (Erlaß vom 25. Juni 1853.)

als erreichten wir durch eigene Kraft in der inneren Gesetzgebung keinen unserem Bedürfnis entsprechenden Erfolg. Es fragt sich hiernach nur, ob sich ein Mittelweg auffinden läßt, welcher das Verlangen der kleineren Regierungen befriedigt, ohne den diesseitigen Rechtszustand zu verletzen. Ein solcher Ausweg böte sich vielleicht, ohne in unseren Rechtszustand einzugreifen, dadurch dar, daß die K. Regierung dem von der Majorität des politischen Ausschusses angenommenen Entwurf in der Absicht beiträte, denselben für Preußen nicht zu publizieren. . . . . .

Meiner unmaßgeblichen Ansicht nach würde ich diesen Weg vorziehen, indem er den Verdächtigungen, welche uns fortdauernder Sympathien mit der Revolution zeihen wollen, jede Bedeutung nimmt und andererseits die Regierung vor Konflikten mit den Kammern sicherstellt, indem die Landesgesetzgebung keine Änderung erleidet. Sobald die K. Regierung jedem etwaigen Versuch der Bundesversammlung, die Frage der Übereinstimmung unserer Gesetzgebung mit dem in Rede stehenden Bundesbeschluß näher erörtern zu wollen, einen zwar passiven, aber entschiedenen Widerspruch entgegensetzt, kann ich die Betretung dieses Weges nur für richtig erachten.

Nachschrift.

Am Schlusse dieses Berichts geht mir das h. Reskript vom 14. d. M. zu, durch welches ich um so mehr in meiner Auffassung bestärkt werde, als ich aus demselben entnehme, wie sehr die K. Regierung selbst Wert darauf legt, daß in den benachbarten Staaten eine gründliche Abhilfe des Unwesens der Vereine einträte. Bei dieser Gelegenheit erlaube ich mir noch eine Tatsache hinzuzufügen, die ich in den Ausschußverhandlungen erfahren habe. Die Gesellen des Hutmachergewerkes nämlich stehen in der Rheingegend und, wie ich höre, in ganz Deutschland in einer so fest organisierten Verbindung, daß sie ein eigenes Gericht unter sich gebildet haben, welches in Offenbach seinen Sitz hat. Dieses Gericht untersucht und bestraft Abweichungen von den Vereinsbeschlüssen, welche letztere sich namentlich auch auf die Höhe des Lohnsatzes beziehen, unter dem kein Hutmachergeselle arbeiten darf. Das Ansehen dieses Gerichts, dessen Sprüche von den Gesellen aller Orten exequiert werden, ist ein solches, daß beispielsweise ein Geselle aus Zweibrücken auf erfolgte Vorladung sich in Offenbach auf eigene Kosten gestellt und die ihm zudiktierte Strafe unweigerlich gezahlt, und daß ein anderer Geselle — ich weiß nicht woher — gleichfalls vor demselben erschienen ist und die nachdrückliche körperliche Züchtigung, zu welcher das Gesellengericht ihn verurteilt, in Empfang genommen hat, ohne daß die Polizeibehörden, zu deren Kenntnis die Sache gekommen war, ihn zum Eingeständnis des Vorgefallenen oder zur Klage haben bewegen können. Wenn derartige Verbindungen zeigen, wie tief in dem Handwerkerstand selbst das Bedürfnis einer korporativen Verfassung empfunden wird, so haben sie doch auch, solange sie heimlich bestehen, ihre gefährliche Seite.

401. Privatschreiben an Minister v. Manteuffel.

[Eigenhändig.]

15. Juli 1853.

E. E. beehre ich mich die anliegenden Zirndorferschen Berichte zu überreichen, indem ich auf den vom 12. c. datirten, in Betreff der geschiedenen Rittmeister Lehmann besonders aufmerksam mache. Der darin angegebne Sachverhalt wird mir auch von andrer

Seite her als richtig bestätigt. Es fragt sich, ob die Person, mit ihren Drohungen Skandal zu machen, für uns irgend wie benutzt werden kann, um dem Kurfürsten einen Dienst zu erweisen, oder das Gegentheil. Ein morgen in Betreff der Bundes-Geschäftsordnung abgehender Bericht enthält Einiges über die anmaßliche Art, in welcher Prokesch seine Präsidialstellung auffaßt. Ich kann nicht alle Ausbrüche pathetischer Selbstüberschätzung wiedergeben, welche in der Discussion zu Tage traten; gewiß aber ist es, wenn er sich vorgenommen hätte, uns durch höhnische Arroganz zu Angriffen auf die Stellung des Präsidiums herauszufordern, so könnte er es nicht anders anfangen. Ich fürchte auch, daß wir in der orientalischen Frage wiederum Östreich unsern vollsten ehrlichsten Beistand leisten, ohne uns den mindesten Dank auszubedingen; und doch sind die Fälle, wo Östreich in der Europäischen Politik unser bedarf oder uns fürchtet, die einzigen, wo wir in der deutschen Politik Fortschritte machen können. Wenn ich doch Sr. Majestät dieses wie ein „Herr, gedenke der Athener!“ alle Tage vorhalten dürfte. *Wie mir Quehl schrieb, ist in E. E. Abwesenheit eine Circularinstruction ergangen, welche unsre Politik im Orient als identisch mit der Oestreichs bezeichnet; ich habe keine Bestätigung der Nachricht erhalten, und würde mich sehr freuen, wenn sie ungenau gewesen wäre. Denn m. E. ist in dubio, so lange man über die Absichten der einzelnen Mächte nicht ganz sicher ist, die Wahrscheinlichkeitsrechnung grade dafür, daß unter allen Bundesgenossen, die wir wählen können, grade Östreich der schwächste und undankbarste sein werde. Sobald Oestreich nicht mehr mit Rußland geht, bin ich nicht zweifelhaft darüber, daß wir uns von ihm trennen sollten und daß wir, wenn wir überhaupt Partei ergreifen, mit Petersburg und nicht mit Wien gehen sollten. Aber* ich sehe in der That nicht, warum wir, ohne zwingende Ursache oder starke Lockung überhaupt, voreilig Partei nehmen müssen. Eine bewaffnete Neutralität, womöglich in Verbindung mit den andern deutschen Staaten und Belgien, würde eine unsern Interessen entsprechende und würdige Stellung sein, die unserm Einfluß im außerösterreichischen Deutschland einen neuen Elan gäbe. Östreich muß sich freie Entschließung bewahren, es ist zu nah am Schauplatz; aber die andern deutschen Staaten haben mit uns das gleiche Interesse, in Ruhe gelassen zu werden, wo es nichts zu verdienen giebt. Einer Neutralität mit 500 000 Mann kann es wohl gelingen, den Krieg, wenn er ausbricht, auf die See und die Türkei zu beschränken. Doch ich spreche wie der Blinde von der Farbe, da ich mit der augenblicklichen Sachlage und den bei uns etwa schon gefaßten Entschlüssen ganz unbekannt bin. Vielleicht ist längst der Friede gesichert; bricht der Krieg aber doch aus, so denke ich, E. E. ruhige Kaltblütigkeit wird der Aufregung andrer Rathgeber nicht nachgeben, und wir uns keine blutigen Köpfe holen; pour les beaux yeux de qui que ce soit, oder für den bloßen Ruhm, auch dabei gewesen zu sein. Können wir etwas profitiren, so ist es allerdings anders.

Prokesch spricht in dem Sinne, daß die Partheinahme Englands für die continentalen Revolutionärs es Östreich unmöglich mache, mit England zu gehen.

Jemand, den ich hier gern los würde, wenn es anginge, ist unser Commandant Major Deetz. Er macht zu viel Unfrieden unter den Preußen hier am Orte, verträgt sich mit Niemand unter seinen Landsleuten, und gegenüber dem engen Zusammenhalten der Östreicher unter einander wird durch D.s Unverträglichkeit und seine sonstigen persönlichen Eigenschaften und Verhältnisse der Vortheil für uns, die Commandantur von Preußen zu besetzen, ein sehr geringer.

Da die Zeit herannaht, für welche E. E. mir Hoffnung machten, Sie und die gnädige Frau hier zu sehn, so würde ich mich sehr freuen, wenn ich bald nähere Gewißheit darüber

hätte. Ich rechne darauf, daß Sie uns die Freude machen, bei uns abzusteigen, und da ich im Hause zwei vollständige Wohnungen habe, die ich nicht gleichzeitig benutze, eine an der Straße und eine am Garten, so macht es uns nicht die mindeste Unbequemlichkeit, und meine Frau und ich bitten dringend, daß Sie unser Dach nicht verschmähen. Mit der Bitte, mich der Frau Gemalin zu empfehlen, und Otto,[1]) den wir doch auch hier zu sehn hoffen, meinen Gruß zu bestellen . . .[2])

402. Bericht vom 1. August 1853 an Minister v. Manteuffel, betr. die Abstimmung über die Einsetzung einer technischen Abteilung für die Bundesfestungen. — Vgl. Poschinger I Nr. 199.

*403. Denkschrift für König Georg V. von Hannover.

[Abschrift.]

1. August 1853.[1])

Die Bundesversammlung hat in ihrer Sitzung vom 23. August 1851 einen Beschluß gefaßt, nach welchem dieselbe zwar die zuversichtliche Erwartung hegt, daß alle hohe Bundesregierungen die unerläßliche Übereinstimmung ihrer staatlichen Einrichtungen mit den Bundesgrundgesetzen durch alle gesetzlichen Mittel herzustellen bemüht sein werden, der Bund sich aber seine verfassungsmäßige Einwirkung für die Fälle vorbehält, wenn die als notwendig erkannten Abänderungen der Verfassung auf Hindernisse stoßen sollten.

Es ist eine Tatsache, daß die von der K. hannoverschen Regierung den Ständen des Königreiches vorgeschlagenen und in 10 verschiedenen Punkten formulierten Abänderungen von seiten der Stände auf Hindernisse gestoßen sind, „welche zu einstweiliger Vertagung von 9 unter den fraglichen 10 Punkten und schließlich zur Ablehnung des 10. geführt haben". Unzweifelhaft darf man hiernach annehmen, daß der Fall, für welchen die verfassungsmäßige Einwirkung des Bundes vorbehalten worden, im Königreich Hannover bereits eingetreten ist und daß die Bundesversammlung nicht das Recht haben würde, ihre Einwirkung zu versagen, sobald die K. hannoversche Regierung die Anzeige macht, daß den von ihr versuchten Abänderungen der Verfassung im Sinne des Beschlusses vom 23. August 1851 Hindernisse entgegengestanden[2]) haben. Sollte daher S. M. der König von Hannover diesen Weg schon jetzt betreten wollen, so darf ich mich überzeugt halten, daß neben den Regierungen von Preußen und Österreich auch die Mehrheit der übrigen, namentlich die von Sachsen, Hannover, beidenHessen, Holstein, Mecklenburg, Braunschweig-Nassau und die 16. Kurie für sofortiges Eingehen auf die Sache stimmen würden.

Nach den Äußerungen, die ich aus dem Munde des Königs, m. a. H., zu vernehmen die Ehre gehabt habe, kann ich nicht zweifeln, daß Allerhöchstderselbe durch das Votum und den Einfluß Preußens am Bunde die Absichten Sr. K. hannoverschen Majestät auf diesem, wie auf jedem anderen Wege, welchen einzuschlagen es Sr. M. dem König Georg gefallen würde, bereitwillig und nachdrücklich unterstützen würden.

---

401. [1]) Der Sohn des Ministers v. Manteuffel.

[2]) Am 19. Juli begab sich B. zur Begrüßung des Königs nach Kassel, am 21.—23. Juli reiste er mit dem König, am 28. reiste er von Potsdam nach Hannover, von wo er am 30. aufbrach, um am 31. in Frankfurt einzutreffen.

403. [1]) Vgl. G. u. E. I 89. Dort wird die Entstehung der Denkschrift irrigerweise in den September 1853 verlegt. Siehe auch die folgende Nummer.

[2]) Vorlage: entgegengestellt.

Wenn ich mir indes erlauben darf, in dieses alleruntertänigste Promemoria diejenigen Ansichten zusammenzufassen, welche ich von meinem allergn. Herrn über die Vorzüge des einen oder des andern Weges zur Abänderung der Verfassung habe äußern hören, so kann ich dieselben etwa in nachstehender Weise wiedergeben.

Sowohl bei den K. hannoverschen Untertanen als in den übrigen deutschen Bundesstaaten würde sich die Überzeugung von der Mäßigung und Besonnenheit, mit welcher die K. hannoversche Regierung in dieser Sache vorgegangen ist, nur erhöhen und befestigen, wenn der Versuch, die nötige freiere Wirksamkeit der monarchischen Gewalt herzustellen, nicht bloß mit einer Diät der Landesvertretung gemacht, sondern auch mit der jetzt neu zu wählenden wiederholt würde. Indessen könnte man es als einen für den Zweck ausreichenden Erfolg nicht betrachten, wenn lediglich der von der aufgelösten Kammer zuletzt abgelehnte Vorschlag eines anderen Wahlgesetzes erneuert und vielleicht zur Annahme gebracht würde. Die Verfassung überträgt außerdem teils auf die Landesvertretung, teils auf Diener der Krone große und wichtige Rechte, welche in einem monarchischen Staat notwendig dem Landesherrn verbleiben müssen und durch welche die Krone in Erfüllung ihrer Bundespflichten nicht nur im Widerspruch mit Artikel 58 der Schlußakte gehindert und beschränkt, sondern auch zur Anlehnung an auswärtige Stützen schließlich gedrängt wird, anstatt auf Grund einer gekräftigten landesherrlichen Gewalt diejenige unabhängige Stellung einzunehmen, zu welcher das Königreich durch seine politische Verbindungen, seine Größe unter den Bundesstaaten und die Anhänglichkeit seiner Bevölkerung an das angestammte Königshaus berechtigt ist, solange diese Grundlagen nicht durch die anhaltende Wirksamkeit einer Verfassung von so auflösender Natur, wie die jetzige, zerstört sind.

Die Erfahrung anderer Länder liefert den Beweis, daß Wahlgesetze auch von sehr viel exklusiverem Charakter als das von dem K. hannoverschen Ministerium zuletzt vorgelegte eine Garantie für die Mäßigung und Loyalität ständischer Versammlungen nicht liefern, solange exorbitante Berechtigungen der letzteren den Parteiführern, welche die Stimmenzahl beherrschen, einer durch die Verfassung wehrlos gemachten Regierung gegenüber eine Waffe in die Hand geben, mit welcher sie die Befriedigung des persönlichen Ehrgeizes erzwingen oder die Fortführung der Regierung unmöglich machen können.

Die letzte von der K. Regierung an die aufgelöste Kammer gestellte Forderung kann nur als eine sehr gemäßigte betrachtet werden, wenn man in Anschlag bringt, wieviele und wesentliche Abänderungen der Verfassung außerdem noch erforderlich sind, um der Krone diejenige Unabhängigkeit wiederzugeben, die notwendig ist, um die Erfüllung der Bundespflichten möglich zu erhalten. Daß die Stände eine Vorlage der Art dennoch zurückweisen konnten, darf als ein Beweis betrachtet werden, wie gering und wie weitaussehend für die K. Regierung die Hoffnung ist, durch allmähliche Verbesserung im Wege der gewöhnlichen Landesgesetzgebung einen Zustand herbeizuführen, der mit dem Wesen der Monarchie und mit den Bestimmungen der Bundesverträge, namentlich den Artikeln 57 und 58 der Wiener Schlußakte, verträglich wäre. Diese Betrachtung dürfte zu der Überzeugung leiten, daß es unvermeidlich ist, in der nächsten ständischen Diät nicht eine Wiederholung der zuletzt abgeworfenen Regierungspropositionen, sondern sofort die Forderung der Aufhebung aller derjenigen Bestimmungen der Verfassung vorzulegen, durch welche bisher der für einen monarchischen Bundesstaat notwendige Grad von Macht der Krone beeinträchtigt wird.

Die Erfahrung bei den Verfassungsarbeiten anderer Staaten und namentlich in Preußen hat gezeigt, daß die Regierung den Ständen gegenüber mehr erreichte, so oft sie

umfassende und weitgehende Forderungen in einer Vorlage anbrachte, als wenn durch allmähliche, häufig wiederkehrende Aenderungsvorschläge bei den Ständen das Gefühl erweckt wurde, daß der Bestand der Verfassung stets von neuem in Frage gestellt werde, ohne zum Abschluß zu gelangen.

Es läßt sich nicht voraussehen, ob eine solche Vorlage bei den Ständen dadurch zur Annahme gebracht werden kann, daß die K. Regierung, um den Kammern den Ernst der Situation anschaulich zu machen, gleichzeitig Einleitungen zur Verhandlung der Sache am Bundestage trifft und S. M. der König Gelegenheit nimmt, in einer Mitteilung an den Bund die allerhöchsten Intentionen über fernere Behandlung der Sache auszusprechen. Aber auch wenn sich nicht erwarten läßt, daß eine solche Demonstration auf die Stände hinreichenden Eindruck machen werde, dürfte dieselbe immerhin als Einleitung zu der demnächst unvermeidlich werdenden Herbeiführung einer Mitwirkung des Bundes den zweckmäßigsten Anknüpfungspunkt bilden. Vielleicht würde es sich empfehlen, daß die Anregung zur Bezugnahme auf die bevorstehende Einmischung des Bundes von letzterem selbst gegeben würde, indem die Bundesversammlung zu der Zeit, wo die desfallsigen ständischen Verhandlungen herannahen, über die Maßregeln, welche zur Ausführung des Beschlusses vom 23. August 1851 ergriffen seien und über die jetzige Lage der Landesverfassung eine amtliche Anfrage an die K. hannoversche Regierung richtete. Tritt demnächst die Frage wirklich in das Stadium der Verhandlung am Bunde, so würde es dem Ansehen der K. Regierung förderlich sein, wennn die Absendung von Bundeskommissarien jedenfalls vermieden und die etwaigen Beschlüsse der Bundesversammlung nur dahin gerichtet würden, die nicht beizubehaltenden Bestimmungen der Verfassung außer Kraft zu setzen, der K. Regierung aber selbst die Einführung der neuen, den Bundesverträgen entsprechenden zu überlassen. Besonders erleichtert wird die Durchführung der Angelegenheit auf dem bundesmäßigen Wege dadurch, daß die hannoversche Verfassung selbst eine Bestimmung enthält, nach welcher Bundesbeschlüsse zu ihrer Gültigkeit nicht der Einwilligung der Stände, sondern nur der landesherrlichen Publikation bedürfen, so daß dieser exzeptionelle Umstand es möglich macht, ohne Rechtsbruch zur Herbeiführung besserer Zustände zu gelangen.

Sollte der hier skizzierte Operationsplan sich der ah. Billigung Sr. M. des Königs von Hannover erfreuen, so würde es, um denselben in Angriff zu nehmen, zuerst neben der Ausarbeitung umfassender Vorlagen für die Stände einer Anregung in der Bundesversammlung bedürfen, um die Rückfrage bei der K. Regierung in betreff dessen, was auf Grund des Beschlusses vom 23. August 1851 geschehen sei, herbeizuführen. Eine solche Anregung dürfte am zweckmäßigsten von dem Präsidium der Bundesversammlung ausgehen, und läßt sich erwarten, daß letzteres bereit sein wird, nach vorgängiger Verständigung die Hand dazu zu bieten.

404. Bericht an König Friedrich Wilhelm IV.

[Ausfertigung.]

2. August 1853.

Auf meiner Rückreise hierher bin ich am 29. v. M. vormittags in Hannover eingetroffen, und teilte mir bei meiner Ankunftder K. Geschäftsträger Prinz Gustav zu Ysenburg mit, daß S. M. der König Georg in den letzten Tagen mehrmals nach meiner An-

kunft sich erkundigt und befohlen habe, mich sogleich zur Tafel einzuladen. Ich besuchte zunächst den Minister Bacmeister, um mich des Einverständnisses dieses, wie es scheint, jetzt einflußreichsten Ministers über das, was ich später Sr. M. dem Könige vortragen wollte, zu vergewissern. Ich fand denselben weit über meine Erwartung zu einer entschlossenen und totalen Reformation der jetzigen Zustände des Landes bereit, und wenn er bei Ausführung der besprochenen Pläne dieselbe Tapferkeit beweist, wie bei ihrer Beratung, so zweifle ich nicht, daß die Zustände des Landes in weniger als Jahresfrist in eine gedeihliche Lage gebracht werden. Indessen fand ich, wenigstens in den Kreisen des hannoverschen Adels, ein starkes Mißtrauen in die Aufrichtigkeit des Ministers Bacmeister, dem man schuld geben wollte, daß er den Charakter konservativer Entschiedenheit augenblicklich nur annehme, um in derselben Art, wie früher die Minister von der Decken und von Borries, jetzt den Freiherrn von Schele zu beseitigen und selbst das Präsidium zu übernehmen. Indessen glaube ich in das Urteil dieser Kreise selbst kein großes Vertrauen setzen zu sollen, und schreibe einen großen Teil desselben auf Rechnung des vorurteilsvollen Mißtrauens gegen jeden Bürgerlichen, welches unter dem hannoverschen Adel mehr als in jedem andern Teile Deutschlands vorwaltet, und vermöge dessen jede Gelegenheit, einen so einflußreichen Mann, wie der Minister Bacmeister augenblicklich ist, zu gewinnen, nicht nur versäumt wird, sondern im Gegenteil dazu führt, denselben durch geringschätzige Zurückhaltung zu verletzen. Der Minister selbst fühlt die Schwierigkeiten, welche ihm aus dieser Richtung erwachsen, in dem Maße, daß er, wenn ich seinen Worten Glauben schenken darf, nur mit Hilfe eines Premierministers von adlichem Namen seine Pläne glaubt durchführen zu können. Gegen den Prinzen zu Ysenburg hat er sich vertraulich geäußert, der Minister a. D. Graf von Alvensleben in Erxleben sei der Mann, den man in Hannover brauche, und wenn E. M. denselben auf einige Zeit an Hannover „leihen wollten", so würde alles nach Wunsch gehen. Daß der Freiherr von Schele für energische Maßregeln zu gewinnen sein werde, glaubte weder der Minister Bacmeister noch die anderen Personen, mit denen ich in der Umgebung des Hofes gesprochen habe. Dabei bemerkte mir ersterer, daß dies der schwierigste Punkt der Situation sei, indem S. M. der König, solange der Freiherr von Schele sein Minister sei, ohne dessen Billigung nicht vorgehen werde; er und andere setzten deshalb ihre Hoffnung darauf, daß es mir, bei dem besonderen Vertrauen, welches der Freiherr von Schele in mich setze, vielleicht gelingen werde, ihn für eine entschlossenere Politik als die bisherige zu gewinnen. Abgesehen davon, daß dieser Ansicht eine starke Überschätzung meines Einflusses auf Herrn von Schele zugrunde liegt, habe ich vor der Hand keine Gelegenheit denselben zu sprechen, da er sich im Bade Gaiß bei Appenzell befindet. Ich kann mich für die Aufrichtigkeit des Ministers Bacmeister bei meiner oberflächlichen Bekanntschaft mit ihm allerdings nicht verbürgen, bin aber überzeugt, daß in der gegenwärtigen Lage der Dinge nichts damit zu gewinnen ist, wenn man Mißtrauen gegen ihn zeigt oder hegt, da ein anderes Organ, um die Sache in Angriff zu nehmen, jetzt nicht vorhanden ist und, wenn er die in ihn gesetzten Erwartungen täuscht, die Lage des Landes nicht viel schlimmer werden kann, als sie gegenwärtig ist.

Bei der um 5 Uhr stattfindenden Tafel waren die Damen J. M. der Königin und eine ziemlich zahlreiche Gesellschaft von Militär- und Zivilbeamten anwesend; J. M. selbst hütete noch das Bette, und waren von den aus England mitgebrachten Masern schon mehrere Familien der Hofgesellschaft angesteckt, unter andern die des Grafen von Kielmansegge, welcher die Ehre hatte, E. M. in Minden zu empfangen. S. M. der König empfing mich mit dem Wunsche, daß ich noch den 30. in Hannover bleiben möchte, weil es

Allerhöchstdemselben nur unter Schwierigkeiten möglich sein werde, mir an demselben Abend noch eine längere Audienz zu erteilen. Da ich mich hiezu bereit erklärte, gab mir S. M. auf den andern Tag die Stunde um 3 Uhr und befahl, mir am Vormittag die Sehenswürdigkeiten der Schlösser und namentlich den Marstall zu zeigen. Bei dem hohen Wert, welchen S. M. namentlich auf letzteren legt, glaubten die Beamten des Stalles mir kein Detail ersparen zu sollen, und ich war genötigt, drei Stunden zu verwenden, um außer den in der Tat ausgezeichneten Produktionen der Schulreiterei sämtliche Magazine, Geschirre und Equipagen in Augenschein zu nehmen, um Sr. M. demnächst auf sehr ins einzelne gehende Fragen Auskunft über das Gesehene zu geben.

Um 3 Uhr hatte ich die Ehre, bei S. M. vorgelassen zu werden, und nach Besprechung verschiedener Bundesangelegenheiten, besonders der Behandlung der Preß- und Vereinsgesetze, forderten S. M. mich auf, meine Ansichten über die Behandlung der hannoverschen Verfassungsfrage vorzutragen. Ich tat dies im ganzen in der Art, wie ich des Einverständnisses des Ministers Bacmeister nach der am Tage vorher mit demselben stattgefundenen Besprechung gewiß sein konnte, und stieß ich bei Sr. M. nicht nur auf vollständiges Einverständnis, sondern auch auf die Geneigtheit, unter Umständen in dem Maße der vorzunehmenden Änderungen noch weiter zu gehen und die Interzession des Bundes schon jetzt und vor dem Zusammentritt neuer Stände in Anspruch zu nehmen. Von letzterem Verfahren habe ich, den mir bekannten Ansichten E. M. entsprechend, abgeraten, vielmehr nochmalige Verhandlung mit den Ständen unter gleichzeitiger Einleitung der Heranziehung des Bundes empfohlen. Ich glaubte jedoch die Suszeptibilität des Königs Georg in der Art schonen zu sollen, daß ich die Überzeugung aussprach, E. M. würden die Unterstützung der Absichten des Königs an keine Bedingungen knüpfen, sondern dieselbe auch dann eintreten lassen, wenn S. M. der König Georg einen von dem Rate E. M. abweichenden Weg einschlügen, sobald nur das Ziel im Auge behalten würde. S. M. befahl mir demnächst das Vorgetragene sogleich in Allerhöchstdero Gegenwart niederzuschreiben.[1]) Nachdem dies geschehen war, stellte sich indessen die Notwendigkeit heraus, den Text des Bundesbeschlusses vom 23. August 1851 und einige Bestimmungen der hannoverschen Verfassung in ihrem Wortlaut bei der Hand zu haben, und überließ mir S. M. das Nötige deshalb nachzutragen, worauf ich sofort nach meiner Ankunft hier in Frankfurt die in der Abschrift untertänigst beigefügten Andeutungen[2]) über das einzuschlagende Verfahren zusammengestellt und dem erhaltenen Auftrage gemäß direkt an S. M. den König von Hannover eingesandt habe.

Meine Audienz bei Sr. M. währte von 3 bis 6 Uhr, obschon die Tafel auf 5 Uhr angesetzt war. Nach der Tafel entließ mich S. M. in den gnädigsten Ausdrücken, und habe ich am andern Morgen Hannover verlassen, um mich über Köln hierher zu begeben. Ich werde mich bemühen, bevor Herr von Schele nach Hannover zurückkehrt, mit demselben entweder in der Schweiz oder bei seiner Rückkehr durch Frankfurt eine Zusammenkunft herbeizuführen, um ihn, soweit es möglich ist, zum Aufgeben der bisherigen passiven Haltung zu bestimmen. Sollte dies gelingen, so scheint ein Rücktritt wenigstens des Ministers Windthorst, der als die entschiedene Linke des Ministeriums zu betrachten ist, unvermeidlich. *Der Kriegsminister v. Brandis ist dagegen zu jedem energischen Verfahren entschlossen, und von dem Freiherrn v. Hammerstein nimmt man an, daß er einer jeden Politik, welche an das Ruder treten könnte, von der äußersten Rechten bis zur äußersten

[1]) Vgl. Nr. 403, Anm. 1.
[2]) Vgl. die vorige Nummer.

Linken, seine Unterstützung leihen würde, eine Bereitwilligkeit, welche ihre Anerkennung findet in dem Namen „Minister Kautschuk", mit welchem man ihn in vertraulichen Kreisen am Hofe bezeichnet."

*405. Bericht an Minister v. Manteuffel.

[Konzept.]

2. August 1853.

Wie E. E. ich bereits anzuzeigen Gelegenheit gehabt habe, wird die Bundesversammlung wahrscheinlich am 11. d. M. ihre Sitzungen auf die Dauer von zwei Monaten vertagen, indem bis dahin die wichtigeren der Bundesversammlung vorliegenden Angelegenheiten, insbesondere die Preß- und Vereinssache sowie die Angelegenheit wegen Herstellung der Bundesfonds so weit gediehen sind, daß die Ausschußberichte darüber erstattet und zur Instruktionseinholung gestellt werden können.

Da mir von den Ärzten der Gebrauch eines Seebades dringend empfohlen worden ist, so wäre es mir sehr erwünscht, wenn ich mich sogleich nach der Vertagung der Bundesversammlung dorthin begeben könnte, und bitte E. E. ich deshalb g. g. bei Sr. M. dem Könige zu diesem Zweck die Bewilligung eines sechswöchentlichen Urlaubs hochgen. befürworten zu wollen.

Sehr dankbar würde ich sein, wenn E. E. bei der Kürze der Zeit mich auf telegraphischem Wege von der Entscheidung unterrichten wollten.

. . . . Wegen der Substitution am Bundestage würde ich mir mit Rücksicht auf die Berichte vom 29 v. M. und 1. d. M., die Abstimmung über das technische Bureau betreffend, sowie bei der geringen Sicherheit, mit welcher ich danach auf eine unzweideutige Erfüllung der Substitution bei Herrn v. Prokesch rechnen darf, noch einen Antrag vorbehalten, sobald ich in Erfahrung gebracht, daß Herr v. Prokesch, wie es jetzt den Anschein hat, mit Anfang der Ferien gleichfalls Frankfurt verläßt.

406. Bericht vom 5. August 1853 an König Friedrich Wilhelm IV., betr. die Bundespreßangelegenheit und die Maßregeln gegen die Arbeitervereine. — Vgl. Poschinger I Nr. 200.

*407. Schreiben an den Prinzen von Preußen.

[Eigenhändig.]

6. August 1853.[1])

. . Gestatten mir E. K. H., meinem anliegenden unterthänigsten Bericht einige Zeilen über anderweite Gegenstände hinzuzufügen. S. M. der König befahlen mir in Herrnhausen Allerhöchstdieselben nach Potsdam zu begleiten, und zwar so unerwartet, daß meine behufs der Rückreise schon nach Hanover dirigirten Effecten erst am andern Tage folgen konnten und ich in Potsdam in Galla-Uniform, aber ohne jegliches Weitre eintraf. Die Minister-Krisis sah ernsthafter aus, als ich erwartet hatte. Um auf Beseitigung derselben zu wirken, erbat und erhielt ich von Sr. M. dem Könige die Erlaubniß, mich nach der Lausitz zu Herrn von Manteuffel zu begeben. Bei diesem war in der That die Disposition, sich

[1]) Vgl. hierzu die Darstellung in den G. u. E. I 137 ff.

ganz der Bewirtschaftung seines durch neue Erwerbungen vergrößerten Grundbesitzes zu widmen, vorwiegend, und ich darf mir schmeicheln, in Dransdorf und auf der gemeinschaftlichen Rückreise nicht unwesentlich dazu beigetragen zu haben, daß er sich zu fernern Versuchen der Verständigung entschloß. Welchen Erfolg dieselben bisher gehabt haben, ist mir unbekannt, da ich an jenem Abend noch Berlin und am andern Morgen Potsdam verließ, nachdem ich den General von Gerlach, der sich aufrichtig um die Erhaltung des Herrn von Manteuffel bemühte, von dessen muthmaßlicher Bereitwilligkeit zu bleiben, verständigt hatte. Seither bin ich ohne Nachrichten über den Verlauf der Sache; nur hat mir heut der Dr. Quehl, der aus Baden hier durchreiste, gesagt, daß er auf Grund von Berliner Briefen wirklich an den Rücktritt des Ministerpräsidenten glaube; ich theile diesen Glauben nicht. Gleichzeitig hat mir Dr. Quehl seinen Entschluß zu erkennen gegeben, aus seinem bisherigen Dienstverhältniß auszuscheiden, und mich gebeten, Herrn von Manteuffel hiervon zu benachrichtigen. Er wünscht für sich das Consulat in Antwerpen oder in Helsingör. Ich halte diesen Zwischenfall für einen der Stellung des Ministerpräsidenten förderlichen. Quehl ist ein sehr fähiger Mensch, aber durch einen gewissen Mangel an Ruhe und Besonnenheit sowie durch die Ungunst der Umstände zog er seinem Chef mehr Ungelegenheiten zu, als er gutmachen konnte; namentlich war er Gegenstand der entschiedenen Ungnade Sr. M. des Königs. — Interessiren wird es E. K. H., daß S. M. mir bei meiner Anwesenheit in Potsdam befahl, den Grafen Robert Goltz zu einer Audienz bei Allerhöchstdemselben zu bescheiden; leider ergaben aber meine angestellten Erkundigungen, daß Graf Goltz Berlin schon seit 8 Tagen verlassen hatte und erst in einigen Wochen zurückerwartet wurde. Auf meiner Rückreise hierher hatte ich in Hanover wiederholte Audienz bei dem König Georg, und befahl mir S. M., ein Memoir über die Behandlung der Hannöverschen Verfassungsangelegenheit auszuarbeiten und vorzulegen und mich womöglich mit dem jetzt auf Urlaub in der Schweiz befindlichen Minister von Schele demnächst zu besprechen. In dem Minister Bacmeister, mit welchem ich mehre Conferenzen hatte, lernte ich einen gescheuten und wohlgesinnten Mann kennen.

Wegen der Angelegenheiten von Ulm und Rastatt ist der Generallieutenant von Reiher in der vorigen Woche zu einer Conferenz mit dem General Heß nach Ratibor abgegangen; ich hatte vor der Abreise Gelegenheit, ihn um entschiedenes Festhalten an unsern bisherigen Grundsätzen zu bitten, und fand ihn dazu bereit. Hier beschäftigen wir uns mit Beschlüssen über die Presse und das Vereinswesen, über Geschäftsordnung und Liquidation; ich bemerke bei diesen Verhandlungen mit Genugthuung, daß wir seit einem Jahre Oestreich hier viel Terrain abgewonnen haben; leider aber fürchte ich, daß man es in Berlin dagegen an Graf Thun verloren hat, und manche Symptome lassen mich fürchten, daß ich d o r t gegen die Anmaßungen und Intriguen des Herrn von Prokesch bald nicht mehr den festen Rückhalt finden werde wie bisher, da Herr v. Manteuffel allein, beim besten Willen, sein System gegen den Strom nicht halten kann. Außerdem thut man von verschiedenen Seiten vieles, um mir meine an sich äußerst schwierige amtliche Stellung noch dornenvoller zu machen; dazu gehört ein, wie ich glaube vorzugsweise von dem Major Deetz und von reisenden Agenten des Polizei-Präsidiums getragenes System der Contre-Police und der geheimen Berichterstattung, welches ich fest entschlossen bin, auf die Dauer nicht zu ertragen, indem meine dienstliche Stellung aufhört haltbar zu sein, wenn es den vereinten Bemühungen des Herrn v. Prokesch und der andern bezeichneten Personen gelingt, das Vertrauen, dessen ich höhern Ortes zur Führung meines Amtes bedarf, zu untergraben. Daß hierzu der Anfang bereits mit Erfolg gemacht ist, kann ich aus dem Um-

stande entnehmen, daß ich bereits durch erdichtete, von hier aus dem Polizeipräsidium zugesandte Insinuationen in den Fall gekommen bin, mich gegen sehr ehrenrührige Beschuldigungen zu vertheidigen. Nicht bloß durch diese Mittel, sondern auch durch die persönliche Gespanntheit, in welche allmählich jeder preußische Offizier und Beamte hier am Orte mit dem hiesigen Königlichen Commandanten gerathen ist, wird das der geschlossenen und disciplinirten Einheit der Oestreicher gegenüber so nothwendige Zusammenhalten der Preußen unmöglich gemacht. Noch heut, im Begriffe dieses unterthänigste Schreiben zu schließen, erhalte ich von Berlin, auf eine mir amtlich nicht bekannte Veranlassung, die Aufforderung, Eröffnungen an den Major Deetz nicht direkt, sondern durch Vermittlung des Herrn von Manteuffel, des Kriegsministers, der hohen Militärgouvernements, des General-Commandos und so weiter zu machen. Ich habe nun zwar bisher niemals amtliche Eröffnungen an die hiesige Commandantur gemacht, namentlich nicht in Bezug auf die Besetzung der hiesigen Wachen, von welchen in dem genannten Rescript Erwähnung geschieht. Es könnte aber, bei Anderung der Verhältnisse, sehr wohl sein, daß ich dergleichen zu machen hätte; die hiesige Commandantur steht, gleich allen hier anwesenden Bundestruppen, unter der Bundesversammlung, deren Mitglied ich bin. Wenn nun, was öfter vorkommt, die hiesigen Garnisonverhältnisse Gegenstand der Verhandlung in Sitzungen und Ausschüssen wird, so würde es zum Beispiel im östreichischen Dienst, in welchem sonst sehr auf militärische Regel gehalten wird, vollkommen natürlich erscheinen, wenn der Gesandte von den hiesigen östreichischen Militärs jede ihm angemessen scheinende Auskunft verlangt, oder sonst in directe Communication tritt. Ich habe bisher das, was der östreichische College dienstlich zu verlangen von seiner Regirung autorisirt zu sein scheint, von unsern Offizieren, und zwar von höher gestellten als der Major Deetz, im Wege der Privatbesprechung jederzeit erreicht. In Zukunft würde ich mich, da die Natur der Verhandlungen gewöhnlich nicht die Zeit gestattet, um eine Requisition über Berlin und Coblenz an die hiesigen Militärbehörden möglich zu machen, sobald ich einer Auskunft über die Verhältnisse der hiesigen Bundesgarnison bedarf, meines Rechtes als Mitglied der Bundesversammlung bedienen müssen und eine derartige Auskunft durch Requisition des östreichischen Präsidiums und des Generals von Schmerling zu verlangen in dem Fall sein. Die bisherige Möglichkeit, mich mit den hiesigen Militärs vertraulich zu besprechen, ist mir abgeschnitten, nachdem ein Privatgespräch mit dem Major Deetz Anlaß zu einer dienstlichen Beschwerde und zu einer Rectification für mich geworden ist. Ich wünsche mich dergleichen nicht wieder auszusetzen und muß daher Veranstaltung treffen, daß auch die Mittheilungen, welche von militärischer Seite an mich zu machen sind, über Berlin gehn, und daß jeder Offizier sich des Gesprächs mit mir über militärische Angelegenheiten enthält, da auch das Privatgespräch mit Major Deetz, welches mir die Weisung zugezogen hat, nicht von mir, sondern von ihm gesucht und begonnen war. — Es ist nicht mein Beruf, besonders unter den augenblicklichen Umständen, E. K. H. gegenüber Anklagen gegen den Kgl. Commandanten zu erheben; aber im Interesse Preußens an dieser für dasselbe wichtigen Stelle bitte ich E. K. H. ebenso dringend als unterthänigst, daß Höchstdieselben die Gnade haben, einen der hiesigen Offiziere, den General von Herwarth, den Oberst von Kessell, den Oberst-Lieutenant von Wangenheim, den General Graf Waldersee, oder jeden andern, auf Ehre und Pflicht, und unter Sicherstellung gegen die „geheime Berichterstattung“ des Major Deetz zu befragen, was er von dem letztern denkt. Ich bin gewiß, daß die Auskunft, die gegeben wird, gute Folgen für den Allerhöchsten Dienst hier am Orte haben muß. —

In Betreff des hiesigen Kasernenbaus füge ich dem anliegenden Bericht noch die unterthänigste Notiz bei, daß wir uns wiederholt erboten haben, Kasernen für unsre Truppen auf eigne Kosten hier zu bauen, daß aber der Bund und die Stadt dieß abgelehnt haben. Die Kosten würden dabei für uns nicht höher sein, als unser Beitrag für den Bau von Bundes-Kasernen.

In tiefster Ehrfurcht verharre ich ...

408. Vertraulicher Bericht vom 8. August 1853 an Minister v. Manteuffel, betr. Beschwerde des Major Deetz wegen angeblicher Einmischung Bismarcks in militärische Angelegenheiten. Bismarcks Stellung zu den preußischen Militärbehörden in Frankfurt. — Vgl. Poschinger, Neue Berichte S. 119 ff.

409. Vertraulicher Bericht vom 9. August 1853 an Minister v. Manteuffel, betr. die Revision der Geschäftsordnung. — Vergleiche Poschinger I Nr. 201. Von Lesefehlern bei Poschinger verzeichnen wir folgende: S. 293 Zeile 13 fünftletztes Wort muß es heißen „was" statt „daß", Zeile 16 „Bundesverhandlungen" statt „Bundesversammlungen", S. 294, Zeile 5 „sichern" statt „suchen", S. 295 Zeile 17 „Bundesregierungen" statt „betreffenden Regierungen", Zeile 16 von unten „die Geschäftsordnung" statt „Geschäftsordnung", Zeile 15 von unten „Suppeditierung" statt „Suppedition", S. 296 Zeile 4 „Festhaltung" statt „Fortsetzung", S. 297 Zeile 10 von unten „Präsidium auftrete" statt „preußisches Auftreten", S. 298 Zeile 9 von unten „accentuirte" statt „amendirte", S. 298 Zeile 2 von unten fehlt bei Poschinger vor „Vorteil" „Anstand".

410. Bericht vom 12. August 1853 an König Friedrich Wilhelm IV., betr. die Haltung des Freiherrn von Prokesch und die Beantragung von Pensionen für die ehemaligen schleswig-holsteinischen Offiziere. — Vgl. Poschinger I Nr. 202 und 203. Poschinger hat hier wieder einen Immediatbericht in zwei zerlegt. Der Bericht unter Nr. 202 folgt auf den unter Nr. 203 gebrachten.

*411. Telegramm an Minister v. Manteuffel.

12. August 1853. 11 Uhr 54 nachm.

Die Bundesversammlung hat sich gestern auf 8 Wochen vertagt. E. E. bitte ich mich vorläufig nach Ostende begeben und dort die Entscheidung über mein Urlaubsgesuch[1]) abwarten zu dürfen.

Da die Vertagung nach dem Beschlusse von 1817 erfolgt ist, so dürfen inzwischen keine Geschäfte vorgenommen werden und es bedarf keiner Substitution.

[1]) Am 3. August eingereicht.

412. Privatschreiben an Minister v. Manteuffel.

[Eigenhändig.] 13. August 1853.

E. E. beehre ich mich mit meinem g. Danke die 50 Rthlr. zu übersenden, mit den[en] Sie so gütig waren, meinen unvorhergesehenen Bedürfnissen in Berlin abzuhelfen. Ich stehe auf dem Sprunge, von meiner durch die vorgestrige Vertagung[1]) erlangten Freiheit Gebrauch zu machen, um mich an die See zu begeben; nur warte ich noch, mit schmerzlichem Blick auf das schöne Wetter, auf den Eingang des wirklichen Urlaubs, nachdem E. E. die Güte hatten, mir telegraphische Benachrichtigung darüber zuzusagen. Meine Absicht ist, mich zuerst nach Ostende zu begeben, vorzugsweise um gleichzeitig Sr. K. H. dem Prinzen von Preußen dort zu begegnen, und mich etwa den 21. oder 22. über Holland nach Norderney zu verfügen, dort solange zu baden, als es gutes Wetter ist, und dann meine Frau und Kinder aus der Schweiz abzuholen, wohin diese sich zu Anfang der nächsten Woche begeben. Der Minister Schele hat mir aus Gais bei Appenzell geschrieben, daß er einstweilen eine Gebirgsreise durch die Schweiz mache und gegen Ende des Monats Frankfurt zu passiren gedenke. Er wünscht sich mit mir zu besprechen; ich kann aber ihn hier nicht erwarten, weil mir sonst auch in diesem Jahre die Zeit zum Seebaden vergeht, ich aber diese Kur, an deren jährliche Wiederholung ich früher gewöhnt war, nicht um noch ein Jahr verschieben möchte. Ich werde mir daher von Norderney aus ein Rendezvous mit ihm einrichten, entweder in Bremen oder in Hanover. Graf Hatzfeld hatte mich eingeladen, ihn während der Festlichkeiten am 15. in Paris zu besuchen; ich habe aber auf diese interessante Excursion verzichtet, theils weil mein Urlaub noch nicht hier ist, theils weil man unter den jetzigen Umständen meine Anwesenheit in Paris zu Vermuthungen und Zeitungsgerüchten mißbrauchen könnte. Sehr gern würde ich aber, wenn E. E. nichts dawider hätten, die fernere Ferienzeit nach meiner Rückkehr von Norderney zu einer kleinen Ausflucht nach Paris benutzen, um mir, nach 10 Jahren seit meiner letzten Anwesenheit, Stadt und Menschen einmal wieder anzusehn. Herr von Prokesch beabsichtigt nach Ischl und nach Wien zu gehn; wenn er mit Sr. M. dem Könige, oder mit einflußreichen Personen von den Unsrigen zusammentrifft, so hoffe ich, daß man ihm nicht Alles glaubt, was er sagt oder verspricht. *Unter einem andern Gesichtspunkte erlaube ich mir vor dem, wenn ich nicht irre, jetzt in Berlin anwesenden Major Deetz zu warnen, von dem ich auf Grund dessen, was ich von ihm, ganz außerhalb des Gebietes meiner Zwistigkeiten mit ihm, gesehn und gelesen habe, für einen der am dreistesten und boshaftesten lügenden Menschen erklären darf. Ich wünschte wohl, daß die Briefe, die er einerseits an die Umgebung Sr. Majestät, andrerseits an die Sr. K. H. des Prinzen von Preußen richtet, einmal zum Austausch gelangten. Seine heimliche Correspondenz ist um so bedenklicher, als sein Vertrauter und Adjutant, der Ltnt. Schuler vom Frankfurter Battaillon, mit ultramontanen Cameraden, mit dem (austro-) hessischen Gesandten Leonhardi und mit östreichischen Literaten (Boden) in sehr vertrauten Beziehungen lebt.*

Die diesmalige Vertagung der Bundesversammlung ist in der Art erfolgt, daß keine Substitutionen stattfinden, und die Gesandten, welche hier bleiben (mindestens 2 außer dem Präsidirenden), haben schlimmsten Falls nur darüber zu beschließen, ob Anlaß sei, die andern einzuberufen. Prokesch beabsichtigt, die erste Sitzung nicht vor dem 3. November zu halten.

[1]) Vgl. Nr. 411.

Aus guter Quelle höre ich, daß der russ. Gesandte im Haag, von Maltitz, convertirter Katholik, ein eifriges Werkzeug ultramontaner Bestrebungen ist. Er hält sich jetzt, wie ich glaube, in unsrer Rheinprovinz auf. Die Königin-Mutter (der Niederlande) hat übernommen, in Petersburg seine Abberufung aus Holland zu betreiben und seine Intriguen mit der katholischen Partei im Lande darzulegen.

Sollte ich bis morgen keine weitre Weisung von E. E. erhalten, so denke ich, wird es nichts ausmachen, wenn ich meine Fahrt nach Ostende morgen Nachmittag einstweilen antrete, da ich hier jetzt geschäftslos bin und fast alle Collegen schon fort sind; nöthigenfalls kann ich von dort in 24 Stunden wieder hier sein.

Mit der Bitte mich und meine Frau Ihrer Frau Gemalin angelegentlichst zu empfehlen, in treuster Ergebenheit . . .

413. Privatschreiben an Legationsrat Wentzel.

[Eigenhändig.]

Ostende, 16. August [1853].[1])

Ich bin glücklich hier, aber noch nichts von Berlin. Der Prinz bleibt bis zum 25., ich vermuthlich bis zum 23. Schicken Sie doch meiner Frau die † Zeitung durch Direction des Postamtes nach Interlaken . . . sehr eilig.

414. Privatschreiben an Minister v. Manteuffel.

[Eigenhändig.]

Ostende, Hôtel Fontaine, 16. August 1853.

E. E. schreibe ich mit etwas schlechtem Gewissen von hier, nachdem ich abgereist bin, ohne die formelle Urlaubsertheilung in Frankfurt abzuwarten. Nach der von E. E. geneigtest zugesagten Befürwortung konnte ich mir indeß nicht denken, daß mein Gesuch bei S. M. dem Könige Anstand finden werde. Fast alle meine Collegen hatten Frankfurt schon vor mir verlassen, und die Vertagung nach dem Beschluß von 1817 schneidet jede Möglichkeit von Geschäften in Frankfurt ab, sodaß ich dort für jetzt nichts weiter thun konnte, während die Zeit, in welcher ich meine Rheumatismen mit Seewasser bekämpfen kann, ihrem Ende mit vorzeitiger Herbstkälte sich nähert. Ich bitte und hoffe unter diesen Umständen, daß mir E. E. entschuldigende Intercession nicht fehlen werde, wenn S. M. wider Erwarten meine eigenmächtige Abreise ungnädig vermerken sollten.

S. K. H. der Prinz von Preußen ist gestern Abend von England hier eingetroffen, sehr befriedigt von dem dortigen Aufenthalt, und befindet sich wohl. Höchstderselbe beabsichtigt, auf Rath des Arztes das Seebad noch bis zum 25. oder 26. hier zu gebrauchen. Der Herzog von Brabant und dessen Bruder sind auch hier; von Bekannten ferner Herr von Brockhausen, Eulenburg, Scherer, Fürst Hatzfeld und Andre. Ich erwarte noch eine Antwort von Herrn von Schele hier, um mit ihm entweder auf seiner Rückreise nach Hanover in Cöln, oder später von Norderney aus zusammenzutreffen. *Bei meiner Abreise habe ich Wenzel beauftragt, E. E. dieselbe telegraphisch zu melden und zu bitten.

[1]) Nach dem Abdruck im Bismarckjahrbuch V S. 9 f.

daß die Entscheidung auf mein Urlaubsgesuch hierher dirigirt würde, von wo ich in Einem Tage wieder in Frankfurt sein kann, wenn ich den Befehl dazu erhalte. In treuster Ergebenheit* . . . .

*415. Schreiben an den Prinzen von Preußen.

[Eigenhändig.]

Norderney, 10. September 1853.

... Indem ich E. K. H. die anliegende Skizze[1]) unterthänigst vorlege, habe ich Höchstdero Nachsicht vielfach in Anspruch zu nehmen. In der ersten Zeit erlaubte mir die aufregende Wirkung des Bades bei Strafe von starken Kopfschmerzen nicht, mich schriftlich zu beschäftigen. Demnächst konnte ich nur langsam daran gehn, und mußte, da mir Zeit und Schreibhülfe fehlten, die Anlage mit sehr schlechten Federn und noch schlechterer Handschrift gleich in ihrer jetzigen Gestalt niederschreiben, ohne sie im Concept ausarbeiten zu können. E. K. H. wollen daher den Mangel an Lesbarkeit, Zusammenhang und Gründlichkeit mit gnädigem Wohlwollen übersehn und an die Arbeit keinen andern Maßstab legen, als den, mit welchem eine gelegentliche mündliche Aussprache gemessen wird, die man nachher tant bien que mal zu Papier bringt und von der erschöpfende Gründlichkeit nicht gefordert wird.

Ich bin heute im Begriff, nach Hanover abzureisen und mich von dort nach kurzem Aufenthalt über Frankfurt nach der Schweiz zu begeben und meine Familie abzuholen.

Genehmigen E. K. H. den wiederholten Ausdruck meines unterthänigsten Dankes für die mir in Ostende bezeugte Gnade und der tiefen Ehrfurcht, in der ich verharre . . .

*416. Denkschrift an den Prinzen von Preußen.

[Eigenhändig.]

Norderney, September 1853.[1])

Den Bestrebungen, in den östlichen Provinzen eine neue Gemeinde-Ordnung einzuführen, liegt in vielen Fällen die Annahme zu Grunde, daß bei dem jetzigen Zustande der Dinge eine Bedrückung der Bewohner des platten Landes durch die Rittergutsbesitzer stattfinde oder stattfinden könne. Die letztern sind aber schon seit Aufhebung der Erbunterthänigkeit, also lange vor 1848, nicht in der Lage gewesen, den Gemeinden oder einzelnen Gliedern derselben willkührlich ein Übel zufügen zu können, ohne der gesetzlichen Ahndung ebenso zu verfallen wie jeder Andre. Der Bauer war von dem Rittergutsbesitzer nicht abhängiger, wie von jedem andern Nachbarn, und konnte mit ersterem in entschiedner persönlicher Feindschaft leben, ohne sich vor demselben mehr zu fürchten als vor jedem andern Gegner. Die den Gutsherrschaften verbliebenen Jurisdictionsrechte waren und sind nicht von der Art, um als ein Mittel zur Bedrückung der Eingesessenen mißbraucht werden zu können. Die eigentliche Patrimonial-Gerichtsbarkeit ist aufgehoben; sie bestand in dem Recht, bei dem Tode oder sonstigem Abgang des Richters dessen Nachfolger zu ernennen, ohne daß letzterer, nachdem er einmal angestellt war, in irgend einem Abhängigkeitsver-

---

415. [1]) Vgl. die folgende Nummer.

416. [1]) Vgl. dazu die Mitteilungen in G. u. E. II 279 f. und Briefe an die Gattin, 6. Aufl. S. 322 u. 325 (27. VIII. u. 5. IX. 53).

hältniß zu dem Gerichtsherrn gestanden hätte. Ein Mißbrauch dieser Gerichtsbarkeit durch die Gutsherrschaften, wie er von vielen Zeitungen als Attribut der Vergangenheit gern behauptet wird, war daher auch vor 1848 durchaus unmöglich. Die Aufhebung der Patrimonial-Gerichte ist eine Erleichterung für die ehemaligen Gerichtsherrn in den meisten Fällen gewesen; für die Eingesessenen der Gerichte aber hat sie zu großen Unbequemlichkeiten geführt, welchem mit der Zeit durch bessere Einrichtung der neuen Gerichte abgeholfen werden kann.

Die grundherrlichen Renten, vermöge deren der Gutsherr gegen *säumige* Schuldner dieselbe Stellung hatte, wie jeder andre Gläubiger im ähnlichen Falle, sind, gleich dem Jagd-Recht, durch die jüngste Gesetzgebung beseitigt worden. Das Patronat giebt keine andern Rechte als das der Besetzung der Pfarre im Falle der Erledigung, wogegen es den Patron zu höhern Beiträgen zu den Pfarr- und Kirchenlasten verbindet.

Das einzige Recht, vermöge dessen ein Rittergutsbesitzer heutzutage noch mit den übrigen Eingesessenen seines Wohnortes in bevorrechteter Beziehung steht, ist die gutsherrliche Polizei. Wenn in dieser, bei der strengen Aufsicht, unter welcher sie jederzeit stand, bei der unnachsichtlichen Schärfe, mit welcher Ueberschreitungen der Amtsbefugnisse gerade gegen *diese* Polizeibehörden (im Vergleich mit den städtischen oder Königlichen) jederzeit gestraft wurden, dennoch Excesse vorgekommen sind, so scheint die Möglichkeit dazu vollständig beseitigt, nachdem die Polizei-*Strafgewalt* von der ausübenden Polizei getrennt und auf besondre Polizei-Anwälte übertragen worden ist. Wie dem auch sei, so wird auch bei einer neuen Gemeindeordnung die Polizei, sei es im Namen S. M. des Königs, sei es in Ausübung eines an einem Grundstücke klebenden Rechtes von den größern und gebildetern Gutsbesitzern verwaltet werden müssen, wenn man nicht auf dem Lande zur Anstellung besoldeter Polizei-Commissarien schreiten will. Ob letztre im Durchschnitt eine bessere Garantie gegen Mißbrauch der Amtsgewalt gewähren, als in den Verhältnissen eines im Orte angesessenen Grundbesitzers zu finden ist, mag dahingestellt bleiben. Jedenfalls sind die Geschäfte der ländlichen Polizei heut zu tage umfangreicher und vielseitiger als früher; um sie als Nebengeschäft oder durch einen Secretär besorgen zu lassen, muß man entweder mit schriftlichen und actenmäßigen Arbeiten sehr vertraut oder wohlhabend genug sein, um Wirthschaftsbeamte zu halten. Die Polizei-Verwaltung bildet eine nicht unerhebliche Last, welche die Rittergutsbesitzer, an deren Gütern sie haftet, bisher zu tragen verpflichtet sind. Wird sie ihnen abgenommen, so möchten nicht alle bereit sein, sie wieder zu übernehmen. Noch viel seltner wird sich unter den übrigen Ortseingesessenen jemand finden, der bereit und im Stande wäre, etwa auf Grund einer Wahl durch die Gemeinde-Versammlung ein derartiges Amt zu übernehmen. Abgesehn von dem Mangel an Vertrautheit mit der Feder und von der Abneigung gegen *unbesoldete* Aemter, die mit erheblichem Aufwand an Zeit und Arbeit verbunden sind, ist der Bauer sehr schwer dazu zu bringen, gegenüber von Seinesgleichem eine obrigkeitliche Stellung einzunehmen und in derselben furchtlos und energisch gegen seine Nachbarn aufzutreten. Es würde deshalb, wenn man die jetzige Einrichtung aufgäbe, kaum etwas Andres übrig bleiben, als besoldete Staats- oder Gemeinde-Beamte zur Ausübung der Polizei auch auf dem platten Lande anzustellen und letztres auch in dieser Beziehung den Städten gleichzustellen, wie es im Allgemeinen durch die neue Gemeindeordnung angestrebt wurde. Wie sich bei dem bisherigen ländlichen und dem bisherigen städtischen System die Kosten zu einander verhalten, geht aus nachstehendem Beispiel hervor. Die Stadt Jerichow a. d. Elbe hat nicht ganz soviel Einwohner als der eine Meile davon belegne ländliche

Polizeibezirk Schönhausen; dabei ist in letztrem mehr Wohlhabenheit, mehr Wirthshäuser, mehr Fabriken und ziemlich ebensoviel Handwerker als in Jerichow. Die Kommunalausgaben von Schönhausen betragen bisher 49 Thlr. jährlich in Geld und einige Scheffel Roggen an Deputatkorn, die von Jerichow bedeutend über 1000 Thlr. Es ist kein Grund vorhanden, weshalb die Ausgaben in Schönhausen nicht ebenso hoch und höher sein sollten als die in Jerichow, wenn beide Orte unter gleicher Gemeindeverfassung lebten. Aber auch abgesehn von dem Geldpunkte dürfte es politisch kein Vortheil sein, die Zahl derjenigen Beamten zu vermehren, bei welchen das Mißverhältniß zwischen der Besoldung und den von ihnen geforderten Leistungen entweder Unzufriedenheit mit den staatlichen Einrichtungen oder Neigung zu unbefugtem und heimlichem Sportuliren hervorruft.

Das Bestreben, in den Bestimmungen einer neuen Gemeindeordnung Garantien gegen eine ländliche Junkerherrschaft zu gewinnen, kann nur da vorwalten, wo man mit der jetzigen Gestalt der ländlichen Verhältnisse vollständig unbekannt ist. Und doch findet dieses Bestreben noch immer Anklang, nicht nur in bedeutenden Organen der Presse, sondern auch bei sonst einsichtigen Politikern in und außer den Kammern. Es ist eine unbestreitbare Thatsache, daß die Einwohner eines Dorfes von dem Rittergutsbesitzer ebensowenig abhängig sind, als ein Berliner Bürger von seinem Hausnachbarn, wenn letztrer gleichzeitig Polizei-Commissarius ist. Nur die auf dem Rittergute beschäftigten Tagelöhner stehn zu dem Besitzer in demselben Abhängigkeitsverhältniß, wie der Arbeiter überall von dem Arbeitgeber. Darin würde aber auch keine Gemeindeordnung etwas ändern können.

Wenn demnach die Gründe, welche die oppositionelle Presse bei Nachweisung des Bedürfnisses einer neuen Gemeindeordnung in den Vordergrund zu stellen pflegt, sich im Wesentlichen auf den unrichtigen Vordersatz stützen, daß die Emancipation der ländlichen Bevölkerung von dem Einfluß der Gutsherrschaften noch nicht erfolgt sei, so ist es schwer, andre Motive aufzufinden, weshalb die bisher zur Zufriedenheit der Gemeinde-Angehörigen bestehenden Verhältnisse einer allgemeinen und durchgreifenden Aenderung unterworfen werden sollten. Jede große Umwälzung in der bestehenden Gesetzgebung ist für die von derselben berührten Klassen um so unbequemer und empfindlicher, je tiefer sie in das tägliche Leben und in die herkömmlichen Gewohnheiten des gemeinen Mannes eingreift. Die gegenseitigen Beziehungen der Bauern, Kossaten, Büdner und Einlieger in jedem Dorfe, ihre Theilnahme an der Armenpflege, den Gemeindeschulden, dem Gemeindevermögen, den Kirchenlasten, den Schulkosten, sowie an allen sonstigen Vortheilen und Lasten des Gemeindelebens ist in den bisherigen Gemeindeverbänden fast überall durch ein mühsames und langwieriges Regulirungsverfahren, durch gerichtliche Urtheile und Vergleiche, festgestellt worden, oft noch in der Feststellung und Fortbildung begriffen. Alle diese Verhältnisse würden von Neuem in Frage gestellt werden und bei ihrer Umbildung eine Quelle zahlreicher Processe und abermaliger Regulirungen abgeben, wenn jetzt, ohne alle zwingende Veranlassung und ohne ein von den Betheiligten empfundenes Bedürfniß, eine neue Gemeindeordnung an die Stelle dessen treten sollte, was sich in den letzten beiden Menschenaltern an Gemeindeverfassungen in den einzelnen Dörfern, je nach ihren Bedürfnissen und der Zusammensetzung der Einwohnerschaft, gebildet hat. Es würde sich für ein solches Verfahren kaum ein andrer Grund auffinden lassen, als die der jetzigen Zeit eigenthümliche Krankheit, alles Bestehende ohne Sachkenntniß und ohne Prüfung für schlecht, jede Neuerung aber für eine Verbesserung zu halten und alle von menschlicher Un-

vollkommenheit unzertrennbare Uebelstände als Folgen bestehender gesetzlicher Einrichtungen zu behandeln, denen man durch allgemeine Anwendung gewisser legislativer Recepte glaubt abhelfen zu können. Soweit überhaupt Glück und Elend der Menschen von der Gesetzgebung abhängt, möchte man mit mehr Recht in dem zuviel Regiren und zuviel Gesetzemachen, durch Gesetzgeber, welche theoretisch gebildet, aber mit den factischen Zuständen des Landes unbekannt sind, eine der vorzüglichsten Quellen von Mißbehagen in der Bevölkerung Preußens suchen. Unser Land bedarf mehr als je der Ruhe und des Besinnens nach den überstandenen Krisen und einer stätigen Fortbildung des Bestehenden, anstatt des jährlich sich wiederholenden Experimentirens der Gesetzgebung über die wichtigsten und allgemeinsten Landesinteressen, bei welchen jedesmal die Grundlagen der Monarchie und der staatlichen Gemeinschaft von Neuem in Frage gezogen und einer übelwollenden oder ungeschickten Prüfung öffentlich unterworfen werden. Einen besondern Anstoß fand die bisher projectirte Gemeindeordnung auf dem Lande um des willen, weil sie bestimmte, daß die Angelegenheiten der Gemeinde durch zu wählende Vertreter berathen und geleitet werden sollten, während bis jetzt in den Dörfern jedes Gemeindeglied in Person auf den Gemeindeversammlungen erscheint und an deren Berathungen theilnimmt. Der Bauer liebt Vollmachten nicht, und mag sie weder übernehmen noch ausstellen, wenn er es vermeiden kann.

In Gemeindeangelegenheiten möchte die persönliche Theilnahme jedes Gemeindegliedes unbedingt beizubehalten sein, nicht nur als landesüblich und herkömmlich, sondern als Mittel, die Theilnahme am Gemeinwesen zu erhalten und zu beleben. Die Aufgabe, einen allgemein gültigen und bei der Verschiedenheit der Gemeinden überall passenden Wahlmodus zu finden, scheint ohnehin eine unüberwindliche zu sein. Schon bei der Kreisvertretung, obschon die Kreise in ihren Verhältnissen nicht soviel untereinander ungleichartiges darbieten als die Gemeinden, ist es kaum möglich, eine gleiche Kreisordnung für die ganze Monarchie aufzustellen, welche in allen Landestheilen bei der practischen Durchführung vernünftige Resultate geben würde. Es ist ein unzweifelhafter Gewinn für die staatliche Entwicklung, wenn es gelingt, an dem öffentlichen Leben, wie es sich in der Kreis-, Provincial- und Landesvertretung darstellt, die Kräfte aller derer zu betheiligen, welche hinreichend urtheilsfähig sind, um einen Nutzen für das allgemeine Wohl von ihrer Betheiligung erwarten zu können. Die Urtheilsfähigen mit Genauigkeit auszuscheiden, ist natürlich nicht möglich, aber das Ziel im Großen und Ganzen muß es sein, wenn es auch nie erreicht wird. Es ist eine der sonderbarsten und krankhaftesten Erscheinungen der neuen Zeit, daß man zu Gesetzgebern Leute beruft, welche notorisch nicht im Stande sind, den Verhandlungen der gesetzgebenden Körper zu folgen, oder sich auch nur stets aus eigner Anschauung gegenwärtig zu halten, wovon die Rede ist und worüber sie abstimmen, indem die Arbeiten der modernen Gesetzgebung in ihren Anforderungen an die geistigen Kräfte der Mitarbeiter fortwährend im Steigen begriffen sind. Die Verhandlungen der Kreistage sind natürlich einfacher und verständlicher, die Beschlüsse nach ihren practischen Folgen leichter zu beurtheilen als die der Landtage, und doch wird die geistige Befähigung zu wirksamer Theilnahme an den Kreistagen keineswegs in allen Kreisen und Provinzen so gleichmäßig vertheilt gefunden, daß dieselbe Kreisordnung überall dieselben Erfolge gewähren könnte. Soll die Zusammensetzung der Kreistage der Bedeutung, welche jeder Stand in jedem Kreise hat, annähernd entsprechen, so wird man vor allen Dingen darauf verzichten müssen, allgemeine Kreisordnungen für ganze Provinzen oder gar die ganze Monarchie zu erlassen. Es würde keineswegs eine unausführbare oder auch nur

besonders schwierige Arbeit sein, jedem Kreise eine besondre, den Eigenthümlichkeiten desselben sich anschließende Kreisordnung oder Statut zu geben, welches von dem Landrath in Verbindung mit den Kreistagen zu entwerfen [sein] und nach vorgängiger Prüfung durch die Bezirksregirungen allerhöchsten Orts sanctionirt würde, nachdem das Princip im Ganzen die Anerkennung im Wege der Gesetzgebung erhalten hätte. Die drei vorhandenen Stände, welche gleichzeitig die drei großen Kategorien einer Interessen-Vertretung darstellen, sind sehr ungleich in den verschiedenen Kreisen vertheilt. In manchen der letztern, besonders in solchen, welche größere Städte einschließen, sind die Interessen des städtischen Handels und Gewerbes die unzweifelhaft dominirenden, in andern ist der große Grundbesitz das vorwiegende Element und mit ihm eine, durch zahlreiche Arbeiterfamilien betriebne, in Verbindung mit ländlichen Fabrikationszweigen stehende und wesentlich auf den Exporthandel berechnete Landwirthschaft, in noch andern Kreisen tritt ein wohlhabender und intelligenter Bauernstand in den Vordergrund, mitunter auch halten sich alle drei Elemente gleichmäßig die Wage. In den Landestheilen, welche von Alters her ein historisches Ganze in sich gebildet haben, bieten die Zustände gewöhnlich eine ungefähre Gleichartigkeit dar; in der Gesammtheit der Monarchie aber gestalten sich die angedeuteten Verschiedenheiten zu so grellen Contrasten einzelner Kreise gegen andre, daß es höchst unpractisch sein würde, wenn man einmal an eine Reform der Kreisverfassungen geht, für die ganze Monarchie oder auch nur für jede ganze Provinz eine und dieselbe Kreisordnung zu geben. Bisher sind im Ganzen die größern Städte auf den Kreistagen gering vertreten, die kleinern dagegen oft unverhältnißmäßig, und würde es unbillig sein, Städten mit 1000 bis 3000, meistens als „Ackerbürger“ bäuerliche Nahrung treibenden Einwohnern gegenüber der Bevölkerung des platten Landes eine stärkere Vertretung zu geben, als sie bisher haben. Zwischen der Vertretung des ritterschaftlichen und des bäuerlichen Grundbesitzes mag in vielen Fällen, wenn man theoretische Maßstäbe anlegt, ein Mißverhältniß obwalten, doch sind dabei folgende Momente nicht außer Acht zu lassen. Die Interessen beider fallen, vermöge des gemeinsamen Gewerbes der Landwirthschaft, großentheils zusammen, und haben beide Stände zu den die Kreistage vorzugsweise beschäftigenden Fragen, wie Straßenbauten zur Erleichterung der Abfuhr ländlicher Producte, Vertheilung der Kreislasten, soweit sie auf Aussaat und Viehstand repartirt werden u. s. w., eine ganz gleiche Stellung, und findet erfahrungsmäßig in den östlichen Provinzen selten Mißtrauen oder gegenseitige Opposition zwischen beiden Ständen statt. Außerdem sind die größern Grundbesitzer gleichzeitig die natürlichen und alleinigen Vertreter der zahlreichen von ihnen abhängigen und selbständig auf den Kreistagen nicht repräsentirten ländlichen Tagelöhner, mit deren Arbeit sie, im Unterschiede zu dem selbst Hand anlegenden Bauern, ihre Wirthschaft betreiben. Wo viel ritterschaftlicher Grundbesitz ist, namentlich in den Landestheilen jenseit Berlin, ist die Tagelöhner-Bevölkerung stärker als die bäuerliche. Wahrscheinlich werden Kreise mit 1000 und mehr Bauerhöfen zu den seltnen gehören, solche mit 2 bis 3000 ländlichen Arbeiterfamilien aber öfter vorkommen. Ebenso wie zu den Staatslasten werden diese Tagelöhner fast überall zu den Kreislasten mit herangezogen, vielfach von den arbeitgebenden Gutsbesitzern übertragen; in Armuthsfällen liegt ihre Verpflegung dem Rittergut, auf dem sie arbeiten, ob, und dessen Besitzer ist daher ihr natürlicher Anwalt und Vertreter. Das Vorhandensein dieser zahlreichen Arbeiterfamilien auf den großen Gütern war in den meisten Fällen die Ursache der so häufig vorgekommnen Proteste der bäuerlichen Gemeinden gegen die projectirte Einverleibung der Rittergüter in den Communal- und Armenverband einer Sammtgemeinde.

Die Bildungsstufe der Bauern hält im Ganzen gleichen Schritt mit ihrer Wohlhabenheit. Es ist der Stolz jedes Preußen, daß wir kräftige und intelligente Bauerschaften besitzen, deren Mitglieder überall ihre Stellung mindestens ebenso gut ausfüllen werden, als die Vertreter der Ritterschaft oder der Städte es können. Dergleichen Bauerschaften existiren in allen Provinzen, bilden aber nicht in allen die Regel. Wollte man in allen Kreisen der Monarchie die bäuerlichen Mitglieder der Kreistage gleichmäßig vermehren, so würden mehr als die Hälfte der Kreisversammlungen nur einen Zuwachs an solchen Mitgliedern erhalten, welche die Reise zum Kreistage als eine ihnen gesetzlich auferlegte, durch den dafür bezognen Diätensatz kaum aufgewogne Last betrachten, den Verhandlungen in schweigender Resignation zuhören und instinctmäßig dem Landrath beistimmen, wenn sie nicht künstlich aufgewiegelt werden. Nur die bäuerlichen Mitglieder der Kreisversammlungen beziehn Diäten, und wenn diese fortfielen, so würde ihre Betheiligung in vielen Gegenden sich noch mehr vermindern, so zahlreich auch in andern die ehrenvollen Beispiele vom Gegentheil sein möchten. Vor ungerechter Benachtheiligung durch die beiden andern Stände sind die Bauern auch jetzt schon sichergestellt, indem sie durch die itio in partes jedem Beschlusse des Kreistages, welcher der Mehrzahl unter den anwesenden Bauern bedenklich erscheint, um so sichrer entgegentreten können, als jeder Kreistagsbeschluß, welcher den Eingesessenen Lasten auferlegt, der Genehmigung der Regirung bedarf; dieselbe wird unzweifelhaft versagt, wenn die Bauern als Stand dem gefaßten Beschlusse der Majorität der andern Stände entgegentreten.

Im Lande selbst ist bisher ein Verlangen nach Abänderung der Kreisverfassung, soviel bekannt, nicht zu Tage getreten, namentlich nicht aus dem Schoße der ländlichen Bevölkerung. Wenn in der Presse Anforderungen der Art auftreten, so muß man sich vergegenwärtigen, daß Zeitungen mehr den Zweck haben, den Wünschen ihrer Redacteure und Eigenthümer, als dem öffentlichen Wohl zu dienen, und daß man nicht alles, was in einem Blatte steht, als die Ansicht oder das Verlangen derer betrachten kann, welche dieses Blatt halten, sei es aus Gewohnheit oder weil es wohlfeil ist, oder der Annoncen wegen oder weil es interessant geschrieben wird und gute und schnelle Nachrichten hat. Ein dringendes Bedürfniß, eine neue Kreisordnung zu haben, ist im Lande schwerlich vorhanden; sollte sie aber doch gemacht und eingeführt werden, so müßte sie sich wenigstens den thatsächlichen Zuständen der einzelnen Landestheile anpassen, nicht aber nach allgemeinen theoretischen Idealen streben und die ungleichartigsten Elemente in gleiche Formen zwingen.

Im engsten Zusammenhange mit der bisherigen Kreisverfassung steht das Institut der Landräthe. Wenn die Preußische Verwaltung sich vor der französischen, östreichischen und russischen durch ihre Unbescholtenheit auszeichnet, so verdankt sie diesen Vorzug, neben andern Ursachen, besonders auch dem Umstande, daß die Beamten, welche in unmittelbare Berührung mit dem Volke treten, die Landräthe, nicht subalterne Unter-Präfecten sind, sondern dem angesehensten und wohlhabendsten Theile der Bevölkerung angehören. Aehnlich wie die Friedensrichter in England, gehn die Landräthe aus der im Lande angesessenen gentry hervor, und ihre Besoldung ist mehr eine Entschädigung für die mit der Führung des Amtes verknüpften Kosten, als daß sie angewiesen wären von derselben zu leben. Es ist ein besondrer Vorzug Preußens, daß der Träger dieses Amtes, welches von allen die directesten Beziehungen und persönlichsten Berührungen mit den Regirten hat, unabhängig von seinem Amte in einer Stellung ist, welche ihn vor der Versuchung der Bestechlichkeit bewahrt und ihm äußerliches Ansehn und Achtung sichert; Bekanntschaft mit den Ver-

hältnissen des Kreises und den Personen seiner Bewohner, lange Ausdauer in einem Amte, von welchem aus in der Regel Beförderungen oder sonstige Versetzungen nicht stattfinden, leichte Zugänglichkeit für jeden und gegenseitiges Vertrauen zwischen den Eingesessenen des Kreises und dem Landrath, dessen Besitz und sonstiges Ergehn von dem Kreise unzertrennlich ist, sind Vorzüge des Instituts der Landräthe, wie es bisher in Preußen besteht. Der größte Theil derselben fällt fort, sobald, wie es einige Jahre lang nach 1848 der Fall war, die Landräthe nicht aus den Grundbesitzern des Kreises genommen, sondern die Verwaltung derselben besitzlosen Beamten von außerhalb übertragen wird, welche kein anderes Band als das der vorübergehenden Anstellung an den Kreis knüpft, welche mit dem dafür ausgeworfenen Gehalt, da sie Equipage halten müssen, nicht leben können, sobald sie verheirathet sind, und zu andern Stellen befördert werden, wenn sie kaum anfangen, den Kreis kennen zu lernen und in demselben Vertrauen zu erwerben. Die Preußische Verwaltung würde eine der wichtigsten Grundlagen ihrer Ueberlegenheit über die der deutschen und außerdeutschen Nachbarstaaten verlieren, wenn dauernd das System aufgegeben würde, die Landrathsämter an eingesessene Grundbesitzer des Kreises zu übertragen.

Ueber die Communal- und Provinzial-Landtage läßt sich im Ganzen dasselbe sagen, wie über die Zusammensetzung der Kreistage; ihr Geschäftskreis ist dem der letztern analog, wenn er auch mit einem größern Landestheil zu thun hat. Es scheint für die Zwecke dieser nur berathenden und für ihre Beschlüsse der Genehmigung bedürfenden Versammlungen von keiner entscheidenden Wichtigkeit zu sein, ob der eine oder der andre Stand mehr Vertreter erhält als er jetzt hat; die Ritterschaft möchte in dem Zahlenverhältniß immerhin zu Gunsten der Landgemeinden beschränkt werden, wenn nur jedem Stande die Möglichkeit bleibt, über seine Interessen gehört zu werden und sich gegen Uebervorteilung von Seiten einer Majorität der andern durch ein Standesvotum (itio in partes) zu schützen, und wenn nur die Versammlungen vor dem Ueberhandnehmen solcher Mitglieder geschützt werden, welche nicht im Stande sind, sich ein eignes Urtheil über die verhandelten Gegenstände zu bilden, und deshalb fremder Leitung und unersprießlichem Parteigetriebe anheimfallen. Das Festhalten der ständischen Eintheilung, mag man auch die Stände als solche oder als Berufsklassen und Bestandtheile einer Interessenvertretung betrachten, empfiehlt sich aus mehren Gründen; zuerst deshalb, weil man Bestehendes nicht beseitigen sollte, ehe man etwas Besseres an dessen Stelle zu setzen weiß. Hebt man die Stände als Grundlage des Wahlmodus auf, so bleibt nach den bisherigen Erfahrungen kein andrer Ersatz als das Princip der Geldherrschaft in Gestalt eines Census, bei welchem, nach den Erfahrungen des Drei-Klassensystems, die ungleichartigsten Interessen zu gemeinschaftlicher Wahl durcheinander geworfen, die gleichartigen getrennt werden, so daß es den Zufälligkeiten der Majorität, der augenblicklichen Farbe der öffentlichen Meinung und dem Geschick in Bearbeitung von Wahlversammlungen anheimfällt, in welchem Maße und ob überhaupt jede der großen Berufs-Klassen vertreten wird. Beispielsweise hatte in den beiden letzten Kammerdiäten der eigentliche Handelsstand fast gar keine, jedenfalls keine seiner Bedeutung entsprechende Vertretung in den Kammern aufzuweisen, während es in den Provinzial-Landtagen, zu welchen die Städte als Stand wählen, noch niemals an kaufmännischen Capacitäten für die einschlägigen Arbeiten gefehlt hat. Genau dieselbe Erfahrung hat der Handwerkerstand gemacht, der in den Kammern gar keine, in den Provinzial-Landtagen überall Vertreter hat. In der National-Versammlung von 1848 traf dasselbe Schicksal den größern Grundbesitz. Dagegen liefern die Census-Wahlen im Vergleich mit den ständischen eine unverhältnismäßige Anzahl von Civil-Beamten, Advocaten, Juristen, Professoren.

Außer einer größern Garantie gegen Unterdrückung einzelner Klassen der Unterthanen des Königs durch andre gewähren ständische Wahlen den Vortheil, daß sie den Sinn für corporative Verbände erhalten und beleben und dadurch in allen Ständen haltbare Unterlagen eines gesunden Staatslebens gewähren, welches ebenso große Garantien für die Selbständigkeit der einzelnen Stände als für die conservative Haltung derselben darbietet. Der größte Vorzug des frühern ständischen Wahlsystems aber war der, daß durch dasselbe weniger Leute auf die Landtage gewählt wurden, welche ein *Gewerbe* daraus machten, Abgeordnete zu sein, und diese Stellung vorzugsweise als ein Mittel zum Fortkommen im Staatsdienst betrachteten. Die Mitglieder der alten Landtage hatten fast ohne Ausnahme die Absicht, zu bleiben, was sie waren, kehrten gern und möglichst bald in ihre bürgerlichen Verhältnisse zurück, ohne den Wunsch vermöge ihrer Stellung als Abgeordnete Carriere zu machen. Allerdings hatte diese Erscheinung nicht bloß in dem Wahlsystem ihren Grund, sondern auch in dem geringern Maße ständischer Rechte. Sobald die Kammern verfassungsmäßig stärker sind als die Krone, wird es niemals an Abgeordneten fehlen, welche eine Majorität zu gewinnen suchen, nicht um dem Lande, sondern um sich selbst zu nützen, und bei dem parlamentarischen Kampf um die höchste Gewalt werden die Interessen des Vaterlandes der Regel nach nur Vorwand und Mittel, nicht aber Zweck sein, wenigstens so lange als die Menschen nicht sehr viel besser und weiser werden, als sie in den 4000 Jahren bekannter Geschichte gewesen sind. Der große Vorzug monarchischer Verfassung ist, daß ein König in seinem Lande nicht *mehr* werden kann als er ist, daß seine Stellung ihn über die Versuchungen des gewöhnlichen Ehrgeizes erhebt und ihn von kleinlichen Personal-Interessen frei erhält. England ist für die continentalen Staaten ein irreleitendes Vorbild gewesen. Abgesehen von seiner gesicherten Lage nach außen hin, hat England vielleicht 60 000 Männer, welche durch ihr Vermögen unabhängig genug sind, um sich, wenn sie wollen, dem parlamentarischen Leben zu widmen, ohne an ihren Privatgeschäften Schaden zu leiden und ohne ihre politische Thätigkeit als Mittel zum persönlichen Fortkommen und Gelderwerb zu betrachten. Man muß wohlhabend sein, um ohne Diäten als Parlamentsmitglied leben und die Wahlkosten bestreiten zu können; wohlhabende Leute aber haben meistens ein Interesse an Erhaltung des Bestehenden oder an *besonnener* Fortbildung. Die Wahlen sind noch heut der Majorität nach von den reichen Klassen, insbesondre von der grundbesitzenden gentry (Ritterschaft) abhängig, denn unter den etwa 900 000 Wählern ist nicht der vierte Theil so selbständig, daß er ohne Rücksicht auf höher Stehende wählen könnte. Uebrigens hat die *neue* Verfassung, seit der Reformbill, noch keine lange Probe bestanden, namentlich nicht in europäischen Kriegen von großem Maßstabe. In der ältern Verfassung war die Oligarchie noch stärker ausgeprägt und hatte man nur *zwei* große Aristokraten-Parteien, die sich am Ruder abwechselten, sodaß entweder Wighs oder Tories eine sichre Majorität im Parlament besaßen. Jetzt hat man in England wie in Deutschland vier bis sechs Parteien, und aus welcher von diesen man auch das Ministerium wählen mag, man läuft in England wie in Preußen Gefahr, die übrigen Parteien, also die Majorität, gegen sich zu haben, oder sich mit einem in sich uneinigen und deshalb gelähmten Coalitionsministerium begnügen zu müssen. Außerdem bringt man bei Anpreisung der englischen Verfassung gewöhnlich nicht in Anschlag, daß England, ungeachtet aller erwähnten, bei uns nicht vorhandenen günstigen Vorbedingungen für constitutionelles Leben, in seiner glänzendsten Periode, zur Zeit der Pitt und Fox, mehr *trotz* der Verfassung, das heißt durch Bestechung und Gewalt, als in Einklang mit der Verfassung regirt wurde.

Preußen ist keineswegs durch Liberalismus und Freigeisterei groß geworden, sondern durch eine Reihe von kräftigen, entschlossenen und weisen Regenten, welche die militärischen und finanziellen Kräfte des Staates sorgfältig pflegten und schonten, sie aber auch in eigner, selbstherrschender Hand zusammenhielten, um sie mit rücksichtslosem Muthe in die Wagschale der europäischen Politik zu werfen, sobald sich ein günstiger Moment dazu darbot. Dieses System müssen wir auch noch ferner beibehalten, wenn die Monarchie zu einem haltbaren Abschluß gelangen soll. Der parlamentarische Liberalismus kann dabei als vorübergehendes Mittel zum Zweck dienen, aber er kann nicht selbst der Zweck unsres Staatslebens sein. Es ist ein unzweifelhaft gerechter Anspruch, daß jeder Preuße den Grad von Freiheit genieße, welcher mit der öffentlichen Wohlfahrt und mit der Laufbahn, welche Preußen in der europäischen Politik zu machen hat, verträglich ist, aber mehr nicht. Diese Freiheit kann man auch ohne parlamentarische Regirung haben, und bei der Stufe geistiger Entwicklung, auf welcher Preußen steht, gehört Mißbrauch der Königlichen Gewalt zu den unwahrscheinlichsten Dingen; vielmehr läßt sich eher von der Krone als von den wetterwendischen Ereignissen der Kammerabstimmungen Schutz für Recht und Freiheit erwarten. Lange vor 1848 und ehe man an constitutionelle Regirungen auf dem Continent dachte, ist in Preußen das „suum cuique“ eine Wahrheit und das Königthum ein Hort der Gerechtigkeit, ein Schutz für die Freiheit der einzelnen wie der Gemeinden und eine Quelle weiser Verwaltung gewesen.

Es ist wahr, daß der gute Ruf und die unzweifelhaften Erfolge der Preußischen Bürokratie diese zur Ueberschätzung, Einseitigkeit und zu dem Bestreben, mehr wie nöthig zu regiren, geführt haben. Diese Krankheit wies auf eine Lücke hin, welche auszufüllen Aufgabe der Landesvertretung ist, indem diese ein Gegengewicht gegen Ueberhebung der Beamten, ein Correctiv für einseitige und unpractische Theorien derselben und einen Schutz gegen die Gefahren abgibt, welche aus dem Zustande unsrer wissenschaftlichen Bildungsanstalten entstehn. In ihnen erhalten unsre Beamten einen so hohen Grad von Bildung, wie vielleicht in keinem andern Staate, aber auch leicht für das ganze Leben ein Gepräge skeptischer Kritik, welches auf dem Gebiete der Religion zum Unglauben, auf dem der Politik zum antiken Republikanismus führt. Tritt hierzu Unzufriedenheit mit später Versorgung, langsamer Beförderung und dem ganzen practischen Resultate einer so langen, mühsamen und kostspieligen Vorbildung, so begreift man, wie leicht unsre Beamten aus Dienern der Krone zu deren Gegnern werden, indem sie sich von Veränderungen in der Lage des Landes Verbesserung der eignen versprechen. Gegen diese Gefahren findet die Krone und das Land einen Stützpunkt in der Controlle und Gegenwirkung, welche durch die Landesvertretung auf die Beamtenschaft geübt wird. Soll aber die Gefahr nicht von dieser Vertretung selbst ausgehn, so darf letztre keinen herrschenden und agressiven, sondern muß einen wesentlich *defensiven* Character haben. Sie muß mit den Mitteln ausgerüstet sein, neue Gesetze und neue Steuern vom Lande abzuwehren und eine controllirende Kritik über das Regirungssystem, namentlich den Finanz-Haushalt und die innre Verwaltung auszuüben, aber sie muß niemals die Macht haben, die Krone wider den Willen des Königs zu Handlungen zu nöthigen, oder deren Minister zu verdrängen, sonst wird sie diese Macht unfehlbar mißbrauchen. Die Krone sowohl als die Kammern muß die volle Freiheit behalten, jede Aenderung des bestehenden Rechtszustandes zu hindern und sich von den Kammern weder Minister noch politische Systeme aufdrängen zu lassen.[2]) Dazu ist vor allen Dingen

[2]) So lautet der Satz in der Vorlage. Die Worte „sowohl als die Kammern“ wären wohl zu streichen gewesen.

nothwendig, daß weder das ganze Budget noch ein Theil desselben von den Kammern verweigert werden kann; sondern so lange Krone und Kammern sich nicht über Abänderungen einigen, muß das alte Budget fortbestehen und dieses Festhalten des Bestehenden das einzige Zwangsmittel des einen Theils gegen den andern bilden. Sehr bedenklich wäre es, einen Theil des Staatshaushaltes von jährlicher Bewilligung abhängig zu machen. Dieser Theil würde immer, wenn er auch auf ein Paar Millionen sich reducirte, wichtig genug sein, um das Fortbestehn eines Cabinettes, auch wenn es das Vertrauen Sr. Majestät hätte, so gut wie unmöglich zu machen, und man würde mit viel größerer Leichtigkeit zur Verwerfung dieses beweglichen Theiles der Ausgaben schreiten, weil dieselbe unschädlicher und durch das Gesetz ausdrücklich dargeboten erscheinen würde.

Augenblicklich liegt unsre Verfassung, vermöge ihres Wortlautes und der practischen Auslegung, welche derselbe seit 3 Jahren gefunden hat, günstig genug, denn man behält in der That das alte Budget bei, so lange kein neues zu Stande gekommen ist, und so gut man das Wochen und Monate lang thut, kann es auch länger geschehn, wenn die Umstände es erfordern; man muß nur die Gewohnheit allmälig weiter ausbilden.

Es scheint unter diesen Umständen in der That nicht dringend, mit der Einbringung constituirender Gesetze vorzugehn. Seit 5 Jahren ist das Land fast ununterbrochen in der Erregung erhalten worden, von welcher fortgesetztes Discutiren der wichtigsten Grundlagen des Staatslebens nothwendig begleitet ist. Wir bedürfen der Ruhe, der Prüfung dessen, was wir haben, am Maßstabe der Erfahrung, und namentlich kürzerer Kammersessionen, denn grade die besten Elemente der Kammern, diejenigen Abgeordnete, welche eigne und erhebliche bürgerliche Geschäftskreise haben, können nicht die Hälfte jedes Jahres in der Kammer zubringen, sondern werden schließlich das Feld solchen überlassen, welche ein Gewerbe und ein Mittel zum Fortkommen aus dem Kammerleben machen. Die Verfassungsarbeiten nehmen den besten Theil der Zeit fort, und im Grunde kommen, so lange die Zeiten ruhig sind, bei jedem Wahlgesetz im Großen und Ganzen dieselben Personen wieder in die Kammer. Die Zusammensetzung der heutigen zweiten Kammer unterscheidet sich nicht sehr wesentlich von der der zweiten Curie des vereinigten Landtages, nur sind weniger Bauern und mehr Juristen darin. Das Rezept, nach welchem eine Kammer componirt wird, gewährt niemals die Garantie, welche allein in dem Maße der Rechte liegt, welche den Kammern gegenüber der Krone eingeräumt werden. Deshalb sollte in der bevorstehenden Campagne das Streben des Ministeriums weniger dahin gerichtet sein, neue Wahlordnungen oder sonstige constituirende Gesetze durchzubringen, als auf dem Boden der bestehenden Verfassung durch Praxis, Auslegung und kleinere Reformen den Kammern soviel Terrain abzugewinnen, als die Regirung zu ihrer Unabhängigkeit und freien Bewegung bedarf, namentlich aber den Gebrauch zu befestigen und auszubilden, daß das alte Budget fortbesteht, solange nicht ein neues mit Einwilligung der Krone zu Stande kommt.

Die Befürchtung, daß Preußens Krone darauf ausgehe, das ganze Verfassungsleben des Landes mit Staatsstreichen wieder über Bord zu werfen, wird in Preußen und in Deutschland weniger Nahrung aus dem vorgeschlagnen System saugen, als aus der Einbringung neuer, die Grundlagen der jetzigen Verfassung in Frage stellenden Gesetzvorlagen. In unsrer deutschen Politik aber bedürfen wir des Rufes, an der Verfassung festhalten zu wollen, wenn wir uns nur davor hüten, bei den übrigen Bundesregirungen in den Verdacht liberalistischer Propaganda zu gerathen, hinter welcher sich Unions- und Mediatisirungsgelüste bergen könnten. Für jetzt scheint es empfehlenswerth, den re-

actionären Bestrebungen der kleinern Fürsten nicht entgegenzutreten, sie sogar zur Wiedergewinnung des Vertrauens mit Vorsicht zu unterstützen, innerhalb Preußens aber freie Bewegung in den oben angedeuteten Gränzen zu gestatten.

Vor allen Dingen sollten unsre Minister ihre eigne Zeit weniger an die Kammern verschwenden. Dazu ist die Abkürzung der Sessionen nöthig und Herabstimmung der Wichtigkeit, welche man den einzelnen Abstimmungen und dem Detail der Verhandlungen beilegt. Die Minister eines so mächtigen Monarchen wie der König von Preußen haben mehr zu thun, als 6 Monat lang täglich den ganzen Arbeitstag hindurch Reden anzuhören, welche nichts Neues sagen, und sich im Wortgefecht gegen plumpe und wohlfeile Angriffe zu wehren. Der Regel nach müßten nur Commissarien jedes Ministers sich an der laufenden Debatte betheiligen.

*417 Schreiben an König Friedrich Wilhelm IV.

[Eigenhändig.]

Villeneuve bei Vevey, 21. September 1853.[1])

. . . E. K. M. allergnädigstes Handschreiben von Rüdersdorf den 12. September[2]) ist erst am 17. Abends durch den Cölner Schirrmeister nach Frankfurt und von dort gestern Abend in meine Hände gelangt. Indem ich allerunterthänigst bitte, diesem Umstande die Verspätung meines Berichtes zu Gute zu halten, beeile ich mich den ah. Befehlen in Folgendem nachzukommen.

Als ich mich in den letzten Tagen des Juli von Potsdam aus nach Drahnsdorf begab, gewann ich dort nach zweitägigem Beisammmensein mit E. M. Minister-Präsidenten die Überzeugung, daß es sehr schwer sein werde, denselben zum Verbleiben in seinem Amte zu bewegen. Er sprach nicht nur selbst seinen Entschluß, sich zurückzuziehn, gegen mich aus, sondern auch Frau von Manteuffel und andre Personen aus der nächsten Umgebung des Ministers waren der Ansicht, daß er ihn ausführen werde. Die verschiedenartigsten Gründe, welche ich dagegen geltend machte, blieben ohne Eindruck auf den Freiherrn von Manteuffel, und schien mir sein lebhaftes Interesse für die Landwirthschaft und für seinen Grundbesitz sowie eine in seiner Stellung erklärliche Sehnsucht nach der Ruhe des Landlebens fast stärkern Antheil an seinem Entschluß zu haben, als irgend welche aus der politischen Lage der Dinge oder aus den dienstlichen Personalbeziehungen des Ministers entnommene Gründe. Da ich sowohl selbst überzeugt war, daß der Rücktritt des Herrn von Manteuffel in E. M. Dienst eine für den Augenblick nicht zu deckende Lücke lassen werde, als auch diese Ansicht insbesondere von General von Gerlach getheilt fand, namentlich aber, da ich den ah. Wünschen E. M. zu entsprechen glaubte, so bemühte ich mich nach Kräften, den Minister-Präsidenten auf andre Gedanken zu bringen. Das Schweigen, mit welchem letztrer meine Bemühungen aufnahm, läßt meiner Bescheidenheit in Bezug auf den Antheil am Erfolge, den ich mir zuschreiben möchte, unbeschränkten Spielraum; jedenfalls gewährte es mir keine Beruhigung, und obschon ich es dem beabsichtigten Zwecke für förderlich hielt, das Gegentheil denen, die mich fragten, zu erklären, so kehrte ich doch mit der Besorgniß nach Frankfurt zurück, daß der Minister von Manteuffel auf seinem Aus-

[1]) Ein Bruchstück des Konzepts gedruckt: Anhang z. G. u. E. II 143. Vgl. dazu die Darstellung in den G. u. E. I 137 ff. und das Schreiben an den Prinzen von Preußen vom 6. 8. 53 (oben Nr. 407).

[2]) Abgedruckt: Anhang zu G. u. E. II 142.

tritt bestehn oder aber für sein Verbleiben die Möglichkeit nur in solchen Modalitäten finden werde, welche den Bestand des Ministeriums im Uebrigen in Frage stellen könnten. Unter diesen Eindrücken blieb ich bis zu meiner Ankunft in Ostende, am 16. August, und da ich auf wiederholte Anfragen bei dem General von Gerlach über den Verlauf der Sache keine Antwort erhielt, so schloß ich daraus, daß die Crisis noch fortdaure und eine Entscheidung nicht erfolgt sei. In diesem Sinne sprach ich mich gegen S. K. H. den Prinzen von Preußen über die Lage der Dinge aus, bei Gelegenheit der Erzählung von der Reise, auf der ich die Ehre hatte, E. M. durch Westphalen zu begleiten, und von meinem demnächstigen Aufenthalt an E. M. Hoflager. S. K. H. sprachen die lebhafteste Besorgniß aus, daß die Ungewißheit mit dem Abgange des Minister-Präsidenten endigen werde, und gingen dabei von der Voraussetzung aus, daß der General von Gerlach zu den Gegnern des Premier gehöre und mit an dessen Sturze arbeite. Aber grade dieser E. M. General-Adjudant war unter allen einflußreichen Männern, mit denen ich in Potsdam und Berlin verkehrt hatte, am entschiedensten von der Nothwendigkeit des Verbleibens des Herrn von Manteuffel überzeugt und hatte mich vielfach aufgefordert, in diesem Sinne thätig zu sein und dem genannten Minister Vertrauen zu den Personen der Umgebung E. M. einzuflößen. Ich bemühte mich, die Ansicht Sr. K. H. in Bezug auf die Gesinnungen des Generals v. Gerlach zu berichtigen, und war es mir aus diesem Grunde sehr lieb, daß ich am folgenden Tage endlich einen Brief von letzterem erhielt, welcher auf unzweideutige Weise darthat, daß der Schreiber sich lebhaft für das Bleiben des Herrn von Manteuffel interessire, weil „er keinen thunlichen Ersatz für denselben wisse". Dieser Brief, von Putbus datirt, konnte etwa am 10. oder 12. August geschrieben sein, da er, mit der langsamen Schirrmeister-Gelegenheit über Cöln nach Frankfurt gegangen, von dort aus am 17. oder 18. an mich gelangt ist. Er enthält über die Frage, ob Herr von Manteuffel bleiben werde, noch nichts Bestimmtes; doch gab er Hoffnung dazu, sprach von der politischen Nothwendigkeit, daß er bliebe, und von Anbahnung erneuten Vertrauens des Minister-Präsidenten zu Herrn von Gerlach. Des Wortlautes erinnre ich mich nicht, doch war der Inhalt von der Art, daß er mir geeignet schien, S. K. H. den Prinzen zu überzeugen, daß der General v. Gerlach es aufrichtig mit Herrn v. Manteuffel meine und weit davon entfernt sei, an seinem Sturze zu arbeiten. Dieß war für mich der Grund, weshalb ich das Schreiben, ich weiß nicht mehr, ob ganz oder theilweis, Sr. K. H. mittheilte. Wenn daher der General von Gerlach E. M. versichert, daß er mir aus Putbus „nichts dergleichen", das heißt nichts von einem feststehenden oder auch nur voraussichtlichen Abgange des Freiherrn von Manteuffel geschrieben habe, so sagt er die lautere Wahrheit. Wenn ich nicht irre, war aber in dem Briefe die Rede davon, daß Quehl unmöglich in seiner Stellung bleiben könne; daß dieser abgehe, konnte der General damals noch nicht wissen, denn ungefähr grade um die Zeit, wo der fragliche Brief in Putbus geschrieben wurde, ließ der Dr. Quehl von Frankfurt aus durch meine Vermittelung sein Gesuch um Enthebung von seiner Stelle an den Minister-Präsidenten gelangen. In meinen Bemühungen, ihn zu diesem Schritte zu disponiren, wurde ich wesentlich unterstützt durch ein Privatschreiben, welches Quehl in Frankfurt, wie er mir sagte, von sicherster Hand, vorfand, nach dessen Inhalt der Rücktritt des Minister-Präsidenten durchaus feststehe. Durch diese, von Quehl für ganz unzweifelhaft angesehene Nachricht wurde meine Besorgniß, kurz vor meiner Abreise nach Ostende, allerdings bedeutend erhöht; indessen gab ich die Hoffnung nicht auf, daß Herr von Manteuffel bei Gelegenheit seiner grade in jene Tage fallenden Reise nach Putbus sich zum Bleiben werde bestimmt finden. Wenn ich daher bei Sr. K. H. die

Meinung erweckt habe, daß der Abgang des Minister-Präsidenten etwas Feststehendes sei, so habe ich ohne Zweifel meine Ansicht nicht mit Geschick ausgedrückt, indem ich nur habe sagen wollen, daß der Ausgang der Krisis noch ungewiß sei und sie ebensowohl mit dem Rücktritt als mit dem Verbleiben des Herrn von Manteuffel enden könne. Dieß war damals, am 17. oder 18. August, vielleicht nicht mehr factisch richtig, aber ich wußte es nicht anders, und habe erst gestern durch E. M. allergnädigstes Handschreiben die sichre Bestätigung erhalten, daß alles beigelegt ist.

Die Schuld des Mißverständnisses, welches obgewaltet hat, trifft daher nicht den General von Gerlach, sondern mich allein, und bitte ich E. M. allerunterthänigst um Verzeihung, daß ich eine Beunruhigung der Art veranlaßt habe; es würde nicht geschehn sein, wenn ich mir bewußt gewesen wäre, bei Sr. K. H. dem Prinzen eine so bestimmte Befürchtung des Abganges des Herrn von Manteuffel hervorgerufen zu haben. Mit Beschämung erkenne ich, daß ich mich als einen ungeschickten Diplomaten gezeigt habe; denn meine Absicht war, dem General von Gerlach einen Dienst in der guten Meinung Sr. K. H. des Prinzen zu erweisen, und nicht nur habe ich diesen Zweck augenscheinlich verfehlt, sondern obenein E. M. zu meinem tiefsten Bedauern Verdruß verursacht. Ich würde mich glücklich schätzen, wenn ich Gelegenheit fände, diesen Fehler durch bessere Dienste wieder gutzumachen.

Ich habe mich von Ostende über Holland nach Norderney, und dann über Hanover, Frankfurt und Basel hierher, nach dem Genfer See begeben.

In Norderney und in Lütelsburg bei dem Grafen Kniephausen habe ich mehre einflußreiche Mitglieder der conservativen Partei in Hanover, namentlich die ehemaligen Minister von der Decken und von Borries gesprochen. Dieselben lehnten es bestimmt ab, mit dem Minister Bacmeister in irgend eine Beziehung zu treten. Diese Abneigung schien ebensosehr aus Empfindlichkeit über die Vergangenheit als aus Mißtrauen für die Zukunft hervorzugehn. Der gewünschte Minister dieser Herren ist der frühere Landdrost von Lütken. S. M. der König Georg hatte über das Entlassungsgesuch des Ministers Bacmeister noch nicht entschieden. Letztrer selbst hoffte auf Annahme desselben, in der Voraussicht, daß er einige Monat später zur Bildung eines Cabinettes werde berufen werden. Die Männer, auf welche er in diesem Falle rechnet, sind die der gemäßigten ritterschaftlichen Partei: der bisherige Bundestagsgesandte von Bothmer, von Lenthe, Finanz-Director Graf Kielmansegge, Kriegsminister von Brandis. In diesem Augenblick würde es ihn in Verlegenheit setzen, wenn er sofort ein Ministerium bilden sollte; er hofft in der Zwischenzeit sich das bisher fehlende Vertrauen seiner künftigen Collegen zu erwerben. Der Freiherr von Schele steht, durch Graf Bennigsen, unter Stüve's Leitung, würde aber von derselben einigermaßen zu emancipiren sein, wenn seine ehemaligen Freunde von der Ritterschaft sich nicht gänzlich von ihm losgesagt und zurückgezogen hätten. Der Hanöversche Stolz des Herrn von Schele und die Furcht vor durchgreifender Reaction auf Seiten der Freunde Stüve's widerstreben gleichmäßig der Einmischung des Bundes. Der Minister von Schele hat die Absicht, den Ständen von neuem die zuletzt verworfne Vorlage des Wahlgesetzes zu machen, ohne für jetzt weitre Forderungen aufzustellen oder zu erneuern. Wenn die Stände die neue Wahlordnung nochmals verwerfen, so will er sich an den Bund wenden, nehmen sie aber an, so will er den neu zu wählenden demnächst die erforderlichen Verfassungsänderungen unterbreiten. Wie nothwendig letztre sind, wollen E. M. unter andrem aus der mir von sichrer Hand erzählten Thatsache entnehmen, daß nach dem Tode des Höchstseligen Königs Ernst August der König Georg von den Mitgliedern des Cabinets

Münchhausen stets „Königliche Hoheit“ angeredet worden ist, bis zu dem Augenblick, wo er das verfassungsmäßige Patent unterschrieben hat. Die Minister haben sich dieser practischen Durchführung der Theorie des contrat social, als eines gewissenhaft constitutionellen Verhaltens, ausdrücklich gerühmt. Herr von Schele hat mir versprochen, nach Entscheidung der gegenwärtigen Minister-Crisis, deren Resultat voraussichtlich sein Verbleiben im Amt ist, mit mir über die Frage in Correspondenz zu treten, ob und wie von Seiten des Bundes die Hannöversche Regirung schon jetzt um Auskunft über die Lage der dortigen Verfassungsarbeiten anzugehn sei. Wenn er hierin Wort hält, so würde an seinem Plan nur das auszusetzen sein, daß er den jetzt zusammentretenden Ständen nicht mehr als die neue, immer noch schlechte Wahlordnung zumuthet; denn wenn sie diese annehmen, so gewinnt er keine besseren Kammern und verliert viel Zeit. Er kann indessen, bei der Anschauungsweise Sr. Majestät des Königs Georg, wenigstens so lange Herr von Schele Minister und Stüve sein Rathgeber ist, kein unsern Interessen entsprechendes Resultat haben, der Regirung mehr und schnellere Hülfe anzubieten, als sie selbst verlangt, und dürfte es sich empfehlen, daß Graf Rostitz die Entwicklung der nächsten Monate in der Rolle eines gleichgültigen Zuschauers abwartet.

In den wenigen Tagen, welche ich in der Schweiz zugebracht habe, ist es mir interessant gewesen, mannichfache Äußerungen zu hören, welche berichten, wie wenig man selbst in der radikalen Partei an den Bestand der jetzigen Lage in Neuenburg glaubt. Man trägt sich im Volk mit der Sage, E. M. würden auf das Fürstenthum verzichten, wenn die Schweiz den Canton Tessin an Östreich cedirte. Zu dieser Abtretung scheint man in der deutschen Schweiz gern bereit zu sein und hofft, daß Östreich alsdann Preußen zufriedenstellen werde. Im Ganzen habe ich unter dem Landvolk mehr conservative Äußerungen gehört, als ich erwartete; die Bauern im Berner Jura bedienten sich des Ausdruckes „les bons citoyens“, wenn sie von den Neuenburger Royalisten sprachen.

Aus Frankfurt höre ich, daß meine Collegen fast alle noch längere Zeit abwesend bleiben und namentlich Freiherr v. Prokesch erst in der letzten Woche des October zurückkehrt.

In tiefster Ehrfurcht ersterbe ich . . .

418 Privatschreiben an Minister v. Manteuffel.

[Eigenhändig.]

Hotelstempel: De la Rottaz
Hotel Byron
entre Chillon et Villeneuve

Villeneuve am Genfer-See, 25. September 1853.[1])

*E. E. habe ich seit geraumer Zeit keine Nachricht gegeben, theils weil ich außerhalb der privativen Erlebnisse eines Reisenden nichts zu melden wußte, theils weil ich in den letzten 14 Tagen, in ununterbrochner Ortsveränderung begriffen, keine Ruhe zum Schreiben fand! Die einzige politische Angelegenheit, mit welcher ich unterwegs in Beziehung gekommen bin, ist die Hannöversche. In Norderney traf ich die ehemaligen Minister von Borries und von der Decken, von denen letztrer ausdrücklich, um mich aufzusuchen, dahin kam. Diese Herrn sehn in einem ausschließlich ihrer Farbe entnommenen

[1]) Eingangsvermerk 12. Oktober 1853.

Ministerium mit Herrn von Lütken an der Spitze das einzige Mittel zu ihrem Ziele, d. h. zur Herstellung der Verfassung in ihrer Gestalt vor 1848 durch Bundeshülfe, zu gelangen. Den leichtern Weg, dem Minister Bacmeister die Hand zu reichen, der bei dem Könige jetzt großes Vertrauen genießt, wollen sie nicht gehn, angeblich weil sie an der Aufrichtigkeit der conservativen Gesinnung dieses Herrn zweifeln, vermuthlich aber aus persönlicher Empfindlichkeit wegen der Vergangenheit. Dagegen waren sie bereit, mit ihrem Einflusse bei der Ritterschaft, wenn sie nicht ein Ministerium Lütken erreichen könnten, ein solches zu unterstützen, welches Bacmeister mit den gemäßigtern Mitgliedern der Partei etwa bilden möchte, z. B. meinem bisherigen Collegen von Bothmer, dem Schatzrath gleichen Namens, dem Finanzdirector Graf Kielmannsegge, Herrn von Lenthe.* Das wäre auch besser, denn jene exclusiven Herrn der Ritterschaft sind mehr Partei- als Staatsmänner. Unverkennbar war die ganze conservative Seite jetzt sehr viel kühler gegen Östreich gestimmt, als früher; man warf dem Herrn von Koller vor, daß er den demokratischen Minister Windhorst, einen Katholiken, unterstütze, und ebenso, wie die von der Ritterschaft, klagte mir Herr von Schele seinerseits über Prokesch, daß dieser sich über seine und seines Cabinets Ansichten in Betreff Hanovers sehr unsicher geäußert habe. *Herr von Schele war zweifelhaft, ob Östreich mit Regulirung der Zustände Hanovers überhaupt ehrlich einverstanden sei, falls dieselbe nicht im Sinne des Absolutismus pure erfolge. Jedenfalls hatte ihm Prokesch die Aufnahme, welche die Hanöversche Regirung mit ihren Verfassungsanliegen bei der Majorität des Bundes finden werde, als sehr ungewiß dargestellt, obschon sie m. E. nur ungewiß sein würde, wenn Östreich sich bemühte, sie dazu zu machen. Daraus geht wenigstens hervor, daß Herr von Prokesch den Min[ister] von Schele im Augenblick nicht unterstützen und ihm nicht die Wahrheit sagen will. Über die Lage der Krisis zwischen den Herrn von Schele und Bacmeister zur Zeit meiner Anwesenheit in Hanover[2]) sind E. E. durch die Berichte des Grafen Nostitz, welche ich gelesen habe, in Kenntniß gesetzt, und war letztrer durch den Professor Hirsch, den Anwalt und Concipienten der Ritterschaften, vollkommen au fait von der Sachlage. Der Min[ister] Bacmeister sprach gegen mich seine Meinung dahin aus, daß ihm wohl möglich sein würde, den König zu einer Entscheidung zu seinen Gunsten zu bestimmen, daß er, B[acmeister], aber jetzt nicht wohl in der Eile ein Ministerium bilden könne; Schele werde das, was er dem Könige in Aussicht stelle, nicht erreichen, dann werde S. Majestät um so sicherer zu Bacmeister zurückkehren und dieser in der Zwischenzeit im Stande gewesen sein, sich das Vertrauen und die Unterstützung der Leute, deren er bedürfe, zu gewinnen.*

Jedenfalls hat Bacmeister unter den dortigen Politikern die größte Sagacität[3]), und ist sein Austritt ein ungünstiger Barometerstand für die Festigkeit des Scheleschen Cabinettes. Der Plan des letztern, den Weg der verfassungsmäßigen Landesgesetzgebung auch ferner zu versuchen, vielleicht auch gleichzeitig, worüber Schele mir noch schreiben will, sich dabei durch eine höfliche Anfrage und Erinnerung von Seiten des Bundes unterstützen zu lassen, ist an und für sich gewiß richtig, nur bedarf er einer energischen Ausführung, und muß man sich entschließen, im Fall des Mißlingens, ungesäumt das Einschreiten des Bundes herbeizuführen. Hiergegen aber hat Herr von Schele immer noch eine starke, im Hanoverschen Stolz wurzelnde Abneigung; außerdem liegt er, wie mir scheint, ganz in den Schnüren Stüve's und des Grafen Bennigsen und lebt unter dem Drucke einiger banalen Phrasen über Bayonnettherrschaft und öffentliche Meinung, wie

[2]) Vgl. Nr. 404.
[3]) Poschinger liest fälschlich: Capacität.

sie bei der democratischen, sich constitutionell nennenden Partei im Schwange sind. Wenn er sich daher im Amte hält, was ich für die Dauer des Winters nicht glaube, so wird er durch zaghaftes Auftreten gegen die Stände und durch Furcht vor der Bundeshülfe sehr viel Zeit verlieren, ehe sich irgend welche Resultate zeigen. Für uns läßt sich dabei, wie mir scheint, nichts andres thun, als unsern Beistand in dem Maße und auf dem Wege anzubieten, wie er von Hanover gefordert werden würde, uns aber eines jeglichen, auch nur scheinbaren Aufdringens unsrer guten Dienste unsres Rathes zu enthalten; zeigen wir übertrieben Theilnahme und Eifer, so wecken wir Mißtrauen, ohne Erfolge zu haben. *Zum Schluß*) erlaube ich mir E. E. die g. Bitte vorzutragen, den mir ertheilten sechswöchentlichen Urlaub noch geneigtest um 3 Wochen verlängern zu wollen. In Frankfurt ist bis dahin noch nichts zu thun, die Mehrzahl der Gesandten abwesend, zum Theil noch vor Kurzem erst auf Reisen gegangen. Herr von Prokesch ist eben von Paris nach Frankfurt zurückgekehrt, um eine neue Reise nach Wien anzutreten, von der er zum 23. October wieder in Frankfurt zu sein denkt. Bis dahin dürfte dort gänzliche Geschäftslosigkeit sein, und ich möchte diese Frist gern zu einer Excursion nach Paris nützen, um die Stadt und ihre Bewohner nach 10 jährigem Zwischenraum einmal wiederzusehn.

Meine besten Wünsche für E. E. und der Ihrigen Wohlergehn verbinde ich mit der Bitte, mich und meine Frau Ihrer Frau Gemalin zu empfehlen. In treuster Ergebenheit

419. Privatschreiben an Minister v. Manteuffel.

[Eigenhändig.]

22. Oktober 1853.

E. E. habe ich bereits auf telegraphischem Wege meine Rückkehr hierher zu melden die Ehre gehabt, und bitte ich um gen. Nachsicht, daß dieselbe erst jetzt erfolgt ist. Ich hatte die vollständige Geschäftsstille hier noch zu einer kurzen Expedition nach Italien benutzen wollen, wurde aber auf dieser durch einen Kolikanfall zu längerem Bleiben in Genua und zu langsamer Rückreise genöthigt. Als ich am Genfer See wieder eintraf, fand ich ein Schreiben des Legationsraths Wenzel[1]), in welchem er mich benachrichtigte, daß E. E. meine schleunige Rückkehr hierher wünschten: Ich ließ daher meine Familie einstweilen zurück und reiste sofort ab, so daß ich nach einer Fahrt von einigen dreißig Stunden mit Diligence und Eisenbahn hier eintraf. Hier ist es indessen noch ziemlich still. Etwa die Hälfte der Gesandten fehlt noch. Herr von Prokesch wird im Laufe der nächsten Woche erwartet. Unsre erste Sitzung soll verabredetermaßen am 3. November sein, obschon der Vertagungsbeschluß, um nicht den damals so sehr fern liegenden „November" darin zu benennen und den Eindruck überlanger Ferien zu machen, nur bis zum 27. October lautet. Einige der anwesenden Gesandten zweifeln sogar an einer Sitzung am 3. November, weil bisher

*) Am Rande dieses Schlußpassus findet sich undatiert, mit Bleistift geschrieben, der Kanzleivermerk: „Seine Majestät sehen es lieber, wenn Herr v. Bismarck nicht länger abwesend ist, und aus diesem Grunde haben Seine Exzellenz Herrn v. Bismarck noch nicht zusagend geantwortet, was befehlsgemäß bemerkt wird." Unterm 12. Oktober 1853 teilt Bismarck dem Legationsrat Wentzel aus Genua mit, daß er dort von einem ziemlich heftigen Unwohlsein befallen worden sei und das Bett hat-e hüten müssen, so daß er frühestens am 13. Oktober abreisen könne und gezwungen sei, nur bei Tage zu fahren. Er glaube indessen am 17. in Genf zu sein, und wolle von dort auf dem direktesten Wege nach Frankfurt kommen. Am 20. Oktober meldet er telegraphisch Manteuffel sein Eintreffen in Frankfurt a. M. Die europäische Lage hatte inzwischen dadurch eine Veränderung erfahren, daß am 4. Oktober der Sultan an Rußland den Krieg erklärt hatte.

[1]) Vom 13. Oktober 1853. Gedruckt Bismarckjahrbuch V S. 60.

noch keine einzige Instruction über die vielen schwebenden Sachen hier ist. Unter diesen Umständen darf ich überzeugt sein, daß E. E. keinen Nachtheil für den hiesigen Dienst in einer Excursion von wenig Tagen finden, und mir gen. gestatten wollen, die mir gestern zugegangne Einladung Sr. M. des Königs nach Letzlingen anzunehmen und am nächsten Dienstag den 25. Abends dahin abzugehn, um so mehr, als ich hoffen darf, E. E. selbst wiederum dort zu finden, und mich durch mündliche Rücksprache über die zunächst bevorstehenden Geschäfte noch näher zu instruiren.[2]) Mit der Bitte der gnädigen Frau meine ehrerbietige Empfehlung zu machen . . .

420. Telegramm an Minister v. Manteuffel.

3. November 1853.

[Prokesch] hat hier bis gestern den Gesandten erklärt, daß Österreich wegen veränderter Umstände auf den Plan verzichte, die Erklärung wegen der Neutralität abzugeben; er kannte also die Absicht seines Kabinetts, auch ohne uns vorgehen zu wollen, noch nicht, und glaube ich daher, daß dieselbe ernstlich gar nicht vorhanden ist.

421. Vertraulicher Bericht an Minister v. Manteuffel.

[Ausfertigung.]

3. November 1853.

E. E. chiffrierte Depesche von gestern 4 Uhr 38 Minuten[1]) ist mir richtig zugegangen, und beehre ich mich über die von Östreich vorgeschlagene gemeinschaftliche Erklärung an den Bund in der orientalischen Frage im Anschluß an meine gestrige telegraphische Meldung[2]) nachstehendes g. g. vorzutragen. Österreich hat sich, bevor Herr von Prokesch nach Berlin kam, bereits an andere Bundesstaaten mit der Aufforderung gewandt, einer von Preußen und Österreich beim Bunde gemeinschaftlich abzugebenden Erklärung in betreff der Neutralität der deutschen Mächte beizustimmen. Namentlich weiß ich gewiß, daß dies in betreff Bayerns auf dem Wege einer Note des Grafen Buol an den Grafen Esterhazy unter dem 25. v. M. geschehen ist. In dieser Note wird ausgesprochen, daß Preußen die Absicht Österreichs, eine derartige Neutralitätserklärung am Bunde abzugeben, gebilligt habe und mit Österreich gemeinschaftlich die desfallsigen Anträge stellen werde. Auf Grund der Schritte, die der Kais. Gesandte in München getan hat, war der K. bayerische Bundestagsgesandte von München aus benachrichtigt worden, daß in der ersten Sitzung nach den Ferien

---

[2]) Am 27. Oktober begibt sich B. zur Hofjagd nach Letzlingen. Von dort traf er am 29. im Gefolge des Königs in Potsdam ein. Am 2. November kehrte er nach Frankfurt zurück.

421. [1]) Manteuffel teilte darin mit, das Wiener Kabinett scheine in großer Aufregung darüber zu sein, daß Preußen eine gemeinschaftliche Erklärung an den Bund in der orientalischen Angelegenheit ablehne. Prokesch sei deshalb angewiesen, noch acht Tage zu warten, weil man hoffe, Preußen während dieser Zeit noch zum Anschluß zu bewegen. Andernfalls werde Österreich allein vorgehn und dadurch eine Trennung manifestieren. Er sei der Ansicht, daß Preußen fest bleiben müsse. Prokesch werde ohne Zweifel die Sache mit Bismarck besprechen. „Ich bitte mir darüber zu berichten und Ihre Ansicht mitzuteilen. Unsere Zirkulardepesche an die Missionen bei den deutschen Regierungen ist abgegangen."

[2]) Bismarck bemerkte hier, es scheine ihm unmöglich, etwas anderes zu tun, als was der Minister Manteuffel bereits beschlossen habe. „Nach meinem vorläufigen Sondieren einiger Kollegen würde eine Erklärung in dem projektierten Sinne, auch wenn wir uns ihr anschlössen, hier keine Aussicht auf eine günstige Aufnahme durch die Majorität haben."

von Preußen und Österreich eine Erklärung der angedeuteten Art werde vorgelegt werden, und dahin instruiert, „nach Verständigung mit den übrigen Gesandten eine zustimmende Erklärung abzugeben". Als Motiv der Instruktion gibt der Minister von der Pfordten lediglich die Übereinstimmung Preußens und Österreichs in der Sache an, von dem Grundsatz ausgehend, daß Bayern sich den gemeinschaftlichen Schritten beider Großmächte in der europäischen Politik anschließe, sobald es nur in voller Kenntnis der Sachlage erhalten werde. Nach seiner Rückkehr hierher hat Herr von Prokesch dem Freiherrn von Schrenck die Mitteilung gemacht, daß in der heutigen Sitzung ein derartiger Antrag nicht vorkommen würde, und war er noch gestern abend beschäftigt, diese Tatsache als eine unerwartete nach München zu melden. E. E. wollen hieraus hochgen. entnehmen, daß das Wiener Kabinett eine besonders schleunige Behandlung dieser Sache angestrebt, und daß es der Zustimmung Preußens sehr sicher zu sein geglaubt hat, indem der Graf Buol, noch ehe der Freiherr von Prokesch die betreffenden Anträge nach Berlin überbrachte, die Zustimmung Bayerns zu dem Plan der Kais. Regierung nachgesucht und dabei das Einverständnis Preußens als bereits gesichert bezeichnet hat. Ich darf kaum zweifeln, daß ähnliche Schritte, wie in München, auch bei anderen deutschen Regierungen frühzeitig geschehen sein werden, obwohl ich mir bis jetzt keine Gewißheit habe darüber verschaffen können. Jedenfalls war hier in Frankfurt unter meinen Kollegen bis vorgestern und gestern die Meinung verbreitet, daß in der heutigen Sitzung eine Erklärung der beiden Großmächte über ihre Neutralität, verbunden mit einer Aufforderung zu beifälligen Erklärungen der übrigen Gesandten, erfolgen werde. Es scheint, daß viele, wenn nicht die Mehrzahl der Gesandten mit Instruktionen ihrer Regierung noch nicht versehen und im Fall, daß diese ausblieben, entschlossen waren, die Vorlage in der heutigen Sitzung lediglich ad referendum zu nehmen. Der kurhessische Gesandte Freiherr von Trott suchte mich gestern bald nach meiner Ankunft auf und teilte mir seine Bedenken mit, ob die von Österreich in Aussicht gestellte Vorlage in einem solchen Falle die so sehr zu wünschende prompte und allgemeine Zustimmung der übrigen erhalten werde. Er war der Ansicht, daß die zuverlässigeren unter den deutschen Regierungen eine üble Aufnahme derartiger Erklärungen bei Rußland, andere aber — worunter er namentlich Württemberg verstand — eine Verstimmung durch dieselbe bei Frankreich befürchten und deshalb in ihren Erklärungen zurückhaltend sein würden.

Gestern früh hat Herr von Prokesch den Gesandten von Luxemburg und von Braunschweig-Nassau gleichzeitig nachstehende Mitteilung gemacht, welche ich, da diese beiden Herren in keinem besonders vertrauten persönlichen Verhältnis zur Präsidialgesandtschaft stehen, als für alle meine Kollegen bestimmt betrachten darf. Danach wäre es die Absicht Preußens und Österreichs gewesen, eine Neutralitätserklärung des gesamten Deutschen Bundes im Anschluß an die eigene herbeizuführen, während der Zeit aber, daß der Freiherr von Prokesch die desfallsigen Vorlagen nach Berlin überbracht habe, sei eine Änderung in der Lage der Dinge eingetreten. Wenn man nämlich zur Zeit seiner Abreise von Wien auf Grund der Ablehnung, welche die letzten österreichischen Vermittlungsvorschläge in Paris und London erfahren hätten, habe annehmen müssen, daß die westlichen Mächte ihre Politik von der der b e i d e n (?) deutschen Großmächte hätten trennen wollen, so hätten die inzwischen von England und Frankreich vorgelegten projets de note neue Hoffnung zu gemeinsamen Schritten dieser vier Kabinette erweckt, und es sei nicht ratsam, abgesonderte Erklärungen von seiten der beiden deutschen Großmächte jetzt an den Tag treten zu lassen

und auf diese Weise der Aussicht auf eine identische Haltung aller vier Mächte vorzugreifen. Diese Argumentation sei ihm — dem Herrn von Prokesch — in Berlin von E. E. entgegengehalten worden, und er finde dieselbe mit Rücksicht auf die veränderte Sachlage seit seiner Abwesenheit von Wien vollkommen durchgreifend und verzichte deshalb auf die beabsichtigten Schritte beim Bundestage. Überhaupt hat Herr von Prokesch sich gegen die hiesigen Kollegen mit großer Anerkennung über die Haltung der preußischen Politik und mit besonderer Befriedigung über die schmeichelhafte Aufnahme, die ihm persönlich in Berlin zuteil geworden, ausgesprochen. Mit Sicherheit glaube ich aus der vorstehend beschriebenen Haltung, die Herr von Prokesch hier beobachtet hat, entnehmen zu dürfen, daß die Wiener Andeutung: man werde allein vorgehen, wenn Preußen nicht noch in acht Tagen zustimme, nicht ernstlich gemeint ist und nur eins der gebräuchlichen Negotiationsmittel bildet, um unsere Adhäsion zu dem Plan des Wiener Kabinetts noch zu erlangen. Bestärkt werde ich in dieser Ansicht durch das besondere Hervorheben „des Manifestierens einer Trennung", welches man uns in Aussicht stellt. Wäre es damit ernst, so hätte Herr von Prokesch bei seiner Ankunft hier schon die telegraphische Instruktion finden müssen, alles daran zu setzen, um einem etwaigen isolierten Antrage Österreichs eine achtungswerte Majorität zu sichern, während er umgekehrt, in offenbarer Unkenntnis des Territionsversuches, welchen man von Wien aus in Berlin macht, gegen die genannten Kollegen den richtigen politischen Takt preist, mit welchem E. E. die von Österreich beabsichtigte Demonstration als unter den jetzigen Umständen durchaus unanwendbar erkannt hätten.

Sollte ich mich aber auch in dieser, wie mir scheint, unzweifelhaften Berechnung täuschen, und sollte Österreich wirklich im Augenblick allein vorgehen wollen, so bin ich überzeugt, daß es eine Majorität dafür schwerlich erlangt, die meisten Stimmen vielmehr einer unumwundenen Erklärung, solange sie können, ausweichen würden. Auch Herr von Schrenck hielt die Durchführung nur mit der entschiedensten Unterstützung von unserer Seite für möglich, aber noch keineswegs für gesichert. Davon aber bin ich auf das innigste durchdrungen, daß E. E. in der gestrigen chiffrierten Depesche ausgesprochene Ansicht, „fest bei der Ablehnung beharren zu wollen", unter allen Umständen die einzige ist, die wir festhalten können, zumal die eingangs erwähnten Verhandlungen mit Bayern und andere der erwähnten Umstände unzweideutig dartun, daß auch in diesem Falle das Wiener Kabinett nur von dem Bestreben geleitet worden ist, der österreichischen Politik das Gewicht preußischer Unterstützung zu sichern, ohne Preußen den gebührenden Einfluß auf seine Entschließungen zu gestatten oder sich um unsere Einwilligung vorzugsweise im Vergleich mit den übrigen Bundesstaaten zu bewerben.

Ich werde nicht verfehlen weiter zu berichten, sobald es mir gelungen ist, einige meiner Kollegen, die ich gestern nicht sprechen konnte, zu sehen . . .

422. Bericht vom 4. November 1853 an König Friedrich Wilhelm IV., betr. Ersetzung des Gothaer Vertrags wegen Übernahme Auszuweisender durch einen Bundesbeschluß. — Vgl. Poschinger, Neue Berichte S. 129 f.

423. Vertraulicher Bericht vom 6. November 1853 an Minister v. Manteuffel, betr. die Zollvereinsverträge mit Luxemburg. — Vgl. Poschinger I Nr. 206.

424. Schreiben an Minister v. Manteuffel.

[Eigenhändig.]

8. November 1853.

*E. E. beehre ich mich in der Anlage einige Bemerkungen über die hiesige Demokratie vorzulegen, welche ich den Mittheilungen des zuverlässigsten unter den hiesigen Polizeibeamten im Wesentlichen entnommen habe. Die gleichfalls beiliegenden Zirndorferschen Berichte scheinen mir der Deduction erheblicher Übertreibungen zu bedürfen. Vielleicht würde es S. M. den König interessiren, jene Wahrnehmungen eines Beamten zu lesen, der schon seit den dreißiger Jahren zu den eifrigsten Beobachtern und Verfolgern der Revolutionärs gehört, der seine Gesinnung im Jahre 1848 zum Nachtheil seines Eigenthums und seiner persönlichen Sicherheit bethätigt hat und vor Kurzem von Sr. M. durch Verleihung des rothen Adler-Ordens anerkannt worden ist.

Auf dem Felde der höhern Politik läßt sich für jetzt wenig von hier melden. Das Unterbleiben der Neutralitäts-Demonstration am Bunde scheint von allen meinen Collegen mit großer Genugthuung vermerkt zu werden; selbst Herr von Prokesch bezeichnet es als das Richtigste unter den augenblicklichen Umständen, weiß aber noch nicht, ob man in Wien diese Ansicht theilt, oder ihn anderweit instruiren wird.

In der Sache des Gutsbesitzer Anspach contra Darmstadt habe ich mit dem Freiherrn von Münch gesprochen und durch ihn eine schriftliche Mittheilung des Herrn von Dalwigk noch zu erwarten. Uebrigens fängt man in Darmstadt an, die Folgen des Abbruchs als lästig zu empfinden. Herr von Münch klagte, daß der Minister von Dalwigk sich vergebens bemüht habe, durch directe Schreiben den in ähnlichen Fällen üblichen officiösen Verkehr mit Berlin aufrecht zu erhalten und daß die beiderseitigen Unterthanen unter dem Mangel aller Verbindung zu leiden hätten; er sprach den Wunsch aus, ähnlich wie eine Zeit lang mit Würtemberg, durch die beiderseitigen Bundestagsgesandten den nothwendigen Verkehr zu unterhalten. Ich freute mich innerlich über diesen ersten Beweis, daß man mürbe wird, und entgegnete, daß ich keine Autorisation zum Anknüpfen einer derartigen Verbindung hätte und auch wenig Aussicht, eine solche zu erhalten.

Sollte es Sr. M. gefallen, die hiesige Commandantur anderweit zu besetzen, so glaube ich, daß es das Vortheilhafteste wäre, sie dem Regiments-Commandeur zu übertragen. Obrist von Kessell sowohl, wie sein designirter Nachfolger, der Graf Monts, sind sehr geeignete, mit den hiesigen Verhältnissen durch Erfahrung vertraute Persönlichkeiten, beide gescheute Männer, die Liebe und Ansehn bei Preußischen und fremden Militärs genießen. Der Rang eines Obersten und Regiments-Commandeurs würde der Preuß. Commandantur mehr Relief und Einfluß verleihen als es der Major Deetz vermag, und die Combinirung beider Stellen würde entweder die Mittel zu militärischer Repräsentation (welche dem General von Schmerling so reichlich zuzufließen scheinen) oder einen Fond für polizeiliche Zwecke der Commandantur gewähren können.*

Der Graf von Isenburg-Wächtersbach, des Kurfürsten Schwiegersohn in partibus infidelium, soll von einer Geistesstörung befallen sein. Schon den Ankauf des Hohenthalschen Hauses schreibt man dem zu, da der Graf kein eignes Capital dazu hat und das der Gräfin ihm nicht zu Gebote steht, wenigstens nicht zu diesem Behuf. Dann hat er den Minister Hassenpflug mit einem Kurfürstlichen Rohrstock durchgeprügelt; wenn schon ich diese Thatsache an sich nicht für einen Beweis von Wahnsinn halten möchte, so sind doch die begleitenden Umstände eigenthümlicher Art. Gestern Abend besuchte mich Herr von Trott

und las mir aus einem Briefe des Miniſters von Baumbach Folgendes vor: „Graf Iſenburg hat den Miniſter Haſſ[enpflug], nachdem er ihn in ſeiner Wohnung vergeblich aufgeſucht, aus ſeiner Loge im Theater rufen laſſen, weil er ihm etwas Wichtiges zu ſagen habe. Als er kam, hat er ihn freundlich beim Arm genommen, auf den Friedrichsplatz hinausgeführt und von dort, weil zu viel Menſchen dort ſeien, um eine Straßenecke, wo er ihm mit den Worten: „Sie haben meine Frau beleidigt!“ den Stock auf den Kopf geſchlagen hat, ſo daß H[aſſenpflug] ſtark blutete. Dann iſt er fortgelaufen, zunächſt nach dem Bahnhofe, um einen Extrazug nach Frankfurt zu verlangen, und da ihm dieſer verweigert wurde, iſt er ſofort mit Extrapoſt hierhergefahren. Vor ſeiner Abreiſe hat er noch geäußert, mit Herrn von Bismarck in Frankfurt und mit dem Miniſter Schäffer in Darmſtadt werde er es ebenſo machen.“ Der Brief des Herrn von Baumbach ſchließt mit der wohlwollenden Bemerkung: „Hoffentlich wird er von Bismarck todtgeſtochen oder bekommt wenigſtens ſelbſt Prügel“. Was übrigens den Zorn des Grafen auf mich lenkt, begreife ich nicht, denn ich habe ſtets in freundlichen Beziehungen zu ihm geſtanden. Er war dem Anſchein nach ein ſtiller, ſanfter Menſch, von nicht viel Verſtand, ſehr eingebildet auf ſeinen Rang, obſchon er nach deſſen Erhöhung durch Erhebung in den Fürſtenſtand ſtrebte. Die Beleidigung, welche er an Haſſenpflug rächen wollte, beſtand darin, daß in dem amtlichen Kaſſeler Blatt die Ankunft ihrer „Erlaucht“ der Gräfin Iſenburg angezeigt war, während er verlangt, daß ſie „Durchlaucht“ und „geb. Prinzeſſin von Hanau“ titulirt werde. Gereizt iſt er auf dieſem Punkte wohl beſonders deshalb geweſen, weil ſeine Agnaten haben verlauten laſſen, daß ſie die Kinder aus dieſer Ehe als ſucceſſionsfähig nicht anerkennen könnten, weil die Gräfin vor dem Zeitpunkt geboren ſei, an welchem S. K. H. der Kurfürſt erklärt habe, ſich mit ihrer Mutter vermählt zu haben. Hier angekommen, hat ſich Graf Iſenburg vorgeſtern Abend zu Baron Dörnberg begeben und dieſen um Aufnahme gebeten, „weil ihn Heſſiſche Gensdarmen vor ſeinem Palais (dem Hohenthalſchen) erwarteten“. — Geſtern Mittag ließ er ſich bei Frau von Brints melden, und da ihn dieſe, ſchon mit den circulirenden Gerüchten bekannt, nicht annahm, hat er durch die Domeſtiken ihr ſagen laſſen, „er ſei auf Requiſition von Haſſenpflug hier verhaftet, aber wieder freigelaſſen worden“. Gensdarmen und Verhaftung waren Phantaſiegebilde. Sich von Haſſenpflugs Schergen verfolgt glaubend, hat er ſich an Herrn von Prokeſch gewandt, und dieſer, um ihn los zu werden, ihm den Rath ertheilt, nach Offenbach zu fliehn. Selbigen hat er befolgt, und ſoll ſich heut von dort nach Wächtersbach begeben haben. Gelegentlich des Hauskaufs hat er geäußert: „Ich werde das Palais den Preußen wegfiſchen; die können mit ihren Ständen nicht fertig werden, ich habe keine Stände“. Wie man hört, ſoll der Kauf wieder zurückgehn. Genehmigen . . .

425. Telegramm an Miniſter v. Manteuffel.

9. November 1853, mittags.

Wenn Herr von Prokeſch morgen eine Erklärung in der orientaliſchen Frage abgibt, ſo bitte ich um Erlaubnis, in einer für Öſterreich freundlichen Art ausſprechen zu dürfen, daß wir die gemeinſamen Friedensbeſtrebungen wirkſamer glauben fördern zu können, wenn wir uns einer Erklärung über die Entſchließungen des Königs enthalten. Schweige ich ganz, ſo treten wir der öſterreichiſchen Erklärung gegenüber in die Kategorie aller übrigen Bundesſtaaten.

426. Bericht an Minister v. Manteuffel.

[Ausfertigung.]

9. November 1853.

Der Freiherr von Prokesch hat mir soeben mitgeteilt, daß er im Widerspruch mit seinen Erwartungen und seiner persönlichen Ansicht telegraphisch angewiesen sei, in der morgen stattfindenden Sitzung eine Erklärung über die orientalische Frage abzugeben, deren Entwurf er mir gleichzeitig vorlegte. Derselbe schließt sich im ganzen dem in Berlin verhandelten an, nur stellt er mehr als jener die besonderen Beziehungen Österreichs in seiner Eigenschaft als Nachbarstaat[1]) in den Vordergrund und erwähnt der Reduktion der Armee unter dem Gesichtspunkte eines Grundes dafür, daß die Kaiserl. Regierung im gegenwärtigen Augenblick überhaupt eine Erklärung abgebe. Im übrigen hebt der Entwurf wiederum die Bürgschaft des europäischen Friedens hervor, welche in der Erhaltung der Unabhängigkeit und Integrität der Türkei liege, enthält aber in seiner jetzigen Fassung eine gewisse Gegenüberstellung der Verbündeten Österreichs einerseits und Rußlands andrerseits und akzentuiert außerdem das Vertrauen, welches man in die Versicherungen Sr. M. des Kaisers von Rußland setze, in einer Weise, welche einigermaßen den Charakter einer Mahnung an Rußland hat. Am Schluß ist die Hoffnung ausgesprochen, daß die Bemühungen Österreichs, den Frieden zu erhalten, sich des Beifalls der Bundesgenossen erfreuen werden. Vorher geht die bestimmte Erklärung, daß Österreich entschlossen sei, in dem gegenwärtig von der Türkei an[2]) Rußland erklärten Kriege die strengste Neutralität zu beobachten. Auf die Frage des Herrn von Prokesch, wie ich mich dieser Erklärung gegenüber verhalten würde, sagte ich ihm, daß ich ohne Instruktion sei und auch nicht mehr Zeit wäre, eine solche einzuholen. Er entgegnete, daß ein gänzliches Stillschweigen Preußens auf eine derartige Erklärung einen peinlichen Eindruck machen müsse, und daß man ihm von Wien aus versichert habe, ich würde eine beifällige Äußerung an seinen Vortrag anschließen. Ich bedauerte, zu einer solchen bisher keine Autorisation zu haben, erklärte mich aber bereit, eine selbständige Auslassung für Preußen abzugeben, falls ich nicht in der Zwischenzeit noch anderweite Instruktion erhielte. Ich behielt mir vor, den Inhalt dieser Erklärung vor der Sitzung mit ihm zu besprechen.

Ich habe die Autorisation zu einer Äußerung telegraphisch bereits von E. E. erbeten und würde dieselbe im Falle einer bejahenden Antwort etwa in der Gestalt des anliegenden Entwurfs abgeben. Im Falle eines gänzlichen Stillschweigens von meiner Seite würde Bayern oder eine der folgenden Stimmen ohne Zweifel eine mehr oder weniger beifällige dankende Entgegnung machen, welcher es schwierig sein würde, den Charakter „im Namen der Bundesversammlung“ zu benehmen, und Österreich würde sich im ferneren Verlauf der Sache mit Erfolg bemühen, der Sache den Anstrich zu geben, als sei es in der europäischen Politik der Disponent der gemeinsamen Firma[3]) „Österreich und Preußen“ und habe in dieser Weise gesprochen, oder doch als sei nur Österreich bemüht, den Bund in Kenntnis von der europäischen Politik zu erhalten, und als habe diese Bemühung den ausdrücklichen Dank der übrigen Bundesstaaten, mit oder ohne Preußen, erworben. Schließlich bemerke ich noch g., daß Herr von Prokesch seine Absicht und den Entwurf seiner Erklärung Herrn von Schrenck bereits mitgeteilt hatte, ehe er mit mir davon sprach. Der letztere be-

[1]) Poschinger liest irrig: Wächterstaat.
[2]) Poschinger liest irrig statt „an“ „und“.
[3]) Poschinger hat irrig: Firmen.

suchte mich soeben und war in einiger Verlegenheit, wie er sich der österreichischen Erklärung gegenüber verhalten solle, da seine Instruktionen nur von einer zu erwartenden[4]) gemeinsamen Vorlage Österreichs und Preußens sprächen; er glaubte aber nicht umhin zu können, die Dankbarkeit der übrigen Gesandten für die gemachte Mitteilung auszusprechen, und hegte ebenfalls den Wunsch, daß ich wenigstens einige Worte dem österreichischen Vortrage hinzufügen möchte, damit er auf beide Bezug nehmen könne.

427. Bericht vom 11. November 1853 an König Friedrich Wilhelm IV., betr. die orientalische Frage. — Vgl. Poschinger I Nr. 209.

428. Bericht an Minister v. Manteuffel.

[Ausfertigung.]

14. November 1853.

E. E. beehre ich mich in Erledigung der mir gestern abend zugegangenen chiffrierten Weisung vom 11. d. M.,[1]) die Haltung der österreichischen Presse und des Herrn von Prokesch betreffend, nachstehendes g. vorzutragen. Es ist unzweifelhaft die Sache eines jeden diplomatischen Agenten, selbst zu ermessen, welchen Grad von Offenheit und Wahrheitsliebe er in Verhandlungen mit fremden Gesandten in Anwendung bringen will. Herr von Prokesch reduziert seinen Aufwand in jenen beiden Eigenschaften auf ein solches Minimum, daß, nachdem er fast ein Jahr lang der Bundesversammlung angehört, auch diejenigen Mitglieder derselben, welche seiner Arbeitsamkeit und dem lebhaften Interesse, welches er überhaupt den Geschäften widmet, am meisten Gerechtigkeit widerfahren lassen, schwerlich eine Versicherung von ihm auf Treue und Glauben hinnehmen; vielmehr denkt wohl jeder auch bei anscheinend unverfänglichen Handlungen des Präsidierenden zuerst darüber nach, welcher uneingestandene Zweck durch dieselben angestrebt werden soll. Seine im Privatleben eine Zeitlang unterhaltende[2]) geistige Lebendigkeit nimmt in geschäftlichen[3]) Beziehungen leicht den Charakter ruheloser Trakasserie an, deren Last und Abwehr nach seiner antipreußischen Richtung in der Politik hier in Frankfurt vorzugsweise auf mich fällt. Über die Richtung seiner Politik kann ich mit ihm nicht rechten, da ich nicht weiß, wie weit sie ihm von Wien aus vorgeschrieben ist. Die des Grafen Thun war im ganzen keine andere, wenn sie auch in einer weniger unangenehmen Form ins Leben trat. Übergriffe des Präsidierenden fanden auch damals statt und sind bei dem jeder Kontrolle entbehrenden Alleinbesitz des formellen Geschäftsbetriebes, in welchen das Präsidium bis 1848 schon gelangt war, ungemein erleichtert. Welcher Natur dieselben zu sein pflegen, wollen E. E. aus der anliegenden Zusammenstellung ersehen. Sie erscheinen mitunter geringfügig, aber aus dergleichen Kleinigkeiten ist im Laufe der Jahre das jetzige Mißverhältnis erwachsen.

---

[4]) Poschinger liest irrig: zuwartenden.

[1]) Nach dieser hatte der König Manteuffel beauftragt, in Form einer Depesche an Graf Arnim in Wien auf die antipreußische Haltung der österreichischen und von Österreich inspirierten Presse aufmerksam zu machen und womöglich daran einige Bemerkungen über das Verhalten von Prokesch zu knüpfen. Behufs Erledigung dieses Auftrags richtete Manteuffel an Bismarck das Ersuchen, ihm das ihm zu Gebote stehende Material möglichst bald und vollständig auf sicherem Wege zugehen zu lassen.

[2]) Poschinger hat irrig: unterhaltene.

[3]) Poschinger: gesellschaftlichen.

Es ist schwierig, solchen Versuchen entgegenzutreten und sich dabei von dem Scheine einer kleinlichen und streitsüchtigen Kritik freizuhalten. Die Persönlichkeit des Herrn von Prokesch aber macht die Rolle eines „Wächters der Bundesrechte", die meine Kollegen mir gern zuschieben, zu einer sehr dornenvollen. Schon gewöhnliche Meinungsverschiedenheiten, mögen sie nun von mir selbst oder von der K. Regierung ausgehen, behandelt er, wenn ich den Versuch mache, mich mit ihm zu verständigen, als unbegreiflich und böswillig; ein Bestreiten aber der Rechtmäßigkeit dessen, was er vorgenommen hat, macht ihm den Eindruck einer persönlichen Beleidigung, und ist eine ruhige und sachliche Besprechung von derartigen Divergenzen geradezu unmöglich, weil er sofort zu allgemeinen Protestationen, ganz heterogenen Gegenbeschuldigungen und Verdächtigungen greift und dabei, sei es aus Berechnung, sei es aus Temperamentfehler, bis zur Ungezogenheit heftig wird. Jeder Mangel an Einverständnis mit den Ansichten Österreichs oder des Herrn von Prokesch wird als ein Verrat an der Sache des Bundes, als systematische Opposition, als persönliche Feindseligkeit bezeichnet, und die Ausbrüche seiner sittlichen Entrüstung sind bei solchen Gelegenheiten so unangenehm und verletzend, daß es mir jedesmal Überwindung kostet, an die Besprechung anderer als ganz unerheblicher Sachen mit ihm zu gehen. Dieser in der Eitelkeit und Leidenschaftlichkeit des Herrn von Prokesch begründete Übelstand, welcher es vollständig unmöglich macht, mit ihm im eigentlichen Sinne des Wortes zu unterhandeln, bildet ein Haupthindernis für die Verständigung; aber ich halte ihn darin für unverbesserlich und würde eine Änderung nur durch seinen Abgang zu erreichen sein. Eine[n] solche[n] zu erstreben, scheint für uns nur dann nützlich zu sein, wenn damit ein vollständiger Systemwechsel in der Wiener Bundespolitik einträte. Wenn man uns in Wien seine Person opferte, so würde man uns diese Konzession weit über ihren Wert anrechnen und sich nur um so berechtigter halten, durch eine weniger unangenehme Persönlichkeit die bisherige Politik fortzusetzen; mit dieser ist m. u. E. ein dauerndes Einverständnis Preußens und Österreichs ganz unmöglich, welches auch immer die Person des Präsidialgesandten sein mag, und so wohlwollend auch die Versicherungen lauten mögen, die zwischen Berlin und Wien ausgetauscht werden. Bis 1848 war das Verhältnis ein ungleich besseres, weil die Großmächte sich untereinander ein Veto stillschweigend einräumten und keine von ihnen weder in der Bundesversammlung noch bei den kleineren deutschen Höfen ohne Einverständnis des andern etwas anbrachte, Preußen auch von Österreich zu einer faktischen Teilnahme an den Präsidialgeschäften zugelassen, wenigstens von allem in Kenntnis gesetzt wurde. An die Stelle dieses Systems ist ein unruhiges Streben getreten, Preußen durch Majoritäten zu vergewaltigen; wenn Österreich eine Vorlage am Bunde beabsichtigt, so wird uns dieselbe entweder gar nicht vorher mitgeteilt, oder doch nur, nachdem man sich der Übereinstimmung der kleineren Höfe gesichert hat, um nötigenfalls auch ohne und gegen uns operieren zu können, wie dies in meinem g. Berichte vom 9. August c.[4]) näher ausgeführt ist. Man nötigt uns dadurch schließlich, dieselben Wege zu gehen; das Ansehen beider Großstaaten leidet durch die Stimmenwerbung gegeneinander, und die Bundesversammlung wird zu Beschlüssen von zweifelhafter Berechtigung verleitet, welche den Bund um unbedeutender Gründe willen in die Alternative setzen, auf die Ausführung zu verzichten, oder einen Exekutionskrieg anzufangen. Ein solches System auf die Dauer zu ertragen, ist das Band der Bundesakte meiner Überzeugung nach nicht stark genug, und könnte es nur dadurch werden, daß Preußen in selbst-

[4]) Vgl. Nr. 409.

verleugnender Aufopferung, weniger für Deutschland als für Österreich, auf das Niveau der übrigen 15 Stimmen des engeren Rates hinabstiege. Die Persönlichkeit des Herrn von Prokesch läßt das bezeichnete System in einer unangenehmeren, vielleicht aber gerade durch ihre gelegentliche Plumpheit weniger gefährlichen[5]) Weise zutage treten, als es bei einem geschickteren und liebenswürdigeren Gesandten Österreichs der Fall sein würde; aber ich würde eingestehen müssen, mich vollständig getäuscht zu haben, wenn[6]) ein Wechsel in der Person ohne einen gleichzeitigen, aufrichtigen Systemswechsel unsere Beziehungen zu Österreich wirklich besserte. Man würde im Gegenteil auf unsere über kurz oder lang notwendig erneuerten Beschwerden alsdann antworten, daß wir mit keinem fertig werden könnten. Aus diesen Gründen erlaube ich mir E. E. ehrerbietig anheimzustellen: ob nicht, wenn überhaupt im Augenblick etwas der Art geschehen soll, Hochdieselben Sr. M. dem Könige den Rat zu erteilen geneigt sein möchten, eine Beschwerde mehr gegen das System, als gegen die zu dessen Ausführung berufene Person zu richten, und dabei das anliegende, leicht noch zu vervollständigende Sündenregister als notwendige Konsequenz jenes Systems, nicht aber als vermeidbare Fehler des zeitigen Trägers desselben am Bunde aufzufassen. Vielleicht bietet sich im Laufe der Verwickelungen, denen die europäische Politik entgegengeht, ein günstiger Moment, von Österreich die förmliche Zusicherung eines Programmes der Bundespolitik zu erhalten, auf Grund dessen man eine für beide Teile ersprießlichere Entwicklung derselben erwarten könnte. Ich kann nicht beurteilen, ob der jetzige Augenblick günstig ist, um den ersten Schritt zur Erreichung eines solchen Zieles zu tun. Ob er es ist, würde sich bald danach beurteilen lassen, je nach dem das Kaiserliche Kabinett eingehend antwortet, oder mit denselben ausweichenden Versicherungen, mit denen es bisher jeden ähnlichen in einzelnen Fragen von uns angestellten Versuch der Art erwidert hat. Wenn wir unter Darlegung unserer Gravamina nichts verlangen, als die Rückkehr zu denjenigen Beziehungen, wie sie vor 1848 am Bunde bestanden, unter Berücksichtigung einiger unserer Anträge in betreff der Geschäftsordnung, so wird uns die Kaiserliche Regierung wenigstens die Anerkennung nicht versagen können, daß wir es weder an offenem Entgegenkommen, noch an Mäßigung in unseren Forderungen haben fehlen lassen.

Die Frage wegen der preußenfeindlichen Haltung der Presse könnte meines g. Dafürhaltens entweder in einer allgemeinen Vorstellung ihre Aufnahme finden, oder, falls für jetzt von einer solchen Abstand genommen würde, davon unabhängig zur Sprache gebracht werden. . . .

In betreff der Person des Herrn von Prokesch bemerke ich der Vollständigkeit halber noch, daß die Gerüchte, nach welchen er den Grafen Buol ersetzen soll, hier wenigstens große Aufmerksamkeit erregen, und daß man von ihm, wenn sie sich verwirklichen sollten, eine antirussische Haltung, wenn nicht einen näheren Anschluß an Frankreich prognostiziert.

*429. Privatschreiben an Minister v. Manteuffel.

[Eigenhändig.]

17. November 1853.

E. E. In der heutigen Sitzung ist nichts Erhebliches vorgekommen, nur die Abstimmung über den Kanzlei-Etat. Ich höre vom General Jacobi, daß ein Ministerium Lütke[1])

[5]) Vorlage hat verschrieben: wenig gefährlicheren.
[6]) Von Bismarcks Hand mit Bleistift in die Ausfertigung hineinkorrigiert (von „aber ich“ ab): halte es für eine Täuschung, wenn wir annehmen, daß [ein Wechsel usw.].
[1]) Das Ministerium v. Lütcken wurde am 21. November 1853 in Hannover gebildet.

als fait accompli zu betrachten sei; die andern Mitglieder wußte er noch nicht. Besonders schreibe ich diese Zeilen im Augenblick des Postschlusses wegen einer Thatsache, die mit der Haltung der östreichischen Presse und dem gestrigen Berichte darüber in Beziehung steht. Herr von Brints hat, wie mir seine Frau verrathen, für das Journal de Francfort einen so scharfen Artikel erhalten, daß er die Aufnahme verweigert hat. Derselbe soll namentlich uns des Wortbruches beschuldigen, wahrscheinlich wegen der orientalischen Erklärung. Man wollte mir nicht sagen, ob er von Prokesch oder aus Wien sei. Herr von Prokesch zeigt hier eine telegraphische Depesche, vermöge deren Preußen sich mit der nachher abgelehnten Idee einer gemeinschaftlichen Erklärung einverstanden gezeigt habe. Ich trete natürlich dem mit Erfolg entgegen und schreibe es nur pro notitia.

Ich begreife nicht, wie das Polizei-Präsidium Berichte zulassen kann, wie den vom 18. October, der als Quelle für „äußerst geheime" Nachrichten die Phrase anführt: in gebildeten (?) Kreisen erhält sich das Gerücht! Unter dem „Grafen" müßte der junge Tascher gemeint sein; ein liebenswürdiger Windbeutel, aber kein politischer Agent; in neuerer Zeit auch nicht soviel bei König Max als früher. Der Passus über die Kälte gegen das Preuß. Officiercorps von Seiten der andern ist aus der Luft gegriffen. Mit der ausgezeichnetsten Hochachtung . . . sehr eilig im Postschluß.

430. Bericht vom 25. November 1853 an König Friedrich Wilhelm IV., betr. die Preßgesetzgebung des Bundes und das Verhalten Prokeschs bei der Abstimmung über die Bewilligung einer Teuerungszulage an die Bundesbeamten. — Vgl. Poschinger I Nr. 211 und 212. P. hat hier wieder aus einem Immediatbericht zwei gemacht.

431. Bericht vom 27. November 1853 an Minister v. Manteuffel, betr. die Haltung des Freiherrn von Prokesch bei einer Substitution für Bismarck. — Vgl. Poschinger I Nr. 213.

432. Vertrauliches Schreiben an Minister v. Manteuffel.

[Ausfertigung.]

29. November 1853.

Der Konflikt der badischen Regierung[1]) mit der katholischen Kirche bildet in den hiesigen Kreisen, wie leicht erklärlich, den hervorragendsten Gegenstand der Teilnahme. Es ist erfreulich wahrzunehmen, daß die ruhigere Mehrzahl unter den gebildeten Katholiken das einseitige Vorgehen des Erzbischofs von Freiburg und die Art, wie sich derselbe von der zu Recht bestehenden Landesgesetzgebung losgesagt hat, mißbilligt. Und in der Tat, welche Wünsche man auch für die Stellung der katholischen Kirche in den ehemaligen Rheinbundstaaten hegen mag, so gehört doch nur ein mäßiger Grad von Besonnenheit dazu, um sich gegenwärtig zu halten, daß es mit dem Bestehen staatlicher Ordnung unverträglich ist, wenn ein Staatsangehöriger für sich das Recht in Anspruch nimmt, Gesetze, welche ihm ungerecht erscheinen, als für ihn nicht gültig zu behandeln und sich gegen die auf denselben beruhenden gesetzlichen Zustände aufzulehnen. Besonders gefährlich

[1]) Ueber den badischen Kirchenkonflikt vgl. die Bemerkungen bei Poschinger I S. 319 Anm. 1.

wird ein derartiger Vorgang, wenn er von einer Stelle ausgeht, deren Beruf es ist, Frieden und Gehorsam gegen die Obrigkeit zu fördern, und wenn er getragen wird von einer einflußreichen und wohlorganisierten Korporation, wie die der katholischen Geistlichkeit. Der schwebende Streit könnte von uns mit der Ruhe eines Unbeteiligten betrachtet werden, wenn er etwa von einer einzelnen, besonders hartnäckigen und unverträglichen Persönlichkeit herbeigeführt wäre; alle Umstände aber weisen darauf hin, daß es sich hier nicht um eine Zwistigkeit zwischen der badischen Regierung und dem Erzbischof von Freiburg handelt, sondern um die Sache aller protestantischen Obrigkeiten gegenüber dem streitbaren, unersättlichen und in den Ländern evangelischer Fürsten unversöhnlichen Geiste, welcher seit dem letzten Jahrzehnt einen Teil des katholischen Klerus beseelt, ein Geist, für welchen erlangte Konzessionen stets die Basis neuer Konzessionen bilden, und dessen anscheinend billige Forderungen jede Regierung zu berücksichtigen Anstand nehmen muß, weil die Erfahrung lehrt, daß der Friede mit ihm ohne Einräumung unumschränkter Alleinherrschaft nicht erreichbar ist. Die römische Kirche erfreut sich in Preußen einer Unabhängigkeit, wie sie derselben kaum von irgendeinem katholischen Landesherrn bisher eingeräumt worden ist, und doch kann man nicht sagen, daß der Friede mit dem Staate deshalb in Preußen gesichert sei. Eine derartige Erfahrung muß bei evangelischen Regierungen den Entschluß wecken, auch anscheinend billigen Forderungen gegenüber jede Zollbreite des Besitzstandes mit Entschlossenheit zu verteidigen, um so mehr, wenn derartige Ansprüche, wie jetzt in Baden, unter Geltendmachung des mit dem heutigen Staatsrechte unverträglichen Grundsatzes hervortreten, daß die Beziehungen der römischen Kirche zum Landesherrn nicht durch Konkordate und sonstige Verträge, sondern durch die Satzungen dieser Kirche selbst geregelt werden sollen, und wenn diese Prätensionen auf die Gefahr eines offenen Aufruhrs und Religionskrieges hin mit der leidenschaftlichen Maßregel einer Exkommunikation der höchsten katholischen Staatsbehörden unterstützt werden. Zum Glück ist die Bevölkerung Badens im ganzen wenig empfänglich für die Aufregung des konfessionellen Fanatismus; ich halte es aber für einen Fehler der Regierung, daß dieselbe den Versuchen, eine derartige Aufregung durch massenhafte Verbreitung entstellender Parteischriften aus dem erzbischöflichen Lager hervorzurufen, nicht dadurch entgegentritt, daß sie freie Besprechung der Sache in der protestantischen Presse des Inlandes gestattet, und ihrerseits durch offene Ansprache an das Volk die Gemüter zu beruhigen und über die von der andern Seite her verbreiteten Unwahrheiten und Übertreibungen aufzuklären versucht. Die katholischen Untertanen des Großherzogs sind sich bewußt, bisher keine Beengung ihrer Bekenntnisfreiheit empfunden zu haben, aber es gibt keine Art von religiöser Bedrückung, welche man ihnen nicht jetzt als in der Absicht der Regierung liegend und als Grund für das Verhalten des Erzbischofs darstellte.

Von einem höheren preußischen Offizier, der durch seine Stellung und Verbindungen gute Gelegenheit zu Beobachtungen hatte, und dessen Zeugnis dadurch an Wert gewinnt, daß er selbst Katholik ist, wurde mir vor kurzem mitgeteilt, daß die katholische Geistlichkeit in Baden und Württemberg, besonders die niedere, durch einzelne Glieder aus ihrer Mitte, welche zu diesem Behufe Reisen machen und Schriften verbreiten, mit Erfolg für den Gedanken bearbeitet werde, die Anhänglichkeit, welche in vielen jener Landschaften für Österreich noch nicht erstorben ist, als Grundlage zu einem Plane der Wiedervereinigung mit dem Kaiserstaat zu benutzen, falls die politische Lage einen günstigen Zeitpunkt hierzu in Zukunft gewähren würde. Mein Gewährsmann, dessen Familie jener Gegend angehört, der indessen im engsten Vertrauen mir diese Mitteilung machte, war

der Ansicht, daß die wiederholten Reisen des Freiherrn von Prokesch nach Freiburg im Laufe des Sommers keineswegs im Sinne der badischen Regierung günstig gewirkt hätten. Wenn indessen Österreich diesen Streit als ein Mittel, die süddeutschen Regierungen zu beherrschen, ausbeuten will, so bedarf es dazu nicht so auffälliger Mittel, wie die Reisen des Freiherrn von Prokesch. Will das Wiener Kabinett solchen Plänen in betreff Badens, wie sie bei ihm und Bayern seit dem Vertrage von Ried mitunter vorausgesetzt worden sind, durch Einwirkung auf die Stimmung der Bevölkerung vorarbeiten, so dürfte es ihm an Ort und Stelle an zahlreichen Agenten innerhalb des Klerus und des Breisgauer und schwäbischen Adels, dessen Angehörige fast ohne Ausnahme in kaiserlichen Diensten stehen, nicht fehlen. Außerdem hat das treibende Prinzip in dem Streit seinen Sitz nicht in Freiburg, sondern in Mainz in der Person des Bischofs Kettler. Dieser Umstand wird zwar offiziell vielfach in Abrede gestellt, ich weiß indessen durch einen Setzer der Herzogschen Druckerei in Freiburg, daß sämtliche erzbischöfliche Erlasse im Manuskript von Kettler und nur mit Randbemerkungen vom Erzbischof versehen gewesen sind. Aus derselben Quelle höre ich, daß der bekannte Buß augenblicklich eine Schrift gegen Preußen drucken läßt, welchen Umstand ich beiläufig als Beitrag zur Würdigung der in Freiburg gegen Preußen tätigen Personen anführe. Abgesehn davon, daß uns jeder religiöse Streit in Deutschland mehr oder weniger berührt, muß die Freiburger Sache auch für die katholischen Bundesregierungen durch die Art an Bedenklichkeit gewinnen, wie die französische Geistlichkeit sich dem Vernehmen nach des Erzbischofs annimmt.

Ich kann mir nicht gestatten, E. E. höherem Ermessen in betreff dessen, was von seiten Preußens etwa in der Sache geschehn könnte, vorzugreifen, um so mehr, als ich in Unkenntnis der E. E. voraussichtlich vorliegenden amtlichen Materialien mir noch kein vollständiges Bild der Sachlage machen kann. Indessen glaube ich doch in einer die Bundespolitik so vielfach durchdringenden Angelegenheit meine unvorgreifliche Ansicht nicht zurückhalten zu sollen, und kann meine g. Befürwortung nur dafür einlegen, der Gr. Regierung, sobald dieselbe die Initiative der Besprechung mit uns ergreift, diejenige Ermutigung nicht zu versagen, welche sie aus dem Bewußtsein schöpfen wird, einen Rückhalt an Preußen zu haben. In den hiesigen politischen Kreisen ist man der Ansicht, daß die badische Regierung fest bleiben werde, wenn sie nötigenfalls auf Preußen rechnen könne, sonst aber nicht. Mit meinem Kollegen Freiherrn von Marschall habe ich noch nicht über die Sache gesprochen, in der Überzeugung, daß ich ihm überlassen muß, die erste Eröffnung zu machen. Auch ist er seinem ganzen Charakter nach zu wenig offen und zu schwankend, um Vertrauen einzuflößen. Aus diesem Grunde habe ich auch vermieden, ihm eine mir aus guter Quelle zugehende und seiner Regierung vermutlich unbekannte Angabe mitzuteilen, nämlich, daß der Gr. Geheime Kabinettssekretär Kreidel dem Erzbischof von allen Verhandlungen im Schoße des Kabinetts vorzeitig Kenntnis gibt und faktisch im Dienste des Erzbischofs steht, der ihn früher aus drückenden Verhältnissen gerissen und ihm, obschon er Protestant ist, seine Anstellung verschafft hat.

Die Nachricht von dem Besuch des Herzogs von Nemours beim Grafen Chambord hat auf die hiesige französische Diplomatie ersichtlich einen verstimmenden Eindruck gemacht, obschon der erste Sekretär der Gesandtschaft[1]), der ein entschiedener[er] Imperialist

[1]) Heinrich Tillos.

als sein Chef ist, jenes Ereignis als ein sehr günstiges darstellt, weil es dem Orleanismus die Mehrzahl seiner Anhänger in der Bourgeoisie entfremden werde.

E. E. sage ich den verbindlichsten Dank für die gestern erhaltene telegraphische Nachricht über die Eröffnung der Kammern, welche mir in dem Augenblick um so willkommener war, als ich sie einer Anzahl bei mir gerade anwesender Kollegen sofort mitteilen und dieselben über die Unwahrheit mancher mit der Kammereröffnung in Verbindung gebrachter Gerüchte aufklären konnte. Genehmigen ꝛc.

433. Denkschrift vom (?) November 1853, betr. die Lage und Hoffnungen der demokratischen Partei in Frankfurt a. M. und Umgegend. — Vgl. Poschinger I Nr. 215.

434. Bericht vom 30. November 1853 an Minister v. Manteuffel, betr. die Anregung der Frage wegen Gültigkeit der Reichsdisziplinarordnung vom 10. Mai 1849 durch den Major Deetz. Notwendigkeit des Einvernehmens der preußischen Militär- und Zivilbehörden in Frankfurt a. M. — Vgl. Poschinger, Neue Berichte S. 131 ff.

435. Bericht vom 1. Dezember 1853 an Minister v. Manteuffel, betr. die lippesche Verfassungsangelegenheit. — Vgl. Poschinger I Nr. 216. Darin ist die Bemerkung über Hannibal Fischer ausgefallen: „dessen Rechtlichkeit und politischem Mut ich alle Anerkennung zolle".

436. Vertrauliches Schreiben vom 2. Dezember 1853 an Minister v. Manteuffel, betr. die Ulm-Rastatter Festungsbausache. — Vergleiche Poschinger I Nr. 217.

437. Bericht an Minister v. Manteuffel.

[Ausfertigung.]

5. Dezember 1853.[1])

In der letzten Bundestagssitzung sei eine Beschwerde von 12 Frankfurter Bürgern in betreff der Verfassungsangelegenheit der Freien Stadt Frankfurt eingereicht worden.

Dieselbe wurde dem Verfassungsausschuß vom 23. August 1851 überwiesen und ist jetzt bei den Mitgliedern desselben zur vorläufigen Kenntnisnahme in Zirkulation gesetzt. Es läßt sich daher annehmen, daß diese Angelegenheit demnächst bei dem Ausschuß zur Beratung kommen wird.

Um nun mein bei derselben abzugebendes Votum den Intentionen E. E. gemäß einrichten zu können, beehre ich mich zur hochgen. Beurteilung des Sachverhältnisses folgendes g. vorzutragen.

Durch den Bundesbeschluß vom 5. August 1852 (§ 221) wurde das wegen bürger- und staatsbürgerlicher Gleichstellung der Juden und Beisassen erlassene Gesetz vom 20. Februar 1849 für „nicht legal herbeigeführt" erklärt und der Senat der Freien Stadt Frankfurt aufgefordert, dessen Ungültigkeit seinerseits zu verkünden. Dieser Aufforderung kam

[1]) Poschinger nennt diesen Bericht „ganz vertraulich". Als solcher ist er nicht kenntlich gemacht.

der Senat, wenn auch in abweichender Form, durch die Kundmachung vom 5. November 1852 nach, indem er zugleich erklärte, daß er die etwa wünschenswerten Abänderungen der hiesigen Verfassung nur auf dem durch die Konstitutions-Ergänzungsakte von 1846 vorgeschriebenen Wege einführen würde. Als eine solche wünschenswerte Abänderung erschien dem Senat eine Erweiterung der staatsbürgerlichen Rechte der Juden und der Landgemeinden, und einigte er sich per majora mit der gesetzgebenden Versammlung dahin, den anliegenden Gesetzentwurf der Bürgerschaft zur Abstimmung vorzulegen.

Wie die gleichfalls beigefügte Bekanntmachung der Stadtkanzlei vom 12. September d. J. nachweist, erklärte sich die Majorität der Abstimmenden für die Annahme der Vorlage, wobei nur zu bemerken ist, daß die überwiegende Mehrheit der Bürgerschaft sich bei der Abstimmung gar nicht beteiligt hat.

Der Senat publizierte demnächst den erwähnten Entwurf mittels Kundmachung vom 12. September d. J. als organisches Gesetz. Dieses Gesetz nun, auf Grund dessen die Wahl der vor kurzem zusammengetretenen neuen gesetzgebenden Versammlung bereits bewirkt ist, bildet die hauptsächlichste Veranlassung der oben erwähnten Beschwerde. Dieselbe schließt daher auch mit dem Antrage:

> daß die Bundesversammlung vor allem die Wirksamkeit dieser jetzigen gesetzgebenden Versammlung inhibieren und sodann den „politischen Rechtszustand" Frankfurts wieder herstellen möge.

Dieser Antrag involviert nicht nur eine Abänderung des gegenwärtigen Verfassungszustandes, sondern geht auch über die Bestimmungen dieses Fundamentalverfassungsgesetzes der Freien Stadt Frankfurt zurück. Er[2]) ist daher m. g. D. von einer solchen politischen Tragweite, daß für den Ausfall des zu fassenden Bundesbeschlusses nicht sowohl staatsrechtliche Gründe als politische Rücksichten entscheidend sein werden. Und das um so mehr, als der erwähnte Antrag selbst von Anhängern einer bestimmten politischen Partei — der österreichisch-katholischen — ausgegangen ist und wesentlich die Erreichung von Parteizwecken zum Ziel hat.

Zu der genannten Partei nämlich sind sämtliche 12 Unterzeichner der Beschwerde zu zählen. Unter dieser Partei hätten sich unzweifelhaft hinreichend achtbare Namen auffinden lassen, welche man an die Stelle einiger der Unterzeichner hätte setzen können, wenn man es nicht geflissentlich vermieden hätte, der Eingabe Unterschriften von anerkannten Katholiken zu geben.

Der Advokat Dr. Lersner, der angebliche Verfasser derselben, ist der Schwager zweier österreichischer Offiziere, des dem General von Schmerling aggregierten Hauptmann Türk und des Major Fraoul von Weissenthum. *Was den persönlichen Charakter des p. von Lersner betrifft, so steht derselbe unter seinen Mitbürgern wegen seiner Rabulisterei, die auch bedenkliche Mittel zum Geldgewinn nicht verschmäht, nicht in besonderer Achtung. Man hat ihm die Beinamen „Bauernschinder" und „Hofmetzger" gegeben und schreibt seinen Haß gegen die Juden hauptsächlich der Konkurrenz zu, welche dieselben ihm in den durch diese beiden Spottnamen bezeichneten Gewerben machen. Es ist ihm bisher ebensowenig ein öffentliches Amt übertragen worden, als er bei der Verwaltung irgendeiner der hier bestehenden gemeinnützigen Anstalten beteiligt ist, ein Umstand, der bei seinen angesehenen Familienververbindungen unter den hiesigen Verhältnissen auffallend und charakteristisch ist.*

[2]) Vorlage: Es.

Der zweite Unterzeichner der Beschwerde ist der Freiherr Karl von Holzhausen, dessen einer Bruder Major in österreichischen Diensten, dessen anderer Bruder der Vertreter der 16. Kurie ist, über dessen antipreußische Intrigen ich mehrfach Grund gehabt habe mich zu beklagen. Derselbe ist übrigens ein beschränkter Kopf und läßt sich gänzlich von seinem Bruder leiten.

Außer diesen beiden haben aus der ersten Wahlabteilung nur noch der gleichfalls zu einer alten Frankfurter Familie gehörige Dr. Häberlein, ein Antiquitätenforscher, und der Stadtbibliothekar Dr. Böhmer unterzeichnet. Letzterer hat sich, obwohl Protestant und ungeachtet der großmütigen Unterstützung, welche S. M. der König seinen wissenschaftlichen Bestrebungen zuteil werden läßt[3]), stets als einer der entschiedensten Anhänger der katholisch-österreichischen Partei und als Gegner Preußens gezeigt. Bis zu welchem Übermaß leidenschaftlicher Erbitterung er sich dabei hinreißen läßt, dürften seine „Regesten des Deutschen Kaiserreichs von 1198 bis 1254" ergeben, aus denen die Anlage mehrere Stellen enthält.

Von den vier Unterzeichnern der zweiten Wahlklasse ist nur der Kaufmann Scharff-Böcking als ehemaliger Präsident des ultrademokratischen Montagskränzchens, und von denjenigen der dritten Wahlklasse der Buchbinder Stephanus hervorzuheben, dessen sich der Graf Thun als eines berichterstattenden Polizeiagenten bediente, und der noch jetzt mit dem Freiherrn von Prokesch in Verbindung steht.

Von den übrigen Unterzeichnern erfreuen sich die beiden Kaufleute Finger des Rufs ehrenwerter, aber einseitiger Männer; die anderen sind Figuranten ohne Urteil über das, was sie unterzeichnet haben, beispielsweise ein Schneider und ein Gärtner.

Bezeichnend ist es übrigens für den engen Zusammenhang der Beschwerdeführer mit der katholisch-ultramontanen österreichischen Partei, daß die qu. Eingabe in der ultramontanen Druckerei von G. Wirth und Sohn in Mainz und ein zweites, von dem Dr. Lersner verfaßtes Flugblatt in der Buchdruckerei des früher demokratisch, jetzt österreichisch gesinnten Buchdruckers Krebs-Schmitt erschienen ist. Daß nun die Tendenzen dieser Partei dem politischen Interesse Preußens widerstreben, dürfte aus der Stellung derselben von selbst hervorgehen.

Auf dem kirchlichen Gebiet der Ultramontanismus, auf dem politischen die Hegemonie Österreichs mit der österreichischen Zolleinigung in nächster Perspektive ist ihr Programm. Sollte es hierfür noch eines näheren Nachweises bedürfen, so erlaube ich mir auf die erwähnte Schrift des Dr. Böhmer, auf die „Charakterbilder" des hiesigen katholischen Stadtpfarrers Beda Weber — eines der Leiter dieser Partei —, auf die in meinem vertraulichen Bericht vom 30. Mai c. enthaltene Charakteristik des Freiherrn von Holzhausen, sowie auf die anliegende, im März d. J. an den hiesigen Senat von dem p. Stephanus und anderen Handwerkern gerichtete Eingabe Bezug zu nehmen, in welcher[4]) der österreichischen Zolleinigung das Wort geredet wird.

Daß übrigens die katholisch-österreichische Partei nicht imstande ist, durch eigene Kraft und Benutzung der bestehenden Institutionen ihre frühere Machtstellung hierselbst wieder zu erlangen, gesteht die vorliegende Eingabe offen ein. Der Grund davon liegt darin, daß die Mehrheit der Bürgerschaft, namentlich die Kaufleute und die Studierten, der Gothaischen Partei angehören. Dieselbe besitzt gegenwärtig in der gesetzgebenden

[3]) Vgl. dazu Johannes Janssen, J. F. Böhmers Leben. Band I (Freiburg 1868) S. 364.
[4]) Vorlage: welchem.

Versammlung und der ständigen Bürger-Repräsentation die Majorität und hat im Senat unter den Schöffen und Senatoren eine Anzahl von Vertretern, wogegen die dritte Bank (Handwerker) entschieden zu der österreichischen Partei zählt.

Zu dieser gehören auch die meisten Mitglieder der in der früheren Verfassung vorwiegend einflußreichen Ganerbschaft Limpurg, mit Ausnahme sehr weniger einheimischer, wie des Schöffen Freiherrn von Günderrode und einiger mit demselben durch Verheiratung verwandter, wie der Geheime Rat von Sydow und der Geheime Legationsrat von Patow. Unter den Mitgliedern der Ganerbschaft befinden sich 13 in österreichischen Diensten, eine Anzahl, welche so ziemlich dem überhaupt vorhandenen Bestand der Familie[4]) entsprechen dürfte. Da die noch vorhandene demokratische Partei, über welche ich im vorigen Monate berichtet, seit 1850 an den öffentlichen Abstimmungen keinen Anteil mehr nimmt, so handelt es sich in der vorliegenden Beschwerdesache nur darum, ob es dem politischen Interesse Preußens mehr entspricht, der katholisch-österreichischen Partei, den sogenannten „Schwarzen", zur Wiedererlangung ihrer früheren hegemonischen Stellung zu verhelfen, oder ob der jetzige Besitzstand aufrecht zu erhalten ist, welcher der Gothaischen Partei einen ihrer Stärke entsprechenden, jedoch nicht ausschließlichen Einfluß auf die Leitung der öffentlichen Angelegenheit gewährt. Mit so großer Entschiedenheit ich nun auch das Prinzip der Gothaischen Partei in Preußen stets bekämpft habe und bekämpfen werde, so scheint es mir doch bei dem geschilderten Stande der hiesigen Parteien sehr bedenklich, eine Beschwerde zu unterstützen, welche nur von entschiedenen und zum Teil leidenschaftlichen Gegnern Preußens ausgeht. Mag auf der anderen Seite eine auch nur passive Unterstützung der hiesigen Gothaischen Partei ihre Bedenken haben, so scheinen mir dieselben doch weniger erheblich, solange in Preußen selbst eine starke und zusammenhaltende Regierungsgewalt besteht, welche entschlossen und imstande ist, das preußische Königtum vor den Gefahren von seiten dieser Partei sicherzustellen. Je notwendiger Preußen seinen geschichtlichen Fundamenten und seiner europäischen Stellung nach ein einheitliches und starkes Regiment bedarf, je weniger dürfte man sich auch der Auffassung verschließen können, daß in der geschichtlichen und politischen Lage der kleineren deutschen Staaten, und namentlich in einem Staat ohne Dynastie, andere Zustände indiziert und andere Prinzipien schon aus dem Grunde praktisch anwendbar sind, weil ihnen das Bedürfnis einer europäischen Machtstellung nicht beiwohnt.

Dazu kommt, daß infolge der Erfahrungen der letzten Jahre die Gothaische Partei in Frankfurt die zeitige Verwirklichung abstrakter Prinzipien größtenteils aufgegeben und sich auf den Boden der tatsächlichen Verhältnisse gestellt hat. Diesen freilich nur allmählich vor sich gehenden Umwandlungsprozeß der Majorität der Frankfurter Bürger zu fördern, scheint mir dem wahren Interesse Frankfurts, so wie demjenigen des Konservatismus mehr zu entsprechen, als denselben zugunsten einer preußenfeindlichen Partei zu unterbrechen, die sich wesentlich von egoistischen Absichten leiten läßt, und deren Führer selbst die Hilfe der Demokratie vorkommendenfalls nicht abweisen. Daß sowohl die ultramontane Partei, wie Österreich selbst, gegen die letztere eine gewisse Konnivenz übt und zu derselben, wenn auch nur in indirekten Beziehungen steht, dafür sprechen eine Reihe von Tatsachen und Wahrnehmungen.

Ich erlaube mir in dieser Hinsicht nur darauf hinzuweisen, daß unter den 12 Unterzeichnern der vorliegenden Beschwerde sich sogar der frühere Präsident des Montags-

[4]) Vorlage: Familien.

kränzchens[5]) befindet, daß der seitens des Präsidiums des Bundestages für den Druck der Protokolle angenommene Buchdrucker ebenfalls vor kurzem noch offen zur demokratischen Partei gehörte und jedenfalls noch jetzt vielfache persönliche Beziehungen zu seinen Genossen hat, daß die hiesige demokratische Presse Österreich stets mit Schonung behandelt und daß Graf Thun, dem dabei der Gr. hessische Gesandte, ein Mann von notorisch ultramontaner Richtung, bis zum Herbst 1852 mit besonderer Lebhaftigkeit zur Seite stand, eben aus derartigen Rücksichten Anstand nahm, die schwarzrotgoldne Fahne vom Bundespalais zu entfernen und gegen das demokratische Volksblatt einzuschreiten.

Bei einem solchen Vorgehen seitens der Leiter der österreichisch-katholischen Partei hier kann ich eine Unterstützung und Förderung ihrer Pläne nicht dem politischen Interesse Preußens für entsprechend erachten. Und das um so weniger zu einem Zeitpunkte, in welchem die ultramontane Partei es entschiedener als früher auf die Schwächung der Regierungen der oberrheinischen Kirchenprovinz, zu denen auch Frankfurt gehört, abgesehen zu haben scheint.

Unter diesen Umständen stelle ich E. E. g. g. anheim, mir hochgen. gestatten zu wollen, daß ich mich einer Unterstützung der Beschwerde enthalte, natürlich ohne dabei die vorstehend entwickelten Motive zutage treten zu lassen. Dem Anscheine nach wird dies vor der Hand um so leichter sein, als zu meiner Überraschung der Freiherr von Prokesch sich bisher ganz in einem Sinne gegen mich geäußert hat, der praktisch auf dasselbe hinauskommt. Er motivierte seine Auffassung mit der besonderen Bedeutung, welche das jüdische Element hier in Frankfurt habe, und welcher man eine billige Anerkennung nicht versagen dürfe. Ich schließe hieraus, daß das Haus Rothschild im Augenblick mehr Wichtigkeit für Österreich hat, wie die Frankfurter Patrizier, und habe erfahren, daß jene einflußreiche Bankierfamilie vor der jüngst erfolgten Abreise des Freiherrn Carl von Rothschild nach Neapel dem Freiherrn von Prokesch eindringliche Vorstellungen in betreff der fraglichen Angelegenheit gemacht hat. Wenn ich mir vergegenwärtige, mit welchem Eifer gegen die Juden zur Zeit des Grafen Thun von Österreich das Einschreiten gegen die Frankfurter Verfassung und namentlich der Beschluß vom 5. August 1852 betrieben wurde, und wenn ich das nahe Verhältnis, in welchem mehrere der Unterzeichner der Eingabe zu Herrn von Prokesch stehen, in Erwägung ziehe, so kann ich mich des Eindrucks nicht erwehren, als hätte Österreich die Sache bis auf den jetzigen Punkt führen wollen, um nunmehr, wo die Beschleunigung oder Zurückhaltung der Sache vom Präsidium abhängt, ein Hilfsmittel bei finanziellen Unterhandlungen mit dem Hause Rothschild in Händen zu haben. Die Bedeutung dieses Hilfsmittels kann man nur dann richtig würdigen, wenn man weiß, welchen auffallend hohen Wert alle Glieder der Familie Rothschild auf die Erlangung einer besseren politischen und sozialen Stellung gerade in ihrer Heimatstadt Frankfurt legen. Besonders der hiesige Disponent des Hauses, C. M. von Rothschild, der dem Vernehmen nach entscheidenden Einfluß in der Familie ausübt, ist durch Rivalitäten mit christlichen Bankiers nach und nach zu einem hohen Grade von Reizbarkeit in diesem Punkte gesteigert worden.

438. Bericht vom 9. Dezember 1853 an Minister v. Manteuffel, betr. Festhalten Österreichs an der Schwarzenbergschen Politik. — Vgl. Poschinger I 219.

[5]) Vgl. oben S. 397.

439. Vertraulicher Bericht an Minister v. Manteuffel.

[Ausfertigung.]

13. Dezember 1853.

E. E. habe ich bereits in dem Berichte vom 27. v. M. über die Verhandlung wegen der den Bundesbeamten bewilligten Teuerungszulage in der Sitzung vom 24. v. M. Anzeige zu machen mir erlaubt. Das weitere Verhalten des Herrn von Prokesch in dieser Angelegenheit gibt mir Veranlassung, noch folgendes g. g. zu berichten.

Wie ich bereits angezeigt, hatte ich, weil ich durch Unwohlsein am Ausgehen verhindert war, Herrn von Prokesch für jene Sitzung substituiert. Zu seiner Information schrieb ich ihm die in Abschrift Nr. 1 anliegenden Zeilen und ließ ihn außerdem durch den Legationsrat Wentzel mündlich ersuchen, im Namen Preußens auf Instruktionseinholung anzutragen und, wenn wider Erwarten dennoch sogleich abgestimmt werden sollte, für mich unter Bezugnahme auf den Beschluß wegen Verminderung des Beamtenpersonals gegen den Antrag zu stimmen. Schon nach der Sitzung wurde mir von einigen meiner Kollegen gesagt, daß ein eigentlicher Antrag auf Instruktionseinholung von dem substituierten Gesandten gar nicht gestellt worden sei, und daß ein solcher, wenn er gleich im Anfang der Versammlung und namentlich von Preußen vorgetragen wäre, ohne Zweifel Berücksichtigung gefunden hätte. Herr von Prokesch habe indes erst nach erschöpfender Diskussion der Sache bei der Umfrage beiläufig bemerkt, daß der preußische Gesandte ohne Instruktionseinholung nicht beistimmen könne, ebensowenig seien im Namen Preußens Gründe gegen den Antrag geltend gemacht worden. Die Fassung des Protokolls, welche mir demnächst, nachdem Herr von Prokesch unterschrieben, zur Einsicht zuging, bestätigte diese Mitteilung, indem in demselben weder ein Antrag auf Instruktionseinholung, noch eine motivierte Abstimmung Preußens gegen den Antrag enthalten war. Das von Herrn von Prokesch vollzogene Protokoll beschränkte sich vielmehr darauf, anzuführen, daß der Antrag des Präsidiums zum Beschluß erhoben sei, nachdem demselben alle Gesandtschaften beigetreten wären, mit Ausnahme von Preußen, Württemberg, Luxemburg und den sächsischen Häusern, welche ohne Instruktionseinholung nicht zustimmen zu können geglaubt hätten. Ich schickte darauf das Protokoll mit dem in Abschrift Nr. 2 g. g. beigefügten Schreiben[1]) an Herrn von Prokesch zurück und glaubte erwarten zu können, daß mir dasselbe mit der von mir beantragten Vervollständigung und einer Antwort des Freiherrn von Prokesch wieder zugehen werde. Indessen wartete ich hierauf mehrere Tage vergeblich, bis ich in Erfahrung brachte, daß das Protokoll, ohne mir wieder vorgelegt zu werden, bei meinen Kollegen zur Unterschrift bereits zirkuliert habe und diese Zirkulation sowohl als der Druck eine ausnahmsweise Beschleunigung erfahren habe. Erst aus dem gedruckten Exemplar, von dem ich den betreffenden § 302 g. g. beifüge, konnte ich mich überzeugen, daß auch aus der veränderten Fassung die Stellung des diesseitigen Antrags auf Instruktionseinholung nicht ersichtlich, Herr von Prokesch also meinem gerechten Verlangen nur unvollständig nachgekommen war und mir augenscheinlich deshalb das Protokoll nicht wieder zurückgesandt und mein Schreiben nicht beantwortet hatte.

E. E. wollen aus dieser Darstellung die Bestätigung der früher wiederholt von mir gemachten Bemerkung hochgen. entnehmen, daß die Art, wie Herr von Prokesch seine Wünsche bei vorkommendem Widerspruch durchzusetzen sucht, mich zu Erörterungen nötigt, welche von dem Schein kleinlicher Streitigkeiten nicht frei bleiben können, daß ich aber zu

[1]) Wortlaut vgl. Poschinger I S. 334, Anm.

meinem österreichischen Kollegen nicht einmal das Vertrauen haben kann, daß er im Fall einer Substitution die schriftlich mitgeteilten Instruktionen wirklich zur Ausführung bringt, während ich bei dem Grafen Thun in dieser Beziehung auch bei mündlichen Abreden mein Vertrauen niemals getäuscht gefunden habe.

Wenn ich schon einmal in dem Falle gewesen bin, bei Gelegenheit der Sitzung über das technische Büro der Militärkommission (24. Sitzung vom 28. Juli c. § 213) darüber zu klagen, daß Herr von Prokesch meine Abwesenheit und die Substitution zur Übervorteilung Preußens zu benutzen keinen Anstand nahm, so kann ich nicht umhin, E. E. auf die Bedenken g. g. aufmerksam zu machen, welche künftigen Substitutionen eines Diplomaten von diesem Charakter entgegenstehen, und erlaube ich mir E. E. hochgen. Erwägung anheim zu geben: ob ich nicht bei etwa wieder vorkommenden Fällen die Substitution auf einen anderen meiner Kollegen übertragen soll. Bei den Gesandten von Bayern, Sachsen und Hannover glaube ich, ohne bei ihnen eine lebhafte Sympathie für Preußens Politik vorauszusetzen, doch der persönlichen Zuverlässigkeit in dem Maße sicher zu sein, daß ich auf eine rückhaltlose Ausführung der gegebenen Instruktionen nach Sinn und Wortlaut rechnen kann.

440. Bericht vom 13. Dezember 1853 an Minister v. Manteuffel, betr. die Haltung des Freiherrn von Prokesch. — Vgl. Poschinger I Nr. 221.

441. Bericht vom 16. Dezember 1853 an König Friedrich Wilhelm IV., betr. die Nichtwahl Prokeschs in einen Ausschuß. — Vgl. Poschinger I Nr. 222.

442. Vertraulicher Bericht an Minister v. Manteuffel.

[Ausfertigung.]

17. Dezember 1853.

... Von einem in dieser Beziehung wohlunterrichteten und preußisch gesinnten Diplomaten habe ich ganz vertraulich gehört, daß an den Höfen der sächsischen Herzogtümer sich die unruhigen Ränke des Herrn von Beust vielfach fühlbar machen und Sachsen alle Mittel aufbietet, die thüringischen Fürsten zum Anschluß an eine sächsische Hauspolitik zu bringen.

Unter andern in dieser Richtung erstrebten Zielen bildet die Einverleibung der thüringischen Kontingente in das K. sächsische eins der zunächst verfolgten. Ich habe vor einigen Monaten aus guter Quelle gehört, daß Herr v. Beust persönlich bei der ersten Nachricht von der Verlobung S. M. des Kaisers von Österreich seine verletzten Empfindungen nicht hat bergen können; dem ungeachtet möchte ich nicht glauben, daß diese Stimmung der stärkeren Abneigung gegen Preußen auf die Dauer standgehalten hat, und erscheint es mir kaum wahrscheinlich, daß Herr v. Beust seine Versuche in München[1]) ganz ohne Wissen Österreichs unternommen haben sollte. Indes vermag ich bei meiner Unbekanntschaft mit den schon etwa vorliegenden Details über die Vorfälle in München kein sicheres Urteil zu fällen. Keinenfalls glaube ich Herrn v. Beust Unrecht zu tun, wenn ich annehme, daß seine

[1]) Beust hatte Versuche gemacht, eine politische Spaltung unter den Bundesstaaten zu veranlassen. Er erschien selbst in München, angeblich um diesen Versuch durch Stiftung eines politischen Schutz- und Trutzbündnisses unter den deutschen Mittelstaaten zu verwirklichen.

Begeisterung für allg. deutsche Interessen nicht groß genug ist, um es sich nicht als ein Verdienst anzurechnen, wenn es ihm gelingt, die sächsische Hauspolitik auf Kosten Deutschlands zu fördern. Dem ähnlich, und nur durch die Furcht, die eigene Sicherheit zu gefährden, begrenzt, sind ohne Zweifel die Bestrebungen der Kabinette von Bayern und Württemberg, und dürfte man uns daselbst kaum andere als dem analoge Absichten für den Fall eintretender Gefahren zutrauen, namentlich aber eine opferbereite Selbstverleugnung Preußens für Deutschland nicht von uns erwarten. Diese Überzeugung hat sich mir im Laufe der bundestäglichen Verhandlungen vielfach aufgedrängt, wo man, so oft wir unserer Hingebung für Deutschland gedenken, derartige Äußerungen zwar benutzt, um uns beim Wort zu halten, und Opfer von uns zu verlangen, den ersteren aber sichtlich keinen Glauben schenkt. Österreich, die deutschen Königreiche und Großherzogtümer mit vielleicht 2 oder 3 Ausnahmen sind meiner Überzeugung nach jederzeit, wenn die Furcht vor überwiegender Gefahr sie nicht zurückhält, bereit, jede politische Verbindung einzugehen, die ihren partikularistischen Zwecken förderlich sein kann, und nur aus diesem Gesichtspunkte je nach Bedürfnis des Augenblicks Separatbündnisse unter sich, oder selbst mit Frankreich abzuschließen.

Ich weiß nicht, inwieweit es den ah. Intentionen Sr. M. des Königs entspricht, eine ähnliche rücksichtslose Freiheit der Entschließung für Preußen in Anspruch zu nehmen; jedenfalls aber glaube ich meine Überzeugung nicht zurückhalten zu sollen, daß weder das Beispiel der uninteressiertesten Politik, welches Preußen geben könnte, noch weniger aber eine Appellation an den deutschen Patriotismus der Koalitionsregierungen imstande sein wird, diese in der angedeuteten Politik zu beirren, oder auch nur ein unbehagliches Gefühl durch Offenlegung derselben zu erwecken, vielmehr die Furcht vor Preußen oder das Bedürfnis [nach] Preußens Hilfe, ganz abgesehen von allen Interessen Deutschlands, für jetzt das einzige Bindemittel zwischen uns und ihnen bildet.

443. Bericht an Minister v. Manteuffel.

[Ausfertigung.]

19. Dezember 1853.

Nachdem ich E. E. unterm 5. d. M. über die Beschwerde von 12 Frankfurter Bürgern in Verfassungsangelegenheiten g. berichtet habe, trat vorgestern zur vorläufigen Besprechung dieser Angelegenheit der betreffende Ausschuß zusammen. Derselbe besteht aus den Gesandten von Österreich, Preußen, Bayern, K. Sachsen und Hessen-Darmstadt. Herr von Prokesch hatte seine persönlichen Ansichten über die Frage in einer umfangreichen Ausführung zu Papier gebracht und verlas dieselbe; er trat darin den Beschwerdeführern in allen Punkten bei, erklärte sich aber am Schluß, unter der unumschränktesten Anerkennung der ausgezeichneten Eigenschaften der Juden als Menschen und Staatsbürger, dafür, denselben eine Teilnahme mit vier Stimmen an der städtischen Vertretung zu bewilligen und eine solche auf dem, nach dem Antrage der Beschwerdeführer abzuändernden Wege der Gesetzgebung zu sanktionieren. Diese Ansicht war für die übrigen Ausschußmitglieder einigermaßen überraschend, da sie aus vorhergegangenen Äußerungen des Herrn von Prokesch hatten entnehmen müssen, daß er für die Zurückweisung der Beschwerde gestimmt sei. Namentlich hatte er mir sein Bedauern darüber ausgedrückt, daß es ihm nicht gelingen wolle, den bisherigen Referenten, Herrn von Rostitz, von der Überzeugung abzubringen, daß die Beschwerde gegründet sei.

Es iſt nicht wahrſcheinlich, daß die Unterzeichner der Beſchwerde, welche teils zu den Leitern der öſterreichiſchen Partei in der Stadt gehören, teils in naher Beziehung zur öſterreichiſchen Geſandtſchaft ſtehen, die Beſchwerde ohne Zuſtimmung der letzteren eingereicht haben. Auch liegt es vollſtändig im Intereſſe der öſterreichiſchen Politik, daß die Stadtverfaſſung im Sinne der Beſchwerdeführer abgeändert werde, weil dies mit der Wiederherſtellung des früheren Übergewichts des öſterreichiſchen Einfluſſes im Stadtregiment gleichbedeutend ſein würde. Auf der andern Seite hat das Haus Rothſchild keine Mühe geſpart, um Herrn von Prokeſch anſchaulich zu machen, einen wie hohen Wert die jüdiſche Bevölkerung auf Erhaltung wenigſtens des gegenwärtigen Standes ihrer politiſchen Berechtigungen legt.

Unter dieſen Umſtänden glaube ich, daß es dem Freiherrn von Prokeſch darauf ankam, die Beſchwerdeführer zwar nicht abzuweiſen, dem Hauſe Rothſchild aber doch den Beweis zu liefern, wie hoch ſeine perſönliche Achtung vor dem jüdiſchen Volke, und wie geneigt die Kaiſerliche Regierung ſei, den Juden auf anderem Wege wieder zu denjenigen Errungenſchaften zu verhelfen, welche ſie durch Berückſichtigung der Beſchwerde einbüßen würden. Daß indeſſen die Juden auf dieſem Wege eine nach Zeit und Inhalt ziemlich unſichere Anweiſung für dasjenige erhalten würden, was ſie ſofort verlieren ſollen, kann dem Herrn von Prokeſch nicht entgangen ſein, und ebenſowenig wird ſich der jüdiſche Scharfſinn durch die warme, man kann ſagen übertriebene Lobrede täuſchen laſſen, welche der Herr von Prokeſch dem Volke des Freiherrn von Rothſchild in ſeinem Vortrag zollte. Eine ſehr lebhafte und durch keine Anträge zu Gunſten der Juden modifizierte Unterſtützung fand die Beſchwerde durch Herrn von Noſtitz. Der K. ſächſiſche Geſandte iſt jederzeit, und namentlich in ſolchen Fragen, bei welchen Öſterreich nicht in den Vordergrund zu treten wünſcht, der hingebendſte und geſchickteſte Vertreter der Abſichten des Präſidiums, und letzteres hat ohne Zweifel darauf gerechnet, daß es dem Einfluſſe und der Gewandtheit dieſes Verbündeten gelingen werde, auch ungeachtet der teilweiſen Abweichung in den oſtenſibeln Anſichten des Freiherrn von Prokeſch, der Auffaſſung der Beſchwerdeführer den Sieg zu verſchaffen, wie denn auch Herr von Prokeſch, nachdem die Verleſung ſeiner Apologie der Juden vollzogen war, ſich im Laufe der Diskuſſion vollſtändig dem Herrn von Noſtitz anſchloß.

Meine eigene unvorgreifliche Anſicht erlaube ich mir dahin zu reſumieren, daß die Behauptung der Beſchwerdeführer, das Geſetz vom 12. September ſei wegen Formfehler nichtig, eine unrichtige iſt und die Beſchwerde zurückzuweiſen ſein wird. Auch der Bundesbeſchluß vom 12. Auguſt 1852 iſt von der Bundesverſammlung ſelbſt in dem Sinne nicht gefaßt worden, welchen die Beſchwerdeführer ihm beilegen wollen.

Unabhängig von der vorliegenden Beſchwerde iſt es unzweifelhaft, daß die Frankfurter Verfaſſung mannigfache Abänderungen vom konſervativen Standpunkt aus wünſchen läßt. Indeſſen dürfte dies in noch größerem Maße bei den übrigen drei Freien Städten der Fall ſein und die Frankfurter Sache ſich weniger zu einem direkten Eingreifen des Bundes empfehlen, weil die hier vorwaltenden Übelſtände nicht ſowohl in der Lage der Geſetzgebung, als in der Feigheit der zu ihrer Handhabung berufenen Perſonen ihren Grund haben, ein Übelſtand, der von einer republikaniſchen Verfaſſung und unter kleinen Verhältniſſen, wo der Beamte die Folgen ſeiner Amtshandlungen für ſeine häuslichen und privatgeſchäftlichen Beziehungen fürchtet, ſchwer zu trennen ſein dürfte.

444. Privatschreiben an Minister v. Manteuffel.

[Ausfertigung.]

20. Dezember 1853.

Auf einem Diner bei dem Gr. hessischen Bundestagsgesandten traf ich gestern mit dem Minister von Dalwigk zusammen, dessen Verhalten mir einen neuen Beweis lieferte, wie groß das Unbehagen ist, welches man in Darmstadt über den Abbruch der Beziehungen mit uns empfindet. Er legte eine große Zuvorkommenheit für mich an den Tag, und während nach Tische Herr von Münch seine übrigen Gäste, nachdem Herr von Dalwigk ein Gespräch mit mir angeknüpft hatte, in ein anderes Zimmer führte, um uns allein zu lassen, war Herr von Dalwigk lange Zeit eifrig bemüht, mich zu überzeugen, wie sehr er den eingetretenen Konflikt beklage, wie unschuldig er an demselben sei, wie schmerzlich er Herrn von Canitz vermisse, und wie die Gr. Regierung nichts anderes verlange, als einen engen und freundschaftlichen Anschluß an Preußen, namentlich in der Bundespolitik. Es sei ein unnatürliches Verhältnis, daß Preußen auf dem Bundestage eine negative Stellung einnehme, und wenn wir uns entschieden auf den Boden deutscher Politik stellen wollten, so werde uns die große Stimmenmehrheit ebenso wie vor 1848 zufallen. Ich habe dabei wiederum die Bemerkung gemacht, daß jeder unter der Benennung „deutsche Politik" dasjenige versteht, was er zu seinem eigenen Vorteil von seinen Bundesgenossen verlangt.

Ich melde E. E. diese Unterredung nur deshalb, weil die Art, wie sie von Herrn von Dalwigk gesucht und durchgeführt wurde, den Beweis lieferte, daß er in dem Verhältnis zu Preußen dringende Gefahr für seine Stellung sieht. Bekannt wird E. E. bereits sein, daß in der gestrigen Sitzung der zweiten Kammer von dem Abgeordneten Metz und 6 anderen Mitgliedern ein Mißtrauensvotum gegen das Ministerium Dalwigk eingebracht worden ist, weil dasselbe durch sein Auftreten nach Innen und Außen das Zutrauen verscherzt habe. Der Antrag ist indes von der Mehrheit nicht für dringlich befunden, sondern einem Ausschuß überwiesen worden. . . .

445. Denkschrift vom 22. Dezember 1853 an Minister v. Manteuffel, betr. die Stellung und die bisherige Wirksamkeit der Preßstation in Frankfurt a. M. — Vgl. Poschinger, Neue Berichte, S. 134 bis 150.

446. Bericht vom 23. Dezember 1853 an Minister v. Manteuffel, betr. die lippesche Verfassungsangelegenheit. Zweideutige Haltung des Freiherrn von Prokesch. Winke für die Politik Preußens. — Vgl. Poschinger, Neue Berichte, S. 151.

447. Schreiben vom 23. Dezember 1853 an den Fürsten zu Lippe-Detmold, betr. die dortige Verfassungs-Angelegenheit. — Vgl. Poschinger I Nr. 226. Dort muß es S. 342 Zeile 8 und 10 für veto negativum heißen: votum negativum.

448. Privatschreiben an Minister v. Manteuffel.

[Eigenhändig.]

7. Januar 1854.

E. E. beehre ich mich zwei Berichte des Dr. Buddeus zu überreichen, welche dieser nach einer Excursion in Baden und die Schweiz erstattet hat, sowie einen ziemlich albernen von Zirndorfer, der von Verlegenheit um Stoff zeugt. Von den beiden confiscirten Nummern der Kreuzzeitung[1]) war mir die erste noch zugegangen, und ich erwartete nur den Schluß der „Rundschau", in welchem ich eine Beleuchtung des badischen Streites von einem andern Gesichtspunkte zu finden hoffte, um Herrn von Gerlach meine Bedenken über sein Auftreten brieflich mitzutheilen. Wenn ich ihn nicht seit vielen Jahren und genau kennte, so würde ich in der That an seinem Protestantismus irre werden. Ich verstehe es nicht, wie Jemand, der unzweifelhaft von einer warmen Vaterlandsliebe beseelt ist, sich in diesem Grade von jeder Preußischen Anschauungsweise frei machen kann, wenn ich auch zugebe, daß mich der Borussianismus in derartigen Fragen einseitig und befangen macht. Ich hoffte, der zweite Theil der „Rundschau" würde wenigstens den dreisten Gesetzbruch, welcher in dem faktischen Vorgehn des Bischofs liegt, entschieden stigmatisiren; nach der Confiscation zu urtheilen, scheint es nicht geschehn zu sein. Es thut mir leid, die hohe Geisteskraft eines von mir sonst geehrten und geliebten Mannes so verwandt zu sehn, nicht ohne Verschulden seiner Vorliebe für das Unerwartete und für den Beifall von Gegnern, wie hier den Katholiken.

Die östreichischen Papiere sind stark gefallen an der hiesigen Börse;[2]) die neue Anleihe soll, wie mir Herr von Tallenay sagt, auf 100 Millionen Gulden beabsichtigt sein, obschon die Zeitungen bis jetzt nur von 40 sprechen.

Die orientalische Frage absorbirt nachgrade hier alle politischen Interessen, besonders da man sehr im Ungewissen über die Sachlage ist, und Niemand, wie es scheint auch Prokesch nicht, sichre und neuere Nachrichten hat. Die Engländer forschen sehr eifrig nach Symptomen einer angeblich durch den Kronprinzen von Würtemberg versuchten Annäherung Rußlands an Frankreich. Mit ausgezeichnetster Hochachtung . . .

[Nachschrift.]

Herr von Beust hat eine, auch an meinen Collegen Nostitz ergangene Circularnote zur Widerlegung der Angaben über seine Münchner Verhandlungen erlassen. In Stuttgart scheint Herr von Dalwigk in Betreff des Unfriedens mit uns weiter nichts als allgemeine Wünsche zu erkennen gegeben zu haben. Wenn ein einlenkender Schritt von Darmstadt geschieht, so wird er vermuthlich in einem persönlichen Schreiben des Großherzogs an S. M. den König bestehn. Der Großherzog macht sich nicht mehr viel aus Dalwigk, aber die Qual, einen Andern zu wählen und sich mit einem Neuen einzuleben, ist für ihn ein Schreckbild, welches den Bemühungen J. K. H. der Großherzogin, Dalwigk zu halten, wirksam zur Seite steht.

---

[1]) In der Neujahrs-Rundschau 1854 (Verfasser Ludwig v. Gerlach) besprach die Kreuzzeitung (vgl. die Nr. 3 (4. Januar), Nr. 4 (5. Januar) u. a. den badischen Kirchenkonflikt. In der Nr. 3 fanden sich heftige Angriffe gegen die badische Regierung, welche mit dem hölzernen Schwerte der Bureaukratie dem gewaltigen Aufschwunge der römischen Kirche entgegentreten wolle. Das Berliner Polizeipräsidium sah sich demnächst veranlaßt, die beiden Nummern mit Beschlag zu belegen.

[2]) Angesichts der drohenden Ausdehnung des Orientkrieges.

449. Vertrauliches Schreiben vom 8. Januar 1854 an Generalleutnant von Wedell, betr. eine Neuregelung der Beſatzungsverhältniſſe in Luxemburg. Wünſche der luxemburgiſchen Regierung. Preußiſcher Gegenvorſchlag. Beſetzung von Maſtricht durch Bundestruppen. Luxemburger Feſtungsreglement. — Vgl. Poſchinger, Neue Berichte S. 155 ff.

450. Bericht vom 9. Januar 1854 an Miniſter v. Manteuffel, betr. die Arlon-Luxemburger Eiſenbahnfrage. — Vgl. Poſchinger I Nr. 227.

451. Privatſchreiben vom 11. Januar 1854 an Miniſter v. Manteuffel, betr. Umtriebe Öſterreichs in der lippeſchen Verfaſſungsangelegenheit. Mitteilungen Herrn v. Scherffs über den Fürſten Adolf Wittgenſtein. — Vgl. Poſchinger, Neue Berichte, S. 160 ff.

452. Bericht vom 12. Januar 1854 an Miniſter v. Manteuffel, betr. die Arlon-Luxemburger Eiſenbahn. Verhandlungen darüber in der Militärkommiſſion. Beſprechung der Frage mit dem belgiſchen Geſandten. Deſſen Beſchwerde über die Behandlung Belgiens von ſeiten des Zollvereins. Politiſche Konſequenzen. — Vgl. Poſchinger, Neue Berichte S. 162 ff.

453. Vertraulicher Bericht vom 13. Januar 1854 an Miniſter v. Manteuffel, betr. die lippeſche Verfaſſungsangelegenheit. — Vgl. Poſchinger I Nr. 228. Dort muß es S. 345 Zeile 20 des Textes ſtatt „Wählern“ heißen: „Gliedern“ der 16. Kurie.

454. Bericht vom 13. Januar 1854 an Miniſter v. Manteuffel, betr. die Ulm-Raſtatter Feſtungsbauſache. — Vgl. Poſchinger I Nr. 229.

455. Bericht vom 13. Januar 1854 an König Friedrich Wilhelm IV., betr. ungeeignete Eingaben an die Bundesverſammlung. — Vgl. Poſchinger I Nr. 230.

456. Privatſchreiben an Miniſter v. Manteuffel.

[Eigenhändig.]

14. Januar 1854.

E. E. wiederhole ich den Ausdruck der lebhaften Dankbarkeit, mit welcher ich das geehrte Schreiben vom 6. c.[1]) empfangen habe, welches für mich, abgeſehen von dem Intereſſe an dem politiſchen Inhalt, einen beſonderen Werth durch die Äußerungen perſönlichen Wohlwollens erhält, welches ich ſo gern durch eine aufrichtige und tiefer als in den dienſtlichen Beziehungen begründete Anhänglichkeit zu verdienen und zu erhalten bemüht bin. Ich kann von hier kaum andre Dinge melden, als ſolche, deren an und für ſich geringe Bedeutung im gegenwärtigen Augenblick noch mehr in den Hinter-

[1]) Vgl. Anh. zu den G. u. E. II 146 ff.

grund tritt. Von europäischer Politik wissen die meisten deutschen Cabinette nicht viel und ihre hiesigen Vertreter noch weniger. Die Belgische Regirung ist offenbar in der jüngsten Zeit bemüht, sich das Wohlwollen Frankreichs in höherem Maße als bisher zu sichern. Als Grund dafür läßt sich wohl mit Wahrscheinlichkeit annehmen, daß in England der Glaube an die Nothwendigkeit, Krieg führen zu müssen, und damit der Werth französischen Beistandes, gestiegen, dagegen bei Belgien hierdurch das Vertrauen auf englischen Schutz gegen Frankreich vermindert ist, wenn man nicht geradezu den König Leopold von London aus veranlaßt hat, sich in bessere Beziehungen zum franz. Kaiser zu setzen. Andrerseits sind auch die östreichischen Einflüsse in Belgien hierbei in Rechnung zu stellen, und zweifle ich durchaus nicht an der Bereitwilligkeit einer einflußreichen Partei im östr. Cabinet, sich mit Frankreich auf unsre Kosten zu verständigen und Belgien in solche Pläne hineinzuziehn, wenn der König Leopold denselben nicht widersteht.

Bei jeder politischen Unterhaltung mit Östreichern und den Coalitionsfreunden Östreichs merkt man, daß Haß gegen England in den maßgebenden Kreisen das hervorragendste Gefühl ist, von dem indessen immer noch ein auf Preußen fallender Überschuß bleibt. Ein hiesiger Franzose, der mehr als Tallenay zu den Eingeweihten des Gouvernements gehört, schilderte mir in diesen Tagen in einer großsprecherischen Laune die dominirende Stellung Frankreichs, dessen Bündniß von Allen gesucht werde. England wage nicht, ohne sie [d. h. Frankreich] Rußland entgegenzutreten, und Östreich finde nur durch ein Bündniß mit Frankreich Sicherheit gegen seine malcontenten Unterthanen in Italien und Ungarn; Rußland könne ihm solche wohl zusagen, aber gegen Frankreichs Willen niemals geben. Tallenay spricht sich in dem Sinne aus, als sei das englisch-französische Bündniß nur eine, von Frankreich in diesem Umfange nicht erstrebte Consequenz eines unberechenbaren Ganges der Ereignisse, bei der der Kaiser solange stehn bleiben müsse, bis er sich mit Anstand und ohne Verletzung der nationalen Eitelkeit aus der türkischen Frage im engern Sinne herausziehn könne, um die Ausfechtung Englisch-Russischer Rivalität der erstern Macht vor der Hand allein zu überlassen. Auffällig ist mir, daß Tallenay, mit dem ich in sehr guten persönlichen Beziehungen lebe, etwa seit Weihnachten politisch viel zurückhaltender gegen mich als gegen Prokesch ist, was sonst weniger der Fall war. Der leitende Gedanke mancher östreichischen Staatsmänner ist der einer östr.-französ.-Russischen Verbindung gegen Preußen und England; Prokesch würde, sobald Rußland durch türkische oder innre Verwickelungen geschwächt und Östreich der Beistand der Coalition gesichert wäre, vielleicht noch lieber Rußland auf Seiten der Gegner sehn und jedenfalls vor der Hand seine Freude an allem Schaden haben, den Rußland und England sich gegenseitig thun. Bezeichnend ist, daß Herr von Blittersdorf, in seiner Eigenschaft als östr. Mitarbeiter an der Postzeitung, den Beistand Amerikas gegen England mit den Worten anruft, man müsse den Teufel durch Beelzebub austreiben.

Ich habe schon erwähnt, welch doppeltes Spiel Prokesch in der Lippeschen Sache getrieben hat, und berichte morgen amtlich darüber. Der Staatsrath Fischer, eine wohlbeleibte unbeholfne Persönlichkeit, war vollständig erschüttert über die Perfidie, als deren Düpe er sich erkannte, wie ich ihm den wirklichen Sachverhalt auseinandersetzte; er gab seiner sittlichen Entrüstung mit so heftigen Körperbewegungen Ausdruck, daß er mit der ihn tragenden chaise longue vor meinen Augen zusammenbrach und, an der Menschheit wie an der Solidität hiesiger Tischlerarbeit gleichmäßig verzweifelnd, an der Erde lag. Fischer ist übrigens ein in seinen Geisteskräften von der Altersschwäche stark entamirter

Staatsmann, der langsam, aber sicher in die Kategorie der unbrauchbaren Schwätzer hinabsinkt. Der eigentliche Beherrscher des Fürstenthums und des Fürsten zur Lippe scheint jetzt der gleichfalls hier anwesende Freiherr von Stietenkron zu sein, mit dem ich von der Universität her befreundet bin, und mit dem ich mich wohl vollständig in dem von E. E. gebilligten Sinne verständigen werde. Er erzählte mir beiläufig sehr üble Dinge von der unpreußischen Gesinnung unsres Westphälischen, besonders des Münsterschen Adels. Der jetzige Bischof Kettler hat sich schon als Preuß. Referendarius gegen ihn gerühmt, „mit 6000 Kerls wie er selber sei" wolle er diesen ganzen Staat über den Haufen werfen. Im Jahre 1850, bei der Mobilmachung, hat das 13. Landwehr-Cavallerie-Regiment bei Stietenkron in Quartier gelegen, und Offiziere desselben, die dem alten münsterschen Adel angehören, haben ihm offen gesagt, sie würden bei dem ersten Zusammenstoß mit Baiern oder Östreichern unfehlbar übergehn.[2]) Als besonders schlecht gesinnt nannte er die Galen und den Schriftsteller Haxthausen (der über Rußland geschrieben hat). Im Lippischen selbst zeichnet sich durch preußenfeindliche Umtriebe ein Herr von Blomberg aus, früher Preuß. Beamter, der mit Prokesch Correspondenz unterhält. Fischer steht mit Metternich in Briefwechsel; er zeigte mir ein eigenhändiges Schreiben von dem Fürsten, in welchem dieser ihm in allgemeinen Ausdrücken die vollste Unterstützung Östreichs in der Verfassungsfrage in Aussicht stellt.

Aus Hanover höre ich, daß wir wahrscheinlich Herrn von Bothmer anstatt des Generals Jacobi hier wieder zu erwarten haben; bei der ritterschaftlichen Richtung des erstern ein Fingerzeig für die Absichten des neuen Ministeriums. Ich wäre über den Tausch nicht böse, denn Jacobi ist zwar ein braver Mann, aber zu wortkarg und verschlossen. Bothmer ist ehrlich, traut Prokesch nicht und neigt mehr zu uns als nach Wien. Aus Cassel geht mir von guter Hand die Nachricht zu, daß der Kurfürst von seiner Excursion nach Wächtersbach in großem Zorn gegen Hassenpflug zurückkehre und namentlich aufgeregt ist über das Condolenzschreiben, welches er selbst gleich nach dem Attentat[3]) auf Hassenpflugs Verlangen an diesen gerichtet hat. Er soll die Absicht geäußert haben, den Fürsten Felix Hohenlohe, seinen Schwiegersohn, mit dem Minister-Präsidium zu betrauen. Nach dessen bisherigen Antecedentien mit der Coalition, den Schutzzoll-Umtrieben und der Darmstädter Bank würden w i r bei dem Tausch nicht viel gewinnen.

Prokesch hat vorgestern zu Ehren des Belgischen Gesandten[4]) ein Diner in Uniform gegeben; es ist dies üblich bei dem Antritte eines n e u e n Gesandten; nachdem es bisher unterblieben war, dürfte diese um acht Monate verspätete Nachholung wohl auf besondern Befehl von Wien aus zu Ehren Belgiens erfolgt sein. Von diesem Diner, welches bis auf die Spärlichkeit der Beleuchtung in der That ganz tadelfrei war, und bei dem zum ersten mal das neue und sehr schöne Kaiserliche Silberservice der Präsidialgesandschaft producirt wurde, macht er einen erstaunlichen Lärm in den Zeitungen. Er ist seit einiger Zeit sehr sanft gegen mich und vermeidet alle Zornausbrüche, vermuthlich auf Befehl. Dafür entschädigt er sich durch Lügen und Verhetzungen hinter meinem Rücken, und war beispielsweise in diesen Tagen bemüht, auf eine besonders perfide Weise

---

[2]) Bei Poschinger folgt hier der Zusatz: worauf ein anderer, ein Brinken, geantwortet: „Dann wird sich wohl ein ehrlicher Ulan finden, der Euch die Lanze durch den Leib rennt." Im Briefe steht das nicht. Augenscheinlich beruht der Zusatz auf einer Mitteilung des Fürsten Bismarck an Poschinger.

[3]) Vgl. oben S. 386 f.

[4]) Baron Dujardin.

Unfrieden zwischen Herwarth, mir und Waldersee anzustiften, hatte aber darauf nicht gerechnet, daß wir einander offen mittheilen würden, was er jedem über den andern insinuirt hatte. Es thut mir leid, daß Grf. Arnim in Wien sich auf das undankbare Feld einer Beschwerde über die Person und eine einzelne Perfidie derselben eingelassen hat, anstatt das System anzufassen.[5]) Ich weiß nicht, ob Prokesch schon Kenntniß von unsrer Klage in Wien hat, glaube es aber; sein Händedruck wird täglich herzlicher.

In Bezug auf die Meiningische Domänenfrage[6]) habe ich heut berichtet, ich fürchte, daß man in Wien die Wünsche des Herzogs mißbraucht, um im sächsisch-östreichischen Sinne auf ihn zu wirken. Auch das Rescript vom 9. in der Liquidationssache ist gestern Abend gekommen, und werde ich berichten, sobald Crüger ausgerechnet hat, wie sich unser Conto nach diesen Vorschlägen stellt.

Sehr dankbar bin ich für die Aussichten, die Zietelmann in Betreff einer bessern polizeilichen Manipulation in Süddeutschland mitbrachte. Das Polizei-Präsidium hatte neulich wieder überraschend falsche, wenn auch unbedeutende Nachrichten von hier. Der Dr. Zirndorfer sollte ein Agent des Herrn von Prokesch sein, und ein Herr von Reischach hier österr. Correspondent der Augsburger Zeitung. Zirndorfer wäre nicht nur unbrauchbar für Österreich, weil er nichts weiß, als den gewöhnlichen Polizeiklatsch über Stimmungen und vage allgemeine Behauptungen, sondern er wird auch nach wie vor von Östreich und dem Major Deetz alles Ernstes polizeilich und richterlich angegriffen. Herr von Reischach, ein hier verheiratheter österr. Offizier a. D., kann kaum orthographisch schreiben, viel weniger in Zeitungen correspondiren, und hat gar keine Verbindungen hier, außer mit Pferden und Hunden. *In der Badischen Angelegenheit ist es ein gutes Symptom für die Festigkeit und die Aussichten der Regirung, daß der Gr. Bundestagsgesandte von Marschall, ein ängstlicher, in österr. Familienbeziehungen stehender und mit einer Katholikin verheiratheter Mann, nunmehr anfängt ganz offen, im Gespräch mit mir, gegen den Erzbischof [von Freiburg] und gegen Oesterreich loszuziehn, was er bisher nie wagte.

Von Grf. Perponcher höre ich wenig, namentlich bin ich in Betreff der Dienstgeschäfte mit ihm ganz ohne Beziehung; er scheint sich zu fürchten, daß man ihn für einen Untergebenen des B. T. Gesandten halten könnte, und um dieser Besorgniß keine Nahrung zu geben, habe ich es vermieden, geschäftliche Verbindungen mit ihm anzuknüpfen, nachdem von seiner Seite kein Bedürfniß einer solchen geäußert worden. Unsre persönlichen Beziehungen sind indessen nicht unfreundlich und würden noch besser sein, wenn die Gräfin nicht immer krank wäre, wozu sie hoffentlich erfreuliche Gründe hat.

Mit Deetz bin ich ganz außer Communication, obschon ich ihn bei ganz großen Gesellschaften einlade, um den Fremden nichts zu reden zu geben.

Im Fach des Attachés habe ich einen schlechten Tausch gemacht, woran ich leider selbst Schuld bin. Graf Bork ist ein guter ehrenwerther Offizier und Landjunker, aber für den Salon viel zu blöde, und zu wenig elegant und abgeschliffen; nach Vorgängern wie Stolberg und Lynar sticht er nachtheilig ab. Mir empfahlen ihn seine Onkel, die Brüder des Wiener Arnim, die doch wissen sollten, ob jemand von dem Holze ist, um in der diplomatischen Gesellschaft producirt zu werden. S. M. hatten gleich den richtigen Blick

---

[5]) Vgl. S. 389.
[6]) Vgl. darüber Poschinger IV S. 165 Anm. 5.

Sich zu wundern, daß ich mir diesen ausbat. Er hat viel mehr gelernt wie Stolberg, und mehr Pflichtgefühl, aber der aplomb fehlt ihm.

Viel von sich reden macht hier einer unsrer Husarenoffiziere, der uneheliche Neffe von Grf. Asseburg aus Meisdorf. Ich hoffe die Nachrichten, daß er sehr reich ist, sind nicht falsch, denn er giebt für einen Lieutenant fabelhaftes Geld aus. Es heißt, er werde die Tochter der Frau von Brints heirathen; wenigstens acceptirt sie seine Huldigungen, und die Mutter erkundigt sich sorgfältig nach dem Vermögen, worüber ich leider nichts weiß. In meinem Hause geht es mit Gottes Hülfe gut und ist alles gesund, und meine Frau dankt herzlich für E. E. und Ihrer Frau Gemalin gütige Theilnahme, indem wir uns der letztern beide angelegentlichst empfehlen. In treuer und unwandelbarer Ergebenheit* ...

457. Bericht vom 16. Januar 1854 an Minister v. Manteuffel, betr. die Verbreitung und Wirksamkeit der ultramontanen Presse in Süddeutschland. Zunahme ihres Einflusses seit 1848. Aufzählung der wichtigeren Organe. Mangel ähnlicher politischer Blätter zur Geltendmachung der Rechte der evangelischen Kirche in Süddeutschland. Antrag auf Unterstützung der eingegangenen Frankfurter „Evangelischen Kirchenblätter". — Vgl. Poschinger, Neue Berichte S. 165 ff.

458. Privatschreiben an Minister v. Manteuffel.

20. Januar 1854.[1])

E. E. ganz vertrauliches Schreiben vom 15. d. M., den badischen Kirchenkonflikt betreffend, ist mir gestern abend über Köln zugegangen. Mit Vergnügen werde ich mich dem konfidentiellen Auftrage[2]) unterziehen, mit welchem E. E. mich beehren, und würde ich sofort die gegenwärtigen Tage zur Ausführung desselben benutzt haben, wenn ich nicht aus dem Schlusse des geneigten Schreibens ersähe, daß E. E. zuvor eine Rückäußerung von mir erwarten und die dazu nötige Frist mirzugleich Gelegenheit gibt, abzuwarten, ob etwa die jüngsten Nachrichten aus Karlsruhe eine anderweite Auffassung bei E. E. hervorgerufen haben, nachdem die Sachlage daselbst sich in einer Weise geändert zu haben scheint, welche bei Abgang des geehrten Schreibens vom 15. d. M. dort noch nicht bekannt sein konnte. Wie ich aus einem Privatschreiben vom 17. d. M. entnehme, hat der Bischof v. Ketteler im Namen des Erzbischofs von Freiburg den faktischen Konflikt durch ein Abkommen soweit beseitigt, daß „ein (für die Regierung) ehrenvoller Waffenstillstand" geschlossen wurde, während die Negoziation selbst seitens der badischen Regierung in Rom eröffnet werden soll. Herr von Savigny betrachtet hiernach die Sache als vorläufig beigelegt und wird ohne Zweifel E. E. über das getroffene Abkommen bereits näher unterrichtet haben. Aus diesem Grunde habe ich die Reise nach Karlsruhe nicht antreten wollen, ehe ich weiß, welchen Eindruck diese Nachrichten bei E. E. gemacht haben. M. u. E. dürfte es demungeachtet wünschenswert bleiben, gegenüber der einschüchternden Haltung Österreichs und bei der geringen Unterstützung, welche seitens der übrigen Regierungen der oberrheinischen Kirchenprovinz dem badischen Gouvernement zu-

[1]) Nach dem Abdruck bei Poschinger, Neue Berichte S. 169 ff.

[2]) Sich nach Karlsruhe zu begeben und die badische Regierung in ihrem Kampfe gegen die katholische Kirche zu ermutigen.

teil wird, letzteres dadurch zu ermutigen, daß demselben ein stärkerer Beweis der Teilnahme Preußens und eine speziellere Darlegung der gemeinsamen Interessen, in welchen dieselbe wurzelt, zuteil werde, als solches im schriftlichen Verkehr unter den gegebenen Umständen möglich ist. Mir selbst würde es von dem größten Interesse sein, bei dieser Gelegenheit den Kreis meiner persönlichen Beziehungen in Karlsruhe zu erweitern, und wenn ich auch nicht darauf rechnen darf, daß eine Unterredung mit S. H. dem Regenten der dortigen Diplomatie unbekannt bleiben dürfte, so geben mir doch meine nahen Beziehungen zu Herrn und Frau v. Savigny einen ostensiblen Grund, diese auf einen Tag zu besuchen, und zugleich die Aussicht, bei Herrn v. Savigny einer etwaigen Empfindlichkeit über meine vertrauliche Beteiligung an der Sache vorzubeugen.

Daß Herr von Meysenbug von seiner Mission nach Wien keine der Sache förderliche Eindrücke wiedergegeben hat, ist nicht nur wegen der Verhältnisse seines Bruders wahrscheinlich, sondern auch wegen der Geschicklichkeit, mit welcher man in Wien bei dergleichen Missionen den etwaigen Ehrgeiz oder die Eitelkeit deutscher Diplomaten in sein Interesse zu ziehen versteht.

459. Bericht vom 21. Januar 1854 an Minister v. Manteuffel, betr. die beabsichtigte militärische Schwächung der Festung Maastricht. Auffassung Österreichs über die Berechtigung des Bundes zur Besetzung der Festung im Falle einer Kriegsgefahr. Zweifel über die Rechtmäßigkeit eines derartigen Vorgehens. Der Fehler der Ausschließung von Maastricht und Venloo von der Aufnahme in das deutsche Bundesgebiet. Dispositionen der niederländischen Regierung bezüglich Maastrichts. — Vgl. Poschinger, Neue Berichte S. 172 ff.

460. Bericht an König Friedrich Wilhelm IV.

[Ausfertigung.]

21. Januar 1854.

. . . Das Präsidium wollte hierauf [in der Bundestagssitzung vom 19. Januar] die in der Sitzung vom 22. Dezember v. J. vorbehaltene Abstimmung über den Entwurf einer Übereinkunft zwischen den deutschen Bundesstaaten wegen gegenseitiger Auslieferung gemeiner Verbrecher vornehmen, in welche in Art. XI die Bestimmung aufgenommen worden war, daß der Beschluß auf das Gebiet des Herzogtums Limburg keine Anwendung finde. Diese Abstimmung war, der bestehenden Geschäftsordnung entgegen, nicht auf der schriftlichen Einladung zur Sitzung vermerkt. Weniger wegen dieses Formfehlers, als weil der Präsidialgesandte überhaupt das Programm zu jeder Sitzung mehr und mehr mit dem Schleier des Geheimnisses umgibt und sogar noch in der Sitzung auf seinem Platze neben mir eine gewisse Vorsicht anwendet, um mir nicht Einsicht der zu seinem eigenen Gebrauche entworfenen Tagesordnung der Sitzung zu gestatten, lehnte ich es ab, über den Gegenstand zu stimmen, mit dem Bemerken, daß ich nicht vorbereitet sei, ein Votum darüber abzugeben, weil es mir nicht bekannt gewesen sei, daß der Gegenstand heute zur Verhandlung kommen werde. Wenn ich anfangs die Absicht hatte, die Schlußfassung nicht definitiv zu hindern, sondern nur einen Anknüpfungspunkt zu einer Erörterung mit dem Freiherrn von Prokesch über das angedeutete Gravamen zu gewinnen,

so sah ich mich doch durch die nicht nur das Maß amtlicher Diskussion, sondern auch das der gewöhnlichen Höflichkeit überschreitende Heftigkeit, mit welcher der Kaiserliche Gesandte meine Weigerung angriff, genötigt, bei derselben zu verharren, und wurde demzufolge, da Einstimmigkeit zum Beschlusse erforderlich war, die Abstimmung auf die nächste Sitzung vertagt. *Am Schlusse der Sitzung nahm ich Gelegenheit, an die vorstehende Diskussion den Wunsch zu knüpfen, daß in Zukunft die Bestimmung der Geschäftsordnung, wonach in jeder Sitzung die in der nächsten vorkommenden Gegenstände vorläufig angezeigt werden sollen, strikte eingehalten werden möge; eine Anregung, für welche mir mehrere meiner Kollegen nach der Sitzung dankten und deren willkommene Aufnahme sich auch dadurch manifestierte, daß ein Teil der Gesandten sogleich aus freien Stücken, nachdem Freiherr v. Prokesch geäußert, die Gegenstände der nächsten Sitzung noch nicht angeben zu können, diejenigen Berichte bezeichnete, welche die einzelnen Ausschüsse bis zu derselben vorlegen zu können hofften.* Nach der Sitzung begab ich mich zu dem Freiherrn von Prokesch, um ihn darauf aufmerksam zu machen, wie wenig die Heftigkeit und die persönlichen Invektiven, zu welchen er sich gegen mich hätte hinreißen lassen, unseren beiderseitigen Interessen förderlich sei. Er gab dies zu und erklärte, dadurch gereizt worden zu sein, daß ich ein unbedeutendes Formversehen auf eine so rücksichtslose Weise zur Verhinderung der Schlußfassung benutzt hätte. Nachdem ich ihm darauf erklärt hatte, daß mein Verfahren keineswegs durch diese untergeordnete Einzelheit herbeigeführt worden sei, sondern vielmehr durch den Umstand, daß er mich seit längerer Zeit in vollständiger Ungewißheit über die in jeder Sitzung vorzubringenden Gegenstände gehalten habe, schob er seinerseits die Schuld hiervon mir zu, indem ich den vertraulichen Geschäftsverkehr, welchen er anfangs mit mir aufgesucht, fortzusetzen anscheinend absichtlich vermieden hätte. Der Verlauf des Gesprächs führte dahin, daß ich ihm den Grund dieser Erscheinung offen darlegte, indem ich ihm ins Gedächtnis rief, daß ich in jeder Diskussion, bei welcher unsere oder die Ansichten unserer ah. Regierungen nicht übereingestimmt hätten, in sehr kurzer Zeit genötigt worden wäre, auf sachliche Erörterungen zu verzichten und mich gegen Vorwürfe zu verteidigen, die teils meine Instruktionen, teils meine Person betroffen hätten. Die diesmalige Unterredung endete damit, daß er den Temperamentfehler der Heftigkeit zugab und mir, unter schmeichelhaften Versicherungen, versprach, gegen denselben bei erneuter Einleitung einer vertraulicheren Geschäftsverbindung auf seiner Hut sein zu wollen. Wenn sich diese Zusage bewahrheitet, so kann ich den Anlaß, durch welchen diese Expektoration herbeigeführt wurde, nur einen glücklichen nennen.

461. Vertraulicher Bericht an Minister v. Manteuffel.

[Ausfertigung.]

24. Januar 1854.

E. E. beehre ich mich g. g. anzuzeigen, daß der beim Bunde akkreditierte Kais. französische Gesandte mir gestern abend mitgeteilt hat, wie er aus ganz sicherer Quelle wisse, daß von Österreich ein neuer Versuch beabsichtigt werde, den Deutschen Bund zu einer ausdrücklichen Neutralitätserklärung zu bestimmen. Wie er mir sagte, wußte er nicht, mit welchen der Bundesregierungen eine Verständigung bereits erfolgt sei, glaubte aber als wahrscheinlich annehmen zu können, daß in kürzester Zeit von Wien aus der Kgl. Regierung Eröffnungen über die angedeutete Absicht gemacht werden würden.

Ich glaube annehmen zu können, daß auch dieser Versuch eine richtigere Würdigung vom finanziellen als vom politischen Standpunkte aus finden würde, obschon Herr von Tallenay der Ansicht zu sein schien, daß demselben der Plan zugrunde liege, die politische Bewegung Preußens mehr als bisher von der des Bundes und insbesondere Österreichs abhängig zu machen, indem an den ersten gemeinsamen Akt des Bundes sich auf die eine oder die andere Weise eine von uns nur schwer abzulehnende Nötigung zu weiteren Konsequenzen auf dem Wege dieser gemeinsamen Haltung würde knüpfen lassen.

Bei dieser Gelegenheit bemerke ich zugleich, daß mir Herr von Prokesch eine, wie es schien, zirkuläre Depesche aus Wien zeigte, in welcher die Kaiserliche Regierung, unter Hindeutung auf die natürliche Überraschung, welche die Erwerbung unseres Hafens an der Jade in Hannover habe hervorbringen müssen, die freudige Genugtuung ausspricht, welche dieser Fortschritt der maritimen Wehrkraft Deutschlands bei dem Kais. Kabinett veranlaßt habe. Beiläufig wird dabei auf das Unnötige der großen Heimlichkeit, mit welcher die Sache von uns betrieben worden, zwar hingedeutet, aber doch die Hoffnung ausgesprochen, daß die hannoversche Regierung bei fernerer Erwägung der Sache dieselbe als einen Gewinn für das Gesamtvaterland auffassen werde.

In der Presse hat Österreich besonders durch die Allgemeine Zeitung die Ansicht verbreiten lassen, als sei das Kaiserl. Kabinett von uns zu den Verhandlungen mit Oldenburg ausdrücklich zugezogen und jedenfalls mit denselben längst bekannt gewesen. Ich habe veranlaßt, daß in ähnlichen Artikeln von hier aus diese Auffassung akzeptiert und verstärkt werde, da es unsern Interessen nur förderlich sein kann, wenn man derselben in Hannover und anderweit Glauben schenkt.

462. Privatschreiben an Minister v. Manteuffel.

[Eigenhändig.]

25. Januar 1854.

Nachdem ich gestern die telegraphische Weisung erhalten habe[1]), werde ich morgen, sogleich nach Schluß der Sitzung, nach Carlsruh abgehn; die Sitzung mag ich, des dadurch verursachten Aufsehns wegen, nicht versäumen, obschon Verhandlungen von Wichtigkeit nicht zu erwarten sind. Mein badischer College hier hat mir neuerdings eingehender als früher über den Conflict von Freiburg gesprochen. Er hat keine Nachricht, daß ein Abkommen mit Kettler geschlossen sei; wenn er auch nicht zu den besonders Eingeweihten seines Gouvernements gehört, so glaube ich doch, daß er nunmehr, nach Verlauf von zehn Tagen, sichre Kunde haben müsse, wenn der „Waffenstillstand" wirklich so definitiv geschlossen wäre, wie mir Savigny unter dem 17. c. schrieb. Mir wäre es nicht unlieb, wenn die Sendung nach Rom[2]) noch nicht unbedingt feststände; bei der Art, wie in der päpstlichen Allocution der Auflehnung des Erzbischofs gegen die Regirung gedacht wird, bei der kühlen Aufnahme, welche die badischen Demarchen bei dem Nuntius in Wien gefunden haben, muß ein beflissenes Aufsuchen der Verhandlung mit Rom nothwendig den Eindruck machen, daß das Gefühl der Unbehaglichkeit und das Bedürfniß, der gegenwärtigen Lage ein Ende zu machen, auf großherzoglicher Seite stärker sei, als auf bischöf-

[1]) Im Sinne des oben S. 410 Anm. 2 erwähnten Erlasses.

[2]) Die badische Regierung beabsichtigte, den Erbgrafen Carl zu Leiningen-Billigheim, Hofmarschall des Prinz-Regenten von Baden, nach Rom zu Verhandlungen mit dem päpstlichen Stuhle zu entsenden.

licher; und doch ist es umgekehrt, besonders nach dem Auftreten der bad. Landesvertretung. Sowenig sich daher die bad. Regirung der Verhandlung mit Rom, sobald sie von der andern Seite nahe gelegt wird, entziehn sollte, sowenig scheint es ihren Interessen zu entsprechen, eine empressirte Initiative in dieser Beziehung zu nehmen. Da der Regent die Haltung Östreichs schon aus der Presse erkennen konnte, so würde ich in seiner Stelle nicht mit dem Nuntius in Wien angeknüpft haben, der, außer der Rücksicht auf seine Kirche, auch die auf den Kaiser von Östreich zu nehmen hatte.

Dem General Gerlach habe ich über den Eindruck geschrieben, welchen mir die „Rundschau" gemacht hat, und über die Feindschaft, in welcher sie m. E. mit der Preußischen Politik in catholicis steht.[3]) Seine Replik darauf habe ich bisher nicht; er klagt, daß man seinen Bruder der Polizei und dem Staatsanwalt preisgebe; ich würde in diese Klagen einstimmen, wenn ich glaubte, daß es mit einem wirklichen Strafverfahren gegen ihn Ernst wäre. Ich betrachte die Unterdrückung der „Rundschau" als eine durch die äußre Politik gebotene Maßregel; Gerlachs Person dagegen in Anspruch zu nehmen, würde ich, auch wenn ich unabhängig von allen persönlichen Sympathien und Rücksichtnahmen zu urtheilen suche, für politisch sehr bedenklich halten. Seine etwaige Bestrafung würde in und außer der Kammer weniger ihrer juristischen Begründung nach und mehr im Lichte eines Criteriums für unsre Parteistellungen, eines Fehdebriefs für die äußerste Rechte, aufgefaßt werden, und in diesem Sinne eine unverhältnismäßige Tragweite erreichen können.

Ich habe vor einigen Tagen schon gemeldet, was mir über den Betrieb einer Neutralitäts-Erklärung am Bunde[4]) zur Kenntniß gelangt war. Heut habe ich eine Broschüre[5]) gesehn, aber noch nicht lesen können, die in einer öst. Offizin zu Leipzig erschienen ist und jenen Bestrebungen die Wege ebnen soll; nach flüchtigem Einblick sehe ich nur, daß sie Preußen gröblich schmeichelt und sich ganz besonders an die persönlichen Gefühle unsres Allergnädigsten Herrn adressirt. Der enge Anschluß Baierns an Östreich tritt auch hier neuerdings wieder stärker und äußerlicher hervor als bisher. Die Verleihung des Alexander-Newsky an v. d. Pfordten macht Aufsehn; man legt ihr Gewicht bei im Sinne einer antipreußischen Demonstration, einer russischen Billigung der Coalitionspolitik. Beusts Anblick soll die Begehrlichkeit nach diesem Orden bei seinem Münchener Collegen geweckt haben, und man macht bairischer Seits fait von der schnellen Befriedigung derselben.

Als Symptom dafür, daß etwas gegen uns im Werke ist, betrachte ich das Bestreben meiner coalitionistischen Collegen, die Situation Preußens als besonders exponirt und unsicher darzustellen und uns und andern einzureden, daß wir am Rhein und in Posen vollkommne Analoga für östr. Italien und Ungarn hätten und deshalb der Anlehnung ebenso bedürftig wären. Der unangenehmste Bundesgenosse unsrer Gegner ist auf diesem Felde der wetteifernde Ehrgeiz unsrer Polizeibeamten, Verschwörungen zu entdecken und die Resultate dieser Bemühungen, sowie die beabsichtigten und verhinderten Verbrechen in einer Weise aufzuputzen, daß man den eingeschüchterten Gemüthern im bengalischen Feuer eines ununterbrochnen Rettens der Krone und der Gesellschaft aus haarsträubenden Gefahren erscheint. So circuliren jetzt wieder Räubergeschichten über den Plan, Grau-

[3]) Vgl. Briefe an Leopold v. Gerlach S. 122 ff.
[4]) Vgl. Nr. 461.
[5]) Dazu von Bismarck bemerkt: „Die Neutralität Preußens, Östreichs und Deutschlands sichert die Unmöglichkeit des Krieges." Leipzig bei Remmelmann (östr. Verlag in der Zollvereinskrise).

denz zu verrathen, über die Beſtechung ſämmtlicher dortiger Unteroffiziere; Gerüchte, die im Auslande zu der Größe einer die politiſche Action Preußens lähmenden Gefahr heranwachſen, und die ſich muthmaßlich auf die Beſtechung einiger Gefangenwärter durch wohlhabende politiſche Sträflinge reduciren. Unſre „Bundesgenoſſen“ ſehn gern in ſolchem Vorgange den einzelnen Funken, der trotz der Anſtrengung der Regirung das Daſein des weit verbreiteten innern Brandes von Poſen, Preußen und Schleſien verräth. Die Geſchicklichkeit, Agentenberichte für Thatſachen [zu] halten, und dieſe aufſchwellen zu laſſen wie Fauſts Pudel hinter dem Ofen, iſt unſrer politiſchen Polizei in hohem Grade eigen, und ſie übt ſie mit einem bemerkenswerthen Mangel an Rückſicht auf den Glauben an die Sicherheit unſrer Zuſtände, deſſen wir zur Erhaltung unſres Credites in der auswärtigen Politik bedürfen.

Das Polizeithema bringt mich nochmals auf die Ultramontanen. Im vorigen Jahre wurde einer meiner Preßarbeiter, der beſonders in der Mittelrheiniſchen Zeitung den katholiſchen Umtrieben entgegentrat, auf Veranlaſſung der Cölner Polizei wegen „ſocialiſtiſcher Tendenz“ verfolgt und ſollte ausgewieſen werden; ich bewirkte durch Vermittlung des Oberpräſidiums die Zurücknahme, und der Zuſammenhang wird mir erſt jetzt klar, wo ich erfahre, daß der Polizei-Director Geiger ein naher Verwandter des Erzbiſchofs von Geißel iſt.

In der Bentinkſchen Sache iſt G[eheim] R[ath] Erdmann wieder hier, um auf den Prätendenten zu wirken, findet aber das Neſt leer, da der Graf vor einigen Tagen, unter dem Vorgeben, krank im Bett zu liegen, heimlich verreiſt iſt; vermuthlich um eine Zuſammenkunft mit ſeinem Feinde, dem factiſchen Beſitzer, zu haben, und ſich mit dieſem, wenn es angeht, auf beſſre Bedingungen, als die oldenburgiſchen ſind, zu verſtändigen. Eiſendecher macht bonne mine dazu und ſagt, man werde ſich in Oldenburg freuen, wenn der Streit auf dieſem Wege geendet würde. Das glaube ich nicht, aber auch nicht an eine Einigung zwiſchen den ſtreitenden Grafen; es müßte den[n] wirklich das Mißverhältniß zwiſchen dem Gebot Oldenburgs und dem Werth der Güter ſo groß ſein, wie die Bentinks behaupten.

Wegen der Feſtung Maſtricht berichte ich morgen[6]); gegen Hollands Neigung läßt ſich die Sache nicht durchfechten, und iſt Holland wider Erwarten dafür zu gewinnen, ſo wird es ſich doch *jetzt* nicht darüber ausſprechen und Frankreichs Argwohn reizen wollen. Prokeſch geht ſehr bereitwillig auf die Sache ein, meint aber auch, daß der Gedanke, eine Bundesfeſtung daraus zu machen, unausführbar ſei, auch wenn Holland darauf eingehn wollte; der Bund thut es nicht. Die Eingabe des Gouvernements von Mainz, in Betreff der Nothwendigkeit von Vorſichtsmaßregeln,[7]) ſcheint den Nebengedanken von Geldforderungen, unabhängig von der Liquidationsfrage, zu haben. Prokeſch ſprach von der Eventualität, nöthigenfalls die hieſige Beſatzung nach Mainz zu werfen. Ein Offizier des Frankfurter Battaillons, einer öſtr.-patriciſchen Familie angehörig, hat vorgeſtern ſchon behauptet, aus guter Quelle zu wiſſen, daß ſein Bat[aillon] bald nach Mainz käme. Nicht unmöglich iſt es, daß Öſtreich, wenn der hieſige Oberbefehl jetzt an uns übergeht, die Idee eines aufzuſtellenden Bundescorps wieder anregt, daß dieſe dann bei den Betheiligten mehr Anklang findet und unſer Oberbefehl wieder in Frage geſtellt wird. M. E. kann aber eine derartige Aufſtellung ſolange nicht ſtattfinden, als nicht herausfordernde Maßregeln Frankreichs uns dazu berechtigen, und dann wird hoffentlich

[6]) Vgl. Nr. 459.
[7]) Zum Schutze der Bundesfeſtung Mainz gegenüber den franzöſiſchen Rüſtungen.

diese kleinliche Rivalität in dem einen oder dem andern Wege ihr Ende finden. Ich weiß nicht, ob schon über Verlängerung oder Aufhebung unsres im Mai ablaufenden Vertrages über die Garantie von Mailand[8]) verhandelt worden ist. Wenn es geschieht, so möchte ich unvorgr. anheimstellen, nicht die Erneuerung definitiv abzulehnen, sondern sie an Bedingungen zu knüpfen, welche Anlaß zu weiteren Negotiationen bieten, event. die Ursache des Nichtzustandekommens in Östreichs Weigerung finden lassen, auf billige Concessionen einzugehn. Indem ich hier heut schließe, bitte ich, mich den Ihrigen angelegentlichst zu empfehlen und der treuen Ergebenheit versichert zu sein, mit der ich bin . . .

*463. Vertraulicher Bericht an Minister v. Manteuffel.

[Ausfertigung.]

25. Januar 1854.

Auf den h. Erlaß vom 20. d., eine ev. Beschwerde über das Verhalten Österreichs in der lippeschen Sache betreffend[1]), beehre ich mich g. g. zu erwidern, daß es mir allerdings nicht ohne Bedenken zu sein scheint, auf die vertraulichen Mitteilungen, welche mir von Herrn von Stietencron und dem Geh. Rat Fischer gemacht sind, so unumwunden Bezug zu nehmen, wie es zur Substantiierung einer Beschwerde notwendig sein würde. Die genannten beiden Herrn haben mir von den gemeldeten Tatsachen nur unter der ausdrücklichen Bedingung Kenntnis gegeben, keinen weiteren Gebrauch davon zu machen, und vielleicht auch darauf nicht gerechnet, daß ich dieselben zu E. E. Kenntnis bringen würde, und ist namentlich Herr v. Stietencron nur durch unsere vertraute, aus der Universitätszeit herstammende Bekanntschaft zu voller Offenheit gegen mich bewogen worden.

Außerdem ist mir ein Teil der Nachrichten durch den hier lebenden Sohn des p. Fischer ohne Wissen seines Vaters zugegangen.

Wenn ich vertrauliche, von hochgestellten, aber augenblicklich nicht im Amt befindlichen Personen (Fürst von Metternich) in Wien herrührende Schreiben, die mir der p. Fischer zeigte, ausnehme, so bestehen die am meisten gravierenden Tatsachen in mündlichen Auslassungen des Herrn von Prokesch und des Dr. v. Linde gegen den Geheimen Rat Fischer und in ähnlichen Eröffnungen an den Fürsten und den Freiherrn von Stietencron von seiten des ehemals in preußischem Zivildienst gestandenen Rittergutsbesitzers von Blomberg im Lippeschen, der, nach Angabe des Herrn von Stietencron, in schriftlicher Korrespondenz mit Herrn von Prokesch steht und auch persönliche Beziehungen zu einflußreichen Mitgliedern der ultramontanen Partei hat.

Unter diesen Umständen dürften m. u. A. n. die Unannehmlichkeiten, welche für meine Gewährsmänner als Folgen ihrer unzweifelhaften Indiskretion entstehen möchten, mit dem von einer Beschwerde zu erwartenden Resultat in keinem Verhältnis stehen und jene sich veranlaßt finden, den unwillkommenen Eindrücken ihrer Situation in dem Vorwurf des Mißbrauchs persönlichen Vertrauens gegen mich Luft zu machen; wobei dann auch die Möglichkeit nicht außer acht zu sein lassen würde, daß ein Beispiel mangelnder Diskretion auf meiner Seite auch noch anderwärts nachteilig für das mir geschenkte oder zu schenkende Vertrauen einwirken könnte. Auch glaube ich nicht, daß eine mit den unbestreitbarsten Beweisen unterstützte Beschwerde in Wien eine andere praktische Folge

[8]) Gemeint ist der Vertrag vom 16. Mai 1851. Vgl. unter Nr. 495.
[1]) Vgl. oben S. 407 f.

haben würde, als eine nachteilige Meinung von der Geschicklichkeit derjenigen, gegen die sie gerichtet ist. Mein g. Votum würde deshalb dahin gehen, von einer ausdrücklichen und bestimmte Tatsachen als Beweismittel vorbringenden Beschwerde Abstand zu nehmen.

464. Bericht vom 31. Januar 1854 an Minister v. Manteuffel, betr. den badischen Kirchenkonflikt. — Vgl. Poschinger I Nr. 232. Von Lesefehlern Poschingers notieren wir: S. 350, letzte Zeile des 1. Absatzes muß es „Geltung“ statt „Stellung“, S. 351 Zeile 18 „bewegter“ statt „beregter“, S. 354 Zeile 16 v. u. „1819“ statt „1849“ heißen.

465. Privatschreiben an Minister v. Manteuffel.

[Eigenhändig.]

31. Januar 1854.

E. E. beehre ich mich in Vervollständigung meines heutigen Berichtes über meine Reise nach Carlsruh noch nachstehendes g. vorzutragen. Herr von Rüdt macht den Eindruck eines von Natur mit mehr Selbstgefühl als Geist bedachten Mannes. Er spricht viel und schnell, aber ungeachtet des aufmerksamsten Hörens ist es schwer, einen Eindruck von dem Inhalt dessen zu gewinnen, was er sagt. Der Minister von Wechmar scheint klarer in seinen Anschauungen zu sein, aber faßt die Angelegenheit mehr von einem engen bürokratisch-juristischen, als von einem politischen Standpunkte auf; gerade das giebt ihm mehr Entschiedenheit in ihrer Behandlung, aber es scheint nicht, daß er im Stande ist, Einfluß auf Andre zu üben. Im Ganzen habe ich den Eindruck gewonnen, daß die Minister den Conflict von Hause aus weniger im Lichte einer großen politischen Frage auffassen, in der sie gewissermaßen die Rolle der Horatier für die protestantischen Regirungen gegen die Freiburger Curiatier durchzuführen haben, sondern sie sehn darin einen von Östreich und der ultramontanen Partei gemachten Versuch, das jetzige badische Ministerium zu stürzen und durch ein östreichisch-katholisches zu ersetzen. Dieser Angriff ist offenbar abgeschlagen und hat zur Befestigung des Ministeriums im Gegentheil beigetragen; letztres findet, daß damit auch der Sieg erfochten sei, und die Episode der Hauptsache nach abgethan. Die dornenvolle[1]) Stellung eines Vorkämpfers für andre Regirungen, von denen die zumeist interessirten Baden offen im Stich lassen, eine lange unbequeme Spannung und Unsicherheit der eignen Stellung wie der Lage des Landes convenirt ihnen persönlich nicht, und es ist leicht, den Regenten zu überzeugen, daß sie in der jetzigen politischen Constellation und bei einer Majorität katholischer Unterthanen auch den Interessen des Landes zuwider sei. Ein ostensibles Bemühn von unsrer Seite, Baden eine der gemeinsamen Sache nützlichere, für Baden selbst höhere, aber auch unbequemere Rolle spielen zu lassen, faßt man im Lichte einer unbilligen Zumuthung auf und hat nicht Ehrgeiz genug und zuviel Egoismus und Behaglichkeitsliebe, um darauf einzugehn. — Der Regent ist sehr viel hübscher, jünger und vornehmer im Äußern, als die verbreiteten Portraits ihn darstellen. Bei aller Ruhe in seinen Äußerung[en] konnte er doch eine große Bitterkeit gegen Östreich und Würtemberg nicht verhehlen und accentuirte mit großer Wärme im Gegensatz dazu seine Anhänglichkeit an S. M. den König; man scheint dort so preußisch zu sein, wie man werden kann.

[1]) Poschinger hat: dermalige.

S. Hoheit halte ich für den klarsten und gescheutesten Kopf von denen, mit welchen ich verhandelt habe, und wenn er älter und sichrer wäre, so bin ich überzeugt, er würde für die großartigere Auffassung des Conflictes von Hause aus empfänglicher gewesen sein und sich nicht von seinen Ministern den Gedanken haben in den Vordergrund schieben lassen, daß seine Selbständigkeit leide, wenn der factische Conflict, der eine rein badische Angelegenheit sei, nicht auch als solche erledigt werde. Das Verlangen nach selbständigem Handeln soll bei dem Regenten einen besondern Sporn durch den Hinblick auf die mannigfachen Einflüsse, denen sein Herr Vater unterlegen hat, erhalten, und der darauf gelegte Werth die sicherste Handhabe bieten, um auf die Entschlüsse Sr. Hoheit zu wirken. Bei dem Regenten selbst war das Feld für meine Thätigkeit im Sinne des erhaltnen Auftrages viel günstiger, als bei den Ministern, bei denen eine gewisse Ängstlichkeit vor Weiterungen und Verlust der Stellen bei etwa sich ändernder Sachlage zu hastiger Benutzung des günstigen Moments zu einer Lösung des unbequemen Conflictes drängen mag. Mit dem Regenten aber ließ sich über Einzelheiten und begangne Fehler nicht rechten. Zur Erhöhung seiner Festigkeit und seines Muthes habe ich keine Vorstellungen gespart, und faßte er auch meine Anwesenheit ihrer Bedeutung nach sehr richtig auf, indem er mir die Zusage gab, in den Verhandlungen mit Rom so „fest und zähe" sein zu wollen, daß man mit ihm zufrieden sein werde. Ich konnte nicht gut einen andern Anknüpfungspunkt bei Sr. Hoheit wählen, als den, daß mir die Intentionen Sr. M. des Königs in vertraulicher Weise bekannt gegeben worden seien, und mich zu der Reise nach Carlsruh ohne weitern offiziellen Auftrag veranlaßt hätten; gegen die Minister habe ich mich in genauerem Anschluß an E. E. vertrauliche Weisung ausgelassen. Man scheint die Verhandlung mit Rom durch den Grafen Leiningen, dem nur Stand und Namen die Mission zugezogen haben, nur formell eröffnen zu wollen und ihm keine andere Function als die eines vornehmen Briefträgers zuzumuthen. Demnächst beabsichtigte man ursprünglich, eine Bevollmächtigung des Cardinal Viale zu erbitten und in Wien zu negotiiren; die seitdem angenommene Attitüde Östreichs hat hiergegen Bedenken erregt, und wird man wohl den Nuntius nicht ganz umgehn wollen, weil man meint, daß in den deutschen Sachen doch nichts ohne seinen Rath geschehe, die Verhandlungen aber mehr durch Schriftwechsel führen. Die Minister rechneten darauf, daß bald wieder ein preußischer Gesandter in Rom anwesend sein werde, und der Regent sagte mir, daß man die dahin zu machenden Mittheilungen vorher zur Begutachtung nach Berlin senden werde. Die Stellung des Herrn von Philippsberg scheint eine sehr unangenehme geworden zu sein; auf einem neulich von ihm gegebenen Ball ist es leer geblieben, der Hof und die Frauen der Minister und höheren Beamten haben abgesagt. Eine sehr gute Position hat sich dagegen Herr von Savigny geschaffen; man beweist ihm viel Vertrauen, und er hat, obschon selbst Katholik, doch stets rückhaltslos die (von ihm auch persönlich getheilte) Auffassung E. E. geltend gemacht. Mein Auftrag mußte für ihn nothwendig etwas Peinliches haben, und obschon es mir vermöge unsrer freundschaftlichen Beziehungen möglich war, diesem Eindruck die Spitze abzubrechen, möchte ich doch E. E. Gewogenheit anheimstellen, ob Hochdieselben ihm nicht mit Bezug auf meinen Auftrag Ihr Vertrauen und Ihre Anerkennung noch ausdrücklich aussprechen wollen, wie er es durch seine Gesinnung und seinen Eifer ohne Zweifel verdient. Ich konnte dort manche Betrachtungen geltend machen, welche auszusprechen einem Katholiken aus gewissen Schicklichkeitsrücksichten nicht unbedingt zugemuthet werden kann; in diesem Sinne habe ich auch gegen Herrn von Rüdt Andeutungen fallen lassen, um zu hindern, daß meine Anwesenheit den Eindruck macht, als ob Herr von Savigny nicht das volle und unbedingte Ver-

trauen der K. Regirung habe. Herr von Meisenbug war augenscheinlich von seinen Wiener Eindrücken wieder zurückgekommen, nachdem er gesehn hatte, woher der Wind im Hofe in Carlsruh wehte; er ist gern in Berlin und hat gewiß Preußische Sympathien, aber ich traue ihm auch die gewandte Schmiegsamkeit zu, mit welcher der Hofmann einen Conflict seiner Überzeugungen mit seinen Interessen zu vermitteln weiß, und in dieſem Falle hat er sich vermöge dieser Eigenschaft wieder vollständig in unſer System eingefügt. Er soll das Ohr des Regenten haben und zu benutzen wissen und ist für jetzt augenscheinlich geneigt, von diesem Vorzuge in unserm Interesse Gebrauch zu machen.

P[ost] sc[riptum].

In Betreff des in den Zeitungen besprochenen Attentates auf den Regenten sagte mir der diensthabende Flügeladjutant, daß man es ziemlich allgemein als einen Einschüchterungsversuch betrachte, um auf die Person des Regenten zu wirken. Er zeigte mir die Localität und besonders das Fenster, aus welchem der Eindringling entsprungen ist, welches auf einen wenige Fuß über der Erde befindlichen Balcon geht.

Noch bitte ich bei letzter Lesung meines Berichtes die Flüchtigkeiten und Wiederholungen desselben mit Störungen zu entschuldigen, denen ich durch anderweite Geschäfte heut ausgesetzt war und die mir die Zeit zu einer geordneten Ausarbeitung nehmen.

466. Bericht vom 1. Februar 1854 an Miniſter v. Manteuffel, betr. den badiſchen Kirchenkonflikt. — Vgl. Poschinger I Nr. 234. S. 359 Zeile 8 muß es „Ansicht“ statt „Absicht“ heißen.

467. Privatschreiben an Miniſter v. Manteuffel.

[Abschrift.]

1. Februar 1854.

E. E. beehre ich mich unter Bezugnahme auf meinen heutigen Bericht in der badiſchen Kirchensache noch g. zu bemerken, daß ich bisher der Weisung vom 15. pr. entsprechend alles vermieden habe, was in betreff meiner Reise nach Karlsruhe Aufsehen hätte erregen können; besonders aus diesem Grunde habe ich meinen Aufenthalt daselbst nach Möglichkeit abgekürzt, da es hätte auffallen müssen, wenn ich zu einer Zeit, wo mannigfache Geschäfte hier im Gange sind, länger abwesend gewesen wäre und namentlich eine der regelmäßigen Ausschußsitzungen versäumt hätte. Meines unvorgreiflichen Erachtens dürfte indessen die Wirksamkeit des geschehenen Schrittes in der Eigenschaft einer Demonstration zur Kräftigung der badiſchen Regierung und der ihr zur Seite stehenden öffentlichen Meinung nur erhöht werden, wenn die Presse einige vorsichtige Andeutungen über die dem Großherzoglichen Kabinett von uns gegebenen Zusicherungen brächte.

Im Hinblick auf die Rückwirkungen, welche für das Verhältnis der K. Regierung zu den eigenen katholischen Untertanen aus einer Erwähnung der Angelegenheit in der Presse hervorgehen könnten, möchte es, falls E. E. überhaupt auf den angedeuteten Gesichtspunkt einzugehen geneigt sind, sich vielleicht empfehlen, daran anzuknüpfen, daß die K. Regierung der Großherzoglichen die Gewährung einer freieren Tätigkeit für die katholische Kirche in dieser Zeit angeraten hat, auf der anderen Seite aber auch bemüht gewesen ist, auswärtigen Einflüssen die Wage zu halten, welche zu dem Zweck geltend gemacht werden könnten, die

freie Entschließung der Gr. Regierung in betreff des Maßes und der Form der Bewilligungen zu beeinträchtigen, welche zu gewähren bereits in der Absicht der Regierung lag, als sie durch das faktische Vorgehen des Erzbischofs daran verhindert wurde, dieselben ins Leben treten zu lassen.

Indem ich g. anheimgebe, ob anderweite Rücksichten diese Auffassung E. E. als beachtenswert erscheinen lassen, erlaube ich mir noch die mit der badischen zusammenhängende nassauische Angelegenheit mit einigen Worten zur Sprache zu bringen. Ich habe bei meiner Abreise den Grafen Perponcher gebeten, Sr. H. dem Herzog in vertraulichster Weise von den Zwecken meiner Reise nach Karlsruhe Kenntnis zu geben, da ich mir hiervon eine ermutigende Wirkung auf S. H. versprechen durfte, nachdem in den letzten Tagen durch den in sehr starken Ausdrücken abgefaßten Hirtenbrief des Bischofs von Limburg auch im Herzogtum Nassau das Zerwürfnis einen bestimmteren Charakter angenommen hatte. Graf P[erponcher] hat mir nach meiner Rückkehr mitgeteilt, daß seine Eröffnung in Wiesbaden mit großer Freude aufgenommen worden sei. Bei der eifersüchtigen Kontrolle, mit welcher die benachbarten Höfe die den einzelnen erwiesenen Aufmerksamkeiten überwachen, möchte ich schon aus diesem Grunde E. E. um die gen. Erlaubnis bitten, bei einem gelegentlich in diesen Tagen zu machenden außeramtlichen Besuche mich gegen S. H. den Herzog mutatis mutandis in ähnlicher Weise wie in Karlsruhe aussprechen und mich bei einem derartigen Beweise ermutigender Teilnahme auf einen mir gewordenen vertraulichen Auftrag beziehen zu dürfen, natürlich ohne der ganzen démarche die Färbung einer amtlichen Mission zu geben. Ich bin überzeugt, daß ein derartiger Schritt Sr. H. eine große persönliche Genugtuung gewähren und schon in dieser Eigenschaft günstig auf seine Gesinnungen gegen uns wirken wird. Außerdem ist die Haltung der herzoglichen Regierung zwar in diesem Augenblick entschiedener als die der badischen, aber, nach dem persönlichen Temperament der beiden regierenden Herren, in Wiesbaden eher ein Rückschlag zu befürchten, als in Karlsruhe. Sollte mein unvorgreiflicher Vorschlag sich der hohen Billigung E. E. erfreuen, so würde ich um eine gen. telegraphische Benachrichtigung g. bitten, da sich vielleicht gerade in den nächsten Tagen vermöge des Ausfalls der bevorstehenden Sitzung wegen eines katholischen Feiertages die Gelegenheit bietet, einen Besuch in Wiesbaden zu machen, der bei der jetzigen Einrichtung der Bahnzüge sich nicht in einem Tage erledigen läßt.

468. Vertraulicher Bericht an Minister v. Manteuffel.

[Ausfertigung.]

2. Februar 1854.

Der h. Erlaß vom 27. v. M.[1]), die Korrespondenz des Freiherrn von Prokesch mit österreichischen Agenten betreffend, ist mir vorgestern zugegangen.

Die Ablösung des Freiherrn von Prokesch von seinem hiesigen Posten würde ich von dem Zeitpunkte an für dringend wünschenswert halten, wo es gelungen wäre, das Kaiser-

[1]) In einem von Prokesch während seines Aufenthalts in Berlin benutzten, von ihm verkauften Schreibtisch hatten sich wichtige eigenhändige Korrespondenzen Prokeschs mit Preßagenten, betreffend die Organisation einer preußenfeindlichen Einwirkung auf die deutsche Presse gefunden. Dabei waren Schriftstücke, die für Friedrich Wilhelm IV. persönlich belangend waren. Manteuffel brachte dies in dem Erlaß vom 27. Januar zur Kenntnis Bismarcks in dem Gedanken, die Sache weiter zu verfolgen, und ersuchte um eine Äußerung „über diesen zarten Gegenstand".

liche Kabinett zu einer Politik zu disponieren, mit welcher wir aufrichtig und vertrauensvoll Hand in Hand gehen können, und welche Bürgschaften der Dauer nach dieser Richtung hin in sich trüge. Solange aber Österreich nicht bemüht ist, durch seine Bundespolitik vor allem eine Klärung und Befestigung seiner Verhältnisse zu Preußen und eine ehrliche und haltbare Verbindung mit uns gegen gemeinsame Gefahren zu erstreben, solange es vielmehr den Bund und seine Verfassung vorzugsweise benutzt, um den Kreis unseres berechtigten Einflusses in Deutschland zu verengen und sich denselben nach Möglichkeit anzueignen — kurz, solange wir auf dem Felde der Bundespolitik mehr Nebenbuhler als Bundesgenossen sind — halte ich auch den Freiherrn von Prokesch für einen uns weniger gefährlichen Vertreter Österreichs, als eine etwaige persona grata sein würde. Man würde uns die Ernennung der letzteren und schon die Abberufung des Freiherrn von Prokesch hoch anrechnen, und sein Nachfolger würde antipreußische Tendenzen seiner Instruktion vielleicht mit mehr Geschick und Geschmack verdecken, aber zu deren Ausführung nur um so geschickter sein, zumal da er sich voraussichtlich das Vertrauen und die Achtung seiner Kollegen in höherem Grade erwerben würde, als es dem jetzigen Präsidialgesandten bisher gelungen ist. Mein unmaßgebliches Votum würde deshalb nicht dahin gehen, die gemachte Entdeckung zu einem Angriff auf die Person des Freiherrn von Prokesch behufs seiner Verdrängung aus der jetzigen Stellung zu benutzen, vielmehr, soweit es möglich ist, den Vorteil daraus zu ziehen, daß man ihm selbst ein Gefühl der Unsicherheit in seiner Stellung beibringt, und daß man den beiderseitigen Bundesgenossen in vertraulichen Wegen und insoweit Kenntnis von der Sache gibt, daß unsere Duldsamkeit und Verträglichkeit in einem vorteilhaften Lichte erscheint; ebenso dürfte es sich meines Erachtens empfehlen, daß das Wiener Kabinett indirekt und außeramtlich erfährt, daß wir schlagende Beweise über die stets abgeleugneten Umtriebe in der Presse gegen uns und über die Gesinnung, welche dieselben gegen die Allerhöchste Person Sr. M. des Königs dokumentieren, in Händen haben.

Ein fernerer, und meines Erachtens nicht der geringste, Nutzen läßt sich aus dem vorhandenen Material in der Art ziehen, daß man die Quellen, aus welchen die Bearbeitung der öffentlichen Meinung im österreichischen Sinne fließt, der Öffentlichkeit darlegt, und dem Publikum einen Beweis von dem Werte derjenigen politischen Überzeugungen darlegt, welche ihrem deutschen Patriotismus in der Anpreisung Österreichs und der Verkleinerung Preußens einen Ausdruck zu geben pflegen. Ich habe dabei nicht eine nachweislich von der K. Regierung ausgehende Veröffentlichung im Sinne, auch natürlich keinen Abdruck der beleidigenden Artikel selbst, welche sich vorgefunden haben, sondern mein Operationsplan würde der sein, durch ein möglichst unverdächtiges Blatt und in der Weise, als ob sich die Materialien im Privatbesitz befänden, die ersten Andeutungen in die Öffentlichkeit zu werfen, indem man den ungefähren Inhalt der „tatsächlichen Zusammenstellung", welche E. E. h. Erlaß anliegt, in einem oder mehreren Artikeln abdrucken ließe; am besten würde sich hierzu vielleicht das Preußische Wochenblatt eignen, falls E. E. es angemessen finden, eine unter den der Redaktion befreundeten Personen ins Vertrauen zu ziehen.

Das Bekanntwerden der Transaktionen, die zwischen Herrn von Prokesch und seinen Agenten stattgefunden haben, muß notwendig einen starken Rückschlag auf die Bedeutung der für Österreich geschriebenen Artikel in der öffentlichen Meinung ausüben, wie dies schon aus der Gereiztheit hervorgeht, mit welcher einige Andeutungen über die jetzt von Frankfurt ausgehende Inspiration der deutschen Presse vor wenig Monaten aufgenommen wurden. Das hauptsächliche Werkzeug des Herrn von Prokesch ist jetzt ein Legationsrat

Braun, ehemals Hauslehrer im Dienste des Generals von Martini, der zur Zeit der italienischen Revolution eine nicht ganz ehrenvolle Rolle spielte. Braun ist ein entschiedener Preußenfeind, ehrgeizig und pfiffig und auch auf politischem Gebiet zu mannigfachen Intrigen benutzt; unter ihm arbeitet ein gewisser Hehner, früher Demokrat und seines Zeichens ursprünglich Barbier. Auch der in dem Memoire genannte Dr. Lakenbacher, jetzt in der Lombardei dem Grafen Rechberg beigegeben, hat sich, seit ich hier bin, in der Eigenschaft eines österreichischen Preßfachmannes längere Zeit hier aufgehalten. Er wurde vom Grafen Thun mit einer Auszeichnung behandelt, die mit dessen sonstigem Selbstgefühl und namentlich mit seiner prononzierten Abneigung gegen Juden auffällig kontrastierte. — Meine unmaßgebliche Ansicht würde demnächst dahin gehen, daß wir den Schein annehmen, als sei erst durch die gedachte Veröffentlichung die Aufmerksamkeit der Regierung auf die Quelle derselben gelenkt und auf diesem Wege amtliche Kenntnis von den Materialien erlangt worden. Letztere könnten dann in der oben gedachten Weise zu weiteren Zwecken benutzt werden. . . .

469. Privatschreiben an Minister v. Manteuffel.

[Eigenhändig.]

2. Februar 1854.

E. E. erlaube ich mir meine herzlichsten Glückwünsche zu dem morgen wiederkehrenden Tage darzubringen und diese Wünsche ganz besonders dahin zu richten, daß E. E. im ungetrübten Glücke der Häuslichkeit und im Gedeihen meines kleinen Freundes Otto stets eine Entschädigung finden mögen für alle Dornen und Bitterkeiten, welche die unvermeidlichen Beigaben von Macht und Ehre sind.

Von hier kann ich für heut nichts von Interesse melden. Die Enthüllungen über Prokesch haben mich sehr amüsirt; ich glaube, daß man *noch* üblere Dinge bei ihm entdecken könnte; aber daß er so unvorsichtig ist, dergleichen aufzubewahren und eigenhändig zu schreiben, überrascht mich und macht ihn mir als Gegner noch lieber. Der hiesige Vertreter Rußlands, Herr von Glinka, der übrigens nur das erfährt, was an *alle* russische Agenten gelangt, besuchte mich gestern und sprach in dem Sinne, daß Rußland nicht unbillig genug sei, um von uns eine materielle Unterstützung für Zwecke, die uns fern lägen, zu erwarten, und daß man zufrieden sei, wenn wir uns von der andern Seite nicht zu feindseligen Demonstrationen gegen Rußland bewegen ließen. Ich sehe nicht ein, was uns dazu auch treiben könnte; zu gewinnen haben wir auf *der* Gränze nichts, da eine Vermehrung unsrer polnisch-katholischen Unterthanen keine Kräftigung wäre und wir unsre Anstrengungen nicht gegen Rußland verwenden können, ohne uns in demselben Maße abhängig von Östreich zu machen und in Deutschland Feld zu verlieren. Man schreibt der Sendung des Grafen Orloff[1]) hier den Zweck zu, sich über die Haltung Östreichs für den Fall zu vergewissern, daß die Russen die Donau überschreiten. Die östr. Presse bemüht sich unausgesetzt, uns als im Schlepptau von Wien befindlich erscheinen zu lassen; wenn wir überhaupt kriegslustig wären, so könnte unsre Haltung allerdings von der Östreichs abhängen, aber nur insoweit, als Östreich der einzige *Gegner* für uns wäre, von dem wir etwas gewinnen könnten, und wir daher jedenfalls die Seite gegenüber wählen müßten. Vom Präsi-

[1]) General Graf Alexei Orloff wurde im Januar 1854 vom Kaiser Nikolaus zu Verhandlungen wegen der orientalischen Frage nach Wien entsandt.

denten Gerlach höre ich, daß er den Abschied nehmen will, falls der Prozeß gegen ihn[2]) Fortgang nimmt; seine politische Geltung würde durch eine solche Wendung mehr steigen als fallen; für die Stellung der Regirung zu den Parteien, zu Höchsten Personen und zu den ehrgeizigen Bestrebungen andrer Prätendenten fürchte ich aber eine nachtheilige Wirkung von dem formellen Bruch der Regirung mit Gerlach, und letztrer scheint mir, selbst von einem mehr centralen Standpunkte als dem meinigen aus betrachtet, ein Gegengewicht gegen andre Feinde oder „bedingte" Bundesgenossen, dessen Deplacirung aus seiner jetzigen Lage die Regirung schwächen würde. In Betreff der Festung Maastricht[3]) höre ich, daß im März 1848 ein Holländischer General nach Berlin geschickt wurde, um dort die Besetzung Maastrichts uns anzubieten, daß er aber bei seiner Ankunft die Märztage vorfand und deshalb umgekehrt ist, ohne seinen Auftrag auszurichten. Mit der Bitte meine und meiner Frau angelegentlichste Empfehlungen an Ihre Frau Gemalin auszurichten . . .

470. Bericht vom 3. Februar 1854 an Minister v. Manteuffel, betr. den Bentinckschen Streit. — Vgl. Bismarckjahrbuch II S. 49 f.

471. Schreiben an Minister v. Manteuffel.

[Eigenhändig]

6. Februar 1854.

Im Verfolg der Regulirung meiner Rentenbrief-Angelegenheiten bin ich von unserm Kreisgerichte aufgefordert worden, bei Vermeidung gewisser Rechtsnachtheile binnen 14 Tagen verschiedne alte Dokumente zu produciren, von denen ich garnicht weiß, ob sie existiren, indem sie sich auf Eintragungen beziehn, die seit zwei Generationen als valide nicht mehr behandelt, aber im Hypothekenbuch nicht gelöscht sind. Mein Hausverwalter in Schönhausen ist nach seinem Bildungsgrade nicht im Stande, zu ermitteln ob sich das Gesuchte unter den seit 70 Jahren nicht geordneten Papiermassen befindet, welche ich unter dem Namen „Archiv" ererbt habe, und meine g. Bitte geht unter diesen Umständen dahin, mir gestatten zu wollen, daß ich mich im Laufe der nächsten 14 Tage, sobald ich glaube hier abkömmlich zu sein, auf 1 oder 2 Tage nach Schönhausen begebe.[1]) Geschäftliches weiß ich von hier für heut nicht zu melden; in der nächsten Sitzung hoffe ich, daß wir die Sache wegen des Ober-Commando[s] der hiesigen Garnison zur Verhandlung bringen können, bei der ich bemüht bin, die sofortige Beschlußnahme ohne Instructionseinholung zu sichern. Mit der ausgezeichnetsten Hochachtung . . .

472. Bericht an Minister v. Manteuffel.

[Konzept.]

9. Februar 1854.

E. E. telegraphischer Weisung vom 2. d. M. zufolge habe ich mich vorgestern nach Wiesbaden begeben, um dort die Streitigkeiten mit der katholischen Kirche zu besprechen. Im allgemeinen ist die Haltung der nassauischen Regierung in dieser Frage eine ruhigere

[2]) Vgl. oben S. 405.
[3]) Vgl. Nr. 459.
[1]) Vorlage: zu begeben.

als die der badischen; man hat sich lediglich auf die Defensive beschränkt, ohne zu Gegenangriffen zu schreiten, und auf diesem Wege eine, wie mir scheint, festere Position gewonnen. Ich drückte Sr. H. dem Herzog hierüber meinen Glückwunsch aus und fand Hochdenselben ebenso dankbar für die namens der K. Regierung von mir ausgesprochene Teilnahme, als entschlossen, auch ferner den Ausschreitungen des Bischofs mit Beharrlichkeit entgegenzutreten. S. H. teilte mir mit, daß für das Herzogtum direkte Unterhandlungen mit Rom zwar nicht eingeleitet, aber doch durch die von seiten Hollands freiwillig angebotene Vermittelung des K. niederländischen diplomatischen Agenten in Rom angebahnt seien. Ich habe nicht verfehlt, im Sinne und mit den Gründen der mir gewordenen vertraulichen Weisung vom 28. v. M. von einer übereilten und isolierten Anknüpfung derartiger Verhandlungen dringend abzuraten, und fand S. Hoheit für diesen Rat eingänglich, nachdem ich Hochdemselben das vertrauliche Schreiben vom 28. v. M., soweit es sich dazu eignete, vorgelesen hatte.

Im allgemeinen bewies mir die Aufnahme, welche ich am Hofe von Wiesbaden fand, daß die dortigen Gesinnungen sich im Laufe des letzten Jahres zu unsern Gunsten geändert haben, wobei ich nicht nach dem Verhalten der regierenden Herrschaften, bei denen ich mich jederzeit einer gnädigen Aufnahme zu erfreuen gehabt habe, sondern nach der Abspiegelung urteile, welche jene Veränderung in dem veränderten Benehmen der Umgebung des Herzogs gegen mich fand. Ich schreibe diese Wandlung wesentlich der Besorgnis und Erbitterung zu, welche die ultramontanen Umtriebe und die Parteinahme Österreichs für dieselben beim Herzog erweckt haben. Nicht ohne Anteil ist indessen auch, wie ich vertraulich erfuhr, die Besorgnis, mit welcher man bei der jetzigen Lage Europas in die Zukunft sieht. Den Prinzen Wittgenstein, bei welchem sich augenblicklich der Prinz Emil von Hessen aufhält, fand ich in seinen Ansichten über den kirchlichen Streit weniger entschieden, als S. H. den Herzog. Er sagte mir offen, daß die Besorgnis, auf einen zu schlechten Fuß mit Österreich zu geraten, ihn nötige, die Angelegenheit mit einiger Vorsicht zu behandeln. Indessen fand ich ihn doch bereit, den bisher im Innern eingenommenen Standpunkt der Kirche gegenüber mindestens festzuhalten. In lebhaft eingehender Weise nahm er eine Andeutung von mir auf, daß die protestantischen Regierungen sich bestreben müßten, mehr Gemeinsamkeit als bisher für ihre Stellung gegen die römische Kirche zu gewinnen. Er erwiderte, daß er von der Notwendigkeit, in dieser Richtung etwas zu tun, vollkommen überzeugt sei, daß man aber nur von Preußen eine Initiative auf diesem Felde erwarten könne. Auf mein Bedenken, daß bei mancher beteiligten Regierung ein bisher vergebens von uns bekämpftes Mißtrauen derartigen Eröffnungen entgegentreten werde, sprach er seine Ansicht, in welcher Weise man dem Ziele praktisch nähertreten könne, dahin aus, daß die K. Regierung vorläufig mit den übrigen protestantischen Regierungen eine Korrespondenz zum Zwecke fortlaufender gegenseitiger Information über die Stellung zu Rom eröffne; wenn auf diese Weise eine Verbindung mit sämtlichen Beteiligten einmal eingeleitet sei, so werde sich dieselbe zu der Grundlage weiterer Schritte benutzen lassen.

Wenn auch nicht zu leugnen ist, daß die gegenwärtige Richtung so mancher deutschen Kabinette, beispielsweise der beiden Hessen, Württemberg, selbst Hannover, und dann die eigentümlichen Verhältnisse Sachsens dem Plan einer allseitigen Verständigung große Schwierigkeiten in den Weg legen, so bietet derselbe doch m. E. für eine befriedigende Gestaltung der Beziehungen der protestantischen Bundesstaaten zu Rom die günstigsten, im Bereiche der Möglichkeit liegenden Aussichten und befindet sich ganz in der Richtung, in welcher allein wir zurzeit eine gedeihliche Entwicklung der inneren Angelegenheiten Deutsch-

lands erwarten dürfen, indem wir durch freiwillige und kündbare Verträge einzelne auf das Bedürfnis begründete Verbindungen für solche Zwecke schaffen, denen der Bund bei seiner heterogenen und die diesseitigen Interessen wenig sichernden Zusammensetzung nicht genügen kann. Wenn daher der angeregte Plan auch für den Augenblick wenig Wahrscheinlichkeit bietet, bei allen Beteiligten denselben Anklang zu finden, wie in Karlsruhe und Wiesbaden, so läßt sich doch hoffen, daß mit der Zeit politische Konstellationen nicht ausbleiben werden, unter welchen sich das Bedürfnis einer derartigen Vereinigung auch bei den ihr jetzt abgeneigten Regierungen fühlbar machen wird. M. u. D. dürfte es sich dringend empfehlen, den Plan selbst, wie er in der vertraulichen Weisung vom 28. am Schluß von E. E. in Aussicht genommen ist, als ein mit der Zeit zu erreichendes Ziel unserer Politik festzustellen und unverrückt im Auge zu behalten, und stelle ich g. anheim, ob nicht mit Rücksicht auf das an beiden Orten gegen mich geäußerte Entgegenkommen in Karlsruhe und in Wiesbaden schon jetzt der Ausführung praktisch näherzutreten sein möchte, indem wir eingehendere Erklärungen über die Bereitwilligkeit der beiden Regierungen unter Bezugnahme auf die gegen mich geschehenen mündlichen Äußerungen extrahieren. *Vertraulich teilte mir der Prinz Wittgenstein noch mit, daß nach ihm zugegangenen Privatnachrichten die unerwartete Bereitwilligkeit S. M. des Königs von Württemberg zu dem daselbst getroffenen Abkommen durch den Einfluß herbeigeführt worden sei, welchen einer der Redakteure des dort erscheinenden, im östr. ultramontanen Sinne redigierten Volksblattes auf die Demoiselle Stubenrauch gewonnen habe.*

Ohne hier näher auf die einzelnen Details einzugehen, erlaube ich mir nur die Versicherung, daß ich sowohl bei Sr. H. dem Herzog, als bei dem Prinzen Wittgenstein nicht verfehlt habe, alle die mir von E. E. suppeditierten Erwägungen geltend zu machen, welche dahin wirken konnten, der Haltung der Herzoglichen Regierung auch fernerhin Festigkeit und Ruhe zu verleihen, und von einem einseitigen und zu eifrigen Aufsuchen von Verhandlungen mit Rom abzuraten. Einige Schwierigkeit bot der Umstand dar, daß der Fürst Wittgenstein seiner ganzen Vorbildung nach überhaupt wenig Neigung und Fähigkeit zu eingehender Behandlung der Geschäfte hat und, insoweit es der Fall ist, seine Vorliebe besonders der Organisation des ländlichen Gemeindewesens und der agrarischen Verhältnisse zuwendet. Bei Behandlung der übrigen inneren Geschäfte übt die Auffassung derjenigen, die speziell den Vortrag darüber haben, einen entscheidenden Einfluß; in den kirchlichen Sachen ist es der Präsident Lex, Vorsitzender der Ministerialabteilung für das Justizwesen, dessen Rat der Minister hauptsächlich annimmt. Dieser Beamte gehörte früher einer sehr weitgehenden Fraktion der Demokratie an, und bin ich über seine Auffassung der kirchlichen Angelegenheiten noch mit Erhebungen beschäftigt; ihn selbst in Wiesbaden aufzusuchen, schien mir nach den dortigen Verhältnissen nicht tunlich, ohne Mißtrauen bei dem Prinzen Wittgenstein und vielleicht höheren Ortes zu erwecken.

473. Privatschreiben an Minister v. Manteuffel.

[Eigenhändig.]

15. Februar 1854.

E. E. sage ich zuvörderst meinen g. Dank für die gen. Bewilligung des von mir erbetnen Urlaubs nach Schönhausen. Ich habe denselben bisher nicht angetreten, weil ich noch Nachricht über das Resultat einer ohne mich dort angestellten Forschung erwarte, welches

möglicher Weise meine Hinreise unnöthig macht. Ein Aufenthalt von wenig Tagen auf einem unbewohnten Gute gehört zu den unbehaglichsten Erlebnissen, besonders im Winter; man bleibt grade lange genug, um den Kelch der Ansprüche und Beschwerden von Pächtern und Einwohnern bis zur Hefe zu leeren und die mißlichen Versuche einer aus der Übung gekommnen Heizung zu erleben, der Vexationen höflicher und neugieriger Nachbarn nicht zu gedenken.

Das Ereigniß des Tages in der hiesigen Diplomatie ist die östreichische Circulardepesche vom 9. c.[1]) Man hat nicht geglaubt, daß das Wiener Cabinet die durch Graf Orloff angebrachten Wünsche so unumwunden abgelehnt hätte, und namentlich nicht, daß Rußland sich weigern werde, die von Östreich verlangten Garantien in Betreff der Erhaltung des Territorialbesitzes in Europa zu geben. Zwischen Baiern und Östreich scheint einige Erkältung eingetreten zu sein, an deren Ursache ich der orientalischen Frage den Hauptantheil zuschreibe. Was ich durch meine Collegen und anderweit höre, macht überhaupt den Eindruck, daß die Höfe von München, Stuttgart und Dresden ihre Blicke weniger nach Berlin und Wien, als nach Petersburg richten, mit dem Hintergedanken eines französisch-russischen Bündnisses, in welchem ihnen bisher Östreich als der Dritte vorschwebte. Wiederholt habe ich vernommen, daß die Vertreter jener Mittelstaaten gesprächsweise andeuteten, daß Rußland durch das kalte oder gar feindselige Verhalten der deutschen Großmächte dazu gedrängt werde, sich mit Frankreich zu verständigen, und daß letztres ohne Zweifel derartigen Bestrebungen schließlich sich geneigt zeigen werde, weil es sich mehr und mehr herausstellen müsse, daß Frankreichs jetzige Politik mehr den englischen Interessen als den eignen diene. Herr von Prokesch war unter dem Eindruck der Circulardepesche anscheinend sehr niedergeschlagen. Er sprach mir viel von seinen Bemühungen im Jahre 49, einen engern Anschluß Norddeutschlands an Preußen zu fördern, und ließ durchblicken, daß er noch jetzt von der Nothwendigkeit einer derartigen Gestaltung überzeugt sei. Überhaupt ist er in der letzten Zeit fast schwarzweiß zu nennen, thut nichts, ohne mich zu fragen, findet jede Änderung genehm, die ich vorschlage, und gewährt ein Bild der Sanftmuth und Nachgiebigkeit. Auch er besorgt eine oppositionelle Haltung der Mittelstaaten gegen die beiden Großmächte, und findet die Schuld davon einigermaßen bei den letztern, weil wir es versäumten, durch gemeinsame Acte in Betreff der orientalischen Frage die Solidarität des Bundes hervorzuheben und die kleinern Staaten zu fesseln und zu leiten; dadurch würden diese unsicher und fielen fremder Leitung anheim. Etwas wahres ist daran, wenn auch Baiern und ein so ehrgeiziger Störenfried wie Beust durch bloße Mittheilungen und gemeinsame Acte zu Protokoll sich schwerlich fesseln lassen. Ich kann in diesen stets erneuerten Anregungen zu einem anscheinend so inhaltlosen Act wie eine Erklärung, daß der Bund zusammenhalte, oder daß er solidarisch neutral bleiben wolle, oder in einer von den Übrigen dankend entgegengenommenen Erklärung der beiden Großmächte nur die alternative Absicht sehn, entweder ein östreichisches Börsenmanöver zu machen, oder unsre Unabhängigkeit in das Gewebe einer Bundes-Präsidial-Politik einzuspinnen. Wenn man gewiß wäre, daß es nur dem erstgenannten Zwecke gälte und ihn wirklich erreichte, so könnte man ihnen den Gefallen wohl thun. Herr von Prokesch äußerte, daß für ihre innern Verhältnisse, besonders die finanziellen, das Scheitern der Mission Orloff's ein furchtbarer Schlag sei, und seine Worte ließen mich annehmen, daß er weitergehende Rüstungen Östreichs voraussah. Ein östreichischer Bankerott würde gewiß auch in unseren

[1]) Über deren Inhalt vgl. Poschinger IV S. 172, Anm. 2.

Gränzen als Calamität gefühlt werden; und ob es überhaupt unsern Interessen entspricht, auf fernere Schwächung der europäischen Stellung Östreichs hinzuarbeiten, darüber könnte ich nur eine Ansicht haben, wenn mir die politische Richtung, welche zu verfolgen in den ah. Intentionen liegt, und das Maß von Kühnheit und Energie, welches dabei entwickelt werden soll, einigermaßen bekannt wäre. Von Seiten der Vertreter Englands und Frankreichs wird hier täglich, und von ersterm in Folge eines mir vorgewiesenen Spezial-Auftrages des Lord Clarendon, auf mich in der Absicht eingewirkt, daß ich dem Plan einer Neutralitäts-Erklärung oder sonstigen Demonstrationen am Bunde entgegenarbeiten soll. Ich bin von der Bedeutung eines derartigen Actes nicht hinreichend durchdrungen, um mir den Eifer, welchen jene beiden Herrn dabei entwickeln, erklären zu können. Herr von Tallenay sagt, es gehe ihm darin ebenso, er sei aber dazu angewiesen. Möglicherweise wünscht man Östreich zum Gegner, uns aber zum Verbündeten zu haben, und sieht deshalb jede engere Verkettung zwischen der Politik unsres und des Wiener Cabinettes ungern. Es giebt allerdings viele Politiker, die der Ansicht sind, daß es heutzutage besser sei, Östreich zum Gegner als zum Verbündeten zu haben, weil seine Hülfsbedürftigkeit gegen Schulden, Italiäner und Ungarn größer sei, als seine Fähigkeit, Andern zu helfen. Ob es wahr ist, darüber muß Graf Arnim eher urtheilen können als ich; aber ganz unbedenklich halte ich die Frage keinenfalls, und ich kann nicht läugnen, daß es mich einigermaßen erschreckt hat, aus Briefen von Freunden zu entnehmen, daß sich in der Umgebung Sr. M. eine Art von Graulichkeit zu erkennen giebt, bei dem Gedanken an die Einsamkeit, in welcher wir uns nach der Trennung von Rußland befänden, und die deshalb einen engern Anschluß als bisher an Östreich und die Vermeidung aller Streitfragen mit letzterm für nöthig hält. Es würde mich ängstigen, wenn wir vor dem möglichen Sturm dadurch Schutz suchten, daß wir unsre schmucke und seefeste Fregatte an das wurmstichige alte Orlogschiff von Östreich koppelten. Wir sind der bessere Schwimmer von beiden und jedem ein willkommener Bundesgenosse; sobald wir unsre etwaige Isolirung und strenge Neutralität aufgeben wollen, und wo wir später Bedingungen für unsern Beistand stellen können, würde es jetzt schwer fallen, den Schein einer ängstlich von uns gesuchten Anlehnung zu vermeiden. Die großen Krisen bilden das Wetter, welches Preußens Wachstum fördert, indem sie furchtlos, vielleicht auch sehr rücksichtslos von uns benutzt wurden; wollen wir noch weiter wachsen, so müssen wir wenigstens nicht fürchten, mit 400 000 Mann allein zu stehn, besonders solange die Andern sich schlagen und wir durch Partheinahme für jeden von ihnen immer noch ein bessres Geschäft machen, als durch frühe und unbedingte Alliance mit einem so wenig kampffähigen und so wenig ehrlichen Genossen wie Östreich. Jedenfalls steigt der Werth unsres Beistandes noch im Preise mit der fortschreitenden Verwicklung, und man giebt uns später mehr dafür als jetzt. Meine unmaßg. Ansicht, deren unberufenes Vortragen E. E. mit gewohnter Nachsicht gen. aufnehmen wollen, würde deshalb dahin gehn, daß wir uns auch mit Östreich jetzt nicht näher einlassen, und wenn es später geschehn sollte, tüchtige Bedingung in Betreff unsrer beiderseitigen Stellung in Deutschland daran knüpfen. Daß Östreich schon jetzt in dieser Beziehung so mürbe und zu Concessionen geneigt sein sollte, wie mir Prokesch andeuten zu wollen schien, kann ich mir nicht denken; man müßte sich denn dort sehr viel unsichrer fühlen, als wir wissen. Herr von Prokesch sprach allerdings von der Eventualität slavisch-griechischer Aufstände an der östr. Grenze und über dieselbe hinaus, sowie von Symptomen italiänischer Verschwörungen in einer Weise, die muthmaßen läßt, daß die Regirung besonders in der erstern Richtung neuerdings unwillkommne Entdeckungen gemacht habe. Er sprach im Sinne einer Äußerung, die Fürst Metternich

vor zwei Jahren in Johannisburg zu mir machte: „Preußen sei noch kein saturirter Staat; es liege in Östreichs Interesse, daß Preußen „saturirt" werde, dann werde es im Stande und geneigt sein, aufrichtig und ohne Rivalität mit Östreich zu gehn." Gewiß ein sehr wahres Wort, wenn man in Wien nur danach handeln wollte.

Sehr dankbar bin ich für die laufenden telegraphischen Mittheilungen von der Centralstelle der Presse. Gut und schnell unterrichtet zu sein, hebt hier das Ansehn und den Einfluß bei den Collegen; aus diesem Grunde erlaube ich mir die g. Bitte, gen. anordnen zu wollen, daß auch von den allgemein-politischen Circulardepeschen ein Exemplar der Bundesgesandschaft zugefertigt werde. Früher geschah es stets, neuerdings scheint es in Abgang gekommen zu sein, wenigstens gerieth ich gestern einigen Collegen gegenüber in die Verlegenheit, bekennen zu müssen, daß mir der Inhalt einer Circulardepesche über unsre Verhandlungen mit Petersburg, welche Graf Perponcher schon vor einigen Tagen in Wiesbaden mitgetheilt hatte, gänzlich unbekannt sei.

Herr von Brunnow ist vorgestern hier eingetroffen, hat aber weder Prokesch noch mich gesehn und ist gestern Vormittag nach Darmstadt übergesiedelt. Der Grund, weshalb er grade diesen Aufenthalt wählt, liegt vielleicht weniger in Darmstadt selbst, als weil es ein weniger auffälliger und klatschiger Centralpunkt als Frankfurt für den süd- und westdeutschen Verkehr, vielleicht auch den europäischen, durch seine Lage im Eisenbahnsystem ist. Auffällig findet man es allerdings, daß der Kaiser nicht das Bedürfniß hat, Brunnow in Petersburg zu sehn, um mündliche Berichte über England und die jüngsten dortigen Erlebnisse zu haben.

Die Fürstin von Hanau ist noch hier; dem Vernehmen nach schimpft sie ziemlich rückhaltlos auf Hassenpflug; ich hoffe durch ihren Arzt noch näheres von den Motiven dieses Zornes zu erfahren. Auch Fürst Leiningen ist hier und begiebt sich in einigen Tagen zum Herzog von Gotha. Mit der Bitte mich Ihrer Frau Gemalin angelegentlichst zu empfehlen ....

474. Bericht vom 18. Februar 1854 an Minister v. Manteuffel, betr. die Streitigkeiten zwischen den Regierungen von Holstein-Lauenburg, Mecklenburg, Lübeck und Hamburg und Preußen wegen des Berlin-Hamburger Eisenbahnfahrplans. — Vgl. Poschinger, Neue Berichte S. 178 ff.

475. Privatschreiben an Minister v. Manteuffel.

[Eigenhändig.]

23. Februar 1854.

Seit meinem letzten g. Schreiben scheint die östreichische Anschauung von der orientalischen Frage wieder etwas rosenfarbiger geworden zu sein. Herr von Prokesch ist so nervös und impressionabel, daß seine Stimmung und sein Befinden täglich den Inhalt seiner Nachrichten abspiegeln, und die Niedergeschlagenheit, mit der ihn vor 8 bis 14 Tagen die Nachrichten von der serbischen Grenze erfüllt hatten, scheint in der letzten Woche gehoben zu sein, und nur, wenn man der griechischen Bewegung in Epirus erwähnt, nimmt er jedesmal den Ausdruck von Besorgniß an. Nach der Art, wie sich der hiesige russische Geschäftsträger vertraulich gegen mich äußerte, wird indessen die Beruhigung meines östr. Collegen nur eine vorübergehende sein. Herr von Glinka ist persönlich der Ansicht, daß

die russische Kriegführung auf die Vortheile, welche die Sympathien der Slavo-Griechen und die daraus hervorgehenden Bewegungen bieten würden, nicht verzichten könne, und um so weniger Grund dazu habe, als mit der Bildung polnischer und andrer revolutionärer Freischaren auf türkischer Seite die Initiative ergriffen worden sei. Kommt dies System zu weitrer practischen Entwicklung, so muß die Spannung Östreichs gegen Rußland steigen, und damit die Verlegenheit des Wiener Cabinettes, da auf der andern Seite die Seemächte es in Händen haben, die Pandorabüchse von Italien zu öffnen. Ohne in die Frage einzugehn, inwieweit und unter welchen Bedingungen es im Interesse Preußens liegt, Östreich in Überwindung seiner Verlegenheiten und in Wahrung seiner Unabhängigkeit gegenüber von Rußland oder Frankreich beizustehn, kann man annehmen, daß wir unsern Beistand an Bedingungen knüpfen werden. Daß man uns bei dieser Gelegenheit mit ziemlich werthloser „Wiener Währung“ wird abfinden wollen, kann ich aus Äußerungen Prokesch's entnehmen, der mir weis machen will, daß Östreich lediglich aus Gefälligkeit gegen uns seine jüngste, ihm doch durch die bitterste Nothwendigkeit gebotene Position eingenommen und sich auf diese Weise ganz der Preußischen Politik angeschlossen hätte. Ebenso betrachtet er es als eine besonders dankenswerthe Concession, daß das Wiener Cabinet für jetzt nicht mit den Coalitionsstaaten gegen uns complottirt; das ist das Raisonnement des Beduinen, der es sich als ein besondres Verdienst bezahlen läßt, daß er den Reisenden, dessen Hülfe er selbst brauchte, nicht anfällt, und dabei doch noch denkt, aufgeschoben ist nicht aufgehoben. Es ist ein Trost für uns, daß E. E. mehr als wir alle die betrügliche Bonhommie unsrer Freunde an der Donau aus Erfahrung kennen, und alle Winkelzüge von dort uns nicht hindern werden, die Gelegenheiten, die Gott uns geben sollte, zu benutzen, um für unsre zukünftige Stellung zu Östreich unzweideutige Vereinbarungen zu gewinnen, auf deren Basis wir dermaleinst ehrliche Bundesgenossen ohne eifersüchtige Hintergedanken sein können.

Seit Herr von Brunnow in Darmstadt ist, hat er seinen Secretär, den Grafen Bludoff, hier stationirt, und hält sich durch ihn mit der hiesigen russischen Gesandschaft in Verbindung. Bei letztrer scheint bisher die Ansicht zu prävaliren, daß, ungeachtet der entschiednen Abweisung der Budberg-Orloffschen Anmuthungen, und ungeachtet der Haltung unsrer Presse, Rußland zu uns doch noch in bessern Beziehungen stehn und bleiben werde als zu Östreich. Ich weiß nicht, inwieweit nach den letzten Rückäußerungen aus Petersburg diese Ansicht sich rechtfertigt, und das Verhalten Budbergs und Benkendorfs steht ihr dem Vernehmen nach nicht zur Seite; aber ich würde mich freuen, wenn sie richtig wäre, denn m. E. giebt es keine Motive, die es rathsam machten, die Kluft zwischen uns und Rußland, wie sie durch die Verschiedenheit der Interessen absichtslos entstanden ist, irgendwie absichtlich zu erweitern. Niemand kann vorher wissen, wie lange die jetzige Vertheilung der streitenden Kräfte dauert, und England ist zu Lande, Östreich überhaupt ein schwacher Bundesgenosse.

Herr von Bülow theilte mir vertraulich mit, daß Herr von Prokesch ihn bis vor etwa acht Tagen wiederholt aufgefordert habe, die dänische Regirung zur Mittheilung ihrer Neutralitäts-Erklärung an den Bund zu bewegen, neuerdings aber gebeten habe, damit noch nicht vorzugehn, indem ähnliche Erklärungen von den Großmächten, wenn auch keine collective, in Aussicht ständen, denen Dänemark sich anschließen könne. Nach Herrn von Bülows Versicherungen wird Dänemark sich nur dann, wenn es der Übereinstimmung Preußens gewiß ist, auf derartige Schritte einlassen. Von Baiern und Sachsen scheint der Gedanke an solidarische Erklärungen des Bundes noch immer nicht

aufgegeben zu sein, obschon mir nur durch dritte Hand Symptome von dem Vorhandensein derartiger Absichten zukommen. Wenn es diesen Staaten gelänge, die orientalische Frage mehr als bisher der selbständigen Entschließung der einzelnen Großmächte Deutschlands zu entrücken und ihre Behandlung durch das consolidirte Bündel Östreich-Preußen-Deutschland anzubahnen, so würden sie zwar den formellen Vortheil davon haben, die Stimmen der 7 Mittelstaaten in der europäischen Politik 7 mal soviel zählen zu lassen, als die Preußens; der materielle Gewinn würde aber allein Östreich zufallen, welches dann an der Donau im Namen Mittel-Europas auftreten und hinter seinem kranken Staatswesen die Preußischen Thaler und die deutschen Bajonette rasseln lassen würde, um seinen eignen Zwecken zu dienen. Der Besitz des Präsidiums und die zunächst betheiligte geographische Lage würden ihm unter diesen gegenseitig Gebundenen die freiste Bewegung und die leitende Initiative sichern. Wir könnten uns m. E. (auf gute Bedingungen) gegen Östreich *oder* gegen die übrigen Bundesstaaten zu Solidarität verbindlich machen, aber nicht gegen beide zugleich.

Die Gothaisirenden unter meinen Collegen (Scherf, Fritsch, Eisendecher, Kirchenpauer) gehn soweit, daß sie unter den Eventualitäten Preußischer Entschließung die Herstellung Polens nicht aus dem Reiche der Möglichkeit ausschließen. Die Herren kennen Polen nicht und wissen nicht, daß ein unabhängiges Polen nur dann aufhören könnte, Preußens determinirter Feind zu sein, wenn wir zu seiner Ausstattung Länder hergeben, ohne die wir wiederum nicht existiren können, wie die untre Weichsel, ganz Posen und was in Schlesien polnisch spricht. Und selbst dann wären wir des Friedens mit ihnen in keiner Verlegenheit sicher.

In Betreff Badens möchte ich E. E. g. anheimstellen, durch Herrn von Savigny nochmals dahin wirken zu lassen, daß die Regirung, wenn sie trotz aller erneuter Avanien[1]) doch nach Rom schicken sollte, wenigstens streng den Character einer *Beschwerde* über den Erzbischof festhält, den eines Aufsuchens der Wiederanknüpfung der ältern Unterhandlungen aber vermeidet. Herr von Rüdt versprach mir dies, scheint aber nicht die Absicht gehabt zu haben, es zu halten. In Nassau ist man ganz correct in dieser Beziehung. Für den Augenblick scheint allerdings Aussicht zu sein, daß die Mission des Grafen Leiningen unterbleibt. Der Legationsrath Wentzel, der dies überbringt, hat seine Schwiegermutter verloren und um Erlaubniß gebeten, seine Frau nach Berlin zu geleiten. Mit der Bitte meine Frau und mich Ihrer Frau Gemalin angelegentlichst zu empfehlen . . .

476. Privatschreiben an Minister v. Manteuffel.

[Eigenhändig.]

26. Februar 1854.

E. E. sage ich meinen g. Dank für die gen. Mittheilung der inhaltschweren Nachricht, welche mir vorgestern Abend durch den Telegraphen zuging.[1]) In Übereinstimmung mit derselben sagt mir Herr von Tallenay, daß man in Paris auf eine active Betheili-

475. [1]) Poschinger liest irrig: „Avancen". Der Name „Leiningen", der darauf bei ihm folgt, steht an jener Stelle nicht.

476. [1]) Manteuffel telegraphierte am 24. Februar 1854: „Österreich will Rußland einen Termin zur Räumung der Donaufürstentümer setzen, sonst den Krieg machen. Man wird von uns die Aufstellung eines Armeekorps fordern. Diese Nachricht ist geheim, aber sicher."

gung Östreichs am Kriege rechne und von uns wenigstens moralischen und demonstrativen Beistand zu erwarten scheine. Herr von Savigny schreibt mir heut, daß durch Carlsruh gestern mehre telegraphische Depeschen zwischen Wien und Paris gegangen seien, welche, „insoweit man sie dort verstehen konnte", auf einen Anschluß Östreichs an Frankreich deuteten. Auch Baron Prokesch hatte einen Brief von Hübner, der mit der Post gegangen war und deshalb nur den allgemeinen Ausdruck enthielt, daß der Umschwung der östreichischen Politik, welcher sich in der letzten Zeit vorbereitet habe, nunmehr vollendet und in Ausführung gekommen sei. Nachdem er mir dieß gesagt hatte, glaubte ich ihm nicht vorenthalten zu sollen, daß mir „nach glaubwürdigen Privatnachrichten" kaum zweifelhaft sei, daß seine Regirung in Kürze Rußland zur Räumung der Fürstenthümer auffordern werde, unter Androhung des Krieges. Er hielt es Anfangs nicht für wahrscheinlich, weil Östreich zu schwach dazu sei und bei solchen Absichten schon längst andre Rüstungen hätte machen müssen, als die 30 oder 50000 Mann, die nach dem Banat rückten. Nachdem er aber einige Briefe, und namentlich die neusten Artikel der Wiener Blätter wiederholt verglichen hatte, fürchtete er, ich möchte doch Recht haben. Daß er sich bis dahin gegen eine derartige Auffassung gesträubt hatte, bewies der Eindruck, den die neue Überzeugung auf ihn machte. Er wurde körperlich unwohl und ist seitdem aufs Tiefste niedergeschlagen. Im Laufe des Gesprächs entwickelte er, wie es seine Art ist, das, was er thun würde, wenn er jetzt Preußischer Minister wäre; er würde in dieser Stellung sich auf einen so guten Fuß mit Östreich und den Westmächten setzen, als dieß ohne wirkliche Kriegführung gegen Rußland möglich wäre, *jedenfalls aber ungesäumt mit Östreich in Unterhandlung treten*, um eine für Preußen vortheilhaftere Abgrenzung der Stellung beider Mächte in Deutschland zu gewinnen. Er las mir zur Erläuterung seiner Ansichten und zum Beweise, wie sehr man denselben in Wien zugänglich sei, den anliegenden Artikel aus dem Lloyd vor, indem er die darin angestrichenen Stellen besonders accentuirte und geltend machte, daß der Lloyd und Warrens in dem *neuen* östreichischen System offenbar zu den gut Unterrichteten gehören müsse. Er hatte mir schon bei Eingang der ersten beunruhigenden Nachrichten aus Serbien vor etwa 14 Tagen in demselben Sinne gesprochen und erinnerte auch jetzt wieder an den Umstand, daß Östreich schon 1849 uns eine vertragsmäßige Hegemonie über Norddeutschland angetragen habe, und wie sehr er bedauere, daß Graf Brandenburg nicht darauf eingegangen sei. Auch von dem im May ablaufenden Mailänder Vertrage[2]) sprach er, und wie natürlich er es finde, daß Preußen bei Erneuerung desselben *seine Bedingungen* machen werde, wenn auch für den Augenblick Frankreich die Lombardei ohne Zweifel in Folge der neuen Verbindung decken werde. Ich befinde mich in der ungewohnten Lage, diesmal mit meinem östr. Collegen über Preußische Politik ganz einverstanden zu sein, und möchte nur noch hinzufügen, daß wir die Aufforderung „ein Armeecorps aufzustellen", utiliter acceptiren sollten, um auch unsrerseits eine unverdächtige Gelegenheit zum Rüsten zu haben; wir bleiben sonst in dieser Beziehung gefährlich hinter den übrigen 4 Großmächten zurück und sind im Augenblick der Noth nicht in promptu. Dabei müßten wir aber m. g. Bedünkens nicht eher offenherzig gegen Östreich werden, als bis wir die Überzeugung haben, daß man dort aus Noth *wirklich* so denkt, wie Prokesch anzudeuten bemüht ist, und daß Frankreich und England nicht entgegentreten, oder unmögliche Bedingungen stellen. Bis wir darüber sicher sind, würde ich, wenn ich

[2]) Vgl. oben S. 416 u. Nr. 495.

mitzureden hätte, Rußland nicht alle Hoffnung benehmen und die Brücke zwischen ihm und uns soweit erhalten, daß wir dem Cabinet von Petersburg doch näher stehen, als die andern 3 Mächte. Deshalb könnten wir sondirende Verhandlungen mit Wien doch ohne Weitres einleiten. Von Frankreich ist eine Circulardepesche ergangen, in welcher man seine Mißbilligung über die Umtriebe des Ministers von Beust und über seine Bemühungen, die Disciplin der Mittelstaaten gegen die Großmächte zu lockern, offen ausspricht. Gelesen habe ich sie noch nicht. Wenn der Entschluß Östreichs bekannt wird, so vermuthe ich, daß er an der Börse für den ersten Augenblick einen steigernden Eindruck machen wird, und dadurch dem Wiener Cabinet die Beschaffung einer Anleihe erleichtert. Die hiesigen Börsenmänner rechnen wenigstens eine derartige Betheiligung Östreichs am Kriege zu den Eventualitäten, welche den letztern abkürzen, vielleicht sogar den Frieden ganz erhalten würden; diese Herrn sind darin sanguinischer als ich. Die Russen sind zu eitel, um jetzt zu Kreuz zu kriechen, und England hat zuviel Geld in Rüstungen angelegt, um diese, sowie überhaupt den günstigen Augenblick nicht zu benutzen; es würde jetzt nur unannehmbare Friedensbedingungen stellen. Merkwürdig ist der Stand unsres Geldes. Der Thaler in Silber ist nicht ganz 105 Kreuzer werth, es fehlt daran nicht nur der ganze Betrag des Prägschatzes, sondern außerdem etwa ¼ Kreuzer, da das verkehrte hiesige Münzsystem aus der Mark Silber für 3 bis 4 Kreuzer weniger münzt, als der Einkaufspreis der rohen Mark Silber beträgt! Dennoch steht unser Thaler Silbergeld 106⅛ und in Kassenanweisungen sogar 106⅜ Kreuzer. Der Friedrichsd'or hat an Goldwerth kaum 9 fl. 40 Kr., an Zahlungswerth in Preußen 9 fl. 55, hier aber steht er 10 fl. 2 Kr. Nach allen Preuß. Münzsorten ist fortwährend unbefriedigte Nachfrage, und es ist unerhört zu nennen, daß unser Courant soviel höher steht, als die werthvollere Landes-Valuta, unser Papier aber höher als die Münze, welche es repräsentirt. Schade daß wir nicht mehr Kassenanweisungen gemacht haben; vielleicht geschieht es noch; 40 Millionen wären gewiß nicht zu viel. Silber geht noch immer viel nach Asien, wie ich höre. Worüber man hier viel klagen hört, ist der Umstand, daß bei uns die Courant-Sendungen postzwangspflichtig seien; das muß neuerdings erst eingerichtet sein, mir wenigstens war es unbekannt.

Heut oder gestern sollte Herr von Meisenbug nach Berlin hier durchkommen. Hiesige Privatbriefe aus Frankreich sind voll von Nachrichten über Truppenmärsche, Artillerie-Transporte, letztere besonders nach Metz. Auch heißt es darin, daß ein Theil der National-Garden mobilisirt werde. Der Feldmarschall-Lieutenant Mertens in Mainz, der mehre Correspondenten in den Provinzen diesseits Paris zu haben scheint, sagt, daß nach seinen Nachrichten die Rüstungen den Zweck einer einzuschiffenden Expedition jedenfalls übersteigen. Vielleicht sehn wir bald Französische Truppen nach Ungarn marschiren. Mit der Bitte mich den Ihrigen zu empfehlen . . .

P[ost] sc[riptum].

Characteristisch ist eine soeben zu meiner Kenntniß gelangende Thatsache: Vor etwa 10 Tagen stand im Journal de Francfort ein sehr heftiger Artikel gegen die Mittelstaaten, ihr Bestreben, die Darmstädter Coalition zu erneuern, und worin sie mit hochfahrender Grobheit auf ihres Nichts durchbohrendes Gefühl verwiesen wurden; er war als communiqué unter dem Datum „Wien" gegeben. Jetzt höre ich von der Redaction, daß ihr diese Correspondenz direct aus dem Bachschen Ministerium zugegangen sei, aber mit der Weisung, sie von „Berlin" zu datiren, und so, bei den Verhältnissen des Blattes,

die Meinung zu erwecken, daß der Ausfall aus unserm Ministerium käme. Die Redaction hat aber dieser Consigne nicht gehorcht, weil sie Reclamationen von Berlin fürchtete. Das Journal de Francfort wird nun bald wählen müssen, ob es die östreichische oder die russische Subvention verlieren will. Ein harter Schlag für Herrn von Brints.

477. Telegramm an Minister v. Manteuffel.

27. Februar 1854, 2 Uhr.[1])

Nach einigen in Carlsruh bei dem Durchlauf gelesenen telegraphischen Depeschen zwischen Wien und dem französischen Ministerium ist am Freitag[2]) zwischen Östreich und Frankreich ein Vertrag abgeschlossen.[3])

478. Privatschreiben an Minister v. Manteuffel.

[Eigenhändig.]

28. Februar 1854.

Die Nationalzeitung macht in der jüngsten Periode den Eindruck, als ob sie von östreichischen Einflüssen beherrscht würde, und namentlich dient sie dem von östreichischen Agenten betriebenen Manöver, uns durch den Druck der öffentlichen Meinung auf eine für Östreich wohlfeile Weise zur Unterstützung der Wiener Politik zu nöthigen. Es ist natürlich, daß man es an der Donau lieber sieht, wenn wir freiwillig und gratis solche Entschlüsse fassen, zu denen man uns andernfalls durch Concessionen gewinnen müßte. Diesem Bestreben steht leider die öffentliche Stimmung in der Art zur Seite, daß man aus instinctiver Mißstimmung gegen Rußland feindseligen Schritten gegen letztres auch dann Beifall zollt, wenn sie uns voraussichtlich nichts einbringen, aber viel kosten.

E. E. Erwägung erlaube ich mir die Frage zu unterbreiten, ob nicht die Central-Preßstelle anzuweisen sein möchte, einem solchen Drängen der öffentlichen Meinung entgegenzuarbeiten und vielmehr die südslawischen Sonderinteressen Östreichs im Gegensatz zu den deutschen hervorzuheben, wenigstens einstweilen, und ohne feindselig gegen Wien zu werden. Bis jetzt scheint es mir, als ob die offiziöse Presse sich jenem Drängen eher anschließe und so darauf hinwirke, unsern etwaigen Entschlüssen zu Gunsten Östreichs das Verdienst der Freiwilligkeit zu schmälern. Wenn wir gar, wie die Nationalzeitung anräth, dem Wiener Cabinet mit Erklärungen gegen Rußland nach vorauseilen wollten, so würden wir aus unsrer ganzen hoffnungsreichen Situation keinen andern Vortheil ziehen als Worte der Anerkennung von verschiedenen Seiten, mit hinterher folgender Kritik derselben öffentlichen Meinung, welche dem ersten Entschluß zujauchzte.

Ein andres Gravamen gegen viele unsrer offiziösen Correspondenzen, welches ich E. E. h. Cognition unterbreiten möchte, betrifft die angelegentliche Hervorhebung und Verbreitung der Geschichte von dem angeblichen oder wirklichen Verrath unsres Mobilmachungsplanes. Ist die Sache gegründet, so sollte dergleichen schmutzige Wäsche m. E.

---

[1]) Gedruckt (nach dem Konzept) Anh. z. G. u. E. II 154.
[2]) 24. Februar.
[3]) Die Meldung war irrig.

so heimlich wie möglich gewaschen werden; die Art, wie sie besprochen wird, schadet unzweifelhaft unsrer Consideration in Deutschland und erregt den Verdacht einer Fäulniß von unbestimmter Ausdehnung in unsern höchsten Regionen. Die jüngsten gleichlautenden Berliner Correspondenzen in uns befreundeten Blättern gehn sogar soweit, von einem Actenstück zu sprechen, welches als höchst wichtig nur in drei, in den Händen Sr. M. des Königs, Sr. K. H. des Prinzen von Preußen und des Herrn Kriegsministers befindlichen Exemplaren vorhanden wäre, so daß die Vermuthungen über dessen Mittheilung an das Ausland sich auf Möglichkeiten einschränken, welche nur bei politischen Discrepanzen in den Regionen der Königlichen Familie oder des Ministeriums ihre Erklärung in den Augen des großen Publikums finden.[1])

*Die Nachricht, welche ich gestern telegraphisch über einen Abschluß zwischen Östreich und Frankreich mitzutheilen mich beehrte[2]), rührte von Herrn von Savigny her; man liest nämlich in Carlsruh telegraphische Depeschen, welche von Paris direct nach Wien gehn, indem man sie durch eine Nebenleitung in den Carlsruher Apparat interceptirt, was technisch keine Schwierigkeit hat und den electrischen Strom zwischen den Endpunkten nicht hindert.

Leg. Rath Wentzel wird E. E. schon angezeigt haben, daß meine Schönhauser Papiere ohne mich glücklich gefunden worden sind. Ich würde trotzdem, da hier jetzt wenig zu thun ist, die implicite ertheilte Erlaubniß nach Berlin zu kommen, benutzt haben, wenn ich nicht bei der Ungewißheit über die Ereignisse, die jeder nächste Tag bringen kann, zweifelhaft gewesen wäre, ob es E. E. Wünschen entspricht, daß ich ohne dringende Gründe oder ausdrückliche Aufforderung meinen Posten verlasse. Mit der Bitte mich den Ihrigen zu empfehlen* . . .

479. Privatschreiben an Legationsrat Wentzel.

[Eigenhändig.]

Berlin [15. März 1854].[1])

Nur einige Worte kann ich für heut auf Ihren eben erhaltnen Brief[2]) antworten; die Collegen wissen vom hellen lichten Tag nichts. Wir wünschen nichts dringender als neutral zu bleiben, Östreich aber will durchaus nicht; die Idee also, daß den deutschen Staaten durch die Verbindung Pr[eußens] und Östreichs die Neutralität gesichert werden soll, ist unausführbar; ob wir allein sie uns und ihnen und damit den Frieden für Deutschland erhalten können, läßt sich noch nicht übersehn. Mit Frankreich stehn wir bisher ganz gut, mit England kühler; am meisten drängt uns Östreich zum Verzicht auf eine neutrale Stellung. Sagen Sie das an Zietelm[ann]. Meiner Frau bitte ich mitzutheilen, daß ich zu meinem größten Bedauern in den nächsten 3 Tagen nicht abreisen kann. Ihr . . . . .

---

478. [1]) Vgl. über den Verrat des preußischen Mobilmachungsplans Joh. Schultze, Gustav Freytag und die preußische Polizei, Preußische Jahrbücher, Band 183, S. 331 ff.

[2]) Vgl. Nr. 477.

479. [1]) Nach dem Abdruck im Bismarckjahrbuch V 10. Bismarck war am 2. März nach Berlin gereist.

[2]) Vom 14. März 1854, in dem Wentzel u. a. über die Stimmung der Bundestagsgesandten hinsichtlich der orientalischen Frage berichtete, die auf völlig falschen Ansichten beruhte. Vgl. Wortlaut des Briefes im Bismarckjahrbuch V 61 ff.

480. Schreiben an den Prinzen von Preußen.

[Eigenhändige Ausfertigung.]

Berlin, 17. März 1854.[1])

E. K. H. gnädigster Erlaubniß entsprechend, werde ich nicht verfehlen, Höchstdenselben morgen Vormittag meine Aufwartung zu machen, und beehre ich mich dem erhaltenen Befehl gemäß auf die gestellten drei Fragen[2]) Nachstehendes ehrfurchtsvoll zu antworten.

1. Der Eingang des Conventions-Projectes[3]) hat in meinen Ansichten nichts geändert; ich lernte die Existenz desselben erst bei meiner Ankunft hier kennen und fand es durch S. M. dem König verworfen, bevor ich in den Fall kam, mich über dasselbe äußern zu können. Dagegen ist meine Anwesenheit in Berlin allerdings das Mittel gewesen, mich über einige Illusionen aufzuklären, und meine Ansicht war eine andre, ehe ich die Convention kennen lernte, aber ohne daß die Existenz der letztern an dieser Änderung Antheil hätte. Es geziemt mir nicht darüber zu urtheilen, daß S. M. der König es verschmähen, die Verlegenheiten andrer Staaten zu benutzen; aber wenn auch Allerhöchstdieselben eine ehrgeizigere Politik für Preußen adoptiren wollten, so wäre zur Durchführung derselben vor allen Dingen einmüthiges Zusammenwirken aller bestehenden Einflüsse erforderlich und, neben strengerer Disciplin, Verschwiegenheit und Muth, sowohl gegenüber dem Auslande, als namentlich gegenüber einer öffentlichen Meinung, der man die letzten Zwecke nicht von Hause aus mittheilen kann. Wenn S. M. nicht in diesem Sinne eine Unterstützung findet, welche bereit ist, jede eigne Meinungsverschiedenheit mit Selbstverleugnung gefangen zu nehmen und unterzuordnen, so liegt selbst auf dem bescheideneren Wege, den unsre Politik einschlägt, eine gefährliche Zukunft vor uns. Von den übrigen Großmächten unterliegen drei einer einheitlichen, von jeder andern Rücksicht als der staatsmännischen Erwägung der eignen Interessen freien Leitung. Die vierte, England, erfreut sich, wenigstens in auswärtigen Krisen, desselben Vorzugs, weil dort in Kriegsfällen, auch wenn die Gefahr Englands Boden noch nicht bedroht, jede Partei-Politik schweigt, um sich der einheitlichen Führung, auch eines gegnerischen Ministeriums, unterzuordnen. In diesem Augenblick wenigstens ist es so.[4]) Wenn Preußen sich in Mitten dieser Gewalten von Kammer-Majoritäten leiten lassen wollte, welche vor den Augen aller Welt die Freiheit der Regirung durch unpractische Verclausulirungen einer Anleihe zu lähmen bemüht sind, oder wenn das Phantom öffentlicher Meinung, getragen von einer Presse, deren Mechanismus ich aus eigner Anschauung kenne, in dieser ernsten Krisis unsern Entschließungen die Besonnenheit raubt, oder wenn zwiespältige Ansichten in den maßgebenden Kreisen die einheitliche Energie unsrer Action brechen, so ist es Gottes Wunder, wenn wir mit Ehren bestehen.

2. Die Unterzeichnung der Convention würde ich für kein Unglück gehalten haben, wenn die Behandlung dieser Frage nicht durch den Eifer der Parteinahme für und wider aus dem Geleise kalter und geschäftlicher Erwägungen gedrängt worden wäre und dieses Actenstück eine unnatürliche Wichtigkeit erhalten hätte, und wenn ich sicher ge-

---

[1]) Im Anh. z. G. u. E. I 22 ff bereits nach dem Konzept gedruckt.

[2]) Vgl. Schreiben des Prinzen von Preußen an Bismarck vom 16. März 1854 im Anh. z. G. u. E. I 21.

[3]) Projekt einer Offensiv-Konvention mit Österreich gegen Rußland, deren Unterzeichnung Friedrich Wilhelm IV. am 5. März abgelehnt hatte.

[4]) Am 6. März 1854 hatte das Unterhaus mit Begeisterung einstimmig alle von der Regierung für den Krieg geforderten Mittel bewilligt.

wesen wäre, daß Furcht vor den Westmächten und andre combinirte Kräfte uns nicht unaufhaltsam weiter getrieben hätten in einer Bahn, auf welcher die fremden Ansprüche an uns in demselben Maße wachsen, als die Preußischen Motive für unsre Leistungen und Opfer abnehmen. Unsre Interessen und die der Westmächte sind nicht identisch; der Wunsch der letztern aber, unsre Kräfte der vollen Durchführung ihrer Absichten dienstbar zu machen, ist natürlich. Früher oder später muß daher der Moment eintreten, wo wir aufhören, diesem Wunsch zu entsprechen. Die Freiheit in der Wahl dieses Momentes bleibt uns unverkümmerbar, wenn wir der Convention nicht beitreten. Trotzdem würde ich von der Unterzeichnung nicht abgerathen haben, wenn ich überzeugt gewesen wäre, daß unsre fernere Haltung frei von Furcht vor dem Westen geblieben wäre.

3. Mein Programm für die Zukunft ist vor allen Dingen eine rückhaltlose Unterstützung der Ausführung derjenigen Beschlüsse, welche S. M. fassen werden. Die Unterschiede zwischen den verschiedenen vor uns liegenden Wegen erscheinen mir, besonders mit Rücksicht auf die Ungewißheit der Ereignisse, nicht so zwingend als die Nothwendigkeit, den Weg, welchen wir wählen, unter einheitlicher Leitung und in geschlossener Disciplin zu gehn. An dem Gange des Staatswagens zu rütteln oder ihm Hindernisse zu bereiten, würde ich mich nur dann für berufen halten, wenn ich im Stande wäre, ihn ohne Weitres in ein andres, von mir für besser gehaltenes Geleise zu versetzen. Soweit mir die ah. Intentionen bekannt geworden sind, gehn sie für jetzt dahin, Oestreich vor der Abhängigkeit von den Westmächten oder von Rußland zu bewahren und im Verein mit dem Wiener Cabinet und dem Deutschen Bunde eine möglichst selbstständige Haltung einzunehmen.

Bei der jetzigen Lage Oestreichs nach Innen und nach Außen glaube ich, daß wir in dieser Dreiheit die Stärksten sind und sie dominiren können, wenn wir den ernstlichen Willen dazu haben. Unter den obwaltenden Umständen und nachdem mein Preußischer Ehrgeiz sich, seit ich in Berlin bin, bedeutend abgekühlt hat, bin ich persönlich mit dieser Politik unumwunden einverstanden, würde ihr aber aus Gehorsam gegen S. M. auch dann mit allen Kräften dienen, wenn ich es nicht wäre ....

481. Handschriftliche Notizen.

[März 1854.][1])

Wir können Oestreich nicht die allgemeine Zusicherung geben, mit ihm zu gehn und auch den Bund dahin disponiren zu helfen, wenn wir nicht wissen, wohin Oestreich will.

Ein Bündniß zur Defensive mit gegenseitiger Garantie der Gränzen ohne weitre Bedingungen war möglich, wenn Oestreich neutral bleiben wollte; will es aber Krieg führen, so müssen wir wissen, gegen wen, zu welchem Zweck, mit welchen Mitteln, ehe wir von seinen Entschlüssen die unsrigen abhängig machen können.

Unsre bisherigen Interessen sind defensive, die Ausdehnung unsrer Defensive ist durch unsre Bundespflichten bedingt; deutsche Interessen zu vertheidigen, weigern wir uns nicht, können aber bisher nicht beurtheilen, ob das, was Oestreich mit den vereinten preußisch-deutsch-östreichischen Kräften beginnen will, innerhalb der deutschen Interessen liegt.

[1]) Nach dem Abdruck im Anh. z. G. u. E. II 154 f. Vielleicht sind die Notizen für die Besprechung angefertigt, die Bismarck mit dem Prinzen von Preußen am 18. März 1854 verabredet hatte.

Will Oestreich erobern, will es die russische Armee angreifen? Zu beidem kann es unsre Mitwirkung nicht ohne Weitres verlangen; will es nur Ruhe innerhalb seiner jetzigen Gränzen, zu deren Behuf Versprechungen von Rußland und Erlaubniß, Unruhen auch auf türkischem Gebiet innerhalb gewisser Demarkationslinien zu unterdrücken, auch Gebiete besetzt zu halten, so helfen wir ihm mit Wort und Feder dazu. Wirklichen militärischen Beistand kann es nur verlangen, wenn Deutschland in Kriegsgefahr geräth, ohne daß Oestreich solche durch muthwillige Aggression provocirt. Darüber hinaus reicht weder unsre Pflicht noch unser Interesse; und sollen wir weiter gehn, so muß Oestreich uns ein bestimmtes gemeinsames Ziel nennen und sein Vorhaben definiren.

Quid et ubi, quibus auxiliis, cur, quomodo, quando.

Die Regirung ist entschlossen, Preußen unter allen Umständen die ihm gebührende Mitwirkung zur Erhaltung des Europäischen Gleichgewichts zu wahren; bisher aber müssen wir uns sagen, daß Preußen nicht in gleichem Maße wie andre Staaten vermöge seiner geographischen Lage und seiner überseeischen Verbindungen der Beruf obliegt.

482. Bericht vom 21. März 1854 an Minister v. Manteuffel, betr. die Ulm-Rastatter Festungsbausache. — Vgl. Poschinger I Nr. 238. Von Fehlern in dem Poschingerschen Abdruck verzeichnen wir: S. 367 Zeile 15 v. u. muß statt „es“ gelesen werden „er“, S. 368 Zeile 7 v. u. statt „Bundesconstitution“ „Bundesinstitutionen“.

483. Bericht vom 25. März 1854 an Minister v. Manteuffel, betr. die Haltung Hannovers in der orientalischen Frage. — Vgl. Poschinger I Nr. 239.

484. Bericht vom 29. März 1854 an König Friedrich Wilhelm IV., betr. die Haltung Hannovers und Kurhessens in der orientalischen Frage. — Vgl. Poschinger I Nr. 240. Zu berichtigen sind in dem dortigen Abdruck folgende Stellen: S. 371 Zeile 22 v. u. muß statt „Herren“ gelesen werden „hannöverschen“, Zeile 11 v. u. ist vor Verfassung einzuschalten „hannöverschen“, S. 373 Zeile 5 lies „so“ statt „für“, Zeile 14 „materielleren“ und „veranlaßten“, Zeile 17 v. u. „dabei“ statt „darin“, Zeile 16 v. u. „den hannöverschen Ministern“, S. 374 Zeile 7 v. u. lies „Unruhe“ statt „nunmehr“. S. 374 Zeile 15 ist über „mit“, anscheinend von Bismarcks Hand nachträglich, vielleicht bei Poschingers Publikation, in der Ausfertigung mit Bleistift geschrieben „gegen“.

485. Vertrauliches Schreiben an Minister v. Manteuffel.

[Konzept.]

29. März 1854.

E. E. beehre ich mich in betreff meiner soeben zurückgelegten Reise über Hannover und Kassel neben dem an S. M. den König erstatteten Immediatbericht noch einige vertrauliche Mitteilungen zu machen.

Unsere deutschen Bundesgenossen erwarten mit einer unruhigen und etwas gereizten Spannung die Mitteilungen Preußens und Österreichs über den Stand der orientalischen Frage, und diesem Gefühl liegt vorzugsweise das Bedürfnis zugrunde, ihre souveräne Existenz wenigstens am Bunde durch eine Meinungsäußerung über europäische Politik zu konstatieren. Durch den langen Frieden hat sich die Theorie der Gleichheit der Souveräne unter sich bei den Mittelstaaten in einer krankhaften Weise ausgebildet, und besonders in Hannover herrscht ein Gefühl ärgerlicher Beschämung, weil man auf die Anfragen fremder Gesandten in betreff der Haltung des Bundes und insbesonders Hannovers nicht viel mehr zu antworten imstande ist, als was ohnehin in den Zeitungen steht. In meinem Immediatbericht habe ich erwähnt, wie die hannöversche Regierung außerdem einen Bundesbeschluß braucht, um Geld zu bekommen. Man hat mir dort aus guter Quelle mitgeteilt, daß die Ausrüstung der Truppen in einem kläglichen Zustande sei, die Infanteriegewehre zum größten Teil vor fünfzig Jahren angeschafft, und gänzlicher Mangel an Lederzeug für Infanterie und Kavallerie obwalte. Hannover braucht daher einen Bundesbeschluß, durch welchen zu Leistungen aufgefordert wird, und kann sich mit einer patriotischen Gefühlsergießung über deutsche Eintracht im Schoße der Bundesversammlung nicht zufrieden geben.

Es war dem König Georg offenbar nicht lieb, eine bestimmte Erklärung über das Maß seiner Bereitwilligkeit zur Hingabe an die Politik Preußens und Österreichs und zu etwaiger Verteidigung außerdeutscher Provinzen geben zu sollen. S. M. stellte mir viele und unerwartete Fragen, welche darauf berechnet waren, einen Anlaß zu einstweiliger Zurückhaltung der eigenen Ansicht zu gewinnen. Nachdem ich auf alle per fas et nefas befriedigend geantwortet hatte, erfolgte von Sr. M. die unumwundene Erklärung, daß Allerhöchstdieselben jeden Angriff auf die außerdeutschen Besitzungen Österreichs oder Preußens als einen Kriegsfall für Deutschland betrachte, auch dann, wenn ein solcher als ein provozierter formell zu betrachten sei. Nach dem ganzen Verlauf des Gesprächs schien es mir, daß diese Erklärung mehr deshalb gegeben wurde, um für den Augenblick nichts anderes zu sagen, und glaube ich derselben eine praktische Bedeutung nicht beilegen zu sollen, um so mehr, da ich nach den späteren Mitteilungen des Ministerpräsidenten von Lütcken annehmen muß, daß der König sich gegen diesen nicht mit derselben Klarheit ausgelassen hat. Der österreichische Gesandte Baron Koller hatte bisher offenbar keine Instruktionen, welche ihm als Beweis eines Einverständnisses zwischen Berlin und Wien hätten dienen können, er schenkte indessen meinen desfallsigen Versicherungen anscheinend Vertrauen. Er äußerte wiederholt die Überzeugung, daß eine eigentliche Verabredung zwischen den Mittelstaaten zwar versucht, aber nicht zustande gekommen sei, obwohl Hannover sich das Ansehn gebe, als bestehe eine solche und als hänge deren Tätigkeit im Augenblick vorzugsweise von Hannover ab. Baron Koller hielt die desfalls von den Ministern gemachten Andeutungen für Wichtigtuerei und für eingegeben durch den Wunsch, die Großmächte zu Vorlagen am Bunde zu drängen, um womöglich bald einen Bundesbeschluß und dadurch einen Zwang zu einer Anleihe zu erhalten. Wenn auch wirklich Verabredungen zwischen den Mittelstaaten nicht beständen, so bin ich doch fest überzeugt, daß Hannover sich nicht dazu versteht, gegen die beiden Großmächte und noch weniger gegen eine derselben Verpflichtungen einzugehen, von welchen man nicht gewiß wäre, daß wenigstens Bayern und Sachsen sie auch eingingen. Die Idee des Herrn von Lütcken, den Großmächten für schleunige Entschließungen einen Stimmführer der Mittelstaaten beizugesellen, scheint mir eine sehr bedenkliche, das Prinzip der Majorität würde

in dieser Trias nur gegen Preußen geltend gemacht werden, nicht aber, wenn die Mittelstaaten, vielleicht gestützt auf auswärtige Einflüsse, den vereinten Großmächten gegenüber in der Minorität wären; eine Beteiligung der kleineren Staaten hielt Herr von Lütcken nicht für erforderlich. Als den hauptsächlichen Nutzen dieser Trias gab er die Vorsorge für den möglichen Fall einer Divergenz zwischen Österreich und Preußen an. Schließlich wollte er den ganzen Plan als seine Privatansicht behandelt wissen.

In Kassel ist es mir aufgefallen, wie genau der Minister Hassenpflug über Berliner Zustände und Vorgänge unterrichtet war; er bezieht seine Nachrichten durch seine in Berlin lebende Schwester. Er hielt übrigens die ganze Phase der Annäherung Österreichs an die Westmächte, den Beitritt zur Konvention eingeschlossen, für nicht ernsthaft gemeint und lediglich für ein Manöver, um Preußen zum Anschluß an Österreich und [zu] derjenigen Politik zu bringen, welche wir im November v. J. abgelehnt hätten. Baron Prokesch, der übrigens keineswegs au fait von der Politik seines Kabinettes zu sein scheint, teilt angeblich diese Ansicht. Übrigens ist die Konstellation doch eine wesentlich andere, wenn jene damals von Österreich angestrebte Stellung jetzt, nachdem zwischen Wien und Petersburg Kälte und Mißtrauen an Stelle des früheren Einvernehmens getreten sind, unter unserer Leitung vom Bunde angenommen wird.

Der französische Gesandte in Kassel Graf Serrurier hat sich gegen mich in einer Weise geäußert, welche auf eine Abnahme des guten Einverständnisses zwischen England und Frankreich schließen läßt. Weit entfernt, eine Verstimmung darüber an den Tag zu legen, daß in den letzten Wochen Preußen sich bestrebe, im Verein mit Österreich eine unabhängige und neutrale Stellung einzunehmen, bezeichnete er es als ein hohes Verdienst, den Krieg dadurch zu lokalisieren, daß man ihm Deutschland verschließe, da gar nicht zu berechnen sei, welche Folgen derselbe haben könne, sobald er in Mitteleuropa und zu Lande geführt werde. Der Graf Serrurier gilt für keinen Mann, der eigene, von der Regierung nicht autorisierte Meinungen ausspricht, und die obigen finden nach Angabe des Herrn von Prokesch ihre Bestätigung durch seine Privatnachrichten aus Paris.

Als einen charakteristischen Umstand muß ich noch hervorheben, daß S. K. H. der Kurfürst, ehe mir eine Audienz erteilt wurde, sich vergewisserte, daß ich nicht von der dem Vernehmen nach intendierten Verlobung J. K. H. der Prinzessin Luise mit Sr. Dl. dem Prinzen von Hessen-Philippsthal sprechen würde.

Hier in Frankfurt haben alle diejenigen, welche ihre Parole von der Präsidialgesandtschaft empfangen, offenbar auf eine Verständigung Preußens und Österreichs nicht gerechnet; man hat alle Mittel aufgeboten, um uns den Inhabern der Metalliques als diejenigen zu denunzieren, welche Schuld daran sind, daß die Fünfprozentigen bis auf 56 gefallen sind. In den leidenschaftlichen und gehässigen Leitartikeln der Postzeitung gegen Preußen findet die Verzweiflung des Herrn von Blittersdorf, eines der stärksten und geizigsten Besitzer österreichischer Papiere, ihren Ausdruck. Es gehört der ganze bornierte Preußenhaß gewisser hiesiger Koterien dazu, um nicht einzusehen, daß gerade unsere Politik dem Druck, welchen Österreichs Verhältnisse auf die dortigen Papiere üben,[1]) entgegenwirkt, wie das fortwährende Steigen unserer Kassenanweisungen an hiesigen Banken nicht möglich wäre, wenn unsere Politik die in den allgemeinen Verhältnissen liegende Baisse beförderte. Dieses zinslose Papier wird hier jetzt mit 107½ Kreuzern für den Taler bezahlt, während der Taler in Silber nur den Wert von 104 Kreuzern hat. *Beiläufig

[1]) Vorlage: übt.

bemerke ich noch g., daß der antipreußiſche Ton der offiziöſen Blätter in Hannover und Kaſſel ſeit meiner dortigen Anweſenheit ſofort abgeſtellt worden iſt. Der Miniſter Haſſenpflug erwiderte mir auf meine diesfallſigen Ausſtellungen mit der ihm nach der Tafel eigentümlichen Lebhaftigkeit: Der Redakteur der Kaſſeler Zeitung ſolle „die Schock-ſchwere-Not kriegen", wenn er ſich noch einen einzigen Ausfall gegen Preußen erlaube. Er ſchob dabei die Schuld des bisherigen Verhaltens anderen Einflüſſen als den ſeinigen zu, augenſcheinlich Herrn v. Baumbach. Genehmigen* . . . .

486. Bericht vom 31. März 1854 an Miniſter v. Manteuffel, betr. die Haltung der Mittelſtaaten in der orientaliſchen Frage. — Vgl. Poſchinger I Nr. 242.

487. Schreiben vom 5. April 1854 an Miniſter v. Manteuffel, betr. die Haltung der deutſchen Staaten in der orientaliſchen Frage. — Vgl. Poſchinger I Nr. 243.

488. Bericht vom 7. April 1854 an König Friedrich Wilhelm IV., betr. die Verſchleppung der Regelung der ſtandesherrlichen Frage. — Vgl. Poſchinger, Neue Berichte S. 182.

489. Bericht vom 12. April 1854 an Miniſter v. Manteuffel, betr. die Reviſion der Geſchäftsordnung des Bundes. — Vgl. Poſchinger, Neue Berichte S. 183 f.

490. Bericht vom 16. April 1854 an Miniſter v. Manteuffel, betr. die Reviſion der Geſchäftsordnung. — Vgl. Poſchinger I Nr. 244.

491. Privatſchreiben an Miniſter v. Manteuffel.

[Eigenhändig.]

21. April 1854.

E. E. habe ich in den letzten Wochen wenig von hier melden können, weil Alles mit ſtagnirender Erwartung den Blick nach Berlin richtete und auf die Reſultate der dortigen Verhandlungen wartete, um ſeine Stellung dazu zu nehmen. Ich will indeſſen die Reiſe des Grafen Walderſee wenigſtens benutzen, um meinen Glückwunſch zu dem geſtrigen Abſchluß[1]) und meinen g. Dank für die telegraphiſche Benachrichtigung von demſelben auszuſprechen. Ich habe noch keine Vorſtellung von der Tragweite und überhaupt dem ſpeciellen Inhalt der Konvention. Den Beifall der deutſchen Regirungen wird ſie in dem Maße haben, als ſie Garantien gegen die Wiener Kriegsbeſtrebungen bietet; in dieſem Sinne ſprechen ſich meine Collegen, mit Einſchluß des Herrn von Prokeſch aus. Letzterer

[1]) Allianzvertrag zwiſchen Preußen und Öſterreich. Vgl. darüber G. u. E. I 97 f. Der Wortlaut findet ſich u. a bei J. v. Jasmund, Aktenſtücke zur orientaliſchen Frage, Berlin 1855, Nr. 222, S. 302 ff., desgl. bei Poſchinger IV S. 186 ff.

fürchtet offenbar die schwersten Folgen für Östreich von einem Kriege gegen Rußland, denn Liebe zu den Russen ist es gewiß nicht, was ihn veranlaßt, einer friedlichen Politik das Wort zu reden und sogar gegen diesseitige Offiziere von dem Dank zu sprechen, den Östreich uns dafür schulde, daß wir seinen Beitritt zu der Convention im März[2]) gehindert haben. Er sprach mir heut von der Berufung Hübner's nach Wien; offiziell sei sie erfolgt, damit er der Vermählung[3]) beiwohne; eine ähnliche Berufung sei aber an andre Gesandte des Kaisers nicht ergangen, und dem Grafen Thun habe man sogar seinen deshalb angebrachten Wunsch abgeschlagen; wahrscheinlich sei, daß man Hübner's Haltung zu westmächtlich gefunden, er sich auch vielleicht zu weit avanturirt[4]) habe, und man seine zeitweise Abwesenheit von Paris wünsche, die man gleichzeitig zu gründlicher Instruirung über die fernern Ideen des Cabinettes benutzen werde.

In Sachen der Geschäftsordnung hat mein östr. College seit 8 Tagen eine für alle Mitglieder des Ausschusses unerwartete Nachgiebigkeit bewiesen. Er hat ein noch wenig Tage vorher zu den Acten gegebnes, sehr grobes polemisches Memoir über unsre Vorschläge aus freien Stücken zurückgenommen und ist mir, seit ich zuletzt berichtete, noch unaufgefordert mit mehren untergeordneten Concessionen entgegengekommen, während er sonst jede Besprechung der Angelegenheit übellaunig abkürzte. Auch hat er mir aus eignem Antriebe erklärt, daß er bemüht sein wolle, schon in der nächsten Sitzung den Ausschußvortrag einzubringen.

Sir A. Malet sagte mir heut, daß er gestern von Darmstadt hierher mit dem Herzog von Cambridge gereist sei. Derselbe hat ihm gesagt, daß die Anregung zu der Reise[5]) nach Wien vom franzöſ. Kaiser ausgegangen sei, daß man in London keinen Gedanken daran gehabt, und erst kurz vor der Abreise die Erlaubniß dazu telegraphisch eingeholt worden sei. Der engl. Gesandte theilte mir außerdem vertraulich mit, daß von ihm, und seiner Ansicht nach auch von den engl. Ministern, ein Wechsel in der Person des dortigen Preuß. Gesandten nur als gedeihlich für unsre Beziehungen mit England betrachtet werden könne. B[unsen] sei zu sehr die „ame damnée" des Prinzen Albert gewesen. Von Paris soll eine Circulardepesche an die Gesandten in Deutschland ergangen sein, in Betreff der durch den Fürsten Gortschakoff angeblich an Frankreich gemachten Eröffnungen; Herr von Tallenay hat ein derartiges Circular entweder nicht erhalten oder zur Production nicht für geeignet erachtet. Von der hiesigen russischen Gesandschaft wird mir erzählt, daß der Kaiser es entschieden verbiete, auf das System der „Enthüllungen" einzugehn, daß aber grade umgekehrt der Prinz Napoleon dem Fürsten G[ortschakoff] derartige Anerbietungen gemacht habe, die dieser nach Petersburg gemeldet; dort seien sie 6 Wochen lang gar nicht und dann mit allgemeinen Phrasen beantwortet; in dem Verhalten des Pariser Cabinettes aber habe der Zeitpunkt, wo die Antwort aus Petersburg hätte eingehn können, wenn man dort bereitwillig gewesen wäre, einen merklichen Wendepunkt gebildet. Mir ist allerdings nicht glaublich, daß man russischer Seits zu derartigen Eröffnungen einen eiteln und feierlichen Herrn wie Fürst G[ortschakoff] benutzt haben würde, da man so viel unauffälligere Kanäle hat. Mit der Bitte mich der gnädigen Frau angelegentlichst zu empfehlen . . .

---

[2]) Vgl. S. 435 Anm. 2.
[3]) Des Kaisers Franz Josef.
[4]) Poschinger hat irrig: avancirt.
[5]) d. h. des Herzogs von Cambridge.

492. Privatschreiben an Minister v. Manteuffel.

[Eigenhändig.]

25. April 1854.

E. E. sage ich meinen g. Dank für die gen. Mittheilung der Actenstücke in Betreff der orientalischen Verhandlungen mit Oestreich. Ich komme soeben von den Vermählungsfeierlichkeiten zurück, die uns das östr. Militär in Mainz gegeben hat, da Prokesch in dieser Beziehung sein strenges Ersparungssystem durchführte, und muß bei der vorgerückten Stunde die befohlne Berichterstattung auf morgen verschieben, indem ich mich heut auf meinen aufrichtigen Glückwunsch in Betreff des Abschlusses vom 20. beschränke. Wenn uns die in Bezug genommene, wahrscheinlich das Militärische regulirende „Übereinkunft" nicht genauer formulirte Verpflichtungen auferlegt, so ist das Bündniß vom 20. wesentlich ein pactum de contrahendo, durch welches wir den großen Vortheil erreichen, Östreich den Vorwand zum Drängen und zu eignen leichtsinnigen Beschlüssen zu nehmen und für uns Zeit zu weitrer Beobachtung der Ereignisse zu gewinnen, während wir durch das „im Einverständniß mit dem Andern" in Art. II einstweilen das Heft in der Hand behalten. Wenn E. E. mir gestatten, das Ziel zu formulieren, welches mir von meinem eine Übersicht allerdings nicht gewährenden Standpunkte vorschwebt, so ist es 1) durch alle Mittel uns einem kriegerischen Vorgehn gegen Rußland zu entziehn, weil wir mit dem ersten Preuß. Kanonenschuß gegen die Russen abhängig werden von den Chancen einer Verständigung zwischen Paris und Petersburg; 2) Zusammenhalten der Preuß.-Östr.-Deutschen Staatenmasse unter Bedingungen, die uns mindestens ein wirksames veto in Betreff der gemeinsamen Politik sichern. Das Bündniß vom 20. in den mir vorliegenden 6 Artikeln bietet m. E. eine vortreffliche Handhabe zu diesem System, wenn wir nur mit Entschlossenheit die Auslegung in unserm Sinne von vornherein festhalten. Die Mehrzahl der deutschen Regirungen wird uns darin factisch unterstützen, wenn auch nicht mit der Absicht, die Entscheidung in Preußens Hand zu legen. Jedenfalls werden sie ein wirksamer Hemmschuh für die vorzeitige Kriegslust Östreichs sein; in diesem Sinne sprach sich auf dem gestrigen Ball in Mainz der Herzog von Nassau, der Großherzog von Hessen, der Prinz Emil und der Minister Hassenpflug aus, die wenigstens für den Barometerstand der Coalitionsstaaten Zeugniß geben.

In Betreff der Vorlage an den Bund hat uns Östreich eine secundäre und undankbare Rolle zugemuthet; eine Aufforderung, unserm Bundesgenossen auch jetzt nicht mehr Wohlwollen und Billigkeit zuzutrauen als früher. Nach Äußerungen des Bairischen Gesandten darf ich annehmen, daß die Mittelstaaten, wenn sie dem Bündniß beitreten, sich ebenso gut wie wir in Art. II die „Verständigung" und Constatirung ihres „Einverständnisses" vorbehalten werden, ehe sie sich bereit erklären, mit Östreich „activ" vorzugehn.

Läßt sich Östreich nicht von uns auf dem Wege besonnener Politik erhalten, so bin ich überzeugt, daß es bald in Lagen gerathen wird, wo es einer energischen und wohlwollenden Ausführung der zwischen uns bestehenden Stipulationen sehr viel dringender bedarf und sehr viel höhern Werth darauf legen wird, als jetzt auf deren Unterzeichnung. In dem Falle fürchte ich Nachtheile für uns eher von der großmüthigen Gesinnung Sr. Majestät gegen einen Bundesgenossen, der in dieser Beziehung so wenig Reciprocität gewährt, als von den äußern Ereignissen. Mit der Bitte mich Ihrer Frau Gemalin angelegentlichst zu empfehlen ...

493. Schreiben an Minister v. Manteuffel.

[Ausfertigung.]

26. April 1854.

E. E. gen. Mitteilungen in betreff der orientalischen Frage vom 21. und 22. d. M.,[1] Nr. 25, 26 und 27, sind mir über Köln zugegangen, und beehre ich mich, der erhaltenen Weisung gemäß, über den Inhalt derselben meine Ansicht nachstehend zu berichten.

Die von Österreich vorgeschlagene Form für die Behandlung der Sache am Bunde würde unsere Stellung zu derselben unter mehr als einem Gesichtspunkte benachteiligen. Nach derselben würde Österreich, wenn nicht allein, so doch mehr als Preußen in der Rolle einer europäischen Macht, wir mehr in derjenigen eines Chorführers der deutschen Staaten auftreten. Es würde sodann die von uns beantragte Unterstützung der Stellung Österreichs, wenn letzteres sich eigener darauf gerichteter Anträge enthält, über das Maß des wirklichen Sachverhaltes hinaus den Charakter eines von den deutschen Staaten selbst und lebhaft empfundenen Bedürfnisses annehmen und das demnächstige Verhalten der Bundesversammlung mehr den Stempel einer dankbaren Sanktion der Politik Österreichs als Vorkämpfers der deutschen Interessen, und weniger den einer bundesfreundlichen Kräftigung der gefährdeten Stellung Öst[erreichs] annehmen. Außerdem würde mit der Aufgabe, die Zustimmung der übrigen Bundesgenossen zu den preußischen Anträgen zu gewinnen, der mit einem etwaigen Mißlingen derselben verbundene Rückschlag unsere Stellung allein treffen.

Ich darf annehmen, daß diese Auffassung sich der h. Billigung E. E. erfreut, indem der h. Erlaß an den Grafen Arnim vom 21. d. M. dieselbe bereits sanktioniert hat.

Es läßt sich zwar nicht leugnen, daß auch das System des gesonderten Auftretens Preußens und Österreichs am Bunde je nach der Art seiner Durchführung unseren Interessen förderlich sein kann, indem es die Möglichkeit gewährt, die Tatsache mehr als bisher hervortreten zu lassen, daß die Interessen Preußens an der orientalischen Frage mit denen der übrigen deutschen Staaten zusammenfallen, diejenigen Österreichs aber darüber hinausgehen. Welcher Weg in dieser Beziehung aber auch eingeschlagen werden mag, so können wir doch m. E. weder eine kollektive noch eine allein preußische Erklärung in die Bundesversammlung bringen, ohne uns vorher versichert zu haben, daß dieselbe sowohl nach ihrem Inhalt als nach ihrem Wortlaut eine überwiegend günstige Aufnahme in der Versammlung finden wird. Die desfallsigen Ermittelungen werden uns gleichzeitig den Vorteil gewähren, einen Teil des Widerstandes, den wir zu weitgehenden Anmutungen Österreichs zu leisten haben, auf die übrigen Bundesstaaten abzuwälzen, und uns mehr als bisher darüber aufklären, was wir dem Bunde vorlegen können, ohne in den für die augenblickliche Machtstellung *beider* deutschen Großmächte bedenklichen Fall zu geraten, daß die übrigen Bundesstaaten in der Versammlung selbst die Vorlagen der Großmächte nicht mit dem unumwundenen Entgegenkommen aufnehmen, welches eine der Grundlagen des Einflusses der deutschen Mächte auf die Entwicklung der europäischen Krise bilden könnte.

Um zu motivieren, wie nach meiner Ansicht unser Verhalten am Bunde beschaffen sein müßte, wenn es den gewünschten Eindruck hervorbringen soll, erlaube ich mir eine allgemeine Bemerkung vorauszuschicken.

Abgesehen von dem besondern Einfluß, welchen die Teilnahme Griechenlands auf das Verhalten Bayerns ausüben kann, glaube ich, daß die Politik der übrigen Bundesstaaten

[1] Über den Inhalt der beiden Erlasse vgl. Poschinger II S. 3, Anm. 1 und 2.

den heutigen Eventualitäten gegenüber mehr unter dem Einfluß der Furcht als des Ehrgeizes und die Erhaltung des status quo bei derselben in erster Linie steht. Sie fürchten die Kosten und die Kalamitäten des Krieges im allgemeinen, namentlich die Möglichkeit, bei Beendigung desselben eher Gegenstand der Ausgleichung für die Mächtigeren, als gewinnende Teilnehmer am Friedensschluß zu werden. Demnach glaube ich annehmen zu dürfen, daß sie in jeder Phase der bevorstehenden Entwicklung bemüht sein werden, sich rechtzeitig auf die voraussichtlich stärkere Seite zu rangieren, sobald solche Garantien für die Erhaltung der formellen Selbständigkeit der Fürsten einigermaßen gewährt. Beide Bedingungen würden sie nach Möglichkeit erfüllt gefunden haben durch ein Bündnis konservierender Tendenz zwischen Preußen, Österreich und Rußland. Einem Bündnis von vier westlichen Mächten gegen Rußland würden sie sich schon nicht ohne inneres Widerstreben anschließen, weil es ihnen zwar die stärkere Seite, aber mindere Garantie für den status quo der eigenen Existenz im Verlauf der Dinge gewähren könnte. Sie würden aber in einem solchen Falle mit besonderer Aufmerksamkeit der Haltung Frankreichs folgen und auf das erste Symptom einer Annäherung zwischen Rußland und Frankreich um die Wette bemüht sein, von einem russisch-französischen Bündnis nicht ausgeschlossen zu werden. Gleichzeitig mit dem Bruche der deutschen Großmächte mit Rußland würde Frankreich die Möglichkeit gegeben, sich in Besitz der Hegemonie der übrigen deutschen Staaten zu setzen, in jedem Augenblick, wo es seine eigene Verständigung mit Rußland herbeiführen könnte und wollte. Ohne Zweifel macht die Aussicht auf eine derartige Eventualität schon jetzt die deutschen Fürsten neben anderen Rücksichten vorsichtig in ihrer Haltung gegen Rußland, wie auch E. E. in dem Erlaß an den Grafen Arnim bereits angedeutet haben. Ich wage in der Tat nicht mit Bestimmtheit zu versichern, daß das Bündnis vom 20. April, wenn der formelle Beitritt zu demselben der Beschlußnahme der Bundesversammlung unterbreitet würde, auch abgesehn von Dänemark und Holland, allseitig und ohne weiteres angenommen werden würde. Von meinem bayerischen Kollegen, dem einzigen, mit dem ich bisher vertraulich den Inhalt der Stipulation vom 20. besprochen habe, wurde dabei die Ansicht geäußert, daß auch die übrigen deutschen Bundesstaaten entweder im einzelnen oder durch ihre Majorität ihre Mitwirkung zu aktivem Vorgehen von i h r e m Einverständnis (Art. II) abhängig machen würden. Denselben Anspruch wie Bayern werden die übrigen Mittelstaaten machen, wie ich desfallsige Andeutungen E. E. schon aus Hannover nach meiner Unterredung mit Herrn von Lütcken melden konnte. Für uns würde es wohl jedenfalls wünschenswerter sein, ein derartiges „Einverständnis" vorkommendenfalls bei der Mehrheit der Bundesversammlung und nicht bei den einzelnen Mittelstaaten oder einem Kollektiv-Bevollmächtigten derselben zu suchen.

Wenn die Besorgnis, mit der man in die Zukunft sieht, das vorherrschende Prinzip in der Politik der deutschen Staaten bildet, so steht demselben ein gewisser Grad von Ehrgeiz allerdings gegenüber, doch dürfte sich dieser in dem Wunsche begrenzt finden, durch das Medium des Bundes eine indirekte Beteiligung an der europäischen Politik formell zu betätigen und den Beweis zu liefern, daß ein Aufgehen der Souveränität in der auswärtigen Politik der beiden Großmächte sich nicht von selbst versteht.

Zu diesem Behuf erwartet man, daß Preußen und Österreich, wenn sie die Mitwirkung des Bundes beanspruchen, sich auch als negotiorum gestores der übrigen Bundesstaaten bekennen, den letzteren Auskunft über die Vergangenheit und Gelegenheit geben, ihre eigenen Ansichten offiziell im Schoße der Bundesversammlung auszusprechen.

Mit Rücksicht auf das Vorstehende kann ich für die formelle Behandlung der Angelegenheit keinen anderen Weg für zweckmäßig erachten, als den in E. E. Erlaß an den Grafen Arnim vom 21. d. M. charakterisierten, mögen nun die Erklärungen der Großmächte am Bunde gesonderte oder identische sein. Wenn Österreich bei der ersteren Form beharrt, so könnte sich m. E. die preußische Erklärung wenigstens nicht darauf beschränken, lediglich die Österreichs zur Basis und zum Anknüpfungspunkt zu nehmen, sondern müßte selbständig ihren Ausgangspunkt bei unserer Stellung als europäische Macht und von unserer, in dieser Eigenschaft betätigten und ferner zu betätigenden Beteiligung an der orientalischen Frage haben. In diesem Sinne würde es, wie schon erwähnt, vielleicht sogar nützlich sein, auf das Verlangen gesonderter Erklärungen einzugehen, und auf diesem Wege den uns mit den übrigen deutschen Staaten, gegenüber von Österreich, gemeinsamen[2]) geringeren Grad des eigenen und nötigenden Interesses zu konstatieren.

Die zu stellenden Anträge[2]) aber müßten jedenfalls gemeinschaftliche sein, denn Österreich kann nicht verlangen, daß wir allein Mühe und namentlich Verantwortlichkeit für Herbeiführung der vorzugsweise in seinem[2]) Interesse liegenden Beschlüsse übernehmen und ihm dabei eine auch nach den jüngsten Erfahrungen leider willkommene Gelegenheit bieten, unsere eigene Stellung zur Sache oder das Gewicht unserer Bedeutung in Deutschland in zweifelhaftem Lichte darzustellen.

Was den materiellen Inhalt der zu machenden Vorlagen anbelangt, so erlaube ich mir E. E. gen. Nachsicht für Entwicklung einer abweichenden Ansicht ehrerbietigst in Anspruch zu nehmen. Dieselbe geht im wesentlichen dahin, das Bündnis vom 20. d. M. nicht zum Gegenstand eines Bundesbeschlusses zu machen, sondern über den Beitritt zu demselben mit den einzelnen Höfen zu verhandeln, am Bunde aber sich mit einem, die Vorlegung der Wiener Protokolle zum hauptsächlichen Gegenstand habenden kurzen Rechenschaftsbericht, der vielleicht die nachrichtliche[2]) Mitteilung des Bündnisses einschließen könnte und mit einer allgemeiner gehaltenen Appellation an die bundesfreundliche Bereitwilligkeit zur Unterstützung der Politik der Großmächte zu begnügen, letztere aber in eine Form zu kleiden, welche nicht nur die Herbeiführung eines beifälligen Beschlusses, wenigstens von allen rein deutschen Staaten, sicherstellte, sondern auch in demselben eine Basis für die Herstellung besserer Kriegsbereitschaft der einzelnen Staaten gewährte. Die Motive zu diesem unmaßgeblichen Antrage sind folgende und würden freilich fallen, wenn die vorgängigen Ermittelungen bei den einzelnen Höfen ein anderes Resultat gewährten als dasjenige, welches ich für wahrscheinlich annehme. Ich glaube nämlich, daß das Bündnis in seiner jetzigen Gestalt keine Aussicht auf beschlußmäßigen Beitritt der Bundesversammlung hat. Ich lasse die Frage unerörtert, ob zu einem solchen Beschlusse die Einstimmigkeit, wie vielleicht von einigen Seiten her behauptet werden wird, wirklich erforderlich sei. Der Artikel 47 der Schlußakte findet nur auf die Fälle Anwendung, wo die außerdeutschen Besitzungen eines Bundesfürsten angegriffen oder bedroht sind. Das Vorhandensein dieser Prämisse könnte nach der bisherigen Sachlage bezweifelt werden, mit derselben würde aber die Kompetenz der Majorität und die Anwendbarkeit der Artikel 38 und 41 fallen. Man könnte außerdem zugunsten des Erfordernisses der Einstimmigkeit einwenden, daß die Gewährung einer Garantie für

[2]) Bei Poschinger gesperrt. Weder in der Ausfertigung, noch in dem von Poschinger benutzten Konzept sind diese Worte unterstrichen.

außerdeutsche Länder durch keine der bundesgesetzlichen Bestimmungen, auch nicht durch Artikel 47, zum Gegenstand einer Beschlußnahme des Bundes gemacht werde. Abgesehen aber von diesen Argumentationen, würde eine Annahme des Bündnisses in seiner gegenwärtigen Fassung durch die Bundesversammlung den Eintritt der Verpflichtung zum aktiven Vorgehen entweder von dem Einverständnis Preußens und Österreichs abhängig machen, oder wir würden der Bundesversammlung auch die am Schlusse des Artikel II als integrierender Teil des Vertrages bezeichnete Übereinkunft vorlegen müssen. Daß die erste Alternative den Absichten der Majorität entspreche, bezweifle ich, und in bezug auf die zweite vermag ich nicht zu beurteilen, ob sie ausführbar ist und ob der Inhalt der „Übereinkunft" den Beifall aller oder doch einer Mehrheit, wie sie für eine eventuelle und implizite zu beschließende Kriegserklärung nach Art. 40 der Schlußakte erforderlich ist, finden würde.

Jedenfalls fürchte ich, daß eine Beschlußnahme über den förmlichen Beitritt zu diesem Bündnis Diskussionen über dessen Inhalt und etwa wünschenswerte Amendierung herbeiführen würde, welche nachteilig auf die Überzeugung von der Probehaltigkeit des einheitlichen Zusammenhaltens unter den deutschen Staaten zurückwirken müßten. Ich gebe zu, daß diese Gründe für jetzt nicht sowohl für die Unzulässigkeit einer späteren Beschlußnahme über das Bündnis, als vielmehr für die Notwendigkeit sprechen, vorher zu ermitteln, welche Aufnahme der Wortlaut desselben bei den einzelnen Regierungen findet. Im übrigen erlaube ich mir zur österreichisch-preußischen Erklärung nur den unmaßgebl. Vorschlag, die Wichtigkeit der Donauländer für die materielle Wohlfahrt Deutschlands weniger stark akzentuieren zu wollen. Indem ich mir des augenblicklich eintretenden Postschlusses wegen die g.[3]) eingehendere Berichterstattung über den etwaigen Inhalt der oben angedeuteten, allgemein gehaltenen Vorlage vorbehalte, schließe ich ꝛc.

494. Bericht vom 27. April 1854 an Minister v. Manteuffel, betr. den Beitritt des Deutschen Bundes zu dem Bündnisse zwischen Österreich und Preußen vom 20. April 1854. — Vgl. Poschinger II Nr. 3. In der vorletzten Zeile lies dort „Bundesregierungen" statt „Bundestruppen". Die Sperrungen rühren von Poschinger her.

495. Randbemerkungen zu dem Berichtsentwurf vom 27. April 1854.

[Eigenhändig.]

[27. April 1854.]

Die Westmächte haben einseitig

1. die von Rußland acceptirte Note zurückgenommen;
2. die Flotten in das schwarze Meer geschickt;
3. den Krieg erklärt;
4. den Zweck des Krieges geändert.

[3]) Poschinger hat aus der Abkürzung „ghste" (= gehorsamste) „nächste" gelesen.

Im Bündniß vom 20. April sagt Preußen mehr zu, als in dem Maivertrag von 1851.[1]) Der 20. April täuscht die Erwartungen der deutschen Staaten und discreditirt[2]) Preußen bei ihnen; sie sehn, daß Ö[streich] sein Herr ist! Die Donaumündung hat sehr wenig Interesse für Deutschland; das adriatische Meer, England-Herrschaft[3]) der Jonischen I[nseln] und der Morea (!) 10 000 mal mehr.

§ 47 der Schlußacte ist auf vorliegenden Fall nicht anwendbar. Die Westmächte sind nicht im Stande, Polen in Aufstand zu bringen. Die Preußischen und Östreichischen Bauern stehen nicht auf. Die russischen kann Rußland leicht gegen den Adel bewaffnen (Galizien), jetzt haben sie nicht Ein Messer. Wie sollte Preußen dazu kommen, Polizeidienste in Östreich gratis zu thun? Womit hat Östreich das verdient an uns?

Frankreich wird keinen nackten Bundbruch machen, aber uns durch Unverschämtheit dazu treiben, und Vorwand genug finden, wenn es die Zeit für gekommen hält.

Louis Napoleon ist nicht im Stande, die Revolution in Deutschland oder Italien nach Belieben loszulassen oder zu halten.

496. Bericht vom 28. April 1854 an Minister v. Manteuffel, betr. eine neue Einteilung des Bundesheeres. — Vgl. Poschinger II Nr. 5. Von den Lesefehlern daselbst notieren wir: S. 11 Zeile 10 für „habe" lies „hat", Zeile 17 v. u. „11. d. M.", Zeile 12 v. u. für „muß" lies „möchte" und „dieser Bundesfestung", S. 12 Zeile 6 „des Oberfeldherren", drittletzte Zeile des Berichtes für „auch" lies „noch".

497. Denkschrift über die Aufgabe des „politischen Ausschusses".[1])

[Frühjahr 1854.]

Der Bundesbeschluß vom 23. August 1851 geht zunächst davon aus, daß die Bundesversammlung auf Grund des Artikel II der Bundesakte und Artikel I der Schlußakte berechtigt und verpflichtet sei, dafür Sorge zu tragen, daß in keinem Bundesstaate Institutionen und Zustände bestehen, welche für die Ruhe und Ordnung desselben und dadurch für die allgemeine Sicherheit des Bundes bedrohlich sind. Es werden demgemäß die Bundesregierungen aufgefordert, die in den einzelnen Staaten, namentlich seit dem Jahre 1848 getroffenen staatlichen Einrichtungen und erlassenen gesetzlichen Bestimmungen einer sorgfältigen Prüfung zu unterwerfen und, wenn sie mit den Grundgesetzen des Bundes nicht in Einklang stehen, diese notwendige Übereinstimmung ohne Verzug wieder zu bewirken.

Hiernach wird also zunächst den einzelnen Regierungen überlassen, ihre Verfassungen und Gesetzgebungen auf eigene Hand zu prüfen und sie selbst den erforderlichen Abänderungen zu unterziehen.

---

495. [1]) Gemeint ist das (geheime) Schutzbündnis vom 16. Mai 1851. Vgl. Friedjung, Österreich von 1843 bis 1860. II 1, S. 131 f.

[2]) Vorlage hat verschrieben: „decreditirt".

[3]) Poschinger hat irrig: „Englands Herrschaft".

497. [1]) Nach dem Abdruck bei Poschinger II Nr. 1. Nach Poschingers Angabe findet sich die Denkschrift bei den Akten der Bundestagsgesandtschaft. Sie hat sich indes nicht ermitteln lassen. Wohl aus äußeren Gründen setzt P. die Zeit der Abfassung vor dem Juni 1854 an.

Für den Fall indessen, daß die als notwendig erkannten Abänderungen auf Hindernisse stoßen sollten, behält sich die Bundesversammlung ihre verfassungsmäßige Einwirkung, resp. die Erwägung darüber vor, welche innerhalb ihrer Kompetenz liegenden Mittel und Wege, namentlich ob die Absendung von besonders zu instruierenden Kommissionen zur Erreichung des gedachten Zwecks in Anwendung zu bringen sind. Endlich wird die Niedersetzung eines besonderen Ausschusses beschlossen, welcher über die zu einer solchen Einwirkung sich eignenden Fälle ohne Verzug Bericht erstatten und dabei jedesmal über die Art und Weise derselben sein Gutachten abgeben sollte.

Man hat es vermieden, bestimmte Grundsätze darüber auszusprechen, wann die Einwirkung des Bundes einzutreten hat, ob erst, wenn die einzelnen Regierungen außerstande sind, die in ihren Verfassungen und Gesetzen notwendigen Abänderungen selbst zu bewirken, oder ob die Bundesversammlung selbst eine Prüfung aller Verfassungen und Gesetze der Einzelstaaten vorzunehmen das Recht haben soll.

Die letztere Auffassung fand bei der Diskussion des Beschlusses zwar in dem Grafen Thun einen Vertreter, von allen übrigen Gesandten, und namentlich dem K. bayerischen, aber Widerspruch, und zwar, wie mir schien, nicht mit Unrecht, da die Theorie, welche derselben zugrunde liegt, bis zu einer gänzlichen Absorbierung der landesherrlichen Souveränität durch die Bundesversammlung führen könnte, wenn es auch nicht wahrscheinlich ist, daß dieselbe unter gewöhnlichen Umständen zur Praxis durchdringen werde. Dies ist der Grund, weshalb damals die vorliegende Fassung beliebt wurde. Dieselbe spricht von Hindernissen, auf welche die als notwendig erkannten Abänderungen stoßen könnten, ohne zu erörtern, ob damit auch solche Hindernisse gemeint sein möchten, welche in der Abneigung der beteiligten Regierungen gegen die nötigen Verfassungsänderungen wurzeln, und läßt bei dem Ausdruck „für notwendig erkannte Abänderungen" zweifelhaft, ob die Landesregierung oder der Bund es sei, von dessen Erkennen es abhängig sein soll, ob eine Änderung notwendig sei. Je nach der einen oder der anderen Auslegung dieser Worte würde die Bundesversammlung in der Lage sein, auch eine Regierung, welche einer Verfassungsänderung nicht bedarf, zu einer solchen aufzufordern; jedenfalls aber ist jede Regierung imstande, sich auf Grund dieses Beschlusses vom 23. August von jeder, mit dem Bundesrecht nicht im Einklang stehenden Verfassungsbestimmung zu befreien, und dürfte es bei der unbestimmten Fassung vieler bundesrechtlichen Sätze und bei dem bereitwilligen Entgegenkommen, welches sich von seiten der Bundesversammlung, wo es sich um Stärkung der Regierungen handelt, in Auslegung dieser Bestimmungen erwarten läßt, für eine Regierung, die den ernstlichen Willen dazu hat, leicht sein, ihre Landesverfassung von jedem revolutionären Rückstande zu befreien. Allerdings muß jenes Erfordernis eines ernstlichen Willens und der Mut eigener Initiative bei den Regierungen vorausgesetzt werden, wenn ihnen geholfen werden soll, und dürfte es sich meines Dafürhaltens nicht empfehlen, dem von manchen Regierungen befolgten System Vorschub zu leisten, nach welchem diese nicht nur vom Bunde verlangen, daß die ganzen wünschenswerten Verfassungsänderungen fertig und ohne eigenes Zutun ihnen vom Bunde geliefert werden, sondern sie selbst in den Augen ihrer Untertanen als vom Bunde dazu gezwungen erscheinen wollen, um den Nimbus des Liberalismus im eigenen Lande nicht zu verlieren. Ich halte es im Gegenteil für richtiger, daß die Regierungen genötigt werden, den Bruch mit der Revolution auf eigene Rechnung zu vollziehen und sich der Revolution gegenüber ernsthaft zu kompromittieren, und daß die Bundeshilfe oder eventuell die Unterstützung

der Königlichen Regierung ihnen nur auf ausdrückliches Anhalten darum gewährt werde. Jede andere Hilfe wird von ihnen zwar utiliter akzeptiert, aber als eine den Großmächten gemachte Konzession, für welche man sich zu keiner Art von Dank verpflichtet glaubt, aufgefaßt und führt meines Dafürhaltens nur dazu, freundliche Beziehungen zwischen den kleinen Regierungen und dem Liberalismus zu erhalten, die Großmächte, namentlich Preußen, aber als die gemeinsamen Unterdrücker der öffentlichen Freiheit in Deutschland und der der letzteren zugeneigten kleineren Regierungen darzustellen.

Unter den Regierungen, welche ohne Interzession des Bundes sich von ihren demokratischen Verfassungen befreit haben, ist Hessen-Homburg und Fürstentum Lippe, unter denjenigen, wo ein Einschreiten des Bundes erfolgt ist, Bremen und Frankfurt zu nennen.

498. Vertraulicher Bericht vom 29. April 1854 an Minister v. Manteuffel, betr. die kurhessische Verfassungsfrage. — Vgl. Poschinger II Nr. 6.

499. Vertrauliches Schreiben vom 18. Mai 1854 an Minister v. Manteuffel, betr. die preußisch-österreichische Erklärung in der orientalischen Frage. — Vgl. Poschinger II Nr. 7.

500. Bericht vom 18. Mai 1854 an Minister v. Manteuffel, betr. die preußenfeindliche Haltung der Frankfurter „Postzeitung". — Vgl. Poschinger, Neue Berichte S. 185 f.

501. Vertrauliches Schreiben an Minister v. Manteuffel.

[Ausfertigung.]

19. Mai 1854.

E. E. habe ich bereits mündlich davon Anzeige gemacht, daß ich, nachdem ich, infolge der Desavouierung des Württembergischen Konsuls Wegmann in Cöln, die Verhandlungen mit dem Freiherrn von Münch in betreff unserer Differenz mit der Gr. hessischen Regierung abgebrochen, gegen den früheren Gr. Gesandten in Wien, Prinzen Adolf zu Wittgenstein, in vertraulichster Weise den Wunsch geäußert habe, mich mit Sr. H. dem Prinzen Emil von Hessen, der mir neuerlich mehrfach Beweise des Entgegenkommens gegeben hat, behufs Besprechung der fraglichen Angelegenheit in Verbindung zu setzen, um durch diesen Kanal mehr als bisher der Ansicht Eingang zu verschaffen, daß die Großherzogliche Regierung und nicht die unsrige durch Formverletzung sich in die Lage gebracht hat, zum Behufe der Verständigung einleitende und eine Genugtuung für uns enthaltende Schritte zu tun.

Der Sr. H. dem Prinzen Emil von Hessen nahe befreundete Prinz Wittgenstein hat seitdem ein besonders lebhaftes Interesse für die Sache an den Tag gelegt, welches vielleicht nicht ohne Zusammenhang mit dem schon früher angeregten Wunsch auf Verleihung des Roten Adlerorden steht.

Durch meine Reise nach Berlin[1]) haben indessen meine Beziehungen zu ihm eine Unterbrechung erlitten, und er hat mir, da er inzwischen auf einige Wochen nach Homburg gegangen ist, eine schriftliche Mitteilung über den Erfolg seiner Schritte in Darmstadt für die nächsten Tage in Aussicht gestellt.

Aus einer dem Gr. Hofe und insbesondere dem Prinzen Emil nahestehenden Quelle ist mir indessen ganz vertraulich mitgeteilt worden, daß S. K. H. der Großherzog den Prinzen Adolf zu Wittgenstein, den Hochdieselben hierzu für besonders geeignet hielten, beauftragen würden, sich mit mir wegen Ausgleichung der Sache in Verbindung zu setzen..

Insofern E. E. es nicht etwa vorziehen, dem K. Württembergischen Hofe die von dort aus angebotene Vermittelung zu überlassen, beehre Hochdenselben ich mich g. g. anheimzustellen, ohne Ablehnung der letzteren, den Grafen Seckendorff von den hiesigen Verhandlungen zu unterrichten. Das mir hochgen. mitgeteilte Schreiben Sr. Dl. des Fürsten von Hohenzollern vom 29. v. M. unterlasse ich nicht nebst seinen Anlagen dem mir erteilten Auftrage gemäß g. g. wieder beizufügen.

502. Bericht vom 19. Mai 1854 an König Friedrich Wilhelm IV., betr. die preußisch-österreichische Erklärung in der orientalischen Frage. — Vgl. Poschinger II Nr. 9.

503. Bericht vom 20. Mai 1854 an Minister v. Manteuffel, betr. die Presse und das Bündnis zwischen Preußen und Österreich vom 20. April 1854. — Vgl. Poschinger II Nr. 10.

504. Schreiben an König Friedrich Wilhelm IV.

[Eigenhändiges Konzept.]

25. Mai 1854.[1])

Bei meinem zweitägigen Aufenthalt in Baden[2]) haben S. K. H. der Prinz von Preußen mir die Ehre erzeigt, über die Umstände Höchst Seiner Abreise von Berlin mit mir zu sprechen. In Bezug auf die politische Auffassung traten mir aus den Worten Sr. K. H. ungefähr dieselben Gesichtspunkte entgegen, die sich in dem längeren Schreiben Sr. K. H. entwickelt finden, von welchem E. M. die Gnade hatten, mir bei meiner Abschiedsaudienz[3]) Einsicht zu verstatten. Der Ausdruck, welchen S. K. H. diesen Ansichten im Gespräch gab, trug durchgehends das Gepräge der Ergebung in E. M. Willensmeinung,[4]) auch bei abweichender persönlicher Überzeugung. Insoweit das in dem ebenerwähnten Schreiben nicht in demselben Maße der Fall gewesen, so glaubten S. K. H. diesen Mißstand durch die letzten vor Ihrer Abreise an E. M. gerichteten Zeilen gehoben zu haben, indem dieselben eine nachdrückliche Verurtheilung jedes Protestes im

---

501. [1]) In der Zeit vom 8.—16. Mai war B. in Berlin.

502. [1]) Abgedruckt aus Anh. zu G. u. E. II 164 ff. Das dort angegebene Datum 25. April ist irrig.

[2]) B. suchte dort (am 21. Mai) den Prinzen von Preußen im Auftrage des Königs auf. Vgl. die folgende Nummer.

[3]) Wohl am 15. Mai. An diesem Tage weilte B. zuletzt in Potsdam.

[4]) Es handelt sich hierbei um das damalige Zerwürfnis zwischen dem König und dem Prinzen von Preußen wegen der Entlassung des Gesandten Bunsen in London und des Kriegsministers v. Bonin.

Namen der Armee und die Erklärung, daß ein solcher nicht beabsichtigt gewesen, enthalten hätten. Ich erlaubte mir die unterthänigste Bemerkung, daß somit für dasjenige, was somit in das erste Schreiben über die Absichten Sr. K. H. hinaus hätte gelegt werden können, Genugthuung gegeben worden sei, daß indeß der danach stehen bleibende Inhalt des Briefes doch von der Natur sei, um E. M. einen weiteren eintretenden Schritt von Sr. K. H. erwarten zu lassen. Höchstdieselben erwiderten mir, daß ein solcher Schritt schon längst geschehn sei, wenn Sie nicht geglaubt hätten, daß durch den letzten aus Berlin geschriebenen Brief auch in der Meinung E. M. das Vergangene gesühnt und abgethan sei; nachdem ein am Tage vorher eingegangner Brief des Grafen v. d. Gröben bereits den Beweis geliefert habe, daß dies nicht der Fall sei, würden S. K. H. sich beeilen, durch ein im Concept bereits entworfnes Schreiben E. M. zu versichern, wie wenig es in der Absicht gelegen habe, die Allerhöchstdenselben schuldigen Rücksichten zu verkennen, und wie leid es Sr. K. H. thue, wenn der Inhalt jenes Schreibens zu entgegengesetzten Eindrücken habe Anlaß geben können. Ein desfallsiges Schreiben des Prinzen wurde noch vorgestern abgeschickt und wird sich bereits in E. M. Händen befinden. Bei meiner Entlassung sprach mir S. K. H. wiederholt die Hoffnung aus, daß dieser Schritt zu E. M. ah. Befriedigung gereichen und daß durch E. M. Gnade alle Hindernisse einer ungetrübten Freude des Wiedersehens beseitigt sein würden. E. M. wollen entnehmen, daß die Bereitwilligkeit zu einleitenden Schritten schon vorhanden war, bevor ich E. M. Befehl gemäß S. K. H. Rechenschaft gab von den Eindrücken, die ich bei E. M. empfangen hatte.

505. Privatschreiben an Minister v. Manteuffel.

[Eigenhändig.]

26. Mai 1854.

E. E. sage ich meinen g. Dank für die mir durch Graf Perponcher übersandten Grüße. Aus meinem heutigen Bericht über die vorgestrige Sitzung wollen E. E. entnehmen, daß unsre Verhandlungen über die orientalische Frage auf dem Sandwege bundestäglicher Praxis zwar langsam, aber doch ohne Anstoß ihren Weg machen. Herr von Prokesch hatte von Wien aus einen entschiednen Ausdruck derjenigen Verstimmung erhalten, mit welcher man dort über die Bamberger Conferenz[1]) erfüllt ist. Ich bin mit Erfolg bemüht gewesen, ihn zu der Einsicht zu bringen, daß die Eingebungen heißblütiger Empfindlichkeit keinen fördernden Einfluß auf unser Geschäft üben können. Er hat Herrn von Schrenk wegen des Verhaltens der bair. Regirung 8 Tage lang schlecht behandelt, und nachdem ich ihm das umgekehrte System plausibel gemacht habe, legt er in seine Courtoisie zuviel Absichtlichkeit und kann es doch nicht lassen, den Baiern durch unfruchtbares Triumphiren zu ärgern, indem er behauptet, daß wir zur Schlußziehung hätten schreiten und die Bamberger majorisiren können, wenn wir gewollt hätten. Das ist ohnehin nicht einmal richtig; denn von den Erklärungen der Gesandten enthält eigentlich keine einzige mehr als eine höfliche Paraphrase dessen, was ohnehin in den Bundespflichten liegt; eine unumwundne Billigung der bisherigen Politik beider Großmächte ließe sich kaum beschlußmäßig aus den Abstimmungen herleiten, noch weniger eine verbindliche Erklärung für die Zukunft; ob und inwieweit man die Interessen Östreichs

[1]) Vgl. darüber Sybel, Begründung des Deutschen Reiches II, 198.

an der untern Donau als deutsche Interessen anerkennt, darüber ist in allen Auslassungen jede Andeutung vermieden. Darin aber liegt für die Praxis das Entscheidende. Prokesch ist im Übrigen in einer ruhigern Stimmung als vor meiner Reise nach Berlin; es scheint diese Stimmung von der Überzeugung herzurühren, daß man in Wien nicht mit der Hast auf den Bruch mit Rußland hindrängt, wie in der ersten Zeit nach Abschluß des Bündnisses mit uns befürchtet wurde.

In der abgelaufenen Woche bin ich zwei Tage in Baden gewesen, um mich eines mir von Sr. Majestät ertheilten Auftrages für S. K. H. den Prinzen von Preußen zu entledigen. Nach den dort erhaltenen Eindrücken darf ich annehmen, daß inzwischen ein befriedigender Schriftwechsel zwischen beiden hohen Herrn stattgefunden hat. S. K. H. hatten die Absicht, zu Pfingsten über Manheim, also ohne Frankfurt zu berühren, nach Coblenz und von dort nach Potsdam zu gehn. Von politischen Personen fand ich in Baden Herrn von Stockmar mit dem Prinzen Löwenstein, der früher bei unsrer Gesandschaft in London war, dann Herrn von Blittersdorf. Letztrer ist ein eifriger Werber für den Plan territorialer Beschneidung Rußlands, unter Zulegung des jetzigen Königreichs Polen zu Preußen. Obschon ein sehr lebhafter Partisan der Idee eines allgemeinen Kreuzzuges gegen Rußland, ist er doch der Ansicht, daß für Deutschland die Möglichkeit zur Theilnahme an demselben erst dann gegeben sei, wenn die Westmächte durch eine sehr viel stärkere Machtentfaltung im Osten und Norden und durch ernstlicheren Angriff der Russen Garantien für ihr Verhalten gegen Deutschland gegeben haben würden. In diesem Sinne findet er, daß Östreich, wenn es überhaupt gegen Rußland rüste, viel zu früh in den Beutel gegriffen habe. Allerdings hat Östreich eine Attitüde genommen, in der es eine zuwartende Politik nicht lange mitmachen kann. Das werden sich die Westmächte auch sagen und vielleicht grade deshalb keine weitern Truppensendungen nach dem Orient machen. In der aufrichtigsten Verehrung verharre ich ....

506. Bericht vom 26. Mai 1854 an König Friedrich Wilhelm IV., betr. die preußisch-österreichische Erklärung in der orientalischen Angelegenheit. — Vgl. Poschinger II Nr. 11.

507. Telegramm an Minister v. Manteuffel.

[Eigenhändiges Konzept.]

3. Juni 1854, 4 Uhr Am.

In Bamberg ist einstimmig beschlossen, nur in Frankfurt dem Bündniß beizutreten, und nur dann, wenn die Sommation Rußlands aufgeschoben und in der Art formulirt wird, daß man dem Russischen Cabinet für die Räumung der Fürstenthümer auch die Einstellung der Operationen der Westmächte zusichert. So schreibt Graf Appony aus München unter dem 1. d. Mts.

508. Schreiben an Minister v. Manteuffel.

[Ausfertigung.]

7. Juni 1854.

Der K. bayerische Bundestagsgesandte hat mir vorgestern die von dem Münchener Kabinett an die Gesandten von Preußen und Österreich erlassene Antwortsnote und den

Entwurf zu einem Bundesbeschluß mitgeteilt. Beide Aktenstücke, von denen ich Abschrift zu den hiesigen Akten genommen, werden E. E. bereits vorliegen.

Herr von Prokesch war bereits unter dem 1. d. M. durch eine telegraphische Depesche des österreichischen Gesandten in München von dem wesentlichen Inhalt der Bamberger Beschlüsse in Kenntnis gesetzt, ein Umstand, welcher unseren bayerischen Kollegen einigermaßen befremdete, und den er nur einer Indiskretion glaubt zuschreiben zu können. Es hat den Anschein, als ob das Wiener Kabinett durch diese frühzeitige Bekanntschaft mit den Bamberger Beschlüssen sich veranlaßt gesehen hat, die inzwischen durch den Grafen Szechenyi nach Petersburg übersandte Aufforderung ohne Säumen abzufertigen und so die Möglichkeit einer Einwirkung der Bamberger Konferenz auf den Inhalt derselben abzuschneiden. Herr von Prokesch war gestern bereits im Besitz des Wortlautes dieser Aufforderung und der dieselbe begleitenden vertraulichen Weisung an den Grafen Esterházy und gab mir Kenntnis von diesen Aktenstücken. Mein österreichischer Kollege legte eine lebhafte Befriedigung über deren Inhalt an den Tag, welche ihre Begründung aus der Annahme zog, daß Rußland entweder sofort auf die darin gestellten Forderungen eingehen, oder doch eine Antwort auf dieselben erteilen würde, welche zum Anknüpfungspunkt weiterer Unterhandlungen und einer schließlichen freundschaftlichen Verständigung zwischen Österreich und Rußland dienen könnte.

Wenn er dabei unbestimmte Hoffnungen auf eine schließliche Koalition gegen Frankreich und die revolutionären Elemente Europas durchblicken ließ, so halte ich dafür, daß er mit diesem Bilde mehr einer bei mir fälschlicherweise vorausgesetzten Sympathie für Tendenzkriege zu schmeicheln, als seine wahre Ansicht auszusprechen beabsichtigte. Ich vermag seine Zuversicht nicht zu teilen, da es mich kaum wahrscheinlich dünkt, daß Rußland die ihm angesonnene militärische Position zu einem andern Zwecke anzunehmen bereit sein wird, als zu dem der Kriegführung gegen Österreich. Ich rechne bei dieser Annahme allerdings nicht auf eine kalt und unabhängig überlegte und von der Rücksicht auf die einmal angeregten Leidenschaften ganz freie russische Politik, denn vom Standpunkte einer solchen würde ich, wenn ich sie zu machen hätte, die Fürstentümer schon vor dieser Aufforderung freiwillig geräumt haben. Indessen eine Motivierung dieser Auffassung ist nicht minder müßig als diese ganze Erörterung, da E. E. ich weder neue Nachrichten noch ein auf Kenntnis der ganzen Sachlage basiertes Urteil vorzulegen vermag. Herr von Schrenck ist beauftragt, für den Ausschuß, den wir in der Sitzung vom 24. v. M. gewählt haben, das Referat zu bearbeiten. Er erklärt sich indessen für den Augenblick außerstande, eine Auffassung zu Papier zu bringen, von der er gewiß wäre, daß sie die Billigung seiner und der übrigen in Bamberg vertretenen Regierungen haben würde. Wenn er zu einer Beschleunigung des Referats gedrängt werde, so könne dasselbe bei der augenblicklichen Sachlage nur in einem Antrage auf Instruktionseinholung seine Spitze finden. Herr von Prokesch und ich sind darüber einig, daß wir im Augenblick ohne neue Weisungen von Berlin und Wien keine Schritte tun sollen, um auf eine Beschleunigung der hiesigen Verhandlungen hinzuwirken, indem solche entweder gar kein oder ein unerwünschtes Resultat voraussehen lassen; wir haben uns deswegen verständigt, die für morgen anstehende regelmäßige Sitzung mit Rücksicht auf die Pfingstwoche ausfallen zu lassen. Nach Ansicht des Herrn von Prokesch würden von Wien aus Schritte geschehen, um in Gemeinschaft mit Berlin einen Ausdruck der Mißbilligung der Bamberger Tendenzen herbeizuführen. Wenn E. E. mir gestatten, meine unvorgreifl. Ansicht für solchen Fall auszusprechen, so würde ich von der Beteiligung an einer derartigen Zensur

des Verhaltens der Mittelstaaten entschieden abraten, vielmehr die Bamberger Eröffnungen aus dem Gesichtspunkte behandeln, daß man ihnen weder zu große Wichtigkeit noch eine dem Vertrag vom 20. April zuwiderlaufende Tendenz beilegt, vielmehr einstweilen in wohlwollender Form die Berücksichtigung der Interessen und Wünsche der Bundesgenossen zusagt, soweit solches in dem Stadium möglich ist, bis zu welchem die Ereignisse bereits vorgeschritten sind. Ob und wann demnächst das Bündnis der Bundesversammlung zum Behuf des Beitrittes hier vorgelegt werden soll, darüber sehe ich E. E. gen. Instruktion entgegen, sobald die Antworten der einzelnen Höfe in betreff ihrer Bereitwilligkeit zum Beitritt in Berlin eingegangen sein werden, und nachdem die Verständigung mit Wien über die Behandlung der Produkte der Bamberger Konferenz eingetreten sein wird. Der Gr. Mecklenburgische Bundestagsgesandte hat mir gestern einen Erlaß seiner Regierung mitgeteilt, nach welchem diese dem Bündnis nicht einseitig, sondern nur in Gemeinschaft mit den übrigen Bundesstaaten und im Schoße der Bundesversammlung glaubt beitreten zu können. Genehmigen ꝛc.

509. Bericht vom 16. Juni 1854 an Minister v. Manteuffel, betr. die Annahme der revidierten Geschäftsordnung der Bundesversammlung. — Vgl. Poschinger II Nr. 15.

510. Privatschreiben an Minister v. Manteuffel.

[Eigenhändig.]

16. und 17. Juni 1854.

E. E. geehrtes Schreiben vom 9. c.[1]) aus Tetschen[2]) habe ich gestern mit g. Danke erhalten. Ich würde mir schon früher die Ehre genommen haben, E. E. wiederum zu schreiben, wenn ich mich nicht gefürchtet hätte, mit meinen Expectorationen in das Dunkel einer mir gänzlich unbekannten Situation hineinzutappen und mit verspäteten Raisonnements gegen den Prellstein eines fait accompli anzurennen. Obschon ich auch jetzt über die Ergebnisse von Tetschen nicht klar sehe, so führt mich doch die von E. E. gütigst mitgetheilte Auffassung des Grafen Buol zu sehr in die Versuchung, Ihre Nachsicht für eine Besprechung derselben in Anspruch zu nehmen. Selbst vom alleinigen Wiener Standpuncte aus betrachtet, halte ich die Politik des Grafen Buol für unrichtig, indem ich glaube, daß Östreich sich früher oder später mit Rußland über das Schicksal der Türkei in Güte verständigen muß, und dazu findet sich ein so günstiger Augenblick, wie die jetzige Verlegenheit Rußlands ihn bietet, sobald nicht wieder. Jede den Russen durch Östreich abgezwungne Concession wird Rußland nur nöthigen, den Moment abzuwarten, wo es als Verbündeter eines Feindes Östreichs sich revanchiren kann, und letztres hat in Deutschland gegen uns, in Mailand, Rom, Neapel gegen Frankreich, und zu Hause gegen seine eignen Unterthanen zu viele streitbringende Interessen, als daß dieser Augenblick nicht kommen sollte. Eine Schwächung Rußlands, durch die es unfähig würde, sich zu rächen, ließe sich nur durch die volle Herstellung Polens, und auch dadurch nicht

[1]) Abgedruckt im Anh. z. d. G. u. E. II 175 ff.
[2]) In Tetschen fand am 8. und 9. Juni eine Zusammenkunft der Herrscher und der Ministerpräsidenten Österreichs und Preußens statt.

sicher herbeiführen. Dadurch aber, ganz abgesehn von der Unmöglichkeit[3]) für uns, wäre ein viel bedenklicheres Übergewicht Frankreichs gegeben, als das jetzige Rußlands. Dabei ist außerdem schwer zu glauben, daß die im Orient zu erringenden Vortheile nicht mehr England als Östreich zu Gute kommen sollten, und das ist in demselben Maße für letztres bedenklich, als ihm das adriatische Meer wichtiger ist wie die Donau. Prokesch, der diese Verhältnisse genau kennt, sagt selbst, daß der Handel von Wien nach den Donaumündungen viel mehr über Triest und den Bosporus, als auf der Donau betrieben wird, und für die gesammten in diesem Handel steckenden deutschen Interessen ist eine Befestigung und Förderung der englischen Autokratie auf der See gefährlicher als alle Kosaken. Rußlands europäisches Übergewicht im letzten Menschenalter beruhte ohne Zweifel mehr auf der Furcht der Fürsten vor der Revolution, als auf der materiellen Gewalt, die Rußland außerhalb seiner Grenzen zu entwickeln im Stande ist; der jetzige türkische Feldzug liefert ein neues Argument für diese Ansicht, und selbst Preußen isolirt hat mehr Chancen, sich der russischen Armeen zu erwehren, als englischer Mißhandlungen auf der See; und daß England da, wo es die Förderung seiner Interessen gilt, schonender und skrupulöser in Anwendung seiner Macht ist als Andre, ist nicht anzunehmen, sobald durch Vernichtung Rußlands als Seemacht für längere Zeit die Überlegenheit der englischen Marine, auch über eine Coalition aller übrigen, festgestellt wäre.

Es ist indessen nicht mein Beruf, die östreichische Politik vom Standpuncte eines Östreichers aus zu critisiren und auseinander zu legen, welchen Antheil daran die Jugendlichkeit des Kaisers hat und der Stachel militärischer Rivalität, oder eine bornirte Gereiztheit des Grafen Buol, oder die politischen und commerciellen Privatinteressen einzelner einflußreicher Personen, deren Stellung — Bach, Hübner, Bruck — durch ein antirussisches System, oder deren Vermögen durch das Gedeihen der mächtigen Corporation der Donaudampfschiffahrt bedingt ist. Eine andre Frage ist, ob wir wohlthun, uns dieser östreichischen Politik hinzugeben. Graf Buol scheint diese Frage als unwiderruflich abgethan zu betrachten, wenn auch nur durch die einfache Drohung Östreichs, sich andernfalls den Seemächten vertragsmäßig anzuschließen. Diese Drohung halte ich für eine durchaus leere, und um vor ihrer Ausführung sicher zu sein, hätten wir nicht einmal nöthig, die Möglichkeit durchblicken zu lassen, daß wir im Verein mit den übrigen deutschen Staaten nöthigenfalls feindlich dagegen auftreten könnten; schon die Aussicht auf eine willenlose Abhängigkeit von Frankreich in Bezug auf Kriegführung und Friedensschluß würde Östreich von solchen Schritten zurückhalten. Es hat mir hier bei niemand gelingen wollen, Glauben zu finden, wenn ich eine derartige Eventualität als ein für die Bamberger Politik beachtenswerthes Moment geltend zu machen versuchte. Wenn die Drohung des Grafen Buol aber auch ernstlich gemeint wäre, so könnten wir derselben entgegen halten, daß uns der Weg nach London und Paris nicht minder offen steht, daß wir, weil weniger hülfsbedürftig und weniger interessirt, uns rein westmächtlichen Plänen im Orient zu widersetzen, dort vielleicht willkommnere Genossen gegen Rußland wären, als Östreich, und daß es für uns ersprießlicher ist, direct und in our own right mit den Seemächten verbunden zu sein, als durch das leitende medium Östreichs. Derartige Argumente werden, wie ich glaube, ihre Wirkung nicht verfehlen, wenn das Wiener Cabinet bei den Versuchen beharrt, den Vertrag einseitig und willkührlich auszulegen. Meine Collegen sind, wie es scheint, über die Ziele der Wiener Politik desorientirt und beun-

[3]) Poschinger hat irrig: Möglichkeit.

ruhigt; bald glauben sie, man beabsichtige nach Räumung der Fürstenthümer sich Rußland zu nähern, um eine gemeinsame Stellung gegen Frankreich zu nehmen, bald meinen sie, daß es nur darauf abgesehn sei, sich die Kräfte Preußens und des Bundes zur Eroberung der Donaufürstenthümer oder zu weitergehenden östr. Plänen dienstbar zu machen. Gewiß ist, daß beide Gedanken, und auch der einer Herstellung Polens, als antipanslavistisch, zugleich antipreußisch, unter den Östreichern Fürsprecher finden. Für uns betrachte ich es jedenfalls als einen Gewinn, daß die Coalition von Rußland, Östreich und den Mittelstaaten, der wir auf den Wegen der deutschen Politik in den letzten Jahren überall begegneten, sich gelöst hat, hoffentlich auf die Dauer; zwischen den beiden erstern glaube ich es, in Betreff der Mittelstaaten aber ist man von Wien aus merklich bemüht, die Beziehungen, welche in Bamberg gelockert sind, wieder zu befestigen. Im Anfang erließ man eine tadelnde Circulardepesche an die Bamberger Höfe, und leider war unsre offiziöse Presse, besonders die Preuß. Corr[espondenz], sehr bereit, sich zum Organ dieser Verstimmung zu machen. Jetzt erscheinen auf Commando im Lloyd, der Postzeitung und tutti quanti inspirirte Artikel, welche den Bambergern den Hof machen und mit sittlicher Entrüstung von den „Lügen und Verdächtigungen" sprechen, welche „zumeist durch Berliner Federn gegen die Mittelstaaten systematisch verbreitet würden". Dem entspricht eine Äußerung eines meiner mittelstaatlichen Collegen, der mir sagte: „Sie klagen über unsre Haltung gegen Sie; aber sobald wir bei vorkommenden Divergenzen der beiden Großmächte mit Preußen gehn wollen, so werden Sie sofort noch schwarzgelber wie Östreich und fallen im östr. Interesse über uns her". Ich entgegnete, daß in diesem Falle gar keine Divergenzen vorlägen zwischen Berlin und Wien, worauf jener äußerte: „Allerdings, wenn Preußen es zufrieden ist, daß die östreichische Politik als die alleinige deutsche gilt, so können wir nichts dagegen haben". Ich führe dieß als Symptom der Stimmung an, welche noch eine besondre Beimischung durch den Argwohn erhält, daß unsre Einigkeit mit Östreich durch geheime Verabredungen zum Nachtheil der übrigen Bundesregierungen erzielt worden sei.

Die Haltung des hiesigen englischen und französischen Gesandten ist übrigens eher kühl und mißtrauisch in Bezug auf Östreich, als das Gegentheil. In den Ansichten des Grafen Buol liegt ein Widerspruch, wenn er einerseits fürchtet, daß die Westmächte es müde werden würden, ohne Deutschland den Krieg fortzusetzen, und andrerseits, daß sie im nächsten Jahre, trotz der entgegenstehenden Ansicht Östreichs, nicht mehr ohne Verkleinerung Rußlands würden Frieden machen wollen. Er nennt die Mittelstaaten russische Hospodare; sobald sie nicht gehorsam mit Östreich gehen, würde er immer einen ähnlichen Namen für sie finden, sei es Rheinbundfürsten oder Preußische Unionsvasallen. Der Fehler liegt vielmehr in dem verwöhnten Egoismus von Östreich, dem es nur zu oft seit Jahrhunderten gelungen ist, seine Hausinteressen für deutsche einzuschmuggeln, und dann im speziellen Fall in der Voreiligkeit, mit der man gerüstet hat. Unter allen Umständen liegt es im östr. Interesse, vor dem Losschlagen eine stärkere Betheiligung der Westmächte abzuwarten; letztre aber wissen ebensogut wie Graf Buol, daß Östreich seine jetzigen Rüstungen nicht lange aufrecht halten kann und sie bald nutzen oder das Schwert wieder einstecken muß, und in dieser Betrachtung liegt für die Seemächte eine Aufforderung abzuwarten.

Ich darf annehmen, besonders nach der heutigen Preuß. Corr[espondenz], daß der bei Behandlung des Bündnisses ferner einzuhaltende Weg bereits festgelegt ist; ich würde keine Überraschung empfinden, wenn das Bündniß nunmehr von den Großmächten einfach

an die Bundesversammlung gebracht würde, da der Eindruck eines sofort entschlossenen Beitritts doch nicht mehr zu erreichen ist; sein schlimmstes Schicksal würde sein, in den Ausschußverhandlungen solange trainirt zu werden, bis die Ereignisse, und nicht mehr die Abstimmungen, über das Verhalten der Bundesregirungen entscheiden. Der in Folge der Vorlage vom 24. gewählte Ausschuß ist noch nicht zusammengewesen. Der Referent, Herr. von Schrenk, wartet, wie er sagt, ab, was man in Tetschen über das Schicksal der Bamberger entschieden haben wird. Wenn Pfordten sich über seine Erfolge exaltirt[4]), so theilt sein hiesiger Vertreter dieses Gefühl durchaus nicht; er ist bescheiden, fast kleinlaut; überhaupt scheint man in München lange nicht so souveränitätsschwindlich zu sein, als in Dresden und Hanover, obschon ich über meine hiesigen Collegen von dort nicht klagen kann.

Die östreichische Presse ist ebenso unverschämt wie sonst; von uns ist nur die Rede mit den Worten „in Gesellschaft Östreichs" oder „im engsten Anschluß an die erhabne Politik des Kaiserhauses" und dergl. Auch die ultramontanen Aufreizung[en] werden lebhaft unterstützt. Ein übler Intrigant auf diesem Felde ist ein Freiherr von Bursian, den ich zu meiner Verwunderung vor einigen Monaten an der Königl. Tafel in Charlottenburg sah, wo er als Agent der gegen uns thätigen Fürstin von Isenburg introducirt war. Er ist Correspondent aller ultramontanen Blätter. Die Fürstin geht damit um, ihren minorennen Sohn katholisch zu machen und unter dem Vorwande mütterlicher Gefühle sich die Protection Sr. Majestät gegenüber der Vormundschaft zu sichern.

Ich möchte aus einigen Anzeichen schließen, daß Herr von Sydow bei seiner Haltung der Presse gegenüber sich in Betreff der Gefährlichkeit ultramontaner Tendenzen täuschen läßt. Daraus erkläre ich mir sein Einschreiten gegen den Schwäbischen Merkur und das nähere Verhältniß, in welches er zu dem (ultram[ontanen]) deutschen Volksblatt von Stuttgart zu treten bemüht ist.

Verzeihen E. E. meine weitschweifige Expectoration, die zumal größten Theils Fragen betrifft, welche schon abgethan sind, und nehmen Sie dieselbe unter der Rubrik einer Herzenserleichterung mit Wohlwollen auf und mit der Erwägung, daß jeder Preuße, der meine jetzige Stellung eine Zeit lang innegehabt hat, alle politischen Fragen einigermaßen durch die Brille preußisch-östreichischer Rivalität zu betrachten sich gewöhnt. Die Befürchtung, unsre Gutmüthigkeit von der Wiener pfiffigen Unverschämtheit mißbraucht zu sehn, raubt mir vielleicht die Unbefangenheit in Betreff größerer Fragen.

Man erzählt sich hier mit einer gewissen Bestimmtheit (ich habe es aus hannöverischer Quelle), daß in Tetschen die Berufung der deutschen Fürsten zu einem Congreß verabredet worden sei. Ich referire es, ohne daran zu glauben. Unsre Kassenanweisungen stehn hier fortwährend 1 Fl. 47½ für den Thaler, die 3½ proc. Staatsschuldscheine 86¾. Ich erwähne es nur, um E. E. hart zu machen gegen Rothschild und der, wenigsten[s] partiellen, Emission von Kassenanweisungen nochmals das Wort zu reden. Alle unsre Papiere stehn hier immer 1 bis 3 Procent höher als gleichzeitig in Berlin. Mit der ausgezeichnetsten Verehrung verharre ich . . .

Den General Mayerhofr[5]) schildert man mir als listig und lügenhaft.

---

[4]) Manteuffel hatte geschrieben, Pfordten solle über seine Bamberger Erfolge ganz den Kopf verloren haben.

[5]) Der österr. General Meyerhofer, der zusammen mit Graf Thun am 6. Juni die Einladung Kaiser Franz Josefs nach Tetschen in Sanssouci überreicht hatte, hielt sich noch einige Zeit in Berlin auf.

511. Bericht vom 17. Juni 1854 an Minister v. Manteuffel, betr. die Differenz zwischen der preußischen und der Großherzoglich hessischen Regierung. — Vgl. Poschinger II Nr. 16.

512. Bericht vom 19. Juni 1854 an König Friedrich Wilhelm IV., betr. die Rechte der württembergischen Standesherren. — Vgl. Poschinger II Nr. 17.

513. Bericht vom 19. Juni 1854 an König Friedrich Wilhelm IV., betr. die orientalische Angelegenheit. — Vgl. Poschinger II Nr. 18.

514. Bericht vom 21. Juni 1854 an Minister v. Manteuffel, betr. den Ausbau der Bundesfestungen Ulm und Rastatt. — Vgl. Poschinger II Nr. 19.

515. Bericht vom 21. Juni 1854 an Minister v. Manteuffel, betr. Verbot des „Schwäbischen Merkurs" in Preußen. Die französische Orientpolitik und die Presse Frankreichs und Deutschlands. — Vgl. Poschinger, Neue Berichte S. 187 f.

516. Bericht an Minister v. Manteuffel.

[Ausfertigung.]

23. Juni 1854.

E. E. beehre ich mich über die gegenwärtige Lage des kirchlichen Konflikts und namentlich im Herzogtum Nassau folgendes ehrerbietigst anzuzeigen. Wie E. E. bekannt sein dürfte, hat S. H. der Herzog Sich bewogen gefunden, mittels Beschluß vom 8 d. M. die Temporaliensperre aufzuheben, welche das h. Ministerium gegen die von dem Bischof von Limburg im Januar d. J. einseitig ernannten Pfarrer angeordnet hatte.

Aus glaubwürdiger Quelle wird mir mitgeteilt, daß diese Aufhebung in Abwesenheit des Fürsten von Wittgenstein auf den Betrieb des nassauischen Bundestagsgesandten Freiherrn von Dungern erfolgt, der hiezu durch Herrn von Prokesch im Auftrage des Wiener Kabinetts veranlaßt worden. Der Fürst Wittgenstein, dessen Privateinkommen zur Bestreitung eines standesmäßigen Haushaltes nicht auskömmlich zureicht, hängt deshalb an seiner Stellung und hat sich der Anordnung, zu welcher Herr von Dungern während seiner Abwesenheit S. Hoheit disponiert hatte, gefügt und sich auf den Ausdruck seines Mangels an Einverständnis mit demselben beschränkt.

Übrigens ist Herr von Dungern bei der geringen Entfernung von Wiesbaden sehr häufig daselbst anwesend, namentlich in der letzteren Zeit, und es scheint, daß derselbe österreichischerseits gegenwärtig benutzt wird, um auf die Entschließungen Sr. H. des Herzogs in einem dem österreichischen Interesse günstigen Sinne einzuwirken. E. E. wollen sich gen. erinnern, daß ich bereits in einem früheren vertraulichen Bericht den Herrn von Dungern, dessen zwei Söhne in österreichischen Militärdiensten stehen und der sich nicht in glänzenden Vermögensverhältnissen befindet, als den österreichischen Interessen ergeben geschildert habe. Diese Wahrnehmung dürfte durch das jetzige Verfahren des Herrn von

Dungern ihre volle Bestätigung finden, und wenn ich mir erlaube, E. E. hievon g. Anzeige zu machen, so bin ich dazu durch eine zweite, und zwar erst gestern getroffene Entschließung Sr. H. des Herzogs veranlaßt, welche bekundet, daß Höchstderselbe wiederholt dem österreichischen Einflusse nachgegeben hat. Das in Wiesbaden erscheinende Intelligenzblatt, welches seit kurzem von dem Fürsten Wittgenstein in ein Organ der Herzoglichen Regierung umgestaltet ist, brachte in den letzten Tagen zwei Artikel „über die oranische (evangelische) Partei in Nassau" und „Ist der Erzbischof von Freiburg ein Untertan?", welche allerdings den evangelischen Standpunkt scharf und bestimmt hervorheben. Diese Artikel haben bei der ultramontanen Partei die höchste Erbitterung erregt und die Hauptführer derselben veranlaßt, S. H. den Herzog in einer ihnen gewährten Audienz um Aufhebung des Intelligenzblattes als amtlichen Organs zu bitten. Der Herzog hat infolgedessen gestern einen Ministerrat abgehalten, in welchem er sich dahin geäußert haben soll, daß er bereit sei, dem gestellten Verlangen zu willfahren, da er die Beilegung des kirchlichen Konflikts wünsche und bei den mit der päpstlichen Kurie angeknüpften Verhandlungen eine Besprechung der kirchlichen Frage unstatthaft erscheine.

Wie mir ferner mitgeteilt wird, hat der Präsident Vollpracht Sr. H. vorgestellt, daß eine solche Nachgiebigkeit gegen die Forderungen des Klerus und der ultramontanen Partei nicht allein dem Ansehen der Regierung schaden, sondern auch die Ansprüche der päpstlichen Kurie steigern würde. Endlich ist denn auf den Vorschlag des Präsidenten und Vorstand der Ministerialabteilung für das Innere, Faber, von Sr. H. dem Herzog als Auskunftsmittel beschlossen worden, von der Aufhebung des Intelligenzblattes zwar Abstand zu nehmen, dagegen aber den Redaktionen sämtlicher in Nassau erscheinenden Blätter eröffnen zu lassen, daß sie sich jeder Besprechung des Kirchenkonflikts sowie religiöser Angelegenheiten überhaupt bei Entziehung der Konzession zu enthalten hätten. Zugleich hat sich die nassauische Regierung an die Gr. hessische mit dem Ersuchen gewandt, ein entsprechendes Verbot ergehen zu lassen; der Grund hiervon liegt in der aggressiven Haltung, welche das Mainzer Journal als Organ der ultramontanen Partei fortwährend beobachtet.

Indem ich nicht verfehlen werde, E. E. über den weitern Verlauf dieser Angelegenheit g. Bericht zu erstatten, kann ich Hochderselben hochgen. Ermessen nur die Entscheidung darüber anheimstellen, ob nicht der Wirksamkeit des Freiherrn von Dungern auf geeignete Weise entgegenzutreten sein möchte.[1])

517. Bericht vom 23. Juni 1854 an König Friedrich Wilhelm IV., betr. die Pensionsangelegenheit der invaliden Offiziere der ehemaligen schleswig-holsteinschen Armee. — Vgl. Poschinger II Nr. 21.

518. Vertrauliches Schreiben an Minister v. Manteuffel.

[Ausfertigung.]

27. Juni 1854.[1])

Soviel ich [mir] nach gelegentlichen Unterredungen mit meinen Kollegen von den Bamberger Staaten bisher ein Urteil habe bilden können, ist die große Mehrheit der

516. [1]) Manteuffel hat hier am Rande bemerkt: Herr Referent sollte vorschlagen wie? Darunter schreibt der König: Bravo! F. W.

518. [1]) Gedruckt (nach dem Konzept): Anh. z. G. u. E. II 182 ff.

Regierungen letzterer durchaus geneigt, Anknüpfungspunkte zum Einlenken zu suchen und zu benutzen; nur die Gesandten von Bayern und Sachsen haben in der Art eine Zurückhaltung gegen mich beobachtet, daß sie über die Intentionen ihrer Regierungen noch gänzlich im Unklaren zu sein erklärten. Ich habe es mir angelegen sein lassen, in Ausführung des Erlasses vom 16. Juni[2]) Nr. 38 die Überzeugung zu verbreiten, daß ein irgendwie bedingter Beitritt auf ein Entgegenkommen von unserer Seite auf keine Weise zu rechnen habe, und es scheint mir, als ob die Beteiligten, mit Ausnahme der beiden genannten Regierungen, mehr bemüht sind, einen schicklichen Weg zum Einlenken, als die Mittel zum ferneren Widerstand zu finden. Ich darf voraussetzen, daß E. E. Erklärungen, welche meine Annahme bestätigen, vorliegen, und daß die große Mehrzahl der Bundesstaaten ihre Bereitwilligkeit, im Schoße der Bundesversammlung dem Bündnis beizutreten, in kurzem aussprechen wird; wenn diese Erklärungen zum Teil in allgemeinen und nicht durchaus präzisen Ausdrücken gefaßt sein sollten, so würde m. u. E. aus diesem Umstande für die beiden Großmächte kein Grund erwachsen, die Anbringung der Sache am Bunde aufzuhalten, indem ich nicht zweifele, daß die Schwerkraft der Ereignisse und der diesseitigen Machtverhältnisse in dem jetzigen Stadium die Entschließungen der Bundesversammlung in das von den beiden Großmächten vorgezeichnete Geleise drängen wird. Ganz unumwundene Erklärungen am Bunde, dem Vertrage beizutreten, erwarte ich allerdings nicht von allen Seiten, teils wegen der Schwierigkeit, aus der in Bamberg eingenommenen Stellung mit Anstand einzulenken, teils auch wegen der Zweifel, die darüber obwalten, ob eine einfache Beitrittserklärung von seiten der Bundesversammlung dieser letzteren als dem dritten Kontrahenten im Vertrage ganz dieselben Rechte zusichern würde, wie den beiden ursprünglichen Paziszenten, d. h. ob das Einverständnis der Bundesversammlung ebenso gut wie das von Preußen oder Österreich für gewisse Fälle vorbehalten bleibt, oder ob der Konsens der Großmächte unter allen Umständen ausreichend ist, um ohne weitere Befragung der Bundesversammlung den casus foederis festzustellen. Meines g. Dafürhaltens dürfte es nicht einmal in unserem Interesse liegen, diese Frage schon jetzt zum Nachteil der Bundesversammlung zu entscheiden und uns dadurch eines Mittels der Hemmung und des Widerstandes gegenüber von Österreich zu begeben, von dem sich noch nicht voraussehen läßt, ob und inwieweit wir eines solchen bedürfen würden.

Ich habe schon vor einigen Tagen durch den Regierungsrat Zitelmann eine Anfrage an die Zentral-Preßstelle richten lassen, ob dort von einem durch die in Bamberg vertretenen Regierungen beabsichtigten Kongreß etwas bekannt sei; ich habe nunmehr mit Sicherheit folgendes erfahren, was E. E. vielleicht durch anderweite Mitteilungen bestätigt finden. Die in Bamberg versammelten Minister haben vor dem Auseinandergehen die Verabredung getroffen, nach Eingang der Rückäußerung von Preußen und Österreich und im Falle diese sich nicht durch ein einfaches Ja oder Nein auf telegraphischem Wege beantworten ließe, sich von neuem und zwar hierselbst zu versammeln. Dieser Zeitpunkt wäre nun jetzt allerdings eingetreten, indes hat man auf die Ausführung des Planes verzichtet, weil man nachgerade die Überzeugung gewonnen hat, in Bamberg sein Ziel überschossen zu haben. Man ist dort augenscheinlich nicht darauf gefaßt gewesen, in Berlin so wenig Anklang zu finden und von Wien so entschieden zurückgewiesen zu werden. Sowohl hierdurch, als durch die laute Manifestation der öffentlichen Meinung ist man von dem durch die lange Friedenszeit geförderten Souveränitätsschwindel zu

[2]) Ausfertigung hat Januar. Kohl bringt das richtige Datum.

größerer Nüchternheit gelangt; mehrere der beteiligten Staaten, insbesondere Baden und Nassau und — wie ich annehmen darf — auch Hannover und Kurhessen, haben unaufgefordert erklärt, sich an der verabredeten Frankfurter Konferenz nicht beteiligen zu wollen. Überhaupt scheint entschiedene Uneinigkeit im Lager der Mittelstaaten zu herrschen, und von seiten aller übrigen hört man Vorwürfe gegen die Leidenschaftlichkeit und Selbstüberschätzung der Herren von Beust und von der Pfordten, durch welche man sich in Bamberg habe verleiten lassen, in die Materie der europäischen Politik selbst einzugehen, anstatt die Entscheidung über die Anschlußfrage der Bundesversammlung zuzuschieben. Aus guter Quelle höre ich außerdem, daß man in Bamberg allerdings auch von einem Fürstenkongreß gesprochen hat, welcher zur Schlichtung der ganzen orientalischen Frage in Brüssel im August zusammenkommen solle; die Anregung hierzu sei von dem König Leopold ausgegangen und erfreue sich dies Projekt einer lebhaften Sympathie von seiten der Königin Victoria. Als meine Quelle für letztere Nachricht kann ich im Vertrauen meinen hannöverschen Kollegen[3]) bezeichnen.

Den öffentlichen Blättern nach sollte der einige Tage hier anwesende Oberst Kowalewsky den Auftrag gehabt haben, auf die Regierungen der Mittelstaaten im russischen Sinne einzuwirken; ich habe angewandter Bemühungen ungeachtet nicht erfahren können, daß er in dieser Richtung irgendwelche Beziehungen gepflogen hätte. Außer einigen Exkursionen in die Umgegend, nach Wiesbaden und Baden-Baden, ist in betreff seines hiesigen Verhaltens nichts zu beobachten gewesen, und hat er seine weitere Reise oder Rückreise jedenfalls nicht von hier aus angetreten.

Der Wirkliche Geheime Rat Bunsen befindet sich augenblicklich in Heidelberg; ebendaselbst hält sich Heinrich von Gagern auf, der dort seine Kinder in der katholischen Konfession erziehen läßt; seine Frau ist katholisch und sein Bruder Max bekanntlich vor einiger Zeit zur katholischen Kirche übergetreten. Der Prinz Felix Hohenlohe, Präsident der Darmstädter Bank und des ehemaligen Vereins zum Schutz vaterländischer Arbeit, verkehrt ebenfalls viel in Heidelberg, gewöhnlich in Begleitung des in ultramontanen Geschäften vielfach benutzten fürstlich reußischen Legationsrats Freiherrn von Bursian, desselben, der vor einiger Zeit in Aufträgen der Fürstin von Isenburg-Birstein in Berlin anwesend und von Sr. Majestät zur Tafel gezogen worden war. Dieser p. von Bursian kam ursprünglich als Zeitungskorrespondent zur Parlamentszeit hier an, war dann als Privatsekretär in Diensten des Herrn von Bally und später des Prinzen Hohenlohe. Er ist ein übelberufener Intrigant im Dienste unserer Gegner. Man erzählt hier, daß er von der französischen Spielgesellschaft, welche in Nauheim jetzt etabliert ist, 2000 fl. empfangen habe, um den Einfluß seines Prinzipals, des Fürsten Hohenlohe — Schwiegersohn des Kurfürsten — für Erteilung der Spielkonzession zu gewinnen. In Berlin scheint der p. Bursian mit der Spenerschen Zeitung, wahrscheinlich auch mit anderen Blättern, in Verbindung zu stehen.

König Ludwig von Bayern wird von Köln aus einen Besuch in Coblenz machen. J. K. H. die Frau Prinzessin von Preußen hat Sr. Majestät durch ein direktes Anschreiben des prinzlichen Hofmarschall-Amts an die hiesige K. bayerische Gesandtschaft eine Einladung zugehen lassen, welche der König Ludwig im allgemeinen angenommen, die Wohnung im Schloß jedoch abgelehnt hat. Genehmigen ꝛc.

---

[3]) Seit dem 8. April 1854 Graf Eduard v. Kielmansegge.

519. Privatschreiben an Minister v. Manteuffel.

[Eigenhändig.]

28. Juni 1854.

E. E. geehrtes Schreiben vom 22.[1]) ist mir gestern durch den Schirrmeister zugegangen, und beeile ich mich meinen g. Dank zu sagen für die eingehende und wohlwollende Art, mit welcher Sie die Lucubrationen meines letzten Briefes aufgenommen haben. Nach Absendung meines gestrigen g. Schreibens besuchte mich Herr von Glinka; er so wie alle Russen, die ich in der letzten Zeit gesehn habe, sind mit leidenschaftlicher Erbitterung gegen Östreich erfüllt, und nach seinen Nachrichten aus Petersburg herrscht dort dieselbe Stimmung in einem, wie er sagt, die ruhige Erwägung der Sachlage beeinträchtigenden Grade. In Bezug auf uns ist man billig genug einzugestehn, daß man keinen Dank von uns verdient hat, indem die russische Politik in allen preuß.-östr. Streitfragen der letzten Jahre gegen uns und für das undankbare Östreich entschieden Partei genommen habe.

Mit dem sächsischen Gesandten habe ich gestern eine Unterhaltung gehabt, nach der ich annehmen darf, daß auch das Dresdner Cabinet in Sachen des Beitrittes zum Bündniß sich zum Ziele legen wird. Baiern allein wird ja dann wohl nicht in der Opposition verharren. Diesen günstigen Erfolg gegenüber der Bamberger Politik verdanken wir vorzugsweise der milde[r]nden und zum Einlenken die Hand bietenden Fassung unsrer Antwort, zu welcher E. E. die Wiener Gereiztheit vermocht haben.

Ihren Herrn Bruder habe ich vor einigen Tagen in Homburg wohlauf und als sehr pflichttreuen Kurgast gesehn. Wir besprachen unter vielen andern Gegenständen die Eventualitäten, welche sich für Besetzung des auswärtigen Staatssecretariats bieten. Es ist ein beklagenswerther Mangel an Auswahl. Der Geeigneteste außer Herrn von Werther schien uns Graf Seckendorf zu sein; auch von unsrer Nassauer Acquisition, Herrn von Winzingerode, war die Rede; in actis gewiß ein tactfester und ordnungliebender Herr; etwas bange würde mir vor seiner großen Ängstlichkeit sein.

Die Nachrichten von einer Reise der Kaiserin Eugenie nach Baden gewinnen hier an Consistenz. Wie wird sich die Frau Prinzessin von Preußen mit ihr stellen, die auch wieder hinzugehn beabsichtigte? Sonst weiß ich für heut nichts Neues. Mit der Bitte mich der gnädigen Frau angelegentlichst zu empfehlen . . .

520. Bericht vom 1. Juli 1854 an König Friedrich Wilhelm IV., betr. die Pensionsgesuche von Offizieren der ehemaligen schleswig-holsteinschen Armee. — Vgl. Poschinger II Nr. 22.

521. Vertrauliches Schreiben an Minister v. Manteuffel.

[Eigenhändiges Konzept.]

3. Juli 1854.[1])

E. E., von sämtlichen deutschen Regirungen mit Ausnahme von Würtemberg ist Einverständniß zum Bündniß vom 20. April vorhanden; auch Seitens der Niederlande,

519. [1]) Abgedruckt im Anh. z. G. u. E. II 179 ff.

521. [1]) Nach dem Abdruck im Anhang zu den G. u. E. II 186 f.

wie es scheint. Würtemberg lehnt nach der Äußerung von Herrn von Reinhardt wenigstens pro tempore ab; derselbe hofft, daß bei der Abstimmung am Bundestage der König pure beitreten werde, um nicht mit Dänemark in der Minorität zu bleiben. Herr v. Reinhardt ist seiner Familientraditionen[2]) wegen dem imperialistischen Frankreich zugewandt, obwohl seine Frau eine Russin ist. Herr v. Titoff ist nach Stuttgart hier durchgereist. — A. Malet theilte mir eine für München bestimmte scharfe englische Note mit, in welcher dem dortigen Cabinet gesagt wird, daß es sich in Dinge mische, die außerhalb seiner Competenz lägen, und daß ein fernerer Widerstand gegen die Politik der großen Mächte vollständig „harmless" sei. Nach Dresden ist eine ähnliche Note ergangen. Die vertrauliche Expedition in Betreff des Einrückens in die Wallachei habe ich durch Graf Bock[3]) erhalten. Daß die Nachricht von der Absicht Österreichs nach Berlin gemeldet sei und dort Verstimmung erregt habe, wurde mir hier am 30. Juni schon erzählt, und wie ich glaube aus ursprünglich englischer Quelle. Außerdem ist diese Thatsache bereits in der Deutschen Allgemeinen Zeitung vom 2. Juli in einer Berliner Correspondenz enthalten.

522. Bericht vom 5. Juli 1854 an Minister v. Manteuffel, betr. die kurhessische Verfassungsfrage. — Vgl. Poschinger II Nr. 23. Von Fehlern in dem dortigen Abdruck notieren wir: S. 34 Zeile 9 lies „übereinstimmten", Zeile 10 statt „auch" lies „danach", Zeile 10 v. u. statt „sollte" lies „solle", S. 35 Zeile 4 für „behält" lies „behielt", Zeile 8 v. u. für „immer" lies „nur", S. 36 Zeile 5 ist vor „April" einzuschalten „13.", Zeile 15 v. u. für „bürgerlichen" lies „bäuerlichen", S. 37 Zeile 12 v. u. für „durch" lies „auf", Zeile 11 v. u. lies „Landesvertretung", S. 38, drittletzte Zeile der Nummer, für „erkennt" lies „entnimmt".

523. Schreiben an den Regierungspräsidenten Seebald in Trier.

5. Juli 1854.[1])

E. H. im Schreiben vom 28. v. M. ausgesprochenem Wunsche, mich für die israelitische Gemeinde in Trier bei dem Baron von Rothschild zu verwenden, würde ich gern in so weit entsprechen, als es durch gelegentliche und private Erörterung der Sache geschehen kann, und werde ich dem hiesigen Disponenten des Hauses Rothschild die Wünsche der dortigen israelitischen Gemeinde zur Kenntnis bringen und dieselben befürworten. Eine amtliche Verwendung meinerseits oder im Namen der K. Regierung glaube ich nicht eintreten lassen zu können, zumal das Verhalten des Hauses Rothschild bei Gelegenheit unserer jüngsten Staatsanleihe nicht von der Art gewesen ist, daß es wünschenswert sein könnte, die Gefälligkeit dieser Herren im Namen der preußischen Regierung in Anspruch zu nehmen.

---

[2]) Reinhard war ein Neffe des aus der Geschichte der französischen Revolution und auch aus der Geschichte der deutschen Literatur bekannten Grafen Karl Friedrich Reinhard. Er war in Moskau als Sohn eines den russischen Erbadel führenden Professors, des Bruders des Grafen R., geboren.

[3]) So liest Kohl. Vermutlich muß es heißen Bork.

[1]) Nach dem Abdruck bei Poschinger, Neue Berichte S. 189.

524. Privatschreiben an Minister v. Manteuffel.

[Eigenhändig.]

11. Juli 1854.

Am Sonnabend habe ich den geehrten Erlaß vom 6. c.[1]) wegen Beitritt des Bundes zum Bündniß erhalten. Am Sonntag waren meine Collegen ausgeflogen, und erst gestern habe ich mit Herrn von Prokesch und einigen andern sprechen können; heut aber werde ich durch eine nicht endenwollende Sitzung des Militärausschusses an Vollendung meines Berichtes gehindert. Ich beeile mich daher, während Prokesch neben mir vorträgt, nur wenige Worte über E. E. geneigte Expedition vom 6. c. und über die heut zu meiner Einsicht gelangten östreichischen Entwürfe[2]) zu sagen, welche dem Grafen Thun unter dem 6. von Wien aus übersandt worden sind. Was die Form des Beitrittes anbelangt, so wäre mir ein einfacher Bundesbeschluß auf Antrag der beiden Bundesglieder Preußen und Östreich die liebste. Ein förmlicher Vertrag zwischen letztern und dem Bunde ignorirt die Bundesangehörigkeit der Großmächte gänzlich und scheint unnatürlich. Auch die von Östreich vorgeschlagne Acceptationserklärung der beiden Staaten gegenüber dem zu extrahirenden Bundesbeschluß accentuirt die Scheidung derselben von den übrigen Bundesgliedern noch mehr als nöthig, scheint aber, wenn Östreich dabei beharrt, nicht von practischem Belang.

Wenn es nach den persönlichen Ansichten meiner Collegen geht, so wird die Nothwendigkeit der Einstimmigkeit von keiner Seite behauptet werden, man sich vielmehr mit der Mehrheit von ⅔ pleni begnügen. Indessen höre ich äußerlich, daß bei einigen Bundesfürsten, insbesondere bei Sr. K. H. dem Großherzog von Mecklenburg-Strelitz, der Gedanke nicht aufgegeben sein soll, gegen einen Mehrheitsbeschluß, als außerhalb der verfassungsmäßigen Befugnisse des Bundes liegend, sich zu verwahren und zu beantragen, daß der Bund sich seiner Bestimmung entsprechend für neutral erkläre. Ich glaube aber nicht daran, daß diese kühne Politik innerhalb der Versammlung einen Ausdruck finden werde. In der Art, daß sich Schritte bei dem Strelitzer Herrn thun ließen, ist die Sache nicht zu meiner Kenntniß gediehn.

Mehre meiner Collegen sind zu eifrigerem Betriebe des Beitritts des Bundes angeblich durch die Wahrnehmung bewogen worden, daß derselbe von Östreich nicht mehr mit besondrem Eifer gesucht werde, weil das Wiener Cabinet nach den gemachten Erfahrungen lieber mit uns allein bleiben wolle und in solchem Falle mehr Aussicht zu haben glaube, specifisch Östreichischen Deutungen des Textes Geltung zu verschaffen, als bei einer Zuziehung des Bundes als dritten Contrahenten und Auslegers möglich sein würde. Obschon für einen solchen Gedanken die innre Wahrscheinlichkeit spricht, so habe ich doch äußerlich nichts bemerkt, was auf das Vorwalten desselben schließen ließe. Im Gegentheil beweist das schnelle Eintreffen der östreichischen Entwürfe, daß man dort nicht mit Verschleppung der Sache umzugehn scheint.

---

[1]) Darin wurde Bismarck ersucht, seine Ansicht mitzuteilen, in welcher Form sich der Zutritt des Bundes zu dem Bündnis vom 20. April vollziehen sollte.

[2]) Über die Entwürfe vgl. Poschinger IV S. 201, Anm. 6, wo insbesondere der Wortlaut des 2. wiedergegeben wird.

Gegen den Text des östreichischen Entwurfs drängen sich mir, nach einmaliger flüchtiger Durchsicht desselben, nur die in der Anlage[3]) aufgeführten Bemerkungen [auf].

Aus meinen Privatunterhaltungen mit Prokesch entnehme ich mit Bestimmtheit, daß seiner jetzigen Ansicht nach Östreich mit der Erfüllung der in der Sommation enthaltenen Forderungen sich nicht zufrieden geben wird. Er sagt, daß die Bestimmungen des Vertrages von Adrianopel[4]) auf die Länge unerträglich gewesen seien; es hätte früher oder später doch zum Kriege zwischen Östreich und Rußland darüber kommen müssen; jetzt sei die Gelegenheit, eine Abstellung der 1829 constituirten Übelstände zu erlangen, so günstig wie niemals; man müsse sie benutzen. Die gesicherte Freiheit der Donaumündungen, die Öffnung des schwarzen Meeres, die Lösung des russ. Protectorats über die Fürstenthümer und Serbien müsse erlangt werden. In Betreff der zukünftigen Stellung dieser Länder zur Pforte spricht er geflissentlich keine Meinung aus, und niemand zweifelt hier an der Absicht, daß man die Besetzung der Fürstenthümer durch östr. Truppen als einen Anknüpfungspunkt für ein näheres Verhältniß Östreichs zu den Fürstenthümern in Wien betrachtet. P[rokesch]s Privatansicht geht außerdem dahin, daß an Stelle der Türkey nur das byzantinische Reich treten könne; damit würden zwei griechische Kirchen geschaffen und Rußlands Ascendant über seine Religionsgenossen im Orient beseitigt.

Bei Besprechung des Beitrittes begegne ich im Munde meiner Collegen vielfach der Äußerung, daß der Vertrag vom 20. April durch den neuen, welchen Östreich mit der Türkey geschlossen hat[5]), einigermaßen obsolet geworden sei, und es während der Verhandlungen über den Beitritt noch mehr zu werden Aussicht habe. Für unsre Freiheit des Entschlusses kann es allerdings nur günstig sein, wenn Östreich sich ohne unser Einverständniß in Complicationen einläßt, deren Consequenzen mit dem Bündniß vom 20. nichts zu thun haben. Ich will damit noch nicht sagen, daß wir diese größre Freiheit nothwendig g e g e n Östreich benutzen müssen; zu brauchen aber dürfte sie immer sein.

Ein ziemlich eingeweihter Bonapartist, convertirter Republikaner, sagte mir vorgestern, nachdem er beträchtlich tief ins Glas gesehn hatte: Frankreich werde in dem europäischen Conflicte immer die freiste Stellung unter allen Großmächten behalten, weil es durch kein eignes Interesse gegen Rußland engagirt sei. Der eigentliche Grund sei, daß der Kaiser einen Krieg gebraucht habe; ein solcher gegen Deutschland, hinter dem alsdann Rußland gestanden hätte, sei zu gefährlich gewesen; sei Rußland erst geschlagen, oder doch isolirt und beleidigt, so werde für Frankreich und Preußen die Zeit gekommen sein, gemeinschaftlich ihrer Interessen und ihres Ehrgeizes zu gedenken. Der eigentliche Interessenkampf werde erst beim Friedenscongreß ausbrechen, in ähnlicher Weise, wie er 1815 ausgebrochen sein würde, wenn nicht Napoleons Rückkehr von Elba die Zänker geeinigt hätte. Die Anschauungsweise ist nicht neu, und ich schreibe sie nur nieder, weil der Ausschuß noch immer nicht aufhören will. Baiern und Sachsen streiten seit zwei Stunden über einen juristischen Fall in Betreff der Nutzung von Festungsgrundstücken; alle Schlußanträge fruchten nicht. Ihr Herr Bruder war zu meiner Freude zwei Tage hier; jetzt reist er in Baden umher; übermorgen erwarte ich ihn wieder hier und werde ihm den heut von E. E. für ihn eingegangnen Brief einhändigen. Mit der Bitte mich der gnädigen Frau angelegentlichst zu empfehlen . . .

---

[3]) Wortlaut der Anlage vgl. Poschinger IV S. 204 Anm.
[4]) Friede von Adrianopel 14. September 1829.
[5]) Gemeint ist die Konvention zwischen Österreich und der Pforte vom 14. Juni 1854, betreffend das Einrücken österreichischer Truppen in die Donaufürstentümer.

525. Schreiben an Minister v. Manteuffel.

[Ausfertigung.]

12. Juli 1854.

Als Nachtrag zu meinem gestrigen Schreiben erlaube ich mir noch das Ergebnis einer nach Absendung desselben mit meinem bayerischen Kollegen gehabten Unterredung hinzuzufügen.

Die erste Frage, welche derselbe an mich richtete, nachdem er von dem Eingange der an Herrn von Prokesch gerichteten österreichischen Entwürfe Kenntnis erhalten hatte, betraf die Übereinstimmung der beabsichtigten Vorlage mit den in der Note vom 16. v. M. gegebenen Erläuterungen Österreichs und Preußens. Er wiederholte mir, daß man in München das entschiedenste Gewicht darauf lege, die in der bayerischen, hessen-darmstädtischen und anderen Antwortsnoten enthaltene Voraussetzung erfüllt und den Inhalt der preußisch-österreichischen Note vom 16 v. M. in der Erklärung beider Großmächte an den Bund reproduziert zu sehen. Wenn dies nicht geschehe, so sei er angewiesen, die preußisch-österreichische Erklärung und den Beschlußentwurf seinem Kabinett erst vorzulegen, ehe er die Zustimmung Bayerns ausspreche. Meiner unmaßgebl. Ansicht nach würde diese Schwierigkeit beseitigt werden müssen, ehe die Vorlage in die Bundesversammlung gebracht wird, und scheint mir, daß im Interesse der Sache eine viel größere Annäherung an den Inhalt der Note vom 16. v. M. zulässig wäre, als in dem österreichischen Entwurf stattfindet.

Weniger Gewicht dürfte m. E. auf das Bestreben der Mittelstaaten zu legen sein, an dem in Bamberg formulierten Beschlußentwurfe festzuhalten.

Herr von Prokesch glaubt nicht an eine günstige Aufnahme der russischen Antwort[1]) und der diesseitigen Eröffnung in Wien; es schien mir sogar nach der Art seiner Äußerungen, daß er etwas der Art für jetzt nicht mehr wünschenswert hielte. S. K. H. der Prinz Friedrich ist gestern hier eingetroffen und verweilt noch hier. Die Ankunft S. K. H. des Prinzen von Preußen erwarte ich in diesem Augenblick.

526. Bericht vom 12. Juli 1854 an Minister v. Manteuffel, betr. den Beitritt des Bundes zu dem Aprilbündnisse. — Vgl. Poschinger II Nr. 26. Die Sperrung auf S. 42 rührt von Poschinger her.

527. Schreiben an Minister v. Manteuffel.

[Ausfertigung.]

19. Juli 1854.

E. E. haben mich wiederholt angewiesen, sorgfältig alles zu vermeiden, was irgendwie zu einem Schluß berechtigen könne, als sei zwischen den Kabinetten von Berlin und Wien nicht die vollste Übereinstimmung vorhanden; ich habe daher geglaubt, dem gelegentlich auftauchenden Mißtrauen des Freiherrn von Prokesch gegen die diesseitige Politik nicht wirksamer entgegentreten zu können, als indem ich ihm mitteilte, daß ich angewiesen sei, auch dem geringsten Anschein eines Mangels an Einheit vorzubeugen, da man bei uns ebensosehr wie in Wien von der Notwendigkeit des Zusammenhaltens der deutschen

[1]) Depesche Gortschakows vom 29. Juni 1854. Vgl. Bundestagsprotokolle 1854, § 257. Beilage 1.

Staaten unter sich und namentlich mit Österreich durchdrungen sei. Bald nach dieser Mitteilung enthielt der Moniteur vom 12. d. M. in dem g. g. beigefügten „Leipzig den 7. Juli“ fast dieselben Worte, welche ich zu dem Freiherrn von Prokesch gesprochen. Dieser Umstand liefert mir eine neue Bestätigung der Überzeugung, daß Herr von Prokesch für sein Bedürfnis, Zeitungsartikel zu schreiben, auch in den französischen Blättern Befriedigung sucht; er unterhält einen regelmäßigen und lebhaften Briefwechsel mit Herrn von Hübner, durch welchen auch die Verbindung mit der französischen Presse vermittelt wird und letzterer wenigstens zum Teil ohne Zweifel die in neuerer Zeit so häufigen, offenbar aus den Akten deutscher Regierungen stammenden Mitteilungen zufließen. In dem vorliegenden Falle wenigstens glaube ich darüber ganz sicher zu sein, da ich nur gegen Herrn von Prokesch mich gerade genau im Sinne jenes Artikels ausgesprochen habe. Genehmigen ꝛc.

528. Privatschreiben an Minister v. Manteuffel.

[Eigenhändig.]

21. Juli 1854.

E. E. Ich benutze die Reise des Herrn von Reitzenstein, um in Betreff der Beitrittfrage meinem heutigen Immediatbericht noch einige Worte hinzuzufügen. Die Sitzung des Ausschusses ist soeben beendigt. Das Referat war von dem bairischen Gesandten bearbeitet, kurz und der Sache, wie mir schien, sehr angemessen. Eine Bezugnahme in der Motivirung auf den Inhalt der Note vom 16. Juni[1]) wurde von Sachsen gewünscht, unterblieb aber. Sie wird voraussichtlich in den Erwägungsgründen der einzelnen Abstimmungen von Baiern, Sachsen, Hanover und Andern ihre Stelle finden. Die einzige Änderung, welche in dem Beschlußentwurf unter des Herrn von Prokesch und meiner Einwilligung stattgefunden hat, ist folgende Einschaltung am Schlusse der Erwägungsgründe:

> „unter der Verabredung beizutreten, daß S. M. der König von Preußen und S. M. der Kaiser von Östreich die durch Art. XI der B[undes] A[cte] übernommene Verpflichtung durch ihre gesammte deutsche und außerdeutsche Macht erfüllen werden“.

Es schien uns dies eine im Falle des Krieges sich von selbst ergebende Sache; die Instructionen unsrer Bamberger Freunde, auch noch die neusten telegraphischen, bestanden aber ausdrücklich auf diesen Zusatz, während sie den wegen der Bezugnahme auf die Note vom 16. v. M. fallen ließen. Ich schreibe Ersteres nur der kleinen Eitelkeit zu, doch wenigstens äußerlich noch einen Bamberger Pinselstrich anzubringen, gegen den ein ernster Widerspruch der Großmächte sich nicht erwarten ließ (angegeben wird mir als Grund des Verlangens der Unterschied, den diese Einschaltung bei der dereinstigen Liquidation der Kosten machen werde). Der Ausschuß war darüber einig, daß weder Einstimmigkeit noch auch ein Plenarbeschluß mit einer ⅔ Majorität rechtlich erforderlich sei, um den Beitritt zu vollziehn. Herr von Prokesch unterstützte diese Ansicht seiner Instruction gemäß, und die Bamberger vertraten sie, weil dadurch sichergestellt wird, daß der Beitritt eine Kriegserklärung, die nur mit ⅔ pleni beschlossen werden kann, nicht in-

[1]) Über den Inhalt der Note vgl. Poschinger IV S. 207 f. Anm. 4.

volvire, und also auch dem Bunde die Sicherheit bleibe, zu einem activen Einschreiten nur nach nochmaliger ausdrücklicher Beschlußnahme gelangen zu können.

Im Verkehr mit Herrn von Prokesch finde ich vielfache Bestätigungen meiner schon früher gegen E. E. geäußerten Ansicht, daß Östreich bemüht ist, eine selbständige preuß.-östr. Behandlung der russischen Antwort zu vermeiden, vielmehr die Wiener Conferenz und die Westmächte vorzuschieben, um einer Zurückweisung der russ. Eröffnungen und einer Einwirkung der Westmächte auf uns zu diesem Behufe gewiß zu sein. Die Absicht zu fingiren, als ob eine geschlossene Quadrupelallianz, die nur gemeinsam Rußland gegenüber agiren könne, vorliege, trat bei der Discussion im Ausschuß erkennbar hervor; besonders bei Erörterung der Frage, ob die ganzen Actenstücke vom 20. April oder nur der eigentliche Tenor der Vertragsartikel, wie Baiern wollte, in den Bundesbeschluß zu inseriren seien. Die beigebrachten Antecedentien, bei Gelegenheit der belgischen und andrer Verträge, entschieden für die erstre Alternative, und werden die Einleitungen und Erwägungsgründe in den Beschluß mit aufgenommen. Auch zur Vorlage des Protokolls vom 23. Mai[2]) hatte Herr von Prokesch eine Einleitung Namens Preußens und Östreichs aufgesetzt, welche die Solidarität des „Europäischen Einverständnisses", wie es in den Conferenzen seinen Ausdruck gefunden habe, hervorzuheben bestimmt war. Auf meinen Wunsch hat indeß eine einfache Vorlage stattgefunden. Daß der Westen, wenigstens England, die russischen Concessionen als ungenügend zurückweist, darüber kann wohl nirgends, am wenigsten in Wien, ein Zweifel bestehn, und provocirt Östreich lediglich auf die Seemächte und deren Votum in der Conferenz, so lehnt es damit einfach ab. Wenn das Bündniß vom 20. April nicht den Erfolg hat, Deutschland eine vom Westen unabhängige Politik zu sichern, so hätten wir es angenehmer gehabt, uns direct mit Paris und London zu verständigen, anstatt mit dem übrigen Deutschland die Nullen hinter der Eins Östreichs zu bilden, die innerhalb der Conferenz doch auch nur wieder eine Ziffer in dritter Stelle bedeutet. Denn die Westmächte legen der Conferenz offenbar nur für die deutschen Theilnehmer eine limitirende Kraft bei, während sie selbst sich eine von derselben gänzlich unabhängige Bewegung vindiciren. Sehr gefreut habe ich mich über den Artikel der Preuß. Correspondenz, mit dem die Unverschämtheiten der englischen Presse berücksichtigt wurden. Sonst steht für 10 Thaler monatlich in dem Blatte nicht viel zu lesen.

Auch gegen mehre meiner Collegen hat Herr von Prokesch sich in dem Sinne geäußert, daß Östreich die jetzige Gelegenheit zum Kriege benutzen müsse, um sich von den in Adrianopel sanctionirten Verhältnissen frei zu machen. Immerhin, aber was haben wir von unsern Auslagen dabei? Die Sitzung zur Beschlußnahme über den Beitritt findet Montag statt. Herr von Prokesch beabsichtigte sie auf morgen schon, aber Würtemberg und Mecklenburg, unterstützt von Baiern und Sachsen, baten um Aufschub. Würtemberg ist sehr bös, daß der neuste Beschlußentwurf nicht vor der Einbringung in die Versammlung auch in Stuttgart mitgetheilt worden ist. Herr von Reizenstein mahnt zum Schluß. Mit aufrichtigster Verehrung verharre ich . . .

Haben E. E. die Beustsche Antwort[3]) auf die grobe englische Note gelesen? — Sie ist sehr gut geschrieben, und wäre noch besser, wenn Sachsen größer wäre.

---

[2]) Protokoll der Wiener Konferenz vom 23. Mai 1854, abgedruckt bei Jasmund: Aktenstücke zur orientalischen Frage Nr. 226.

[3]) Vgl. den Abdruck bei Poschinger IV S. 211, Anm. 1.

529. Bericht vom 25. Juli 1854 an Minister v. Manteuffel, betr. österreichische Beinflussung der preußischen Blätter. — Vgl. Poschinger II Nr. 29.

530. Bericht vom 25. Juli 1854 an König Friedrich Wilhelm IV. betr. den Beitritt des Bundes zu dem Aprilbündnisse. — Vgl. Poschinger II Nr. 30.

531. Privatschreiben an Minister v. Manteuffel.

[Eigenhändig.]

25. Juli 1854.

E. E. mir soeben per expr[ess] zugehendes eigenhändiges geehrtes Schreiben[1]) traf mich in dem Zwiespalt zwischen der Neigung, E. E. etwas Ähnliches wie den Inhalt des Berichtes des Grafen Alvensleben vom 21. c.[2]) zu schreiben, und zwischen der Erwägung des ne sutor ultra crepidam. Es bleibt mir heut nur eine Stunde bis zum Postschluß, morgen berichte ich ausführlicher. Ich nehme als unzweifelhaft an, daß es Östreich nicht mehr um Herstellung des Friedens, sondern um einen aus der jetzigen Lage Rußlands zu ziehenden Gewinn zu thun ist, nämlich Protectorat oder voller Erwerb der Donaufürstenthümer und der Donaumündungen, zu welchem letztern Zwecke Rußland, wie Herr von Prokesch gelegentlich zu Herrn von Schrenk geäußert hat, nur ein sehr kleines Stück Land abzutreten brauchte. Wir haben kein eignes Bedürfniß, uns bei den Kosten und Gefahren einer derartigen östreichischen Eroberung zu betheiligen; eine derartige folgenreiche Vergrößerung Östreichs widerspricht vielmehr unsern Interessen, indem sie die Machtverschiedenheit mehren und dadurch unsre Stellung in Deutschland herabdrücken wird. Durch Gründe der Billigkeit und Friedensliebe wird sich das Wiener Cabinet von Verfolgung seines Zieles nicht mehr abhalten lassen, vielleicht aber noch durch eine entschiedne Sprache Preußens und der übrigen deutschen Bundesgenossen, eine Sprache, welche jede Hoffnung abschnitte, daß letztre den östr. Staat gegen die Folgen eines leichtsinnig und ehrgeizig gesuchten Krieges vertreten würden, und welche die Möglichkeit eines feindlichen Auftretens gegen Östreich nicht ausschlösse. Ich setze dabei voraus, daß Östreich uns durch willkührliche Bewegungen außerhalb des Bündnisses und durch gewaltsame und einseitige Deutungen desselben eine größere Freiheit des Handelns wiedergiebt, und finde, daß E. E. Erlaß vom 15 c. an Graf Alvensleben nach dieser Richtung hin soweit geht, als bei jetziger Sachlage, m. g. D., thunlich ist, ohne uns irgend einem begründeten Vorwurfe ex fundamento des Bündnisses auszusetzen. Innerhalb der rechtmäßigen Entwicklung des letztern bietet sich als das nächste Hülfsmittel die Vorlage der russischen Antwort an den Bund als dritten Contrahenten dar. Derselbe hat ein in unsrer Vorlage selbst anerkanntes Recht darauf, und ich wundre mich, daß die Bamberger es nicht bei Gelegenheit des Beitrittes gestern schon hervorgehoben haben. Mein bairischer College sprach nur privatim gegen mich die Ansicht aus, daß nun der Bund auch darüber zu befinden haben werde, ob die russische Antwort für befriedigend im Sinne des Bündnisses zu halten sei oder nicht. Er hat heut nach München geschrieben, um zu fragen, ob in Wien oder Berlin Schritte geschehn seien, um den Bundesgenossen eine Mitwirkung bei Behandlung der

[1]) Wortlaut vgl. Poschinger IV S. 210 ff.
[2]) Vgl. ebenda.

russ. Antwort zu sichern, bevor die Entscheidung darüber eine vollendete Thatsache geworden ist, der sie bongré malgré beitreten müssen. Mir würde es nicht zu weit gegangen scheinen, wenn wir, nöthigenfalls ohne Anträge der Mittelstaaten abzuwarten, ex officio in Wien die Nothwendigkeit anregten, den Passus der Vorlage, der mit den Worten beginnt „die Cabinette von Wien und Berlin unterziehn in diesem Augenblick ꝛc.“ zur Wahrheit werden zu lassen.

Die Stellung, welche wir durch Gleichheit des augenblicklichen Interesse[s] zu den Bambergern gewinnen, überschätze ich nicht, und baue für die Zukunft darauf nicht viel, wenn schon etwas. In der Gegenwart lege ich mir die Frage vor: Entspricht es unserm Interesse, den Krieg zwischen Östreich und Rußland zum Ausbruch kommen zu lassen? Ich kann mir denken, daß man sie bejaht, aber die Politik, die damit indicirt würde, ist nicht die Sr. M. des Königs. Wird sie, wie ich annehme, verneint, so können uns die Bamberger allerdings von großem Nutzen sein, um den Eindruck einer Art von Territion zu erhöhen, vermöge deren allein wir m. E. noch Aussicht haben, den kriegerischen Ehrgeiz Östreichs zur Besinnung zu bringen. Wir laufen dabei nicht Gefahr, von den Bambergern unsrerseits influenzirt oder gebunden zu werden; wir fangen bloß ihren Wind in unseren Segel auf, ohne an seine Richtung länger, als es uns angemessen scheint, gebunden zu sein, und bei ihnen erwecken wir zwar nicht Dankbarkeit, aber doch das großentheils verloren gegangne Bewußtsein, daß die preußischen Interessen mit denen der übrigen deutschen Staaten mehr übereinstimmen als die östreichischen, ein Bewußtsein, welches uns in den letzten 10 Jahren vor 1848 das entscheidende Übergewicht am Bunde verlieh.

An eine englische Blokade glaube ich nicht, bis ich sie sehe; sie träfe den englischen Handel fast härter als den unsrigen, sobald wir ihm auch die deutschen Nordseehäfen schließen. Wäre sie dennoch wahrscheinlich, so fragt es sich, in welchem Verhältniß die Verluste unsrer Rheder zu denjenigen stehn, welchen uns ein deutsch-russischer Krieg aussetzt. England droht uns, solange es sich davon Erfolg verspricht; soll es an die Ausführung der Drohung gehn, so glaube ich, daß der Bramarbas sich in einen kühlen Rechenmeister umgestaltet, bevor er Hand ans Werk legt. Geben wir Beweise, daß Furcht vor der Blokade ein Mittel ist, sich unsre Kräfte dienstbar zu machen, so fürchte ich, treibt man das Drohen damit bis zu einem Punkte, wo wir doch Front machen müssen.

Daß S. M. jetzt nach München gehn, wird politischen Motiven ohne Zweifel zugeschrieben; dem entgehn wir doch nicht; und nach meiner unvorgreifl. Ansicht würde ich E. E. nur zureden können, Sr. M. dahin zu folgen und den Zweck ins Auge zu fassen, daß 1) der Bund bei Behandlung der russischen Antwort als Hülfe für uns herbeigezogen, ehe die Verständigung als abgethan betrachtet wird, 2) wir mit dem Bunde oder wenigstens den Mittelstaaten — gemeinschaftlich, d. h. nicht identisch, sondern jeder für sich — in Wien die geeigneten Schritte thun, um dem dortigen Cabinett die Illusion zu benehmen, als würden die sämmtlichen Deutschen den Kaiserstaat schließlich doch in ihren Armen auffangen, wenn er sich muthwillig in Gefahr stürzt.

Wir können nachher noch thun, was wir wollen, aber den Glauben sollten wir in Wien wenigstens herzustellen suchen, daß wir es in gewissen Fällen auch übers Herz bringen, Östreich sitzen zu lassen. In die Wiener Conferenz will der Bund nicht, und ich glaube auch mit Alvensleben, daß er besser draußen bleibt. Mit vorzüglichster Hochachtung, in Eile . . .

532. Denkschrift für Minister v. Manteuffel.

[Ausfertigung.][1])

25. Juli 1854.

In der Erklärung, mittels welcher Preußen und Österreich in der Sitzung vom 20. d. M. den Beitritt des Bundes zu dem Vertrage vom 20. April beantragt haben, ist von beiden Mächten die Zusicherung gegeben: der Bundesversammlung, sofern sie dem Bündnisse beigetreten sein wird, die Antwort Rußlands mitzuteilen und mit ihr im Geist des Vertrages darüber in vertrauensvolles Einvernehmen zu treten. Der Zeitpunkt, wo die Bundesversammlung diese Mitteilung erwarten darf, ist nunmehr eingetreten, und scheint eine Beschleunigung derselben in unserem Interesse zu liegen, da der Einfluß, welchen die Bundesversammlung auf die Würdigung und Behandlung der russischen Antwort üben wird, voraussichtlich der diesseitigen Auffassung zugute kommt. Der Geschäftsgang am Bunde ist ohnehin schwerfällig, und die Hilfsmittel, welche die Beteiligung des Bundes uns bei den Bestrebungen gewähren kann, unsere Beurteilung der russischen Antwort als die im Sinne des Vertrages maßgebende geltend zu machen, gehen verloren, wenn sie nicht mit Schnelligkeit vorbereitet werden. Der bayerische Gesandte sprach gegen mich die Voraussetzung aus, daß die Mitteilung der Antwort Rußlands von dem Münchener Kabinett in Berlin und Wien werde urgiert werden, wenn sie nicht bald in Ausführung der in der Sitzung vom 20. gegebenen Zusage von selbst erfolge. Er deutete an, daß die bisherige Vorenthaltung derselben zu der unwillkommenen Annahme leite, daß die deutschen Regierungen erst dann zu einer eiligen Kundgabe ihrer Adhäsion würden berufen werden, wenn über die Sache durch Einigung der beiden Großmächte schon entschieden sein werde. Auch wenn eine Mahnung dazu von einer der Bundesregierungen nicht jetzt schon erfolgt, dürfte es dem Wiener Kabinett kaum unerwartet sein, wenn wir dasselbe auffordern, nunmehr auf dem von ihm selbst vorgezeichneten Wege mit der ungesäumten Mitteilung jener Antwort an die Bundesversammlung vorzuschreiten. Der nach Anleitung des Artikels 49 der Schlußakte zu wählende Ausschuß besteht bereits, so wie er bei Gelegenheit der gemeinschaftlichen Vorlage vom 24. Mai ernannt wurde. Der betreffende Teil des gestrigen Beschlusses lautet: „Die zur Ausführung des vorstehenden Beschlusses (Beitritts) erforderlichen Maßregeln bleiben besonderer Beschlußfassung vorbehalten; mit der Vorbereitung derselben wird der in der Sitzung vom 24. Mai c. gewählte besondere Ausschuß mit der Befugnis beauftragt, sich zu diesem Zweck mit dem Militärausschuß in Verbindung zu setzen." Von Österreich wird dieser Passus auf die dem Bunde demnächst anzusinnenden militärischen Vorkehrungen vorzugsweise bezogen werden wollen, indem baldige Unterhandlungen nach Artikel 49 dort wohl nicht in der Absicht liegen. Nach dem vorstehenden Wortlaut des Beschlusses in Verbindung mit den beiden vorletzten Absätzen der preußisch-österreichischen Vorlage vom 20. d. M. scheint es mir indessen natürlich, daß dieser bestehende Ausschuß als mit Rücksicht auf Artikel 49 bevollmächtigt betrachtet wird. Eigene Bevollmächtigte, wie sie nach diesem Artikel „zu dem Unterhandlungsgeschäft selbst" ernannt werden sollen, scheinen für jetzt nicht erforder-

[1]) Die Denkschrift ist im Anhang zu den G. u. E. II 145 ff. nach dem „Originalkonzept", wie Kohl angibt, gedruckt. Die Kohlsche Vorlage weist einige leichte Abweichungen von der vom Legationsrat Wentzel angefertigten Reinschrift und der bei den Akten der Bundestagsgesandtschaft von Zitelmanns Hand herrührenden Abschrift auf. Die Reinschrift ist nicht von Bismarck unterzeichnet und trägt kein Datum. Sie ist, wie aus der folgenden Nummer hervorgeht, als Anlage zu dem Privatschreiben vom 26. Juli anzusehen. Die Zitelmannsche Abschrift hat als Datum den 25. Juli.

lich zu sein. Die betreffende Stelle hat dergleichen Bevollmächtigte offenbar nur für den Fall im Sinne, daß der Bund mit fremden Mächten unterhandelt, nicht aber mit zwei Bundesgliedern, welche obenein Mitglieder des beteiligten Ausschusses sind.

Die Bedenken des Grafen Alvensleben gegen eine Beteiligung des Bundes an der Wiener Konferenz teile ich vollständig; derselben steht, außer den angegebenen Gründen, auch die entschiedene Abneigung der Bundesstaaten selbst entgegen. Meine Kollegen haben wiederholt gegen mich geäußert, daß ihre Regierungen nicht in den Fall gesetzt zu werden wünschten, den von der Wiener Konferenz eingenommenen Standpunkt zu dem ihrigen zu machen, oder die bisherigen Protokolle ausdrücklich als für sie verbindlich anzuerkennen. Dagegen dürften sie bereitwillig und dankbar auf das System eingehen, für die Zukunft dasjenige, was von deutscher Seite auf der Konferenz vorgebracht wird, zwischen Preußen, Österreich und dem Bunde oder wenigstens dem Ausschusse vorher zu vereinbaren, soweit die Gegenstände als mit dem Bündnis connex zu betrachten sind. Erst dann wird letzteres zu seiner vollen Bedeutung gelangen, wenn auf Grund desselben eine Politik, für welche ganz Deutschland einsteht, auf der Konferenz geltend gemacht wird. In dieser Richtung würden auch die zu erwartenden Gegenpropositionen der Westmächte, teils als Material zur Entscheidung über die russische Antwort, teils nach dem Sinn des Bündnisses überhaupt, einen Gegenstand der dem Bunde zugesagten „Einflußnahme" bilden.

Die Bestellung „eigener Bevollmächtigten" würde auch aus dem Grunde zu verschieben sein, solange es tunlich ist, weil die Personalfrage große Schwierigkeiten darbietet. Abgesehen von der alsdann ins Spiel kommenden Eifersucht, ist der bayerische Gesandte zu ängstlicher Jurist, aber zur Not noch geeignet; der sächsische von dem Präsidium persönlich abhängig, der hannoversche taub, der württembergische konfus, der badische ängstlich und haarspaltend, der kurhessische arbeitsscheu und derangiert, der Darmstädter ganz Österreicher. Der dänische und der mecklenburgische wären die brauchbarsten; aber vermöge ihrer Sonderstellung zum Bündnis kaum möglich. Etwas anderes als Bayern bliebe kaum übrig. Wenn m. g. D. hier am Bunde für jetzt nur die baldige Mitteilung der russischen Antwort und der zu ihrer Beurteilung nötigen Materialien erforderlich ist, so kann ich, bei unvollkommener Kenntnis der augenblicklichen Sachlage in Wien, nur höherem Ermessen anheimstellen, ob es zweckmäßig ist, solche Schritte, welche dort eine besonnenere Stimmung hervorbringen könnten, sowohl selbst zu tun, als von seiten anderer deutschen Regierungen herbeizuführen. Schon der vertrauliche Erlaß an den Grafen Alvensleben enthält in diesem Sinne Wendungen, welche gewiß ihren Eindruck nicht verfehlen, und die Haltung Österreichs würde sich ohne Zweifel ruhiger entwickeln, wenn dem Grafen Buol auch von anderen Bundesgenossen die Gewißheit gegeben würde, daß nicht jede Politik Österreichs Aussicht auf die Hilfe Deutschlands hat, sondern nur solche, welche dem Sinn und dem Wortlaut des Bündnisses entspricht. Die Äußerungen eingeweihter Personen, das zusammenhängende System, welches sich in der Bearbeitung der öffentlichen Meinung durch die vertrautesten Agenten und offiziösen Blätter darstellt, namentlich aber das Verhalten des Wiener Kabinettes selbst gegenüber der russischen Antwort berechtigen zu der Annahme, daß die österreichische Politik nicht mehr erhaltend und friedliebend, sondern ehrgeizig und kriegerisch ist. Die Konstellation zu Erwerbungen ist günstig; die Rüstungskosten sind fortgeworfen, wenn die aufgestellte Armee nicht genutzt wird. Das Bündnis bietet eine Assekuranz gegen üblen Ausgang, und darüber hinaus hält man sich überzeugt, daß Preußen und Deutschland[2]) im eigenen Interesse nötig finden werden, Öster-

[2]) Vorlage: Österreich.

reich zu decken, so unangenehm ihnen dessen Politik auch sein mag. Nur die Beseitigung dieser letzteren leichtsinnigen und unbilligen Hoffnung wird das Wiener Kabinett vielleicht abhalten, mutwillig mit Rußland Händel zu suchen. Große Stücke können wir auf die Mittelstaaten nicht bauen, aber wir können den Grad von Vertrauen bei ihnen wiedergewinnen, den wir vor 1848 besaßen und der in ihrer größeren Gleichartigkeit mit uns als mit Österreich wurzelt; sie sind jetzt antifranzösisch, vielleicht mit Ausnahme von Darmstadt. Die Ursache dieser Erscheinung mag teils in persönlichen Dispositionen der regierenden Herren[3]), teils in Revolutionsfurcht und in dem Umstande liegen, daß die jetzige Herrschaft in Frankreich nur auf zwei Augen steht, und daß sichere Objekte der Begehrlichkeit, welche durch Frankreich erworben werden könnten, nicht mehr vorhanden sind. Die geistlichen Güter, Reichsstädte und kleinen Territorien sind verteilt, und die sieben Jahre harter Dienstbarkeit, welche man, um diese Rahel zu erwerben, im Rheinbunde durchgemacht hat, sind in zu guter Erinnerung, um der Neigung, eine Lea durch ähnliche Knechtschaft zu verdienen, nicht die Wage zu halten. Dem ohngeachtet kann ein fortgesetzter, von Preußen und Österreich gegen die Mittelstaaten geübter Zwang denselben bald die Lust erwecken, lieber selbständig als unter der Vormundschaft dieser beiden Mächte mit Frankreich zu gehen. Es kommt dahin schließlich, wenn die Regierungen nicht wenigstens bei Preußen eine Anlehnung und eine kräftige Vertretung der wirklichen deutschen Interessen ohne die von Österreich sogenannten finden. Bezeichnend ist, daß Frankreich die Züchtigung der Bamberger durch Noten allein den Engländern überläßt, sich selbst aber freundlich zu den Mittelstaaten fortwährend zu stellen sucht.

Wenn ich kein unbedingtes Vertrauen auf eine dauernd gute Gesinnung der Bamberger setze, so fürchte ich, daß ihre Gefühle für uns immer noch treue Hingebung zu nennen sind im Vergleich mit denen, die Graf Buol, Bach und andere Epigonen Schwarzenbergischer Politik im Bündnis mit den Ultramontanen im Innern ihrer Herzen gegen uns hegen. Das jetzt in Österreich gehandhabte System germanisierender Zentralisation bedarf zur Lösung seiner Aufgabe einer engeren organischen Verbindung mit und einer strafferen Hegemonie in Deutschland. Die Strebungen der Ultramontanen gehen für jetzt mit denen der ehrgeizigen Wiener Hand in Hand. Für beide ist Preußens Machtstellung in Deutschland der härteste und schwerste Stein des Anstoßes. Derselbe verliert an Bedeutung in demselben Maße, als der Unterschied zwischen Preußens und Österreichs physischer Kraft zunimmt und sich in seiner Bedeutung demjenigen nähert, welcher zwischen Preußen und Bayern stattfindet. Je höher Österreich steigt, desto mehr schrumpft der Abstand zwischen uns und den Mittelstaaten für den Maßstab der Politik zusammen. Wir können also, abgesehen von allen übrigen in der orientalischen Frage liegenden Motiven für unsere Entschließungen, eine Vergrößerung Österreichs nicht zugeben, wenn wir nicht mindestens in demselben Maße wachsen.

Wenn Österreich zum Kriege mit Rußland gelangt, so wird es sich auf die Dauer der Mitwirkung zu denjenigen Plänen, welche die Westmächte in betreff einer Herstellung Polens haben möchten, nicht mit Erfolg widersetzen können. Diese Pläne sind bisher in London und Paris niemals ehrlich zurückgewiesen worden und dürften, als einziges Mittel zu einer nachhaltigen Verminderung der russischen Macht, früher oder später mit mehr Entschiedenheit in den Vordergrund treten. Österreichs Interesse gegen die Herstellung Polens ist minder tiefgehend als das von Preußen und Rußland, schwerlich so tief, daß man deshalb nach dem Bruch

[3]) Poschinger liest irrig aus der Zitelmannschen Hand für „regierenden Herren“: anzuwendenden Form.

mit Rußland sich mit dem Westen zu entzweien nötig halten würde. Ich glaube sogar, daß Österreich gern die Donauländer wählen würde, wenn es zwischen diesen und Galizien optieren müßte. Jene sind deutscher Sprache und Regierung zugänglicher als die polnische Provinz, die Bevölkerung inoffensiv; sie sind reicherer Entwickelung fähig und passen geographisch und kommerziell besser zu Österreich, als das außerhalb der Karpathen dem Kaiserstaate angeklebte Galizien. Letzteres ist bei offenen Grenzen der russischen Macht und etwaigen polnischen Insurrektionen leicht zugänglich. Die Gefahren, welche die polnische Nachbarschaft für die Ruhe von Ungarn bieten würde, finden ein Gegengewicht in der Vermehrung der den Magyaren feindlichen Elemente, der Serben und Wallachen. Außerdem bietet die Herstellung Polens an und für sich dem österreichischen System Vorteile:

1. Preußen wird geschwächt und in Schach gehalten.
2. Die Gefahr des Panslavismus hört auf, wenn zwei mächtige Slavenstaaten verschiedener Religion und Nationalität vorhanden sind.
3. Europa erhält einen wichtigen Staat rein[4]) katholischer Konfession mehr.
4. Polen, unter Österreichs Hilfe hergestellt, wird vor der Hand Österreichs sicherer Verbündeter.
5. Die Herstellung Polens bietet Österreich vielleicht die einzige dauernde Garantie gegen wirksame Vergeltung von seiten Rußlands, sobald die italienischen Angelegenheiten Streit zwischen Österreich und Frankreich herbeiführen oder ersteres sonsten in Verlegenheit kommt. Schlimmsten Falles würde das Wiener Kabinett sich mit dem Vorschlage helfen, Polen von neuem zu teilen, ohne die Donauländer dann aufzugeben. Ich gehe nicht soweit zu behaupten, daß Österreich die Herstellung Polens freiwillig betreiben werde, aber wenn die Westmächte ernstlich darauf drängen, so wird es sich nur mit stumpfen Nägeln wehren, vorausgesetzt, daß die Donauländer als Lohn in Aussicht stehen.

Herr von Prokesch verläßt mich eben, um bis zum Sonntag bei seiner Frau in Badenweiler zu bleiben. Morgen ist keine Sitzung.[5]) Aus seinen flüchtigen Äußerungen entnehme ich, daß die österreichische Absicht ist, die russische Antwort vor der Hand hier nicht mitzuteilen und die „Einflußnahme“ des Bundes nach Artikel 49 lediglich auf den Fall eigentlicher Friedensunterhandlungen zu deuten. Die Mitteilung der russischen Antwort, meint er, könne lediglich zur Kenntnisnahme an die Bundesversammlung erfolgen; ob und wann der Ausschuß über dieselbe verhandeln solle, das müsse von unserem, Prokeschs und meinem, Ermessen abhängen, worunter ich verstehe, daß es unterbleiben soll. Dem entgegenzuwirken, halte ich im Augenblick für unsere dringendste Aufgabe.

533. Privatschreiben an Minister v. Manteuffel.

[Eigenhändig.]

26. Juli 1854.

E. E. beehre ich mich in der Anlage[4]) eine weitre Auslassung in Folge der geehrten Weisung vom 23. c. g. zu überreichen. E. E. werden ohne meine wiederholte Versicherung überzeugt sein, daß ich den darin niedergelegten Ansichten und Befürchtungen eine andre

[4]) Vorlage: von. Verbessert nach dem Abdruck im Anhang zu den G. u. E.
[5]) Der Abdruck im Anhang zu G. u. E. hat hier: Die Sitzung für morgen ist ausgesetzt.
[4]) Vgl. die vorhergehende Nummer.

als subjective Richtigkeit nicht zuschreibe, mich vielmehr selbst dahin bescheide, daß ich meinem Urtheil nur in soweit Werth beimessen kann, als es seine Bestätigung in dem eignen E. E. findet, da ich weder mit den jüngern Phasen der Frage vertraut bin, noch überhaupt die nöthige politische Erfahrung über den Horizont der Bundespolitik hinaus besitze.

Soeben erhalte ich durch General von Gerlach die Nachricht, daß S. Majestät mich in München zu sehn befiehlt. Ich denke morgen Mittag, spätestens übermorgen dahin abzureisen; um Aufsehn zu vermeiden, werde ich von hier nach Baden gehn und demnächst die Sache so darstellen, als wäre ich ungerufen nach München gegangen, weil sich grade durch Ausfall der nächsten Sitzung eine kleine Vertagung darbietet. Ich werde das Concept der Anlage mitnehmen, und wenn S. Majestät die Gnade hat, mit mir über das, was außerhalb der Eschenheimer Gasse zu geschehn hat, überhaupt zu sprechen, jedenfalls nach allen Seiten hin die Berliner Devise „ruhig Blut" als maßgebend verfechten. Mit der Bitte mich der gnädigen Frau angelegentlichst zu empfehlen . . . .

Wir haben 30 Ré. im Schatten, meist kranke Kartoffeln; ⅓ Weinerndte. Die östr. Offiziere müssen per Soldabzug zur Anleihe beitragen.

534. Bericht an Minister v. Manteuffel.

[Eigenhändig.]

[München, nach 28. Juli, vor 1. August 1854.][1])

Das Einrücken der Östreicher in die Fürstenthümer kann der Sache Deutschlands und des Friedens nützlich sein, wenn es im Einverständniß mit Rußland und in der ehrlichen Absicht geschieht, eine Barrière zwischen die streitenden Theile, sowie zwischen die ungarische Grenze und die contagiösen Elemente der Auxiliartruppen zu schieben, nicht aber um Händel mit den Russen zu suchen. Die Bedingungen, unter welchen eingerückt werden darf, müßten sehr präcis formulirt werden, damit ihre Erfüllung nicht fälschlich und mit vagen Redensarten behauptet werden kann. Eine freundliche Erklärung an Rußland in Betreff des Einrückens, welche die Versicherung einschließt, daß die noch in den Fürstenthümern befindlichen Russen nicht angegriffen (oder geneckt) werden, sondern ihnen Zeit zu ungeschädigtem Rückzuge gelassen und daß Östreich die russische Grenze unter keinem Vorwande überschreiten wird. Wird dies nicht versprochen und gehalten, so liegen in der Zustimmung zu dem Einmarsch mehr Gefahren als Vortheile, und liegt für Preußen garkein Grund vor, durch das Eingehn neuer Verbindlichkeiten oder durch Ausdehnung derjenigen aus dem Vertrage sich die Hände zu binden und Östreich dreister zu machen. Das Verfahren des Wiener Cabinetes in Betreff der russischen Antwort beweist, daß man sich dort keine Scrupel macht, die von Preußen eingegangnen Verpflichtungen im Interesse einer ehrgeizigen Partikularpolitik auszubeuten und zu dem Zweck einseitig und willkührlich zu deuten, während man durch faits accomplis die Situation verändert und verwirrt. Dem Bestreben, die Westmächte zu Schiedsrichtern und authentischen Auslegern bei Meinungsverschiedenheiten zwischen Berlin und Wien zu machen, müßte ausdrücklich vorgebeugt, dagegen der Bund zum Einvernehmen über dergleichen und über die Consequenzen des Bündnisses ohne Rückhalt herbeigezogen werden.

---

[1]) Bruchstück.

Die Auslassungen Sr. M. von Würtemberg und des Ministers von der Pforten stimmen der Hauptrichtung nach dahin überein, daß der Bund mit rathen müsse, wenn er mit thaten solle, daß der Bund sich neutral halten müsse, sobald nicht über deutsche, sondern über specifisch östreichische Interessen Krieg angefangen werde, daß man Östreich, wenn es unterliege, zu Hülfe kommen, ihm hierüber aber keine Zusicherungen geben müsse, welche die Kriegslust fördern könnten. Man werde die Bundesverträge und das geschlossene Bündniß stricte observiren, darüber hinaus aber nur die eignen Interessen zu Rathe ziehn. Der König Wilhelm sowohl als der bair. Minister billigen die Besetzung der Fürstenthümer durch Östreich, wenn sie mit den gehörigen Garantien gegen Kriegsgefahr und im Einverständniß mit den Contrahenten des Bündnisses erfolgt. S. Majestät wiederholte mehrmals mit Accent die Frage, ob die deutschen Regirungen gewiß und nachhaltig auf das Einverständniß mit Preußen rechnen könnten, wenn sie den Anmuthungen Östreichs zu folgen sich weigerten, und sprach Ihr Befremden aus, daß Östreich, im Widerspruch mit jahrelangen Bemühungen, das Vertrauen der deutschen Fürsten jetzt verscherze und Preußen zuweise. S. Majestät sowohl als der Minister von der Pfordten erwarteten, den von Preußen und Östreich in der Sitzung vom 20. c. gegebnen Zusagen gemäß, die baldige Vorlegung der in Consequenz des Bündnisses mit dem Cabinet von St. Petersburg gepflogenen Correspondenz. Der bair. Minister las mir eine Depesche vor, die er an die Gesandten seines Königs in Berlin und Wien gerichtet hat, in welcher diese Erwartung ausgesprochen und bestimmt gesagt wird, daß die russische Antwort in München befriedigt habe; mit Vergnügen höre man, daß sie denselben Eindruck in Berlin und bei der Person Sr. M. des Kaisers Franz Joseph gemacht habe. Der bair. Gesandte in Paris, von Wendland, erzählt mir, daß der Minister Drouyn de L'Huys ihn vor seiner Abreise versichert habe, Östreich weise die russische Antwort als ungenügend zurück und schließe sich ganz den Westmächten an; diese Nachricht sei authentisch. Hier habe Herr von Wendland indessen erfahren, daß Graf Buol dies allerdings beabsichtigt und sich muthmaßlich gegen die Herren von Bourquenay und Hübner in diesem Sinne offiziös ausgelassen habe; der Kaiser habe aber ungeachtet lebhaften Widerspruchs befohlen, eine befürwortende Note in Betreff der russ. Antwort nach Paris gehn zu lassen.[3]) Nach der Haltung dieser Note scheint es nicht unglaublich, daß neben derselben eine vertrauliche von anderm Inhalt besteht, welche klarer die Meinung des Grafen Buol ausdrückt. Von der Pfordten sprach mit großer Bitterkeit über Graf Buol und wiederholte mehrmals mit Aufregung, daß er den ganzen Bundesbeschluß vom 24. für nicht verbindlich und den Beitritt als nicht geschehn ansehn und behandeln werde, wenn die Bedingung nicht gehalten würde, unter der er erfolgt sei, nämlich die Vorlage der russ. Antwort und die „Einflußnahme" des Bundes auf die fernere Entwicklung. Auf der andern Seite hob er hervor, daß Baiern keineswegs so weit gehn könne, sich auf ein Bündniß mit Rußland zum Kriege gegen Östreich und Frankreich einzulassen. Trotz meiner Protestationen, daß an eine solche Constellation auch bei uns niemand als an eine mögliche denke, kam er stets wieder auf die Gefahren zurück, denen Baiern und Würtemberg zwischen Östreich und Frankreich im Kriege mit beiden ausgesetzt sein werde. Auch ohne russ. Bündniß schwebte ihm als drohende Eventualität vor, daß Östreich und Frankreich von den süddeutschen Staaten den Durchmarsch für eine französische Armee fordern würden; auf meine Verweisung an die Garantien, welche in den

[3]) Jasmund a. a. O. Nr. 244.

Bundesverträgen liegen, erwiderte er: Daran wird sich Östreich dann nicht mehr kehren. Ich führe dieß nur als Probe dessen an, worauf man hier unter Umständen gefaßt ist, und als Fingerzeig, daß Preußen die Beobachtung und Aufrechterhaltung der Bundesverträge als Domäne und als eine ebenso ehrliche wie vortheilhafte Handtierung zufallen wird. Der erste Schritt dazu dürfte die Herbeiführung der Vorlage der russ. Antwort durch uns sein.

Die Auslassungen Sr. M. von Würtemberg sowie die des Ministers von der Pfordten waren darüber nicht constant und klar, ob Deutschland den Östreichern schon dann beizuspringen habe, wenn russische Truppen die Grenzen des östr. Staates überschritten, oder erst dann, wenn Östreich Gefahr liefe, ganz überwältigt zu werden; die erstre Anschauung schien in Betreff der von Preußen zu gewährenden Hülfe vorzuwiegen, während Anmuthungen an die Finanzen und Truppen der übrigen Bundesgenossen wohl erst bei Annäherung der zweiten Alternative gewärtigt werden. Bei Beurtheilung dieser Frage werden unsre Bundesgenossen, neben der Abneigung gegen eigne Anstrengung, sich indessen auch die Besorgniß gegenwärtig halten, daß ein Machtverlust Östreichs ein entsprechendes Wachsen des Preußischen Übergewichtes in Deutschland nach sich ziehn könne.

Auf eine unbedingte Hingebung der Mittelstaaten an die Leitung Preußens ist für die ganze Dauer der gegenwärtigen Wirren gewiß nicht mit Sicherheit zu rechnen; sie werden nicht so feste Bundesgenossen für uns sein, daß sie nicht der Verlockung oder Einschüchterung durch Andre zugänglich blieben. In der gegenwärtigen Phase aber, und solange der Anschluß an die Preußische Politik ihnen die Möglichkeit bietet, sich selbst von activer Theilnahme am Kriege freizuhalten, fällt ihr Weg von selbst mit dem unsrigen zusammen, und wird nur eine bundesmäßige und in der Form freundliche Behandlung nöthig sein, um sie darin zu erhalten. Soweit ich ein Urtheil über den Minister von der Pfordten habe gewinnen können, handelt er mehr unter persönlichen Eindrücken, als in Folge politischer Systeme, und wäre es vielleicht nicht schwer, die erstern auf ihn zu machen und das residuum seiner, in jüngster Zeit offenbar schon sehr geschwundenen antipreußischen Empfindungen ganz zu beseitigen.

Aus einer Unterredung mit dem Legationsrath Dönniges erwähne ich aphoristisch folgende Punkte: 1) Als er von Berlin zurückgekehrt sei, habe ihm von der Pfordten in „offizieller“ Weise mitgetheilt, daß Baiern sich jetzt unumwunden der Preußischen Politik anschließen werde, weil die Wege Östreichs unberechenbar und gefährlich seien. 2) Der König Max sei in dieser Ansicht noch entschiedner und fester als sein Minister, der zu starker entgegengesetzter Manifestationen aus der Vergangenheit sich bewußt sei. 3) S. H. der Herzog von Coburg habe bei letzter Anwesenheit in München erst bei Pfordten, dann bei dessen Räthen alle Gründe aufgeboten, um sie zu überzeugen, daß Baiern in diesem Moment berufen sei, in Verbindung mit Frankreich und Östreich eine große Rolle zu spielen, bei der es jede Rücksicht auf die kleinern Staaten fallen lassen müsse. 4) Die aristokratischen Führer der bairisch-katholischen Partei, die Grafen Arco und Montgelas und der Souffleur des letztern, Freiherr von Aretin, reden jetzt der Preußischen Politik das Wort, während die Litteraten der Partei, in mehr katholischer als bairischer Tendenz, die Agitation gegen Rußland und Preußen gleichmäßig fortsetzen. 5) Mündliche Eröffnung des Kaisers Franz Joseph an den König Max in Betreff der Bedürfnisse und Absichten Östreichs haben letztern nachhaltig verstimmt und zu der Äußerung veranlaßt, Baiern könne eine Vergrößerung Östreichs gar nicht zugeben, viel weniger mit eigner Gefahr erkämpfen helfen.

535. Privatschreiben an Legationsrat Wentzel.

[Eigenhändig.]

Berlin, 3. August 1854.[1])

Der Minister v. Bodelschwingh hat die Güte, diese Zeilen mitzunehmen, die ich auf wenig Worte einschränken muß. Oestreich hat eine Circulardepesche erlassen, welche bei den deutschen Regirungen die Meinung erwecken soll, daß Preußen und Oestreich übereingekommen seien, militärische Aufstellungen in Folge des Bündnisses zu machen und den Bund gemeinschaftlich zu solchen aufzufordern. Diese Suggestion ist falsch und jene Circulardepesche ohne unser Wissen erlassen; sie enthält thatsächliche Unrichtigkeiten und hat S. M. den König sehr verletzt. Man hält hier, da die russische Antwort befriedigend ist, den Separatartikel für erledigt und beabsichtigt keine militärische Maßregel in Folge desselben. Die Collegen müßten lebhaft darauf drängen, daß die russische Antwort dem Bunde vorgelegt wird. Wir beabsichtigen es in der nächsten Sitzung zu thun, vielleicht sogar ohne Oestreich, wenn es sich weigert. Ich denke morgen oder übermorgen hier abzureisen. Von Obigem können Sie gegen Oertzen vertraulich Gebrauch machen, sonst gegen Niemand. Empfehlen Sie mich Ihrer Frau Gemalin. Der Ihrige

536. Vertraulicher Bericht vom 7. August 1854 an Minister v. Manteuffel, betr. die Vorlegung der russischen Antwort in der orientalischen Angelegenheit, Skizzierung des Ganges der orientalischen Verhandlungen am Bunde. — Vgl. Poschinger II Nr. 33.

*537. Schreiben an Minister v. Manteuffel.

[Ausfertigung.]

9. August 1854.[1])

E. E. habe ich heute bereits durch den Telegraphen gemeldet, daß Herr v. Prokesch die Weisung erhalten hat, der Bundesversammlung die russische Antwort noch nicht vorzulegen, sondern weitere Instruktionen deshalb abzuwarten. Ein einseitiges Vorgehen von unserer Seite glaube ich, wie ich schon in meinem g. g. Schreiben vom 7. d. M. vortrug, unter diesen Umständen bei E. E. nicht in Antrag bringen zu sollen. Dagegen dürfte es keine Nachteile mit sich bringen, wenn ich meinen Kollegen vertraulich mitteile, wie Preußen keine Schuld an dieser Verzögerung der versprochenen Eröffnungen trägt. Bei Gelegenheit der Besprechungen, welche ich mit Herrn v. Prokesch gehabt habe, legte mir derselbe die sämtlichen Piecen vor, welche er als Abschriften der zwischen Wien, Berlin und den westmächtlichen Kabinetten gepflogenen Verhandlungen in neuester Zeit erhalten hat. Diese Sammlung war sehr vollständig, bis auf die letzten Tage reichend, und fehlten selbst die unwichtigeren Schriften nicht. Um so mehr mußte es mich überraschen, darunter einen Erlaß des Kais. Kabinettes zu vermissen, der gerade von hervorragender Wichtigkeit für die Information des Freiherrn von Prokesch sein würde, wenn er ernstlich gemeint wäre. Es ist dies derjenige, mit welchem Graf Buol den Kabinetten von Paris

535. [1]) Nach dem Abdruck im Bismarckjahrbuch V 10 f.

537. [1]) Poschinger II Nr. 34 ist ein Auszug wiedergegeben, der bei den Akten der Bundestagsgesandtschaft zurückbehalten wurde.

und London nach deren vorläufiger erster Auslassung über die russische Antwort die eingehendere Erwägung der letzteren und die bestimmte Aufstellung von Friedensbedingungen empfohlen hat. E. E. lasen denselben S. M. dem Könige auf der Fahrt von Röderau nach Jüterbog vor, und er enthält am Eingange die Erwägung, „daß man den Krieg nicht um des Krieges willen führt usw.“. Das Datum desselben habe ich nicht im Gedächtnis. Da dieser Erlaß eine veränderte Haltung des Kais. Kabinettes in betreff der russischen Antwort und eine eindringendere Befürwortung der letzteren im Vergleich mit der Wiener Depesche vom 20. 7. an die Herren v. Hübner und Graf Colloredo bekundet, so war es m. E. notwendig, daß derselbe einen wesentlichen Teil einer so vollständigen Information wie der des Herrn v. Prokesch bildete, wenn er für das Wiener Kabinett überhaupt eine Bedeutung hat; ich darf daher aus dem gemeldeten Sachverhältnis schließen, daß der fragliche Erlaß nur darauf berechnet gewesen ist, vielleicht auf Grund vertraulicher Verabredung mit Herrn v. Bourquenay, uns gegenüber als Beweis des Eifers zu dienen, mit welchem Österreich die russische Antwort zu friedlichen Bestrebungen in Paris und London benutzt habe. E. E. würde ich sehr dankbar sein für die geneigte baldige Übersendung einer Abschrift des fraglichen Aktenstückes.

Ich habe Herrn v. Prokesch heute mitgeteilt, daß nach unseren Nachrichten die unverzügliche Räumung der Donaufürstentümer durch die Russen zu erwarten sei; er konnte nicht verbergen, daß ihm diese Neuigkeit eine sehr unwillkommene war. Ein anderer, mehr persönlicher Verdruß trifft ihn dadurch, daß er es schwerlich wird ermöglichen können, dem Diner aus dem Wege zu gehen, welches er am 18., dem Namenstag S. M. des Kaisers von Österreich, zu geben hat. Er hatte darauf gerechnet, daß morgen in der Sitzung der beabsichtigte österreichische Antrag wegen der Mobilmachung eingebracht und erledigt und dann eine kürzere Vertagung werde eintreten können. Da dies nicht geschehen ist und ich auch zu einer Vertagung nicht die Hand bieten kann, bevor die russische Antwort nicht eingebracht ist, so wird sowohl das österreichische Diner am 18. als auch das des französischen Gesandten am 15. stattfinden müssen. Letzteres sollte auch ausfallen, wenn keiner der beiden Gesandten der deutschen Großmächte anwesend wäre; ich habe indes auf Befragen sogleich erklärt, daß ich am 15. hier sein würde, da meine Abwesenheit wahrscheinlich im Sinne einer antibonapartistischen Demonstration, nicht aber in dem einer Gefälligkeit gegen den französischen Gesandten und dessen Privatbudget gedeutet worden wäre. Genehmigen ꝛc.

P[ost]sc[riptum].

Als Beweis, mit welcher Sicherheit von Österreich auf die Einbringung und Durchführung des Antrags wegen Mobilmachung ungeachtet der mutmaßlichen Abneigung Preußens gerechnet wurde, erlaube ich mir noch anzuführen, daß der Bundeskassenrevisor schon seit länger als 8 Tagen mit Aufstellung der Berechnungen für die Kontingente im Auftrag des Herrn v. Prokesch beschäftigt ist.

538. Bericht vom 11. August 1854 an König Friedrich Wilhelm IV., betr. die Vorlegung der russischen Antwort in der orientalischen Angelegenheit und die Behandlung der Pensionsansprüche der dem Herzogtum Holstein angehörigen Offiziere der ehemaligen schleswig-holsteinschen Armee. — Vgl. Poschinger II Nr. 35 und 36.

539. Bericht an Minister v. Manteuffel.

[Ausfertigung.][1])

15. August 1854.

E. E. geehrten vertraulichen Erlaß vom 11. c. Nr. 56 und den vom 12. Nr. 57[2]) habe ich gestern erhalten, auch hat mir Freiherr von Prokesch die ihm zur Instruktion dienende Depesche des Grafen Buol an den Grafen G. Esterházy mitgeteilt. Nach Inhalt dieses Aktenstückes wird es Österreich zwar gern sehen, daß wir uns der vom Wiener Kabinett an die Bundesversammlung beabsichtigten Vorlage anschließen, lehnt indessen modifizierende Erörterungen derselben ab und überläßt uns, im Falle abweichender Ansicht, gesonderte Erklärungen zu machen.

Herr von Prokesch sagte mir, als er mir gestern abend spät diese Mitteilungen machte, daß er jedenfalls in der übermorgen stattfindenden Sitzung die Vorlage bewirken müsse, und verlangte deshalb meine schleunige Erklärung über die diesseitige Adhäsion. Ich machte ihm bemerklich, daß in dem Erlaß des Grafen Buol vom 12. zwei ganz voneinander verschiedene Angelegenheiten behandelt würden. In der einen, welche die Konsequenzen des Bündnisses vom 20. April angehe, sei ich mit ausreichenden Instruktionen versehen und würde mich deshalb an einer Erklärung beteiligen können, welche neben der russischen Antwort selbst, deren Vervollständigung durch die Räumung der Fürstentümer, ihre Mitteilung nach London und Paris und die von dort erhaltenen Rückantworten umfaßte. Wenn demnächst aber Österreich unabhängig von dem Bündnis vom 20. April neue Verpflichtungen gegen die Westmächte kontrahiert und infolge derselben eine neue Sommation, wie mir scheine, unter Androhung des Krieges an Rußland gerichtet habe, so sei mir zwar bekannt, daß das K. Kabinett im Interesse des Friedens die Annahme der aufgestellten Bedingungen bei dem Kaiser Nikolaus zu befürworten geneigt sei, aber ich sei bisher nicht autorisiert, über den Standpunkt, welchen die K. Regierung zu dieser neuen Phase einnehme, amtliche Erklärungen zu Protokoll zu geben. Wenn daher Herr von Prokesch auch über diesen zweiten Gegenstand schon übermorgen die ihm aufgetragenen Vorlagen glaube machen zu müssen, so könne ich ihm dies nur anheimstellen, und würde ich alsdann meinerseits erklären, daß mir Instruktionen zu einer protokollarischen Kundgebung in dieser Beziehung bisher nicht zugegangen seien. Bei der Kürze der Zeit, die seit dem 12. verflossen ist, würde diese Sachlage auch als eine ganz natürliche erscheinen. Im übrigen sei ich bereit, mich über die Redaktion einer gemeinsamen Erklärung in betreff der Entwicklung des Bündnisses vom 20. April, wie solche durch die Vorlage vom 20. Juli in Aussicht gestellt sei, sofort mit ihm zu verständigen. Unsere Besprechung schloß damit, daß Herr von Prokesch die Erwartung aussprach, ich würde bis zum Donnerstag noch die erforderlichen Instruktionen erhalten.

Ich weiß nicht, ob letzteres der Fall sein wird und ob die Entschließungen Sr. M. des Königs in betreff dieser Angelegenheit schon feststehen, und erlaube mir daher, meine unvorgr. Anträge, auf die Gefahr hin, daß sie nicht mehr rechtzeitig sind, E. E. höherem Ermessen vorzulegen.

---

[1]) Bei Poschinger (II Nr. 37) nach dem Konzept gedruckt.

[2]) Manteuffel übersandte hiermit Abschrift einer ihm durch den in außerordentlicher Mission nach Berlin gegangenen Grafen Georg Esterházy, damaligen Vertreter Österreichs in Madrid, gemachten österreichischen Mitteilung vom 10. August, wonach das preußische Kabinett demnächst anderweitigen Vorschlägen des Wiener Kabinetts zu einer der Bundesversammlung gemeinschaftlich zu machenden Eröffnung über die politische Sachlage entgegenzusehen hatte.

Die Verpflichtungen, welche aus dem in Wien stattgehabten Notenaustausch für das Wiener Kabinett erwachsen sind und welche in Verbindung mit dem Inhalt der demnächst von Wien nach Petersburg erlassenen Note die Gefahr eines Krieges zwischen Österreich und Rußland sehr nahe rücken, sind von Österreich ohne das Einverständnis und sogar, wie es scheint, ohne das Wissen Preußens übernommen worden. Durch diesen Umstand wird m. E. die Annahme ausgeschlossen, daß die aus diesem Schritte etwa entstehenden Verwicklungen für Preußen zu einem casus foederis im Sinne des Bündnisses vom 20. April führen könnten. Die Bedingungen der Westmächte, welche nunmehr Österreich auch zu den seinigen gemacht hat, sind allerdings mäßiger, als sich nach offiziösen Äußerungen in der Presse und anderweit erwarten ließ. Ob sie deshalb Aussicht haben, von Rußland sofort und ohne Führung eines unglücklichen Krieges angenommen zu werden, vermag ich allerdings von meinem Standpunkt aus nicht zu ermessen, bezweifele es aber. Ich glaube noch heute nicht, daß Österreich nach Ablehnung derselben durch Rußland, ohne der preußisch-deutschen Hilfe sicher zu sein, sich dem westmächtlichen Bündnis rückhaltlos in die Arme wirft und Rußland angreift. Wie sich aber diese Frage auch entwickeln möge, so lag es jedenfalls in den ah. Intentionen, insoweit ich dieselben bei meiner letzten Anwesenheit am K. Hoflager kennen gelernt habe, Österreich zwar unter gewissen Eventualitäten bundesfreundlich beizustehen, eine solche Leistung aber nicht als eine vertragsmäßig notwendige und von Österreich willkürlich auszubeutende für solche Fälle in Aussicht zu stellen, welche außerhalb der Tragweite des Aprilbündnisses liegen. In eine derartige zuwartende Stellung zu treten, scheint Preußen im gegenwärtigen Augenblick ganz besonders berechtigt, indem sich die durch die Teilnahme an der Konferenz und dem Aprilvertrag erwachsenen Verpflichtungen durch die Vorenthaltung von Mitteilungen von seiten der Westmächte und durch das einseitige Vorgehen Österreichs in Verbindung mit den letzteren ohne unser Zutun lösen und wir die dadurch gegebene Stellung nur stillschweigend zu akzeptieren haben. Wenn S. M. der König dennoch im gegenwärtigen Augenblicke sich herbeilassen wollen, auch preußischerseits die ohne unsere Mitwirkung aufgestellten Bedingungen zu befürworten, so geschieht damit gewiß das Äußerste, was Österreich von unserer bundesfreundlichen Gesinnung erwarten kann und vielleicht mehr als tunlich ist, wenn Preußen den bisher von S. M. dem Könige so erfolgreich geübten vermittelnden Einfluß auf Rußland behalten will. Denn nachdem der Kaiser Nikolaus sowohl bei Abfassung der russischen Antwort als auch in betreff der Räumung der Fürstentümer sich den Ratschlägen unseres Ag. Herren gefügt hat, wird die einfache Unterstützung der österreichischen Forderungen von seiten Preußens wohl kaum von dem Kabinett von St. Petersburg erwartet worden sein. Wenn sie aber auch erfolgt, so würde sie doch noch eine große Verschiedenheit zwischen den Standpunkten Preußens und Österreichs lassen, indem letzteres im eigenen Namen die Erfüllung seiner Bedingungen unter wenig verhüllter Androhung des Krieges fordert, Preußen aber nur im Interesse des Friedens dem russischen Kabinett den Rat gibt, auf die gemachten Vorschläge einzugehen. Diese Verschiedenheit findet in der von Österreich am Bunde beabsichtigten Vorlage ihren Ausdruck nicht, und wenn dies auch nicht notwendig erscheint, so dürfte es doch m. E. bedenklich sein, die Stellung Preußens zu Protokoll als eine mit der von Österreich, Frankreich und England ganz gleichartige zu bezeichnen und die Solidarität der vier Mächte Rußland gegenüber in der Art zu konstatieren, wie dies in der Instruktion des Grafen Buol vom 12. in dem Passus angestrebt sein wird: „Diese Punkte seien von den Kabinetten von Wien und Berlin dem Kais. russischen Hofe anempfohlen".

Mein g. g. Antrag würde etwa dahin gehen:

1. mich zur Abfassung einer gemeinschaftlichen Erklärung mit Herrn von Prokesch zu autorisieren, welche die Mitteilung der russischen Antwort nach Berlin und Wien, die Vervollständigung derselben durch die Räumung der Fürstentümer, die auf Grund jener Antwort von den deutschen Höfen nach London und Paris gemachten Eröffnungen und die Rückäußerungen der Westmächte umfassen und
2. an welche sich das Versprechen schließen würde, in Anknüpfung an die Rückäußerungen der Westmächte die Versuche der Vermittelung des Friedens bei Rußland fortzusetzen und zu diesem Behuf sich im Einvernehmen mit den deutschen Bundesgenossen halten zu wollen. Will Österreich außerdem sein durch den Notenaustausch entstandenes Verhältnis zu den Westmächten und die darauf nach St. Petersburg gerichtete Aufforderung zum Gegenstand einer Vorlage machen, so möchte ich g. anheimstellen,
3. die Erklärung hierüber nicht als eine gemeinsame zu behandeln, sondern
4. an eine desfallsige österreichische Vorlage eine diesseitige Auslassung zu knüpfen, daß Preußen auch ferner eifrig bemüht sein werde, mit Österreich vereint an der Herstellung des Friedens und an der Erhaltung und Förderung der Machtstellung Deutschlands zu arbeiten, und sich der Hoffnung hingebe, bei diesen Bestrebungen im Einverständnis mit sämtlichen deutschen Bundesgenossen tätig sein zu können.

Sollte Herr von Prokesch wirklich schon übermorgen auf Grund seiner Instruktion vom 12. nicht bloß mit der gemeinsamen Vorlage in betreff der Konsequenzen des Bündnisses, sondern auch mit weiteren einseitigen Eröffnungen vorgehen wollen, so würde ich g. g.

5. bitten, mir die Erklärung zu gestatten, daß ich über diese Punkte noch ohne die Instruktion meiner Regierung sei, daß ich aber überzeugt sei, dieselbe würde ihre Bemühungen zur Herstellung des Friedens und zur Wahrung der Wohlfahrt Deutschlands auch in den ferneren Stadien der Entwickelung der orientalischen Frage mit denen Österreichs vereinen und dabei auf die Mitwirkung der übrigen Bundesgenossen zählen.

Zur Erleichterung geneigter telegraphischer Bescheidung habe ich die verschiedenen Eventualitäten mit Ziffern versehen.

540. Privatschreiben an Minister v. Manteuffel.

[Eigenhändig.]

17. August 1854.

E. E. beehre ich mich in der Anlage Abschrift des Vortrages zu überreichen, den ich in der soeben beendeten Sitzung gemeinsam mit Herrn von Prokesch erstattet habe. Die Überreichung und Verlesung der darin aufgeführten Actenstücke hat stattgefunden. Die anliegende kürzere Erklärung, die Militär-Convention betreffend, ist als vertraulich behandelt worden und geht daher nicht in das Protokoll über.

Auf diejenigen meiner Collegen, mit welchen ich bisher habe sprechen können, hat die Nachricht von dem Notenaustausch zwischen Östreich und den Westmächten einen sehr niederschlagenden Eindruck gemacht; besonders der Umstand, daß Östreich sich durch die Anzeige der Räumung der Fürstentümer nicht von der Eingehung dieser Verpflichtungen habe abhalten lassen. Herr von Schrenk sagte mir gestern, daß er Anweisung habe, bei nächster

Gelegenheit zu erklären: Baiern betrachte das deutsche Interesse an der orientalischen Frage durch die Räumung der Donauprovinzen als erledigt, damit auch jede Pflicht zu militärischen Leistungen auf Grund des Beitrittes zum Aprilbündniß als beseitigt. Nach hiesigen Wahrnehmungen zu urteilen, würde nunmehr jede Anmuthung zur Aufstellung von Bundestruppen auf allgemeinen Widerstand stoßen. Einer meiner Collegen sagte mir soeben, er sehe die Zeit nahen, wo die deutschen Staaten wiederum einen Wettlauf in Abschließung von Separatverträgen mit Frankreich anstellen würden; es könne daraus niemand ein Vorwurf gemacht werden, nachdem Östreich das erste Beispiel gegeben habe. Ich machte ihn auf den Umstand aufmerksam, daß der König von Ungarn und Galizien außerhalb Deutschlands stehn könne, ohne eine Pflicht zu brechen. Man war heut allgemein verstimmt. Daß unser Bündniß auf die Consequenzen der jüngsten Politik Östreichs Anwendung finden könne, nimmt außer Herrn von Prokesch keiner meiner Collegen an. Der Postschluß drängt. Mit ausgezeichnetester Hochachtung . . .

541. Bericht vom 18. August 1854 an König Friedrich Wilhelm IV., betr. die preußisch-österreichische Vorlage in der orientalischen Frage. — Vgl. Poschinger II Nr. 39.

542. Privatschreiben an Minister v. Manteuffel.

[Eigenhändig.]

20. August 1854.

E. E. konnte ich gestern leider die Abschrift der Militärconvention nicht mit dem Schnellzuge schicken, weil ich selbst kein Exemplar derselben besaß und erst von Herrn von Prokesch, der grade nicht zu Hause war, das Seinige borgen mußte. Das Actenstück ist übrigens der Bundesversammlung auch vertraulich bisher nicht vorgelegt, sondern ihr nur angezeigt worden, daß wir in der Lage seien, es dem Ausschusse vertraulich mitzutheilen. Der Inhalt desselben scheint darauf berechnet zu sein, eine Aufstellung deutscher Bundestruppen unter Preußischem Befehl nicht zuzulassen.

Mit meinem bairischen Collegen hatte ich vorgestern eine ausführliche Unterredung. Er hat, wie er vertraulich äußerte, gleich nach der Sitzung nach München berichtet: die Tendenz Östreichs gehe offenbar dahin, dem Bunde die Möglichkeit einer Äußerung über die gemachten Vorlagen abzuschneiden, indem Herr von Prokesch die Vertagung von nächstem Donnerstag ab mit Eifer betreibe. Der Mohr habe seine Arbeit gethan, der Mohr könne nun gehn. Nach der Vertagung werde man dann wieder mit dem fait accompli eines neuen Schrittes des Wiener Cabinetes kommen und sofortige Zustimmung in 24 Stunden verlangen. Er erwarte auf seinen Bericht die Instruction von München, ob er sich am Donnerstag der Vertagung widersetzen solle, oder nicht. Die Anberaumung einer Sitzung kann er nach der Geschäftsordnung verlangen. Ich widersprach seinen Beschwerden nicht direct, machte aber auf die Schwierigkeiten aufmerksam, die sich einer Manifestation der Bundesversammlung im Sinne der bairischen Auffassung entgegenstellen würden. Im Ausschuß hat Herr von Prokesch als Mitglied schon die Möglichkeit, durch wiederholte Discussion und Separatvota das Zustandekommen eines Berichtes zu hemmen, als Vorsitzender aber stehn ihm Mittel zu Gebote, die Abgabe des Berichtes wochenlang zu verschleppen. Ich würde mich nicht berufen fühlen, als Ausschußglied offen gegen Östreich auf-

zutreten; Herr von Nostitz werde etwas der Art wohl in der Sitzung der Bundesversammlung thun, wo er lediglich seine Instruction verliest, aber niemals wagen, im Ausschuß, wo er seine persönliche Überzeugung zu geben habe, gegen Östreich zu sprechen. Herr von Münch sei ganz Östreicher, Graf Kielmannsegge und Herr von Marschall überhaupt der Abgabe bestimmter Meinungen abhold, so daß Baiern nur von Herrn von Reinhard und dem jetzt abwesenden Mecklenburgischen Gesandten eine dreiste Vertretung seines Standpunktes erwarten könne. Herr von Schrenk gab mir darin Recht und klagte, daß die Vertreter der deutschen Cabinette, wenn sie unter sich seien, das große Wort führten und die Faust ballten, „wann sie aber dem Katz a Schellen ahnhangen sollen, gleich falle ihne das Herz in die —". Sobald seine Instruction hier ist, will er mir dieselbe mittheilen.

Nach meiner unvorgr. Ansicht werde ich zwar zu vermeiden haben, gegen Herrn von Prokesch den Vorkämpfer der Bamberger zu machen, aber ich werde auch nicht entschieden auf der Vertagung bestehn, wenn die Mittelstaaten derselben widersprechen, damit wir nicht in dem Lichte erscheinen, als wollten auch wir, in Hingebung an den Willen Östreichs, eine Aussprache des Bundes abschneiden.

E. E. höherm Ermessen kann ich nur anheimstellen, ob es angemessen ist, den deutschen Cabinetten, wenigstens den größern, directe Eröffnungen über unsern jetzigen Standpunkt zu machen, damit sie sich denselben entschiedner aneignen und überhaupt die Fühlung an uns behalten. Ich erwarte keinen festen Bescheid von ihnen, namentlich keine Opfer für ein gemeinsames Interesse, aber ich fürchte ernstlich, daß ein ausgeprägterer Anschluß Östreichs an die Westmächte bei manchen unsrer Bundesgenossen die Neigung zu Versuchen weckt, sich ebenfalls in directere Beziehungen zu Frankreich zu setzen, wenn es uns nicht gelingt, sie in einer Anlehnung an Preußen zu erhalten. Letztres dürfte ausführbar sein, solange unsre Politik ihren bisherigen friedlichen Character bewahrt. Werden wir zur activen Theilnahme am Kriege genöthigt, so wird nicht die Seite, für die wir uns entscheiden, sondern die größere Furcht vor uns oder vor Andern für den Beistand maßgebend sein, den wir in Deutschland zu erwarten haben; unser Gewicht in vermittelnder oder neutraler Stellung aber gewinnt immerhin erheblich, wenn für die Dauer derselben die deutschen Staaten neben uns stehn.

Wegen meines Verhaltens in Betreff der Vertagung würde ich E. E. gen. Instruction entgegensehn, wenn es ein Andres sein soll, als ich soeben in Aussicht gestellt habe.

Die Napoleonsfeier ist glücklich von Statten gegangen, und Herr von Tallenay hat diesmal seinen schwer zugänglichen Beutel geöffnet und uns in einem Gasthofe zweiten Ranges ein großes Uniform-Diner gegeben. Herr von Prokesch brachte die Gesundheit des Kaisers Napoleon aus; dem Gebrauch bei hiesigen offiziellen Festen zuwider, antwortete unser Wirth mit dem Toast auf alle vertretnen Souveräne, und der Präsidialgesandte schritt noch zu dem auf die Kaiserin Eugenie und war nur schwer von Manifestationen ähnlicher Art für noch andre Personen zurückzuhalten. Als ominös wurde es betrachtet, daß durch Vermittlung des ultramontanen Darmstädtischen Gesandten dem östr. General von Schmerling ein Brett mit zwölf Gläsern Lafitte über die weiße Uniform geschüttet wurde, so daß er übel zugerichtet sich entfernen mußte. Ein Theil meiner Collegen und die östr. Offiziere sind sehr verstimmt, daß Herr von Prokesch wegen des sächsischen Trauerfalles[1]) das übliche Diner am 18. auszusetzen für gut befunden hat. Auch an dem Feste der Militärs, dessen Kosten nach den Gehältern vertheilt werden, nahm er keinen Antheil, obschon die

[1]) König Friedrich August II. von Sachsen war am 9. August 1854 gestorben.

Beamten seiner Gesandschaft diesem Beispiel nicht folgten. Dagegen beging er die Unschicklichkeit, vor den Augen des Generals von Reizenstein, und ohne diesen deshalb zu begrüßen, die Parade der unter Reizenstein's Commando stehenden östreichischen Truppen abzunehmen. Gegen mich persönlich ist er in jüngster Zeit durchaus liebenswürdig. Die Gerüchte über eine friedlichere Stimmung Frankreichs finden hier Glauben und werden sogar von der Postzeitung ohne Commentar wiedergegeben. Mit der ausgezeichnetesten Hochachtung . . . .

*543. Schreiben an Minister v. Manteuffel.

[Ausfertigung.]

23. August 1854.[1])

E. E. h. Erlaß vom 21. d. M. nebst den angeschlossenen Abschriften der Immediatberichte des Herrn v. Brockhausen und des Grafen Bernstorff ist mir soeben zugegangen, und habe ich aus demselben entnommen, wie die Ansichten Sr. M. des Königs der Belgier und des Grafen Aberdeen in betreff der von Preußen einzuhaltenden Politik sich der ah. Billigung Sr. M. des Königs erfreuen. Wenn es für mich stets hinreichen wird, die Intentionen u. agn. H. zu kennen, um mich der Ausführung derselben mit Gewissenhaftigkeit zu widmen, so darf ich doch glauben, daß E. E. oft bewährtes Wohlwollen mir die vertrauliche Darlegung der eigenen Ansicht unter der Versicherung gestatten werde, daß ich derselben nur insoweit Wert beilege, als dies auch von E. E. geschieht.

Ohne Zweifel hat Herr v. Brockhausen Recht, wenn er in den Auffassungen des Königs Leopold dieselbe Weisheit bewährt findet, mit welcher dieser Monarch jederzeit die Interessen Belgiens und des Hauses Coburg zu erkennen und wahrzunehmen gewußt hat. Ob aber ein Gutachten des Königs der Belgier über die von Preußen einzuhaltende Politik ebenso wie das vorliegende ausfallen würde, wenn S. M. dem preußischen Staate näher als dem belgischen angehörte — das wage ich zu bezweifeln. Gewiß bildet die Einigkeit Preußens und Österreichs, auch dann, wenn sie von Preußen sehr viel teurer als „au prix de quelques sacrifices d'amour propre" erkauft werden müßte, eins der wesentlichsten Elemente für die Sicherheit Belgiens, besonders nachdem die durch Geschichte und Bekenntnis bedingten Beziehungen Belgiens zu Österreich durch die eingegangenen Familienbande[2]) von neuem belebt worden sind. Soll einmal Krieg geführt werden, so kann Belgien nur wünschen, daß derselbe auf die von Brüssel weitentfernte deutsch-russische Grenze sich beschränke, während Belgien von den 4 mit ihm und unter sich befreundeten Großmächten umgeben und dadurch vor direkter Berührung mit den Verwickelungen bewahrt bleibt.

Sr. M. dem Könige und allerhöchstderen Kabinette hat gewiß der Gedanke, einen Krieg mit Frankreich zu provozieren, jederzeit fern gelegen, und auch die Politik Frankreichs bietet bisher kein Symptom, daß ein Krieg gegen Preußen zu den vom Kaiser Napoleon gewünschten und gesuchten Eventualitäten gehöre. Ich weiß nicht, ob der König Leopold eine festbegründete Überzeugung ausgesprochen hat, wenn er dem Grafen Hatzfeldt sagte, daß England voraussichtlich seine Zustimmung zu einer Erwerbung der Rheinprovinz durch Frankreich geben werde; das aber scheint mir unzweifelhaft, daß Frankreich im Besitz der Rheinprovinz auch im Besitz von Belgien sei[n] oder doch in denselben sehr bald treten würde.

[1]) Von dem Schreiben ist Poschinger II Nr. 41 ein Auszug und IV Nr. 92 der Schluß gedruckt.
[2]) Der Kronprinz Leopold von Belgien, Herzog von Brabant, hatte sich am 22. August 1853 mit der Erzherzogin Marie von Österreich vermählt.

Dieser Überzeugung dürfte sich auch weder England noch der König Leopold verschließen; außerdem scheint Frankreich jetzt weniger als zu anderer Zeit den Beruf zu einem Eroberungskriege gegen Preußen zu fühlen; ein großer Teil seiner besten Truppen befindet sich im Orient, in der Ostsee und in Italien. Algier kann schon den Eingeborenen gegenüber nicht stärker entblößt werden, die Stellung der französischen und anderer Republikaner in Spanien erfordert die ganze Aufmerksamkeit des Kaisers Napoleon, und im Innern möchte derselbe sich schwerlich schon in der Lage befinden, wehrlos auf die Liebe seiner Untertanen zu vertrauen, und selbst ein auswärtiger Krieg möchte kein hinreichendes Bindemittel für die Parteien in ihrer jetzigen Spannung abgeben.

Die Gefahren, mit welchen die europäischen Throne von seiten der Revolution und mit besonderer Rücksicht auf die Ereignisse in Spanien[3]) bedroht sein können, sind von dem König der Belgier ebenfalls als Motiv für den Anschluß der preußischen Politik an die österreichische geltend gemacht worden. M. g. Dafürhaltens würden diese Gefahren gerade dann sich unberechenbar steigern, wenn Preußen sich durch ein faktisches Vorgehen Österreichs im Sinne der durch das Organ des Grafen Buol — den Lloyd — vertretenen Politik fortreißen ließe. Die Anforderungen Österreichs haben sich von dem Verlangen einer Zusicherung der Räumung der Donaufürstentümer vermöge der Zuversicht, mit welcher Österreich unter allen Umständen auf die Hilfe Preußens rechnet, stufenweise so weit gesteigert, daß die Andeutung der Notwendigkeit einer Abtretung Bessarabiens und der Krim in der Wiener offiziösen Presse nicht mehr überraschen kann. Unzweifelhaft ist, daß solche und ähnliche Bedingungen von Rußland nur in einer Lage werden eingegangen werden, zu deren Herbeiführung ein großer unglücklicher[4]) Krieg jedenfalls vorhergehen müßte. Die Chancen, welche ein solcher der Revolution den europäischen Thronen gegenüber bieten würde, können m. E. durch die Garantien nicht aufgeboten[5]) werden, welche für das erhaltende Prinzip in einem Bündnis mit dem der Revolution gegenüber selbst hilfsbedürftigen Österreich und den Westmächten liegen, auch dann nicht, wenn die Lebens- und die Regierungsdauer des Kaiser[s] Napoleon auf längere Zeit gesichert wäre. Namentlich aus diesem Gesichtspunkte bin ich von der Überzeugung durchdrungen, daß ein Anschluß unserer Politik an die österreichische für uns nur in dem Maße nützlich ist, als er uns die Mittel bietet, Österreich vom Angriff auf Rußland abzuhalten. Graf Buol scheint von dem festen Glauben geleitet zu werden, daß er unter allen Umständen auf die schließliche Hilfe Preußens und Deutschlands rechnen könne. Er tut sich daher keinen Zwang an, sondern entscheidet Fragen, über welche er Meinungsverschiedenheiten befürchtet, durch tatsächliches Vorgehen, in der Überzeugung, daß Preußen, ungeachtet augenblicklicher Verstimmung, schließlich das Einlenken auf den von Österreich betretenen Weg einer dauernden Trennung von der Wiener Politik vorziehen werde. Aus zuverlässiger Quelle höre ich, daß der General Mayerhofer in Berlin unter Zitation angeblicher Äußerungen Sr. M. des Königs gegen deutsche Diplomaten sich in einer Art ausspricht, die von einem wahrhaft übermütigen Zutrauen auf Preußens Nachgiebigkeit Zeugnis ablegt. Auch höre ich von meinen Kollegen hier Andeutungen, aus denen ich schließe, daß neuerdings an allen deutschen Höfen mit Ausnahme von Dresden und München, namentlich aber in Cassel, Darmstadt, Wiesbaden und Hannover die österreichische Diplomatie von neuem tätig ist, um

[3]) In Veranlassung heftiger parlamentarischer Konflikte war es im Juli in Madrid zu Barrikadenkämpfen gekommen, die weitere Verwickelungen zur Folge hatten.
[4]) Vorlage: und glücklicher. Es liegt augenscheinlich Hörfehler beim Diktat vor.
[5]) Wohl Hörfehler für: aufgewogen.

Bundesbeschlüsse im Sinne der Wiener Zirkular-Depesche vom 28. v. M. vorzubereiten, daß dabei im Wege mündlicher Versicherung und unter Bezugnahme auf Berichte der kaiserl. Agenten aus Berlin das demnächstige Einverständnis Preußens in bestimmte Aussicht gestellt wird. In Kurhessen und Nassau kann ich mit Sicherheit annehmen, daß die Souveräne auf derartige Eröffnungen bereitwillig eingegangen sind, S. H. der Herzog von Nassau in unbedingtem Anschluß an die Politik Österreichs, S. K. H. der Kurfürst mehr von dem Wunsche geleitet, die hessischen Truppen versammelt und mobilisiert zu sehen. E. E. werde ich ungesäumt berichten, sobald ich Näheres über diese mir bisher nur ganz vertraulich und allgemein mitgeteilten Angaben erfahre. Noch heute bin ich von einem meiner Kollegen ausdrücklich befragt worden, ob es richtig sei, daß der General Mayerhofer, wie er seinerseits versichere, über die gegen Rußland zu nehmenden Aufstellungen mit Preußen so gut wie einig sei.

Vor wenig Tagen befand sich die Fürstin Lieven noch in Schlangenbad. Nach dem Einfluß, den dieselbe auf die mit ihr in Berührung gekommenen Personen zu üben versucht hat, ist sie mit Eifer für das französische Interesse tätig, vielleicht mit um so mehr Erfolg, als sie dabei sorgfältig den Schein der Anhänglichkeit an Rußland zu wahren sucht.

Mein badischer Kollege hat mir die Nachricht von dem provisorischen Abschluß mit der römischen Kurie mitgeteilt; obschon er keineswegs zu den entschiedenen Gegnern der bischöflichen Partei gehört, und ungeachtet der sonst in seinem Charakter liegenden Zurückhaltung, konnte er doch nicht umhin, das erzielte Resultat als eine für die Regierung verlorene Schlacht [zu] bezeichnen.

Soeben verläßt mich Herr von Schrenk und hat [er] mir mitgeteilt, daß seinerseits der Vertagung auf einige Wochen nicht widersprochen werde, indem der Minister von der Pfordten ihn zu einer Erklärung im Ausschuß über die Vorlagen der beiden Großmächte erst autorisieren könne, nachdem Sr. M. dem Könige über die mitgeteilten Aktenstücke Vortrag gehalten und darauf eine Entscheidung erfolgt sein wird; mit anderen Worten: Bayern will sich erst erklären, nachdem die Aufnahme der Noten vom 13.[6]) und 10. c.[7]) in Petersburg bekannt sein wird. In einem vertraulichen Schreiben bemerkt Herr von der Pfordten, daß in München bisher nichts bekannt geworden sei, woraus man den Schluß ziehen könnte, daß Österreich zur Durchführung seiner Politik auf eine militärische Beihilfe der deutschen Staaten rechne. Auffällig ist mir, daß Herr von Prokesch, der noch vorgestern der Vertagung lebhaft das Wort redete, heut von derselben als von einer unwahrscheinlichen Sache spricht; er hält es für notwendig, die vereinigten Ausschüsse vorher zusammenzuberufen, obschon wenigstens die Gesandten von Sachsen und Bayern ihn versichert haben, daß sie bisher nicht in der Lage wären, eine Ansicht zu äußern. Mir hat Herr von Prokesch heute mitgeteilt, daß er nur von Bayern und Sachsen, sonst von keinem der Gesandten die Absicht, sich in der orientalischen Frage zu äußern, erwarten könne, daß er aber glaube, sich Vorwürfen von seiten dieser beiden Herren auszusetzen, wenn er den Ausschuß nicht vor der Vertagung versammele. Da außerdem, wenn dies wirklich seine Meinung wäre, in den letzten geschäftsfreien Tagen der Ausschuß leicht hätte versammelt werden können, ohne die nunmehr allseitig gewünschte Vertagung zu hindern, so muß ich annehmen, daß Prokesch Gründe hat, welche er mir nicht mitteilen will, um die Vertagung einstweilen zu hindern. Genehmigen ꝛc.

[6]) Jasmund Nr. 250.
[7]) Desgl. Nr. 249.

544. Bericht vom 25. August 1854 an König Friedrich Wilhelm IV., betr. die Erhaltung des „Eisernen Turms“ in Mainz. — Vgl. Poschinger II Nr. 42.

545. Bericht an Minister v. Manteuffel.

[Ausfertigung; das Konzept eigenhändig.]

25. August 1854.

E. E. habe ich bereits die Ehre gehabt zu berichten, daß die Verständigung mit Herrn von Prokesch in betreff einer gemeinsamen Erklärung am Bunde bei der kurzen und peremtorischen Frist, welche das Wiener Kabinett uns dazu gelassen hatte, nur durch wiederholte, einseitig von mir ausgehende Bemühungen herbeigeführt werden konnte. Herr von Prokesch mußte an den letztern erkennen, daß von unsrer Seite fortwährend ein hoher Wert auf die Gemeinschaftlichkeit der Schritte beider Regierungen im Schoße der Bundesversammlung gelegt wird, und ich durfte darauf rechnen, daß er es soviel als möglich vermeiden werde, einen Mangel an Einvernehmen zwischen beiden Kabinetten zur Anschauung unserer Kollegen zu bringen. Als er mir daher am 22. c. mitteilte, daß ihm auf den folgenden Tag ein Kurier mit wichtigen Depeschen durch den Telegraphen angekündigt sei, erwartete ich, daß er etwaige Aufträge zu Schritten in der orientalischen Frage vor deren Ausführung vertraulich mit mir besprechen werde. Er sagte mir demnächst nur, daß der Kurier ihm Weisungen inbetreff der Festung Landau gebracht habe. Bis zu jenem Tage hatte Herr von Prokesch mit Eifer dahin gewirkt, eine unverzügliche Aussetzung unserer Sitzungen herbeizuführen und die vorgängige Berufung des orientalischen Ausschusses als etwas ganz Zweckloses dargestellt; von dem Eintreffen des Kuriers an war er von der Notwendigkeit durchdrungen, den Ausschuß vorerst zu versammeln; der Anstand erfordere es, und er könne sich dem nicht aussetzen, daß die Bundesregierungen späterhin klagten, es sei ihnen keine Gelegenheit geworden, sich auszusprechen. Dabei blieb er auch, ungeachtet ihm die übrigen Ausschußmitglieder wiederholt erklärten, sie seien von ihren Regierungen angewiesen, um Aufschub der Ausschußverhandlungen zu bitten, und jetzt nicht in der Lage, sich auszusprechen. Auf meine Frage nach dem Resultat, welches er sich unter diesen Umständen von dem Zusammentritt des Ausschusses verspreche, erwiderte er: es sei dies eine Form geschäftlicher Schicklichkeit, und vielleicht werde es uns Gelegenheit bieten, zu hören, was die andern Herren über die Sache dächten. Es mußte mich nach diesen Einleitungen überraschen, daß Herr von Prokesch die heutige Sitzung des Ausschusses, ohne mir irgendeine Andeutung vorher gegeben zu haben, mit dem in Abschrift anliegenden schriftlichen und mit allen adhibendis wohlvorbereiteten Vortrage eröffnete. Er knüpfte an denselben eine längere Rede, in welcher er nachwies, wie jede der aufgestellten Fragen zu beantworten sei und warum. Ich wollte mich anfangs auf die Erwiderung beschränken, daß mir die Ansichten der K. Regierung in betreff der hier präzisierten Fragen bisher nicht bekanntgegeben seien, ein Austausch persönlicher Meinungen uns aber geschäftlich nicht fördern werde. Die Tatsache, daß Freiherr von Prokesch eine so einschneidende Erörterung offenbar ohne mein Wissen anregte, befremdete unsere Kollegen ohnehin, und es wäre zu wünschen gewesen, daß sich die Darlegung von Meinungsverschiedenheiten zwischen den Gesandten der beiden Großmächte hätte vermeiden lassen. Da aber Freiherr von Prokesch sich nicht abhalten ließ, das der Anlage zugrunde liegende System bis zu extremen und mit unserem Standpunkte unverträglichen Konsequenzen zu

entwickeln, und dabei, namentlich zur Definierung des Begriffes „deutscher Interessen" auf preußische oder gemeinsame Erklärungen Bezug nahm, um das Einverständnis Preußens nachzuweisen, so mußte mein Stillschweigen den übrigen Gesandten den Eindruck der Zustimmung machen, und ich war genötigt, auf die Widerlegung der Argumentation meines österreichischen Kollegen einzugehen. Ich hob ohne Unterlaß hervor, daß ich heut nur meine Privatansichten geben könne, und hielt mich bei Entwicklung derselben in der durch die Artikel der Preußischen Korrespondenz in der jüngsten Zeit angedeuteten Linie, von welcher die Richtung des Freiherrn von Prokesch allerdings in einem sehr starken Winkel abwich. Ziemlich lebhafte Opposition wurde dem Präsidialgesandten von seiten Bayerns, Württembergs und Mecklenburgs gemacht. Sachsen und Hannover verhielten sich passiv, Herr von Nostitz, im Konflikt zwischen den bisher zu Bayern stehenden Ansichten seiner Regierung und der persönlichen Ergebenheit für Österreich, Graf Kielmansegge aber, weil er wegen seiner, im vorliegenden Falle wohl nicht unwillkommenen Harthörigkeit der Debatte nicht sicher folgen kann. Darmstadt war für Vertagung der Besprechung, und Herr von Marschall (Baden) vertrat in jeder Frage beide Seiten in gewissenhafter Abwechselung ...[1])

Noch wurde besonders von Bayern bemerkt, daß die ganzen vorgelegten Fragen nur die Verteidigung Österreichs gegen Rußland im Auge hätten, die defensive Geltung des Bündnisses sei aber ebensowohl auf den Schutz der außerdeutschen Länder Preußens gegen die Westmächte anzuwenden.

Nach mehrstündiger Diskussion erinnerte ich von neuem daran, daß der Austausch unserer persönlichen Ansichten zwar interessant, aber geschäftlich nicht förderlich sei, und schlug vor, daß Herr von Prokesch uns seine Fragen diktieren möge, damit wir uns der Intentionen unserer Regierungen über deren Beantwortung vergewissern könnten. Nach einigen Weiterungen geschah dies, und schloß die Sitzung mit einem Vortrage des Herrn von Schrenck, etwa des Inhaltes, daß es für das österreichische Kabinett von hohem Interesse sein müsse, zu wissen, ob und inwieweit es bei fernerem Vorgehen auf die Zustimmung und Hilfe der andern Bundesgenossen rechnen könne, und daß letztern ohne Zweifel die Pflicht obläge, sich gegen Österreich offen darüber auszusprechen; er selbst hoffe in etwa 14 Tagen dazu imstande zu sein. Herr von Prokesch hat mir auch nach der Sitzung keine Aufklärungen über sein unerwartetes Verfahren, oder über die Gründe gegeben, aus welchen er mir seine Absicht verschwieg. Mit Rücksicht hierauf, und nachdem er früher Substitutionen in einer Weise benutzt hat, die ich nicht anders als unredlich nennen kann, habe ich es bisher vermieden, ihn zu substituieren, indem ich 24 Stunden vor dem von mir angegebenen Termin abreiste und mir den Anschein gab, es in der Eile vergessen zu haben. Die übrigen Gesandten baten mich im Vertrauen, nicht vor 14 Tagen zurückzukehren, damit sie Zeit gewännen, da in meiner Abwesenheit doch nichts geschehen könne. Sollte Herr von Prokesch es dennoch versuchen, so würden sie sich jeder Vornahme von Geschäften ohne mich widersetzen und den Legationsrat Wentzel schleunigst von allem unterrichten. Wahrscheinlich sind bei dem Herzoge von Nassau, vielleicht auch bei Darmstadt und Baden, von Österreich schon Schritte im Sinne des heutigen Ausschußvortrages geschehn. *Nach der Sitzung hörte ich von einem der einflußreichern unter meinen Kollegen die Äußerung: Wenn Österreich eine selbständige deutsche Politik, wie sie auf Grundlage des Aprilbündnisses geführt werden konnte, unmöglich macht und Deutschland seine Direktion von den

[1]) Im weiteren Verlaufe des Berichts teilt Bismarck mit, in welcher Weise nach dem, was er in und vertraulich nach der Sitzung gehört, seine Kollegen, wenn sie in der Sitzung hätten abstimmen müssen, die von Herrn von Prokesch vorgelegten sieben Fragen beantwortet haben würden.

Westmächten vorgeschrieben erhalten soll, so werden die Bundesfürsten es bald vorteilhafter finden, auf eigne Rechnung mit Frankreich in Verbindung zu treten, als im Gefolge und zum alleinigen Vorteil Österreichs. Obschon die Äußerung in einer Aufwallung von Unmut geschah, so kann ich doch die derselben zugrunde liegende Ansicht nur teilen.*

546. Vertrauliches Schreiben an Minister v. Manteuffel.

[Eigenhändig.]

Berlin, 26. August 1854.

E. E. wollen mir gen. gestatten, meinem gestrigen Berichte vertraulich einige Worte hinzuzufügen. Nach den in demselben von mir vorgetragnen Thatsachen ist bei keinem meiner Collegen ein Zweifel darüber geblieben, daß Östreich auch jetzt noch, nachdem die Fürstenthümer geräumt werden, den Plan nicht aufgiebt, die Kräfte Deutschlands in der Art an sich zu fesseln, daß sie zu einem östreichischen Eroberungskriege gegen Rußland fortgerissen werden können. Die Mittelstaaten haben wenig Neigung, dieser für sie unfruchtbaren und gefährlichen Politik sich hinzugeben, namentlich so lange dieselbe der willkührlichen Leitung des Grafen Buol überlassen bleibt, zu dessen Fähigkeit und Besonnenheit man nicht das mindeste Zutrauen hat. Man würde den Bambergern Unrecht thun, wenn man sie beschuldigte, von Hause aus in dieser Krisis ihre Blicke nach Frankreich gerichtet zu haben; sie wollten eine unabhängige deutsche Politik, bei der sie selbst möglichst viel mitzureden hätten. Als sie sahen, daß die beiden Großmächte letztres nicht zuließen, hofften sie wenigstens durch Anlehnung an Preußen von einem Kriege sich frei zu halten, bei welchem weder sie noch wir Aussicht auf Gewinn haben, während die Gefahren desselben unberechenbar sind. Nicht alle meine Collegen haben eigne Ansichten; aber die Selbständigern unter ihnen räsonniren im Vertrauen mir gegenüber wie folgt: Preußen hat dasselbe Interesse wie wir, Östreich vom Kriege gegen Rußland abzuhalten, Preußen hat auch die Macht dazu, wenn es den Muth hat, Östreich einen Angriffskrieg gegen Rußland zu untersagen; wenn wir aber sehn, daß Preußen sich durch einen so „bornirten und leichtsinnigen" Menschen wie den Grafen Buol fortreißen läßt, ohne daß dieser bei entscheidenden Entschlüssen auch nur nach der Ansicht Preußens fragt, bevor er zur That schreitet, so müssen wir selbst an unsre Sicherheit denken. Segeln beide deutsche Großmächte unter dem Steuer des Grafen Buol, so ist vorauszusehn, daß Deutschland Schiffbruch leidet, denn die gewisse Folge eines Preußisch-östreichischen Krieges gegen Rußland ist die Verbindung des letztern mit Frankreich, welche glaubhafte Gerüchte schon jetzt angebahnt werden lassen und welche Rußland in der Noth um jeden Preis erkaufen wird. Einer solchen Gefahr gegenüber ist der Staatskörper Östreichs seiner innern Verbindung nach ganz unhaltbar, denn für die Franzosen wird es leicht sein, Italien zu insurgiren, und für die Russen nach Belieben entweder die griechisch-slowen. oder die magyarischen Stämme. Preußen und England können uns in solcher Situation nicht schützen; kann daher erstres Östreich nicht vom Kriege abhalten, so werden wir allerdings mit Östreich und Frankreich gehn, so lange beider Wege zusammenfallen, aber mit Frankreich, sobald es sich von Östreich trennt und mit Rußland in Beziehung tritt. Die Pflicht der Selbsterhaltung erlaubt uns nicht, anders zu handeln, wenn Preußen von seiner unzweifelhaften Fähigkeit, Östreich vom Kriege zurückzuhalten, nicht bald mit Entschiedenheit Gebrauch macht. Noch hat sich Östreich zum Kriege gegen Rußland nicht verpflichtet, und wird dies auch nicht, wenn es nicht auf den Beistand Deutschlands rechnen kann, namentlich auf den von Preußen.

Vorstehende Anschauungen, wenn auch nicht in der Nacktheit und mit den Worten, wie sie hier stehn, treten mir in vertraulichen Besprechungen mit einzelnen meiner Collegen entgegen, und in gelegentlichen Beziehungen mit andern politischen Persönlichkeiten der deutschen Staaten; und in der gegenwärtigen Lage der letztern erscheinen sie natürlich und naheliegend. Bei der großen Mehrzahl ihrer Träger sind sie nicht eingegeben durch rheinbündischen Ehrgeiz, sondern durch die Furcht vor den Ereignissen, welche über Deutschland hereinbrechen werden, wenn die beiden deutschen Großmächte in die abschüssige Bahn gezogen würden, zu welcher Graf Buol an der Hand des Herrn von Bourqueney sich leiten läßt.

Es ist meine dienstliche Pflicht, E. E. offen die Wahrnehmungen darzulegen, welche sich mir in dem Kreise meiner Stellung aufdrängen, und wenn es mir auch nicht zusteht, auf höhere Entschließungen einen Einfluß nehmen zu wollen, so kann ich doch E. E. die Sorge nicht verschweigen, mit welcher mich die Zuversicht der östreichischen Organe erfüllt, daß es dem Grafen Buol gelingen werde, die bundesfreundlichen Gesinnungen Sr. M. des Königs für seine Zwecke auszubeuten und von Preußen neue Zusagen zu erlangen, aus denen das Wiener Cabinet die Hoffnung schöpfen würde, uns durch ferneres einseitiges Vorgehn schließlich nachzuziehn, auf einer Bahn, welche in ihren Eventualitäten eine Mannigfaltigkeit der schwersten Opfer und Gefahren für ganz Deutschland, aber im günstigsten Falle nur für Östreich Erfolge von obenein zweifelhaftem Werthe bietet. Genehmigen ꝛc.

*547. Privatschreiben an Minister v. Manteuffel.

[Eigenhändig.]

Reinfeld, 3. September 1854.

E. E. zeige ich g. an, daß ich heut hier angelangt bin, und wenn ich weder den Befehl erhalte früher zu reisen, noch die Erlaubniß länger zu bleiben, am Sonnabend den 9. hier abreisen, und also Sonntag den 10. Nachmittags 4 Uhr in Berlin sein werde. Ich hätte dann grade die Zeit, auf der Rückfahrt nach Frankfurt Dresden, allenfalls auch Hanover, zu besuchen, und über Cassel, vor der auf den 14. anstehenden Sitzung in der freien Reichsstadt einzutreffen. Soll ich früher kommen, so würde eine Weisung, die am Mittwoch bis zum Stettiner Mittagszuge aufgegeben würde, „von Stolp per Expreß“ rubricirt, mich am Donnerstag Nachmittag erreichen, sodaß ich dann am Sonnabend in Berlin sein könnte. Ich würde mich sehr freuen über jeden Tag, den ich länger bei den Meinigen bleiben könnte, und wenn die nächste Sitzung in Frankfurt noch um 8 Tage verschoben wird, oder wenn E. E. nicht für erforderlich halten, daß ich vorher nach Dresden u. s. w. gehe, so bietet sich vielleicht die Möglichkeit, daß ich ohne Nachtheil für die Geschäfte meine Villeggiatur um einige Tage verlängere. Träte ein solcher Fall ein, so würde ich es sehr dankbar empfinden, wenn E. E. die Güte hätten und ließen mir eine Notiz darüber zufertigen, indem Wentzel ohne Zweifel schreiben wird, ob Aussicht zu fernerem Aufschub der Sitzungen ist oder nicht. Ich will aber nicht unbescheiden im Bitten sein, sobald meinen Wünschen das mindeste Bedenken entgegensteht, und komme jedenfalls bis Sonntag, wenn ich nichts weiter erfahre. Mit der Bitte mich und meine Frau Ihrer Frau Gemalin angelegentlichst zu empfehlen . . .

548. Privatschreiben an Legationsrat Wentzel.

[Eigenhändig.]

Reinfeld, 3. September [1854].[1])

Wenn ich keine Nachrichten weiter erhalte, so reise ich am Sonnabend, den 9. Vormittags, hier ab nach Berlin. Neuigkeiten, die mir weitres Ausbleiben gestatten könnten, müßte ich also bis dahin hier haben. Stellt es sich bis dahin heraus, daß am 14. noch keine Sitzung ist, so bitte ich Sie, nach Danzig zu telegraphiren, daß man mich von da über Stolp per Expreß benachrichtigt, zugleich aber auch an Manteuffel zu telegraphiren, mit dem Anheimgeben, mich in Kenntniß zu setzen. Rußland hat durch Benkendorf feierlichst erklärt, Oestreich nicht angreifen zu wollen, und wir sind entschlossen, Oestreich nur beizustehn, wenn es angegriffen wird, ohne daß es angefangen hat, wollen das auch in Wien und anderweit erklären. Insoweit also friedliche Aussichten.

Empfehlen Sie mich Ihrer Frau Gemalin. Der Ihrige.

*549. Privatschreiben an Minister v. Manteuffel.

[Eigenhändig.]

Reinfeld, 9. September 1854.

E. E. wollen mir geneigtest Nachsicht gewähren, wenn ich nicht, wie ich in meinem letzten Schreiben angegeben, übermorgen in Berlin eintreffe. Ich habe seit zwei Tagen den Anfall einer mehr schmerzhaften und angreifenden als gefährlichen Kolik, welche mehrfach hier in meiner Umgebung auftritt. Ohne Cholerabefürchtungen[1]) Raum zu geben, ist doch mein Zustand an sich der Art, daß ich kaum glaube, die Reise ununterbrochen machen zu können, wenn ich sie morgen antrete, und da man mir aus Frankfurt schreibt, daß auch die Sitzung am nächsten Donnerstag noch ausfällt, so darf ich hoffen, daß meine dienstlichen Obliegenheiten nicht darunter leiden, wenn ich die Rückkehr eines normalen Gesundheitszustandes hier noch einige Tage lang abwarte. Sollte indessen von unsrer Seite Gewicht darauf gelegt werden, daß am Donnerstag eine Sitzung in Frankfurt stattfindet, so bin ich bereit meine Gefahr zu stehn und rechtzeitig dort zu sein, wenn E. E. die Geneigtheit hätten, mich durch Telegraph und Staffette via Danzig zu citiren und Wentzel in Frankfurt mit der Weisung zu den nöthigen Anträgen auf Abhaltung einer Sitzung zu versehn. Indessen erwähne ich dieser Eventualität mehr, um meinen Diensteifer zu documentiren, als weil ich sie für thatsächlich naheliegend hielte.

Es ist hier ein Sturmwind, daß man sich freuen kann, keine Angehörigen auf den Ostseeflotten zu haben; dabei wechselt Hagel mit Regen und des Nachts sinkt die Temperatur bis zum Frost. Die Ernte ist hier nicht so gesegnet wie im Stettiner Bezirk, aber doch reichlich. Die Fleischtheurung in Folge der Aufkäufe für die Flotte hat sich hier bisher nur auf das Federvieh erstreckt, zur Klage der gänsemästenden Hausfrauen, aber zur Freude der kleinen Leute, in deren Händen sich die Zucht befindet.

Mit der Bitte mich der gnädigen Frau zu geneigtem Andenken empfehlen zu wollen...

---

548. [1]) Nach dem Abdruck im Bismarckjahrbuch V S. 11.

549. [1]) Die Cholera grassierte damals vielfach.

550. Privatschreiben an Legationsrat Wentzel.

[Eigenhändig.]

Reinfeld, 9. September 1854.[1])

Die telegraphische Depesche von gestern früh habe ich heut Abend erhalten, nachdem sie gestern morgen um 9 in Danzig gewesen war; so expedirt man in Cassuben citissime. Sollte noch etwas zu benachrichtigen sein, so lassen Sie es nur von Danzig per Estafette gehn. Reinfeld liegt zwischen Zuckers und Bütow. Ich wollte morgen reisen; nach Ihrer Nachricht und mit Rücksicht auf lästige Kolikzustände bleibe ich aber noch einige Tage, und habe dies heut an Manteuffel geschrieben. Vielleicht ist man damit unzufrieden, weil ich vor meiner Rückkehr nach F[rankfurt] noch anderweite Excursionen machen sollte. Von Politik weiß ich, seit ich Putbus[2]) verlassen habe, nichts. Die oestreichischen Fragen wird man von Berlin aus schon durch Note nach Wien und deutsches Circular beantwortet haben. Die Absicht war, sich unumwunden zu erklären: Beistand gegen unprovocirten Angriff, sonst nichts, also im Ganzen Verneinung der Prokeschischen Fragen. Sobald ich in Berlin bin, werde ich Ihnen Nachricht geben; wenn man mich nicht peremtorisch citirt, so komme ich gegen Ende der nächsten Woche, in etwa 8 Tagen, nach B[erlin].

Empfehlen Sie mich Ihrer Frau Gemalin. Der Ihrige.

551. Bericht vom 24. September 1854 an Minister v. Manteuffel, betr. die Instruktionen der Ausschußmitglieder in der orientalischen Frage. — Vgl. Poschinger II Nr. 45.

552. Privatschreiben an Minister v. Manteuffel.

[Eigenhändig.]

24. September 1854.

E. E. wollen mir gen. erlauben, meinem heutigen Berichte, soweit es der Postschluß erlaubt, einige Worte als Privatschreiben hinzuzufügen. Ich würde denselben schon früher erstattet haben, wenn nicht meine Collegen von Sachsen und Hanover nach der Donnerstagssitzung noch wieder verreist gewesen wären.

Über Herrn von Prokesch höre ich, daß er nach seiner ersten Rückkehr hierher von Badenweiler, etwa um die Zeit des 5. c., unglaublich übler Laune gewesen ist. Jedem einzelnen meiner Collegen hat er unumwunden Sottisen in Betreff seiner Person und seiner Regirung gesagt, den Bund für ein unnützes Institut erklärt, und man hat ihn allseitig meiden müssen, wie eine böse Katze, wenn man nicht gebissen sein wollte. Meiner Ansicht nach rührten diese Ausbrüche von der Enttäuschung durch die russische Antwort[1]) her. Prokesch, und mit ihm wohl Graf Buol, hatte geglaubt, daß Rußland durch Demonstrationen zum Frieden gebracht werden könne und daß die Antwort wenigstens eingehend genug sein werde, um zu Unterhandlungen zu führen. Dieß würde auch, wie er jetzt meint, geschehn sein, wenn die Haltung Preußens und Deutschlands demonstrativer gegen Ruß-

550. [1]) Nach dem Abdruck im Bismarckjahrbuch V S. 12.
[2]) Vom 29. August bis 1. September 1854 hatte Bismarck, vom König dorthin berufen, in Putbus in der Umgebung des Monarchen geweilt.
552. [1]) Vom 26. August 1854. Vgl. Jasmund a. a. O. Nr. 251.

land gewesen wäre; in Bamberg sieht er die Pandorabüchse, welche das Fehlschlagen aller Hoffnungen verschuldet. Um sich zu beruhigen, ist er auf 8 Tage nach Trier gegangen und hat uns durch Conspiration mit den dortigen Ultramontanen für unsre auswärtige Politik zu strafen gesucht. Vielleicht könnte es von Interesse sein, in vertraulichem Wege Nachforschungen über den Verkehr anzustellen, der meinen Collegen mehr als 8 Tage an die Moselgegend gefesselt hat. Der Dr. Linde hält sich neuerdings vorzugsweise dort auf und ist ein auserlesenes Rüstzeug für ultramontane Intriguen.

In Paris hat man die Haltung Östreichs nach der russischen Antwort übel vermerkt; Herr von Tallenay hat gegen einen hiesigen Collegen geäußert, que ses dernières communications respiraient beaucoup de „Bitterkeit" contre l'Autriche, und daß man der Preußischen Politik die Anerkennung einer größern Ehrlichkeit nicht versagen könne. Dieser selbe College, der Vertreter eines auswärtigen Bundesfürsten, und der persönlich Herrn von Tallenay nahe steht, sprach mir davon, daß russische Bemühungen, eine Coalition Rußlands, Frankreichs und Preußens herbeizuführen, in Paris ohne Zweifel ein geneigtes Ohr finden würden, sobald Rußland die Einwilligung Preußens mitbrächte.

Augenblicklich vermeidet Herr von Prokesch Unterredungen mit seinen Collegen, auch mit mir; *er bringt seine Tage zu den Füßen einer hübschen und lebhaften Creolin zu, der Frau des französischen Leg. Secret. Gobineau,[2]) und wird dieses Asyl wohl erst verlassen und wieder zugänglicher werden, wenn man klarer über die Resultate in der Krim sieht.* Die Gesandten von England und Frankreich bestritten die ersten Nachrichten über die Landung bei Eupatoria[3]) mit Bestimmtheit als sehr unwahrscheinlich; man kann hier noch nicht übersehn, ob sie Recht haben und die Diversion bei Eupatoria nur eine Finte ist. Gestrige Börsengerüchte sprachen von ungünstiger Lage der gelandeten Truppen zwischen zwei russischen Armeecorps; das wäre zu früh, um irgend wahrscheinlich zu sein. Der hiesige Vertreter Rußlands war der Meinung, daß England zu der Expedition überredet habe, weniger in der Hoffnung auf sofortigen Erfolg, als in der Berechnung, durch eine Schlappe Frankreichs für das nächste Jahr sicher zu werden.

Man behauptet hier, daß englische und französische Ingenieure beschäftigt seien, den Donaucanal nach Kostendji abzustecken; wenn sie ihn bauen, werden sie ihn auch behalten wollen.

Gegen den Herzog von Nassau hat sich der Kaiser Franz Joseph beim Abschiede in einer so bestimmten Weise über seine Friedens-Absichten und Hoffnungen geäußert, wie es mit der Haltung des Wiener Cabinetes auch heute noch kaum vereinbar erscheint. *D a m e n briefe aus den Wiener Hofkreisen deuten an, daß der Kaiser sich über die Stellung und die Bedeutung der östreichischen Politik selbst nicht im Klaren befindet, sich über den Ernst seiner Lage täusche; und überhaupt seien die Hoffnungen gesunken, welche man an die persönlichen Eigenschaften Sr. Majestät geknüpft habe; die Ursachen suchten Einige in physischen Folgen des Libenyschen Attentates, andre in dem Glücke einer jungen Ehe. relatum klatschium refero.*

Mit der Bitte mich der gnädigen Frau zu empfehlen ....

---

[2]) Die Gräfin Gobineau, geb. Monnerot, war auf der Insel Martinique (1816) geboren. Vgl. Schemann, Gobineau I 125. Gobineau schrieb in jener Zeit über Bismarck, den er damals kennen lernte, „der wird in der deutschen Geschichte noch einmal von sich reden machen". Vgl. Schemann a. a. O. S. 385. Dort auch Näheres über Gobineaus Verhältnis zu Prokesch. Vgl. auch: Aus den Briefen des Grafen Prokesch v. Osten, S. 390.

[3]) Vom 14. September ab erfolgte die Landung englischer und französischer Truppen bei Eupatoria, nördlich Sebastopol. Am 20. September Sieg der Westmächte über die Russen an der Alma.

*553. Bericht an Minister v. Manteuffel.

[Ausfertigung.]

28. September 1854.

E. E. danke ich g. g. für die hochgen. Mitteilung der Zirkulardepesche des Grafen Buol vom 21. d. M., die Ausschußverhandlung in der orientalischen Angelegenheit in der Sitzung vom 25. v. M. betreffend, sowie der von E. E. darauf erlassenen Depesche vom 25. d. M.

Mit Rücksicht auf die Behauptungen des Grafen Buol in dem gedachten Zirkular habe ich mir erlaubt, meinen Kollegen vertraulich das anliegende Schriftstück als den Auszug aus einem Berichte zur Einsicht mitzuteilen, welchen ich unterm 27. d. M. an E. E. über den wahren Sachverhalt im Anschluß an meinen früheren Bericht erstattet hätte.

Ob E. E. vielleicht für angemessen erachten, dieses Schriftstück auch zur Kenntnis des K. österreichischen Kabinetts gelangen zu lassen, kann Hochdero Ermessen ich nur ehrerbietigst anheimstellen.[1])

554. Fingierter Bericht an Minister v. Manteuffel.

27. September 1854.[1])

Die Zirkulardepesche (Sr. E. des Herrn Grafen Buol vom 21. c. in betreff der Sitzung der vereinigten Ausschüsse vom 25. v. M.) sagt ferner:

> „Freiherr von Prokesch befragte vor der erwähnten Sitzung Herrn von Bismarck um seine Ansicht; diese ging aber dahin, überhaupt jede Mitteilung an die Ausschüsse einstweilen auf sich beruhen zu lassen. In einen solchen Stillstand des Geschäfts wollte und konnte Freiherr von Prokesch nicht willigen“ ꝛc.

Diese Angabe stimmt nicht mit den Tatsachen; wie ich E. E. schon am 25. v. M. zu berichten die Ehre hatte, war es nicht Herr von Prokesch, der mich vor der Sitzung „um meine Ansicht“ fragte, sondern ich fragte ihn. Es konnte dies nicht anders sein, da Herr von Prokesch die Sitzung abhalten wollte und wissen mußte, weshalb er dies wollte, während ich in der Tat nicht wußte, was in dieser Sitzung geschehen könne.

Als ich gegen die Mitte August von Berlin kam, sprach Herr von Prokesch gegen mich den Wunsch aus, die Sitzungen auf einige Zeit zu vertagen; ich erklärte mich damit nur unter der Voraussetzung einverstanden, daß die übrigen Mitglieder der vereinigten Ausschüsse eine Erörterung der orientalischen Frage vor der Vertagung nicht wünschten. Diese Voraussetzung traf zu, und Herr von Prokesch war einige Tage hindurch mit mir derselben Meinung, daß die Sitzungen, ohne vorher die Ausschüsse zu versammeln, auszusetzen seien. Nachdem inzwischen durch einen, wenn ich nicht irre, am 23. v. M. hier eingetroffenen Kurier neue Weisungen des Kaiserlichen Kabinetts für Herrn von Prokesch gekommen waren, sprach derselbe zu meiner und anderer Kollegen Überraschung die Absicht aus, baldigst und ehe wir uns auf einige Wochen trennten, eine Ausschußsitzung an-

553. [1]) Manteuffel erwidert am 29. September, daß er die dem Bericht vom 28. beigefügten, in die Form eines Berichtextraktes vom 27. gekleideten Bemerkungen vertraulich zur Kenntnis des Kais. österr. Kabinetts gelangen zu lassen keinen Anstand genommen habe.

554. [1]) Vgl. die vorhergehende Nummer. Poschinger läßt (II Nr. 47) nicht erkennen, daß es sich um einen fingierten Bericht handelt. Der hier vorher mitgeteilte Bericht vom 28. September fehlt bei ihm.

zusetzen. Herrn von Prokesch sowohl als mir war bekannt, daß die übrigen Ausschußglieder die Ansichten ihrer Regierungen über die Preußisch-Österreichischen Vorlagen noch nicht kannten und deshalb die Abhaltung der Sitzung noch nicht wünschten, von Preußen oder Österreich aber meines Wissens das, was sie überhaupt mitzuteilen hatten, in der Sitzung vom 17. August mitgeteilt worden war. Ich war daher in der Tat begierig zu erfahren, was in diesem Ausschuß geschehen werde, und fragte daher Herrn von Prokesch am 24. abends, in welcher Absicht er die Ausschußsitzung anberaumt habe und was er sich von derselben versprechen könne, da von Preußen und Österreich nichts mehr und von den übrigen Kollegen noch nichts über die Sache beigebracht werden könne. Herr von Prokesch gab mir hierauf als Zweck der von ihm konvozierten Sitzung an, daß wir doch vielleicht hören würden, wie unsere Kollegen über die Sache dächten, und jedenfalls den übrigen Bundesstaaten jeder Anlaß zu dem Vorwurf benommen werde, daß man ihnen keine Gelegenheit gegeben habe, ihre Meinung zu äußern; die Courtoisie schon erfordere, daß man nicht ohne eine Ausschußsitzung sich trenne.

Eine weitere Aufklärung über den mutmaßlichen Inhalt der Ausschußsitzung war Herr von Prokesch vor derselben nicht imstande oder nicht geneigt, mir auf meine ausdrücklichen Fragen zu erteilen. Ich begreife unter diesen Umständen nicht, wie der oben angeführte Passus in der Zirkulardepesche des Grafen Buol an die deutschen Höfe hat Platz finden können.

555. Bericht vom 29. September 1854 an König Friedrich Wilhelm IV., betr. die Behandlung der Pensionsansprüche der dem Herzogtum Holstein angehörigen Offiziere der schleswig-holsteinschen Armee. — Vgl. Poschinger II Nr. 48.

556. Bericht vom 30. September 1854 an Minister v. Manteuffel, betr. die preußenfeindliche Haltung der Frankfurter Postzeitung. — Vgl. Poschinger II Nr. 49. Daselbst muß es auf S. 85 Zeile 11 des Textes v. u. statt „Handelspolitik" heißen „Geldspekulation".

557. Bericht vom 7. Oktober 1854 an Minister v. Manteuffel, betr. einen von Österreich inspirierten Artikel des Frankfurter Journals. — Vgl. Poschinger II Nr. 50.

558. Schreiben an Minister v. Manteuffel.

[Ausfertigung.]

9. Oktober 1854.

E. E. h. Erlaß vom 6. c.[1]), die österreichischen Depeschen vom 30. v. M. und 1. d. M. betreffend, habe ich gestern zu erhalten die Ehre gehabt. M. g. D. macht das Wiener Kabinett damit einen letzten Versuch, die bisher von ihm verfolgten Zwecke durch Einschüchterung zu erreichen; ich lasse dahingestellt, inwieweit die am 30. in Wien bekannten und geglaubten falschen Nachrichten aus der Krim[2]) auf die gesamte Expedition, welche

[1]) Inhalt großenteils wörtlich bei Poschinger II S. 88, Anm. 1.
[2]) Die „Tatarennachricht" vom Fall Sebastopols.

wohl schwerlich vor dem 2. d. M. abgegangen, von Einfluß gewesen ist. E. E. werden imstande sein, mit mehr Sicherheit zu beurteilen, ob meine Überzeugung begründet ist, daß Österreich mit seinen jüngsten Schritten event. nur gegen die Westmächte sich über seinen guten Willen ausweisen will. Es ist unzweifelhaft, daß die Haltung Österreichs seit der letzten russischen Ablehnung Mißtrauen in Paris und London erweckt hat. Lord Lansdowne, der vor einigen Tagen hier war, hat in vertrautem Gespräch diese Empfindung als die des englischen Kabinetts sehr bestimmt ausgesprochen; seinen Äußerungen nach wären die Westmächte durch frühere Auslassungen des Wiener Kabinettes berechtigt gewesen, nach der russischen Antwort vom 26. August mindestens die Abberufung des österreichischen Gesandten von Petersburg zu erwarten; statt dessen höre man mit Befremden, daß Graf Esterházy in Petersburg die Haltung einer engbefreundeten Macht beobachte. Ein anderer englischer Diplomat sagte mir bei Gelegenheit einer vertraulichen Privatunterhaltung ähnliches und fügte hinzu, daß, wenn Österreich seine Schuldigkeit nicht tue, oder etwa mit der Absicht umgehe, die Donaufürstentümer für sich zu behalten, 20 000 Mann die Alpen überschreitende Franzosen vollkommen hinreichend sein würden, die Folgsamkeit des Wiener Kabinetts zu erzwingen. Wenn ich auch diese Ansicht nicht vollständig teile und namentlich nicht glaube, daß der Kaiser der Franzosen in seinem eigenen Interesse es ratsam findet, die italienische Revolution gegen Österreich aufzurufen, so bin ich doch überzeugt, daß selbst der Graf Buol sich keine Illusionen macht über die abhängige Rolle, welche Österreich nach der Kriegserklärung gegen Rußland im Bündnis mit den Westmächten spielen, und über die Schonungslosigkeit, mit welcher dieselbe im Falle des Bedürfnisses ausgebeutet werden würde. Nirgends ist vielleicht die Überzeugung mehr in die Praxis übergegangen, daß große Worte und Drohungen eine Münze sind, welche noch immer über ihrem Wert im Kurse steht, als gerade in Wien. Wenn Österreich es wagte, auf die Gefahr hin, sich in Deutschland zu isolieren, sich der Diskretion der Westmächte in die Arme zu werfen, so wäre dies m. g. E. schon geschehen, ehe die Wiener Morgue sich herbeiließ, so viele unfruchtbare Demarchen bei den deutschen Regierungen zu machen.

Bei der Beschaffenheit der meisten deutschen Regierungen läßt sich allerdings nicht mit Bestimmtheit vorhersagen, welches der Erfolg der österreichischen Zirkulardepesche sein werde, wenn diese Regierungen ihre Entschlüsse ohne weitere Einwirkung von unserer Seite fassen. Schließen sie sich den Ansichten Österreichs an, so kann dies nur in der Überzeugung geschehen, daß Preußen sich ebenfalls herbeilassen werde, seinen Standpunkt dem Österreichs zu opfern, und es wird vielleicht, namentlich von Hannover aus, nicht an Versuchen fehlen, uns zu diesem Opfer im angeblichen Interesse der deutschen Einigkeit zu vermögen. Haben oder gewinnen aber die Bundesregierungen die Überzeugung, daß ein einseitiges Vorgehen Österreichs auf einer sehr willkürlichen bundesrechtlichen Basis zu einer Spaltung in Deutschland mit Wahrscheinlichkeit führen werde, so können wir sicher sein, daß sie alles aufwenden werden, Österreich von dem in Aussicht gestellten Beginnen zurückzuhalten, und daß ihre Antwort auf das Zirkular vom 30. demgemäß ausfallen wird. Es würde daher m. u. E. darauf ankommen, den deutschen Regierungen glauben zu machen, daß wir unsern Standpunkt auch auf die Gefahr eines Bruches mit Österreich hin festhalten. Besondern Eindruck macht nach dieser Richtung jedes Symptom, welches auf ein ungestörtes Einvernehmen zwischen Preußen und Frankreich hindeutet. An die Sendung des Generals von Wedell[a]) knüpfen sich mannigfache Kombinationen in dieser

[a]) Der Gouverneur von Luxemburg General v. Wedell war in besonderer Mission nach Paris gereist.

Richtung, und bis jetzt ist in hiesigen Kreisen die Überzeugung vorherrschend, daß Frankreich sich, wenn es die Wahl hätte, lieber mit uns als mit Österreich verständigen würde.

Man kann darüber streiten, ob die von Österreich in Aussicht gestellten Anträge per majora in der Bundesversammlung angenommen werden können; die Bundesversammlung, wenn sie selbst diese Frage jetzt entscheiden sollte, würde, wie ich glaube, wegen der eventuell eingeschlossenen Kriegserklärung mindestens zwei Dritteil im Plenum für erforderlich halten. Meine Kollegen von Bayern, Sachsen, Hannover und Kurhessen haben seit dem Bekanntwerden der österreichischen Zirkulardepesche[4]) Frankfurt verlassen, um sich persönlich zu instruieren. Herr von Schrenck teilte mir vor seiner Abreise eine ihm jetzt erst zugegangene Instruktion mit. Nach derselben soll er sich bereiterklären, den Beistand des Bundes für den Fall zuzusagen, daß das österreichische Gebiet infolge der Besetzung der Fürstentümer angegriffen würde, auf Annahme der vier Punkte[5]) aber soll er sich nicht einlassen; schließlich ist er angewiesen, nur im Einverständnis mit Preußen sich zu erklären, und wenn meine Instruktion von der seinigen abweiche, jede Äußerung zu vermeiden. Die Gesandten der kleineren Staaten scheinen mit Ausnahme von Braunschweig bisher dahin instruiert zu sein, eine Verständigung zwischen Wien und Berlin abzuwarten, wenigstens ziehen sie sich auf die Hoffnung, daß eine solche stattfinden werde, in ihren Besprechungen mit mir und mit Herrn von Prokesch zurück.

Der mutmaßliche Erfolg der österr. Zirkulardepesche wird m. A. n. dem Wiener Kabinett gegenüber den Westmächten die Beweisstücke liefern, daß es nicht Österreichs Schuld ist, wenn der Deutsche Bund und also auch der Bundesstaat Österreich nicht entschiedener gegen Rußland auftritt.

Sollten meine Voraussetzungen, wie ich meinerseits nicht glaube, sich als irrig erweisen, so würde, wie mir scheint, der vorwiegend deutsche Standpunkt, welchen wir bisher innegehalten haben, uns noch immer eine Rückzugslinie bieten, indem wir schließlich die Wünsche einer überwiegenden Mehrheit unserer deutschen Bundesgenossen als ausschlaggebend für unsere Politik anerkennen. Indessen glaube ich weder an eine derartige Gestaltung der Dinge, noch würde mein g. Votum dahin gehen, diese Rückzugslinie zu betreten; es sei denn, daß uns dieselbe eine unverdächtige Gelegenheit böte zu einer militärischen Aufstellung, welche einer Entwicklung nach verschiedenen Seiten hin fähig wäre.

Die nächste Sitzung, Donnerstag den 12., ist auf Anregung des Herrn von Prokesch ausgesetzt worden, angeblich wegen Mangel an Stoff, obschon mehrere Abstimmungen, namentlich die umfangreiche wegen der Kriegsverfassung vorliegen. Genehmigen ꝛc.

559. Privatschreiben an Minister v. Manteuffel.

[Eigenhändig.]

10. Oktober 1854.

Meinem gestrigen g. Schreiben erlaube ich mir noch einige Worte nachzutragen. Graf Kielmannsegge ist nicht, wie er beabsichtigte, nach Hanover gereist, sondern wird Herrn von Lütken in Ems sehn, wo dieser noch eine Kur gebrauchen will. Instruction hat natürlich noch keiner meiner Collegen in Bezug auf die neue östr. Circulardepesche, sie können mir also nur ihre persönlichen, in der Heimath selten beachteten Ansichten geben. Graf

[4]) Vom 1. Oktober 1854. Vgl. Poschinger II S. 88, Anm. 1.

[5]) Wortlaut der in der Depesche von Drouyn de Lhuys vom 23. Juli 1854 aufgestellten 4 Punkte vgl. bei Jasmund a. a. O. I S. 336 f. Vgl. auch Sybel II 203 f.

Kielmannsegge äußerte die Hoffnung, wir würden wohl noch eine Basis finden, auf welcher wir zu einem gemeinschaftlichen Verhalten mit Östreich gelangen könnten. Auch er hat seinen Sohn im östr. Militärdienst. Die Gesandten von Oldenburg und den sächsischen Herzogthümern sprach ich gestern Abend. Beide sind ehemalige Gothaer von sehr hoher Färbung; Herr von Fritsch ist es noch zu dem Maße, daß er mir auf das Ernstlichste die Herstellung Polens als Triumph wohlverstandner preußischer Politik darstellt; beide Herrn sind decidirte Russenfeinde vom liberalen Standpunkt aus. Sie stellten mir in Aussicht, daß im Falle eines einseitigen östreichischen Antrags die ganze Bundesversammlung sich demselben anschließen werde, um einen Bruch mit Deutschland zu vermeiden; dieser werde alsdann vermieden, weil Preußen nicht umhin könne, sich demnächst zu fügen. Ganz entgegengesetzter Ansicht war der Niederländische Gesandte Herr von Scherff; er hatte sich, nachdem er die fragliche Note in der Zeitung gelesen hatte, sogleich zu Herrn von Prokesch begeben, um zu fragen, ob die Note ächt sei; demnächst hat er ihn dringend abgemahnt, auf diesem Wege vorzugehn, der nur zu einer Isolirung Östreichs führen könne; nur gemeinschaftliche Anträge beider Großmächte hätten Aussicht auf Annahme; ein einseitiger von Östreich, dem Preußen notorisch zuwider sei, könne kaum auf einzelne Stimmen zählen. Mein Mecklenburgischer College sagte mir heut, daß seine Regirungen, und zwar unter allen Umständen, sicher seien; für die übrigen, oder doch einen Theil derselben, sei es aber wünschenswerth, daß Preußen seine Entschlossenheit, nicht nachzugeben, bestimmter als bisher an den Tag legte, weil sonst manche der Bundesgenossen sich in der Berechnung an Östreich halten würden, daß Preußen später sich doch fügen und so auf diesem Wege die Spaltung werde vermieden werden; er glaubte auch nicht, daß Östreich es schließlich auf seine Isolirung oder auf den Zerfall des Bundes werde ankommen lassen, aber in Wien verstehe man es besser zu lügen, als bei uns, und sich bis auf die letzte Secunde das Ansehn unerschütterlicher Entschlossenheit zu geben.

Soeben kommt Herr von Schrenk zurück, aus Baiern, aber nicht aus München, wohin er erst morgen abgeht. Er ist sehr unzufrieden mit dem östr. Circular; es setze alle Regirungen in Verlegenheit und sei ungeschickt gefaßt, weil es die Alternative stelle, zwischen Preußen und Östreich zu wählen. Seiner Ansicht nach habe Östreich auf eine Majorität von wirklich zusagenden Erklärungen nicht zu rechnen. Baiern und Sachsen würden voraussichtlich bestimmter als die Andern ablehnen, die meisten ausweichend antworten und auf neue Versuche der Verständigung zwischen Östreich und Preußen provociren; Hanover und beide Hessen würden seiner Meinung nach am meisten zu Östreich gravitiren; außer diesen hielt er für möglich, daß Braunschweig-Nassau, die 16. Curie (Herr von Holzhausen) und die freien Städte sich geneigt zeigten, für Östreich zu stimmen. Bei den thüringischen Staaten und Oldenburg werde es darauf ankommen, daß wir unsre Wünsche an den Höfen selbst recht entschieden geltend machten. Es sei zu wünschen, daß Östreich jedenfalls an Stellung seiner Anträge verhindert werde, sonst gehe der Bund schweren Krisen entgegen; indessen glaubte er auch, daß das Ergebniß der Antworten auf die Circulardepesche seiner Totalität nach von der Art sein werde, daß Östreich keine Anträge zu stellen vorziehn werde.

Ohne hohen Werth auf diese Mittheilung der Privatansichten meiner Collegen zu legen, glaube ich doch, E. E. von denselben wenigstens Meldung machen zu sollen, und werde damit fortfahren, sobald sich Stoff bietet.

Die correcteste, dem Geiste der Bundesverträge und dem Herkommen am meisten entsprechende Haltung der kleinern Bundesstaaten würde die sein, daß sie sich bereit er-

klären, gemeinsamen Anträgen beider Großmächte zuzustimmen, einseitige und gegen die andre Großmacht gerichtete aber nur mit dem Wunsche beantworten könnten, daß neue Versuche zur Verständigung zwischen Wien und Berlin gemacht werden müßten. Herr von Schrenk glaubt, daß die bairische Antwort ungefähr in diesem Sinne ausfallen werde. Wiederholt kam er darauf zurück, daß die Wiener Expedition unter dem Druck der falschen Nachrichten über die klägliche Niederlage von Sebastopol wenn nicht entstanden, doch colorirt worden sei, und daß man vielleicht bald mit gemäßigteren Auslassungen folgen werde, wenn nicht in Kurzem wirkliche Siege der Westmächte gemeldet würden. Abgesehn von den Entschlüssen, welche die Furcht den deutschen Cabineten zu Gunsten Östreichs dictiren kann, hat das Erscheinen der Note vom 30.[1]) in der Presse allgemein einen peinlichen Eindruck, auch bei den Freunden der Östreicher gemacht. Die übereilte Gratulation nach Paris wird überall für eine Oestreichs unwürdige Schmeichelei gegen das gefürchtete Frankreich angesehn, und die Note vom 30. mit ihren Anlagen wird dahin commentirt, daß Östreich mit französischen Bajonetten seine deutschen Bundesgenossen bedroht, um ihre Stimmen und ihren Beistand zu erzwingen. Es wäre nicht zu verwundern, wenn andre Bundesstaaten der Präsidialmacht nachahmten in den Bestrebungen, unter französischem Protectorat eine Rolle in Deutschland zu spielen. Sonst warme Vertheidiger Östreichs machen doch nur schüchterne Versuche, das jetzt getriebne Spiel aus dem „Leichtsinn" des Grafen Buol und der Täuschung des Kaisers zu erklären; das hindert sie aber nicht, uns mit bedauerndem Achselzucken zur Mitannahme dieser Politik zu rathen. Für jetzt gebietet mir die Poststunde Schluß. Mit der ausgezeichnetsten Verehrung . . .

560. Vertrauliches Schreiben an Minister v. Manteuffel.

[Ausfertigung.]

17. Oktober 1854.

E. E. h. Erlaß vom 14. c. Nr. 83 mit der diesseitigen Rückantwort nach Wien vom 13. c.[1]), sowie denjenigen vom gestrigen Tage mit den Berichten der K. Gesandten in München und Dresden habe ich soeben erhalten und werde nicht verfehlen, mich im Sinne des zuerst gedachten Aktenstücks gegen meine Kollegen und demnächst in den etwaigen Ausschußberatungen auszusprechen. Bevor sich ein Urteil über die wahrscheinliche Gestaltung der Dinge in der Bundesversammlung gewinnen läßt, wird man sowohl von dem Inhalt etwaiger österreichischer Anträge, als auch von dem Wortlaut der meinen Kollegen darauf zugehenden Instruktionen Kenntnis haben müssen. Ich vermag nicht zu ermessen, ob bei dem Wiener Kabinett der Entschluß, per majora am Bunde gegen Preußen vorzugehen, so ernstlich feststeht, wie man sich den Anschein davon gibt. Ebensowenig vermag ich aus den vorliegenden Berichten unserer Gesandten in München, Dresden und Hannover schon mit Sicherheit die Überzeugung zu entnehmen, daß man der österreichischen Regierung auf das Zirkular vom 1. c. definitiv eine solche Antwort erteilen werde, welche dem Kaiserlichen Hof zur Stellung einseitiger und spaltender Anträge Vorschub leisten würde.

Die deutschen Höfe, welche wohl nicht mit Unrecht nur in der Fortdauer des jetzigen Bundesverhältnisses die Garantie ihrer politischen Existenz finden, fürchten sich mehr vor der Tatsache einer Sprengung des Bundes, als vor irgendeiner Wendung, welche eine

559. [1]) Vgl. Poschinger II S. 88 Anm. 1 und Sybel II 209.
560. [1]) Inhaltsangabe bei Poschinger II S. 93 f., Anm. 2. Vgl. auch Sybel II 209 f.

gemeinschaftliche Politik Preußens, Österreichs und Deutschlands nehmen könnte. Es läßt sich daher wohl annehmen, daß sie vor der Hand gegen beide Teile sich so aussprechen, wie es ihnen zu dem Zwecke dienlich scheint, beide zu einer gegenseitigen Annäherung geneigt zu machen. Müssen sie sich demnächst für eine Seite erklären, so wird es im Sinne ihrer Politik liegen, daß sie demjenigen beitreten, welchen sie für hartnäckiger in der Behauptung seiner Stellung halten, um mit ihm gemeinsam einen verstärkten Druck auf die Seite zu üben, von welcher sie mehr Nachgiebigkeit glauben erwarten zu können. Wenn nun nach der ganzen augenblicklichen Lage der Dinge die Stellung Österreichs mit der Aussicht auf Verbindung mit den Westmächten stärker erscheint, als die unsrige, wenn außerdem alle die oft berührten Faktoren in die Wagschale fallen, welche im Laufe der letzten Jahre bei den Mittelstaaten für Österreich und gegen Preußen wirksam waren, so kann es keinem Zweifel unterliegen, daß E. E. wiederholt ausgesprochene Voraussicht von der Unzuverlässigkeit unserer Bamberger Bundesgenossen im entscheidenden Moment sich bewahrheitet finden wird, wie ich dies auch meinerseits in früheren Berichten schon hervorgehoben habe. Ob dieser entscheidende Moment jetzt schon als eingetreten zu betrachten ist, oder ob wir noch irgendwelchen diplomatischen Beistand der deutschen Bundesstaaten zur Zügelung und Mäßigung der österreichischen Politik nutzbar machen können, das werden E. E. sicherer als in diesem Augenblick dann entscheiden können, wenn feststeht, daß Österreich wirklich in der angedrohten Weise vorgeht und die Staaten, welche bisher unsere Auffassung teilten, ihre jetzt in Aussicht gestellte Umkehr verwirklichen. Sind wir bis zu diesem Punkte gelangt, so scheint das Ergebnis prima facie allerdings als ein ungünstiges; m. A. n. aber ist der Weg, den die preußische Politik bis dahin gegangen ist, dennoch auch bei retrospectiver Prüfung der am wenigsten bedenkliche von allen, welche sich darboten, und selbst wenn es in den Entschlüssen unseres Ag. Herrn liegen sollte, der Politik der Westmächte sich mehr als bisher zu nähern, so glaube ich doch, daß es des Durchganges durch die bisherigen Phasen bedurfte, um die Gefahren einer derartigen Politik, soweit solches überhaupt möglich ist, abzuschwächen und Preußen den größtmöglichen Grad von Freiheit der Entschließung für die Zukunft zu wahren. Beschließt S. M. der König, im Verein mit dem gesamten Europa gegen Rußland aufzutreten, so möchte ich annehmen, daß unsere Fähigkeit, für Herstellung des Friedens zu wirken und auch nach diesem Frieden eine feste Stellung einzunehmen, durch den Umstand nur gekräftigt werden kann, daß wir unter allen Gegnern Rußlands der am wenigsten feindliche bleiben und auch äußerlich unsere freundschaftlichen Beziehungen zu ihm nur der übermächtigen Notwendigkeit opfern, nachdem wir auch von den letzten Bundesgenossen verlassen sind. Ich will damit keineswegs sagen, daß ich einen Anschluß an die Gegner Rußlands für das Beste hielte, was wir in diesem Augenblick tun könnten, sondern habe vorstehende Betrachtung nur an den eventuellen Fall geknüpft, daß derartige Entschlüsse unter irgendwelchen Kombinationen Sr. M. dem Könige zweckmäßig erscheinen sollten.

Ein anderweiter Vorteil des Entwicklungsganges, welchen unsere Politik bisher genommen hat, ist der, daß wir, ohne uns irgend einem begründeten Vorwurf des Mangels an Bundesfreundlichkeit auszusetzen, jeder Rücksichtnahme auf die deutschen Staaten entbunden werden, wenn sie uns im Stich lassen, nachdem wir ehrlich und besonnen mit ihnen den Weg gegangen sind, welchen sie selbst als den dem deutschen und dem eigenen Interesse entsprechenden bisher anerkannt haben. Sie verwirken damit jedes Recht auf Schonung und Berücksichtigung, welches ihnen bei einem anderen Entwicklungsgange uns gegenüber hätte zur Seite stehen können. Wenn es der Wille Sr. Majestät ist, auf jede Gefahr

hin die bisherige Neutralität beizubehalten, so könnte unsere Politik bis zum gegenwärtigen Moment der Hauptsache nach nicht wohl eine andere sein, als sie gewesen ist. Will aber unser Ag. Herr in der Überzeugung, daß die Gefahren des Anschlusses an die Westmächte für den preußischen Staat geringer seien, als die einer etwaigen Isolierung, der letzteren vorbeugen, so scheint mir, daß zu keinem früheren Zeitpunkt eine solche Politik mit mehr Schonung aller Interessen, die Preußen zu wahren hat, vereinbar war, als im gegenwärtigen Augenblick. Ich erlaube mir diese Betrachtung lediglich im Hinblick auf die Angriffe, denen die Politik der K. Regierung von seiten ihrer Gegner ausgesetzt sein wird, wenn die Bereitwilligkeit der Mittelstaaten, sich von uns abzuwenden, bekannt wird; denn in jenen Kreisen herrscht die irrtümliche Annahme, daß ein übertriebenes Vertrauen auf treuen Beistand von seiten der deutschen Höfe eine der Grundlagen unserer Politik bilde.

Es steht abzuwarten, ob Österreich, nachdem es im Besitz der verlangten Erklärungen der Bundesgenossen sein wird, seine Anträge in der Tat einseitig zur Beschlußnahme stellt, oder ob es nach der erfolgten Einschüchterung der Mittelstaaten, und allenfalls durch deren Vermittlung, erneute Versuche macht, sich mit uns zu verständigen. Geschieht ersteres, so ist der Fall denkbar, daß ungeachtet der von den diesseitigen Gesandten bisher konstatierten Dispositionen die Vota der Majorität unter sich und mit den österreichischen Anträgen doch nicht hinreichend kongruent sind, um einen Beschluß daraus unmittelbar zu ziehen. In diesem Falle würde es der übliche Geschäftsgebrauch mit sich bringen, die Abstimmung zu weiterer Vorbereitung der Beschlußnahme an den betreffenden Ausschuß zu verweisen. Diesen Fall halte ich für wahrscheinlicher, als den zweiten, daß die österreichischen Anträge in ihrer jetzigen Gestalt durch eine Majorität, und namentlich eine solche von zwei Drittel Stimmen, pure angenommen würden. Geschähe letzteres, so hätten wir die Wahl zwischen einer lediglich bundesrechtlichen Auffassung der Frage und zwischen derjenigen, welche auf dem Boden des Bündnisses vom 20. April beruht. Wollen wir einlenken, so würden wir stillschweigend die erstere akzeptieren und erklären, daß wir uns, ungeachtet abweichender Ueberzeugung von der Zweckmäßigkeit der eingeschlagenen Politik, doch der formellen Gültigkeit eines Bundesbeschlusses fügen, indem es den mächtigeren Bundesgliedern vorzugsweise gezieme, ein Beispiel gewissenhafter Beobachtung der Normen des Bundes zu geben. Wollen wir dagegen eine Sonderstellung auch äußerlich aufrecht erhalten, so können wir mit unzweifelhaftem Recht daran festhalten, daß zwischen Preußen, Österreich und dem Deutschen Bunde, als den drei Kontrahenten des Bündnisses, eine Entscheidung durch Majorität nicht stattfindet, und daß das Einverständnis zweier dieser Kontrahenten über das aktive Vorgehen des einen zur Herstellung des casus foederis nicht ausreicht, solange die Zustimmung des dritten nicht gegeben ist.

Für welche der angedeuteten Eventualitäten auch die ah. Willensmeinung entscheiden wird, so läßt sich doch hoffen, daß gerade die gegenwärtige Krisis uns die Möglichkeit bieten wird, die preußische Politik nach der einen oder der andern Seite hin unabhängiger von der Österreichs zu stellen. Ein direktes Eingehen auf die Forderungen Österreichs in der dermaligen Sachlage würde, auch wenn wir materiell mit jener Richtung der Politik uns befreunden wollten, doch immer den wesentlichen Nachteil für uns haben, daß wir nur in Form einer Reserve das Gewicht Österreichs stärken, ohne eine mit den möglichen Opfern und Gefahren unserer Rolle in Verhältnis stehende Selbständigkeit zur Benutzung der auf dem Wege einer solchen Politik sich bietenden Vorteile zu gewinnen. Das Verfahren Österreichs ist gewiß nicht von der Art, daß es uns zu bundesfreundlichen

Anstrengungen für die Separatinteressen Österreichs einladet. Sollten wir dahin gedrängt werden, dieselbe Politik wie Österreich mit allen ihren bedenklichen Konsequenzen zu akzeptieren, so können wir dies ohne Zweifel vorteilhafter und würdiger neben Österreich und mit derselben ungebundenen Rücksichtslosigkeit auf letzteres ins Werk setzen, mit welcher das Wiener Kabinett uns gegenüber verfährt. Die bisherige Form der Garantie der österreichischen Besitzungen ist, m. E., nur anwendbar, solange Hoffnung vorhanden war, Österreich in den Bahnen der Mäßigung und bundesfreundlichen Gesinnung zu erhalten; sie erscheint aber kaum mehr möglich, nachdem Österreich so unzweideutige und offizielle Beweise gegeben hat, daß es die ehrenvolle Stellung eines Disponenten über die gemeinsamen Kräfte ohne Scheu und ohne Dank gegen seine Bundesgenossen selbst zu mißbrauchen entschlossen ist.

Wenn die Mittelstaaten schon jetzt ihren Übergang in das österreichische Lager vollziehen, so wird das Bewußtsein, bei uns das Vertrauen verloren zu haben, Österreich bald wieder in die frühere Disposition über ihre Stimmen einsetzen und dem Präsidium eine Majorität geben, welche uns die Notwendigkeit auferlegt, unsere Politik auch in dem Falle, daß sie mit der österreichischen parallel ginge, von dem Einfluß des Bundesorganes zu emanzipieren.

Gelegentlich bemerke ich noch g., daß der K. dänische Gesandte gestern eine längere Unterredung mit mir herbeiführte, deren Inhalt hauptsächlich war, daß Dänemark dem Andringen der Westmächte erst dann nachgeben werde, wenn Preußen ein Gleiches täte; er berührte dabei wiederholt den Gedanken eines solidarischen Bündnisses zur Erhaltung der Neutralität zwischen Preußen und den nordischen Staaten und war der Meinung, daß, sobald der Kern einer solchen Allianz gegeben sei, vielleicht auch andere Staaten zweiten Ranges in und außer Deutschland sich derselben gelegentlich anschließen würden. Er vindizierte indessen dieser Andeutung den Charakter einer persönlichen und außeramtlichen. Genehmigen ꝛc.

*561. Bericht an König Friedrich Wilhelm IV.

[Ausfertigung.]

20. Oktober 1854.

. . . . In betreff der orientalischen Frage scheint es, daß Österreich zu der in der Note vom 30. v. M. beabsichtigten Stellung einseitiger Anträge nicht schreiten werde. Freiherr v. Prokesch hat sich gegen einige meiner Kollegen in diesem Sinne geäußert, und es läßt sich um so mehr annehmen, daß er die Wahrheit gesagt hat, als sonst derartige Äußerungen nachteilig auf den Erfolg zurückwirken würden, welchen die Bemühungen Österreichs an den deutschen Höfen nach dieser Richtung hin haben könnten. Auch in der von Österreich inspirierten Presse wird angeführt, daß die Kais. Regierung die beabsichtigten Anträge aufgeben werde, weil die Zustimmung der Mittelstaaten nicht zu erwarten stehe. Ich glaube zwar auch, daß ein allgemeiner und unbedingter Beitritt zu den österreichischen Anträgen nicht erfolgen würde. Mit Rücksicht auf die Symptome schwankender Nachgiebigkeit, welche sich an mehreren deutschen Höfen zeigten, macht indessen eine so schnelle Verzichtleistung auf Durchführung des österreichischen Programms vom 30. September hier den Eindruck, als ob das Wiener Kabinett mit einer gewissen Bereitwilligkeit zu konstatieren suche, daß die Zurückhaltung der deutschen Regierungen dasselbe an Ausführung seiner Absichten verhindere.

562. Privatschreiben an Minister v. Manteuffel.

[Eigenhändig.]

20. Oktober 1854.

E. E. bitte ich zuvörderst um Entschuldigung wegen meiner unlesbar chiffrirten Depesche von vorgestern; ich kam erst gestern dazu, die Expedition zu revidiren, und überzeugte mich auf der Stelle, daß Zietelmann diese ihm ungewohnte Arbeit mit mehr Selbstvertrauen als Sachkenntniß übernommen hatte, und der alte Kelchner, der die zweite Hälfte dictirt hat, entweder undeutlich gesprochen oder schlecht gesehn hat. Ich habe beide hinreichend ausgescholten und werde künftig Aehnliches zu verhüten suchen. Der Inhalt der Depesche war, daß die Gesandten von Sachsen und Hanover bei Weitem nicht in dem Maße östreichisch instruirt sind, als die letzten Berichte unsrer dortigen Agenten befürchten ließen. Beide Instructionen gehn ungefähr dahin, daß man Östreichs *Gebiet* schützen will, Östreich aber keinen Anspruch auf Schutz seiner Stellung in den Fürstenthümern hat; die sächsische Anschauung will überhaupt, daß Östreich von Neuem die Verständigung mit Preußen suche, und Hanover wünscht, daß in den Ausschüssen die 4[1]) oder 2 Punkte detaillirter ausgearbeitet werden, um sie in mehr erkennbarer Weise für die deutschen Interessen nutzbar zu machen. Darin ist die Hanöversche Auffassung der badischen verwandt, welche ihrerseits bei meinen Collegen von Baiern und Würtemberg lebhaften Anklang findet. Von Stuttgart aus hat man bisher die Sächsischen Ansichten dem Herrn von Reinhart als Richtschnur abschriftlich mitgetheilt, aber noch nicht das neuste Memoir, welches Herr von Beust an Graf Kuefstein gegeben hat und von dem mir Herr von Nostitz sagt, daß es Östreich zur Stellung einseitiger Anträge *nicht* einladen werde. Herr von Schrenk ist auch auf seiner letzten Reise nicht bis München gegangen; er hat noch keine neuere Mittheilung von dort und sagt mir, daß er nach seinen bisherigen Instructionen *gegen* die östr. Anträge aus dem Circular vom 1. Oct. stimmen müsse, wenn sie jetzt eingebracht würden. Es scheint aber, daß Östreich sie nicht einbringen werde und daß es mit einem gewissen Empressement Act davon genommen hat, daß die Stimmung der deutschen Höfe keine rückhaltlose Annahme per majora erwarten lasse. Die offiziöse Presse schreibt in diesem Sinne; und von einem Artikel im Nürnb[erger] Corr[espondenten], der bestimmt sagt, Östreich werde keine Anträge stellen, weiß ich, daß er durch Vermittlung eines Herrn Ursprung direct aus dem Bundespalais gekommen ist. Auch gegen Herrn von Nostitz, seinen besondern Vertrauten, hat sich Herr von Prokesch in dem Sinne ausgelassen. Er würde aber durch solche Aeußerungen das Schicksal der Anträge compromittiren, wenn ihre Stellung noch in der Absicht läge; denn nur die Ansicht, daß Östreich entschlossen durchgreift, ohne uns nachzugeben, kann die Bamberger bewegen, den Anträgen ihre Zustimmung zu versprechen. Bei meinen Collegen befestigt sich die Meinung, die Herr von Tallenay mir gestern mit den Worten ausdrückte: La note du 30 a été redigée sous le régime du Canard, und in der That hatte der Tatarenschwindel zur Zeit des Abganges der Note seine Culmination. Von Paris aus ist unter dem 13. eine Circulardepesche an die Höfe zweiten Ranges in Deutschland ergangen, welche ihnen empfiehlt, den beiden östr. Anträgen der Note vom 1. Oct.[2]) rückhaltlos zuzustimmen. Die Depesche enthält zwar bedenkliche Andeutungen über die Gefahren, denen sich die Staaten bei einer Spaltung in Deutschland aussetzten, und die nur

[1]) Poschinger hat irrig: ein.
[2]) Schutz der Truppen in den Fürstentümern und Annahme der 4 Punkte.

durch Anschluß an Östreich verhütet werden können; der Krieg werde sonst verlängert und Deutschland sein Schauplatz. Aber der Ton des Actenstückes ist gemäßigt und höflich, und es giebt namentlich zu, daß es für Preußen nach geographischer Lage und Familienverbindungen allerdings schwerer sei, sich zu activer Bethätigung der auch in Berlin vorhandenen Rechtsansicht zu entschließen. Frankreich hat hier außer Herrn von Tallenay noch einen vertrauten Agenten, Herrn Tillos, der eigentlich zur Gesandschaft in der Schweiz gehört, Deutschland aber durch langen Aufenthalt kennt. Beide Herrn sprechen mir über die Absichten ihres Souverains in Betreff seiner Beziehungen zu Preußen stets in einem Sinne, der dem Kriegsgeschrei der Pariser Blätter ganz entgegensteht; sie sagen, der Kaiser hätte trop d'affaires sur le dos, pour s'en créer une nouvelle avec la Prusse; ein Krieg mit Preußen wäre ernsthafter als jeder andre außer mit England; er werde in seinem Verlauf, trotz aller englischen Bosheit gegen Preußen, zur Störung des englisch-französischen Bündnisses führen und schließlich, wenn Frankreich siegte und die Rheinprovinz gewänne, bald eine europäische Coalition nach sich ziehn, um sie ihm wieder abzunehmen. Es scheint, als ob der französische Ehrgeiz sich mehr auf die maritime Entwicklung im Mittelmeer richte; Erwerb italiänischer Häfen, die für französische Landtruppen erreichbar sind. Civita-vecchia befestigen sie sehr stark, und jedem Franzosen leuchten die Augen, wenn er davon spricht, wie sie ihre Marine unter dem régime des englischen Bündnisses gehoben hätten.

Der auffällige Besuch des Herrn von Prokesch beim Erzherzog Stephan[3]) wird hier mit dem Gespenst der Herstellung Polens in Verbindung gebracht, welches in den französischen und deutschen Blättern spukt. Ich habe schon früher erwähnt[4]), daß Östreich wohl der Mann ist, zu dem man sich der That versehn kann, und daß es vielleicht gern Dacien für Galizien nimmt.

Unser Circular vom 13.[5]) hat hier allgemeinen Beifall wegen seiner geschickten Fassung; es vermeidet eine dem Tone Östreichs vom 30. gegenüber unthunliche Nachgiebigkeit und läßt doch Östreich die Thüre offen, so daß es (Östreich) die Hoffnungen der Bundesgenossen täuscht, wenn es diese Thür nicht benutzt.

Meinen Collegen gegenüber habe ich in der letzten Zeit privatim etwa folgende Sprache geführt: Preußen hat die Friedenspolitik, welche alle deutschen Cabinette als richtig erkannten, ohne Ehrgeiz und mit Hingebung für Deutschland geführt, indem es sich der Feindschaft des halben Europa exponirte; es kann dieß ferner nur, wenn Deutschland fest bleibt; sieht Östreich, daß ihm niemand oder nur wenige folgen würden, so trennt es sich nicht von Deutschland, und letztres bliebe, wenn fest und einig, auch ohne Östreich stark genug zu einer unabhängigen Politik; lassen aber die übrigen Bundesstaaten Preußen im Stich, lassen sie es zweifelhaft, ob sie uns die Bundesverträge bei einem französischen Angriff ehrlich halten würden, dann ist Preußen allein nicht stark genug, Europa zu trotzen, und muß auf seine Sicherheit denken, indem es Partei nimmt. Sich mit einem plötzlichen Überfall Östreichs an Rußland anzuschließen, lassen weder die Gesinnungen Sr. Majestät noch die Bundesverträge zu; es bleibt uns also dann nur übrig, uns entweder in Folge eines oder schon vor einem westmächtlichen Bundesbeschluß den Gegnern Rußlands anzuschließen. Eine solche Schwenkung würde wiederum nur dann das Vertrauen der West-

[3]) Der Erzherzog Stephan lebte auf der ihm gehörigen Schaumburg an der Lahn. Über ihn vgl. Schlitter in der Allg. Deutschen Biographie, Band 36 S. 71 ff.
[4]) Vgl. S. 500.
[5]) Vgl. Jasmund a. a. O. Nr. 262.

mächte haben können, wenn sie mit einem Cabinetswechsel im liberalen Sinne verbunden wäre. Dann aber würden wir mit dem Westwinde der öffentlichen Meinung sehr rasch und weit an Östreich vorbeisegeln und dieses sich vergebens bemühn, uns zu halten. Jeder meiner Collegen, dem ich dies als die muthmaßliche Entwicklung preußischer Politik mit dem Tone eines Unbetheiligten und Unerfreuten vortrug, wurde sehr aufgeregt und beunruhigt davon. Sie fürchten eine solche Eventualität mehr als die Cholera und geben zu, daß durch eine solche Wendung Östreich sofort distancirt und in der deutschen Hegemoniefrage zur Defensive gezwungen sein würde. Auch die Franzosen fürchten eine solche Wendung der Dinge, und Herr Tillos versichert mich wiederholt, daß auch das jetzige Ministerium, wenn es sich Frankreich näherte, auf das Vertrauen des Pariser Cabinetes rechnen könne. Nur England würde die Wiederbelebung des Liberalismus in Preußen nicht ungern sehn. Als Schreckmittel habe ich die Perspective auf ein liberales Cabinet in Berlin hier sehr probat gefunden, und möchte sie sich auch in der Presse, wenn im Tone der Befürchtung und Hoffnung der Parteien, nicht in dem der Drohung vorgebracht, bewähren.

In Darmstadt ist man Östreicher à toute épreuve, wenigstens die Herrn von Dalwigk und von Münch. Mit der aufrichtigsten Verehrung verharre ich . . .

563. Bericht vom 21. Oktober 1854 an König Friedrich Wilhelm IV., betr. die Stellung Österreichs in der orientalischen Frage. — Vgl. Poschinger II Nr. 54.

564. Privatschreiben an Minister v. Manteuffel.

[Eigenhändig.]

22. Oktober 1854.

E. E. erlaube ich mir auf das geehrte vertrauliche Schreiben vom 27. v. M., die Gouvernements-Wohnung in Mainz betreffend, nach eingezogenen Erkundigungen Folgendes g. g. zu erwidern.

Es ist meiner Überzeugung nach nicht zu erwarten, daß von Darmstadt, auch wenn diesseits eine indirecte Anregung erfolgte, Sr. K. H. dem Prinzen von Preußen eine Wohnung würde angeboten werden.[1]) Selbst wenn wir direct darum nachsuchten, würde man plausible Vorwände finden, es abzulehnen. Diese Ansicht wird auch von J. K. H. der Frau Prinzessin Carl getheilt, sowie von andern mit den Ansichten Sr. K. H. des Großherzogs vertrauten Personen.

Als der Hochselige Prinz Wilhelm Gouverneur von Mainz war,[2]) ist schon nicht ohne Schwierigkeit erlangt worden, daß der Großherzog[3]) „Ihrem Durchlauchtigsten Herrn Neffen“ aus besondrer verwandschaftlicher Rücksicht zeitweise einen Theil des Großherzogl. Palais zur Disposition stellte. Im Sommer 1826 scheinen zwischen beiden Theilen Mißverständnisse darüber obgewaltet zu haben, daß der Prinz eine Einladung des

[1]) Der Prinz von Preußen wurde am 29. Oktober 1854 an Stelle des Erzherzogs Albrecht von Österreich zum Gouverneur der Bundesfestung Mainz ernannt; als Vizegouverneur wurde ihm Generalleutnant von Thümen beigegeben.

[2]) Prinz Wilhelm von Preußen war dreimal, 1824—1829, 1834—1839 und 1844—1849, Gouverneur von Mainz.

[3]) Ludwig II.

Großherzogs aus dem Vorjahre als für die Dauer der Gouvernements-Periode gemeint angesehn hat. Ein bei den Acten befindliches Schreiben des damaligen Hessischen Oberhofmarschalls von Perglas spricht sich darüber aus, wie unerwartet die Anmeldung des Prinzen gewesen sei, und wie er dringend bitten müsse, zuvor zu vermitteln, daß ihm von seinem Herren der Befehl zur Übergabe des Palais zukomme. Eine persönliche Correspondenz zwischen beiden hohen Herren scheint demnächst die Sache nach den Wünschen des Prinzen geordnet zu haben.

Gegenwärtig dient ein Theil des Palais und seiner Dependenzien als Aufstellungslokal für verschiedne naturhistorische und Kunst-Sammlungen; der Rest wurde im vorigen Jahre für die Darmstädter Herrschaften selbst neu eingerichtet und gleich darauf durch ein Feuer wieder sehr beschädigt.

S. K. H. der Erzherzog Albrecht hat eine Wohnung in Großherzogl. Gebäuden niemals gehabt, und die Auffassungen Sr. K. H. des jetzt regirenden Großherzogs, welche besonders in Betreff der Bundesfestung mit lebhaften Besorgnissen vor jedem Schein einer Schmälerung der Souveränetät gepaart sind, stehn grade einem Etablissement Sr. K. H. des Prinzen von Preußen in Mainz entschieden abwehrend entgegen. Mir ist gesagt worden, daß schon die Residenz Sr. K. Hoheit in Coblentz vom Großherzoge als eine Wolke am Horizonte der Unabhängigkeit der benachbarten Fürsten angesehn werde, und daß die gelegentlichen Anwesenheiten des Prinzen in Frankfurt von den Agenten unsrer Gegner zu böswilligen Interpretationen benutzt werden, welche bei sorgenvollen „Souveränen“ ein leichtgläubiges Ohr finden.

Meine Sondirungen in dieser Beziehung sind nur durch Canäle erfolgt, wo ich vor Indiscretion sicher zu sein glaube; denn der Sache auf directere Weise näher zu treten, schien mir nicht thunlich, da wir bei der jetzigen Lage der gegenseitigen Beziehungen nicht wohl eine ähnliche Gefälligkeit von dem Großherzogl. Hofe verlangen können, wie zur Zeit des Hochseligen Prinzen Wilhelm. Nach den öffentlichen Blättern scheint es fast, als ob die Übernahme des Gouvernements durch S. K. H. den Prinzen in Person erfolgen werde, während man hier bisher annahm, daß dieß nur in dem Falle geschehn würde, wenn die Übergabe durch den Erzherzog Albrecht vollzogen würde. Da hierbei aber von östreichischer Seite nur der Vice-Gouverneur figuriren wird, so hatte ich geglaubt, der Prinz werde erst nach Mainz kommen, nachdem Herr von Thümen die Festung vom Feldmarschall-Lieutenant Mertens übernommen hätte.

In der heutigen Kreuzzeitung steht ein aus dem Hamb[urger] Corr[espondenten] übernommner Artikel, in welchem in Gefolge der hiesigen Feier des 15. Oct. Heckerlieder[4]), Barrikadenhelden und Verhaftungen figuriren; der Correspondent ist muthmaßlich der hiesige, im Dienst des Herrn von Prokesch stehende Litterat Hehner; die Angabe ist ganz aus der Luft gegriffen; ich habe auf der Polizei nachfragen lassen; es ist garnichts dem Ähnliches vorgekommen, auch nicht einmal der Stoff zu einem Gerücht. Eine mäßige Prügelei unsrer Schlesier mit betrunknen Baiern war das einzige hors d'oeuvre der Feier. In der aufrichtigsten Verehrung verharre ich . . .

565. Bericht vom 24. Oktober 1854 an Minister v. Manteuffel, betr. die österreichische Besetzung der Donaufürstentümer. — Vgl. Poschinger II Nr. 55.

[4]) Poschinger druckt wieder, wie schon früher einmal (vgl. S. 11): „Henker“ statt „Hecker“.

566. Bericht vom 24. Oktober 1854 an Minister v. Manteuffel, betr. den Vorschlag Badens zu einer Verständigung in der orientalischen Frage. — Vgl. Poschinger II Nr. 56.

567. Bericht vom 7. November 1854 an Minister v. Manteuffel, betr. die Liquidation der Kosten für die militärischen Leistungen einzelner Bundesregierungen in den Jahren 1848 und 1849. — Vgl. Poschinger II Nr. 57.

568. Bericht vom 11. November 1854 an Minister v. Manteuffel, betr. die Pensionsangelegenheit der dem Herzogtum Holstein angehörigen Offiziere der ehemaligen schleswig-holsteinschen Armee. — Vgl. Poschinger II Nr. 58.

569. Privatschreiben an Minister v. Manteuffel.

[Eigenhändig.]

27. November 1854.

E. E. sage ich meinen g. Dank für die gen. telegraphische Benachrichtigung in Betreff des Abschlusses in Wien.[1])

Die Frage wegen der formellen Behandlung der Sache am Bunde scheint mir nicht ganz leicht zu beantworten. Der Bund schließt Bündnisse durch Majoritäts-Entscheidungen, darüber ist kein Zweifel; aber dieser Satz kann nicht so weit ausgedehnt werden, daß man den Inhalt des Beschlusses als gleichgültig betrachtet und die Minorität für verpflichtet erklärt, sich jedem Mehrheitsbeschluß zu unterwerfen, sobald er in die Form der Schließung eines Bündnisses gekleidet wird. Für das Erforderniß einer Majorität von ⅔ spricht die eventuelle Kriegserklärung, welche in dem Beschluß liegt, indem der Eintritt des Krieges von Ereignissen abhängig gemacht wird, deren Verhinderung oder Herbeiführung außerhalb der Macht des Bundes liegt. Am meisten, wie mich dünkt, läßt sich bundesrechtlich für die Ansicht beibringen, daß Stimmeneinhelligkeit erforderlich ist, um den Bund eine Verpflichtung eingehn zu lassen, welche in den Bundesverträgen gar nicht vorgesehn ist, nämlich die einer Garantie von unbestimmter Dauer für die militärische Stellung von fremden (nicht Bundes-) Truppen in einem mit dem Bunde in keiner Beziehung stehenden Lande.

Von eingreifender materieller Wichtigkeit dürfte die Entscheidung dieser bundesrechtlichen Frage grade für Preußen kaum sein, da wir die Bürgschaft gegen unwillkommne Mehrheitsbeschlüsse, welche von den kleinern und Mittelstaaten nur in der Plenarform des Beschlusses gefunden werden kann, in unsrer Stellung als einer der 3 Hauptcontrahenten des Bündnisses und Zusatzartikels besitzen. Es ist natürlich, daß Östreich, so bald

[1]) Am 26. November 1854 war in Wien von den Vertretern Preußens und Österreichs ein Zusatzartikel zu dem Vertrage vom 20. April unterzeichnet worden. Danach betrachteten Preußen und Österreich die vier Punkte als geeignete Grundlage zu Friedensverhandlungen, denen Geltung zu verschaffen sie angelegentlich bemüht sein wollten. Preußen übernahm die Verpflichtung der Abwehr für den Fall eines Angriffs auf die Österreicher in den Donaufürstentümern. In dem Telegramm Manteuffels, auf das Bismarck in seinem Schreiben Bezug nimmt, teilte der Minister mit, der Zusatzartikel werde demnächst der Bundesversammlung vorzulegen und nach der Annahme dem Ausschuß zu übergeben sein, dessen Bericht möglichst kurz sein, Differenzen und Details zu vermeiden und die Anträge, wie Preußen sie mit Österreich vereinbart, zu formieren haben werde.

es glaubt, im Besitze der Disposition über mehr als 8 Stimmen zu sein, geneigt sein wird, Majoritätsbeschlüsse des Bundes als ausreichend für die Interpretation und Fortbildung des Bündnisses anzusehn und zu behandeln. Die Wiener Presse räsonnirt wenigstens in diesem Sinne. Es ist aber keines Beweises bedürftig, daß innerhalb dieses Bündnisses zu Dreien keine Majorisirung des Einen durch die beiden andern stattfindet, und daß ein Bundesbeschluß, um auf die Entwicklung des Bündnisses von Einfluß sein zu können, des Beitrittes Preußens ebensowohl als Östreichs in ihrer Eigenschaft als selbständiger Contrahenten bedarf. Auch bei dem neuen Zusatzartikel hat daher die Competenzfrage der Majorität für uns nur ein untergeordnetes Interesse, wenn nur die Form festgehalten wird, daß der Bund lediglich als dritter Contrahent einem zwischen Preußen und Östreich geschlossenen Vertrage beitritt, so daß letztrer das Object eines dreiseitigen Geschäftes, nicht aber eines Bundesschlusses allein bleibt.

Um nicht am Widerspruch Einzelner möglicher Weise zu scheitern, würde ich es daher für gerathen halten, das Erforderniß der Einstimmigkeit nicht hervorzuheben, an dem von ⅔ Stimmen aber festzuhalten, um die Chancen zu vermindern, daß bei etwaigen künftigen Differenzen ein competenter Majoritätsbeschluß gegen uns ins Gewicht falle.

Herr von Prokesch betreibt seit einiger Zeit die Militär-Liquidationssache[2]) mit verdächtigem Eifer, welcher wohl nicht bloß aus Vorliebe für prompten Geschäftsgang entspringt. In vertrautem Gespräch hat er geäußert, man müsse, wenn auch ein materielles Resultat jetzt nicht erzielt werde, bei dieser Gelegenheit doch wenigsten[s] Grundsätze und Präcedenzen für die Zukunft gewinnen. Aus seinen Bestrebungen in dieser Beziehung sieht der Pferdefuß einer Heranziehung des Bundes zur Mitleidenschaft bei den jetzigen Rüstungskosten Östreichs unverkennbar hervor. Zur Eröffnung der Kammern werde ich unter diesen Umständen wohl nicht erscheinen können. Mit der Bitte mich der gnädigen Frau angelegentlichst zu empfehlen . . .

570. Privatschreiben an Minister v. Manteuffel.

[Eigenhändig.]

29. November 1854.

E. E. habe ich mich schon gestern telegraphisch zu melden beehrt, daß eine sofortige Annahme des Zusatzartikels in der Sitzung morgen kaum, oder doch nur mit erheblichem Stimmenverlust zu erwarten steht. Baiern hat zwar seitdem die Autorisation, sogleich zuzustimmen, geschickt, wenn auch in etwas unklarer Fassung; Sachsen, Hanover, Würtemberg aber noch nicht. Kurhessen, Darmstadt und Nassau würden, auf Grund der persönlichen Hingebung ihrer Vertreter für Östreich, wohl zustimmen, ebenso die 16. und 17. Curie; im Ganzen aber ist auch bei ihnen der Wunsch vorherrschend, der Würde des Bundes und dem Decorum insoweit Rechnung zu tragen, daß wenigstens die Schlußformulirung über den Beitritt zum Zusatzartikel durch den Ausschuß erfolge. Ich würde es ebenfalls lieber sehn, weil sonst Herr von Prokesch ohne Zweifel eine vorher bereit gehaltene Redaction aus der Tasche zieht und durch Überraschung zur Annahme bringt, in welcher zwischen den Blumen der Phraseologie über Deutschlands Einmüthigkeit die Schlange der zukünftigen östreichischen Kostenliquidation geschickt verborgen ist.

[2]) Vgl. Nr. 567.

Er suchte schon im Antrage Haken anzubringen, an welche sich künftig anknüpfen ließe, und die vielfache Betonung der „deutschen Interessen", welche Östreichs Rüstung schützt, in Verbindung mit dem erneuten Eifer, welcher der ältern Liquidationsfrage vom Präsidium gewidmet wird, hat nach meiner und vieler meiner Collegen Ansicht nur den Zweck, dem Bunde demnächst die Mitleidenschaft an den Kosten der östr. Aufstellung anzusinnen. Einige Bürgschaft für die Aufrichtigkeit der jüngsten Haltung des Wiener Cabinetes finde ich in dem Umstande, daß die offizielle westmächtliche Färbung der persönlichen Gefühle meines östr. Collegen seit gestern einen Anflug von russisch-grün erhalten hat und er mir heut seine unverhohlene Genugthuung über die mißliche Lage der Verbündeten in der Krim lachend und händereibend aussprach.

Sir A. Malet ist heut von England zurückgekehrt. Er hat mehre höhere Offiziere gesprochen, welche der Schlacht am 5.[1]) beigewohnt haben. Sie erklären den übermäßigen Menschenverlust der Russen dadurch, daß 3 Regimenter in einer Schlucht (ravine) auf dem Rückzuge sich gestopft und die Truppen der Alliirten in diesen dichten Menschenknäul „à bout portant" mit Kartätschen, Vollkugeln, Musketen eine Stunde lang hineingefeuert und mit Bayonnett und Kolben die sich drängenden und alle Vertheidigung aufgebenden Russen getödtet haben. „Les ravins étaient remplis à rouge-bord d'un hachis hideux de chair humaine, et le massacre a duré jusqu'a ce que les cadavres entassés servaient de rempart aux survivans." Nach der Meinung jener Herrn hätte nur die ungeschickte Führung der Russen das alliirte Heer vor vollständiger Niederlage gerettet, und wenn jene ihre Angriffe an den folgenden Tagen auch nur schwach erneuert hätten, so wäre die Lage der Verbündeten sehr kritisch geworden. Man hofft mit Benutzung englischer Dampfschiffe 44 000 (?) Mann Franzosen in nächster Zeit nach der Krim zu befördern. Einstweilen aber verhehlen die beiden westmächtlichen Gesandten nicht, daß man bei ihnen in der größten Besorgniß über das Geschick ihrer Armeen ist, auch für den Fall, daß Sebastopol genommen würde. Sir Alexander vernahm meine Mittheilungen über die Wahrscheinlichkeit einer Unterhandlung auf Grund der 4 Puncte mit Befriedigung und schien nicht zu glauben, daß man in England taub gegen friedliche Versuche sein werde. Herr von Tallenay sprach sogar die lebhafte Hoffnung aus, den Fürsten Gortschakoff bald an der Wiener Conferenz theilnehmen zu sehn. Viel mitzureden haben beide Herrn nicht in ihrer Heimath, aber ihre friedliebenden Äußerungen bilden doch Symptome der Stimmung in Paris und London. Mit ausgezeichneter Verehrung verharre ich . . .

571. Bericht vom 1. Dezember 1854 an König Friedrich Wilhelm IV., betr. die Vorlage des Zusatzartikels zu dem Aprilbündnisse, die Pensionssache des Generals v. d. Horst und einen Präsidialübergriff Prokeschs. — Vgl. Poschinger II Nr. 62 und 61.

572. Bericht vom 2. Dezember 1854 an Minister v. Manteuffel, betr. den Zusatzartikel zu dem Aprilbündnisse. — Vgl. Poschinger II Nr. 63.

[1]) Schlacht von Inkjermann.

*573. Schreiben an Minister v. Manteuffel.

[Eigenhändig.]

3. Dezember 1854.

E. E. beehre ich mich in Verfolg meines gestrigen g. Berichtes anliegend eine Abschrift des von Herrn von Schrenk entworfenen Vortrages in der orientalischen Angelegenheit zu überreichen. Stylistisch ist die Abschrift der Eile wegen stellenweis verkürzt gegen das Original. Einige Stellen, an welchen die Gefahr des gesammten Deutschlands, die Vertheidigung deutscher Interessen in den Fürstenthümern, die Nothwendigkeit der Östreich versprochenen Hülfe und dergl. zu stark hervortraten, hat Herr von Schrenk auf meinen Wunsch geändert, bevor er seine Arbeit Herrn von Prokesch übergab. So vollständig, als ich wünschte, ist mir aber diese Purification nicht gelungen, weil die Vorliebe des Verfassers für seine Arbeit mit meinen Kürzungs-Versuchen in Widerspruch trat.

Herr von Prokesch hat den Vortrag, so wie er hier vorliegt, bereits vollzogen; da aber nach unserer gestrigen Abrede die Unterschrift erst nach der Circulation, in der Ausschußsitzung am Dienstag Morgen, stattfinden soll, so circulirt der Vortrag bei den Übrigen einstweilen nur pro informatione, und würde ich, wenn E. E. die eine oder andre Abänderung für dringlich halten, eine mir bis Dienstag früh zugehende Weisung noch zur Verhandlung bringen können. Dienstag Mittag soll der Vortrag zum Druck gehn. Mit ausgezeichneter Verehrung . . .

574. Privatschreiben an Minister v. Manteuffel.

[Eigenhändig.]

4. Dezember 1854.

E. E. habe ich schon durch den Telegraphen die g. Anzeige gemacht, daß ich die gen. Mittheilung in Betreff der von Östreich am 2. c. geschlossenen Convention erhalten habe[1]), und daß meinem bairischen Collegen eine auf denselben Gegenstand bezügliche telegraphische Weisung zugegangen. Dieselbe ist mit Rücksicht darauf stylisirt, daß Herr von Schrenk keinen Chiffre hat. Sie bezeichnet den Abschluß jener Convention nur durch den allgemeinen Ausdruck eines „eigenthümlichen Zwischenfalls", von welchem Herr von der Pfordten vermuthet, daß er Preußen vermögen werde, die Abstimmung, welche der Vorlage vom letzten Donnerstag zu folgen hat, aufzuschieben, zu modifiziren oder abzulehnen. Für jeden dieser Fälle wird Herr von Schrenk angewiesen, das Verhalten Preußens nachdrücklich zu unterstützen, namentlich nöthigenfalls Alles aufzubieten, um Aufschub und Frist zur Instructionseinholung zu gewinnen. Wenn aber von Preußen nichts weiter geschieht, sondern einfach bei dem Antrag vom 30. Nov. verblieben wird, so soll auch Herr von Schrenk sich auf Abgabe des schon früher ihm vorgeschriebnen zustimmenden Votums beschränken.

Wenn, wie ich [nach] E. E. gestriger Weisung annehme, der Vorgang vom 2. c. in dem diesseitigen Verhalten für jetzt nichts ändert, so wäre es m. u. A. nach besser, die Abstimmung nicht aufzuschieben, sondern sie in der Zeit vorzunehmen, wo wir die neue Wiener Convention amtlich noch ignoriren. Denn erfolgt sie später und doch unverändert,

[1]) Wortlaut der Konvention: Protokolle des Bundestags 1855, S. 773.

so hat es nur um so mehr das Ansehn, als erfolgte der Bundesbeschluß mit Kenntniß und Billigung dessen, was am 2. c. in Wien verhandelt ist.

Es ist aber möglich, daß Herr von Prokesch in der nächsten Sitzung, vor der Abstimmung über die Ausschußanträge, der Bundesversammlung Mittheilung von der Convention mit den Westmächten macht. In diesem Falle läßt sich erwarten, daß von einigen meiner Collegen auf Instructionseinholung über den Vortrag der Ausschüsse angetragen wird, ein Antrag, der sich nach der Geschäftsordnung und dem Herkommen nicht wohl ablehnen läßt. Ich würde mich, wenn E. E. nichts Andres bestimmen, nach einer solchen Mittheilung Östreichs darauf beschränken, zu erklären, daß ich sie zur Kenntnis meiner Regirung bringen würde, um dadurch oder in ähnlicher Art zu Protokoll zu constatiren, daß keine Art nexus zwischen unserm Bundesbeschluß und der neuen Convention Östreichs mit den Westmächten besteht.

Nach dem, was ich bisher von dieser Convention durch E. E. Güte kenne, scheint es kaum, daß sie wesentliche neue Verbindlichkeiten stipulirt. Ein Bündniß Östreichs mit den Westmächten in dem Fall, daß Östreich mit Rußland in Krieg geräth, ist nichts Unerwartetes. Verdächtig ist die Sache aber doch in hohem Grade, besonders in Verbindung mit der ununterbrochnen Fortdauer der Rüstungen in Östreich. Letztres hat sich nun für den Fall, daß seine Truppen von russischen angegriffen werden, den Beistand Europas sicher gestellt, und es fehlt ihm nur ein plausibler Conflict; führt es den herbei, so ist das erstrebte Ziel der Wiener Politik erreicht, nämlich die Coalition Englands, Frankreichs und Östreichs von der Art, daß Östreich nicht nur seine Rückendeckung durch Deutschland mit hineinbringt, sondern durch diese und Namens ihrer zugleich das stärkste und wichtigste Glied der Coalition ist. Ich fürchte, daß Östreich nunmehr entschlossen sein wird, jede Erklärung Rußlands über die 4 Punkte ungenügend zu finden, und sein heimlicher einseitiger Abschluß mit den Westmächten zeigt, daß es sich hinreichend gesichert fühlt, um sein Verhalten von der Billigung seiner deutschen Bundesgenossen nicht mehr abhängig zu machen. Deshalb beunruhigt mich die Convention vom 2. als Symptom dessen, was wir von Wien zu erwarten haben, wenn auch ihr materieller Inhalt wirklich unverfänglich sein sollte. Die Post nöthigt mich zum Schluß, sonst möchte ich noch Bogen mit meinem Mißtrauen gegen das dermalige Östreich füllen. Mit der ausgezeichnetsten Verehrung verharre ich . . .

575. Vertraulicher Bericht vom 5. Dezember 1854 an Minister v. Manteuffel, betr. die Wiener Konvention vom 2. Dezember 1854. — Vgl. Poschinger II Nr. 65. Die S. 114 Zeile 18 v. u. erwähnte Quelle führt nach B.s Angabe auf die Kronprinzessin von Württemberg zurück.

*576. Schreiben an Minister v. Manteuffel.

[Ausfertigung.]

7. Dezember 1854.

E. E. telegraphische Weisung von 11¾ Uhr habe ich heute erhalten, aber erst nach 1 Uhr, während ich mich in einer Sitzung des orientalischen Ausschusses befand. Diese letztere hatte Herr v. Prokesch unerwartet zusammenberufen, obschon ihm bekannt war, daß ich noch ebensowenig als gestern in dem Falle war, zu dem Abschluß des Berichtes

die Hand bieten zu können. Als Motiv hatte er Herrn v. Schrenck und mir angegeben, „um doch nicht ganz müßig zu sein“. Er begann die Sitzung damit, daß er beantragte, der Ausschuß möge seinen Bericht nunmehr abschließen und einreichen und den Mitgliedern, welche zur Unterschrift noch nicht bereit wären (Preußen und Mecklenburg), die Abgabe eines Separatvotums überlassen; er unterstützte dieses Verlangen mit einem erheblichen Aufwande von Beredsamkeit. Ich stellte darauf den Gegenantrag, der Erstattung des Berichtes noch Anstand zu geben, bis ich mit Instruktion versehen sei, welche meiner Überzeugung nach in jedem Augenblick eintreffen könne und vielleicht durch wiederholte Störungen des Telegraphenbetriebes aufgehalten worden sei. Auf Befragen, wie ich mich verhalten würde, wenn meinem Antrage auf Aufschub nicht gewillfahrtet werde, erklärte ich, daß ich in diesem Falle ganz auf die Eingebungen meines persönlichen Ermessens reduziert sein würde, aber entschlossen sei, mich nicht auf ein einfaches Stillschweigen zu beschränken, sondern unter Darlegung des Sachverhaltes mich in einem Separatvotum zurzeit gegen den Ausschußantrag zu erklären. Ich hielt diese Drohung für erforderlich, um gegenüber dem heftigen Drängen des Herrn v. Prokesch mich der Stimmen der Ausschußmitglieder zu versichern; und in der Tat, als Herr v. Prokesch ungeachtet meiner Erklärung mit Entschiedenheit auf seinem Verlangen beharrte und die Abstimmung deswegen notwendig wurde, traten sämtliche anwesende Mitglieder beider Ausschüsse (Freiherr v. Münch war wegen Krankheit nicht erschienen) meinem Antrage auf Aussetzung der Berichterstattung bei.

Ich berichte E. E. diesen Vorgang nur historisch als einen neuen Beweis der Rücksichtslosigkeit, mit welcher mein österreichischer Kollege, wie ich nicht zweifeln darf, auf Grund höherer Autorisation, Preußen gegenüber vorzugehen bereit ist, und wie er es darauf ankommen läßt, den Mangel unseres Einverständnisses offenkundig werden zu lassen, selbst wenn dies durch einen Aufschub von wenigen Stunden vermieden werden kann. Die sämtlichen Ausschußglieder sprachen mir nach der Sitzung ihre entschiedene Mißbilligung dieses Verhaltens aus und waren der Meinung, daß es nur darauf berechnet gewesen sei, mich persönlich zu überraschen und einzuschüchtern, und daß Herr v. Prokesch die Absichten, welche er aussprach, wohl doch nicht ausgeführt haben würde.

Unmittelbar beim Schluß der Sitzung erhielt ich E. E. geneigte Weisung, und habe ich den Ausschußbericht schon vollzogen, so daß wahrscheinlich übermorgen eine Sitzung behufs der Abstimmung über denselben stattfinden wird.

Genehmigen ꝛc.

577. Privatschreiben an Minister v. Manteuffel.

[Eigenhändig.]

[4.?] 8./9. Dezember 1854.

E. E. sage ich meinen aufrichtigsten Dank für das gütige Schreiben vom 30.[1]) und für die eingehende Besprechung der Situation in demselben. Die unbefriedigten Gefühle, welche ich gegen Herrn von Gerlach geäußert habe[2]), entsprangen weniger aus einem Urtheil über das, was durch E. E., innerhalb der durch die ah. Willensmeinung gezogenen Grenzen, geschehen konnte; vielmehr mit dieser Begrenzung selbst konnte sich mein preußischer Ehrgeiz nicht befreunden. Ich bescheide mich

[1]) Abgedruckt im Anhang z. G. u. E. II 218 ff.
[2]) Vgl. Bismarcks Briefe an Leopold v. Gerlach S. 177 f.

aber mit einer Herzenserleichterung und nehme die Situation, wie sie ist, nicht wie ich wünschte, daß sie's wäre. Dazu hilft mir in diesem Falle nicht nur die Vorstellung, die ich von dem Verhältnisse zu meinem König und Herrn habe, sondern auch die Überzeugung, daß der König persönlich in diesen und vielen andern Dingen weiser ist, als ich, und außerdem die Reife des Urtheils vor mir voraus hat, welche eine langjährige und unmittelbare Betheiligung an der großen Politik Europas verleihen muß. Ich beschwichtige mit dieser Betrachtung die Sorgen, welche mir aufsteigen und welche ich nicht tilgen kann, wenn ich auch als Diener und Unterthan den Willen Sr. Majestät nicht zu beurtheilen, sondern ohne Rückhalt auszuführen habe. Meine hauptsächliche Besorgniß ist, daß wir allmählich durch den Strom der Ereignisse zu einem Kriege gegen Rußland im östreichischen Interesse geführt werden könnten. Ich gehöre nicht zu denen, welche die russischen Interessen mit den unsern identificiren; im Gegentheil, Rußland hat viel an uns verschuldet; auch mit der Revolution, wenigstens mit der eignen und der deutschen, werden wir ohne Rußland fertig, wenn wir wollen. So ernst ein Krieg mit letztrem auch für uns sein mag, würde ich doch niemals dagegen zu rathen versuchen, wenn dabei ein würdiger Kampfpreis für uns in Aussicht steht. Mir schwebt nur der Gedanke als Schreckbild vor, daß wir die Anstrengungen und Gefahren im Dienste Östreichs übernehmen könnten, für dessen Sünden der König so viel Nachsicht hat, als ich mir von unserm Herrn im Himmel für die meinigen wünsche.

Am 8. Dez. Als ich Vorstehendes geschrieben hatte, erhielt ich die Nachrichten von dem Abschluß vom 2. Dezember, und habe über die Zwischenzeit bereits amtlich berichtet. Bei endlicher Fortsetzung dieses Schreibens schäme ich mich in etwas, E. E. zwei Seiten lediglich contemplativen Inhaltes geschrieben zu haben, und das in einem Augenblick, wo die Stunden der Muße Ihnen ohnehin selten sein werden.

Die Schnelligkeit, mit welcher die Convention mit den Westmächten der Einigung mit den deutschen Bundesgenossen gefolgt ist, dient hier nicht grade zur Erhöhung des Vertrauens, welches der Graf Buol etwa genießt. Der Eindruck, daß Östreich mit den Westmächten, namentlich mit Frankreich, in größerer Intimität lebt, als mit irgend einem deutschen Staate, ist allgemein. Wenn auch die politische Stellung Österreichs momentan so glücklich wäre, wie Herr von Prokesch sie in rosenfarbner Laune schildert, dieses jüdische Gemisch von Feigheit, Gewinnsucht und Unverschämtheit, welches die dermalige Politik an der Donau characterisirt, wird dem Kaiserstaate zur Zeit der Nüchternheit einen schweren Katzenjammer bringen. Haben die Westmächte nun die Gewißheit, daß Furcht die Zauberruthe ist, mit welcher man über Östreich disponirt, so wird letztres bald nicht mehr im Schlepptau, sondern in voller und directer Abhängigkeit von ihnen sein. Sollen auch wir dann, wie es ja unter Umständen nützlich und nothwendig sein kann, dieselbe Politik einschlagen, so wird es sich, m. u. E., eher empfehlen, dies in directer und selbständiger Verbindung mit den Westmächten zu thun, als in der Eigenschaft einer ad nutum disponibeln Reserve des in seinen Hauptentschlüssen selbst unfreien Östreich. Wir haben mit großer Selbstverläugnung Östreich die Gelegenheit zu unabhängiger, rein auf Deutschland gestützter Politik geboten; Östreich aber mag lieber von Frankreich abhängig sein, als uns in freier Verbindung Dank schulden; es hofft in jener Abhängigkeit außerdem mehr zu profitiren, es weiß selbst noch nicht wie viel, und endlich hat es, selbst auf Preußen und ganz Deutschland gestützt, nicht den Muth, nöthigenfalls einer französischen Drohung in Italien zu trotzen. Ich las vor einigen Tagen einen Brief eines hochstehenden östr. Offiziers von der italiänischen

Armee an einen Verwandten in hiesiger Gegend. Er sagt darin zur Entschuldigung der Wiener Politik etwa folgendes: „Wir sind hier jetzt zwar besser vorbereitet, aber nicht zahlreicher als im Februar 48; wenn damals mit Hülfe der kleinen piemontesischen Armee der Losbruch stark genug war, uns sogleich bis Verona zu werfen, wie sollen wir jetzt Italien gegen dieselbe Bewegung halten, wenn sie von einem französischen Heere unterstützt würde und durch diesen Umstand allein an Muth und Eifer sich verdoppelte; wir haben hier den Feldzug verloren, ehe der deutsche Bund auch nur mobil, geschweige denn über den Brenner marschirt ist." Der Schreiber dieses ist einer der angesehensten Namen in der Armee, in hohem Commando und sonst kein Schwarzseher. Genau dieselbe Ansicht schildert mir Herr von Schrenk als die in München herrschende; auch dort sucht man die Motive der Wiener Politik viel mehr in der Furcht wegen Italien als im Ehrgeiz, „obschon sie die Donaufürstenthümer wohl mitnehmen würden, wenn sie dieselben an dem Wege finden, den sie aus Angst gehn". Der Wiener Hochmuth erlaubt ihnen nicht, ehrlich einzuräumen, daß sie unser bedürfen, und demgemäß mit uns zu handeln; sie ziehn vor, uns zu umgarnen, geben sich aber dabei einer groben Täuschung hin, indem sie politische Verhältnisse wie notarielle Privatangelegenheiten behandeln. Bündnisse großer Staaten haben nur dann Werth, wenn sie den Ausdruck beiderseitiger wirklicher Interessen besiegeln, und alle Klauseln und Auslegungen können den Mangel an gutem Willen und freier, energischer Action nicht ersetzen, wenn der eine Theil sich übervortheilt und mala fide behandelt fühlt. Die liberalen Blätter beschäftigen sich viel mit dem bekannten mémoire des alten Knesebeck[3]) über die polnisch-russische Grenze von 1814. Sie übersehn aber dabei den Umstand, daß ein Haupt- und Eckstein fehlt, ohne den das ganze Gebäude des braven alten Herrn nicht stehn kann, nach seiner eignen Ansicht; er sagt[4]): „dazu gehört aber, daß Österreich offner, freier und entgegenkommender in Preußens Consolidation eingehe; daß es diese Angelegenheit als eine Anforderung des Weltinteresses betreibe, auf der künftig die Rettung Europas beruht, und nicht als einen Act, den es ungern thut, bei dem es Mißtrauen zeigt". Von diesem so unzweifelhaft richtigen Satze geschieht seit 4 Jahren unausgesetzt das Gegentheil. Außerdem setzte Knesebeck voraus, daß Östreich selbst das Bedürfniß fühlen werde, sich mit uns gegen Rußland zusammenzuschließen, während das Wiener Cabinet, so wie jetzt [das] der Westmächte, in dem vorhergehenden Lustrum sich Rußlands bediente, um auf unsre Stellung zu drücken. Ein russischer Diplomat erzählte mir vor einiger Zeit die E. E. wahrscheinlich schon bekannte Thatsache, daß im J. 1846 Fürst Metternich den Grafen Nesselrode heimlich vermocht hat, eine kategorische Note „zum Behuf der Benutzung am Berliner Hofe" nach Wien zu schreiben, in welcher Rußland droht, Krakau selbst in Besitz zu nehmen, wenn es nicht von Östreich bald geschähe. Dergleichen Noten auf Wiener Bestellung sind zur Zeit des Fürsten Schwarzenberg wohl manche in Petersburg für uns geschrieben.

Ich bin sehr begierig, den Text der Convention vom 2. Dez. zu kennen. Der Streit wird sich nun um die Auslegung der 4 Puncte drehn. Prokesch erklärt schon jetzt die kurze Note des Fürsten Gorczakow, durch welche Rußland die 4 P. annimmt, „comme point de départ des négociations", für ein werthloses Papier, welches nur zu leeren Unterhandlungen verpflichte; in demselben Sinne spricht die offiziöse östreichische Presse. Der gänzliche Mangel ehrliebenden Patriotismus, von welchem in dieser Krisis ein Theil unsrer

[3]) In dem damals erschienenen 4. Bande des Lebens des Freiherrn vom Stein von Pertz wurde S. 649 bis 654 eine Denkschrift des Feldmarschalls v. d. Knesebeck über die polnisch-russische Grenze veröffentlicht.
[4]) A. a. O. S. 652.

einheimischen Presse Zeugniß ablegt, ist übrigens beschämend für jeden Preußen. Ich würde den Zeitungen in Betreff innrer Fragen vielleicht mehr Freiheit lassen, wenn ich etwas darüber zu sagen hätte; aber ich würde mit unnachsichtlicher Strenge darauf halten, daß die auswärtige Politik der Regirung von jedem Preußischen Blatte nicht nur nicht angegriffen, sondern lebhaft unterstützt werden *muß*, und jede Zeitung, die mit einem Komma dawider handelt, ohne Federlesen unterdrücken. Ich glaube, daß diese Zwangspflicht zum Patriotismus auch in der öffentlichen Meinung wenig Mißbilligung finden würde. Auch mit den Kammern kann man unter analogen Umständen gewiß kurz umspringen. Ich glaube nicht, daß der Vinkesche Antrag[5]) durchgeht; die Kammer würde sich damit den Stab brechen. Ich hätte selbst Vinke die Tactlosigkeit nicht zugetraut, in einem so kritischen Moment die Verlegenheiten der Regirung nach außen hin zu vermehren. Ist übrigens die mir noch unbekannte Convention vom 2. der Art, daß wir beitreten können, so könnte vielleicht eine Kammermanifestation noch dazu benutzt werden, unsern Beitritt natürlicher und weniger bitter für Rußland erscheinen zu lassen. Kommt es jetzt wirklich zum Frieden, so ist es meiner Meinung nach ein großer Gewinn für uns, daß wir in der Zeit nach diesem Frieden in bessern,[6]) Östreich und die Bamberger aber in schlechteren Beziehungen zu Rußland stehn, als vor dem Kriege. Der Tag der Abrechnung bleibt nicht aus,[6]) wenn auch einige Jahre darüber hingehn; die Gelegenheit, daß Zwist zwischen England, Frankreich oder Östreich ausbricht, oder einer dieser Staaten mit innern Umwälzungen ringt, wird Rußland benutzen, um einzubringen, was es jetzt verliert. Östreich hat sich als eine *für jetzt* unübersteigliche Barriere in den Weg Rußlands geschoben; die Spitze der Politik des letztern wird sich für die Zukunft naturgemäß gegen diese Barriere richten. Durch diese Änderung in der Constellation können *wir* nur an Gewicht und Freiheit der Bewegung gewinnen, und es scheint ein sehr günstiges Ergebniß unsrer zögernden Politik, daß in der Zwischenzeit der Antagonismus von Wien und Petersburg sich hat schärfer und dauerhafter ausprägen können. Auch die Schwächung Oestreichs durch seine verlängerten Geldopfer muß, nach der Stellung, die das Wiener Cabinet nun einmal in Betreff unsrer hat einnehmen wollen, als Gewinn für Preußen betrachtet werden. Ich traue nur dem Frieden noch nicht recht; Östreichs Stellung ist entschieden schlecht nachher, und außer Verhältniß zu seinen Geldopfern.

Ich beunruhige mich etwas darüber, daß wir uns alle Pferde aus dem Lande fortkaufen lassen; von dem letzten Spandauer Markt sollen ja 400 nach Östreich gegangen sein.

Verzeihn E. E. diesen langen und an positivem Inhalt armen Brief, vielleicht finden Sie bei dem Anhören von Kammerreden die Muße, ihn zu lesen. Mit der Bitte mich der gnädigen Frau angelegentlichst zu empfehlen . . .[7])

578. *Bericht vom 10. Dezember 1854 an König Friedrich Wilhelm IV.*, betr. die Annahme des Zusatzartikels zu dem Bündnisse vom 20. April 1854. Aufhebung der Spielbanken. — Vgl. Poschinger II Nr. 67.

579. *Bericht vom 11. Dezember 1854 an König Friedrich Wilhelm IV.*, betr. die Wiederherstellung der diplomatischen Beziehungen zwischen Preußen und Großherzogtum Hessen. — Vgl. Poschinger II Nr. 68.

[5]) Vgl. dazu die stenogr. Berichte über die Verhandlungen der 2. Kammer 1854—1855. Bd. I, S. 18—29.

[6]) Die Worte „daß — bessern“ und „Der Tag — aus“ bei Poschinger gesperrt.

[7]) Der Brief ist am 9. Dezember abgeschlossen.

580. Privatschreiben an Minister v. Manteuffel.

[Eigenhändig.]

11. Dezember 1854.

E. E. beehre ich mich das anliegende eigenhändige Schreiben Sr. K. H. des Großherzogs von Hessen an S. M. den König g. zu übersenden. Herr von Dalwigk brachte mir dasselbe heut früh, wobei er wiederholte, wie sehr er das Zerwürfniß beklage, und wie unerwünscht und unerwartet ihm die Folgen seines Schrittes gegenüber [Herrn] von Canitz gewesen seien. Er versicherte ferner, daß wir uns nach Wiederherstellung der gegenseitigen Beziehungen überzeugen würden, daß seine zeitweise antipreußische Haltung lediglich durch vorübergegangne Umstände bedingt gewesen sei. In Betreff der Darmstädter Zollconferenz erwähnte er noch, daß ihm diese durch Minister von der Pfordten octroyirt worden sei; letztrer habe am Tage vor dem Zusammentritt geschrieben, daß die Herren sich in Darmstadt einfinden würden, ohne Herrn von Dalwigk den Zweck der Zusammenkunft mitzutheilen. Abgesehn von der Correspondenz, welche, wie ich höre, zwischen Sr. M. dem Könige und J. K. H. der Prinzessin Carl von Hessen stattgefunden hat, dürfte der Prinz Emil nicht ohne Einfluß auf die Entschließungen des Großherzogs bei Absendung des anliegenden Briefes gewesen sein; schon seit geraumer Zeit ist er bemüht, den auf Verlängerung des Zerwürfnisses gerichteten Bestrebungen des Herrn von Prokesch und der östreichischen Gesandschaft am Darmstädter Hofe entgegenzuwirken. Der Prinz gehört zu den entschiedensten Gegnern der heutigen östreichischen Politik; er äußert unverholen, daß Graf Buol in seiner Bornirtheit Deutschland ins Verderben stürze, und Ähnliches, was sich schwer mit den Beziehungen zusammenreimen läßt, die man sonst zwischen dem Prinzen und Östreich voraussetzte. Die Dinge haben sich seltsam gedreht, wenn der Prinz Emil den Preußischen Einfluß in Darmstadt hergestellt zu sehn wünscht, aber er thut sein Möglichstes dafür.

Herr von Tallenay erzählte mir, daß nach Paris von Wien aus berichtet worden sei, der Graf Buol habe zwei Tage vor dem 2. Dezember ausdrücklich aufgefordert, dem nach Berlin mitgetheilten Vertrage beizutreten, wir hätten es aber abgelehnt. So viel ich die Umstände kenne, ist das nicht richtig, und hat Graf Buol wahrscheinlich entstellte Mittheilungen nach Frankreich gemacht.

Hier will noch niemand an den Frieden glauben, und namentlich nicht an Östreichs friedliche Absichten. Als Symptom der Stimmung und Wirksamkeit des Herrn von Prokesch erlaube ich mir einen Artikel der Postzeitung vorzulegen, der von ihm herrührt, und den er, seiner Gewohnheit nach, ziemlich wörtlich am Tage vor dem Druck conversando declamirte. Mit der ausgezeichnetsten Hochachtung verharre ich . . .

581. Bericht vom 15. Dezember 1854 an König Friedrich Wilhelm IV., betr. einen Präsidialübergriff des Frhr. v. Prokesch. — Vgl. Poschinger II Nr. 70.

582. Bericht vom 15. Dezember 1854 an Minister v. Manteuffel, betr. die Bibliothek der vormaligen deutschen Nationalversammlung. — Vgl. Poschinger, Neue Berichte S. 120.

583. Privatschreiben an Minister v. Manteuffel.

[Eigenhändig.]

19. Dezember 1854.

E. E. gen. Schreiben vom 17. habe ich mit g. Dank durch Röder erhalten und mit dem lebhaftesten Interesse mich über unsre Situation daraus orientirt. Durch einen Brief aus Pommern hatte ich schon früher erfahren, daß Herr von Usedom von Sr. Majestät nach Berlin berufen worden sei, um mit einer Mission nach England betraut zu werden. Dieses Factum war am 15. c. in Stralsund bekannt, wird also auch in weitern Kreisen kein Geheimniß sein, ein Umstand, der dem Gelingen der Mission gewiß nicht förderlich werden wird. Wenn aber auch nichts geschähe, um der Thätigkeit des Herrn von U. das Feld zu verderben, so glaube ich doch, daß eine einseitige Verhandlung mit England unsre Beziehungen zu den Westmächten eher schlechter als besser macht. Es ist mir undenkbar, daß im gegenwärtigen Augenblick eines der beiden westlichen Cabinete irgend etwas thun wird, wodurch bei dem andern Mißtrauen genährt würde; sie bedürfen einander mehr als je und sind eifrig bemüht, jeden Anlaß zur Erkältung ihrer Beziehungen zu beseitigen. England läßt uns ablaufen, und wir geben ohne Noth ein Zeichen, daß wir uns in unsrer Haut unbehaglich fühlen und daß wir auf Störung des Einvernehmens zwischen Paris und London hinarbeiten. Ich halte für zweifellos, daß sich England einseitig auf nichts einläßt; für fraglich, ob die beiden Westmächte jetzt noch ohne Zuziehung Östreichs mit uns verhandeln wollen; vielleicht thun sie es, um einen Schachzug gegen Östreich damit zu machen, dessen sie offenbar noch nicht so sicher sind, als es zuerst den Anschein hatte. Nach einer französischen Depesche, welche ich gelesen habe, scheint es sicher, daß man sich über eine Interpretation der 4 Puncte zwischen den Contrahenten vom 2. Dez. noch in keiner Weise verständigt hat; auch Herr von Prokesch meint, daß eine solche Interpretation erst das Ergebniß der unter Zuziehung des Fürsten Gortschakoff zu pflegenden Verhandlungen sein werde. In der erwähnten Depesche war außerdem gesagt, daß die kurze russische Erklärung über die Annahme der 4 P. noch nicht ausreichend scheine, um darauf hin mit Rußland in Unterhandlung zu treten; es sei dazu vor allen Dingen erforderlich, daß Rußland den Westmächten (ob direct oder durch Östreich, war nicht gesagt) den Wunsch, zu unterhandeln, ausdrücklich zu erkennen gebe, und so seine friedliche Disposition bethätige; die Annahme der 4 P. könne erst dann eine Bedeutung gewinnen, wenn Frankreich und England sich über deren Tragweite verständigt hätten; diese Verständigung sei erst im Werke; die Haltung der ganzen vertraulichen und zur Mittheilung nicht bestimmten Depesche war wenig friedlich; Herr von Prokesch aber rechnet mit Gewißheit auf den Eintritt von Unterhandlung in einer Conferenz unter Zuziehung Rußlands; jedenfalls wünscht er es mit Aufregung, und schwört, es sei nur Preußens Schuld, wenn es nicht dazu käme. Er ängstigt sich etwas über die Anwesenheit des Herrn von Usedom in Berlin, weil er argwöhnt, sie könne mit einer Annäherung Preußens an den Liberalismus, unter Modification des Ministeriums, in Verbindung stehn.

Es ist mir eine wahre Herzstärkung gewesen, daß E. E. die Frage über unsern Beitritt zum Bündniß und unsre sogenannte Isolirung mit kühler Würde und ohne Empressement behandeln. So lange wir den Ausdruck unbefangner Furchtlosigkeit bewahren, hat man auch sicher Respect vor uns und wird sich hüten, Drohungen zu gebrauchen, oder gar auszuführen. Wenn nur in Östreich der Glaube an die Möglichkeit zu wecken wäre, daß unsre Geduld und Bruderliebe nicht unerschöpflich ist und wir den Weg nach Mähren

noch nicht vergessen haben, so glaube ich noch immer, daß Östreichs Furcht vor uns förderlicher zum Frieden wirkt, als Östreichs Rechnung auf unsern Beistand.

Den General Reitzenstein „in Fühlung zu halten", ist nicht ganz leicht; er sitzt ziemlich steif auf seinem Generallieutenants-Pferd und hat leicht Besorgniß in Betreff der Selbständigkeit seiner Stellung. Mit Waldersee wurde es mir leichter, in Einem Geschirr zu ziehen. In Betreff der Mobilmachungs-Bestrebungen berichte ich heut, gelegentlich des sogenannten „Beschlußentwurfs vom 20. April", der m. E. keine andre Tendenz hat, als bei etwaiger Aufstellung ein Preußisches Commando nicht zuzulassen. Die Gräfin Kniephausen hat die Güte diesen Brief mitzunehmen. Ich bitte mich der gnädigen Frau sehr zu empfehlen und wünsche E. E. und den Ihrigen ein frohes Fest . . .

584. Bericht vom 22. Dezember 1854 an König Friedrich Wilhelm IV., betr. den Bau einer Eisenbahn von Luxemburg nach Thionville. — Vgl. Poschinger II Nr. 72.

585. Bericht vom 22. Dezember 1854 an Minister v. Manteuffel, betr. die Auflösung der Bundeskassenabteilung. Ihr verminderter Einfluß. Ausschließung des preußischen Mitgliedes von den wichtigeren Geschäften. Wert des Fortbestandes der Abteilung für Preußen. — Vgl. Poschinger, Neue Berichte S. 191 ff.

586. Vertraulicher Bericht an Minister v. Manteuffel.

[Ausfertigung.]

23. Dezember 1854.

Auf E. E. h. Reskript vom 17. c., welches mir vorgestern über Köln zugegangen ist, habe ich mich gestern nach Darmstadt begeben und dem Freiherrn von Dalwigk das Allerhöchste, für S. K. H. den Großherzog bestimmte Schreiben übergeben. Ich hatte hierbei Gelegenheit, bis zum Abgange des Zuges mich mit Herrn von Dalwigk zu unterhalten, und kann aus seinen Äußerungen nur eine Bestätigung dessen entnehmen, was ich mir erlaubt habe, E. E. in betreff der Haltung zu melden, welche die Ansichten des Prinzen Emil neuerdings in Darmstadt zu gewinnen scheinen. Der Gr. Ministerpräsident sprach ein entschiedenes Verdammungsurteil über die dermalige Politik des Wiener Kabinetts aus er bezeichnete dieselbe als unerklärlich aus den Interessen Österreichs [und] äußerte eine sehr geringe Meinung von den Fähigkeiten des Grafen Buol, den er von Dresden her kennt und der dort von allen anwesenden Gesandten in derselben Weise beurteilt worden sei. Auf den Dresdener Konferenzen sei es offenbar gewesen, daß Graf Buol jeder Selbständigkeit ermangle, und so oft der Fürst Schwarzenberg abwesend gewesen, habe Herr von Beust es übernommen, dem Grafen Buol das Notwendige zu soufflieren. Jetzt sei der Kaiserliche Minister, und somit die auswärtige Politik Österreichs, in den Händen seines Kollegen Bach und des Herrn von Bourquenay.

Mit besonderer Sorge erfüllen den Herrn von Dalwigk die Zustände in Frankreich, auch abgesehen davon, daß ihre ganze Haltbarkeit dermalen auf dem einen Menschenleben des Kaisers beruhe. Er nahm Bezug auf Privatbriefe, welche ihm von sehr wohlunterrichteten und urteilsfähigen Beobachtern französischer Zustände zugegangen seien, und

welche die Mißstimmung der Bevölkerung Frankreichs als im Wachsen begriffen schilderten, und er war der Ansicht, daß der Thron des Kaisers eine große Niederlage der französischen Waffen nicht überdauern würde.

In diesem Spezialpunkte teile ich seine Ansicht zwar nicht; daß aber die Stimmung in Frankreich sich dem gegenwärtigen Kriege trotz aller Bemühung der Regierung noch mehr als beim Beginn desselben abgeneigt erweist, findet auch aus andern Quellen seine Bestätigung. Darüber werden indessen E. E. von Paris aus genauer unterrichtet sein als ich. Herr von Dalwigk versicherte ferner, und behauptete, dies auch nach Wien erklärt zu haben, daß zu einer etwaigen Unterstützung Österreichs im Osten unter allen Umständen nur ein Teil der Großherzoglichen Truppen in Rechnung gebracht werden könne, indem das hessische Bundeskontingent jedenfalls bereit bleiben müsse, einen etwaigen Angriff auf die westliche Bundesgrenze in Gemeinschaft mit Preußen abzuwehren. Über Herrn von Prokesch äußerte sich Herr von Dalwigk noch ungünstiger, als über den Grafen Buol, und schilderte ihn als einen „taktlosen Professor", dessen Verhalten in der Bundesversammlung die österreichischen Interessen nicht minder benachteilige, als die allgemeinen deutschen. Ich kann natürlich keine Bürgschaft für die Aufrichtigkeit dieser Expektorationen des Herrn von Dalwigk übernehmen, indessen trug er sie mit einem Tone lebhafter und gereizter Überzeugung vor, welchen nach Belieben anzunehmen ich ihn, nach meiner Kenntnis seiner Persönlichkeit, kaum befähigt halte, und welche mit der gewöhnlichen stockenden, nach Worten suchenden Art seiner Mitteilungen kontrastierte; ich glaube, daß er für den Augenblick, wenigstens ungefähr, an das glaubte, was er mir sagte, und nicht darauf rechnete, daß ich von seinen vertraulichen Auslassungen anderweit Gebrauch machen würde, wie ich denn dieselben auch nur als ein Privatgespräch E. E. zu melden mir erlaube. Überraschend war es mir dabei, zu hören, daß auch Herr von Münch, mein hessischer Kollege, wiederholentlich das Verhalten des Herrn von Prokesch in der Bundesversammlung in seinen Berichten gemißbilligt hat. Ich bin dessenungeachtet überzeugt, daß Herr von Münch den österreichischen Interessen mit mehr Wärme dient, als den hessischen, und sein Tadel gegen Herrn von Prokesch vielleicht grade von dieser Gesinnung eingegeben ist. In der Versammlung zeigt er sich stets als ein dienstbereites Organ des Präsidiums.

Ehe ich Herrn von Dalwigk verließ, ging ihm eine Antwort Sr. K. H. des Großherzogs auf die inzwischen erfolgte Übersendung des Ah. Schreibens zu. Soweit mir Herr von Dalwigk davon Mitteilung machte, drückte S. K. H. die „innigste Befriedigung" über die Antwort unseres Ag. Herrn aus und befahl Herrn von Dalwigk, mir zu sagen, daß Höchstdieselben hofften, mich in diesen Tagen in Darmstadt wiederzusehen und mir persönlich das Großkreuz, ich weiß nicht, des Ludwigs- oder Philippsordens zu überreichen. Es läßt sich annehmen, daß Herr von Dalwigk seinerseits hofft oder wünscht, das große Band des Roten Adlerordens im Austausch zu empfangen. Wenn ich annehmen darf, daß bei Ordensverleihungen an auswärtige Minister in den meisten Fällen der Gesichtspunkt des Nutzens für die Zukunft den der Verdienste aus der Vergangenheit überwiegt, so möchte ich unvorgr. anheimstellen, den diesfallsigen Wünschen des Herrn von Dalwigk zu entsprechen; denn wenn die Ausgleichung der bisherigen Differenz einmal geschieht, so entspricht es m. g. A. [n.] den diesseitigen Interessen, sofort ein möglichst gutes und durch keine getäuschten Erwartungen getrübtes Verhältnis herzustellen. Indessen wage ich nicht, mit einer ausdrücklich hierauf gerichteten Bitte den Ah. Intentionen vorzugreifen.

Der Gesundheitszustand Sr. M. des Königs Ludwig war zwar gestern anscheinend nicht so gefährlich, wie am Tage zuvor, doch sagten mir die Herren aus der Umgebung des Königs, daß sie, wenn auch die unmittelbare Lebensgefahr des Königs vorüberginge, doch an eine vollkommene Genesung Sr. Majestät von der gegenwärtigen Krankheit kaum zu glauben wagten. Der Ankunft Sr. M. des Königs Max wurde entgegengesehen.[1])

In betreff der Wiedereinleitung der diplomatischen Vertretung sagte mir Herr von Dalwigk noch, daß er unverzüglich an den gegenwärtig in Italien befindlichen Grafen Görtz schreiben werde, damit derselbe seine Rückkehr beschleunige; bis dieselbe erfolgen könne, beabsichtige er, den Herrn von Biegeleben mit der Geschäftsführung zu beauftragen.

*587. Ganz vertraulicher Bericht an Minister v. Manteuffel.

[Ausfertigung.]

29. Dezember 1854.[1])

Ein Bericht, welchen der Gr. oldenburgische Militärbevollmächtigte über die Frage wegen der Notwendigkeit der Kriegsbesatzung in Rastatt entworfen hat und der gegenwärtig bei den Mitgliedern der Militärkommission zirkuliert, gibt mir Veranlassung, E. E. hochgen. Aufmerksamkeit auf die beiden Vertreter Oldenburgs in der Bundesversammlung und in der Militärkommission zu lenken. Ersterer, Staatsrat v. Eisendecher, vertritt zugleich die beiden Anhalt und die beiden Schwarzburg, welche mit Oldenburg die 15. Kurie bilden.

Bei der Verehrung S. K. H. des Großherzogs von Oldenburg für S. M. den König, u. a. gn. H., und den allgemeinen politischen Sympathien, welche Oldenburg erst neuerdings wieder durch Überlassung des nötigen Terrains zu einem Kriegshafen in der Nordsee gegen Preußen betätigt hat, hätten wir allen Grund, am Bundestage auf eine entschiedene Unterstützung Oldenburgs rechnen zu dürfen. In noch höherem Grade möchte dies hinsichtlich der anhaltischen und schwarzburgischen Staaten gerechtfertigt sein. In der Tat ist auch in den meisten Fällen, wo Herr v. Eisendecher auf Grund von Instruktionen der von ihm vertretenen Regierungen handelt, die 15. Kurie auf Seite Preußens. Ist dies nicht der Fall, so hat es wohl gewöhnlich in der Färbung der Berichte des Staatsrats v. Eisendecher seinen Grund. Wo letzterer aber ohne Instruktion handelt, ist mit ziemlicher Gewißheit anzunehmen, daß er sein Votum im Sinne Österreichs abgibt.

Einer der flagrantesten Fälle dieser Art bot sich in der Kettenburgischen Frage dar, wo bei der ersten Abstimmung im Mai v. J. hinsichtlich der Behandlung der Sache Herr v. Eisendecher mit den katholischen Vertretern von Bayern und Hessen-Darmstadt sowie mit dem unbedingt dem Präsidium sich anschließenden Vertreter der 16. Kurie allein unter allen übrigen Gesandten sich Österreich anschloß. Dem ähnlich war sein Verhalten, solange er der Reklamationskommission angehörte.

Persönlich stehe ich mit Herrn v. Eisendecher im besten Einvernehmen, und weiß er sich mit großer Klugheit mir gegenüber den äußeren Schein zu geben, als sei er dem

586. [1]) Der frühere König Ludwig von Bayern war am 14. Dezember 1854 in Darmstadt von einem Schlaganfall betroffen worden, von dem er sich indes wieder erholte.

587. [1]) Briefform.

preußischen Interesse unbedingt ergeben. Von Einfluß auf seine politische Richtung ist ein leidenschaftlicher Haß gegen Rußland, welcher vielleicht durch Erinnerungen an persönliche Erfahrungen genährt wird, indem sein Vater früher eine Anstellung als Stallmeister in St. Petersburg hatte und er selbst seine jüngern Jahre dort in Verhältnissen, die für ihn vielleicht manches Verletzende gehabt haben, zugebracht haben dürfte. Späterhin war er Vorleser des hochseligen Großherzogs von Oldenburg. Seine ganze Bildung ist denn auch mehr literarisch als staatsmännisch und seine politische Auffassung mehr durch unklare Gefühlseindrücke als durch praktische Strebungen bedingt. Er war früher ein sehr avanzierter Gothaner, jetzt könnte man ihn der liberaleren Richtung der sonst vorzugsweise von den Katholiken getragenen großdeutschen Partei zuzählen. Er wünscht, wie er sich äußert, den Bund als eine starke einheitliche Zentralgewalt ausgebildet zu sehen, und glaubt, daß man dahin nur durch Hilfe Österreichs gelangen könne. Ich will gern glauben, daß eine solche Anschauung seinem ganzen Verhalten zugrunde liegt, keinenfalls dürfte sie aber in Übereinstimmung mit den Regierungen sein, die er vertritt.

In ähnlicher Richtung, nur mit weniger Umsicht im Verbergen derselben, wirkt der Gr. Militärbevollmächtigte, Major Plate, in der Militärkommission. Als derselbe im März v. J. die Stimme des 10. Bundes-Armeekorps übernahm, schien er eine möglichst unparteiische Stellung einnehmen zu wollen, obschon er zuweilen durch Unterstützung des österreichischen Bevollmächtigten den möglichen Verdacht von sich ablehnen zu müssen glaubte, als übe das befreundete Verhältnis Preußens zu Oldenburg auf seine militärischen Ansichten irgendeinen Einfluß. Später ist es einerseits den Bemühungen der österreichischen hiesigen Organe gelungen, seiner Eitelkeit und seinem Ehrgeiz, z. B. durch Heranziehung bei Bundesinspektionsreisen, zu schmeicheln, andererseits könnte es aber auch den Einwirkungen des Herrn v. Eisendecher zuzuschreiben sein, wenn er jetzt in einer Weise Partei für Österreich nimmt, wie es neuerdings in dem obengedachten Berichtsentwurfe geschehen ist, von dem ich eine Abschrift g. g. beifüge.

Ohne den militärischen Gesichtspunkt näher zu prüfen, was allein die Aufgabe der Militärkommission ist, kommt Major Plate darin zu dem Resultate, daß aus politischen Gründen „im Interesse des gesamten Deutschlands“ die Garnison in Rastatt in derselben Weise zusammenzusetzen sei, wie diese jetzt nach den augenblicklichen faktischen Verhältnissen, Zahlen und Einteilungen bestehe, daß aber auch dem Bunde die Pflicht zur Übernahme der dadurch entstehenden Kosten aufzulegen sei. Der General v. Reitzenstein ist gegenwärtig mit einer Widerlegung dieses Berichts beschäftigt.

Nach der Stellung Oldenburgs zu Preußen hätte sich wohl erwarten lassen, daß Major Plate bei einer Frage, welche von Preußen angeregt war, sich mit dem K. Militärbevollmächtigten in Verbindung setzen würde, um wenigstens eine Ausgleichung der entgegenstehenden Ansichten zu versuchen. Er hatte hierzu um so mehr Gelegenheit, als er sich aus den diesseitigen Akten Material für seinen Bericht von dem Oberst v. Twardowski erbat. Anstatt dessen hat er sich, wie es wohl nicht zu bezweifeln ist, als das Werkzeug Österreichs benutzen lassen. Ich komme auf diesen Gegenstand zurück, sobald er an den Militärausschuß gelangt.

Da der Major Plate bereits im März k. J. aufhört die Stimme des 10. Armeekorps zu führen, so würde seine Abberufung, wenn sie auch zu erreichen wäre, keinen wesentlichen Nutzen mehr gewähren. Ob E. E. dennoch jenes auffällige Verhalten zu einer Beschwerdeführung benutzen wollen, beehre ich mich Hochdenselben ehrerbietig anheimzugeben.

Wichtiger wäre es über die Wirksamkeit des Herrn v. Eisendecher mehr ins Klare zu kommen. Dies würde sich vielleicht erreichen lassen, wenn es gelänge, die Berichte kennenzulernen, welche er über die Bundestagsverhandlungen an die anhaltischen und schwarzburgischen Regierungen erstattet. Ich zweifele nicht, daß dieselben den österreichischen Interessen entsprechend gefaßt sein und den von mir gehegten Verdacht bestätigen werden. E. E. dürften wohl in der Lage sein, durch die Herren v. Plötz, v. Schätzell und v. Bertrab in Dessau, Bernburg und Rudolstadt sich hierüber unter der Hand eine zuverlässige Auskunft zu verschaffen, und stelle Hochdero Erwägung ich daher g. g. anheim, ob zunächst ein solcher Versuch zu machen sein möchte, indem ich bitte, ev. mich von dem Resultate seinerzeit unterrichten zu wollen.

588. Bericht vom 31. Dezember 1854 an König Friedrich Wilhelm IV., betr. die Wiederherstellung der diplomatischen Beziehungen zwischen Preußen und dem Großherzogtum Hessen. — Vgl. Poschinger II Nr. 74.

Personenregister.[1]

Abercromby, brit. Gesandter am Deutschen Bunde (1839) 158
Graf Aberdeen, britischer Minister 485.
Albert, Prinzgemahl 441.
Albrecht der Bär 224.
Graf Alvensleben-Erxleben, Albrecht, preußischer Staatsmann, Vertreter Preußens auf der Wiener Konferenz 1854: 244. 359. 469. 470. 472.
Anspach, Gutsbesitzer 386.
Appel, Sekretär Klindworths 237.
Graf Apponyi, österreich. Gesandter in München 452. 453.
Graf Arco, bayer. Politiker 477.
Arenberg, standesherrl. Familie 160.
Frhr. v Aretin, bayerischer Politiker 477.
Frhr v. Arnim, Heinrich, preuß. Minister des Auswärtigen 1848: 94. 165.
Graf Arnim-Heinrichsdorf, Heinrich, preuß. Gesandter in Wien 58. 176. 177. 179. 181. 182. 189. 300. 317. 389. 409. 427. 443. 444. 445.
Freiherren v Arnim, Brüder des Gesandten Graf A 409.
v. Arnim, Malwine, geb. v. Bismarck 4.
Graf Assburg-Meisdorf 410.
v. Auerswald, Rudolf 254.
v. Aufseß, Gründer des germanischen Museums 343.
Augusta s Preußen.
Augustenburg s. Holstein.
Bach, österr. Minister des Innern 162. 180. 190. 191. 193 196 321. 432. 455. 473. 519.
Bacmeister, hann. Minister 147. 359. 360. 362 379. 381.
Baden, Friedrich, Prinz, seit April 1852 Regent von — 164. 165. 170. 220. 411. 413. 414. 417. 418. 419 420.
— Leopold, Großherzog von — 103. 289. 393. 418.
— Stephanie, Großherzogin — — 51. 207.
v. Bally, Mitglied des Frankfurter Parlaments († Dezember 1853) 461.
Banks, Syndikus, Vertreter Hamburgs am Bundestage 18. 72.
Barez, Arzt 16.
v. Baumbach, kurhess. Minister 152. 153. 239. 387. 440
v. Baumgartner, österr. Finanz- und Handelsminister 189. 195.
Bayern, König Ludwig I. von — 461. 521.
—, König Max II. von — 148. 192. 239. 392. 476. 477. 487. 521.
Beer, Polizeiassessor 264. 269 273.
Belgien s. Leopold, Brabant und Flandern.
Graf Benckendorff, russ. Militärattaché in Berlin 429. 492.
Graf Bennigsen, hann. Minister 22. März 48 bis 28. Oktober 1850: 379. 384.
Graf Bentinck, Heinrich Joh. Wilh. 115. 340. 415.
— —, Karl Anton Ferd. 115. 340. 415.
Grafen — 64. 423.
Berg, Major 220.
Gräfin Bergen s. Gräfin Hohenthal.
Bergmann, Hptm. 86. 240.
Graf Bernstorff, Albrecht, preuß. Diplomat, seit Sommer 1854 Gesandter in London 20. 290 485.
— —, Andreas Peter, dän. Minister († 1797) 49.
— —-Gartow, Bechtold, Mitglied d. hann. Staatsrats 87.
Gräfin —, Anna, geb. Freiin v. Könneritz 20.
v. Bertrab, rudolstädt. Minister 523.
Beseler, Georg, Jurist und Abgeordneter 135.
Bethmann Söhne (Firma) 146. 147.
v. Bethmann, bayerischer Kammerherr 7.
— —, Alexander 7.
— —, Karl 240 279.
— —, Moritz, preußischer Konsul 7. 23. 24. 146. 236 245. 279 291 309 310 321.
— —, Frau, geb v. Bose 236 245.
— —, Frau, geb. Freiin v Brints 7. 161. 240.
— — Hollweg, Moritz August, Geheimrat (später Kultusminister) 41. 61. 62. 92. 134. 241. 242. 245. 265.
— —, Sohn des vorigen 92.
v. Beust, Friedrich Ferdinand, sächs. Minister 224 bis 226. 401. 402. 405. 414. 426. 432. 461. 468. 504.
Beutner, Redakteur der Kreuzzeitung 15.
v. Biegeleben, hess. Legationssekretär in Berlin 226. 521.
—, Ludw. Maxim., österr. Diplomat (seit 1850 Sektionsrat, seit Oktober 1852 Referent der deutschen Angelegenheiten im Ministerium des Auswärtigen) 189. 199.
Graf Bielsky 320.
Graf Bille-Brahe, dänischer Kammerherr 73. 76. 150. 152.
v Bismarck, Johanna, geb. v. Puttkamer 3. 56. 67 70. 73. 78. 85. 86. 95. 105. 106. 122. 126. 130. 166. 170. 190. 201. 207. 219. 221. 223. 224. 245 265. 278. 282. 291. 297. 299. 321 322. 326. 356. 366 367. 382. 410. 423. 430. 434. 491.
— —, Wilhelm 219. 223. 224. 234.
Blaß-Schomburgk, Handlungshaus 215. 218.
Frhr. v. Blittersdorff, bad. Staatsmann († 1861) 8—10. 98 99. 257. 407. 439. 452.
— —, Freifrau geb Brentano 291.
Bloch. Seehandlungspräsident 321.
v. Blomberg, Rittergutsbesitzer 408. 416.
Graf Bludoff, russ. Gesandtschaftssekretär 429.
Blum. Peter Josef. Bischof von Limburg 420. 424. 458.
v. Bockelberg, preuß. Gesandter in München 161. 281. 500.

[1]) Außer Bismarck selbst ist in diesem Register der Minister Otto v. Manteuffel nicht berücksichtigt.

v. Bodelschwingh, Karl, Finanzminister 144. 284. 478
Boden, österr. Literat 365.
Boehmer, J. F., Historiker 397.
Böttticher, preuß. Oberpräsident, Kommissar der Bundeszentralkommission 6.
v. Bonin, Eduard, Gen.-Maj., Kommandeur der 16. Div. in Trier, 13. Jan. 1852—April 1854 Kriegsminister 24. 42. 144. 349. 434. 450.
Graf Boos-Waldeck, Kammerherr, Landrat des Kreises Coblenz 16.
Borck, Geh Legationsrat, vortrag. Rat im Min. d. Ausw. 16. 31. 344.
—, Geh. Hofrat, Hofstaatssekretär im Hofstaat des Prinzen von Preußen 20.
Graf Borcke, Gustav, Gesandtschaftsattaché 409. 463
Bordeaux, Heinrich (V.), Herzog von —, Enkel Karls X. von Frankreich (Graf von Chambord) 394
v. Borries, hann. Minister 147. 359. 379. 380. 381.
v. Bose, Offizier 236. 245.
— — Frl 236. 245.
Frhr. v. Bothmer, hann. Bundestagsgesandter 111. 125. 127. 131. 133. 142—144. 154. 167. 170. 217. 220 237. 244. 262. 300. 301. 303. 304. 307. 312. 342. 379. 381. 408.
— — —, hann. Schatzrat 381.
v. Bourguignon, Fregattenkapitän 45—47.
v. Bourquenay, franz. Gesandter in Wien 476. 479 491. 519.
Brabant s. Leopold.
Graf Brandenburg, preuß. Minister 431.
v. Brandis, hann Kriegsminister 252. 360. 379.
Braun, österr. Legationsrat am Bundestage 296. 298. 422.
Braunschweig, Wilhelm, Herzog von — 252. 290. 340
Brehmer, Vertreter Lübecks am Bunde 18. 40. 46. 47 56. 66 79 110 116 118. 119.
Baron v Brenner. österr. Legationsrat u. Bundeskanzleidirektor 4. 21. 37. 107 274—276. 282. 283 289 296. 299. 300. 348.
Fürstin Bretzenheim von Regecz, Caroline, geb. Prinzessin zu Schwarzenberg 180
Graf Briey, belg. Gesandter a Deutschen Bunde 7.
v. Brinken. westfäl. Adliger 408.
Graf v Brockdorff, Ulrich, Universitätsfreund Bismarcks 12
Frhr v Brockhausen, Adolf, preuß. Gesandter in Brüssel 366 485
Brommy, Admiral 45. 46. 72.
Brougham, Henry, Lord, britischer Staatsmann 344.
Bruck, österr. Minister 43 295 299. 321. 455.
Brühl, Grafen 251.
Baron Brunnow, russ. Gesandter in London 344. 428. 429
Baron Budberg, Andreas, russ. Gesandter in Berlin 2. 139. 200 214 429.
Buddeus, Dr., Journalist 405.
v. Bülow, Bernhard, dänischer Gesandter am Deutschen Bunde 12. 57. 65 68. 73—77. 89. 91. 92. 100 101 143 149. 150 152 154 168—170. 176. 204 212. 217. 218. 259 270. 275. 280. 282 302. 304. 339. 342. 429 472. 503
v. Bülow, Oberstleutnant, dän. Militärbevollmächtigter am Bunde 302.
v. Bülow, Frau des dän. Oberstleutnants v. B. 302.
v. Bülow-Cummerow, Agrarpolitiker 8.
Bunsen, preuß. Gesandter in London 211. 244. 310. 441. 450. 461.
Graf Buol-Schauenstein, Karl, österr. Staatsmann 161. 162. 166. 171. 177—186. 188—196. 198 bis 200. 207. 238. 240. 251. 253. 257. 260. 274. bis 276. 284. 295. 296. 317. 321. 323. 383. 384. 391. 454—456. 472. 473. 476. 478—481. 486. 490. 491. 493. 495—497. 500. 514. 517. 519. 520.
v. Bursian, reußischer Legationsrat 457. 461.
Buß, Fr. J., Professor in Freiburg i. Br. 394.
Cambridge, Georg, Herzog von — 441.
—, Auguste, Herzogin von — 9. 10.
—, Marie, Prinzessin von — 9.
Camesaska, hess. Geheimrat 330.
v. Canitz und Dallwitz, Freiherr, Carl, preuß. Vertreter in Darmstadt, Wiesbaden und bei der Freien Stadt Frankfurt 94. 105. 121. 152. 153. 159. 207. 214. 223. 234—236. 239. 258. 267. 270. 272. 288. 290. 321. 329—333. 342. 343. 346. 347. 404. 517.
Graf Chambord s. Bordeaux.
Graf Clam-Gallas, Eduard, österr. General 251.
Clarendon, brit. Staatssekretär des Äußern 427.
Graf Colloredo, österr. Diplomat 171. 200. 479.
Lord Cowley, Gesandter Großbritanniens am Deutschen Bunde 7. 8. 29. 65. 68. 76. 95. 107. 108. 158.
Croy, standesherrl. Familie 160.
Crüger, preuß. Geh. Regierungsrat, Mitglied der Bundeskassenabteilung 68. 130. 240. 241. 321. 322. 336. 409.
Dänemark, Friedrich VII., König von — 149—152. 212. 217. 244. 339.
Dahlmann, Professor 321.
Freiherr v. Dalwigk, Reinhard, hess. Minister 172. 221. 224. 226. 235. 245. 259. 277. 301. 302. 329 bis 333. 339. 346. 348. 349. 351. 386. 404. 405. 506. 517. 519. 520. 521.
v. d. Decken, hann. Minister 147. 359. 379—381.
Decker, Hofdrucker 179.
Deetz, preuß. Major, Stadtkommandant v. Frankfurt a. M. 6. 11. 30. 43. 44. 63. 83. 163. 318 bis 320 355. 362—365. 386. 395. 409.
Degenfeld, österr. General 180.
Delbrück, Rudolf, preuß. Geheimrat (später Minister) 66. 68. 70. 85. 91.
Delomba 320.
Deninger, hess. Abgeordneter 262.
Lord Derby, englischer Minister 222.
Detmold, hann. Politiker 53.
v. Dewitz-Miltzow, Ulrich, Freund Bismarcks 16.
v. Dieringshofen, Major 117.
v. Dirkink-Holmfeld, dän. Gesandter in Hannover 259. 270.
Dönniges, Wilhelm, bayerischer Ministerialrat 477.
v. Dörnberg, Thurn- und Taxisscher Generalpostdirektor 7 161. 240. 257. 291. 301. 387.
Donner. Kapitän 47.
Drouyn de L'Huys, seit 28. Juli 1852 franz. Minister des Auswärtigen 275. 278. 476. 498.
Dufay, Frau 95.
Baron Dujardin, seit 12. Juni 1853 belgischer Gesandter beim Deutschen Bunde 290. 406 408.
Dumont 320.
Frhr. v. Dungern, Bundestagsgesandter für Nassau und Braunschweig 5. 72. 101. 121. 226. 256. 275. 290. 299. 303. 340. 342. 384. 458. 459. 509.

Frhr. v. Dungern, österr. Oberleutnant 458.
v. Dungern, Freifrau, geb. Freiin Marschall von Bieberstein 340.
Ebner, Zeitungskorrespondent 21.
Eckert, Geheimsekretär 69. 240.
v. Eisendecher, Wilhelm, Bundestagsgesandter für Oldenburg, Anhalt und Schwarzburg 5. 15. 66. 79. 98. 99. 106. 110. 118. 124. 125. 135. 161. 217. 240. 270. 301. 334. 340. 341. 342. 415. 430. 499. 521—523.
v. Eisendecher, Stallmeister 522.
Elisabeth, s. Preußen und Österreich.
Erdmann, Geheimrat 415.
Graf Esterházy, Georg, österr. Gesandter in Madrid, dann in Berlin 480.
Graf Esterházy, Valentin, österr. Gesandter in München, dann in St. Petersburg 222. 383. 453. 497.
Eugenie, Kaiserin 284—287. 290. 462. 484.
Graf Eulenburg, Fritz, 1853 Generalkonsul in Antwerpen 366.
v. Faber, württ. General, Militärbevollmächtigter am Bundestage 289.
Faber, nass. Präsident 459.
Fabricius, Römer 26.
Fane, brit. Gesandtschaftsattaché 180. 182.
Fenner v. Fennenberg, Ferdinand, Führer der pfälzischen Insurrektion 1849: 83.
Finger, Kaufleute 397.
Firmenich, Preßagent 240.
Fischer, Hannibal 144. 145. 170. 173. 175. 267. 395. 407. 408. 416.
Fischer, Sohn Hannibal F.s 416.
Flandern s. Philipp.
v. Flemming, Landrat 265.
v. Fonton, russ. Botschaftsrat in Wien 188. 198. 199. 208.
Fox, englischer Staatsmann 374.
—, Henry, brit. Gesandter am Deutschen Bunde (1839) 158.
Francke, Karl, Statthalter in Schleswig 165.
Frantz, Konstantin, Publizist 10. 26. 27. 230. 231. 238.
Franz Josef s. Österreich.
Fraoul von Weissenthum, österr. Major 396.
Freiburg, Erzbischof von — s. Vicari.
Freytag, Gustav 434.
Friedrich der Große s. Preußen.
Friedrich Wilhelm s. Hessen und Preußen.
v. Fritsch, Bundestagsgesandter für S.-Weimar, S.-Meiningen, S.-Coburg-Gotha und S.-Altenburg 5. 15 36 40. 56. 107. 109. 110. 156. 217. 240. 317. 340. 342. 430. 499.
Fürstenberg, standesherrliche Familie 160.
Graf v. Fürstenberg-Stammheim 41. 316.
v. Gagern, Heinrich 165. 461.
— —, Max 461.
— —, Frau, geb. Tillmann 461.
v. Galen, westf. Familie 408.
Garliep, dän. Konferenzrat 202. 203. 208.
Geiger, Polizeidirektor 415.
v. Geißel, Erzbischof 415.
v. Gerlach, Leopold, Generaladjutant 6. 16. 22. 28. 145. 164. 166. 168—170. 215. 220. 221. 286. 287. 310. 311. 313. 314. 348. 362. 377. 378. 379. 414. 475 513.
v. Gerlach, Ludwig, Appellationsgerichtspräsident 287. 405. 414. 423.
Gervinus, Professor 321.
v. Glinka, russ. Geschäftsträger in Frankfurt 153. 297. 298. 422. 428. 429. 462.
Graf Gobineau, franz. Legationssekretär 494.
Gräfin Gobineau, geb. Monnerot 494.
Graf Görtz, gr. hess. Gesandter in Berlin 160. 331—333 346. 347. 349. 351. 521.
Goldheim, Polizeiagent 31.
Goldschmidt, Angestellter Rothschilds in Wien 279.
Graf v. d Goltz, Karl, preuß. Militär 23. 24. 212. 298. 314. 316.
Graf v. d. Goltz, Robert (geb. 1817, gest. 1869) 5. Oktober 1850 bis Mai 1851 preuß. Ministerresident bei der Freien Stadt Frankfurt, dann z. D. 5. 6. 61. 62. 92. 95. 161. 179. 228. 239. 240—242. 245. 316. 344. 345. 362.
Fürst Gortschakow, Alexander, russ. Staatsmann 10. 139. 140. 161. 441. 466. 510. 515. 518.
Graf v. d. Gröben, General 451.
Großbritannien, Victoria, Königin von — 7. 10. 68. 76. 461.
Graf Grünne, österr. General 180. 195. 196.
v. Gruner, Justus, Wirkl. Legationsrat, Mai bis August 1851 der preuß. Bundestagsgesandtschaft beigegeben 19. 25. 241.
Frhr. v. Günderrode, Bürgermeister (Schöffe) von Frankfurt a. M. 9. 264. 398.
Frau v. Günderrode 165.
Herzog von Guiche, franz. Diplomat 263.
v. Haber, Bankier 321. 323.
Hadermann, Demokrat 11. 19. 231. 232.
Häberlein, Dr., Antiquitätenforscher 397.
v. Hammerstein, hann. Minister 360. 361.
Fürstin von Hanau, vorher Gräfin von Schaumburg 103. 343. 354. 355. 387. 428.
v. Handel, österr. Diplomat 259. 260.
Hannover, Ernst August, König von — 87. 105. 253 379.
—, Georg V., König von — 87. 147. 198. 214. 227. 235. 245. 261. 299. 356—360. 362. 379—381. 438.
—, Marie, Königin von —, geb. Prinzessin von Sachsen-Altenburg 359.
Graf Hardegg, österr. General 191.
Harnier, Dr., Vertreter Frankfurts am Bundestage 342.
Graf Hartig, österr. Gesandter in Kassel 103. 172.
Hassenpflug, H. D., kurhessischer Minister 21. 172. 224. 338. 386. 387. 408. 428. 439. 440. 442.
Fürst Hatzfeldt, Hermann Anton 366.
Graf Hatzfeldt, Maximilian, preuß. Gesandter in Paris 242. 282 365. 485.
Graf Hatzfeldt-Weißweiler 320.
Gräfin Hatzfeldt, Sophie, geb. Gräfin Hatzfeldt (Geliebte Lassalles) 320.
Graf Haugwitz, preuß. Staatsmann 212.
v. Haxthausen, August, Schriftsteller 408.
Hecker, Freischarenführer 11. 507.
Heffter, Abgeordneter 134.
Hehner, Literat 277 278. 296. 422. 507.
v. Helden, Leutnant 25.
Hentzi, österr General 198.
Hepke, Geh. exped Sekretär 240.
Hergenhahn, August, nass. Jurist 21.
v. Hermann, bayerischer Ministerialrat (Nationalökonom) 90.
Herwarth v. Bittenfeld, preuß. Oberst (später Feldmarschall) 5. 6. 298. 363. 409.
Heß, österr. General 180. 362.

Hessen, Kurfürst Friedrich Wilhelm von — 2. 103. 111. 172. 228. 312. 322. 343. 355. 386. 387. 408. 439 461 487.
—, Großherzog Ludwig II. von — 506. 507.
—, Großherzog Ludwig III. von — 24. 329—333. 345—349. 405. 442. 450. 506. 507. 517. 519. 520.
—, Großherzogin Mathilde von —, Tochter König Ludwigs I. von Bayern 234. 329. 405.
—, Emil, Prinz von — 160. 224—226. 339. 351. 424. 442 449 450. 517. 519.
—, Friedrich, Prinz von — 344.
—, Anna, Gemahlin des Prinzen Friedrich von —, geb Prinzeß von Preußen 343.
—, Prinzessin Karl von —, (Elisabeth) geb. Prinzessin von Preußen 506. 517
—, Georg, Landgraf von —, vormals Brigadekommandeur in Königsberg i. Pr. 9.
—, -Philippsthal-Barchfeld. Alexis, Prinz von — 439
— — —, Luise, geb. Prinzessin von Preußen (vermählt seit 27 April 1854) 439.
Hessenberg, Senator in Frankfurt a. M. 9. 11. 19. 30. 72. 264 269.
v. Heyden, Schöffe, dann Bürgermeister von Frankfurt a. M. 78 263 264
von der Heydt, preuß Minister 16.
v Hinckeldey, Polizeipräsident 83. 224.
Hirsch. Professor, Anwalt der hann. Ritterschaft 381
Hock, österr. Ministerialrat (Nationalökonom) 87. 90. 91. 97. 101. 103. 104. 180. 199. 249. 295.
—, Frau 87.
Höpke s. Hepke.
Hoffmann von Fallersleben 282.
Hohenlohe, standesherrliche Familie 160.
—, Felix, Prinz zu —, Präsident des Vereins zum Schutz der nationalen Arbeit 175 408 461.
Graf Hohenthal, Adolf, kgl. sächs. Gesandter 228. 386 387
Gräfin Hohenthal, geb Freiin v. Berlepsch, als Gräfin Bergen morganatische Gemahlin des Kurfürsten Wilhelms II. von Hessen 228. 234. 311 312. 386 387
Fürst von Hohenzollern, Karl Anton 450.
Lord Holland. Henry Fox († 1859) 344.
Holstein, Christian August, Herzog von Schleswig-—-Augustenburg 12. 22. 48—52. 56. 57 59 bis 61 63—65 68 73—77 85. 87—89. 91—94. 143 145. 148—152. 154. 156 162. 165. 168 bis 172. 175. 176 201—204 208. 231. 234 244. 251 257 258 262. 273 287 293. 302. 339.
—, Friedrich, Prinz von Schleswig — (Prinz von Noer), Bruder des Herzogs Christian August 12. 92 93. 152.
—, Christian. Prinz von —-Glücksburg (später König von Dänemark) 60. 65. 75. 89. 90. 92. 150 200. 270
—, Friedrich Christian, Herzog von Schleswig-—-Augustenburg, Vater des Herzogs Christian August 48 49.
—, Luise Auguste, Herzogin von Schleswig-—-Augustenburg. geb Prinzessin von Dänemark, Mutter Herzog Christian Augusts 48. 49.
—, Friedrich, Erbprinz von Schleswig-—-Augustenburg 48 50 52 57 60 282
— Christian. Prinz von Schleswig-—-Augustenburg 48. 50. 52. 57. 60. 282.
Holstein, Luise, Prinzessin Christian von —-Glücksburg, geb. Prinzessin von Hessen-Kassel, 150.
—, Luise, Herzogin von Schleswig-—-Augustenburg, geb. Gräfin v. Danneskiold-Samsoë, Gemahlin Christian Augusts 49. 50. 60. 91. 302.
—, Luise Auguste, Prinzessin von Schleswig-—-Augustenburg 49. 302.
—, Amalie, Prinzessin von Schleswig-—-Augustenburg 49. 302.
—, -Plön, Herzog von — 60.
Frhr v. Holzhausen, Adolf, Vertreter der 16. Kurie am Bundestage 40. 252. 254—256. 267. 299. 334. 341. 342. 397. 499. 521.
— — —, Karl 397.
— — —, österr. Major 397.
Graf Hompesch 60.
Horn, Abteilungsdirektor im Finanzministerium 240.
v. d. Horst, General 217. 510.
Hübbe, Hamburger 157.
v. Hübner, österr. Gesandter in Paris 257. 431. 441. 455 467. 476. 479.
Jacobi, General, hann. Gesandter am Bundestage 391. 401. 408.
Jerome s. Napoleon.
Graf Ingelheim, österr. Gesandter in Kassel 153.
v. Isenburg-Birstein, Fürstin 457. 461.
— — —, Fürst 457.
— — -Wächtersbach, Graf 386. 387.
— — —, Gräfin, geb. Gräfin Schaumburg 387.
— —, s. a. Ysenburg.
Jucho, Advokat, Frankfurter Politiker 165.
v. Kehler, Legationsrat 240.
Kelchner, Joh. Andreas, Hofrat bei der preuß. Bundestagsgesandtschaft (geb. 1789, gest. 1865) 3. 31. 239. 240. 278. 504.
v. Kessel, preuß. Oberst 5. 6. 163. 223. 234. 240. 319. 363. 386.
v. Kessel, Frau 234.
Keßler, preuß. Leutnant 44.
v. Ketteler, Bischof von Mainz 394. 408. 410. 413.
v. d. Kettenburg, mecklenb. Gutsbesitzer 257. 258. 300 301 312. 333—335. 338. 343. 521.
Graf Kielmansegge, Eduard, hann. Finanzdirektor, dann Gesandter am Bundestage 359. 379. 381. 461. 472. 484 489. 492. 498. 499. 504. 509.
Graf Kielmansegge, österr. Oberleutnant 499.
Kindermann, Jesuitenpater 234.
Kirchenpauer. Senator, Vertreter Hamburgs am Bundestage seit 20. Oktober 1851: 128 157. 342. 430
v. Kleist-Retzow, Oberpräsident der Rheinprovinz 25. 85 223. 234 239 415.
Klenze, hann. Generalsteuerdirektor 66. 70. 87. 90. 106 206. 209—215. 220. 227.
Klindworth. politischer Agent 189. 236. 237.
Kloß, Bürgermeister von Frankfurt a. M. 264.
v. Klützow, Reg.-Rat 44.
v. d Knesebeck, Feldmarschall 515.
Graf Knyphausen. hann. Gesandter in Berlin 170. 379.
Gräfin Knyphausen 519.
v. Könneritz, kgl. sächs. Gesandter in Wien 183. 186 193 208.
v. Koller, österr. Gesandter in Hannover 148. 235. 251. 381 438
Kossuth. Ludwig, Führer der ungar. Revolution von 1849: 344.
Kowalewsky. russ. Oberst 461.

v. Krauß, österr. Justizminister 191.
Krebs-Schmitt, Buchdrucker 397.
Kreidel, bad. Kabinettssekretär 394.
v. Krieg, bad. Oberst, Flügeladj., Militärbevollmächtigter am Bunde 103. 289.
Krüger s. Crüger.
v. Kübeck, Präsident des österr. Reichsrats 162. 188. 189.
Graf Kuefstein, österr. Gesandter in Dresden 504.
Kühlau, preuß. Major 43.
Kühne, Generalsteuerdirektor 211.
Kutscheit, Journalist 7. 9.
v. Lackenbacher, Sektionsrat 174. 422.
de Lacour, franz. Gesandter in Wien 263.
Lamberg s. Thun.
v. Lamprecht, Präsident des Hauptbankdirektoriums zu Berlin 16
v. Langenau, General, österr. Gesandter in Hannover, dann in Stockholm 153. 251.
Lannoy, standesherrliche Familie 160.
Lansdowne, Marquis von —, engl Minister 497.
v. Lecoq, Unterstaatssekretär 83. 143. 150.
Lehmann, geschiedene Rittmeister, s. Fürstin von Hanau
Lehmkuhl, Westfale 234.
Fürst v. Leiningen, Karl 8. 428.
Erboraf zu Leiningen-Billigheim, Carl 413. 418. 430.
Graf v. Leiningen-Westerburg, Feldmarschalleutnant 118 121 161 257. 295
Leiningen, standesherrliche Familie 160.
v. Lenthe, Hannoveraner 379 381
v. Leonhardi, Freiherr, Vertreter der 16 Kurie 341.
Leonhardi, hess. Gesandter 365
Leopold I., König der Belgier 201 204. 407. 461. 485. 486
Leopold, Herzog von Brabant, Kronprinz von Belgien 366 485.
v. Lerchenfeld, Gustav, bayerischer Staatsmann 313.
v. Lersner, Advokat 396. 397
von Leuchtenberg, Maria, Herzogin von —, Tochter Kaiser Nikolaus I von Rußland 23.
Lex, nass. Präsident 425.
Libeyni, Attentäter 297 298. 494.
Fürst Lichnowsky, Felix († 1848) 21.
Lieven, Fürstin, Dorothea, geb Benckendorff († 1857) 487
Limburg, Bischof von — s. Blum.
Limpurg, Gauerbschaft 398.
v. Linde, Liechtensteinscher Bundestagsgesandter 37. 71 254. 255 301 334 416 494
v. Linden, württ Gesandter in Wien 181—183. 186 208 225
—, Frau, geb v Hügel 181.
Fürst zur Lippe, Leopold 323. 324 404. 408. 416.
Graf v. Loë Maximilian, auf Wissen 24.
Loftus, Augustus Lord, brit Gesandtschaftsattaché in Baden 225 230
Prinz Löwenstein, preuß. Diplomat 452.
Louis Philippe, König von Frankreich 290.
Lücht, Beichtvater der Großherzogin Mathilde von Hessen 234
Lüders, schleswigscher Auditeur 165.
v. Lütcken, hann. Minister 379. 381. 391. 438 444. 498
Graf Lynar, Maximilian, Gesandtschaftsattaché 126 193. 321. 409.
Mätzke, Mitglied der 1. Kammer 134.
Malet, Sir Alexander, brit. Gesandter am Bundestage seit 12. Februar 1852: 153. 166. 221—226. 230. 234. 239. 244. 277. 297. 298. 344. 427. 441. 456 463. 494. 510.
Malet, Lady 344.
Malten, Redakteur 53.
v. Maltitz, russ. Gesandter im Haag 366.
v. Manteuffel, Bertha, geb. v. Stammer, Gattin des Ministers Otto v. Manteuffel 16. 20. 23. 27. 44. 52. 56. 64. 69. 166. 168 192. 207. 208. 210. 221. 224. 238. 245. 262. 265. 273. 278. 282. 285. 297 313. 315. 317. 322. 326. 345. 355 356 366. 377. 382. 383. 410. 423. 428. 430 441 442 462. 465 475. 491. 494 509. 516. 519.
v. Manteuffel, Carl, Freiherr, Unterstaatssekretär im Min. d. Innern, Bruder Ottos 44. 69. 165. 221. 313. 462. 465.
v. Manteuffel, Otto, Freiherr, Sohn des Ministers Otto v. Manteuffel 296 356. 422.
Marschall v. Bieberstein, August, Freiherr, bad. Bundestagsgesandter 5. 79. 81. 103. 109 113. 164. 216 263 301 338 342. 347. 348 394. 409. 413. 472. 484. 487. 489.
Marschall v. Bieberstein, Freifrau, geb. Freiin von Falkenstein 338 409
v. Martini, österr General 422
Mathias Corvinus, König von Ungarn 197.
Mathis, Geheimrat 239—241.
Mazzini, Guiseppe 8. 298.
Mecklenburg-Strelitz, Georg, Großherzog von — 464.
Meidinger, J. B., Expedition in Frankfurt a. M. 21
Meiningen s. Sachsen.
Menschikow, Fürst, russ. Admiral 316.
Graf Mensdorff, Alexander, österr. Gesandter in St Petersburg 251
Frhr v. Menßhengen österr. Ministerresident in Frankfurt a M 242 284.
Menzel, Wolfgang Schriftsteller 41. 102.
Mertens, Feldmarschalleutnant 432. 507.
Fürst Metternich, Clemens, österr. Staatskanzler 51. 179 287 408 416 427 428
Fürstin Metternich, Melanie, geb. Gräfin Zichy, 3 Gemahlin des Staatskanzlers 51.
Metz, hess Abgeordneter 404
Metzler, Frankfurter Kaufmann 4.
—, Frankfurter Kaufmannsfrau 4. 95.
v. Meyendorff, Peter, russ Diplomat, 1839—1850 Gesandter in Berlin, 1850—54 in Wien 26 27.
v. Meyendorff, Frau, geb Gräfin Buol 7. 95. 161. 179 181 238
Meyerhofer österr General 457 486. 487.
v. Meysenbug, Rivalier —, Otto, österr. Ministerialrat 411
v. Meysenbug, Rivalier —, Wilhelm, bad. Gesandter in Berlin 411 419 432.
Milbanke, Sir Ralph engl. Gesandter in München 222. 223 239 244 245. 297
Mohr, Apotheker, Parlamentarier 316.
Molitor, Jos Franz, Professor (Theosoph, † 1860) 86
Graf Moltke, Carl, dän. Minister für Schleswig 169
Graf Montgelas, bayer. Gesandter in Hannover 148
— —, bayer Politiker 477.
Gräfin Montijo s. Eugenie.

Graf Monts, preuß. Offizier 386.
Graf Münch-Bellinghausen, Joachim Eduard, 1823 bis 1848 österr. Präsidialgesandter am Bundestage 336. 339.
Frhr. v. Münch-Bellinghausen, Josef, großh. hess. Bundestagsgesandter 5. 38. 57. 71. 72. 79. 122. 123. 263. 299. 300. 301. 331—333. 338. 339. 342. 345. 347. 386 399. 402. 404. 472. 484. 489. 506. 509. 513 520.
v. Münchhausen, Alexander, hann. Ministerpräsident 28 Okt. 1850 bis 22. Nov. 1851: 87. 380
Graf Münster-Meinhövel, Major, preuß. Militärbevollmächtigter in St. Petersburg 288. 290.
Mumm Frankfurter Kaufmann 4.
—, Frankfurter Kaufmannsfrau 4.
Nahegang, Demokrat 20.
Napoleon I 226 484.
Napoleon III. 106 143 157. 158. 204. 205. 207. 208 226. 262. 263. 265—268. 271—278. 280 bis 287. 290. 323. 344 407. 441. 447. 484 bis 486 497 505 519. 520.
Napoleon, Jerome, Prinz (Plon-Plon) 441.
Nassau, Adolf, Herzog von — 21. 101. 102. 118. 121. 207. 224. 227. 234. 236. 245. 268. 349 bis 351. 353. 420 424. 425. 442. 458. 459. 487. 489 494
—, Adelheid, Herzogin von —, geb Prinzessin von Anhalt-Dessau 121.
—, Pauline Herzogin von —, geb. Prinzessin von Württemberg 7
—, Helene, Prinzessin von — 7.
Baron Nell österr. Ministerialrat 4. 13. 14. 87. 105 240
— —, Sohn des vorigen 105.
Herzog von Nemours, Ludwig, 2. Sohn König Louis Philipps von Frankreich 394.
Graf Nesselrode. russ Reichskanzler 165. 166. 176. 194. 195 198. 199. 237. 515.
Neßler, Bürgermeister zu Frankfurt a. M. 232. 243
Neuburg, Bürgermeister zu Frankfurt a. M. 232.
v Neurath, württ. Minister des Äußern 225.
Niebuhr. Markus Kabinettsrat 92.
Niederlande. Wilhelm III., König der — 339.
—, Sophie Königin der —, geb. Prinzessin von Württemberg 15.
—, Anna. Königin-Mutter der Niederlande, Tochter des Zaren Paul 366.
Noër ∫ Holstein
Graf v. Nostitz, General der Kavallerie, a. v. Gesandter Preußens in Hannover 86. 95. 167. 235. 254 380 381 500 504
v. Nostitz und Jänckendorf, Julius Gottlob, Bundestagsgesandter des Königreichs Sachsen 18. 39. 97 98 100. 110. 111 115. 122. 135 157. 160. 174 216 250. 259. 271. 275. 276. 280. 299 303. 307 312. 328. 329. 337. 342 352. 401—403 405. 460. 462. 465. 472. 484. 487. 489 492 498 504. 509.
v Nostitz, Sohn des vorigen 337.
v Oertzen, Jasper (geb 1801 gest. 1874), mecklenburgischer Bundestagsgesandter 8. 18. 71. 110. 154 216 221 299 301. 312. 340. 342. 454. 472 478 484 489 499.
v Oertzen österr Offizier, Sohn des vorigen 340.
Österreich, Franz Josef, Kaiser von — 31. 44 69. 145 176—178 180—182. 189—198. 200. 228. 249. 257. 287. 288. 297—299. 401. 414. 441. 442. 454. 455. 457. 467. 476. 477. 479. 494. 500.
Österreich, Elisabeth, Kaiserin von —, geb. Prinzessin von Bayern 441. 442.
—, Sophie, Erzherzogin von —, Tochter des Königs Maximilian Josef von Bayern, Mutter Kaiser Franz Josefs 145. 177—179. 182. 192.
—, Franz Carl, Erzherzog von —, Vater Kaiser Franz Josefs 182.
—, Albrecht, Erzherzog von — 197. 506. 507.
—, Heinrich, Erzherzog von — 197.
—, Stephan, Erzherzog von — 505.
—, Hildegard, Erzherzogin von — 197.
—, Marie, Erzherzogin von —, Gemahlin des Herzogs von Brabant (späteren König Leopolds II. von Belgien) 485.
Oldenburg, August, Großherzog von — (gest 27. Februar 1853) 50. 64. 76. 93. 94. 270. 522.
—, Peter, Großherzog von — 521.
Omer Pascha, türkischer Feldherr 295.
Graf Orloff, Alexei, russ. Diplomat 422. 426. 429.
v. Otterstedt, Friedrich, preuß. Vertreter in Darmstadt. Wiesbaden und bei der Freien Stadt Frankfurt 18. 23. 44. 54. 94. 329. 330.
— —, Frau, Sophie, geb. v. Fehleisen 44. 94. 329.
Otto, Kanzleidiener 3.
v. Oven, Senator 269.
v. Ozeroff, russ. Diplomat 298.
Palmerston, Viscount, brit. Staatsmann, 1843 bis 1852 Staatssekretär des Äußern 29. 65. 76.
Freiherr v. Patow, 1848 preuß. Handelsminister, 1858—1862 Finanzminister 1. 398
v. Perglas, hess Oberhofmarschall 507.
Pernice, Professor der Rechte in Halle 25. 88.
Graf Perponcher-Sedlnitzki, ∫ 7. Sept. 1853 preuß. Ministerresident bei der Freien Stadt Frankfurt a M. u am nass. Hofe 409. 420. 428. 451.
Gräfin Perponcher, geb Gräfin Maltzan 409.
Pettre, brit. Legationssekretär 95.
v. Peucker, preuß. General, Kommissar d. Bundeszentralkommission 6. 245.
v. d. Pfordten, bayer. Staatsmann 148. 161 205. 222. 224. 225. 229. 239. 244. 253. 281 297. 384. 414 457 461. 476 477. 487. 511. 517.
v. Philippsberg, österr. Geschäftsträger in Karlsruhe 113. 418.
Frhr. v. Pillersdorff, 4. Mai—8. Juni 1848 österr. Ministerpräsident (gest. 1862) 191.
Pitt d. J., englischer Staatsmann 374.
Plate oldenb Major 521 522.
Graf Platen-Hallermund, Adolf, hann. Geschäftsträger in Wien 70. 178. 181. 183. 184. 186 bis 188 192. 193. 199—202. 206. 208—211. 213. 220. 227
v. Plötz, dessauischer Minister 523.
Graf Pourtalès, Albert, Wirkl. Leg. Rat 228.
Pralormo, sardin. Vertreter in Paris, seit 10. Sept. 1851 beim Deutschen Bunde 29.
Preußen, Friedrich d. Große, König von — 105.
—, Friedrich Wilhelm III., König von — 2.
—, Friedrich Wilhelm IV., König von — 1—3. 9. 18. 19. 23. 24 31 32. 35. 38. 44. 45. 48—51. 55. 59. 60. 62. 64. 65. 67. 68. 88. 89. 92. 93. 96. 102. 106. 111. 122. 129. 134. 135. 141. 143. 149—152. 155—157. 160. 164. 165. 167. 168. 170 171 176—182. 187. 189. 196—198. 200 bis 202. 219. 224. 233 238. 241. 245. 246 252 bis 254. 261. 262. 265. 266. 272. 276. 279. 281. 284. 286. 288—290. 292. 293. 297. 302. 308.

310—312. 314. 316. 317. 322. 326—329. 332. 333. 336. 342. 345—348. 355—358. 361. 362. 364—366. 376—380. 382. 383. 385—387. 389. 391. 392. 397. 402. 405. 406. 409—412. 414. 417. 418. 420. 421. 427. 434—437. 440. 442. 450—452. 454. 457—459. 461. 462. 467. 469. 470. 475. 478—481. 483. 485. 486. 488. 491. 493 496 501—503. 505. 506. 510. 513. 514. 516—521. 523

Preußen, Elisabeth, Königin von —, Gemahlin Friedrich Wilhelms IV., Tochter des Königs Max Josef von Bayern 177. 178. 197.

—, Wilhelm, Prinz von — (später Kaiser Wilhelm I.) 5. 6. 10. 12. 20. 23. 24. 25. 61. 63. 77. 86. 163—165. 208—210. 212—215. 220. 221. 223. 228. 234 240 241. 261. 267. 289—292. 298—299 310. 314. 316. 317. 340. 361—379. 434—436. 450—452. 466. 506. 507.

—, Augusta, Prinzessin von — (spätere Kaiserin), geb. Prinzessin von Sachsen-Weimar 8. 12. 16. 61. 85. 86. 164 208. 228. 316. 461. 462.

—, Wilhelm (d. Ä.), Prinz von —, Bruder Friedrich Wilhelms III. († 28. September 1851) 20. 67. 68. 506. 507.

—, Karl, Prinz von —, Bruder Friedrich Wilhelms IV 343.

—, Marie, Prinzessin —, geb. Prinzessin von Sachsen-Weimar, Gemahlin des Prinzen Karl 343. 345 347.

—, Friedrich, Prinz von — 466.

—, Anna, Prinzessin von —, s. Hessen.

—, Charlotte, Prinzessin von —, s. Rußland.

—, Elisabeth, Prinzessin von —, s. Hessen.

—, Luise, Prinzessin von —, s. Hessen-Philippsthal.

Freiherr v Prokesch-Osten, Anton, Feldmarschalleutn. (geb. 1795. gest. 1876), 1849—1853 österreich. Gesandter in Berlin, seit 24. Jan. 1853 Präsidialgesandter am Bundestage 2. 58. 166. 167. 179. 181. 190. 200. 211 249—251. 254. 257. 278. 280—282. 284. 287. 288. 290. 292—298. 300—302 304—307. 309—315. 318. 320—322. 324—328. 330. 335. 336. 343. 344. 347. 348. 351—353. 355. 361. 362. 364. 365 380—392. 394 397 399. 400—402. 404. 405. 407—409. 411—413 415 416. 420—422. 426—429. 431. 439—442 451—453. 455. 458. 464—469. 474. 478—480. 482—485. 487—489. 492—496. 498. 499. 503—505. 507. 509—515. 517. 518. 520.

v. Prokesch. Irene, geb. Kiesewetter, 288, 290. 326. 474

Graf Pückler, Hofmarschall 23. 223. 314.

Pyrrhus, König von Epirus 189.

Quehl Ryno, Publizist 27. 28. 41. 73. 84. 135. 205. 206—208. 220. 285. 296. 313. 343. 355. 362 378

v. Rabe. preuß. Finanzminister 16.

v. Radowitz, Josef, deutscher Staatsmann 9. 10. 12. 27. 28. 86. 165 242.

Fürst Radziwill, Wilhelm, preuß. Gen.-Lt. und Kommandeur der 6. Division 24. 208.

Rau, Nationalökonom 213

v. Raumer, Kultusminister 235. 237. 239. 258.

Graf Rechberg-Rothenlöwen, Bernhard (geb. 1806, † 1899), österr. Staatsmann 167. 179. 221. 237. 251 257 422.

Baron Reden, Statistiker, 249.

Graf Redern. preuß. Gesandter in Dresden 500. 504.

Reichensperger, August, Parlamentarier 316. 339.

Reichensperger, Peter, Parlamentarier 339.

v. Reinhard, Ludwig, württ. Bundestagsgesandter 5. 22. 68. 103 109. 115. 116. 118. 122. 156. 204. 239. 242. 271. 275—277. 280. 282. 303. 307. 328. 337. 338. 342. 347. 463. 472. 484. 489. 504. 509.

— —, Gattin des Bundestagsgesandten 5. 326. 463.

— —, russ. Professor, Vater Ludwigs v. R. 463.

Graf Reinhard, Karl J., franz. Diplomat 463.

v. Reischach, österr. Offizier 409.

v. Reitzenstein. preuß. Militärbevollmächtigter am Bundestage, Generalleutnant 467. 468. 485. 519. 522.

v. Reuter, Frau 165.

Graf Reventlow 12.

Gräfin Reventlow 60 (zwei).

v. Reyher, General, Chef des Gr. Generalstabes 362.

v. Rochow, Theodor Heinrich Rochus, preuß. General, Gesandter in St. Petersburg und am Bundestage (geb. 1784, gest. 1854) 3. 5. 6. 10. 12. 13. 15. 16. 18—20. 23—26. 28. 29. 31—33. 40—42. 52. 80. 86. 115. 179. 198. 211. 220. 273. 277. 290.

v. Rochow s. Ugarte.

v. Roditzky, österr. General 328.

v. Röder, Eugen, 518.

Rommel, kurhess. Zollvereinsbevollmächtigter 117. 211.

v. Rosenberg, preuß. Legationssekretär 192. 254. 258. 273

Graf Rossi, italienischer Diplomat 85.

Gräfin Rossi s. Sontag.

v. Rothschild (Amschel) 43. 84. 125. 126. 129. 146. 262. 276 278. 279. 284. 285. 287. 309. 321. 323. 344. 399. 403. 457. 463.

— —, Meyer Carl 278. 279. 311. 399.

Rudloff, Regierungsassessor 12. 14. 19. 28. 31. 62. 63. 69. 84. 94. 103. 206. 220.

Rüdt v. Collenberg, bad. Minister 12. 13. 103. 113. 417. 418. 430.

Rumpf, Vertreter Frankfurts a. M. in Paris 268.

Runkel Dr., Preßagent 6 7. 14. 83.

Rußland, Nikolaus I., Kaiser von — 3. 9. 88. 170. 192. 197. 200. 220. 238. 278. 388. 422. 428. 441. 480. 481

—, Alexandra, Kaiserin von —, geb. Prinzessin (Charlotte) von Preußen 153.

—, Peter III., Kaiser von — 230.

Rutenberg, Redakteur 62. 63.

v. Rzikowsky. 2. Bevollmächtigter Österreichs bei der Militärkommission am Bundestage 4.

Sachsen, Friedrich August II., König von — 253. 484.

—, Carola, Königin von —, s. Wasa.

— -Coburg, Ernst II., Herzog von — 428. 477.

— -Meiningen, Bernhard, Herzog von — 409.

— —, Georg, Erbprinz von — 322.

— —, Charlotte. Erbprinzessin von — 322.

Salm, standesherrl. Familie 160.

Sander, Geheimsekretär 86.

Sarg, Hotelbesitzer 77. 78.

v. Savigny, Charles, Vertreter Preußens am bad. Hofe 5. 12 13. 54. 164. 219. 220. 225. 238. 267. 410. 413. 418. 419. 430. 431. 434.

v. Savigny, Frau. geb. Gräfin Arnim 411.

Sayn-Wittgenstein s. Wittgenstein.

v. Schack, preuß. General, Kommandant von Mainz 6. 24. 86.

v. Schäffer-Bernstein, hess. Gen.-Lt., Kriegsminister 330—333 348 349. 387.
Schäffer. C., Redakteur in Darmstadt 21.
v. Schätzell, anhalt-bernb. Minister 334. 523.
Scharff-Böcking, Kfm. 397.
Schaumburg ſ Hanau.
Frh v. Schele Eduard (geb. 1805, gest. 1875), Hann. Gesandter am Bundestage, 12. Nov. 1851 bis 21 Nov. 1853 Ministerpräsident 8. 9. 14. 18. 39 46. 47. 57 72. 80. 81. 86. 87. 91. 96 97. 111 113 122. 124. 125. 130. 144. 147. 148. 156. 167 192 193 198. 214. 227. 235. 250 252 bis 254 299 334 359. 360. 362. 365. 366. 379—382
Scherer, Geh. Reg.-Rat 38. 366.
—, Sekretär der Handelskammer zu Triest, Schriftsteller 233
v. Scherff, niederländischer Geschäftsträger beim Deutschen Bunde, Stimmführer für Luxemburg und Limburg 5. 24. 66. 107. 110. 229. 239 240. 275 280 282. 295. 339. 340. 342. 384. 406. 430 499.
— —, Frau 234. 340
— —, Pauline, Frl. 25. 240. 340.
— —, Sohn des Gesandten 339.
Schirges, Georg, Dr., Dichter u. Schutzzollpolitiker († 1879) 175 233.
Schleswig ſ Holstein.
Gräfin Schlieben 60.
v. Schmerling, österr General, 1. Bevollmächtigter Österreichs bei der Militärkommission am Bunde 4. 24. 25 32. 83. 163. 257. 293. 304—306. 315 322. 329. 363. 386. 396. 484.
Schmidt, Lt. a. D. 83.
Fürstin Schönburg-Hartenstein, Aloise, geb. Prinzessin zu Schwarzenberg 180.
Schrader, Konsistorialrat 291
v. Schreckenstein, Roth- preuß General 42. 106. 136.
Freiherr Schrenck von Notzing und Egmating, Karl (geb. 1806, gest 1884), bayer. Bundestagsgesandter seit d. 21 Nov. 1851: 119. 122. 123. 131—133. 138 142—144 146. 154—156. 208. 212 216. 228 239 242 262. 271. 272. 275—277 280 bis 282. 284 303. 307 310. 312. 313. 325. 336. 337 342. 347 353. 383—385 387. 401. 402. 442. 444. 448 451—453 457 460. 465—467 469 471. 472. 482—484. 487. 489. 498—500. 504 509. 511 513. 515.
Schukowsky Wassili, russ. Dichter, Erzieher Kaiser Alexanders II 165.
v. d Schulenburg-Priemern, seit 22. 3. 1852 preuß. Geschäftsträger in Kassel 237. 267.
Schuler, preuß Lt 365
Schultz (Schulz), Polizeibeamter 30. 31. 83.
Schuster, Theodor Demokrat 19. 20. 231.
Graf Schuwalotff, russ Oberhofmarschall 153.
Fürst Schwarzenberg, Felix, österr. Staatsmann 4. 26 29 70 80. 97 101 105. 113. 119 138. 139. 145 146. 153 155 157. 162—164. 166 171. 180. 190 250 257 280 399 473. 515 519.
Schwarzenberg ſ Bretzenheim und Schönburg.
Graf Seckendorff, preuß. Gesandter in Stuttgart 450 462
Seebald Reg.-Präs. in Trier 463.
Sell, Professor der Rechte 239.
Graf Serrurier, franz Gesandter in Kassel 439.
Sieber, Bürgermeister von Frankfurt a. M. 9.
Smidt, Bürgermeister, Vertreter Bremens am Bundestage 82. 267.
Sontag, Henriette, Sängerin (Gräfin Rossi) 84. 85.
v. Spiegel, kgl. sächs. Oberstleutnant u. Militärbevollmächtigter am Bundestage 289.
v. Steffens, Sohn des Oberforstmeisters v. St. 31.
Frhr. vom Stein, Karl 515.
Stein, Lorenz, Professor (Nationalökonom) 216.
Stephanie ſ. Baden.
Stephanus, Polizeiagent 397.
Stiehl, Geheimrat 85.
v. Stietencron, Freund Bismarcks 324. 408. 416.
v. Stockhausen, preuß Kriegsminister 58.
— —, Geh. Justizrat 108, 117.
Frhr. v. Stockmar, Christian 452.
Graf Stolberg, Anton. Hausminister 84. 234. 245. 246
— —, Theodor, Gesandtschaftsattaché 84. 104. 162. 175 227 245. 246. 285. 288. 297. 303. 309. 310. 318. 321. 409. 410.
v. Strauß, schaumburg-lipp. Bundestagsgesandter 254. 255. 334
Stubenrauch, Demoiselle 425.
Stüve, hann. Staatsmann 147. 167. 379—381.
v. Sybel, Heinrich 55
v. Sydow, Rudolf, preuß. Vertreter in der Schweiz und in Württemberg 3. 10. 102. 165. 290. 398. 457
Graf Szechenyi, Emmerich, Sekretär der österr. Bundestagsgesandtschaft (später Botschafter) 9. 83 453
— —, Ludwig, k. k. Kämmerer 9.
Tabor, Advokat 170
Tallenay, Marquis von —, Gesandter Frankreichs am Deutschen Bunde 7. 8. 221. 224. 226. 227. 229. 262. 263 265 266. 268. 271. 272. 274 bis 284. 290 298. 301. 322. 344. 405. 407. 412. 413. 427 430. 441. 456. 479. 484. 494. 504. 505. 510. 517.
Talleyrand 246.
Tanatschek ſ Tomatscheck.
„Graf" Tascher 392
Teichmann, Frau, geb. Schaffhausen 316.
v. Testa. Heinrich, österr. Agent für die Moldau, zu Jassy 179
v. Tettenborn, Frau, Russin 19.
v. Thadden-Trieglaff, Adolf 67.
— — — Sohn Adolfs 67.
Thiele, Kfm 23
Thielen, Militäroberprediger 291.
Thiessen, Kanzleibeamter 240.
v. Thile, Hermann, preuß. Vertreter in Kurhessen, Waldeck und Lippe 108. 112.
v. Thümen, preuß Gen.-Lt 506 507.
Graf Thun-Hohenstein, Friedrich (geb. 1810, gest. 1881), österr Präsidialgesandter am Deutschen Bunde, nachher Gesandter in Berlin 2. 3—7. 9. 10. 13—15. 17. 21 28—30. 32—34. 37. 39 40. 43 45—47 51. 57 58 66. 67 69. 71. 72. 78—81 83—85. 87. 90. 91. 95—97 100. 103—105 107—113. 115. 116 119. 120. 122 bis 131 135 138—140. 143 146 153 155—164. 166—168. 171—174. 183. 189. 190. 193. 200. 201 204. 208. 210 212. 217 218 220. 222. 228 229 233. 237 240 243. 249—251. 254 bis 261. 276. 277. 279. 287. 295. 307. 311. 319. 345. 362. 389. 397. 399 401. 422. 441. 448. 457 464
Graf Thun, Bruder Friedrichs 167.
Gräfin Thun, Leopoldine, geb. Gräfin Lamberg (geb. 1825) 3. 4. 85. 95. 129. 250. 251.

Gräfin Thun, Thereſia, geb. Gräfin Brühl 251.
Fürſt von Thurn und Taxis, Maximilian 160. 352.
Thurn und Taxis, ſtandesherrl. Familie 160.
v. Tietzen, preuß. General 42.
Tillos, Heinrich, franz. Geſandtſchaftsſekretär 394. 395. 505. 506.
v. Titoff, ruſſ. Geſandter in Stuttgart 463.
Schneider (vgl. Spenerſche Zeitung 5. Sept. 1852) 242
v. Trott, Friedrich, kurheſſ. Bundestagsgeſandter 5. 44. 71. 79 103 111. 216. 267. 275. 322. 338. 339. 342 384. 386. 472. 498. 509.
Türk, öſterr Hauptmann 396.
v. Twardowsky, Oberſtleutnant, ſeit 8. Sept. 1853 2. preuß Bevollmächtigter in der Militärkommiſſion am Bundestage 240 522.
Graf Uexküll, Karl, Kammerherr 236.
— —, Rudolf, naſſ. Hofmarſchall 236. 350.
Gräfin Ugarte, Tochter des preuß Geſandten v Rochow 178. 193.
Uhden, Staatsminiſter, preuß. Bevollmächtigter in Kaſſel 71
Urſprung, Preßagent 504.
v. Uſedom, Guido, preuß. Diplomat 518.
v. Varennes, franz. Geſandter in Berlin 226. 227. 263. 266
Viale-Prelà, Michael, Kardinal und päpſtlicher Nuntius am öſterr. Hofe 413. 418.
v. Vicari, Hermann, Erzbiſchof von Freiburg 392 bis 394. 409. 410. 413 420. 430. 459
Victoria ſ. Großbritannien
v. Vincke, Georg, Parlamentarier 135. 147. 516.
Vollpracht, Präſident der Miniſterialabteilung der Finanzen in Naſſau 121. 207. 227 459.
Freiherr v. Brints, fürſtl. tax. Oberpoſtmeiſter 95. 161. 162. 240. 392. 433.
— —, Freifrau, geb. Gräfin Buol 7. 8. 22. 95. 161. 166. 171. 240. 282. 296. 321. 387. 392. 410.
— —, Cornelie (Nelly), Freiin, 95. 161. 240. 260. 410.
— — ſ. a. Bethmann.
Wagener, Herrmann, Redakteur der Kreuzzeitung 15. 27 28. 205—207. 210. 211. 285. 286.
Waldeck, Georg Victor. Fürſt zu (geb. 24. Jan. 1853) 108. 117.
—, Emma, Fürſtin zu — 108.
Graf Walderſee, Oberſt, dann General, preuß Bevollmächtigter bei der Militärkommiſſion in Frankfurt a M., ſeit 3. Aug. 1854 Kriegsminiſter 23. 31. 43. 51. 240. 288. 289. 305. 306 313 320. 363. 409. 440. 519.
Wallenſtein 26
Wallmoden, ſtandesherrl. Familie 160.
v. Wangenheim. Oberſt 45—47. 58. 117. 363.
Warrens, Eduard, Publiziſt und Leitartikler des „Cloud“ († 1872) 431.
Waſa, Carola, Prinzeſſin von — (ſpätere Königin von Sachſen) 207
Weber, Beda, Stadtpfarrer 397.
v. Wechmar, bad Miniſter 417. 418.
v. Wedell, Generalleutnant. Gouverneur v. Luxemburg 406. 497.
— —, Regierungspräſident in Merſeburg 16.
Wellington, Herzog von — 261.
v. Wendland, bayer Geſandter in Paris 476.
Wendt, preuß. Geh. Finanzrat 36. 68.
Wentzel, Otto, Legationsrat (geb. 1819, geſt. 1899; 21. Mai 1859 geadelt) 28. 31. 40. 42. 57. 73. 105. 106. 125—128 143. 144. 170. 171. 174. 206. 223. 236 240. 273. 278 283. 322. 323. 366. 367 382. 430. 434. 471. 478. 489. 491—493.
Wentzel, Frau des Legationsrats, geb. v. Wangenheim 170. 430. 478. 492. 493.
v. Werner, Unterſtaatsſekretär im öſterr. Miniſterium des Äußern 157 166. 261.
Frhr v Werther, Karl, preuß. Geſandter in Kopenhagen, ſeit 15. Juli 1854 in St. Petersburg 88. 89. 169 462.
Frhr. v. Werthern, Georg, preuß. Legationsſekretär in Wien 190. 193.
Lord Weſtmoreland, brit. Botſchafter in Wien 179.
v. Weſtphalen, preuß Miniſter des Innern 63. 220. 313.
Weſtphalen, Grafen 251.
Graf v Weſtphalen, F W., öſterr. Hauptmann 251.
— — —. Joſ Clem., preuß Oberſtleutnant 251.
— — —. Otto, preuß. Geſandter 251. 345.
Gräfin von Weſtphalen, Eliſabeth, geb Gräfin Thun 251.
Weumann, Hofrat bei der preuß. Geſandtſchaft in Wien 189
Wilhelm ſ Braunſchweig, Heſſen, Niederlande, Preußen. Württemberg.
Fürſt Windiſchgrätz, Feldmarſchall 144. 145. 180.
Windthorſt Ludwig. hann Miniſter 103. 147. 360. 381
v. Wintzingerode, naſſauiſcher Miniſter 15. 27. 101 bis 103. 121. 161. 162. 234. 462.
G. Wirth, Buchdrucker 397
Wiſt, Amtsaſſeſſor in Bockenheim 83.
Fürſt v Sayn-Wittgenſtein-Berleburg, Auguſt, naſſ. Staatsminiſter 24. 159. 160. 221—227 234. 236 239 257 329. 349—351. 353. 424. 425. 458. 459
Fürſt v Wittgenſtein-Hohenſtein, Adolf 160. 406. 449. 450
Fürſtin Wittgenſtein, geb. Gräfin Leiningen 272. 273.
Wittgenſtein, ſtandesherrl. Familie 160.
v. Witzleben, Oberpräſident der Provinz Sachſen 19 44
Württemberg, Wilhelm I., König von — 68. 102. 204. 221. 225. 230. 237. 245. 271. 338. 425. 463. 476. 477.
—, Karl, Kronprinz von — 405.
—, Olga Kronprinzeſſin von — 512.
—, Auguſt. Prinz von —, preuß. General 103.
—, Friedrich, Prinz von — 254.
Graf Wurmbrandt 144. 145 153.
v. Xylander, General, 8. Mai 1850—3. Dez 1851 bayer Bundestagsgeſandter. ſeit Dezember 1851 Bevollmächtigter Bayerns bei der Bundesmilitärkommiſſion 5. 34. 39 46. 71. 79 100 289.
Yſenburg, Guſtav, Prinz zu —, preuß. Geſchäftsträger zu Hannover 270. 358. 359.
— ſ. a Yſenburg
v. Zimiecki, Offizier 236.
Zirndorfer, Dr., Preßagent 8. 19. 42. 62. 63. 83 bis 85. 242. 243. 246. 272. 273. 296. 318. 354. 386. 405. 409.
Zitelmann, Karl Ludwig (geb. 1816, geſt. 1898 als Geh. Ob.-Reg.-Rat). Regierungsaſſeſſor. ſpäter Regierungsrat bei der preuß. Bundestagsgeſandtſchaft 94. 135. 237. 240. 241. 245. 247. 256. 258. 278. 282. 293. 322. 335. 339. 434. 460. 471. 473. 504
—, Joh. Ludw. Samuel († 1852), Kriminalrat in Stettin 236

3 0081 009 593 140